

# LIVLÄNDISCHE BAUER-VERORDNUNG

AM 13. NOVEMBER 1860

ALLERHÖCHST BESTÄTIGT,

MIT ALLEN ZUR ZEIT GÜLTIGEN, ABÄNDERNDEN, ERGÄNZENDEN UND  
ERLÄUTERNDEN ERLASSEN UND VERORDNUNGEN, SOWIE SÄMMTLICHEN  
ENTSCHEIDUNGEN DES DIRIGIRENDEN SENATS.

5-A | ~~1895~~

HERAUSGEGEBEN

von

**A. von Kieseritzky,**

ehedem Hofgerichts-Advokat.

I. HÄLFTE.

NICHTOFFICIELLE AUSGABE.



N<sup>o</sup> 90552

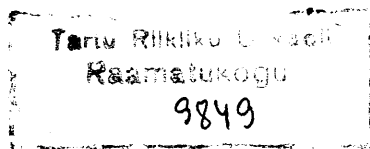
ST.-PETERSBURG.

BUCHDRUCKEREI DER KAISERLICHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.

Wass. Ostr., 9 Linie., № 12.

1900.

2st. A





Bauer-Verordnung I—IX, Art. 1—394.

Landgemeinde-Ordnung mit Vollzugs-Instruktion.

Landmesser-Instruktionen und -Tabellen.

Umschreibungs-Regeln.

Pass-Gesetz.

Handels- und Gewerbe-Revision.

---

et pc

## Vorbemerkung.

---

In diese Ausgabe haben nur diejenigen Artikel der am 13. November 1860 zum Gesetz erhobenen Livländischen Bauer-Verordnung — und zwar unter Zugrundelegung der vom General-Gouverneur im J. 1861 approbirten Uebersetzung, — Aufnahme gefunden, welche noch gegenwärtig gesetzliche Gültigkeit haben, sowie alle diejenigen, die einzelnen Theile und Bestimmungen der B.-V. abändernden, ergänzenden und erläuternden, bis zum 13. Juli 1900 promulgirten Gesetze und Verordnungen, einschliesslich der Landgemeinde-Ordnung, welche, seien sie nun für das ganze Reich erlassen, oder für die drei Baltischen Provinzen, oder nur für Livland, gleichfalls zur Zeit Gültigkeit haben; endlich sind einzelne behördliche Erlasse und oberrichterliche Entscheidungen aufgenommen worden, welche mir nicht unpassend Lücken und Unklarheiten des Livländischen Bauerrechts auszufüllen und aufzuhellen schienen.

Alle Gesetze und Verordnungen sind — meistens mit Fortlassung der Einleitung — in der Form gegeben worden, in welcher sie in der vom Senat herausgegebenen Sammlung der Gesetze und Anordnungen der Staatsregierung, der Livländischen Gouvernements-Zeitung\*) und der Sammlung der Patente der Livländischen Gouverne-

---

\*) Im Reg.-Pat. v. 16. October 1852 № 71 wird mit Bezugnahme auf § 142 Verordn. f. d. Gouvernements-Regierungen v. 2. Januar 1845, welche durch den Namentl. Allerh. Befehl v. 13./25. Mai 1852 auch auf Livland ausgedehnt und von der Livl. Gouv.-Reg., mittels Pat. v. 5. Aug. 1852 № 60, «zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht worden» war, — die Herausgabe einer Livl. Gouvernements-Zeitung verfügt und bekannt gemacht; im Pkt 8 desselben werden die Behörden und Autoritäten benannt, welche sie halten sollen, darunter: «ferner von sämmtlichen Gutsverwaltungen für Rechnung der betreffenden Gemeindeausgabe, und von sämmtlichen Stadt- und Landkirchspielen . . . . . Die Gutsverwaltungen sind hiebei verpflichtet, das ihnen zugehende Exemplar der Gouvernements-Zeitung den betreffenden Gemeindegerichten zur Kenntnissnahme mitzutheilen, und haben die Gemeindegerichte den Tag des Empfanges auf der ersten Seite der Zeitung kurz zu vermerken». Letztere Bestimmung steht im vollen Einklange mit dem Art. 685 Agr.- u. B.-V. v. J. 1849: «Obrigkeitliche Befehle, die an die Gutsverwaltung zur vorgeschriebenen Publikation eingesandt werden», theilt sie dem Gemeindegerichte zur erforderlichen Bekanntmachung mit, haftet aber bei deren Nichterfüllung nur für die etwa ihr zur Last fallende Veräussung. Gleichlautend ist der Art. 141 B.-V. v. J. 1819 und nur redaktionell geändert Art. 628 B.-V. v. J. 1860. Nach Livl. Bauerrecht sind Gutsverwaltung und Gutspolizei identisch: es ist immer nur die Rede «von der Gutsverwaltung als Gutspolizei»; B.-V. 1819 Art. 134 ff., Agr.- u. B.-V. 1849 Art. 391, 673 ff., B.-V. 1860 Art. 348, 616 ff. Die L.-G.-O. beseitigte den Ausdruck Gutsverwaltung und legte der Gutspolizei in den Grenzen des Hofbezirks dieselbe Verpflichtung auf, wie dem Gemeinde-Aeltesten innerhalb des Gemeinde-Bezirks: «die Gesetze und Anordnungen der Staatsregierung bekannt zu machen»; L.-G.-O. Art. 37 pct a. Daraufhin haben denn nach der Umgestaltung des Verhältnisses des Hofes zur Gemeinde durch die L.-G.-O. die Gutsverwaltungen resp. Gutspolizeien die Gouvernements-Zeitung und häufig auch die Patente für sich selbst bezogen. Das Polizeigesetz v. 9. Juni 1888 hob jedoch diese nothwendige, im pct a Art. 37 L.-G.-O. ausgesprochene Verpflichtung der Gutspolizei auf. Die Gutspolizeien sind hiernach gegenwärtig zum Halten der Gouvernements-Zeitung nicht ver-

ments-Regierung ihrerzeit publicirt wurden. Bis zum 27. Juni 1888 erschienen die Patente auch in einer deutschen Ausgabe, — sie schloss mit dem Gesetz über die Bann- und Schutzwälder, — so dass dem hier gebotenen Wiederabdruck ein authentischer Text zu Grunde liegt. Die seit dem Juni 1888 erschienenen Gesetze und Verordnungen, sowie einige frühere, habe ich selbst übersetzt und hoffe, dass die Uebersetzung lesbar befunden wird. Erlasse und Verfügungen der Gouvernements-Autoritäten habe ich theils der Gouvernements-Zeitung, theils den Akten verschiedener Behörden entnommen, theils der sehr dankenswerthen, von W. Schenschin im J. 1896 herausgegebenen «Sammlung von Verordnungen auf dem Gebiete des Livländischen Verwaltungsrechts aus den Jahren 1888—1895» (russisch). Die mitgetheilten Senats-Entscheidungen habe ich — mit Ausnahme der unmittelbar den Akten entnommenen und zwar den in Anmerk.\*\* zu Pkt.V Einl., Anmerk.\* zu Art. 198 (S. 112), Anmerk.\* zu Art. 238<sup>7</sup> (S. 129) und Schlussbemerkung† zu Art. 238 angeführten — den jährlich erscheinenden Sammlungen der Entscheidungen der Plenar-Versammlung sowie des Civil-Cassations-Departements des Senats entnommen und mit nur unwesentlichen Kürzungen wiedergegeben. Ich gebe sämtliche Entscheidungen des Senats, die überhaupt auf dem Gebiete des Livländischen Bauerrechts in jenen Sammlungen publicirt werden. Hierbei nimmt man wahr, dass vor der Justizreform von 1889 die Plenar-Versammlung des Senats gar keine Gelegenheit gehabt hat, sich mit Baltischen Dingen zu beschäftigen, denn die unter Redaktion der Mitgliedes des St. Petersburger Appellhofes A. Gauherr im J. 1892, St. Petersburg, edirte «Chronologische Sammlung der Entscheidungen der Plenarversammlung des Dirigirenden Senats für 1866—91» (in 2. Auflage erschienen St. Petersburg 1897 mit Hineinzichung der im Lustrum 1891—96 emanirten Entscheidungen) enthält bis zum November 1890 (s. S. 190) keine einzige, die Ostseeprovinzen betreffende Entscheidung. Erst seitdem wir unser volksthümliches Gericht verloren haben, und die volksthümliche Verwaltung theils entweder beseitigt ist oder beseitigt werden soll, theils — in den Stadt- und Landgemeinden, — nach französischem Muster, zum Anhangsel der staatlichen Organe wird, werden die Entscheidungen des Senats immer zahlreicher und zwar ist die Rechtsprechung der Plenarversammlung desselben durch die hohe Unparteilichkeit und den staatsmännischen Blick zu einem Schutz des Provincialrechts geworden und einem Korrektiv wider die Handlungen der fremden Beamten,

pflichtet. Die verletzende Zurücksetzung der deutschen Sprache, denn estische und lettische Publikationen bewerkstelligt die Gouvernements-Regierung wohl bisweilen, die verspätete und unvollständige Bekanntmachung der Gesetze und Verordnungen, wofür an verschiedenen Stellen dieses Buches Belege sich finden, lassen gleichfalls mit Recht zahlreiche Gutspolizeien und Privatpersonen den weitem Empfang der Gouvernements-Zeitung ablehnen. Kaiser Alexander I liess seine Beamten strenge darüber wachen, dass jeder Gesetzeserlass in Livland in den 3 Landessprachen gehörig publicirt werde, wie denn in der Unterlegung des zur Beprüfung d. Livl. Angelegenh. niedergesetzten Comité an den Kaiser v. 3. Februar 1804 ausdrücklich hervorgehoben wird, «dass die von Zeit zu Zeit erneuerten Missbräuche der Gewalt und die Unordnungen entstanden durch den Mangel der Kenntniss der Bauern von den in Rücksicht ihrer Verhältnisse erlassenen Verordnungen; weil dieselben niemals weder in lettischer, noch in estnischer Sprache gedruckt wurden».

Wenn auch das Nichthalten der Gouvernements-Zeitung abseiten der Gutspolizeien ein gewisses Analogon findet in der Befreiung der Waisengerichte vom Abonnement auf die Senatszeitung mit ihren Beilagen und Bekanntmachungen, welche durch das auf Antrag des Justizministers, nach eingehender Beprüfung der Frage im Senat, am 25. Januar 1888 ergangene R.-R.-G. (Reg.-Pat. 12. März 1893 № 12) angeordnet wurde, so ist die Gouvernements-Zeitung doch immer unser locales Amtsblatt, bestimmt zur Bekanntmachung von Gesetzen und Verordnungen, Erlassen und Verfügungen, welche erst vom Tage der Publication in derselben ihre verbindliche Kraft und zwar für Jeden in der Provinz erlangen; vergl. Appellat.-Erkenntn. d. Rig. Raths 13. December 1878 № 8502 in Zwingmann, civilrechtl. Entscheid. Bd.V № 781. Ein Blatt, dessen Inhalt für Jedermann von Interesse sein kann, muss freilich auch für Jedermann verständlich sein, denn in fremder Sprache erfolgte Veröffentlichungen werden zweifellos im gegebenen Fall vom Senat für unverbindlich erklärt werden.

D. Hrsg.

welche bei der Anwendung älterer oder neuerer Gesetze Fehler auf Fehler häufen. Deshalb gehören jetzt auch für uns, wie in anderen Theilen des Reichs, Senatsentscheidungen zum eisernen Bestande jedes juristischen Werkes.

Nichtaufgenommen habe ich die zum Ausländergesetz v. 14. März 1887 (Art. 97<sup>2</sup>) ergangene Entscheidung d. Civ.-Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 6. November 1896 № 100, weil dieselbe für Livland von keinem praktischen Werth ist; in einem polnischen Streifall ergangen, erörtert sie im Wesentlichen nur Vorzüge und Rechte polnischer und preussischer Juden und tadelt die Prokuratur des Königreichs, dass sie eigenmächtig dem Gesetze rückwirkende Kraft verliehen habe, da dasselbe selbstverständlich auf die vor seiner Publication eröffneten Erbschaften seine Geltung nicht erstrecke. Sehr gerne dagegen hätte ich, wenn sie mir zugänglich gewesen wäre, die jüngst auf Privatbeschwerde erfolgte Entscheidung des Senats wiedergegeben, welche Freiheitsstrafen gegen Mitglieder des Gemeinde-Ausschusses für widergesetzlich erklärt und hiemit das von den Generalmajoren Sinowjew und Surowzow, unseren früheren Gouverneuren, gebilligte Verfahren der Commissare f. B.-S. wider die Ausschuss-Personen verurtheilt (s. S. 189\*\* u. Beil. F. S. 141\*). Hoffentlich jedoch wird diese Entscheidung pro satisfactione publica in der Gouvernements-Zeitung publicirt werden, denn das ist das geringste Maass der Genugthuung, welche die betreffenden Beamten dem Lande schulden.

Der mit den deutschen Colonisten i. J. 1766 abgeschlossene Contract ist hier zum ersten Mal abgedruckt worden und zwar nach jenem Exemplar desselben, welches die frühere Oberinstanz des Hirschenhofschen Schulzenamtes, das Wenden-Walksche Landgericht, bei seiner Rechtsprechung benutzt hat.

Einen russischen Text desselben kann ich nicht nachweisen. Sonst findet sich der russische Text vieler von mir wiedergegebenen Gesetze und Verordnungen, namentlich auch der L.-G.-O. und der Vollz.-Instr. zu selbiger, in der im J. 1878, Riga, publicirten, im Auftrage des damaligen Gouverneurs von Livland, Freiherrn von Uexküll-Gyldenband, (vom Staatsrath Schwanenberg) mit grosser Gewissenhaftigkeit und sehr übersichtlich zusammengestellten officiellen «Sammlung der ergänzenden Bestimmungen zur Livl. B.-V. v. J. 1860 und zu anderen die Livl. Bauern betreffenden Gesetzen». Der russische Text der ganzen B.-V. selbst hat eine tadellose Wiedergabe erfahren im 4. Theil der nicht-officiellen Ausgabe der «Sammlung der Baltischen B.-V.», welche der Geheimrath Basil v. Reutern, Oberbeamter der Codifications-Abth. des Reichsraths, veranstaltete; sie erschien St. Petersburg 1898 und bringt zu den ursprünglichen Beilagen der B.-V. eine Anzahl anderer, die grossen Lebensgebiete der Schule und Kirche betreffend. Die Sammlung enthält als 5. Theil «die für die Baltischen Bauern gemeinsamen Gesetzesbestimmungen», wie die Umschreibungs-Reg., L.-G.-O., Wohlf.-Reg., Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. (v. 9. Juli 1889) u. a. In den Anmerkungen zu den betreffenden Artt. enthält sie Nachweise über die den Text des Gesetzes abändernden, ergänzenden und erläuternden Gesetze und Verordnungen, leider mit Ausnahme vieler aus provincieller Initiative hervorgegangenen, sowie der Rechtsprechung des Senats. Es ist eine vorzügliche Ausgabe. Dasselbe Lob lässt sich den Editionen der Commission in Livl. B.-S. (später Gouvernements-Behörde f. B.-S.) nicht spenden. Am Besten ist noch der im J. 1889 erschienene «kurze Leitfaden für die Commissare f. B.-S. bei Wahrnehmung ihrer in den Pkten b, c, d, g, u. i des Art. 8 d. Allerh. am 9. Juli 1889 bestät. zeitw. Regeln f. d. Abänderung d. Bestandes u. d. Competenz d. Bauerbeh. angegebenen Obliegenheiten». Schwere Bedenken ruft dagegen das gleichfalls im J. 1889 unter den Auspicien des Gouverneurs Sinowjew erschienene «Handbuch f. d. Commissare f. B.-S.» hervor, welches, unter den Auspicien des Gouverneurs Surowzow, im J. 1897 in 2. Auflage herauskam unter dem befremdlichen, durch den Inhalt keineswegs gerechtfertigten Titel «Livl. B.-V.»; von der 1. Auflage ist eine estische, von der 2. Auflage eine lettische Uebersetzung erschienen; ausserdem wurde dieselbe durch die Commissare f. B.-S. amtlich vertrieben. In diesem Buch sind zahlreiche Artt. des Gesetzes nach Belieben gefasst, aber nicht wie

sie wirklich lauten, die Artt. 1 u. 2 L.-G.-O. sucht man vergebens, ebenso die durch Patent 1867<sup>160</sup> publicirte, sehr wichtige, Ergänzung der Anmerk. 2 des Art. 8 L.-G.-O. Artt. 253 und 257 sind unbillig gekürzt, während der ganz kurze Art. 255 eine ungeheure Ausdehnung gewonnen hat. Die Artt. 265, 286, 296 und 297 erleben im Widerspruch zum Patent 1867<sup>115</sup> eine Auferstehung, und dafür werden die Artt. 289, 290 und 291 einfach gestrichen, u. s. w., u. s. w. Die speciell Livland oder die Baltischen Provinzen betreffende Rechtsprechung der Plenar-Versammlung und des Civ.-Cassat.-Depart. des Senats ist so gut wie gar nicht berücksichtigt, dagegen findet sich eine überaus häufige Bezugnahme auf Entscheidungen des Senats (wohl des 2. Depart.?), welche im Gebiet der Reichs-B.-V. in ganz speciellen Fällen ergangen sind und denen für uns keine normative Bedeutung zukommt. Dieselben finden sich übrigens ausführlich in der mit souveräner Beherrschung des Materials gearbeiteten Ausgabe der Reichs-B.-V. und aller auf das Reichs-Bauerrecht Bezug habenden Gesetze, Erlasse, Verfügungen, von L. Goremykin, dem früheren Minister d. Innern; St. Petersburg, 1898, 3. Auflage, 4 starke Bände in Grossoktav. Ein grosses Verdienst hätte die Gouv.-Beh. f. B.-S. sich erworben, wenn sie die bisher noch nicht publicirten Erläuterungen und Entscheidungen der früheren Commission in Livl. B.-S., sowie ihre eignen in guter Regestenform und vor Allem mit Zeitangabe bekannt gegeben hätte. Im glücklichen Deutschland werden die Entscheidungen der Verwaltungsgerichtshöfe nicht geheim gehalten, beispielsweise liegt die Rechtsprechung des preussischen Oberverwaltungsgerichts in 30 Bänden vor, und die Wissenschaft hat die Aufgabe, diese Erkenntnisse theoretisch zu verarbeiten und sich mit deren Ergebnissen zustimmend oder abwehrend auseinanderzusetzen. Um meinem Buch den Vorzug absoluter Vollständigkeit zu erwerben, bat ich um die Einsichtnahme in mehrere, in der 2. Aufl. des Handbuchs f. d. Commissare f. B.-S. in kürzester Regestenform und ohne Zeitangabe angeführte Erläuterungen und Erkenntnisse, welche mir anderweitig nicht zugänglich waren, doch wurde mir Solches verweigert. Wie wichtig jedoch die Zeitangabe ist, erhellt aus dem Patent 1876<sup>49</sup>, laut welchem (Pkt 8) die Leitung der Commission in Livl. B.-S. nach Art. 43 L.-G.-O. auf den Minister d. Innern überging, weil diese Commission unter dem Präsidium des Gouverneurs stand (s. S. 200\*). Nun hat jedoch der Gouverneur Sinowjew trotzdem gemäss Art. 43 L.-G.-O. wiederholt Anordnungen erlassen. Ueber den Vorsitz im Gemeinde-Ausschuss in den L.-G.-O. Art. 21 pte 2 u. 3 erwähnten Fällen erliess derselbe eine Bestimmung (Gouv.-Zeit. 11. December 1891 № 137), doch regelte der Minister d. Innern, ohne von der Anordnung seines Untergebenen Notiz zu nehmen, im J. 1893 die Frage in anderer Weise (Gouv.-Zeit. 1. März 1893 № 9). So mussten auch die in den Erlassen v. 9. Februar 1890 № 1320 (Beil. A, S. 3<sup>3</sup>) und v. 31. August 1893 № 8145 (S. 168\*) behandelten Gegenstände vom Minister d. Innern geregelt werden. S. 67 des Handbuchs etc. giebt die Rgeste einer auf Beschwerde der Pastorat-Pebalg'schen Bauern ergangenen Senatsentscheidung: «Personen, welche nicht ein ganzes Gesinde, sondern nur einen, den Betrag von 10 Thalern nicht erreichenden Theil eines solchen in Pacht oder Besitz (was heisst das?) haben, gelten nicht als Wirthe». Nun kann nach der Alinea 1 d. Art. 114 ein Gesinde gar nicht in Stücke unter 10 Thalern zerlegt werden, Pächter kleinerer Theile existiren überhaupt nicht, und kann somit das Stimmrecht solcher auf der Gemeinde-Versammlung gar nicht in Frage kommen. Was war also Gegenstand der Verhandlung im Senat? Die Rgeste ist ersichtlich unrichtig.

Wo in manchen Artikeln einzelne Worte ausgelassen oder *durch den Druck* hervorgehoben sind, so bedeutet Solches redactionelle Aenderungen, welche in Folge späterer Gesetze vorzunehmen waren; für die durch die L.-G.-O. und die Wohlff.-Reg. bewirkten Aenderungen enthielten die Reg.-Patt. 1867<sup>115</sup> und 1878<sup>39</sup> die näheren Hinweise, während die z. B. durch das Polizei-Gesetz v. J. 1888 und die Reform-Gesetze v. J. 1889 nothwendig gewordenen Aenderungen von mir gemacht worden sind; zur Controle dienen die zu jedem Art. angeführten Gesetze und Verordnungen. In den auf S. 63,

136, 139 und 144 wiedergegebenen Senatsentscheidungen findet sich *die liegende Schrift*, weil die russische Vorlage sie hatte. Citirt habe ich die Justizreform-Gesetze nach der ursprünglichen Ausgabe v. J. 1889 und, wo dieselben bereits reichsgesetzlich kodificirt sind, nach den entsprechenden Theilen der Reichs-Gesetzgebung, sowie auch die Reichs-Civilprocess-Ordnung nach der neuesten Ausgabe v. J. 1892, denn die, der vom Justizministerium i. J. 1890 bewerkstelligten Ausgabe der Justizreform-Gesetze mit den Motiven beigefügte Ausgabe der Baltischen Civilprocess-Ordnung, d. h. der Civilprocess-Ordnung, wie sie hier zur Geltung kommen sollte, — in Ausführung des Befehls Kaiser Nikolaus I. v. 1. Juli 1845, — ist in dieser Form, als Th. IV d. Prov.-R., amtlich nicht publicirt worden, andererseits aber auch ein erneuter Kaiserlicher Befehl über die Einfügung unserer Civ.-Pr.-O. in die Reichs-Civ.-Pr.-O. bisher nicht ergangen.

Zur Zeit erscheint nur die I. Hälfte mit den entsprechenden Beilagen, die II. Hälfte wird hoffentlich im nächsten Jahr erscheinen können. Die Beilagen habe ich geändert und vermehrt, bringe namentlich in der Beil. F die Vollzugs-Instruction zur L.-G.-O. mit ihren Ergänzungen, welche ihrerzeit als Einführungs-Verordnung gedient hat, deren man jedoch zur fortdauernden Anwendung der L.-G.-O. nicht entrathen kann.

Das im J. 1862 allerdings nichtofficiell publicirte, jedoch von allen Behörden stets zu Rathe gezogene alphabetische und Sachregister zur B.-V. ist ergänzt und vervollständigt worden, was auch durch *den Druck* kenntlich gemacht wurde, namentlich sind die späteren Gesetze und Verordnungen ausgiebig berücksichtigt worden. Mit der II. Hälfte des Buchs wird ein vollständiges Register des Ganzen ausgegeben werden. Nachträgliche Zusätze sind freilich in einem zum Handgebrauch bestimmten Buche recht vom Uebel, sie liessen sich aber nicht vermeiden, weil während des Druckes die Quelle der Gesetzgebung nicht gestockt hat und auch die Rechtsprechung des Senats manche werthvolle Gabe spendete, sowie anderes Material erst später mir zugänglich wurde. Im Uebrigen wird an der Hand des Registers die Unzukömmlichkeit von Nachträgen leicht verwunden werden.

Zum Schluss eine kleine Bitte. Wie in Livland manche Bauerhöfe von schwedischen Zeiten her in der Nutzung derselben Familie, zuweilen in direkter Folge vom Vater auf den Sohn, sich befinden, so äussert sich dieser gesteigerte Besitzwille, der Wunsch, die Früchte seiner Arbeit Kind und Kindeskind nicht verloren gehen zu lassen und das Gut bei der Familie zu erhalten, auch darin, dass in letztwilligen Verfügungen die Untheilbarkeit des Gesindes ausgesprochen und eine besondere Successionsordnung hinsichtlich desselben festgesetzt wird. Die Bestimmung der Untheilbarkeit ist im Art. 223 ausdrücklich vorgesehen, dem Wesen nach hängt mit ihr zusammen die Festsetzung der Unveräusserlichkeit, womit sich dann eine besondere Erbfolgeordnung sehr wohl verträgt. Bauern sind zur Begründung von Familienfideikommissen auf Grund der Artt. 938, 973, 1007 Alinea 2 B.-V. und 2337 ff. Th. III Prov.-R. berechtigt, denn die den letzteren Artt. zur Grundlage dienende königl. schwed. Testamentsstadga v. J. 1686 gehört im wörtlichen Sinne zu jenen Landesgesetzen, deren secundäre und subsidiäre Geltung der Art. 938 bestätigt. Auch der Senat hat in einem Urtheil v. J. 1875 (ein Wendenscher Bauer hatte mittels Erbvertrages über sein freigekauftcs Grundstück verfügt, hob denselben später durch Testament auf, der Erbvertrag wurde jedoch für zu Recht bestehend anerkannt) ausdrücklich den «fragmentarischen Charakter» des Bauerprivatrechts und dessen Ergänzungsbedürftigkeit durch die Normen des Livl. Landrechts betont. Solche Familienstiftungen werden ja sehr selten geschlossen. Advokat † A. v. Keussler hat in 20jähriger Praxis nur eine entworfen, über ein Hofeslandgrundstück, und ich selbst habe bisher auch nur eine aufgesetzt und zwar über ein Gehorchslandgrundstück. In beiden Fällen wurde zugleich Unverschuldbarkeit des Besitzes statuirt. Aber dass sie überhaupt vorkommen, ist ein erfreuliches Zeichen der Weiterentwicklung des «fragmentarischen» Rechts, wogegen auch wirthschaftlich kein Widerspruch erhoben werden darf, da die landwirthschaftlich verwendete Fläche ja nicht ihrer Bestimmung entzogen

wird. Nun wäre es mir sehr lieb, zur vollständigeren Erläuterung der Artt. 938 u. 1007, Mittheilungen zu erhalten über die Errichtung derartiger Fideikomnisse, die etwa übersandten Urkunden oder Entwürfe werden postwendend remittirt werden. Auch vielleicht aus Estland und Kurland! Wie nur romanistisch geschulte Theoretiker das Bestehen eines allgemeinen Provincialrechts bezweifeln konnten, welches, in der Rechtsbildung ferner Jahrhunderte begründet, eine officiële Anerkennung in der von der 2. Abth. Sr. Kaiserl. Majestät Eigener Canzlei im J. 1862 herausgegebenen «Geschichte des Liv-, Est- und Curländischen Privatrechts» (§§ 2 fg.) gefunden hat, so sind auf dem Gebiete des Bauerrechts die Kurl. und Estl. B.-V. nicht nur nothwendige Erkenntnissquellen der Livl. B.-V., nach der Geschichte ihrer Entstehung, sondern leicht lässt sich aus ihnen allen ein allgemeines Baltisches Bauerrecht darstellen, wie ja auch die Rechtsprechung des Senats häufig alle 3 B.-V. in den Kreis ihrer Erwägungen zieht; vergl. die Entscheid. d. Civ.-Cassat.-Depart. d. Senats v. 24. Februar 1899 № 23, in welcher ein von Dörptschen Bauern geschlossener Erbvertrag im Wesentlichen auf Grundlage des Art. 105 Kurl. B.-V. v. 25. August 1817 anerkannt wird.

Wenden, St. Margarethentag 1900.

**Der Herausgeber.**

# Inhaltsverzeichnis.

	Seite.
Vorbemerkung . . . . .	III
Nachträge *) . . . . .	XXXIII ff.
Zu II. (S. 26): 17. Anmerk.+): Beschl. d. Minister-Comité 29. Juli 1899 (Samml. d. Ges. etc. 27. Aug. 1899 № 108 St. 1612) betr.: Prolongation d. Gültigk. d. Ges. 16. Juni 1895 üb. Verpachtung d. Kronsländereien an Bauern u. Verlängerung laufender Pachtkontr. . . . .	XXXIII
» » (S. 27). 18 <sup>a</sup> . R.-R.-G. 31. Mai 1899 (Samml. d. Ges. etc. 16. Juni 1899 № 70 St. 936) betr.: Abänderung d. Ges. 13. Mai 1896 üb. langterminirte Befristung u. Aufschub d. Loskaufszahlungen . . . . .	XXXIII
Anmerk.*): Instruktion v. 17. Juli 1899 (Pat. 19. Juni 1900 № 24) f. d. Anwendung d. Ges. v. 13. Mai 1896 u. 31. Mai 1899 . . . . .	XXXV
» VIII. (S. 39): 2. Anmerk.**): Cirk. d. Minist. d. Landwirthsch. u. Reichsdom. 17. Mai 1898 № 2234/30 betr.: Vorbereitungen zum An- u. Verkauf v. Krons-Parcellen u. -Nutzungen; Namentl. Allerh. Befehl 8. Juni 1860 (Vollst. Gesetzssamml. № 35888) betr.: Verkauf v. Kronsgütern u. -Ländereien; Beschl. d. Minister-Comité 29. Janr. 1865 (Vollst. Gesetzssamml. № 41737) betr.: Einschärfung dieses Kaiserl. Befehls; Grundbesitz d. Juden . . . . .	XXXVI
» Art. 134: (S. 97): 3. Senatsentscheidung 22. Decbr. 1897 № 28 betr.: Uebertragung d. Reichsgrundsteuer auf verpachtetes Gehorchsland . . . . .	XXXVII
» » 136 ff. (S. 97): Anmerk.*): R.-R.-G. 3. Janr. 1900 (Samml. d. Ges. etc. 25. Febr. 1900 № 25 St. 468) betr.: unbefristete Geltung d. Ges. v. 6. Mai 1896 üb. Darlehen zu landwirthschaftl. Meliorationen; R.-R.-G. 29. Mai 1900 (Reg.-Anz. 13./26. Juli 1900 № 158) betr.: Verordn. üb. d. Darlehen zu landwirthschaftl. Meliorationen; ministeriell im Janr. 1900 bestät. Regeln f. d. Ertheilung v. Darlehen zu Meliorationszwecken durch d. Livl. Creditsystem . . . . .	XXXIX

\*) Der vollständigeren Uebersicht wegen sind die einzelnen Nachträge auch an den entsprechenden Stellen des Inhaltsverzeichnisses angezeigt worden.



	Seite.
Zu Art. 220: (S. 119). Anmerk.*): Senatsentscheidungen 25. Octbr. 1893 № 24, 16. Mai 1894 № 15 u. 24. Febr. 1899 № 19 betr.: Vorbehalt d. Fischeirechts f. d. Gutsherrn . . . . .	XLI
Anmerk.-f): Pat. 2. Juni 1854 № 156 betr.: chartenmässige Feststellung verkaufter Gesinde . . . . .	XLVI
» » 238: (S. 133). 9 <sup>a</sup> . Senatsentscheidung 23. März 1898 № 3 betr.: freiwillige Gerichtsbark. d. Gem.-Gerichte u. Stempelfreih. d. Pachtverträge mit Bauern . . . . .	XLVI
» » » (S. 145). 21. Senatsentscheidung 26. Janr. 1898 № 22 betr.: Befreiung d. Gehorchslandes v. d. Steuer bei unentgeltl. Vermögensübergänge mittels Erbfolge . . . . .	XLVIII
Anmerk.*): Allerh. Befehl 18. April 1877 (Pat. 29. Juli 1877 № 80) betr.: Rückzahlung d. Besitzwechsel-Steuer an d. Städte; R.-R.-G. 13. Novbr. 1878 (Vollst. Gesetzsaml. № 59013) betr.: Rückzahlung d. Reichsgrundsteuer u. d. bäuerl. Grundzinszahlungen; Regeln f. d. Annahme u. Behandlung d. Gesuche u. Beschwerden auf d. Allerh. Namen v. 21. März 1890 (Cod. d. Reichsges. Bd. I Th. 2, Ausg. v. J. 1892) . . . . .	L
Zu Art. 7 R.-R.-G. üb. d. Reorganisat. d. Balt. Polizei (S. 199) Anmerk.*): Senatsentscheidung 26. Febr. 1896 № 2368 betr.: Anerkennung d. Portofreih. u. d. Siegels d. Gutspolizei . . . . .	LI
Zu Beil. A. (S. 16): Anmerk.*): Regulirung d. Krongüter; Instruktion f. Livl. v. J. 1845; Regulirungs-Verordn. f. d. Ostseegouv. 27. Janr. 1854 (Pat. 10. Febr. 1855 № 14); dazu gehörige Instruktionen 4. Juni 1859, 24. Juni 1865 u. 14. April 1866 . . . . .	LII
» » » (S. 86): VII. Instruktion zur Abschätzung u. ökonomischen Eintheilung d. Ländereien d. publ. Güter in Livl. u. zur Veranschlagung der von den Bauern derselben zu leistenden Prästanden, v. J. 1845, §§ 7, 8, 11, 14—37, 43, 63, 64, 71, 72 u. Tabellen zur Klassifikation d. Ackerländereien u. Heuschläge . . . . .	LIX
VIII. Project d. Instruktion üb. d. Regulirung d. Krons-Güter in den Ostsee-Gouv. v. 4. Juni 1859, §§ 34—46, 65—84, 106—109 u. Tabelle üb. d. Klassifikation d. Ackerländereien . . . . .	LXXX
IX. Instruktion zur Bewerkstelligung d. Regulirung d. Kronsbesitzlichkeiten in d. Balt. Gouv. v. 14. April 1866, §§ 52—58, 61—90, 96, 97, 133 u. Tabellen zur Klassifikation d. Ackerländereien u. Heuschläge . . . . .	XCII
Zu Beil. F. Vollz.-Instr. § 25. Anmerk.*) (S. 145): Allerh. Befehl 4. Novbr. 1869 betr.: Regelung d. Verkehrs d. Behörden in verschiedenen Sprachen .	CIV
Angabe der Druckfehler . . . . .	CV
Erklärung der Abkürzungen . . . . .	CVI
Namentl. Allerh. Befehl 13. Nov. 1860 betr.: Bestätigung d. B.-V.	CVII
1. Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. (Pat. 7. Juni 1863 № 53) betr.: Geltung d. B.-V.	CVIII
2. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 19. Janr. 1862 № 7 betr.: Tilgung d. Ausdrucks «Frohne» . . . . .	CVIII

# Livländische Bauer-Verordnung.

	Seite.
Einführung dieser Verordnung I—IX . . . . .	1—40
Zu I: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 6. Juni 1869 № 61) betr.: subsidiäre Geltung d. Livl. Landrechts . . . . .	1
» II: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 26. April 1868 № 30) betr.: Verschiedenh. gutscherrl.-bäuerl. Verhältnisse auf d. Privatgütern u. auf d. Kronsgütern . . . . .	2
2. Namentl. Allerh. Befehl 10. März 1869 (Pat. 14. April 1869 № 32) betr.: Regeln f. d. administrative u. agrare Organisat. d. Balt. Kronsbauern . . . . .	2
3. Senatserlass 26. Januar 1870 № 6839 (Pat. 27. Mai 1870 № 32) betr.: Regeln f. d. Abfassung, Bestätigung, Beglaubigung u. Ausreichung d. Regulirungsakten an d. Balt. Kronsbauern . . . . .	6
4. Beschl. d. vereinigten Session d. Hauptkomité f. d. Organisat. d. Bauerstandes u. d. Oekonomie-Depart. d. Reichsraths 25. Janr./6. Febr. 1871 (Pat. 26. April 1871 № 27) betr.: Repartition d. Gemeindesteuer d. Balt. Kronsbauern . . . . .	13
5. Beschl. d. Hauptkomité f. d. Organisation d. Bauerstandes 4. Mai 1872 (Samml. d. Ges. etc. 2. Juni 1872 № 44 St. 393) betr.: Begünstigung d. auf d. Balt. Kronsgütern angesiedelten landlosen Bauern evang.-luth. Confession . . . . .	13
6. Allerh. Befehl 18. März 1874 (Pat. 14. Juni 1874 № 53) betr.: Inkraftsetzung d. Regulirung in Livland . . . . .	13
7. Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. (Pat. 26. Septbr. 1875 № 127) betr.: Formulare für Kaufkontr. üb. Bauerländereien auf Kronsbesitzlichkeiten u. für Abrechnungsquittungen . . . . .	13
8. R.-R.-G. 5. Juni 1884 (Pat. 9. Aug. 1884 № 50) betr.: Gebühren f. d. Ausfertigung d. Kaufkontr. üb. bäuerl. u. Soldatengrundstücke auf d. Kronsgütern in Livland u. Kurland . . . . .	17
9. R.-R.-G. 28. Mai 1885 (Pat. 25. Juli 1885 № 41) betr.: Aufhebung d. Kopfsteuer . . . . .	17
10. R.-R.-G. 7. Mai 1885 (Pat. 21. Septbr. 1885 № 50) betr.: Repartition d. Landesprästanden auf d. Bauergrunnstücke d. Livl. Kronsgüter . . . . .	18
11. Namentl. Allerh. Befehl 3. März 1886 (Pat. 26. Juni 1886 № 23) betr.: Inhibirung d. Verkaufs v. Bauerlandparcellen d. Ritterschaftsgüter . . . . .	18
12. R.-R.-G. 12. Juni 1886 (Samml. d. Ges. etc. 15. Juli 1886 № 68 St. 640) betr.: Umwandlung d. Grundzinses d. Kronsbauern in Loskaufszahlungen . . . . .	18
13. Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. (Pat. 10. Juli 1889 № 68) betr.: Formulare von Loskaufsakten für Bauergrundstücke d. Balt. Kronsgüter . . . . .	19
Anmerk.*): Entscheidung d. bes. Session d. St. Petersburg. Appellhofes 28. Febr. 1893 betr.: Competenz d. Gerichte zur Beitreibung rückständ. Loskaufszahlungen durch Verkauf d. Grundstücke . . . . .	22
14. R.-R.-G. 20. März 1889 (Pat. 14. Juli 1889 № 73) betr.: Stundung u. ratenweise Zahlung rückständ. Steuern u. Loskaufszahlungen d. Bauern aller Kategorien . . . . .	23
15. R.-R.-G. 7. Febr. 1894 (Samml. d. Ges. etc. 11. März 1894 № 34 St. 259) betr.: Stundung u. ratenweise Tilgung rückständ. Loskaufszahlungen . . . . .	24
16. Verfügung d. Ministers d. Landwirthsch. u. Reichsdomain. 4. Juni 1895 (Pat. 10. Novbr. 1895 № 112) betr.: Aenderung d. Termine d. Pachtbeginns u. d. Pachtzahlungen auf d. Kronsländereien, u. d. Umpflügens	

d. Sommerkorn- u. Aberndtens d. Winterkornfelder, sowie betr.: Bauten d. Pächter d. Kronsländereien . . . . .	25
17. Beschl. d. Minister-Comité 16. Juni 1895 (Pat. 29. Decbr. 1895 № 125) betr.: Verpachtung v. Kronsnutzungen an Gesellschaften örtl. Bauern ohne Meistboot u. Verlängerung laufender Pachtkontr. d. Kronsländereien	26
Anmerk.†): Beschl. d. Minister-Comité 29. Juli 1899 (Samml. d. Ges. etc. 27. Aug. 1899 № 108 St. 1612) betr.: Prolongation d. Gültigk. d. obigen Ges.; s. Nachträge . . . . .	26
18. R.-R.-G. 13. Mai 1896 (Pat. 18. Octbr. 1896 № 75) betr.: langterminirte Befristung u. Aufschub d. Loskaufszahlungen . . . . .	26
18 <sup>a</sup> . R.-R.-G. 31. Mai 1899 (Samml. d. Ges. etc. 16. Juni 1899 № 70 St. 936) betr.: Abänderung d. obigen Ges.; s. Nachträge . . . . .	XXXIII
Anmerk.*): Instruktion v. 17. Juli 1899 (Pat. 19. Juni 1900 № 24) f. d. Anwendung d. Ges. v. 13. Mai 1896 u. 31. Mai 1899; s. Nachträge	XXXIII
19. Senatsentscheidung 22. Jan. 1896 № 6 betr.: Competenz d. Gerichte zur Entscheidung üb. Erbensprüche an Bauerländereien d. Kronsgüter . .	27
Die deutschen Colonisten betreffend:	
Colonie-Contrakt 21. Novbr. 1766 . . . . .	29
1. Beschl. d. Minister-Comité 23. Septbr. 1830 (Vollst. Gesetzesamml. № 3938) betr.: Bestätigung d. Schulzen . . . . .	33
2. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 23. April 1865 № 44) betr.: Geltung d. B.-V. u. d. Livländ. Landrechts . . . . .	33
3. Beschl. d. Minister-Comité 24. Jan. 1892 (Pat. 5. Juni 1892 № 37) betr.: Competenz d. Wend.-Walkschen Fr.-R.-Plenums . . . . .	33
Zu III: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 4. Octbr. 1863 № 102) betr.: Geltung d. B.-V. v. J. 1849 für alle vor d. 24. Juni 1863 attestirten Contrakte	34
» V: 1. Erläuterung d. Commiss. in Livl. B.-S. (Pat. 29. Septbr. 1878 № 100) betr.: Controle üb. d. Integrität d. schatzfreien u. steuerpflichtigen Landes	35
2. Antrag d. Landraths-Collegiums (Pat. 2. Juli 1879 № 87) betr.: Uebertragung d. Willigungen auf verkaufte Hofeslandparcellen . . . . .	35
Anmerk.**): Senatsentscheidung 12. Decbr. 1881 № 2607 in d. ers. Frage	35
» VI: 3. Beschl. d. Ostsee-Comité 12. Febr. 1871 (Pat. 26. April 1871 № 25) betr.: Erweiterung d. Stimmrechts auf d. Landtage . . . . .	36
2. Beschl. d. Ostsee-Comité 12. Febr. 1871 (Pat. 26. April 1871 № 26) betr.: Aufhebung d. Mühlenrechts . . . . .	36
3. Beschl. d. Ostsee-Comité 4. April 1875 (Pat. 28. Mai 1875 № 77) betr.: Erweiterung d. Stimmrechts auf d. Kreisversammlungen . . . . .	36
4. Namentl. Allerh. Befehl 8. Novbr. 1881 (Pat. 7. Decbr. 1881 № 102) betr.: erweiterte Landtagsfähigkeit . . . . .	37
» VIII: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 7. Febr. 1868 № 8) betr.: Veräusserung d. Gehorchslandes ohne Rücksicht auf Grösse d. Rittergutes . .	37
2. R.-R.-G. 29. Mai 1897 (Samml. d. Ges. etc. 29. Aug. 1897 № 90 St. 1147) betr.: Veräusserung kleiner Kronsnutzungen u. -Waldstücke u. Arrondirung d. Kronsbesitzlichkeiten durch Erwerb v. Parcellen d. Privatbesitzungen . . . . .	37
Anmerk.**): Cirk. d. Minist. d. Landwirthsch. u. Reichsdom. 17. Mai 1898 № 2234/30 betr.: Vorbereitungen zum An- u. Verkauf v. Kronsparcellen u. -Nutzungen; Namentl. Allerh. Befehl 8. Juni 1860 (Vollst. Gesetzesamml. № 35888) betr.: Verkauf v. Kronsgütern u. -Ländereien; Beschl. d. Minister-Comité 29. Jan. 1865 (Vollst. Gesetzesamml. № 41737) betr.: Einschärfung dieses Kaiserl. Befehls; Grundbesitz d. Juden; s. Nachträge . . . . .	XXXVI

<b>Erster Theil.</b> Einleitung. Allgemeine Grundsätze. §§ 1—92	40—71
<b>Erster Abschnitt.</b> Absonderung und Begrenzung des Gehorchslandes. §§ 6—10 . . . . .	51—42
Zu Art. 6: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 22. Novbr. 1868 № 132) betr.: Unstatthaftigk. privater Aenderung d. Steuerqualität d. Bodens	41
» » 8: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 30. Aug. 1867 № 115) betr.: redaktionelle Aenderungen. 2. Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 *) . . . . .	42
<b>Zweiter Abschnitt.</b> Bestimmungen über den Uebergang vom Zustande der Frohne auf Geldpacht und bäuerliches Grundeigenthum. Frohn-Abolitionsordnung. §§ 11—92. .	42—71
<b>Erstes Capitel.</b> Allgemeine, sowohl für die Ablösung der Frohne, als für die Conversion derselben in Geldpacht geltenden Bestimmungen. §§ 14—47 . . . . .	43—47
Zu Art. 45: Verordnung über d. Reorganisat. des Gerichtswesens in den Balt. Gouv. 9. Juli 1889 Artt. 357—360 (R.-Civ.-Pr.-O. Artt. 2094—97) betr.: Expropriation durch d. Gutsbesitzer. . . . .	46
<b>Zweites Capitel.</b> Besondere Bestimmungen über die Ablösung der Frohne mittelst Kaufs. §§ 48—83. . . . .	47—70
Zu Art. 48: Erläuterung d. Commiss. in Livl. B.-S. (Pat. 9. December 1863 № 120) betr.: Definition d. Landesprästanden vom steuerpflichtigen Lande. . . . .	47
» » 55: Erläuterung d. Commiss. in Livl. B.-S. 21. Janr. 1893 № 31 (Gouv.-Zeit. 10. Febr. 1893 № 15) betr.: Nutzung d. vom Gutsbesitzer erworbenen, zu seinem Gute gehörigen bäuerl. Grundstücks . . . . .	49
<b>Corroborations- und Ingrossationswesen.</b> §§ 60—77. . . . .	50—68
<b>Zu Artt. 60—77:</b> Zeitw. Grundbuch-Regeln 9. Juli 1889 §§ 1, 69, 70, 72—76 (R.-Not.-O. Artt. 302, 370, 371, 373—377) . . . . .	50—54
Zu Art. 72: Anmerk. *): Senatsentscheidung 4. Novbr. 1892 № 121 betr.: Corroboration bedingter u. sub die et modo abgeschlossener Rechtsgeschäfte. . . . .	51
» » 35: d. zeitw. Grundb.-Reg. (Art. 336 R.-Not.-O.): Senatsentscheidung 18. Novbr. 1892 № 98 betr.: Ausreichung d. Tilgungsfonds d. Pfandbriefsanleihen. . . . .	54
» » 39: Pkt 2 d. zeitw. Grundb.-Reg. (Art. 340 Pkt 2 R.-Not.-O.): Senatsentscheidung 7. März 1894 № 7 betr.: absolutes Erforderniss d. Einwilligung zur Corroboration. . . . .	56

\*) Für den Zweck des Inhaltsverzeichnisses genügt es, dass sowohl der Antrag d. Gen.-Gouverneurs wie das Ges. üb. d. Reorganis. unserer Bauerbehörden, denen zufolge mehrere Artt. der B.-V. und L.-G.-O. zu streichen oder abzuändern waren, hier nur einmal angeführt werden.

Zu Art. 40: d. zeitw. Grundb.-Reg. (Art. 341 R.-Not.-O.): Senatsentscheidung 4. Novbr 1892 № 108 betr.: Corroboration von Copien d. Vollstreckungsbefehle . . . . .	58
» » 42: d. zeitw. Grundb.-Reg. (Art. 343 R.-Not.-O.): Senatsentscheidung 19. Janr 1893 № 1 betr.: Entgegennahme deutscher Urkunden aus früherer Zeit. . . . .	60
» » 51: Pkt. 4 d. zeitw. Grund.-Reg. (Art. 352 Pkt. 4 R.-Not.-O.): Senatsentscheidung 4. Novbr. 1892 № 94 betr.: Beprüfung d. Urkunden nur quoad formalia. . . . .	61
» » 68: Pkt. 1 d. zeitw. Grundb.-Reg. (Art. 369 Pkt. 1 R.-Not.-O.): Senatsentscheidung 5. Febr. 1897 № 47 betr.: Einzahlung d. Corroborationen- (Besitzwechsel-) Steuer vor d. Corroboration. . . . .	63
» » 61: B.-V.: 2. Beschl. d. Ostsee-Comité 12. Februar 1865 (Pat. 21. April 1865 № 40) betr.: Abschliessung u. Beglaubigung d. Kaufkontrakte über Bauerlandstellen. . . . .	66
3. Erläuterung d. Commiss. in Livl. B.-S. (Pat. 13. März 1870 № 22) zu obigem Beschl. d. Ostsee-Comité. . . . .	67
4. Bekanntmachung d. Commiss. in Livl. B.-S. (Pat. 14. Mai 1871 № 42) betr.: Deponirung d. Kaufschillingsrest-Obligationen. . . . .	68
5. Antrag d. Landraths-Collegiums (Pat. 17. Septbr. 1873 № 86) betr.: Chartenmässige Verzeichnung jeder mit Bauerland vereinigten Hofeslandparcelle. . . . .	68
<b>Ausscheidung des Grundstücks aus dem Hypotheken-Verbande des Hauptgutes. §§ 78—83. . . . .</b>	<b>68—70</b>
Zu Art. 80: Beschl. d. Ostsee-Comité 5. Novbr. 1866 (Pat. 18. Janr. 1867 № 3) betr.: Verkauf d. Bauergesinde auf Pfandgütern. . . . .	69
<b>Drittes Capitel. Besondere Bestimmungen über die Conversion der Frohne in Geldpacht. §§ 84—92. . . . .</b>	<b>70—71</b>
<b>Zweiter Theil. Gesetzliche Bestimmungen. §§ 93—1140. . . . .</b>	<b>71 ff.</b>
<b>Erstes Buch. Bestimmungen über den Grund und Boden und dessen Nutzung. §§ 93—228. . . . .</b>	<b>71—123</b>
<b>Erster Abschnitt. Eintheilung des Landes. §§ 93—96. . . . .</b>	<b>71— 72</b>
Zu Art. 94: Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. 10. Janr. 1891 № 32 (Gouv.-Zeit. 28. Janr. 1891 № 12) betr.: Steuerfreiheit d. griechisch-russischen Kirchenländereien. . . . .	71
<b>Zweiter Abschnitt. Gesetzliche Stellung des Hofes- und Gehorchslandes. §§ 97—111. . . . .</b>	<b>72— 79</b>
Zu Art. 97: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 24. Juli 1867 № 114) betr.: Verbot der Frohnpacht-Verträge über Hofesland und Quote. . . . .	72
2. Namentl. Allerh. Befehl 14. März 1887 (Pat. 29. Mai 1887 № 27) betr.: Verbot d. Erwerbes von ländl. Immobilien durch Ausländer zu Eigenth., Besitz u. Nutzniessung . . . . .	72
Anmerk.*): Senatsentscheid. 25. Octbr. 1893 № 33 betr.: Definition des Begriffs «städtische Ansiedelung». . . . .	73

3. Namentl. Allerh. Befehl 18. Febr. 1893 (Pat. 24. März 1893 № 23) betr.: Nutzung u. Verkauf d. Quote. . . . .	74
Zu Art. 101: Senatsentscheidung 14. Febr. 1896 № 13 betr.: Gesindever- kauf an Nichtbauern. . . . .	76
Anmerk.*): Cirk. d. Gouverneurs 14. Mai 1893 № 4474 betr.: Verhinderung d. ungesetzl. Nutzung d. Gehorchslandes durch d. Gutsbesitzer. . . . .	76
Zu Art. 104: Anmerk.*): Cirk. d. Gouverneurs 18. April 1891 № 124 betr.: Austausch d. Quote gegen Hofesland, u. Cirk. d. Gouv.-Beh. f. B.-S. 1. Novbr 1893 № 414 in ders. Sache. . . . .	78
<b>Dritter Abschnitt. Bestimmungen über die Art, in welcher     das Gehorchsland genutzt werden darf. §§ 112—228. . .</b>	<b>80—123</b>
Zu Art. 116: 1. Regeln v. 22. Mai 1865 (Pat. 7. Juli 1865 № 67) betr.: Ent- schädigung d. fortziehenden Pächter im Fall d. Verpach- tung u. d. Verkaufs d. Gesinde. . . . .	81
Zu § 1 d. Regeln: Senatsentscheidung 14. Febr. 1896 № 48 betr.: Kündigung d. Pachtkontrakts. . . . .	82
2. Beschl. d. Ostsee-Comité (Pat. 3. Septbr. 1865 № 101) betr.: sofortige Inkraftsetzung d. Entschädigungs-Regeln. . . . .	86
3. Beschl. d. Ostsee-Comité 18. Febr. 1866 u. Verfügung d. Gen. Gouverneurs (Pat. 9. Septbr. 1866 № 82) betr.: Aus- dehnung d. Pkt. 2 d. Anmerk. zu § 4 d. Estländ. Entschä- digungs-Regeln auf Livland, u. Minimalgrösse d. Dorfes. . .	87
4. Instruktion f. d. Kirchsp.-Gerichte Livland's u. Oesel's zur Abschätzung d. Gesindes-Meliorationen (Pat. 26. April 1868 № 29). . . . .	88
5. Bekanntmachung d. Commiss. in Livl. B.-S. (Gouv.-Zeit. 11. Juni 1886 № 63) betr.: Erläuterung d. § 11 d. Entschädi- gungs-Regeln. . . . .	90
» » 118: Bekanntmachung d. Commiss. in Livl. B.-S. v. J. 1882 № 7120 (Gouv.-Zeit. 15. Decbr. 1882 № 144) betr.: Prüfung u. Bestä- tigung neuer Messungen. . . . .	91
<b>Erstes Capitel. Verpachtung d. Gehorchslandes. §§ 119—218</b>	<b>92—118</b>
<b>Erste Abtheilung. Allgemeine Bestimmungen über Ver-     pachtung jeder Art. §§ 119—148. . . . .</b>	<b>92—106</b>
Zu Art. 119: Erläuterung d. Commiss. in Livl. B.-S. 27. Mai 1868 № 194 betr.: Minimum d. Pachtzeit aller Verträge üb. Gehorchsland. . .	92
» » 129: Senatsentscheidung 18. Mai 1892 № 22 betr.: Feststellung d. Existenzminimums d. ackerbautreibenden Bauern. . . . .	95
Anmerk.*): Schutz d. eisernen Inventar's vor Zwangsvoll- streckung u. in Konkurse. . . . .	95
» » 134: 1. Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. 11. Novbr. 1892 № 270 (Gouv.-Zeit. 11. Novbr. 1892 № 122) betr.: Entrichtung d. Reichsgrundsteuer vom verpachteten Gehorchslande durch d. Gutsbesitzer. . . . .	96
2. Erlass d. Gouverneurs 11. Octbr. 1893 № 267 (Gouv.-Zeit. 13. Octbr. 1893 № 112) in ders. Sache. . . . .	97
3. Senatsentscheidung 22. Decbr. 1897 № 28 betr.: Uebertra- gung d. Reichsgrundsteuer auf verpachtetes Gehorchsland; s. Nachträge . . . . .	XXXVII

Zu Art. 136: R.-R.-G. 6. Mai 1896 (Pat. 4. Decbr. 1896 № 89) betr.: d. Darlehen zu landwirthschaftl. Meliorationen. . . . .	97
Anmerk.*): R.-R.-G. 3. Jan. 1900 (Samml. d. Ges. etc. 25. Febr. 1900 № 25 St. 468) betr.: unbefristete Geltung dies. Ges.; R.-R.-G. 29. Mai 1900 (Reg.-Anz. 13./26. Juli 1900 № 158) betr.: Verordn. üb. d. Darlehen zu landwirthschaftl. Meliorationen; ministeriell im Janr. 1900 bestät. Regeln f. d. Ertheilung v. Darlehen zu Meliorationszwecken durch d. Livl. Creditsystem; s. Nachträge . . . . .	XXXIX
» » 141: Anmerk.*): 1. Urtheil d. Wend.-Walkschen Kreisz. 12. Septr. 1883 № 4622 betr.: gutsherrliche Nutzung d. Waldes auf d. Gehorchslande . . . . .	103
2. Senatsentscheidung 26. Octbr. 1892 № 35 in ders. Frage. . . . .	104
3. Urtheil d. Hofgerichts 12. April 1878 № 2118 betr.: Definition des Waldfrevels . . . . .	105

## Zweite Abtheilung. Besondere Bestimmungen über die einzelnen Arten der Pachtnutzung des Gehorchslandes.

§§ 149—195. . . . .	107—111
---------------------	---------

### Erste Unterabtheilung. Frohne. §§ 149—178. . . . . 107—108

Zu Art. 149: Landtagsschluss v. J. 1865 (Pat. 14. Mai 1865) № 54) betr.: Verbot d. Frohnpacht-Verträge auf Gehorchsland. . . . .	107
--	-----

### Arbeits-Regulativ. §§ 167—178. . . . . 107

### Zweite Unterabtheilung. Naturalpacht. §§ 179—182. . . . . 108

### Dritte Unterabtheilung. Gemischte Pachten. §§ 183—186. . . . . 109

### Vierte Unterabtheilung. Geldpacht. §§ 187—195. . . . . 109—111

## Dritte Abtheilung. Bestimmungen über d. Pachtkontrakt. §§ 196—218. . . . . 111—118

Zu Art. 198: Anmerk.*): Senatsentscheidung 28. Novbr. 1894 № 7197 betr.: Schriftlichk. d. Pachtkontrakts zwischen Bauern. . . . .	112
---	-----

» » 199: Entscheid. d. Commiss. in Livl. B.-S. 28. Juni 1890 u. Cirk. d. Gouverneurs 25. Novbr. 1892 № 291 betr.: Prüfung d. Pachtkontrakts durch d. Commissare f. B.-S. . . . .	113
--	-----

## Gesetzliche Verpflichtungen und Berechtigungen des Verpächters und Pächters. §§ 207—218. . . . . 115—118

Zu Art. 207: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 1. Decbr. 1869 № 131) betr.: Streichung der letzten Alinea d. Art. 207. . . . .	115
---	-----

» » 208: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 18. Juli 1866 № 56) betr.: Definition des Ausdrucks «Grundstück». . . . .	116
---	-----

» » 214: Anmerk.**): Cirk. d. Gouverneurs 19. April 1889 № 3102 betr.: Thätigk. d. Polizei bei Exmissionen auf Privatgütern. . . . .	117
--	-----

» » 215: Erläuterung d. Commiss. in Livl. B.-S. (Pat. 9. Decbr. 1863 № 121) betr.: stillschweigende Prolongation d. Pachtkontrakts. . . . .	118
---	-----

» » 218: Anmerk.*): Rechte d. Gutsherrn im Konkurse d. bäuerlichen Pächters. . . . .	118
--	-----

## Zweites Capitel. Bestimmungen über das bäuerliche Grundeigenthum. §§ 219—228. . . . . 119—123

Zu Art. 220: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 2. Decbr. 1868 № 139) betr.: Nichtübertragbarkeit gewisser Realrechte auf das Gehorchsland. . . . .	119
2. Senatsentscheidung 7. Febr. 1894 № 1 betr.: Vorbehalt d. Jagdrechts für d. Gutsherrn. . . . .	119
Anmerk.**): Cirk. d. Gouverneurs 25. Juli 1892 № 6851 (Gouv.-Zeit. 29. Juli 1892 № 78) in ders. Frage. . . . .	120
Anmerk.*): Senatsentscheidungen 25. Octbr. 1893 № 24, 16. Mai 1894 № 15 u. 24. Febr. 1899 № 19 betr.: Vorbe- halt d. Fischereirechts f. d. Gutsherrn; s. Nachträge. . . . .	XXXVIII
Anmerk.+): Pat. 2. Juni 1854 № 156 betr.: chartenmäßige Feststellung verkaufter Gesinde; s. Nachträge. . . . .	XLIII
Zu Art. 221: Erläuterung d. Commiss. in Livl. B.-S. v. J. 1889 (Gouv.-Zeit. 27. Novbr. 1889 № 135) betr.: eventuelle Erhöhung d. Maxi- mums d. bäuerl. Grundeigenthums. . . . .	121
Zu Capit. II: R.-R.-G. 11. Novbr. 1874 (Pat. 28. Febr. 1875 № 26) betr.: Be- freiung d. Gehorchslandes von d. gutsherrl. Erblosung. . . . .	123

**Zweites Buch. Bauer-Verordnung. §§ 229—1140. . .** 124 ff.

**Abschnitt I. Verfassung des Bauerstandes. §§ 229—764. .** 124 ff.

**Capitel I. Von dem Livländischen Bauerstande und dessen  
Eintheilung in Bauergemeinden. §§ 229—251. . . . .** 124—149

Zu Art. 238: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 17. Juni 1866 № 46) betr.: Geltung d. Steuervergünstigung nur für Bauern im engeren Sinn. . . . .	126
2. R.-R.-G. 17. April 1874 (Pat. 12. Aug. 1874 № 135) betr.: Einführung d. Stempelsteuer-Ges. . . . .	126
3. Vorstellung d. Finanzministers an d. Senat 28. März 1875 № 1165 (Pat. 30. Mai 1875 № 78) betr.: Inkraftsetzung d. Stempelsteuer-Ges. . . . .	127
4. Stempelsteuer-Gesetz, Ausg. v. J. 1893, Artt. 8, 58, 62, 79 u. 81 (Artt. 6, 45, 48, 64 u. 66 d. Ausg. v. J. 1874). . . . .	127
Anmerk.*): Verjährung d. Stempelsteuer. . . . .	127
5. Verfügung d. besond. Stemp.-Steuer-Commission 3. Januar 1877 (Pat. 11. März 1877 № 35) betr.: Stempelfreih. d. Kauf- u. Pachtkontrakte über Gehorchsland. . . . .	129
6. Verfügung d. 1. Depart. d. Senats 21. Septbr. 1876 (Pat. 29. Juli 1877 № 76) betr.: Stempelfreih. d. Obligationen über d. Kaufschillingsreste d. verkauften Gehorchslandes. . . . .	129
7. R.-R.-G. 4. April 1888 (Pat. 27. Mai 1888 № 42) betr.: be- dingte Befreiung d. Bauern von d. Corroborations- (Besitz- wechsel-) Steuer. . . . .	129
Anmerk.**): Senatsentscheidung 2. Novbr. 1893 № 6109 betr.: Gleichstellung d. Quote mit Hofesland. . . . .	129
8. Senatsentscheidung 4. Febr. 1891 № 4 betr.: Stempelfreih. d. mit eignen Bauern über Gehorchs- u. Hofeslandparcellen abgeschlossenen Kauf- u. Pachtverträge und Befreiung der Bauern von d. Corroborations- (Besitzwechsel-) Steuer. . . . .	130
9. Senatsentscheidung 18. Mai 1892 № 23 betr.: Stempelfreih. d. mit fremden Bauern über Gehorchs- u. Hofeslandpar-	



cellen, auch auf Pastoraten, abgeschlossenen Pachtverträge u. Definition d. Begriffs «Ansiedelung» in Pkt. 4 Art. 66 (81) Stemp.-St.-Ges. . . . .	131
9* Senatsentscheidung 23. März 1898 № 3 betr.: freiwillige Gerichtbark. d. Gem.-Gerichte u. Stempelfreih. d. Pachtverträge mit Bauern; s. Nachträge. . . . .	XLIV
10. Senatsentscheidung 23. Novbr. 1892 № 39 betr.: Strafflosigk. d. Contrahenten für d. Niederschrift auf einfachem Papier der vor Emanirung d. Senatsentscheidung 4. Febr. 1891 № 4 abgeschlossenen Verträge. . . . .	133
11. Senatsentscheidung 16. Febr. 1894 № 25 in ders. Frage. . .	134
12. R.-R.-G. 8. Juni 1893 (Pat. 29. Septbr. 1893 № 160) betr.: Abänderung d. Fristen zur Erhebung d. Corroborations-(Besitzwechsel-) u. Dokumenten-Steuer. . . . .	134
13. Senatsentscheidung 5. Febr. 1897 № 46 betr.: Nichterhebung d. Dokumentensteuer von Obligations-Aufschriften u. anderen, keine Grundbuch-Urkunden darstellenden, Dokumenten. .	136
14. Beschl. d. Minister-Comité 4. Juli 1894 (Pat. 1. Mai 1895 № 25) betr.: eventuelle Stundung od. ratenweise Entrichtung d. Corroborations-(Besitzwechsel-) Steuer. . . . .	138
Anmerk.*): Cirk. d. Depart. d. direkten Steuern 20. Aug. 1894 № 7624 u. Rescript dess. an d. Livländ. Kameralhof 20. Mai 1895 № 4557 betr.: Ausführung u. Interpretation dieses Ges. . . . .	138
15. Senatsentscheidung 7. Octbr. 1896 № 32 betr.: Nichterhebung d. Dokumentensteuer von allen Verträgen d. Bauern üb. Erwerb od. Uebertragung von Pacht u. Eigenth. ländl. Immobilien sowie von d. Obligationen üb. d. Kaufschillingsreste d. verkauften Gehorchslandes. . . . .	139
16. Ges. über d. Steuer v. Vermögen b. unentgeltl. Uebergänge dess. 15. Juni 1882, Ausg. v. J. 1893, Artt. 152 u. 153 (Artt. 1 u. 2 d. Ausg. v. J. 1882). . . . .	141
17. R.-R.-G. 23. Decbr. 1882 (Pat. 25. Febr. 1883 № 8) betr.: Inkraftsetzung d. Ges. v. 15. Juni 1882. . . . .	142
18. Senatsentscheidung 7. Febr. 1894 № 4 betr.: Erhebung d. Steuer b. unentgeltl. Vermögensübergänge nur vom Culturlande. . . . .	142
19. R.-R.-G. 10. April 1895 (Pat. 31. Juli 1895 № 62) betr.: Abänderung u. Ergänzung d. Ges. v. 15. Juni 1882. . . . .	144
20. Senatsentscheidung 15. April 1896 № 17 betr.: rückwirkende Kraft d. Ges. v. 10. April 1895. . . . .	144
21. Senatsentscheidung 26. Jan. 1898 № 22 betr.: Befreiung d. Gehorchslandes von d. Steuer b. unentgeltl. Vermögensübergänge mittels Erbfolge; s. Nachträge. . . . .	XLV
Anmerk.*): Allerh. Befehl 18. April 1877 (Pat. 29. Juli 1877 № 20) betr.: Rückzahlung d. Besitzwechsel-Steuer an d. Städte; R.-R.-G. 13. Nov. 1878 (Vollst. Gesetzesamml. № 59013) betr.: Rückzahlung d. Reichsgrundsteuer u. d. bäuerl. Grundzinszahlungen; Regeln f. d. Annahme u. Behandlung d. Gesuche u. Beschwerden auf d. Allerh. Namen v. 21. März 1890 (Cod. d. Reichsges. Bd. I Th. 2, Ausg. v. J. 1892); s. Nachträge . . . . .	XLVIII

Schlussbemerkung: 1. Senatsentscheidung 21. Febr. 1892

№ 1301 betr.: Nichterhebung d. Corroborations- (Besitzwechsel-) Steuer vom erstmalig eine Landstelle von bestimmter Ausdehnung kaufenden Bauern. . . . . 146

2. Rückzahlung widergesetzlich erhobener Steuern u. Gebühren. S. auch Nachträge. . . . . XLVIII

Zu Art. 240: 1. Bekanntmachung d. Commiss. in Livl. B.-S. (Pat. 30. Decbr. 1870 № 146) betr.: neue Redaktion d. Art. 240. . . . . 146

2. Beschl. d. Ostsee-Comité 5. Novbr. 1866 (Pat. 18. Jan. 1867 № 15) betr.: Aufhebung d. ausschliessl. Güterbesitzrechts u. d. Retraktrechts des Adels. . . . . 147

» » 244: Bekanntmachung d. Commission in Livl. B.-S. (Pat. 5. März 1865 № 20) u. R.-R.-G. 10. Mai 1866 (Pat. 25. Juli 1866 № 61) betr.: Abmeldungsfrist f. d. Austritt aus der Gemeinde. . . . 148

Capitel II. Gemeinde-Ordnung. §§ 252—586. . . . . 149 ff.

Erste Abtheilung. Organisation der Bauergemeinde. Eintritt und Austritt. Umschreibung von einer Gemeinde zu einer anderen. §§ 252—285. . . . . 149—160

Constituierung der Gemeinde. §§ 252—257. . . . . 149—150

## Entwurf einer Landgemeinde-Ordnung für die Ostsee-Gouvernements.

Erstes Hauptstück. Von der Organisation der Landgemeinden. §§ 1—3. . . . . 151—153

Zu Art. 1: Ges. üb. d. allg. Wehrpfl. Artt. 28 u. 29 betr.: Zugehörigk. d. Soldaten zu ihren Gemeinden. . . . . 151

Anmerk. \*\*): 1. Namentl. Allerh. Befehl 25. Juni 1867 (Pat. 15. Septbr. 1867 № 137) betr.: Wiedereintritt der alten Soldaten (Rekrutenloosungs-Regl. v. J. 1861) in ihre Gemeinden. . . . . 151

2. Cirk. d. Collegen d. Finanzministers 23. Decbr. 1881 № 6588 betr.: Zugehörigk. d. Soldatenkinder zur väterl. Gemeinde. . . . . 152

Zu Art. 2: 1. R.-R.-G. 17. April 1893 (Pat. 19. Juli 1893 № 100) betr.: Errichtung d. Balt. Gouv. Beh. f. B.-S. . . . . 152

2. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 16. Septbr. 1868 № 98) betr.: Trennung vereinigter Gemeinden. . . . . 152

3. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 19. Juni 1868 № 72) betr.: Nichtgestattung d. Vereinigung v. Gemeinden. . . . . 153

Aufnahme neuer Glieder in die Gemeinde. §§ 258—266. . . . 153—155

Zu Art. 258: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 1. Decbr. 1869 № 130) betr.: neue Redaktion d. Art. 258. . . . . 153

» » 259: Desgl. neue Redaktion d. Art. 259. . . . . 153

Zu Art. 262: Pkt. b. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 1. Decbr. 1869 № 130)	
betr.: redaktionelle Aenderung d. Pkt. b. . . . .	154
» » 263: R.-R.-G. 20. März 1873 (Pat. 4. Juni 1873 № 49) betr.: Genehmigung d. Anschreibung von Kleinbürgern zu Landgemeinden durch d. Kameralhof. . . . .	154
<b>Umschreibung. §§ 267—285. . . . .</b>	<b>155—160</b>
Zu Art. 269: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 1. Decbr. 1869 № 130) betr.: neue Redaktion d. Art. 269. . . . .	156
» » 274: R.-R.-G. 9. Decbr. 1868 (Pat. 17. Febr. 1869 № 16) betr.: Angabe d. Geburtstages u. d. Confession in Entlassungszeugnissen u. Umschreibungslisten. . . . .	157
» » 275: Bekanntmachung d. Commission f. B.-S. (Pat. 14. Juni 1878 № 39) betr.: redaktionelle Aenderungen *). . . . .	157
Zu Art. 276: R.-R.-G. 20. Decbr. 1865 (Pat. 10. Juni 1866 № 41) betr.: Aenderung d. Termins zur Vorstellung d. Umschreibungs-Verzeichnisse. . . . .	158
» » 283: Erläuterung d. Commiss. in Livl. B.-S. (Pat. 15. Juli 1864 № 91) betr.: Abgabenzahlung der Umgeschriebenen. . . . .	159
<b>Zweite Abtheilung. Verfassung d. Gemeinde. §§ 286—348. . . . .</b>	<b>160—200</b>
<b>Classen. §§ 286—291. . . . .</b>	<b>160—161</b>
<b>Versammlungen. §§ 292—304. . . . .</b>	<b>161—162</b>
<b>Beschwerdeführung Seitens der Gemeinde. §§ 305—309. . . . .</b>	<b>163—164</b>
Zu Art. 305—309: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 14. Juni 1868 № 63) betr.: Formalitäten bei d. Beschwerdeführung. . . . .	164
2. Bericht d. Ministers d. I. an d. Senat 27. Decbr. 1883 № 3499 (Pat. 3. März 1884 № 7) betr.: obligatorische Genehmigung d. Ministers zur Absendung von Deputationen. . . . .	164
<b>Von den Gemeinde-Vorstehern und Zehntnern. §§ 310—323. — Gemeindegericht. §§ 324—347. — Gutsverwaltung. § 348. . . . .</b>	<b>165</b>

## Entwurf einer Landgemeinde-Ordnung für die Ostsee-Gouvernements.

<b>Zweites Hauptstück. Von der Gemeinde-Verwaltung.</b>	
§§ 4 — 25. . . . .	165—183
Zu Art. 4: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 29. Septbr. 1869 № 113) betr.: Wahl eines Magazin-Aufsehers. . . . .	165
<b>Erster Abschnitt. Von den Versammlungen der Gemeinde.</b>	
<b>Die volle Gemeinde-Versammlung und der Gemeinde-Ausschuss. §§ 6 — 14. . . . .</b>	<b>166—175</b>

---

\*) Für den Zweck des Inhaltsverzeichnisses ist es ausreichend, dass diese Redaktions-Verordnung nur einmal angeführt wird. D. Hrag.

Zu Art. 6:	1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 3. Novbr. 1867 № 160) betr.: Zuziehung der Eigenthümer u. Pächter von Hofesland-Gesinde zur Gemeinde. . . . .	167
	2. Cirk. d. Ministers d. I. 15. Febr. 1893 № 10 (Gouv.-Zeit. № 22) betr.: zeitweil. Ausschluss d. Gemeinde-Mitglieder. . . . .	167
» »	8: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 3. Novbr. 1867 № 160) betr.: Bildung einer bes. Klasse der Eigenthümer und Pächter von Hofesland-Gesinde. . . . .	169
	Anmerk.*): Cirk. d. Gouverneurs 31. Aug. 1893 № 8145 betr.: Art d. Abstimmung in Gem.-Versamml. . . . .	168
	Anmerk.**): Cirk. d. Gouverneurs 30. Novbr. 1894 № 4208 betr.: Modus der Entfernung lasterhafter Gem.-Mitglieder . . . . .	168
» »	9: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 14. Decbr. 1866 № 120) betr.: Interpretation d. Ausdrucks «Gem.-Angehörige». . . . .	170
	2. Cirk. d. Gouv.-Beh. f. B.-S. 31. Decbr. 1894 № 4996 betr.: Ausscheiden d. Ausschuss-Personen. . . . .	170
» »	11: Pkt. b.: Allerh. Befehl 11. März 1889 (Samml. d. Ges. etc. 9. Mai 1889 № 43 St. 352) betr.: archäolog. Ausgrabungen auf Gemeindeland u. Restaurirung alter Denkmäler im Gemeinde-Bezirk. . . . .	170
Zu Art. 11:	Pkt. f.: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 14. Decbr. 1866 № 120) betr.: Interpretation des Ausdrucks «Gem.-Angehörige». . . . .	172
	2. Ges. üb. d. allg. Wehrpfl. Artt. 29 u. 34 betr.: Steuerzahlung der Soldaten und Reservisten . . . . .	172
	Anmerk.**): Cirk. d. Gouverneurs 27. Sept. 1891 № 7982 betr.: Vermeidung der von d. Fr.-R.-Vers. beanspruchten unnöthigen Ausgaben für d. Gem.-Gerichte; desgl. 28. April 1892 № 3815 betr.: Ausgaben für d. Rekruten; desgl. 31. Aug. 1894 № 6503 betr.: Anlage d. Gem.-Arrest - Lokale. . . . .	171
Zu Art. 12:	Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 14. Decbr. 1866 № 120) betr.: Rechtskraft d. Ausschuss-Beschlüsse. . . . .	173
» »	13: Senatsentscheidung 25. Novbr. 1897 № 85 betr.: Gültigk. d. vom Gem.-Ausschuss geschlossenen Vertrages ohne Genehmigung d. Commissars f. B.-S. u. mündliche Form solcher Verträge . . . . .	173

## Zweiter Abschnitt. Von dem Gemeinde-Aeltesten und den Vorstehern. §§ 15—24. . . . . 175—183

Zu Art. 15:	Bekanntmachung d. Commiss. in Livl. B.-S. (Pat. 23. Decbr. 1868 № 156) betr.: Unterstellung d. Streuländereien unter d. Guts- resp. Gemeindepolizei. . . . .	175
» »	16: Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. v. J. 1889 № 4062 (Gouv.-Zeit. 26. Juni 1889 № 70) betr.: Polizeigewalt d. Hakelwerks-Aeltesten zu Oberpahlen u. Rujen-Torney. . . . .	176
» »	19: Pkt. e: R.-R.-G. 9. Juni 1888 (Pat. 20. Juli 1888 № 51) Abschnitt II betr.: Ablieferung von Vagabunden u. Deserteuren an d. Kreispolizei. . . . .	177
» »	19: 1. Verfügung d. Ministers d. Innern (Gouv.-Zeit. 1. Mai 1892	

№ 45) betr.: Sequestration d. Gesinde für die Credit-Societät durch d. Gem.-Aeltesten. . . . .	178
2. Befehl d. Gouv.-Reg. 23. Octbr. 1892 № 2388 betr.: Mitwirkung d. Gem.-Aeltesten bei Erfüllung von Criminal- und Civilurtheilen. . . . .	178
3. Erlass d. Gouv.-Reg. 9. Septbr. 1895 № 3000 betr.: Insinuation nur an Bauern durch d. Gem.-Aeltesten. . . . .	179
4. Verfügung d. Gouv.-Reg. (Pat. 20. März 1898 № 7) betr.: Aufsicht üb. d. Handels- u. Gewerbebetrieb im Hofbezirk durch d. Gem.-Aeltesten. . . . .	179
Zu Art. 20: Pkt. a: Anmerk.***): Cirk. d. Gouverneurs 23. März 1892 № 2724 (Gouv.-Zeit. 8. April 1892 № 35) betr.: Leitung d. Gem.-Ausschüsse durch d. Gem.-Aeltesten. . . . .	179
Pkt. k: Anmerk. *): Cirk. d. Gouverneurs 3. Mai 1894 № 3470 betr.: Ertheilung v. Auskünften üb. griech.-russ. Gem.-Angehörige an d. griech.-russ. Kirchendiener; desgl. 7. Mai 1898 № 2222 (Gouv.-Zeit. 15. Mai 1898 № 49) betr.: ausschliessl. Gebrauch griech.-russ. Taufnamen in Dokumenten üb. griech.-russ. Gem.-Angehörige; desgl. 8. Decbr. 1896 № 8516 (Gouv.-Zeit. 18. Decbr. 1896 № 139) betr.: jährl. Verificirung d. Gem.-Rolle nach den Kirchenbüchern. . . .	180
Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 14. Decbr. 1866 № 120) betr.: Interpretation d. Ausdrucks «Gem.-Angehörige». . .	181
Pkt. l: Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. (Pat. 1. Octbr. 1873 № 93) betr.: Nichterhebung d. Chaussee - Steuer von d. Landesprodukte u. Geräthschaften auf d. Strecken Riga—Engelhardtshof u. Riga—Olai verführenden Bauern. . . .	181
Anmerk. *): Cirk. d. Gouverneurs 6. März u. 10. April 1892 № 1996 u. 3181, sowie 20. Novbr. 1895 № 4811 betr.: Nichtertheilung von Pässen an arme u. arbeitsunfähige Gem.-Angehörige. . . . .	181
Zu Art. 21: Cirk. d. Ministers d. J. 15. Febr. 1893 № 9 (Gouv.-Zeit. 1. März 1893 № 22) betr.: Vorsitz im Gem.-Ausschluss in d. Fällen der Pkte 2 u. 3 d. Art. 21. . . . .	182
» » 24: Anmerk. *): Cirk. d. Gouverneurs 8. Octbr. 1894 № 3551 betr.: Anwendung d. Ungehorsamsstrafen in Accise-Sachen. . . .	183
<b>Dritter Abschnitt. Von dem Gemeinde-Gericht. § 25. . .</b>	<b>183</b>
<b>Drittes Hauptstück. Von der Ordnung der Einsetzung und Entlassung der Gemeinde-Beamten, von ihren Rechten und ihrer Verantwortlichkeit. §§ 26—34. . . . .</b>	<b>184—194</b>
<b>Erster Abschnitt. Von der Einsetzung und Entlassung der Gemeinde-Beamten. §§ 26—30. . . . .</b>	<b>184—188</b>
Zu Art. 26: 1. Cirk. d. Commiss. in B.-S. 31. März 1867 betr.: Gleichstellung d. Magazin-Aufseher u. Gemeindeschreiber mit d. übrigen Gem.-Beamten. . . . .	184
Anmerk. **): Cirk. d. Gouverneurs 28. Aug. 1890 № 7287 betr.: Ernennung eines stellv. Schreibers durch d. Commissaren f. B.-S.; 7. Aug. 1892 № 7259 betr.: Gegenzeich-	

nung amtl. Schriftstücke nur durch den Schreiber; 12. Novbr. 1892 № 10484 betr.: Unzulässigk. d. Unterzeichnung officieller Papiere mit d. Namen d. Gem.-Aeltesten; 23. Decbr. 1895 № 5349 betr.: Unvereinbark. d. Aemter d. Gem.-Schreibers u. d. Lehrers. . . . .	185
2. Vorschrift d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 2. Decbr. 1868 № 138) betr.: Fixirung d. Minimalbetrages d. Gemeindebeamten-Gagen. . . . .	185
3. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 29. Septbr. 1869 № 113) betr.: Wahl eines Magazin-Aufsehers. . . . .	186
4. Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. (Pat. 21. Aug. 1873 № 76) betr.: Unvereinbark. d. Funktionen d. Gem.-Schreibers u. d. Vertreters d. Gutsverwalt. od. Gutspolizei. . . . .	186
Zu Art. 28: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 26. April 1868 № 31) betr.: Wahlunfähigk. d. Krüger. . . . .	187
2. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 21. Juli 1869 № 92) betr.: Wahlunfähigk. d. in Untersuchung Stehenden, kriminell od. mehrfach polizeil. Bestraften. . . . .	187
3. Bekanntmachung d. Commiss. in B.-S. (Pat. 30. Decbr. 1870 № 147) betr.: Unzulässigk. d. Bekleidung d. Amtes d. Gem.-Aeltesten u.- Schreibers durch Brüder. . . . .	187
4. Cirk. d. Gouv.-Beh. f. B.-S. 12. Octbr. 1893 № 269 betr.: Wahlunfähigk. vom Gem.-Gericht mehrfach Bestrafter. . . . .	187
Zu Art. 30: Bekanntmachung d. Commiss. in B.-S. (Pat. 30. Aug. 1867 № 113) betr.: Designation eines Gem.-Vorstehers zum stellv.-Aeltesten . . . . .	188

## Zweiter Abschnitt. Von den Rechten und Vorzügen der Gemeinde-Beamten. § 31. . . . .

188

Zu Art. 31: Anmerk.*): Amtszeichen d. Gem.-Aeltesten u.- Vorsteher. . . . .	188
---	-----

## Dritter Abschnitt. Von der Aufsicht über die Gemeinde-Beamten und von deren Verantwortlichkeit. §§ 32—34. . . . .

189—194

Zu Art. 32: Anmerk.*): Cirk. d. Gouverneurs 1. Juli 1893 № 1424 betr.: Verkehr d. Gem.-Verwaltungen mit Gouv.-u. höheren Behörden . . . . .	189
» » 34: Anmerk.**): administrative Beahndung d. Ausschuss-Personen. S. auch Beil. F. S. 141 (Vollz.-Instr. § 19). . . . .	189
1. Senatsentscheidung 26. Novbr. 1890 № 29 betr.: Gerichtsübergabe d. Gem.-Beamten nur durch Gouv.-Commission f. B.-S. (Gouv.-Beh. f. B.-S.). . . . .	190
Anmerk.*): Cirk. d. Gouverneurs 23. Janr. 1891 № 616 betr.: vorbereitende Schritte zur Gerichtsübergabe. . . . .	190
2. Erlass d. Gouv.-Reg. 10. April 1891 № 893 betr.: Gerichtsübergabe d. Gem.-Boten als Polizei-Wächter nur durch d. Gouv.-Reg. . . . .	193
3. Befehl d. Gouv.-Reg. 7. Octbr. 1893 № 2032 betr.: Einleitung d. administrativen Untersuchung wider Gem.-Beamte wegen Amtsvergehen durch d. Commissaren f. B.-S. . . . .	193
Anmerk.*): Cirk. d. Gouverneurs 7. Septbr. 1891 № 5724 betr.: Beahndung d. Gem.-Beamten durch d. Kreischef in Steuer- u. Wege-Sachen. . . . .	194
Schlussbemerkung 1. betr.: Autonomie d. Gemeinden, u. 2. Siegel ders. . . . .	194

## Viertes Hauptstück. Von der Gutspolizei. §§ 35—42. . . 195—200

R.-R.-G. 9. Juni 1888 (Pat. 20. Juli 1888 № 51) betr.: Reorganisat. d. Polizei in d. Balt. Gouv. Abschnitt III Artt. 1—10 (Allg. Gouv.-Verf. Artt. 850—860) u. Abschnitt VII.

- Zu Art. 1: (Allg. Gouv.-Verf. Art. 851): 1. Befehl d. Gouv.-Reg. 28. Octbr. 1894 № 2656 betr.: Befreiung d. Gutspolizei von Beitreibungen . . . . . 196
2. Erlass d. Gouv.-Reg. 9. Septbr. 1895 № 3000 betr.: Insinuation nur an Bauern durch d. Gutspolizei. . . . . 197
3. Cirk. d. Gouverneurs 7. April 1897 № 1334 betr.: Verpflichtung d. Gutspolizei in Accise-Sachen zu konfiscirende u. als Beweismittel dienende Gegenstände aufzubewahren. . . . 197
- » » 7: (Allg. Gouv.-Verf. 857): 1. Bekanntmachung d. Gouverneurs 13. Novbr. 1893 № 10078 (Gouv.-Zeit. 15. Novbr. 1893 № 125) betr.: Portofreih. d. officiellen Correspondenz d. Gutspolizei. . . . . 199
2. Cirk. d. Gouverneurs 8. Decbr. 1893 № 8312 (Gouv.-Zeit. 13. Decbr. 1893 № 136) betr.: Definition d. officiellen Correspondenz. . . . . 199
3. Bekanntmachung der Gouv.-Reg. 5. Septbr. 1897 № 2926 (Gouv.-Zeit. 5. Septbr. 1897 № 94) betr.: Anerkennung d. Portofreih. u. d. Siegels d. Gutspolizei durch d. Senat. . . 199
- Anmerk.\*): Senatsentscheidung 26. Febr. 1896 № 2368 in dies. Frage; s. Nachträge . . . . . XLIX
- Zu Art. 10: (Allg. Gouv.-Verf. Art. 860): Einführungs-Regeln 9. Juli 1889 Art. 3 Beil. § 13 betr.: Competenz d. Gouv.-Reg. zur Entziehung d. Gutspolizei. . . . . 200
- Abschn. VII betr.: Aufhebung d. Artt. 35—42 L.-G.-O. . . 200

## Fünftes Hauptstück. Von der Einführung der gegenwärtigen Verordnung. § 43. . . . . 200

Anmerk.\*\*): Namentl. Allerh. Befehl 25. Janr. 1876 (Pat. 1. März 1876 № 19) betr.: Aufhebung d. Balt. General-Gouvernements, u. Unterleg. d. Ministers d. Innern (Pat. 12. Mai 1876 № 49) betr.: Vertheilung d. Geschäfte d. Gen.-Gouverneurs unter d. Gouverneure u. Minister. . . . . 200

Dritte Abtheilung. Verhältniss d. Dienstleute in der Bauer-	
gemeinde. Dienstordnung. Dienstvertrag. §§ 349—394. .	201—208
Dienstverträge ausserhalb der Gemeinde. §§ 355—371. . .	202—203
Dienstverträge innerhalb der Gemeinde und des Gutes.	
§§ 372—394. . . . .	204—208

## Beilagen.

Seite.

### Lit. A. Zu § 2. (Instruction zur Anfertigung neuer Wackenbücher).

#### Instruction zur Anfertigung neuer Wackenbücher (Pat.

3. Juni 1870 № 13). . . . . 1—10

1. Verfüg. d. Commiss. in B.-S. 7. Octbr. 1887 betr.: Formalitäten  
d. Charten- u. Wackenbuchs-Bestätigung. . . . . 2

2. Bekanntmachung d. Commiss. in B.-S. v. J. 1888 № 74 (Gouv.-  
Zeit. 13. Janr. 1888 № 4) betr.: Berechtigung d. Kleingrundbe-  
sitzers zur Neuvermessung u. Neukatastrirung eines Landstücks. . . . . 3

3. Erlass d. Gouverneurs 9. Febr. 1890 № 1320 (Gouv.-Zeit. 9. Febr.  
1890 № 17) betr.: obligator. Anfertigung in russ. Sprache eines  
Exemplars d. dem Commissar f. B.-S. vorzustellenden Kauf- u.  
Pachtkontrakte, Charten u. Wackenbücher. . . . . 3

Anmerk.\*\*): Cirk. d. Gouverneurs 31. Octbr. 1890 № 217 betr.:  
Gültigk. der vor 20. (28?) Novbr. 1889 in deutscher Sprache  
angefertigten Charten. . . . . 3

4. Verfüg. d. Gouv.-Reg. 28. März 1895 № 373 (Pat. 10. April 1895  
№ 18) betr.: obligator. Angabe russ. Maasses in Plänen und  
Messdokumenten . . . . . 4

Wackenbuch-Schema v. J. 1888 (Pat. 20. Juni 1888 № 46). . . . . 9

#### Geschichtl. Bemerkungen zur Messung und Schätzung des Landes. . . . .

11—17

Anmerk.\*): Regulirung d. Kronsgüter; Instruktion f. Livl. v. J.  
1845; Regulirungs-Verordn. f. d. Ostseegouv. v. 27. Jan. 1854  
(Pat. 10. Febr. 1855 № 14); dazu gehörige Instruktionen v.  
4. Juni 1859, 24. Juni 1865 u. 14. April 1866; s. Nachträge.. LII

I. Allerh. im J. 1809 bestat. Taxations-Tabellen zur  
Taxation der Bauerländereien in Livland. . . . .

17—27

II. Instruction für die Kreis-Revisoren in Livland bei  
schiedsrichterl. Grenzregulirung zwischen Krons- u.  
Privatgütern, sowie Privatgütern u. Kirchenländere-  
ien, v. 6. Mai 1822. . . . .

28—30

III. Instruction für Landmesser zur Vermessung der  
Kronsgüter in Livland v. 11. April 1825. . . . .

31—55

Cap. I. Von der speciellen Messung eines Gutes u. Einrichtung  
desselben. . . . . 31  
Anmerk.\*) zu Pkt. 9: Theilung d. Schwemmlandes bei  
Aenderung d. Flussbetts. . . . . 33

Cap. II. Von der Zeichnung, Illumination u. Litteratur, sowohl der  
Concept- als mundirten Charten u. Grenz-Delineation. . . . . 34

Cap. III. Von Berechnung des Flächeninhalts der Landgattungen  
u. Taxation derselben, sowie auch Description zu Con-  
cept-, mundirten u. Grenz-Delineations-Charten. . . . . 39

Cap. IV. Ueber das weitere Verfahren der Landmesser nach been-  
digter Aufmessung, Berechnung des Flächeninhalts aller



Landgattungen und Taxation derselben, sowie auch Anfertigung eines Projectes zur Eintheilung derselben, als auch den Austausch der Streuländereien sowohl der einzelnen Gesinde, als auch des ganzen Gutes. . . . .	41
Cap. V. Von der Taxation u. Eintheilung der Wälder. . . . .	42
Cap. VI. Regel für die Landmesser, die sie bei Legung und Festsetzung der äussern Guts-Grenze, als auch bei Führung der Bauer-Grenzen, zu beobachten haben. . . . .	44
Cap. VII. Von Eintheilung der Hofesfelder und Heuschläge in Reessen und Buschländer in Schlägen, Anfertigung der Charten als auch Description derselben, sowie mehrere Regeln zur Nachachtung für den Landmesser. . . . .	46
Figurentafel . . . . .	nach 48
Schemata A—E zur Messung, Berechnung und Beschreibung der Ländereien und zum Umtausch derselben . . . . .	49—55
IV. Erläuternde Instruction zur Bonitirung des Bodens für die Revisoren der Kurländ. Mess- u. Regulirungs-Commission (aus den 30-er Jahren). . . . .	56—75
Taxations- u. Ausrechnungstabellen A—E für Bauer-Brustäcker, -Gärten, -Buschländer, -Saat- oder Ackerteiche u. -Heuschläge. . . . .	65—75
V. Instruction für die Messarbeiten bei Regulirung der Domainen in den Ostsee-Gouv. (aus den 50-er Jahren)	
§§ 9, 10, 11, 55 u. 127. . . . .	76
Tafel zur Reduction d. □ Faden auf Hunderttheile der Dessätine. . . . .	77
VI. Taxations-Tabellen für Livländ. Landmesser v. J. 1873 zur Berechnung der Ländereien nach Thalern, u. zur Verwandelung der Kappen, Lof- u. Tonnstellen in Dessätinen, □ Faden, □ Fuss sowie □ Werst. . . . .	78—86
VII. Instruction zur Abschätzung u. ökonomischen Eintheilung der Ländereien der publicquen Güter in Livland u. zur Veranschlagung der von den Bauern derselben zu leistenden Prästanden, v. J. 1845, §§ 7, 8, 11, 14—37, 43, 63, 64, 71, 72; s. Nachträge . . . . .	LIII
Tabellen zur Klassifikation der Ackerländereien u. Heuschläge . . . . .	
VIII. Project der Instruction über die Regulirung der Kronsgüter in d. Ostsee-Gouvernements v. 4. Juni 1859	
§§ 34—46, 65—84, 106—109; s. Nachträge . . . . .	LXX
Tabelle über die Klassifikation der Ackerländereien	

IX. Instruction zur Bewerkstelligung der Regulirung der Kronsbesitzlichkeiten in d. Baltischen Gouvernements v. 14. April 1866 §§ 52—58, 61—90, 96, 97, 133; s. Nachträge . . . . .	LXXX
Tabellen zur Klassifikation der Ackerländereien u. Heuschläge . . . . .	

**Lit. B. (Zu § 4. Reglement der Bauer-Renten-Bank).**

Zu § 6. Livl. Agrar- u. Bauer-Verordn. 9. Juli 1849 Artt. 7—19, 49—52. . . . .	87—90
Zu Art. 16. Anmerk.*): Regeste d. Senatsentscheidung 7. März 1890 № 393 betr.: zeitlich nicht beschränkte Bildung der Quote. . . .	89

**Lit. C. Zu § 124. Ueber eisernes Inventarium. . . . .** 91

**Lit. D. Zu § 242. (Bestimmungen hinsichtlich der Uebersiedelung Livländ. Bauern nach anderen Gouv.).**

I. R.-R.-G. 9. Juli 1863 (Pat. 6. Septbr. 1863 № 79) betr.: Regeln für d. Entlassung der Bauergemeindeglieder in d. Ostseegouv. zu zeitweiliger Entfernung und für die Umschreibung derselben zu anderen Gemeinden. . . . .	92—100
--	--------

1. R.-R.-G. 9. Decbr. 1868 (Pat. 17. Febr. 1869 № 16) betr.: Angabe d. Geburtstages u. d. Confession in Entlassungszeugnissen und Umschreibungslisten. . . . .	96
2. Bekanntmachung d. Commiss. in B.-S. (Pat. 21. Juli 1869 № 93) betr.: Form d. Kündigungs- u. Aufnahme-Scheine. . . . .	96
3. Bekanntmachung d. Commiss. in B.-S. (Pat. 14. Juni 1874 № 58) betr.: Form d. Entlassungsscheine. . . . .	98
4. Erlass d. Gouv.-Beh. f. B.-S. 31. Mai 1894 № 1909 mit Rescript d. Gouverneurs 18. Febr. 1893 № 1443 betr.: Steuerpflichtigk. d. Umzuschreibenden. . . . .	99

II. R.-R.-G. 3. Juni 1894 (Pat. 27. Juli 1894 № 99) betr.: Entwurf eines Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine Abschnitte I, II, III, IV, VI u. X. . . . .	100
---	-----

Zu Abschn. III: R.-R.-G. 20. Febr. 1895 (Samml. d. Ges. etc. 14. April 1895 № 61 St. 415) betr.: Anmiethung d. Arbeiter durch Private zur Gold- u. Platina-Gewinnung. . . . .	100
» » X: R.-R.-G. 18. Novbr. 1896 (Pat. 28. April 1897 № 9) betr.: fortdauernde Gültigk. früher ertheilter unbefristeter Aufenthaltsscheine. . . . .	102

Gesetz über d. Aufenthaltsscheine (Passgesetz). . . .	102—122
---	---------

# I. Hautstück. Allgemeine Bestimmungen. §§ 1—32. 102—111

Anmerk.\*): Reglement f. d. Adresstisch in d. St. Riga (Pat. 23. Juni 1867 № 94); R.-R.-G. 20. Decbr. 1883 betr.: Berechtigung d. Ministers d. Innern, die Hausbesitzer u. -Verwalter zu einer polizeil. An- u. Abmeldung zu verpflichten; Verfüg. d. Ministers d. Innern 19. April 1884 (Pat. 7. Mai 1884 № 34) betr.: polizeil. An- u. Abmeldung in d. Rig. Strandbadeorten während d. Saison; Namentl. Allerh. Befehl 4. Septbr. 1881 u. Verordn. zum Schutz d. staatl. Ordnung u. d. öffentl. Ruhe 14. Aug. 1881 (Pat. 9. Octbr. 1881 № 81) § 15 betr.: Berechtigung d. Gen.-Gouverneure, Gouverneure u. Stadtbefehlshaber, im Rayon des Zustandes verstärkten Schutzes die Hausbesitzer u. -Verwalter zu besonderer Aufsicht zu verpflichten; Verfüg. d. stellv. Gehülfen d. Ministers d. J. v. Juli 1899 (Gouv.-Zeit. 2. Aug. 1899 № 83) betr.: polizeil. An- u. Abmeldung in Schlock; und Verfüg. d. Gouverneurs 23. Juli 1899 № 426 (ibid.) betr.: Einführung von Hausbüchern in Schlock. . . 102

- Zu Art. 3: 1. Bekanntmachung des Gouverneurs 17. April 1895 № 2516 (Gouv.-Zeit. 17. April 1895 № 41) betr.: Passpflichtigk. d. Rigaschen Fabrikarbeiter. . . . . 105
2. Bekanntmachung der Gouv.-Reg. 30. Juni 1897 № 5087 (Gouv.-Zeit. 30. Juni 1897 № 68) betr.: Passpflichtigkeit aller Fabrikarbeiter in Livland, ausgenommen Wenden u. Walk. . . . . 105
- » » 10: 1. Erläuterung d. zeitweil. Passkommission v. J. 1895 (Gouv.-Zeit. 9. Aug. 1895 № 89) betr.: Ertheilung bes. Pässe an Familienglieder. . . . . 107
2. Erläuterung d. zeitweil. Passkommission v. J. 1896 (Gouv.-Zeit. 21. Febr. 1896 № 20) betr.: Passpflichtigk. d. Familienglieder gemäss Artt. 1 u. 3 Passges. 107
- » » 17: Anmerk.\*\*): R.-R.-G. 8. Juni 1898 (Pat. 29. März 1899 № 10) betr.: Meldung d. Reserve-Untermilitairs . . . 108
- » » 24: Erläuterung d. zeitw. Passkommission v. J. 1895 (Gouv.-Zeit. 9. Aug. 1895 № 89) betr.: Publikation üb. d. Verlust d. PASSES . . . . . 110
- » » 32: R.-R.-G. 2. Januar 1897 (Pat. 3. December 1897 № 65) betr.: Passertheilung an d. Frau eines Verschollenen od. Geisteskranken, sowie auf d. Lande . . . . . 111

## II. Hauptstück. Von den Aufenthaltsscheinen für Edelleute, Beamte, Geistliche, Ehrenbürger, Kaufleute und Exempte. §§ 33—38 . . . . . 111—114

- Zu Art. 33. Anmerk.\*\*): R.-R.-G. 20. April 1898 (Pat. 30. Oct. 1898 № 39) Abschn. I betr.: Umwandlung unbefristeter Pässe in befristete . . . . . 112
- » » 34: R.-R.-G. 18. Novbr. 1896 (Pat. 28. April 1897 № 9) betr.: Ertheilung v. Pässen an Kaufleute . . . . . 113
- » » 35: Erläuterung d. zeitweil. Passkommission v. J. 1895 (Gouv.-Zeit. 9. Aug. 1895 № 89) betr.: Nichtanwendung d. Art. 35 Passges. auf Wahlbeamte . . . . . 113

- Zu Art. 37: Erläuterung d. zeitweil. Passkommission v. J. 1899  
(Gouv.-Zeit. 5. Mai 1899 № 47) betr.: Nachweis d.  
Zugehörigkeit zur Kaufmannschaft . . . . . 114

### III. Hauptstück. Von den Aufenthaltsscheinen für

Kleinbürger, Handwerker und Bauern. §§ 39—65 . . . . . 114—121

- Zu Art. 39: R.-R.-G. 7. April 1897 (Pat. 4. Juni 1897 № 23)  
betr.: Aufhebung d. zum Besten d. Krone v. d. Auf-  
enthaltsscheinen zu erhebenden Steuern. Abschn. II. 114

Erste Abtheilung. Von den Passbüchlein. §§ 41—58 . . . . . 115—120

- Zu Art. 45. Anmerk.\*): Regeln üb. d. Ordnung d. Empfanges,  
d. Verrechnung u. Uebersendung d. von den Bauern,  
Kleinbürgern u. Handwerkern zur Tilgung d. von  
ihnen lt. Passbüchlein zu entrichtenden Steuern,  
gemachten Zahlungen, v. 10. Dec. 1894 §§ 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8 117

Zweite Abtheilung. Von den Pässen. §§ 59—61. . . . . 120

- Zu Art. 59: R.-R.-G. 20. April 1898 (Pat. 30. October 1898 № 39)  
betr.: Abänderung der Form der Passdokumente  
Abschn. II . . . . . 120

Dritte Abtheilung. Von den unbefristeten Pass-

büchlein. §§ 62—65 . . . . . 120—121

- Anmerk.\*): R.-R.-G. 7. April 1897 (Pat. 4. Juni 1897 № 23) betr.:  
Aufhebung d. zum Besten d. Krone v. d. Aufent-  
haltsscheinen zu erhebenden Steuern. Abschn. III. 120

### IV. Hauptstück. Ueber die Abgaben von den Pass-

büchlein und Pässen und von der Ordnung der  
Herstellung der Blanquette für die Aufenthalts-  
scheine. §§ 66—73 . . . . . 121—122

- Zu Art. 66—71: 1. R.-R.-G. 7. April 1897 (Pat. 4. Juni 1897  
№ 23) betr.: Aufhebung d. zum Besten d. Krone v.  
d. Aufenthaltsscheinen zu erhebenden Steuern.  
Abschn. I . . . . . 121  
2. Bekanntmachung d. Gouverneurs 4. Juni 1897  
(Gouv.-Zeit. 4. Juni 1897 № 57) betr.: gebührenfreie  
Ertheilung von Passdokumenten . . . . . 121

### III. R.-R.-G. 18. December 1861 (Pat. 19. Februar 1862

№ 28) betr.: d. Regeln für d. Anmiethen ausländ. Ar-  
beiter von Seiten der Grundbesitzer u. deren Ansiede-  
lung in Russland . . . . . 122—127

- Anmerk.\*\*): Art. 510 d. Verordn. f. d. Kolonien d. Ausländer im  
Reich, Cod. d. Reichsges. Bd. XII Th. 2, Ausg. v. J. 1857, und  
Allerh. bestät. Unterlegung d. Ministers d. Innern v. 12. April  
1804 (Pat. 28. Mai 1804 № 2581) betr.: Kolonisten auf Privat-  
ländereien . . . . . 122

1. Ministeriell genehmigte Zusätze zu den Regeln v. 18. Decbr. 1861  
(Pat. 26. März 1862 № 42) . . . . . 125

2. Namentl. Allerh. Befehl an d. Dirig. Senat 7. Juni 1860 (Pat. 5. Juli 1860 № 89) betr.: Gleichberechtigung d. Ausländer mit russ. Unterthanen . . . . . 126

**Lit. E. (zu § 649. Vertheilung der Kirchspiele in Kirchspielsgerichss-Bezirke).**

- Zu § 19 L.-G.-O.: I. Cirk. d. Livl. Kameralhofs an d. Gutspolizeien v. August 1899 betr.: Ausserdienststellung d. Gutspolizei bei d. Handels- u. Gewerberevision . . . . . 129
- II. Anweisung f. d. Gem.-Aeltesten im Gouv. Livland z. Aufsicht üb. d. ordnungsmässigen Handels- u. Gewerbebetrieb u. zur Revision d. Handelsdokumente . . . . . 130

**Lit. F. (zu § 741. Etat des Kreisgerichts).**

- Vollzugs-Instruktion zur L.-G.-O. (Pat. 29. Aug. 1866 № 76) . . . . . 135—153
- I. Von der Verschmelzung d. Landgemeinden. §§ 1-5 . . . . . 135—137
- Zu § 1: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 14. Decbr. 1866 № 120) betr.: Interpretation d. Ausdrucks «Gem.-Angehörige» . . . . . 136
- II. Von der ersten Aufstellung d. Gemeinderolle. §§ 6-8 . . . . . 137—138
- Zu § 6: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 14. Decbr. 1866 № 120) betr.: Interpretation d. Ausdrucks «Gem.-Angehörige» . . . . . 137
2. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 3. Novbr. 1867 № 160) betr.: gesonderte Eintragung d. Eigenthümer u. Pächter v. Hofesiand-Gesinde . . . . . 137
- Neues Schema zu Gemeinderollen s. S. 153.
- » § 8: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 3. Novbr. 1867 № 161) betr.: Revision d. Gemeinderolle nach St. Georgi . . . . . 138
- III. Von der Wahl der Delegirten der unansässigen Klassen, der Ausschuss-Personen und der Gemeinde-Beamten. §§ 9—18 . . . . . 138—140
- Zu § 9: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 14. Decbr. 1866 № 120) betr.: Interpretation d. Ausdrucks «Gem.-Angehörige» . . . . . 138
- » § 10: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 14. Decbr. 1866 № 120) betr.: Wahlfähigk. d. ortsabwesenden unansässigen Gemeindeglieder . . . . . 139
- » § 16: Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 14. Decbr. 1866 № 120) betr.: Wahl d. Gem.-Ger.-Glieder vor Ablauf d. Diensttermins bei Verschmelzung v. Gemeinden 140

#### IV. Von der Einführung und dem Amtsantritt der neuen Gemeindegewalten, sowie vom Gemeindehause.

§§ 19—24 . . . . .	141—143
Zu § 19 Anmerk.*): Cirk. d. Gouverneurs 1. Febr. 1888 № 785 (Gouv.-Zeit. 15. Febr. 1888 № 18) betr.: Unzulässigk. d. administrativen Beahndung d. Ausschuss-Personen u. Wahlfähigk. derselben . . . . .	141
» §§ 23 u. 24 Anmerk.*): Antrag d. Gen.-Gouverneurs 30. Mai 1870 № 427 betr.: Aufhebung d. § 24 u. d. zweiten Theils d. § 23 . . . . .	143

#### V. Von den Beziehungen der neuen Gemeindegewalten zu den Aufsichts- und Polizei-Behörden. § 25 . .

Zu § 25: 1. Antrag d. Gen.-Gouverneurs (Pat. 26. Octbr. 1866 № 91) betr.: Führung d. Schriftwechsels d. Kirchsp.-Gerichte mit d. Gem.-Aeltesten in der Volkssprache u. d. Kreispolizeibehörden mit d. Gem.-Aeltesten durch Vermittelung d. Gutspolizei . . . . .	143
2. R.-R.-G. 11. Januar 1883 (Pat. 29. März 1883 № 25) betr.: Festsetzung u. Anerkennung d. Gleichberechtigung d. Reichssprache u. d. örtlichen Mundarten mit d. deutschen Sprache . . . . .	144
3. Senatsentscheidung (Pat. 18. Juni 1885 № 31) betr.: Unzulässigk. d. Erhebung v. Gebühren für Uebersetzung russ., estischer u. lettischer Schriftstücke in's Deutsche . . . . .	144
4. Namentl. Allerh. Befehl an d. Senat v. 14. Septbr. 1885 (Pat. 15. Octbr. 1885 № 57) betr.: Regeln f. d. Geschäftsführung u. d. Schriftwechsel in russ. Sprache in den Behörden und seitens der amtlichen Personen d. Gouv. Liv-, Est- u. Kurland . . . . .	144
Anmerk.*) z. Allerh. Befehl: Min.-Com.-Beschl. 3. Jan. 1850 (Pat. 10. April 1850 № 12) betr.: russ. Schriftwechsel d. Gouv.-Reg. u. aller Kronsbehörden; R.-R.-G. 28. Januar 1852 (Pat. 26. März 1852 № 30) betr.: Verkürzung d. Geschäftsganges u. d. Correspondenz im Civil-Ressort; Min.-Com.-Beschl. 1./13. Juni 1867 (Vollst. Gesetzsamml. № 44651) betr.: Maassregeln zur Verstärkung d. russ. Unterrichts im Dorpater Lehrbezirk . . . . .	145
Allerh. Befehl v. 4. Novbr. 1869 betr.: Regelung d. Verkehrs d. Behörden in verschiedenen Sprachen; s. Nachträge . . . . .	XC
Anmerk.*) z. d. Regeln etc.: 4 Senatsentscheidungen v. J. 1887 (Gouv.-Zeit. 1. Juni 1887 № 58), v. J. 1888 (Gouv.-Zeit. 14. März 1888 № 28 u. 29. April 1888 № 45) u. v. J. 1890 (Gouv.-Zeit. 27. Juli 1890 № 83) betr.: Beschränkung u. Verdrängung d. deutschen Sprache im schriftlichen Verkehr der deutschen, estischen u. lettischen Behörden u. Beamten . . . . .	147

5. Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. (Pat. 30. Dec. 1885  
№ 65) betr.: Abdruck deutscher, estischer u. lettischer  
Publikationen in d. Gouv.-Zeit. nur gegen Zahlung 148

VI. Von der Guts-Polizei. §§ 26—27 . . . . . 150

VII. Von der Controle des Vollzugs der Landgemeinde-  
Ordnung. §§ 28—29 . . . . . 150—151

Namentl. Allerh. Befehl an d. Senat 24. Febr. 1867 (Vollst.  
Gesetzsamml. № 44282) betr.: Bestätigung d. Ehrenzeichens  
f. d. an d. Abfassung u. Einführung d. L.-G.-O. beteiligten  
Personen . . . . . 151

Anmerk.\*): Beschreibung des Ehrenzeichens . . . . . 151

Bekanntmachung d. Commiss. in Livl. B.-S. (Pat. 12. März 1873  
№ 27) betr.: Feststellung d. neuen Schema's zu Gemeinderollen 151

---

## Register.

---

## Nachträge.

---

Zu II (S. 26).

17. Anmerk.†. Der Beschluss d. Minister-Comité 29. Juli 1899 (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 27. Aug. 1899 № 108 Stück 1612) verlängert die Geltung des Gesetzes v. 16. Juni 1895 auf weitere zwei Jahre. — Trotz der 123 Livländischen Kronsgüter hat die Gouv.-Zeit. den neuen Beschl. d. Minister-Comité nicht gebracht. — Es ist übrigens zu bemerken, dass in der Praxis auch Kronsgüter nach Pkt. a d. Ges. v. 16. Juni 1895 behandelt werden, also gleichsam dem Begriff «Kronsnutzungen» (vulgo Kronsobroktstücke genannt, s. Anmerk.\*) auf S. 25) ein weiterer Inhalt gegeben wird, die Praxis darunter auch die Kronsgüter versteht.  
D. Hrsg.

Zu II (S. 27).

18a. R.-R.-G. 31. Mai 1899 betr. Abänderung d. Ges. v. 13. Mai 1896 üb. d. Maassregeln zur leichteren Entrichtung der Loskaufsschuld durch die Bauern (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. 16. Juni 1899 № 70 Stück 936\*).....

I. In Abänderung u. Ergänzung des Allerh. am 13. Mai 1896 bestät. R.-R.-G. üb. d. Maassregeln zur leichteren Entrichtung der Loskaufsschuld durch die Bauern aller Kategorien festzusetzen:

- 1) Wenn die im Art. 1 des Allerh. am 13. Mai 1896 bestät. R.-R.-G. gedachte Vergünstigung sich als unzureichend erweist, so kann der Finanzminister, nach Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Reichskontrolleuren, sowie in den betreffenden Fällen mit dem Kriegsminister, auf Antrag der Gouvernements-Behörden und der Gouvernements- oder Gebiets-Behörden für Bauer-Sachen, ausser der Fristverlängerung, auch noch einen Aufschub hinsichtlich der ungetilgt gebliebenen Loskaufsschuld gestatten. In diesem Falle wird der Betrag der Loskaufsschuld in zwei Theile getheilt. Die Zahlung des ersten Theiles wird nach den in den Art. 2 u. 3 desselben Ges. dargelegten Regeln auf 28 Jahre vertheilt, wogegen die Zahlung des zweiten Theiles bis nach Ablauf dieser Frist vertagt wird.
- 2) Die Grösse des vertheilten Theiles der Loskaufsschuld (Art. 1) wird mit der Berechnung bestimmt, dass die Entrichtung der Ratenzahlungen dieses Theiles, nach der wirthschaftlichen Lage der Bauern, für dieselben nicht als über ihre Kräfte gehend sich erweist.
- 3) Die Modalitäten und die Ordnung der Tilgung des vertagten Theiles der Loskaufsschuld (Art. 1) werden zum Zeitpunkt der allendlichen Tilgung des vertheilten

---

\*) In der Gouv. Zeit. bisher nicht publicirt.



Theils (Art. 2), entsprechend der wirthschaftlichen Lage, in welcher die Bauern sich zu der Zeit befinden werden, festgesetzt. Für den vertagten Theil der Loskaufsschuld werden keine Zinsen berechnet bis zum Eintritt des Termins, von welchem ab die Tilgung desselben durch jährliche Zahlungen beginnen soll.

- 4) Die Anträge der im Art. 1 genannten Behörden um Vergünstigungen hinsichtlich der Befristung und Vertagung der Loskaufszahlungen gründen sich auf bezügliche Bitten der Dorfgemeinden, wogegen die Vorschläge dieser Behörden hinsichtlich des Maasses der unumgänglich zu gewährenden Vergünstigung auf eine eingehende Untersuchung der wirthschaftlichen Lage und der Mittel zur Zahlung jeder einzelnen Ansiedelung, für welche die Vergünstigung nachgesucht wird, sich gründen.
- 5) Hinsichtlich derjenigen Ansiedelungen, welche im Laufe der letzten fünf Jahre kein einziges Mal den repartirten vollen Betrag der Loskaufszahlungen entrichtet haben, oder für welche die jährlich einfließenden Quoten dieser Zahlungen, für dieselbe Zeitdauer, im Mittel, 80% des repartirten vollen Betrages derselben nicht übersteigen, treffen die im Art. 1 genannten Behörden von sich aus die Verfügung über eine eingehende Untersuchung der wirthschaftlichen Lage dieser Ansiedelungen.
- 6) Die Ordnung für die Bewerkstelligung der lokalen Untersuchungen (Artt. 4 u. 5) wird vom Finanzminister, nach Einvernehmen mit den Ministern des Innern und des Krieges, je nach der Hingehörigkeit, bestimmt.
- 7) Falls durch die im Art. 5 gedachte Untersuchung festgestellt wird, dass der repartirte Betrag der Loskaufszahlungen für die Zahler drückend ist, so erläutert die die Untersuchung bewerkstelligende Persönlichkeit auf einer Versammlung den Zahlern ihr Recht, um Gewährung der Vergünstigungen hinsichtlich einer Befristung und Vertagung der Loskaufszahlungen nachzusuchen, bei umständlicher Darlegung des Wesens dieser Vergünstigungen.
- 8) Die durch die Untersuchung (Art. 4 u. 5) ermittelten Daten, gleichwie die Beschlüsse der Gemeinden, welche die Gewährung der gesetzlich verordneten Vergünstigungen hinsichtlich einer Befristung und Vertagung der Loskaufszahlungen bezwecken, werden mit der ersten abgehenden Post an die im Art. 1 genannten örtlichen Behörden abgefertigt.
- 9) Die örtlichen Behörden (Art. 1) schreiten ohne jeden Verzug zur Beprüfung der ihnen zugegangenen Daten hinsichtlich der Loskaufszahlungen (Art. 8) und stellen dem Finanzminister ihre eingehende Meinungsäußerung vor über die Anpassung der Loskaufszahlungen der untersuchten Ansiedelungen an deren wirthschaftliche Lage und ihre Zahlungsmittel, sowie über die Gewährung von Vergünstigungen an die Bauern hinsichtlich der Entrichtung der laufenden repartitionsmässigen Loskaufszahlungen, im Falle von denselben bezügliche Gesuche verlaublich worden, gleichwie über die Tilgung der nicht auf verschiedene Termine vertheilten und nicht vertagten Rückstände dieser Zahlungen\*).
- 10) Den Gemeinden und Hofbesitzern, welche Vergünstigungen hinsichtlich einer Befristung und Vertagung der Loskaufszahlungen gewährt worden, steht es frei, um Abkürzung der Loskaufszeit nachzusuchen, unter entsprechender Erhöhung der für sie festgesetzten jährlichen Repartition der Loskaufszahlungen, im Fall einer Besserung der wirthschaftlichen Lage der Zahler oder einer beträchtlichen Minderung der festgesetzten Repartition, zufolge vorzeitiger Tilgung eines Theiles der

---

\*) Hier knüpft das Gesetz an an das Gesetz v. 7. Februar 1894 (S. 24).

Loskaufsschuld (bei einer Veräußerung des als Antheil angewiesenen Landes für staatliche oder kommunale Bedürfnisse, bei einem besonders günstigen Verkauf eines Theiles dieses Antheillandes für Fabriken und Anlagen u. s. w.).

- 14) Die im vorhergehenden Art. (10) gedachten Gesuche werden von den im Art. 1 genannten örtlichen Behörden entschieden. Falls der Gouverneur oder der Dirigirende des Kameralhofs mit der Entscheidung der Behörde nicht übereinstimmt, wird die Sache dem Finanzminister unterlegt, welcher in derselben nach Einvernehmen mit den betreffenden Ressorts (Art. 1) seine Entscheidung trifft.

II. Dem Finanzminister, nach Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Reichskontrolleuren, sowie in den betreffenden Fällen mit dem Kriegsminister, anheimzustellen, entsprechend den in Abschnitt I dies. Ges. dargelegten Regeln, die Modalitäten der Befristung und Vertagung abzuändern, welche in Grundlage des Art. 4 d. Allerh. am 13. Mai 1896 bestät. R.-R.-G. bereits zur Anwendung gekommen sind, mit dem Beding, dass die kraft dieses Art. festgesetzten Repartitionen der Loskaufszahlungen im Laufe der ersten 28 Jahre nicht erhöht werden.\*).

---

\*) Aus der vom Finanzminister am 17. Juli 1899 bestätigten «Instruktion f. d. Anwendung d. Allerh. am 13. Mai 1896 u. 31. Mai 1899 bestät. R.-R.-G. üb. d. Maassregeln zur leichteren Tilgung der Loskaufsschuld durch die Bauern aller Kategorien» (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. 6. Aug. 1899 № 98 St. 1349, auch mittlerweile als Pat. 19. Juni 1900 № 24) ist anzuführen, dass die Voraussetzung zur Anwendung der beiden Gesetze nur dann gegeben ist, «wenn die Zahlungen sich als drückend erweisen infolge fortdauernd ungünstiger Bedingungen der wirtschaftlichen Lage der Bauern oder infolge derartiger unvorhergesehener Unglücksfälle (Misswachs, Viehseuche u. s. w., welche durch ihr Uebermaass eine fortgesetzte Schwächung der Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung im Gefolge haben» (Pkt. 4); die Gesuche der Gemeinden werden dem Commissaren f. B.-S. oder dem Steuer-Inspektor übergeben (Pkt. 8); die Lokaluntersuchung wird bewerkstelligt von den eben genannten Beamten oder vom Gehülfen des Steuer-Inspektors oder durch andere, vom Gouverneur oder, mit dessen Einwilligung, vom Dirigirenden des Cameralhofs abdelegirte Beamte (Pkt. 11); bei der Beprüfung der Sache ist eine bereits in Grundl. des Ges. v. 7. Febr. 1894 gewährte Vergünstigung zu berücksichtigen (Pkt. 20). Durch diese Instruktion ist die in Anmerk. \*) auf S. 27 erwähnte Instr. v. 3. Aug. 1896 in Wegfall gekommen, auch wenn Solches nicht ausdrücklich ausgesprochen ist. — Die Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 6. Juli 1899 № 81 brachte als Stück 1063 die «Verordnung f. d. Erhebung d. direkten Steuern vom Antheillande der Bauer Gemeinden» vom 23. Juni 1899. Dieses Gesetz, dessen Titel unvollständig ist, denn nach Art. 1 erstreckt dasselbe sich ausdrücklich auf die Reichsgrundsteuer, die Loskaufszahlungen und Landesabgaben, und in anderen Artt. ist auch vom Individualbesitz die Rede, — hat jedoch für die Ostseeprovinzen keine Geltung und seine Ausdehnung auf dieselben ist auch nicht einmal vorgesehen, wie aus dem Namentl. Allerh. Befehl v. selben 23. Juni 1899 hervorgeht, welcher die Verordnung in der Mehrzahl der inneren und den litthauischen Gouv. wirksam sein lässt. Es war Solches hier ausdrücklich anzuführen, weil in den privaten, nichtofficiellen, Ausgaben der Samml. d. Ges. etc. die Verordnung ohne den Kaiserlichen Befehl v. 23. Juni 1899 abgedruckt sich findet und, da diese Ausgaben verbreiteter sind als die officiellen, leicht Missverständnisse entstehen können.

Wenn auch nach den letztpublicirten Ausweisen die rückständigen Loskaufszahlungen der Livl. Kronsauern — in Estland und Kurland wird es nicht wesentlich anders sein, — im Vergleich zu den inneren Gouv. keinen hohen Betrag erreichen, so ist die absolute Summe der Rückstände doch erschreckend hoch. In der That, bei Erbtheilungen zur Auszahlung an die Miterben, für grössere Bauten, umfassendere Verbesserungen am Inventar und in der Wirtschaft hat der Kronsauer keinen oder nur einen sehr theureren und kurzterminirten Kredit. Durch die Verfügung des Ministers d. Reichsdomainen v. 20. Januar 1889; s. № 13 zu II, S. 19; sind die Baltischen Kronsauern in eine äusserst nachtheilige Ausnahmestellung im Vergleich zu den Bauern der Privatgütern versetzt worden, indem ihnen vor Tilgung der ganzen Loskaufssumme eine hypothekarische Belastung ihrer Landstellen verboten ist; Loskaufsaakte Form Ia u. b Pkt. VII. Weder die Regulirungsakte; vergl. S. 9 ff.; noch der Kaufkontrakt; vergl. S. 14 ff.; beschränken den Kronsauern hinsichtlich der Verpfändung seiner Landstelle, erst nach der durch Ges. v. 12. Juni 1886; s. № 12 zu II, S. 18; dekretirten Zwangsablösung ist den Kronsauern durch die angegebene Verfügung des Ministers jeder Kredit abgeschnitten worden. Aus

## Zu VIII (S. 39).

2. Anmerk.\*\*). Die Anmerk.\*\*) auf S. 39 ist zu streichen und durch nachstehende zu ersetzen:

Die «Regeln f. d. Schätzung kleiner Land- und Waldstücke und Nutzungen, welche von der Krone veräußert oder von ihr erworben werden», sind am 17. Mai 1898 vom Minister d. Landwirthsch. u. Reichsdom. bestätigt und den Domainen-Verwaltungen zugefertigt worden. Ihnen folgten die am 28. Mai 1899 ministeriell bestätigten «Regeln f. d. Schätzung von Waldparcellen, welche von der Krone erworben oder von ihr veräußert werden». Letztere Regeln beziehen sich jedoch ihrem Inhalte nach auf alle den Betrag von 3000 Rbln. übersteigenden, von der Krone zu veräußernden, und den Betrag von 5000 Rbln. übersteigenden, für die Krone zu erwerbenden Land-, Waldstücke und Nutzungen. Beiderlei Regeln stellen durchaus angemessene Schätzungsnormen auf: es sind durchweg die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen; wo mehrjährige Pacht- oder Miethverträge vorliegen, wird die durchschnittliche Jahrespacht der letzten 5 Jahre mit 20 multiplicirt und derart die Schätzungssumme gewonnen; in anderen Fällen ergibt eine fünfprocentige Capitalisation die Schätzungssumme.— Zur Richtschnur bei der Veräußerung oder dem Erwerbe kleiner Land- und Waldstücke erging an die Domainen-Verwaltungen nachstehendes Cirkulair d. Ministeriums d. Landwirthsch. u. Reichsdom. (Forst-Depart., Abth. II) v. 17. Mai 1898 № 2234/30: « . . . . 1) In genauer Grundlage der erwähnten Regeln (v. 17. Mai 1898) der Schätzung solche der Domainen-Verwaltung unterstellte kleine Krons-Parcellen und -Nutzungen zu unterziehen, welche nach ihrer Ausdehnung, der von anderen Kronsbesitzlichkeiten entfernten Lage, dem Ertrags- oder Kapitalwerthe nach, kraft des Gesetzes, durch die Machtvollkommenheit des Ministeriums d. Landwirthsch. u. Reichsdom. veräußert werden können, wobei, vor Allem, hiefür solche Parcellen und Nutzungen auszuwählen sind, welche für die Handhabung der Verwaltung besonders ungeeignet sind, gleichwie solche, für deren Verkauf bereits Anträge angrenzender Grundbesitzer vorliegen. Hiebei wird der Domainen-Verwaltung zur Pflicht gemacht: a) vor Bewerksstellung einer Schätzung der zur Veräußerung in Aussicht genommenen Parcellen sorgfältig zu erwägen, ob diese Parcellen nicht für eine Zutheilung an die Gebietsschulen, in Gemässh. d. Ges. v. 12. Mai 1897, nöthig sind, oder für irgend welche andere Bedürfnisse der Krone selbst, und hinsichtlich dieses Punktes, erforderlichen Falls, mit den lokalen Autoritäten der betreffenden Ressorts sich in Beziehung zu setzen, und b) rechtzeitig den örtlichen Controlhof vom Zeitpunkt der Schätzung jeder einzelnen Parcellen oder Nutzung zu benachrichtigen, . . . . 2) In Betreff der Schätzung solcher Parcellen, deren Besitz für die Krone, nach Ansicht der Domainen-Verwaltung, nicht wünschenswerth ist, welche aber, falls sie in Privatbesitz übergehen, ungünstige Grenzen zu den der Veräußerung nicht unterliegenden Kronsländereien und -Waldungen haben, oder, bei der von anderen Kronsbesitzlichkeiten entfernten Lage, zusammen mit dem auf ihnen wachsenden Walde, einen Werth über 3000 Rbln. repräsentiren, sowie gleichfalls in allen zweifelhaften Fällen,— vorher, die Anweisungen der betreffenden Departements des Ministeriums einzuholen. 3) Nach Zusammenstellung der Schätzungsergebnisse und ihrer Verificirung die Schätzungsvorschläge unverzüglich den betreffenden Departements des Ministeriums vorzustellen, und, mittlerweile, unaufhörtlich — jedoch mit Ausnahme der Fälle, in welchen die Vertreter der Reichskontrolle mit den Schlüssen der die Schätzung Ausführenden nicht übereinstimmen, — in Grundl. d. Art. 1 Tit. II d. Ges. v. 29. Mai 1897, in vorläufige Verhandlungen mit den angrenzenden Besitzern hinsichtlich des Verkaufs der abgeschätzten Parcellen an sie zu treten, und über das Resultat dieser Verhandlungen den Departements vorzustellen, unter genauer Angabe dessen, in welcher Ausdehnung

dem vorliegenden Wortlaut des Gesetzes wird diese Verfügung nicht gerechtfertigt, vielleicht aber durch die schwankenden Verhältnisse im Innern des Reichs. Hie und da gelingt es nun wohl, gegen diese Verfügung des Ministers, denn die im angezogenen Pkt. VII der Loskaufsakte vorgesehene besondere Genehmigung des Kameralhofs wird meines Wissens nie ertheilt, — in einer Grundbuch-Abtheilung eine Obligation auf eine Kronsländstelle zur Ingrossation zu bringen, aber das ist lediglich Sache des Zufalls, welchen der Darlehnehmer einen glücklichen nennt, während die Flüchtigkeit der Grundbuch-Abtheilung die Rechtsordnung im Lande schädigt. Von Wichtigkeit ist, dass im Hinblick auf den festgegründeten und sicheren Geldverkehr, sowie das entwickelte Hypothekenrecht in den Provinzen jene Klausel aus den Loskaufsakten beseitigt werde, was nach dem Obigen durch eine, im Eiuvernehmen mit den Ministern d. Innern und d. Finanzen getroffene, Verfügung des Ministers d. Landwirtschaft u. d. Reichsdom. geschehen kann. Freilich muss derselben in so weit rückwirkende Kraft beigelegt werden, als die seither im Widerspruch zu der Verfügung v. 20. Januar 1889 bewerkstelligten Ingrossationen zu Gunsten von Privatgläubigern für zu Recht bestehend, d. h. irgend ein staatliches Interesse nicht verletzend, anerkannt werden.

D. Hrsg.

die Grenzen der Besitzungen der Käufer mit den zu veräussernden Parcellen sich berühren. Zugleich hiemit hat die Domainen-Verwaltung in Betracht zu ziehen, dass die im Art. 5 Tit. II d. Ges. v. 29. Mai 1897 angegebene 37 jährige Frist die äusserste ist, bis zu welcher die angegebene ratenweise Tilgung gestattet werden kann, zur Vereinfachung der Berechnungen jedoch und überhaupt in Anbetracht des nicht hohen Werthes der zu veräussernden Kronsparcellen und -Nutzungen, soll die Domainen-Verwaltung, ohne specielle Anweisung des Ministeriums in jedem einzelnen Fall, auf eine ratenweise Tilgung der Kaufsumme über 10 Jahre hinaus nicht eingehen. 4) Alle Anträge über den Erwerb von privaten Land- und Waldparcellen für die Krone zur Arrondirung der Kronsbefitzlichkeiten, dem Ministerium zur vorherigen Beprüfung vorzustellen, ohne, bis dahin, in irgend welche Verhandlungen mit den Besitzern sich einzulassen».

Es ist jedoch anzuführen, dass auf die sehr zahlreichen Kauffofferten bisher vom Ministerium kein zustimmender Bescheid erfolgt ist und — wohl auch nicht erfolgen wird. Die Veräusserung von Kronsländereien und Nutzungen wäre hiernach im J. 1897 ebenso nur auch beschlossen worden, wie in viel früherer Zeit, im J. 1860, die Veräusserung von Kronsgütern in den Ostseeprovinzen, ohne jemals verwirklicht zu werden. Noch vor dem Landtagsschluss über die Aufhebung des ausschliesslichen Güterbesitzrechts des Adels hatte die Krone den Erwerb ihrer in den Ostseeprovinzen belegenen Domainen Jedermann zugänglich gemacht. Namentl. Allerh. Befehl 8. Juni 1860 an d. Oberdirigirenden d. II Abth. Sr. Kais. Maj. Eignen Kanzlei (Vollst. Gesetzsaml. № 35988): «Der Herr und Kaiser hat, nach im Minister-Comité stattgehabter Beprüfung des allerunterthänigsten Berichts des Balt. General-Gouverneurs über die vom Ministerium d. Reichsdom. vorgeschlagene Ordnung der Veräusserung von Kronsgütern und -Ländereien in den Balt. Gouv., Allerh. zu befohlen geruht: Bei der beantragten Veräusserung einiger Kronsgüter und -Ländereien in den Balt. Gouv., dieselben, anlangend die Uebertragung der Eigenthumsrechte der Krone, an Privatpersonen verschiedenen Standes, in der Ordnung und auf die Bedingungen zu veräussern, welche die Regierung, gemäss dem ihr zuständigen vollen und unbedingten Verfügungsrecht über die gedachten Güter und Ländereien, für am meisten entsprechend dem allgemeinen staatlichen Nutzen erachtet». Der daraufhin projectirte Verkauf von Luttershof im Wolmarschen Kreise fand jedoch von Seiten der Gouv.-Regierung einen unerwarteten Widerstand. Wenngleich in diesem Anlass der Minister-Comité am 29. Januar 1865 nachdrücklich den Kaiserlichen Befehl v. 8. Juni 1860 als einzige Norm in der Frage des Verkaufs der Domainen hinstellte, so ist dennoch bisher nicht eine Lofstelle Kronsland in Privatbesitz übergegangen. Beschl. d. Minister-Comité 29. Januar 1865 (Vollst. Gesetzsaml. № 41737): «..... wurde vorgetragen die Relation des Justizministers v. 2. Januar 1865 betreffs der Veräusserung von Kronsgütern und -Ländereien in den Balt. Gouv. an Privatpersonen zu Eigenthum. Nach Anhörung des Sachverhalts in aller Ausführlichkeit, befand der Comité, dass bei Emanation des Allerh. Befehls Sr. Kais. Maj. v. 8. Juni 1860, in Betreff der Veräusserung von Kronsgütern und -Ländereien in den Balt. Gouv., . . . sowohl der Allerh. Befehl v. 22. Januar 1859, als auch sämtliche bis dahin hinsichtlich dieses Gegenstandes in Geltung gewesene Gesetzesbestimmungen berücksichtigt worden sind. Indem der Comité hiernach seinerseits nicht den geringsten Zweifel darüber hegte, dass durch den angeführten Allerh. Befehl v. J. 1860 der Befehl v. J. 1859 unbedingt aufgehoben worden, und eine Nothwendigkeit zu irgend welcher erneuten von der Allerh. Gewalt ausgehenden ergänzenden Erläuterung nicht vorliegt, verfügte er: den Justizminister zu beauftragen, den Allerh. Befehl v. 8. Juni 1860 bei der Entscheidung sowohl der vorliegenden, wie auch der hinkünftig entstehenden gleichartigen Fragen zur Richtschnur zu nehmen».

Lediglich der Vollständigkeit halber sei hier darauf hingewiesen, dass nach dem angeführten Landtagsschluss Hebräer vom Erwerbe von Rittergütern ausgeschlossen sind, dagegen, sofern sie nur überhaupt in Livland wohnungsberechtigt sind, nach dem Wortlaut des Kaiserlichen Befehls v. 8. Juni 1860 Kronsgüter und -Ländereien erwerben können. Das häufig missverständliche Gesetz v. 3. Mai 1882 (4. Anmerk. zu Art. 959 Cod. d. Reichsges. Bd. IX, Ständerecht), welches den Hebräern unbewegliches Vermögen ausserhalb der Städte und Ortschaften zu erwerben verbietet, hat seine Geltung nur für den Rayon der ständigen Ansässigkeit der hebräischen Bevölkerung und bezieht sich nicht auf die übrigen Gegenden des Reichs; in diesen gilt vielmehr als Regel, dass den wohnungsberechtigten Hebräern auch der Erwerb unbeweglichen Eigenthums gestattet ist. In diesem Sinne hat der Senat mehrfach sich ausgesprochen: Entscheid. d. Plenar-Versamml. d. 1. u. der Cassat.-Depart. v. J. 1886<sup>33</sup>, 1889<sup>14</sup>, 1891<sup>5</sup>, 1892<sup>10</sup>, 1895<sup>10</sup>, 1896<sup>43</sup>; und Entscheid. d. Civil-Cassat.-Depart. 18. März 1898 № 37. D. Hrsg.

Zu Art. 134 (S. 97).

3. Entscheid. d. Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 22. December 1897 № 28: «(In Betreff der Frage, ob die Entrichtung der Reichsgrundsteuer für das in Pachtnutzung Livländ. Bauern befindliche Gehorchsland, Livl. B.-V. Artt. 96 u. 101, Obliegenheit des Gutsbesitzers oder des Pächters ist?). Nach

Anhörung des Gutachtens des stellv. Gehülfen des Oberprokureurs findet der Dirig. Senat . . . . , dass durch das Allerh. am 22. Mai 1880 bestät. R.-R.-G. festgesetzt wurde: «die Gouv. Liv- und Estland nehmen vom J. 1881 ab an der Zahlung der Reichsgrundsteuer in gleicher Grundlage mit den übrigen Gouvernements des Reichs Theil». In Kraft des Art. 6 Verordn. üb. d. direkten Steuern, Bd. V Cod. d. Reichsges., Ausg. v. J. 1893, unterliegen der Reichsgrundsteuer alle Ländereien, welche, in Grundl. der Beil. zum Art. 55 Verordn. üb. d. Landesobliegenh., mit den lokalen Landessteuern belegt sind, ausgenommen die Kronsländereien. Nach Art. 7 Verordn. üb. d. direkten Steuern, wird der Betrag der Steuer für jedes Gouvernement vom Finanzministerium festgesetzt, und in Grundlage einer Specialbestimmung für das Gouv. Livland (Anmerk. zu Art. 8 dess. Ges.) wird die Repartition der Steuer auf die Kreise und die einzelnen Grundbesitzer im Gouv. Livland — dem Livländischen und Oeselschen Landrathskollegium auferlegt, deren Verfügungen dem Finanzminister zur Bestätigung vorgestellt werden. Derart ruht diese Steuer im Gouv. Livland auf den einzelnen Grundbesitzern. In Kraft des Art. 626 Prov.-R. d. Ostseegouv. Th. III wird derjenige, in dessen Gewalt eine Sache thatsächlich sich befindet, falls er einen andern als Eigenthümer anerkennt, nicht als Besitzer angesehen, sondern lediglich als Inhaber dieser Sache. Hiernach kann, nach dem provinciellen, im Gouv. Livland geltenden, Recht der Pächter eines Gutes als Besitzer desselben nicht angesehen werden. Dieses findet auch seine Unterstützung durch den Art. 48 Livl. B.-V. v. J. 1860, der vom Gutsherrn als dem einzigen Besitzer und Repräsentanten des gesammten steuerpflichtigen Landes spricht. Auch nach der Verordn. üb. d. direkten Steuern wird der Pächter nicht als Besitzer des Gutes angesehen. Im Art. 14 dieser Verordn. wird gesagt, dass «die Ordnung der Beitreibung von Rückständen an Reichsgrundsteuer von denjenigen Ländereien, welche nicht zum Complex des bäuerlichen Antheils gehören, sondern den Gutsherren und anderen privaten Grundbesitzern im Kreise gehören, durch nachstehende Vorschriften geregelt wird». Wenn nun auch die zur Entrichtung der Steuer verpflichtete Person in einigen Artt. (Art. 18 Pkte 1 u. 3, Artt. 21, 22, 24 u. 26) Besitzer des Gutes genannt wird, so wird dennoch, ersichtlich, dieser Ausdruck in demselben Sinne, wie auch im allegirten allgemeinen Art. 14 gebraucht, d. i. in der Bedeutung Gutsherr, Eigenthümer des Gutes. Dieses findet seine Unterstützung im Pkt 2 d. Art. 18 Verordn. üb. d. direkten Steuern, in welchem dem Begriff des Arrundenehmers oder Pächters des Landes der Begriff «des Besitzers», d. i. des Eigenthümers des Landes gegenübergestellt wird. Derart muss, entsprechend dem genauen Sinne der angeführten allgemeinen sowohl wie auch der das Gouv. Livland speciell betreffenden Gesetze, als Zahler der Reichsgrundsteuer der Eigenthümer des Landes anerkannt werden, und nicht der Pächter desselben. In Kraft des Art. 14 Verordn. üb. d. direkten Steuern, erstreckt sich die in den folgenden Artt. festgesetzte Ordnung der Beitreibung von Rückständen an Reichsgrundsteuer nur nicht auf die zum Complex des bäuerlichen Antheils gehörigen Ländereien, und nach Art. 13 dess. Ges. ist die Ordnung der Beitreibung der bezeichneten Rückstände von Landgemeinden in der Bes. Beil. zum Ständerecht (I Artt. 187—191) angegeben. Dieser Art. wurde in der Ausg. v. J. 1886 (Bes. Beil. zum Steuer-Regl. Bd. V — Regeln üb. d. Reichsgrundsteuer) als Anmerkung zu Art. 8 in nachstehender Weise redigirt: «die Ordnung der Beitreibung von Rückständen an Reichsgrundsteuer von denjenigen Ländereien, welche zum Complex des bäuerlichen Antheils gehören, ist in der Bes. Beil. zum Ständerecht (I, Artt. 187—191) angegeben». Im Gouv. Livland, wie auch in den anderen Balt. Gouv., existirt eine Versorgung der Bauern mit Land, im Sinne der B.-V. v. 19. Februar 1861, nicht, wie Solches auch durch die Entscheid. d. Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. J. 1892 № 23 \*) anerkannt worden ist. Im Gouv. Livland giebt

\*) Zu Art. 238 sub № 9; vergl. jetzt auch die ibid. sub № 21 (Nachträge S. XLV) wieder-gegebene Entscheid. d. Plenar-Versamml. d. Senats v. 26. Januar 1898 № 22. D. Hrsgr.

es desshalb keine Ländereien, «welche zum Complex des bauerlichen Antheils gehören». Obgleich in der Livl. B.-V. v. 13. November 1860 (№ 36312) wohl ein Unterschied zwischen dem Hofes- und Gehorchsland (Artt. 3 u. 101) statuiert ist, welches Letztere der Gutsherr nicht anders nutzen darf, als durch Verpachtung oder Verkauf an Bauer-gemeindeglieder, so bildet doch das Gehorchsland Eigenthum des Gutsherrn (Entscheid. d. Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. v. J. 1894 № 15 \*). Hieraus erhellt, dass, wenn dem Gesetz nach in den inneren Gouv. die Reichsgrundsteuer des Landes, welches zum Complex des bauerlichen Antheils gehört, nicht auf dem Gutsherrn lastet, sondern auf den Bauern, hieraus durchaus nicht folgt, dass im Gouv. Livland diese Steuer für das in Pachtnutzung von Bauer-gemeindegliedern befindliche Gehorchs-land vom bauerlichen Pächter erhoben werden müsste. Im Gegentheile, in Anbetracht dessen, dass als Zahler der Reichsgrundsteuer im Gouv. Livland der Grundbesitzer, d. i. der Eigenthümer des Landes, angesehen werden muss, so lässt sich als Steuerzahler nicht der bauerliche Pächter des Gehorchslandes annehmen. Eine solche Schlussfolgerung wird durch den Inhalt der Artt. IV, 207 u. 237 Livl. B.-V. v. J. 1860 nicht widerlegt. In diesen Artt. ist das allgemeine Princip für die Entrichtung aller derjenigen publicen Abgaben und Leistungen durch die Landgemeindeglieder ausgesprochen, welche auf das in ihrem Besitz befindliche Landstück entfallen, aber diese Artt. beziehen sich nur auf diejenigen Abgaben und Leistungen, welche zu der Zeit, d. i. im J. 1860, existirten; in-dessen ist die Reichsgrundsteuer im Gouv. Livland später, vom J. 1881 ab, eingeführt worden und als Zahler dieser Steuer erkannte ein Specialgesetz (Pkt 2 d. Art. 8 Verordn. üb. d. direkten Steuern) die einzelnen Grundbesitzer, d. i. die Eigenthümer des Landes, an. Es muss desshalb in allen Fällen, in welchen ein bauerliches Grundstück mittels Verkaufs oder auf andere Weise, aus dem Besitz des Gutsherrn in das Eigenthum eines Bauer-gemeindegliedes übergeht, in Kraft des Art. 48 Livl. B.-V., auf ein solches Grund-stück der entsprechende Theil aller bis dahin vom Gutsherrn entrichteten öffentlichen Abgaben, darunter auch der Reichsgrundsteuer, übertragen werden, welche nicht zu den im Art. 50 aufgeführten Ausnahmen gehört, d. i. zur Zahl der mit den Standesrechten des Gutsherrn und den Interessen der Ritterschaft verbundenen Leistungen. Auf Grund aller dieser Erwägungen, verfügt der Dirig. Senat: zu erläutern, dass die gestellte Frage im Sinne einer Verpflichtung des Gutsherrn zur Entrichtung der Reichsgrundsteuer ent-schieden werden muss. \*\*).

Zu Art. 136 ff. (S. 97).

Die Anmerkung \*) auf S. 97 ist nachstehend zu ergänzen:

Das R.-R.-G. 3. Januar 1900 (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 25. Februar 1900

\*) Zu Art. 220 Anmerk. sub № 2 (Nachträge S. XL).

D. Hrsgr.

\*\*) Eine andere Argumentation führt zu einem andern Resultat. Zunächst ist nämlich die Bezugnahme auf die Entscheid. d. Plenar-Versamml. d. Senats v. 18. Mai 1892 № 23 gegenwärtig Dank der neuerlichen Stellungnahme des Finanzministers hinfällig geworden, denn gleichwie die Livländ. Behörden bei der Interpretation von Reichsgesetzen konstant den bauerlichen Landantheil der innerrussischen Gouvernements dem Gehorchslande der Livländ. Güter gleichgesetzt haben, so hat die Plenar-Versamml. des Senats in der Entscheid. v. 26. Januar 1898 № 22 diese Auffassung gleichfalls adoptirt. Es bleibt sonach im Wesentlichen nur noch die Argumentation aus dem Wort «Grundbesitzer». Hier lässt sich mit dem Art. 626 Th. III Prov.-R. — und doch auch Art. 4082, — nur operiren, soweit die Entrichtung der Reichsgrund-steuer zwischen Besitzer und Pächter eines Gutes in Frage steht, ganz und gar nicht, wenn die Belastung des Gehorchslandpächters in Zweifel gezogen wird. Dafür ist, ausschliesslich und ausreichend, das Specialgesetz, die Livl. B.-V., massgebend, auf welche die neuere Codifikation klar hinweist; Art. XII Einleit. Th. III Prov.-R. Nach Livländ. Bauerrecht sind Pachtbesitz und Eigenthum die beiden Formen der Nutzung des Gehorchslandes; B.-V. v. J. 1860 Artt. 3 u. 112; v. J. 1849 Artt. 3, 6 u. 137; der Pächter hat, wenn er im Besitz eines korroborirten (Artt. 717 u. 718 B.-V.) Contrakts ist, politisch eine vollberechtigte Stellung in der Gemeinde und ge-

№ 25 Stück 468) verleiht den nur zeitweilig eingeführten Regeln v. 6. Mai 1896 die Geltung auf unbefristete Zeit, «bis zur Abänderung derselben in festgesetzter Ordnung». — Soeben publicirt nun der Regierungs-Anzeiger v. 13./26. Juli 1900 № 158 d. R.-R.-G. v. 29. Mai 1900 nebst der «Verordn. üb. d. Darlehen zu landwirthschaftlichen Meliorationen». In dieselbe sind d. Regeln v. 6. Mai 1896 unverändert aufgenommen und einzelne Bestimmungen derselben specialisirt und erweitert worden. So werden in Zukunft die Darlehen ertheilt werden (Art. 14): 1) zu Trockenlegungs-, Bewässerungs- und Berieselungsarbeiten, gleichwie zur Befestigung von Flussufern, Schluchten und Flugsand; 2) Aufforstungen; 3) Anlage von Fruchtgärten, Weinbergen und Hopfen-

niesst privatrechtlich den Rechtsschutz des Eigenthumsbesitzes. Die Artt. 48, 49, 50, 134, 207 u. 237 normiren die Leistungen und Abgaben, welche auf ein Gehorchslandgrundstück übertragen werden dürfen, sowie welche der Pächter eines solchen, «auch ohne besondere Festsetzung im Contrakte», erfüllen und bezahlen muss. Als solche Letztere bezeichnet der Art. 207 (Agr.- u. B.-V. v. J. 1849 Art. 239): «alle öffentlichen Leistungen und Abgaben, welche . . . auf seinen (des Pächters) persönlichen Theil und auf den Antheil seines Grundstücks fallen», — und der Art. 237 (Agr.- u. B.-V. v. J. 1849 Art. 275, B.-V. v. 1819 Art. 51) bestimmt gleichfalls in einer keiner einschränkenden oder ausdehnenden Interpretation bedürftigen Fassung: «das livländ. Bauergemeindeglied muss alle öffentlichen Abgaben und Leistungen erfüllen, die seiner Person, je nach seinen persönlichen Rechten und dem Lande, welches er besitzt, obliegen». Diese Bestimmung nimmt nicht nur von Altersher dieselbe Stellung im System der B.-V. ein, im Capitel von den Vorrechten des Livländischen Bauerstandes und dessen Eintheilung in Bauergemeinden, sondern ist auch für alle Zukunft zu einer Zeit getroffen worden, als der Verkauf von Land an die Bauern überhaupt erst in Aussicht genommen wurde. Hiernach trägt der Bauer einen aliquoten Theil aller den Grund und Boden belastenden Abgaben, sofern dieselben nur nicht seinen persönlichen Rechten Abbruch thun. Dass Solches aber mit der Reichsgrundsteuer nicht der Fall ist, bezeugt der Senat selbst in der oben wiedergegebenen Entscheidung. Ferner folgt hieraus, dass weder die Bestimmung des Art. 51 B.-V. v. J. 1819, noch des Art. 275 v. J. 1849, noch endlich des Art. 237 v. J. 1860 nur die zu der Zeit gerade geltenden Steuern im Auge hatte, sondern eben für alle Folgezeit eine gerechte Scheidung zwischen Hofes- und Gehorchsland, zwischen Gutsherr und Bauer bezweckte. Auch auf die erste Alinea des Art. 238 B.-V. v. J. 1860 sei hier hingewiesen, welche gleichfalls übereinstimmend mit dem Art. 276 Agr.- u. B.-V. v. J. 1849 und Art. 52 B.-V. v. J. 1819 festsetzt: «Der Livländ. Ackerbauer soll keine höheren Kronsabgaben zahlen, als der gutsherrliche in den anderen Gouvernements des Reichs». Jedoch im Widerspruch hiermit statuirt die Entscheidung des Senats v. J. 1897<sup>28</sup>, dass der Livländ. Ackerbauer, für sein Pachtgrundstück, geringere Kronsabgaben zahlen soll, wie der innerrussische Bauer, und der Livländ. Gutsbesitzer höhere als der russische Gutsbesitzer.

Obige Erwägungen sprechen auch gegen die im J. 1892 gegebene Interpretation des Finanzministers (№ 1 zu Art. 134), welche offenbar — denn die Motive sind nicht publicirt worden, — einer anderen Auffassung des Livländ. Gehorchslandes ihre Entstehung verdankt, als sie, nach der Entscheidung des Senats v. 26. Januar 1898 № 22, später den Finanzminister leitete. Ferner hatte aber zweifellos die Interpretation v. J. 1892 keine rückwirkende Kraft gegen die früher abgeschlossenen Pachtkontrakte, in welchen, — dank einer vorsichtigen Erwägung, — die Entrichtung der Reichsgrundsteuer durch den Pächter noch ausdrücklich stipulirt worden war. Der in dieser Hinsicht eines politischen Charakters nicht entbehrende Erlass des Gouverneurs v. 11. October 1893 № 267 greift in die Sphäre des Privatrechts ein und hat nur Streit in's Land gebracht, denn nicht nur trieb mehrfach die Polizei die kontraktlich von den Gehorchslandpächtern übernommene Reichsgrundsteuer von den Höfen bei, sondern die russischen Richter im Lande traten vollständig der im berufenen Erlass des Gouverneurs dokumentirten Nichtachtung des freien Vertrages bei und wiesen die auf Rückforderung der beigetriebenen Steuer gegen die Pächter gerichteten Klagen ab. Der Dijudikatur des Senats ist bisher nur einmal die Frage unterbreitet worden, ob die vom Gehorchslandpächter vertragsmäßig übernommene Verpflichtung zur Entrichtung der Reichsgrundsteuer für seine Pachtstelle als bindend anzuerkennen sei, doch lehnte der Senat das Eingehen auf dieselbe ab, weil das wesentlichste Beweismittel, der Pachtkontrakt, erst in der Cassations-Instanz beigebracht worden war: Entscheid. d. Civil-Cassat.-Depart. v. 28. October 1898 № 90. Da aber der Senat diesen, gerade von der sozusagen radicalen B.-V. v. J. 1819 zuerst aufgestellten, Grundsatz, «dass bei Verpachtung einzelner Grundstücke der Livländischen Güter das Mass der Pachtleistung von dem beiderseitigen freien Uebereinkommen des Pächters und des Verpächters jedes einzelnen abgetheilten Pachtstücks abhängt»; Art. 1 B.-V. v. J. 1860; mehrfach zur Grundlage seiner Entscheidungen genommen hat; Entscheid. d. Plenar-Versaml. v. 26. October 1892 № 35 (S. 104), 25. October 1893 № 24 (S. XLII), 16. Mai 1894 № 15 (S. XLIV); so kann die Anerkennung dieses Grundsatzes bei der Entscheidung auch der oben gestellten Frage nicht wohl bezweifelt werden.

D. Hrsg.

gärten; 4) Urbarmachung von Oedländereien; 5) Einrichtung von Hoflagen auf gutsherrlichem Lande und von Bauerwirthschaften bei Streulegung der Bauern in den Grenzen des bauerlichen Antheillandes; 6) Errichtung von Kellereien zum Lagern von Wein, Anlage von Keltern und Anschaffung des Inventars zur Weinbereitung, sowie von Apparaten und Vorrichtungen zum Dörren von Früchten mittels Feuers; 7) Bau von Getreidespeichern, Vieh- und Pferdeställen, Riegen, Getreide- und Hopfendarren; 8) Einrichtung von landwirthschaftlichen Anlagen zur Verarbeitung der Erzeugnisse der eigenen Wirthschaft, wie: Oelmühlen, Käsereien, Molkereien, Mehl- und Graupenmühlen und Holzbearbeitungsanstalten, und 9) Anschaffung von Zuchtvieh». Ferner dürfen die Darlehen für die in Pkt 8 aufgeführten Meliorationen den Betrag von 5000 Rbln. für eine Unternehmung nicht übersteigen, sowie für die Anschaffung von Zuchtvieh nicht den Betrag von 3000 Rbln. (Art. 16). — Eine vollständige Mittheilung der neuen Verordnung hat erst einen Zweck, wenn auch die im Art. 12 ders. vorgesehene Instruktion für die Operation der Darlehens-ertheilung publicirt sein wird, welche hoffentlich manche Punkte, so die Berechnung der zu stellenden Sicherheit, die Creditfähigkeit der noch nicht vollständig freigekauften Kronlandstellen, die Stempelfreiheit des Schriftwechsels u. a. m., näher präcisiren wird. —

Anzuführen ist jedoch an dieser Stelle, dass auf Grund der vom Finanzminister im Januar 1900 bestät. «Regeln f. d. Ertheilung v. Darlehen zu Meliorationszwecken durch d. Livl. adelige Güter-Credit-Societät» Letztere ihren Pfandbriefschuldnern vierprocentige, in spätestens 20 Jahren rückzahlbare Meliorations-Darlehen ertheilt, und zwar zur «Urbarmachung fruchtbaren, aber versumpften Bruchbodens; Drainage von nassen Feldern; Ent- und Bewässerung von Wiesen und Weiden, falls diese Anlagen keine besondere Sorgfalt und Sachkenntniß bezüglich ihrer Unterhaltung und Leitung erfordern; Canalanlagen zur Exploitation entlegener oder bisher ungenutzter wirtschaftlicher Werthe». D. Hrsgr.

## Zu Art. 220 (S. 119).

Anmerk. \*). Nach dem Provincialrecht hat ebenso wie nach gemeinem deutschem Recht, dem Stammrecht des Ersteren, der Eigenthumsinhalt hinsichtlich der Rittergüter eine Steigerung erfahren, welche aus politischen und volkswirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt ist. Das dem Rittergutsbesitzer zustehende Jagdrecht ist demselben durch das Reichsgesetz v. 3. Februar 1892 gewahrt geblieben, nachdem das zur Abänderung der ersten Livländischen Jagdordnung v. 10. September 1815 (Reg.-Pat. 11. October 1815 № 49) verfasste Projekt eines Livl. Jagdgesetzes zwar im October 1861 im Reichsrath eingebracht worden, aber daselbst, auf Kaiserlichen Befehl, unberücksichtigt gelassen worden war. In Betreff des Fischereirechts sind drei Entscheidungen des Senats ergangen, welche dasselbe als im Princip dem Rittergutsbesitzer zustehend anerkennen und seine Ausübung dem Pächter oder Eigenthümer eines Gehorchslandgrundstücks nur auf Grund einer ausdrücklichen kontraktlichen Vereinbarung gestatten. Die Anführung dieser Entscheidungen gehört zwar eher in eine kommentirte Ausgabe des Th. III Prov.-R., da jedoch wohl in den meisten Pacht- und Kaufkontrakten über Gehorchsland der Fischerei Erwähnung geschieht, und zwar in dem Sinne eines Vorbehalts der Ausübung derselben durch den Hof, im Interesse einer nur durch verständige Schonung möglichen Fischzucht, — so rechtfertigt sich die Anführung der Entscheidungen an dieser Stelle. Die in einem estländischen Streitfall ergangene Entscheidung 1893<sup>24</sup> ist in allen Stücken für Livland anwendbar, da es ein alter Branch der am Meere belegenen Güter ist, die Fischerei den Bauern zu verpachten. Wenn in dieser und der Entscheidung 1894<sup>15</sup> so viel vom Uferrecht die Rede ist, so wird das Wort «Uferrecht» zwar häufig von russischen Juristen gebraucht, ohne dass demselben ein bestimmter Begriff und Inhalt eigen ist, doch hat offenbar in den beiden vorliegenden Fällen dem Senat, abweichend von seiner sonstigen Uebung, der deutsche Text der estl. B.-V. nicht vorgelegen, in welchem keine Rede vom Uferrecht ist, vielmehr im mehrfach angeführten Art. 80 l. c. das «Strandrecht» angeführt wird. Dieses Recht, *jus litoris*, *jus naufragii*, *jus laganum*, Grundruhrrecht, ist das Aneignungsrecht in Bezug auf herrenlose Schiffsgüter und auf alles Dasjenige, was an den Ufern anwächst oder gefunden wird, kommt also in einer Streitfrage über die Fischerei gar nicht in Betracht.

1. Entscheid. d. Plenar-Versamml. \*) d. Dirig. Senats v. 25. October 1893 № 24: « . . . . In einer am Meere belegenen Gegend des Gouv. Estland war von der Gutsverwaltung den Bauern ein Theil des Bauerpachtlandes verkauft worden unter Vorbehalt des Uferrechts für den Verkäufer, mit Gewährung nur einer beschränkten Theilnahme am Fischfange den Käufern; jedoch wurde später das dem Gutsbesitzer verbliebene Fischereirecht denselben Bauern in größerem Umfange . . . . gemäß einem besondern Pachtvertrage überlassen. In den ersten Jahren zahlten die Bauern den vereinbarten Pachtzins, später jedoch verweigerten sie die Erfüllung dieser Abmachung, unter Anderem, aus dem Grunde, dass, da das Ufergelände, längs

\*) Aus welchen Departements die Plenar-Versammlung gebildet wurde, habe ich nicht feststellen können.



welchem ihnen die Fischerei verpachtet ist, ihnen eigenthümlich gehört, so seien sie auch nicht verpflichtet zur Zahlung für ein Recht, welches ihnen Kraft des Gesetzes gehört. In Uebereinstimmung hiemit erkannte die Fr.-R.-Vers., dass die Statuirung einer den Fischfang beschränkenden Bestimmung im Kaufkontrakt dem Art. 203 Estl. B.-V. widerspreche, weshalb auch die später erfolgte Verpachtung des Fischereirechts in ebenderselben Gegend, welche von den Bauern laut Kaufkontrakt erworben ist, ungesetzlich sei . . . . Nach Anhörung des Gutachtens des stellvertr. Oberprokureurs findet der Dirig. Senat, dass im Art. 203 Estl. B.-V. . . . , welcher zu den Bestimmungen über das bauerliche Grundeigenthum gehört, . . . . nachstehende Regel enthalten ist: «Das Recht der Jagd, des Fischfangs und des Erbauens von Wasser-, Wind- und anderen Mühlen wird durch den Ankauf eines Bauergrundstücks erworben, und geht auf den Käufer über». Diese Regel ist lediglich eine Schlussfolgerung aus jener allgemeinen Regel, Kraft welcher jedem Besitzer, als Eigenthümer des Ufergelandes, auch das Uferrecht gehört, und folglich, auch das Recht der Fischerei in den vom Gesetz gezogenen Grenzen. So steht kraft Art. 1036 Th. III Prov.-R. d. Ostseegouv., dieses Recht in öffentlichen Flüssen dem Ufereigenthümer zu längs der Grenze seines Gutes bis zur Mitte des Flusses, aber in den Gewässern des Meeres, welche insbesondere Estland bespülen, — auf eine Strecke von drei Werst vom Ufer. Wenn derart jedem Uferbesitzer, kraft des Gesetzes, auch das Recht des Fischfangs zusteht, und dabei als ausschliessliches Recht, so versteht es sich von selbst, dass dasselbe auch auf jeden neuen Erwerber des Ufergelandes übergeht, folglich also auch auf den Käufer . . . . Im Hinblick auf die Möglichkeit von Zweifeln hinsichtlich des Umfanges der Rechte am Lande und dessen Zubehörungen ist vorgeschrieben, dass beim Verkauf eines Gutes des Bauerpachtlandes an einen Bauern, das Uferrecht dem Gutsherrn nicht verbleibt, sondern, zusammen mit dem Ufergelande, an den neuen Besitzer, als Erwerber des Grundstücks zu Eigenthum, übergeht. Jedoch lässt sich aus dieser Vorschrift . . . . durchaus nicht der Schluss ziehen, dass über das Uferrecht nicht diese oder jene Vereinbarungen oder Abmachungen beim Verkauf des Landes selbst zulässig sind. Bereits in den allgemeinen Regeln der gedachten Verordnung, namentlich in den Artt. 6 und 7, wird, als ein Grundprincip, aufgestellt «die gegenseitige freie Uebereinkunft der Contrahenten» sowohl bei der Verpachtung bauerlicher Grundstücke, als auch «bei der Eigenthumserwerbung an diesen Grundstücken Seitens der Bauern». . . . Im Art. 248 l. c. ist ausdrücklich gesagt: «beim Verkauf eines Grundstücks müssen im Kaufkontrakt alle diejenigen Rechte genau und deutlich bezeichnet werden, welche der Verkäufer sich vorbehält oder der Abmachung gemäss erwirbt». Auch ist diese Vorschrift keineswegs irgend eine lokale Besonderheit, sondern erscheint lediglich als einzelner Ausdruck jener allgemeinen, im Art. 3943 Th. III Prov.-R. dargelegten Regel, kraft welcher beim Verkauf «Nebenverträge jeder Art» gestattet werden . . . . Zur Zahl solcher Verträge gehört, zweifellos, auch der auf Uebereinkommen unter den Contrahenten beruhende, im allegirten Art. 248 erwähnte, Vorbehalt zu Gunsten des Verkäufers des oder jenes Rechts, und zur Gattung der Rechte, welche vom Verkäufer laut Uebereinkommen mit dem Käufer vorbehalten werden können, gehören auch die Servitute, wie Solches ausdrücklich im Art. 220 l. c. vorgesehen ist, laut welchem «beim Verkauf von Bauergrundstücken stets genaue Bestimmungen hinsichtlich aller etwaigen Servitute getroffen werden müssen, welche der Grundeigenthümer in dem verkauften Grundstück sich vorbehält». Zur Zahl der sog. «Prädial»-Servituten gehört, nach Anleitung des Art. 1117 Th. III Prov.-R., auch das Recht der Fischerei. In demselben Art. ist gesagt, dass alle derartigen Servituten den allgemeinen für die Servituten bestehenden Regeln unterliegen, und zur Zahl der Letzteren gehört die Regel, dass jede Servitut auch durch Vertrag begründet werden kann, (Art. 1251); in Bezug auf die Aufhebung der Servitut ist, ausser den allgemeinen, im Art. 1265 l. c. angegebenen Gründen, in derselben Verordnung (Art. 221) festgesetzt, dass keine Servitut auf Forderung der einen Partei aufgehoben werden kann, sondern nur mit Einwilligung beider Theile. Endlich wird die Bestimmung, dass beim Verkauf eines Landstücks, das Recht der Fischerei, laut Uebereinkunft, dem Verkäufer vorbehalten werden kann, durch den Art. 80 l. c. unterstützt, in welchem betreff der Verpachtung gesagt ist: «Auf den den Bauern überlassenen Ländereien kann der Gutsherr das Strandrecht, das Recht der Gewässer und andere bereits bestehende Nutzungen ausüben zufolge gegenseitiger Uebereinstimmung mit den Bauern . . . .». Das Hineinbringen einer besondern Bestimmung über den Vorbehalt des Fischereirechts, sei es in vollem Umfange oder in beschränktem Maasse, zu Gunsten des Verkäufers in den Vertrag über den Verkauf eines Grundstücks kann derart als dem Art. 203 l. c. widersprechend nicht erachtet werden, und erscheint, im Gegentheil, nach dem genauen Sinn wie des Art. 248 l. c., als auch anderer, oben angeführter Gesetzesbestimmungen, vollkommen zulässig; was aber sodann das Recht des Verkäufers anlangt, über die vorbehaltene Servitut, im gegebenen Falle das Fischereirecht, zu verfügen, so steht ihm, in allgemeiner Grundlage, kraft Art. 4029 Th. III Prov.-R., zweifellos auch das Recht zu, die angegebene Servitut sowohl fremden Personen, als auch gerade dem Käufer desjenigen Grundstücks in Pacht zu vergeben, an welchem dieselbe errichtet ist. Auf Grund der dargelegten Erwägungen verfügt der Dirig. Senat: anzuerkennen, . . . . dass die Aufnahme einer besondern Bestimmung in den Kaufkontrakt, hinsichtlich des für den Verkäufer, im ver-

einbarten Umfange, vorbehaltenen Uferrechts, als eine Verletzung des Art. 203 Estl. B.-V. nicht angesehen werden kann».

2. Entscheid. d. Plenar-Versamml. d. 1, 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 16. Mai 1894 № 15: « . . . . In einer am Meere belegenen Gegend des Gouv. Estland war vom Gutsbesitzer einem Bauern, laut Kontrakt, auf 6 Jahre ein Grundstück des Bauerpachtlandes, am Finnischen Meerbusen gelegen, in Pacht vergeben worden, da jedoch der Pächter, bei Benutzung des Ufers, im Meerbusen den Fischfang ausübt, so beantragte der Gutsbesitzer, gestützt darauf, dass der Pächter keine Erlaubniss zum Fischfang gehabt und auch im Kontrakt ihm keine Berechtigung hiezu eingeräumt sei, denselben für eigenmächtige Fischerei zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen, und, dieser Bitte entsprechend, erkannten sowohl der Friedensrichter, wie auch die Fr.-R.-Vers. . . . gemäss Art. 1032 Th. III Prov.-R. . . . den Pächter der eigenmächtigen Fischerei für schuldig . . . . Nach Anhörung des Gutachtens des stellvertr. Oberprokureurs . . . . findet der Dirig. Senat, . . . . dass in Estland und Livland von Altersher vom «Hofeslande», welches ganz nur dem Gutsbesitzer gehört, dasjenige Land unterschieden wird, welches aus dem Complex des gutherrlichen Besitzes für die Bauern abgetheilt wurde und den Namen «Bauerpachtland» (in Livland «Gehorchsland») hat. Das Letztere bildet, wie das Erstere, Eigenthum des Gutsherrn. Aber der wesentliche Unterschied zwischen diesen beiden Arten des Eigenthums besteht darin, dass das Hofesland im vollen und unumschränkten Besitz und Nutzung des Gutsherrn sich befindet (Art. 42 Estl. B.-V., Art. 97 Livl. B.-V.), das Bauerland dagegen in anderer Lage sich befindet: obwohl hinsichtlich desselben dem Gutsbesitzer auch das Eigenthumsrecht gewährt ist (Art. 25 Estl. B.-V., Art. 101 Livl. B.-V.), so ist die Nutzung desselben durch ihn principiell schon durch den Grundsatz beschränkt, dass das für die Bauern abgetheilte Land «denselben zur unentziehbaren Nutzung eingeräumt ist» . . . . Das bedeutet nicht, dass der Gebrauch des Bauerlandes und seiner Nutzungen für den Gutsbesitzer unbedingt ausgeschlossen ist: derselbe ist auch ihm gestattet, aber nicht anders, als unter der Bedingung einer mit den Bauern getroffenen gegenseitigen Uebereinkunft . . . . Dieses erhellt, insbesondere in Betreff der Benutzung der Gewässer, sowie auch anderer Nutzungen, aus dem Art. 80 Estl. B.-V., in welchem ausdrücklich gesagt ist: «Auf den den Bauern überlassenen Ländereien kann der Gutsherr das Strandrecht, das Recht der Gewässer und andere bereits bestehende Nutzungen ausüben zufolge gegenseitiger Uebereinstimmung mit den Bauern in der in den Contrakten jedesmal festgestellten Ausdehnung». Und da dieser Art. in eine Reihe mit den Regeln über die Verpachtung des Bauerpachtlandes gestellt ist (Artt. 63 ff.), so unterliegt es keinem Zweifel, dass derselbe auch auf die Festsetzung sowohl der Rechte des Gutsbesitzers auf das von ihm verpachtete Bauerland, wie auch der Rechte des mit ihm den Vertrag abschliessenden Pächters sich bezieht. Die Rechte des Gutsbesitzers, als des Eigenthümers des Bauerlandes, bleiben im Princip . . . unberührt: in diesem Sinne ist auch im Art. 89 Estl. B.-V. ausdrücklich ausgesprochen, dass «auf allen in Pacht vergebenen Grundstücken der Eigenthümer alle diejenigen Realrechte ohne Ausnahme behält, welche ihm als Eigenthümer eines Rittergutes zustehen», aber, zugleich hiemit, ist in den Art. 91 l. c. auch eine solche Vorschrift aufgenommen: «Der Grundherr darf in keinem Falle den Pächter in der kontraktmässigen Nutzung des Pachtgrundstücks stören» (vergl. Art. 209 Livl. B.-V.). Aus dieser Vorschrift, im Zusammenhang mit dem oben angeführten Art. 80, ergibt sich von selbst, dass, im Falle der Verpachtung eines bauerlichen Grundstücks, die Benutzung desselben, sammt allen dazu gehörigen Nutzungen, darunter auch der Fischerei, vollständig dem Pächter gebührt, wenn nicht im Verträge selbst irgend eine ausdrückliche Bestimmung zu Gunsten des Gutsbesitzers getroffen worden ist. Die Zulässigkeit solcher Bestimmungen, im Sinne von ausdrücklich auf Uebereinkunft beruhenden Beschränkungen, oder Ausnahmen, ist ausser im allegirten Art. 80, auch in einer jener allgemeinen, in den Th. III Prov.-R. aufgenommenen, Regeln vorgesehen, insbesondere im Art. 4046, kraft welches bei Pachtverträgen Nebenbestimmungen jeder Art gestattet werden, gleichwie solche gemäss Art. 3943 l. c. auch bei Kaufverträgen zulässig sind, und dasselbe ist gleichfalls, zweifellos, im Art. 73 Estl. B.-V. beabsichtigt worden, in welchem gesagt ist, im Pachtverträge müsse, unter Anderem, mit Genauigkeit festgesetzt sein: «in welcher Art und unter welchen Beschränkungen dem Pächter die Benutzung des Grundstücks anheimgestellt wird». Es ist klar, dass derartige Beschränkungen oder Ausnahmen zu Gunsten des Gutsherrn auch in Betreff der Ausübung der Fischerei möglich sind, fehlen dieselben jedoch im Pachtverträge selbst, so ist der Gutsherr nicht allein nicht berechtigt, die Ausübung der Fischerei von Seiten des Pächters auf dem ihm verpachteten Ufergrundstück für eigenmächtig zu halten, da diese Ausübung lediglich als Ausübung eines ihm gehörenden Rechts erscheint, sondern ist auch selbst des Rechts beraubt, von sich aus daselbst den Fischfang auszuüben, wenn das nicht ausdrücklich abgemacht worden ist . . . . Zum Schluss . . . ist zu bemerken, dass sowohl im Art. 80 l. c., wie auch in anderen Artt., in welchen von der Benutzung des Ufers und der Gewässer die Rede ist, darunter auch das Meeresufer und die Gewässer des Meeres verstanden werden, denn Ausnahmen für die

Letzteren werden in dieser Verordnung überhaupt nicht gemacht; es kann deshalb auch die Anwendbarkeit des Art. 80 l. c. auf die im allegirten Art. 1032 Th. III Prov.-R. vorgesehenen Rechte keinem Zweifel unterliegen. — Auf Grund aller dargelegten Erwägungen verfügt der Dirig. Senat . . . : anzuerkennen, dass im Falle der Verpachtung eines am Meere belegenen bauerlichen Grundstücks, die Ausübung der Fischerei, welche, gemäss Art. 1032 Th. III Prov.-R., den Eigenthümern der am Meeresstrande belegenen Güter gebührt, vollständig dem Pächter des gedachten Grundstücks gehört, wenn nicht im Pachtvertrage zu Gunsten des Gutsherrn irgend welche Beschränkungen oder Ausnahmen in dieser Hinsicht statuirt worden sind» \*).

3. Entscheid. d. Civil-Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 24. Februar 1899 № 19: (E. v. S. hatte im J. 1876 das zu seinem Gute W. gehörige, an den Würzjerw angrenzende Gehorchslandgesinde K. dem J. T. verkauft, wobei auf der dem Kauf zu Grunde gelegten Specialcharte des Gesindes, in Uebereinstimmung mit der Generalcharte des Gutes, die Grenze längs der Wasserlinie des Sees vermerkt und in der Natur durch Grenzpfähle und Steine bezeichnet wurde. Nach länger denn zehnjähriger Nutzung des Gesindes in den vereinbarten Grenzen masste sich J. T. in den letzten Jahren die Fischerei im See an und übte dieselbe sogar durch gewerbmässige Fischer aus, welche er im Gesinde installirte. Die auf Annerkennung des Eigenthums am Seetheil und auf das ausschliessliche Fischereirecht des Hofes gerichtete Klage des Gutsbesitzers wurde vom Rig. Bezirksgericht, sowie dem Appellhof abgewiesen. In der Cassat.-Klage bat der Vertreter der Erben des Klägers, vereid. Rechtsanwalt Dr. G., um Aufhebung des unterinstanzlichen Urtheils wegen Verletzung der Pkte 1 u. 3 d. Art. 543, der Artt. 550, 557, 543, 599, 1011, 1013 u. 3214 Th. III Prov.-R., der Art. 7 u. 53 Livl. B.-V. u. Art. 368 Civ.-Pr.-O. D. Hrsgr.). «Nach Anhörung . . . des Gutachtens des stellvertr. Gehülfn des Oberprokureurs, findet der Dirig. Senat, dass die Entscheidung des Appellhofs hauptsächlich darauf gegründet ist, dass der Würzjerw ein wesentliches und untrennbares Zubehör des Rechts auf seine Ufer bildet, dass alle mit dem Recht auf das Ufer dieses Sees eng verbundenen Rechte von selbst in den Bestand des von v. S. veräusserten Vermögens, das Gesinde K., als dessen nothwendige reale Zubehörungen übergegangen sind, dass, falls der Gutsbesitzer beim Verkauf des Gesindes K. das Uferrecht und darin das Fischereirecht sich vorbehielt, dessen im Kaufkontrakt ausdrücklich Erwähnung hätte geschehen müssen, da aber das Ufer des Würzjerw beim Verkauf dieses Gesindes in den Bestand des veräusserten Vermögens überging, so sei selbstverständlich auch das mit den Uferbesitz eng verbundene Uferrecht und, darin, das Fischereirecht als veräussert anzusehen. Diese Erwägungen des Appellhofs können als auf den genauen Sinn der im Th. III Prov.-R. d. Balt. Govv. dargelegten Gesetzesbestimmungen begründet nicht anerkannt werden. Vor Allem ist diesen Gesetzen fremd der Begriff eines besonderen «Uferrechts», welches ein untrennbares Zubehör des Eigenthumsrechts auf das Ufer bildet. Im Baltischen Gebiet bilden sowohl die stehenden, wie fliessenden Gewässer, mit Ausnahme der im Art. 1011 l. c. aufgeführten Wasser, das Eigenthum der Grundeigenthümer, deren Grundstücke sie durchschneiden oder bespülen (Artt. 1012, 1013). Mit dem Eigenthumsrecht an einer Sache jedoch ist nicht nur das Recht auf den ausschliesslichen Besitz und die Nutzung derselben verbunden, sondern auch das Recht des Eigenthümers, jedem Anderen den Gebrauch oder die Benutzung der Sache zu untersagen (Artt. 871, 873, 874), und diese allgemeine Regel wird in den Artt. 724 u. 1031 speciell in Beziehung auf den Fischfang wiederholt. Hieraus erhellt, dass das Recht der Fischerei in Privatgewässern, und hierin auch im Würzjerw, unmittelbar aus dem Eigenthumsrechte an den Gewässern selbst sich herleitet. Dieses letztere Recht kann getrennt von dem vom Wasser bespülten Grundstück veräussert werden, und, im Gegensatz dazu, das Uferland kann ohne das Eigenthumsrecht an den Gewässern veräussert werden. Im Hinblick auf die Artt. 1012, 1013, 547 u. Pkt 3 d. Art. 548 l. c. muss anerkannt werden, dass die Gewässer eine Nebensache bilden in Bezug auf das von ihnen bespülte Grundstück, welches als Hauptsache erscheint. Die Artt. 543, 549 u. 560 l. c. gestatten die Trennung der Nebensache von der Hauptsache; nach der Trennung von der Hauptsache hört die Nebensache auf, Zubehör derselben zu sein und bildet ein selbständiges Ganze (Artt. 543 u. 560), welches zu einem von der Hauptsache unabhängigen Gegenstande des Rechts werden kann. Indem hiernach der See einen wesentlichen, im juridischen Sinne (Art. 551), untrennbaren Theil des von ihm bespülten, von ihm nicht abgetrennten (Art. 543) Grundstücks nicht bildet, kann derselbe rechtlich vom Uferlande getrennt und den Gegenstand eines vom Ufer gesonderten Eigenthums bilden (vergl. Artt. 1011 u. 1028). Gemäss Art. 550 erstrecken sich von selbst alle Rechtsverhältnisse, welche die Hauptsache betreffen, auch auf ihre Nebensachen, in Folge wessen, bei der Veräusserung der Hauptsache, jede zu ihr gehörige Neben-

\*) Diese Entscheidung findet, gemäss dem ausdrücklichen Hinweise auf den Art. 1032 Th. III Prov.-R., auf die am Peipus belegenen Güter sinngemässe Anwendung. D. Hrsgr.

sache im Zweifel als mitveräußert angenommen wird, falls nicht in der Vereinbarung das Gegentheil ausdrücklich bestimmt worden ist. Dieser Art. begründet zweifellos eine gesetzliche Vermuthung zu Gunsten einer Veräußerung der Nebensache zusammen mit der Hauptsache; doch ist diese Vermuthung keine unbedingte: im Gegentheil, das Gesetz weist direkt darauf hin, dass es vollkommen vom Willen der Contrahenten abhängt, die Hauptsache getrennt von der Nebensache zu veräußern, und dass die gedachte Vermuthung nur dann Platz greifen soll, falls die Parteien nicht das Gegentheil bestimmt haben. Wenn somit in Verträge über den Verkauf des Uferlandes der Wille der kontrahirenden Parteien über die Veräußerung desselben gesondert von dem ihm anliegenden Gewässer zum Ausdruck gebracht ist, so kann, obgleich das Letztere bis zum Verkauf eine Nebensache in Beziehung zum Uferlande bildete, dieser Umstand nicht als Grund dienen, als verkauft anzusehen, zusammen mit dem Lande, sowohl das dasselbe bespülende Gewässer, wie das aus dem Recht auf Letzteres entspringende Recht auf die Fischerei in selbigem. Die dargelegten Erwägungen zeigen, dass der vom Appellhof angenommene und zum Ausgangspunkt seines Urtheils dienende Umstand, es sei beim Verkauf des Gesindes K. auch das Ufer des Sees in den Grenzen dieses Gesindes, als in den Bestand des Letzteren gehörend, verkauft worden, an sich keineswegs die vom Appellhof, aus diesem Umstande gezogene Schlussfolgerung rechtfertigt, dass in Folge des Verkaufs des Ufers auch das Recht auf den See als verkauft angesehen werden müsse, als ein untrennbares, nothwendiges Zubehör des Rechts auf das Ufer, und dass, im Gegentheil, eine für die Sache entscheidende Bedeutung der Umstand haben muss: erfolgte im gegebenen Falle eine solche Einigung unter den Parteien, kraft deren das Gesinde K. als verkauft getrennt vom Recht auf den dasselbe bespülenden See angesehen werden muss, und Letzteres als ausgeschlossen vom Gegenstande des Verkaufs? Indem der Appellhof nur bei den Stipulationen des Kaufkontrakts stehen blieb, befand er, dass, falls der Gutsbesitzer das Uferrecht, und darin das Fischereirecht, sich vorbehalten wollte, so dessen im selben Kontrakt ausdrücklich Erwähnung hätte geschehen müssen, zugleich, gemäss Art. 53 Livl. B.-V., mit der Angabe, welche Vortheile als gleichwerthige Entschädigung für das vorbehaltene Recht zu betrachten sind, — indessen enthalte der Kontrakt eine solche Bestimmung nicht. Eine derartige Schlussfolgerung des Appellhofes konnte als richtig nur in dem Falle angesehen werden, wenn dargethan ist, dass die die Ländereien des verkauften Gesindes bespülende Wasserfläche thatsächlich zusammen mit dem Gesinde verkauft ist. Indessen kann dieser Umstand als vom Appellhof festgestellt nicht erachtet werden, da der Appellhof, von der oben dargelegten unrichtigen Annahme der Untrennbarkeit des Rechts auf das Ufer vom Recht auf das Gewässer ausgehend, — ganz und gar nicht in die Beprüfung der Frage eingetreten ist, ob nicht der Wille der Parteien, das Recht auf den See vom Verkauf auszuschliessen, in der dem Kaufkontrakt beigefügten, von den Contrahenten unterzeichneten Karte des verkauften Gesindes ausgesprochen ist. Nach den den Verkauf bäuerlicher Grundstücke im Govv. Livland betreffenden Gesetzesbestimmungen (Artt. 62 u. 66 Livl. B.-V. v. J. 1860 u. Art. 70 zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889) erscheint als wesentliche, ungängliche Bedingung der Corroboration von Kaufkontrakten über bäuerliche Pachtgrundstücke die Vorstellung der Charte des zu verkaufenden Grundstücks, versehen mit der in festgesetzter Ordnung beglaubigten Unterschrift beider Contrahenten, unter Beifügung der revisorischen Beschreibung, und ohne eine solche Charte wird der Kontrakt zur Bestätigung (Corroboration) überhaupt nicht entgegengenommen. Diese Charte stellt sich als ein hauptsächlichster, dokumentarischer Beweis dessen dar, was namentlich Gegenstand des Verkaufs war, und giebt als Darstellung des Bestandes und der Grenzen des verkauften Grundstücks nach der Natur, darüber ein Zeugniß, in welchen Grenzen und mit welchen Beschränkungen, — insoweit solche, ihrem Wesen nach, auf der Charte wiedergegeben werden können, — das Grundstück an den Erwerber übergegangen ist. Falls hiernach der Gegenstand des Verkaufs im Kaufkontrakt nicht beschrieben ist, sondern nur durch Bezugnahme auf die dem Kontrakt beigefügte Charte bestimmt wurde, so erscheint als Gegenstand der Vereinbarung der Parteien (Artt. 2937—39) namentlich das, was auf der Charte angegeben ist, woraus folgt, dass in Kraft der Bestätigung (Corroboration) dieses Kontrakts, in Verbindung mit der Charte, der Käufer nur das zu Eigenthum erwerben kann, was auf der Charte verzeichnet steht, da die auf der Charte nicht angegebenen Theile des Guts, indem sie nicht den Gegenstand der Corroboration bilden, als in's Eigenthum des Käufers übergegangen nicht angesehen werden können (Anmerk. zu Art. 3860, Artt. 3004 u. 809 I. c.; Art. 226 Livl. B.-V. v. J. 1860). Jedoch hat im gegebenen Fall der Kläger, zum Nachweis dessen, dass der an das Gesinde K. angrenzende Theil des Sees nicht Gegenstand des Verkaufes ward, ausdrücklich auf die von ihm vorgestellte Specialcharte, nach welcher dieses Gesinde verkauft wurde, sich bezogen, bei der Erklärung, dass in dem Umstande, dass sowohl auf dieser Charte, wie auch auf der Generalcharte des Gutes zwischen den Ländereien des Gesindes und dem See eine besondere Grenzlinie gezogen worden sei, — der Wille der kontrahirenden Parteien ausgesprochen sei, den See in den Verkauf des Gesindes nicht einzuschliessen. Indessen ist der Appellhof in die Beurtheilung dieses Hinweises nicht eingetreten, sondern beschäftigte sich nur mit dem Fehlen einer speciellen Klausel im Kontrakt über den Vorbehalt der Fischerei zu Gunsten des Gutsbesitzers bei gleichzeitiger Festsetzung einer gleichwerthigen Ent-

schädigung zu Gunsten des Käufers für das vorbehaltene Recht, wie Solches Art. 53 Livl. B.-V. verlangt. Eine derartige Schlussfolgerung des Appellhofs ist, nach dem Vorerörterten, um desswillen nicht richtig, weil, gemäss diesem Art., der Gutsbesitzer den Käufer nur für die mit dem Besitz des verkauften Grundstücks verbundenen, jedoch vom Verkäufer zu seinem Besten vorbehaltenen Rechte zu entschädigen verpflichtet ist, folglich wäre der angeführte Art. dann anwendbar, im Fall der Gutsbesitzer dem Bauern einen Theil des Sees verkauft und sich das Recht der Fischerei daselbst vorbehalten hätte, derselbe kann aber nicht zur Anwendung kommen, wenn der See nicht verkauft wurde, und deshalb ein Recht des Käufers auf den Fischfang in demselben niemals begründet worden ist. Unabhängig hievon, hat der Appellhof überhaupt gar nicht festgestellt, dass das Fischereirecht im Würzjerw jemals zu den Nutzungen des bauerlichen Gehorslandgrundstücks K. gehört hat; wogegen Appellant diesen Umstand in Abrede genommen und zur Unterstützung dessen den Auszug aus dem Wackenbuch d. J. 1818 vorstellig gemacht, sowie auf den Art. 7 Livl. B.-V. v. J. 1860 sich bezogen hat, nach welchem die innerhalb der Grenzen des Gehorslandes belegenen, im Wackenbuch aber nicht veranschlagten Flächen wie bisher Parzellen des Hofeslandes verbleiben. Der Appellhof trat diesem Hinweis mit der Erwägung entgegen, dass der Würzjerw im gemeinschaftlichem Besitz mehrerer Güter stehe und dass der Besitz des Sees bedingt sei durch den Besitz des Ufers, d. i. des Rechts auf das Ufer. Indessen kann die Frage über die Zugehörigkeit der Wasseroberfläche innerhalb der Grenze des Gutes zum Bestande des Gehorslandes desselben überhaupt nicht auf Grund der Artt. 1012 u. 1013 l. c. entschieden werden, sondern ist, in jedem einzelnen Fall, vom Nachweise dessen abhängig, dass, bei der, in Grundlage der Artt. 3, 7—22 Livl. B.-V. v. J. 1849, vollzogenen Abgrenzung des Gehorslandes vom Hofeslande, die Wasseroberfläche in festgesetzter Ordnung zu Ersterem zugetheilt worden ist. Gemäss allen diesen Erwägungen verfügt d. Dirig. Senat: Das Urtheil des St. Petersburger Appellhofs wegen Verletzung der Artt. 549, 550 u. 1013 Th. III Prov.-R. d. Balt. Gouv. und Art. 711 Civ.-Pr.-O. aufzuheben . . . »\*). D. Hrsg.

### Zu Art. 238 (S. 133).

9a. Entscheid. d. Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 23. März 1898 № 3: (In Betreff der vom Oberprokureur zufolge Ordre des Justizministers vorgelegten Fragen: 1) wie ist, bei Pachtverträgen mit Bauern, die im Art. 278 d. Abschn. II Gem.-Ger.-Ordn. d. Balt. Gouv. (Beil. zu № 78 Samml. d. Ges. v. J. 1889) angegebene Summe nicht über 300 Rbl. zu berechnen, durch das Zusammenzählen der Pachtzahlungen für die ganze Pachtzeit, oder aber durch den Betrag der jährlichen Pachtzahlung; 2) geniessen alle Mitglieder der Landgemeinde das in diesem Art. angegebene Recht auf Beglaubigung der Verträge im Gemeindegericht, oder gebührt dieses Recht ausschliesslich den Bauern; 3) sind die Gemeindegerichte, in Grundl. des angeführten Art., berechtigt, auf einfachem Papier niedergeschriebene Verträge zur Beglaubigung entgegenzunehmen; 4) befreit von der Stempelsteuer sind in den Balt. Gouv., im Hinblick auf den Pkt 4 d. Art. 81 Stempelsteuer-Verordn. (Cod. d. Reichsges. Bd.V, Ausg. v. J. 1893) namentlich welche Verträge mit Bauern über die Verpachtung von Grundstücken an dieselben, sei es einem allein oder ganzen Gemeinden, von Seiten

---

\*) Es genügt nicht, dass mit dem Antrage auf Corroboration eines Gesinde-Verkaufkontrakts zugleich die Charte des Gesindes der Grundbuch-Abtheilung vorgestellt wird, Letztere muss vielmehr in dem Corroborationen-Vermerk auf dem Kontrakt ausdrücklich auch der Charte Erwähnung thun, wie Solches eine feste Praxis der Livländischen Behörden war, in der Canzellei-Ordnung der Grundbuch-Abtheilungen jedoch den Letzteren vorzuschreiben unterlassen worden ist. Diese Praxis gründete sich auf die mittels Reg.-Pat. 2. Juni 1854 № 156 publicirte Bestimmung d. Commission zur Einführung d. Livl. Agr.- u. B.-V. v. J. 1849: «In Erwägung der Nothwendigkeit, dass beim Verkaufe eines Grundstücks dessen Grenzen präcisirt werden, um auf solche Weise den widrigenfalls zu befürchtenden, verwickelten und schwierigen Rechtshandeln über dieselben vorzubeugen, sind in allen Fällen, wo die Grenzen eines zu verkaufenden Gesindes nicht schon durch Bezugnahme auf eine bestätigte oder gerichtlich anerkannte Messung festgestellt worden, die Contrahenten anzuweisen, die Charte über das zu verkaufende Grundstück bei dem betreffenden Kreisgerichte zu produciren, welches in dem Corroborationen-Attestate sich auf die, mit seinem Producte versehenen Charten zu beziehen hat.» — Zur Vorbeugung von Rechtshandeln empfiehlt es sich für den Gutsbesitzer, in dem Gesuch um Corroboration eines Gesinde-Verkaufkontrakts ausdrücklich die Vervollständigung des Corroborationen-Vermerks in der angegebenen Richtung zu beantragen.

der Gutsbesitzer, auf deren Ländereien sie angesiedelt sind) ..... Nach Anhörung des Gutachtens des stellvertr. Gehülfs des Oberprokureurs findet der Dirig. Senat: I. Die Antwort auf die erste Frage ist im Art. 40 \*) Stempelsteuer-Verordn. (Cod. d. Reichsges. Bd.V, Ausg. v. 1893) enthalten; laut welchem als Summe des Vertrages oder Dokumentes über die Verpachtung oder Vermiethung eines Vermögensobjektes die Gesamtsumme der Zahlungen angesehen wird, d.i. der Gesamtbetrag der Summen für die ganze Zeit der Kontraktdauer; in Anbetracht dessen, dass von dieser allgemeinen Regel des Art. 40 eine Ausnahme hinsichtlich der Beglaubigung schriftlicher und mündlicher Verträge durch die Gemeindegerichte der Balt. Gouv. nicht gemacht ist, muss die Meinungsäusserung des Finanzministers für richtig befunden werden \*\*). II. Die zweite Frage wird, in Uebereinstimmung mit der Meinungsäusserung des Finanzministers, in genauer Grundl. der Artt. 278 u. 8 d. Abschn. II Gem.-Ger.-Ordn. d. Balt. Gouv. (Beil. zu № 78 Samml. d. Ges. v. J. 1889) entschieden, von denen der Art. 278 den Gemeindegerichten die Beglaubigung der «von Mitgliedern der Landgemeinden» abgeschlossenen Verträge gestattet, während der Art. 8 die allgemeine Regel über die der Kompetenz der Gemeindegerichte nicht unterworfenen Personen enthält, welche nicht Mitglieder der Landgemeinde sind, sowie gleichfalls der Edelleute, Beamten, Geistlichen und Kirchendiener, der erblichen Ehrenbürger und Kaufleute; es ist desshalb, in Kraft der allgemeinen Regel des Art. 8, das Gemeindegericht zur Beglaubigung von Verträgen, welche ohne Bethheiligung der unter dasselbe kompetirenden Personen geschlossen worden sind, nicht berechtigt. III. Bei Entscheidung der dritten Frage muss man sich an den Pkt III\*\*\*\*) d. Allerh. am 17. April 1874 bestät. R.-R.-G. (Vollst. Gesetzssaml. № 53379) halten, in Kraft dessen, mit Einführung der jetzt geltenden Stempelsteuer-Verordnung, «alle diejenigen, sowohl in dem Cod. d. Reichsgesetze, als auch in den besonderen Verordnungen, enthaltenen Ausnahmen von der Stempelsteuer, welche in das neue Gesetz nicht aufgenommen sind, und dessgleichen alle mit den Regeln dieses Gesetzes nicht übereinstimmenden Bestimmungen» aufgehoben worden sind; es müssen desshalb, in Uebereinstimmung mit der Meinungsäusserung des Finanzministers, die Gemeindegerichte, bei Entgegennahme von schriftlichen Verträgen zur Beglaubigung, in genauer Anleitung der Stempelsteuer-Verordn. verfahren und sind nicht berechtigt, auf einfachem Papier niedergeschriebene Verträge zur Beglaubigung entgegenzunehmen, falls über die Befreiung derselben von der Stempelsteuer keine Bestimmung in der geltenden Stempelsteuer-Verordn. enthalten ist. IV. Der in der vierten Frage angeführte Pkt 4 d. Art. 81 Stempelsteuer-Verordn., ..... ist bereits vom Dirig. Senat (Entscheid. d. Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. v. J. 1791 № 4 und v. J. 1892 № 23 \*\*\*\*) in dem Sinne erläutert worden, dass dieser Pkt 4 d. Art. 81 auf sämtliche Ländereien der Gutsbesitzer sich bezieht, sowohl Gehorchs-, wie Hofesländereien, und gleichfalls auf die Pastoratsländereien, welche von Bauern gepachtet werden, und diese Erläuterung hat sich auf die Pachtung von Land durch die Bauern nicht nur von den Eigenthümern, sondern auch von den Arrendatoren der Güter zu erstrecken, weil, in Kraft der Artt. 4020†) u. 4032 Prov.-R. Th. III, der Arrendator eines Gutes als Vertreter des Gutsbesitzers angesehen wird und, mit Einwilligung des Letztern, den Pachtgegenstand weiter vergeben kann. In Anbetracht des Dargelegten verfügt der Dirig. Senat, .....: die vorgelegten Fragen im Sinne der Meinungsäusserung des Finanzministers zu entscheiden».

\*) Art. 31 in der ursprünglichen Ausgabe der Verordnung v. 17. April 1874. D. Hrgs.

\*\*) Die angegebenen vier Fragen bildeten bereits am 19. December 1894 den Gegenstand einer Verhandlung im Senat, welcher gemäss Art. 125 Senatsverfassung die Einholung der Meinungsäusserung des Finanzministers verfügte.

\*\*\*)) Richtiger Pkt. 1 d. Abschn. III.

\*\*\*\*) Diese Entscheidungen sind zu Art. 238 rub. №№ 8 u. 9 wiedergegeben worden.

†) Wohl ein Druckfehler; kann nur sein Art. 4029.

## Zu Art. 238 (S. 145).

21. Entscheid. d. Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 26. Januar 1898 № 22\*): «Eines der dem Rig.-Wolm.'schen Fr.-R.-Plenum unterstellten Gemeindegerichte regte die Frage an, ob Pkt 2 d. Art. 2 Beil. zu Art. 363 Cod. d. Reichsges. Bd V Steuer-Ges., Forts. v. J. 1883, auch auf die Fälle angewandt werden könne, in welchen vom Erblasser eigenthümlich erworbene Grundstücke des bauerlichen Gehorchslandes auf dem Wege der Erbfolge übergehen, d. i. unterliegen diese Grundstücke, beim Uebergange mittels Erbfolge, der Zahlung der Erbschaftssteuer oder nicht. Bei der Beprüfung des desfallsigen Berichts des Gemeindegerichts in der anordnenden Sitzung v. 23. März 1893 anerkannte die Fr.-R.-Vers., dass die obgedachte Frage durch das Gesetz nicht entschieden wird, und verfügte, dieselbe dem Justizministerium zur Entscheidung zu unterbreiten. Zu dieser Frage wurde vom Justizministerium das Gutachten des Oberprokureurs des Mess-Depart. d. Dirig. Senats eingefordert, in welchem der Oberprokureur Nachstehendes ausführte: Die angegebene Frage ist, nach seiner Ansicht, infolge der Unklarheit und Unvollständigkeit des Gesetzes üb. d. Steuer v. Vermögen b. unentgeltlichem Uebergange desselben (Beil. zu Art. 363 Bd. V Steuer-Ges., Forts. v. J. 1886) entstanden. Gemäss Pkt 2 d. Art. 2 dieses Ges. werden diejenigen Ländereien, welche Personen des Bauerstandes als Antheil angewiesen worden sind, beim Uebergange derselben auf Personen desselben Standes, von dieser Steuer befreit. Gestützt auf den Buchstaben dieses Gesetzes, ..... verlangen sämmtliche Grundbuch-Abtheilungen bei der Corroboration der Dokumente über den Uebergang von Bauergrundstücken mittels Erbfolge, die Entrichtung der Erbschaftssteuer. Eine derartige einschränkende Interpretation des Gesetzes dürfte, nach Ansicht des Oberprokureurs, kaum den Absichten des Gesetzgebers entsprechen. .... Hiernächst wandte sich in dieser Frage der Justizminister an den Finanzminister und Letzterer äusserte im Kommunikat v. 18. Februar 1897 № 1501 sich dahin, dass nach dem buchstäblichen Sinne des Pkt 2 d. Art. 153 Steuer-Ges. (Ausg. v. J. 1893) das den Bauern der Balt. Gouv. verliehene Steuerprivileg ausschliesslich auf die Fälle des Erwerbes derjenigen ländlichen Grundstücke sich bezieht, welche zum bauerlichen Antheil gehören, und nicht in sich begreifen darf die Fälle des unentgeltlichen Ueberganges derjenigen Grundstücke, welche zum Antheil nicht gehören. Bleibt man nun bei der Frage, ob die Livländischen Bauern und überhaupt die Bauern der drei Balt. Gouv. Antheil-Grundstücke erhalten haben, so findet der Finanzminister, dass diese Frage im bejahenden Sinne nur hinsichtlich der auf den Kronsgütern der genannten Gouv. angesiedelten Bauern, d. i. der früheren Kronsbauern, entschieden werden kann. .... Was hingegen diejenigen Bauern anlangt, welche Privatpersonen der Balt. Gouv., gleichwie Kirchen, Gottgefälligen Anstalten u. s. w. gehören, so scheint es wohl, dass die agrare Organisation dieser Bauern der Zuweisung von Landantheilen an die Bauern nicht gleichgestellt werden kann, denn durch die B.-V. der J. 1816, 1817 u. 1819 (Vollst. Gesetzssamml. v. J. 1816 № 26278; 1817 № 27024 u. 1819 № 27735) wurden diese Bauern aus der Leibeigenschaft befreit ohne Zuweisung von Land an sie, das Eigenthumsrecht an demselben blieb, ohne Beschränkung im Nutzungs- und Verfügungsrecht, den Gutsbesitzern gewahrt. Obgleich hierauf durch die B.-V. v. 1856 und 1860 (Vollst. Gesetzssamml. v. J. 1856 № 30693; 1860 № 36312) aus dem Complex der gutherrlichen Ländereien in Estland und Livland Grundstücke des sog. Gehorchs- oder Bauerpachtlandes ausgeschieden wurden, welche die Gutsbesitzer nicht anders nutzen konnten, als durch Verpachtung oder Verkauf derselben an Bauergemeindeglieder, so ist auch in Kraft dieser Verordnungen keinerlei Antheil den Bauern der Balt. Gouv. dem Wesen nach gegeben worden, denn

---

\*) Diese Entscheidung ist sehr verspätet, erst nach den Entscheidungen vom December 1898 publicirt worden. D. Hrsg.

Eigenthümer der ausgeschiedenen Grundstücke blieben wie früher die Gutsbesitzer und der Abschluss der Kauf- und Pachtverträge ist der freien Uebereinkunft der Gutsbesitzer mit den Bauern überlassen. Wenn es hiernach feststeht, dass Landantheile nur die Bauern der Balt. Gouv. erhalten haben, welche auf den Kronsgütern dieser Gouv. angesiedelt waren, so könnte die im Pkt 2 d. Art. 153 Steuer-Ges. statuirte Vergünstigung in Wirklichkeit nur speciell auf diese Kategorie von Bauern angewandt werden und dürfte auf die Privatpersonen und Institutionen gehörigen Bauern sich nicht beziehen. Andererseits jedoch kann man dem sich nicht verschliessen, dass auch die Bauerländereien auf den gutsherrlichen Gütern der Balt. Gouv. ihrem Wesen nach nahe verwandt sind mit den bauerlichen Landantheilen in den übrigen Gegenden des Reichs, da diese wie jene die gleiche Bestimmung haben, zur Sicherstellung der Existenz des Bauerstandes zu dienen; desshalb wäre es, nach seiner, des Finanzministers, Ansicht, vollkommen gerechtfertigt, die gedachte Vergünstigung überhaupt auf sämmtliche Bauerländereien in den Balt. Gouv. zu erstrecken, im Fall eines unentgeltlichen Ueberganges solcher Ländereien von Bauern an Personen desselben Standes. . . . . Nach Anhörung des Gutachtens des stellv. Gehülfen des Oberprokureurs, findet die Plenar-Versammlung . . . . ., dass Pkt 2 d. Art. 153 Bd V, Steuer-Ges., Ausg. v. J. 1893, von solchen Ländereien spricht, welche Personen bauerlichen Standes als Antheil zugewiesen sind. Da in den Balt. Gouv. nur die Kronsbauern einen Landantheil erhalten haben, andere Personen bauerlichen Standes in diesen Gouv. dagegen mit Land nicht ausgestattet wurden (Livl. B.-V. v. J. 1860, Kurl. v. J. 1817 und Estl. v. J. 1856, sowie Allerh. Befehl v. 10. März 1869), so entsteht der Zweifel, ob nicht der allegirte Pkt 2 d. Art. 153, nach seinem buchstäblichen Sinne, nur allein auf die Kronsbauern der Balt. Gouv. anzuwenden ist. Allein eine genauere Prüfung der Modalitäten der agraren Organisation der Bauern, welche den Privatpersonen in den Balt. Gouv. gehörten, führt zu einem anderen Ergebniss. Wenngleich den Bauern der Privatbesitzer in den Balt. Gouv. bei ihrer Befreiung von der Leibeigenschaft auch kein Land zu Eigenthum zugewiesen wurde, so wurden nichtsdestoweniger, zur Sicherstellung ihrer Existenz, aus dem Complex der gutsherrlichen Ländereien Parcellen des sog. Gehorchs- oder Bauerpachtlandes ausgeschieden, welche in ihrem Besitz verbleiben sollten sei es auf dem Wege der Pacht oder des Eigenthums. Dieses Land konnte der Gutsbesitzer, obgleich er das Eigenthumsrecht an demselben behielt, nicht anders nutzen, als durch Vergabung desselben in Pacht an Bauern, und die Bauern hatten das Recht, solches Land zu Eigenthum zu erwerben. Derartige Verträge wegen Pachtung und eigenthümlicher Erwerbung hatten fraglos den Zweck, zur Organisation und Sicherstellung der Existenz des Bauerstandes zu dienen, und erscheint es darum richtig, zu dem Schluss zu kommen, dass die unter solchen Bedingungen von Personen des Bauerstandes eigenthümlich erworbenen Ländereien, ihrer Natur und Bestimmung gemäss, denjenigen Ländereien gleichgestellt werden müssen, welche in anderen Fällen und Gegenden obligatorisch als Antheil gegeben wurden. Hieraus entspringt die Nothwendigkeit, auf die Fälle der Vererbung der obgedachten Ländereien die Regel des Pkt 2 d. Art. 153 Steuer-Ges. zu erstrecken, wobei nur die in diesem Art. ausgesprochene Bedingung einzuhalten ist, dass das Land auf dem Wege der Erbfolge an Personen desselben bauerlichen Standes übergeht. In diesem Sinne sind bereits Entscheidungen der Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. hinsichtlich der Anwendung der Pkte 2 u. 4 d. Art. 66 Stemp.-Steuer-Verordn. auf den Ankauf, Verkauf und die Pachtung von Hofesland durch die Livl. Bauern ergangen (d. a. 1891 № 4 u. 1892 № 23\*). Auf Grund dieser Erwägungen und in wesentlicher Uebereinstimmung mit der in der vorliegenden Frage abgegebenen Meinungsäusserung des Finanzministers verfügt die Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d.

\*) Zu Art. 238 sub №№ 8 u. 9 (S. 130 ff.) wiedergegeben.



Dirig. Senats: anzuerkennen, dass die vorgelegte Frage in bejahendem Sinne entschieden werden muss. \*)

\*) Auf Quotengrundstücke erstreckt sich selbstverständlich, weder nach der Praxis der aufgehobenen Livländischen Behörden noch nach der vorliegenden Senatsentscheidung, das Steuerprivileg nicht; wohl aber — auf derselben Grundlage und weil der Art. 153 l. c. unter die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes rubricirt worden ist, — auf bauerliche Gehorchslandgrundstücke, welche durch Allernädigste Verleihung, durch Schenkungsurkunden, Ehe- und Abfindungsverträge und andere unentgeltliche Akte an ein Bauergemeindeglied gelangten. Dieser Erwerbsarten konnte in der Senatsentscheidung nicht ausdrücklich Erwähnung geschehen, weil der Justizminister nur die vom Gemeindegerecht angeregte Frage der Beprüfung des Senats unterbreitet hatte. Ferner fassten die Livländischen Behörden das Steuerprivileg als ein sachliches auf und nicht als ein persönliches, so dass ein Gehorchslandgrundstück von der Steuerzahlung befreit wurde, auch wenn es im Besitz eines Bauergemeindegliedes im weiteren Sinne sich befunden hatte. Diese Interpretation ist auch gegenwärtig noch aufrechtzuerhalten; s. Art. 101 und die daselbst mitgetheilte Entscheidung d. Civ.-Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats v. 14. Februar 1896 № 18.

Von eminenter Wichtigkeit aber ist jetzt die Frage der Rückzahlung der in einem Decennium widerrechtlich erhobenen Steuern. Hierbei muss leider bemerkt werden, dass die zunächst in Betracht kommenden Regierungs-Institutionen bisher nichts in der angegebenen Richtung gethan haben: die Gouvernements-Regierung, welche stets alle die Steuer v. Vermögen b. unentgeltlichem Uebergange desselben betreffenden Erlasse und Verordnungen in der Gouv.-Zeitung publicirte, hat diese Senatsentscheidung nicht zur Kenntniss der Bevölkerung gebracht, der Kameralhof hat ebensowenig den Steuer-Inspektoren die erforderlichen Erhebungen in den Akten der Grundbuch-Abtheilungen kommittirt und noch weniger haben die Fr.-R.-Versammlungen den ihnen unterstellten Gemeindegerechten gegenüber ihre frühere Interpretation des Pkt 2 d. Art. 153 l. c. als fehlerhaft bezeichnet. Endlich hat auch die Reichskontrolle die unrechtfertige Steuererhebung nicht remarquirt. Derart ist der einzelne Geschädigte, wenn er überhaupt noch rechtzeitig von der die zehnjährige Praxis der Grundbuch-Abtheilungen verurtheilenden Senatsentscheidung Kenntniss erhält, auf den gewöhnlich nur von zufälligem Erfolge begleiteten kostspieligen Weg der privaten Beschwerde an die Fr.-R.-Vers. verwiesen, oder aber kann, wie in der Schlussbemerkung 2 auf S. 146 angeführt, ein Gesuch an den Kameralhof richten, das gleichfalls mit Kosten verbunden ist. Am meisten empfiehlt sich jedoch ein Immediatgesuch an Se. Majestät auf Grund der «Regeln f. d. Annahme u. Behandlung d. Gesuche u. Beschwerden auf den Allerh. Namen» v. 21. März 1890, unverändert aufgenommen in den Cod. d. Reichsges. Bd. 1 Th. 2, Ausg. v. J. 1892. Art. 5 Pkt 4 l. c. bestimmt, dass auf den Allerh. Namen gerichtet werden können «Gesuche um Erweisung der Gnade, in besonderen, nicht der Geltung der allgemeinen Gesetze unterworfenen Fällen, wenn hiedurch keinerlei, durch das Gesetz gewährte Interessen und Privatrechte verletzt werden.» Das Gesuch ist stempelfrei (Art. 6) und an keine Frist gebunden. Zur Unterstützung der Gesuche um Rückzahlung der Steuer kann freilich auf die vom Gesetz mitunter zugelassene Unkenntniss des Rechts (Art. 2957 Prov.-R. Th. III) nicht Bezug genommen werden, denn in der vorliegenden Frage offenbarten ja gerade die russischen Beamten eine recht beschränkte Kenntniss der Gesetze und ein verhängnissvolles Unvermögen zur Interpretation eines einzelnen Gesetzes; es bleibt also zur Unterstützung des Gesuchs nur der Hinweis auf die gerechte Praxis der aufgehobenen Livländischen Gerichte, dem sich anfügen lässt die derselben vom Oberprokureur des Messdepartements des Dirig. Senats, dem mit den Vorarbeiten und Vorbereitungen zur Justizreform d. J. 1889 bestens vertrauten Herrn A. Gassmann, — gespendete Anerkennung: die einschränkende Interpretation des Gesetzes durch die neuen Grundbuch-Abtheilungen entspräche kaum den Absichten des Gesetzgebers. — Noch ein Moment ist recht zu erwägen. Bis zum Beginn der Thätigkeit der neuen Grundbuch-Abtheilungen spielte das Rechtsgeschäft der Schenkung bei Uebertragungen von Immobilien des Kleingrundbesitzes unter Lebenden gar keine Rolle, der Kaufvertrag war die ausschliessliche Form. Die Erhebung der Besitzwechsel- (Corroborations-) Steuer von den Bauern hatte jedoch das im bauerlichen Rechtsverkehr ganz widersinnige Resultat, dass Grundstücke fast nur auf dem Wege der Schenkung veräußert wurden. Dem lagen durchaus keine Schwankungen des Volkslebens und der Volksansichten zu Grunde, der Bauer betrachtet zu sehr das Recht als feste Lebensordnung mit dauernden Einrichtungen, sondern er wehrte sich nur auf diese Weise gegen das Antanzen der seit Generationen bestehenden Steuerfreiheit durch die fremden Beamten. Als nun die einer steuerfreien Uebertragung der Immobilien günstige Rechtsauffassung des Senats allmählig bekannt wurde, verschwanden die Schenkungsverträge vollkommen aus dem Rechtsverkehr und der (steuerfreie) Kaufvertrag kam wieder zur ausschliesslichen Geltung. Wieviel an Besitzwechsel-, Nachlass-, und auch an Dokumentensteuer im letzten Jahrzehnt widerrechtlich erhoben worden, lässt sich freilich am sichersten nur durch eine Enquete des Justizdepartements feststellen, denn darauf kommt es doch schliesslich heraus, dass der Justizminister der berufenste

## Zu Art. 7 R.-R.-G. betr. d. Reorganisat. d. Balt. Polizei (S. 199).

Anmerk\*): Die in obiger Bekanntmachung von der Gouv.-Regierung unrichtig citirte Senatsentscheidung v. 26. Februar 1896 № 2368 lautet nach dem Abdruck in der Estländ. Gouv.-Zeitung v. 4. April 1896 № 13 wie folgt: «.... Der Dirig. Senat liess sich vortragen die Beschwerde des Vertreters der Edwahlen'schen Gutspolizei, Baron A. B.-Edwahlen, über die Verfügung der Kurländ. Gouv.-Regierung, laut welcher den Besitzern der Hofesländereien das Recht zur Führung eines Siegels mit der Aufschrift: «Gutspolizei» abgesprochen und dieselben für verpflichtet erklärt werden, ihre Correspondenz mit dem Postporto zu bezahlen. .... In Erwägung 1) dass das Recht der portofreien Versendung der Correspondenz gemäss Art. 369 Post-Verordn. u. Art. 149 Allg. Gouv.-Verf. den Regierungs- und Gerichtsbehörden und überhaupt sämtlichen Kronsinstitutionen und -Beamten verliehen ist und 2) dass die Gutspolizei, indem dieselbe ausschliesslich polizeiliche Obliegenheiten erfüllt, im Baltischen Gebiet als eine Regierungs-Institution gleich der Gemeindepolizei, sowie auch gleich der allgemeinen städtischen und Kreispolizei erscheint, welche Bedeutung der Gutspolizei auch noch durch die Erwägung bekräftigt wird, dass die sie betreffende Verordnung in den Bd II Cod. d. Reichsges. aufgenommen worden ist, welcher Band die Organisation der Regierungs-Institutionen und nicht der ständischen regelt, — findet der Dirig. Senat, dass das Recht der Behörden und Beamten, ein eigenes Siegel zu führen und die amtliche Correspondenz portofrei zu versenden auch auf die Gutspolizei sich erstreckt. Hiernach die angegriffene Verfügung der Kurländ. Gouv.-Reg. für unrechtfertig erachtend, verfügt der Dirig. Senat: diese Verfügung aufzuheben. ....» — Dass die Auffassung, Baltische Guts- und Gemeindepolizei sei eine Regierungs-Institution, Recht und Geschichte der Provinzen widerspricht und auch sonst der staatsrechtlichen Interpretation nicht Stand hält, braucht gewiss nicht weiter ausgeführt zu werden.

D. Hrag.

Vertreter der Staatsgewalt ist, die Handlungen der staatlichen Functionaire zu korrigiren und die Rückzahlung der Besitzwechsel-, Dokumenten- und Nachlasssteuer, sowie der zahlreich erhobenen Strafprocente, nach Einvernehmen mit dem Reichskontrolleuren und Finanzminister, in die Wege zu leiten. Für die Rückzahlung einiger Steuern bestehen bereits bestimmte gesetzliche Vorschriften. So erging am 18. April 1877 der Kaiserliche Befehl (Reg.-Pat. 29. Juli 1877 № 80): «hinkünftig keine Krepost-Poschlinen zu erheben von Dokumenten über den Erwerb von Vermögen durch die Stadt-Kommunalverwaltungen zum Besten der denselben unterstellten Wohltätigkeits-Anstalten, und die für solche Dokumente bereits beigetribenen Krepost-Poschlinen aus der Kronskasse zu refundiren.» Ferner bestimmt das R.-R.-G. v. 13. November 1878 (Vollst. Gesetzesamml. № 59013): «I. Die grundlos oder unrechtfertig zur Kronskasse eingezahlte Reichsgrundsteuer wird zurückerstattet oder auf künftige Zahlungen verrechnet, wenn vom Tage der Behändigung des Steuerzettels an den Zahler, auf Grund dessen diese Steuer zur Kronskasse entrichtet wurde, bis zum Ansuchen um Rückerstattung oder Verrechnung der grundlos erhobenen Gelder, die zehnjährige Verjährungsfrist nicht abgelaufen ist. Fand keine Behändigung des Steuerzettels statt oder ist der Termin seiner Behändigung unbekannt, so wird die zehnjährige Verjährung von dem Tage ab gerechnet, an welchem die Steuer zur Kronskasse eingezahlt wurde. II. Die Grundzinszahlung für die den Bauern zu Eigenthum übertragenen Ländereien wird von dem Tage ab zurückerstattet, an welchem sie der kompetenten Behörde die erste Mittheilung über ihr Eigenthumsrecht an diesen Ländereien machen.» Also unabhängig von jeder Verjährung. Endlich bestimmt das R.-R.-G. v. 8. Juni 1893 im Abschn. I Pkt 3 (Cod. d. Reichsges. Bd V Steuer-Ges., Forts. v. J. 1895, Art. 225; s. S. 134 fg.) ganz allgemein: «Die beigetribenen Corroborationsteuern werden im Fall der unrechtfertigen oder grundlosen Beibehaltung zurückgezahlt. ....»; wobei zweifellos zu ergänzen ist: auf den im Laufe der zehnjährigen Verjährungsfrist zu stellenden Antrag. Wenn nun auch für die Rückzahlung der Dokumenten- und Nachlasssteuer (Steuer v. Vermögen b. unentgeltl. Uebergänge desselben) keine gesetzliche Vorschrift bisher existirt, so lässt sich dennoch aus der Analogie mit dem Erlassen solcher Vorschriften für andere Steuern auf die Nothwendigkeit derselben auch für diese beiden Steuern nicht schliessen. Andererseits sind auch die Grundsätze über die Rückforderung wegen Leistung einer Nichtschuld durchaus nur auf das Gebiet des Privatrechts zu beschränken; dieselben können schon deshalb in Steuerfragen nicht herangezogen werden, weil der Kern- und Angelpunkt dieser Grundsätze der Irrthum ist, in welchem derjenige, welcher geleistet hat, sich befinden haben, und welchen der Empfänger der Leistung getheilt haben muss; Artt. 3686 u. 3689 Prov.-R. Th. III. Denn staatliche Functionaire dürfen überhaupt nie irren und die Leistung des Privaten an sie erfolgt stets auf Grund einer Rechtsvorschrift. Vielmehr muss die Centralverwaltung, welche einen ungeheuren Apparat zur Prüfung, Revision und Controle zur Verfügung hat, einen vorgefallenen Fehler der Unterinstanzen kraft ihrer eigenen Amtsgewalt zurechtstellen, ohne erst die gesetzgebende Gewalt um Beihülfe zu ersuchen. Auch die Verjährung ist auf dem ganzen Gebiete des Staatsrechts durchaus zu verwerfen.

D. Hrag.

## Zu Beilage A. Geschichtl. Bemerkungen zur Messung u. Schätzung des Landes (S. 16).

Die Anmerk.\*) auf S. 16 ist durch Nachstehendes zu vervollständigen.

Hier, in Livland, blieb auch noch fernerhin in Geltung die im J. 1845 erlassene «Instruktion z. Abschätzung u. ökonomischen Eintheilung der Ländereien d. publicen Güter in Livland und z. Veranschlagung d. von den Bauern derselben zu leistenden Prästanden», — welche, bei im Uebrigen sorgsamster Wahrung des Zusammenhanges mit der Wirthschaft auf den Privatbesitzlichkeiten und Aufrechterhaltung aller in den Jahren 1804 und 1809 getroffenen Massnahmen, für die Klassifikation der Ländereien, in Anlehnung an württembergische Vorschriften, gleichsam eine neue Redaction des 1. Capitels der Taxations-Tabellen v. J. 1809, der Erd-Taxe, bietet. Der Abschätzung unterliegen nur Aecker (Gärten) und Wiesen; §§ 14 u. 19; Buschland wird dem Acker gleichgestellt; § 28; wesshalb auch in die Klassifikationstabelle des Letztern die in Erdtaxe B gegebene Kennzeichnung aufgenommen worden ist, wie ja auch schon die livländisch-kurländischen Bonitirungsregeln der 30er Jahre; Beil. A. S. 56 ff; das Buschland nicht besonders charakterisiren. Nur wird eine jede Klasse der Buschländereien um's Dreifache niedriger verthaltelt als die entsprechende Klasse der Ackerländereien; § 29; was aber gleichfalls der Taxation von 1809 sowie den livl.-kurl. Bonitirungsregeln entspricht; Beil. A. S. 20 u. 21, 66—69. Was das Verhältniss der Instr. v. 1845 zu den Gesetzen v. 1804 und 1809 betrifft, so bestimmt hierüber § 70 derselben: «... Hinsichtlich derjenigen Krongüter aber, deren Regulirung nach den früheren Regeln bereits stattgefunden, wird dem örtlichen Domainenhofe anheimgestellt, in Gemeinschaft mit der Messungs-Kommission darüber Bestimmung zu treffen, in welchem Masse und zu welcher Zeit die gegenwärtig gemachten Abänderungen, nach Vergleichung mit den früheren Regeln auf den bis hiezu bereits regulirten Gütern angewandt werden können oder müssen. Die Anwendung der gegenwärtigen Regeln auf den bereits regulirten Gütern kann vorzugsweise nur in denjenigen Fällen stattfinden, wenn die Belastung der Bauern mit für sie zu beschwerlichen Prästanden oder andere wichtige Gründe die nicht zu vermeidende Revision oder Abänderung der nach den früheren Regeln bewerkstelligten Regulirung erheischen.» Es sind also keineswegs sämmtliche vorher «regulirten» Güter einer neuen Bonitirung unterzogen worden, was ja freilich auch schon der zwiefachen Messungskosten wegen höchst unwirtschaftlich gewesen wäre. Zu bemerken ist noch, dass die Instr. v. 1845 bei der Conversion der Frohne mittels Geldpacht einen 12jährigen Pachtkontrakt als Regel hinstellt; §§ 72 ff; wogegen freilich die Staatsregierung eine Veräusserung der Bauerhöfe auf ihren Domainen damals noch ablehnte. Aber auch gegen eine Verringerung des Grossbesitzes zu Gunsten des Klein- und Zwergbesitzes spricht sich die Instruktion ausdrücklich aus: auf Hofesländereien sollen nur dann neue Gesindestellen eingerichtet werden, «wenn die Bauern sich willig finden lassen, die das Bedürfniss des Hofes übersteigenden Arbeits-Prästanden durch eine Abgabe in Korn und Geld, nach der im § 63 enthaltenen Grundlage abzulösen», und «die nicht grossen Lostreiber- oder Gemüse-Gärtner-Gesinde werden beibehalten, wenn solches ohne Nachtheil für den Hof und die benachbarten Bauergesinde geschehen kann; überhaupt ist bei der Einrichtung neuer Gesindestellen die Zerstückelung der Bauerländereien in zu kleine Landstücke nach Möglichkeit zu vermeiden»; § 40, a u. i. Aus dieser Instruktion werden weiter unten sub VII die §§ 7, 8, 11, 14—37, 43, 63, 64, 71 u. 72 sowie die Tabellen A u. B wiedergegeben.

Einen wichtigen Abschnitt bildet die «Verordnung f. d. Regulirung d. Krons-Güter d. Ostsee-Gouv.» v. 27. Januar 1854, publ. für Livland mittels Reg.-Pet. 10. Februar 1855 № 14, während sie für Kurland bereits im J. 1854 als Pat. № 19 promulgirt wurde, kodificirt in der Beil. zu Art. 5 d. Verordn. f. d. Verwaltung d. Kronsbesitzlichkeiten in d. westl. und Balt. Gouv., Cod. d. Reichsges. Bd. VIII Th. 1, Ausg. v. J. 1893. Wenn bereits das R.-R.-G. v. 2. August 1829 eine Verschmelzung der 3 Bauer-Verordn. in's Auge fasste, so wird jetzt wenigstens die agrare Organisation der Domainenbauern in den 3 Provinzen gleichförmig gestaltet. Art. 1 d. Verordn. (Art. 1 Cod. d. Reichsges. l. c.) bestimmt: «Die Regulirung hat die ökonomische Einrichtung der Krons-Güter in den Gouv. Kurland, Estland und Livland mit der Insel Oesel zum Zwecke.» Art. 2 (2): «Die Gegenstände der Regulirung sind: a) Die genaue Ermittlung und Feststellung der Ländereien, verschiedenen Nutzungen und aller anderen Appertinentien eines Gutes. — b) Die Classification, Taxation und Vertheilung der zu einem Gute gehörigen Ländereien und Nutzungen, mit Ausnahme der Wälder. — c) Die Bestimmung des Grundzinses und anderer, von den Bewohnern eines Gutes für die ihnen angewiesenen Ländereien zu leistenden Wirthschafts-Prästanden. — d) Die Einrichtung der übrigen Appertinentien eines Gutes. — e) Die Berechnung der Einkünfte von allen Theilen des Gutes, ausser den Wäldern. — f) Die Anfertigung eines vollständigen Inventariums über alle diese Gegenstände. — Anmerk. Auf den Krons-Gütern, die auf dem Festlande des Livl. Gouv. belegen sind, wird bei der Regulirung ausserdem auch noch die Hakenzahl eines jedes Gutes bestimmt, die als Norm für die allgemeine Repartition der Landesprästanden und Zahlungen dient.» Wenn somit auch alle Livl. Krons-güter Wackenbücher haben, so sind dieselben gegenwärtig für die Besteuerung bedeutungslos, seitdem durch R.-R.-G. 7. Mai 1885 (S. 18) die Steuergrundlage nicht unmittelbar der Grund und Boden, sondern der

durch verschiedene rechnerische Manipulationen ermittelte Grundzins bzw. die Loskaufsumme der einzelnen Grundstücke geworden ist. Die Verordnung v. 1854 stellt auch hier die massgebenden Normen auf. Art. 97 (23) sagt: «Unter dem Worte Taxation wird die Ermittlung der jährlichen Revenuen verstanden, welche die zum Gute gehörigen Ländereien einbringen können.» Art. 98 (24): «Zur Bewerkestellung der Taxation werden alle Guts-Ländereien, ausser den völlig impedimenten, in Classen nach dem Grade ihrer Ertrags-Fähigkeit eingetheilt, welche nach den äusseren Merkmalen des Bodens und nach den wirklichen mittleren Erndten bestimmt wird.» Art. 99 (25): «Die Mittel und alle Einzelheiten der Classification und Taxation der Ländereien sind in besonderen Regeln bestimmt, welche in der Instruction für die Regulirung enthalten sind.» Art. 100 (26): «Auf Grund dieser Regeln werden taxirt: a) die den Bauern und übrigen Gutsbewohnern zur Benutzung bestimmten Ländereien; b) die bei den Höfen verbliebenen; c) die Reserve-Ländereien.» Art. 101 (27): «Der Taxation unterliegen gar nicht: a) Ländereien, auf denen Kirchen, Bethäuser, Gottesäcker, Communal-Gebäude sich befinden und Marktplätze eingerichtet sind; b) Ländereien, welche in der gesetzlich verordneten Proportion der Pfarr-Geistlichkeit der rechtgläubigen Kirchen eingewiesen sind; c) impedimente, darunter auch die von Strassen und Leinpfaden eingenommenen Ländereien inbegriffen.» Die Instruction v. 1859 specialisirt im § 85 diese Impedimente als «Lehm- und Grand-Gruben, unfruchtbare Meeres-Ufer, Gräben, Flüsse, Seen u. dergl.» Die Instructionen v. 1865 u. 1866 schliessen ferner von der Taxation aus «von der Krone an Privatpersonen aus dem Bestande der Kronsbesitzlichkeiten verkaufte Ländereien, sowie von den Bauern durch Kauf zu Eigenthum erworbene Ländereien»; Anmerk. zu § 49. Art. 195: «Der Pachtzins\*) der Bauern wird für alle ihnen zu Hausplätzen, Gemüse-Gärten, Aeckern, Heuschlägen und Weiden überlassenen Ländereien bestimmt und auf Grund der bei der Regulirung bewerkstelligten Taxation derselben berechnet und wird dabei von dem Reinertrage zu den Gemeinde- und Landes-Präständen und zur Anschaffung des Holzmateri als für den häuslichen Bedarf, wenn dasselbe aus den Kronswäldern nicht abgelassen werden kann, ein Abzug gemacht.» Befreit von der Zahlung der Pacht für den Hausplatz und die Garten-Ländereien sind nach Art. 197 (94) die verabschiedeten und auf unbestimmten Urlaub entlassenen Untermilitärs, welche nach den Regeln der alten Rekrutirung bis 1874 in den Militärdienst traten. Art. 199: «Unabhängig vom Pachtzins entrichten die Bauern in allgemeiner Grundlage nach den bestehenden Gesetzesbestimmungen die Krons-Abgaben, als: die Kopfsteuer, die Abgabe zur Einrichtung der Wege-Communication, sowie die allgemeinen Landes-Geld-Präständen; auch werden sie den Geld- und Getreide-Leistungen zur Sicherstellung der Volks-Versorgung unterworfen und erfüllen alle Natural-, Landes- und Gemeinde-Präständen».

Anlangend die Vertheilung der zu einem Gute gehörigen Ländereien, so sind dieselben in erster Linie zu Bauergesinden, sodann zur Hofes-Oeconomie und zu anderem Bedarfe des Gutes einzuweisen; Art. 102 (28). Hieraus folgt zunächst, dass die Scheidung zwischen schatzfreiem und schatzpflichtigem Lande nicht weiter in Betracht kommt.\*\*\*) Art. 131 (31): «Für die Hofes-Wirtschaft verbleibt soviel nutzbares Land, dass das Gut selbständig existiren kann und dass aus den Revenuen desselben alle Ausgaben zur Bezahlung der Reichs- und Landes-Präständen und Steuern, im Livländischen Gouvernement aber auch ausserdem die Ausgaben zur Bezahlung der Meliorations-Procente, vollständig gedeckt werden können.» Art. 132: «Die Hofes-Wirtschaft kann auf den zu regulirenden Gütern in dem Falle aufgehoben werden, wenn auf denselben, nach Abtheilung der nothwendigen Quantität nutzbaren Landes für die Bauergesinde und nach Bildung von Reserve-Stücken für die Lostreiber, keine so grosse Quantität überflüssigen Landes nachbleibt, dass dieselbe zur vollständigen Wirtschaft hinreicht.» Es ist jedoch zu bemerken, dass keine der drei Instructionen f. d. Regulirung d. Kronsgüter die Sprengung der Hofeswirtschaft überhaupt nur erwähnt. Die Instr. v. 1859 sagt: § 48: «Die Quantität der Ländereien und Nutzungen eines jeden Gesindes wird nach Maassgabe seines Bedarfs und der Mittel des Gutes

\*) Nach dem russischen Texte richtiger Grundzins, womit auch die Leistung des Bauern bei kurzterminirten Pachtverträgen bezeichnet wird. So findet sich in älteren Gutsinventarien häufig die Angabe: «in Folge freier Vereinbarung des Administrators des Kronsgutes N. N. mit der Bauerschaft ist in Grundlage der ministeriellen Vorschrift vom . . . 185 . . . vom 23. April ab das Grundzins-Verhältniss mit der Bedingung eingeführt, dass die Bauern dem Administrator jährlich eine Pacht von . . . Rbln. . . Cop. zahlen.» Die Erbpacht wird auf den Kronsgütern erst zufolge des Kaiserl. Befehls v. 18. März 1874 eingeführt; s. № 6 zu II, S. 13); so dass erst von da ab die bauerliche Leistung richtig als Grundzins bezeichnet werden kann.

\*\*) Aber bei benachbarten Gütern kommt es auch gar nicht einmal auf die strenge Einhaltung der Gutsgrenzen an, denn wenn das Bauerland beider Güter regulirungsbedürftig ist, so wird dasselbe als eine Masse angesehen; Instr. v. 1865 u. 1866 § 123: «Bei der Vertheilung des nutzbaren Landes zwischen den Gesinden ist eine Zu- oder Abtheilung eines Landstücks von dem einen Gute zum anderen gestattet, wenn, unter Voraussetzung der Einwilligung der Bauern, hiedurch eine bessere Abrundung der einzelnen bauerlichen Wirtschaften erzielt werden kann.»

zur Befriedigung desselben bestimmt.» § 49: «Der Bestand der im Besitze der Bauern befindlichen Ländereien ist ohne erhebliche Gründe nicht zu verändern.» § 50: «Eine Vergrößerung oder Verkleinerung der Bauer-Nutzungen ist bei den in §§ 108 und 109 der Regulirungs-Verordn. v. 1854 angegebenen Fällen zulässig,» und § 59: «Für die Guts-Höfe und Obrookstücke, deren Ländereien ebenfalls nach Möglichkeit zu arrondiren sind, ist so viel Land abzutheilen, dass deren Wirtschaft unbehindert bestehen kann.» Die in dieser Hinsicht gleichlautenden Instructionen v. 1865 u. 1866 handeln nur von einer Vergrößerung der Bauer-Heuschläge und -Weiden, hinsichtlich deren § 36 bestimmt: «Die Vergrößerung der Bauergesinde wird, im Fall der thatsächlichen Nothwendigkeit und Möglichkeit, in Betreff der Heuschläge und Weiden zugelassen, durch Zuthellung von Stücken des Hofeslandes und des Kronsforstes bei Gelegenheit des Austausches von streu belegenen Ländereien und der Geradelegung der Grenzen; sowie, nach § 44, «im äussersten Falle, die Zuweisung von Heuschlägen, welche inmitten des Kronsforstes belegen sind.» Dem gegenüber hält Art. 32 d. Beil. z. Art. 5 d. Verordn. f. d. Verwalt. d. Kronbesitzlichkeiten in d. westl. u. Balt. Gouv. l. c., die Sprengung der Hofeswirthschaft für zulässig zu Gunsten einer Vergrößerung der Bauerländereien, und beruft sich hierbei auf den Art. 132 d. Verordn. f. d. Regulirung d. Kronsgüter v. 1854 u. den Kaiserl. Befehl v. 10. März 1869 (S. 2 ff.). Aber die allegirte Verordnung setzte zwar die neuen Grundlagen der Regulirung fest, stellte jedoch zugleich im Art. 17 dem Minister d. Reichsdomänen anheim, «auf Grund der Regeln dieser Verordnung eine ausführliche Instruction über die Ordnung bei Ausführung der Regulirung herauszugeben und in derselben diennothwendigen Abänderungen nach seinem Ermessen auf Grund erlangter Erfahrung zu statuiren;» und gemäss den gewonnenen Erfahrungen hat das Ministerium in drei Instructionen die vollständige Auftheilung aller Hofesländereien des Gutes nicht berührt und damit eben hinsichtlich des Art. 132 l. c. «die nothwendige Abänderung nach seinem Ermessen zu statuiren» für gut befunden. Diese auf wirtschaftlichen und politischen Erwägungen — was pro casu identisch ist, — beruhende Ansicht des Ministeriums ist befohle des Befehls v. 10. März 1869 von Sr. Majestät gebilligt worden, denn auch in diesem neuesten Gesetz über die Regulirung ist von einer Sprengung der Hofeswirthschaft keine Rede: «bei der Ausführung der Regulirung» ist «nach Massgabe der Möglichkeit und der wirklichen Nothwendigkeit», «zum Zweck der definitiven Abgrenzung der Bauerländereien von den in der Disposition der Krone verbleibenden Nutzungen» die Zumessung nutzbaren Landes aus den Reserve-Ländereien, den Hofesländereien oder von Waldblössen gestattet (Pkt 2 l. c.). Und endlich ist nach dem Kaiserlichen Befehl v. 18. März 1874 (s. № 6 zu II, S. 13) die Regulirung der Kronsgüter in Erfüllung gesetzt worden, also beendet. Derart war Art. 132 d. Verordn. v. 1854 als Art. 32 d. Beil. z. Art. 5 l. c. überhaupt nicht zu kodificiren, sondern wie auch die Bestimmungen dieser Verordnung über die Reserve-Ländereien wegen gänzlicher Auftheilung derselben und andere, dem Archiv der Gesetzgebung, der Vollständ. Gesetzssaml., zu überantworten. — Was die Landanweisungen für die übrigen Bedürfnisse des Gutes betrifft, so behält die Pfarr-Geistlichkeit der auf dem Gute befindlichen rechthgläubigen Kirchen die in ihrem Besitz befindlichen Ländereien; Art. 135 (35); waren jedoch für dieselben früher gar keine Ländereien angewiesen, «so werden solche in der verordneten Proportion aus den zum Gute gehörigen Nutzungen\*) neu eingewiesen;» Art. 137 (37). Ferner: Art. 140 (40): «Zur Ansiedelung der auf dem Gute wohnenden verabschiedeten und auf unbestimmten Urlaub entlassenen (d. h. vor 1874, s. Art. 197 [94]. D. Hrg.) Untermitlärs, die keine Wirtschaft haben übernehmen wollen, werden für jeden einzelnen Landstücke bis zu 1 Dessätine zum Hausplatz und zu Gartenland eingewiesen; ausserdem können ihnen auf ihren Wunsch auch Acker-Ländereien im Verhältniss zu ihren Mitteln und wo möglich, so überlassen werden, dass mehrere benachbarte derartige Familien eine Riege und einen gemeinsamen Weideplatz haben.» Endlich finden Landanweisungen statt: zu Weiden bei den Mühlen und Krügen, zu den nothwendigen Gemeinde-Gebäuden, für die Landschulen, — und zwar nach § 64 d. Instr. v. 1859 «Acker-, Wiesen- und Weide-Ländereien gegen die taxenmässige Zahlung dafür durch die Bauerschaft der beteiligten Gemeinden,» — zu Wegen und Leinpfaden, zu Oeconomie- und Obrok-Anstalten, als welche Art. 181 (79) benennt: «1) Krüge und Traiteurs; 2) abgesonderte Häuser, die nicht zu den Gutshöfen geschrieben sind; 3) Mühlen; 4) Brantweinbrennereien und Bierbrauereien; 5) Fabriken und Sawodden; 6) Steinbrüche und Erzgruben; 7) Torfmoore; 8) Obstgärten; 9) Fischereien; 10) Ueberfahrten und andere dem ähnliche Gegenstände, welche eine Quelle von Einkünften für die Krone sein können.» Ferner bestimmt § 62 d. Instr. v. 1859, dass «auf denjenigen Kronsgütern, auf welchen Gemeinde-Gerichte sich befinden, für Gemeinde-Gerichtsschreiber nach der Anzahl der zum Gemeinde-Gericht gehörenden Bauern 3 bis 6 Dessätinen Acker- und Wiesen-Ländereien gegen die taxenmässige Zahlung dafür durch die beteiligten Gemeinden abgetheilt werden können; vergl. auch § 38 d. Instr. v. 1865 u. 1866.

---

\*) Nutzung ist soviel als nutzbares Land und nicht zu verwechseln mit den Kronsnutzungen oder Obrookstücke, Obrok-Anstalten genannten Appertinentien eines Gutes; vergl. Anmerk. \*) auf S. 25.

Bei den Bauergesinde n behalten die Hausplätze, abgesehen von besonderen Fällen, dieselbe Grösse wie früher; Art. 105; auch «die Quantität der Acker- und Heuschlag-Ländereien bei den Bauer-Gesinde n verbleibt wie bisher»; Art. 108; kann sogar vermindert werden: auf Wunsch der Bauern; wegen Unvermögens derselben zur Bearbeitung; zur Arrondirung der Ländereien; zur Vergrösserung des Waldes; zur Errichtung gemeinnütziger Anstalten und Gebäude; ibid. Art. 109: «Die Vergrösserung der Bauer-Aecker und Heuschläge ist nur bei einem Ueberflusse an Ländereien auf dem Gute zur Vertheilung an die Wirthe zulässig, welche unbedeutende Landstücke besitzen, oder welche Heuschläge in einer, mit den Ackerländereien nicht im Verhältniss stehenden und zum Unterhalt des zur Bedingung des Landes erforderlichen Viehes nicht hinreichenden, Quantität haben, ferner auch zur Anweisung für Lostreiber, verabschiedet und auf unbestimmten Urlaub entlassene Untermilitärs, welche eine Wirthschaft anzutreten wünschen.» Zur Vergrösserung der Bauer-Acker und -Heuschläge sind auch «Wald-Ausrodungen in den beim Gute befindlichen Forst-Ländereien gestattet»; Art. 110; jedoch nur, «wenn die Bauern in die Zuthellung solcher Ländereien willigen»; Art. 113. Ländereien zur Weide oder Viehtrift werden den Bauern vom Hofesareal nur im äussersten Fall angewiesen, und zwar «im Verhältniss zu der Grösse des Ackerlandes ein Drittel oder Fünftel dieser Grösse als Weide angewiesen und beim Mangel an Ländereien auch eine noch kleinere Proportion als die angegebene»; Art. 120. — Neue Bauergesinde werden nur fundirt auf den Reserve-Ländereien \*), sowie auf denjenigen freien Ländereien, welche nach Aufhebung der Wirthschaft des Hofes gemäss Art. 132 «in einer Quantität nachbleiben, welche zur Einrichtung einer Bauer-Wirthschaft hinreicht»; Art. 124. — Ferner werden die Reserve-Ländereien «zur Zuthellung an die Lostreiber und Versorgung derselben» bestimmt; Artt. 123 u. 128. Hierüber bestimmte die Instr. v. 1859 im § 60 ganz kurz: «Die nach Dotirung der Guts-Höfe und Bauer-Gesinde nachbleibenden nutzbaren Ländereien werden verwendet: 1) zur Bildung neuer Bauer-Gesinde mit Zuthellung der nöthigen Acker-, Wiesen- und Weide-Ländereien, so wie Gartenland bis zu einer Dessätine Grösse für jedes Gesinde; 2) zu Abtheilungen für Häusler und Knechte von einer halben bis zu einer Dessätine Land mit der entsprechenden Menge Wiesenland für einen jeden»; — während die im Wesentlichen gleichlautenden beiden Instr. v. 1865 u. 1866 in den §§ 40—43 recht ausführliche Bestimmungen enthalten, auf Grund deren im Widerspruch zu Art. 123 d. Verordn. v. 1854 die Reserve-Ländereien nicht zunächst zur Bildung neuer Bauergesinde und erst im nachbleibenden Rest für die Lostreiber verwandt werden, sondern, umgekehrt, vor Allem für die Lostreiber. Die betreffenden Bestimmungen lauten in der Fassung v. 1866 wie folgt:

§ 40: «Die gegenwärtig sowohl auf dem Hofes- wie Bauerlande der Kronsgüter vorhandenen kleinen, in Nutzung von Knechten befindlichen, Parcellen werden in folgende Kategorien getheilt: a) Eigentliche Knechts-Parcellen, welche den Knechten aus dem Bestande der Bauergesinde oder der Hofesländereien als Arbeitslohn zugetheilt worden sind; hiebei wird der Grundzins an die Krone für diese Knechtsstellen nicht von den Knechten entrichtet, sondern von den Arrondatoren der Hofesnutzungen oder den Wirthen, bei welchen die Knechte sich verdingen haben. b) Besondere kleine Parcellen, welche in Nutzung von Lostreibern sich befinden für eine von ihnen selbst entrichtete Zahlung, mitunter auch unentgeltlich, jedoch nicht als Arbeitslohn von einem Bauerwirthen oder Arrondator der Hofesnutzungen, so dass der Besitz dieser Parcellen für die Lostreiber nicht verbunden ist mit einer dauernden Verdingung zum Dienst oder zur Arbeit bei einem Bauerwirthen oder Arrondator der Hofesnutzungen.» § 41: «Bei der Regulirung müssen die bestehenden Lostreiberstellen den gegenwärtigen Besitzern im früheren Umfange belassen werden, und ist eine Aenderung im Bestande der Ländereien nur zulässig zum Zweck der Beseitigung der Gemengelage, und dieses bei der definitiven Vertheilung des nutzbaren Landes in den Grenzen der Bauerländereien, nicht aber bei der ersten Abgrenzung des Bauerlandes vom Hofe; die von diesen Parcellen zu entrichtenden Abgaben müssen, in Grundlage der allgemeinen Schätzungsregeln, besonders berechnet, und unmittelbar zur Kronskasse erhoben werden.» § 42: «Die bisher von den Bauergesinde n abgetheilten Knechts-Parcellen unterliegen keiner besonderen Abgrenzung und die Verfügung über dieselben steht den Gesindeswirthen zu, welche befugt sind, bei der Anmiedung von Arbeitern, den Letzteren, als verabredeten Lohn, Wohnstellen und Landparcellen zu überlassen. Jedenfalls bilden die Wohnstellen und Landparcellen der Arbeiter ein untrennbares Ganzes mit dem Gesinde, in dessen Grenze sie sich befinden, werden zusammen und in gleicher Weise mit demselben eingeschätzt und mit dem Grundzins belegt, wobei die Verpflichtung zur Entrichtung des Grundzinses den Gesindeswirthen obliegt.» § 43: «Die Vernichtung und Zerstückelung ganzer Bauergesinde zwecks Ansiedelung von Lostreibern ist unzulässig; die Zuthellung neuer kleiner Parcellen an Lostreiber und Knechte ist

\*) Die Instr. v. 1859 definirt im § 83 die Reserve-Ländereien als «Ländereien ohne Gebäude, welche bei der Regulirung für das Gut nicht verwendet worden, und Ländereien, welche zur Abtheilung an andere Kronsgüter bestimmt und daher bis zur Regulirung dieser Güter durch Torge zu verpachten sind.»

nicht aus dem Bestande des Bauerlandes zu bewerkstelligen, sondern ausschliesslich aus dem sonstigen nutzbaren Lande, und vorzugsweise aus den freien Reserveländereien, sowie beim Mangel solcher, aus den Hofesnutzungen, in nachstehender Grundlage:

1) Bei der Abgrenzung der Bauerländereien vom Hofeslande ist die Bildung von Parzellen zur Versorgung der zu Kronsgütern angeschriebenen landlosen Lostreiber und Arbeiter im Auge zu behalten.

2) Die mit der Regulirung betrauten Beamten sind verpflichtet, die Quantität der auf dem Gute vorhandenen freien und Reserveländereien genau zu ermitteln, gleichwie der unbearbeiteten Flächen, welche zur Bearbeitung und Besiedelung durch die landlosen Bauern geeignet sind. Fehlt es an solchen Ländereien zur Bildung der erforderlichen Anzahl Parzellen, von denen jede wenigstens eine Dessätine gross sein muss, so hat der Regulirungsbeamte ein Project über die Designirung eines entsprechenden Theils des nutzbaren Landes des Hofes zur Ansiedelung der Lostreiber und Knechte aufzustellen, mit dem Beding, dass diese Ländereien ihrer Bestimmung zugeführt werden können entweder nach Ablauf der Contrakte der Pächter der Hofesnutzungen oder, zufolge Uebereinkunft mit ihnen, unter entsprechender Verringerung der Pachtzahlung. Die zum angegebenen Zweck in Aussicht genommenen Nutzungen müssen gesondert von den übrigen Hofesländereien abgeschätzt sowie auf der Charte und in der Natur, unter Angabe der projectirten Anzahl der neuen kleinen Parzellen, bezeichnet werden.

3) Nach der Anweisung solcher Parzellen zur Besiedelung durch Lostreiber und Knechte, und nach der Lösung des Pachtverhältnisses über diejenigen Parzellen, welche hiezu von den Hofesländereien bestimmt wurden, wird die Benutzung derselben für den laut Schätzung berechneten Grundzins den darum ansuchenden landlosen Bauern offerirt. Falls die Zahl der Liebhaber grösser ist als die Anzahl der zur Ansiedelung bestimmten Parzellen, so sind zunächst die rechtgläubigen Knechte zu versorgen\*), und danach diejenigen Lostreiber und Knechte, welche die örtliche Gemeindeversammlung mit Stimmenmehrheit erwählt.

4) In Gegenden, in welchen eine hinlängliche Quantität von Reserveländereien, und insbesondere von solchen unbearbeiteten Flächen vorhanden ist, welche sich unter Kultur nehmen lassen, können, abgesehen von den kleinen, zur Besiedelung durch Lostreiber und Knechte bestimmten Parzellen, neue vollständige Bauergesinde etablirt werden, welche vorzugsweise solchen Bauern zur Nutzung einzuräumen sind, die noch keine vollständigen Bauergesinde nutzen, aber, zum Nachweis ihrer Selbständigkeit, entweder eine Caution von 30 Rbln. oder ein Zeugniß des Gemeindeggerichts vorstellen, dass sie lebendes Inventar in der erforderlichen Anzahl besitzen. Bei der Meldung mehrerer gleichberechtigter Liebhaber hat der Domainenhof nach den speziellen Anweisungen des Ministeriums sich zu richten.

5) Die neuen Knechtsparzellen und die vollständigen Gesinde werden für den berechneten Grundzins in Nutzung vergeben unter Gewährung von Vergünstigungen für die erste Zeit, als Entschädigung für die Ausgaben der Einrichtung, mit besonderer Genehmigung des Ministeriums.»

Endlich ist hier noch der Mitwirkung der Bauerschaft beim ganzen Regulirungsgeschäft zu gedenken. Die Verordnung v. 1854 freilich verlangt nur bei der Umgehung der äusseren Grenzen des zu regulirenden Gutes die Anwesenheit «der Wirthe der Krons-Gesinde, deren Ländereien an der Grenze liegen und derjenigen Bauern desselben Gutes, die von der Gemeinde aus den ältesten Bewohnern gewählt sind»; Art. 86. Auch die Instr. v. 1859 schreibt nur vor, dass nach Anfertigung des Landvertheilungsprojects auf der Charte die provisorische Landvermerkung der Gesindes-Ländereien «im Beisein von Gemeinde-Beamten und der beteiligten Gesindes-Wirthe» in der Natur ausgeführt werde; § 16; und die Bauern über die Landvertheilung zu befragen seien; § 17; deren «auf die Regulirung Bezug habende Bitten und Beschwerden» zu verprotocolliren sind; § 20. Auf Grund der für das Reich im J. 1859 erlassenen Katastrirungs-Instruction enthalten sodann die beiden Instructionen v. 1865 u. 1866 viel weitergehende Bestimmungen. Erstlich sind sofort nach Beginn der Regulirungsarbeiten für jedes Gut auf 100 Seelen durch die Gemeindeversammlung zwei Experten aus den Land nutzenden Bauern zu erwählen, welche, für ihre Mühwaltung und Zeitversäumniss von der Gemeinde entschädigt, dem Regulirungsbeamten an die Hand gehen bei der Bestimmung der einzelnen Klassen und Grade, in welche der Grund und Boden getheilt wird, sowie bei der an Ort und Stelle statthabenden Untersuchung der Beschwerden über die Einschätzung und Vertheilung der Ländereien; §§ 5, 6, 18, 127 ff. Ferner hat der Regulirungsbeamte nach seinerseits bewerkstelligter vorläufiger Besichtigung der zu regulirenden Ländereien eine Versammlung der Bauern eines einzelnen Gutes oder eines ganzen Güter-Complexes zusammenzuberufen zur Beantwortung nachstehender Fragen (§ 20): «a) welche

\*) Zusatz in Grundlage des Journal-Verfügens der Lustrirungs-Commission v. 3. März 1866; es ist das vielberufene Seelenland. Eine Berücksichtigung der landlosen Bauern evang.-luth. Confession wurde im J. 1872 angeordnet; s. № 5 zu II, S. 13.

Güter, und auf den Gütern, welche einzelne Gesinde haben, und zwar in welchem Maasse einen Vorzug vor anderen hinsichtlich der Qualität der Ländereien im Allgemeinen und des Ackers und der Heuschläge insbesondere; b) welche Unterschiede sind auf jedem Gute im Werthe des Bodens bei jeder Landgattung; c) in welcher Lage und welchen natürlichen Abgrenzungen befinden sich die, qualitativ verschiedenen, Ländereien, sowie welche Heuschläge gehören zu den jährlich, den jedes zweite, den jedes dritte Jahr zu mähenden; d) über die Erndte, welche die einzelnen Landkategorien nach Angabe der Bauern ergeben.» Auch hat der Regulirungsbeamte im Fortgang der Arbeit von den Bauern Auskünfte über die Pacht- und Bodenpreise, den Betrag der Aussaat, die mittleren Erndten an Gras und Getreide auf den verschiedenen Landgattungen, die Art der Wirthschaft, das Maass der Düngung u. dergl. einzuziehen; §§ 22, 66 u. 67. Sodann aber wird einer Versammlung der Bauern eines oder mehrerer benachbarter, wenn auch in verschiedenen Kreisen belegener, Güter die ganze Schätzung der Ländereien mit allem ihrem Detail vorgelegt, ferner die Berechnung des Grundzinses für jeden Grad der einzelnen Landgattungen, der Betrag der ausser dem Grundzins von den Bauern zu entrichtenden Steuern; § 103. Für etwaige Beschwerden wurde eine sehr lange, eine sechswöchentliche, Frist bestimmt; § 105.

Ueber die Veräusserung der Bauerländereien auf den Domainen enthält die Verordnung v. 1854 nichts; erst die Instructionen von 1865 u. 1866, welche hiedurch die Ausführungsbestimmungen sonst gezogene Grenze überschreiten, beauftragen die Regulirungsbeamten, den versammelten Bauern bei Gelegenheit der Vorlage des ganzen Schätzungsmaterials auch die Modalitäten — welche nicht näher angeführt werden, — des Ankaufs ihrer Ländereien zu erläutern und die desfalls verlaublichen Wünsche entgegenzunehmen; § 103.

Die Vertheilung der Ländereien eines Gutes ist hier ausführlicher behandelt worden, weil so wichtige Faktoren der Centralregierung, wie der Finanzminister und die Plenarversammlung des Senats dieselbe als der innerrussischen Landvertheilung gleichkommend ansehen; s. die sub № 21 zu Art. 238 wiedergegebene Senatsentscheidung v. 26. Januar 1898 № 22, Nachträge S. XLVIII. Die im Lande funktionirenden russischen Beamten freilich theilen diese Auffassung nicht, denn die Entrichtung der Steuer v. Vermögen b. unentgeltlichem Uebergange desselben ist auch hinsichtlich der Kronsländstellen bisher stets verlangt worden.

Die Livländische Rechtsprechung, vom Gemeindegerecht bis zum Hofgerichts-Departement, hat hinsichtlich der Gehorchslandgesinde auf den Kronsgütern stets daran festgehalten, dass bei Theilungen unter Lebenden oder auf den Todesfall die Vorschrift des Art. 223 B.-V. über die Minimalgrösse eines Gutes beobachtet werde. Auch für die Knechts-, Lostreiber- und Soldatengrundstücke ist die Untheilbarkeit festzuhalten, denn eine Dessätine als Hausplatz und Garten ist nach der letzten Instruction v. 1866 als Norm aufgestellt und zwei oder mehr Dessätinen sind in Livland für diese Zwecke nicht geopfert worden; vergl. auch die grundlegende Bestimmung im Pkt 17 in fine d. Kaiserl. Befehls v. 10. März 1869; ferner § 5 d. Regeln f. d. Abfassung etc. d. Regulirungsakten (Senats-Erlass 26. Januar 1870), Pkt VII d. Regulirungsakt-Schemas, Pkt VII bzw. IV d. Kaufkontrakt-Schemas v. 1875, Pkt VII bzw. VI d. Loskaufakt-Schemas v. 1889, — sämtliche zu Pkt II Einl. Der Vollständigkeit halber sei hier noch des Beschlusses des Ostsee-Comité v. 26. Februar 1870 gedacht,\*) welcher bezweckte, bei der Regulirung der Kronsgüter zur Ansiedelung von landlosen, zu den betreffenden Gemeinden angeschriebenen Bauern zweierlei Arten von Landstellen zu bilden: 1) Wirthsstellen von 12 bis 20 Dessätinen, und 2) Arbeiterstellen von 5 Dessätinen, welche, entsprechend den lokalen Verhältnissen, bis zu 8 Dessätinen vergrössert oder bis auf 3 Dessätinen verringert werden können. Dieser Beschluss bezweckte offenbar, für die Ausführung des Pkt 2 d. Kaiserl. Befehls v. 10. März 1869 bestimmte Normen aufzustellen, ist jedoch nicht in Wirksamkeit getreten, vielmehr wurde die übermässige Zersplitterung des Landes auf Grund der Instruction v. 1866, welche der landwirthschaftliche Betrieb nicht mehr verträgt, für gut gehalten. Man kann sich dabei der Wahrnehmung nicht verschliessen, dass die Abweigung gegen die polnischen Dinge in den litthauischen Provinzen des Reichs ein fremdes Element in die Regulirung der Livländ. Kronsgüter hineingetragen hat. Im Art. 11 d. Regl. f. d. wirthschaftliche Verwaltung d. besiedelten Kronbesitzlichkeiten, Cod. d. Reichsges. Bd. VIII, Ausg. v. J. 1842, in welches Reglement die Allerh. am 12. Juni 1841 best. «Verordn. z. Verwaltung d. Reichsdomainen in d. Gouv. Kur-, Liv- u. Ehstland» zum Theil hineingenommen worden, ist gesagt, «Regulirung und Taxation» in den Ostseegouv. ist dasselbe wie «Lustrirung» in den westlichen Gouv.; für die Leitung der Lustrirungsarbeiten auf den Kronsgütern in Litthauen war eine besondere Commission im Ministerium der Reichsdomainen gebildet worden, deren Entschliessungen vielfach in der Instruction v. 1866 ausdrücklich angeführt werden.

Art. 7 d. Verordn. v. 1854 bestimmte: «Die Regulirung der Kronsgüter wird alle 12 Jahre, nachdem die vorhergegangene Regulirung in Wirksamkeit getreten, revidirt. Die abermaligen Regulirungen bestehen in der Umtaxirung der Guts-Ländereien und in der Revision aller Gegenstände der Regulirung nach den Regeln dieser Verordnung, mit denjenigen Abänderungen und Ergänzungen, welche in der Folge nach den gemachten Erfahrungen etwa angeordnet werden.»

\*) Mithgetheilt von (Joh. v. Keussle)—r in der Düna-Zeitung v. 18. März 1895.



Doch änderte das R.-R.-G. v. 22. Juni 1859 (Vollständ. Gesetzsamm. N. 34657), welches Art. 129 d. Verordn. aufhob und die Artt. 7, 103 u. 125 abänderte, diesen Art. dahin ab, dass eine neue Regulirung, d. h. eine neue Bewerkestellung der betreffenden Taxationen und Berechnungen, erfolgen müsse: «a) wenn der Ausbot der Hofesländereien erfolglos geblieben und die örtliche Domainenverwaltung die Ursache des erfolglosen Ausbots in der zu hohen Schätzung der Ländereien erblickt, b) wenn hinsichtlich der Baueragesinde die Domainenverwaltung sich überzeugt, dass dieselben zu hoch taxirt sind und der Grundzins ohne Beschwer der Bauern nicht erhoben werden kann, c) wenn die Bauerländereien zu niedrig geschätzt sind und überhaupt wesentliche Abweichungen von den Regulirungsvorschriften stattgefunden haben»; zur Neuregulirung muss die Genehmigung des Ministers erbeten werden. Bei der Codificirung der Verordnung v. 1854 wurde jedoch nur Pkt a aufgenommen (Art. 7 d. Beil. zu Art. 5 l. c.), so dass nur die Hofesländereien einer Umtaxation unterliegen können. Der als Quelle angeführte Pkt 13 d. Kaiserl. Befehls v. 10. März 1869 (s. S. 2 ff.) unterstützt natürlich diese Beschränkung der Codification keineswegs, und es ist gar nicht abzusehen, wesshalb nach der glücklichen privatwirthschaftlichen Ordnung des Verhältnisses durch den obligatorischen Loskauf die Krone sowohl wie der einzelne Besitzer im Interesse einer gerechteren Steuervertheilung keine Umschätzung der Grundstücke sollte verlangen können; die Pkte b u. c. d. Art. 7 in der durch R.-R.-G. 22. Juni 1859 festgestellten Fassung bestehen jedenfalls auch heute noch zu Kraft.\*) Hiebei ist auch der nur relative Werth der mit der Regulirung verbundenen Bonitirung der Ländereien wohl in Betracht zu nehmen. Die auf dem Journal-Verfügung der Lustrirungs-Commission v. 3. März 1866 beruhende Anmerk. zu § 11 d. Instr. v. 1866 schreibt vor: «Die angegebene Ordnung der Regulirungsarbeiten wird bei den bisher überhaupt noch nicht regulirten Gütern beobachtet; auf den Gütern hingegen, auf welchen die Regulirung bereits in Erfüllung gesetzt worden, kann die angegebene Ordnung der Arbeiten eingehalten werden, falls nach dem Gutachten der Commission die örtlichen Verhältnisse die Anwendung der Vorschriften der gegenwärtigen Instruction zur Nothwendigkeit machen. Was jedoch die Grundlagen der früheren Schätzung anlangt, so unterliegen dieselben unbedingt der Beprüfung nach den Vorschriften dieser Instruction, und über die Resultate dieser Beprüfung wird dem Ministerium Vorstellung gemacht.» An den Besitzverhältnissen auf den früher regulirten Gütern brauchte also nicht geführt zu werden, die alte Bonitirung dagegen musste geändert werden. In der That ist jedoch in Livland diese, wenn man auf die vergeblichen Anstrengungen zur Bewältigung der vom ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts gestellten Aufgabe der Messung und Schätzung der 123 Kronsgüter blickt, ungeheure Arbeit nicht bewerkstelligt worden, denn indem der Kaiserl. Befehl v. 1869 den Gesamtbetrag des von den Bauern aufzubringenden Grundzinses auf 260,000 Rbl. festsetzte, liefen die Schätzungsarbeiten im Wesentlichen nur darauf hinaus, diesen Betrag auf die einzelnen Grundstücke zu repartiren; auch die späteren Erhöhungen des Grundzinses erfolgten nur procentual der 1869 festgesetzten Summe, also ohne jede Berücksichtigung der durch intensivere Kultur gesteigerten Ertragsfähigkeit der einzelnen Grundstücke. Die von der Commission d. Kronsgüter in Livland

Die Instruction f. d. Messungs-Regulirungs-Commission d. Kronbesitzlichkeiten in Livland aus dem Anfang der 20er Jahre, deren vollständiger Wortlaut nicht mehr ermittelt werden kann, und aus welcher mittels Reg.-Pat. 16. October 1830 № 125 ein Auszug sammt den Zusätzen des Kameralhofes zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht wurde, bestimmt im Pkt 5: «rückichtlich der bereits gemessenen Kronsgüter zu untersuchen, ob die ganze Besitzlichkeit mit Inbegriff des Waldes speciell erlassen, die Hofes- und Bauerländereien gehörig graduirt, taxirt und separirt, der Wald eingetheilt, die äussern Guts Grenzen mit Zuziehung der Nachbarn vermarkt, die Grenz-Protokolle aufgenommen und von den Interessenten unterschrieben, die Hofesländer, Bauer-Gesinder, Bau- und Nutz-Wald, ökonomisch richtig abgetheilt und vermarkt, die zweckmässigen Austauschungen der Bauer-Ländereien unter sich, sowie derselben mit den Hofes-Ländereien, wo es erforderlich gewesen, geschehen, die Anlage der Hoflage, wo es nöthig sein sollte, statt gehabt, und zur Austauschung der streubelegenen Ländereien mit den benachbarten Gütern Anregung gemacht worden.» Weiter ging sodann der § 70 d. Instr. v. 1845, bis endlich die Instr. v. 1866 Alles über den Haufen warf, um — bei einer blossen Repartition einer bestimmten Geldsumme auf die einzelnen Liegenschaften zu enden. Welche ungeheuren Aufwendungen der Staatskasse für ein — Dank den Beamten, — so nichtiges Resultat!

Zur Ausführung der Verordnung v. 1854 hat das Ministerium der Reichs-Domänen, neben der Messungs-Instruction, deren im Texte Erwähnung geschehen, auf Grund der ihm durch die Verordnung selbst (Art. 17, 99, 195 u. 200) ertheilten umfassenden Ermächtigung 3 Instructionen erlassen: a) das vom Staatssecretair Walujew, dem späteren grossen Reformminister Kaiser Alexander II., entworfene «Project d. Instr. üb. d. Regulirung d. Kronsgrüter in d. Ostsee-Gouv.», am 4. Juni 1859 bestätigt, — in der Praxis durchweg nur die Walujew'sche Instruction genannt, — (russisch und deutsch), aus welcher weiter unten sub VIII die §§ 34—46, 65—84, 106—109, sowie die Tabelle üb. d. Classification d. Ackerländereien mitgetheilt werden; die der Instruction

\*) Ueber die günstigere Stellung des Kleingrundbesitzers auf Privatgütern s. Bekanntmachung d. Commission in B.-S. v. J. 1888 № 74 (Beil. A. S. 3.).

sub litt. B beigefügte Tabelle üb. d. Klassifikation d. Wiesen-Ländereien ist vollkommen übereinstimmend mit der der Instruction v. 1845 beigefügten und weist nur einige redaktionelle Aenderungen auf, so statt: bewässerte Wiesen deutlicher — überschwemmte, statt: mit Reis bewachsen — mit Gesträuch, u. dergl.\*); b) die am 24. Juni 1865 bestätigte und versuchsweise auf ein Jahr erlassene «Instr. zur Bewerksstellung d. Regulirung d. Kronbesitzlichkeiten in d. Balt. Gouv.» (nur russisch), und c) die am 14. April 1866 bestätigte «Instr. zur Bewerksstellung d. Regulirung d. Kronbesitzlichkeiten in d. Balt. Gouv.» (nur russisch), aus welcher weiter unten sub IX die §§ 52—58, 61—90, 96, 97 u. 133, sowie die Tabellen zur Klassifikation d. Ackerländereien und Heuschläge wiedergegeben werden. Die Instruction v. 1865 bildet die Grundlage der Instruction v. 1866, welche nur in den §§ 11 (Anmerk.), 14 (Anmerk.), 15 (Anmerk.), 43 Pkte 2, 3, 4 u. 5, 115, 126, 132, 133 u. 135 kleine Abweichungen von ersterer aufweist; die der Instruction v. 1865 beigefügten Tabellen zur Klassifikation der Ackerländereien und Heuschläge sind gleichlautend den der Instruction v. 1866 annectirten Tabellen. Die §§ 52—58, 61—90 d. Instr. v. 1865 u. 1866 beruhen vollständig auf der im J. 1859 für das Reich erlassenen Katastrirungs-Instruction; vor Erlass derselben hat eine Boden-enquete in Livland jedoch nicht stattgefunden. Diese 3 Instructionen enthalten in Bezug auf Livland eine radicale Aenderung gegenüber allen früheren: bei der Klassifikation und Abschätzung der Ländereien tritt neben die bisher alleinige Berücksichtigung der Zusammensetzung des Bodens und der Lage der Ländereien als bestimmender Faktor der thatsächliche Ertrag des Landes; ferner werden beim Acker die 4 Grade (Klassen) der schwedischen Erdtaxe ersetzt durch 6 Klassen, von welchen jede 3 Unterabtheilungen oder Grade hat, während bei den Heuschlägen zwar wohl die 4 Grade (Klassen) bleiben, aber dieselben nach den Instructionen v. 1865 u. 1866 in die unbillig grosse Anzahl von zusammen 58 Graden zerfallen. So ergibt denn die Klassifikation der Kronsländereien seit 1809 nachstehendes Bild:

Acker.										Wiese.									
1809.		1832.		1845.		1859.		1866.		1809.		1832.		1845.		1859.		1866.	
Classe.	Grade.	Classe.	Grade.	Classe.	Grade.	Classe.	Grade.	Classe.	Grade.	Classe.	Grade.	Classe.	Grade.	Classe.	Grade.	Classe.	Grade.	Classe.	Grade.
I	—	I	2	I	4	I	3	I	3	I	—	I	2	I	3	I	3	I	15
II	—	II	3	II	5	II	3	II	3	II	—	II	1	II	3	II	3	II	15
III	—	III	4	III	5	III	3	III	3	III	—	III	2	III	2	III	2	III	14
IV	—	IV	4	IV	5	IV	3	IV	3	IV	—	IV	2	IV	1	IV	1	IV	14
						V	4	V	3										
						VI	4	VI	3										

Im Vergleich zu der durch so mannigfaltige und §reiche Instructionen reglementirten Bonitirung der Kronsländereien wie einfach und einheitlich, sorgsam und folgerichtig wurden auf Grund der Taxations-Tabellen v. 1809 die Privatländereien eingeschätzt! D. Hrsq.

## VII.

### Instruction

zur Abschätzung und ökonomischen Eintheilung der publicen Güter in Livland und zur Veranschlagung der von den Bauern derselben zu leistenden Prästanden (v. J. 1845).

#### Capitel I.

#### Allgemeine Bestimmungen. §§ 1—13.

\*) Das Urtheil der Praktiker über diese Instruction war, dass nach derselben schwer zu arbeiten gewesen, weil sie redliche, offene, von lebhaftem Gemeinsinn erfüllte Bauern, sowie andererseits uneigennützig, patriotische Beamte von hoher Intelligenz und umfassendem Wissen voraussetzte.

§ 7.

Behufs gehöriger Gleichförmigkeit, Angemessenheit und Gleichstellung der abzuschätzenden Güter, mit denen bereits früher auf allen privaten und auf vielen Kron-  
gütern bewerkstelligten Abschätzungen, werden bei den nachstehenden Regeln über die  
Classification, Abschätzung und Bestimmung der Bauer-Prästande, die schwedischen  
Regeln nebst denjenigen Ergänzungen beibehalten, welche entweder in den Jahren 1804  
und 1809 gemacht worden oder bei den neueren Revisionen sich als zweckmässiger  
ergeben haben.

§ 8.

Ebenmässig wird auch die in diesen Regeln für alle der Abschätzung unterliegen-  
den Gegenstände festgesetzte Taxe in Thaler und Groschen (den Thaler à 90 Groschen  
gerechnet) beibehalten, welche Münzsorte jedoch in diesem Falle keine Münze oder den  
gegenwärtigen Werth der Gegenstände bezeichnet, sondern nur den allgemeinen Maass-  
stab des Werthes aller Gegenstände darstellt, und zur Festsetzung und richtigen Ein-  
theilung der Prästande dient, welche dem Grundbesitzer als gesetzliche Revenue von  
den ihm eigenthümlich gehörigen, den Bauern aber zur Nutzniessung überlassenen Län-  
dereien, geleistet werden müssen. Die Classification der Acker-, Garten-, Busch- und  
Heuschlag-Ländereien und die Abschätzungs-Taxe der Appertinentien, Arbeitstage und  
Natural-Abgaben werden ihrer Hauptgrundlage nach so beibehalten, wie sie in den Ver-  
ordnungen von 1804 und 1809 festgesetzt worden, und dienen zur Anleitung bei Be-  
rechnung des Credits in den Wackenbüchern.

---

§ 11.

Die Bestimmung der Zahl der Haaken auf den Livländischen publicen Gütern  
geschieht in genauer und unabänderlicher Grundlage derselben Regeln, nach welcher  
die Haakenzahl auf den privaten Gütern berechnet worden, folglich ganz unabhängig  
von denen in dieser Verordnung zum Besten der Bauern auf's Neue festgesetzten  
Abzügen.

---

Capitel II.

Von der Classification und Abschätzung der Ländereien. §§ 14—37.

§ 14.

Der Classification und Abschätzung nach der Normal-Taxe unterliegen alle Garten-,  
Gemüsegarten- und Busch- oder Acker-Buschländereien, Wiesen oder Heuschlag-  
Ländereien.

§ 15.

Viehweiden und Weideländereien werden in den Taxations-Protocollen nur in  
ihrer allgemeinen Eintheilung, nach der physischen Lage und Beschaffenheit des  
Bodens, in gute, mittelmässige und schlechte angegeben, unterliegen aber nicht der  
Abschätzung und Eintheilung in besondere Klassen, mit Ausnahme derjenigen Fälle,  
wenn dieselben zur Bearbeitung tauglich sind, — und zu Ackerfeldern bestimmt  
werden.

§ 16.

Die für die Gesinde sammt Wohn- und Wirthschafts-Gebäuden abgetretenen  
Flächenräume oder Plätze, welcher Art auch der Boden sein mag, unterliegen nicht der  
Abschätzung bei Berechnung des Credits, sondern wird nur deren Grösse und Be-  
schaffenheit in den Abschätzungs-Protocollen angegeben.

## § 17.

Desgleichen sind auch die Wälder, wenn solche sich auf den Bauer-Landstücken befinden, bei der Berechnung des Credits nicht in Betracht zu ziehen; jedoch muss sowohl über diese, als auch über die Guts- und abgetheilten Wälder in Grundlage der den Landmessern ertheilten Instruction eine Beschreibung angefertigt werden.

## § 18.

Alle übrigen Revenue tragenden Artikel oder Vortheile der Landwirthschaft, wie z. B. Fischereien, Torfmoore, Fliesen- und Stein-Brüche, Mühlen, Ziegel- und Kalkbrennereien etc. sind in der ausführlichen Inventariums-Beschreibung und die von denselben bezogen werdenden Einkünfte nach Möglichkeit in runden Zahlen anzugeben.

## § 19.

Alle Ländereien werden bei der Abschätzung eingetheilt: a) in Ackerländereien, zu welchen die Gemüsegärten, Gärten, Felder und Buschländereien\*) gehören, und b) in Heuschläge.

\*) d. h. Busch- und lange öde liegende, mit Strauchwerk bewachsene Ländereien.

## § 20.

Bei der Classification und Abschätzung der Ackerländereien sind überhaupt die Bestandtheile derselben zu berücksichtigen, als: der untere Boden, die obere Schicht und deren Dicke, die Localität, d. h. ob dieselbe bergig oder eben, hoch oder niedrig, ob sie gegen Norden geschützt und nach welcher Seite hin sie abschüssig ist, die Beschaffenheit der umliegenden Gegend, d. h. ob dieselbe morastig oder waldig, trocken oder feucht ist. Alle diese, einen grösseren und geringeren Einfluss auf das Wachsthum ausübenden Umstände müssen bei der Abschätzung in Erwägung gezogen, und in den Taxations-Protocollen angegeben werden. Ausserdem sind über die frühere Erndte der abzuschätzenden Landstücke möglichst richtige und genaue Nachrichten einzuziehen, jedoch die letzteren mehr zur Vergleichung der verschiedenen Landstücke und zur besseren Ueberzeugung von der Richtigkeit der Abschätzung zu benutzen, ohne dieselben der Classification zu Grunde zu legen.

## § 21.

Auf den Grund der schwedischen Regeln sind für die Ackerländereien, nach Beschaffenheit des Bodens, vier Haupt-Classen oder Grade angenommen. In den sub Litt. A. annectirten Tabellen werden die allgemeinen und vorzüglichen Merkmale und Bedingungen angegeben, nach welchen, bei gehöriger Erwägung aller im § 20 angeführten Umstände, der Grad der Fruchtbarkeit aller speciell aufgemessenen Landstücke des abzuschätzenden Ackerareals zu beurtheilen und diejenige Classe, zu welcher ein jedes dieser Landstücke gehört, zu bestimmen ist.

## § 22.

Nach den angestellten Versuchen und Beobachtungen ist die mittlere Fruchtbarkeit, ohne Abzug der Saat einer jeden Classe, per Loofstelle (816<sup>16</sup>/<sub>47</sub> □Faden) angenommen:

von der 1. Classe mehr als 8 und ca. 9 Loof oder von 1 Dessjatine mehr als 8 und bis 9 Tschetwert

„ „ 2. „ „ „ 7 „ 8 „ „ „ 1 „ „ „ 7 „ „ 8 „

„ „ 3. „ „ „ 6 „ 7 „ „ „ 1 „ „ „ 6 „ „ 7 „

„ „ 4. „ „ „ 5 „ 6 „ „ „ 1 „ „ „ 5 „ „ 6\*) „

per Dessjatine variirt. Die in diesem § angenommenen Erndten gründen sich auf der Voraussetzung, dass eine jede Classe des Bodens hinlänglich gedüngt wird,†) — zu

†) Im Zusammenhang hiemit stehen die Verpflichtung zum Haben eines eisernen Inventars und das Verbot des Verkaufs von Heu und Stroh.

welchem Behufe in der gegenwärtigen Verordnung der Bauer-Wirthschaft durch Zuthellung zu einer der gesetzmässigen Proportion von Heuschlägen oder durch verhältnissmässige Herabsetzung der Taxe bei vorkommendem Mangel an Heuschlägen alle Mittel an die Hand gegeben sind; da nun aber die Düngungsmittel bis hiezu bei der Regulirung gar nicht berücksichtigt worden, so können auch die früheren Erndten bei der Classification nicht als Grundlage dienen.

\*) Anmerkung: Es wird angenommen, dass die Aussaat zwischen  $1\frac{1}{8}$  und  $1\frac{1}{3}$  Rigaschen Loofes pr. Loofstelle beträgt.

### § 23.

Die beständig bearbeitet werdenden Ackerfelder, welche auch bei guter Düngung, mit Einschluss der Aussaat nicht mehr als 5 Loof von jeder Loofstelle geben, und überhaupt nicht die in der annectirten Tabelle für die IV Classe bestimmten Merkmale haben, werden der IV Classe zugezählt, jedoch dabei nach Massgabe der mehr dabei oder weniger sich verringernden Fruchtbarkeit,  $\frac{1}{6}$ ,  $\frac{1}{3}$  oder die Hälfte des Areals aus der Abschätzung ausgeschlossen, d. h. mit verhältnissmässiger Herabsetzung der Taxe.\*) Diejenigen Ländereien aber, die bei der Bewerkestellung der Abschätzung noch gar nicht oder auch nicht als Acker bearbeitet waren, können in Zukunft nur dann zum Beackern bestimmt werden, wenn dieselben ihrer Beschaffenheit nach nicht niedriger als die IV Classe stehen, und denen für diese Classe festgesetzten Bedingungen vollkommen entsprechen.

\*) Anmerkung: Ackerländereien, welche selbst bei guter Bearbeitung und gehöriger Düngung weniger als das dritte Korn mit Einschluss der Aussaat geben, unterliegen keiner Abschätzung.

### § 24.

Ackerländereien, deren ganzer Flächenraum gleichartige, aber nicht hinlänglich deutliche und besonders bemerkenswerthe Merkmale hat, um einer der vier Hauptklassen zugerechnet zu werden, sind bei der Abschätzung mit dem ihren Hauptmerkmalen entsprechenden Theile der höchsten Klasse, das restirende Areal derselben aber der nächstfolgenden niedrigen Klasse zuzuzählen.\*)

\*) Anmerkung: Diese Regel bezieht sich übrigens nur auf ein ganzes Bauerfeld, dessen allgemeine Fruchtbarkeit bereits ermittelt worden, und welches daher mit dem ganzen Areal nur einer Klasse nicht zugezählt werden kann; bei Abschätzung abgetheilter Loofstellen oder Dessjatinen, deren Erndte nicht bestimmt ist und deren Merkmale zweifelhafter Art sind, werden diese Landstücke immer in die niedrigste derjenigen zwei Klassen abgeschätzt, welchen sie ihren physischen Merkmalen nach zugezählt werden können.

### § 25.

Die für ein gewisses Areal einer jeden Klasse Ackerlandes festgesetzte Taxe in Thalern und Groschen ist in der Beilage sub Litt. B. angegeben.

Anmerkung: Die Taxe der I Klasse gilt nur bei der Abschätzung der Hofesländereien und der Bauergärten und Gemüsegärten; die Bauer-Acker aber werden, wenn sie auch ihren Merkmalen nach der I Klasse zugezählt werden müssten, bei Berechnung des Credits gemäss den früheren Regeln nur nach der Taxe der II Klasse mit Präständen belastet.†)

---

†) Die Taxations-Tabellen v. J. 1809 schätzen das beste Bauerland übrigens niedriger wie das schlechteste Hofesland, denn z. B. eine Tonnstelle Bauer-Brustacker und Gartenland 1. Grades wird mit 1 Thaler eingeschätzt, während eine Tonnstelle Hofesland auf einem Kronsgute Brustacker 4. Grades mit 1 Thlr 15 Groschen taxirt wird; s. Beil. A. S. 20 u. 26. D. Hrsg.

## § 26.

Die Classification und Abschätzung der Garten- und Gemüsegarten-Ländereien werden, wie die Aecker, nach denselben Merkmalen und nach derselben Taxe bewerkstelligt.

## § 27.

Unter verwilderten und ungeackerten Ländereien (Buschländereien) werden zum Ackerbau taugliche, jedoch mit verschiedenen Baumarten, Strauchwerk und Gras bewachsene Ländereien verstanden, die niemals gedüngt werden und von welchen nach dem in Livland bestehenden Gebrauche nur  $\frac{1}{8}$  sich jährlich in Nutzniessung befindet, dergestalt, dass der 24. Theil des ganzen Areals alljährlich auf's Neue bearbeitet und darauf drei Jahre hindurch besäet wird, nachher aber wiederum 21 Jahre brach liegt.

## § 28.

Die Classification der Buschländereien geschieht nach denselben Regeln und physischen Merkmalen, welche in der sub Litt. A. annectirten Tabelle und in den vorhergehenden §§ für die Ackerländereien festgesetzt worden. Da aber eine Buschländereiwirtschaft nur in ländereichen Gegenden bei stattfindendem Mangel an Düngungsmitteln und bei kärglichem, kein gutes Gras producirendem Boden einen Nutzen gewähren kann, so wird als Regel festgesetzt, diese Wirthschaftsmethode nach Möglichkeit zu beschränken und die Buschländereien 1. und 2. Klasse entweder zum Ackerbau oder zu einer anderen Art vortheilhafter Nutzniessung zu bestimmen.

## § 29.

Eine jede Klasse der Buschländereien wird nach der Taxe (Beilage A) um's Dreifache niedriger als die entsprechende Klasse der Ackerländereien abgeschätzt.

## § 30.

Bei der Classification und Abschätzung der Wiesen oder Heuschläge werden überhaupt die im § 20 angeführten Umstände und die physischen Merkmale des Bodens in Erwägung gezogen, jedoch dabei auch die Eigenschaft und die Fruchtbarkeit der Gräser besonders berücksichtigt, denn der Werth der Heuschläge wird sowohl durch die Güte, als auch durch den Ertrag des auf denselben abgemäht werdenden Heues bestimmt.

## § 31.

Die Eigenschaft des Heues hängt vorzüglich von der natürlichen Beschaffenheit und den Bestandtheilen des Bodens ab, sowie ausserdem von der örtlichen Lage der Heuschläge, d. h. ob dieselben mehr oder weniger starken Ueberschwemmungen ausgesetzt sind, denn überflüssige und fortgesetzte Feuchtigkeit ist der Güte und Nahrunghaftigkeit des Heues schädlich. Am leichtesten ist die Eigenschaft des Heues nach den Arten der auf den Heuschlägen wachsenden Gräser und Pflanzen zu bestimmen, zu welchem Behufe die Abschätzung wo möglich kurz vor der Heuernte bewerkstelligt werden muss.

## § 32.

Für die Eigenschaft und Güte des Heus werden vier, in der Tabelle sub Litt. A bezeichnete Hauptgrade angenommen.

## § 33.

Bei Untersuchung der Ergiebigkeit eines Heuschlages ist in Erwägung zu ziehen: die Tiefe der oberen Schicht des Bodens, die natürliche Feuchtigkeit des untern Bodens

und insbesondere die örtliche Lage der Heuschläge, ob sie nämlich hoch oder niedrig, zwischen Feldern oder an Ufern befindlich, mehr oder weniger starken Ueberschwemmungen ausgesetzt und endlich: ob daselbst hinlänglicher Schatten vorhanden ist, so wie auch, ob das Heu jedes Jahr ein oder zwei Mal abgemäht wird, u. s. w. Nach dem mehr oder weniger dichten Wuchse des Grases vor dem Abmähen desselben, kann ein erfahrener Taxator gleichfalls den Grad der Ergiebigkeit ermitteln. Ausserdem muss er durch unpartheische gewissenhafte Leute möglichst genaue Nachrichten über den in früheren Jahren von dem abzuschätzenden Heuschlage gewonnenen Ertrag einziehen und nach Erwägung aller dieser Umstände mit denen in der Tabelle A. angegebenen, den verschiedenen Graden des Bodens entsprechenden Heuerndten, bei mehr oder weniger vortheilhafter örtlicher Lage der Heuschläge, die mittlere Ergiebigkeit einer jeden Loofstelle des zu taxirenden Heuschlages allendlich bestimmen.

#### § 34.

Nachdem auf obgedachte Weise die Eigenschaft und der mittlere Ertrag des alljährlich von jeder Loofstelle gewonnen werdenden Heues bestimmt worden, wird dieser Ertrag durch Annahme für Heu zweiter Qualität berechnet, welches als Heu mittlerer Güte nach folgender Proportion anzunehmen ist: 100  $\text{Th}$  Heu zweiter Qualität kommen gleich 75  $\text{Th}$  Heu erster oder 125  $\text{Th}$  dritter oder endlich 150  $\text{Th}$  vierter Qualität.

#### § 35.

Das nach dieser Grundlage bestimmte, jährlich von einer Loofstelle gewonnen werdende Quantum Heues mittlerer Qualität bestimmt allendlich die Klasse des Heuschlages und dessen Taxe, und zwar werden Heuschläge, welche jährlich von jeder Loofstelle nicht weniger als 900  $\text{Th}$  Heu mittlerer Güte, oder 675  $\text{Th}$  des besten Heues geben, in die 1. Klasse, die nicht weniger denn 600  $\text{Th}$  geben, in die 2. Klasse, diejenigen, auf welchen nicht unter 400  $\text{Th}$  gewonnen werden, in die 3. Klasse, und endlich die, deren Ertrag nicht weniger als 200  $\text{Th}$  Heu mittlerer Güte (oder 300  $\text{Th}$  des allerschlechtesten Heues) von jeder Loofstelle beträgt, in die 4. Klasse rangirt.

#### § 36.

Die Taxe für eine jede Klasse der Heuschläge ist in der Beilage sub Litt. B. enthalten.

#### § 37.

Zur Abschätzung der Heuschläge, welche weniger als 200  $\text{Th}$  von einer Loofstelle mittleren Werthes geben, (und die 300  $\text{Th}$  Heues vierter Qualität gleichkommen), ist zu berechnen: wie gross der wirkliche Ertrag des auf dem ganzen Flächenraum jener Heuschläge gewonnen werdenden Heues ist, und darauf dieses Quantum zu dividiren, der Quotient wird die Anzahl der Loofstellen, welche gleich einem Heuschlage 4. Klasse zu taxiren sind, bezeichnen; Heuschläge aber, die weniger als 150  $\text{Th}$  mittleren Heues geben, unterliegen gar keiner Taxe.

### Capitel III.

Von der Eintheilung der Ländereien und übrigen Nutzniessungen. §§ 38—51.

#### § 43.

Da die Beschaffung hinlänglicher Mittel zur Düngung der Aecker die erste Bedingung der projectirten Fruchtbarkeit derselben und richtigen Anwendung der Grund-

taxe ist, so werden zur Feststellung eines den örtlichen Bedürfnissen und den Regeln einer reellen Wirthschaft entsprechenden Verhältnisses der Heuschläge zu den Ackerfeldern und zur gehörigen Verbesserung der letzteren, sowie überhaupt der von dem Einflusse der Localität unabhängigen Sicherstellung der Gutsverwaltung und der Bauern in ihren gegenseitigen Verhältnissen, nachstehende Regeln festgesetzt:

a) Zur Düngung einer Loofstelle (von circa 10000 □Ellen) im Winterfelde oder dreien Loofstellen (circa 1 Dessjatine) in allen drei Feldern (d. h. einer Loofstelle im Winter-, einer im Sommer- und einer im Brachfelde), sind zu Futter und Streu, ausser dem von den Aekern gewonnen werdenden Sommer- und Winter-Stroh, nicht weniger als 1500  $\text{℥}$  oder  $2\frac{1}{2}$  Fuder Wiesenheues mittlerer Güte erforderlich. Da wo Ackerbuschländereien, welche keiner Düngung bedürfen, vorhanden, wird durch das von denselben gewonnen werdende Stroh das zur Düngung der Ackerfelder erforderliche Heu ersetzt, 3  $\text{℥}$  Winter- oder 2  $\text{℥}$  Sommerstroh für 1  $\text{℥}$  Heu mittlerer Güte gerechnet. Nach dieser Grundlage sind dem obengezeigten Quantum des für den Acker erforderlichen Heues, für eine jede in Nutzung befindliche Loofstelle der Buschländereien, wenn selbige zu einer der ersten drei Klassen gehören, 1000  $\text{℥}$ , für die in die 4. Klasse sich rangirenden aber 800  $\text{℥}$  Wiesenheues mittlerer Güte zuzurechnen.

b) Da, wo von Acker-, Busch- und Wiesen-Land die oben gegebene Normal-Quantität Futter nicht gewonnen und der sich demnach ergebende Mangel an Heu nicht ersetzt wird durch andere, in die Abschätzung nicht aufgenommene örtliche Vortheile, als: durch die Nähe der Städte, Flecken und insbesondere des Meeres (dessen Schlamm das beste Düngungsmittel ist), da muss für denjenigen Theil des Ackers, für welchen es an dem erforderlichen Quantum Heues mangelt, das zum Baue der Futterkräuter nothwendige Areal aus der Abschätzung ausgeschlossen werden. — In dieser Grundlage geschieht der zur Beschaffenheit des Bodens verhältnissmässige Abzug von dem Thalerwerthe einer jeden, keine Düngungsmittel habenden Loofstelle nach folgendem Maassstabe:

bei einem Ackerboden	1. Klasse wird abgezogen	$\frac{1}{7}$	von dessen Taxe
„ „ „	2. „ „ „	$\frac{1}{6}$	„ „ „
„ „ „	3. „ „ „	$\frac{1}{5}$	„ „ „
„ „ „	4. „ „ „	$\frac{1}{4}$	„ „ „

Dieser Abzug dient bei der Veranschlagung des Debets zur verhältnissmässigen Verringerung der Natural-Abgaben, namentlich in Roggen und Gerste, bei Verringerung der Zahl der Arbeitstage aber findet jener Abzug nur dann statt, wenn die durch die früheren Regeln festgesetzte Anzahl Arbeitstage nach der Ansicht der Messungs-Commission den Bedarf des Hofes übersteigt.

c) Denjenigen Gesinden, in deren Nutzniessung sich bedeutende, den Normal-Düngungs-Bedarf übersteigende Wiesen befinden, wird der Ueberfluss an solchen wegen Einweisung des festgesetzten Areals nur dann überlassen, wenn derselbe zur Ausfüllung der den andern Gesindestellen zukommenden Heuschlags-Proportion oder zu einem andern wirthschaftlichen Zwecke nicht erforderlich ist.

Anmerkung: Es versteht sich von selbst, dass die Abänderungen in der Abschätzung Pkt. a und b, sich nur auf die Bestimmung der Bauer-Prästande beziehen und nicht im Mindesten die Haakenveranschlagung der Güter, hinsichtlich der Repartition der allgemeinen Landes-Prästande zwischen den Kron- und Privatgütern, tangiren.



## Capitel IV.

Ueber die Veranschlagung der Prästande und Anfertigung der Wackenbücher für ein jedes abgetheiltes Gesinde.

Abtheilung 1: Von den Arbeits- und Abgaben-Prästande der Bauern. §§ 52—62.

2: Von der Versetzung der Bauern in ein Grundzins-Verhältniss. §§ 63—71.

## § 63.

Bei anerkanntem Nutzen der Ablösung der Bauer-Arbeits-Prästande durch einen Geld- oder Korn-Zins muss die Verwaltung der Reichsbesitzlichkeiten die Versetzung der Bauern aus dem ökonomischen in das Zinsverhältniss stets vor Augen haben, und zu diesem Behufe mit allen derselben zu Gebote stehenden Mitteln mitwirken. Da aber hiervon ohne vorbereitende Massregeln kein Erfolg erwartet werden kann, so wird der Verwaltung der Reichsdomänen zur Pflicht gemacht, diesen Gegenstand einer beständigen Aufmerksamkeit zu würdigen und jede sich darbietende Gelegenheit zu benutzen, um den Bauern die leichtesten Mittel zum Uebergange in das Zinsverhältniss an die Hand zu geben.

## § 64.

Zu diesem Behufe hat die Messungs-Commission ein Project zur Ablösung der Arbeitstage und der Prästande durch einen Geldzins, falls die Bauern selbst darauf eingehen, anzufertigen. Der Zins ist im Verhältniss zur Thalerabschätzung vorläufig in Roggen zu bestimmen, — nach Massgabe der Localumstände  $2\frac{1}{2}$  bis 3 Loof (d. h. circa ein Tschetwert) Roggen für jeden Thaler des Credits annehmend, wird aber nach dem mittleren örtlichen Preise des Roggens veranschlagt.

## § 71.

Alle 12 Jahre muss die nach diesen Regeln beendigte Regulirung revidirt und bei einer jeden Revision, falls in den Gesinden Abänderungen stattgefunden, eine neue Vertheilung der Nutzniessungen bewerkstelligt werden; die in Grundlage dieser Regeln stattgehabte und gehörig revidirte Classification der Ländereien aber darf gar keinen Abänderungen mehr unterliegen.

## Capitel V.

Darüber, wie die Gesinde der Krongüter bei Bewerkstelligung der neuen Regulirung an die Gesindewirthe verpachtet werden sollen. §§ 72—85.

## § 72.

Wenn diese neue Regulirung in Wirksamkeit tritt, so sind alle Gesindewirthe des zu regulirenden Gutes in dem Gemeindegerrichte, im Beisein des Bezirks-Inspectors und der Gutsverwaltung, darüber zu befragen: ob sie ihre früheren Gesindestellen in der bei jener Regulirung festgesetzten Grundlage auf's Neue zu pachten wünschen, wobei ihnen zu eröffnen ist, wie sie diese Gesindestellen zur erblichen Nutzniessung behalten werden, wenn nur bei jeder, alle 12 Jahre zu bewerkstelligenden Revision der Regulirung befunden werden wird, dass sie im Laufe dieses Zeitraumes ihre Gesinde ordnungsmässig erhalten und mit denen von ihnen zu leistenden Prästande, und zu entrichtenden Zahlungen nicht im Rückstande verbleiben.

## Capitel VI.

Ueber die Art und Weise, wie die Bauern die von ihnen bei den Arrendepächtern der Krongüter contrahirten Schulden zu liquidiren haben. §§ 86—96.

Enthält nichts Erwähnenswerthes.

## **T a b e l l e**

**zur Classification der Acker-Ländereien.**

Classen.	Grade der Classen.	Gewöhnliche Benennung des Bodens.	Die Tiefe des Bodens in Zollen.	Die Bestandtheile des Bodens und besondere Merkmale.	Der Unterboden.
I.	a.	Gartenerdiger, sehr tiefer und ergiebiger, niedrig belegener, angeschwemmter Boden.	12.	Dieser Boden enthält feinkörnige sehr vermischte Mineraltheile, unter denen eine Menge pflanziger Theilchen; unter 100 Theilen befinden sich circa 10 % verbrannten Düngers und circa 40 % sich abspühlender Theile, der Rest besteht aus Sand. Der Boden ist in rohem Zustande von schwarzer Farbe, beim Berühren fett und zart, in trockenem Zustande aber von dunkelbrauner oder dunkelgrauer Farbe und locker.	Der untere. Boden lässt die Feuchtigkeit durch, oder saugt dieselbe ein und ist zwischen demselben und dem Oberboden wenig Unterschied.
	b.	Gartenerdiger, lehmig-mürgeliger und besonders zum Besäen mit Weizen tauglicher Boden.	12.	Enthält 50 bis 60 % Lehm, circa 10 % verbrannten Düngers; der Rest ist Sand. Die Farbe des Bodens ist in trockenem Zustande grau, in's Dunkelbraune übergehend, in feuchtem Zustande aber dunkelgrau oder schwarz und beim Berühren schlüpfrig, fett, sehr klebrig, bleibt an den Füssen kleben, und hat einen besonders lehmigen Geruch; in trockenem Zustande weich beim Berühren, bildet bei der Bearbeitung grosse glänzende Klumpen, welche sich jedoch ohne viele Mühe zerschlagen lassen.	Der Unterboden unterscheidet sich wenig von der oberen Schicht, ist aber in Ermangelung von verbranntem Dünger klebrig.
	c.	Gartenerdiger, mit fremden Theilen gemischter, lehmiger und zum Besäen mit Gerste besonders tauglicher Boden.	Von 12 bis 24.	40 bis 50 % sich abspühlender Theile, unter welchen circa 7 % verbrannten Düngers; der Rest ist Sand. Beim Berühren ist deutlich zu bemerken, dass Sand beigemischt ist; im nassen Zustande schmeckt die Erde nicht nach Lehm und klebt auch an der Zunge nicht an, wie lehmige Erde; beim Bearbeiten lassen sich die bildenden Klumpen mit der Egge leicht zerschlagen. Wenn die Erde nass ist, so klebt sie etwas an die Füsse.	Hart und weiss, entweder gelblicher Sand oder Kalkstein.
	d.	Gartenerdiger, mit Sand vermischter, lehmiger, guter Roggenboden.	Von 15 bis 20.	30 bis 40 % sich abspühlender Theile, worunter circa 7 % verbrannten Düngers; der Rest ist Sand. Die Farbe und übrigen Eigenschaften dieselben, wie in der vorhergehenden Rubrik; aber wegen grösserer Beimischung von Sand ist der Boden locker.	Mit fremden Theilen vermischter lehmiger, oder feinkörniger, harter sandiger und von verschiedener Farbe.

Beschaffenheit des Bodens hinsichtlich der Bearbeitung.	Normal-Lage des Bodens.	Wildwachsende Pflanzen.	Pflanzen, die vorzugsweise in dem Boden gezogen werden können.	Die Wirkung der abhängigen Lage über 15°.	Anmerkung.
Mittlere	Fast ganz horizontal, und zwar dergestalt, dass der Boden keinen Ueberfluthungen ausgesetzt ist.	Lathyrus pratensis (Wiesenkiecher), Vicia cracca (Vogelwicke), Phleum pratense (Wiesenlischgras), Trifolium pratense repens (Wiesendreiblatt), Leontodon tarraxacum (Löwenzahn), Carum carvi (Kümmel), Poa annua (einjährige Poa).	Alle Gattungen Korn, vorzugsweise Gerste, Kartoffeln, Klee- und Timotheegras.	Nach Norden u. Ostennachtheilig, nach Süden und Westen aber vortheilhaft.	Die allgemeinen Merkmale dieser Klasse sind: Bei guter physischer Lage ist die obere Schicht grösstentheils gartenerdig, mehr oder weniger lehmig, mit bedeutendem Inhalte von verbranntem Dünger, daher auf festem Unterboden die Farbeschwarz ist. Die obere Schicht beträgt 12—24 Zoll, je nach Beschaffenheit des Unterbodens. Bei weniger vortheilhafter Lokalität, z. B. wenn dieselbe von Sümpfen umgeben, gegen die Sonnenstrahlen oder freie Luft verdeckt ist u. s. w. rangirt sich dieser Boden entweder theilweise oder ganz in die nächstfolgende niedrigere Klasse oder gar noch niedriger. Die Pflanzen sind bei den Graden beschrieben, die Baumarten aber bestehen in nachfolgenden: Quercus robur (Eiche), Acer pseudoplatanus (Ahorn), Fraxinus excelsior (Esche), Pyrus malus (Apfelbaum).
Schwer.	Ein wenig abschüssig, wenigstens der Art, dass die überflüssige Feuchtigkeit durch Kanäle abgeleitet werden kann.	Plantago major (grosser Wegerich), Carduus crispus (krause Distel), Arctium Lappa (Klette), Urtica dioica (doppelte Nessel), Fumaria officinalis (Erdrauch), Trifolium pratense (Wiesendreiblatt), Leontodon tarraxacum (Löwenzahn), Potentilla anserina (Gänse- rich).	Vorzugsweise Weizen und Gerste, übrigens auch alle übrigen Gewächse.	Item.	
Mittlere	Item.	Plantago lanceolata (kleines Wegebreit), Thlaspi bursa pastoris (Hirtentäschchen), Sinapis arvensis (gemeiner Senf), Achillea millefolium (Schafgarbe), Geranium robertianum (stinkender Storchschnabel), Galeopsis versicolor (bunter Hohlzahn), Lathyrus pratensis (Wiesenkiecher), Vicia angustifolia (schmalblättrige Wicke).	Alle Arten Getreide, besonders Gerste.	Item.	
Leichter.	Horizontal.	Chenopodium (guter Heinrich), Sinapis arvensis (gemeiner Senf), Achillea millefolium (Schafgarbe), Bromus mollis (weiche Trespe), Vicia cracca (Vogelwicke), Vicia angustifolia (schmalblättrige Wicke).	Vorzugsweise Roggen, Gerste, Kartoffeln und Flachs.	Item.	

Classen.	Grade der Classen.	Gewöhnliche Benennung des Bodens.	Die Tiefe des Bodens in Zollen.	Die Bestandtheile des Bodens und besondere Merkmale.	Der Unterboden.
II.	a.	Lehmiger, feinkörniger Boden.	Von 8 bis 11.	55 bis 65 % lehmiger Theile, worunter 5 bis 6 % verbrannten Düngers und Kalk, der Rest ist Sand. Die Erde ist im trockenen Zustande braun oder grau, — im feuchten aber geht die Farbe fast in's Schwarze über; im feuchten Zustande ist sie schlüpfrig, ein wenig fett, sehr klebrig, im trockenen Zustande beim Berühren weich. Beim Bearbeiten des Bodens bilden sich glänzende Klumpen, die nur mit Mühe zerschlagen werden können.	Fast von derselben Beschaffenheit, wie die obere Schicht; da aber kein verbrannter Dünger vorhanden, so ist der Unterboden klebriger und hat durch Beimischung von Eisen theilen eine rothe Farbe und sogar Flecken.
	b.	Mürliger, mit fremden Theilen gemischter lehmiger guter Gartenboden.	Von 8 bis 11.	30 bis 40 % sich abspühlender Theile, worunter circa 6 % verbrannten Düngers; der Rest ist Sand. Die Merkmale des Bodens sind dieselben, wie bei der ersten Classe im Grade c, ausgenommen nur, dass die Farbe, da weniger verbrannten Düngers vorhanden, etwas heller ist.	Mit fremden Theilen gemischter lehmiger, von verschiedener Farbe, oder harter feinkörniger Sand.
	c.	Mit fremden Theilen gemischter lehmiger, sandiger guter Roggen-und Gersten-Boden.	Von 10 bis 15.	Den Bestandtheilen und den besonderen Merkmalen nach dem vorhergehenden ähnlich.	Item.
	d.	Sandiger, mit fremden Theilen gemischter lehmiger, oder gartenerdiger sandiger Boden.	Von 10 bis 13.	20 bis 30 % sich abspühlender Theile, worunter circa 9 % verbrannten Düngers; der Rest besteht aus Sand. In feuchtem Zustande wenig zusammenhängend; die sich bildenden Klumpen zerfallen von selbst. Die Farbe des Bodens ist in trockenem Zustande grau und braun; in feuchtem aber etwas dunkler.	Verschiedenartiger, mit fremden Theilen vermischter lehmiger oder fester Sand, oder auch kiesichter, mit fremden Theilen vermischter lehmiger.
	e.	Kiesichter, mit fremden Theilen vermischter lehmiger Kalkboden.	Von 12 bis 16.	Der Haupttheil dieses Bodens besteht aus gebröckelten Fliesen, und ist der Boden schon bei 30 % lehmiger und gartenerdiger Theile sehr fruchtbar; die Tiefe der oberen Schicht übt einen bedeutenden Einfluss auf die Ergiebigkeit aus. Die Farbe der Erde ist grau, in trockenem Zustande sogar weisslich.	Kies oder Kalkfliesen.

Beschaffenheit des Bodens hinsichtlich der Bearbeitung.	Normal-Lage des Bodens.	Wildwachsende Pflanzen.	Pflanzen, die vorzugsweise in dem Boden gezogen werden können.	Die Wirkung der abhängigen Lage über 15°.	Anmerkung.
Schwer.	Ein wenig abschüssig, oder wenigstens derartig, dass die überflüssige Feuchtigkeit durch Kanäle abgeleitet werden kann.	Plantago major (grosser Weigerich), Erysimum meiranthoides (Levköjenartiges Erysimum), Thlaspi arvensis (Wiesen-Hirtentäschchen), Potentilla anserina (Gänse- rich), Trifolium pratense (Wiesendreiblatt), Trifolium repens (kriechendes Dreiblatt), Tussilago farfara (Huflattich).	Vorzugsweise Weizen, übrigens auch jede andere Art von Getreide.	Item.	Besondere Merkmale dieser Klasse sind: grösstentheils graue, braune und schwärzliche Farbe; die Dicke der oberen Schicht beträgt 8 bis 12 Zoll auf festem Unterboden. Bei weniger guter physischer Lage oder bei andern Mängeln rangirt sich diese Klasse theilweise oder ganz in die nächstfolgenden niedrigeren Klasse. Die Pflanzen sind bei jedem Grade angegeben, die Baumarten aber folgende: Tilia europea (Linde), Ulmus campestris (gemeine Ulme), Fraxinus excelsior (Eberesche), Betula alba (Birke), Pinus silvestris (gemeine Tanne).
Mittlere	Item.	Dieselben wie in der 1. Klasse Grad c, jedoch nicht in solcher Menge; ausserdem aber: Euphrosia adontides (einzahnige Euphrose), Alchemilla vulgaris (Frauenmantel), Rumex acetosa (Sauerampfer).	Getreide aller Art.	Item.	
Mittlere	Item.	Dieselben wie in der 1. Klasse Grad d.	Alle Getreidearten, insbesondere Roggen und Gerste	Item.	
Mittlere	Item.	Bromus mollis (weiche Tresppe), Phleum pratense (Wiesenlischgras), Achillea millefolium (Schafgarbe), Vicia cracca (Vogelwicke), Rumex acetosa (Sauerampfer), Centaurea cyanus (Kornblume), Galeopsis tetrachis (stacheliger Hohlzahn), Trifolium agrarium (Ackerdreiblatt).	Alle Arten Getreide, insbesondere aber Roggen und Kartoffeln.	Item.	
Mittlere	Ein wenig abschüssig.	Lathyrus pratensis (Wiesenkiecher), Vicia cracca (Vogelwicke), Vicia angustifolia (schmalblättrige Vicke), Sinapis arvensis (gemeiner Senf), Erysimum cheiranthoides (Levköjenförmiges Erysimum), Rubus fruticosus (Brustbeere).	Vorzugsweise Roggen, Gerste, Linsen und verschiedenartige Erbsen.	Item.	

Classen.	Grade der Classen.	Gewöhnliche Benennung des Bodens.	Die Tiefe des Bodens in Zollen.	Die Bestandtheile des Bodens und besondere Merkmale.	Der Unterboden.
III.	a.	Kalter, lehmiger, kärglicher Weizenboden.	Von 6 bis 8.	60 bis 70% sich abspühlender Theile, worunter 3 bis 4% verbrannten Düngers; der Rest ist Sand, zuweilen auch Kalk. Der Boden hat ausschliesslich einen besondern lehmigen Geruch, sowie auch alle bekannte Merkmale des Lehms; die Farbe ist verschieden, nämlich: weiss, gelb, grau, schmutziggelb und röthlich. Diese Farben entstehen von der grösseren oder geringeren Beimischung von Eisen und kohlenharzigen Theilen; im feuchten Zustande wird die Erde klebrig und zergeht sogar, wenn sie aber austrocknet, so bildet sie eine Rinde mit vielen und grossen Ritzen. Die bei der Bearbeitung entstehenden Klumpen lassen sich nur mit grösster Mühe zerschlagen, insbesondere aber ist die Bearbeitung des Bodens bei feuchter oder zu trockener Witterung sehr schwierig.	Klebriger Lehm.
	b.	Mit fremden Theilen vermischter lehmiger und lehmigsandiger, mittelmässiger Roggen- und Gerste-Boden.	Von 6 bis 10.	20 bis 40% sich abspühlender Theile, worunter circa 3% verbrannten Düngers; der Rest ist Sand. Die Farbe des Bodens ist hellgrau, gelblich oder hellbraun.	Lehmig und sog nicht ganz hart. Sand verschiedener Farbe, so wie auch Kalkfliesen.
	c.	Sandiger mittelmässiger Roggenboden.	Von 6 bis 8.	10 bis 15% sich abspühlender Theile, grösstentheils pflanziger Ueberbleibsel und wenig lehmiger Theile, von verbranntem Dünger aber circa 3%.	Fester und sog nicht ganz hart. Sand.
	d.	Sandiger, grobkörniger, dunkelgrauer sog. Waldboden.	Von 6 bis 8.	Circa 20% sich abspühlender Theile, worunter viel Kohlendünger; der Rest ist grober Sand. Die Farbe des Bodens ist in trockenem Zustande grau, im feuchten aber sogar dunkelgrau.	Grober und fein nicht ganz locker. Sand von verschiedener Farbe.
	e.	Kiesichter, mit fremden Theilen vermischter lehmiger Kalkboden.	Von 7 bis 8.	Dasselbe, was in der II. Klasse sub Litt. c beschrieben worden.	»

Beschaffenheit des Bodens hinsichtlich der Bearbeitung.	Normal-Lage des Bodens.	Wildwachsende Pflanzen.	Pflanzen, die vorzugsweise in dem Boden gezogen werden können.	Die Wirkung der abhängigen Lage über 15°.	Anmerkung.
Schwierige.	Ein wenig abschüssig oder etwas hügelig.	Equisetum arvense (Waldschachtelhalm), Mentha arvensis (Krausemünze), Tussilago farfara (Huflattich), Gallium aparine (echtes Klebkraut), Anthemis cotula (stinkende Kamille), Myosotis scorpioides (scorpionenartiges Mausohr).	Besser als andere Weizen, Gerste und Hafer.	Item.	Die allgemeinen Merkmale dieser Klasse sind: Die Farbe des Bodens ist hellbraun und grau, die obere Ackerschicht 6—8 Zoll dick, der Unterboden entweder undurchdringbar oder nicht ganz lockerer Sand. Bei irgendwelchen Mängeln rangirt sich der Boden dieser Klasse entweder ganz oder theilweise in die nächstfolgende niedrigere Klasse. Die Pflanzen sind bei jedem Grade beschrieben, die Baumarten aber folgende: Tilia europea (Linde), Alnus glutinosa (Eller), Betula biscona (Birke), Populus tremula (Espe), Pinus silvestris (gemeine Tanne) und wenig Pinus abies (Fichte).
Mittlere	Abhang von mehr denn 15 0/0 schädlich.	Thlaspi bursa pastoris (Hirtentäschchen), Anchusa officinalis (Ochsenzunge), Rumex acetosa (Sauerampfer), Alchemilla vulgaris (Frauenmantel), Rhinanthus cristata (Hahnenkamm), Prunella vulgaris (Prunelle).	Besser als alle andere Roggen, Gerste und Hafer.	Item.	
Leichter.	Eben.	Rumex acetosa (Sauerampfer), Viola arvensis (Ackerviole), Campanula rotundifolia (rundblättrige Glockenblume), Spargula arvensis (Feldspark), Anthemis cotula (stinkende Kamille).	Roggen, Hafer u. Kartoffeln.	Item.	
Leicht.	Item.	Erica vulgaris (gemeines Haidekraut), Euphrosia officinalis (gemeiner Augentrost), Agrostis spica venti (Straussgras), Scabiosa columbaria (Schmalblättrige Scabiosa), Silene Behen (Leimkraut), Spargula arvensis (Feldspark).	Besser als andere Roggen, Hafer u. Kartoffeln, besonders aber Buchweizen.	—	
/	—	—	—	—	—



Classen.	Grade der Classen.	Gewöhnliche Benennung des Bodens.	Die Tiefe des Bodens in Zollen.	Die Bestandtheile des Bodens und besondere Merkmale.	Der Unterboden.
IV.	a.	Kalter, feuchter lehmiger Boden.	Von 4 bis 6.	Dasselbe, was in der III. Klasse sub Litt. a beschrieben worden, aber noch kärglicher.	—
	b.	Sumpfiger oder Torfboden.	Von 8 bis 24.	Dieser Boden enthält viel lehmiger Theile, grösstentheils aber besteht er aus sumpfiger Gartenerde oder Torf, mit Beimischung von verbranntem Dünger und vielem eisigen Sauerstoffgas. Der Boden ist in feuchtem Zustande von schwarzer, in trockenem aber dunkelbrauner und dunkelgrauer Farbe, nass, beim Berühren nicht fett, enthält keine körnigen Theilchen und hat einen sauren Geruch, ist auch weich.	Harter Sand oder harter Lehm, von verschiedener Farbe zuweilen auch von bedeutender Tiefe
	c.	Mit fremden Theilen vermischter lehmiger Boden.	Von 4 bis 6.	Dasselbe, wie in der III. Klasse sub Litt. b.	—
	d.	Verschiedenartiger sandiger Boden.	Von 4 bis 6.	Dasselbe, wie in der III. Klasse sub Litt. c.	—
	e.	Kiesichter, mit fremden Theilen vermischter lehmiger Kalkboden.	—	Dasselbe, wie in der III. Klasse sub Litt. e.	—

Beschaffenheit des Bodens hinsichtlich der Bearbeitung.	Normal-Lage des Bodens.	Wildwachsende Pflanzen.	Pflanzen, die vorzugsweise in dem Boden gezogen werden können.	Die Wirkung der abhängigen Lage über 15°.	Anmerkung.
—	—	Equisetum arvensis (Feldschachtelhalm), Ranunculus repens (kriechender Hahnenfuss), Ranunculus flammula (brennender Hahnenfuss), Nardus stricta (Bastengras), Galium aparine (Klebkraut), Ledum palustre (Porsch, auch Kuhpost), Polygonum bistorta (Schlangenknoterich).	—	—	Die allgemeinen Merkmale des Bodens dieser Klasse sind folgende: Die obere Schicht ist von heller Farbe und 4 bis 7 Zoll Dicke, entweder auf ganz undurchdringbarem oder lockerem, sandigem Boden. Bei weniger vortheilhafter physischer Lage, bei einer Dicke der obern Schicht unter 4 Zoll, und bei einer Erndte von weniger als 5 Loof pr. Loofstelle mit Einschluss der Saat, wird der Boden dieser Klasse mit Abzug $\frac{1}{5}$ oder der Hälfte des Bodens abgeschätzt. Die Pflanzen sind bei den verschiedenen Graden beschrieben, die Baumarten aber folgende: Populus tremula (Espe), Juniperus communis (Wachholder), Salix (Weide), Pinus abies (Fichte), Lychen (Moos).
Leicht.	Item.	Polygonum hydropiper (Wasserpfeffer), Epilobium angustifolium (schmalblättrige Epilobie), Carices (Riedgräser), Eriophorum polystochion (Seidenträger).	Roggen, Gerste und Kartoffeln, besser als alle anderen, insbesondere aber Timothygras.	—	
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	

Grad der Heuschläge nach deren natürlicher Beschaffenheit.	Einteilung in Grade.	Gewöhnliche Benennung der Heuschläge.	Beschaffenheit des Bodens.	Lage der Heuschläge.
A.	a.	Ausgezeichnete Heuschläge, Arro genannt.	Tiefer, ergiebiger, gartenerdiger, lockerer, lehmig-sandiger Boden.	Horizontal, eben oder nur wenig abhängig, und offen; diese Heuschläge sind oft an den Ufern von Flüssen und Seen belegen, aber keiner Ueberschwemmung ausgesetzt; auf denselben wachsen beliebige laubte Bäume der besten Art.
	b.	Gute Heuschläge.	Weniger Gartenerde, als in der vorhergehenden Abtheilung, der Lehm aber fester.	Dieselbe Lage wie in der vorhergehenden Abtheilung, oft von Ackerländereien umgeben.
	c.	Mittelmässige Heuschläge.	Die obere Schicht des Bodens nicht tief und enthält weniger Gartenerde, als die vorhergehende Abtheilung, aber mehr Sand.	Dieselbe Lage.
B.	a.	Ausgezeichnete bewässerte Wiesen und Heuschläge, welche entweder in Vertiefungen zwischen Feldern oder an Ufern von Seen und Flüssen belegen sind.	Tiefer, üppiger, lockerer, gartenerdiger, von allen Säuren befreiter Boden.	Ebene oder ein wenig zum Fluss hin abfallend oder Meeresufer abhängig; daher auch Ueberschwemmungen ausgesetzte Lage. Die Lage der Heuschläge in den Vertiefungen zwischen den Feldern ist niedriger als die der letzteren, daher auch durch das von den Feldern herabfließende Wasser gedüngt werden. Die Oberfläche dieser Heuschläge ist grösstentheils sehr eben, so dass das Gras ohne alle Hindernisse gemäht werden kann.

Feuchtigkeit.	Die vorzugsweise auf denselben wachsenden Pflanzen.	Heuerndte pro Loofstelle in $\text{t}$ :		Classen nach der Taxe.	Anmerkung.
		wirkliche Normal-Erndte.	die auf Heu mittlerer Güte umgesetzte Erndte.		
So feucht, dass das Gras sogar während der grössten Dürre nicht ausbrennt.	Phleum pratense (Wiesenlischgras), Trifolium pratense (Wiesendreiblatt), Trifolium repens (kriechendes Dreiblatt), Trifolium melilotus (Steinklee), Lathyrus pratensis (Wiesenkiecher), Lotus corniculatus (gehörnter Schotenklee), Vicia cracca (Vogelwicke), Alopecurus pratensis (Wiesenfuchsschwanz), Triticum repens (Weizen), Poa pratensis et annua (Wiesen- und einjährige Poa), Avena flavescens (Goldhafer), Dactylus glomerata (gedrängtes Knäuelgras), Carum carvi (Kümmel).	1800 bis 1200	2400 bis 1600	I  I	
Die Feuchtigkeit ist nicht überall gleich; stellenweise giebt es nasse Vertiefungen.	Dieselben Pflanzen, wachsen aber nicht so stark; ausserdem: Galium aparine (echtes Klebkraut), Rhinanthus christa galli (Hahnenkamm), Potentilla anserina (Gänserich), Leontodon taraxacum (Löwenzahn), Avena elatior et flavescens (erhabener u. Goldhafer).	900 bis 600	1200 bis 800	I  II	
Nach den Bestandtheilen des Bodens zu urtheilen, so sind sie zu schwach, die Feuchtigkeit in sich zu behalten, daher die Erndte in trockenen Jahren nicht so ergiebig ist.	Trifolium repens (kriechendes Dreiblatt), Aira caespitosa (Ackerschmele), Agrostis spica venti (Feld-Straussgras), Briza media (kleines Zittergras), Alchemilla vulgaris (Frauenmantel), Euprosia officinalis (Augentrost), Medicago falcata (sichelförmiger Schneckenklee), Medicago copulina (hopfenartiger Schneckenklee), Scabiosa columbina (schmalblättrige Scabiose), Prunella vulgaris (gemeine Prunelle), Melampyrum pratense (Wiesen-Kuhweizen).	450 bis 3600	600 bis 480	II  III	
Sehr bedeutend, insbesondere auf den bewässert werden den Heuschlägen; die anderen werden temporell mit Wasser bedeckt; nach Abfluss desselben bleiben düngende Theilchen oder Schlamm nach, daher auf diesen Wiesen die Heuerndte verschieden ist.	Aira aquatica (Wasserschmele), Rumex aquatica (Wasserampfer), Galium aparine (echtes Klebkraut), Poa aquatica (Wasser-Poa), Cynosurus cristatus (federartiges Kammgras), Ranunculus repens (kriechender Hahnenfuss), Geranium rotundifolium (rundblättriger Storchschnabel), Orchis maculata et bifolia (geflecktes und und zweiblättriges Knabenkraut), Melampyrum nemorosum (Hain-Kuhweizen), Melampyrum pratense (Wiesen-Kuhweizen), Trifolium palustre (Sumpf-Dreiblatt), Lotus corniculatus (gehörnter Schotenklee), Origanum vulgare (gemeiner Dost), — zuweilen auch: Pedicularis palustris (Läusekraut), Carex (Sandriedgräser).	2400 bis 1200	2400 bis 1200	I  I	

Grad der Heuschläge nach deren natürlicher Beschaffenheit. Eintheilung in Grade.	Gewöhnliche Benennung der Heuschläge.	Beschaffenheit des Bodens.	Lage der Heuschläge.
C.	b. Mittelmässig bewässert werdende und andere niedrig belegene Wiesenheuschläge.	Dieselbe Beschaffenheit wie in der vorhergehenden Abtheilung, aber wenig fruchtbar. Besteht aus guter Beimischung von lehmigen, sandigen und gartenerdigen Theilen; der Boden ist locker, der Unterboden aber zieht die überflüssige Feuchtigkeit in sich.	Dieselbe, wie in der vorhergehenden Abtheilung, zuweilen ist eine Wiese theilweisem Reis bewachsen. Zwischen hoch belegenen Feldern und Wäldern, die sich allmählich zu den Wiesen hinabneigen.
	c. Gute Wald- und zwischen Feldern belegene Heuschläge.		
	a. Gute nasse Wiesen.	Lockerer, eine Menge durchwundener Graswurzeln enthaltender, lehmiger, sandiger oder Torfboden, theilweise auch säuerlich.	Eine niedrige und nicht ganz ebene Lage. Diese Heuschläge sind entweder zwischen höher liegenden Ackerländereien und Wäldern oder bei Sümpfen und kleinen, ruhig fließenden sumpfigen Bächen belegen.
	b. Kargliche, in Wäldern und auf Bergen belegene Wiesen.	Trockener, sandiger und ganz lehmiger und wenig gartenerdige Theile enthaltender Boden, dessen Oberfläche oft mit grossen und kleinen Steinen und Erdhügeln, die das Mähen behindern, bedeckt ist.	Grösstentheils eine sehr abhängige und unebene Lage; wenn der Boden sehr lehmig, so ist in den Vertiefungen oft stehendes Wasser vorhanden.
D.	a. Ganz nasse oder sumpfige Heuschläge.	Reiner Sumpf, oder sumpfiger, saurer lehmiger, viel Torf enthaltender Boden; der Unterboden ist fest und lässt kein Wasser durch.	Uneben, hügelig, mit Strauchwerk und stellenweise mit Moos bewachsen.

Feuchtigkeit.	Die vorzugsweise auf denselben wachsenden Pflanzen.	Heuerndte pro Loofstelle in $\text{t}$ :		Classen nach der Taxe.	Anmerkung.
		wirkliche Normal-Erndte.	die auf Heu mittlerer Güte umgesetzte Erndte.		
Dieselbe, wie in der vorherg. Abth.; es sind aber beständig nasse Stellen vorhanden.	Dieselben Pflanzen, jedoch nicht so stark wachsend.	800 bis 600	800 bis 600	II II II	
Der Lage nach ist hinlängliche Feuchtigkeit vorhanden; da aber der Unterboden die Eigenschaft hat, das Wasser durchzulassen, so ist die Feuchtigkeit nicht schädlich, wenige Stellen ausgenommen, die stets feucht oder nass sind.	Grösstentheils dieselben, welche im Grade A, Abtheilung a, angegeben sind, jedoch nicht so stark wachsend; ausserdem: <i>Bromus mollis</i> (weiche Trespe), <i>Cynosurus cristatus</i> (federartiges Kammgras), <i>Holcus mollis</i> (weicher Holcus), <i>Briza media</i> (kleines Zittergras), <i>Chrysanthemum leucanthemum</i> (Gänseauge), <i>Prunella vulgaris</i> (gemeine Prunelle), <i>Campanula rotundifolia</i> (rundblättrige Glockenblume), <i>Cherophyllum stemulium</i> (filziger Kälberkopf).	800 bis 400	800 bis 400	II II III	
Die Wiesen sind sehr nass, so dass die Heuerndte teilweise mit Schwierigkeiten verbunden ist, und das abgemähte Gras bei nicht günstiger Witterung nach den höher gelegenen Stellen hingebracht werden muss.	<i>Poa aquatica</i> (Wasser-Poa), <i>Caltha palustris</i> (wilde Drachenwurz), <i>Ajra aquatica</i> (Wasserschmele), <i>Rumex aquatica</i> (Wasserampfer), <i>Pedicularis palustris</i> (Läusekraut), <i>Geum rivale</i> et <i>urbanum</i> (Wasser- und Land-Benedict), — u. verschiedene Arten <i>carices</i> (Sandriedgräser), wenn aber deren mehr als die Hälfte vorhanden, so rangirt sich der Heuschlag in die letzte Classe.	600 bis 400	480 bis 320	III IV	
Diese Heuschläge sind gewöhnlich sehr trocken, daher in trockenem Sommer das Gras ganz ausdörft.	<i>Rhinantus christa galli</i> (Hahnenkamm), <i>Scabiosa columbaria</i> (Tauben-Scabiose), <i>Scabiosa succisa</i> (Teufelsabbiss), <i>Lychnis viscaria</i> (Lichtnelke), <i>Lychnis flos cuculi</i> (Kuckucksnelke), <i>Veronica verna</i> (Frühlings-Ehrenpreis), <i>Euphrosia officinalis</i> (Augentrost), <i>Alchemilla vulgaris</i> (Frauenmantel), <i>Briza media</i> (kleines Zittergras), <i>Anthoxanthum odoratum</i> (wohlriechendes Kuhgras), viel <i>Nardus stricta</i> (steifes Borstengras) und stellenweise <i>Lychnis silvestris</i> (Waldmoos).	400 bis 320	320 bis 240	IV IV	
Sehr nasse und morastige Heuschläge, so dass das Heu zum Trocknen nach höher gelegenen Stellen hingebracht werden muss.	<i>Caltha palustris</i> (wilde Drachwurz), <i>Polygonum</i> (Knöterich), <i>Juncus</i> (Binsen), <i>Carices</i> (Riedgräser), <i>Eriophorum polystachion</i> (Seidenträger), <i>Equisetum arvense</i> (Feldschachtelhalm), <i>Equisetum palustre</i> (Sumpfschachtelhalm), <i>Triglochon palustre</i> (Sumpfdreizack), <i>Epilobium angustifolium</i> (schmalblättrige Epilobie), <i>Comarum palustre</i> (Sumpfblutauge), <i>Phalaris arundinacea</i> (rohrartiges Glanzkraut), <i>Cicuta virosa</i> (Wasserschierling), <i>Ranunculus flammula</i> (kleiner Hahnenfuss), <i>Menyanthes trifoliata</i> (Fieberklee).	—	—	IV	

## VIII.

Das Original-Project ist von Sr. Hohen Excellenz dem Herrn Chef des Ministeriums der Reichs-Besitzlichkeiten unterzeichnet: «zu erfüllen den 4. Juni 1859».

## Project

der Instruction über die Regulirung der Krons-Güter in den Ostsee-Gouvernements.

Erster Abschnitt. Ueber die Beamten hinsichtlich der Regulirung.

---

Zweiter Abschnitt. Ueber die Regulirungs-Ausführung.

---

Drittes Capitel. Ueber die Bonitirung der Ländereien.

§ 34. Bei Bestimmung der Ertragsfähigkeit der Garten- und Acker-Ländereien sind in Betracht zu ziehen: 1) Die äussern, die Güte des Bodens bestimmenden, Merkmale der Ackerkrume. — 2) Die Gattung des Untergrundes, ob Lehm, Sand, Grand, Steine oder Fliesen. — 3) Der Durchschnitts-Ertrag früherer Jahre, falls solcher zu ermitteln ist, zur Vergleichung mit dem nach den äussern Kennzeichen des Bodens anzunehmenden Normal-Ertrage.

§ 35. Bei Unterscheidung der äussern Merkmale hat man zu sehen: 1) Auf die Haupt-Bestandtheile des Bodens, auf die Tiefe der Ackerkrume, und auf die Feuchtigkeit des Untergrundes. — 2) Auf die Lage des Bodens, ob hügelig oder eben, hoch oder niedrig gelegen, geschützt gegen Norden, und nach welcher Weltgegend hingeneigt. — 3) Auf die Beschaffenheit der umliegenden Gegend, ob sumpfig, waldig, trocken oder feucht.

§ 36. Ausserdem ist bei der Bonitirung der Wiesen zu berücksichtigen: 1) Deren Lage, ob zwischen den Ackerfeldern und in Wäldern, oder von denselben entfernt. — 2) Die das Wachsthum und das Aberndten des Grases etwa hindernden grossen Ueberschwemmungen. — 3) Die das Wachsthum des Grases etwa fördernden, zeitweiligen Ueberschwemmungen. — 4) Deren Beschattung, zur Erhaltung der nöthigen Feuchtigkeit. — 5) Deren Reinigung von Hümpeln und Moos. — 6) Die Gattung und Dichtigkeit der auf ihnen wachsenden Gräser, und endlich — 7) Die Aberndtungs-Weise, ob in jedem Jahre, oder ein Jahr um das andere.

§ 37. In Anleitung dieser Regeln werden nach den angeschlossenen Classifications-Tabellen A und B, Garten- und Ackerländereien in 6 Klassen und die Wiesen-Ländereien in 4 Haupt-Klassen, d. h. in trocken gelegene, auf Bergen oder im Walde belegene, überschwemmte und morastige Wiesen eingetheilt, während die Acker-Teiche in 6 Klassen, die Busch-Ländereien in 4 Klassen, und die Weide-Ländereien in 3 Klassen, d. h. in gute, mittelmässige und in schlechte zerfallen. \*)

§ 38. Ländereien, die nicht in Nutzung stehen, aber nach ihrer Beschaffenheit zum Acker- oder Wiesenbau sich eignen, werden zu diesem Endzweck bestimmt, und nach Massgabe der Merkmale der betreffenden Classe zugezählt.

---

\*) Besondere Classifications-Tabellen für Ackerteiche, Busch- und Weideländereien sind nicht publicirt worden.

§ 39. Die Bonitirung der Garten- und Acker-Ländereien wird nach Anleitung der Classifications-Tabelle A vorzugsweise in trockener Jahreszeit, wenn das Getreide noch auf dem Felde steht, oder das Feld gepflügt worden, nicht für jeden einzelnen Ackerland-Antheil besonders, sondern für ganze Felder im Allgemeinen bewerkstelligt.

§ 40. Nachdem der Bonitirer das ganze Feld in Augenschein genommen, seine Aufmerksamkeit vornehmlich auf die Hauptmerkmale der Fruchtbarkeit gerichtet und dabei die Anhöhen und Niederungen vergleichend zusammengestellt hat, giebt er durch Ausgleichung der einzelnen kleineren Theile der höheren oder niedrigeren Bodenklassen gegen einander, den Durchschnitt der Ertragsfähigkeit des ganzen Feldes durch eine einzige Klasse an. Bei grössern Abweichungen ist das Acker-Feld zu  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{3}{4}$  in die zunächst höhere oder niedrigere der 6 Ackerland-Klassen zu lociren.

§ 41. Auf ähnliche Weise ist der Ertrag der Wiesen, welche entweder bald vor oder bald nach dem Grasschnitt zu bonitiren sind, in Anleitung der Classifications-Tabelle B festzustellen. Dabei ist eine zu grosse Anzahl der durch Ertrag an Heu bedingten Unterklassen zu vermeiden und nach dem Durchschnitts-Ertrage der Gräser, so wie nach den örtlichen Ermittlungen der Ertrag an Mittelheu in Pud von der Dessätine anzugeben.

§ 42. Dieser Durchschnitts-Ertrag an Heu mittlerer Güte, d. h. Mittelheu, wird im Messungs- und Bonitirungs-Register nach den in der Tabelle B angegebenen 4 Haupt-Classen, und den durch den Ertrag an Mittelheu bedingten Unter-Classen aufgeführt.

§ 43. In dem Verschlage über die Schätzung der Wiesen-Ländereien sind dieselben mit der Total-Summe des Flächen-Raumes und des Heu-Ertrages mittlerer Güte für jede Classe anzugeben.

§ 44. Bei der Umwandlung des Heues verschiedener Güte in Mittelheu oder in Heu der III. Classe hat der Boniteur zu rechnen:

100 Pud Heu I. Classe	gleich	150	} Pud Mittelheues.
100   "   " II.   "   "		125	
100   "   " III.   "   "		100	
100   "   " IV.   "   "		75	

§ 45. Die Weide-Ländereien werden, je nach den Haupt-Bestandtheilen des Bodens, nach ihrem Graswuchse und ihrer höheren oder niedrigeren Lage mit Ausgleichung der geringern Verschiedenheiten, nach den Merkmalen der niedrigeren Wiesen-Landklassen in 3 Classen, d. h. in gute, mittlere und schlechte eingetheilt.

§ 46. Landparcellen von weniger als einer halben Dessätine Grösse sind nicht besonders zu bonitiren, sondern rücksichtlich ihrer Classification den angrenzenden Ländereien beizuzählen.

#### Fünftes Capitel. Ueber die Taxation der zum Gute gehörigen Ländereien.

§ 65. Nach stattgehabter Ausführung der Bonitirung und Vertheilung der Ländereien nach der neuen Eintheilung, werden die Ackerland-Antheile je nach Beschaffenheit ihrer Bestandtheile und nach ihrem Verhältniss zu einander, sowie nach anderen günstigen oder ungünstigen Umständen in Kataster-Kategorien gebracht, welche den rationellen Werth jedes Pachtstückes bezeichnen.



§ 66. Da die Ackerländereien den Hauptbetriebzweig der Landwirthschaft bilden, und die Wiesen und Weiden nur eine nothwendige Zugabe zu denselben sind, so wird der Grundzins nicht für die verschiedenen Landgattungen jeden Pachtstückes besonders, sondern nur für die Garten- und Ackerländereien zusammen nach dem Werthe der vorherrschenden Klasse mit Berücksichtigung der günstigen oder ungünstigen Umstände, nach folgenden, der Güte der Aecker entsprechenden Kategorie-Preisen festgesetzt:

Kategorie I.	zu 1060	⌘	Rog. mit Zuschlag bis 10 %.
„ I.	1060	„	ohne Zuschlag.
„ II.	920	„	„
„ III.	780	„	„
Mittel-Kat. A.	700	„	„
Kategor. IV.	640	„	„
Mittel-Kat. B.	550	„	„
Kategor. V.	500	„	„
Mittel-Kat. C.	400	„	„
Kategor. VI.	360	„	„
„ VI.	360	„	mit Abschlag bis 50 %.

§ 67. Da bei der Werthbestimmung eines Pachtstückes ausser der Fruchtbarkeit der Aecker auch alle andern auf den landwirthschaftlichen Betrieb Einfluss habenden günstigen oder ungünstigen Umstände zu berücksichtigen sind, wie das Verhältniss der Grösse und Güte der Wiesen und Weiden zum Ackerlande, die Entfernung vom Absatze der Produkte, die mehr oder weniger vollkommene Arrondirung des Pachtstückes, so kann dasselbe in Betracht dieser Umstände einer der höheren oder niedrigeren Kataster-Kategorien beigezählt werden, wenngleich es nach den Eigenschaften der dazu gehörenden Acker-Ländereien nicht dahin gehört.

§ 68. In Bezug auf die Versetzung eines Pachtstückes aus einer niedrigeren Kataster-Kategorie in eine höhere, und umgekehrt, werden nachstehende Regeln festgesetzt: Die Zuzählung zu einem höhern Kataster findet statt:

- 1) Bei einem das Normal-Verhältniss zu den Acker-Ländereien um 50 und mehr Procent übersteigenden Quantum an Wiesenheu;
  - 2) Beim Vorhandensein eines nicht weniger als ein Viertel sämmtlicher Acker-Ländereien umfassenden Ackerstückes aus einer höheren Kategorie, und bei gleichzeitigem Ueberfluss an Wiesen-Heu von 10 und mehr Procent über den Normal-Bedarf;
  - 3) Wenn ein Viertel des Ackerareals seiner Qualität nach zur höhern Kategorie gehört, und dabei ein das Normal-Verhältniss um ein Drittel und mehr übersteigende Menge Weideland vorhanden ist;
  - 4) Wenn die vorhandenen Wiesen und Weiden die Normal-Proportion übersteigen, und das Pachtstück dabei aus einem wohlarrondirten Stück besteht, so dass der Vervollkommnung der Wirthschaft keine Hindernisse entgegenstehen.
- Die Zuzählung zu einem niedrigeren Kataster findet statt:
- 1) Bei einer nach dem Normal-Verhältniss zum Acker um 50 und mehr Procent zu geringen Qualität Wiesenheus;
  - 2) Wenn ungefähr der vierte Theil des Ackerareals zur niedrigeren Kategorie gehört, und dabei das Quantum des Wiesenheues um 10 und mehr Procent unter dem Normal-Bedarf steht.
  - 3) Wenn ungefähr der vierte Theil des Ackerareals zur niedrigeren Kategorie gehört, und dabei ein zum Normal-Verhältniss um ein Drittel und mehr zu geringes Weideland vorhanden ist;

- 4) Wenn die Quantität der Wiesen und Weiden unter der Normal-Proportion steht, und dabei einige Nutzungen des Pacht-Stückes streubelegen sind, so dass der Vervollkommenng der Wirthschaft Hindernisse entgegenstehen.

§ 69. Die Mittel-Kategorien sind für den Fall festgesetzt, wenn es unthunlich erscheint, ein Pachtstück irgend einer der 6 Kategorien beizuzählen, weil die Zuzählung zur höheren Kategorie den Pächter benachtheiligen, die Versetzung in die niedrigere Kategorie aber dem wirklichen Ertrage nicht entsprechen würde.

§ 70. Für die höchste Kategorie ist bei besonderen Vorzügen des Pachtstückes ein Zuschlag bis 10 Procent und für die niedrigste bei besonderen Mängeln ein Abschlag bis 50 Procent zulässig.

§ 71. Alle in eine und dieselbe Kategorie locirten Pachtstücke unterliegen einer gleich hohen Grundzins-Ausrechnung für jede Dessätine der zu derselben gehörenden Garten- und Acker-Ländereien.

§ 72. Bei der Ertrags-Berechnung der Hofes-Ländereien ist die Vertheilung der Acker-Ländereien in mehrere Kategorien zulässig, indem man den Werth für jeden Ackerland-Anteil je nach der Kategorie, zu welcher er gehört, berechnet.

§ 73. Das Resultat der, nach diesen Regeln ausgeführten Taxation eines jeden Landstückes giebt den Brutto-Land-Ertrag in Pfund Roggen.

§ 74. Der Werth des in Pfund Roggen berechneten Land-Ertrages ist nach den letzten 12jährigen Durchschnitts-Preisen des Roggens in den Kreisen, mit Weglassung von zwei Jahren der höchsten Preise der nachbleibenden 10 Jahre mit einem Abschlage von 10 Procent in Geld umzuwandeln.

§ 75. Der auf diese Weise von der Palate der Reichs-Domänen festgesetzte, und vom Minister bestätigte Werth des Roggens hat für die nächsten zwölf Jahre Geltung.

§ 76. Der bei der Regulirung in Pfund Roggen berechnete Land-Ertrag der Pachtstücke ist alle zwölf Jahre nach dem alsdann auf die vorgeschriebene Weise festzusetzenden Durchschnitts-Preise des Roggens in Geld umzuwandeln, und um 5 bis 10 Procent zu erhöhen.

§ 77. Zur Verification des berechneten Grund-Zinses sind die mittleren Pacht-Preise für die Dessätine Ackerland der in demselben Kirchspiele belegenen Privat-Güter von 3 zu 3 Jahren zu ermitteln.

§ 78. Diese Durchschnitts-Pacht-Preise sind durch besondere örtliche Comiteen zu ermitteln, welche nach dem Ermessen des Gouvernements-Chefs aus dem Adels-Marschall, einem Beamten der Reichs-Domänen und aus einem oder zwei erfahrenen Landwirthen bestehen.

§ 79. Die auf solche Weise ermittelten Durchschnitts-Pacht-Preise der Privat-Güter sind vom Baltischen Regulirungs-Chef und der Palate der Reichs-Domänen, bei Durchsicht der Projecte der Regulirungs-Inventarien, zu berücksichtigen. Dieselben sind ermächtigt, den bei der Regulirung berechneten Grund-Zins in dieser Grundlage dergestalt zu erhöhen, oder zu erniedrigen, dass der Zins auf den Krons-Gütern, im Vergleich zum durchschnittlichen Zins der Privat-Güter, nicht mehr als um 20 Procent geringer ist.

§ 80. Das überflüssige Heu mittlerer Güte ist nur bei einer, das Normal-Verhältniss zum Acker um Vieles übersteigenden Menge, ebenso wie das Heu von allen, eine selbständige Revenue gebenden, Wiesen mit dem Rein-Ertrage von 3 bis 10 Kop. pro Pud zu schätzen.

§ 81. Für die Acker-Teiche, welche im Vergleich zu den Acker-Ländereien durchschnittlich einen geringeren Ertrag geben, weil sie nach zwei Sommerfrüchten mehrere Jahre unter Wasser stehen, sind folgende Taxen festgesetzt:

Klasse I. zu 820 ₣	Klasse IV. zu 530 ₣
• II. » 720 »	• V. » 435 »
• III. » 625 »	• VI. » 340 »

§ 82. Von den Busch-Ländereien ist der Pacht-Zins dem dritten Theile der Acker-Ländereien einer und derselben Klasse gleich zu rechnen, und zugleich ist der Stroh-Ertrag ebenso wie bei den Acker-Teichen nicht zu berechnen.

§ 83. Betrifft die nicht mehr existirenden Reserve-Ländereien.

§ 84. Wo die bei der früheren Regulirung vertheilten Weiden ganz oder theilweise zu Aeckern urbar gemacht worden, ist  $\frac{1}{3}$  derselben gar nicht und  $\frac{2}{3}$  nach dem Werthe der Acker-Ländereien zu schätzen.

---

#### Vierter Abschnitt. Von der Ertrags-Berechnung der Güter.

§ 106. Der Brutto-Landertrag eines Gutes besteht aus dem nach den Normal-Tabellen in Pfund Roggen berechneten Ertrage sämmtlicher zum Gute gehörigen Ländereien.

§ 107. Durch Abrechnung der im § 108 sub a aufgeführten Abzüge vom Brutto-Landertrage stellt sich der Netto-Landertrag und durch Zurechnung des Netto-Ertrages der übrigen Guts-Nutzungen der Total-Ertrag, sowie durch Abrechnung der im § 108 sub b aufgeführten Abzüge hiervon der Anschlags-Ertrag heraus, welcher nach Abzug der im § 109 aufgeführten Steuern den Rein-Ertrag des Gutes giebt.

§ 108. Nach den bestehenden Verordnungen sind in Abrechnung zu bringen:

a) Von dem in Geld umgewandelten-Brutto-Landertrage:

- 1) Bei den Höfen: a) 15 % Sustainments-Kosten, b) Abzüge für fehlendes Brennholz.
- 2) Bei den Bauer-Gesinde: a) an Sustainments-Kosten und für Ueberrahme der öffentlichen und Communal-Leistungen im Kurländischen Gouvernement,  $33\frac{1}{3}$  Procent, in Livland und auf der Insel Oesel, wo die öffentlichen Leistungen geringer sind, 25 Procent. b) Abzüge für fehlendes Brennholz.

b) Vom Total-Ertrage:

I. Allgemeine Landes-Abgaben und Steuern, nach dem 6jährigen Durchschnitt:

- 1) Die Ritterschafts-Abgaben.
- 2) Die Lieferung der Postirungs-Fourage.
- 3) Die Geldzahlung und Material-Lieferung zu Stations-Bauten.
- 4) Die Ausgaben zur Erhaltung der Brücken, Wegweiser, Taxen, Werst- und Grenz-Pfosten etc.
- 5) Die Beiträge zu den Kanzlei-Bedürfnissen der Ober-Kirchenvorsteher-Aemter.

- 6) Die Lieferungen für Gymnasial-Lehrer und Armen-Anstalten im Kurländischen Gouvernement.

II. Gutsprästandes nach dem 6jährigen Durchschnitt:

- 1) Die Erhaltung, Beheizung und Beleuchtung der in den Guts-Grenzen befindlichen Etappen-Commando-Stationen.
- 2) Die Gebühren der Prediger, Küster, Vorsänger und Mäkler.
- 3) Die Beiträge zur Erhaltung von Organisten und Glockenläutern, sowie zum Ankauf von Kirchen-Wein.
- 4) Der auf das Gut fallende Bau-Antheil für Kirchen, Prediger- und Küster-Wohnungen und für Quartier-Häuser.
- 5) Der Postbotenlohn.
- 6) Die Beiträge zu den Kanzlei-Brdürfnissen der Krons-Gemeinde-Gerichte im Kurländischen Gouvernement.

III. Verschiedene Abzüge:

Drei Procent Renten von der auf einigen Gütern der Livländischen Gouvernements lastenden Meliorations-Schuld.

§ 109. Vom Anschlags-Ertrage sind nach § 208 der Regulirungs-Verordnung in Abzug zu bringen:

- 1) Die Getränke-Steuer zu 58 Kop. von jeder zum Gute verzeichneten männlichen Revisions-Seele.
- 2) Die Accise-Steuer zu 5 Rbl. für jeden Krug und jede Schenke.
- 3) Vier Procent des Anschlags-Ertrages zum Besten des Oekonomie-Capitals.
- 4) Procente in wechselndem Betrage zur Tilgung der im Livländischen Gouvernement auf einigen Krons-Gütern lastenden Meliorations-Schuld.

§ 110. Betrifft die Gleichung zwischen Frohne und Grundzins.

---

**T a**  
**über die Klassificati**

Klasse.	Uebliche Benennung des Bodens.	Tiefe der Ackerkrume in Zollen.	Bestandtheile und besondere Kennzeichen des Bodens.
I.	a. Schönerschwarzerdiger mit Thon gemischter Boden, oder ausgezeichneter Weizenboden.	m e h r u n d 9 Z o l l	50 bis 60 % Thon, nicht unter 6 % Humus und Uebrige Sand mit mehr oder weniger Kalk. In feuchtem Zustande ist die Farbe des Bodens schwarz oder dunkelschwarzbraun, in trockenem dunkelgrau oder dunkelbraun. Feucht ist die Erde beim Anfühlen fett und weich, trocken und zerrieben fühlt sie sich weich an, und die beim Pflügen sich bildenden Klösse lassen sich bei gutem Wetter leicht zerkleinern. In feuchtem Zustande klebt die Erde an den Füßen und hat einen eigenthümlichen Thonartigen Geruch.
	b. Schönerschwarzerdiger mit Thon und fremdartigen Theilen gemischter Boden. Guter Weizen- und ausgezeichneter Gerstenboden.	9 Z o l l	40 bis 50 % Thon, nicht unter 6 % Humus, und Uebrige Sand mit mehr oder weniger Kalk. Die Farbe ist der erstgenannten Gattung gleich; sie fühlt sich fett an, ist aber nicht sehr weich, und der Sandgehalt ist sichtbar. In feuchtem Zustande klebt diese Erde an den Füßen, und die beim Pflügen sich bildenden Klösse lassen sich mit der Egge zerkleinern.
	c. Schwarzerdiger angeschwemmter mit weniger Thon untermischter Boden. Guter Gerstenboden.	9 Z o l l	30 bis 40 % Thon, und nicht unter 5 % Humus, und Uebrige Sand mit etwas Kalk. Beim Anfühlen ist die beigemischte Sand durch's Gefühl erkennbar. Der Boden ist in feuchtem Zustande ohne Thongeruch und klebt nicht an der Zunge, wie der Lehm Boden. In feuchtem Zustande lassen sich die beim Pflügen sich bildenden Klösse leicht zerkleinern. Wenn der Boden nass ist, klebt er ein wenig an den Füßen.
II.	a. Guter schwarzerdiger, feinkörniger und thonhaltiger Boden. Mittlerer Weizenboden.	7 bis 8 Z o l l	50 bis 60 % Thon, nicht unter 5 % Humus, und Uebrige Sand mit mehr oder weniger Kalk. Die übrigen Merkmale sind denen der Klasse Ia. ähnlich, bei mäßiger Bindung und stärkerem Thongeruch.
	b. Guter Humushaltiger mit Thon und fremden Theilen gemischter Boden. Guter Gerstenboden.	8 Z o l l	30 bis 40 % Thon, bis 5 % Humus, und das Uebrige Sand mit etwas Kalk. Die übrigen Merkmale sind denen der Klasse Ib. ähnlich, nur ist dieser Boden beim Anfühlen nicht so fett.
	c. Guter Humushaltiger sandiger Boden. Ausgezeichneter Roggenboden.	7 Z o l l	25 bis 35 % Thon, bis 5 % Humus, und das Uebrige Sand; in feuchtem Zustande von schwärzlicher Farbe und klebrig, in trockenem von dunkelgrauer oder dunkelbrauner Farbe, und rauh beim Anfühlen.

## e l l e

## der Ackerländereien.

Litt. A.

Untergrund.	Bearbeitung.	Wildwachsende Pflanzen.	Anmerkungen.
Derselbe unterscheidet sich wenig von der oberen Erdschicht, nur ist er klebriger, da er nicht Humus enthält. Der mergelhaltige Untergrund ist sehr vortheilhaft, wenn die Ackerkrume nicht zu tief ist, und beim Pflügen mit Mergel gemischt werden kann. Durchlassend.	schwer.	<i>Trifolium pratense</i> (gemeiner Klee), <i>trifolium repens</i> (weisser Klee), <i>leontodon taraxacum</i> (Löwenzahn), <i>arctium lappa</i> (gemeine Klette), <i>carduus crispus</i> (krause Distel), <i>plantago major</i> (grosser Wegerich), <i>urtica divica</i> (grosse Brennnessel), <i>fumaria officinalis</i> (Erdrauch, Feldraute), <i>potentilla anserina</i> (Gänse-Fünffingerkraut).	Bei Classifikation der Ackerlandgrundstücke ist die Lage derselben sehr zu berücksichtigen. Sehr günstig ist eine geringe Neigung nach Südwest, weil die überflüssige Feuchtigkeit abfliessen, und die Nord-Ost-Winden nicht schaden können. Dagegen ist eine Neigung nach Norden oder Osten wegen des nachtheiligen Einflusses der daher wehenden Winde ungünstig. Ausserdem ist der mehr oder weniger nachtheilige Einfluss der die Aecker umgebenden Moräste, Wälder, Berge etc. zu berücksichtigen. Die Lage der Aecker in der Nähe des Meeres und die dadurch mögliche Düngung mit Seetang giebt Veranlassung zur Steigerung der Classifikation.
Feiner Sand oder Lehm mit Mergel, daher weniger durchlassend als Ia.	schwer.	<i>Geranium</i> (Storchschnabel), <i>galeopsis versicoloris</i> (bunter Hohlzahn), <i>lathyrus pratensis</i> (Wiesen-Platterbse), <i>vicia angustifolia</i> (Vogelwicke), <i>plantago lanceolata</i> (langblättriger Wegerich), <i>thlaspi bursa pastoris</i> (Hirtentasche), <i>sinapis arvensis</i> (Ackersenf), <i>achillea millefolium</i> (Schafgarbe).	
Fast weisser Sand, gelblicher Sand oder Kalkstein.	leicht.	Wie bei I b., nur schwächer.	
Wenig von der oberen Erdschicht verschieden, aber ohne Humusgehalt.	schwer.	<i>Erysimum cheirantoides</i> (Lockartiger Hederich), <i>tussilago farfara</i> (Huflattig), <i>raphanus raphanistrum</i> (Ackerrettig).	
Lehm und sandiger Lehm.	mittelschwer.	Wie bei I b., nur schwächer.	
Feiner fester Sand, oder mit fremdartigen Theilen gemischter Thon verschiedener Farbe.	leicht.	<i>Chenopus</i> (Gänsefuss), <i>sinapis arvensis</i> (Ackersenf), <i>achillea millefolium</i> (Schafgarbe), <i>bromus mollis</i> (weichhaarige Tresse), <i>vicia angustifolia</i> (schmallblättrige Wickel), <i>vicia cracca</i> (Vogelwicke), <i>anthemis cotula</i> (Hundscamille).	

Klasse.	Uebliche Benennung des Bodens.	Tiefe der Ackerkrume in Zollen.	Bestandtheile und besondere Kennzeichen des Bodens.
III.	a. Mittelmässig thonhaltiger Boden. Schwacher Weizenboden.	7 Zoll.	50 bis 60 % Thon, nicht unter 4 % Humus, und Uebrige Sand fast ohne Beimischung von Kalk. Farbe ist im trockenen Zustande dunkelbraun oder grau; in feuchtem schwärzlich; die übrigen Merkmale sind denen der Klasse Ia. ähnlich. In feuchtem Zustande klebrig, an die Ackerwerkzeuge anklebend und Klösse bildend, die sich schwer mit der Egge zu kleinern lassen.
	b. Gewöhnlicher mit fremden Theilen gemischter Thonboden. Gerstenboden.	6 bis 6	30 bis 40 % Thon, bis 4 % Humus, und das Uebrige Sand, fast ohne Beimischung von Kalk; die übrigen Merkmale sind denen der Klasse Ib. ähnlich. Da dieser Boden mehr Sand enthält, so ist er lockerer und beim Anfühlen rauher, und da er ferner weniger Humus enthält, so ist die Farbe auch heller.
	c. Guter sandiger Boden, oder guter Roggenboden.	6	20 bis 30 % Thon, nicht unter $3\frac{1}{2}$ % Humus, und das Uebrige Sand. Die übrigen Merkmale sind denen der Klasse IIc. ähnlich.
IV.	a. Kalter, thonhaltiger Boden, unzuverlässiger Weizenboden, guter Haferboden.	6 Zoll.	60 bis 70 % Thon, nicht unter $3\frac{1}{2}$ % Humus, und das Uebrige Sand. Dieser Boden ist in trockenem Zustande von weisslicher, hellgrauer und röthlicher Farbe; in feuchtem dunkler. Beim Anfühlen in nassem Zustande zähe, hat er einen eigenthümlichen Thongeruch. Nach starkem Regen zerfließt er, und bei Dürre bildet sich eine Kruste mit Ritzen. Die beim Pflügen sich bildenden Klösse sind schwer zu zerbröckeln.
	b. Mit fremden Theilen oder mit Sand und fremden Theilen gemischter Thonboden. Schwacher Gerstenboden.	5 bis 5	20 bis 40 % Thon, gegen $3\frac{1}{2}$ % Humus und das Uebrige Sand mit dunkelgrauer, gelblicher oder hellbrauner Farbe. Die übrigen Merkmale sind denen der Klasse III b. ähnlich.
	c. Mittelmässiger, sandiger und Roggenboden.	5	15 bis 20 % Thon, bis $3\frac{1}{2}$ % Humus und das Uebrige Sand. Er fühlt sich rau an und sieht im feuchten Zustande dunkler, im trockenen hellgrau oder hellbraun aus.
V.	a. Kalter und zäher Thonboden.		70 bis 80 % Thon, nicht unter 3 % Humus und das Uebrige Sand mit Eisentheilen. Er fühlt sich im trockenen Zustande nicht fett an und klebt an der Zunge; im feuchten Zustande ist er sehr zähe und hat einen starken Lehmgeruch.

Untergrund.	Bearbeitung.	Wildwachsende Pflanzen.	Anmerkungen.
Wenig von der Obererde verschieden und ohne Humus.	schwer.	Plantago major (grosser Wegerich), erysimum cheirantoides (Lockartiger Hederich), thlaspi arvense (Ackertaschenkraut), potentilla anserina (Gänsefüngerkraut), trifolium pratense (rother Wiesenklée), trifolium repens (weisser Klée), tussilago farfara (Huflattig), raphanus raphanistrum (Ackerrettig).	
Mit Thon gemischter oder lehmiger Sand.	mittel-leicht.	Euphrasia odontides (rother Augentrost), alchemilla vulgaris (Frauenmantel), rumex acetosus (Sauerampfer), arctium lappa (gemeine Klette), anthemis vulgaris (gemeine Kamille).	
Mehr oder weniger fester thonhaltiger Sand verschiedener Farbe.	leicht.	Bromus mollis (weichhaarige Tresse), phleum pratense (Wiesenlischgras), achillea millefolium (Schafgarbe), vicia cracca (Vogelwicke), rumex acetosus (Sauerampfer), centaurea cyanus (blaue Kornblume), trifolium agrarium (goldfarbiger Klée).	
Unfruchtbarer Lehm.	schwer.	Wie bei III a., nur schwächer.	
Durchlassender sandiger Thon.	leicht.	Wie bei III b., nur schwächer.	
Grobkörniger und feiner aber nicht ganz lockerer Sand verschiedener Farbe.	leicht.	Wie bei III c., nur schwächer.	
Zäher mit Eisentheilen gemischter Lehm.	schwer.	Equisetum arvense (Ackerschachtelhalm), mentha arvensis (Ackermünze), tussilago vulgaris (gemeiner Huflattig), galium aparine (Klebkraut), anthemis cotula (Hundskamille), myosotis arvensis (Ackervergissmeinnicht oder Mäuseöhrchen).	



Klasse.	Uebliche Benennung des Bodens.	Tiefe der Ackerkrume in Zollen.	Bestandtheile und besondere Kennzeichen des Bodens.
VI.	b. Lehmiger Sand oder mit Sand gemischter Lehm Boden.	4 bis 6 Zoll.	20 bis 40 % Thon, nicht unter 2 % Humus und 1 % Uebrig Sand von grauer oder hellbrauner Farbe. Die übrigen Merkmale sind denen der Klasse IV ähnlich.
	c. Sandiger Lehm Boden verschiedener Art, sogenannter Waldboden.	4 bis 6 Zoll.	15 bis 20 % Thon, gegen 2 % Humus, sonst wie Klasse IV mit dunkler Farbe des nur auflöslchen Humus und harzigen Theile wegen.
	d. Guter Moor- oder Torfboden.	4 Zoll und darüber.	10 bis 15 % Thongehalt. Schwarze Moorerde oder Torf mit vielem Humus, der entweder Säure enthält, oder unauflöslch ist, und mit Eisenoxyd. Der Boden erscheint in feuchtem Zustande als eine schwarze, und in trockenem als eine dunkelgraue und dunkelbraune lockere Erde.
	a. Kalter zäher thonhaltiger Boden.	4 Zoll.	Er enthält bis 2 % Humus, und die Merkmale sind denen der Klasse Va. ähnlich.
	b. Dürftiger Thonboden, oder sandiger Thonboden.	3 bis 4 Zoll.	Er enthält an Humus nicht mehr als 1½ % und die Merkmale sind denen der Klasse Vb. ähnlich.
	c. Dürftiger sandiger Waldgrund.	3 Zoll.	Er enthält gegen 1½ % Humus, und die Merkmale sind denen der Klasse Vc. ähnlich.
	d. Sumpfiger oder Torfboden.	verschiedene, bisweilen bedeutende Tiefe.	Er besteht aus lockeren Theilen meist aus Pflanzüberresten und aus sumpfiger schwarzer Erde oder aus Torf mit einer Beimischung von unauflöslchen Humus und Eisenoxyd, sowie mit wenigem Sande und Lehmtheilen. Er sieht im feuchten Zustande schwarzbraun und schwarz aus und ist im trockenen Zustande sehr leicht, von heller und bunter Farbe, die von Eisentheilen herrührt.

Untergrund.	Bearbeitung.	Wildwachsende Pflanzen.	Anmerkungen.
Sandiger mit kleinen Steinen gemischter Lehm.	leicht.	Thlaspi bursa pastoris (Hirtentasche), anchusa officinalis (Ochsenzunge), rumex acetosus (Sauerampfer), chinanthus crista galli (Läusekraut), prunella vulgaris (Prunelle), alchemilla vulgaris (Frauenmantel).	
Feiner und grobkörniger Sand von verschiedener Farbe.	leicht.	Rumex acetosus (Sauerampfer), viola arvensis (Ackerveilchen), campanula rotundifolia (rundblättrige Glockenblume), spargula arvensis (Ackerspargel), anthemis cotula (Hunds-kamille), erica arvensis (Besenheide), euphrasia officinalis (gewöhnlicher Augentrost), agrostis spicaventi (Straussgras), scabiosa columbaria (Taubenscabiose), silene behen (gemeine Silene).	
Fester Sand oder fester Lehm verschiedener Farbe.	leicht.	Ledum palustre (Porsch), polygonum bistorta (Nattern-Knöterich), polygonum hydropiper (pfefferartiger Knöterich), epilobium angustifolium (schmalblättriges Weideuröschen), carices (Riedgräser), eriophorum polystachion (Woll- oder Flachsgras).	
Zäher mit Eisentheilen vermischter Lehm von verschiedener Farbe.	schwer.	Pflanzen der Klasse Va. Ausserdem: Ranunculus flammula (brennender Hahnenfuss), ranunculus repens (kriechender Hahnenfuss), nardus stricta (Bastengras).	
Sandiger mit kleinen Steinen vermischter Lehm.	leicht.	Wie bei Klasse Vb.	
Sand verschiedener Art, sogar röthlicher und gelber lockerer Sand.	leicht.	Ausser den Pflanzen der Klasse Vc. noch: Polypodium (Farnkraut).	
Fast immer zäher Thon.	leicht.	Wie bei Klasse Vd., nur schwächer.	

## IX.

Auf dem Original ist vom Herrn Minister der Reichsdomänen verschrieben: «Bestätige 14. April 1866.»  
St. Petersburg.

**Instruktion**

zur Bewerkstelligung der Regulirung der Kronsbesitzlichkeiten in den  
Baltischen Gouvernements.

Th. I. Von der Ordnung der Ausführung der Regulirungs-Arbeiten. §§ 1—33.

Th. II. Von den technischen Maassnahmen zur Ausführung der Regulirung. §§ 34—135.

Hauptstück I. Die Abgrenzung der Bauerländereien von den Hofesländereien, und die Bestimmung der Reserveländereien zur Versorgung der landlosen Bauern und der Lostreiber. §§ 34—47.

Hauptstück II. Verfahren hinsichtlich der Taxation des Landes. §§ 48—90.

II. *Eintheilung der Ländereien nach den Nutzungen und dem relativen Werthe.*

§ 52. Die der Taxation unterliegenden Ländereien werden nach der Art ihres tatsächlichen Gebrauchs in Nutzungen eingetheilt.

§ 53. In der Zahl der Nutzungen sind bei der Taxation zu unterscheiden: a) Ackerländereien; b) Heuschläge; c) Viehtriften und Weiden, und d) Hausplätze, d. i. Land, auf welchem die Gebäude, Hofraum, Obst- und Gemüsegärten sich befinden.

§ 54. Die Ackerländereien werden nach der Art ihrer Bearbeitung eingetheilt: Die dreifeldrigen werden gesondert von den nach einem anderen System bearbeiteten (mit wechselnder Fruchtfolge, Brachacker, Ackerteiche) bezeichnet.

§ 55. Die Heuschläge werden eingetheilt in beständige, welche jährlich gemäht werden, und in intermittirende, welche, zwischen Feldern belegen, ein oder zwei Jahre gemäht werden (2- und 1jährige), und ein oder zwei Jahre als Viehweide benutzt werden.

§ 56. Die Nutzungen werden nach der Güte des Bodens in Klassen getheilt in nachstehender Grundlage: a) die *Ackerländereien* werden nach ihrer Fruchtbarkeit in Klassen getheilt, entsprechend den Kategorien, welche die Ortsbewohner anwenden. Uebrigens sind zur Vereinfachung der Schätzung die Ländereien jedes Gutes in eine möglichst geringe Anzahl Klassen zu theilen, indem in eine Klasse alle diejenigen Ländereien gebracht werden, welche, wenngleich sie nach der Beschaffenheit des Bodens verschieden sind, dennoch hinsichtlich der Fruchtbarkeit wenig von einander abweichen; b) *Heuschläge* werden nach der Grösse des Heuertrages in Klassen getheilt; hiebei ist die in der Klassifikation der Heuschläge angegebene Eintheilung dieser Nutzungen in Betracht zu ziehen; c) *Weiden* und *Viehtriften* werden entsprechend den Klassen eingetheilt, in welche die Heuschläge zerfallen; d) *Hausplätze* und *Gärten* unterliegen nicht der Eintheilung in Klassen.

§ 57. Die Klassen der Nutzungen werden für jedes Gut im Allgemeinen bestimmt, und nicht besonders für jedes der Taxation unterliegende Landstück. Derart wird das beste Land in der der Schätzung unterliegenden Nutzung des ganzen Gutes zur 1. Klasse gerechnet, das darauf folgende zur 2. Klasse u. s. w. und wird hiernächst, bei der Ausrechnung des Flächeninhalts der Ländereien, angegeben, wieviel von jeder Klasse in jedem einzelnen Theil des Gutes sich ergab.

§ 58. Die richtige Eintheilung der Ländereien in Klassen, in Gemässheit der in den vorhergehenden §§ angegebenen Principien, sichert die Richtigkeit der Schätzung selbst; sie muss deshalb mit möglichster Sorgfalt bewerkstelligt werden. Doch ist bei der Klassifikation sowohl der Ackerländereien, als auch der Heuschläge und Viehtriften, eine überflüssige, den Fortgang der Arbeit nur erschwerende, Weitläufigkeit zu vermeiden. Es sind deshalb die Ländereien jedes Gutes in eine möglichst geringe Anzahl Klassen zu theilen und darauf zu achten, dass die Klassen in der Natur nicht zu kleine Theile bilden. Wenn in einer Gegend die Ländereien ihrem Werthe nach einen gleichartigen allgemeinen Charakter, aber stellenweise eine verschiedene Lage haben, in Streifen, abgerundeten Flächen, Einsenkungen u. dergl., welche vom übrigen Lande ihrem Werthe nach sich unterscheiden, so werden sie nicht besonders angegeben, vielmehr die ganze Gegend zu einer Klasse gerechnet.

#### IV. Die Bestimmung der Ertragsfähigkeit der Ländereien.

##### A. Die Bestimmung des Ertrages der Ackerländereien.

§ 61. Zum Zweck der Schätzung der Ackerländereien wird der Grad ihrer Fruchtbarkeit bestimmt. Zu diesem Zweck werden die mittleren Erndten an Roggen\*), nach Abzug der Aussaat, in jeder Klasse, in welche die zu schätzenden Ackerländereien eingetheilt sind, ermittelt.

§ 62. Im Interesse der Einheitlichkeit und Vereinfachung der Schätzungsarbeiten ist die hier sub I beigefügte Klassifikation der Ackerländereien nach den Erndten an Roggen zusammengestellt worden, in welcher Klassifikation die Ackerländereien nach der Grösse der Erndte in 6 Klassen und jede Klasse in 3 Grade eingetheilt sind, wobei zur Berücksichtigung durch die die Schätzung ausführenden Personen angegeben ist, auf welchem Boden die Erndten jeder Klasse gewonnen werden. Die höchste Erndte ist mit 80 Tschetwerik von der Dessätine, nach Abzug der Aussaat, angenommen worden, die geringste mit 12 Tschetwerik. Die Ackerländereien müssen bei der Bewerkstelligung der Schätzung in die in der Klassifikation angegebenen Klassen und Grade eingetheilt werden.

§ 63. Die Erndte an Roggen, nach Abzug der Saat, bildet den Bruttoertrag des Roggenfeldes. Die Erndten anderen Getreides, wie z. B. Hafer, Gerste, Weizen, Erbsen, Flachs und Anderes, wird nicht besonders ermittelt; der Bruttoertrag derselben wird gleich dem Bruttoertrage des Roggenfeldes angenommen.

§ 64. Um die Schätzung der Ackerländereien mit deren wirklichem Werthe in Uebereinstimmung zu bringen, werden vom Bruttoertrage, als Entschädigung für die Ausgaben bei der Bearbeitung, procentuale Abzüge in dem, in der Anmerkung zur beigefügten Tabelle (Beil. I) angegebenen Maasse gemacht.

§ 65. Nach Abzug der im vorhergehenden § erwähnten Procente vom Bruttoertrage erhält man den Reinertrag.\*) Die Grösse dieses Ertrages nach den verschiedenen Klassen und Graden der Ackerländereien ist in der hier beigefügten Tabelle (Beil. I) angegeben. Zum Zweck der Schätzung dieser Ländereien nach dem Erndtertrage an

\*) Nach der Lehre der französischen Oeconomisten. Condorcet im Commentar zu Montesquieu's vom Geist d. Gesetze, B. XXIX, Cap. XIX: «und zwar muss bei der Schätzung nach Lebensmitteln in Europa der mittlere Preis des Korns und in Asien der des Reis als Norm dienen, da das erste und gewöhnlichste Nahrungsmittel des Volkes die einzige Waare ist, deren Werth man als stehend ansehen kann.»

D. Hrsg.

\*\*) «Taxirte Einnahme» nach dem Kaiserl. Befehl v. 10. März 1869; s. № 2 zu II, S. 2 ff.

D. Hrsg.

Roggen wird die Anzahl der Dessätinen, welche in dem der Schätzung unterliegenden Landstück unter verschiedenem Korn stehen, multiplicirt mit den jedem Grad und jeder Klasse entsprechenden, in dieser Tabelle angegebenen, Einnahmen von einer Dessätine.

§ 66. Mittel zur Bestimmung der Erndte sind: a) Die Aussagen der von den Bauern gewählten Experten und anderer Wirthe des zu regulirenden Gutes; b) Probedrusch und Probemahlung; c) Daten über die Erndten auf den Hofesländereien und auf Privatgütern.

§ 67. Der die Schätzung ausführende Beamte sammelt während der Besichtigung der zu schätzenden Ländereien die Daten über den mittleren Erndteertrag an Roggen auf einzelnen Gütern, worauf die von den Bauern erwählten Experten der bei einander belegenen Güter zusammenberufen und die Angaben der Bewohner des einen Gutes mit den Angaben der Bewohner der Nachbargüter verglichen werden.

§ 68. Probedrusch und -Mahlung sind nur als subsidäres Mittel zur Bestimmung der mittleren Erndten an Roggen auf den Bauerländereien zulässig. Sie werden nicht bei allen, bei der Besichtigung ermittelten, Unterarten des Feldes gemacht, sondern nur an einzelnen vom Taxator ausgesuchten Stellen, so dass man möglichst in jeder (aus mehreren Gütern bestehenden) Gegend Erndteproben von den Hauptarten des Landes hat. Hiebei wird darauf geachtet, dass die zur Untersuchung bestimmten Ackerbreiten und -Stücke hinsichtlich der Bearbeitung und Erndte des Jahres, in welchem die Untersuchung stattfindet, mittelwerthig sind, doch muss zugleich, um die mittlere Erndte dieses Jahres zu bestimmen, von den örtlichen Bewohnern in Erfahrung gebracht werden, wie sie die Erndte auf den untersuchten Ackerstücken schätzen, d. i. als gewöhnliche, hohe oder geringe, und wie gross die gewöhnliche und die geringste Erndte ist, sowie wieviel Tschetwerik auf die Dessätine ausgesäet wird.

§ 69. Die Daten über die Erndten auf den Hofesländereien und auf Privatgütern werden sowohl für das Jahr, in welchem die Schätzung bewerkstelligt wird, als auch für die vorhergehenden Jahre gesammelt, um aus den Erndten der früheren Jahre die mittlere Erndte zu berechnen. Hiebei ist, bevor nach diesen Daten ein Schluss über die Erndten auf den Bauerländereien gezogen wird, die Qualität des Bodens und der Grad der Bearbeitung auf den Hofesländereien und den Ländereien der Privatbesitzer im Vergleich zu den Bauerfeldern in Berücksichtigung zu ziehen.

§ 70. Ausser der direkten Ermittlung der Erndten an Roggen müssen die Qualität des Bodens der zu schätzenden Ländereien nach dem äusseren Ansehen und den Bestandtheilen, gleichwie das Maass der Düngung, bei der Bestimmung der Fruchtbarkeit dieser Ländereien gleichfalls in Berücksichtigung gezogen werden. Die Erndte eines Feldes, welches in der untersuchten Gegend für gut befunden worden ist, muss höher veranschlagt werden als die Erndte eines weniger guten. In Gegenden, wo das Land gedüngt wird und die Erndten hauptsächlich vom Maasse der Düngung abhängen, ist unumgänglich ein besonderes Augenmerk auf das Verhältniss der Heuschläge zu den Ackerländereien und auf die Anzahl des von den Bauern gehaltenen Viehes zu richten. Wo auf eine Dessätine Acker gleichartigen Bodens mehr Heuschläge entfallen und eine grössere Anzahl Vieh gehalten wird, muss die Erndte eine grössere sein, als auf Gütern, wo das Verhältniss der Heuschläge zum Acker weniger günstig ist und wo eine geringere Anzahl Vieh gehalten wird.

Anmerk. 1. Bei der Ermittlung der Erndten ist gleichfalls ein Augenmerk zu richten auf die Ausdehnung des nach der Anzahl der Bewohner zu bearbeitenden Ackers, denn bei kleinen Antheilen und einer grösseren Dichtigkeit der Bevölkerung sind die Erndten im Allgemeinen grösser, wegen der sorgfältigeren Bearbeitung des Landes.

Anmerk. 2. Die in der Normal-Klassifikation (Beil. I) gemachten einzelnen allgemeinen Hinweise in Betreff des Bodens und der Düngung des Landes müssen als Hilfsmittel bei der Bestimmung der Erndten dienen, jedoch ist der Taxator verpflichtet, diese Hinweise zu kontrolliren, und nöthigenfalls durch eigne Beobachtung und lokale Untersuchung zu vervollständigen.

§ 71. Das Verhältniss zwischen den Flächen des besäeten Feldes und des Brachfeldes oder des ganz nachgelassenen Ackers wird durch die bestehende Wirthschaftsmethode bestimmt, welche durch Befragung der Experten und anderer Wirthe ermittelt wird.

§ 72. Bei einer Wirthschaft in drei Feldern sowie mit Fruchtwechsel wird das Brachfeld, und bei einer Wirthschaft auf Neuland werden die Waldanwüchse und nachgelassenen Felder, welche keinen Heuertrag geben, nicht eingeschätzt. Nachgelassene Felder, welche als Viehtriften oder Heuschläge dienen, werden, je nach ihrer Benutzung, gleich den Viehtriften oder Heuschlägen der entsprechenden Klassen eingeschätzt, aber die zu Heuschlägen und Weiden untauglichen werden der Schätzung nicht unterworfen.

### B. Die Bestimmung des Ertrages der Heuschläge.

§ 73. Der Ertrag der Heuschläge wird bestimmt nach der Güte des Heues und der Grösse der Erndte. Zu dem Zweck wird eine jede einzelne der Kategorien, in welche die Heuschläge der zu schätzenden Besitzlichkeit zerfallen, nach der lokalen Untersuchung, unter eine der Klassen und Grade rubricirt, welche in der Klassifikation der Heuschläge angegeben sind (Beil. II). In dieser Klassifikation, welche nach der Grösse der Erndte 17 Unterabtheilungen enthält, ist das Heu nach seiner Güte in 4 Sorten getheilt.

§ 74. Zur Ermittlung des Reinertrages werden von den Erndten als Entschädigung für die Ausgaben bei der Bearbeitung bestimmte Procente abgezogen. Die auf dieser Grundlage in Puden Heu berechnete Grösse des Reinertrages ist in der Klassifikation der Heuschläge angegeben.

§ 75. Zum Zweck der Einheitlichkeit der Berechnungen ist der Reinertrag der Heuschläge in Tschetwerik Roggen anzugeben. Zu diesem Zweck werden die Pude Heu, in welchen dieser Ertrag in der Klassifikation bestimmt worden, in Roggen umgerechnet nach den für diese Getreidegattung und für Heu in den Kreisen oder Gegenden festgesetzten Preisen.

§ 76. Zur Bestimmung der Grösse der Erndte und Güte des Heues auf den geschätzten Heuschlägen dienen die gleichen Mittel, wie sie in der vorliegenden Instruktion zur Bestimmung der Getreideerndten angegeben sind, und zwar: a) Befragung von Experten und örtlichen Bewohnern, sowohl des einzelnen Gutes als auch auf den aus den Experten und Bewohnern mehrerer benachbarten Güter gebildeten Zusammenkünften, über die mittleren Erträge der Heuerndte; b) Probemahd; c) Daten über die Erndten auf den Hofesländereien und den Ländereien der Privathesitzer; d) das äussere Aussehen der Heuschläge, d. i. ihre niedrige oder hohe, ebene oder hügelige, mehr oder weniger geneigte Lage, Wuchs und Art der Gräser, der Boden.

### C. Die Bestimmung des Ertrages der Weiden.

§ 77. Viehtriften, Koppeln und Weiden werden, in Berücksichtigung ihrer Belegenheit, auf die Hälfte,  $\frac{1}{3}$  oder  $\frac{1}{4}$  der Heuschläge der entsprechenden Grade eingeschätzt.

Anmerk. Viehtriften und Koppeln, welche im Werthe Heuschlägen nicht nachstehen, und welche ohne Schädigung der Wirthschaft und ohne Anwendung von Kapitalausgaben leicht zu Heuschlägen gemacht werden können, werden gleichwie die Heuschläge der entsprechenden Klasse eingeschätzt.

§ 78. Waldanwuchs auf Heuschlägen und Viehtriften, welcher der unmittelbaren Benutzung der Bauern und Pächter der Kronsnutzungen überlassen ist, und Material zur Heizung oder zu anderen Zwecken liefert, unterliegt gleichfalls der Schätzung auf folgenden Grundlagen: a) es wird der Betrag des Holzmaterials berechnet, welches jährlich ohne Vernichtung des Anwuchses gehauen werden kann, und b) dieses Material wird nach den örtlichen Preisen in Geld geschätzt. Der auf diese Weise berechnete Ertrag vom Anwuchs wird in einer besondern Rubrik unter den Erträgen von denjenigen Heuschlägen und Viehtriften eingetragen, auf welchen der Anwuchs sich befindet.

Anmerk. In waldigen Gegenden, wo der Waldanwuchs gar keinen Werth hat, wird derselbe nicht eingeschätzt, sondern die Ausdehnung desselben bei der Berechnung der Grössenangabe des Gutes angegeben.

### D. Die Bestimmung des Ertrages von den Hausplätzen.

§ 79. Die Hausplätze, d. i. das Land für den Bauer- und Gutshof und für die dabei befindlichen Gemüsegärten und Gärten, werden nach ihrem thatsächlichen Flächeninhalt eingeschätzt.

§ 80. Die Hausplätze werden gleich mit dem Ertrage vom Roggenfelde auf dem besten Boden des Gutes eingeschätzt.

### V. Von der Umrechnung des Reinertrages in Geld.

§ 81. Nach erfolgter Bestimmung der Grösse des Reinertrages in Tschetwerik Roggen für jede Nutzung und Kategorie, wird eine Generalsumme dieses Ertrages für alle der Schätzung unterliegenden Ländereien gesondert für jedes besonders geschätzte Grundstück und überhaupt für das Gut gezogen.

§ 82. Die angegebene Generalsumme wird in Geld umgerechnet nach dem Preise für Roggen, welcher in der Gegend, wo das eingeschätzte Gut sich befindet, gezahlt wird.

§ 83. Für jeden Kreis wird entweder ein Roggenpreis angenommen, oder aber, bei einem erheblichen Unterschiede in den Preisen, wird der Kreis in 2, 3 oder 4 Bezirke getheilt, und für jeden wird ein besonderer Preis bestimmt.

Zur Feststellung des Preises in jedem Bezirk wird ermittelt:

1. Wohin aus demselben das Getreide zum Verkauf geführt wird; wird der Verkauf sowohl von den Gutsbesitzern als den Bauern auf den nächstbelegenen Märkten bewerkstelligt, so werden die entferntesten Punkte ermittelt, an welche das Getreide von den Märkten geführt wird.
2. Die Entfernung vom Mittelpunkt des Bezirks bis zum nächsten Absatzort.

3. Die Kosten der Fracht für 1 Tschetwert Roggen auf diese Entfernung. Hienächst werden die Frachtkosten vom Preise am Absatzorte in Abzug gebracht und auf diese Weise erhält man den gesuchten örtlichen Preis.

Anmerk. Bei der Bestimmung der Richtung des Absatzes des Getreides sind nicht die einzelnen Güter in Betracht zu ziehen, sondern das ganze Bezirk, oder richtiger die allgemeine Richtung des Getreidehandels.

§ 84. Die Sammlung von Daten über die Preise an den Absatzorten wird in nachstehender Weise bewerkstelligt: 1) an den Punkten, für welche die Preise zu bestimmen sind, werden von den Verwaltungsbehörden und -Personen, von Handeltreibenden und Gutsbesitzern Daten über die für Roggen bestehenden Preise eingesammelt, wenn möglich für die letzten 12 Jahre, das Jahr gerechnet vom October des einen bis zum October des anderen Jahres; 2) die eingezogenen Daten werden mit einander verglichen und die einen durch die anderen kontrollirt; 3) aus den Daten für 12 Jahre werden für jedes Jahr die Durchschnittspreise ermittelt, hierauf werden die zwei Jahre mit den höchsten Preisen gestrichen, und aus den Preisen der nachbleibenden 10 Jahre der Durchschnittspreis gezogen; 4) die derart aus verschiedenen Quellen ermittelten Durchschnittspreise werden unter einander und mit den für eine kürzere als 12jährige Periode gesammelten Daten, sowie mit den Preisen anderer Orte verglichen, und hierauf der gesuchte Preis festgestellt.

§ 85. Das Material betreffs der Ermittlung der Roggen- und Heupreise mit den gewonnenen Schlussfolgerungen wird, nach erfolgter Beprüfung in der Regulirungs-Commission, dem Baltischen Domainenhof zur Begutachtung übergeben und hierauf, nachdem dasselbe von da retradirt worden, mit den Bemerkungen des Domainenhofes und den Seitens der Commission gemachten Zurechtstellungen und Erläuterungen zu jenen Bemerkungen, durch den Chef der Commission dem Ministerium zur Bestätigung vorgestellt.

## VI. Die Festsetzung des Grundzinses.

§ 86. Der Grundzins für die Benutzung des Landes wird bemessen in der Höhe eines Drittheils des Reinertrages.

§ 87. Unabhängig von der Berechnung des Grundzinses in dem hier bestimmten Betrage, ist die Regulirungs-Commission verpflichtet, im Verkehr mit den betreffenden Behörden und Personen und durch persönliche Nachforschungen ihrer Mitglieder möglichst vollständige Daten über den Werth des Landes in den Gegenden zu sammeln, in welchen die regulirten Güter belegen sind.

§ 88. Zwecks Erzielung einer grösseren Zuverlässigkeit der Daten über den Werth des Landes werden für jeden Kreis oder jedes Kirchspiel Nachrichten darüber gesammelt, welche Güter und Grundstücke in jeder Gegend im Laufe der der Schätzung vorhergehenden Jahre oder zur Zeit der Bewerkstelligung der Taxation verkauft oder verpachtet worden sind; welcher Grösse und Qualität diese Güter und Grundstücke waren; für welchen Preis und unter welchen sonstigen Bedingungen, Berechtigungen oder Belastungen sie zum Verkauf gelangten oder verpachtet wurden, und ob nicht irgend welche Umstände obwalteten, welche auf die Erhöhung oder Herabsetzung der Preise in der ganzen Gegend, oder bei bestimmten Gütern und Grundstücken Einfluss hatten. Auch wird zur Vergleichung ein Verschlag über die Höhe des früheren Grundzinses für die Bauergrundstücke der Kronsgüter und über die Höhe des Grundzinses für die Hofesländereien und die meistbietlich vergebenen Kronsnutzungen zusammengestellt.

Anmerk. Im Gouv. Livland wird bei der Ermittlung des Werthes des Landes auch in Berücksichtigung gezogen: wie hoch sowohl nach den Wacken-



büchern, als auch nach den Pachtcontracten, sowie beim Verkauf der Thaler der früheren Landeinschätzung sich stellt.

§ 89. Auf Grundlage aller dieser Auskünfte werden für die einzelnen Gegenden allgemeine vergleichende Vorschläge zusammengestellt über den nach der Regulirung berechneten und den früheren Grundzins, sowie über die aus den von der Commission gesammelten Daten ermittelten Landpreise.

§ 90. Bei der Feststellung des Betrages des Grundzinses sind noch besondere Umstände in Erwägung zu ziehen, welche die Ertragsfähigkeit des Landes herabsetzen, unabhängig von den Erndten und den Preisen für landwirthschaftliche Produkte, und zwar: die grössere oder geringere Gemengelage, ungünstige Lage der Nutzungen, die Schwierigkeit der Communication, der schlechte Zustand des Landes, Mangel an Wasser, Waldlosigkeit u. a. Bei denjenigen Gütern und Grundstücken, wo dergleichen Umstände zutreffen, muss eine entsprechende Herabsetzung des Grundzinses um 10, 20 und bis zu 30 % erfolgen, unter umständlicher Darlegung der Gründe im Regulirungsproject, aus welchen eine derartige Ermässigung stattgefunden hat. In gleicher Weise ist aus besonderen Gründen, welche die Ertragsfähigkeit des Landes erhöhen, wie z. B. bei besonders vortheilhaftem Absatz der landwirthschaftlichen Erzeugnisse, bei ausgedehntem Anbau von Gewächsen, welche einen grösseren Werth gegenüber den gewöhnlichen Getreidearten haben, wie z. B. Flachs und andere Handelspflanzen, auf Gütern, welche an Handels- und Wasserwegen belegen sind, in der Nähe grosser Städte u. dergl. — eine Erhöhung des Grundzinses zulässig um 10, 20, jedoch nicht mehr wie 30 %, unter Darlegung der Gründe einer solchen Erhöhung im Regulirungsproject. Die Erhöhung und Herabsetzung des Grundzinses aus den in diesem § dargelegten Gründen darf nur mit Genehmigung des Ministeriums erfolgen.

Anmerk. Wenn trotz der vollkommen richtigen Schätzung des Landes für einige Güter und Grundstücke eine zeitweilige Herabsetzung des berechneten Grundzinses erforderlich ist aus Gründen, welche von der Ertragsfähigkeit der Landnutzungen unabhängig sind, wie z. B. eine Zerrüttung der Wirthschaft durch Hagelschlag, Feuerschaden, Viehseuche; *Fortfallen der unentgeltlichen Verabfolgung von Holzmaterial an die Bauern, welche früher dasselbe erhalten haben*, u. dergl., oder in Folge anderer Umstände, so wird die Schätzung der Ländereien solcher Güter nicht ermässigt, sondern es findet nur, gemäss besonderer Entscheidung des Ministeriums, eine zeitweilige Herabsetzung des, nach dieser Schätzung berechneten, Grundzinses Statt.

### Hauptstück III. Von den Regulirungs-Projecten. §§ 91—99.

§ 96. Bei Bewerkstelligung der Regulirung müssen, ausserdem, mit zweifelloser Gewissheit ermittelt und in der inventarienmässigen Beschreibung angegeben werden:

- a) alle in Geld zu entrichtenden Reichs-, Landes-, öffentlichen und Gemeinde-Abgaben;
- b) die Naturalleistungen, und
- c) alle, mit der Nutzung der Kronsländereien (ausser der Entrichtung des Grundzinses) verbundenen gegenseitigen Verpflichtungen zwischen der Krone und den Pächtern der Bauer- und Hofesländereien, wie z. B. die für die Krone obligatorische Hergabe von Holzmaterial, die Zahlungen für die Benutzung von Kronsbaulichkeiten und beweglichem Kronseigenthum u. s. w.

§ 97. Alle im vorhergehenden § angegebenen Zahlungen, Leistungen und Verbindlichkeiten müssen in folgende Kategorien getheilt werden:

- a) solche, welche die Hofesländereien oder das ganze Kronsgut betreffen;
  - b) solche, welche die Bauerländereien und die Bauerwirthe betreffen;
  - c) solche, welche diejenigen Bauern betreffen, die nicht zur Klasse der Wirthe gehören.
- 

Hauptstück IV. Vorlegung und Beprüfung der Schätzung. §§ 100—116.

Hauptstück V. Von der Vertheilung der Ländereien unter die Bauer-Grundstücke. §§ 117—131.

Hauptstück VI. Vom Inkrafttreten der Regulirung, und von der Verantwortlichkeit hinsichtlich der Bewerkstelligung der Regulirung. §§ 132—135.

---

§ 133. Wenn die Regulirung in Wirksamkeit gesetzt wird, wird sämmtlichen landnutzenden Bauern (an Stelle der gegenwärtigen kurzterminirten Pachtkontrakte) jedem ein besonderer unbefristeter Contract über die beständige erbliche Nutzung seines Grundstücks (Erb-Pacht) bis zum Loskauf desselben, ausgereicht, in welchem angegeben ist: Name des Wirthes, Benennung des Grundstücks, Umfang und Grenzen des Landes, Betrag des Grundzinses in Geld (bis zur neuen Einschätzung, welche in der hiefür festgesetzten allgemeinen Frist bewerkstelligt werden wird), und die Bedingungen zum Loskauf des Grundstücks zu Eigenthum.

---

# Tabelle

## zur Classification der Acker-Ländereien.

I.

Klassen und Grade.	Erndte an Roggen nach Abzug der Aussaatertrag.	Netto- ertrag.	Locale Bezeichnung des Ackers, dessen äussere Kennzeichen und Zusammensetzung.
	Tschetwerik von der Dessätine.		
I. Klasse.			
1. Grad	80	62	Bester Weizenboden.
2. »	76	59	Guter Weizen- oder Gerstenboden.
3. »	72	55	Sehr guter Gerstenboden. Humusreicher Lehm und Thon mit wenigstens 5 % Humus, 30—60 % Lehm; das Uebrige Quarzsand mit etwas Kalk. Dieser Boden fühlt sich fett und weich an; in feuchtem Zustande elastisch und an den Füssen klebend und sehr schwer zu bearbeiten. Der höchste Erndteertrag entspricht dem grössten Betrag an Humus und Lehm; die Tiefe der Ackerkrume 9 und mehr Zoll.
II. Klasse.			
1. Grad	68	52	Mittlerer Weizenboden.
2. »	64	48	Guter Gerstenboden.
3. »	60	44	Bester Roggenboden. Die Ackerkrume, wenigstens 7 Zoll tief, enthält 60 bis 25 % Lehm; Humus 5 bis 4 %, das Uebrige Sand. Diese Klasse bildet den Uebergang vom Lehm- zum sandigen Boden, dem entsprechend ist die Bearbeitung leichter und der Erndteertrag geringer.
III. Klasse.			
1. Grad	56	41	Schwacher Weizenboden.
2. »	52	37	Gerstenboden.
3. »	48	33	Guter Roggenboden. Bei geringer werdendem Erndteertrage sinkt die Tiefe der Ackerkrume von 7 bis zu 6 Zoll; der Lehmgehalt sinkt von 60 bis zu 20 % und der Humusgehalt von 4 bis zu 3½ %; in demselben Maasse wird die Bearbei- tung, welche beim Vorherrschen des Lehmies schwierig war, beim reichlichen Vorhandensein von Sand leicht.
IV. Klasse.			
1. Grad	44	30	Schlechter Weizenboden, oder guter Haferboden.
2. »	40	26	Schwacher Gerstenboden.
3. »	36	22	Mittlerer Roggenboden. Tiefe der Ackerkrume 6 bis 5 Zoll; Lehmgehalt 15 bis 70 %; Humusgehalt höchstens 3½ %.

Klassen und Grade.	Erndte an Roggen nach Abzug der Aussaat oder Bruttoertrag.	Netto- ertrag.	Locale Bezeichnung des Ackers, dessen äussere Kennzeichen und Zusammensetzung.
	Tschetwerik von der Dessätine.		
V. Klasse.			
1. Grad	32	19	Kalter nasser Lehm.
2. »	28	15	Schwacher Lehm und sandiger Lehm.
3. »	24	11	Lehmige oder sandige Walderde.
			Tiefe der Ackerkrume von 5 bis 4 Zoll. Humusgehalt von 3 bis 2 0/0. Lehmgehalt im 1. Grad 70 bis 80 0/0 mit deutlichen Kennzeichen des Vorhandenseins von Eisen. Lehm im 2. Grad 40 bis 20 0/0. Lehm im 3. Grad 20 bis 15 0/0. Das Uebrige Sand.
			Zu dieser Klasse gehören die besten torfreichen Aecker, mit einem Lehmgehalt von 15 bis 10 0/0 in der Ackerkrume, auf festem Sand- oder lehmigem Untergrunde.
VI. Klasse.			
1. Grad	20	8	Kalter nasser Lehm.
2. »	16	4	Magerer Thon.
3. »	12	1	Magerer Sand.
			Tiefe der Ackerkrume 4 bis 3 Zoll. Humusgehalt von 2 bis 1 1/2 0/0. Sämmtliche Grade haben häufig einen durchlassenden Untergrund.
			Hierher gehören auch sumpfige oder torfreie Aecker, welche ein tiefes Aufpflügen zulassen, wenn sie gut ausgetrocknet sind, welche jedoch gar zu locker sind wegen Mangels mineralischer Bestandtheile.

Anmerkung. Bei der Berechnung des Nettoertrages aus dem Bruttoertrage werden für die Kosten der Bearbeitung nachstehende Procente in Abzug gebracht:

in der I. Klasse:	1. Grad	22 0/0,	2. Grad	23 0/0,	3. Grad	24 0/0.
» » II.	»	24 0/0,	»	25 0/0,	»	26 0/0.
» » III.	»	27 0/0,	»	29 0/0,	»	31 0/0.
» » IV.	»	32 0/0,	»	35 0/0,	»	38 0/0.
» » V.	»	40 0/0,	»	45 0/0,	»	53 0/0.
» » VI.	»	58 0/0,	»	72 0/0,	»	95 0/0.

# Tabelle

## zur Classification der Heuschläge.

II.

Mittlerer Heuertrag von der Dessätine nach dem thatsächlichen Ergebniss.	I. Klasse.		II. Klasse.		III. Klasse.		IV. Klasse.	
	Brutto- Ertrag	Netto- Ertrag	Brutto- Ertrag	Netto- Ertrag	Brutto- Ertrag	Netto- Ertrag	Brutto- Ertrag	Netto- Ertrag
	in Puden Heu mittlerer Güte.							
Grade*): a. 180 Pud . .	270	195	225	155	—	—	—	—
» b. 169 » . .	253	183	211	143	—	—	—	—
» c. 158 » . .	237	170	197	133	—	—	—	—
» d. 146 » . .	219	157	182	123	146	89	109	54
» e. 135 » . .	202	145	169	113	135	82	101	50
» f. 124 » . .	186	132	155	103	124	74	93	45
» g. 113 » . .	170	120	141	93	113	67	85	41
» h. 101 » . .	152	107	126	83	101	60	76	38
» i. 90 » . .	135	95	113	74	90	52	67	31
» k. 79 » . .	119	82	99	63	79	45	59	26
» l. 68 » . .	101	70	85	54	68	38	51	22
» m. 56 » . .	84	57	70	44	56	30	42	17
» n. 45 » . .	67	44	56	34	45	23	34	13
» o. 34 » . .	51	32	42	24	34	16	25	8
» p. 23 » . .	34	19	29	14	23	9	17	4
» q. 15 » . .	—	—	—	—	15	6	11	3
» r. 7 » . .	—	—	—	—	7	2	5	1

Anmerkung 1. Die Heuschläge zerfallen nach der Güte des auf ihnen geernteten Heues in vier Klassen. Das Heu III. Klasse, welches im Gebiet vorherrschend ist, ist zur Grundlage des Vergleichs in nachstehender Weise genommen:

1 Pud Heu I. Klasse ist gleichwerthig  $1\frac{1}{2}$  Pud III. Klasse.

1 » » II. » » »  $1\frac{1}{4}$  » III. »

1 » » IV. » » »  $\frac{3}{4}$  » III. »

Die Klassen der Heuschläge zerfallen wieder in Grade, nach dem Gewicht des mittleren faktischen Ertrages, welcher in der I. und II. Klasse von 180 bis 23 Pud, in der III. und IV. Klasse von 146 bis 7 Pud Heu von der Dessätine ausmacht.

Anmerkung 2. Die äusseren Kennzeichen der Heuschläge sind nachstehende:

I. Klasse: Die Grade a, b, c, d, e, welche einen Ertrag von 180 bis 135 Pud liefern, haben eine ebene oder wenig geneigte Lage in offener Gegend, häufig an Fluss- und Seeufern; der Boden ist nicht Überschwemmungen ausgesetzt, aber auch nicht dem Austrocknen, besteht aus stark humusreichem, lockerem, lehmigem oder sandigem Boden, und trägt ein dichtes Gras von üppigem Wuchs und den besten Eigenschaften.

I. Klasse: Die Grade f, g, h, i, k geben eine Erndte von 124 bis 79 Pud Heu derselben guten Gräser, wie die vorhergehenden Grade dieser Klasse, aber weniger üppigen Wuchses. Der Boden enthält mehr Lehm, er ist fester, und die Feuchtigkeit ist nicht so gleichmässig vertheilt, so

\*) In den 80er Jahren fielen auch die lateinischen Buchstaben der Russificirung zum Opfer und sollten durch Zahlen ersetzt werden. D. Hrsg.

dass auf der Oberfläche harte Vertiefungen sich finden. Diese Heuschläge sind gleichfalls nicht Ueberschwemmungen ausgesetzt und sind sowohl an Fluss- und Seeufern belegen, wie auch mitten in Ackerländereien.

- I. Klasse: Die Grade l, m, n, o, p mit einer Erndte von 68 bis 23 Pud; auf ihnen ist der Graswuchs feiner und noch weniger dicht, der Boden ist zwar humusreich, aber nicht tief und Sand herrscht vor. Die Feuchtigkeit des Bodens ist nicht ausreichend und die Erndte leidet nicht selten durch die Trockenheit.
- II. Klasse: Die Grade a, b, c, d, e mit einer Erndte von 180 bis 135 Pud. Hierher gehören Heuschläge an der Ueberschwemmung ausgesetzten Fluss- und Seeufern, sowie gleichfalls die Vertiefungen inmitten von gedüngten Ackerländereien, deren Wasserabfluss sie geniessen; sie haben einen lockeren, tiefen, humusreichen Boden, erzeugen gröbere Gräser als die I. Klasse, jedoch auch süsse, ohne Riedgräser.
- II. Klasse: Die Grade f, g, h, i, k, welche eine Erndte von 124 bis 79 Pud geben, befinden sich in Niederungen und bisweilen der Ueberschwemmung ausgesetzten Stellen, deren Boden gleich ist den ersten Graden dieser Klasse, aber das Wachsthum der Gräser ist ein geringeres, vorzugsweise wegen des auf diesen Heuschlägen wachsenden Strauchwerks.
- II. Klasse: Die Grade l, m, n, o, p, mit einer Erndte von 68 bis 23 Pud, sind vorzugsweise Waldheuschläge oder liegen auf offenen Höhen; der Boden ist lehmhaltig oder sandhaltig, humusreich, locker und hinlänglich feucht, die überflüssige Feuchtigkeit zieht sich in den Untergrund.
- III. Klasse: Die Grade d, e, f, g, h, i, k, mit einer Erndte von 146 bis 79 Pud, gehören zu den guten, feuchten, jedoch nicht völlig versumpften Heuschlägen, auf lehmhaltigem, sandhaltigem, sandigem und torfigem Boden; die Säure ist bemerkbar an den Riedgräsern; diese Heuschläge liegen in Wäldern, am Rande von Sümpfen und niedrigen Ufern von Sumpfflüsschen. Die Feuchtigkeit des Bodens hindert häufig das Trocknen des Grases.
- III. Klasse; Die Grade l, m, n, o, p, q, r mit Erndten von 68 bis 7 Pud. Hierher gehören Heuschläge mit undicht gewachsenem Gras, auf Höhen oder Abhängen, mit trockenem, sandigem oder lehmigem oder dunkelbraunem Boden; die Oberfläche ist häufig mit Hümpeln bedeckt und kiesig. Der Graswuchs leidet durch die Trockenheit.
- IV. Klasse: Sämmtliche Grade dieser Klasse, mit einer Erndte von 146 bis 7 Pud, sind sumpfige und saure, lehmige Torfheuschläge; die Oberfläche ist mit Hümpeln bedeckt, theilweise mit Strauchwerk und vermoost. Die zu grosse Nässe erschwert das Einsammeln des Heues.

Anmerkung 3. Bei der Berechnung des Reinertrages aus dem Bruttoertrage werden für die Kosten der Bearbeitung nachstehende Prozente in Abzug gebracht:

in der I. Klasse, bei den Graden:	a, b 26 %	c, d, e, f, g 27 %	h, i 28 %	k 29 %
	l 30 %	m 31 %	n 33 %	o 36 % u. p 41 %
• • II. • • • •	a, b 31 %	c, d, e, f, g 32 %	h, i 34 %	k 35 %
	l 36 %	m 37 %	n 39 %	o 43 % u. p 50 %
• • III. • • • •	d, e, f, g 40 %	h, i, 42 %	k 44 %	l 45 %
	m 47 %	n 50 %	o 54 %	p, q, r 60 bis 70 %
• • IV. • • • •	d, e, f, g 54 %	h, i 56 %	k 58 %	l 60 %
	m 62 %	n 66 %	o 72 %	p, q, r 75 bis 85 %

Anmerkung 4. Der in der Tabelle in Puden Heu mittlerer Güte angegebene Rein-  
ertrag der Heuschläge wird in Roggen umgesetzt nach den lokalen Preisen, welche  
für Roggen und Heu erzielt werden.

Zu Beil. F. Vollz.-Instr. § 25 Anmerk.\*\*) (S. 145).

Der auf die Unterlegung des General-Gouverneurs, General-Adjutanten Albedinsky, und in Uebereinstimmung mit seinen Vorschlägen ergangene Allerh. Befehl v. 4. November 1869, dem Livländ. Civil-Gouverneur zugefertigt am 18. November 1869 № 173, besagt: «Vom 1. Januar 1870 ab die durch den in dem Allerh. am 3. Januar 1850 bestätigten Minister-Comité-Beschluss ausgesprochenen Monarchischen Willen geforderte russische Geschäftsverhandlung ohne Ausnahme in allen Kronsbehörden des Baltischen Gebiets einzuführen, dergestalt jedoch: 1) dass die Correspondenz aller Kronsbehörden und Personen mit den Nicht-Kronsinstitutionen und Personen wie bisher in deutscher Sprache geführt werde. Hierbei sind aber in Analogie der Anmerk. 1 zu Art. 121 Th. II Prov.-Codex die Nicht-Kronsbehörden und Institutionen in jedem Falle verpflichtet, russische Schriften entgegenzunehmen nicht nur von den höheren und allgemeinen Institutionen und Verwaltungen des Reiches und von den Behörden ausserhalb der Gouvernements, sondern auch von den Behörden des Militair-Ressorts und von allen Militairpersonen und müssen in ihrem schriftlichen Verkehr mit allen obenerwähnten Institutionen und Personen zu allen Schreiben und den dazu gehörigen Beilagen Translate in russischer Sprache beifügen; die örtlichen Controllhöfe müssen bei der Geschäftsverhandlung und bei der Correspondenz mit allen Behörden ausschliesslich die russische Sprache gebrauchen und haben Papiere in deutscher Sprache nur von den Nicht-Kronsbehörden des Ostsee-Gebiets entgegenzunehmen; 2) dass die Allerhöchsten Manifeste und Ukase, die allörtlich publicirt werden und gleich verbindlich sind für die Nicht-Kronsbehörden und Personen oder für die örtliche Bevölkerung, die Ukase Eines Dirig. Senats und die Anordnungen der Gouvern.-Obrigkeit und überhaupt Nachrichten, die zur allgemeinen Wissenschaft bestimmt sind, in den Gouvern.-Zeitung (sowohl im officiellen als auch im nichtofficiellen Theile), unabhängig von dem erforderlichen Falls hinzuzufügenden russischen Texte in deutscher Sprache gedruckt werden; 3) dass in den Kladowoibüchern der Kreisrenteien, den denselben beigefügten Vorschlägen über die Rentenpapiere, sowie in den Büchern über Stempelpapier, Patente oder sonstiges Kronsvermögen jeder Posten in russischer und deutscher Sprache geschrieben werde, die Protokolle über die Revisionen der Kreisrenteien und die dazu gehörigen Vorschläge gleichfalls in beiden Sprachen abgefasst werden und die Nicht-Kronsbeamten, welche die Renteien revidiren, durch ihre Unterschrift nur den deutschen Text der Protocolle und Vorschläge zu beglaubigen haben; dass den Nicht-Kronsamtspersonen gestattet werde, in das dazu bestimmte Buch (Formular 7) die zur Aufbewahrung in den Kreisrenteien abgelieferten Geldkasten der Nicht-Kronsbehörden in deutscher Sprache einzutragen und dass denjenigen, welche Steuern und Abgaben jeder Art eingezahlt haben, Quittungen und Talons von Quittungen, den örtlichen Einwohnern aber Zeugnisse und Bilette zum Handel und Gewerbe auf Wunsch in deutscher Sprache verabfolgt werden; 4) dass die Correspondenz der Gouvern.-Steuer-Verwaltungen mit den ihnen untergeordneten Bezirksbeamten in Sachen betreffend die Verfolgung von Uebertretungen der Accise-Verordnungen auf administrativem oder gerichtlichem Wege in deutscher Sprache geführt werde und ausserdem alle Sawoden-Bücher und Rechnungen in derselben Sprache geführt werden; 5) dass bis zu der in kurzer Zeit bevorstehenden Reorganisation des Baltischen Domainenhofes und bis zu der hierbei beabsichtigten Aufhebung der Bezirksverwaltungen der Reichsdomainen die Geschäftsverhandlung und Correspondenz in diesen Verwaltungen auf der früheren Grundlage verbleibe; 6) dass in allen Behörden und Verwaltungen, deren Glieder zum Theil durch Verfügung der Staatsregierung, zum Theil durch ständische Wahl bestimmt worden, die Geschäftsverhandlung und Correspondenz auf der früheren Grundlage zu bleiben hat.» — Gleichzeitig hiermit hatte Se. Majestät den Vorschlag des General-Gouverneurs, «dass die Frage wegen Abänderung der in deutscher Sprache zu führenden Correspondenz der Kronsbehörden und Personen mit den Nicht-Kronsbehörden und Personen nicht angeregt werde und dass diese Correspondenz auch in Zukunft auf der früheren Grundlage verbleibe», Allerh. zu billigen geruht.

## Angabe der Druckfehler.

Inhaltsverzeichniss Seite XVIII Zeile 7 von unten lies statt № 20 — № 80.

Seite 2 Zeile 5 u. 7 von oben lies statt: dem Domainenhofe — in liegender Schrift: der Domainenverwaltung.

» 2 » 9 » 14 » » und Seite 6 Zeile 6 von oben numerire die ergänzenden Erlasse mit 1, 2, 3.

» 3 » 6 » unten lies statt: Vorschlag — Verschlag.

» 6 » 6 » oben » » Ukas — Erlass.

» 13 » 17 » » » » in — nach.

» 33 » 6 » unten » » werden — wurden.

» 40 » 9 » oben » » XI — IX.

» 41 » 2 » unten » » Ländereien — Flächen. — Diese Lesart ist in besserer Uebereinstimmung mit dem russischen Texte, weil darunter auch die nichtveranschlagten und somit Theile des Hofeslandes verbleibenden Gewässer verstanden sind; vergl. Senatsentscheidung v. 24. Februar 1899 № 19 auf S. XLIV ff.

» 42 » 5 u. 7 » oben sind die Worte: des Gemeindeältesten und dem Commissaren für Bauersachen in liegender Schrift zu lesen.

» 44 » 16 » unten lies statt: Gattung der Anzahl — Gattung oder Anzahl.

» 72 » 2 » » » nach 1887: kodificirt als Beilage zur Anmerk. 2 des Art. 830 Cod. d. Reichsges. Bd. IX, Ständerecht, Ausg. v. J. 1899.

» 107 » 17 » » » statt: Knechts- und Familiendienst-Verträge — Knechts- oder Familien-Dienstverträge.

» 107 » 8 » oben setze nach 1865 — № 54.

» 114 » 14 » unten lies statt: Commission — in liegender Schrift: Gouvernements-Behörde, und füge unter den Art. 203 das Quellencitat: Reg. betr. d. Gouv.-Beh. f. B.-S. in d. Balt. Gouv. v. 17. April 1893 § 9 Pkt o (Reg.-Pat. 19. Juli 1893 № 100).

» 119 » 19 » oben setze nach 1868 — № 139.

» 143 » 1 » unten lies statt: Schädigungstabelle — Schätzungstabelle.

» 158 » 15 » oben » Regeln betr. d. Gouv.-Beh. f. B.-S. in d. Balt. Gouv. v. 17. April 1893 § 6 (Reg.-Pat. 19. Juli 1893 № 100).

» 177 » 6 » unten » statt: R.-G.-O. — R.-R.-G.

» 189 » 9 » oben » » Gouverneur — in liegender Schrift: Gouvernements-Behörde für Bauer-Sachen; auch ist das Citat zu ergänzen durch: R.-R.-G. 17. April 1893 betr. d. Errichtung d. Gouv.-Beh. f. B.-S. in d. Balt. Gouv. Pkt VIII (Reg.-Pat. 19. Juli 1893 № 100).

» 190 » 27 » » » » Traditionen — Tradition.

» 202 » 2 » unten » » livländische Bauern — Livland.

### Beilagen.

Seite 15 Zeile 21 u. 22 von oben lies: Die Messung und Schätzung sämtlicher Ländereien der Provinz sollte somit eine durchaus einheitliche werden.

» 34 » 1 » unten setze zur Anmerkung hinzu: und zu Art. 770 durch die l. 4 § 2 D. de reb. cred. (XII, 1).

» 62 » 4 » » lies statt: Kannengras — Kammgras.

» 122 » 21 » » » » № 49537 — № 37760.

» 141 » 5 » » » » den Gemeinde-Ältesten zu bestätigen — den Gemeinde-Ältesten zu ernennen.



## Erklärung der Abkürzungen.

Art. . . . .	bedeutet	Artikel, Paragraph.
B.-V. . . . .	»	Livländische Bauer-Verordnung v. 13. November 1860.
f. B.-S. . . . .	»	für Bauer-Sachen.
Cirk.-Verf. . . . .	»	Cirkulair-Verfügen, Rund-Erlass.
Cod. d. Reichsges. . . . .	»	Codex der Gesetze des Russischen Reiches, auf Befehl des Herrn und Kaisers Nikolaus I. zusammengestellt, in den überzahlreichen Fortsetzungen und Ausgaben einzelner Theile v. J. 1857 ab.
Fr.-R.-Vers. . . . .	»	Friedensrichter-Versammlung.
Gouv.-Zeit. . . . .	»	Livländische Gouvernements-Zeitung.
Balt. L.-G.-O. } . . . .	»	{ Entwurf der Landgemeinde-Ordnung für die Ostseegouvernements v. 19. Februar 1866 (Baltische Landgemeinde-Ordnung).
L.-G.-O. }		
Namentl. Allerh. Bef. . . . .	»	Namentlicher Allerhöchster Befehl.
Passges. . . . .	»	Gesetz über die Aufenthaltsscheine v. 3. Juni 1894, denn Aufenthaltsscheine sind im Sinne dieses Gesetzes Pässe im weiteren Sinn.
Prov.-R. . . . .	»	Provinzialrecht der Ostseegouvernements (die im J. 1890 nur in russischer Sprache herausgegebene Fortsetzung zum Th. III, Privatrecht, hat auf dem Titelblatt die Bezeichnung «Ostseegouvernements» geändert in «Baltische Gouvernements», die deutsche Benennung ersetzt durch die nordgermanische; auch die im J. 1893 veranstaltete Neuausgabe des Th. III, — gleichfalls nur russisch, — nennt diese Provinzen «Baltische Gouvernements»; diese Ausgabe enthält übrigens zu keinem Art. des Gesetzes die Quellenbelege, ist somit für den Juristen vollkommen werthlos).
Regl. . . . .	»	Reglement.
Reg.-Pat. . . . .	»	Patent der Livländischen Gouvernements-Regierung.
R.-R.-G. . . . .	»	Allerhöchst bestätigtes Reichsraths-Gutachten.
R.-Civ.-Pr.-Ordn. . . . .	»	Reichs-Civilprocess-Ordnung, Ausgabe v. J. 1892.
R.-Notr.-Ordn. . . . .	»	Reichs-Notariats-Ordnung, Ausgabe v. J. 1892.
Wohlf.-Reg. . . . .	»	Regeln betreffend die Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrt in den Landgemeinden der Ostsee-Gouvernements v. 11. Juni 1866.

Befehl  
 Seiner Kaiserlichen Majestät  
 des Selbstherrschers aller Reussen,  
 aus  
 dem Dirigirenden Senate  
 an die  
 Livländische Gouvernements-Regierung.

---

**A**uf den Namentlichen Allerhöchsten Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät, welcher am 13. November v. J. unter Sr. Majestät Höchsteigner Unterschrift an den Dirigirenden Senat erlassen worden, und in welchem es heisst: „Nachdem im Jahre 1819 eine Verordnung für die Bauern des Livländischen Gouvernements emanirt worden war, entwarf der Adel dieses Gouvernements auf den Allerhöchsten Befehl Unseres in Gott ruhenden Vaters, des Herrn und Kaisers **Nicolai Pawlowitsch** im Jahre 1847 auf einem ausserordentlichen Landtage das Project zu einer neuen Bauer-Verordnung. Diese Verordnung wurde im Jahre 1849 versuchsweise auf sechs Jahre in Kraft gesetzt, dergestalt, dass nach Ablauf dieser Zeit der General-Gouverneur der Ostsee-Gouvernements in Gemeinschaft mit dem Adel des Livländischen Gouvernements Vorschläge über diejenigen Abänderungen vorstellen sollten, welche nach der Erfahrung für nützlich erkannt werden würden. Zur Erfüllung dessen ist von dem Livländischen Adel im Jahre 1856 das Project einer neuen Livländischen Bauer-Verordnung entworfen worden. Dieses Project ist nach vorgängiger Durchsicht im Ostsee-Comité gemäss Unserem Willen von dem Minister des Innern an den Reichsrath gebracht und hier einer eingehenden und sorgfältigen Beprüfung unterzogen worden. Nachdem Wir diese neue Livländische Bauer-Verordnung bestätigt haben, übersenden Wir dieselbe nebst allen zu ihr gehörigen Beilagen dem Dirigirenden Senate und befehlen, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, damit dieses Gesetzbuch in der festgesetzten Ordnung in Kraft gesetzt werde“—\*)

---

\*) Die Balt. L.-G.-O. gelangte nicht an den Reichsrath, sondern wurde nach der im Ostsee-Comité stattgehabten eingehenden Beprüfung der Kaiserlichen Bestätigung gewürdigt; Reg.-Pat. 25. Mai 1866 № 37. D. Hrsq.

hat Ein Dirigirender Senat befohlen: von solchem Allerhöchsten Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät bei Anschluss eines Exemplars der Livländischen Bauer-Verordnung die Livländische Gouvernements-Regierung, das Hofgericht, den Kameralhof und das Collegium allgemeiner Fürsorge durch Ukase in Kenntniss zu setzen, sowie durch eben solche Ukase den Herrn Minister des Innern, den Herrn Kriegs-Gouverneur von Liv-, Est- und Kurland und den Livländischen Herrn Civil-Gouverneur zu benachrichtigen, der 2ten Abtheilung des 3ten und 5ten Departements Eines Dirigirenden Senats aber Nachricht zu communiciren und in der Senatszeitung einen Abdruck zu veranstalten, endlich zum Zweck der Benachrichtigung des Herrn Oberverwaltenden der II. Abtheilung der Höchsteigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät zu den Akten des Herrn Ober-Prokureurs eine Abschrift dieser Verfügung zu übergeben.

Am 10. Januar 1861.

(Unterschrift des Dirigirenden Senats).

Auf Allerhöchsten Namentlichen Befehl.

Aus dem 1sten Departement.

№ 1569.

1. Reg.-Pat. 7. Juni 1863 № 53 (Bekanntmachung d. Gouv.-Reg.): «.... dass die Wirksamkeit der neuen Livländischen Bauer-Verordnung und zwar sowol der Vorschriften über Verfassung, Verwaltung, Polizei und Rechtspflege, als auch des eigentlichen agrarischen Theils derselben mit dem 24. Juni c. beginnt».....\*).

2. Reg.-Pat. 19. Januar 1862 № 7 (Antrag d. Gen.-Gouverneurs): «.....dass entsprechend der in dem russischen Originaltexte gegen den Text der Verordn. v. J. 1849 vom Reichsrath durchgehend vorgenommenen Veränderung in der Benennung des Frohnverhältnisses, in der deutschen Uebersetzung der neuen Livl. B.-V. v. J. 1860 überall statt der Worte: «Frohne», «Frohnleistung», «Frohnvertrag» u. s. w. zu leisten ist: «Arbeitspacht, Arbeitspachtleistung, Arbeitspachtvertrag» u. s. w.» \*\*).

\*) Vom General-Gouverneur war bereits, nach Fertigstellung der deutschen Uebersetzung, welche er approbirte, mittels Antrags v. 13. December 1861 № 1796 (Pat. 15. December 1861 № 114) die sofortige Geltung der B.-V. mit Ausnahme des erst mit dem 23. April 1862 in Kraft tretenden agrarischen Theils derselben angeordnet worden, doch wurde auf Vorstellung des Hofgerichts-Departements für Bauerrechtssachen die angeordnete sofortige Anwendung des Gesetzbuchs vorläufig beanstandet, weil, «solange dasselbe nicht in den beiden Volkssprachen publicirt worden, von Seiten der Glieder der Gemeindegerichte, sowie der Bauerbeisitzer der Kirchspiels- und Kreisgerichte sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegenständen und unzweifelhaft grosse Inconvenienzen in der Rechtspflege und Administration hervorgehen würden» (Pat. 19. Januar 1862 № 5). Nachdem sodann auch die Uebersetzung ins Estische und Lettische im J. 1862 beendet war, wurde die B.-V. in Wirksamkeit gesetzt. Es sind officiële Uebersetzungen, die auch von der Gouvernements-Regierung officiell publicirt wurden. D. Hrsq.

\*\*) Wissenschaft und Praxis ist die Benennung «Arbeitspacht» fremd, wesshalb in dieser Ausgabe der Ausdruck «Frohne» beibehalten wurde. Uebrigens enthält auch die Estl. B.-V. v. J. 1856 den dort nie remarquirten Ausdruck «Frohne». D. Hrsq.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Höchstseigener Hand geschrieben: «Dem sei also».

Zarskoe-Selo, am 13. November 1860.

# Livländische Bauer-Verordnung.

## Einführung dieser Verordnung.

I. **N**ach Promulgation gegenwärtiger Verordnung werden alle früheren, die Livländischen Bauern betreffenden Gesetze, wie namentlich die Verordnung vom J. 1819, die 77 Ergänzungspunkte zu derselben, die Agrar- und Bauer-Verordnung vom J. 1849 und alle von den zur Einführung der Bauer-Verordnungen niedergesetzten Commissionen und der Bauer-Verordnungs-Commission erlassenen gesetzlichen Verordnungen durch die Bestimmungen der gegenwärtigen Verordnung ausser Kraft gesetzt, mit Ausnahme der ausdrücklich bestimmten Fälle, für welche die früheren Vorschriften zeitweilig ihre Gesetzeskraft behalten sollen.

Reg.-Pat. 6. Juni 1869 Nr. 61: Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird auf Requisition der Commission in Livländischen Bauer-Sachen zur Erfüllung eines derselben zugegangenen Antrags Sr. Excellenz des Herrn General-Gouverneurs der Ostseegouvernements allen Livländischen Bauerbehörden desmittelst eingeschärft, dass in Gemässheit des Punktes XII der Einleitung des III. Theils des Provinzialrechts der Ostseegouvernements\*), die Bestimmungen des III. Theils des Provinzialrechts, insoweit sie sich auf das Livländische Landrecht beziehen, auf alle privatrechtlichen Verhältnisse der unter Jurisdiktion der Bauergerichte stehenden Personen subsidiäre Anwendung finden.

II. Die Bestimmungen gegenwärtiger Verordnung in Betreff der Agrar-Verhältnisse der Bauern, die Organisation des Bauerstandes und der für denselben einzuführenden landwirthschaftlichen Ordnung, finden keine Anwendung auf die auf publicquen Gütern domicilirenden Bauern, deren Organisation nach

\*) Provinzialrecht der Ostseegouvernements Th. III Privatrecht, Einleitung Pkt. XII lautet «Die privatrechtlichen Verhältnisse der Bauern und der übrigen unter der Jurisdiktion der Bauergerichte stehenden Personen sind nach den bezüglichen Bauerverordnungen und zur Aushilfe nach den entsprechenden Landrechten zu beurtheilen; denselben Quellen unterliegen auch die Bauerlandstellen».

besonderen, dem allgemeinen System der Staats-Domänen-Verwaltung entsprechenden Grundsätzen zu erfolgen hat. Dagegen bleiben dieselben den Bestimmungen dieser Verordnung unterworfen, insoweit solche Bestimmungen auf die Gerichts- und Polizeiordnung und auf die übrigen, dem Bauernstande zuerkannten Rechte Bezug haben. Daher competiren dem Domainenhofe auf Kronsgütern alle Rechte, welche diese Verordnung den Gutsbesitzern auf ihren Privatgütern zugesteht. Dem Domainenhofe bleibt es anheimgestellt, wem insbesondere er die Ausübung dieser Rechte auf jedem Kronsgute übertragen will.

Reg.-Pat. 26. April 1868 Nr. 30 (Antrag des General-Gouverneurs): „.... dass in Grundlage des Punkt II der Livländ. B.-V. v. J. 1860, Bestimmungen, welche die Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse auf den Privatgütern zum Gegenstande haben, keinenfalls auf die bäuerlichen Verhältnisse der Kronsgüter in Anwendung gebracht werden dürfen.“

Namentl. Allerh. Bef. v. 10. März 1869 an den Dirig. Senat (publ. durch Reg.-Pat. 14. April 1869 Nr. 32): „Durch Unsere an den Dirigirenden Senat erlassene Ukase vom 24. Novbr. 1866 und 16. Mai 1867 haben Wir Regeln für die agrarische Organisation der Reichsbauern in den nach der allgemeinen Verordnung verwalteten Gouvernements festgesetzt. Durch das von Uns am 28. Novbr. 1866 bestätigte Gutachten des Reichsraths war dem Minister der Reichsdomänen aufgetragen worden, Vorschläge zu entwerfen hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen über die administrative und agrarische Organisation der Reichsbauern in den nach der allgemeinen Verordnung verwalteten Gouvernements und Provinzen, für welche besondere Verordnungen bestehen.“

In Erfüllung dessen sind von dem Minister der Reichsdomänen Vorschläge für die administrative und agrarische Organisation der auf den Kronsgütern in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland angesiedelten Bauern entworfen worden. Diese Vorschläge waren auf Unseren Befehl dem Ostsee-Comité zu Beprüfung vorgelegt worden.

Nachdem Wir die von dem Minister der Reichsdomänen entworfenen und im Ostsee-Comité beprüften drossfallsigen Vorschläge, approbirt haben, befehlen Wir: für die agrarische und administrative Organisation der auf den Kronsgütern der Ostseegouvernements angesiedelten Bauern folgende Regeln zur Richtschnur zu nehmen: \*)

- 1) Die auf den Kronsgütern der Ostseegouvernements angesiedelten Bauern behalten die ihnen überlassenen Landparcellen, in den Grenzen, welche von der Commission zur Regulirung der Kronsgüter, gemäss den dafür festgesetzten Regeln, an Ort und Stelle werden bestimmt werden, in ihrer immerwährenden Benutzung und können sie dieselben, wenn sie es wünschen, auf den weiter unten angegebenen Grundlagen zum Eigenthum erwerben.
- 2) Bei der Ausführung der Regulirung der Kronsgüter zum Zwecke einer richtigen Organisation des Landbesitzes der Bauern und der definitiven Abgrenzung der Bauerländereien von den in der Disposition der Krone verbleibenden Nutzungen, ist, nach Massgabe der Möglichkeit und der wirklichen Noth-

---

\*) Die Punkte 1—10, 14, 16, 18 u. 19 dieser Regeln sind aufgenommen in die «Regeln für die administrative und agrare Organisation der auf den Kronsgütern der Balt. Gouv. angesiedelten Bauern» —, welche die Beilage bilden zur Anmerkung des Art. 7 der Verordnung über die Verwaltung der Kronsgüter in den westl. und den Balt. Gouv., Cod. d. Reichsges. Bd. VIII Th. 1, Ausg. v. J. 1893. D. Hrsg.

- wendigkeit dazu, eine Vergrößerung des vorhandenen Bauerland-Areals, durch Zumessung von Nutzungen aus dem Bestande der freien und Hofesländereien der Krone oder von zum Bestande der Kronsförsten gehörigen Waldblößen zu denselben, gestattet.
- 3) In denjenigen Fällen, wo es zur Arrondirung der Grenzen der Bauer- und Hofesländereien und zur Beseitigung von Streuländereien erforderlich wird, bei Regulirung eines Gutes einen Austausch eines Theils der Bauerländereien gegen freie Kronsländereien vorzunehmen, ist ein solcher Austausch mit Zustimmung der Bauern zulässig, unter der Bedingung, dass das Gesamtareal der den Bauern eines jeden Gutes zufolge der Regulirung überlassenen Ländereien kein geringeres sei, als das des gegenwärtig in der Benutzung stehenden Landes.
  - 4) Gleichzeitig mit der Bestimmung des Areals und der Grenzen der den Bauern zum Besitz zu überlassenden Landparcellen berechnet die Regulirungs-Commission, nach den ihr von dem Ministerium der Reichsdomänen ertheilten Regeln, den Betrag der für die Benutzung einer jeden Landparcellen entfallenden taxirten Einnahme.
  - 5) Die Gesamtsumme des Grundzinses, welcher von der Zeit der Ausreichung der Regulirung-Akten an von allen auf den Kronsgütern in jedem der drei Ostseegouvernements angesiedelten Bauern zu erheben ist, wird festgesetzt: für das Kurländische Gouvernement auf 557,000 Rbl., für das Livländische 260,000 Rbl. und für das Estländische auf 4000 Rbl. Demnach wird, nach beendigter Regulirung aller Kronsgüter in jedem Gouvernement, die Gesamtsumme des auf das Gouvernement entfallenden Grundzinses im Verhältniss zum Betrage der gemäss der Regulirung von jeder Bauerlandstelle berechneten taxirten Einnahme repartirt. Falls zu den Bauerlandstellen freie oder Hofesländereien zugetheilt, oder aus diesen Ländereien neue Bauerlandstellen fundirt werden (Art. 2), wird die für jedes Gouvernement festgesetzte Grundzinssumme um so viel Procente erhöht, um wieviel das Gesamtareal des Bauerlandes durch Zumessung von freien und Hofesländereien zu demselben, oder durch Fundirung neuer Bauerlandstellen aus diesen Ländereien, vergrößert worden ist.
  - 6) Die für einige Bauerlandstellen auf den Kronsgütern noch bestehenden Naturalleistungen, welche den Besitzern dieser Landstellen, anstatt der Zahlung des Grundzinses oder eines Theils desselben an die Krone auferlegt sind, werden definitiv aufgehoben und durch den auf diese Landstellen entfallenden Grundzins ersetzt.
  - 7) Nachdem auf der oben angegebenen Grundlage der auf jedes Gut und jede Landstelle entfallende Grundzins berechnet worden ist, werden die Resultate der Regulirung den Bauern vorgelegt; die Regulirungs-Projekte für jedes Gut werden seitens der Regulirungs-Commission nach denjenigen Bemerkungen der Bauern zurechtgestellt, welche sich als begründet erweisen, worauf die Regulirungs-Commission dem Ministerium der Reichsdomänen durch den Verwaltenden der Reichsdomänen in den Ostseegouvernements und den örtlichen General-Gouverneur\*), zugleich mit deren Gutachten, einen allgemeinen Vorschlag über die Resultate der Regulirung in jedem Gouvernement nach einem

---

\*) Nach der durch den Namentl. Allerh. Befehl v. 25. Januar 1876 (publ. durch Reg.-Pat. 1. März 1876 Nr. 19) angeordneten Aufhebung des Baltischen General-Gouvernements fortan Competenz des örtlichen Gouverneurs gemäss dem Allerh. Befehl an den Minister der Reichsdomänen v. 26. Juli 1876.

Schema vorstellt, welches vom Minister der Reichsdomänen hierfür vorgeschrieben werden wird.

- 8) Wenn nach stattgehabter Repartition der Gesamtsumme des Grundzinses die Regulirungs-Resultate den Bauern vorgelegt und verificirt werden, ist es erlaubt hinsichtlich der einzelnen Güter und Landstellen in dem Betrage des Grundzinses singuläre Emendationen vorzunehmen, jedoch unter der Bedingung, dass in Folge solcher Emendationen die Gesamtsumme des Grundzinses für jedes einzelne Gouvernement sich nicht um mehr als 1 Procent verändern darf.
- 9) Sobald der Minister der Reichsdomänen nach Durchsicht dieses Vorschlages sich davon überzeugt hat, dass die allgemeinen Resultate der Regulirung ihrem Zwecke entsprechen und mit den für die Regulirung festgesetzten Regeln übereinstimmen, so erbittet er nach vorhergegangener Vereinbarung mit dem Finanzminister die Allerhöchste Genehmigung zur Inkraftsetzung der neuen Regulirung.
- 10) Nach erfolgter Allerhöchster Genehmigung zur Inkraftsetzung der Regulirung wird einem jeden Bauern, welcher auf Kronsgütern in den Ostseegouvernements eine Landstelle besitzt, zur immerwährenden Benutzung dieser Landstelle eine besondere Urkunde ausgereicht, welche Regulirungs-Akte heisst. In dieser Akte werden die Grenzen und das Areal der Landstelle, sowie der Betrag des für die Benutzung derselben zu entrichtenden Grundzinses angegeben. Das Formular zu den Regulirungs-Akten und die Ordnung für die gerichtliche Beglaubigung derselben wird nach Uebereinkunft der Minister der Reichsdomänen und des Innern und des General-Gouverneurs der Ostseegouvernements festgesetzt werden.
- 11) Bis zum Beginn des auf die Ausreichung der Regulirungs-Akten folgenden Jahres benutzen die auf Kronsgütern der Ostseegouvernements angesiedelten Bauern ihre Landstellen auf der gegenwärtig bestehenden Grundlage und haben ebenso auch den Grundzins auf dieser Grundlage zu entrichten.
- 12) Die Regulirung auf den Kronsgütern der Ostseegouvernements muss beendet und müssen die Regulirungs-Akten den Bauern ausgereicht sein innerhalb einer Frist von sechs Jahren vom Tage des Erlasses des gegenwärtigen Ukas.
- 13) Der in den Regulirungs-Akten festgesetzte Betrag des Grundzinses bleibt bis zum Ablauf von zwanzig Jahren vom Tage des Erlasses des gegenwärtigen Ukases unverändert. Alsdann erfolgende Abänderungen in dem festgesetzten Betrage dieses Grundzinses können nur auf legislativem Wege ins Werk gesetzt werden \*).
- 14) Auf denjenigen Gütern, auf welchen der in der Regulirungs-Akte festgesetzte Grundzins den seitherigen um mehr als 50 Procent übersteigt, kann mit Genehmigung des Ministers der Reichsdomänen, nach stattgehabtem Einvernehmen mit dem Finanzminister, den Bauern als eine Vergünstigung gestattet werden, im Laufe der ersten sechs Jahre nach Ausreichung der Regulirungs-Akten einen ermässigten Grundzins zu zahlen; der Betrag dieser Ermässigung darf jedoch nicht die Hälfte des Unterschiedes zwischen dem früheren und dem neuen Grundzins übersteigen.
- 15) Es steht den Bauern frei, die ihnen laut den Regulirungs-Akten zu ihrer immerwährenden Benutzung überlassenen Landstellen in folgender Grundlage

\*) S. das unten sub № 12 zum Abdruck gebrachte R.-R.-G. v. 12. Juni 1886 über die obligatorische Umwandlung des Grundzinses in Loskaufszahlungen. D. Hrsq.

zu ihrem vollen Eigenthum freizukaufen: der Verkaufspreis einer jeden Landstelle wird durch Capitalisirung des jährlichen Betrages des von der Landstelle zu entrichtenden Grundzinses zu vier Procent bestimmt und können die Bauern diese ganze Summe allmählig im Laufe von neun und vierzig Jahren durch jährliche Einzahlung von fünf und einem halben Procent derselben tilgen.

- 16) Es ist den Bauern freigestellt, ausser den jährlichen Freikaufszahlungen, besondere Einzahlungen im baarem Gelde in fünfprocentigen Staatspapieren, zum Nominalwerthe dieser Papiere zu machen. Diese Einzahlungen werden als Abzahlung auf die Capitalsumme des Verkaufspreises der Landstelle angerechnet und tritt auf Grund dessen, von dem auf die Einzahlung folgenden Jahre an, eine Verminderung der jährlichen Freikaufszahlungen im Betrage von fünf und einem halben Procent von der eingezahlten Summe ein. Die erwähnten ausserterminlichen Einzahlungen dürfen nicht weniger als 100 Rbl. nach dem Nominalwerthe der Papiere betragen.
- 17) Diejenigen Bauern, welche ihre Landstellen freizukaufen wünschen, haben darüber dem Verwaltenden der Reichsdomainen in den Ostseegouvernements, bei Vorstellung der ihnen über diese Landstellen ausgereichten Regulirungs-Akten, Anzeige zu machen. Der Verwaltende trifft unverzüglich dahin Anordnung, dass über die freigekauften Landstellen corroborirte Kaufkontrakte in der vorgeschriebenen Form vollzogen und den Bauern in Stelle der Regulirungs-Akten ausgereicht, sowie dass vom Beginn des auf die Vollziehung der Kaufkontrakte folgenden Jahres an, den Besitzern dieser Landstellen statt des Grundzinses, der ihnen von derselben Zeit an erlassen wird, die Freikaufszahlungen auferlegt werden. In Bezug auf den Besitz der freigekauften Landstellen und die Disposition über dieselben, unterliegen die Bauern der Kronsgüter der Wirksamkeit der örtlichen Gesetzesbestimmungen.
- 18) Diese Regeln finden gegenwärtig nur Anwendung auf Güter, die in unmittelbarer Disposition der Krone stehen. Der Minister der Reichsdomainen wird beauftragt, nach Relation mit den betreffenden Ministern und dem General-Gouverneur der Ostseegouvernements, seine Erwägungen über den Modus der Anwendung der gegenwärtigen Bestimmungen auf diejenigen Kronsgüter vorzustellen, welche sich in einer besonderen Lage befinden, als: auf Güter, die in ihrem vollen Complex zusammen mit den in der Benutzung der Bauern stehenden Ländereien, Privatpersonen oder Institutionen zu langjährigem oder unbefristetem Besitz überlassen sind.
- 19) Vom Zeitpunkte der Emanirung des gegenwärtigen Ukases an hört jede Theiligung der Domainen-Verwaltung an der administrativen Verwaltung der auf Kronsgütern angesiedelten Bauern, an der Aufsicht über ihre Gemeindeverwaltung, über die Leistung ihrer Reichs- und Landesprästandten und die Erfüllung der Rekrutenprästation, an der Beaufsichtigung der Landschulen und an der Uebertragung der der Gutspolizei überlassenen Rechte und Pflichten auf irgend Jemand in den Grenzen der Kronsgüter, definitiv auf. Gleichzeitig geht die Verwaltung der Gutspolizei innerhalb der Grenzen derjenigen Kronsgüter, welche von Privatgütern abgesonderte Gemeinden bilden, auf die örtlichen Gemeinde-Aeltesten über, falls die vorgesetzten Behörden es nicht für geeigneter und erspriesslicher erachten, die Gutspolizei den Arrendatoren zu übertragen. Im letzteren Falle müssen die vorgesetzten Behörden darüber dem obersten Chef der Ostseegouvernements unter Angabe der Gründe, welche eine solche Anordnung hervorgerufen haben, berichten. In denjenigen Gemeinden, welche theils aus Kronsgütern und theils aus Privatgütern bestehen, wird die Verwaltung der Gutspolizei nach dem Ermessen der vorgesetzten



Behörde entweder dem Gemeinde-Aeltesten oder dem Gutsbesitzer übertragen\*). Demnächst verbleiben die auf Krönsngütern angesiedelten Bauern unter der Verwaltung der örtlichen Behörden für Bauerangelegenheiten und unterliegen bezüglich ihrer Gemeinde- und Administrativ-Organisation, allen Bestimmungen der örtlichen Bauerverordnungen und Regeln».

Reg.-Pat. 27. Mai 1870 Nr. 32 (Senats-Ukas 26. Januar 1870 Nr. 6839): «Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät liess Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Bericht des Ministers der Reichsdomainen vom 31. December 1869 Nr. 1675 folgenden Inhalts: In dem Art. 10 des Einem Dirigirenden Senate am 10. März 1869 ertheilten Allerhöchsten Befehls, betreffend die allendliche agrarische und administrative Organisation der auf den Kronsgütern der Ostseegouvernements angesiedelten Bauern, sei unter Anderem festgesetzt, dass das Formular zu den Regulirungs-Akten und die Ordnung für die gerichtliche Beglaubigung derselben nach Uebereinkunft der Minister der Reichsdomainen und des Innern und des General-Gouverneurs der Ostseegouvernements bestimmt werden solle. In Erfüllung dessen seien, nach Uebereinkunft seiner, des Ministers der Reichsdomainen, mit dem General-Gouverneur von Liv-, Est- und Kurland und dem Minister des Innern, Regeln für die Abfassung, die Bestätigung, die Beglaubigung und die Ausreichung der Regulirungs-Akten an die Bauern der Kronsgüter in den Ostseegouvernements und ein Schema für die Regulirungs-Akten ausgearbeitet worden. Diese Regeln nebst dem beigefügten Schema seien Kraft des Art. 10 des Einem Dirigirenden Senate am 10. März 1869 ertheilten Allerhöchsten Befehls sowohl von den Beamten der Baltischen Regulirungs-Commission und der Verwaltung der Reichsdomainen in den Ostseegouvernements, als auch von den örtlichen Behörden für Bauerangelegenheiten und den Gemeindegerechten zur Richtschnur zu nehmen. Hierüber berichte er, der Minister der Reichsdomainen, Einem Dirigirenden Senate, indem er zugleich die Regeln für die Ausreichung der Regulirungs-Akten an die Bauern und das Schema für diese Akten zur erforderlichen Anordnung vorstelle; und 2) die Regeln und das Schema der Akte selbst.

Befohlen: Die erforderliche Anzahl von Exemplaren der gedachten Regeln für die Abfassung, die Bestätigung, die Beglaubigung und die Ausreichung der Regulirungs-Akten an die Bauern der Kronsgüter der Ostseegouvernements und das Schema für die Akten abzudrucken und dieselben zur allgemeinen Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, bei Ukasen zu versenden.

## Regeln

**für die Abfassung, Bestätigung, Beglaubigung und Ausreichung der Regulirungs-Akten an die Bauern der Kronsgüter der Ostseegouvernements.**

1) Nachdem vom Minister der Reichsdomainen, in Grundlage des Art. 9 des Einem Dirigirenden Senate am 10. März 1869 ertheilten Allerhöchsten Befehls, die Allerhöchste Genehmigung zur Inkraftsetzung der Regulirung erbeten worden ist, schreitet die Regulirungs-Commission unverzüglich zur Abfassung der Regulirungs-Akten.

---

\*) Abgeändert durch R.-R.-G. 9. Juni 1888 (Reg.-Pat. 20. Juli 1888 № 51) betr. die Reorganisat. der Polizei in d. Balt. Gouv. Abschn. III; s. zu §§ 35—42 Balt. L.-G.-O. D. Hrsg.

2) In den Regulirungs-Akten, welche in Grundlage des Art. 10 des Einem Dirigirenden Senate am 10. März 1869 ertheilten Allerhöchsten Befehls abzufassen sind, müssen sowohl die Grenzen und das Areal der jeder bauerlichen Landstelle zugetheilten Ländereien und Nutzungen, als auch der Betrag des für die Benutzung dieser Landstelle zu entrichtenden Grundzinses festgesetzt sein.

3) Die Regulirungs-Akten werden nach dem hier beigefügten Schema für jede in der Benutzung eines einzelnen Bauers stehenden Landstelle abgefasst und müssen folgende Data und Angaben enthalten:

- a. die Benennung des Gouvernements, des Kreises, der Gemeinde und des Kronsgutes;
- b. den Namen und die Nummer des Hofes oder der Landstelle und des gegenwärtigen Besitzers desselben;
- c. die Bezeichnung der Grenzen und des Areals der Ländereien und Nutzungen, welche zum Complex einer jeden bauerlichen Landstelle gehören;
- d. die Bestimmung des Antheils des Bauers an der allgemeinen Nutzung der Weiden, der Fischerei und der Stein- und Torfgewinnung und an den Servitut-Rechten an den ausserhalb der Grenzen der Landstelle belegenen Ländereien, wie desgleichen die Verpflichtung, sich den Servitut-Rechten, welche fremde Personen an den zum Bestande der Landstelle gehörenden Ländereien und Nutzungen haben, zu unterwerfen;
- e. den Betrag des für die Landstelle festgesetzten Grundzinses.

4) Die Beschreibung der Grenzen einer jeden bauerlichen Landstelle geschieht nach den Plänen unter Beobachtung des Nachfolgenden:

- a. Wenn die Ländereien einer jeden einzelnen bauerlichen Wirths-, Gemüsegarten-, Lostreiber- oder Soldaten-Landstelle ein zusammenhängendes Ganzes bilden, oder obgleich an verschiedenen Stellen belegen, doch derartig vermessen sind, dass die Grenzen eines jeden Besitztheiles der einzelnen Person deutlich beschrieben werden können, — so werden in der Regulirungs-Akte die Grenzen jeder einzelnen Landstelle ausführlich angegeben, wobei angeführt wird, ob die Ländereien den gedachten Personen in einem einzigen zusammenhängenden Complex oder an mehreren von einander getrennten Stellen eingewiesen sind, wo diese Ländereien belegen und von welchen fremden Besitzungen sie eingeschlossen sind.
- b. In den Fällen, wo der Landbesitz der Bauern oder verabschiedeten Soldaten aus getrennten Streustücken besteht und ihre Gesindestellen in Gruppen und sogar in Dorfschaften belegen sind, wird die Beschreibung der Grenzen in der Regulirungs-Akte durch eine genaue Angabe der Oertlichkeit, der natürlichen Grenzscheide oder Gemarkung, in deren Grenzen diese Landstreifen, welche die Wirthschaft oder das Besitzthum eines und desselben Bauers bilden, hineingestreut sind, sowie auch der Anzahl dieser Streifen, ersetzt; hierbei wird in der gedachten Akte auf den allgemeinen Plan verwiesen, auf welchem nicht nur alle dem Bauer überlassenen Nutzungen, sondern auch die inneren Grenzen einer jeden Landparcette und eines jeden Landstreifens angegeben und alle Streifen oder Landparcetten, die in ihrer Gesammtheit das Besitzthum eines jeden einzelnen Bauerwirthen, Lostreibers oder verabschiedeten Soldaten bilden, mit ein und derselben Nummer oder Buchstaben bezeichnet sein müssen.
- c. Von den streitigen Ländereien werden nur diejenigen in die Regulirungs-Akten aufgenommen, welche sich im wirklichen Besitz der Bauern befinden;

auf dem allgemeinen Plane aber werden die streitigen Ländereien durch besondere Zeichen bemerkt.

5) Ausserdem werden in den Regulirungs-Akten die Bedingungen, bezüglich der Nichtzerstückelung der bäuerlichen Landstellen, der Ordnung des Uebergangs derselben von einer Person auf eine andere durch Erbschaft oder Abtretung und der Massregeln zur Beiräumung der Rückstände von denjenigen Bauern, welche den Grundzins nicht richtig einzahlen, festgesetzt.

6) Für Landstellen, welche den Bauern vor Emanirung des Allerhöchsten Befehls vom 10. März 1869 in Grundlage der zu der Zeit vom Ministerium der Reichsdomainen mit Allerhöchster Genehmigung angenommenen Regeln verkauft worden sind, werden gar keine Regulirungs-Akte angefertigt, da diesen Bauern Kaufbriefe nach der von dem Minister der Reichsdomainen am 27. April 1866 bestätigten Form für die von ihnen gekauften Landstellen ausgereicht werden.

7) Die Regulirungs-Akten werden in 2 Exemplaren in russischer Sprache mit einer Uebersetzung in lettischer oder estnischer Sprache, je nachdem, welche Sprache an jedem Orte gebräuchlich ist, abgefasst und den betreffenden Bauern von Demjenigen, der die Regulirung ausführt, oder dessen Gehilfen in Gegenwart eines Beamten zu besonderen Aufträgen der Verwaltung der Reichsdomainen, der amtlichen Personen des Gemeindegerichts und des Gemeinde-Aeltesten vorgelesen.

8) In Anbetracht dessen, dass vor Abfassung der Regulirungs-Akten die Resultate der Regulirung für jedes Gut den Bauern, in genauer Grundlage des Art. 7 des Allerhöchsten Befehls vom 10. März 1869, vorgelegt werden müssen, wobei, falls die von den Bauern gemachten Remerkungen sich als begründet erweisen, die von der Regulirungs-Commission für jedes Gut entworfenen Regulirungs-Projekte einer allendlichen Zurechtstellung haben unterworfen werden müssen, — ist es den Bauern bei der Verlesung der Regulirungs-Akten selbst nur gestattet, gegen die Richtigkeit der in der ihnen verlesenen Regulirungs-Akte enthaltenen Beschreibung der Grenzen und der Servitut-Rechte, oder gegen die sich in die gedachte Akte eingeschlichen habenden Fehler und Abweichungen von dem den Bauern vorgelegten Regulirungs-Projekte, Einwendungen zu erheben. Nach denjenigen Angaben der Bauern, welche sich als richtig erwiesen, werden die erforderlichen Zurechtstellungen in der Regulirungs-Akte vorgenommen.

9) Die Regulirungs-Akten werden, nachdem sie gemäss dem Art. 7 verlesen worden sind, von den betheiligten Bauern, dem betreffenden Ausführenden der Regulirung und von dem Beamten für besondere Aufträge der Reichsdomainen-Verwaltung unterschrieben.

10) Die allgemeinen Originalpläne für jedes Gut werden ebenfalls in 2 Exemplaren angefertigt und von dem örtlichen Ausführenden der Regulirung, dem Verifications- und dem älteren oder jüngeren Krons-Landmesser unterschrieben.

11) Wenn ein Bauer die Regulirungs-Akte nicht unterschreiben will und sich dadurch weigert, die ihm angewiesene Landstelle zu seiner Benutzung zu behalten, so wird diese Landstelle einer anderen Person in der im Art. VI des Schemas für die Regulirungs-Akte angegebenen Ordnung übergeben.

12) Die von der Baltischen Regulirungs-Commission angefertigten und von den im vorigen Artikel gedachten Personen unterschriebenen Regulirungs-Akten werden von den örtlichen Gemeindegerichten durch Eintragung aller in der Regulirungs-Akte enthaltenen Data in besondere Kontrakt-Bücher beglaubigt. Gleichzeitig wird auf beiden Exemplaren der Regulirungs-Akte bemerkt, unter welcher Nummer und an welchem Datum und Monate die Akte beglaubigt worden ist.

13) Falls eine bauerliche Landstelle aus irgend welchen Gründen auf eine andere Person übergeht, so wird auf der Regulirungs-Akte eine Uebertragungs-Aufschrift, unter Unterschrift des neuen Besitzers und des Beamten für besondere Aufträge der Reichsdomainen-Verwaltung gemacht und ein dem entsprechender Vermerk in dem Kontrakt-Buche des Gemeindegerichts notirt.

14) Ein Exemplar einer jeden beglaubigten Regulirungs-Akte wird von dem Beamten für besondere Aufträge der Reichsdomainen-Verwaltung dem betreffenden Bauer übergeben, welcher in einem besonderen Protokolle über den Empfang dieser Akte quittirt. Dieses Protokoll, wie auch die zweiten Exemplare der Regulirungs-Akten werden der Verwaltung der Reichsdomainen, zugleich mit den allgemeinen Plänen für jedes Gut, zur Asservation vorgestellt; dem Gemeindegerichte aber wird das andere Exemplar des allgemeinen Planes übergeben.

15) Es ist einem jeden Bauer, falls er es wünscht, gestattet, aus dem allgemeinen Plan eine Copie der ihm zur Benutzung überlassenen Ländereien gegen eine besondere Zahlung aus der Baltischen Regulirungs-Commission zu erhalten, und fällt die erhobene Zahlung in dem von dem Minister der Reichsdomainen festgesetzten Betrage dem Copirer zu.

### Schema.

#### Beilage zu Art. 3.

(Reichsadler).

### Regulirungs-Akte

Uebersetzung  
ins Lettische  
oder  
Estnische.

über die in (dem u. dem) Gouvernement, (dem u. dem) Kreise, (der u. der) Gemeinde, unter dem Kronsgute (so u. so) belegenen Wirths-Landstelle (so u. so) oder Gemüsegarten-Landstelle (so u. so) oder Lostreiber-Landstelle Nr. (so u. so) oder Soldaten-Landstelle Nr. (so u. so), welche sich in der Nutzniessung des Bauern (so u. so) befindet.

#### I.

Alle Ländereien, welche der gedachten Person zur beständigen Nutzung überlassen worden sind, bilden ein zusammenhängendes Ganzes oder einen Complex und grenzen im Norden — an die Besitzungen des Privatgutes (so u. so), im Osten — an den Kronsfurst (so u. so), im Süden — an die Ländereien des zu (diesem selben) oder dem Gute (so u. so) gehörigen Bauerhofes (so u. so) und im Westen — an die Besitzungen des Pastorats (so u. so), durch die Schlucht ohne Namen und durch (den u. den) Bach an die Ländereien des zu (diesem selben) oder dem Gute (so u. so) gehörigen Bauerhofes (so u. so).

oder:

liegen in den Grenzen des Privatgutes (so u. so), im Bezirk (des u. des) Kronsfurstes, (dem u. dem) Quartal, in den Grenzen des zu dem Gute (so u. so) gehörigen Bauerhofes, in (der u. der) Gemarkung in westlicher Richtung von dem Gesinde.

oder:

Alle Ländereien der gedachten Landstelle bestehen aus 00 streubelegenen Parzellen: die erste Parzelle grenzt im Norden — an die Besitzungen des Privatgutes (so u. so), im Osten — an (den u. den) Kronsfurst, im Süden — an die Ländereien des zu (diesem selben) zu dem Gute

(so u. so) gehörigen Bauerhofes (so u. so) und im Westen — an (den u. den) Bach; die zweite Parcellle ist in den Grenzen des Privatgutes (so u. so), in der so u. so benannten Gemarkung belegen; die dritte — in (dem u. dem) Quartal (des u. des) Kronsforstes; die vierte inmitten der Bauerheuschläge des Kronsgutes (so u. so), angrenzend an die Heuschläge der Bauerhöfe (so u. so). Alle diese Parcellen sind auf dem Plane mit der Nr. (so u. so) bezeichnet.

oder:

Alle Ländereien der gedachten Landstelle bestehen aus 00 inmitten der Ländereien der Ansiedelung (so u. so) oder des Dorfes (so u. so), der Bauerhöfe (so u. so), in der Gemarkung (so u. so) streubelegenen Landstreifen und Parcellen, welche auf dem allgemeinen Plane mit der Nummer oder dem Buchstaben (so u. so) bezeichnet sind.

## II.

In den oben beschriebenen Grenzen befinden sich, in Grundlage der bewerkstelligten Instrumental-Aufnahme, in der Nutzung des Bauers (so u. so) 00,0 Dessätinen Land, und zwar: bei dem Gesinde selbst 00 Dess., Ackerland 00 Dess., Teiche 00 Dess., Heuschlag 00 Dess., Buschland 00 Dess., Weiden 00 Dess., im Ganzen nutzbares Land 00 Dess., Torfmoor 00 Dess. u. Impedimente 00 Dess.,

darunter:

- a. 00 Dess., in denen die Bauerhöfe (so u. so) des Gutes (so u. so) eine immerwährende Weideberechtigung (Servitut) haben;
- b. 00 Dess. Heuschlag, an denen der Bauerhof (so u. so), das Privatgut oder der Hof des Gutes (so u. so) eine streitige Servitut der Viehweide nach abgemähtem Grase haben;
- c. 00 Dess. zwischen der Krone und dem Privatgute (so u. so) streitigen Landes.

## III.

Ausser dem im vorhergehenden Punkte bezeichneten Areale hat die obgedachte Landstelle:

- a. das Recht auf gemeinschaftliche Weide mit den Bauerhöfen (so u. so) und den Lostreibern (so u. so) desselben oder des Gutes (so u. so) auf einem Flächenraum von 00 Dess., welche (dort u. dort) belegen und auf dem Plane mit (der u. der) Farbe unter Lit. U. bezeichnet sind;
- b. eine Weideservitut in den Grenzen des Privatgutes (so u. so) auf einem Flächenraum von 00 Dess., Weideland, wovon in Betreff von 00 Dess. das Recht von dem Privatbesitzer bestritten wird;
- c, das Recht auf die Fischerei in (dem u. dem) Meere, (den u. den) Seen, (dem u. dem) Flusse gemeinschaftlich mit (den u. den) Bauerhöfen des Kronsgutes (so u. so);
- d. das Recht auf unentgeltliche Entnahme (jedoch nur zum Bedarf der eigenen Wirthschaft von Grand, Sand und Steinen u. s. w. gemeinschaftlich mit den zu (diesem selben) oder dem Gute (so u. so) gehörigen Bauerhöfen (so u. so) aus den der Bauergemeinde (so u. so) auf dem Guts-(Forst-)Lande eingewiesenen Grandgruben an 00 Stellen (so u. so) auf dem Plane unter Lit. X;

- e. das Recht auf Gewinnung von Torf zum eigenen Gebrauch aus dem den Bauerhöfen (so u. so) des Kronsgutes (so u. so) zur gemeinsamen Nutzung überlassenen, (dort u. dort) befindlichen Torfmoore, auf dem Plane mit Lit. Z. bezeichnet.

#### IV.

Alle obgedachten Ländereien, Appertinentien und Rechte werden dem Bauer (so u. so) zur beständigen, erblichen Nutzung gegen Zahlung eines jährlichen Grundzinses von 00 Rbl. 00 Kop. überlassen. Dieser Grundzins bleibt unverändert bis zum Jahre 1889 und muss jährlich in zwei Terminen, stets für sechs Monate praenumerando, und zwar: die eine Hälfte am (Datum u. Monat) und die andere am (Datum u. Monat) zur Kronskasse eingezahlt werden.

#### V.

Bezüglich der richtigen Ableistung der Krons-, Landes- und Gemeinde-Prästationen unterwirft sich der Besitzer der Landstelle den bestehenden örtlichen Gesetzesbestimmungen und den Allerhöchst bestätigten Regeln.

#### VI.

Wenn der Besitzer einer Landstelle mit der Zahlung des Grundzinses für den Betrag eines Jahres im Rückstande bleibt und zur Verfristung dieses Rückstandes nicht rechtzeitig die Genehmigung in der festgesetzten Ordnung erbeten wird, auch demnächst alle polizeilichen Maassregeln zur Beitreibung dieses Rückstandes erfolglos bleiben, so hat die Verwaltung der Reichsdomänen das Recht, durch die Gemeindeverwaltung zu verlangen, dass die Landstelle des säumigen Wivthen seinem nächsten Erben oder einem Gliede seiner Familie zur Disposition übergeben werde mit der Verpflichtung, den ganzen Grundzins-Rückstand sofort einzuzahlen. Sind die Glieder der Familie und die Erben des säumigen Hauswirthens ausser Stande oder weigern sie sich den aufgelaufenen Rückstand zu bezahlen, so ist die Gemeindeverwaltung verpflichtet, die örtlichen Bauern, welche gesonnen sein sollten, die Landstelle in beständige Nutzniessung zu übernehmen, aufzufordern, sich zu einem bestimmten Termine im Gemeindegerichte einzufinden, woselbst dann unter den erschienenen Bauern ein Bot und Ueberbot betreffs des immerwährenden Nutzungsrechtes an der Landstelle stattfindet, der mit der Rückstandssumme zu beginnen hat. Die Landstelle wird demjenigen Bauern zugeschlagen, der gleichzeitig die höchste einmalige Summe bietet und sofort einzahlt. Aus dieser Summe wird der Kronsrückstand gedeckt und der Rest des eingezahlten Geldes dem aus dem Besitz der Landstelle gesetzten Bauer übergeben, welcher demnächst weiter keinen Anspruch auf irgend welche Entschädigung für die auf die Melioration der Landstelle verwandten Kosten zu machen berechtigt ist.

#### VII.

Eine Uebergabe und Abtretung des immerwährenden Nutzungsrechtes an einer bäuerlichen Landstelle, sowie die Vergebung der Landstelle seitens des Hauswirthens in zeitweilige Arrende ist nur im vollen Umfange der Landstelle, ohne Parcellirung derselben, und ausserdem nur mit besonderer Genehmigung der Verwaltung der Reichsdomänen in den Ost-seegouvernements gestattet.

## VIII.

Falls der Besitzer des Hofes oder der Landstelle stirbt, so gehen seine Rechte und Pflichten aus dieser Akte auf seine gesetzlichen Erben über, jedoch ohne Parcellirung der Landstelle. Die Person selbst aber, auf welche die Verwaltung der Landstelle durch Erbrecht überzugehen hat, wird in der durch die örtlichen Gesetzesbestimmungen, Regeln und Gebräuche festgesetzten Ordnung bestimmt\*).

## IX.

Wenn in Folge der allendlichen gerichtlichen Entscheidung über die streitigen Ländereien und Servitutrechte ein Bauer der Nutzung irgend eines Theiles der ihm durch die gegenwärtige Akte überlassenen Ländereien verlustig geht, so hat der Besitzer der Landstelle, falls ein Ersatz für diesen Theil aus den disponiblen Kronsländereien nicht möglich ist, das Recht auf eine verhältnissmässige Reduction des in dieser Akte festgesetzten Grundzinses, entsprechend den Revenüen, welche bei der Regulirung von den Nutzungen, deren Besitz ihm abgesprochen worden, laut Abschätzung berechnet worden war.

## X.

Wenn der Besitzer einer Landstelle, in Grundlage der Art. 15, 16 und 17 des Allerhöchsten Befehls vom 10. März 1869, die ihm zur Nutzung überlassenen Ländereien zu seinem vollen Eigenthum zu erwerben wünscht, so muss er darüber dem Verwaltenden der Reichsdomainen in den Ostseegouvernements bei Vorstellung der ihm ausgereichten Regulirungs-Akte Anzeige machen, in deren Stelle ihm ein Kaufbrief über die freigekaufte Landstelle ausgereicht wird; hierbei wird dem Besitzer vom Beginn des auf die Vollziehung des Kaufkontraktes folgenden Jahres an, statt des Grundzinses, der ihm von derselben Zeit an erlassen wird, die Freikaufszahlung auferlegt.

## XI.

Der Bauer hat das Recht, den ihm zur immerwährenden Nutzung überlassenen Hof oder die Landstelle auf folgender Grundlage freizukaufen; der Verkaufspreis der Landstelle wird durch Capitalisirung des jährlichen Betrages des von der Landstelle zu entrichtenden Grundzinses zu vier Procent bestimmt und kann der Bauer diese ganze Summe allmählich im Laufe von neun und vierzig Jahren durch jährliche Einzahlung von fünf und einem halben Procent derselben tilgen.

## XII.

Es ist dem Besitzer einer freigekauften Landstelle gestattet, ausser den jährlichen Freikaufszahlungen noch besondere Einzahlungen in baarem Gelde oder in fünfprocentigen Staatspapieren, zum Nominalwerthe dieser Papiere zu machen. Diese Einzahlungen werden als Abzahlung auf die Capitalsumme des Verkaufspreises der Landstelle verrechnet und tritt auf Grund dessen, von dem auf die Einzahlung folgenden Jahre an, eine Verminderung der jährlichen Freikaufszahlungen im Betrage von fünf und einem halben Procent von der eingezahlten Summe ein; die erwähnten ausserterminlichen Einzahlungen dürfen nicht weniger als 100 Rbl. nach dem Nominalwerthe der Papiere betragen».

\*) Vergl. die unten sub № 19 abgedruckte Entscheidung d. Dirig. Senats v. 22. Januar 1896 № 6. D. Hrsq.

4. Reg.-Pat. 26. April 1871 Nr. 27 (Allerh. 6. Februar 1871 bestätigter Beschluss der vereinigten Session des Haupt-Comités für die Organisation des Bauerstandes und des Staatsökonomie-Departements des Reichsraths vom 25. Januar 1871): «Die vereinigte Session des Haupt-Comités für die Organisation des Bauerstandes und des Staatsökonomie-Departements des Reichsraths hat in ihrer Sitzung vom 25. Januar 1871 nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers vom 18. December 1870 Nr. 8226, betreffend die von den ehemaligen Reichsbauern der Ostseegouvernements zu erhebende Gemeindesteuer, in Uebereinstimmung mit dem Sentiment des Ministers beschlossen:

- 1) das von demselben vorgestellte Verzeichniss der Beträge der von den Bauern der Kronsgüter in den Ostseegouvernements zu entrichtenden Gemeindesteuer zu bestätigen und demnächst die Erhebung und Verausgabung der in selbigem Verzeichniss festgesetzten Summe im Betrage von 53,985 Rbl. 33<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Kop., vom Jahre 1871 an auf Grundlage des am 30. December 1869 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths zu bewerkstelligen;
- 2) dem Minister der Reichsdomänen anheimzugeben, nach allendlicher Berechnung des der Erhebung von jeder Bauerlandstelle in den in dem Allerhöchsten Befehl vom 10. März 1869 angegebenen Grundlagen unterliegenden Grundzinses, in jedem einzelnen der Ostseegouvernements und nach Ausreichung der Regulirungs-Akten, die Beträge der Gemeindesteuer nach Verhältniss des auf jede Bauerlandstelle nach der Regulirungs-Akte entfallenden Grundzinses, ohne Abänderung der oben angegebenen Gesamtsomme dieser Steuer, zu berechnen und die derart ausgeführten Repartitionen dem Finanzminister zur Inkraftsetzung mitzuthellen».

5. Beschluss d. Haupt-Comité zur Organisation des Bauerstandes v. 4. Mai 1872\*). (Sammlung d. Gesetze u. Anordn. d. Staatsreg. 2. Juni 1872 Nr. 44 Stück 393): ....«Die landlosen Bauern evangelisch-lutherischer Confession, denen, da sie keine Wohnstelle haben, auf den Kronsgütern der Balt. Gouv. auf's Neue Land zugetheilt wird oder bereits zugetheilt worden ist, im Laufe der ersten drei Jahre von der Zahlung des für derartige Landparcellen festgesetzten Grundzinses zu befreien, sowie nach Ablauf dieser Frist ihnen für die folgenden drei Jahre den Grundzins im halben Betrage aufzuerlegen»....

6. Reg.-Pat. 14. Juni 1874 Nr. 55: «Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht, dass der Herr und Kaiser auf den allerunterthänigsten Vortrag des Staatssecretsairs Walujew am 18. März d. J. Allerhöchst zu befehlen geruht hat, die neue Regulirung der Kronsgüter des Livländischen Gouvernements in Erfüllung zu setzen und demnach den Bauern der 123 Livländischen Kronsgüter, sowie den Ansiedlern der Hirschenhof-Helfreichshofschen Kolonie die vom Gesetze verordneten Regulations-Akten über die beständige Nutzniessung der diesen Bauern und Ansiedlern in Besitz gegebenen Landstücke gegen Zahlung der für dieselben nach Verhältniss des Zugetheilten zu entrichtenden Grundzinses auszureichen».

7. Reg.-Pat. 26. September 1875 Nr. 127: «Mit Genehmigung des Herrn General-Gouverneurs der Ostseegouvernements werden von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung nachstehende, von der Baltischen Domänen-Verwaltung approbirte, zwei Formulare für Kaufkontrakte über Bauerländereien auf Kronsbesitzlichkeiten und ein Formular einer Abrechnungsquittung desmittelst zur allgemeinen Kenntniss gebracht».

---

\*) In den Cod. d. Reichsges. Bd. VIII Th. 1, Ausg. v. J. 1893, aufgenommen als Anmerkung zu Art. 5 d. Beil. zur Armerkung des Art. 7 der Verordn. über d. Verwalt. d. Kronsgüter in d. westl. u. d. Balt. Gouv. D. Hrsg.



Form I a u. b.

**Kauf-Kontrakt.**

Im Jahre 18 , den hat die Baltische Domainen-  
 Verwaltung mit dem Bauern diesen Kauf-Kontrakt über  
 das in seiner beständigen Nutzung befindliche  
 Grundstück, genannt , belegen im Gouvernement  
 im schen Kreise, auf der zur schen  
 Gemeinde gehörigen Kronsbesitzlichkeit und bezeichnet in  
 dem am 18 ausgereichten Regulirungs-Akte sub Nr.  
 unter nachstehenden Bedingungen geschlossen:

## I.

Die dem Bauern verkauft werdenden  
 Ländereien bestehend aus Parzellen

Die Grenzen dieser Parzellen sind auf der Charte vermerkt, die specielle Beschreibung der Parzellen aber befindet sich in dem Regulirungs-Akte, welche Dokumente (Charte und Regulirungs-Akt) bei dem Gemeindegerichte asservirt werden. Diese Grenzen umfassen nach der letzten Instrumental-Messung Dess. an Haus- und Gartenplätzen, Dess. Ackerland, Dess. Heuschlag, Dess. Weide, im Ganzen Dess.

## II.

Das obbenannte Grundstück, mit den auf demselben befindlichen Gebäuden und den dazu gehörigen Appertinentien, ist dem Bauern  
 auf ewige Zeit und als erbliches Eigenthum für die Summe  
 von  
 verkauft, welche Summe nach dem im Regulirungs-Akte auf  
 angegebenen Betrage des Jahreszinses, durch Capitalisation  
 desselben à 4%, berechnet worden.

## III.

Der Käufer ist verpflichtet, die festgesetzte Kaufsumme für das erworbene Grundstück in 49 Jahren, gerechnet vom 1. Januar des nächsten Jahres 18 der Art zu tilgen, dass er alljährlich zur Kronskasse  $5\frac{1}{2}\%$  vom ganzen Kaufschilling ein- zahlt, d. h. alljährlich, zu gleichen Theilen halbjährlich praenumerando, namentlich: die eine Hälfte am 2. Januar, die andere am 1. Juli eines jeden Jahres.

oder:

## III.

Auf Abschlag der Kaufsumme von  
 hat der Käufer bei Abschluss dieses  
 Kauf-Kontrakts, laut Quittung der Rentei vom  
 sub Nr. eingezahlt. Zur Tilgung des  
 sonach verbleibenden Restes von verpflichtet sich  
 der Käufer alljährlich im Laufe von 49 Jahren  $5\frac{1}{2}\%$  vom Kaufschillingsreste, d. h. jährlich, zu gleichen Theilen halbjährlich praenumerando, und zwar die eine Hälfte am 2. Januar und die andere am 1. Juli eines jeden Jahres, zu zahlen.

## IV.

Dem Käufer steht es frei, ausser den jährlichen kontraktlichen Ablösungszahlungen noch besondere Einzahlungen zu machen, entweder in baarem Gelde oder in fünfprocentigen Staatspapieren, nach ihrem Nominalwerthe. Solche Einzahlungen werden auf das Kapital des Kaufschillings verrechnet, und demnach wird, von dem auf die Einzahlung folgenden Jahre ab, die jährliche Ablösungszahlung um den Betrag von  $5\frac{1}{2}\%$  von der gemachten Einzahlung gekürzt. Diese ausserterminmässigen Einzahlungen dürfen nach dem Nominalpreise der Werthpapiere nicht weniger als 100 Rbl. betragen.

## V.

Falls der Käufer die Termin-Zahlungen seiner Schuld nicht prompt leistet, wird das Grundstück ihm auf gerichtlichem Wege abgenommen und zum öffentlichen Ausbot gestellt. Aus der Meistbotsumme wird allem zuvor die Forderung der Krone gedeckt. Der sich nach Berichtigung dieser Forderung der Krone ergebende Rest wird, nach Entscheidung des Gerichts, wem gehörig ausgezahlt.

## VI.

Der Käufer ist verpflichtet, die Quittungen über die geleisteten Termin-Zahlungen am 2. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres dem schen Gemeinde-Aeltesten vorzuweisen. Ist die Quittung im Termine nicht beigebracht worden, so wird dem Käufer von dem Gemeinde-Aeltesten eine zweiwöchentliche Frist bewilligt, nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist aber das Grundstück unter Sequester gestellt und hierauf auf gerichtlichem Wege Anordnung wegen Abnahme des Grundstücks vom säumigen Besitzer und Anberaumung von im örtlichen Gerichte abzuhaltenden Torgen getroffen. Die Bestätigung dieser Torge steht dem ländischen Cameralhofe zu.

## VII.

Mit dem Erwerb des Grundstücks übernimmt der Käufer alle mit dem Besitze eines bäuerlichen Grundstücks verbundenen Rechte und Verpflichtungen in Grundlage der gegenwärtig bestehenden und etwa künftig zu erlassende gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen der Regierung. So lange der Kaufschilling nicht vollständig berechtigt ist, darf eine Uebertragung des Grundstücks auf einen Andern, oder eine Veränderung in der Grösse und den Bestandtheilen des Grundstücks nur mit besonderer, für jeden einzelnen Fall einzuziehender Genehmigung des Cameralhofes erfolgen.

## VIII.

Hinsichtlich der Leistung der Krons-, Landes- und Gemeinde-Prästande ist der Käufer des Grundstücks sowohl den gegenwärtig geltenden, als auch den künftig etwa zu erlassenden Gesetzesbestimmungen und Allerhöchst bestätigten Regeln unterworfen.

Zur Urkunde dessen ist dieser Kontrakt von den kontrahirenden Theilen in zwei Exemplaren unterschrieben und muss derselbe in der vorgeschriebenen Ordnung in dem Gerichte corroborirt werden.

## Form II.

**Kauf-Kontrakt.**

Im Jahre 18 , den hat die Baltische Domainen-  
verwaltung mit dem Bauern  
diesen Kauf-Kontrakt über das in seiner beständigen Nutzung befindliche  
Grundstück, genannt  
belegen im Gouvernement im schen  
Kreise, der Gemeinde, auf der Kronsbesitzlichkeit  
und bezeichnet in dem am 18 aus-  
gereichten Regulirungs-Akte sub Nr. , unter nachstehenden Bedingungen  
geschlossen:

## I.

Die dem verkauft werdenden Ländereien  
bestehen aus Parzellen

Die Grenzen dieser Parzellen sind auf der Charte vermerkt, die genaue Be-  
schreibung der Parzellen aber befindet sich in dem Regulirungs-Akte, welche Docu-  
mente (Charte und Regulirungs-Akt) bei dem Gemeindegerichte asservirt werden. Diese  
Grenzen umfassen nach der letzten instrumentalen Messung Dess. an Haus- und  
Gartenplätzen, Dess. Ackerland, Dess. Heuschlag, Dess. Weide,  
im Ganzen Dess.

## II.

Das obbenannte Grundstück, mit den auf demselben befindlichen Gebäuden und  
den dazu gehörigen Appertinentien, ist dem Bauern  
als ewiges und erbliches Eigenthum für die Summe von

verkauft, welche Summe nach dem im Regulirungs-Akte auf Rbl. Kop.  
angegebenen Betrage des Jahreszinses, durch Capitalisation desselben à 4%, be-  
rechnet worden.

## III.

Der Käufer hat den Kaufschilling für das erworbene Grundstück, im Betrage  
von vollständig bei  
der Rentei am 18 eingezahlt,  
daher vom 1. Januar des nächsten Jahres 18 ab der Zins für dieses Grundstück  
aus dem Oklad ausgeschlossen und der Käufer von jeder weiteren Zinszahlung befreit  
werden wird.

## IV.

Mit dem Erwerbe des Grundstücks übernimmt der Käufer alle mit dem Besitze  
eines bauerlichen Grundstücks verbundenen Rechte und Verpflichtungen in Grundlage  
der gegenwärtig bestehenden und etwa künftig zu erlassenden gesetzlichen Bestim-  
mungen und Verordnungen der Regierung.

## V.

Hinsichtlich der Leistung der Krons-, Landes- und Gemeinde-Prästandes ist der  
Käufer des Grundstücks sowohl den gegenwärtig geltenden, als auch den künftig etwa

zu erlassenden Gesetzesbestimmungen und Allerhöchst bestätigten Regeln unterworfen.

Zur Urkunde dessen ist dieser Kontrakt von dem kontrahirenden Theilen in zwei Exemplaren unterschrieben und muss derselbe in der vorgeschriebenen Ordnung in dem Gerichte corroborirt werden.

### Abrechnungs-Attestat.

Im Jahre 18 am hat der Bauer  
auf Abschlag des von ihm in Grundlage des am  
18 über das von ihm erstandene, im  
Gouvernement Kreise, in der Kronbesitzlichkeit  
belegene Grundstück vollzogenen  
Kauf-Kontrakts, annoch schuldigen Kaufschillings, laut Quittung der  
Rentei vom sub Nr.  
Rubel eingezahlt. In Folge dieser ausserterminlichen  
Einzahlung, wodurch Rubel Kop. der jährlichen  
terminlichen Ablösungszahlung ersetzt werden, ist der Käufer verpflichtet, statt der  
nach dem II. Punkte des Kauf-Kontrakts bis hiezu alljährlich gezahlten Rbl.  
Kop. vom 1. Januar 18 ab, bis zum Ablauf des in dem Kauf-Kontrakte  
festgesetzten Termins, alljährlich Rbl. Kop. zur Kronskasse  
zu zahlen».

8. Reg.-Pat. 9. August 1884 Nr. 50 (R.-R.-G. 5. Juni 1884)\*): «In Abänderung und Ergänzung der bezüglichlichen Gesetzesbestimmungen folgende Vorschriften festzusetzen: 1) Für die Ausfertigung der Kaufbriefe über bäuerliche und Soldatengrundstücke auf den Kronsgütern der Gouvernements Kurland und Livland wird zum Ersatz der Ausgaben der Krone für den angegebenen Gegenstand folgende Steuer erhoben: für Kaufbriefe über Grundstücke im Werthe bis zu 500 Rbl. je 50 Kop., über Grundstücke im Werthe von 500 bis zu 1500 Rbl. je 1 Rbl. und im Werthe von mehr als 1500 Rbl. je 1 Rbl. 50 Kop.; 2) Hinsichtlich der Erhebung und Verausgabung dieser Steuer wird die durch das am 8. November 1865 Allerh. bestät. R.-R.-G. festgesetzte Ordnung beobachtet».

9. Reg.-Pat. 25. Juli 1885 Nr. 41 (R.-R.-G. 28. Mai 1885): «1) Die Erhebung der Kopfsteuer mit dem 1. Januar 1886 einzustellen: a) von allen ehemaligen gutherrlichen, Apanagen- und anderen Bauern, auf welche sich die Wirksamkeit der Verordnungen vom 19. Februar 1861 und 26. Juni 1863 erstreckt; b) von den unter besonderen Bestimmungen stehenden Bauern der Ostseegouvernements, mit Ausnahme derjenigen, die sich auf Kronsländereien niedergelassen haben, und c) von den Kleirussischen Kosaken und anderen Ansiedlern, sowohl solchen, die besondere Oklade, als auch solchen, die den allgemeinen Oklad entrichten, mit Ausnahme derjenigen, die eine Obroksteuer zahlen.

2) Vom 1. Januar 1887 ab die Kopfsteuer allendlich für alle Zahlungspflichtigen im Kaiserreich aufzuheben, mit Ausnahme Sibiriens.

Die Punkte 3 und 4 handeln von zukünftigen gesetzlichen Maassnahmen.

\*) In d. Cod. d. Reichsges. Bd. VIII Th. 1, Ausg. v. J. 1893, aufgenommen als Anmerkung 2 zu Art. 10 d. Beil. zur Anmerkung des Art. 7 der Verordn. über d. Verwaltung d. Kronsgüter in d. westl. u. Balt. Gouv. D. Hrsq.

10. Reg.-Pat. 21. September 1885 Nr. 50 (R.-R.-G. 7. Mai 1885): «In Abänderung und Ergänzung der betreffenden Gesetzesbestimmungen Folgendes als Regel zu verordnen: «Die Gesamtsumme der Landesprästandensteuer, welche für die Kronsgüter des Gouvernements Livland ausgerechnet worden ist, wird auf alle (freigekaufte und nichtfreigekaufte) Bauergrundstücke dieser Güter im Verhältniss zu der Summe des von jedem Grundstücke zu zahlenden Grundzinses, unabhängig von der Quantität des zu dem Grundstücke gehörenden steuerpflichtigen oder steuerfreien Landes, repartirt».

11. Reg.-Pat. 26. Juni 1886 Nr. 23 (Namentl. Allerh. Befehl 3. März 1886): «Durch die dem Dirigirenden Senat am 29. Januar 1797, am 9. April 1798 und am 7. Januar 1810 ertheilten Namentlichen Befehle und den Gnadenbrief vom 8. September 1806 sind von den in Gott ruhenden Kaisern Paul I. und Alexander I. der Livländischen, Kurländischen, Estländischen und Oeselschen Ritterschaft zum ewigen Besitz und zur unbefristeten Erhaltung behufs Unterhalts der Landrätthe und anderer Adelsbeamten und überhaupt zu communalen Bedürfnissen die Kronsgüter: Trikaton, Alt-Wrangelschhof, Planhof, Lubbenhof, Lipskain, Wizenhof, Grendsen, Alt-Sahten, Otto-meiershof, Wilhelmsberg, Irmilau, Dorotheenhof, Degalen, Abaushof, Petersthal, Friedrichsberg, Kuimetz, Nappel, Kai, Grossenhof, Neu-Löwel, Magnushof und Holmhof, verliehen worden.

In Anbetracht dessen, dass in den am 10. März 1869 Allerhöchst bestätigten Regeln über die administrative und agrare Organisation der Bauern, welche sich auf den Kronsgütern der Ostseegouvernements niedergelassen haben, die Nothwendigkeit vorgesehen ist, diese Regeln auch auf die unter besonderer Bestimmung stehenden Kronsgüter, als: auf die Güter, die in vollem Bestande mit den in der Nutzung der Bauern befindlichen Ländereien zu langjährigem oder unbefristetem Besitz Privatpersonen oder Institutionen überlassen worden sind, anzuwenden, haben Wir es gegenwärtig für gut befunden, dem Minister der Reichsdomains anzubefehlen, Erwägungen über die Anwendung der gedachten, am 10. März 1869 Allerhöchst bestätigten Regeln auf die Bauern der genannten, der Livländischen, Kurländischen, Estländischen und Oeselschen Ritterschaft verliehenen Güter auszuarbeiten und dem Reichsrath vorzustellen. Da Wir aber ersehen, dass die Ritterschaft auf einigen dieser Güter bereits zum Verkauf von Bauerlandparcellen an die Hofswirthe geschritten ist, so befehlen Wir Allergnädigst, diesen Verkauf bis zur Beprüfung und Bestätigung der genannten Erwägungen zu beanstanden».

12. R.-R.-G. 12. Juni 1886 betr. die Umwandlung des Grundzinses der frühern Reichsbauern in Loskaufszahlungen (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 15. Juli 1886 Nr. 68 Stück 640)\*): .....«I. In Abänderung und Ergänzung der bezüglichen Gesetzesbestimmungen nachfolgende Regeln festzusetzen:

1) Der von den Reichsbauern und andern Ansiedlern zu erhebende Grundzins und dessen Stelle vertretende Abgaben, gleichwie die Waldabgabe, werden, mit dem 1. Januar 1887, in Loskaufszahlungen umgewandelt.

2) Die Summen der Loskaufszahlungen werden, in gesetzgeberischer Ordnung, für jedes Gouvernement in einem unabänderlichen Maassstab für die ganze Loskaufszeit festgesetzt. Die Erhebung derselben hört definitiv mit dem 1. Januar 1931 auf.

3)—11) haben keinen Bezug auf Livland.

12) In den Gouvernements Liv-, Est- und Kurland wird die für jedes Gouvernement bestimmte Summe der Loskaufszahlungen durch die Regulirungs-Commissionen

\*) Dieses R.-R.-G. ist modificirt worden im Cod. d. Reichsges. Bd. VIII Th. 1, Ausgabe v. J. 1893, Beil. zur Anmerk. d. Art. 7 der Verordn. über d. Verwalt. d. Kronsgüter in d. westl. u. Balt. Gouv. D. Hrsg.

auf die abgetheilten Landparcellen der Bauern nach denselben Grundsätzen repartirt, nach denen die in Gemässheit des Allerh. Befehls v. 10. März 1869 festgesetzten Beträge des Grundzinses auf dieselben vertheilt worden sind.

13) Nach bewerkstelligter Repartition der Loskaufszahlungen auf die einzelnen Ansiedelungen wird auf den Besitzurkunden ein Vermerk über das Maass dieser Repartition gemacht.

14) Das den durch die gegenwärtigen Regeln festgesetzten Loskaufszahlungen entsprechende Kapital wird durch Multiplication dieser Zahlungen mit zwanzig bestimmt.

15) Für die Ansiedelungen, welche Besitzurkunden erhalten haben, können die Loskaufszahlungen verringert oder vollständig getilgt werden, durch die Seitens der Dorfgemeinde und der Besitzer abgetheilte Höfe in die örtliche Rentei zu bewerkstelligende Einzahlung, ausser des jährlichen repartitionsmässigen Betrages, eines Theiles oder des ganzen diesen Zahlungen entsprechenden Kapitals. Die gedachten Zahlungen werden in baarem Gelde geleistet, im Betrage nicht unter zehn Rubeln, und in jedem Falle in vollen Zehnern, oder in Staatspapieren zu dem vom Finanzminister festgesetzten Preise. Der jährliche repartitionsmässige Betrag der Loskaufszahlungen wird, im Falle der vor dem Termin erfolgten Einzahlung, verringert, zu den hiefür festgesetzten Terminen, entsprechend der auf die Tilgung des Kapitals verrechneten Summe.

16) Alle nach dem vorhergehenden Art. zur Bezahlung des den Loskaufszahlungen entsprechenden Kapitals einflussenden Summen werden zur Tilgung der Staatsschulden verwandt.

II. Den Vorschlag über die Summen der Loskaufszahlungen nach Gouvernements, welche der Vertheilung nach Kreisen und der Repartition auf die einzelnen Ansiedelungen unterliegen, der Allerhöchsten Bestätigung des Herrn und Kaisers zu unterbreiten \*).

III. Dem Finanzminister anheimzustellen, den betreffenden Institutionen, in Entwicklung der oben dargelegten Regeln, die näheren Anweisungen zu ertheilen, und, erforderlichenfalls nach Einvernehmen mit den Ministern des Innern und der Reichsdomainen, die bei der Ausführung dieser Regeln sich herausstellenden Missverständnisse zu entscheiden.

13. Reg.-Pat. 10. Juli 1889 Nr. 68 (Bekanntmachung d. Gouv.-Reg.): ..... «Der Herr Minister der Reichsdomainen hat am 20. Januar 1889 dem Dirigirenden Senat drei von ihm, dem Minister, nach Einvernehmen mit den Ministern des Innern und der Finanzen, bestätigte Formulare von Loskaufsakten für Bauergrundstücke der Kronsgüter in den Baltischen Gouvernements, entsprechend den drei Arten des Loskaufs, und zwar namentlich: 1) wenn die Käufer in Anrechnung auf die Loskaufssumme nichts gezahlt haben; 2) wenn von ihnen ein Theil derselben bezahlt worden ist, und 3) wenn sie den ganzen Kaufpreis vollständig bezahlt haben, — mit der Maassgabe vorgestellt, dass alle derartige Akte nur in russischer Sprache gedruckt würden.

---

\*) Dieser Vorschlag enthält zum Schluss der mit einer Gesamtloskaufssumme von 49,036,884 Rubel aufgezählten 44 Gouvernements die 3 Balt. Gouv., von denen Estland mit 54 Rubeln, Livland mit 251,777 Rubeln und Kurland mit 795,696 Rubeln aufgeführt werden.

## Form I a.

## Loskaufs-Akte.

Im Jahre 18 , am des Monats , ist auf Grundlage des Allerh. am 12. Juni 1886 bestät. R.-R.-G. über die Umwandlung des Reichs-Grundzinses in Loskaufszahlungen, in der Baltischen Domainen-Verwaltung diese Akte über die Veräußerung zu Eigenthum an den Bauern des in seiner beständigen Nutzniessung befindlichen (Hofes, Gesindes, Landstelle) mit Namen , befindlich im Gouvernement im Kreise, der Gemeinde unter dem Kronsgute vollzogen worden.

## I.

Alle zum eigenthümlichen Besitz erworbenen Ländereien bilden ein zusammenhängendes Ganzes oder einen Complex und grenzen im Norden — an den Besitz des Privatgutes , im Osten — an den Kronsfurst , im Süden — an die Ländereien des zum Gute gehörigen Bauerhofes und im Westen — an den Besitz des Pastorats , durch die Schlucht ohne Namen und durch den Bach an die Ländereien des zum Gute gehörigen Bauerhofes

oder:

liegen in den Grenzen des Privatgutes , im Bezirk des Kronsfurstes , Quartal , in den Grenzen des zum Gute gehörigen Bauerhofes , in der Gemarkung in westlicher Richtung von dem Gesinde.

oder:

Alle Ländereien der gedachten Landstelle bestehen aus streubelegenen Parzellen: die erste Parzelle grenzt im Norden — an den Besitz des Privatgutes , im Osten — an den Kronsfurst im Süden — an die Ländereien des zum Gute gehörigen Bauerhofes und im Westen — an den Bach ; die zweite Parzelle ist in den Grenzen des Privatgutes benannten Gemarkung belegen; die dritte — im Quartal des Kronsfurstes; die vierte — inmitten der Bauerheuschläge des Kronsgutes , angrenzend an die Heuschläge der Bauernhöfe . Alle diese Parzellen sind auf der Charte mit der № bezeichnet.

oder:

Alle Ländereien der gedachten Landstelle bestehen aus inmitten der Ländereien der Ansiedelung oder des Dorfes , der Bauernhöfe , in der Gemarkung oder dem Forste , belegenen Landstreifen und Parzellen, welche auf der Generalcharte mit der № oder Litt. bezeichnet sind.

## II.

In den obenbeschriebenen Grenzen befinden sich, auf Grundlage der bewerkstelligten Instrumentalaufnahme, in der Nutzung des Bauern Dessät. Land, und zwar: bei dem Gesinde selbst , Ackerland Dessät., Teiche Dessät., Heuschlag Dessät., Unland Dessät., Weide Dessät., im Ganzen nutzbares Land Dessät., Torfmoor Dessät. und Impedimente Dessät.

Darunter:

- a. Dessät., in denen die Bauerhöfe des Gutes eine immerwährende Weideberechtigung haben.
- b. Dessät. Heuschlag, an denen der Bauerhof das Privatgut oder der Hof des Gutes eine streitige Servitut der Viehweide nach abgemähtem Grase haben.
- c. Dessät. zwischen der Krone und dem Privatgute streitigen Landes.

### III.

Ausser dem im vorhergehenden Punkte bezeichneten Areal hat die obgedachte Landstelle:

- a. das Recht auf gemeinschaftliche Weide mit den Bauerhöfen und den Lostreibern des Gutes auf einem Flächenraum von Dessät., welche belegen und auf der Charte mit Farbe unter Litt. U. bezeichnet sind.
- b. die Weideservitut in den Grenzen des Privatgutes auf einem Flächenraum von Dessät. Weideland, wovon in Betreff von Dessät. das Recht vom Privatbesitzer angestritten wird.
- c. das Recht der Fischerei im Meer, den Seen, dem Fluss gemeinschaftlich mit den Bauerhöfen des Kronsgutes
- d. das Recht auf unentgeltliche Entnahme — jedoch nur zum Bedarf der eigenen Wirthschaft — von Grand, Sand und Steinen u. s. w. gemeinschaftlich mit den zum Gute gehörigen Bauerhöfen aus der Bauergemeinde auf dem Guts-(Wald-)Lande eingewiesenen Grandgruben an Stellen auf der Charte unter Litt. X.
- e. das Recht auf Gewinnung von Torf zum eigenen Gebrauch aus dem den Bauerhöfen des Kronsgutes zur gemeinsamen Nutzung überlassenen Torfmoor, befindlich , auf der Charte Litt. Z.

### IV.

Der bezeichnete Hof, Gesinde, Landstelle im vollen Bestande, mit allen auf denselben befindlichen Baulichkeiten und den mit seinem Besitz verknüpften Zubehörungen, unterliegt dem Loskauf zum ewigen erblichen Eigenthum des Bauern mittels jährlicher Loskaufszahlungen im Betrage von Rbl. Kop., die der Erwerber, im Laufe von 44 Jahren, vom 1. Januar 1887 bis zum 1. Januar 1931 zu entrichten, sich verpflichtet. Bei der Capitalisation dieser Zahlung zu 5% repräsentirt der Werth des losgekauften (Hofes, Gesindes, Landstelle) Rbl. Kop.

### V.

Dem Erwerber der Landstelle ist es gestattet, ausser den jährlichen Loskaufszahlungen, besondere Einzahlungen in baarem Gelde, im Betrage nicht unter zehn Rubeln und in jedem Falle in vollen Zehnern, oder in Staatspapieren zu dem vom Finanzminister festgesetzten Preise zu bewerkstelligen. Der jährliche Betrag der Loskaufszahlungen wird, im Fall der vor dem Termin erfolgten Einzahlung, entsprechend der auf die Tilgung des Kapitals angerechneten Summe, in den hiefür bestimmten Terminen, vermindert.

### VI.

Die Quittung über die Entrichtung der terminlichen Zahlungen ist der Erwerber dem Gemeinde-Aeltesten in den festgesetzten Terminen vor-



zuweisen verpflichtet. Nach Ablauf dieser Termine und einer zweiwöchentlichen Respitfrist, wird der Rückstand in festgesetzter Ordnung beigetrieben \*).

### VII.

Auf den Erwerber gehen alle Rechte und Verbindlichkeiten über, welche auf Grund der bestehenden und hinkünftig erlassenen Gesetzesbestimmungen und obrigkeitlichen Anordnungen mit dem Besitz eines Bauergrundstücks verbunden sind. Solange jedoch nicht die ganze Loskaufssumme bezahlt worden ist, wird eine Uebertragung der erworbenen Landstelle, eine Veränderung in ihrer Ausdehnung und dem Bestande, gleichwie die Verpfändung und Belastung derselben mit Privatschulden, nicht anders als mit besonderer Genehmigung des Kameralhofes gestattet.

### VIII.

Hinsichtlich der Prästation der Krons-, Landes-, Gemeinde- und Privat-Leistungen\*\*), und zwar sowohl der Geld- als der Natural-Leistungen, ist der Erwerber der Landstelle den gegenwärtig geltenden und den hinkünftig erlassenen Gesetzesbestimmungen unterworfen.

### IX.

Diese Akte unterliegt der Eintragung in die Grundbücher des Gerichts.

*Form I b.*

## Loskaufs-Akte.

Der Eingang und die Punkte I, II und III sind gleichlautend mit Form I a.

### IV.

Der bezeichnete (Hof, Gesinde, Landstelle) unterliegt dem Loskauf mittels jährlicher Loskaufszahlungen im Betrage von Rbl. Kop. im Laufe von 44 Jahren, vom 1. Januar 1887 bis zum 1. Januar 1931. Bei der Capitalisation dieser Zahlung zu 5%, repräsentirt der Werth des losgekauften (Hofes, Gesindes, Landstelle) Rbl. Kop.

\*) Ausführungsbestimmungen hinsichtlich der Ordnung der Beitreibung sind nicht ergangen, sodass sich sowohl in Livland wie in Kurland ungeheure Rückstände an Loskaufszahlungen ansammelten; Cirk.-Verf. d. Gouv. an d. Commissare f. B.-S. v. 28. Mai 1892 № 5031 (Schenschin 213); die Kurländische Gouvernements-Regierung wandte sich hiernach im J. 1891 an das Mitausche Bezirksgericht und das Windau-Goldingensche Friedensrichter-Plenum wegen gerichtlicher Meistbotstellung mehrerer bäuerlicher Kronlandstellen; Art. 3947 Pkt. 2 Prov.-R. Th. III; doch erklärten beide Gerichte nur die Polizei für befugt zu einer derartigen Beitreibung. Der entstandene Kompetenzkonflikt wurde durch die am 28. Februar 1893 in der besonderen Session des St. Petersburger Appellhofes; cf. Art. 242 Civ.-Pr.-Ordn.; ergangene Entscheidung dahin geschlichtet, «dass Sachen betreffend den öffentlichen Verkauf der Bauern gehörigen Landstellen auf den Kronsgütern der Balt. Gouv. wegen rückständiger Loskaufszahlungen bei den gerichtlichen Institutionen und nicht bei den Administrativbehörden zu verhandeln sind». In weiterer Ausführung dieser eine normative Geltung beanspruchenden Entscheidung entschied sodann am 11. Februar 1894 derselbe Appellhof auf die Beschwerde des Kurländischen Kameralhofes über den Bescheid des Mitauschen Bezirksgerichts vom 21. September 1893 in Sachen betreffend den öffentlichen Verkauf der Kronlandstelle des D. S., dass der nach der Civ.-Pr.-Ordn. erforderliche Auszug aus dem Grundbuchregister, — falls die Landstelle noch nicht auf den Namen des Erwerbers korroborirt worden, — durch die vom Kameralhof herausgegebene Copie der Loskaufs-Akte ersetzt wird und es hinreichend ist, wenn der Kameralhof erklärt, qu. Landstelle sei dem und dem verkauft worden, wonach also eine Corroboration der Loskaufs-Akte vor dem öffentlichen Verkauf nicht erforderlich sei.

D. Hrsg

\*\*) So die wörtliche Uebersetzung; zu verstehen sind unter den Privatleistungen die Kirchspiels- und Kirchenfrohn und -Abgaben.

D. Hrsg.

## V.

Bei Vollziehung dieser Akte hat der Erwerber in Anrechnung auf das Kapital, laut Quittung der Kreis-Rentei vom № , Rbl. Kop. gezahlt, wonach der obenbezeichnete (Hof, Gesinde, Landstelle), mit allen auf demselben befindlichen Baulichkeiten und den mit dem Besitz desselben verbundenen Zubehörungen, dem definitiven Loskauf zum ewigen erblichen Eigenthum des Bauern unterliegt, mittels Tilgung des verbliebenen Kapitalrestes im Betrage von Rbl. Kop. durch jährliche Loskaufszahlungen im Maassstab von Rbl. Kop., die der Erwerber im Laufe von 44 Jahren, vom 1. Januar 1887 bis zum 1. Januar 1931 zu entrichten sich verpflichtet.

Die Punkte VI, VII, VIII, IX und X sind gleichlautend mit den Punkten V, VI, VII, VIII und IX der Form I a.

*Form II.***Loskaufs-Akte.**

Der Eingang und die Punkte I, II und III sind gleichlautend mit Form I a.

## IV.

Der bezeichnete (Hof, Gesinde, Landstelle) unterliegt dem Loskauf mittels jährlicher Loskaufszahlungen im Betrage von Rbln. Kop. im Laufe von 44 Jahren, vom 1. Januar 1887 bis zum 1. Januar 1931. Bei der Capitalisation dieser Zahlung zu 5%, repräsentirt der Werth des losgekauften (Hofes, Gesindes, Landstelle) Rbl. Kop.

## V.

Bei Vollziehung dieser Akte hat der Erwerber zur Kronskasse laut Quittung der Kreis-Rentei vom № das ganze Loskaufs-Capital im Betrage von Rbln. Kop. gezahlt, wonach der obenbezeichnete (Hof, Gesinde, Landstelle) mit allen auf demselben befindlichen Baulichkeiten und den mit dem Besitz desselben verbundenen Zubehörungen dem Bauern zum ewigen erblichen Eigenthum verkauft worden ist.

## VI.

Auf den Erwerber gehen alle Rechte und Verbindlichkeiten über, welche auf Grund der bestehenden und hinkünftig erlassenen Gesetzesbestimmungen und obrigkeitlichen Anordnungen mit dem Besitz eines Bauergrundstücks verbunden sind.

Die Punkte VII und VIII sind gleichlautend mit den Punkten VIII und IX der Form I a.

14. Reg.-Pat. 14. Juli 1889 Nr. 73 (R.-R.-G. 20. März 1889): .... In Abänderung und Ergänzung der bezüglichen Gesetzesbestimmungen festzusetzen:

- 1) In besonders berücksichtigenswerthen Fällen wird dem Finanzminister, nach Einvernehmen mit dem Minister des Innern, anheimgestellt, eine Stundung und eine ratenweise Zahlung der Rückstände an repartitionsmässigen Steuern und Loskaufszahlungen der Bauern aller Kategorien, ohne Beschränkung der Summe, zu genehmigen, wobei jedoch die Dauer des Aufschubs fünf Jahre, sowie die Gesamtdauer dieser und jener Vergünstigung zehn Jahre nicht übersteigen darf.
- 2) Sobald die Gewährung der Vergünstigungen an die Bauern hinsichtlich der Entrichtung der repartitionsmässigen Steuern und Loskaufszahlungen (Art. 1)

angeregt worden ist, so treffen die Gouvernements-Obrigkeiten, bis zur Entscheidung über die Gewährung der Vergünstigungen, Verfügungen über die Beanstandung der Beitreibung der Rückstände, die gerichtet ist auf Abgabe der Schuldner zum Abarbeiten und auf Verkauf des ihnen gehörigen Vermögens».

15. R.-R.-G. 7. Februar 1894 betr. die Ordnung der Stundung und ratenweisen Tilgung der Rückstände der Loskaufszahlungen (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 11. März 1894 Nr. 34 Stück 259): ..... «In Abänderung und Ergänzung der bezüglichen Gesetzesbestimmungen festzusetzen:

- 1) Dem Finanzminister, nach Einvernehmen mit dem Minister des Innern, sowie in den betreffenden Fällen mit dem Kriegsminister, wird anheimgestellt, auf Antrag der Gouvernements-Behörden und der Gouvernements- oder Gebietsbehörden für Bauer-Sachen, eine Stundung und ratenweise Tilgung der Rückstände der Loskaufszahlungen der Bauern aller Kategorien, ohne Beschränkung der Summe und der Dauer der Vergünstigung, zu gewähren, mit der Maassgabe, dass die jährlichen zur Tilgung des Rückstandes entrichteten Zahlungen jeder Dorfgemeinde die Jahresrepartition der Loskaufszahlungen dieser Gemeinde nicht überschreiten und dass die Rückstände, welche bis zu der auf die Beendigung der Loskaufoperation folgenden Zeit gestundet worden sind, durch Fortsetzung der terminlichen Zahlungen im früheren Maassstabe solange getilgt werden, bis der ganze Rückstand durch jährliche Zahlungen gedeckt ist.
- 2) Die Anträge der im Art. 1 genannten Behörden müssen auf eine eingehende Untersuchung der wirtschaftlichen Lage und der Zahlungsmittel jeder einzelnen Dorfgemeinde, für die eine Stundung oder ratenweise Tilgung des Rückstandes erbeten wird, gegründet sein. Eine derartige Untersuchung wird sowohl auf Anregung des Gouvernements- und Gebiets-Hofs, und auf Antrag des Kameralhofs-Präsidenten, wie auch auf Vorstellung der Kreis-Bauer-Behörde, selbst einzelner Glieder derselben, oder auf Bitte der Dorfgemeinde selbst bewerkstelligt. Die Ordnung und Modalitäten der Bewerkstelligung der Untersuchung werden vom Finanzminister, nach Einvernehmen mit den Ministern des Innern und des Krieges, je nach der Hingehörigkeit, bestimmt\*).
- 3) Sobald die Gewährung der im Art. 1 gedachten Vergünstigung an eine Dorfgemeinde angeregt worden ist, so wird die Anwendung von Zwangsmaassregeln zur Beitreibung der Rückstände an Loskaufszahlungen dieser Gemeinde bis zur Entscheidung über die Gewährung der Vergünstigung beanstandet.
- 4) Der Dorfgemeinde und dem einzelnen Besitzer eines abgetheilten Hofes, der die Vergünstigung hinsichtlich der Entrichtung der Loskaufszahlungen geniesst (Art. 1), steht es frei, zu jeder Zeit vor dem Termin Tilgungszahlungen in Anrechnung auf den gestundeten oder auf verschiedene Termine vertheilten Rückstand zu leisten.

---

\*) Die am 9. September 1894 vom Collegien d. Finanzministers bestätigte «Instruction über die Ordnung der Anwendung des Allerh. am 7. Februar 1894 bestät. R.-R.-G. betreffend die Ordnung der Stundung und ratenweisen Tilgung der Rückstände der Loskaufszahlungen» ist in der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 19. September 1894 № 153 als Stück 1135 publicirt worden. Hervorzuheben aus dieser Instruction ist, dass in erster Instanz eine ad hoc gebildete Kreis-Commission, bestehend aus dem Commissaren f. B.-S., dem Steuer-Inspector und dem Kreis-Chef, das Material sammelt und mit ihrem Gutachten der Gouvernements-Behörde für B.-S. zur Beprüfung in zweiter Instanz vorstellt. In Livland ist das Gesetz v. 7. Februar 1894 so wenig praktisch geworden, dass von einer selbst auszugswweisen Wiedergabe der sehr umfangreichen Instruction Abstand genommen wurde.

5) Im Falle einer wesentlichen Aenderung der wirthschaftlichen Lage der Dorf-gemeinde, welcher der Rückstand gestundet oder auf verschiedene Termine vertheilt worden ist, ist es dem Finanzminister, nach Einvernehmen mit dem Minister des Innern, sowie in den betreffenden Fällen mit dem Kriegsminister, anheimgestellt, die anfänglich festgesetzten Bedingungen der Stundung oder ratenweisen Tilgung abzuändern. Eine Aufhebung oder Beseitigung der gewährten Vergünstigung kann nicht früher erfolgen, als nach Ablauf von fünf Jahren vom Zeitpunkt ihrer Gewährung, und nicht anders, als auf bezügliche Vorstellung der Gouvernements-Behörde, oder der Gouvernements- oder Gebiets-Behörde für Bauer-Sachen, deren Verfügung sowol der Gouvernements- und Gebiets-Chef, wie der Kameralhof-Präsident zugestimmt haben müssen».

6) Bezieht sich nicht auf Livland.

16. Reg.-Pat. 10. November 1895 Nr. 112 (Verfügung d. Ministers d. Landwirtschaft u. Reichs-Domänen 4. Juni 1895): «Auf Grund der Artt. 21, 59, 69 u. 70 d. Verordn. üb. d. Krons-Nutzungen (Cod. d. Reichges. Bd. VIII Th. 1, Ausg. v. J. 1893) werden gegenwärtig die Kronsnutzungen\*) vom 1. Januar ab in Pacht vergeben, unter Verpflichtung der Pächter derselben, den Pachtzins halbjährlich, in den Fristen vom 1.—15. Januar und 1.—15. Juli jeden Jahres zu entrichten. Der angegebene Termin des Pachtbeginnes und die Fristen zur Pachtzahlung haben sich als unbequem und drückend für die Pächter der Kronsländereien erwiesen und wurde in Folge dessen, im J. 1892, durch den Minister-Comité, eine Allerhöchste Entschliessung erbeten des Inhalts, dem Minister der Reichsdomänen das Recht zu gewähren, als zeitweilige, für die Dauer von fünf Jahren gültige Maassregel, im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Reichscontroleuren: 1) bei der Verpachtung von Kronsnutzungen Fristen festzusetzen, welche von ihm, dem Minister der Reichsdomänen, für zweckmässiger sowol für den Beginn der Pachtzeit, als für die Entrichtung des Pachtzinses, befunden werden, und 2) die bereits festgesetzten Fristen für die Entrichtung des Pachtzinses, nach Vereinbarung mit den Pächtern der Kronsnutzungen, abzuändern (Anmerk. zu Art. 21 d. Verordn. üb. d. Kronsnutzungen).

In Gemässheit des angeführten Allerhöchsten Befehls hat der Minister der Landwirtschaft und Reichsdomänen, im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Reichscontroleuren, für zweckentsprechend befunden, nachstehende Regeln zu erlassen: 1) als Termin für den Beginn des Pachtjahres auf den Kronsländereien wird die Zeit\* vom 1.—23. April festgesetzt, je nach der örtlichen Gewohnheit; 2) im ersten Pachtjahre ist der Pächter berechtigt, die Pacht für das ganze Jahr, in einem Termin, vom 1.—15. September, zu berichtigen, aber in den folgenden Jahren ist der Pächter verpflichtet, den Pachtzins an zwei Terminen, getheilt, zu entrichten: vom 1.—15. April ein Drittel und vom 1.—15. September die übrigen zwei Drittel; 3) denjenigen Pächtern von Kronsländereien, deren kontraktliche Pachtzeit noch nicht abgelaufen ist, wird gestattet den Pachtzins in der im Punkt 2 der gegenwärtigen Regeln festgesetzten Ordnung zu entrichten, falls sie besonders darum ansuchen, wobei der Krone das Recht gewahrt bleibt, im Fall der nicht pünktlichen Berichtigung des Pachtzinses, die Beibehaltung gegen die Erntevorräthe der Pächter zu richten, unabhängig von den andern, im Kontrakt vereinbarten Mitteln zur Sicherstellung der rechtzeitigen Entrichtung des Pachtzinses; und 4) für die nicht in Grund und Boden bestehenden Kronsnutzungen

---

\*) Nach dem Art. 1 der citirten Verordn. «werden Kronsnutzungen der Krone gehörige Immobilien genannt, die mittels öffentlichen Meistbots auf Grundzins vergeben werden oder zeitweilig, wegen Erfolglosigkeit der Meistbotstellung, in ökonomischer Verwaltung belassen werden, als: freie Ländereien, Fischereien, Mühlen und andere Werkstätten, Baulichkeiten jeder Art u. s. w.

bleiben die in der Verordnung über die Kronsnutzungen, Ausg. v. J. 1893, festgesetzten Termine und Fristen für den Pachtanfang und die Entrichtung des Pachtzinses bestehen.

Sodann hat der Minister der Landwirthschaft und Reichsdomainen, um den Pächtern der Kronsländereien grössere Vortheile aus der wirthschaftlichen Benutzung der Letzteren zu gewähren, für unumgänglich befunden, den Pächtern der Kronsländereien das Recht zu gewähren: 1) das Umpflügen der für die Aufnahme des Sommerkorns bestimmten Felder im Frühjahr des ersten Pachtjahres vorzunehmen, und kann das Bestellen der Sommerkornfelder entsprechend den örtlichen wirthschaftlichen Bedingungen, auch schon vor dem Beginn der Pachtzeit erfolgen, ohne dass der bisherige Pächter solches hindern darf: im letzten Pachtjahr sodann wird dem Pächter das Bestellen der Winterkornfelder gestattet und das Abernten derselben im darauffolgenden Jahre, auch wenn das Landstück in die Nutzung eines neuen Pächters übergegangen ist; 2) mit Genehmigung der örtlichen Domainenverwaltung auf der Pachtstelle, im Bedürfnissfalle, Wohn- und Wirthschaftsgebäude für die Dauer des Kontrakts aufzuführen, welche Gebäude die Pächter jedoch nach Ablauf des Kontrakts in einer sechsmonatlichen Frist abzuführen oder ihren Rechtsnachfolgern im Besitz der Pachtstelle, nach getroffener gegenseitiger Uebereinkunft, zu überlassen verpflichtet sind\*.

17. Reg.-Pat. 29. December 1895 Nr. 125 (Beschluss d. Minister-Comité 16. Juni 1895): .... «I. In Ergänzung des Gesetzes v. 9. November 1884 und der betreffenden Artt. der Verordn. üb. d. Kronsnutzungen dem Minister der Landwirthschaft und Reichsdomainen anheimzustellen, versuchsweise auf drei Jahre a) Kronsnutzungen Gesellschaften aus den örtlichen Bauern, ohne Meistbot, in Pacht zu vergeben, auf eine Zeitdauer bis zu zwölf Jahren, gegen eine Pachtzahlung, die in Berücksichtigung der örtlichen Preise für Krons- und Privatbesitzlichkeiten bestimmt wird, bei gleichzeitiger Entgegennahme von diesen Gesellschaften zur Sicherstellung einer ordentlichen Bewirthschaftung der Ländereien, gegenseitiger Bürgschaften in einem der Zahl der Mitglieder der Gesellschaft entsprechenden Betrage, und zwar für jedes Mitglied derselben zu dreissig Rubeln, unter Beobachtung der für derartige Bürgschaften im Art. 29 d. Verordn. üb. d. Kronsnutzungen, Ausg. v. J. 1893, festgesetzten Regeln, — und b) im Einvernehmen mit dem Finanzminister, Kronsländereien, ohne Meistbot, auf eine neue zwölf Jahre nicht übersteigende Pachtzeit, in Nutzung derjenigen Arrondatore zu belassen, welche nach der bisherigen kontraktlichen Nutzung dieser Ländereien sich als pünktliche Pachtzahler erwiesen haben, und aus eigenen Mitteln mehr oder weniger bedeutende Verwendungen auf die Meliorirung der in ihrer persönlichen Nutzung befindlichen Ländereien und auf Erhöhung der Einnahmen aus Letzteren gemacht haben. Die Pachtzahlung für diese Ländereien ist nach den wirklichen Einnahmen aus denselben und nach den landwirthschaftlichen Meliorationen zu bemessen».

## II. Betrifft künftige gesetzgeberische Maassnahmen.

18. R.-R.-G. 13. Mai 1896 betr. Maassregeln zur leichteren Entrichtung der Loskaufsschuld durch die Bauern aller Kategorien (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 28. Mai 1896 Nr. 61 Stück 733)\*): .... «In Abänderung und Ergänzung der bezüglichen Gesetzesbestimmungen festzusetzen:

- 1) Dem Finanzminister wird, nach Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Reichscontroleuren, sowie in den betreffenden Fällen mit dem Kriegsminister, anheimgestellt, auf Antrag der Gouvernements-Behörden und der Gouvernements- oder Gebiets-Behörden für Bauer-Sachen, für die Zahlung der noch ungetilgt verbliebenen Loskaufsschuld der Bauern aller Kategorien,

\*) Mittlerweile publicirt als Reg.-Pat. v. 18. October 1896 № 75.

in denjenigen Fällen die Fristen zu verlängern, wenn die bestehenden Repartitionen der Loskaufszahlungen für dieselben sich als drückend erweisen.

- 2) Die Zahlungsbefristung ist zulässig auf 56 Jahre, 41 Jahre und 28 Jahre.
- 3) Die Bauern sind verpflichtet, jährlich zur Tilgung der Loskaufsschuld, und zwar der auf 56 Jahre befristeten —  $4\frac{1}{2}\%$ , auf 41 Jahre befristeten —  $5\%$  und auf 28 Jahre befristeten —  $6\%$  von der ganzen gestundeten Summe zu zahlen.
- 4) Wenn die im Art. 1 gedachte Vergünstigung sich als unzureichend erweist, so wird dem Finanzminister, nach Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Reichscontroleuren, sowie in den betreffenden Fällen mit dem Kriegsminister, anheimgestellt, auf Antrag der im Art. 1 genannten Behörden, ausser der Fristverlängerung auch noch einen Aufschub hinsichtlich der ungetilgt verbliebenen Loskaufsschuld zu gestatten. In diesem Falle wird der Betrag der betreffenden Schuld in zwei Theile getheilt. Die Zahlung des ersten Theiles wird nach den in den Artt. 2 und 3 dargelegten Regeln auf 56 Jahre vertheilt, wogegen die Zahlung des zweiten Theiles bis nach Ablauf dieser Frist vertagt wird, mit der Maassgabe, dass die Modalitäten und die Ordnung der Tilgung dieses letzten Theiles vor dem Ablauf der Frist zur Tilgung des vertheilten ersten Theiles, entsprechend den Bedingungen der wirthschaftlichen Lage, in der die Bauern sich zu der Zeit befinden werden, festgesetzt werde. Die Grösse des vertheilten Theiles der Loskaufsschuld wird mit der Berechnung bestimmt, dass die Entrichtung der Ratenzahlungen dieses Theiles sich, nach der wirthschaftlichen Lage der Bauern, für dieselben nicht als übermässig drückend erweist. Für den vertagten zweiten Theil der Loskaufsschuld werden keine Zinsen berechnet bis zum Eintritt des Termins, von welchem ab die Tilgung desselben durch Ratenzahlungen beginnen soll.
- 5) Die Anträge der in den Artt. 1 und 4 genannten Behörden betreffs Erleichterung in der Tilgung der Loskaufsschuld, sowie ihre Vorschläge hinsichtlich des Massstabes der unumgänglich zu gewährenden Vergünstigung (Artt. 1—4) müssen auf bezügliche Bitten der Dorfgemeinden und auf eine eingehende Untersuchung der wirthschaftlichen Lage und der Zahlungsmittel jeder einzelnen Ansiedelung, für welche die Vergünstigung erbeten wird, sich gründen. Die Ordnung und Modalitäten der Bewerkstellung der Untersuchung werden vom Finanzminister, nach Einvernehmen mit den Ministern des Innern und des Krieges, je nach der Hingehörigkeit, bestimmt\*).

19. Entscheidung d. Plenarversammlung d. 1., 2. u. der Cassations-Dep. d. Dirig. Senats v. 22. Januar 1896 Nr. 6: ..... «im gegebenen Fall besteht die Frage ihrem Wesen nach darin, hat die Domainenverwaltung das Recht, nach dem Tode eines Wirthen, der für die von ihm besessene Kronslandstelle die Regulirungs-Akte nicht ausgereicht erhalten hat, diese Landstelle und die Regulirungs-Akte über

---

\*) Die vom Finanzminister am 3. August 1896 bestätigte «Instruktion über die Ordnung der Anwendung des Allerh. am 13. Mai 1896 bestät. R.-R.-G. betr. Massregeln zur leichteren Entrichtung der Loskaufsschuld durch die Bauern aller Kategorien», — ist in der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 15. August 1896 № 99 als Stück 1088 publicirt worden. Auch nach dieser Instruktion, wie nach der für das Gesetz v. J. 1894, hat in erster Instanz eine ad hoc gebildete Kreis-Commission, bestehend aus dem Commissaren f. B.-S., dem Steuer-Inspector und dem Kreis-Chef, das Material zu sammeln und mit ihrem Gutachten der Gouvernements-Behörde f. B.-S. zur Beprüfung in zweiter Instanz vorzustellen. Die Voraussetzungen zur Anwendung des Gesetzes v. 13. Mai 1896 sind in Livland sowenig gegeben, dass von einer selbst auszuweisen Wiedergabe der sehr umfangreichen Instruktion Abstand genommen wurde.

dieselbe nach ihrem Gutdünken einer anderen Person zu übergeben? Das Mitausche Bezirksgericht bejahte die Frage, weil der Verstorbene das Landstück als Pächter genutzt hätte, der Appellhof, weil bloss faktischer Besitz vorgelegen hätte und nicht nach dem Rechte des Erbgrundzinses, wesshalb das Landstück auch nicht zum Nachlass des verstorbenen J. B. gehörte. .... Eine derartige Schlussfolgerung widerspricht allen gesetzgeberischen Akten, welche die agraren Verhältnisse der Bauern der Kronsgüter der Baltischen Gouvernements normiren und regeln. Bereits in der Allerh. am 20. Februar 1804 bestät. Verordn. für die Bauern des Gouv. Livland ist bestimmt, dass die Bauern sowol der Krons-, wie auch der Privatgüter verpflichtet sind, dem Besitzer der von ihnen eingenommenen Landstellen, entsprechend der Quantität und Qualität derselben, die durch die Wackenbücher genau festgesetzten Leistungen zu prästiren (Art. 1, 2, 54 ff.), und dass jede, dem Bauern für die zu prästirenden Leistungen abgegebene Landstelle, «im Besitz des Bauern und seiner Erben unantastbar verbleiben muss» (Art. 32). Als hierauf die Bauern aller drei Baltischen Gouvernements aus der Leibeigenschaft entlassen wurden, jedoch ohne Zuthellung von Land, indem ihnen anheimgestellt wurde, das Land lediglich nach freiem Uebereinkommen mit den Gutsbesitzern in Nutzung zu nehmen, wurde befohlen, diese selben agraren Verhältnisse auch auf die Bauern der Kronsgüter anzuwenden (Namentl. Befehl v. 23. Mai 1816 üb. d. Organisat. d. estländ. Bauern, Einleit. Pkte. 1 u. 3; Kurländ. Bauer-Verordn. v. 1817 allgem. Bestimm. Pkt. I, zeitweil. Bestimm. Artt. 4, 145 u. 168, B.-V. für den definitiven Zustand Art. 21; Namentl. Befehl v. 26. März 1819 üb. d. Einführung d. Livl. B.-V. Pkt. 1 u. Eingang zum zweiten Theil, Livländ. B.-V. v. 1819 Pkte. I u. II); trotzdem aber wurde eine derartige agrare Organisation der Bauern auf den Kronsgütern für inopportun erachtet, und, mit gesetzgeberischer Bestätigung, nicht in Wirksamkeit gesetzt (Livländ. Agrar- u. B.-Verordn. v. 1849 Pkt. II; Livländ. B.-V. v. 1860 Pkt. II; Estländ. B.-V. v. 1856 Art. 3), sodass die Beziehungen der Bauern zum Lande fort-dauernd auf den früheren Grundlagen blieben bis unmittelbar zur Regulirung der Kronsgüter. .... In Anbetracht dieser Thatsachen ist im Namentl. Allerh. Befehl v. 10. März 1869 über die administrative und agrare Organisation der Bauern auf den Kronsgütern der Baltischen Gouvernements, Allem zuvor, als unabänderlich zu beobachtende Regel ausgesprochen, dass die Bauern die ihnen überlassenen Landstellen in ihrer beständigen Nutzung behalten (Art. 1), wobei in der 1870 bestätigten Form der Regulirungs-Akte im Pkt. VIII entsprechend dem Wesen der angeführten Beziehung der Bauern zum Lande, statuiert ist, dass falls der Besitzer des Hofes oder der Landstelle stirbt, seine Rechte und Verbindlichkeiten aus dieser Akte auf seine gesetzlichen Erben übergehen, jedoch ohne Parcellirung der Landstelle; die Person aber, auf welche die Verwaltung der Landstelle durch Erbrecht überzugehen hat, wird in der durch die örtlichen Gesetze, Regeln und Gewohnheiten festgesetzten Ordnung bestimmt. Das Vorerörterte thut dar, dass sowol nach, wie auch vor der Regulirung der Kronsgüter die Beziehung der Bauern zum Lande nicht den Charakter einer faktischen oder Pachtnutzung hatte, sondern gemäss dem Recht der beständigen und erblichen Nutzung bestimmt war, sodass die Landstelle des verstorbenen Bauern nicht, nach dem Ermessen der Domainenverwaltung, der oder jener Person übergeben werden konnte, sondern als Bestandtheil des Nachlasses des Verstorbenen, auf seine Erben übergehen musste. Und da die Entscheidung über das Erbrecht nicht von der Administrativbehörde, sondern vom Gericht abhängig ist (Kurländ. B.-V. v. 1817 Artt. 105 ff. Art. 124, Gem.-Ger.-Ordn. v. 1889 Artt. 227—235), so muss das Urtheil des Gerichts über die Anerkennung der oder jener Person als Erbe, welche die Landstelle und die für dieselbe angefertigten Dokumente zu empfangen berechtigt sein soll, allen, hinsichtlich der Uebergabe der Landstelle und der auf letztere bezüglichen Dokumente erlassenen Verfügungen der Domainenverwaltung vorhergehen und können solche Verfügungen, welche vor der Bestätigung des Erbrechts durch das Gericht, getroffen sind,

für das Gericht als verbindlich nicht angesehen werden. Auf Grund dieser Erwägungen ..... verfügt der Dirig. Senat: anzuerkennen, dass die Entscheidung über die Erbansprüche an das in der Regulirungs-Akte bezeichnete Land, vom Gericht abhängt.

Die deutschen Colonisten, betreffend:

Nachdem Ihre Kayserl. Majesté durch Allergnädigst publicirte Ukase vom 22. Juli 1763 \*) allen Ausländern und Fremden die allergnädigste Freiheit ertheilt in Allerhöchst Dero Russisch Kayserl. Reich und denen darunter liegenden Provinzen sich einzufinden, und in gantzen Colonien unbebaute Gegend zu besetzen mit besonderen von Ihrer Kayserl. Majesté allergnädigst verheissene Praerogativen und Vortheilen; So haben Unterschriebene, zu Folge dieser Allerhöchsten Scepter in der Absicht, und des Wohlüberlegten Sinnes, begeben, dass wir uns in Liefland in einer eignen Gegend und Grentzen, als eine Colonie von Ackerleute, niederlassen wollen, und da uns hierzu die Crons Gründe und Güther zu Hirschenhoff und Helfreichshoff vorgeschlagen, auch von uns zu unserem Zweck dienlich befunden worden, so begeben wir uns zuvörderst unter Ihrer Kayserl. Majesté und Allerhöchst Dero Russischen Crons Glorreichen Scepter zu verbleiben und zu wohnen als Freygebohrne Unterthanen, mit allen Rechten und Vortheilen Die Ihre Kayserl. Majesté ob angeführte Allerhöchste Ukase vom 22. Juli 1763 denen Ausländern und Fremden in genere und in specie allergnädigst verheissen, und versichern, dahingegen von unserer Seite dass in allen Stücken unsere Allerunterthänigste Treue und Gehorsam wie es rechtschaffenen Unterthanen gebühret und wohl anstehet, mit Guth und Blut an den Tag zu legen wie wir denn überdem jeder den Körperlichen Eyd der Huldigung und Treue darüber ablegen. In Ansehung der uns Allergnädigst eingeräumten Länder und Appertinentien von Hirschenhoff und Helfreichshoff aber folgende Punkte, zur unveränderlichen Nachlebung und Festhaltung accordiren und contrahiren.

1.

Die zu der Colonie bestimmte Crons Güter Hirschenhoff und Helfreichshoff, welche im Wendischen Kreyse und Lindens-Kirchspiel liegen, werden an die Colonie mit allen Hofs und Bauer Ländereyen in ihren Grentzen dergestalt abgegeben, dass diese Colonie die obgedachte Länder gantz alleine, ohne dass einige national Unterthanen etwas davon geniessen, oder besitzen können, zum ewigen und eigenthümlichen Besitz haben und behalten sollen, so lange sie diesem Contract gemäss ihrer Seits alles erfüllen, und ihre auferlegte Frey-Zinsen richtig abtragen.

2.

Zu einem separaten Etablissement einer jeden Familie werden 30 Dessetinen, oder nach dem Liefländischen Landmaass, 60 Tonnen Stellen — welches ohngefähr eben so viel ist, abgetheilt worunter 30 Tonnen Acker und 10 Tonnen Heuschlag, 10 zu Waldung, das übrige zum Wohn-Platz und zu Weyden bestimmt seyn können.

3.

Da diese Ländereyen keine alte Wüsteneyen sondern vor diese in vorigen alten Zeiten cultivirt gewesen, auch noch jetzt ein grosses Theil davon bebauet ist, und dass, was davon wüste lieget, von der Beschaffenheit ist, dass es gar bald in Cultur und

---

\*) Dieses Kaiserl. Manifest ist als Senats-Ukas v. 25. Juli 1763 publicirt worden, wurde hier jedoch ebenso wenig aufgenommen, wie das denselben Gegenstand betreffende Kaiserl. Manifest v. 4. December 1762, weil die Bestimmungen derselben keinen unmittelbaren praktischen Werth haben.



Nutzung gesetzt werden kann, so werden nach Befinden der Umstände denjenigen Familien die ganz cultivierte und mit einigen nothdürftigen Häusern versehene Länder zum Besitz erhalten, zu ihrer Einrichtung 4 Frey-Jahre bestanden, denen die halb cultivierte und halb uncultivierte Länder worauf auch einige Häuser stehen, erhalten, bekommen 6 Frey-Jahre, andern, so ein drittel oder ein viertheil cultivirte und  $\frac{2}{3}$  oder  $\frac{3}{4}$  cultivirtes Land zu Theil wird, haben 8 Frey-Jahre, die auf ganz wüstes und unbebautes Land das Etablissement bekommen, können 9 bis 10 Frey-Jahre geniessen.

## 4.

Ein jeder Coloniste oder eine jede Familie kann Einrichtung dergestalt machen, dass sie ihre Wohn- übrige Wirthschaftliche Gebäude selbst bauet oder bauen lässt, wobey darauf zu sehen, dass die Gebäude nicht zu kostbahr gemacht, sondern mit aller möglichen Erfahrung gebauet werden, welches um so thunlicher, als die Materialien, nemlich Holtz und Steine, in ihren eigenen Grentzen befindlich, und ohne Geld zu haben sind.

## 5.

Da diese das Vermögen nicht haben, die Ausgabe dazu von selbst oder aus eigenen Mittel zu thun, wird Ihnen von der Hohen Crone ein Vorschuss, so wohl zu den Gebäuden, als zu Anschaffung des nöthigen Geräthes Pferden, Viehes, und was einen Ackers Mann unentbehrlich ist, auf 10 Jahren ohne Interessen gegeben.

## 6.

Dasjenige Geld, was denen Colonisten zum Vorschuss gegeben wird, dürfen und müssen sie zu nichts anders verwenden, als zu Einrichtung ihrer Wirthschaft, worauf nicht nur die ganze Colonie und die aus der Colonie erwählte Aeltesten Acht zu haben und dafür einzustehen schuldig sind, sondern sie sind auch verbunden, so oft sie einen Vorschuss verlangen, und erhalten anzuzeigen wozu sie die Gelder verwenden wollen, und was sie wirklich dafür angekauft haben, welches von den Chef der Oeconomie in Liefland beprüft werden muss.

## 7.

Da die Hohe Crone denen Colonisten den Vorschuss auf 10 nach einander folgenden Jahren ohne Zinse verliehen, und eine Sicherheit des Capitals wegen haben muss. So verbindet sich die ganze Colonie, oder alle Colonisten zusammengenommen einer für alle, und alle für einen, gut zu sagen, einzustehen, und des Vorschusses wegen dergestalt auf zu kommen, dass die ganze Vorschuss Summe nach Verlauf von 10 Jahren, in dreyen nacheinander folgenden Jahren völlig an die Hohe Crone wieder ausgezahlt, und in diesen 3en Terminen gänzlich berichtigt wird. Ueberdem auch verpflichtet sie sich noch, alles dasjenige, was sie von denen zum Vorschuss erhaltenen Geldern sich angeschafft, richtig anzuzeigen, solches wohl zu conserviren, und nichts davon verderben, unterkommen zu lassen oder zu veräussern, damit auch solches alles der Hohen Crone zum Unterpfande seyn möge, insonderheit, bis sie den erhalten Vorschuss bezahlt, und abgetragen haben, und dasjenige was sie besitzen, als dann als ihr wahres unverschuldetes Eigenthum zu ihrer freyen Disposition verbleibet.

## 8.

Nach verflossenen und genossenen Frey-Jahren, wird von der Hohen Crone das jeder Familie zugetheilte Land, so viel nemlich jede Familie zu ihrem Etablissement bekommen, oder genommen hat dergestalt taxirt, dass auf jeder Tonns-Stelle, es sey Acker, Wiese, Weyde, Wald und Heide, durch die Bank ein halb rthlr Alb- gesetzt wird.

## 9.

Nach dieser angesetzten Taxa, ist jede Familie schuldig und verbunden nach verflossenen Frey-Jahren, von so viel Land, als ihnen zugemessen worden, jährlich vor

jede Tonn-Stelle ein halb rthlr Alb: an den angewiesenen Orten, jedoch nirgends anders, als in der Stadt Riga zu bezahlen, und zwar dergestalt:

- a) Die Zeit zu der Erndte wird im August und September Monath gerechnet.
- b) Zu Ausdreschung, zu Präparirung und zu Verwandlung der Producten werden die Monate October, November und December angesehen.
- c) Zu Verführung, Veräusserung der Producten und zu Anschaffung der Zinse-Gelder die Monathe Januarii, Februarii, Martii et April des folgenden Jahres bestanden.
- d) nach Verlauf dieser obangeführten Monathe, geschieht die Abtragung der festgesetzten Zinse des verfloßenen Jahres anfangs Maji Monaths.
- e) Von Anfang Maji an, bis den 15ten Dito, muss die gantze Zinse ohne Rückstand von einer jeden Familie entrichtet, und abgezahlt seyn, und wer alsdann in der Zahlung manquiret oder die gantze Zinse nicht abgetragen hat verfällt alsdann nicht nur in einer Strafe von 5 rthlr sondern wird überdem, wegen das, was er schuldig ist exequiret und ausgepfändet.

#### 10.

Diese angesetzte Taxa auf der jeder Familie zugetheilten Quantitaet Landes, ist der völlige Anschlag aller der Hohen Crone gebührenden Abgiften wogegen die Colonisten von allen andern ordinairn Auflagen und Dienste, als nemlich von Einquartirung der Soldaten, von Schüssungen Stations Abgaben, Postierungs- und anderen Fourage Lieferungen, befreyet seyn und bleiben sollen, ausgenommen diejenige Praestanda welche von denen Ländern, oder von dem Guthe unzertrennlich sind, auf keine Weiso abgenommen werden koennen, weil sie zur Policey des Landes gehören, als da sind die Unterhaltung derer Wege und Strassen, welche auf das gantze Terrain der Colonie, nach Proportion eingetheilet sind, ferner die Salarirung des Predigers, Schulmeisters der Bau und die Preparation der Kirche und Pfarr-Häuser, so wie die vorigen Einwohnern; welches alles keine schwere Last ist, weil die an der Colonie abgegebene Gegend nur nach Proportion ihres Landes dazu beyträget und nicht sie allein, sondern mehrere zu der Kirche gehörigen Güther die Kosten tragen.

#### 11.

Die Colonie macht sich also verbindlich, dass sie sich zu der in Lindens Kirchspiel, bereits errichteten Evangelischen Kirche und Gemeinde halten und keine separate Kirche aufbauen, noch einen eigenen Pastoren vociren und saleriren wolle.

#### 12.

In denen Ströhmnen und Seen, in so weit selbe in den Grentzen der Colonie liegen da durchfließen oder die Länder dazu von alters her Berechtigung haben, wird ihnen zu fischen, und die Gewässer (ohne Schaden der Nachbarn) nach eigenem Gefallen zu nutzen, ohne dafür ausser der auf dem Lande gesetzten Taxa zu Zinsen Macht und Freyheit gegeben.

#### 13.

Die unter denen Güthern Hirschenhoff und Helffreichshoff befindlichen Krügen und Krug-Berechtigungen und Krug-Stellen, verbleiben wie zuvor Regalia, und es wird der Colonie nur die Krügerey in selbigen, gegen Erlegung der Arrende, nach dem Oeconomie-Anschlage vor allen anderen vergönnet: wogegen sie alle in der Zukunft, von Seiten der Hohen Crone, zu treffende Disposition in Ansehung der Krügerey, ohne einige Einwendung sich gefallen lassen müssen und sollen.

#### 14.

Die Mühlen und Mühlen-Stellen unter denen Güthern Hirschenhoff und Helffreichshoff, verbleiben ingleichen, so wie zuvor, Regalia und es wird der Colonie vor allen

andern nur die Benutzung und Aufbauung der Mühlen, gegen Erlegung der Arrende, nach dem Oeconomie-Anschlage concediret welches so wohl von denen vorigen, als auch denen neu anzulegenden, zu verstehen ist. Dagegen wird:

## 15.

Denen Colonisten freygelassen, alle Raub Thiere und Raub Vögel, innerhalb ihren Grentze zu fällen und zu tödten, auch die zur menschlichen Nahrung dienliche Thiere und Vögel zu fangen und zu schiessen, nur dass sie sich in diesem letzteren Falle nach denen Verordnungen des Landes richten, und in der Heck- und Brut-Zeit, welche von Anfang April bis Anfang August gehet, des Schiessens und Fangens enthalten müssen.

## 16.

Von allen Producten und Waaren, von welchen gewöhnlicher Weise Zoll und Accise bezahlet wird, sind sie die Zölle und Accise gleichmässig zu erlegen schuldig, ausgenommen was durch Ihre Kayserl. Majesté allergnädigstes Manifest vom 22ten Julii 1763 in specie befreyet worden ist. Und in allen Fällen der Policey Ordnung des Landes, sowie die andern Unterthanen unterworfen, und

## 17.

Um der inneren Ordnung wegen in der Colonie selbst oder unter denen Colonisten, müssen sie aus ihren eignen Gliedern, Eltesten Vögte, Schultzen, wie man sie nennen will, wählen, welche authorisiret werden auf die innere Wirthschaft der Colonisten acht zu haben, dass sie immer ordentlichen Lebens Wandel führen, das Ihrige, besonders, so lange sie ihre von der hohen Crone erhaltene Vorschüsse noch nicht bezahlt haben wohl disponiren, nicht unterkommen oder verderben lassen, nicht durchbringen, verzehren, ihre Streit-Sachen und Handel, die unter ihnen verfallen, nach Recht und Billigkeit schlichten und abmachen, und wenn ein oder der andere mit dem Anspruch der Eltesten nicht zufrieden, oder sich graviert befindet, alle Bescheidenheit dem ohngeachtet seinen Vorgesetzten schuldig ist und bleibet, und übrigens die Freyheit hat seine Sache der Kayserl. Oeconomie, oder nach Befinden der Umstände, den Gouverneuren vorzustellen, und worinnen ein oder der andere beschwehret zu seyn vermeinet, deutlich vorzutragen, das ist in Sachen, die summarisch abgemacht werden koennen.

## 18.

In der Erbfolge von dem beweglichen und unbeweglichen Eigenthum, verbinden sich die Colonisten alle insgesamt nach der Verordnung zu richten, welche von der Kayserl. Tutell. Cantzelle, zum allgemeinen Recht für die Colonisten ausgegeben wird \*) und es mag die Verordnung, betreffend die Erbschaft des Eingeräumten Landes in specie enthalten, was sie immer wolle, so soll doch weder dem Wirthe selbst, welchem das Land gegeben wird, noch demjenigen, welcher es nach ihm erben wird, freystehen, sein bekommenes Antheil Landes, zu verkaufen, zu verpfänden, zu verschenken, oder sonst in kleine Stücke zu Theilen, sondern alles soll bey der neuen Colonie unverrückt und ungestümmelt verbleiben: gestalt denn alles hiewieder geschiehet, als ein unrechtmässiges Verfahren, keine Kraft des Rechts jemals gewinnen und behalten soll.

## 19.

In Sachen aber die eine Gerichtliche Untersuchung und Erörterung erfordern ferner in criminellen Sachen, gehören sie unter denen im Lande verordneten Gerichten, so Unter- als Ober-Instanzen, gleich denen übrigen freyen Unterthanen des Landes.

---

\*) Die beabsichtigte Verordnung ist nicht erlassen worden.

Zur Sicherheit der unveränderlichen Festhaltung aller in diesem Contracte stipulirten Punkten und Clauseln, sind von demselben Vier gleichlautende Exemplaria verfertigt worden, wovon das eine die sämmtlichen Colonisten ihrer Seits zu Oranienbaum eigenhändig unterschrieben haben, die drey übrigen Exemplaria aber, von mir Ihro Kayserl. Majesté General Oeconomie Directeur unterschrieben, mit dem Kayserl. Oeconomie Siegel besiegelt und denen Colonisten ausgeantwortet worden so geschehen

Riga den 21ten Novbr 1766.

(L. S.)

Fabian Stackelberg  
General Oecon: Directeur».

1. Beschl. d. Minister-Comité 23. September 1830 (Vollständ. Gesetzes. Nr. 3938): .... «Pkt. 6. Den Kolonisten zur Pflicht zu machen, wegen Bestätigung der von ihnen aus ihrer Mitte gewählten Aeltesten durch die örtliche Polizei beim Livländischen Civil-Gouverneur vorstellig zu werden»\*).

2. Reg.-Pat. 23. April 1865 Nr. 44 (Antrag des General-Gouverneurs): ..... «dass in Entscheidung der Frage, in wie weit die Hirschenhofschen Colonisten den Bestimmungen der Livländischen Bauerverordnung unterworfen sind, Se. Erlaucht der Herr General-Gouverneur, dem Vorschlage dieser Gouvernements-Verwaltung und der Livländischen Commission in Bauersachen beipflichtend, dahin Feststellung getroffen, — dass das Hirschenhofsche Colonie-Schulzen-Amt in Zukunft gehalten sein soll, die polizeilichen Vorschriften der Livländischen Bauerverordnung vom Jahre 1860, — selbstverständlich insoweit nicht die Standesprerogative der Colonisten denselben entgegenstehen, zur Richtschnur zu nehmen, — ferner, dass dem Schulzenamte die Polizeigewalt in demjenigen Umfange zustehen soll, wie sie nach der Bauerverordnung den Bauergemeindegerichten und den Gutsverwaltungen kompetirt, und dass dasselbe, als Polizei-Autorität, dem Wendischen Ordnungsgerichte\*\*) untergeordnet, dagegen aber von der, durch die Bauerverordnung für die Gemeindegerichte und Gutsverwaltungen statuirten Unterordnung unter das örtliche Kirchspielsgericht eximirt sein soll\*\*\*), endlich — dass hinsichtlich der Civil-Justizpflege die Hirschenhofschen Colonisten nach wie vor den Bestimmungen des allgemeinen Landrechts\*\*\*\*) unterliegen, wie denn überhaupt die Bedingungen des mit den Colonisten im Jahre 1766 geschlossenen Contrakts durch die vorstehenden Feststellungen in keiner Weise alterirt werden sollen».

3. Reg.-Pat. 5. Juni 1892 Nr. 37 (Beschluss d. Minister-Comité 24. Januar 1892): ..... «Am 16. December 1891 wandte sich der Justizminister an den Minister-

\*) Die Allerh. am 20. Februar 1804 bestät. Unterlegung d. Ministers d. I. (Vollständ. Gesetzes. № 21163) stellt im Allgemeinen die Kolonisten hinsichtlich der Zahlung der Krons- und Landesprästand den Kronsbauern gleich; der Beschl. d. Minister-Comité v. 23. Juni 1836 (Vollständ. Gesetzes. № 9337) führt namentlich an, dass die Livländischen Kolonisten die Landesprästand gleich den Kronsbauern zahlen, zu Folge wessen sie, nach der durch das R.-R.-G. v. 24. November 1858 (Reg.-Pat. 25. Mai 1859 № 31) zur Unterhaltung der Lokal-Verwaltung der Reichs-Domänen in den Ostseegouv. angeordneten Einführung einer Gemeindesteuer von den Bauern der Kronsgüter in den Ostseegouv., die für Kurland auf 50 Kop., für Livland auf 40 Kop. und für Estland auf 30 Kop. von jeder Revisionsseele festgesetzt wurde, — mittels Beschl. d. Minister-Comité v. 5. Januar 1860 (Vollständ. Gesetzes. № 35323) auch der Zahlung dieser Gemeindesteuer unterworfen werden.

\*\*) seit 1888 der Wendischen Kreispolizei.

\*\*\*) seit 1889, nach Aufhebung des IV Wendischen Kirchspielsgerichts, auch nicht unterstellt dem Commissaren für Bauersachen.

\*\*\*\*) d. h. den Bestimmungen des Livländischen Landrechts, gemäss Pkt. IV der Einleitung des Provinzialrechts d. Ostseegouv. Th. III Privatrecht.

D. Hrsg.

D. Hrsg.

D. Hrsg.

D. Hrsg.

D. Hrsg.

Comité mit einer Vorstellung des Inhalts, dass zeitweilig die Funktionen des ehemaligen Wendenschen Landgerichts hinsichtlich Prüfung der Beschwerden über Erkenntnisse des Schulzen-Amtes der auf den Kronsgütern Hirschenhof und Helfreichshof im Wendenschen Kreise des Livländischen Gouvernements angesiedelten Livländischen Colonie auf das Wenden-Walksche Friedensrichter-Plenum zu übertragen seien. — Der Comité hat nach Kenntnissnahme dieser Vorstellung beschlossen, das Sentiment des Justizministers in vorliegender Angelegenheit zu bestätigen.

**III.** Contraktliche Verhältnisse, welche bei Emanation des gegenwärtigen Gesetzes bereits bestehen, verbleiben unverändert in Kraft, mit Ausnahme der ausdrücklich weiter unten angegebenen Fälle. Streitigkeiten in Beziehung auf Ansprüche, welche aus solchen Verhältnissen herrühren, werden nach den zu der Zeit der Abschliessung der Contrakte in Geltung gewesenen Gesetzen entschieden.

Reg.-Pat. 4. October 1863 Nr. 102 (Antrag d. General-Gouverneurs): ..... «dass sämmtliche vor der mittelst Patents vom 7. Juni 1863 Nr. 53 erfolgten Promulgation der neuen Livländischen Bauer-Verordnung vom 13. November 1860 abgeschlossene und attestirte Contrakte über den Erwerb bauerlichen Grundeigenthums auch wenn dieselben bis dahin nicht weiter oder noch nicht definitiv durchgeführt sind, mit allen ihren Folgen und namentlich also auch in Beziehung auf jegliche bei den Kreisgerichten, dem Hofgerichte, dem Creditverein und der Bauer-Rentenbank durchzunehmende Procedures, ausschliesslich nach der Agrar- und Bauer-Verordnung vom Jahre 1849 und den Ergänzungen derselben, nicht aber nach der Bauer-Verordnung vom Jahre 1860 zu beurtheilen und zu Ende zu führen sind».

**IV.** Im Uebrigen bleiben die Gutsbesitzer, auch nach Emanation dieser Verordnung, wie seither, aller Verantwortlichkeit wegen der den auf ihren Gütern ansässigen Bauern persönlich oder als Nutzniesser der gutsherrlichen Ländereien obliegenden Abgaben und Leistungen entledigt. Gleichermassen sind die Gutsbesitzer von aller Verpflichtung, den Bauern unterstützende Vorshüsse zu ertheilen, befreit.

**V.** Desgleichen verbleibt es hinsichtlich der Schatzfreiheit und Steuerpflichtigkeit der seither in Hofes- und Bauerländereien abgetheilten Gutsterritorien unverändert. Das seither schatzfreie Land bleibt auch fernerhin schatzfrei, auch wenn es von Bauerengemeindegliedern eigenthümlich oder in zeitweilige Nutzung acquirirt wird. Ebenso bleibt das seither steuerpflichtige Land unverändert zu allen auf ihm ruhenden Verbindlichkeiten verpflichtet, auch wenn dasselbe vom Gehorchslande abgesondert und zum Hofeslande hinzugezogen oder sonst eigenthümlich oder zeitweilig von Personen steuerfreien Standes besessen wird.

1. Reg.-Pat. 29. September 1878 Nr. 100 (Erläuterung der Commission in Livländischen Bauersachen zu Pkt. V der Einleitung und § 95 B.-V.): «Nachdem die

\*) Vergl. hiezu Beil. A.

Livländische Ritter- und Landschaft das steuerfreie Hofesland behufs gleichmässiger Aufbringung der Willigungen in Thaler und Groschen hat einschätzen lassen, erscheint es nothwendig eine genauere Controle über die im Pkt. V der Einleitung und § 95 der B.-V. v. J. 1860 gesetzlich statuirte Integrität der beiden Landkategorien, des schatzfreien und steuerpflichtigen Landes zu üben und wird demnach in Erläuterung der citirten gesetzlichen Bestimmungen festgesetzt:

- a) Bei Attestation sämmtlicher über schatzfreies oder steuerpflichtiges Land abgeschlossener, einen Eigenthumsübergang enthaltender Verträge und Rechtsgeschäfte, ist auf die Angabe der Qualität des Landes und dessen Werthes in Thalern und Groschen zu sehen und darauf zu wachen, dass die Grenzen auf der Charte verzeichnet werden.
- b) Bei Prüfung von zur Bestätigung vorgestellten Wankenbüchern ist darauf zu sehen, dass die Qualität der einzelnen Grundstücke, resp. ihrer Theile, hinsichtlich ihrer etwaigen Steuerfreiheit bezeichnet werden.
- c) Bei Bestätigung von Austausch zwischen schatzfreiem und steuerpflichtigem Lande ist darauf Acht zu geben, dass die zum Austausch gelangenden Objecte der beiden Landkategorien aequivalente seien.
- d) Die Kirchspielsgerichte\*) sind gehalten, bei allen das schatzfreie oder steuerpflichtige Land betreffenden, zu ihrer amtlichen Kenntniss gelangenden Rechtsakten, in den alljährlich dem statistischen Bureau des Livländischen Landraths-Collegii vorzustellenden Vorschlägen zu notiren, welche Qualität die einzelnen Grundstücke, resp. deren in Frage kommenden Theile haben und wie gross dieselben nach Thalern und Groschen sind.

2. Reg.-Pat. 2. Juli 1879 Nr. 87 (Antrag des Livländ. Landraths-Collegiums): «dass die Besitzer von Rittergütern bei dem Verkaufe von Hofeslandparcellen nicht versäumen mögen, die Verpflichtung zur Leistung der Landtagsbewilligungen, Art. 32, Pkt. 4. P.-R. Thl. 2, — auf die verkauften Parcellen zu übertragen und wo gehörig ingrossiren zu lassen, indem ihnen sonst bei Unterlassung der Ingrossation, die Verpflichtung obliegen würde für solche Grundstücke die Willigungen zu leisten, welche sich nicht in ihrem Besitze befinden» \*\*).

\*) Jetzt Obliegenheit der Commissare für B.-S.

D. Hrsg.

\*\*) Dass der Besitzer eines Hofeslandgrundstückes ipso jure zur Zahlung aller Abgaben verpflichtet ist, hat der Senat anerkannt: Entscheidung des Dirig. Senats (3. Dep. 2. Abth.) vom 12. December 1881 № 2607 in Sachen des bauerlichen Hoflagsbesitzers J. P., Beschwerdeführers, mit dem Besitzer des Gutes K., J. W., pcto Zahlung von Abgaben: . . . «Die Frage, ob Beschwerdeführer P. zum Corps der Livländischen Ritterschaft gehört oder nicht, ist für die Entscheidung der vorliegenden Sache vollkommen gleichgültig, da die Abgaben (nämlich 167 Rbl. 56½ Kop. für 3 Jahre geschuldete sog. Ritterschaftsabgaben. d. Hrsg.) nicht von ihm persönlich, sondern von dem in seinem Besitz befindlichen Landstück, als einem Theile des Rittergutes, prästirt werden müssen. Gemäss dem Art. 1297 Tit. V Hauptst. I Th. III des Provinzialrechts d. Ostseegouv. ist «die Reallast die auf einem Grundstück ruhende dauernde Verpflichtung zur ewig wiederkehrenden Entrichtung bestimmter Leistungen in Geld, Naturalien oder Diensten». Die Reallasten sind entweder öffentliche oder Privatlasten (Art. 1320 l. c.), die ersteren, zu denen die auf Grundstücken ruhenden sog. Landesobliegenheiten gehören, sind nach den in den Hauptstücken I und II enthaltenen Bestimmungen zu beurtheilen. Diese Abgaben werden in Grundlage des Art. 32 Pkt. 4 Th. II des Provinzialrechts d. Ostseegouv. durch die Ritterschaft auf die Rittergüter repartirt. Hieraus erhellt, dass das Livländische Hofgerichts-Departement, indem es den Beschwerdeführer in Grundlage des Art. 1297 zur Leistung der bezeichneten Abgaben für verpflichtet erklärte, nicht nur den klaren Sinn des Gesetzes nicht verletzte, sondern das Gesetz vollkommen richtig auf den vorliegenden Fall anwandte. In gleicher Weise unbegründet ist die Bezugnahme des Beschwerdeführers auf das Patent der Livländ. Gouv.-Regierung (v. 2. Juli 1879 № 87), da dieses Patent, als eine von der Gouvernements-Regierung auf Antrag des Livländischen Landrathscollegii bewerkstelligte Publication, kein

**VI.** Die gegenwärtigen Güter behalten alle adeligen Rechte, wie sie bis jetzt ausgeübt worden. Demgemäss stimmen die Besitzer, welche zum Livländischen Adel gehören, auf dem Landtage über alle Vorschläge; die nicht zum Livländischen Adel gehören, aber nur über Bewilligungen. Wird von einem dieser Güter eine Abtheilung gemacht, so hat der Besitzer keine Stimme auf dem Landtage, es sei denn, dass die Abtheilung auf die gesetzliche Weise als ein neues Rittergut konstituiert und obrigkeitlich bestätigt worden.

1. Reg.-Pat. 26. April 1871 Nr. 25 (Beschluss des Ostsee-Comité v. 12. Februar 1871): ..... «3) Zur Theilnahme am Livländischen Landtage werden hinkünftig auch alle Personen zugelassen, welche nicht zu den Edelleuten oder Bürgern gehören, welche aber in Livland Rittergüter als Eigenthümer besitzen. Diese Personen, sowie die Besitzer von Rittergütern aus dem nicht immatrikulirten Adel oder dem Bürgerstande (Provinzialrecht Th. II Art. 100 und Anm.) haben das Recht, an den Beschlüssen über Geldbewilligungen (ebendasselbst Art. 100) und an den Wahlen für alle Aemter überhaupt, mit Ausnahme der oben im Art. 2 dieser Regeln angegebenen\*), theilzunehmen».

2. Reg.-Pat. 26. April 1871 Nr. 26 (Beschluss des Ostsee-Comités vom 12. Februar 1871): ..... «Aus dem Texte des Punktes 1 des Art. 883 und Punktes 2 des Art. 892\*\*) des Provinzialrechts der Ostsee-Gouvernements Th. III das Wort «Mühlen» auszuschliessen und das gedachte Gesuch des ehemaligen General-Gouverneurs der Ostsee-Gouvernements und der Livländischen Ritterschaft («um Erhaltung des ausschliesslichen Rechtes der Besitzer von Rittergütern, Wassermühlen anzulegen und zu unterhalten, bei Aufhebung des ihnen zuständigen, ausschliesslichen Rechtes auf Erbauung und Unterhaltung von Wind-, Tret- und Rossmühlen», — d. Hrsg.) abzulehnen»....\*\*\*).

3. Reg.-Pat. 28. Mai 1875 Nr. 77 (Beschluss d. Ostsee-Comité 4. April 1875): ..... «1) In Abänderung des Art. 166 Th. II des Provinzialrechts der Ostsee-Gouvernements folgende Regel festzusetzen: Auf den Kreisversammlungen des Gouvernements Livland finden sich alle Personen ein, welche im Kreise Rittergüter besitzen. Diese Personen nehmen mit Stimmrecht Theil an allen Beschlüssen der gedachten Versammlungen».....

Gesetz ist, und ferner das bezeichnete Patent lediglich die Besitzer der Rittergüter daran mahnt, beim Verkauf einzelner Theile ihrer Güter die Ingrossation der auf denselben ruhenden Abgaben nicht ausser Acht zu lassen. Diese Massregel hat beim Uebergange der verkauften Theile in die dritte Hand Bedeutung, wovon im gegebenen Falle keine Rede ist. Dem Vorstehenden zufolge verfügt der Dirig. Senat: die Beschwerde des Bauern J. P. als unbegründet unberücksichtigt zu lassen.

\*) Diese Aemter sind: 1) die Landräthe; 2) der Landmarschall; 3) die Kreisdeputirten; 4) die Kassadeputirten; 5) der Ritterschaftssekretair; 6) der Ritterschaftsnotar. D. Hrsg.

\*\*) Bezieht sich nur auf Kurland. D. Hrsg.

\*\*\*) Der Art. 883 (Forts. v. J. 1890) lautet nunmehr: «Die besonderen Rechte, welche dem Eigenthümer eines Rittergutes, ohne Rücksicht auf seinen Stand, zustehen, sind 1) das Recht des Branntweinbrandes und der Bierbrauerei, sowie des Verkaufs von Branntwein, Bier und Lebensmitteln; das Recht Krüge und Schenken, auf Grundlage der darüber bestehenden Vorschriften, anzulegen und zu unterhalten; 2) das Recht, in den Grenzen des Gutes Flecken oder Hakelwerke anzulegen, und Märkte und Jahrmärkte in der dafür vorgeschriebenen Ordnung zu errichten; 3) das Recht, sich Besitzer dieses Gutes zu nennen und als solcher zu unterzeichnen. Diese den Rittergütern ausschliesslich zustehenden Rechte dürfen bei der Veräusserung einzelner Theile des Gutes auf diese nicht übertragen werden, selbst wenn der Käufer adeligen Standes ist, es sei dann, dass die veräusserte Gutsabtheilung als neues Rittergut (Art. 612) konstituiert wird.

Anmerkung. Bis zur Emanirung einer besonderen Jagdordnung für die Ostseeprovinzen geht in Livland das Recht zur Ausübung der Jagd, bei dem Verkaufe einer Bauerlandstelle, auf den Käufer nicht über, den Fall ausgenommen, wenn das verkaufte Grundstück einem anderen Rittergute einverleibt wird».

D. Hrsg.

4. Namentl. Allerh. Befehl v. 8. November 1881 (Reg.-Pat. 7. December 1881 Nr. 102); «Indem Wir der Bitte der Livländischen Ritterschaft, dass Personen aller Stände, welche im Gouvernement Livland Rittergüter zu eigen besitzen, das Recht zugestanden werden möge, bei allen Berathungen und Beschlussnahmen auf dem örtlichen Landtage und den Kreistagen, mit Ausnahme der korporativen Angelegenheiten, persönlich ein Stimmrecht auszuüben, willfahren, befehlen Wir: bis zur allendlichen Revision des Art. 32 des Provinzialrechts der Ostsee-Gouvernements Th. II den in die örtliche Matrikel nicht eingetragenen, aber im Gouvernement Livland Rittergüter zu eigen besitzenden Personen, als temporaire Massregel, das Recht zuzugestehen, bei sämtlichen Berathungen und Beschlussnahmen auf dem Livländischen Landtage und den Kreistagen persönlich ein Stimmrecht auszuüben, mit Ausnahme: 1) der Wahlen zu den ritterschaftlichen Repräsentativämtern, als: der Landrätthe, der Adelsmarschälle\*), der Kassendeputirten, der Ritterschafts-Secretaire und der Ritterschafts-Notaire.

2) Der Berathungen über ausschliesslich korporative Angelegenheiten, wie namentlich: über Aufnahme von Personen in die Livländische Adelsmatrikel und Ausschliessung aus derselben und über die Verwaltung des ritterschaftlichen Vermögens.

3) Der Berathungen und Beschlussnahmen bezüglich irgend welcher Veränderungen im Bestande, in der Zusammensetzung und in den Befugnissen des Landtages und der Kreistage»....

**VII.** Rittergutsrechte können nur mit denjenigen Abtheilungen von Gütern verbunden sein, welche eine Flächenausdehnung von wenigstens 900 Loofstellen, Wasser, Moräste und sonstige Impedimente nicht mit inbegriffen, haben. Von diesen 900 Loofstellen müssen mindestens 300 Loofstellen, in allen Feldern zusammengekommen, Brustacker sein. Bei jeder Abtheilung eines Theiles des Rittergutes muss jedes Mal darüber genaue Bestimmung getroffen sein, welcher Theil der Bauergemeinde zu dem neu zu konstituierenden Rittergute zu rechnen sein wird, und welcher Theil bei dem Rittergute verbleibt, von welchem es abgetheilt worden ist.

**VIII.** Keines der bereits bestehenden Rittergüter darf so weit durch Theilung oder Verkauf parcellirt werden, dass es kleiner wird, als der im Pkt. VII bezeichnete Belang. Demnach wird jeder Akt als ungültig betrachtet, durch welchen von einem bereits das Minimum seiner Ausdehnung erreicht habenden Rittergut annoch irgend ein Theil abgetrennt wird.

1. Reg.-Pat. 7. Februar 1868 Nr. 8 (Antrag d. General-Gouverneurs): .... «dass die in den Punkten VII und VIII der Livländischen Bauerverordnung vom Jahre 1860 verbotene Parcellirung von Rittergütern unter das angegebene Minimum sich lediglich auf das Hofesland bezieht, und demnach die gesetzlich gestattete Veräusserung des Gehorchslandes durch solche Bestimmung in keinem Falle beschränkt werden soll».

2. R.-R.-G. 29. Mai 1897 (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. 29. August 1897 Nr. 90 Stück 1147): «der Reichsrath hat, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers der Landwirthschaft und Reichsdomainen bezüglich der Veräusserung kleiner Nutzungen und Waldstücke und Erwerbung Seitens der Krone von Parcellen von Privatländereien und -Waldungen, Zwecks Arrondirung der Kronbesitzungen, für gut erachtet:

\*) d. h. des Landmarschalls und der Kreisdeputirten, — s. zu Pkt. VI.



I. Dem Minister der Landwirthschaft und Reichsdomainen anheimzustellen: 1) den Verkauf inmitten von Bauerländereien und Privatgütern belegener, wie gleichfalls auch der diesen Ländereien und Gütern angrenzender Krons-Land- und Waldstücke und -Nutzungen \*), wenn die bezeichneten Kronsbesitzlichkeiten 150 Dessätinen nicht übersteigen und eine jährliche Einnahme bis zu 150 Rbln. erbringen, oder aber an Werth 3000 Rbl. nicht übersteigen, zu genehmigen, und 2) für die Krone solche Parzellen von Privatländereien oder -Waldungen, welche von Kronsländereien oder -Waldungen umgeben sind, oder an sie angrenzen, und ausserdem, falls solche Parzellen den Werth von 5000 Rbln. nicht übersteigen — aus eigener Machtvollkommenheit zu erwerben, wenn dieselben jedoch die angegebene Summe übersteigen — mit Allerhöchster durch den Minister-Comité einzuholender Bewilligung.

II. Den Verkauf der im Pkt. 1 Tit. I bezeichneten der Krone gehöriger Parzellen und Nutzungen nach folgenden Grundsätzen zu bewerkstelligen:

- 1) Beabsichtigen die örtlichen Domainen-Verwaltungen zum Verkauf der erwähnten Besitzlichkeiten zu schreiten, so treten sie mit denjenigen Dorfgemeinden, Bauern und anderen Privatbesitzern in Verbindung, inmitten deren Besitzungen die Kronsbesitzlichkeiten belegen sind oder an welche dieselben angrenzen. Falls diese Besitzlichkeiten an die Besitzungen sowol von Dorfgemeinden wie auch von Privatbesitzern anstossen, so gebührt das Vorzugsrecht zum Erwerbe der gedachten Besitzlichkeiten denjenigen Besitzern, deren Besitzgrenzen mit dem zu verkaufenden Kronslande, vergleichsweise, in grösserer Ausdehnung sich berühren.
- 2) Kommt zwischen den örtlichen Domainen-Verwaltungen und den Besitzern der an die zu verkaufenden Krons-Parzellen und -Nutzungen anstossenden Ländereien keine Einigung hinsichtlich des Verkaufs der bezeichneten Besitzlichkeiten zu Stande, so werden letztere zum Verkauf mittels Ausbots bestimmt.
- 3) Die Entwürfe für den Verkauf von Kronsbesitzlichkeiten an Dorfgemeinden, Bauern und andere Privatbesitzer laut mit ihnen getroffener Vereinbarung (Art. 1), sowie gleichfalls für den Verkauf dieser Besitzlichkeiten mittels Ausbots (Art. 2), gelangen an den Conseil des Ministers der Landwirthschaft und Reichsdomainen.
- 4) Die Käufer der zu verkaufenden Kronsbesitzlichkeiten (Art. 1) erhalten in festgesetzter Ordnung Kaufurkunden.
- 5) Der Kaufpreis kann, auf Wunsch des Erwerbers der Besitzlichkeit, durch ratenweise Zahlungen bis zu 37 Jahren getilgt werden, unter Entrichtung von fünf Procent jährlich von Kapital und des entsprechenden Tilgungsprocents im Laufe der in der Kaufurkunde festgesetzten Frist. Auf die zu verkaufende Besitzlichkeit wird im Betrage der befristeten Schuld ein Arrest gelegt, der ein Pfandrecht geniesst, und, falls gegen die Besitzlichkeit Geldbeitreibungen gerichtet werden, vorzugsweise vor anderen Schulden zur Befriedigung gelangt.
- 6) Beim Nichteinflüssen der terminlichen Zahlung (Art. 5) zu dem in der Kaufurkunde bestimmten Zeitpunkt, wird die Besitzlichkeit, falls nicht dem Erwerber derselben eine Stundung gemäss Art. 7 gewährt wird, von der Domainen-Verwaltung zum Verkauf mittels öffentlichen Ausbots bestimmt, wobei für die nichtberichtigte Summe, nach Ablauf eines Respitmonats vom Verfalltage, eine Strafzahlung im Betrage von einem Procent monatlich berechnet wird. Aus der beim Ausbot erzielten Summe wird die Kronsschuld unter Hinzurechnung der bis zum Tage des Verkaufs laufenden Strafprocente gedeckt,

---

\*) Die gesetzliche Definition von Kronsnutzungen s. oben S. 25 Anmerk. zu № 16. D. Hrsg.

während der möglicherweise sich ergebende Ueberschuss dem gewesenen Eigenthümer ausgekehrt wird. Ist die bei der Versteigerung gebotene Summe zur Deckung der Kronsschuld nicht zureichend oder kommt der Ausbot überhaupt nicht zu Stande, so fällt die Besitzlichkeit an die Krone zurück mit sämtlichen Anpflanzungen, Baulichkeiten, Teichen und Brunnen, ohne jegliche Entschädigung für dieselben.

- 7) Auf Ansuchen des Erwerbers der Besitzlichkeit kann die terminliche Zahlung (Art. 5) von der Domainen-Verwaltung auf 6 Monate gestundet werden, sowie bei Unglücksfällen, wie Hagelschlag, Ueberschwemmung und dem Aehnlichen, auf noch ein Jahr, ohne Hinzurechnung einer Strafzahlung für die nicht berichtigte Summe. Nach Ablauf der Stundungsfrist wird die Besitzlichkeit gemäss den im Art. 6 angegebenen Grundsätzen zum Verkauf bestimmt.
- 8) Die Versteigerungen der Kronsbefitzlichkeiten (Art. 2) finden in den dem Orte ihrer Belegenheit nächsten Polizeiverwaltungen und Gemeindeverwaltungen Statt und werden, nach vorgängiger Beprüfung durch die in der Gouvernementsstadt aus den im Art. 39 Verordn. üb. d. Kronsnutzungen benannten Personen gebildeten Session, vom Minister der Landwirthschaft und Reichsdomainen bestätigt.
- 9) Der Verkauf von Kronsbefitzlichkeiten an Dorfgemeinden und einzelne Bauern laut mit ihnen getroffener Vereinbarung (Art. 4) wird nach besonderen Grundsätzen, wie folgt, bewerkstelligt. Alle Verkaufsbedingungen, wie auch die Folgen ihrer Nichterfüllung, werden vom Conseil des Ministers der Landwirthschaft und Reichsdomainen festgesetzt, unter Beobachtung der Vorschrift des Art. 4. Hiebei wird jedoch, falls der Käufer irgend einen Theil des Kaufpreises schuldig verbleibt, diese betreffende Schuld durch ein Pfandrecht sichergestellt, mittels Eintragung eines Arrestes auf die verkaufte Befitzlichkeit, und wird, im Fall der Versäumniss irgend einer Zahlung, durch den Verkauf der Befitzlichkeit mittels Ausbots begetrieben.

III. In Abänderung und Ergänzung der betreffenden Artt. des Steuer-Reglements festzusetzen:

Von der Stempelsteuer, gleichwie von der Entrichtung der Corroborations- und Canzellei-Dokumentensteuer werden befreit die Kaufurkunden über den Erwerb Seitens der Dorfgemeinden und einzelner Bauern \*) von kleinen Krons-Land- und Waldparcellen und -Nutzungen (Art. 4 Tit. II d. gegenw. Ges.). Alle in Veranlassung der angeführten Verkäufe vorkommenden Schriftstücke werden von der Stempelsteuer befreit.

IV. Die Schätzung der von der Krone zu veräussernden und von der Krone zu erwerbenden kleinen Immobilien (Tit. I) auf Grundlage der vom Minister der Landwirthschaft und Reichsdomainen, im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Reichskontrolleuren zu bestätigenden Regeln zu bewerkstelligen \*\*).

V. Die in den Tit. II und III d. gegenw. Ges. dargelegten Regeln zu erstrecken auf den Verkauf: 1) von Nutzungen an ehemalige Reichsbauern, gemäss den Artt. 1—3 Tit. I d. Regeln üb. d. Veräusserung v. Kronsnutzungen [Verordn. üb. d. Kronsnutzungen, Art. 38 (Anmerk. 2) Beil.] und 2) an Personen russischer Herkunft — solcher in den westlichen Gouvernements befindlicher Kronsgüter [Verordn. üb. d. Kronsgüter, Art. 2

\*) Nach Livländ. Recht jeder Kleingrundbesitzer als Landgemeindeglied: Art. 238 B.-V. D. Hrsq.

\*\*) Diese Regeln sind bisher—April 1898—trotz der sehr grossen Nachfrage nach Kronsgrundstücken nicht ergangen. D. Hrsq.

(Anmerk. 2) Beil.], welche, nach ihrer Belegenheit, Ausdehnung, ihrem Werth oder Ertrage den im Pkt. 1 Tit. I d. gegenw. Ges. angeführten Bedingungen entsprechen.

VI. Dem Minister der Landwirthschaft und Reichsdomainen anheimzustellen, in die betreffenden Unterabtheilungen der Ausgabe-Budgets des Ministeriums der Landwirthschaft und Reichsdomainen Kredite für den Erwerb zu Gunsten der Krone der im Pkt. 2 Tit. I d. gegenw. Ges. angeführten Land- und Waldparcellen einzutragen, in einem Massstabe, der die aus dem Verkauf der im Pkt. 1 dess. Tit. I angeführten Kronsimmobilien erzielte Summe nicht übersteigt.

**XI.** Was die bereits bestehenden Pachtverhältnisse anlangt, so hat der Pächter, in Grundlage des Pkt. III, sein Pachtstück, nach Ablauf seines Contractes, entweder nach den hinsichtlich der Abgabe des Pachtstücks contractlich stipulirten besonderen Bestimmungen, oder, wo selbige nicht stipulirt waren, in Grundlage der Anm. 3 zum § 116 dieser Verordnung abzugeben.

---

## ERSTER THEIL.

---

### Einleitung.

#### Allgemeine Grundsätze.

##### § 1.

Der im Jahre 1819 bei Freilassung der Livländischen Bauern festgestellte und Allerhöchst bestätigte Grundsatz, dass bei Verpachtung einzelner Grundstücke der Livländischen Güter das Mass der Pachtleistung von dem beiderseitigen freien Uebereinkommen des Pächters und des Verpächters jedes einzelnen abgetheilten Pachtstückes abhängt, bleibt in seiner früheren Kraft aufrecht erhalten.

##### § 2.

Fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

##### § 3.

Zur Verhütung dessen, dass etwa allmählig ein grösserer als der gegenwärtige Theil des Grund und Bodens dem Pachtbesitze der Bauern entzogen und die Pächter, bei dergestalt wachsendem Bedürfniss nach Pachtstücken, durch die Nothwendigkeit eines Unterkommens überhaupt gezwungen würden, zu ihrem Nachtheil sich auch übermässigen Bedingungen der verpachtenden Grundbesitzer zu unterziehen, werden diese letzteren durch das Gesetz ver-

pflichtet, einen bestimmten Theil ihres Landes und namentlich das Gehorchsland ausschliesslich nur durch Verpachtung oder Verkauf an Bauergemeindeglieder zu nutzen. Die Massregeln, durch welche den Bauergemeindegliedern als Pächtern eine gleichbegünstigte Stellung mit dem Verpächter gesichert wird, sind weiter unten im § 101 und folg. dargelegt.

#### § 4.

Fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

#### § 5.

Fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

## Erster Abschnitt.

### Absonderung und Begrenzung des Gehorchslandes.

#### § 6.

Die unter gerichtlicher Controle, auf Grund der §§ 7—19 der Agrar- und Bauer-Verordnung vom Jahre 1849 \*), geschehene Abtheilung des Gehorchslandes vom Hofeslande, gleichwie die Feststellung der Grenzen desselben, verbleibt für die Zukunft in voller Krafft, und ist eine Aenderung der solchergestalt festgestellten Abgrenzung der Ländereien nur in der weiter unten in den §§ 103, 104 und 105 vorgeschriebenen Ordnung zulässig.

Reg.-Pat. 22. November 1868 Nr. 132: «Da es vorgekommen, dass einzelne Gutsbesitzer, bei dem Verkauf von Hofeslandparcellen, diesen durch ihrerseitigen Verzicht die steuerfreie Qualität zu entziehen und dagegen die Gehorchslandqualität beizulegen geglaubt, und demnach die betreffenden Contrakte bei den Kreisgerichten zur Corroboration gebracht haben, so wird auf Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen, zur Erfüllung eines dессfalsigen Antrags Sr. Excellenz, des Herrn General-Gouverneurs der Ostsee-Gouvernements von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung desmittelst zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, dass ein solcher Verzicht Seitens des Gutsherrn auf Grund des § 6 der Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860 unstatthaft ist, den Kreisgerichten aber aufs Strengste untersagt, Contrakte über solche Hofeslandparcellen zu corroboriren».

#### § 7.

Die innerhalb der Grenzen des Gehorchslandes belegenen, im Wackebuche aber nicht veranschlagten Ländereien, verbleiben wie bisher Parcellen des

\*) S. Beil. B.

Hofeslandes, wenn sie nicht auf der Gutskarte ausdrücklich dem Weidelande zugezählt sind.

### § 8.

Die Aufsicht über die Unverletzlichkeit des abgesonderten und demarkirten Gehorchslandes ist Obliegenheit des Gemeindeältesten, welcher, sobald irgend welche Veränderungen in den Grenzen oder in der Beschaffenheit des bezeichneten Landes vorkommen, darüber dem Commissaren für Bauersachen zur erforderlichen Anordnung Anzeige zu machen hat. L. G. O. § 20 pct f.

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs). 2. Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in den Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889.

### § 9.

Die in Grundlage der §§ 8—13 der Agrar- und Bauer-Verordnung vom Jahre 1849 mit dem Hofeslande vereinigten Theile des früheren Bauerlandes behalten einstweilen ihre steuerpflichtige Qualität. Es bleibt jedoch dem Landtage anheimgestellt, im Laufe von fünf Jahren Massregeln zur Aufhebung der auf diesem Lande ruhenden Reallasten und zur Gleichstellung desselben mit dem seitherigen schatzfreien Hofeslande ausfindig zu machen, und der Staatsregierung zur Bestätigung vorzustellen.

### § 10.

Wenngleich die Demarkationslinie, welche das Hofes- von dem Bauerlande abgrenzen soll, auch durch einzelne in Pacht vergebene Grundstücke geführt werden kann, so dürfen dadurch doch nicht contraktliche Abmachungen oder sonstige Privatrechte verletzt werden.

---

## Zweiter Abschnitt.

### Bestimmungen über den Uebergang vom Zustande der Frohne auf Geldpacht und bauerliches Grundeigenthum.

#### Frohn-Abolitions-Ordnung.

§§ 11—13 fallen weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

---

## Erstes Capitel.

### Allgemeine, sowol für die Ablösung der Frohne, als für die Conversion derselben in Geldpacht geltenden Bestimmungen.

#### § 14.

Fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

#### § 15.

Alle Naturalleistungen durch Arbeit oder Erzeugnisse (dagegen), zu welchen der Inhaber eines Bauergrundstücks mit Rücksicht auf das ihm verliehene Besitzrecht dem Gemeindewesen oder dem Staate verpflichtet ist, und für deren gehörige Prästation die örtliche Bauergemeinde solidarisch einsteht, bleiben dem Grund und Boden nach wie vor haften, und können weder von dem einzelnen Pächter oder Eigenthümer eines Bauergrundstücks, ohne Zustimmung der Gemeinde, noch von der ganzen Gemeinde, ohne Genehmigung der Obrigkeit, mittelst Geldzahlungen abgelöst werden.

#### § 16.

Indessen ist es dem Inhaber eines einzelnen Grundstücks nicht verwehrt, sich mit der Bauergemeinde, zu welcher er gehört, gütlich dahin abzufinden, dass er den Antheil seines Grundstücks an solcher publiquen Frohn- oder Naturalleistung der Gemeinde gegenüber in eine bestimmte jährliche Geldzahlung konvertire, wofür letztere solche Leistungen von sich aus zu besorgen hat. Jedoch darf eine solche Abfindung auf nicht länger als drei Jahre getroffen werden, kann aber von drei zu drei Jahren erneuert werden.

§§ 17—31 fallen weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

#### § 32.

Bei Abschliessung von (Frohn-Ablösungs-) Verträgen muss jederzeit genaue Bestimmung hinsichtlich aller etwaigen Servitute getroffen werden, die entweder der Grundeigenthümer in dem verpachteten oder verkauften Grundstück sich vorbehält oder umgekehrt dem Besitzer dieses Grundstücks auf dem Hauptgute, von welchem es abgetheilt wird, einräumt.

#### § 33.

Hierbei ist zu unterscheiden, ob die Servitut ihrer Natur nach permanent oder temporair ist. Permanente Servitute können sein: das Recht über fremde Grenze zu gehen, zu fahren und Vieh zu treiben; das Recht aus fremder Grenze Wasser zu leiten, oder es in fremde Grenze abzuleiten; das Recht des Wasserschöpfens und der Viehtränke; das Recht auf fremder Grenze Sand, Grand,

Lehm und Steine zu graben; das Recht der Fischerei, sowie das Recht auf fremdem Grund und Boden zu bauen. Temporäre Servitute dagegen sind: das Recht der Hölzung, das Recht auf fremder Grenze zu weiden, das Recht des Mahlens auf fremder Mühle, wie das Recht des Dreschens in fremder Riege.

#### § 34.

Temporäre Servitute dürfen überhaupt nicht, weder bei Verpachtungen noch bei Verkauf einzelner Grundstücke eines Gutes noch von Seiten eines Bauer-Grundstückes, einem anderen auf länger als 12 Jahre eingeräumt oder vorbehalten werden. Nach Ablauf dieser Frist ist es beiden Theilen unbenommen, in Betreff des bestandenen Servitut-Verhältnisses eine neue, gerichtlich zu corroborirende Abmachung auf 12 Jahre zu treffen.

#### § 35.

Permanente Servitute sind an keine Frist gebunden, indessen muss, wo selbige vorbehalten oder eingeräumt werden, und ebenso auch bei temporären Servituten jedes Mal genau bestimmt werden, wo, wann und wie selbige ausgeübt werden können. Namentlich ist ausdrücklich zu bestimmen, in welchem Umfange und in welchem Masse die Servitut soll ausgeübt werden dürfen, z. B. ob in dem ganzen Walde oder nur in einem Theile desselben, ob in dem ganzen Gewässer oder nur in dessen bezeichnetem Theile, oder ob an einem oder dem anderen Ufer etc. etc.; ferner ob die Ausübung der Servitut zu allen oder nur zu gewissen Jahreszeiten, ob jedes Jahr oder nur ein Jahr um das andere etc. etc. gestattet ist; endlich ob die Art der Ausübung der Servitut an bestimmte Regeln gebunden oder von gewissen Verhältnissen abhängig ist, z. B. in Betreff der Hölzung, ob auf eine gewisse Holzgattung oder einen bestimmten Fahrweg, in Betreff der Weide, ob auf eine gewisse Gattung der Anzahl weidenden Viehes; in Betreff der Nutzung überhaupt, ob durch einzuholende Anweisung des Servitut-Verpflichteten, gleichwie durch dessen Aufsicht etc. etc. beschränkt oder unbeschränkt.

#### § 36.

Hinsichtlich der illimitirten Servitute, welche gemäss § 49—52 der Agrar- oder Bauer-Verordnung vom Jahre 1849 \*) durch private Vereinbarung oder schiedsrichterliche Entscheidung genau festzustellen oder abzulösen waren, müssen die in den §§ 50, 51 u. 52 der Agrar- und Bauer-Verordnung enthaltenen Regeln in allen den Fällen zur Anwendung kommen, wo die durch dieselben vorgeschriebenen Massnahmen noch nicht zur Ausführung gekommen sind.

#### § 37.

Durch Verjährung können Rural-Servitute keines Falls weder erworben werden, noch verloren gehen.

\*) S. Beil. B.

## § 38.

Kein Nutzniesser kann für das ihm in Nutzung abgegebene Grundstück Servitutrechte erwerben. Mithin vermag auch kein Mitglied einer Bauergemeinde als Pächter eines Grundstücks gesetzlich für sein Pachtstück eine Servitude zu gewinnen, noch auch irgend Jemandem Servitutrechte auf seinem Pachtstück einzuräumen.

## § 39.

Eigenthümer bäuerlicher Grundstücke können zwar für ihre Grundstücke Servitude erwerben, dürfen selbige aber nur zum Besten der Besitzer solcher Grundstücke einräumen, welche sich innerhalb der Gemeinde, zu welcher sie gehören, befinden.

## § 40.

In Fällen, wo zwei oder mehrere Güter Eigenthum in einem Dorfe haben, dessen Ländereien in Schnurstücke getheilt sind, steht jedem der theilhabenden Güter, damit die Abolition der Frohne nicht erschwert werde, und namentlich bei gänzlicher Ablösung durch den Verkauf zu Verwirrungen, Streitigkeiten und Klagen führe, das Recht zu, auf den Austausch und die Sonderung der Schnurstücke zu provociren. Die übrigen theilhabenden Güter können die Erfüllung eines derartigen Anverlangens nicht ablehnen.

## § 41.

Der Austausch besagter Schnurstücke unterliegt, wo gütliche Vereinbarung nicht zu Stande kommt, der Entscheidung eines ordnungsmässigen Schiedsgerichts, das auf dem Wege des in Livland üblichen Processganges zu verfahren hat.

## § 42.

Dem Grundherrschaftsverbleibt auf allen Grundstücken eines Gutes, sie mögen durch Verkauf oder Verpachtung in definitiven oder zeitweiligen Possess eines anderen Besitzers übergegangen sein, ohne Weiteres das Recht vorbehalten, in Fällen der Nothwendigkeit, zum Zwecke auszuführender Ent- oder Bewässerungen, sowie Wege- und Wasser-Communicationen, Eigenthumsablösung gegen Entschädigung (d. h. Expropriation zum allgemeinen Besten für eine gewisse Entschädigung) oder Einziehung von Ländereien vorzunehmen. Der Gutsbesitzer ist aber zuvor nachzuweisen verpflichtet, dass zur Ausführung seiner projectirten Massregel die Expropriation resp. Einziehung des Landes nothwendig ist und namentlich nothwendig in dem projectirten Masse.

## § 43.

Nächst diesem muss vor der competenten Behörde die Nothwendigkeit und der Nutzen derjenigen Unternehmung nachgewiesen werden, zu welcher die Expropriation gefordert wird, und dass dieselbe sich nicht auf die Haupt-



theile oder nothwendigsten Theile des Bauerlandes erstreckt, sondern nur in Durchführung von Kanälen, Strassen, Gräben oder dergleichen mehr besteht.

#### § 44.

Ist der Nachweis der Nothwendigkeit geliefert, so kann der Inhaber des betreffenden Grundstücks die Expropriation oder Einziehung dieser Ländereien nicht verweigern, sondern tritt dieselbe, wo sich die Interessenten nicht gütlich hinsichtlich der dem Inhaber des zu expropriirenden, resp. einzuziehenden Grundstücks zu entrichtenden Entschädigung vereinbaren können, in Grundlage einer Abschätzung ein, die auf dem Wege Rechtens vor dem ordinairen Richter zu exportiren ist.

#### § 45.

Ist aber eine Expropriation, resp. Einziehung erfolgt, so kann der Gutsbesitzer, auf dessen Provocation selbige stattgefunden hat, seinerseits nicht beliebig zurücktreten oder das dadurch erlangte Territorium anders als zu dem angegebenen Zwecke benutzen, sondern fällt selbiges vielmehr, falls von der projectirten Massregel abgestanden werden sollte, wieder an den ehemaligen Besitzer zurück, ohne dass dieser desshalb verpflichtet ist sich des erhaltenen Aequivalents zu begeben, welches ihm vielmehr gänzlich verbleibt.

Verordn. üb. d. Reorganisation d. Gerichtswesens in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889\*):

§ 357. In den in den Artt. 204—207 der Estländischen Bauerverordnung v. J. 1856, den Artt. 42—45 der Livländischen Bauerverordnung v. J. 1860 und im Art. 23 der Allerhöchst am 19. Februar 1865 bestätigten Regeln betreffend die Ordnung der Agrarverhältnisse der Bauern der Insel Oesel, angegebenen Fällen, werden die Nothwendigkeit der Expropriation von Bauerland auf Verlangen des Gutsherrn und der Betrag der Entschädigung für das zu expropriirende Immobil, nach der Belegenheit des Letzteren, von dem örtlichen Bezirksgericht bestimmt, welches diese Sachen im abgekürzten Verfahren, unter Beobachtung der nachfolgenden Regeln, verhandelt.

§ 358. Die Schätzung des zu expropriirenden Grundstücks wird durch Sachverständige unter Controle des vortragenden Gerichtsgliedes bewerkstelligt, welches, nach den Angaben der Parteien, an Ort und Stelle alle für die Schätzung erforderlichen Daten zu sammeln hat.

§ 359. Die Gerichtskosten in der Sache werden dem Gutsherrn, welcher die Expropriation angeregt hat, auferlegt.

§ 360. Die Anordnung wegen Uebergabe des expropriirten Grundstücks an den Gutsherrn erfolgt erst, nachdem der Gutsherr dem Gericht eine Quittung des Besitzers des Grundstücks über den Empfang der ganzen ihm zukommenden Entschädigung vorgestellt oder die ganze zugesprochene Summe im Bezirksgericht deponirt hat.

#### § 46.

Fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

---

\*) Die allegirten Artt. 357—360 entsprechen den Artt. 2094—97 der R.-Civ.-Pr.-Ordn., Ausg. v. J. 1892.

## § 47.

Erhält der Inhaber des Bauer-Grundstücks seinen Holzbedarf von dem Gutsherrn, so muss er sich hinsichtlich der Zeit und des Ortes der Verabfolgung der von diesem etwa eingeführten Forst- und Wirthschaftsordnung fügen.

Der Schluss des Art. fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

## Zweites Capitel.

### Besondere Bestimmungen über die Ablösung der Frohne mittelst Kaufs.

## § 48.

In jedem Falle, wo ein bäuerliches Grundstück durch Verkauf oder auf andere Weise aus dem Besitz des Gutsherrn in das Eigenthum eines Bauer-gemeindegliedes übergeht, muss sofort beim Verkaufe selbst derjenige Theil aller öffentlichen Abgaben, der seither von dem Gutsherrn als einzigem Besitzer und Repräsentanten des gesammten steuerpflichtigen Landes jeden Gutes, prästirt worden, auf das abzulösende Grundstück übertragen werden. Dieser entsprechende Theil ergibt sich aus dem Verhältnisse der Hakengrösse des verkauften Grundstücks zur Hakengrösse des ganzen Gutes.

1. Reg.-Pat. 9. December 1863 Nr. 120 (Erläuterung d. Comm. in Livl. B.-S.):  
.....«Unter den Landesprästande, welche nach dem Sinne der Artt. 48, 49 und 50 der Livländ. Bauer-Verordn. v. J. 1860 auf die alienirt werdenden Theile des steuerpflichtigen Landes übertragen werden sollen, sind alle diejenigen Abgaben zu verstehen, an welchen, nach Ausweis der jährlich von der Gouvernements-Obrigkeit erlassen werdenden Repartitionspatente, die Krongüter participiren, und ist mithin nur der Betrag dieser Prästande auf die Eigenthümer steuerpflichtiger Grundstücke zu repartiren. Alle sonstigen auf Grund und Boden ruhenden öffentlichen Lasten und Abgaben sind aber auch für die Zukunft von den zur Prästation derselben bisher Verpflichteten zu tragen, sodass in dieser Beziehung die seitherigen Leistungsverpflichteten dieselben bleiben».

2. Reg.-Pat. 21. September 1885 Nr. 50 (R.-R.-G. 7. Mai 1885) s. Pkt. II der Einleitung.

## § 49.

Als solche öffentliche Leistungen sind alle diejenigen zu betrachten, welche zufolge obrigkeitlicher Anordnung nach den allgemeinen Reichsgesetzen als Landesprästande bezeichnet und nach Massgabe der Hakengrösse von den Landgütern zu erheben sind, gleichwie alle diejenigen, welche auf die Bevölkerung im Allgemeinen oder den Bauernstand insbesondere fallen.

S. Erläuterungen zu Art. 48.

## § 50.

Alle anderweitigen Leistungen, welche der Grundherr als Besitzer des Rittergutes zu prästiren hat, namentlich solche, welche sich auf Standesrechte des Gutsbesitzers und auf Interessen der ganzen Ritterschaft beziehen, dürfen beim Verkauf eines bauerlichen Grundstücks nicht übertragen werden. Desgleichen darf die Getränkesteuer weder als Reallast auf das verkaufte Grundstück übertragen noch vom Käufer als persönliche Leistung übernommen werden, und sind derartige Stipulationen von den Behörden, denen die Prüfung der Contracte obliegt, zurückzuweisen.

S. Erläuterungen zu Art. 48.

## § 51.

Für die richtige Leistung der Landesprästandten und Hakengelder bleibt wie bisher das Rittergut in seiner Gesamtheit verantwortlich.

## § 52.

Die dem Rittergute adhärenden Rechte dürfen ebensowenig wie die dem Rittergute ausschliesslich obliegenden Verpflichtungen beim Verkaufe einzelner Grundstücke übertragen werden. Die Uebertragung der erwähnten Rechte ist auch in dem Falle nicht gestattet, wo der Käufer etwa adligen Standes sein sollte, es sei denn, dass das verkaufte Grundstück als neues Rittergut constituirt wird. Welche Rechte namentlich ihrer Natur nach als ausschliesslich Rittergutsrechte zu betrachten sind und nicht übertragen werden dürfen, darüber trifft § 220 nähere Bestimmung.

## § 53.

Alle beim Verkauf eines Grundstücks von Seiten des Verkäufers vorbehaltenen oder zu seinem Besten ausbedungenen Rechte müssen im Kaufcontract bezeichnet sein. Ueberdies muss ausdrücklich angegeben sein, welche mit dem Besitz des verkauften Grundstücks verbundenen Vortheile als Aequivalent für die vom Verkäufer vorbehaltenen Rechte zu betrachten sind.

## § 54.

Der Vorbehalt irgend welcher Leistungen und Berechtigungen, für welche im Contracte kein entsprechendes Aequivalent namhaft gemacht worden, ist unstatthaft. Demnach sind unbedingt verboten.

- a) alle nur unter gewissen Umständen und für gewisse Fälle stipulirten Zahlungen.
- b) jegliche besonderen Entschädigungen oder Abgaben, von welcher für gewisse Fälle die Benutzung des verkauften Grundstücks, dessen

Theilung oder Alienation abhängig gemacht wird, sowie die desfalls einzuholende Erlaubniss des Verkäufers.

- c) Der Vorbehalt eines dem Verkäufer zustehenden Wiederanfallsrechts oder auch eines Mortuarii, zufolge dessen vom Grundstück im Falle der Vererbung eine besondere Abgabe zu zahlen ist, oder dasselbe, im Falle dessen Inhaber ohne gesetzliche Erben verstirbt, wieder in den Besitz des Verkäufers zurückfällt.

### § 55 \*).

Das Recht, bäuerliche Grundstücke als Eigenthum zu erwerben, steht nicht nur jedem Bauergemeindegliede, sondern auch jeder anderen Person zu, die zu solchem Behufe in den Gemeindeverband eintritt. Dabei muss der Käufer die gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Grösse bäuerlicher Grundstücke (§ 221), sowie hinsichtlich der Constituirung des eisernen Inventarii (§ 225) erfüllen. Bei dem Ankauf eines Grundstücks vermittelt einer Anleihe bei der Bauerrentenbank gegen Verpfändung des Grundstücks, müssen die in dem Reglement dieses Instituts vorgeschriebenen Bedingungen beobachtet werden.

Anmerkung. Der Besitzer eines Rittergutes hat, ohne in den Gemeindeverband eintreten zu müssen, das Recht, ein bäuerliches Grundstück zu kaufen, jedoch nicht um es unmittelbar zu nutzen, sondern nur um es mit dem Bauerlande seines Gutes zu vereinigen und in allgemeiner Grundlage an Bauern zu verpachten.

Erläuterung der Commission in Livl. B.-S. 21. Januar 1893 Nr. 31 (Gouv.-Zeit. 10. Februar 1893 Nr. 15): «Der Besitzer eines Rittergutes, der ein zu diesem Gute gehöriges bäuerliches Grundstück erworben hat, kann durch diesen Erwerb nicht in den Gemeindeverband eintreten, sondern ist verpflichtet, das Grundstück in genauer Grundlage des § 101 und der Anmerkung zum § 55 der B.-V. v. J. 1860 nur durch Verpachtung oder durch Verkauf an Bauergemeindeglieder zu nutzen, mit Ausnahme der in den §§ 106 und 110 angeführten Fälle.

### § 56.

Desgleichen ist es auch den Bauergemeinden gestattet, bäuerliche Grundstücke zu kaufen und deshalb dieselben Rechte und Vortheile in Anspruch zu nehmen, welche den einzelnen zum Kauf solcher Grundstücke berechtigten Personen zustehen.

### § 57.

Will eine Bauergemeinde ein besonderes Grundstück als ungetheiltes Eigenthum konserviren, etwa als Gemeindegrund zu besonderen Zwecken oder Foundationen, so ist solches unverwehrt; jedoch darf das betreffende Grundstück die Grösse des für ein bäuerliches Grundstück gesetzlich vorgeschriebenen Maximums nicht überschreiten.

### §§ 58—59.

Fallen weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

---

\*) S. die zu Art. 101 abgedruckte Entscheid. d. Dirig. Senats v. 14. Februar 1896 № 13. D. Hrsq.

## Corroborations- und Ingrossationswesen.

§§ 60—77 theilweise ersetzt durch die als Beilage VIII zum Art. 362\*) der Verordn. üb. d. Reorganisation des Gerichtswesens in den Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 emanirten zeitweiligen Regeln für das Verfahren in Grundbuchsachen (jetzt kodificirt in dem die provincial-rechtlichen Bestimmungen enthaltenden VI Titel der Reichs-Notariats-Ordnung, Ausg. v. J. 1892, im Th. 1 Bd. XVI des Cod. d. Reichsges.).

D. Hrsg. (

Zeitw. Reg. für d. Verf. in Grundbuchsachen § 1 (R.-Not.-Ordn. Art. 302). Bis zur allgemeinen Revision der Gesetze über die Corroboration der Rechte an Immobilien wird die Führung der gegenwärtig verordneten gerichtlichen oder öffentlichen Bücher (Art. 3002 Prov.-R. Th. III) auf Grund der in den Artt. 2—68 dargelegten Regeln fortgesetzt. Das Verfahren bei der Corroboration von Kaufkontrakten über Gehorslandgrundstücke wird in den Artt. 69—76 normirt.

Anmerkung. Die vorliegenden Regeln ersetzen die in den verschiedenen Gebieten der baltischen Gouvernements geltenden Sonderbestimmungen über den Modus der Führung der öffentlichen Bücher und das bei der Corroboration der Immobilien betreffenden Urkunden zu beobachtende Verfahren, sowie auch die Artt. 3008 und 3009 Prov.-R. Th. III und Artt. 75—77 d. Livländ. B.-V. v. 13. November 1860. Alle übrigen Bestimmungen über die Corroboration von Rechten an Immobilien, die in die bürgerlichen Gesetze der genannten Gouvernements Eingang gefunden haben, gleichwie die einschlägigen Bestimmungen der Statuten der örtlichen Creditvereine verbleiben auch fernerhin in Kraft.

### § 69 (R.-Not.-Ordn. Art. 370).

Kaufkontrakte über Gehorslandgrundstücke werden in der oben in den Artt. 2—68 angegebenen Ordnung unter Beobachtung nachstehender Sonderbestimmungen korroborirt.

Anmerkung 1. Die vorliegenden Regeln ersetzen die in den Gouvernements Liv-, Est- und Kurland geltenden besonderen processualen Bestimmungen über die Ordnung der Corroboration von Kaufkontrakten über Bauerlandstellen, ohne die in den örtlichen Bauerverordnungen und den dieselben ergänzenden Gesetzesbestimmungen normirte Ordnung der Abschliessung und Beglaubigung dieser Contrakte zu berühren\*).

\*) Art. 362 lautet: «Die sich auf die Errichtung und Bestätigung von Urkunden über unbewegliches Vermögen beziehenden Regeln der Notariatsordnung werden durch die in den, diesem Artikel beigelegten zeitweiligen Regeln für das Verfahren in Grundbuchsachen, enthaltenen Bestimmungen ersetzt».

D. Hrsg.

\*\*) Nach den Motiven des Justizministeriums zu d. Entwurf d. zeitw. Regeln für d. Verf. bei der Corroboration von Kaufkontrakten über Bauerlandstellen werden mit der Emanirung der in den §§ 69—76 enthaltenen Regeln die in den §§ 60—74 der B.-V. und den dieselben ergänzenden Verordnungen enthaltenen Bestimmungen über die Corroboration der Kaufkontrakte über Bauerlandstellen von selbst aufgehoben, während die in denselben Bestimmungen hinsichtlich des Verfahrens bei der Abschliessung und Beglaubigung der erwähnten Contrakte enthaltenen Regeln bestehen bleiben mit den alleinigen Abänderungen, welche durch die Reorganisation der Bauerbehörden bedingt werden. — Aus der grossen Zahl der zu den §§ 60—74 der B.-V. seit dem Jahre 1864 ergangenen verschiedenen Erlasse sind die zur Zeit gültigen, die Abschliessung und Beglaubigung der Kaufkontrakte über Bauerlandstellen betreffenden Verordnungen nach den Artt. 60 und 61 der B.-V. zum Abdruck gebracht worden. Die dem neueren Recht angehörenden, zur Erläuterung des Art. 8 Abth. B d. Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 erlassenen Bestimmungen sind des systematischen Zusammenhangs wegen im Abschnitt über die Commissare für Bauer-Sachen wiedergegeben worden.

D. Hrsg.

Anmerkung 2. Die vorliegenden Regeln gelangen nicht zur Anwendung: 1) wenn die zu verkaufende Landstelle bereits aus der Hypothek des Hauptgutes ausgeschieden ist; 2) wenn das Gehorchslandgrundstück vom Gutsbesitzer behufs Vereinigung mit dem Gute gekauft worden ist und 3) wenn beim Verkauf von Gehorchsland zugleich mit Hofesland, der grössere Theil der verkauften Landstelle aus Hofesland besteht.

Anmerkung 3. Bezieht sich auf Oesel.

### § 70. (R.-Not.-Ordn. Art. 371).

Den Gesuchen um Corroboration von Kaufkontrakten über Gehorchslandgrundstücke müssen beigelegt sein: 1) derjenige Theil der Kaufsumme, der laut Abmachung vor der Corroboration des Contraktes zu entrichten ist, in baarem Gelde oder zinstragenden Papieren, oder ein Depositalschein über die Einzahlung dieser Summe in derjenigen Creditanstalt, unter deren Mitwirkung der Kauf erfolgt; 2) die Charte des zu verkaufenden Grundstücks, versehen mit der vorschriftsmässig beglaubigten Unterschrift beider Contrahenten und einer revisorischen Beschreibung; 3) in Gegenden, wo Katasterbücher geführt werden, ein Auszug aus diesen Büchern, der die Grösse und den Werth des zu verkaufenden Grundstücks nachweist.

Anmerkung 1. Das vom Verkäufer auf Rechnung des Kaufpreises empfangene Handgeld ist gleichfalls dem Gesuch um Corroboration des Contrakts beizulegen.

Anmerkung 2. Der deponirte Theil der Kaufsumme gilt bis zur Corroboration des Contrakts als Eigenthum des Käufers.

Anmerkung 3. Die Kaufsumme wird entweder in der Grundbuchabtheilung oder derjenigen Creditanstalt deponirt, unter deren Mitwirkung der Kauf erfolgt. (Der Schluss der Anmerkung bezieht sich auf Oesel).

Anmerkung 4. Wenn laut Abmachung der Kaufpreis oder ein Theil desselben vor der Corroboration in Raten zu entrichten ist, so werden diese Zahlungen pünktlich mit Eintritt des Termins bei derjenigen Institution gemacht, in der der übrige Theil der Kaufsumme deponirt ist. (Anmerkung 3).

### § 71. (R.-Not.-Ordn. Art. 372).

Bezieht sich auf Kurland.

### § 72. (R.-Not.-Ordn. Art. 373).

Der Chef der Grundbuchabtheilung schreitet nur dann zur Corroboration des Kaufkontraktes über ein Gehorchslandgrundstück und zur Ausscheidung des Letztern aus der hypothekarischen Verhaftung des Hauptgutes: 1) wenn ihm der Nachweis erbracht ist, dass die Inhaber der auf dem Hauptgut in die Grundbücher eingetragenen Rechte in die Ausscheidung des zu verkaufenden Grundstücks aus der hypothekarischen Verhaftung dieses Gutes willigen \*) und 2) wenn, falls das Hauptgut dem örtlichen adeligen

---

\*) Hierzu ist eine auch für die Corroboration bedingter, sowie sub die et modo abgeschlossener Rechtsgeschäfte wichtige Senats-Entscheidung ergangen. Entscheidung des Civil-Cassations-Dep. d. Dirig. Senats v. 4. November 1892 № 121: . . . . . «Der Rechtsanwaltsgehilfe S. ersuchte den Chef der Wenden-Walkschen Grundbuch-Abtheilung um Eintragung eines Vermerks in das Grundbuch-Register des Inhalts, dass er als Besitzer einer auf das Gut Alt-L. ingrossirten Obligation seine Einwilligung zum Verkauf der Gehorchsländereien und sonstiger Gutstheile nur unter der Bedingung ertheile, dass sämmtliche aus dem Verkauf der gedachten Ländereien und Gutstheile einflussenden Kaufgelder ad depositum der Livl. adel. Güter-Cred.-Societät gebracht und im vollen Betrage ausschliesslich zur Bezahlung der auf dem

Creditverein verpfändet ist, der Letztere dem Chef der Grundbuch-Abtheilung mitgetheilt hat, dass er den Käufer auf seine Bitte als seinen Schuldner anerkennt und um die Ueberführung eines entsprechenden Theils der Pfandbriefschuld des Hauptgutes auf das verkaufte Grundstück bittet, oder wenn der Verkäufer ein vom Creditverein ausgestelltes Attestat beigebracht hat, dass der Creditverein, nachdem der ganze auf das zu verkaufende Grundstück entfallende Theil der auf dem Hauptgute ruhenden Pfandbriefschuld getilgt oder sichergestellt ist, keinerlei Ansprüche an das Hauptgut erhebt.

### § 73. (R.-Not.-Ordn. Art. 374).

Bis zum Ablauf der für die Eintragung nichtingrossirter Hypotheken vorgeschrie-

Gute ingrossirten Obligationen in deren hypothekarischen Reihenfolge verwandt würden. Ueber den abweisenden Bescheid des Chefs der Grundbuch-Abtheilung führte S. Beschwerde beim Friedensrichter-Plenum, welches befand, dass nach dem genauen Sinn des Pkt. 1 Art. 72 d. Reg. f. d. Verfahren in Grundbuchs. (Art. 373 Not.-Ordn., Forts. v. J. 1890) . . . die Einwilligung ohne Hinzufügung einer Bedingung ausgesprochen werden musste, denn eine bedingte Einwilligung ist bis zum Eintritt der Bedingung keine Einwilligung, . . . und S. wegen Sicherung seiner eigenen Interessen Schritte ergreifen kann, nicht aber zur Sicherung der Interessen anderer Gläubiger, welche möglicherweise im gegenwärtigen Zeitpunkt gar nicht Zahlung auf ihre Obligationen verlangen, oder möglicherweise die Einwilligung unbedingt ertheilen, sodass das Anverlangen des einen Obligationsgläubigers S. wegen Einzahlung der ganzen Kaufsumme Behufs Sicherstellung der Bezahlung ihrer Obligationsforderungen als der gesetzlichen Begründung entbehrend erscheint. . . . Der Dirig. Senat findet, dass Pkt. 1 Art. 373 d. Not.-Ordn., Forts. v. J. 1890, durchaus nicht die Forderung enthält, dass die Erklärung der Inhaber in das Grundbuch auf das Hauptgut eingetragener Rechte, über ihre Einwilligung in die Ausscheidung des zu verkaufenden Bauergrundstücks aus der hypothekarischen Verhaftung des Hauptgutes, bedingungslos ausgesprochen werden müsse. Eine derartige Forderung findet sich auch in anderen, die Corroboration betreffenden Gesetzen nicht. Wenngleich im Art. 818 Prov.-R. d. Balt. Gouv. Th. 3 bestimmt wird, dass die Urkunde, auf Grund deren das Eigenthum unter einer aufschiebenden Bedingung übertragen wird, in die öffentlichen Gerichtsbücher («Grundbücher» nach der Forts. v. J. 1890. d. Hrsg.) erst nach eingetretener Bedingung eingetragen wird, so bezieht sich dieses Gesetz, nach seinem genauen Sinne, ausschliesslich auf Urkunden, auf Grund deren das Eigenthum an Immobilien übertragen wird. Hinsichtlich anderer Rechtsgeschäfte ist eine derartige Bestimmung im Gesetz nicht enthalten und das erklärt sich daraus, dass, auf Grund des Art. 817 Prov.-R., im Fall der Uebergabe unter einer aufschiebenden Bedingung, das Eigenthum auf den Erwerber erst mit dem Eintritt der Bedingung übergeht, in Folge wessen eine derartige Urkunde ersichtlich in die Grundbücher nicht vor dem Eintritt der Bedingung eingetragen werden kann, da sich bis dahin auch der Uebergang des Eigenthums auf den Erwerber des Immobils nicht vollzieht. Hinsichtlich anderer Rechtsgeschäfte und Urkunden, welche nicht die Uebertragung des Eigenthums an einem Immoibil zum Gegenstande haben, sondern sonstige dingliche Rechte, sowie Verzichte auf solche Rechte, giebt es kein derartiges Hinderniss für die Eintragung im Grundbuch-Register, wesshalb auch zur — selbst analogen, — Anwendung des Art. 818 auf dieselben kein gerechtfertigter Grund vorhanden ist. Die Regel des Art. 3002 Prov.-R., wonach die gerichtliche Bestätigung oder Corroboration eines Rechtsgeschäfts stets die bereits vollzogene Abschlüssung desselben voraussetzt, hindert gleichfalls nicht die Corroboration bedingter Rechtsgeschäfte, denn die Hinzufügung einer Bedingung beraubt das Rechtsgeschäft nicht der Bedeutung eines in festgesetzter Ordnung zu Stande gekommenen Rechtsgeschäfts. . . . Unrichtig ist auch die Anschauung des Friedensrichter-Plenums, dass das Verlangen der Einzahlung der ganzen Kaufsumme für die Bauergrundstücke zur Sicherstellung der Bezahlung der Obligationen in deren hypothekarischen Reihenfolge, als von nur einem Obligationsgläubiger gestellt, der gesetzlichen Begründung entbehre. . . . Indem S. die Verwendung der Kaufsumme zur Tilgung der das Gut belastenden Schulden in deren hypothekarischer Reihenfolge verlangt, wahrt er hiedurch ersichtlich seine eigenen Interessen, weil durch die Tilgung derjenigen ingrossirten Forderungen, welche seiner Forderung vorgehen und die Anciennität zur Befriedigung vor ihr haben, S. gerade hiedurch die grösste Sicherheit hinsichtlich seines Anspruchs erhält. Aus diesen Gründen verfügt der Dirig. Senat: Die Entscheidung des Wenden-Walkschen Friedensrichter-Plenums wegen Verletzung des Pkt. 1 Art. 373 Not.-Ordn., Forts. v. J. 1890, aufzuheben . . . ».

D. Hrsg.

benen Frist (Verordn. üb. d. Reorganis. d. Gerichtsw. in d. Balt. Gouv. B. Art. 10)\*) theilt der Chef der Grundbuch-Abtheilung in den Gouvernements Liv- und Estland, sofort nach Entgegennahme des Gesuchs um Corroboration des Kaufkontrakts, solches dem zuständigen Bezirksgerichte mit, behufs Aufrufs sämtlicher derartiger hypothekarischer Gläubiger sowie der Personen, welche wider den Verkauf Einwände oder Ansprüche geltend zu machen haben. Nach Ablauf der erwähnten Frist, im Gouv. Kurland aber vom Tage des Inkrafttretens der vorliegenden Regeln an, erfolgt die erwähnte Vorladung nur auf Antrag eines der Contrahenten.

§ 74. (in der veränderten Fassung des Art. 375 d. R.-Not.-Ord.).

Die in dem vorhergehenden Art. erwähnte Vorladung unterliegt den allgemeinen, in der Civ.-Pr.-Ord. Artt. 2054 ff. dargelegten Bestimmungen über das Aufgebotsverfahren\*\*), wobei: 1) in den Bekanntmachungen sowol das Gut, von welchem das Grundstück veräussert wird, als auch das zu verkaufende Grundstück selbst und der Kaufpreis für dasselbe angegeben sein müssen; 2) die Proklamsfrist immer auf sechs Monate anberaumt wird; 3) die Bekanntmachungen in der in den allgemeinen Bestimmungen über das Aufgebotsverfahren angegebenen Ordnung, sowie in den Gouvernements Liv- und Estland auch in den örtlichen Gouvernements-Zeitungen mit Beifügung einer Uebersetzung ins Estnische oder Lettische, je nach der Hingehörigkeit, erlassen werden und 4) wenn zwischen dem Verkäufer und der Person, die den Verkauf anfecht oder gegen denselben Einwendungen erhebt, keine Einigung erfolgt, eine dreimonatliche Frist, gerechnet vom Tage der Anmeldung des Anspruchs oder des Einwandes im Bezirksgericht gegeben wird behufs Beibringung eines gerichtlichen Bescheides in der Grundbuch-Abtheilung über die Beanstandung der Corroboration des Kontrakts bis zur Entscheidung des Rechtsstreits.

§ 75. (R.-Not.-Ord. Art. 376).

Ist eine Vorladung erlassen (Artt. 73 u. 74), so wird ausser den im Art. 72 angegebenen Bedingungen gefordert: 1) die Beibringung eines Zeugnisses des zuständigen Gerichts, dass gegen den Verkauf keine Einwände oder Ansprüche angemeldet, oder dass die angemeldeten Ansprüche und Einwände bereits erledigt worden sind, oder 2) das Ablaufen der im Pkt. 4 des vorhergehenden Art. (74) erwähnten dreimonatlichen Frist, ohne dass ein gerichtlicher Bescheid über die Beanstandung der Corroboration beigebracht worden ist.

§ 76. (R.-Not.-Ord. Art. 377).

Nachdem der Kontrakt korroborirt worden (Artt. 72 u. 75), übersendet der Chef der Grundbuch-Abtheilung eine Copie der Grundbuchurkunde derjenigen Creditanstalt,

---

\*) Die Artt. 9—12 des allegirten Abschnitts B: «über einige Abänderungen der Hypotheken-Gesetze»,—sind in der Forts. d. Prov.-R. Th. III v. J. 1890 als Beilage zur Anmerkung 2 des Art. 1389 kodificirt worden und lautet Art. 2 dieser Beilage gleich Art. 10 d. Abschn. B): «Die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes v. 9. Juli 1889 üb. d. Reorganis. d. Gerichtsw. in d. Balt. Gouv. begründeten, in die öffentlichen Gerichtsbücher nicht eingetragenen Hypotheken an unbeweglichem Vermögen, sowie auch Generalhypotheken, insofern sie auf unbewegliches Vermögen Bezug haben, selbst wenn sie in die früheren Personallhypothekenbücher eingetragen sind, müssen, unabhängig davon, ob die erwähnten Hypotheken durch das Gesetz, durch richterliches Erkenntniss oder durch ein Rechtsgeschäft begründet sind, zur Bewahrung der Kraft eines dinglichen Rechts nicht später als im Laufe von zwei Jahren, vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes v. 9. Juli 1889 an, bei der zuständigen Behörde Behufs Eintragung in die Grundbücher angemeldet werden».

D. Hrsg.

\*\*) Die aus der R.-Civ.-Pr.-Ord. allegirten Artt. 2054—93 entsprechen den Artt. 317—56 der Verordn. üb. d. Reorganis. d. Gerichtsw. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889.

D. Hrsg.



unter deren Mitwirkung der Kauf erfolgte, und theilt die Corroboration der die Katasterbücher führenden Institution mit.

Da eine deutsche Ausgabe der auf dem Gebiete des Provinzialrechts ergangenen Entscheidungen des Senats wohl in Bälde nicht zu erwarten ist, andererseits viele Bestimmungen der zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen v. 9: Juli 1889 der Interpretation sehr bedürftig sind, schien es nicht unangemessen, die zur Ergänzung und Erläuterung mehrerer dieser Bestimmungen ergangenen Entscheidungen des Senats hier wiederzugeben. Derartige Entscheidungen sind ergangen: 1. zum Art. 35 zeitw. Reg. etc. (Art. 336 R.-Not.-O.) — am 18. November 1892 sub № 98; 2. zum Art. 39 Pkt. 2 l. c. (Art. 340 Pkt. 2 l. c.) — am 7. März 1894 sub № 7; 3. zum Art. 40 l. c. (Art. 341 l. c.) — am 4. November 1892 № 108; 4. zum Art. 42 l. c. (Art. 343 l. c.) — am 19. Januar 1893 sub № 1; 5. zum Art. 51 Pkt. 4 l. c. (Art. 352 Pkt. 4 l. c.) — am 4. November 1892 sub № 94; 6. zum Art. 68 Pkt. 1 l. c. (Art. 369 Pkt. 1 l. c.) — am 5. Februar 1897 sub № 47.

D. Hrsg.

1. Entscheidung d. Civil-Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats v. 18. November 1892 № 98; «Aus der Sache ist ersichtlich, dass die Oberdirektion der Livländ. adel. Güter-Credit-Societät an die Grundb.-Abth. der Dorpat-Werroschen Fr.-R.-Vers. mit der Bitte sich wandte um Löschung von Pfandbriefen auf die Summe von 2000 Rbln., welche von ihr als Darlehn unter Verpfändung des Gesindes L. . . . gegeben waren, und um Ersetzung derselben durch neue Pfandbriefe auf dieselbe Summe, wobei die Oberdirektion erklärte, dass ein derartiger Umtausch unerlässlich sei für die laut Uebereinkommen zwischen der Societät und dem Gesindebesitzer statthabende Freimachung des für das erwähnte Darlehn angesammelten Tilgungsfonds, sowie für die Benutzung des Letzteren zur Bezahlung anderer auf dieses Gesinde ingrossirter Schulden. Ueber den abschlägigen Bescheid der Grundb.-Abth. richtete die Oberdirektion der Societät eine Beschwerde an die Fr.-R.-Vers., welche dieselbe ohne Verfolg liess. . . . . Bei Beurtheilung der Motive der angefochtenen Entscheidung, kommt der Dirig. Senat zu folgenden Schlüssen: 1) Die Handlung, um deren Vollziehung die Oberdirektion der Livl. ad. Güter.-Cr.-Societät bittet, hat mit der Corroboration eines Rechts nichts gemein; diese Handlung besteht lediglich in der Ersetzung von Pfandbriefen durch andere innerhalb der Grenzen des bereits auf dem Grundstück L. ruhenden Pfandrechts. Andererseits wird, nach dem Provinzialrecht der Balt. Gouv., die Corroboration des Pfandrechts mittels Eintragung in das Hypothekenbuch der Urkunde selbst, durch die ein solches Recht begründet wird, vollzogen (Art. 1569 Th. III Prov.-R. d. Ostseegouv.), Pfandbriefe jedoch, wie auch die Fr.-R.-Vers. anerkannte, begründen kein Pfandrecht, sondern repräsentiren bloss die Valuta, in der das Darlehn ausgezahlt wird, und ihre Eintragung in's Hypothekenbuch (Ingrossation), zusammen mit der Pfandverschreibung (Art. 179 Regl. d. Livl. ad. Güt.-Cr.-Soc.)\* wird nicht zur Corroboration des Rechts, sondern lediglich zur Controle darüber verlangt, dass der Werth der von der Societät emittirten Pfandbriefe den Betrag der von ihr ertheilten Darlehen nicht übersteige. Wenn aber die ursprüngliche Ingrossation der Pfandbriefe die Bedeutung der Corroboration des Pfandrechts nicht hat, so kann auch die Ersetzung der ursprünglich ingros-

\*) Publicirt mittels Reg.-Pat. 22. Mai 1868 № 58; mut. mut. sind die Ausführungen auch anwendbar hinsichtlich des neuen Reglements der Credit-Societät v. 23. Mai 1896, das bisher jedoch mittels Reg.-Pat. nicht publicirt worden.

D. Hrsg.

sirten Pfandbriefe durch andere auf dieselbe Summe eine solche Bedeutung nicht haben. Hiernach liegt kein Grund vor, auf den Umtausch der Pfandbriefe die vom Gesetz für die Corroboration von Rechten festgesetzten Formalitäten in Anwendung zu bringen.

2) Die in den Art. 188 und 189 Regl. der Societät gedachten Fälle des Umtausches von Pfandbriefen sind, ersichtlich, nicht die einzigen von diesem Regl. gestatteten. In den Anmerkungen 1 u. 2 zum Art. 179, in den Artt. 181 u. 193 desselben Regl. sind auch andere Fälle eines derartigen Umtausches vorgesehen. Da es jedoch sowol an einem direkten, wie indirekten Verbot, Pfandbriefe auch in anderen Fällen umzutauschen, in diesem Regl. fehlt, so steht dem auch kein Hinderniss im Wege, denselben stets zuzulassen, wenn dazu ein Bedürfniss vorliegt und wenn ausserdem durch einen derartigen Umtausch der Pfandbriefe weder das Regl. der Societät noch anderweitige geltende Gesetzesbestimmungen verletzt werden; die Artt. 188 u. 189 Regl. können, an sich, als Hinderniss zur Erfüllung des der Beprüfung unterliegenden Ansuchens der Societät nicht dienen.

3) Der von der Societät verlangte Umtausch der Pfandbriefe bildet kein selbständiges Uebereinkommen über die Stundung der Zahlung des von ihr ertheilten Darlehens und bedarf auch nicht der Formen, welche für die Erstreckung der Fristen bei Erfüllung von Verbindlichkeiten festgesetzt sind. Die Erwägung der Fr.-R.-Vers. jedoch, dass im Regl. der Societät eine allgemeine 38jährige Frist für sämtliche von ihr ertheilten Darlehen festgesetzt sei, ist unrichtig, weil diese Frist in der Anmerk. 1 zum Art. 181 l. c. nicht für die Tilgung des Darlehns, d. i. der Schuld des Besitzers des der Societät verpfändeten Immobils an diese Letztere, sondern für die Auslösung der Pfandbriefe bestimmt ist, d. i. für die der Societät obliegende Erfüllung ihrer Verbindlichkeit gegenüber den Inhabern dieser Pfandbriefe hinsichtlich der Auszahlung des Werthes derselben in Geld, wobei diese Frist, wie aus derselben Anmerk. zum Art. 181 zu ersehen, sich sogar nicht auf alle in demselben erwähnten Gattungen der Pfandbriefe erstreckt. Für die Auszahlung der Darlehen hingegen setzt das Regl. keine allgemeine Frist fest, die Bestimmung einer solchen dem Uebereinkommen der Parteien anheimstellend.

4) Die Erwägung der Fr.-R.-Vers. hinsichtlich der Zustimmung des Besitzers des verpfändeten Immobils zu dem von der Societät geforderten Umtausch der Pfandbriefe ist unrichtig, vor Allem deshalb, weil die Fr.-R.-Vers. eine derartige Zustimmung in der, wie oben ausgeführt, falschen Voraussetzung für unerlässlich hält, dass dieser Umtausch die Corroboration eines Rechts bilde. Aber abgesehen davon, so ist die Zustimmung des Besitzers in dem der Beprüfung unterliegenden Falle auch um deswillen nicht erforderlich, weil der von der Societät geforderte Umtausch der Pfandbriefe..... lediglich die Folge der bereits ausserhalb der Grundb.-Abth. stattgehabten Abmachung über die Ausreichung des Tilgungsfonds an diesen Besitzer ist, folglich hat der Besitzer des Immobils durch den Abschluss dieser Abmachung auch schon seine Zustimmung zu dem mit ihr verbundenen Umtausch der Pfandbriefe erklärt..... Was jedoch die Forderung der Einwilligung derjenigen Gläubiger anlangt, deren Forderungen im Grundbuch-Register der Darlehnsforderung der Societät nachfolgen, so findet die angefochtene Entscheidung ihre Rechtfertigung nicht in dem in ihr angeführten Motiv, das darin besteht, dass, nach dem Regl. der Societät, diese Gläubiger im Fall der Tilgung des Darlehns die Anciennität erlangen. Diese Frage wird durch das Regl. der Societät überhaupt nicht entschieden und kann nicht entschieden werden, da dieses Regl. lediglich der Beziehungen zwischen der Societät und den Darlehnsnehmern Erwähnung thut, nicht aber der Beziehungen der Letzteren zu dritten Personen. Die Entscheidung dieser Frage müsste in den Gesetzen über die Hypothek — im Th. III Prov.-R. d. Ostseegouv. gesucht werden. Aber auch diese Gesetze unterstützen die von der Fr.-R.-Vers. gezogene Folgerung nicht. Im Gegentheil, indem der Art. 1598 Th. III l. c. bestimmt, dass das Fortfallen des Grundes der Hypothek (im gegebenen Fall der Schuld laut Darlehn) zur Aufhebung der Hypothek selbst nicht genügend ist, solange die Aufhebung

der Hypothek in das Hypothekenbuch nicht eingetragen ist, weist er darauf hin, dass die Tilgung des von der Societät empfangenen Darlehns, an sich, die von der aus dem Darlehnsvertrage entstandenen Verbindlichkeit eingenommene Hypothekenstelle für die anderen interessirten Personen noch nicht freimacht. Indem von diesem Theil der angefochtenen Entscheidung die Rede ist, muss auch das berücksichtigt werden, dass die Oberdirektion der Societät, wie aus der Sache ersichtlich, als sie an die Grundb.-Abth. mit der gegenwärtig der Beprüfung unterliegenden Requisition sich wandte, erklärt hat, dass aus dem, infolge des Umtausches der Pfandbriefe, freiwerdenden Tilgungsfonds vor Allem die auf das Immobil ingrossirten Schulden werden bezahlt werden, folglich wird der Vortheil, den bei solchem Umtausch der Besitzer des Immobils erlangen kann, vor Allem zum Nutzen seiner Gläubiger gewandt, und, auf diese Weise, in ausreichendem Masse die Annahme beseitigt, als wenn durch diese Operation die Rechte derselben verletzt werden können. Aber selbst wenn auch, ungeachtet dessen, diese Operation im Laufe der Zeit irgendwie als mit den auf das Gesetz gegründeten hypothekarischen Rechten anderer Personen nicht übereinstimmend sich erweisen sollte, so bleibt ihnen die Möglichkeit, in festgesetzter Ordnung, die Handlungen der Oberdirektion der Societät anzustreiten. 5) Das der Fr.-R.-Vers. aufgestossene Bedenken in der Frage, — in welche Abtheilung und welche Spalte des Grundbuch-Registers die Eintragung über den verlangten Umtausch der Pfandbriefe bewerkstelligt werden soll, kann an sich nicht als Grund zur Verweigerung der Erfüllung der bezüglichen Requisition dienen..... Da die Pfandbriefe zusammen mit der Pfandverschreibung, welche die Grundlage des Pfandrechts bildet (Art. 150 Regl.), ingrossirt werden, und, folglich, in derselben Spalte desselben Theils des Grundbuch-Registers vermerkt werden müssen, in denen die Entstehung des Pfandrechts vermerkt wird, wenngleich dieselben an sich ein solches Recht nicht begründen, so bildet dieser letztere Umstand kein Hinderniss, dass auch die die Pfandbriefe betreffenden Veränderungen in derselben Spalte desselben Theils des Registers sich finden, in welchen die Veränderungen hinsichtlich des Rechts selbst sich finden..... Nach den dargelegten Erwägungen und in Ansehung dessen, dass die Dorpat-Werrosche Fr.-R.-Vers. in der angefochtenen Entscheidung alle die Gesetzesbestimmungen verletzt hat, auf welche dieselbe gegründet ist, sowie die, auf welche im gegenwärtigen Urtheil Bezug genommen ist, verfügt der Dirig. Senat: die Entscheidung der Fr.-R.-Vers. aufzuheben.....».

2. Entscheidung d. Plenar-Vers. d. 1. u. d. Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats v. 7. März 1894 № 7: «.....Indem hierauf der Dirig. Senat der Beurtheilung der zweiten Frage sich zuwendet, dess Inhalts: ob mit den Anträgen auf Corroboration derartiger in die Regulirungsakten eingetragenen Rechte\*), ausser diesen Akten, besondere im Pkt. 2 Art. 340 Not.-O., Forts. v. J. 1890\*\*), vorgesehene Nachweise über die Einwilligung derjenigen Personen, gegen welche die Corroboration gerichtet ist, vorgestellt werden müssen, — findet er, dass diese Frage vollständig durch den genauen Sinn dieses Gesetzartikels entschieden wird. Kraft des Art. 1264 Th. III Prov.-R. d. Ostseegouv., Forts. v. J. 1890, wird das mit der Dienstbarkeit verbundene dingliche Recht als begründet und für beide Theile, d. h. für den Besitzer des berechtigten wie des die-

\*) Es handelte sich pro casu um Dienstbarkeiten zweier kurländischer Kronsgüter in den Grenzen zweier Privatgüter, welche bei der Regulirung der ersteren im J. 1849 in die Regulirungsakten aufgenommen worden waren.

\*\*) Die in dieser Entscheidung angeführten Artt. der R.-Not.-O. entsprechen nachstehenden Artt. der zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889: Art. 340 — Art. 39; Art. 338 — Art. 37; Artt. 341—43 — Artt. 40—42; Art. 344 — Art. 43; Art. 316 — Art. 15.

nenden Grundstücks, wirksam angesehen erst durch die Eintragung der Dienstbarkeit in das betreffende Grundbuch; bis dahin besteht unter den Interessenten bloss eine persönliche Verbindlichkeit, deren Eintragung in die Grundbücher zu fordern jedoch jeder von ihnen die Befugniß hat. Diese Bestimmung ist mit dem im Art. 3014 l. c., Forts. v. J. 1890, ausgesprochenen allgemeinen Princip in voller Uebereinstimmung, wonach die Unterlassung der nothwendigen Corroboration das Rechtsgeschäft selbst nicht ungültig macht, sondern nur die Ausübung des Eigenthums- oder andern dinglichen Rechts von Seiten des Erwerbers suspendirt, so dass diesem bis zur Corroboration nur eine persönliche Klage gegen den Veräusserer, nicht aber eine dingliche gegen einen etwaigen dritten Besitzer des Immobils, zusteht. Gemäss Art. 3015, Forts. v. J. 1890, ist die auch schon vor erbetener Corroboration jedem Theile gegen den andern zustehende persönliche Klage, wenn im Uebrigen das Rechtsgeschäft vollständig abgeschlossen ist, auf Vollziehung der Corroboration gerichtet, und steht keinem Theile das Recht zu, ohne Einwilligung des andern, vom Geschäft unter dem Vorwande zurückzutreten, dass die Urkunde noch nicht in die Grundbücher eingetragen worden sei. Wendet man sich zur Ordnung des Verfahrens bei Corroboration der Rechte in den Balt. Gouv., so erweist es sich, dass diese Ordnung im Tit. VI Not.-O., Ausg. v. J. 1892, Bd. XVI Th. 1 dargelegt ist. Die Anträge auf Vornahme einer Corroboration werden mündlich oder schriftlich gemacht (Art. 338 Not.-O.). Gleichzeitig mit dem Antrage auf Vornahme einer Corroboration müssen vorgestellt werden: 1) alle Urkunden und Dokumente, durch welche die der Corroboration unterliegenden Rechte oder die in die Grundbücher einzutragenden Auskünfte dargethan werden (Art. 341—343), und 2) der Nachweis der Einwilligung derjenigen Person, gegen welche die Corroboration gerichtet ist, sowie auch der Nachweis der dem Gesetz nach zur Vornahme der Corroboration nothwendigen Einwilligung der dritten Person, wenn die Einwilligung dieser Personen nicht in der Urkunde und dem Dokument selbst erklärt ist (Art. 340). Derart wird zur Vornahme der Corroboration eines Rechts nicht allein die Einwilligung der Contrahenten zur Begründung derjenigen Rechte am Immobil gefordert, welche in der vorgestellten Urkunde oder dem Dokument angeführt sind, — welche Einwilligung in der Unterzeichnung dieser Urkunde von Seiten der Parteien oder ihrer gesetzlichen Stellvertreter ihren Ausdruck findet, — sondern ausserdem wird die besondere Einwilligung zur Vornahme der Corroboration selbst dieser Rechte gefordert, ausgesprochen durch diejenige Person, gegen welche die Corroboration gerichtet ist. Dass eine derartige Einwilligung namentlich vom Gesetz gefordert wird, ist aus dem Pkt. 2 des Art. 344 ersichtlich, laut welchem die Einwilligung der Person, gegen welche die Corroboration gerichtet ist, unter anderem dadurch nachgewiesen wird, dass das Gesuch um Vornahme der Corroboration von der Person, deren Einwilligung verlangt wird, unterschrieben wird, mit welchem Gesuch ausserdem, Kraft des Pkt. 1 Art. 340, auch die das zu korrobirende Recht nachweisende Urkunde vorgestellt werden muss. Welche hervorragende Bedeutung das Gesetz der Unerlässlichkeit der Erklärung einer solchen Einwilligung zur Vornahme der Corroboration beilegt, — erhellt daraus, dass der ganze Art. 344 der Darlegung der Regeln über die Art und Weise des Nachweises dieser Einwilligung gewidmet ist: dieselbe kann in der Urkunde selbst ausgedrückt sein, durch welche das Recht dargethan wird (Art. 340 Pkt. 2), oder in einem besonderen Notariatsinstrument oder durch eine zur Vidimation vorgewiesene Urkunde; sie kann, wie oben gesagt, auch durch die Unterzeichnung des Gesuchs um Vornahme der Corroboration seitens derjenigen Person, deren Einwilligung gefordert wird, oder sogar mündlich ausgedrückt werden, wenn das Gesuch um Corroboration mündlich verlautbart wird, jedoch ist in diesen beiden letzteren Fällen unerlässlich, dass die Identität und Rechtsfähigkeit des seine Einwilligung Erklärenden in festgesetzter Ordnung nachgewiesen wurden. Derart erscheint, dem Gesetz nach, als unumgängliche Bedingung der Vornahme einer Corroboration von Rechten der Nachweis der Einwilligung derjenigen Person, gegen welche die Corroboration gerichtet ist, und

in dieser Hinsicht werden im Gesetz keinerlei Ausnahmen gemacht weder für Sachen der Kronsverwaltungen im Allgemeinen, noch insonderheit für die Corroboration der bis hiezu in die Grundbücher nicht eingetragenen Dienstbarkeiten der Kronsgüter an Privatgütern, welche bei der Regulirung der ersteren im J. 1849 protokollmässig festgestellt wurden. — Wenn in diesen Protokollen nicht speziell die Einwilligung zur Vornahme der Corroboration von Seiten derjenigen Personen, gegen welche die Domainen-Verwaltung die Corroboration zu richten wünscht, enthalten ist, so kann, Mangels Nachweises dieser Einwilligung auf die im Art. 344 angegebene Art und Weise, der Requisition um Corroboration nicht Genüge geschehen. Im Art. 340 jedoch ist festgesetzt, dass der Nachweis der Einwilligung derjenigen Person, gegen welche die Corroboration gerichtet ist, in den Fällen nicht erforderlich ist, wenn die Corroboration Rechte betrifft, die: 1) durch Gesetz, 2) durch gerichtliches Urtheil begründet sind, oder 3) wenn wegen Eintragung der in den Pkten 1—5 Art. 316 gedachten Vormerkungen ein Antrag gestellt wurde. Der erste und letzte Fall hat keinen Bezug auf die der Beurtheilung unterliegende Frage..... Aber der Nachweis der Einwilligung kann durch ein gerichtliches Urtheil ersetzt werden, falls das Recht am Immobil auf eine Urkunde oder ein Rechtsgeschäft gegründet ist, und die Person oder das Ressort, dem dieses Recht gewährt ist, dasselbe korroboreiren zu lassen wünscht, die Gegenpartei jedoch ihre Zustimmung zur Corroboration nicht erklärt, und in Folge dessen wieder sie eine Klage erhoben wird, die auf die Vollziehung der Corroboration des Rechts ohne Einwilligung der andern Partei gerichtet ist (cf. Art. 3015 Th. III, Forts. v. J. 1890). Derartige Klagen werden auch im Art. 1810 Civ.-Pr.-O., Ausg. v. J. 1892<sup>\*)</sup>, erwähnt, in dem vom Gerichtsstand der Klagen betreffend die Eintragung dinglicher Rechte an einem Immobil in die Grundbücher gehandelt wird. Im Fall der Anerkennung einer solchen Klage, ersetzt das gerichtliche Urtheil, Kraft Art. 340 Pkt. 2 Not.-O., vollkommen die Einwilligung derjenigen Person zur Corroboration, gegen welche diese sich richtet, und die Corroboration selbst ist zulässig. Aus allen diesen Gründen verfügt die Plenar-Vers. d. 1. u. d. Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats: anzuerkennen,..... dass die zweite in dieser Sache gestellte Frage durch den genauen Sinn des Art. 340 Not.-O., Ausg. v. J. 1892, entschieden wird».

3. Entscheidung d. Civil-Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats v. 4. November 1892 № 108: «Der Bevollmächtigte des Edelmanns v. G., der vereid. Rechtsanwalt K., präsentirte der Grundb.-Abth. der Wenden-Walkschen Fr.-R.-Vers., zur Eintragung in das Grundbuch-Register, zwecks Besicherung durch das Immobil des Bauern M., den seinem Mandanten vom Rigaschen Bezirksgericht erteilten Vollstreckungsbefehl über die..... demselben vom Bauern M. zugesprochenen 2750 R. 43 Cop. Die Grundb.-Abth. ingrossirte zu Gunsten des v. G. eine Hypothek auf das Immobil M.'s, einverleibte das Original des Vollstreckungsbefehls dem Grundbuch und reichte dem Antragsteller eine mit dem Ingrossationsvermerk versehene Copie desselben aus. — Bei Vorstellung dieser Copie an den Gerichtsvollzieher ersuchte ihn der Bevollmächtigte des v. G. um Beitreibung aus dem Vermögen des Schuldners. Der Gerichtsvollzieher lehnte jedoch den Antrag ab, wegen Nichtvorstellung des Vollstreckungsbefehls im Original. — In der beim Rig. Bez.-Ger. angebrachten Beschwerde bat der Bevollmächtigte v. G.'s anzuerkennen, dass die ihm von der Grundbuch-Abth. ausgereichte Copie des Vollstreckungsbefehls das Original desselben ersetze....., oder ihm, dem Beschwerdeführer, in Grundlage des Art. 932 Civ.-Pr.-O., eine Copie des Vollstreckungsbefehls, an Stelle des anfänglich erteilten, auszureichen. Ueber den abschlägigen Bescheid des Bez.-Ger..... richtete der

<sup>\*)</sup> In der Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Gerichtswesens in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 der Art. 73.

Bevollmächtigte v. G.'s eine Beschwerde an den St. Petersburger Appellhof, welcher fand, dass aus dem genauen Sinn des Art. 59 zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen erhellt, dass bei der Begründung einer Hypothek gemäss einem definitiven gerichtlichen Urtheil..... die Grundbuchurkunde lediglich als Urkunde der Ingrossation der Hypothek dient, dieselbe jedoch nicht den Vollstreckungsbefehl ersetzt, eine Urkunde, welche zur Grundlage der Vollstreckung eines gerichtlichen Urtheils dient. .... Vollkommen gerechtfertigt erscheint auch ..... die Weigerung des Bez.-Ger., dem Beschwerdeführer eine Copie des Vollstreckungsbefehls auszureichen, denn der Art. 932 Civ.-Pr.-O. sieht die Fälle vor, wenn das Original des Vollstreckungsbefehls verloren geht, während im vorliegenden Fall das Original ..... nicht verloren ist, sondern dem Grundbuch einverleibt wurde. Den Hinweis des Bevollmächtigten v. G.'s darauf, dass wenn die seinem Mandanten ausgereichte Grundbuchurkunde nicht als Ersatz des Vollstreckungsbefehls angesehen wird, er der Möglichkeit beraubt wird, seine Befriedigung auf Grund des gerichtlichen Urtheils zu erhalten, erkannte der Appellhof für unbegründet, denn wenngleich, auf Grund des Art. 3 zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen, die Originalurkunden und -Dokumente ..... dem Grundbuch einverleibt werden, so muss, da doch das Original des Vollstreckungsbefehls dem Beitreibenden zur Vollstreckung des gerichtlichen Urtheils unentbehrlich ist (Artt. 926 u. 938 Civ.-Pr.-O.), die Frage, durch welches Mittel der Beitreibende in solchem Fall die Vollstreckung des gerichtlichen Urtheils erreichen kann, in Grundlage 9 Civ.-Pr.-O. nach dem Geist des Gesetzes im Allgemeinen entschieden werden. In dieser Hinsicht steht fest, dass das Gesetz, wie Solches aus dem Art. 40 zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen ersichtlich, unbedingt verlangt, dass Urkunden und Dokumente, die der Corroboration unterliegende Rechte darthun, der Grundb.-Abth. im Original vorgestellt werden, mit Ausnahme der in diesem Art. bezeichneten Fälle, und dass diese Urkunden, auf Grund des Art. 3, dem Grundbuch einverleibt werden. Hierbei kann man jedoch nicht umhin, die Vollstreckungsbefehle von den anderen Urkunden zu unterscheiden, durch die Rechte an einem Immobil begründet werden; letztere werden in vollem Umfange durch die Grundbuchurkunden ersetzt (Art. 59), haben gar keine andere Bestimmung und müssen deshalb im Grundbuch aufbewahrt werden: die Vollstreckungsbefehle hingegen geben dem Beitreibenden die Befugnis, die Ingrossation einer Hypothek auf das Immobil des Schuldners zu verlangen, und haben ihre besondere Bestimmung als Urkunden, die darthun, dass das zu Gunsten des Beitreibenden erfolgte gerichtliche Urtheil der Erfüllung unterliegt, und müssen vom Beitreibenden zwecks Vollstreckung des Urtheils durchaus im Original vorgestellt werden. — Im Hinblick hierauf erkannte der Appellhof, dass die Vollstreckungsbefehle, nach Ingrossation der Hypotheken für die Beitreibenden, denselben zurückgegeben werden müssen, dem Grundbuch jedoch müssen an Stelle der Original-Vollstreckungsbefehle beglaubigte Copien desselben einverleibt werden. — Aus diesen Gründen liess der Appellhof die Beschwerde des Bevollmächtigten v. G.'s unberücksichtigt.

Nach Beprüfung der ..... Cassationsklage ..... findet der Dirig. Senat, dass nach dem genauen Sinn der Artt. 938 u. 939 Civ.-Pr.-O. zur Vollstreckung eines gerichtlichen Urtheils der Vollstreckungsbefehl vom Beitreibenden im Original vorgestellt werden muss. Dieses wird auch unterstützt durch den Art. 941 l. c. .... Die Ersetzung des Original-Vollstreckungsbefehls durch eine Copie desselben gestattet das Gesetz nur in einem einzigen Fall: wenn das Original des Vollstreckungsbefehls verloren, entwendet oder vernichtet ist. .... Was jedoch die in den Artt. 304, 340, 341 u. 361 Not.-O., Forts. v. J. 1890 \*), dargelegten Bestimmungen anlangt, auf Grund deren der Beitrei-

\*) Die angeführten Artt. der R.-Not.-O. entsprechen nachstehenden Artt. der zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889: Art. 304 — Art. 3; Art. 340 — Art. 39; Art. 341 — Art. 40; Art. 361 — Art. 60.

bende, zur Erlangung einer Hypothek auf das Immobil des Schuldners in dem vom Gericht zuerkannten Betrage, der Grundb.-Abth. den Vollstreckungsbefehl im Original vorstellen muss, so kam der Appellhof, in Anleitung des Art. 9 Civ.-Pr.-O. zu dem richtigen Schluss, dass in diesem Fall die Forderung des Art. 361 Not.-O., nach welchem die Originalurkunden und -Dokumente, auf Grund deren die Corroboracion von Rechten auf unbewegliches Vermögen erfolgte, dem Grundbuch einverleibt werden, im Hinblick auf die Bestimmungen der Civ.-Pr.-O. auf die Vollstreckungsbefehle nicht ausgedehnt werden kann, und dass in diesem Fall die Vollstreckungsbefehle, nach Ingrossation der Hypothek für die Beitreibenden, ihnen zurückgegeben werden müssen, dem Grundbuch jedoch müssen beglaubigte Copien derselben einverleibt werden. — Aus diesen Gründen verfügt der Dirig. Senat: die Cassationsklage ..... K's ..... ohne Verfolg zu lassen».

4. Entscheidung d. Civil-Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats vom 19. Januar 1893 № 1: «Der Oberprokureur d. Civil-Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats führt in seinem Antrage v. 29. December 1892 aus: auf Grund des Art. 343 Not.-Ord., Forts. v. J. 1890, müssen in den Balt. Gouv. nicht in russischer Sprache abgefasste Urkunden und Dokumente den Grundb.-Abth. zusammen mit einer Uebersetzung ins Russische vorgestellt werden. .... Die Anwendung des bezeichneten Art. .... erweckt in der Praxis der Grundb.-Abth. Zweifel darüber, ob die Forderung des Gesetzes hinsichtlich der Vorstellung beglaubigter russischer Uebersetzungen auch auf bereits vor Einführung der Justizreform in den genannten Gouv. korroborirte (ingrossirte) Urkunden in den Fällen sich bezieht, wenn diese Urkunden, Kraft des Art. 340 Pkt. 1 Not.-O., Forts. v. J. 1890, den Grundb.-Abth. lediglich in Veranlassung einer Corroboracion vorgestellt werden, deren Wesen aus der auf der Urkunde selbst, in russischer Sprache, bewerkstelligten Aufschrift oder aus einer besonderen Erklärung erhellt. Indem der Justizminister eine richtige und mit dem genauen Sinn der bestehenden Gesetze übereinstimmende Entscheidung des angegebenen Zweifels für absolut unerlässlich hält, hat er, in Grundlage des Art. 259<sup>1</sup> Ger.-Verf.-Ges., ihn, den Oberprokureur, beauftragt, diese Frage zur Beurtheilung und gesetzlichen Feststellung dem Civil-Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats zu unterbreiten.

..... Der Dirig. Senat findet, dass man bei Zusammenstellung der Forderung des Art. 343 mit den Angaben der Artt. 340 u. 341 Not.-O., Forts. v. J. 1890 \*), zu dem Schluss gelangen muss, dass, wenn den Grundb.-Abth., nebst einem Antrage auf Vornahme irgend welcher Corroboracion, Urkunden vorgestellt werden, welche, in deutscher Sprache abgefasst, bereits vor Einführung der Gerichtsordnungen in den Balt. Gouv. korroborirt (ingrossirt) waren, wenn solche Urkunden lediglich in Veranlassung einer Corroboracion vorgestellt werden, deren Wesen nicht aus dieser Urkunde selbst, sondern aus der auf ihr in russischer Sprache bewerkstelligten Aufschrift oder aus einer besonderen Erklärung erhellt, kein genügender Grund vorliegt, eine beglaubigte Uebersetzung derselben ins Russische zu verlangen. Aus dem Geist der angeführten Gesetze im Allgemeinen lässt sich folgern, dass die Vorstellung einer Uebersetzung hinsichtlich derjenigen Urkunden und Dokumente obligatorisch ist, auf welche namentlich der Antrag auf Vornahme der Corroboracion sich gründet, durch welche die der Corroboracion unterliegenden Rechte oder die in die Grundbücher einzutragenden Auskünfte dargethan werden; nicht aber lässt sich die Verpflichtung zur Vorstellung einer solchen Uebersetzung in Bezug auf Urkunden folgern, welche lediglich in Veranlassung

\*) Die angeführten Artt. der R.-Not.-O. entsprechen nachstehenden Artt. der zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889: Artt. 343 — Art. 42; Art. 340 — Art. 39; Art. 341 — Art. 40; Art. 355 — Art. 54; Art. 362 — Art. 61; Art. 363—62; Art. 302 — Art. 1; Art. 352 — Art. 51.

einer Corroboration vorgestellt werden, welche letztere, wie oben angeführt, auf Grund einer Aufschrift auf einer derartigen Urkunde, oder auf Grund einer besonderen Erklärung zu erfolgen hat, oder wenn die Urkunde lediglich zu dem Zweck vorgestellt wird, sie mit einer Aufschrift nach Inhalt der bewerkstelligten Corroboration zu versehen (Artt. 355 u. 362), oder, endlich, lediglich um sie der Grundbuchakte einzuverleiben (Art. 363). Die Richtigkeit einer solchen Schlussfolgerung wird auch dadurch unterstützt, dass, Kraft der Verordn. v. 9. Juli 1889 üb. d. Reorganisat. d. Gerichtswesens in d. Balt. Gouv., die öffentlichen Bücher der früheren Gerichtsbehörden, zusammen mit den dazu gehörigen Registern, Verzeichnissen, Journälen u. s. w., den Grundb.-Abth. der Fr.-R.-Vers., denen das Grundbuchwesen übertragen ist, ohne Uebersetzung übergeben wurden (Artt. 99 u. 100 Reg. f. d. Einf. d. Verordn. üb. d. Reorganisation d. Gerichtswesens u. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv.), und den Grundb.-Abth. zur Pflicht gemacht wurde, die Führung dieser Bücher gemäss besonders erlassenen Regeln fortzusetzen (Art. 302 Not.-O., Forts. v. J. 1889), wobei, bei Entscheidung von Gesuchen und Requisitionen um Vornahme von Corroborationen, sowol Ermittlungen darüber, ob nicht der Vornahme der Corroboration auch anderweitige, bereits in die Grundbücher eingetragene Rechte im Wege sind, als auch Vermerke in den Registern über solche früher erfolgte Corroborationen vorgeschrieben sind (Art. 352 Not.-O., Forts. v. J. 1890, und Art. 45 d. vom Justizminister bestät. Instruktion zur Anleitung der Grundb.-Abth., publ. in № 129 d. Sammlung d. Ges. f. d. J. 1889 Stück 1045)\*), worunter natürlich auch in früherer Zeit, vor Emanirung d. Ges. v. 9. Juli 1889, und, folglich, in den Dokumenten in deutscher Sprache eingetragene Rechte und Corroborationen vermerke zu verstehen sind, in welcher Sprache die Urkunden abgefasst und die öffentlichen Bücher in den Gerichtsbehörden der Balt. Gouv. bis zur Reorganisation des Gerichtswesens geführt wurden (Prov.-R. d. Ostseegouv. Th. I, Behörden-Verf., Art. 121). Derart ist bei dem Verfahren in Grundbuchsachen nicht unbedingt ausgeschlossen die Verpflichtung zu Ermittlungen auch aus in deutscher Sprache abgefassten Dokumenten, selbst wenn das ganze Verfahren in russischer Sprache stattfindet. — In Anbetracht des Ausgeführten, verfügt der Dirig. Senat: zu erläutern, dass die vorgelegte Frage verneinend entschieden wird. .... ».

5. Entscheidung d. Civil-Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats v. 4. November 1892 № 94: «Die Direktion des Kurländ. Credit-Vereins stellte dem Chef der Grundb.-Abth. der Friedrichstadt-Illuxt'schen Fr.-R.-Vers. eine Obligation vor, welche dem Verein von..... A. v. O. im Betrage von 27,000 Rbln. darüber ausgestellt war, dass er, v. O., die Schuld seines Sohnes G. v. O. an den Credit-Verein im angegebenen Betrage übernimmt und zur Sicherstellung dem Verein..... seine Güter..... verpfändet. Der Chef der Grundb.-Abth. verweigerte die Corroboration der Obligationen aus dem Grunde, weil dem Verein nicht gestattet sei, als Pfand solche Güter anzunehmen, für die er kein Pfandbriefs-Darlehn erteilt hat, und weil die Obligation vorgestellt sei ohne die gleichzeitige Vorstellung von Pfandbriefen im Betrage der Obligation. Die..... eingereichte Beschwerde liess die Fr.-R.-Vers. ohne Verfolg, in Erwägung, dass..... der Creditverein durch die Vorstellung der Pfandverschreibung A. v. O.'s zur Corroboration, welche nicht in Anlass der Ertheilung eines Pfandbriefdarlehns auf sein Gut in Grundlage des..... Statuts des Vereins v. 18./30. Mai 1874 vollzogen worden ist, die §§ 5 und 43 dieses Statuts verletzt habe.....

..... Bleibt man bei der durch die Cassationsklage angeregten Frage, ob und in welchem Maasse der Chef der Grundb.-Abth. berechtigt ist, bei Beprüfung einer Requisition

\*) In authentischer Uebersetzung publicirt im Supplementbände der Gassmann-Nolcken'schen Ausgabe der Balt. Justizges. v. 9. Juli 1889. S. 273 ff. D. Hrsg.



tion um Vornahme der Corroboration in die Beurtheilung der Gesetzmässigkeit der Urkunde einzutreten, auf welche das Gesuch um Corroboration sich gründet, so findet der Dirig. Senat, dass diese Frage der Entscheidung in Grundlage des Art. 352 Not.-O., Forts. v. J. 1890\*), unterliegt, der die Grenzen der Rechte und Verpflichtungen des Chefs der Grundb.-Abth. bei Beprüfung der Requisitionen und Gesuche um Vornahme der Corroboration festsetzt. Nach den Vorschriften dieser Gesetzesbestimmung hat der Chef der Grundb.-Abth. die Pflicht, neben der Vergewisserung darüber, dass der Vornahme der Corroboration nicht andere in die Grundbücher eingetragene Rechte entgegenstehen (Pkt. 2), sowie dass das Recht, dessen Corroboration beantragt ist, zu den der Eintragung in die Grundbücher unterliegenden Rechten gehört (Pkt. 3), sich lediglich von der Uebereinstimmung der Requisitionen und Gesuche mit den in den Artt. 336, 337 u. 339—344 Not.-O., Forts. v. J. 1890, enthaltenen Regeln (Pkt. 1) sowie davon zu überzeugen, dass die Urkunden und Dokumente, auf welche das Gesuch oder die Requisition um Vornahme der Corroboration sich gründet, in sich nichts offenbar Gesetzwidriges enthalten (Pkt. 4). Aus der Zahl der oben im Pkt. 1 Art. 352 angeführten Artt. der Not.-O., welche die formellen Anforderungen, denen die Anträge auf Vornahme der Corroboration genügen müssen, feststellen, kann einige Beziehung zu der zu beprüfenden Frage nur im Art. 339 gefunden werden, der die Privatpersonen, welche an die Grundb.-Abth. mit Anträgen um Vornahme von Corroborationen sich wenden, verpflichtet, ausser ihrer Identität auch ihre Rechtsfähigkeit nachzuweisen. Jedoch lässt der genaue Sinn dieses Art. keinen Zweifel darüber aufkommen, dass darunter nichts Anderes verstanden wird, als die allgemeine gesetzliche Rechtsfähigkeit der betreffenden Person zur Vollziehung von Rechtsgeschäften, ohne Beziehung auf die Befugniss, gerade die Urkunde zu vollziehen, welche zur Corroboration vorgestellt ist. Dieses erhellt schon allein daraus, dass, wie im Art. 339 gesagt ist, im Fall das Gesuch mündlich angebracht wird, die Rechtsfähigkeit des Antragstellers vom Sekretairen der Grundb.-Abth. bei der Eintragung des Gesuchs in das Anmeldebuch bescheinigt werden muss d. i. gerade in einem solchen Moment der Vornahme der Corroboration, wenn, ersichtlich, keine Rede mehr sein kann von der Uebereinstimmung oder Nichtübereinstimmung der Urkunden mit den Gesetzen, auf welche das ins Buch einzutragende Gesuch sich gründet, denn die Verfügung selbst auf das Gesuch seinem Inhalte nach, die nicht vom Sekretairen der Grundb.-Abth., sondern vom Chef derselben abhängt, hat seinerzeit in der in den Artt. 350 ff. Not.-O. angegebenen Ordnung zu erfolgen. Hiernach erübrigt nur noch, sich zum Inhalt des letzten, des 4. Pkts. des der Beprüfung unterliegenden Art. 352 zu wenden. — Wie bereits oben gesagt, verpflichtet dieser Pkt. den Chef der Grundb.-Abth., sich lediglich darüber zu vergewissern, dass die Urkunden und Dokumente, auf welche das Gesuch oder die Requisition um Vornahme der Requisition sich gründet, nichts offenbar Gesetzwidriges in sich enthalten. Hieraus erhellt, dass, sobald im Inhalt der Urkunde nichts offenbar Gesetzwidriges gefunden wird und das auf die Urkunde gegründete Gesuch um Vornahme der Corroboration allen sonstigen Anforderungen des Art. 352 entspricht, — der Chef der Grundb.-Abth. nicht befugt ist, die Corroboration der auf jene Urkunde gegründeten Rechte zu verweigern, unter dem Vorwande der Nichtübereinstimmung des Inhalts der Urkunde — nach seiner, des Chefs der Grundb.-Abth., Ansicht, mit dem Sinne dieses oder jenes Gesetzes, dieser oder jener Festsetzung desselben, welche in sich jedoch ein ausdrücklich ausgesprochenes Verbot zur Vollziehung von Urkunden, wie der zur Corroboration vorgestellten, nicht enthalten. Mit anderen Worten: die Corroboration von auf eine gegebene Urkunde gegründeten Rechten kann

\*) Die angeführten Artt. der R.-Not.-O. entsprechen nachstehenden Artt. der zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889: Art. 352 — Art. 51; Artt. 336 u. 337 — Artt. 35 u. 36; Artt. 339—344 — Artt. 38—43. D. Hrsg.

wegen Gesetzwidrigkeit der Urkunde nur dann verweigert werden, wenn das in der Urkunde zum Ausdruck gebrachte Rechtsgeschäft, als durch eine ausdrückliche Vorschrift des Gesetzes verboten, offen widergesetzlich ist; in allen sonstigen Fällen jedoch, wenn eine derartige offenbare Widergesetzlichkeit des Rechtsgeschäfts nicht festgestellt werden kann, sondern die Nichtübereinstimmung desselben mit den Gesetzen lediglich aus dem Sinne der Letzteren gefolgert wird, ist der Chef der Grundb.-Abth. nicht befugt, die Vornahme der Corroboration zu verweigern, — die Ungesetzlichkeit einer solchen Urkunde kann von den dabei interessirten Personen in der Ordnung des kontradiktorischen Verfahrens bewiesen werden. Bei Anwendung der dargelegten allgemeinen Erwägungen auf den vorliegenden Fall, kommt der Dirig. Senat zu dem Schluss, dass die Fr.-R.-Vers. .... offenbar den Art. 352 Not.-O. verletzt hat. .... Ferner: der § 5 handelt von der Emittirung der Pfandbriefe, während der § 43 von der Vollziehung der Pfandverschreibungen durch die Darlehnehmer bei der Ausreichung des Darlehns durch den Verein handelt, wobei weder dieser noch jener § irgend welche andere Gegenstände überhaupt berührt. Aus diesem Grunde und da die Fr.-R.-Vers. keine anderen Gesetzesbestimmungen angeführt hat, zu welchen die vom Kurländ. Credit-Verein zur Corroboration vorgestellte Pfandverschreibung v. O.'s in klarem Widerspruch stände, .... verfügt der Dirig. Senat: die angefochtene Entscheidung der Fr.-R.-Vers. aufzuheben. ....».

6. Entscheidung d. Civil-Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats v. 5. Februar 1897 № 47: *«In der vorliegenden Sache entsteht die Frage, ist nach Emanirung des Gesetzes v. 8. Juni 1893 üb. d. Abänderung d. Fristen zur Erhebung der Corroborationen- und Dokumentensteuer im Königreich Polen und den Balt. Gouv. \*) der Chef der Grundbuch-Abtheilung in den Balt. Gouv. verpflichtet, gemäss den zur Corroboration vorgestellten notariellen Urkunden die Rechtmässigkeit der Erhebung der Corroborationensteuer zu bepröfen und ist er berechtigt, im Fall einer wahrgenommenen Unregelmässigkeit, die Vornahme der Corroboration zu verweigern? Vor Emanirung des erwähnten Gesetzes wurde in den Balt. Gouv. die Corroborationensteuer mit den der Corroboration unterliegenden Dokumenten, kraft Art. 340 Pkt. 3 u. Art. 369 Pkt. 1 Not.-O., der Grundbuch-Abtheilung zusammen mit den Anträgen auf Vornahme der Corroboration vorgestellt. Hiebei lag, kraft Art. 352 Pkt. 1 Not.-O., dem Chef der Grundbuch-Abtheilung unter Anderem ob, auch von der Uebereinstimmung des Gesuchs um Vornahme der Corroboration mit der im angeführten Art. 340 Pkt. 3 enthaltenen Forderung sich zu vergewissern, d. h. darüber, ob vom Antragsteller die dem Dokument entsprechende Corroborationensteuer vorgestellt worden ist. Die Vergewisserung hierüber musste nicht darin allein bestehen, ob im Allgemeinen die dem Dokument entsprechende Corroborationensteuer eingezahlt, sondern auch darüber, ob dieselbe im erforderlichen Betrage eingezahlt ist, denn die Grundbuch-Abtheilung, in ihrer Eigenschaft einer diese Steuer erhebenden Behörde, war auch verantwortlich für den richtigen Eingang derselben. Durch das am 8. Juni 1893 emanirte Gesetz .... ist in der bisher in den Balt. Gouv. bestehenden Ordnung für die Erhebung der Corroborationensteuer eine Aenderung in der Hinsicht bewirkt, dass diese Steuer nicht bei der Vornahme der Corroboration, sondern gleich bei der Errichtung der Urkunden über den Uebergang des Eigenthumsrechts an einem Immobilien erhoben werden soll, welche Urkunden, kraft Art. 276 Not.-O., nicht nur notariell, sondern auch auf privatem Wege errichtet werden können. In Uebereinstimmung hiemit ist Tit. VI Not.-O. durch den Art. 285<sup>1</sup> vervollständigt worden, der bestimmt, dass die Corroborationensteuer vom Notaren in Grundlage der Vorschriften des Steuer-Regl. erhoben wird, und Art. 340 Not.-O. ist durch eine Anmerkung des Inhalts vervollständigt worden,*

\*) Dieses Gesetz ist abgedruckt zu Art. 238 sub № 12.

dass die Corroborationssteuer bei der Errichtung der Urkunden über den Uebergang des Eigenthumsrechts an unbeweglichem Vermögen nach den Vorschriften des Steuer-Regl. erhoben werde; wobei an Stelle der hierüber bestehenden Vorschriften des Steuer-Regl. festgesetzt wurde: in den Balt. Gouv. wird die Corroborationssteuer gleich bei der Errichtung der Urkunden über den Uebergang des Eigenthumsrechts an einem Immobil entrichtet (Art. 279 Not.-O.); Urkunden, für welche die Corroborationssteuer nicht entrichtet ist, werden zum Verfahren in den Grundbuch-Abtheilungen nicht entgegengenommen; im Fall der privaten Errichtung von Urkunden ist es den Parteien anheimgestellt, wegen Aufstellung der Berechnung über die zu entrichtende Steuer an den nach der Belegenheit des Immobiles kompetenten Cameralhof sich zu wenden; die nichtberichtigte Corroborationssteuer wird mit Hinzurechnung einer Pön beigetrieben, die bei Privaturkunden berechnet wird — vom Tage der Errichtung derselben; für notarielle Urkunden jedoch — von dem Tage, an welchem dem Zahlungspflichtigen die Ordre des Cameralhofs über die Einzahlung der nichtberichtigten Steuer zur Kronskasse präsentirt wurde. Diese neuen Vorschriften des Steuer-Regl. bilden in der Forts. v. J. 1895 den Pkt. 2 des Art. 218 und den Art. 223 dieses Regl. Die Zusammenstellung und Beprüfung aller Vorschriften des Ges. v. 8. Juni 1893 ergibt das Resultat, dass dieses Gesetz, indem es die Frist zur Erhebung der Corroborationssteuer in den Balt. Gouv. abänderte, gleichzeitig hiemit, und zwar sehr wesentlich, den Pflichtenkreis der Grundbuch-Abtheilung und des Chefs derselben abänderte. Mit Verlegung der Frist zur Entrichtung der Corroborationssteuer für die Urkunden auf den Zeitpunkt ihrer Errichtung, unterliegt die Corroborationssteuer schon nicht mehr der Vorstellung an die Grundbuch-Abtheilung zusammen mit dem Antrag auf Vornahme der Corroboration der Urkunde, und eben hiedurch wird die Grundbuch-Abtheilung von der ihr, kraft Art. 340 Pkt. 3 Not.-O., obliegenden Verpflichtung zur Erhebung der Corroborationssteuer befreit. Hiernach ist der nach der Forts. v. J. 1895 unverändert gebliebene Pkt. 3 des Art. 340 Not.-O. in Verbindung mit der Anmerk. zu diesem Art. nach der Forts. v. J. 1895 nur in dem Sinne zu verstehen, dass zusammen mit dem Antrag auf Vornahme der Corroboration auch die Bescheinigung über die Entrichtung der Corroborationssteuer vorgestellt werden muss, ohne welche Entrichtung die Urkunden, kraft des 2. Th. des Pkt. 2 Art. 218 Steuer-Regl., Forts. v. J. 1895, zum Verfahren in den Grundbuch-Abtheilungen nicht entgegengenommen werden. Dem entsprechend muss auch die dem Chef der Grundbuch-Abtheilung, kraft Art. 352 Pkt. 1 Not.-O., obliegende Verpflichtung interpretirt werden, von der Uebereinstimmung des Gesuchs um Vornahme der Corroboration mit denjenigen Vorschriften sich zu vergewissern, welche unter Anderem sowohl im Art. 340 l. c., also folglich auch im Pkt. 3 desselben enthalten sind. Bei notariellen Urkunden ist die Ausrechnung und Erhebung der Corroborationssteuer Obliegenheit der Notare bei Errichtung dieser Urkunden durch sie (Art. 285<sup>1</sup> Not.-O. nach der Forts. v. J. 1895). Demzufolge sind den Notaren, und nicht der Grundbuch-Abtheilung, hinsichtlich dieser Urkunden jene verschiedenartigen Auskünfte und Mittheilungen vorzustellen, aus denen die «zu grösserer Vorbeugung von Hinterziehungen und der damit verbundenen Einbusse an Kronsteuern festgesetzte specielle gesetzliche Abschätzung der verschiedenen Vermögensarten erhellt, unter die hinab dieselben in Grundbuchurkunden nicht aufgeführt werden können» (Art. 207 ff. Steuer-Regl.). Ohne diese Daten wäre dem Notaren eine genaue Beprüfung hinsichtlich der Rechtmässigkeit der Erhebung der Corroborationssteuer von einer Urkunde in der Mehrzahl der Fälle unmöglich. Dass jedoch dieselben Auskünfte und Mittheilungen, die dem Notaren vorgestellt wurden, zum zweiten Mal beim Gesuch um Vornahme der Corroboration der beim Notaren errichteten Urkunde auch vorzustellen sind, — das ist im Gesetz nicht angeordnet. Hierin eine Lücke des Gesetzes zu sehen liegt gar kein Grund vor. Ganz zu schweigen schon von der ersichtlichen Belästigung der Antragsteller durch eine derartige complicirte Ordnung — so bedarf es derselben auch gar nicht zur Wahrung der Interessen der Krone. Diese Interessen sind in ausreichen-

dem Maasse gesichert durch die bestehenden allgemeinen Regeln für die Rechnungsführung und Rechnungslegung in Betreff der Einkünfte der Krone, die sich, kraft Artt. 32 u. 36 Not.-O., auch auf die Notare erstrecken, deren Thätigkeit hinsichtlich der Erhebung der Steuern für die Krone, auf diese Weise, in allgemeiner Grundlage der Revision durch die Behörden der Reichskontrolle unterliegt. Bei dieser durch die Revision ermittelten Nichterhebung der Corroborationssteuer wird die Beitreibung des nicht entrichteten Betrages vorgängig, kraft Art. 223 Steuer-Regl., Forts. v. J. 1895, gegen den Zahlungspflichtigen gerichtet, welcher auch den Rückstand mit der festgesetzten Pön, die vom Tage der an ihn erfolgten Eröffnung des Cameralhofes über die Einzahlung der nicht entrichteten Steuer zur Kronskasse berechnet wird, zu entrichten verpflichtet ist; erweist sich jedoch der Zahlungspflichtige als zahlungsunfähig, so fällt die Verantwortlichkeit für den Rückstand, gemäss den Vorschriften des Rechnungs-Regl., auf die am Rückstande schuldige Amtsperson, — im gegebenen Fall auf den die Urkunde errichtenden Notaren. Es ist klar, dass bei alledem die Einsetzung noch einer besonderen Controlinstanz in der Person des Chefs der Grundbuch-Abtheilung durch die Nothwendigkeit die Interessen der Krone zu schützen in keiner Weise hervorgerufen ist, — sie würde nur unausbleiblich zu einer äusserst unerwünschten Verschleppung der Corroboration von Rechten an Immobilien führen. In Erwägung dieses muss anerkannt werden, dass bei notariell errichteten Urkunden die Beprüfung hinsichtlich der Rechtmässigkeit der vom Notaren getroffenen Verfügung in Betreff der für die Urkunde zu entrichtenden Corroborationssteuer zu den Obliegenheiten des Chefs der Grundbuch-Abtheilung nicht gehört, er ist lediglich verpflichtet, kraft des 2. Th. des Pkt. 2 Art. 218 Steuer-Regl., Forts. v. J. 1895, sich darüber zu vergewissern, ob für die zur Vornahme der Corroboration vorgestellte Urkunde diejenige Steuer entrichtet worden ist, welche vom Notaren, als der hiefür kompetenten Instanz, — bei der Errichtung der Urkunde festgesetzt wurde. In vollem Maasse ist diese Bestimmung anwendbar auch auf die zur Vornahme der Corroboration vorgestellten auf privatem Wege errichteten Urkunden, für die, gemäss dem letzten Th. dess. Art. Steuer-Regl., die Berechnung über die zu zahlende Steuer vom Cameralhof, als der speciell hiefür autorisirten Behörde, aufgestellt worden ist. Hiernach liegt die Verpflichtung, sich darüber zu vergewissern, ob die Corroborationssteuer für die Urkunde im entsprechenden Betrage entrichtet worden ist, dem Chef der Grundbuch-Abtheilung ob nur in Betreff der übrigen auf privatem Wege errichteten Urkunden, bei denen die Parteien wegen Aufstellung einer Berechnung an den kompetenten Cameralhof sich nicht gewandt haben und bei denen, somit, eine Verfügung der kompetenten Autorität über die Festsetzung der für die Urkunde zu entrichtenden Steuer noch nicht erfolgt ist. Hinsichtlich aller übrigen Urkunden ist der Chef der Grundbuch-Abtheilung verpflichtet, falls er eine Unrechtmässigkeit in der Berechnung der Steuer für die Urkunde entdeckt, in der durch die Gesetze für die Fälle bestimmten Ordnung vorzugehen, wenn ein Beamter in den dienstlichen Handlungen eines anderen Beamten irgend welche Unregelmässigkeiten entdeckt, jedoch ist er niemals berechtigt, aus diesem Grunde die Vornahme der Corroboration der Urkunde zu verweigern. Indem hiernach die durch die Cassationsklage aufgeworfene Frage *in verneinendem Sinne* entschieden wird, sowie in Berücksichtigung dessen, dass die Entscheidung der Fr.-R.-Vers. mit dieser Erläuterung nicht übereinstimmt, — verfügt der Dirig. Senat: die angegriffene Entscheidung der Dorpat-Werroschen Fr.-R.-Vers., wegen Verletzung des Art. 352 und der Anmerk. zu Art. 340 Not.-O., Forts. v. J. 1895, aufzuheben . . . \*).

\*) Die in obiger Entscheid. aus den zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889 angeführten Artt. entsprechen nachstehenden Artt. der R.-Not.-O.: Art. 39 — Art. 340; Art. 68 — Art. 369; Art. 51 — Art. 352.  
D. Hrsg.

## § 60.

— — — Der zwischen dem Verkäufer und Käufer abgeschlossene Contract wird in *einem Exemplar* angefertigt und sind die Unterschriften der Contrahenten vom *Commissaren für Bauer-Sachen* zu attestiren.

1. Zeitw. Reg. f. d. Verfahren in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889.
2. Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. B. v. 9. Juli 1889.

## § 61.

Derjenige Theil des Kaufschillings, welcher sofort zu entrichten ist, oder dessen entsprechender Betrag in sicheren zinstragenden Papieren, ist entweder gleichzeitig mit der Einreichung *des Contrakts bei der Grundbuch-Abtheilung* zu deponiren, oder aber vorher bei derjenigen Creditanstalt, mit deren Hilfe der Kauf zu Stande gekommen ist, einzuzahlen. Im letzteren Falle muss die bezügliche Bescheinigung über die Einzahlung der Summe oder der Depositalschein gleichzeitig mit dem Contrakte *bei der Grundbuch-Abtheilung* eingereicht werden.

1. Zeitw. Reg. f. d. Verfahren in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889.
2. Reg.-Pat. 24. April 1865 № 40 (Beschluss d. Ostsee-Comité 12. Februar 1865): „.....als temporäre Maassregeln bis zur allgemeinen Reorganisation des Gerichtsverfahrens in den Ostseegouvernements,.....4) In Ergänzung des Art. 61 der Livländischen Bauerverordnung v. J. 1860 Nachstehendes zu verordnen: a) bei Vorstellung des Kaufkontrakts an das Kirchspielsgericht\*) behufs Attestation von Unterschriften, ist letzteres verpflichtet, zu ermitteln und zu Protokoll zu verschreiben, welcher Theil des Kaufschillings bereits früher von dem Käufer dem Verkäufer, gleichviel unter welchem Titel, bezahlt worden ist; b) vor Attestation der Unterschriften auf dem Kaufkontrakte muss das Kirchspielsgericht, nachdem die betreffenden Gesetzesbestimmungen wie auch die Strafverordnungen für den Abschluss simulirter Contrakte den Contrahenten verlesen worden, denselben eröffnen, dass der oben unter lit. a erwähnte Theil des Kaufschillings zur Vermeidung der exekutivischen Beitreibung durch das Kreisgericht\*), unausbleiblich innerhalb einer Woche, vom Tage der Attestation der Unterschriften ab gerechnet, von dem Verkäufer bei dem Kreisgericht oder bei derjenigen Creditanstalt zu deponiren sei, mit deren Hilfe der Kauf zu Stande gekommen ist; c) nach stattgehabter Attestation der Unterschriften hat das Kirchspielsgericht dem Kreisgerichte ausführlich und genau zu berichten, sowohl über den oben unter lit. a angegebenen, dem Verkäufer bereits von dem Käufer gezahlten Theil des Kaufschillings, gleichwie auch über den Contract selbst, über das Kaufobjekt und über die Summen, welche in späteren Terminen eingezahlt werden müssen. Hiernächst hat das Kreisgericht darauf zu sehen, dass der von dem Verkäufer bereits empfangene Theil des Kaufschillings wo gehörig deponirt werde. d) Derjenige Theil des Kaufschillings, welcher ausserdem bedingungsmässig von dem Käufer vor der Corroboration des Kaufkontrakts berichtet werden muss, wird gleichermaassen zum Vollen bei dem Kreisgericht in baarem Gelde oder in zins-

---

\*) Durch die Justizreform v. J. 1889 ist an die Stelle des Kirchspielsgerichts — der Commissar für Bauer-Sachen, und an die Stelle des Kreisgerichts — der Chef der Grundbuch-Abtheilung getreten. — Diese Anmerkung gilt auch für die Patente v. J. 1870 № 22, 1871 № 42 und 1873 № 86.

tragenden Papieren eingezahlt, oder aber bereits früher derjenigen Creditanstalt vorgestellt, mit deren Hilfe der Kauf zu Stande gekommen ist. In diesem letztern Fall muss die bezügliche Bescheinigung oder der Depositalschein über die bei der Creditanstalt eingezahlte Summe dem Kreisgerichte zugleich mit dem Contrakt vorgestellt werden. Vor der Corroboration des Kaufkontrakts und vor Erfüllung aller derjenigen Bedingungen, welche von den Personen festgestellt worden, die ingrossirte Forderungen haben, darf kein Theil des Kaufschillings dem Verkäufer ausgereicht werden.

Anmerkung. Wenn ein hypothekarischer Gläubiger, der ingrossirte Forderungen hat, in die Uebertragung seiner Schuld vom Grundstücke auf den Kaufschilling willigt, so ist das Kreisgericht verpflichtet, zu seiner ausschliesslichen Befriedigung denjenigen Theil des Kaufschillings aufzubewahren, welchen der Gläubiger als hiezu ausreichend anerkannt, und zugleich in denjenigen Werthzeichen, die er verlangt, d. h. in baarem Gelde oder in zinstragenden Papieren, oder endlich in Depositalscheinen derjenigen Creditanstalt, mit deren Hilfe der Kauf zu Stande gekommen, wobei von diesem Theil des Kaufschillings auch nach stattgehabter Corroboration des Kaufes dem Verkäufer, ohne dass die Zustimmung des hypothekarischen Gläubigers hiezu nachgewiesen worden, nichts ausgereicht werden darf.

Die Punkte 2—4 betreffen Abänderungen der Artt. 62 und 63 und eine Ergänzung des Art. 66 der B.-V. und sind hier fortgelassen worden, weil sie auf die Abschliessung und Beglaubigung der Kaufkontrakte über Bauerlandstellen keinen Bezug haben.

3. Reg.-Pat. 13. März 1870 № 22: «Zur Genügeleistung einer desfallsigen Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen wird von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung, nach erfolgter Genehmigung Sr. Excellenz des Herrn General-Gouverneurs der Ostsee-Gouvernements, in Folge wiederholter Beschwerden über eine dem Wortlaute und Sinne des von der Corroboration der Kaufkontrakte über Bauergeresinde handelnden Allerhöchst bestätigten Ostsee-Comité-Beschlusses vom 12. Februar 1865 (publicirt mittelst Patents vom 21. April 1865 № 40) zuwiderlaufende Auffassung und Praxis der Kirchspiels- und Kreisgerichte, diesen Behörden, sowol auf dem Festlande wie auf der Insel Oesel, hiermit die genaue Einhaltung der einzelnen Bestimmungen des angezogenen Gesetzes eingeschärft, wobei die genannten Behörden gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht werden:

- 1) dass, wenn auf einem Gute, von welchem Gehorchsland-Gesinde oder sonstige Gehorchsland-Parcellen verkauft worden sind, ingrossirte Forderungen ruhen, nicht allein das Handgeld und derjenige Theil des Kaufschillings, den der Käufer vor Corroboration des Contrakts zu erlegen verpflichtet ist oder freiwillig erlegt, sondern sofern die ingrossarischen Gläubiger nicht, ohne eine Bedingung oder eine Auflage (modus) an die Ausscheidung des verkauften Gehorchslandgrundstücks aus dem Hypothekenverbande des betreffenden Gutes zu knüpfen in dieselbe gewilligt haben, auch der erst nach geschehener Corroboration einfließende Theil des Kaufschillings bis zur vollständigen Befriedigung der bedingungsweise oder auflagemässig in die Ausscheidung gewilligt habenden Gläubiger, beim Kreisgericht oder derjenigen Credit-Anstalt, mit deren Hilfe der Kauf zu Stande gekommen ist, ad depositum zu bringen ist \*).
- 2) Dass die Kirchspielsgerichte bei Attestation der Unterschriften unter den Kaufkontrakten über Gehorchslandgrundstücke, sowie die Kreisgerichte bei Ausreichung der corroborirten Contrakte, den Contrahenten die stricte Befolgung

---

\*) Pkt. 1 ist in der Fassung gegeben worden, welche das auf Requisition der Commission in Livländ. B.-S. erlassene Regierungs-Patent v. 3. August 1870 № 75 feststellt. D. Hrsg.

der obigen Vorschrift vorzuhalten und insbesondere den Käufern zu eröffnen haben, dass alle nach geschehener Handattestation resp. Corroboration zu leistenden Zahlungen nur dann als Kaufschillings-Abzahlungen angesehen werden können, wenn sie von ihnen ad depositum des Kreisgerichts oder der resp. Creditanstalten gebracht worden».

4. Reg.-Pat. 14. Mai 1871 № 42 (Bekanntmachung d. Commission in Livl. B.-S.): «.....in Ergänzung der Patente № 22 u. 75 v. J. 1870, betreffend die genaue Einhaltung der Bestimmungen über die Corroboration der Kaufkontrakte über Bauer- gesinde, wird desmittelst zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, dass die über die aus dem Kauf bauerlicher Grundstücke originirenden Kaufschillingsreste ausgestellten Obligationen in jedem Fall bis zur geschehenen Corroboration der Kaufkontrakte, — in dem Falle jedoch, dass die auf das Gesamtgut ingrossirten Obligationsbesitzenden Gläubiger aber nicht begingungslos oder ohne Auflage in die Befreiung der betreffenden bauerlichen Grundstücke von der Verhaftung für ihre obligationsmässigen Forderungen gewilligt haben, auch bis zur vollständigen Befriedigung der erwähnten Gläubiger in deposito giudiciale der Kreisgerichte resp. bei derjenigen Credit-Anstalt, mit deren Hilfe der Kauf zu Stande gekommen ist, zu belassen sind, in welchem letztern Fall der Depositalschein der Credit-Anstalt dem betreffenden Kreisgericht unverzüglich vorgestellt werden muss».

5. Reg.-Pat. 17. September 1873 № 86 (Antrag des Livländ. Landraths-Collegii) «.....dass jede Parcellen Hofesland, welche.....zusammen mit Bauer- (Gehorchs) Land in den eigenthümlichen Besitz von Bauergemeindegliedern im engern oder weitern Sinn übergeht, oder auch zu Bauergesinde hinzugekauft wird, genau auf den dem Kaufe zu Grunde liegenden Karten zu bezeichnen und in der Natur zu vermarken ist».

## **Ausscheidung des Grundstücks aus dem Hypotheken-Verbande des Hauptgutes.**

### **§ 78.**

*Jede Grundbuch-Abtheilung* ist verpflichtet, über alle Güter *ihrer Bezirks*, welche bauerliche Grundstücke enthalten, die aus dem allgemeinen Hypotheken-Verbande ausscheiden, Verzeichnisse zu führen und in dem Ingrossations-Conto eines jeden dieser Güter die bewerkstelligte Ausschlössung aus der hypothekarischen Verhaftung desselben zu bemerken.

Anmerkung. Fällt weg.

Zeitw. Regeln f. d. Verfahren in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889 (R.-Not.-Ordn., Ausg. v. J. 1892, Tit. VI).

### **§ 79.**

Es ist dem Verkäufer freigestellt, ob er die vom Käufer ad depositum gegebene Kaufsumme nur zur Tilgung desjenigen Theils der Creditsystemsschuld, welcher verhältnissmässig auf das verkaufte Grundstück fällt, oder aber darüber hinaus zur Bezahlung der ganzen Schuld anwenden will. Da der Credit-Verein in allen Fällen der erste Gläubiger ist, so kann dessen Befriedigung aus der deponirten Kaufsumme keinesfalls verweigert werden. Der Rest der Kaufsumme

wird zur Befriedigung der übrigen Creditoren nach ihrer gesetzlichen Reihenfolge verwandt.

S. oben Zeitw. Reg. f. d. Verf. in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889 Art. 70 Anmerk. 2.

## § 80.

Auf Gütern, die sich im Pfandbesitz befinden, ist für die Dauer des Pfandbesitzes der Verkauf von Grundstücken ohne Genehmigung des Erbbesitzers nicht zulässig.....

Reg.-Pat. 18. Januar 1867 № 3 (Beschluss d. Ostsee-Comité 5. November 1866 für Livland und Kurland. «.....4) Es wird den Pfandbesitzern nur mit Genehmigung des Eigenthümers des Gutes gestattet, Gesinde, welche zu Gütern gehören, die nach dem frühern oder neuen Rechte in Pfandbesitz abgegeben sind, zu veräussern. Diese Genehmigung kann entweder in dem Pfandkontrakt oder durch einen besondern Akt ertheilt werden.

2) Wenn zwischen dem Eigenthümer des Gutes und dem Pfandbesitzer weder im Pfandkontrakt noch in einem besondern Akt eine Abmachung darüber getroffen worden, ob letzterer das Recht habe, Bauerländereien des gedachten Gutes zu verkaufen, so steht es dem Pfandbesitzer, welcher Bauerländereien zu verkaufen wünscht, frei, im Livländischen Gouvernement bei dem Livländischen Hofgericht \*), und Im Kurländischen bei dem betreffenden Oberhauptmannsgericht \*) darum nachzusuchen, dass der Eigenthümer des Gutes durch dreimalige Publikation in der Gouvernements-Zeitung zur Verlautbarung seiner Einwendungen gegen den Verkauf aufgefordert werde, und wenn der Eigenthümer im Laufe von vier Monaten a dato der letzten Publikation keinerlei Einwendungen macht, so gestatten die gedachten Gerichtsbehörden \*) dem Pfandbesitzer, nach seinem Ermessen und auf seine eigene Verantwortung die zum Pfandgute gehörigen Bauerländereien zu verkaufen.

3) Wenn der Pfandgeber und der Pfandbesitzer keine Vereinbarung über die Grösse der dem letzteren für die Einlösung desjenigen Theils des Gutes zukommenden Summe getroffen haben, welcher im Pfandbesitz verblieben ist, nachdem der Pfandbesitzer, entweder mit Genehmigung des Pfandgebers oder, nach Punkt 2 dieser Regeln, mit Genehmigung der betreffenden Gerichtsbehörde ein Bauerlandstück oder auch alle Bauerländereien verkauft hat, — so verliert der Pfandgeber das Recht sowol auf die Einlösung des übriggebliebenen Theils des Pfandguts, als auch auf den Empfang des Mehrbetrages, um welchen die, nach Ablauf der Zeit des Pfandbesitzes, aus dem Verkauf des übriggebliebenen Theils des Gutes durch öffentliches Meistbot gelöste Summe die Pfandsomme übersteigt.

4) Der Pfandbesitzer hat nicht das Recht, Entschädigung für die Ausgaben zu verlangen, welche während des Pfandbesitzes von ihm zum Besten der verkauften Ländereien gemacht worden sind, wenn diese Ausgaben auch zur Erhaltung oder Erhöhung des Werthes dieser Ländereien gedient haben».

## § 81.

Fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

\*) Jetzt das betreffende Bezirksgericht.



## § 82.

Will der Gutseigenthümer ein Grundstück des in Arrende vergebenen Gutes verkaufen, so kann ihm der Arrendator solches nicht verwehren. Dagegen aber muss der Gutsherr:

- a) wenn das verkaufte Grundstück sich zur Zeit des Verkaufs in Geldpacht befunden hat, dem Arrendator die von dem verkauften Grundstück bezogene jährliche Pachtsumme sichern und bei der jährlichen Arrende-Liquidation zum Besten des Arrendators in Anrechnung bringen. In solchem Falle kann der Arrendator, da er in der bis dahin bezogenen Einnahme durchaus keine Einbusse leidet, seinen Arrende-Contrakt auf Grund des stattgehabten Verkaufs nicht kündigen.
- b) fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

## § 83.

Zum Empfange des Kaufschillings ist beim Verkauf einzelner Grundstücke eines in Arrende vergebenen Gutes jedenfalls nur der Gutsherr, nicht aber der Arrendator berechtigt.

---

### Drittes Capitel.

#### Besondere Bestimmungen über die Conversion der Frohne in Geldpacht.

## § 84.

Ist ein Gut in Arrende vergeben, so kann der Arrendator Geldpacht-Verträge mit den Bauern nur auf die Dauer seines Arrende-Contrakts abschliessen. Geldpacht-Verträge auf längere Zeit oder auf 2 Vererbungen darf der Arrendator nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Gutsherrn abschliessen.

## §§ 85—90

erster Theil, fallen weg, weil die Frohne betreffend, s. zu § 149.

## § 90.

(Auf Gütern, die zu Pfand vergeben sind, steht das Recht zur Conversion der Frohnpacht in Geldpacht dem Pfandhalter nur auf den vor dem Jahre 1802 verpfändeten Gütern unbedingt, auf allen sonstigen Pfandgütern aber nur die Abschliessung von Geldpacht-Contrakten auf nicht länger als für die Dauer der Pfandjahre zu). Geldpacht-Contrakte auf längere Zeit dagegen oder auf zwei Vererbungen kann der Pfandhalter in letzterem Falle nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Gutsherrn bewerkstelligen.

Anmerkung. Fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

## § 91.

Fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

## § 92.

Eine theilweise Uebertragung der Landesprästande vom Rittergute auf ein bäuerliches Grundstück ist bei der Vergebung desselben in Geldpacht in keiner Weise gestattet.

Reg.-Pat. 9. December 1863 № 120 s. oben bei Art. 48.

---

## ZWEITER THEIL.

### Gesetzliche Bestimmungen.

### Erstes Buch.

### Bestimmungen über den Grund und Boden und dessen Nutzung.

### Erster Abschnitt.

### Eintheilung des Landes.

## § 93.

Das Territorium eines jeden Gutes zerfällt in schatzfreies und steuerpflichtiges Land.

## § 94.

Solche Eintheilung betrifft die verschiedene Stellung des Landes hinsichtlich der Verpflichtung zu den öffentlichen Leistungen, als Wegebau, Schiessstellung u. s. w. Das schatzfreie Land, gleichviel in wessen Besitz befindlich, ist stets von allen öffentlichen Leistungen befreit. Das steuerpflichtige Land dagegen behält solche Verpflichtung unter allen Umständen, und giebt den Maassstab, in welchem Betrage ein Gut zu allen solchen öffentlichen Leistungen in Anspruch zu nehmen ist.

Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. v. 10. Januar 1891 № 32 (Gouv.-Zeitg. 28. Januar 1891 № 12) „.....dass, gemäss der Erläuterung des Ministeriums des Innern v. 30. December 1890 № 8793, die von der Regierung den griechisch-orthodoxen Kirchendienern und Kirchen in den Baltischen Gouvernements zur Nutzung überlassenen

Landstücke, in allgemeiner Grundlage (Verordn. üb. d. Landobliegenheiten, Pkt. 2 zu Art. 5 Beil. zu Art. 55) von der Leistung der Landschafts-Landesabgaben frei sind, und dass desshalb diese Landstücke auch von der Prästirung der Postprästande, d. i. der Post-fouragelieferung und Stationsbaulast befreit werden.

### § 95.

Das durch die Verordnung vom Jahre 1804 festgestellte Verhältniss des schatzfreien und steuerpflichtigen Landes auf einem jeden Gute muss unverändert wie bisher den Maassstab für die Vertheilung der öffentlichen Leistungen auf so lange abgeben, bis nicht in Grundlage des § 9 die bestehenden Regeln über die Leistungen, welche auf den zu den Hofesfeldern zugezogenen Theilen des Gehorchslandes ruhen, abgeändert worden sind.

Vergl. zu Pkt. V der Einleitung u. zu Artt. 396 ff.

### § 96.

Ausserdem ist der Grund und Boden eines jeden Gutes nach der verschiedenen Berechtigung zu dessen Ausnutzung, unabhängig von der im § 93 erwähnten Eintheilung in schatzfreies und steuerpflichtiges Land, in Hofesland und Gehorchsland gesondert.

---

## Zweiter Abschnitt.

### Gesetzliche Stellung des Hofes- und Gehorchslandes.

### § 97.

Das gesammte Hofesland, sowol derjenige Theil desselben, welcher dieser Kategorie bereits früher angehörte, als auch der, welcher bei Begrenzung des Gehorchslandes von dem ehemaligen Bauerlande abgetheilt worden, ist in jeder Beziehung gänzlich der unumschränkt freien Disposition des Gutsherrn anheimgegeben. Selbiger darf nach eigenem Gutdünken ohne alle Controle das Hofesland benutzen und zur beliebigen Verwendung bestimmen.....

1. Reg.-Pat. 24. Juli 1867 № 114 (Antrag des General-Gouverneurs) «..... dass das in dem Patent vom 14. Mai 1865, № 54, enthaltene Verbot des Abschlusses neuer Pacht-Contrakte, in denen Frohn- oder gemischte Leistungen ausbedungen werden, sowie des Weiterfortbestehens solcher Contrakte nach dem 23. April 1868 sich in Grundlage der §§ 97 und 155 der Livl. B.-V. v. J. 1860 auch auf das Hofesland resp. die Quote bezieht, dass mithin die Ableistung der Frohne nach dem St. Georgstermine 1868 überall in Livland unstatthaft ist».

2. Reg.-Pat. 29. Mai 1887 № 27 (Namentl. Allerh. Befehl 14. März 1887): «..... 1) In den zehn Gouvernements des Königreichs Polen, in den Gouvernements: Bes-

sarabien, Wilna, Witepsk, Wolhynien, Grodno, Kiew, Kowno, Kurland, Livland, Minsk und Podolien können ausländische Unterthanen hinkünftig auf keinerlei Art und auf keinerlei durch die allgemeinen und lokalen Gesetze gestatteten Grundlage, ausserhalb der Hafenplätze und anderer städtischer Ansiedelungen \*) (mit Ausnahme der im Art. 3 des gegenwärtigen Befehls angegebenen Fälle), Eigenthumsrecht auf Immobilien, wie auch das Recht auf Besitz und Nutznussung von Immobilien erwerben, das im Allgemeinen vom Eigenthumsrecht getrennt, im Besonderen aus dem Mieth- und Pachtvertrage hervorgeht.

Anmerkung 1. Bezieht sich nur auf das Königreich Polen.

Anmerkung 2. Die im Art. 1 festgesetzte Beschränkung der Rechte ausländischer Unterthanen bezüglich des Besitzes und der Nutznussung von Immobilien, welche ausserhalb der Hafenplätze und anderer städtischer Ansiedelungen belegen sind, erstreckt sich nicht auf das Anmieten von Häusern, Quartieren und Landhäusern seitens derselben zur zeitweiligen Benutzung und zum persönlichen Wohnen.

2) In den im Art. 1 des gegenwärtigen Befehls bezeichneten Oertlichkeiten können ausländische Unterthanen das Vorzugsrecht auf Befriedigung ihrer Schuldforderungen durch Entgegennahme von Immobilien als Unterpfand sicherstellen, derartige Sicherstellungen aber und überhaupt die Anwendung der Beitreibung von Schuldforderungen können für Ausländer weder den Erwerb dieses Immobils zum Eigenthum, noch den Eintritt in den thatsächlichen Besitz oder in die Nutznussung desselben zur Folge haben (Civ.-Pr.-O. Artt. 1063, 1064, 1173 und 1209; *Verordn. üb. d. Reorganis. d. Gerichtsw. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 Artt. 126, 143 u. 144*; Provinzialrecht der Ostseegouv., Privatrecht, Art. 1336, 1412 und 1457).

3) Bezüglich des Erbrechts von Ausländern auf Immobilien, welche ausserhalb der Hafenplätze und anderer städtischer Ansiedelungen belegen sind, treten in den im Art. 1 genannten Oertlichkeiten folgende Beschränkungen in Kraft:

- a) die gesetzliche Erbfolge in direkter Descendenz und zwischen Ehegatten in den von einem ausländischen Unterthan hinterlassenen Immobiliärbesitz ist auf der gegenwärtig bestehenden Grundlage zulässig, wenn der Erbe vor Erlass des gegenwärtigen Befehls in Russland angesiedelt war:
- b) in allen übrigen Fällen der gesetzlichen, sowie im Falle der testamentarischen Erbfolge ist der ausländische Unterthan verpflichtet, das Mobil im Laufe von

---

\*) Im Hinblick auf die ausgedehnten Patrimonialgebiete der meisten Livländischen Städte, — der im Kreise belegene Landbesitz derselben kommt nicht in Frage, — ist die nachstehende Entscheidung des Senats von Wichtigkeit. Entscheidung d. Plenar-Vers. d. 1. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 25. October 1893 № 33: . . . «dass das Gesetz unter «städtischen Ansiedelungen», in denen der Eigenthumserwerb von Immobilien durch Ausländer gestattet ist, nur denjenigen Flächenraum versteht, der zur Aufführung von städtischen Gebäuden bestimmt ist und von städtischen Besitzlichkeiten eingenommen ist, jedoch nicht städtische Ländereien, welche ausserhalb der städtischen Wohnsitze belegen sind. Diese Ländereien sind mit den städtischen Ansiedelungen, zu denen sie gehören, nur rechtlich verbunden, — bilden jedoch, ihrer Bestimmung nach, einen ebensolchen Boden für den Landbesitz, wie alle anderen Ländereien. . . . Dementsprechend erkennt, in Entscheidung der angeregten Frage: «Soll bei Anwendung des Allh. Befehls v. 14. März 1887 als «städtische Ansiedelung» das ganze Territorium der Stadt mit sämmtlichen in deren Grundbuch befindlichen Landappartinenten verstanden werden oder nur der bebauete Flächenraum, welcher nach dem Plane den Stadtbezirk bildet», — Der Dirig. Senat: zu erläutern, dass als städtische Ansiedelung nur jenes Territorium zu gelten hat, welches nach dem Plane den Stadtbezirk bildet». D. Hrsg.

drei Jahren von der Zeit ab, wo er das Recht auf dasselbe erlangt hat, einem russischen Unterthan zu verkaufen;

- c) bei Nichtbeobachtung der im Pkt. b festgesetzten Bestimmungen wird das Immobilien auf Anordnung der Gouvernementsobrigkeit unter Vormundschaft gestellt und in der betreffenden Gouvernementsregierung im öffentlichen Ausbot verkauft, die aus dem Verkauf gelöste Summe aber wird, nach Abzug der Unkosten für die Vormundschaft und den Verkauf, dem Erben ausbezahlt.

4) Die Wirksamkeit der in den Punkten b und c des vorhergehenden Artikels angegebenen einschränkenden Bestimmungen erstreckt sich auf die Fälle, wo Ausländer das Eigenthumsrecht auf Immobilien auf Grund von Akten erlangt haben, die vor der Publikation des gegenwärtigen Befehls vollzogen sind, falls die obgedachten Personen den wirklichen Besitz dieser Immobilien noch nicht angetreten haben.

5) Die in festgesetzter Ordnung auf bestimmte Fristen vollzogenen Verträge und Akte, auf Grund welcher ausländische Unterthanen in den im Art. 1 erwähnten Oertlichkeiten vor der Publikation des gegenwärtigen Befehls Besitz oder Nutzniessungsrecht auf Immobilien ausserhalb der Hafenplätze und anderer städtischer Ansiedelungen erworben haben, können nach Ablauf der in denselben angegebenen Fristen weder erneuert, noch prolongirt werden (mit Ausnahme der in der Anmerkung 2 zum Art. 1 und im Art. 2 des gegenwärtigen Befehls angegebenen Verträge).

6) Die Kraft und die Wirksamkeit der Bestimmungen der vorhergehenden Artikel erstreckt sich gleichermaassen auch auf Gesellschaften, Handels- und industrielle Compagnien und Genossenschaften, welche auf Grund ausländischer Gesetze gebildet sind, selbst wenn sie die Genehmigung erhalten haben, innerhalb der Grenzen Russlands thätig zu sein.

7) Abmachungen aller Art, die mit Verletzung oder Umgehung des gegenwärtigen Befehls vollzogen sind, werden als ungiltig erachtet.

8) Wenn eine Abmachung, wie sie im vorhergehenden Artikel 7 bezeichnet ist, von der örtlichen Haupt- oder Gouvernements-Obrigkeit aufgedeckt worden ist, so stellt, nach Einforderung der nöthigen Auskunft, welche sowol die Gerichts- als auch alle übrigen Behörden und amtlichen Personen den genannten Obrigkeiten unverzüglich ertheilen müssen,.... der Gouverneur.... durch besonders hiezu bevollmächtigte amtliche Personen.....(in den Gouvernements Lijland und Kurland.... durch die *Prokuratur*) bei dem zuständigen Gericht den Antrag, die getroffene Abmachung oder den vollzogenen Akt zu annulliren. Diese Angelegenheiten werden in der für die Angelegenheiten der Kronsverwaltungen festgesetzten Ordnung geführt.....).

3. Reg.-Pat. 24. März 1893 № 23 (Namentl. Allerh. Befehl 18. Februar 1893):  
 „.....Indem Wir es für zeitgemäss halten, die endgiltige Entscheidung der Frage über die Ländereien, welche von dem Gehorchslande im Gouvernement Livland und von dem bauerlichen Pachtlande auf der Insel Oesel und im Gouvernement Estland unter dem korrespondirenden Namen der Quote und des Sechstels abgetheilt sind, herbeizuführen, befehlen Wir: 1) dem Minister des Innern nach gehöriger Aufklärung dieser Frage, auf dem vorgeschriebenen Wege, mit einer Vorlage über die Verwendung dieser Ländereien ihrer gesetzmässigen Bestimmung entsprechend, einzukommen, und 2) zeitweilig, bis zur Entscheidung über diese Vorlage, einzustellen: a) die Verhandlungen in Sachen wegen unrechtmässiger Vereinigung von Gehorchs- und Bauerpachtland als Quote und Sechstel, mit den Hofesländereien, und b) den Verkauf von Landstücken der bezeichneten Qualität, mit alleiniger Ausnahme solcher Fälle, in denen als Käufer örtliche Bauern erscheinen, welche weder Eigenthümer noch Pächter von bauerlichen Grundstücken sind, und wenn die Grösse der zu verkaufenden Grundstücke das durch die örtlichen Bauerverordnungen

gen festgesetzte Minimum nicht übersteigt (Livländ. B.-V. v. J. 1860 Art. 114; Agrarregeln f. d. Insel Oesel v. J. 1865 Art. 21; Estländ. B.-V. v. J. 1856 Art. 58)\*).

### § 98.

Das Recht des Verkanfs und überhaupt der gänzlichen Abtheilung von Stücken des Hofeslandes, womit eine Verminderung der Ausdehnung des Gutes selbst verbunden ist, unterliegt nur insofern einer Beschränkung, dass das Rittergut nicht unter das vom Gesetz im Pkt. VII bestimmte Minimum verkleinert werden darf.

### § 99.

Sollte nach der bewerkstelligten ersten Abtheilung und Begrenzung des Hofeslandes ein Gutsbesitzer den zum Hofeslande hinzugezogenen Theil ehemaligen Bauerlandes, welcher seither in Pacht vergeben gewesen, nunmehr in direkte Nutzung nehmen wollen, so darf er den Pächtern dieses Theils kündigen, insoweit dadurch keine kontraktlichen Abmachungen oder sonstige Privatberechtigungen verletzt werden. Auf allen Gütern jedoch, die grösser als fünf Haken sind, darf der Gutsbesitzer jährlich nur ein Drittel des neuentstandenen Hofeslandes einziehen. Mithin können die zum Hofeslande zugezogenen Bauerngesinde vollständig erst in drei Jahren eingezogen werden.

### § 100.

Fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

### § 101.

Das Gehorchsland bleibt nach wie vor Guts-Areal und Eigenthum des Gutsbesitzers. Das Dispositionsrecht dieses letztern ist jedoch gesetzlich beschränkt. Der Gutsbesitzer darf in keinem Falle und unter keinem Vorwande,

---

\*) Nach den Vorarbeiten zur Agrar- und Bauer-Verordnung vom 9. November 1849 war die Quote in Livland bestimmt für die Erweiterung der Hofesfelder und die Sicherstellung der Knechtswirtschaft. Pkt. 2 des Landtagsschlusses v. J. 1842 lautet: «Das noch nicht eingezogene steuerpflichtige Land ist den steuerpflichtigen Bauergemeindegliedern so weit zur Benutzung und zum Unterhalt zu überlassen, dass davon nur so viel eingezogen werden darf, als die Completirung eines Feldareals der Höfe von 10 Loofstellen auf jeden Tag des Gehorchs erfordert». Und der Pkt. 6 des Allerh. bestät. Protokolls der auf Allerh. Befehl zur Ordnung d. bäuerl. Verhältn. in Livland niedergesetzten Commission (in Petersburg) vom 24. Mai 1846 besagt: «Die bis jetzt von den Knechten benutzten  $1\frac{1}{2}$  Loofstellen Acker in jedem Felde, «nebst Wiesen und Weiden werden dem Gutsbesitzer zur Verfügung gestellt, dergestalt, dass «der nächste Landtag die Regeln beschliessen wird, nach welchen der Gutsbesitzer diese Landtheile zur Sicherstellung der Wohlfahrt der Knechte und zu der vom Landtage d. J. 1842 zu gleichem Zweck vorgeschlagenen Erweiterung der Hofesfelder zu benutzen hat. Auf den Gütern, auf welchen nach der Messung Pachtstellen zu den Hofesfeldern zugezogen sind, soll dieses bereits zugezogene Land von dem für die Knechte abzunehmenden Lande in Abrechnung gebracht werden». Schliesslich sprach die Agrar- u. B.-V. v. 9. Novbr. 1849 im Art. 122 (gleichlautend mit dem Art. 97 d. B.-V. v. J. 1860) dem Gutsherrn die «unumschränkt freie Disposition» über die Quote zu.

sei es direkt oder sonst wie, das Gehorchsland anders nutzen, als durch Verpachtung oder Verkauf an Bauergemeinde-Glieder \*).

Entscheid. d. Civil-Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 14. Februar 1896 № 13: «..... Der Dirig. Senat findet, dass das Plenum die Beschwerde des v. S. über den die Corroboration der an die Barone K. verkauften Gesinde verweigernden Bescheid des Chefs der Grundbuch-Abtheilung um desswillen für nicht der Berücksichtigung unterliegend erkannt hat, weil, gemäss Artt. 3 u. 101 Livl. B.-V., dem Gutsbesitzer der Verkauf des Gehorchslandes nur an Bauergemeindeglieder gestattet sei, unter solchen Mitgliedern aber nur Personen bauerlichen Standes zu verstehen seien, in Folge wessen dieses Land an Personen anderer Stände nicht verkauft werden könne, selbst wenn sie Landgemeindeglieder sind. Eine derartige Schlussfolgerung kann für richtig nicht anerkannt werden. Der Inhalt der Artt. 3, 55, 101 u. 219 Livl. B.-V. v. J. 1860 zeigt klar, dass im Gouvernement Livland das Gehorchsland von den Gutsbesitzern sämtlichen Bauergemeindeglieder verkauft werden kann, und nicht nur solchen Mitgliedern derselben, welche dem bauerlichen Stande angehören. Personen, welche ausschliesslich diesem Stande im engeren Sinne angehören, werden in den angeführten Artt. nicht erwähnt; es wird in denselben nur «von Bauergemeindegliedern» gesprochen. Zur Landgemeinde aber gehören, wie aus dem Art. 1 L.-G.-O. für d. Ostseegouv. v. 19. Februar 1866 ersichtlich, die zu einem Landgute gehörigen Bewohner, welche in die örtlichen Revisions- und Umschreibungslisten verzeichnet sind, sowie ferner Personen, welche in den Landgemeinde-Verband mit Beibehaltung ihrer persönlichen Standesrechte eingetreten sind. Kraft des Art. 8 d. Allerh. am 9. Juli 1889 bestät. Reg. für d. Civilprocess-Verfahren in d. Gem.-Gerichten d. Balt. Gouv., — unterliegen Personen, welche nicht Mitglieder der Landgemeinde sind, gleichwie Edelleute, Beamte, Geistliche und Kirchendiener, Ehrenbürger und Kaufleute, selbst wenn sie Mitglieder der Landgemeinde wären, der Gerichtsbarkeit des Gemeindegerichts nicht. Auf diese Weise können Mitglieder der Bauergemeinde, dem Gesetz nach, nicht nur Personen bauerlichen

---

\*) d. h. nach dem jetzt massgebenden Sprachgebrauch der Balt. L.-G.-O. an Mitglieder der Landgemeinde, ohne Unterschied des Standes, denn Bauern im engeren Sinne bilden überhaupt keine Gemeinde; Balt. L.-G.-O. Art. 1. Während das adelige Güterbesitzrecht, das bürgerliche Hausbesitzrecht längst der Geschichte angehören und namentlich in den kleinen Städten der bauerliche Hausbesitz ein recht beträchtlicher ist, hat in letzter Zeit die Unkenntnis der realen Verhältnisse und eine nur oberflächliche Rechtskunde das Phantom eines bauerlichen Gesindebesitzrechts d. h. eines Privilegs der Bauern im engeren Sinne zum Eigentums-erwerb von Gehorchslandgrundstücken geschaffen. Der oben mitgetheilte Rechtsspruch des Senats bannt das Phantom und klärt die Lage.

Hinsichtlich der Frage, wie der Gutsbesitzer, ohne in Gemässh. d. Artt. 55, 106 ff. B.-V. zur Nutzung eines Gehorchslandgesindes berechtigt zu sein, an einer dem Art. 101 l. c. widersprechenden unmittelbaren Benutzung des Gehorchslandes zu hindern sei, ist ein Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. v. 14. Mai 1893 № 4474 (Schenschin 267) des Inhalts ergangen, «dass der Commissar, zu dessen Kenntniss eine derartige unrechtmässige Benutzung des Gehorchslandes gelangte, verpflichtet ist, nach seinerseitiger Ermittlung des Sachverhalts, vom Gutsbesitzer das Unterlassen derartiger ungesetzlicher Handlungen zu verlangen, bei der Verwarnung, dass falls diesem Anverlangen keine Folge gegeben werden sollte, er, der Commissar, der Gemeinde-Polizei die Wiederherstellung der gestörten Ordnung durch polizeiliche Massregeln auftragen werde. Sollte die Forderung des Commissars trotzdem nicht erfüllt werden, so ist derselbe verpflichtet, dem Gemeinde-Aeltesten die sofortige Ergreifung von Massregeln zur Verhinderung der Bearbeitung des Landes durch den Gutsbesitzer, aufzutragen, ohne jedwede Rücksicht darauf, ob hiedurch der Gutsbesitzer einen Schaden erleiden sollte. Wenn der Gutsbesitzer hiebei der Gemeinde-Polizei sich widersetzt, so ist der Gemeinde-Aelteste, ohne von den ergriffenen polizeilichen Massregeln Abstand zu nehmen, verpflichtet, ein Protokoll aufzunehmen Zwecks Heranziehung der Schuldigen zur Verantwortung in Grundlage des Art. 29 d. Ges. üb. d. v. d. Fried.-R. zu verh. Strafen».

D. Hrsg.

Standes sein, sondern auch Personen, welche anderen Ständen angehören, — darunter auch Edelleute. Entgegen der Ansicht des Plenums, fordert das Gesetz nicht, dass das Gehorchsland nur solchen Personen verkauft werde, welche bereits vor Ankauf der Landstelle Bauergemeindeglieder waren. Im Gegentheil, in den Artt. 55 und 219 Livl. B.-V. ist gerade gesagt, dass Theile des Gehorchslandes vom Gutsbesitzer stets nicht nur jedem Mitgliede der Landgemeinde, sondern auch jeder andern Person verkauft werden können, welche, bei Ankauf des Landstücks, in die örtliche Landgemeinde eintritt. Dieselbe Regel ist in der Anmerk. zu Art. 1 L.-G.-O. f. d. Ostseegouv. v. J. 1866 enthalten, nach welcher Personen, die zur Gemeinde nicht verzeichnet sind, aber abgetheilte bäuerliche Grundstücke eigenthümlich erwerben, damit zugleich in den örtlichen Landgemeinde-Verband treten und alle Rechte erwerben und alle Pflichten zu erfüllen haben, welche durch diese Verordnung festgestellt sind. Eine Ausnahme von dieser Regel ist in der Anmerk. zu Art. 55 Livl. B.-V. getroffen, wonach der Besitzer eines Rittergutes, ohne in den Gemeinde-Verband eintreten zu müssen, das Recht hat, ein bäuerliches Grundstück zu kaufen, jedoch nicht um es unmittelbar zu nutzen, sondern nur um es mit dem Bauerlande seines Gutes zu vereinigen und in allgemeiner Grundlage an Bauern zu verpachten. Indem in Anbetracht des Vorerörterten anerkannt wird, dass die Erwägungen des Plenums auf eine unrichtige Interpretation der von ihm angeführten Gesetzes-Artikel sich gründen, und dass, hiernach, diese Erwägungen zur Grundlage der Abweisung der Beschwerde des Bevollmächtigten des v. S. nicht dienen konnten, — verfügt der Dirig. Senat: die Entscheidung des Riga-Wolmar'schen Friedensrichter-Plenums, wegen Verletzung der Artt. 3, 55, 101 u. 219 Livl. B.-V. v. J. 1860 und Art. 142 Civ.-Pr.-Ordn. aufzuheben .....

### § 102.

Im Uebrigen bleibt dem Grundherrschaften unanstreitbar das Recht, jede ihm nöthig erscheinende neue Eintheilung des Gehorchslandes und der Parzellen desselben, die ökonomische Umgestaltung oder den Austausch der zu der einen oder anderen Parcellen gehörigen Nutzungen nach eigenem Ermessen zu jeder Zeit vorzunehmen, insofern dadurch nicht etwa eingeräumte oder erworbene Privat-Berechtigungen oder kontraktliche Ansprüche alterirt, oder aber das betreffende Gehorchsland der Nutzung der Landgemeinde entzogen wird.

Erläuternde und einschränkende Bestimmungen s. unten zu Art. 116.

### § 103.

Ein Austausch von einzelnen Theilen des Gehorchslandes gegen aequivalirende Hofesländereien kann niemals (und zwar von dem Zeitpunkt der ersten Bezeichnung des Gehorchslandes auf der Gutskarte an) anders, als mit der freiwilligen Zustimmung der örtlichen Bauergemeinde vor sich gehen.

### § 104.

Das Stück des Hofeslandes, welches der Gemeinde als Austausch-Aequivalent übergeben wird, muss zuvor durch revisorische Vermessung und Taxation als genügend nachgewiesen werden. Hierauf wird der beabsichtigte Austausch durch *den Commissaren für Bauer-Sachen* nach Beprüfung des Sachverhalts und Ver-



nehmung der Landgemeinde, in Ausführung gebracht und darüber vom Commissaren für Bauer-Sachen ein Akt aufgenommen \*).

1. Publicat. d. Commission f. Livl. B.-S. v. J. 1882 № 7120 s. bei Art. 118.

2. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in den Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

### § 105.

Die Einwilligung der *Landgemeinde* muss vor dem *Commissaren für Bauer-Sachen* ausgesprochen und zu Protokoll verschrieben werden. Die Gemeinde *wird* in solchen Fällen durch den *Gemeinde-Ausschuss* vertreten, dessen Beschlüsse im gegebenen Fall mit einer Majorität von *zwei Drittheilen* der Stimmen zu Stande kommen müssen. L. G.-O. § 11 Pkt. b u. k und § 12.

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs). 2. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in den Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

### § 106.

Sollte irgend ein Theil des Gehorchslandes unverpachtet bleiben, indem sich kein Glied der Gemeinde willig findet dasselbe unter den vom Gutsbesitzer gestellten Bedingungen in Nutzung zu nehmen, so erlangt der Gutsbesitzer dadurch keineswegs das Recht die unverpachteten Landstücke in eigenliebige Benutzung zu ziehen; dem Gutsbesitzer ist nur, damit derselbe nicht in sofortigen Schaden komme und ihm die Möglichkeit bleibe die Pachtstelle hinsichtlich ihrer Wirthschafts-Gebäude, ihrer Cultur oder ihres Inventarii in besseren Zustand zu bringen, gestattet, das unverpachtet gebliebene Gehorchsland die ersten

---

\*) 1. Für den Austausch der Quote gegen schatzfreies Hofesland stellt das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an die Commissare f. B.-S. v. 18. April 1891 № 124 (Schenschin 132) nachstehende Normen auf: . . . «1) Gemäss Art. 9. B.-V. v. J. 1860 ist das gesammte Hofesland, sowol das schatzfreie wie das Quotenland, in jeder Beziehung der bedingungslos freien Disposition des Gutsherrn anheimgegeben, frei von irgend welchen Einschränkungen, wie ihm solche hinsichtlich der Verfügung über das Gehorchsland auferlegt sind, wesshalb auch der Austausch von Quote gegen schatzfreies Hofesland ausschliesslich von seinem eigenen Gutdünken abhängen muss, ohne dass weder die Landgemeinde noch der Commissar f. B.-S. um das Wesen seiner Disposition sich zu kümmern haben.

2) Andererseits ist die Ausdehnung der Quote auf jedem Gute streng bestimmt gemäss Art. 9. Agrar- u. B.-V. v. J. 1849 und darf weder verringert noch vergrössert werden, wobei diese Ländereien, gemäss Pkt V Einl. B.-V., sämtliche öffentlichen und kommunalen Lasten in derselben Weise wie die Bauer-Gehorchsländereien tragen und daher in den Wakenbüchern verzeichnet werden; aus diesem Grunde nun sind die Commissare f. B.-S., kraft des Art. 8 Pkt. d zeitw. Regeln Abth. B. d. Ges. v. 9. Juli 1889, verpflichtet, darüber zu wachen, dass die Grösse der Quote nicht verändert werde.

3) In Anbetracht dieses ist bei jedem Austausch von Quote gegen schatzfreies Hofesland dieselbe Ordnung zu beobachten, wie sie im Art. 104 B.-V. v. J. 1860 für den Austausch des Gehorchs-(Bauer-)Landes gegen Hofesland vorgeschrieben ist, mit der alleinigen Ausnahme, dass die Einwilligung des Gemeinde-Ausschusses beim Austausch von Quote gegen schatzfreies Hofesland nicht erforderlich ist».

2. Der Cirk.-Erlass d. Gouv.-Beh. für B.-S. v. 1. November 1893 № 414 (Schenschin 284) bringt den Commissaren f. B.-S. zur Kenntniss, «dass alle Entwürfe für den Austausch der Quote gegen gleichwerthiges Hofesland, nach ihrer Bestätigung durch den Commissaren, der Gouvernements-Behörde für Bauer-Sachen zugleich mit den bezüglichen Aeusserungen des Landraths-Collegii vorzustellen sind, und erst dann in Ausführung gebracht werden können, wenn von Seiten der Gouvernements-Behörde dem keine Hindernisse entgegenstehen». D. Hrsg.

sechs Jahre hindurch von sich aus zu bewirthschaften, jedoch ohne dasselbe zu den Hofesfeldern zu ziehen. Die von dem Gutsbesitzer zeitweilig bewirthschafteten Landstücke müssen vielmehr fortdauernd als abgesonderter Complex des Gehorchslandes erhalten werden.

### § 107.

Nach Ablauf der besagten sechs Jahre, wenn sich auch innerhalb dieser Zeit kein Pächter gefunden haben sollte, muss jede unmittelbare Nutzung und Bewirthschaftung des Landstücks seitens des Gutsherrn unbedingt aufhören. Bis es ihm gelingt für die erledigte Pachtstelle einen Pächter auf dem Wege gütlicher Vereinbarung zu ermitteln, darf der Gutsherr die gedachte Pachtstelle in keiner Weise ferner benutzen.

### § 108.

Die öffentlichen Abgaben und Lastungen für den unverpachteten Theil des Gehorchslandes hat der Gutsherr zu tragen und zu prästiren.

### § 109.

In allen den Fällen, wo solches Gehorchsland vor Promulgation der Bauer-Verordnung vom Jahre 1849 bereits verpachtet war, ist dem Gutsherrn eine längere Frist, um die erledigten Pachtstellen in besseren Zustand zu bringen, gestattet, und zwar wo ein Zehntel des ganzen Gehorchslandes sich unverpachtet befindet, eine Frist von neun Jahren, und wo zwei Zehntel — eine Frist von zwölf Jahren, gerechnet von der Promulgation der Verordnung v. J. 1849.

### § 110.

Hat der Grundherr nach Ablauf dieser im § 106 und 109 festgesetzten Frist von resp. sechs, neun und zwölf Jahren das Gehorchsland verpachtet, so muss dasselbe mindestens eben so viele Jahre hintereinander verpachtet bleiben, als er es in eigner Nutzung gehabt hat, bevor er es wieder in solche eigne Nutzung nehmen darf. Der Gutsbesitzer darf von dem Recht der persönlichen Disposition über das Gehorchsland zum zweiten Male nicht eher Gebrauch machen, als nach Ablauf der vollständigen Arrendefrist von sechs, neun und zwölf Jahren und nicht länger als auf sechs Jahre.

### § 111.

Die Wahrnehmung, dass das Gehorchsland in seinem gesetzlichen Bestande ungeschmälert verbleibe, sowie, dass der Grundherr nicht Theile desselben gesetzwidrig benutze, steht dem *Gemeinde-Ausschusse* zu. Derselbe hat sich nöthigenfalls mit seinen bezüglichen Anzeigen und Beschwerden an den *Commissaren für Bauer-Sachen* zu wenden. L. G. O. § 11 Pkt. k.

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs). 2. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in den Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

### Dritter Abschnitt.

#### Bestimmungen über die Art, in welcher das Gehorchsland genutzt werden darf.

##### § 112.

Die normale, mit der definitiven Organisation der ländlichen Verhältnisse vereinbare Nutzung des Gehorchslandes besteht eigentlich nur darin, dass selbiges Bauergemeindegliedern und solchen Personen, die zu diesem Behufe in den Gemeindeverband eintreten, in Geldpacht vergeben oder aber auf selbige eigenthümlich durch Kauf, Schenkung u. s. w. übertragen wird.

##### § 113.

Indessen bleibt es einstweilen gesetzlich gestattet, das Gehorchsland auch in früher üblicher Weise Bauergemeindegliedern in . . . Naturalpacht oder in gemischte Pacht zu vergeben. . . .

Der Schluss des Art. fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

##### § 114.

Jedenfalls darf aber das Gehorchsland, gleichviel ob zum Zwecke der Verpachtung oder der eigenthümlichen Uebertragung, niemals in Grundstücke parcellirt werden, die kleiner als  $\frac{1}{8}$  Haken sind. Das Gesetz verbietet, indem es das erwähnte Minimum als nothwendige Bedingung für das selbständige Bestehen einer Familie auf dem Grundstück festsetzt, jede weitere Theilung der Grundstücke. Dieses Verbot bezieht sich jedoch nur auf die Fälle, wo auf dem Gehorchslande neue Landstellen von weniger als  $\frac{1}{8}$  Haken creirt, ferner wo bestehende grössere Gesinde des Gehorchslandes in zwei oder mehrere selbständige Oekonomien, von denen nicht eine jede die Grösse von  $\frac{1}{8}$  Haken erreicht, parcellirt und wo derartige Parzellen verkauft werden sollen. Dagegen ist es erlaubt Grundstücke des Gehorchslandes, die schon vor Promulgation dieser Verordnung kleiner als  $\frac{1}{8}$  Haken gewesen, zu verkaufen oder zu verpachten. Zur Errichtung städtischer Wohnhäuser dürfen Grundstücke von weniger als  $\frac{1}{8}$  Haken Landeswerth zwar verkauft werden, dieselben müssen aber dann gänzlich aus der Jurisdiktion der Bauerbehörden ausgeschieden und der städtischen Jurisdiktion unterworfen werden.

Anmerkung. Hinsichtlich der einzigen zeitweiligen Ausnahme von der in diesem § getroffenen Bestimmung s. §§ 560—562.

##### § 115.

Bei der Verpachtung eines Grundstücks bleibt es gänzlich der freien Vereinbarung zwischen dem Pächter und Verpächter überlassen, das Mass der für die Nutzung des Pachtstücks jährlich zu entrichtenden Pachtleistung zu bestimmen; . . . .

Der Schluss des Art. fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

## § 116.

Wird ersetzt durch die nachfolgenden, durch 1. Reg.-Pat. 7. Juli 1865 № 67 publicirten Allerhöchst am 22. Mai 1865 bestätigten Entschädigungsregeln.

## Entwurf von Regeln

betreffend die Entschädigung, welche von den Gutsbesitzern der Provinz Livland den Pachtwirthen zu leisten ist, wenn dieselben die in ihrer Nutzung gewesenen Landstellen wegen Erhöhung der Arrendesumme oder Verkaufs der Pachtobjekte an andere Personen, aufgeben.

### I. Entschädigung der Bauern, welche von ihren Landstellen, wegen Verpachtung derselben an andere Personen, entfernt werden.

## § 1.

Wenn der Gutsherr, nach Ablauf der im Pachtcontract festgesetzten Frist, nicht gesonnen ist, die verpachtete Landstelle auf die bisherigen Bedingungen in Nutzung des Pächters zu lassen, und zwischen ihm und diesem letzten eine freiwillige Vereinbarung über Erneuerung des Pachtcontracts auf andere Bedingungen rechtzeitig nicht zu Stande kommt, so ist er verpflichtet, nicht später als am Jakobstage (25. Juli) des dem Erlöschen des Pachtcontracts vorhergehenden Jahres dem Pächter anzuzeigen, unter welchen Bedingungen und gegen was für eine jährliche Arrendezahlung er bereit ist, den Pachtcontract zu erneuern. Diese Anzeige hat der Gutsherr oder dessen Bevollmächtigter dem Pächter persönlich, in der Sitzung des Gemeindegerichts, oder auch schriftlich zu machen, im letztern Falle unter Bescheinigung des Tages der Uebergabe. Darnach ist der Pächter verpflichtet, im Laufe von 2 Wochen nach Empfang dieser Anzeige im Gemeindegericht zu erklären, ob er den Pachtcontract auf die von dem Gutsherrn vorgeschlagenen Bedingungen erneuern will, und gleichzeitig als Gewährleistung für die Ausführung seines Vorhabens, ein Sechstel der geforderten jährlichen Arrendezahlung einzutragen. Verlangt der Gutsbesitzer eine höhere Caution, so muss der Pächter dieselbe spätestens bis zum 1. Januar einzahlen; indessen darf der Gesamtbetrag der geforderten Caution, mit Einrechnung der von dem Pächter gleich bei Erklärung seiner Einwilligung zum Abschluss des neuen Pachtcontracts einzutragenden Summe, nicht die Hälfte der jährlichen Arrendezahlung übersteigen, — auch kann der Pächter von Einzahlung der Cautionssumme entbunden werden, wenn er für dieselbe Bürgschaft beibringt, welche von dem Gutsherrn als genügend anerkannt wird. Gibt der Pächter die erwähnte Erklärung nicht und zahlt er nicht die festgesetzte Cautionssumme, leistet auch keine zuverlässige Bürgschaft für dieselbe, — was folglich bedeutet, dass er auf die von dem Gutsherrn vorgeschlagenen Bedingungen nicht eingeht, so verliert er sein Recht auf Beibehaltung der Landstelle und alsdann ist der Gutsherr berechtigt, ihn nach Ablauf der contractlichen Pachtzeit von der bis dahin benutzten Landstelle zu entfernen, doch muss er ihm dabei, ausser der im § 5 dieser Regeln festgesetzten Meliorationsentschädigung, noch eine anderweitige Entschädigung gewähren und zwar in folgendem Maassstabe: War der abgelaufene Contract auf weniger als 24 Jahre geschlossen, so empfängt der die Landstelle verlassende Pächter als Entschädigung den dreifachen

Mehrbetrag der von dem Gutsherrn bei Erneuerung des Pachtcontractes geforderten jährlichen Arrandesumme gegen die bisherige Arrende des letzten Jahres; war der abgelaufene Contract aber auf 24 Jahre oder noch länger abgeschlossen, so empfängt der die Landstelle verlassende Pächter als Entschädigung nur das Duplum jenes Mehrbetrages.

Entscheidung d. Civil-Cassat-Depart. d. Dirig. Senats v. 14. Februar 1896 № 48: (... Rechtsanwalt W. nomine des Pächters J. K. hatte gebeten, die letzterem gegenüber seitens des Baron Sch. erfolgte Vorlegung neuer Pachtbedingungen für unwirksam zu erklären, weil einige derselben ungesetzlich wären. Der Appellhof hatte die Klage abgewiesen. D. Hrsg.). .... Nach dem Buchstaben des Gesetzes vom 22. Mai 1865 beraubt den Pächter allein schon sein Schweigen unbedingt seines Vorzugsrechts auf Erneuerung der Pacht, und zur Bewahrung dieses Rechts muss er in der festgesetzten Frist nicht nur seine Zustimmung zu den neuen Bedingungen erklären, sondern auch das obenerwähnte Handgeld einzahlen, widrigenfalls, wie im Gesetz gesagt ist, der Gutsbesitzer mit Ablauf der Contractzeit den Pächter aus dem in seiner Nutzung befindlichen Grundstück zu entfernen berechtigt ist. Hiebei machte das Gesetz diese Folgen der Weigerung nicht abhändig von den Gründen, welche den alten Pächter veranlassten, seine Zustimmung zu den neuen Bedingungen zu versagen, und bestimmt diese Folgen ohne Rücksicht darauf, ob diese Gründe ihre Ursache in der Unvortheilhaftigkeit der Bedingungen für den Pächter oder darin hatten, dass er sie als nicht übereinstimmend mit dem Gesetz befand. Dieses Schweigen des Gesetzes über das Recht des Pächters, bei der Vorlegung von ungesetzlichen Bedingungen die Pacht fortzusetzen, hat durchaus nicht die Bedeutung, dass selbst auch ungesetzliche Bedingungen, gegen welche der Pächter keine Einwendungen erhob, in der Folge für ihn verbindlich werden, oder dass der Pächter sein Recht auf Fortsetzung der Pacht unbedingt verlor, falls er auf die neuen Bedingungen ihrer Ungesetzlichkeit wegen nicht einging. Kraft der Art. 717 u. 718 Livl. B.-V. müssen alle Pachtcontracte zur Beprüfung und Bestätigung dem Commissaren vorgestellt werden, welcher sich darüber vergewissern muss, ob der Inhalt des Contracts mit dem bestehenden Gesetz und den Verordnungen für die Bauern in voller Uebereinstimmung sich befindet, widersprechendenfalls schreitet er mit Zustimmung der Parteien zur Zurechtstellung des Contracts oder aber er bestätigt denselben gar nicht. Derart hat der alte Pächter, im Fall er zur Erneuerung der Pacht sich willig erklärt, die volle Möglichkeit, dem Commissaren gegenüber über die Ungesetzlichkeit dieser oder jener der ihm vorgelegten Bedingungen sich zu äussern, und diese Bedingung wird, im Fall seine Erklärung für gerechtfertigt befunden wird, vom Commissaren gestrichen oder dient zur Nichtbestätigung des neuen Contracts, in welchem Fall der alte Contract, als durch einen neuen nicht ersetzt, in Kraft bleiben muss. Wenn jedoch der Pächter es vorzieht, in Anbetracht der Ungesetzlichkeit der Bedingungen, auf die Erneuerung der Pacht zu verzichten und der Gutsbesitzer mit dem neuen Pächter sich einigt, so kann er mit diesem Pächter keinen andern Contract schliessen als den dem alten Pächter vorgelegten, und wenn es sich erweist, dass die Bedingungen desselben thatsächlich ungesetzlich sind, so verlangt der Commissar ihre Streichung und in diesem Fall muss dieser geänderte Contract vor seinem Abschluss aufs Neue am Jakobstag des folgenden Jahres dem alten Pächter vorgelegt werden, dessen Rechte, auf diese Weise, vollständig sichergestellt sind. Indem hiernach anerkannt wird, dass nach dem Buchstaben des Gesetzes v. J. 1865 das Hineinbringen irgend einer ungesetzlichen Bedingung in den dem Pächter vorgelegten neuen Contract die Thatsache der Vorlegung desselben nicht zu einer unwirksamen macht, findet der Dirig. Senat, dass man auch nach dem allgemeinen Geist sowol dieses Gesetzes, wie auch der ganzen B.-V., zu keinem andern Resultat kommen kann. Eine der wesentlichsten Aufgaben dieser Gesetze besteht darin, für die Pächter von Gehorchslandgrundstücken die möglichst dauernde und un-

gestörte Nutzniessung dieser Landstücke herbeizuführen, zu welchem Zweck Allem zuvor unerlässlich ist, ihre Beziehungen zum Gutsbesitzer möglichst zu vereinfachen und zu klaren und unbestrittenen zu machen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass wenn es den Bauern gestattet würde nach ihrerseitigem Verzicht auf die alte Pacht oder nach ihrerseitigem Verstreichenlassen der ihnen zur Erklärung gewährten Frist, in der Folge gegen die Wirksamkeit der ihnen gegenüber erfolgten Vorlegung, unter Bezugnahme auf die Ungesetzlichkeit dieser oder jener der ihnen eröffneten Bedingungen, Einwendungen zu erheben, so würde eine derartige Ordnung eine solche Unsicherheit und Unklarheit in die Vermögensrechte des Gutsbesitzers sowol wie auch des neuen Pächters bringen, dass dabei das Ziel des Gesetzes, diese Rechte sicherzustellen und die gegenseitigen Beziehungen der Bauern und des Gutsbesitzers zu vereinfachen, nicht erreicht werden könnte. Der Gutsbesitzer, der in der festgesetzten Frist die Zustimmung des früheren Pächters nicht erhalten hat, hat Kraft des Gesetzes das unbestrittene Recht, den Contrakt mit dem neuen Pächter abzuschliessen, wobei die bis zum Beginn der Pacht verbleibenden 9 Monate bestimmt sind zur Herbeiführung der Einigung zwischen ihnen, der Bestätigung des Contrakts durch den Commissaren und der Ergreifung der nöthigen Maassnahmen seitens des neuen Pächters zur Einrichtung seiner Wirthschaft auf der neuen Pachtstelle. Diese Maassnahmen sind nicht selten mit bedeutenden Ausgaben verknüpft und in jedem Fall muss im ökonomischen Leben des Bauern eine so hervorragende Veränderung, wie die Pachtung einer ihm fremden Landstelle, eine sehr wesentliche Bedeutung haben. Im Hinblick hierauf ist es sehr wichtig, dass dieser neue Pächter, indem er die Bearbeitung seiner Pachtstelle beginnt, in der ungestörten Nutzung dieses Grundstücks wenigstens für die ganze Dauer seiner Pachtzeit vollständig gesichert ist. Wenn jedoch der alte Pächter zu jeder Zeit und ohne durch eine andere Frist, als die der allgemeinen Klageverjährung, beschränkt zu sein, eine Klage über die Anerkennung der Thatsache der Eröffnung der neuen Pachtbedingungen für unwirksam bloss aus dem Grunde anstellen könnte, weil, seiner Meinung nach, eine oder einige von diesen Bedingungen mit dem Gesetz nicht übereinstimmen, und deshalb die Fortsetzung seiner früheren Pacht fordern könnte, so würde ersichtlich die ruhige Nutzniessung des neuen Pächters durch nichts sichergestellt sein, und er beständig in der Furcht, es könnte ihm das Grundstück fortgenommen werden, sich befinden, das Grundstück, für dessen Nutzbarmachung er möglicherweise so bedeutende Ausgaben getragen hat, dass die Bereaubung der Früchte dieser Verwendungen seinen ganzen ökonomischen Wohlstand vollständig erschüttern kann. In Berücksichtigung alles dessen sind auch vom Gesetz genau bestimmte Fristen festgesetzt, innerhalb deren alle Fragen sowol über die Vortheilhaftigkeit des Contrakts für die Pächter, als auch über die Gesetzlichkeit desselben endgültig entschieden werden müssen, und desshalb macht die blosse Thatsache des Ablaufs dieser Fristen das Grundstück zu einem freien und eröffnet den neuen Pächtern die Möglichkeit Pachtcontracte über dieselben abzuschliessen. Indem auf Grund dieser Erwägungen anerkannt wird, dass die Entscheidung des Appellhofs, welche den klägerischen Vertreter mit der Klage auf Anerkennung der Eröffnung der neuen Pachtbedingungen für unwirksam abwies, in ihrem Endresultat als vollkommen richtig sich darstellt — verfügt der Dirig. Senat: das Gesuch des Vertreters des Bauern J. K. .... ohne Verfolg zu lassen».

## § 2.

Die im vorhergehenden § 1 enthaltenen Regeln über Entschädigung des die Landstelle verlassenden Pächters gelten ebenmässig auch für Naturalpachten und mit Naturalleistungen gemischte Geldpachten, bei denen zur Bestimmung des Unterschiedes zwischen der bisher gezahlten und der vom Gutsherrn für die Zukunft geforderten Arrandesumme, die nach den bisherigen Contracten geleisteten Naturalabgaben nach der in den Con-

trakten selbst vereinbarten Taxe (cf. §§ 180 u. 186 der Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860) in Geld umgerechnet werden \*).

### § 3.

Fällt weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149. B.-V.

### § 4.

Will der Gutsherr auf Grund des Art. 102 der Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860 innerhalb des Gehorchtslandes eine neue Vertheilung der Ländereien unter die einzelnen Pachtstellen vornehmen, so darf durchaus kein Theil dieser Ländereien der Nutzung ihrer bisherigen Pächter, ohne deren Einwilligung, entnommen werden, bevor die darüber abgeschlossenen Pachtkontrakte abgelaufen sind; nach Ablauf dieser Contrakte aber hat jeder Pächter, von dessen Landstelle nicht weniger als ein Viertel der bisher dazu gehörigen Ländereien abgetheilt wird, — wenn er nicht etwa mit dem Gutsherrn eine freiwillige Uebereinkunft wegen Erneuerung des Pachtkontrakts für das umgestaltete Landstück trifft, — das Recht, seine Pachtstelle aufzugeben und von dem Gutsherrn, als Entschädigung, den Betrag der Arrendesumme, oder den Werth aller Pachtleistungen des letzten Pachtjahres zu empfangen. Stand in solchen Fällen die Landstelle in gemischter oder Natural-Pacht, so wird der Werth aller Naturalleistungen zu Geld berechnet nach Maassgabe der von dem Pächter selbst gebotenen Pachtsumme. Zugleich empfängt der Pächter, wenn die ganze Pachtstelle zu einem andern Bauerlandstück geschlagen wird, bei Kündigung seiner bisherigen Pachtnutzung nach Ablauf seines Contraktes eine Entschädigung im Betrage der Arrendezahlung eines Jahres.

Anmerkung. Auf Verfügung des Kirchspiels-Gerichts \*\*) kann der Gutsherr von Zahlung der dem Pächter auf Grund dieses Artikels zu entrichtenden Entschädigung befreit werden, wenn er nachweist, dass zum Ersatz des von der Pachtstelle abgeschnittenen Landes demselben die entsprechende Quantität Land von nicht geringerer Güte und Ertragsfähigkeit zugetheilt und also der frühere Werth und die Einträglichkeit der Landstelle in Folge der Umgestaltung derselben nicht vermindert worden ist.

### § 5.

Abgesehen von der in den vorhergehenden §§ festgesetzten Entschädigung erhält der aus seiner Landstelle entfernte Pächter Entschädigung für die von ihm mit Einwilligung des Gutsherrn bewirkten Bodenmeliorationen nach den Abmachungen, welche darüber, gemäss §§ 136—139 der Livländischen Bauerverordnung, im Pachtkontrakte getroffen worden sind.

Anmerkung. Wenn der Pachtkontrakt keine Bestimmung über die dem Pächter zu zahlende Meliorationsentschädigung enthält, so wird der Betrag derselben nach Schätzung des Kirchspiels-Gerichts \*\*) festgesetzt. Die Livländische Bauercommission ist verpflichtet, gleich nach Publication der gegenwärtigen Regeln, zur Richtschnur für die Kirchspiels-Gerichte \*\*) bei dergleichen Schätzungen, eine Instruction nach den Grundsätzen auszuarbeiten, welche ihr von dem General-Gouverneur, mit Anschluss an die über diesen Gegenstand im § 55 des am

\*) Die in den §§ 2, 4, 10 und 11 erhaltenen, die Frohne betreffenden Bestimmungen haben, ebenso wie der ganze § 3, keine Aufnahme gefunden. D. Hrgs.

\*\*) Nach der Justizreform v. J. 1889 die kompetente Civiljustizbehörde.—Die vorgesehene Instruction ist auf S. 88 als № 4 zu Art. 116 wiedergegeben worden. D. Hrgs.

19. Februar 1865 Allerhöchst bestätigten Agrargesetzes für die Insel Oesel enthaltenen Regeln, ertheilt werden.

### § 6.

Die in den vorhergehenden §§ besprochene Entschädigung ist auch bei Aufhebung solcher Pachtkontrakte zu entrichten, welche vor Publication gegenwärtiger Regeln und sogar vor Emanirung der Bauer-Verordnung von 1860 abgeschlossen worden sind.

### § 7.

Die in den §§ 1—5 der gegenwärtigen Regeln enthaltenen Bestimmungen über Entschädigung von Bauern, welche von ihren Landstellen, wegen Verpachtung derselben an andere Personen, entfernt werden, gelten in ihrem vollen Umfange für alle Privatgüter in Livland, mit Einschluss der in Arrende vergebenen oder im Pfandbesitz verbliebenen Güter.

## II. Entschädigung der Bauern, welche von ihren Pachtstellen, wegen Verkaufs derselben an andere Personen, entfernt werden.

### § 8.

Diejenige Person, in deren Arrendebesitz sich die zum Verkauf kommende Landstelle befindet, hat beim Kauf derselben ein Vorzugsrecht vor jedem fremden Käufer, natürlich unter den von diesem in Bezug auf den Kaufpreis, Modalität und Zahlungs-termine des Kaufschillings und Sicherstellung desselben, angebotenen Bedingungen.

### § 9.

Wenn der Gutsherr eine zu seinem Gute gehörige Landstelle zu verkaufen wünscht, mit dem Pächter derselben über die Kaufbedingungen vorläufig nicht einig geworden ist und nun einen andern Käufer gefunden hat, so ist er verbunden, mit diesem Käufer in der Zeit vom 25. Juli bis zum 1. December einen vorläufigen Kaufvertrag abzuschliessen, in welchem der Preis und alle übrigen Kaufbedingungen genau festgesetzt werden müssen. Diesen Kaufvertrag hat er nicht später als am 1. December dem Pächter der zu verkaufenden Landstelle entweder persönlich, oder durch den Gutsverwalter oder einen Bevollmächtigten, vorzulegen, entweder in der Sitzung des Gemeindegerichts, oder gegen schriftliche Bescheinigung des Datums der Vorlage. Wenn der Pächter gesonnen ist, das in seiner Nutzung befindliche Landstück auf die im Kaufvertrage auseinander-gesetzten Bedingungen zu kaufen, muss er seine Absicht dem Gemeindegerichte anzeigen, damit dieses den Verkäufer davon benachrichtige, und sodann den Kauf vollziehen oder dem Gutsherrn für die wirkliche Ausführung seines Vorhabens Bürgschaft stellen. Thut der Pächter dieses nicht binnen 4 Wochen von dem Tage der Mittheilung des projectirten Kaufvertrages, so verliert er sein Vorkaufsrecht auf die in seiner Nutzung befindliche Landstelle, die sodann dem fremden Käufer, mit welchem jener vorläufige Kaufvertrag vereinbart worden war, verkauft wird.

### § 10.

Wenn der Pächter nicht gesonnen ist, die in seiner Nutzung stehende Landstelle zu kaufen oder sein Vorkaufsrecht auf dieselbe verloren hat, und demgemäss diese Pachtstelle von einem anderen Käufer erworben wird, so ist der bisherige Pächter verpflichtet dieselbe zu der im Contrakte bestimmten Frist zu übergeben, wobei er von dem Gutsherrn eine Entschädigung im Betrage der Pachtsumme des letzten Jahres erhält, oder,



wenn die verkaufte Landstelle noch in gemischter Pacht stand, im Betrage von 4 Procenten des letzten, von dem Gutsherrn in vorerwähnter Grundlage angegebenen Kaufpreises. Ausserdem erhält der Pächter Entschädigung für die von ihm bewerkstelligten Bodenmeliorationen gemäss § 5 der gegenwärtigen Regeln.

### § 11.

Wenn der Bauer, in dessen Nutzung sich eine Landstelle befindet, nicht einwilligt dieselbe auf die von dem Gutsherrn gestellten und ihm in vorbeschriebener Weise eröffneten Bedingungen zu kaufen, so kann der Gutsherr dieses Landstück, auch ohne den Ablauf der im Pachtcontract festgesetzten Dauer des Pachtverhältnisses abwarten zu müssen, einer andern Person verkaufen; der bisherige Pächter ist aber nicht verpflichtet, dem Käufer die gekaufte Landstelle früher, als am nächsten Georgentage (23. April), nachdem ihm von dem Gutsherrn der Verkauf angezeigt worden ist, zu übergeben. Bei der Uebergabe erhält der Pächter vom Gutsherrn, ausser der in den §§ 5 und 10 der gegenwärtigen Regeln festgesetzten Entschädigung, noch eine besondere Entschädigung für die vorzeitige Aufhebung des Pachtcontracts im Betrage von nicht weniger als 5 Procent der Arrendesumme für jedes bis zum Ablauf des Pachtcontracts noch übrige Jahr; wenn jedoch im Pachtcontracte, gemäss § 140 der Livländischen Bauer-Verordnung von 1860, für den Fall des Verkaufs der Pachtstelle vor Ablauf der Pachtzeit dem Pächter eine höhere Entschädigung bestimmt worden ist, so ist diese höhere Entschädigung, gemäss den Bestimmungen des Contractes, zu entrichten.

### § 12.

Der Pächter verliert sein Recht auf obige Entschädigung, ganz oder theilweise nur dann, wenn er auf gerichtlichen Urtheilsspruch wegen nachlässiger Bewirthschaftung oder wegen Nichterfüllung seiner contractlichen Verpflichtungen von der Landstelle removirt worden ist. Imgleichen verliert der Pächter sein Recht auf Empfang einer Entschädigung, wenn er selbst, nicht in Folge einer Erhöhung der Arrendesumme oder überhaupt einer von dem Gutsherrn ausgehenden Abänderung der Pachtbedingungen, sondern aus eigenem Wunsche, dem Gutsherrn die Pacht aufsagt.

Anmerkung. Alle obige Bestimmungen treten sogleich nach ihrer Publication in Kraft und werden auch auf solche Pachtcontracte angewendet, welche vor der Publication abgeschlossen worden und in Kraft sind.

### § 13.

Die gegenwärtigen Regeln über die Entschädigung der von ihren Landstellen entfernten Pächter gelten nur für diejenigen Fälle, in welchen Landstellen von dem Gutsherrn an Bauern verkauft oder verpachtet werden, nicht aber für Contracte, welche bäuerliche Grundeigenthümer über Verpachtung ihrer Ländereien und Gehöfte abschliessen; bei Erneuerung von Pachtcontracten der letzten Art gelten nur die in den Contracten selbst getroffenen Bestimmungen.

2. Reg.-Pat. 3. September 1865 № 101: «Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird in Folge einer desfallsigen durch den Antrag Sr. Erlaucht des Herrn General-Gouverneurs von Liv-, Est- und Kurland an den Livl. Herrn Gouvernements-Chef vom 28. August 1865 № 1242 veranlassenen Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen in Ergänzung des diesseitigen Patents vom 7. Juli 1865 № 67, betreffend den Entwurf von Regeln über die von den Gutsbesitzern der Provinz Livland den Pachtwirthen zu leistende Entschädigung, wenn dieselben die in ihrer Nutzung gewesenen Landstellen wegen Erhöhung der Arrendesumme oder Verkaufs der

Pachtoobjekte an andere Personen aufgeben, desmittelst Nachstehendes zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht:

«Gemäss der Mittheilung Seiner hohen Excellenz des Herrn Ministers des Innern an Seine Erlaucht den Herrn General-Gouverneur von Liv-, Est- und Curland vom 27. Mai 1865 № 5448, hat der Ostsee-Comité mittelst Journals verfügt, es Sr. hohen Excellenz dem Herrn Minister zu überlassen, den obenbezeichneten Entwurf Sr. Kaiserlichen Majestät zu unterbreiten und dieser Angelegenheit in der festgesetzten Ordnung weiteren Fortgang zu geben, inzwischen aber, bis zur erfolgten allendlichen Bestätigung dieser Regeln, welche an Stelle der Bestimmungen des § 116 der Bauer-Verordnung v. J. 1860 treten sollen, die Allerhöchste Genehmigung Sr. Kaiserl. Majestät zu erbitten, die in Rede stehenden Regeln sofort in Wirksamkeit setzen zu dürfen, damit die Bauern ungesäumt der ihnen durch dieselben zugedachten Vergünstigungen theilhaftig werden.

Auf dieses Journal hat Seine Majestät der Herr und Kaiser am 22. Mai 1865 Höchsteigenhändig zu schreiben geruht: «zu erfüllen».

3. Reg.-Pat. 9. September 1866 № 82: «Die am 18. Februar 1866 Allerhöchst bestätigten Entschädigungsregeln für das Gouvernement Estland, welche mittelst Ukases Eines Dirigirenden Senats v. 18. März 1866 № 15018 publicirt worden, enthalten im § 4 die Bestimmung, dass eine neue Vertheilung der den verschiedenen Gesinden zugewiesenen Ländereien seitens des Gutsherrn während laufender Pachtzeit nicht gestattet sein soll, bei etwaiger Vertheilung solcher Ländereien nach Ablauf der im Contrakte stipulirten Pachtzeit aber der Pächter für den Fall, dass ihm hierdurch ein Viertel oder mehr seines bisherigen Gesindeareals entzogen wird, berechtigt sein soll, sein Gesinde aufzugeben und eine Entschädigung im Betrage der jährlichen Pachtsumme oder des Werthes aller Pachtleistungen des letzten Jahres zu verlangen.

In der Anmerkung zum § 4 heisst es weiter, dass der Gutsherr nach vorgängiger Bestimmung des Kirchspiels-Gerichts unter gewissen Bedingungen von einer derartigen Entschädigungszahlung an den Pächter befreit sein soll, und zwar nach Punkt 2 der Anmerkung, wenn er beweist, dass er die neue Vertheilung der Pachtstellen, welche ein Dorf bilden, für eigene Rechnung vorgenommen habe, dass die Zahl der Pachtstellen hierdurch nicht vermindert worden, und dass die Pachtsumme, welche er von allen aus einem Dorfe neu gebildeten Pachtstellen fordert, nicht die Pachtsumme übersteigt, welche er für das letzte der neuen Vertheilung vorhergegangene Jahr von sämmtlichen Gesinden des Dorfes erhalten hat.

Weiter heisst es im besagten Punkt 2 der Anmerkung: Wenn bei der neuen Vertheilung der Dorfgesinde die Zahl der Pachtstellen sich gegen früher verringert und in Folge dessen einzelne Wirthe ihrer Gesinde verlustig gegangen, oder wenn die vom Gutsherrn für sämmtliche aus einem Dorfe neu creirten Pachtstellen geforderte Pachtsumme die Pachtsumme übersteigt, welche er für das letzte Jahr vor der neuen Vertheilung von sämmtlichen Dorfgesinde erhalten hat, und in Folge dessen einzelne Wirthe aus dem Besitz ihrer bisherigen Pachtstellen treten, so sollen diese Wirthe in genauer Grundlage des § 4 dieser Regeln entschädigt werden.

Alle für die neue Vertheilung der Dorfgesinde erforderlichen Ausgaben, wie namentlich für die Vermessung der neuen Pachtstellen, für die Errichtung von Wirthschaftsgebäuden u. dergl. muss der Gutsherr aus eigenen Mitteln bestreiten. Die Bestimmung darüber, wieviel Gesinde zum Mindesten erforderlich sind, um ein Dorf zu bilden, ist der Commission für Bauersachen unter Anleitung des Herrn General-Gouverneurs überlassen.

Gleichzeitig mit Bestätigung der Eingangs erwähnten Entschädigungsregeln für das Gouvernement Estland hat Se. Kaiserliche Majestät zufolge Beschlusses des Ostsee-Comités zu befehlen geruht, dass die in Vorstehendem angegebenen Bestimmungen

des Punkt 2 der Anmerkung zum § 4 dieser Regeln auch auf Livland und die Insel Oesel Anwendung finden sollen.

Auf Grund und in Ergänzung dieses auf Livland und die Insel Oesel ausgedehnten Punktes 2 der Anmerkung zum § 4 des in Rede stehenden Entschädigungsgesetzes für das Gouvernement Estland vom 18. Februar 1866 ist gegenwärtig vom Herrn General-Gouverneur der Ostsee-Gouvernements nach vorheriger Einforderung eines Gutachtens der Commission in Livländischen Bauersachen die Bestimmung getroffen worden: dass die Minimalzahl von drei bei einander liegenden Gesinden, deren Ländereien im Zusammenhange stehen, als zur Begriffsbestimmung eines Dorfes nothwendige Voraussetzung anzunehmen ist.

4. Reg.-Pat. 26. April 1868 № 29 («Vom General-Gouverneur auf Grund der Anmerkung zum § 5 der Livländischen Entschädigungsregeln vom 22. Mai 1865 und des § 55 der Oeselschen Agrarregeln vom 19. Februar 1865 bestätigte»)

## Instruktion

für die Kirchspielsgerichte Livlands und Oesels zur Abschätzung der Gesindes-Meliorationen.

### § 1.

Der das Gesinde verlassende Pächter wird nach einer vom örtlichen Kirchspielsgerichte \*) auf Grundlage nachfolgender Regeln zu bewerkstelligenden Abschätzung für alle von ihm mit Einwilligung des Gutsherrn im Gesinde ausgeführten besonderen Meliorationen entschädigt, falls über das Maass und den Modus dieser Entschädigung nicht eine besondere Abmachung in dem Pachtcontract stipulirt war.

### § 2.

Die Einwilligung des Gutsherrn zu den besonders auszuführenden Meliorationen muss, falls sie nicht im Contract ausgesprochen worden, vor dem Gemeindegerichte besonders zu Protokoll erklärt werden.

### § 3.

Als besondere Meliorationen, welche von dem Gutsherrn, falls er in dieselben willigt, zu entschädigen sind, gelten in Livland, wo nicht das Gegentheil ausdrücklich abgemacht worden ist, weder erhöhte Bodencultur noch die Verwandlung von Buschland in Acker, sondern alle anderweitigen, etwa durch Ziehen von Gräben, Ent- und Bewässerungen, Reinigung von Heuschlag und dergleichen mehr bewirkten Verbesserungen des Grundstücks, für Oesel dagegen nur die im § 5 der Regeln betreffend die Agrarverhältnisse der Bauern der Insel Oesel vom 19. Februar 1865 aufgezählten besonderen Meliorationen.

Anmerkung. Nur Bauten, die von Grund aus neu aufgeführt worden sind, auch wenn zu denselben bis zur Hälfte altes Material verwendet wurde, werden als Meliorationen angesehen und müssen entschädigt werden, während alle übrigen Bauten als Reparaturen nicht zu entschädigen sind.

---

\*) Nach der Justizreform v. J. 1889 die kompetente Civiljustizbehörde.

## § 4.

Nachdem das Kirchspielsgericht sich entweder aus dem Contract oder aus dem Gemeindegerichtsprotokoll davon überzeugt hat, dass der Gutsherr in die von dem Pächter ausgeführten Meliorationen gewilligt, delegirt es eines seiner Glieder zu einer Localuntersuchung ab.

## § 5.

Diese Localuntersuchung hat zum Zweck die Feststellung dessen, ob die im § 3 dieser Instruktion vorgesehenen Arbeiten ausgeführt sind und ob dadurch die Ertragsfähigkeit des Grundstücks erhöht worden ist oder nicht.

## § 6.

Sodann hat das Kirchspielsgericht auszumitteln, ob das zu den Arbeiten verwendete Material von dem Pächter selbst beschafft oder von dem Gutsherrn resp. der Gemeinde unentgeltlich hergegeben worden ist, sowie ferner, ob die Gemeinde dem Pächter bei Ausführung der Arbeiten, sei es nun durch Anfuhr des Materials oder sonst wie, geholfen hat oder nicht.

## § 7.

Hierauf schreitet das Kirchspielsgericht zur Abschätzung der ausgeführten Meliorationen in Grundlage der nachfolgenden Bestimmungen.

## § 8.

Nachdem das auf die Meliorationen verwendete Material, welches von dem Gutsherrn oder der Gemeinde unentgeltlich hergegeben wurde, in Abzug gebracht worden ist, erfolgt die Schätzung des hierauf übrig bleibenden, also vom Pächter selbst beschafften Materials nach den in der Gegend für dasselbe zur Zeit der Verwendung gangbaren Preisen.

Anmerkung. Ist auf die besondere Melioration des Pachtgesindes Material verwendet worden, das zur Zeit der Verwendung gesetzliche Pertinenz des Gesindes war, so ist dasselbe dem Pächter nicht zu entschädigen.

## § 9.

Zu dieser Summe wird der Werth der sonst vom Pächter bestrittenen Ausgaben, sowie der von demselben selbst verwendeten Arbeit hinzugeschlagen, und ist der Werth dieser Arbeit nach der vom Pächter zur Zeit der bewerkstelligten Meliorationen gezahlten Pachtsumme im Verhältniss zur Zahl der wackenbuchmässigen Arbeitstage zu berechnen, indem dem Pachtwerth eines Thalers 30 Fusstage oder 22½ Pferdetage aequivaliren.

## § 10.

Von der auf diese Weise gewonnenen Aufwandssumme für die ausgeführten Bauten oder anderen Arbeiten werden jährlich 2½%, gerechnet von der Beendigung der Arbeit bis zur Aufhebung des Contracts, in Abzug gebracht.

## § 11.

Von der in dem vorigen § enthaltenen Regel findet eine Ausnahme nur hinsichtlich der künstlichen Anzucht von Wald statt, indem die für denselben abgeschätzte Summe dem Pächter ohne allen Abzug zugesprochen werden muss \*).

---

\*) S. zu Art. 141 B.-V.

## § 12.

Ein gerichtlich anhängig gemachter Meliorations-Entschädigungs-Anspruch hält die Abgabe des Gesindes nicht auf.

## § 13.

Die Möglichkeit der Devolvirung eines Meliorations-Entschädigungsprozesses an eine höhere Instanz richtet sich nach dem Forderungsbetrage desselben\*).

5. Publikation der Commission für B.-S. (Livl. Gouv.-Zeitg. 11. Juni 1886 № 63): «Es ist zur Kenntniss der Livländ. Comm. f. B.-S. gelangt, dass die Pächter verkaufter Bauerland-Gesinde von den bauerlichen Gerichten nicht selten auf Gefahr und Rechnung des Gutsbesitzers ausgesetzt und mit ihren Entschädigungsansprüchen auf den Weg der Civilklage verwiesen werden.

In der Erwägung, dass ein derartiges Verfahren dem Sinne des Art. 11 der Allerhöchst am 22. Mai 1865 bestätigten Entschädigungsregeln (Pat. der Livl. Gouv.-Verw. vom 7. Juli 1865 № 67) nicht entspricht, bringt die Livländische Commission für Bauer-Sachen, auf Grund des § 1119 der Livl. B.-V. v. J. 1860, zur allgemeinen Kenntniss und Nachachtung, dass gemäss den oben citirten Entschädigungsregeln, der Pächter eines einer dritten Person verkauften Bauerlandgesindes sogleich bei Abgabe desselben von dem Gutsbesitzer als Entschädigung eines Jahres Pacht und ausserdem für jedes bis zum Ablauf des Pachtkontrakts übrige Jahr 5% von der Jahrespacht zu erhalten hat. Daher ist der Gutsbesitzer nicht berechtigt, diese Entschädigung zurückzuhalten und die Aussetzung des Pächters auf seine Gefahr zu verlangen, vielmehr ist er gehalten, demselben Allem zuvor die gesetzlich bestimmte Entschädigungssumme auszukehren. Sollte aber der Gutsherr dem früheren Pächter gegenüber gesetzliche Forderungen geltend zu machen haben, so kann er bei Anstellung einer bezüglichen Civilklage die gesetzlich bestimmte Entschädigungssumme, bis zur Entscheidung der Sache, bei Gericht einzahlen».

Vergl. auch Anmerkung zu Art. 214.

## § 117.

Fällt weg, weil die Frohne betreffend, s. zu § 149.

## § 118.

Das Geschäft der Prüfung und Bestätigung neuer Messungen und Bodentaxationen (Wackenbücher) ist vom *Commissaren für Bauer-Sachen* zu bewerkstelligen nach folgenden Regeln:

- I. *Der Commissar für Bauer-Sachen* hat die Karten und Wackenbücher der neuen Messung sorgfältig zu prüfen *und zu bestätigen*.
- II. *Der Commissar für Bauer-Sachen* hat namentlich auf folgende Momente seine Aufmerksamkeit zu richten:
  - 1) auf die vollständige Protokollirung der Verhandlungen und insbesondere der in loco stattgehabten, aus welchen sich namentlich ergeben muss:

---

\*) Nach jetzt geltendem Civilprocessrecht trifft dieses nur zu bei Sachen, die im Gemeindegericht und Friedensgericht verhandelt werden, während gegen jedes Urtheil des Bezirksgerichts die Appellation zulässig ist (Gem.-Ger.-Ord. II Art. 98, Civ.-Pr.-Ord. Art. 156 Pkt. 1 und Art. 743).

- a) dass sämtliche beteiligten Bauergemeindeglieder gehört worden und
  - b) was dieselben hinsichtlich der neuen Messung geäußert;
- 2) auf die Unterzeichnung des Protokolls, welches nicht allein vom *Commissaren für Bauer-Sachen*, sondern auch von den Repräsentanten der Gutsverwaltung und dem Gemeindevorstande unterschrieben sein muss, und
  - 3) auf die regelrechte Form des neu entworfenen Wackenbuches nebst Karte, die von einem vereidigten Landmesser angefertigt oder verificirt sein muss.

Anmerkung. Ueber die Art und Weise der Anfertigung neuer Wackenbücher s. Beilage sub lit. A.

1. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

2. Publikation der Commission für B.-S. v. J. 1882 № 7120 (Gouv.-Zeitg. 15. December 1882 № 144): «Um die Vollständigkeit der öffentlichen Zwecken, namentlich auch der Dessätinensteuer-Erhebung dienenden, von der beim Livländischen Landraths-Collegium errichteten Central-Steuer-Commission geführten Grundbücher zu gewährleisten, andererseits auch den kompetenten Behörden die Controle über die Integrität der das steuerpflichtige (sog. Bauerland und Quote) von dem schatzfreien Hofeslande scheidenden Demarkationslinie zu erleichtern, macht die Commission für Livländische Bauersachen auf Grund des § 1121 und mit Beziehung auf die §§ 66, 104 und 118 der Livl. B.-V. v. J. 1860 bekannt:

- 1) Pkt. 1 fällt weg, weil nach § 76 d. zeitw. Regeln für d. Verfahren in Grundbuch-sachen v. 9. Juli 1889 die Mittheilung der vollzogenen Corroboration eines Kaufkontrakts über eine Bauerlandstelle Obliegenheit des Chefs der Grundbuch-Abtheilung ist.
- 2) Das Kirchspielsgericht\*) hat den von ihm aufgenommenen Austauschakt der Central-Steuer-Commission vorzustellen und kann den beabsichtigten Austausch erst bestätigen nach eingegangener Bescheinigung darüber, dass der Austausch in den Grundbüchern vermerkt ist;
- 3) Entscheidet sich das Kirchspielsgericht\*) für Bestätigung neuer Charten und Wackenbücher, so sendet es dieselben zunächst der Central-Steuer-Commission ein, welche sie mit einer Bescheinigung über den vollzogenen Vermerk der neuen Vermessung und Bodentaxation in den Grundbüchern, dem Kirchspielsgerichte\*) zurückerstattet.

---

\*) Nach der Justizreform v. J. 1889 der Commissar für Bauer-Sachen.

D. Hrsq.

## Erstes Capitel.

### Verpachtung des Gehorchslandes.

#### Erste Abtheilung.

#### Allgemeine Bestimmungen über Verpachtung jeder Art.

##### § 119.

Kein Grundstück des Gehorchslandes darf auf kürzere Zeit als auf sechs Jahre verpachtet werden. Hiervon sind nur die in den §§ 84, 90 und in der Anmerkung zu § 199 gedachten Fälle ausgenommen, sowie die noch nicht regulirten, in der Messung begriffenen Güter, welchen es gestattet ist, in die bezüglichen Contrakte die Clausel aufzunehmen, dass dieselben auch vor Ablauf der stipulirten Pachtzeit mit beendeter und bestätigter Messung expiriren. Die Gutsverwaltungen können bei dem Abschluss von Pachtkontrakten über bäuerliche Grundstücke den Pächtern auch ein ausgedehnteres, ja sogar ein alljährliches Kündigungsrecht einräumen.

Erläuterung d. Commission f. B.-S. 27. Mai 1868 № 194 (an das Pernaufellinsche Kreisgericht): «... Wenn nun der citirte § keinerlei Unterscheidung in Bezug auf die Person des Verpächters macht, sondern vielmehr nur bestimmt, dass alle Gehorchslandgrundstücke auf wenigstens 6 Jahre zu verpachten sind, mithin nur auf die Qualität des betreffenden Grundstücks Rücksicht nimmt, ob dasselbe nämlich zum Gehorchsland oder Hofesland gehört, so erscheint es in Bezug auf die gesetzliche Dauer der Pachtkontrakte durchaus irrelevant, ob der Verpächter der Gutsherr oder ein Bauergrundeigenthümer sei, als worüber rubr. Kreisgericht hiemit Eröffnung gemacht wird».

##### § 120.

Kein Grundstück des Gehorchslandes darf fernerhin auf immerwährende Zeiten verpachtet werden.

##### § 121.

Die bereits bestehenden erblichen Pachtkontrakte verbleiben in Kraft.....

Der übrige Theil des § fällt weg, weil die Frohne betreffend, s. zu § 149.

##### § 122.

Ueberhaupt dürfen Grundstücke des Gehorchslandes immer nur auf eine bestimmte Zeit verpachtet werden, welche jedoch bei Geld-, Natural- und solchen gemischten Pachtkontrakten, nach welchen die Leistung theils in Geld, theils in Naturabgaben besteht, den Zeitraum von fünfzig Jahren,.....nicht übersteigen darf.

Der übrige Theil des § fällt weg, weil die Frohne betreffend, s. zu § 149.

## § 123.

Die einzige Ausnahme von dieser Regel machen Pachtverträge auf zwei Vererbungen. Diese Verträge sind gesetzlich der Art gestattet, dass bei dem Ablauf solcher Pacht durch Eintritt der dritten Vererbung d. i. bei dem Ableben des das Pachtstück in der dritten Generation inne gehabt habenden Pächters, dessen natürlicher oder designirter Erbe das Recht hat die Pacht unter den in § 116 bezeichneten Bedingungen zu behalten.

## § 124.

Bei einer jeden Verpachtung auf zwei Vererbungen muss der Pächter unerlässlich das Pachtstück je nach dessen Grösse mit dem gesetzlichen eisernen Inventarium (siehe Beilage sub litt. C) versehen. Dieses Inventarium geht nicht nur bei jeder Vererbung ungetheilt auf den das Grundstück in Pacht nehmenden Nachfolger über, sondern kann auch bei dem Ablauf der Pacht dem Grundstück nicht entzogen werden, sondern geht mit dem Pachtstück auf den neuen Pächter über.

## § 125.

Bei einer Theilung der Erbschaft dessen, der das Inventarium constituirt hat, muss selbiges in die Erbportion, welche der erste Nachfolger im Pachtstück erhält, eingerechnet werden. Ist jedoch das eiserne Inventarium grösser als die Erbportion, die dem erwähnten Erben nach der gleichmässigen Vertheilung zufällt, so dürfen ihm keine Auszahlungs-Verbindlichkeiten gegenüber seinen Miterben auferlegt werden. Wenn er etwa anderweitiges Vermögen besitzt, braucht er gleichermaassen aus demselben die Miterben nicht zu entschädigen.

## § 126.

Der Bauer, welcher ein Grundstück auf zwei Vererbungen in Pacht genommen, oder aber in eine solche Pacht durch Erbschaft eingetreten ist, hat jedesmal das Recht:

- a) für die Dauer der Pacht seinen unmittelbaren Nachfolger oder Contrakts-Erben aus seinen gleichberechtigten Descendenten und, wo diese mangeln, oder sich erweislich nicht zur Fortführung der Wirthschaft qualificiren sollten, aus der Zahl seiner gleichberechtigten anderen Erben nach eigenem Belieben zu wählen;
- b) nach Ablauf seiner Pacht und bei neuer Verpachtung des Grundstücks ein Vorzugsrecht unter gleichen Bedingungen gegenüber allen sonstigen Concurrenten in Anspruch zu nehmen;
- c) seine Pacht einem etwaigen ihm selbst gleich berechtigt gewesenen Miterben zu cediren. Der Eigenthümer des Grundstücks darf solches nicht verweigern, es sei denn, dass er gegen die Person des Cessionars triftige Gründe aufzustellen und wie gehörig zu erweisen vermag.



## § 127.

Auch bei allen sonstigen Verpachtungen von Grundstücken ist es den Pachtcontrahenten freigestellt, die Errichtung eines eisernen Inventarii, immer in der gesetzlichen Grösse, wie selbige in der Beilage sub litt. C, je nach der Ausdehnung des Pachtstücks festgestellt ist, zu stipuliren.

## § 128.

Ueberall, wo ein solches eisernes Inventarium, gleichviel auf welche Weise, rechtsgiltig entstanden ist, darf es seinem Wesen nach in keiner Weise mehr von dem Fundus, dessen untrennbare Pertinenz es bildet, abgelöst werden.

## § 129.

Es kann mithin ein eisernes Inventarium nie anders weder besessen noch verhypothecirt werden, als zusammen mit dem Grundstück, zu welchem es gehört, und gleichermaassen nicht anders, als ungetrennt von dem ganzen Grundstück zur Befriedigung irgend welcher Verhaftungen des Grundbesitzers, sie mögen sein welcher Art sie wollen, wie namentlich im Falle eines Concurses, bei rückständigen Abgaben, bei Magazinschulden, bei Sequestrationen etc. etc. verwandt werden \*).

---

\*) Während bei den anderen Gewerben das nothwendige Handwerksgeräth nur bedingt von der Zwangsvollstreckung befreit ist; Pkt. 4 Art. 974 R.-Civ.-Pr.-O.; ist beim hauptsächlichsten Gewerbe, dem landwirthschaftlichen, der Schutz des Gesetzes ein absoluter, denn das eiserne Inventar des Gesindes ist nicht Gegenstand der gerichtlichen Beitreibung; Pkt. 9 Art. 973 R.-Civ.-Pr.-O., Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Gerichtswesens in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 Art. 105 (Art. 1842 R.-Civ.-Pr.-O., Ausgabe v. J. 1892) und die Motive zu demselben. Nach diesen Motiven haben sowohl das Justizministerium; Motive zum Entwurf der Bestimmungen über die Ausdehnung der Civ.-Pr.-O. auf die Balt. Gouv. pag. 51—54; wie der Reichsrath; Journal des Reichsraths № 34 pag. 19; anerkannt, dass das eiserne Inventar der Bauergesinde in keinem Fall von dem Grundstück losgelöst werden kann und ein untrennbares Zubehör dessen bildet. Da auch in der neuesten Fortsetzung des Prov.-R. Th. III v. J. 1890 die Anmerkung zu Art. 566, welche die Pertinenzqualität des eisernen Inventars hervorhebt, unalterirt geblieben ist, so erhellt hieraus, dass den höchst einseitigen Ausführungen des Verfassers der Motive des Justizministeriums zu dem Entwurf der zeitweil. Regeln für das Verfahren bei der Corroboration von Kaufkontrakten über Bauerlandstellen (Art. 70 d. zeitw. Regeln f. das Verf. in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889) der Gesetzgeber seine Anerkennung versagt hat. Ferner wird das eiserne Inventar nicht zur Konkursmasse gezogen; zeitweil. Regeln f. d. Konkursverfahren v. 9. Juli 1889 Art. 15 Anmerk. u. Art. 18 Pkt. 1 (R.-Civ.-Pr.-O. Art. 1899 Beil., Ausg. v. J. 1892). Die mitgetheilte Entscheidung des Senats v. J. 1892 № 22 erweitert nun das unantastbare Vermögen des kleinen Landwirths in zweifacher Hinsicht, indem erstlich die zur Führung der Landwirthschaft unentbehrliche Habe der Knechte und Lostreiber gleichfalls unter den Schutz des Gesetzes gestellt wird, und zweitens, indem für die Gesindeswirthe ausser dem eisernen Inventar auch noch die unentbehrlichen Ackergeräthe, Stroh- und Viehfuttervorräthe von der Zwangsvollstreckung befreit werden. Die hiebei aus dem Reichsrecht erfolgte Uebertragung einer hierzulande seit Menschengedenken antiquirten ständischen Verschiedenheit passt in den Rahmen des baltischen Rechts zwar nicht hinein, — denn im politischen und Wirtschaftsleben hat hier der Bauer im engeren Sinn keine Rolle, sondern es ist immer nur die Rede vom Kleingrundbesitzer, — jedoch negirt die neueste, oben zu Art. 101 mitgetheilte den Kleingrundbesitz betreffende Entscheidung des Senats ausdrücklich die Unterscheidung zwischen Bauer im engern und weitern Sinn, sodass die Praxis sehr wol dem Pkt. 10 Art. 973 R.-Civ.-Pr.-O. eine weitere Interpretation angedeihen lassen kann, welche im Grunde nur eine Bewahrung des richtigen livländischen Begriffs «Bauer» wäre, wie sie in den Artt. 229 ff. B.-V. gegeben ist.

Entscheidung d. Plenar-Versammlung d. 1., 2. u. d. Cassat-Depart. d. Dirig. Senats v. 18. Mai 1892 № 22: «.... Die Inventur der beweglichen Habe des schuldigen Bauern kann durch den Gerichtsvollzieher nicht anders bewerkstelligt werden, als im Beisein des Gemeinde-Aeltesten, behufs Bestimmung dessen, welcher Theil dieses Vermögens zur Befriedigung des Klägers, ohne Zerstörung der bäuerlichen Wirthschaft, verkauft werden kann, wobei die dem Gerichtsvollzieher für die Inventur zukommende Entschädigung, — welche Inventur, dem Gesetz nach, der Beprüfung und Bestätigung des Commissars f. B.-S. nicht bedarf, — dem Werthe des thatsächlich zum Verkauf bestimmten bäuerlichen Vermögens entsprechend sein muss..... In Gemässh. des Pkt. 10 Art. 973 Civ.-Pr.-O. unterliegt der Beschlagnahme nicht diejenige bewegliche Habe des Bauern, welche als unentbehrlich für die bäuerliche Wirthschaft anerkannt ist. Dieser Artikel kann, seinem genauen Sinn nach, nur Anwendung finden bei der Beschlagnahme der beweglichen Habe solcher Personen, welche, nach ihren Standesrechten, dem bäuerlichen Stande angehören, erstreckt sich somit nicht auf diejenigen Mitglieder der Landgemeinde, welche diesem Stande nicht angehören, und desshalb auch nicht als Bauern, welche eine bäuerliche Wirthschaft führen, angesehen werden können. — Anlangend die Frage, was unter «bäuerlicher Wirthschaft» zu verstehen ist, so findet der Dirig. Senat, dass unter diesen Begriff die Landwirthschaft im Dorfe fällt, in dem den Bedürfnissen und der Existenz von Personen bäuerlichen Standes entsprechenden Maassstabe. Hiebei hat der Umstand keine Bedeutung, auf welchem Lande namentlich die Wirthschaft geführt wird, — auf Bauer- oder Hofesland, auf vom Bauern zu Eigenthum erworbenen oder in seinem Pachtbesitz befindlichen Lande, —: in allen diesen Fällen muss seine Wirthschaft, ihren äusseren Kennzeichen nach, als bäuerliche anerkannt werden, und hiebei macht es keinen Unterschied, ob dieselbe in den Baltischen Gouvernements auf einer umfangreicheren Wirthsstelle (Gesinde), oder aber auf einer kleinen Lostreiber- und Knechtsstelle betrieben wird. Es ist selbstverständlich, dass der angeführte Pkt. 10 Art. 973 Civ.-Pr.-O. auf die Fälle der Beschlagnahme von Vermögen eines Bauern, der ein Rittergut oder abgetheilte Gutsvorwerke (Hoflagen) gekauft oder gepachtet hat, nicht anwendbar ist, denn eine Wirthschaft, wie sie auf derartigen Gütern oder Gutstheilen geführt wird, muss, nach ihrem ganzen Charakter, nicht als bäuerliche, sondern als herrschaftliche Wirthschaft angesehen werden.....».

### § 130.

Bei Theilungen des Grundstücks selbst, in Veranlassung von Erbschaft oder sonst, wird das eiserne Inventarium im Verhältniss zu der Grösse der Parzellen des zu theilenden Grundstücks getheilt. Bei Erbschaften aber, wo das Grundstück nicht getheilt werden soll oder darf, geht das eiserne Inventarium an denjenigen Erben, der das Grundstück überkommt, gemäss § 125, über.

### § 131.

Bei jeder Verpachtung, bei welcher die Errichtung eines eisernen Inventarii zur Bedingung gemacht ist, muss das Aequivalent speciell bezeichnet sein, für welches der Pächter jene Verpflichtung übernommen hat. Ist solches in einem auf Erben und Erbnehmer geschlossenen Pachtcontracte geschehen, so haben im eintretenden Erbfalle die Erben des Pächters das Recht, entweder das Pachtverhältniss mit Uebernahme der Verpflichtung hinsichtlich des eisernen Inventarii fortzusetzen oder aber der Pacht gänzlich zu entsagen. Falls die Errichtung

eines eisernen Inventarii abhängig gemacht war von dem Genusse gewisser Vortheile aus dem Pachtstücke für die Dauer einer stipulirten Frist, und der Pächter vor Ablauf dieser Frist stirbt oder sein Pachtstück verlässt, die Erben aber die Fortdauer der Verpflichtung nicht auf sich nehmen, alsdann wird von dem Complex des Inventarii, welches nach Ablauf der Contraktzeit dem Pachtstück als eisernes verbleiben sollte, nur ein im Verhältniss zur verflossenen Pachtzeit stehender Theil als eisernes Inventarium angesehen. Dieser Theil wird aus der Hinterlassenschaft des Verstorbenen ausgesondert, während der Ueberschuss der Erbtheilung anheimfällt.

### § 132.

Wird ein eisernes Inventarium durch Vernachlässigung des derzeitigen Pachtinhabers oder durch Unglücksfälle incomplet, so steht dem Verpächter das Recht zu, eine Frist (jedoch mindestens ein Jahr) anzuberaumen, innerhalb welcher Pächter des Inventarium unter Controle des Verpächters auf seine gesetzliche Norm zu bringen verpflichtet ist. Vermag derselbe solches nicht, so erlischt nach Ablauf des Jahres der Contrakt. Jedoch bleibt es dem Pächter unbenommen, in solchem Falle seine contraktlichen Rechte und Verpflichtungen noch vor Ablauf der Jahresfrist auf eine dritte Person zu übertragen, insofern der Verpächter gegen selbige nichts Rechtliches einzuwenden und zu begründen vermag, und der Cessionar sofort bei Uebernahme der Pacht das eiserne Inventarium in complete Stand setzt.

### § 133.

Jedem Pächter, sowie auch jedem Eigenthümer eines Pachtstücks bleibt es unbenommen, sein eisernes Inventarium auf eigene Rechnung auch über den gesetzlichen Betrag hinaus zu vergrössern.

Anmerkung. Ueber die Errichtung eiserner Inventarien auf Grundstücken, welche Bauern eigenthümlich erwerben, und über die Controle hinsichtlich ihres Bestandes s. § 225 und 346 Pkt. 6.

### § 134.

Bei Verpachtungen von Grundstücken des Gehorchslandes dürfen dem Pächter in keinem Falle öffentliche, gesetzlich dem Hofe obliegende Leistungen, wie etwa die Hakenbeiträge zu den Landesprästande und Ladengelder im Pachtcontracte auferlegt werden. Desgleichen dürfen dem Pächter nicht die im § 220 aufgezählten Rittergutsberechtigungen mit verpachtet werden.

1. Publikation d. Livl. Gouv.-Reg. v. 11. November 1892 № 270 (Gouv.-Zeitg. 11. November 1892 № 122): «Die Livländische Gouvernements-Regierung publicirt zur allgemeinen Kenntniss und Nachachtung nachstehende Erläuterung des gesetzlichen Modus der Erhebung der Reichsgrundsteuer in den Grenzen des Gouvernements, welche Erläuterung von dem Finanzministerium in dem auf den Namen des Herrn Livländischen Gouverneurs gestellten Antrag v. 3. October a. c. sub № 2523 gegeben ist: Zur Zahlung der Reichsgrundsteuer, welche von den in langdauernder Pacht der Bauern

befindlichen gutsherrlichen Ländereien im Gouvernement Livland erhoben wird, sind die Gutseigenthümer und nicht die bäuerlichen Pächter heranzuziehen‘.

Auf Grund dieser Interpretation des Finanzministeriums macht die Livländische Gouvernements-Regierung in Gemässheit des Protokolls der Livländischen Commission in Bauer-Sachen v. 21. October 1892 bekannt, dass zur Entrichtung der Reichsgrundsteuer, welche von dem seitens der Gutsbesitzer an Bauern in Pacht vergebenen Gehorschlande erhoben wird, nach den in Zukunft abzuschliessenden Contracten nicht die bäuerlichen Pächter, sondern die Gutseigenthümer herangezogen werden müssen\*.

2. Erlass d. Gouverneurs an d. Kreis-Chefs u. Commissare f. B.-S. v. 11. October 1893 № 267 (Gouv.-Zeitg. 13. October 1893 № 112): «.... Nach Überprüfung der Frage, wie in solchen Fällen zu verfahren ist, wenn der Text des nach der alten Form abgeschlossenen Pachtkontrakts mit dem durch die Erläuterung des Finanzministeriums festgesetzten Modus bei der Erhebung der Steuer im Widerspruch steht, — hat die Gouv.-Beh. f. B.-S. erkannt, dass in Anbetracht der Deutlichkeit der im Antrage des Herrn Finanzministers v. 3. October 1892 № 2523 enthaltenen Entscheidung, die Reichsgrundsteuer in jedem Fall von den Gutseigenthümern und nicht von den Bauern, welche von ihnen sei es Hofes- oder Gehorschland arrendiren, zu erheben sei.

Wenn jedoch ein Arrendegeber durch eine solche Erläuterung in seinen aus den von ihm mit den Bauern abgeschlossenen Pachtcontracten entspringenden Rechten sich geschädigt fühlen sollte, so kann er diese Rechte auf gerichtlichem Wege geltend machen.....».

### § 135.

Servitute dürfen dem Pächter zwar eingeräumt werden, indessen muss dabei im Contrakte genaue Bestimmung getroffen sein, in welchem Umfange, wo und zu welcher Zeit die eingeräumte Servitut ausgeübt werden darf, und auf wie lange Zeit dieselbe innerhalb der Pachtdauer Geltung hat.

### § 136 †).

Bei jeder Verpachtung eines Grundstücks des Gehorschlandes muss contractlich genau festgestellt werden, wie es bei der Abgabe des Pachtstücks hinsichtlich der Vergütung für die vom Pächter bewerkstelligten Bodenmeliorationen zu halten sein wird.

†) Zu diesem und den folg. §§ 137—40 vergl. die zu § 116 angeführten gesetzlichen Erlasse. — Um das Buch nicht mit Beilagen zu beschweren, findet das Gesetz über den landwirthschaftlichen Meliorationskredit hier seine Stelle. R.-R.-G. 6. Mai 1896 über die Darlehen zu landwirthschaftlichen Meliorationen (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 25. Juni 1896 № 78 Stück 846 \*): «Der Reichsrath..... hat für gut erachtet: I. Zum Zweck der Beihülfe in der Entwicklung der Landwirthschaft zeitweilig, auf drei Jahre, die Ertheilung von Darlehen zu landwirthschaftlichen Meliorationen auf Grund nachstehender Regeln zu genehmigen:

#### 1) Allgemeine Grundsätze.

1) Für die Verabfolgung von Darlehen zu landwirthschaftlichen Meliorationen wird ein besonderes Capital gebildet, welches den Specialmitteln des Ministeriums der Land-

\*) Mittlerweile als Reg.-Pat. v. 4. December 1896 № 89 publicirt.

D. Hrsg.

wirtschaft und Reichsdomänen zugezählt wird. Dieses Capital wird ergänzt: a) durch die Capital- und Tilgungszinsen der ertheilten Darlehen und b) durch jährliche Assignationen aus den Mitteln der Reichs-Rentei.

2) Die Aufsicht über die Operation der Ertheilung von Darlehen für landwirthschaftliche Meliorationen concentrirt sich im Ministerium der Landw. und Reichsdom. in der Abtheilung für ländliche Oekonomie und landwirthschaftliche Statistik.

3) Ueber die Ertheilung der Darlehen entscheidet der Minister der Landw. und Reichsdom., nach vorgängiger Beprüfung der Sache im Conseil des Ministers, an welchem je ein Vertreter der Ministerien der Finanzen und des Innern mit Stimmrecht Theil nehmen. Die Geschäftsführung im Conseil in Sachen der Ertheilung von Darlehen für landwirthschaftliche Meliorationen wird der Abtheilung für ländliche Oekonomie und landwirthschaftliche Statistik aufgelegt.

4) und 5) betreffen die innere Verwaltung.

6) Die Darlehen werden ertheilt: a) für Austrocknungs-, Bewässerungs- und Anpflanzungsarbeiten, gleichwie zur Befestigung von Flussufern, Schluchten und Sandflächen, und b) zur Anlage von Fruchtgärten und Weinbergen.

Anmerkung. Ueber die Eröffnung der Operation der Verabfolgung von Darlehen für die in diesem Art. angeführten Arten von Meliorationen in den einzelnen Gegenden entscheidet der Minister der Landw. und Reichsdom., nach Einvernehmen mit dem Finanzminister und im Fall der Verabfolgung der Darlehen an Landschaften oder durch Vermittelung der Landschafts-Institutionen — auch mit dem Minister des Innern. Ueber seine diesbezüglichen Verfügungen, sowie gleichfalls hinsichtlich der in den Artt. 13, 17 Anmerkung und 22 gedachten Punkte stellt der Minister der Landw. und Reichsdom. dem Dirig. Senat zwecks Publikation zur allgemeinen Kenntnissnahme vor.

7) Die Darlehen werden nur unter der Voraussetzung einer vorgängigen Klarlegung der Produktivität der beabsichtigten Ausgabe und der Aufsicht über die Verwendung des Darlehns der Bestimmung gemäss ertheilt.

8) Wenn die vom Darlehnnnehmer unternommene Melioration von Bedeutung für die ganze Gegend ist, oder wenn durch die Ausführung der Arbeiten auf Privatländereien die Ausführung derselben Arbeiten auf benachbarten Kronsländereien erleichtert oder verbilligt werden kann, so wird dem Minister der Landw. und Reichsdom. anheimgestellt, einen Theil der Kosten der Arbeiten auf die zur Verfügung des Ministeriums abgelassenen speciellen Credite (für Trockenlegung, Anpflanzungen u. dergl.) zu übertragen.

9) Die Ausführung der im Art. 6 Pkt. a gedachten Meliorationsarbeiten kann, insbesondere an den Orten, wo derartige Arbeiten auf Kronsländereien zu bewerkstelligen sind, auf Ansuchen der Darlehnsnehmer, durch das Ministerium der Landw. und Reichsdom. und zwar durch specielle Expeditionen und durch die in seinem Ressort befindlichen Techniker bewerkstelligt werden. In diesem Fall werden die Ausgaben für die technische Aufsicht über die Ausführung der Arbeiten auf die zur Verfügung des Ministeriums abgelassenen Credite übertragen, die Ausgaben hingegen für die Zusammenstellung des Planes und des Anschlags der projektirten Meliorationsarbeiten werden auf die Rechnung des Darlehnnnehmers gestellt.

10) Die Darlehen werden verabfolgt: a) den Landschaften, zur Ausführung der im Art. 6 Pkt. a erwähnten Meliorationen, welche eine Bedeutung für das ganze Gouvernement oder den Kreis haben; b) den einzelnen Grundbesitzern, und c) den Landgemeinden.

11) Die Darlehen an die Landschaften werden in dem nach gegenseitiger Uebereinkunft der Minister der Landw. und Reichsdom., der Finanzen und des Innern normirten Betrage und auf die in jedem besonderen Fall festgesetzten Bedingungen hin ertheilt.

12) Die Darlehen an einzelne Grundbesitzer und Landgemeinden (Art. 10 Pkte. b u. c) werden entweder unmittelbar auf Verfügung des Ministers der Landw. u. Reichsdom. verabfolgt, oder durch Vermittelung der Landschaftsinstitutionen.

## 2) Von den unmittelbar auf Verfügung des Ministers d. Landw. u. Reichsdom. ertheilten Darlehen.

13) Die Darlehen werden auf bestimmte Fristen ertheilt, deren längste Dauer zwanzig Jahre nicht übersteigt und für jede Art der Melioration vom Minister d. Landw. u. Reichsdom., nach Einvernehmen mit dem Finanzminister, festgesetzt wird, und in einem Maassstabe, der  $\frac{3}{4}$  des Werthes der Melioration nicht überschreitet.

14) Für die ertheilten Darlehen zahlen die Darlehnehmer postnumerando vier Prozent vom Capital und die Tilgung entsprechend der Zeitdauer des Darlehns.

15) Das Darlehen kann durch das Immobil sichergestellt werden, auf welchem die Melioration bewerkstelligt wird, sowie gleichfalls durch anderes unbewegliches Vermögen (Ländereien und Gebäude) oder durch solche zinstragende Papiere, welche zur Sicherstellung bei Kronsarbeiten und Lieferungen angenommen werden (Artt. 44 u. 77 Verord. üb. d. Kronsarbeiten u. Lieferungen, Cod. d. Reichsges. Bd. X Th. 1, Ausg. v. J. 1887 u. nach d. Forts. v. J. 1895). Unbewegliches Vermögen, welches keine Revenuen tragen kann, wird als Pfand nicht angenommen.

Für Darlehn zu den im Art. 6 Pkt. b erwähnten Meliorationen wird unbewegliches Vermögen zur Sicherstellung nur im Maassstab von höchstens 75% seines Werthes angenommen.

Anmerkung 1. Der Werth des zur Sicherstellung angebotenen unbeweglichen Vermögens wird auf Grund der normalen und speciellen Schätzungen der Reichs-Adels-Agrarbank, der Bauer-Agrarbank und anderer Credit-Anstalten, der Schätzungen für den unentgeltlichen Uebergang von Vermögen und überhaupt auf Grund der über dieses Vermögen vorhandenen Daten bestimmt.

Anmerkung 2. Die als Pfand angenommenen Gebäude müssen vom Darlehnehmer für eine Summe, die nicht niedriger ist als der Schätzungswerth, versichert sein. Im Fall eines Feuerschadens wird die Versicherungsentschädigung zur Bezahlung der Darlehnschuld verwandt oder dem Darlehnehmer, auf ein Mal oder zu Theilen, ausgehändigt, wenn er dieselbe zur Wiederherstellung der niedergebrannten Gebäude zu verwenden sich verpflichtet.

16) Die den Landgemeinden ertheilten Darlehen werden entweder durch das den Landgemeinden gehörige Land, mit Ausnahme der bäuerlichen Landantheile, sichergestellt, oder aber durch einen Gemeinde-Beschluss über die solidarische Bürgschaft der Glieder der Gemeinde.

17) Wer ein Darlehn zu erhalten wünscht, richtet an das Ministerium d. Landw. u. Reichsdom. ein Gesuch, unter Beifügung: a) der Beschreibung des Grundstücks, auf welchem die Ausführung der Melioration beabsichtigt wird, und der auf diesem Grundstück bestehenden Wirthschaft; b) der Beschreibung der projektirten Melioration unter Angabe der Frist, für welche das Darlehn erbeten wird, und der Zeit, in deren Verlauf die Melioration ausgeführt werden kann; c) des Planes und des Anschlags der projektirten Arbeiten; d) der Angaben über die Verhaftungen, welche auf dem zur Sicherstellung des Darlehns angebotenen Immobil ruhen, sowie gleichfalls über das Maass der jährlichen für dieselben zu entrichtenden Zahlungen; e) die Copien der laufenden Pachtkontrakte über dieses Immobil; f) der Copie der Schätzungstabelle des Immobiles oder der speciellen Schätzung (wenn dasselbe in einer Creditanstalt auf Grund einer solchen

Schätzung verpfändet ist) und überhaupt derjenigen Dokumente, welche zur Bestimmung des Werthes des Immobils erforderlich sind, und g) im Fall der Sicherstellung des erbetenen Darlehns durch zinstragende Papiere, der Angabe der Gattung und des Betrages dieser Papiere.

Anmerkung. Auf Ansuchen des Darlehnehmers wird der im Pkt. c dieses Art. erwähnte Plan und Arbeitsanschlag durch Beamte des Ministeriums d. Landw. u. Reichsdom. angefertigt gegen Zahlung laut vom Minister d. Landw. u. Reichsdom. festgesetzter Taxe.

18) Im Fall der Nothwendigkeit kann das Ministerium d. Landw. u. Reichsdom. eine Lokalbesichtigung durch seine Beamten oder durch Spezialisten zur Klarstellung der Produktivität der Ausgabe für die Melioration bewerkstelligen lassen, sowie gleichfalls eine Beprüfung an Stell' und Ort oder eine Umänderung des Planes der Arbeiten. Die hiefür erforderlichen Arbeiter werden vom Darlehnnnehmer gestellt oder für seine Rechnung angemietet.

19) Wenn das Darlehnsgesuch für berücksichtigenswerth befunden wird, so eröffnet das Ministerium d. Landw. u. Reichsdom. dem Antragsteller: a) den Betrag des Darlehns, nach Maassgabe des Werthes der projektirten Melioration; b) die Verpflichtung der Ausführung der Arbeiten gemäss dem Plan und die Fristen der Ausreichung des Darlehns, nach Maassgabe der Ausführung dieses Planes; c) den Betrag und die Art der Betheiligung des Darlehnehmers an den Ausgaben zur Ausführung der Melioration; d) die Zeitdauer des Darlehns, welche unter Berücksichtigung der Besonderheiten und des Charakters der Melioration und der örtlichen Bedingungen in den im Art. 13 angegebenen Grenzen festgesetzt wird; e) den Zeitpunkt, von welchem ab die terminlichen Zahlungen beginnen sollen, und f) den Betrag der jährlichen Zahlungen auf das Darlehn und die Termine derselben.

20) Wer auf die vorgelegten Bedingungen hin vom Darlehn Gebrauch machen will (Art. 19), hat vorzustellen: a) ein Verpfändungszeugniss über das Immobil, welches zur Sicherstellung des Darlehns dient; b) eine Verpfändungsschrift nach der vom Minister der Landw. u. Reichsdom. festgesetzten Form; c) die Summe, welche zur Legung der Verhaftung auf das zur Sicherstellung des Darlehns dienende Immobil sowie zur Löschung derselben erforderlich ist; d) den Nachweis der erfolgten Versicherung der Gebäude, und e) die zinstragenden Papiere, wenn der Darlehnnnehmer das Darlehn durch solche sicherstellen will, gemäss Art. 15.

In dem im Art. 16 gedachten Fall wird ein Gemeinde-Beschluss vorgestellt, der in der im Art. 29 Pkte. 3 und 4 und Anmerkung zu Art. 30 Verord. üb. d. Kronsnutzungen (Cod. d. Reichsges. Bd. VIII Th. 1, Aug. v. J. 1893) festgesetzten Ordnung abgefasst ist.

21) Nach erfolgter Verfügung über die Ausreichung des Darlehns wird auf das dasselbe sicherstellende unbewegliche Vermögen eine Verhaftung (ein Verbot) im Betrage der als Darlehn bewilligten Summe gelegt, die als Pfand vorgestellten zinstragenden Papiere jedoch werden in die örtlichen Renteien oder die Anstalten der Reichsbank für Rechnung des Darlehnehmers zur Aufbewahrung übergeben.

22) Die Darlehnnnehmer sind verpflichtet, die Zahlungen auf die Darlehen in den örtlichen Renteien zu den vom Minister d. Landw. u. Reichsdom. unter Berücksichtigung der lokalen Bedingungen festgesetzten Terminen zu entrichten.

23) Wenn nach dem bestätigten Plane der Arbeiten die Ausführung der Melioration auf länger als ein Jahr berechnet ist, so beginnt die Entrichtung der Zahlungen auf das Darlehn mit Beendigung der Arbeiten, wobei von diesem Zeitpunkt auch der Termin des Darlehns berechnet wird (Art. 13). Die Kapitalzinsen für die Zeit bis zur Beendigung der Arbeiten werden zur Kapitalschuld hinzugerechnet.

24) Zahlungen, welche vom Darlehnnnehmer nicht zu den festgesetzten Terminen entrichtet sind, werden als Rückstand gerechnet und für dieselben Pönen beigetrieben: in den ersten sechs Monaten zu  $\frac{1}{2}\%$ , in den folgenden jedoch zu 1% für jeden versäumten Monat.

25) Wenn der Rückstand im Laufe eines Jahres nicht berichtigt wird, so trifft das Ministerium d. Landw. u. Reichsdom. eine Verfügung über die Beitreibung der Darlehnschuld mit Zinsen, Pönen und den für Rechnung des Darlehnnnehmers gemachten Ausgaben.

26) Die Beitreibung der Schuld (Art. 25) erfolgt mittels öffentlicher Meistbotstellung des das Darlehn sicherstellenden unbeweglichen Vermögens gemäss den für die Reichs-Adels-Agrarbank (Beil. zu Art. 68 Tit. VI Credit-Regl., Cod. d. Reichsges. Bd. XI Th. 2 Ausg. v. J. 1893) oder für die Bauer-Agrarbank (Beil. zu Art. 95 d. Allerh. am 27. Novbr. 1895 bestät. Regl. der Bauer-Agrarbank) festgestellten Regeln, oder mittels Verkaufs der als Pfand vorgestellten zinstragenden Papiere durch einen Börsenmakler oder die örtlichen Anstalten der Reichsbank, wenn jedoch das Darlehn durch die solidarische Bürgschaft der Landgemeinde sichergestellt ist, gemäss den Artt. 425 u. 427 Verordn. üb. d. Beitreibungen in Civilsachen (Cod. d. Reichsges. Bd. XVI Th. 2, Ausg. v. J. 1892).

27) Wurde der Rückstand hervorgerufen durch Misswachs, Viehseuche, Hagel-schlag und andere dem ähnliche Unglücksfälle, welche durch Beamte des Ministeriums d. Landw. u. Reichsdom., den Landhauptmann oder die Polizei bescheinigt sind, so kann, auf Verfügung des Ministers d. Landw. u. Reichsdom., die Pön erlassen und die Zahlung des Rückstandes auf ein Jahr befristet oder derselbe ratenweise im Laufe dreier Jahre getilgt werden.

28) Das Ministerium d. Landw. u. Reichsdom. wacht über die Erfüllung der vom Darlehnnnehmer übernommenen Verbindlichkeiten durch Vermittelung der im Art. 18 genannten Personen. Im Fall einer bemerkten Verzögerung im Gange der Arbeiten, von Unregelmässigkeiten in ihrer Ausführung, Nichtübereinstimmung mit dem bestätigten Plane, Unzulänglichkeit der Materialien, Nachlässigkeit in der Remonte u. s. w., ertheilen die erwähnten Personen dem Darlehnnnehmer die bezüglichlichen Hinweise, bei deren Nicht-erfüllung das Ministerium d. Landw. u. Reichsdom. eine Verfügung über die Ausführung der erforderlichen Verbesserungen für Rechnung des Darlehnnnehmers oder über die Einstellung der weiteren Darlehnszahlungen treffen kann. Die durch eine solche Verfügung hervorgerufene Ausgabe wird in die nächste Repartition der vom Darlehnnnehmer zu leistenden Zahlungen eingetragen.

29) Wenn die Nichterfüllung der vom Darlehnnnehmer übernommenen Verbindlichkeiten aus von seinem Willen unabhängigen Umständen erfolgte, so kann die Erstattung der für seine Rechnung gemachten Ausgabe (Art. 28), auf Verfügung des Ministers d. Landw. u. Reichsdom., auf einige Jahre, ohne Zurechnung von Zinsen, vertheilt werden. Wenn jedoch diese Verbindlichkeiten durch Schuld des Darlehnnnehmers nicht erfüllt wurden, und durch diese Unterlassungen die Melioration selbst zu Grunde gehen kann, so hängt es vom Minister d. Landw. u. Reichsdom. ab, das Darlehn vor dem Termine zurückzufordern, mit Zurechnung der Zinsen für die Zeit der Benutzung des Darlehns (Art. 14).

30) Erweisen die ausgeführten Arbeiten sich als verfehlt und zwar aus vom Willen des Darlehnnnehmers unabhängigen Gründen, so kann der Letztere, auf Verfügung des Ministers d. Landw. u. Reichsdom., von der Verpflichtung, die Melioration zu erhalten, befreit werden, doch wird er von der Verbindlichkeit, die festgesetzten Zahlungen auf das Darlehn in den bestimmten Terminen bis zur vollen Tilgung des Darlehns zu leisten, nicht befreit.



31) Das Immobil, auf welchem die Melioration bewerkstelligt wird, kann veräussert werden, wobei die Darlehnschuld, im vollen Betrage oder theilweise, mit Genehmigung des Ministers d. Landw. u. Reichsdom., auf den neuen Erwerber übertragen wird.

### 3) Von den durch Vermittelung der Landschafts-Institutionen ertheilten Darlehen.

32) Die Gesuche der Landschafts-Versammlungen um Ablassung von Summen aus dem Capital, welches im Art. 1 zur Ertheilung von Darlehen für landwirthschaftliche Meliorationen, durch Vermittelung der Landschafts-Institutionen, an einzelne Grundbesitzer oder Landgemeinden bestimmt ist, werden nach wechselseitiger Verständigung der Minister der Landw. u. Reichsdom., der Finanzen und des Innern genehmigt, wobei zugleich die Bedingungen über die Verantwortlichkeit der Landschaften für die abgelassenen Summen festgestellt werden \*).

33) Bei der Aushändigung der im vorhergehenden Art. (32) erwähnten Darlehen richten sich die Landschaftsämter nach den von der Landschaftsversammlung gebilligten und vom Minister d. Landw. u. Reichsdom., nach Einvernehmen mit dem Minister des Innern, bestätigten Plane der Arbeiten, in welchem genau anzugeben sind: a) die Art der Meliorationen, für welche die Darlehen ertheilt werden (Art. 6); b) der höchste Betrag und die Fristen der Darlehen, in den im Art. 13 angegebenen Grenzen; c) die Ordnung der Aufsicht über die Erfüllung der von den Darlehnnehmern übernommenen Verbindlichkeiten; d) die Ordnung der Rechnungsführung und der Berechnung hinsichtlich der ertheilten Darlehen, und e) die Bedingungen, unter denen das Darlehn dem Darlehnnnehmer ausgehändigt werden kann.

Anmerkung. Bei der Berathung dieses Planes in der Landschafts-Versammlung ist ein Vertreter des Ministeriums d. Landw. u. Reichsdom., nach Bestimmung des Ministers d. Landw. u. Reichsdom., anwesend.

34) Hinsichtlich der Mittel und der Ordnung der Sicherstellung der Darlehen und der Maassregeln zur Beitreibung ihrer Rückstände kommen die Regeln zur Anwendung, welche für die unmittelbar auf Verfügung des Ministers d. Landw. u. Reichsdom. ertheilten Darlehen in den Artt. 15, 16, 20, 21, 24—27 u. 31 festgestellt sind.

35) Die Landschaftsämter stellen dem Ministerium d. Landw. u. Reichsdom. Rechnungsberichte und Auskünfte hinsichtlich der verabfolgten Darlehen vor.

II. Festzusetzen, dass Gesuche und andere im Art. 8 Pkt. 1 Steuer-Regl. (Cod. d. Reichsges. Bd. IV, Ausg. v. J. 1893) bezeichneten Papiere, sowie gleichfalls die resolvirenden Papiere in Sachen der Darlehn für landwirthschaftliche Meliorationen (Abth. I), von der Zahlung der Stempelsteuer befreit werden. Die Verpfändungsschriften jedoch, welche zum Empfang der gedachten Darlehen vorgestellt werden, werden mit der einfachen Stempelsteuer von 80 Cop. per Bogen bezahlt.

III, IV und V betreffen organisatorische und Budgetfragen, VI künftige gesetzgeberische Massnahmen.

---

\*) In Livland entsprechen den mehrerwähnten Landschafts-Institutionen im Allgemeinen der Landtag, die Kreistage und der ritterschaftliche Convent. Doch kann immerhin die Ausführungs-Instruktion zu diesem Gesetz, welche bisher noch nicht publicirt worden, anderweitige Bestimmungen enthalten.

## § 137.

Die Bestimmung über Art und Maass der Vergütung ist gänzlich der gegenseitigen Vereinbarung der Contrahenten überlassen. Für alle Fälle aber steht ohne Unterschied als Regel fest, dass der Pächter eine Vergütung ausschliesslich nur für solche Meliorationen zu beanspruchen berechtigt ist, welche mit Vorwissen und jedesmaliger Genehmigung nachweislich erfolgt, so kann auch dem Pächter keinesfalls die Vergütung in Grundlage irgend welcher im Contrakte desfalls getroffenen Bestimmungen verweigert werden.

## § 138.

Die Art und das Maass der Vergütung kann schon zum voraus im Pachtcontrakte fixirt oder aber es kann daselbst festgesetzt sein, dass hinsichtlich jeder einzelnen Melioration der Pächter vorher die Genehmigung des Grundherrn zu deren Ausführung einzuholen und gleichzeitig sich mit ihm wegen der Vergütung zu einigen hat.

## § 139.

Als Bodenmelioration gilt, wo nicht etwa ausdrücklich das Gegentheil abgemacht worden, weder erhöhte Bodenkultur, noch die Verwandlung von Buschland in Acker, sondern nur anderweitige, etwa durch Ziehen von Gräben, Ent- und Bewässerungen, Reinigung von Heuschlägen u. dergl. m. bewirkte Verbesserungen des Pachtstücks.

## § 140.

Bei jeder Verpachtung eines Grundstücks des Gehorchslandes muss im Pachtcontrakte immer darüber ausdrückliche Bestimmung getroffen werden, ob und in welchem Betrage der Pächter, falls sein Pachtstück vor Ablauf der Pachtzeit verkauft werden sollte, zu entschädigen ist.

## § 141.

Der Pächter darf die auf seinem Pachtstück vorhandenen Buschländereien nur in zusammenhängenden Flächen in Nutzung nehmen. Er ist nicht befugt bald hier bald dort einzelne Stücke urbar zu machen und zu ackern, sondern muss stets die ganze zusammenhängende kulturfähige Fläche eines abgetheilten Stückes Buschland, soweit solches die Lokalität und der Waldbestand gestatten, auf einmal oder allmählig urbar machen. Erst wenn er das ganze besagte Stück urbar gemacht hat, kann der Pächter ein neues abgesondertes Buschland in Nutzung nehmen \*).

---

\*) Der Wald ist jederzeit des Herrn! 1. In dem in Klagesachen mehrerer Gehorchslandpächter wider die D.'sche Gutsverwaltung pcto Abhauen von Wald auf dem Gehorchslande, ergangenen Abscheid des Wenden-Walkschen Kreisgerichts v. 12. September 1883 sub № 4622 ist ausgeführt: «dass — da die Einschätzung des Buschlandes in den thalermässigen Werth der in Frage kommenden Gesinde auf die Berechtigung der Gutsverwaltung hinsichtlich Fällung der innerhalb der Grenzen des Gehorchslandes befindlichen Bäume um so weniger von

## § 142.

Wo Buschland in grosser Fläche vorhanden, erstreckt sich die Verpflichtung zur zusammenhängenden Nutzung nur so weit, dass der zusammenhän-

Belang sein kann, als nach den Intentionen der B.-V. und in Grundlage des Vorkontrakts der Pächter das thalermässig eingeschätzte Gesindesareal als Nutzland nur in so weit in Betracht kommen kann, als dasselbe Acker oder Weide oder Buschland resp. Heuschlag, somit aber verschieden genutzte Arten des Grundes und Bodens als solchen, repräsentirt, das Buschland ausserdem nur als in Ackerland umzuwandelndes Areal Berücksichtigung finden kann, die Verpachtung von Bäumen auf den Gesindesterritorien als durch die Nutzung verbrauchbarer Sachen, wenn Solches nicht ausdrücklich vereinbart worden, zufolge Art. 4027 Prov.-R. Th. III ausdrücklich ausgeschlossen wird, solchemnach aber die Bäume während der Pachtjahre nicht etwa der unmittelbaren Nutzung durch den Hof entzogen werden, sondern vielmehr freies und uneingeschränktes Eigenthum desselben verbleiben, wohingegen Pächter zufolge Art. 4083 l. c. ein ihnen nicht ausdrücklich koncedirtes Pachtrecht sich nicht anmassen dürfen, und das ihnen zu Wirthschaftszwecken nöthige Holzmaterial laut § 6 ihres Pachtkontraktes bereits zu ihrer Zufriedenheit angewiesen erhalten haben, — *sententia a qua aufzuheben* und die gravaminantische Gutsverwaltung nach wie vor berechtigt sein soll, das Hölzungsrecht innerhalb der Territorien des Gehorchslandes in gesetzlicher Grundlage auszuüben. . . . . Dieses Urtheil wurde unter voller Anerkennung der Motive vom Livländ. Hofgerichts-Depart. in B.-S. mittels Abscheids v. 13. November 1884 sub № 2842 bestätigt und beschriftet die Rechtskraft.

2. Entscheidung d. Plenar-Versammlung d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 26. October 1892 № 35: . . . . . «Vor Allem findet der Dirig. Senat, dass ebensowol Angesichts der in den Artt. 777—788 Prov.-R. d. Ostseegouv. Th. III ausgesprochenen allgemeinen Regel, wie nach den Grundprincipien der Theorie des Rechts von den Zubehörungen eines Immobils, die Frage, wer den auf einem Landstück wachsenden Wald gezogen hat, gar keine Bedeutung für die Entscheidung der Frage über die Verfügung hinsichtlich dieses Waldes hat, denn der Wald, der einen untrennbaren Bestandtheil des Landes, auf welchem er wächst, darstellt, muss stets als Eigenthum des Besitzers dieses Landes angesehen werden, wesshalb der Umstand allein, dass ein anderer den Wald gepflanzt und gezogen hat, diesem kein Recht giebt, über denselben ohne Wissen und Willen des Eigenthümers zu verfügen, und ist hiernach die Frage über das Verfügungsrecht über den Wald, der im Gouv. Livland auf dem Gehorchslande gewachsen ist, vollständig ohne jede Beziehung zu dem, der diesen Wald gezogen hat, auf Grundlage der hierüber geltenden, die Beziehungen der Bauern und Gutsbesitzer hinsichtlich des Besitzes und der Nutzung des Gehorchslandes regelnden Bestimmungen der Livländ. B.-V. v. J. 1860 zu entscheiden. Bei Prüfung dieser Bestimmungen findet der Dirig. Senat, dass, nach dem Sinne der Artt. 1 u. 101 dieser Verordnung das Gehorchsland in seinem ganzen Umfange zum allgemeinen Complex des Rittergutes gehört und Eigenthum des Gutsbesitzers ist, und obgleich die Nutzung dieses Landes von Seiten des Gutsbesitzers, mit Ausnahme genau bestimmter Fälle (Artt. 106 u. 110), durch die Verpflichtung dasselbe an Bauern in Pacht zu geben, beschränkt wird, so ist doch die Festsetzung des Masses der Pachtleistungen und aller Bedingungen der Pachtkontrakte über dieses Land dem freien Uebereinkommen des Gutsbesitzers und des bauerlichen Pächters anheimgestellt (Artt. 1, 2, 148, 196). Hiernach werden in den Artt. 119—195 genau die besonderen Bedingungen und Beschränkungen festgesetzt, welche das Gesetz bei der Verpachtung von Gehorchsland für unerlässlich hält, woraus zu folgern ist, dass Vereinbarungen über solche Punkte, deren in den angeführten Artt. 119—195 keine Erwähnung geschieht, vollständig dem Ermessen der Contrahenten überlassen sind, von deren Uebereinkunft auch einzig und allein die Festsetzung dieser Bedingungen abhängt. In Bezug auf den auf dem Gehorchslande etwa vorhandenen Wald sind als obligatorische Bestimmungen für die Pachtkontrakte nur die Artt. 141 u. 145 aufgenommen, welche einige Modalitäten festsetzen, unter denen den Pächtern die Nutzung des Buschlandes gestattet werden kann, jedoch hinsichtlich des Waldes selbst und des Rechts und der Modalitäten ihn zu fällen enthält die B.-V. keine Bestimmungen, woraus zu folgern ist, dass die Frage danach, wer namentlich, der Gutsbesitzer oder der Bauer, dieses Niederfallen bewerkstelligen kann, in jedem gegebenen Fall ausschliesslich von ihrem freien Uebereinkommen abhängt, und dass der Gutsbesitzer, als Eigenthümer des Waldes, entweder das Recht zum Fällen vollständig oder in bestimmten Grenzen seinem Pächter gewähren, oder dieses Recht sich vorbehalten, oder endlich, die vollständige oder theilweise Unantastbarkeit des Waldes statuiren kann. Desshalb muss, in jedem gegebenen Falle, die Frage nach dem Rechte des Fällens des Waldes auf dem Gehorchslande nach dem Inhalt der Bestimmungen des über dieses Land geschlossenen Pachtkontrakts

gende Complex des zu bearbeitenden Buschlandes wenigstens drei Lofstellen betragen muss. Ist eine so grosse Fläche zusammenhängend bearbeitet worden, so steht es dem Pächter frei nach Belieben auch neue nicht anliegende Strecken in Arbeit zu nehmen.

Anmerkung. Bei Pachtstücken, die auf Hofesland liegen, kann der Gutsherr von dieser allgemeinen Beschränkung in jedem einzelnen Falle den Pächter dispensiren.

### § 143.

Sobald ein in Nutzung genommenes Stück Buschland drei aufeinanderfolgende Früchte getragen hat, also sofort nach der dritten Erndte, muss der Pächter dem Gemeindegerichte desfallsige Anzeige machen, welches diese Anzeige notirt und das betreffende Feldstück mit einem besonderen Merkmal bezeichnet. Unterlässt der Pächter die Anzeige, so unterliegt er einer Geldstrafe von fünfundzwanzig Kop. S. M. \*).

### § 144.

Es ist dem Pächter in keinem Falle gestattet, Buschland, welches er nicht selbst benutzt, einer anderen Person unter irgend welchen Bedingungen zur

---

entschieden werden und unterliegt, im Falle eines Streites hierüber, diese Frage, da dieselbe aus Vertragsverhältnissen entstehende Vermögensrechte betrifft, in Gemässh. des Art. 1 Civ.-Pr.-Ordn. der Entscheidung des Civilgerichts, wobei auch in den Fällen, wo im Pachtkontrakt keinerlei besondere Bestimmung über den Wald enthalten ist, das Civilgericht . . . . . sich der Entscheidung der aus dem Pachtkontrakt entstandenen Streitfrage nicht entziehen kann und verpflichtet ist, nach den von den Parteien vorgestellten Beweismitteln zu entscheiden, welches die thatsächliche Absicht der Parteien, beim Abschluss des Contrakts, in diesem Punkte gewesen ist. Auf Grund dieser Erwägungen verfügt der Dirig. Senat, in der Plenar-Versammlung des 1., 2. und der Cassat.-Depart., anzuerkennen, dass im Gouv. Livland das Recht der Gutsbesitzer, den von den Bauern auf dem Gehorchslande gezogenen Wald zu fällen, durch die Interpretation des Pachtkontrakts bedingt ist».

3. Dass nicht jedes Niederfällen eines Baumes als Waldfrevel zu beahnden ist, wurde im Befehl aus dem Livländ. Hofgericht an das Fellinsche Ordnungsgericht v. 12. April 1878 № 2118 ausgesprochen: . . . . . «Wenn sich nun beim Vortrage dieser Sache ergeben, dass von den 19 Bäumen, deren Defraudation dem E. K. zur Last gelegt worden, 16 auf einem, beregten K. verpachteten, also in seinem Besitz und seiner Nutzung befindlichen Landstücke sich befunden, wenn weiter der Art. 155 d. Ges. üb. d. v. d. Fried.-R. zu verh. Strafen die Entwendung von Bäumen aus einem Walde oder das eigenmächtige Fällen von Bäumen in einem solchen mit Strafe belegt, eine Entwendung und eine strafrechtlich zu beahndende eigenmächtige Holzfallung aber nur in einem fremden, nicht im Besitz und in der Nutzung des Angeschuldigten befindlichen Landstücke denkbar ist, die eigenmächtige Holzfallung resp. Alienirung von Bäumen Seitens eines Pächters auf seinem Pachtgrundstücke aber nur als civilrechtlich zu rügendes Unrecht, als Ueberschreitung des Pachtkontrakts sich darstellt, und wenn endlich die Aburtheilung über die nach dem Vorstehenden allein als strafrechtlich zu beahndende Defraudation sich darstellende Entwendung von 3 Bäumen, rubr. Ordnungsgerichte kompetirt, — als hat in casu dieses Hofgericht dem Erkenntnisse des Pernauschen Landgerichts v. 6. October pr. sub № 1714 beipflichten müssen, . . . . . » D. Hrsgr.

\*) Nach der durch die Justizreform v. J. 1889 neugeordneten Competenz der Gemeinde-Gerichte ist weder die Entgegennahme der Anzeige, noch die Vermarkung des Feldstücks, noch die Belegung des Pächters mit einer Strafe Obliegenheit des Gemeinde-Gerichts. Wohl aber ist für dieses Alles in Grundlage der Balt. L.-G.-O. Art. 20 pct f. der Gemeinde-Aelteste als der oberste Verwaltungsbeamte der Gemeinde kompetent, da das neugewonnene Culturland eine Erweiterung der Steuerbasis darstellt. Aber freilich fehlt es bis hiezu an einer bezüglichlichen Verfügung der Minister des Innern und der Justiz. D. Hrsgr.

zeitweiligen Bearbeitung zu überlassen. Eine Ausnahme von dieser Regel findet nur in dem im § 353 festgesetzten Falle statt \*).

#### § 145.

Buschland darf der Pächter in Brustacker verwandeln. Von dem, was nicht Brustacker geworden ist, darf er nur den vierundzwanzigsten Theil in jährliche Nutzung nehmen zu drei auf einander folgenden Ernten. Das Uebrige muss zum Holzwuchs geschont werden \*\*).

#### § 146.

Der Pächter eines bäuerlichen Grundstücks hat in keinem Falle das Recht, Heu, es mag vor oder nach dem Schnitte geschehen, oder Stroh ohne jedesmalige besondere Erlaubniss des Grundherrn zu verkaufen. Der Grundherr ist aber verpflichtet, die Erlaubniss zum Verkauf derjenigen Quantität Heu zu ertheilen, welche den Bedarf dessen übersteigt, was zur Erhaltung des Inventarii an Vieh und Pferden erforderlich ist, welches der Pächter laut Contrakt zur Erfüllung seiner übernommenen Verpflichtungen als Caution gestellt und stets in gutem Zustande zu erhalten sich verpflichtet hat.

#### § 147.

Jedes Bauergemeindeglied, welches sich die Uebertretung solcher Vorschrift zu Schulden kommen lässt, wird von dem Gemeindegerecht einer gebührenden Beahndung unterzogen. Im Falle wiederholter Uebertretung hat der Grundherr das Recht, die Aufhebung des Pachtcontrakts von der competenten Behörde zu verlangen.

#### § 148.

Bei jeder Verpachtung muss immer ein genauer schriftlich abgefasster Contrakt nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Formular abgeschlossen und *ordnungsmässig* vollzogen werden, in welchem sämtliche Stipulationen zwischen dem Pächter und Verpächter enthalten sein müssen. Ueber das gesetzlich vorgeschriebene Formular, den nothwendigen Inhalt, die Art der *ordnungsmässigen* Bestätigung und die gesetzlichen Folgen eines jeden Pachtcontrakts s. § 196 u. ff.

Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in den Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1839.

\*) Vergl. §§ 195 und 210.

\*\*) Vergl. Reg.-Pat. 26. April 1868 № 29 § 11 (bei § 116 B.-V.).

## Zweite Abtheilung.

**Besondere Bestimmungen über die einzelnen Arten der Pachtnutzung des Gehorchslandes.**

## Erste Unter-Abtheilung.

**Frohne.**

## §§ 149 und 150.

Fallen weg.

1. Reg.-Pat. 14. Mai 1865: «Mit Genehmigung Sr. Erlaucht des Herrn General-Gouverneurs der Ostsee-Gouvernements wird von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung in Anlass einer dessfallsigen Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen desmittelst zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, dass zufolge eines von dem letztversammelten Landtage der Livländischen Ritterschaft gefassten und von dem Herrn Minister des Innern genehmigten Beschlusses, der Abschluss **neuer** Pacht-Contrakte, in denen Frohn- und gemischte Leistungen ausbedungen werden, von jetzt ab verboten ist, die contraktlich gegenwärtig noch **bestehenden** Frohn- und gemischten Arbeitsleistungen aber am 23. April 1868 allerorts aufzuhören haben».

2. Das Frohnpacht-Verträge über Hofesland und Quote verbotende Reg.-Pat. 24. Juli 1867 № 114 s. bei § 97.

## § 151.

Von der Frohnpacht sind die Knechts- und Familiendienst-Verträge zu unterscheiden, wenngleich auch hier bestimmte Arbeitsleistungen durch eingeräumte Nutzung eines bestimmten Landstücks gelohnt werden. Als solche Knechts- oder Familiendienst-Verträge gelten:

A. alle Verträge, in welchen die eingeräumte Landstelle nicht mehr als fünf Loofstellen, Acker, Gärten und Buschland zusammengerechnet, beträgt.

B. Alle Verträge, in welchen:

- 1) abgesehen von der Grösse des Landstücks, als Gegenleistung keine Gespanndienste vorbehalten sind;
- 2) ein Landstück eingeräumt ist, zu dessen Bewirthschaftung der Inhaber nicht mehr als ein Pferd oder zwei Ochsen nöthig hat;
- 3) die Summe der Leistungen nicht 460 Arbeitstage übersteigt;
- 4) die ausbedungenen Dienste entweder gleichmässig auf das ganze Jahr vertheilt, oder aber nur für eine bestimmte Arbeit vorbehalten worden sind, und
- 5) die Dauer des Dienstverhältnisses nicht auf länger als zwölf Jahre gestellt worden ist.

## § 152.

Dergleichen Dienstverträge, in welchen die Dienstleistungen der Knechte durch Einräumung von Land zur Nutzung gelohnt werden, dürfen seitens des Grundherrn nur auf Hofesland abgeschlossen werden. Von dem Gehorchsland darf aber kein kleinerer Theil verpachtet werden, als im § 114 als das Minimum festgestellt worden ist.

## §§ 153—178.

Fallen weg, weil die Frohne betreffend; s. zu § 149.

## Zweite Unter-Abtheilung.

**Naturalpacht.**

## § 179.

Naturalpacht ist eine solche, in welcher Pächter für das ihm zur Nutzung eingeräumte Pachtstück dem Verpächter als Aequivalent kontraktlich ein bestimmtes Quantum von Bodenerzeugnissen, namentlich von Korn, zu entrichten hat.

## § 180.

Das Abschliessen von Naturalpacht-Verträgen ist gesetzlich gestattet. Jedoch müssen Verpächter und Pächter dabei immer über einen festen, im Naturalpacht-Contrakte auszusprechenden Preis Vereinbarung treffen, für welchen der Pächter jeder Zeit berechtigt ist, seine Naturalleistung durch Geldzahlungen abzulösen, und sich solchergestalt den allzubeeinträchtigenden Folgen übermässiger Theuerung oder Missernte hinsichtlich seiner Pachtleistung zu entziehen.

## § 181.

Desgleichen muss bei jeder langjährigen, d. h. auf längere Zeit als zwölf Jahre abgeschlossenen Naturalpacht im Contrakte immer ein bestimmter Canon festgestellt sein, in Grundlage dessen die Naturalleistung nach Ablauf von zwölf Jahren gänzlich, auf Provocation eines der Contrahenten, in Geldzahlung verwandelt werden muss. Der Betrag solchen Canons ist ganz der freien Vereinbarung zwischen Verpächter und Pächter anheimgestellt.

## § 182.

In allen übrigen Beziehungen gelten für die Naturalpacht sämmtliche in §§ 119—148 für alle Pachten überhaupt festgestellten Bestimmungen.

## Dritte Unter-Abtheilung.

## Gemischte Pachten.

## § 183.

Als gemischte Pachten werden gesetzlich diejenigen angesehen, bei welchen der Pächter seine Pachtleistungen eines Theils in Geld, anderen Theils mittelst..... Naturalabgabe prästirt.....\*).

## § 184.

Das Abschliessen von gemischten Pachtcontracten ist..... so lange und in so weit gesetzlich gestattet, als das Abschliessen von..... Naturalpachten selbst erlaubt ist \*).

## § 185.

Ueberhaupt unterliegen die gemischten Pachten hinsichtlich der einzelnen Arten der bei selbigen abgemachten Pachtleistungen in jeder Beziehung den gesetzlichen Bestimmungen über..... die Natural-, oder die Geldpacht. In Grundlage dessen muss für die Naturalleistungen stets ein Ablösungs-Canon in der in den §§ 180 und 181 bestimmten Weise, und mit den in diesen §§ gedachten Berechtigungen festgestellt werden.....\*).

## § 186.

Um bei gemischten Pachtcontracten einen bestimmten Ausdruck für die Gesamtleistung sowol, als auch eine übersichtliche Proportion der verschiedenartigen einzelnen Leistungen zu einander zu erlangen, ist die Gesamtleistung immer nach Geldwerth in landesüblicher Münze zu bezeichnen.....\*).

## Vierte Unter-Abtheilung.

## Geldpacht.

## § 187.

Geldpacht ist eine solche, in welcher das vom Pächter dem Verpächter für Einräumung eines Pachtstücks jährlich zu entrichtende Aequivalent ausschliesslich in Geldzahlung besteht. Die Geldpacht unterliegt den in §§ 122—148 für alle Pachten überhaupt vorgeschriebenen Regeln. Im Uebrigen ist selbige nicht durch besondere Vorschriften beschränkt und kann namentlich auch der Betrag

---

\*) Die in den §§ 183—86 enthaltenen, die Frohne betreffenden Bestimmungen haben keine Aufnahme gefunden; s. zu § 149. D. Hrsg.



der vom Pächter jährlich zu zahlenden Pachtrente nach freiem Uebereinkommen zwischen den beiden Pacht-Contrahenten festgestellt werden.

### § 188.

Ist eine solche Geldpacht auf Erben und Erbnehmer abgeschlossen, wie etwa mittelst Contractes auf zwei Vererbungen oder langjähriges Pachtverhältniss etc., so darf der Verpächter nicht verlangen, dass der Pächter bei einmaligem Ausbleiben einer Pachtterminzahlung sofort seines Contractes verlustig sei. Der Verpächter kann, wenn er es wünscht, sich in dem Vermögen des Pächters mittelst richterlicher Execution für seine Forderungen bezahlt machen.

### § 189.

Wiederholt sich indessen solcher Fall bei der nächsten Terminzahlung, so dass also der Verpächter zwei Termine hinter einander entweder die Zahlung creditiren oder gerichtlich Beitreiben lassen müsste, so hat derselbe das Recht, seinen Contract aufzuheben und den Pächter mit gerichtlicher Hilfe aus der Pachtstelle zu exmittiren.

### § 190.

Ist in solchem Falle ein natürlicher oder designirter Erbe des exmittirten Pächters vorhanden, so hat dieser Erbe das Recht, die Uebertragung der Rechte und Verpflichtungen des Contractes auf seine Person zu verlangen, wofern er sofort den rückständigen Pachtzins seines Pachtvorgängers entrichtet.

### § 191.

Solcher rückständige Pachtzins darf niemals den Betrag zweier halbjährlicher Terminzahlungen, d. h. einer Jahrespacht, übersteigen. Falls Verpächter dem Pächter mehr creditirt hat, so ist der Mehrbetrag als ein der Person des Pächters, nicht aber dem Pachtstück gewährter Credit zu betrachten, und darf demnach von dem in das Pachtstück eintretenden Erben nicht in Anspruch genommen werden.

### § 192.

Der Erbe eines exmittirten Pächters kann nicht zur Uebernahme und Fortsetzung des Pachtcontractes gezwungen werden.

### § 193.

Wird dagegen die Pachtstelle durch den Tod des Pächters erledigt, und tritt mithin die Erbfolge auf dem natürlichen Wege ein, so ist der Erbe verpflichtet, den von seinem Erblasser auf Erben und Erbnehmer abgeschlossenen Pachtcontract fortzusetzen. Von solcher Verpflichtung wird der Erbe nur in dem Falle befreit, wenn er der Hinterlassenschaft überhaupt entsagt und mithin aufhört Erbe zu sein.

## § 194.

Tritt der im § 193 bezeichnete Fall ein, d. h. wenn ein auf Erben abgeschlossener Pachtcontract dadurch seine Endschaft erreicht, dass der Erbe auf seine ganze Erbschaft Verzicht leistet, so wird auch der Verpächter seiner Contracts-Verpflichtung vollkommen ledig und verbleibt das Wirthschafts-Inventarium des verstorbenen Pächters ohne alle Vergütung als eisernes Inventarium auf dem Pachtstück, auch wenn es nicht als solches contractlich oder gesetzlich constituirt worden.

## § 195.

Der Geldpächter ist auch bei langjährigen Pachten nicht berechtigt, das gepachtete Grundstück theilweise oder ganz, ohne jedesmalige ausdrückliche Einwilligung des Verpächters, weiter zu verpachten oder in Subarrende zu vergeben \*).

## Dritte Abtheilung.

## Bestimmungen über den Pacht-Contract.

## § 196.

Ueber jede Verpachtung eines Grundstücks an Bauer-Gemeindeglieder, es mag nun eine .....\*\*), Natural-, Geld- oder eine gemischte Pacht sein, muss zwischen dem Pächter und dem Verpächter ein ausdrücklicher Contract abgeschlossen werden, in welchem alle beiderseitig übernommenen Verpflichtungen festgestellt und ausgesprochen sein müssen. Abmachungen ausser und neben den im Contracte aufgenommenen sind gesetzlich unstatthaft und ungiltig.

## § 197.

Pachtcontracte, welche zwischen dem Gutsherrn und den Bauer-Gemeindegliedern zu Stande kommen, müssen schriftlich abgeschlossen und in das Corroborationsbuch des örtlichen *Commissars für Bauer-Sachen* eingetragen werden. Sonst haben sie keine Giltigkeit und keine verbindende Kraft.

Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. B., v. 9. Juli 1889.

## § 198.

Pachtcontracte zwischen Bauer-Gemeindegliedern unter einander können nach Belieben auch mündlich durch eine von beiden Contrahenten vor dem ört-

---

\*) Für die auf Regulirungs-Akte genutzten Landstellen der Kronsgüter gilt das Nämliche; s. die durch Patent v. 27. Mai 1870 № 32 (bei Pkt. II d. Einl.) publicirten Regeln üb. d. Regulirungs-Akten § 5 u. Schema d. Regulirungs-Akte Pkt. VII.

\*\*) nur keine Pacht mit Frohnleistungen; s. zu § 149.

D. Hrsg.  
D. Hrsg.

lichen Gemeindegerichte zu Protocoll gegebene Declaration abgeschlossen werden. Solche Contrakte müssen aber entweder in das Buch des Gemeindegerichts eingetragen, oder, falls die Contrahenten solches vorziehen, beim *Commissaren für Bauer-Sachen* corroborirt werden; sonst haben sie keine gesetzliche Giltigkeit\*).

Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in den Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

### § 199.

Ehe die Eintragung eines Contraktes in das Corroborations- oder Contraktenbuch geschieht, hat die Behörde ihn zu prüfen und sich zu überzeugen, ob er mit den in diesem Gesetze, je nach den verschiedenen Pachtarten enthaltenen Vorschriften übereinstimme, sowie ob bei Verpachtungen von Gutsländereien seitens eines Arrendators, oder von Pastoratsländereien seitens eines Predigers, die Zustimmung des Grundeigenthümers, oder resp. der Kirchspiels-Eingepfarrten erfolgt sei, und endlich ob, wenn der Contrakt von einem Frauenzimmer abgeschlossen ist, dessen Curator Wissenschaft vom selbigen habe\*\*). Wenn diese Requisite fehlen, so ist der Contrakt ungiltig und die Behörde verweigert dessen Corroboration.

Anmerkung. Befindet der Eigenthümer eines in Arrende vergebenen Rittergutes sich ausserhalb des Gouvernements, und hat derselbe weder den Arrendator des Gutes zum Abschluss von Pachtcontrakten mit Bauern ermächtigt, noch auch einen Bevollmächtigten zur Ertheilung der gesetzlich (§ 199) geforderten Zustimmung zum Abschluss der gedachten Contrakte designirt und dem *örtlichen Commissaren für Bauer-Sachen* namhaft gemacht, so ist der Arrendator des Gutes berechtigt, von sich aus alle Pachtcontrakte rechtsgiltig abzuschliessen, jedoch nur auf soviel Jahre, als seine Arrende noch dauert. Wenn solchergehalt die noch übrige Dauer der Arrende weniger als 6 Jahre beträgt, so können die Pachtcontrakte mit den Bauern ausnahmsweise auch auf weniger als 6 Jahre abgeschlossen werden.

1. Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

---

\*) Zu diesem Art. ist nachstehende obrichterliche Erläuterung in einem konkreten Fall erfolgt. Entscheid. d. Civil-Cassat.-Dep. d. Dirig. v. 28. November 1894 № 7197 in S. d. J. P. wider J. R. pcto Pachtzahlung: . . . . . «In Erwägung, 1) dass nach dem genauen Sinn der Artt. 196 u. 198 Livl. B.-V. v. J. 1860 der Pachtcontrakt zwischen Landgemeindegliedern sowol schriftlich, wie mündlich abgeschlossen werden kann, wobei für den schriftlichen Contrakt keinerlei obligatorische Produzierung und Beglaubigung festgesetzt ist (im Gegensatz zu der durch Art. 197 l. c. für die Contrakte zwischen Gutsbesitzern und Bauern angeordneten) und lediglich in Betreff der mündlichen Verträge (Art. 198) die Eintragung in das Buch des Gemeinde-Gerichts festgesetzt ist; 2) dass im vorliegenden Fall beide Contrahenten Bauern sind, d. h. Glieder der Landgemeinde, und deshalb die, durch die Nichteintragung des unter den Parteien abgeschlossenen mündlichen Vertrages in das Buch des Gemeinde-Gerichts motivirte, Abweisung der Klage durch die Fr.-R.-Vers., als unrechtfertig erscheint und die Artt. 196 u. 198 Livl. B.-V. verletzt, verfügt der Dirig. Senat: «Die Entscheidung der Pernau-Fellinschen Fr.-R.-Vers. wegen Verletzung der Artt. 196 u. 198 Livl. B.-V. v. J. 1860 aufzuheben . . . . .»

D. Hrsg.

\*\*) Nach den Bestimmungen des Prov.-R. Th. III, über die Geschlechtskuratel (Artt. 512 — 515) als des neueren Rechts, denen übrigens die Artt. 954 u. 967 B.-V. nicht widersprechen, ist zur vollkommenen Giltigkeit des von einem Frauenzimmer abgeschlossenen Contrakts weder die Wissenschaft noch die Mitwirkung des Curators erforderlich.

D. Hrsg.

2. Entscheidung d. Livländ. Commission f. B.-S. v. 28. Juni 1890 (Schen-  
schin 86): «Im Fall die nöthige Bescheinigung des Gemeinde-Gerichts darüber, dass der  
Gutsherr alle ihm gegen den früheren Pächter des Gesindes obliegenden, im § 1 des  
Allerh. am 22. Mai 1865 bestätigten Journals d. Ostsee-Comité's \*) aufgeführten Ver-  
pflichtungen erfüllt hat, dem Commissar nicht von den Parteien selbst zusammen mit  
dem neuen, der Beglaubigung unterliegenden Contrakt vorgestellt wird, so ist der  
Commissar verpflichtet, die betreffende Bescheinigung selbst unmittelbar vom Gemeinde-  
Gericht einzufordern».

3. Cirkulair-Erlass d. Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. v. 25. No-  
vember 1892 № 291 (Schenchin 245): «....Die Livländ. Commission f. B.-S. hat es  
für möglich befunden, durch die Verfügung vom 24. September a. c. die den Commis-  
saren vor der Bestätigung der Pachtcontracte obliegenden Verpflichtungen dahin zu  
beschränken, dass lediglich die Erfüllung der ersten der im § 1 des Allerh. am 22. Mai  
1865 bestät. Journals d. Ostsee-Comité's \*) gedachten Bedingungen nachzuweisen ist,  
nämlich die in gesetzlicher Weise stattgehabte Kündigung. Mit allen seinen Entschädi-  
gungsansprüchen hingegen hat der frühere Pächter sich, wie im Allgemeinen bei ver-  
mögensrechtlichen Klagen, an die kompetenten Justizbehörden zu wenden, und kann  
die Nichtbefriedigung des Bauern in dieser Hinsicht kein Hinderniss für die Bestäti-  
gung des neuen Pachtkontrakts bilden.....».

## § 200.

In jedem zwischen dem Gutsherrn und einem Bauergemeindegliede abge-  
schlossenen Pachtcontracte muss genau bestimmt sein:

- 1) der Gegenstand, der dem Pächter zur Nutzung überlassen wird. Letz-  
terer muss zuvor das Pachtstück in Hinsicht seiner Lage, Grösse und  
Grenzen in Gegenwart zweier untadelhafter Zeugen in Augenschein ge-  
nommen haben.
- 2) Die Art der dem Pächter gestatteten Nutzung. (S. § 141—146).
- 3) Die Dauer der Verpachtung, welche jedes Mal mit dem Georgi-Tage als  
dem Schluss des ökonomischen Jahres ablaufen muss.

Anmerkung. Diese Bestimmung findet bei Verpachtungen auf 2 Vererbungen keine  
Anwendung. Der Termin ihres Contractablaufes kann nicht im voraus bestimmt  
werden.

- 4) Der Zustand des Grundstücks und des etwa vorhandenen, zum Grund-  
stück gehörenden eisernen Inventarii, damit nach Ablauf der Pachtjahre  
sowol das Grundstück, als auch das Inventarium in derselben Güte und  
Anzahl wieder abgegeben werden.
- 5) Die Art und das Maass der Leistungen und sonstigen Verpflichtungen,  
zu welchen Pächter sich verbindet, wie auch die Zeit, zu welcher die  
Leistungen geschehen und die Verpflichtungen erfüllt werden sollen.  
Hierbei sind namentlich die im § 151, 152, 179—82 enthaltenen

---

\*) Reg.-Pat. 7. Juli 1865 № 67 und 3. September 1865 № 101, s. zu Art. 116. D. Hrsq.

Vorschriften hinsichtlich der *Knechts-* und *Natural-Contrakte* und die der §§ 185, 186, 587 und 588 zu berücksichtigen \*).

- 6) Die vom Pächter zu bestellende *Caution*, wenn solche verabredet wurde, sowie deren Art und Grösse.
- 7) Ob der Verpächter oder der Pächter den während des Pachtcontractes durch Zufall entstandenen Schaden zu tragen habe, wie und nach welchem Maassstabe.
- 8) Die etwa dem Pächter oder seinen Erben vom Verpächter nach Beendigung der Pacht und Abgabe des Pachtstücks zu leistende Vergütung für besondere Meliorationen, wenn über eine solche Vergütung etwas verabredet worden war (s. § 136—139).

### § 201.

Pachtcontracte, in welchen nicht über die in § 200 aufgenommenen Gegenstände Bestimmungen getroffen werden, erkennt die Behörde zur Begründung eines Klagerechts ebensowenig an, als Bedingungen, deren nicht ausdrücklich im Contracte Erwähnung geschehen.

### § 202.

Wenn Verpächter sich von dem Pächter eine *Conventional-Pön* für den Fall ausbleibender Zahlung oder Leistung stipuliren lässt, so darf sie die gesetzlichen Zinsen eines Jahres, d. h. 6 pCt. von der Pacht oder der Schuld, nicht übersteigen.

### § 203.

Alle Pachtcontracte zwischen Gutsherren und Bauergemeinde-Gliedern müssen, je nachdem selbige . . . \*\*), Geld-, Naturalien- oder gemischte Pachten betreffen, auf gedruckten rubr. Contractbogen (jedoch nicht auf Stempelpapier), nach den Formularen, welche die Commission für Bauersachen für die einzelnen Pachtarten festzusetzen hat, geschrieben sein \*\*\*).

\*) Von den im Gesetz angeführten §§ 148—178, 179 und 182 ist der § 148 jedenfalls irrthümlich angeführt worden, die §§ 149, 150, 153—178 fallen weg, weil die Frohne betreffend; wogegen kein Grund vorlag, die Artt. 180, 181, 185 und 186 nicht aufzunehmen. Ferner ist der Knechts-Verträge ausdrücklich Erwähnung geschehen. Ueber eine beschränkte Leistungspflicht griechisch-orthodoxer Pächter s. zu Artt. 587 u. 588.

\*\*) nicht Pachten mit Frohaleistungen; s. zu § 149.

\*\*\*) Im § 6 der nach dem im J. 1890 von der Commission f. B.-S. festgesetzten Formular angefertigten Pachtcontracte ist es nicht erforderlich, Anzahl und Quantität des vom Hofe zur Remonte der Gesindesgebäude abzulassenden Bauholzes genau anzugeben, sondern ist die Bestimmung ausreichend, dass «nach Massgabe des thatsächlichen Erfordernisses» das Bauholz abgelassen werden wird; Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. v. 27. März 1891 № 98 (Schenschin 128).

D. Hrsg.

D. Hrsg.

D. Hrsg.

## § 204.

Wenn in einem Pachtcontrakte nicht alle hinsichtlich des Pachtverhältnisses zwischen den Contrahenten stipulirten Bedingungen ohne Ausnahme aufgenommen sind, so dass vielmehr, ausser dem Wortlaute des Contraktes, heimlicher Weise, oder zur Schädigung dritter Personen, noch anderweitige Abmachungen zwischen den Contrahenten bestehen, so ist ein jeder solcher Contract gesetzlich als ein simulirter anzusehen und dem Betrüge gleich zu achten.

## § 205.

Ein simulirter Contract bleibt vor dem Gesetze stets ungiltig. Sowol die Contrahenten, welche sich der Abschliessung eines simulirten Contraktes schuldig gemacht haben, als auch sämtliche Mitwisser und Betheiligten unterliegen der gesetzlichen Strafe des Betruges.

## § 206.

Jeder, der eingeständig oder gerichtlich überführt ist, einen simulirten Contract abgeschlossen zu haben, verliert das Recht, noch ferner für seine Person zu contrahiren, und ist hinsichtlich dieses Actes dergestalt unter Curatel zu setzen, dass künftig namens seiner der Curator die Contrakte abzuschliessen und zu unterschreiben hat.

## Gesetzliche Verpflichtungen und Berechtigungen des Verpächters und Pächters.

## § 207.

Ausser den Berechtigungen und Verpflichtungen, welche der Verpächter und der Pächter im Pachtcontracte gegen einander eingegangen sind, hat der Pachtcontract noch gewisse gesetzliche Folgen für die betheiligten Personen. Namentlich muss der Pächter, auch ohne besondere Festsetzung im Contracte, alle öffentlichen Leistungen und Abgaben, welche im Verhältniss zu den übrigen Gemeindegliedern und den übrigen Grundstücken des Gebiets auf seinen persönlichen Theil und auf den Antheil seines Grundstücks fallen, für sich selbst, sowie für seine Familie und sein Dienstvolk erfüllen und bezahlen....

1. Reg.-Pat. 1. December 1869 № 131 (Antrag des General-Gouverneurs): „....dass auf Grund des Patents vom 14. Mai 1865 № 54, nach Einführung der obligatorischen Geldpacht, die den Bauern zu zahlende Vergütung für Rossdienst-, Schiess- und Balkengelder zu cessiren hat und demnach der Schlusssatz des § 207 der Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860: «Dagegen bleibt der Hof nach wie vor etc. etc.» als ausser Kraft gesetzt anzusehen ist».

2. Publikation d. Livl. Gouv.-Reg. v. 11. November 1892 № 270 s. zu Art. 134.

## § 208.

Wenn ein Bauergemeindeglied von dem Gutsherrn ein Grundstück gepachtet hat, und das Gut, zu dem solches Grundstück gehört, durch Kauf, Tausch, Legat, Schenkung oder Arrende in andere Hände übergeht, so kann solches keinen Anlass bieten, den Pachtkontrakt vor seinem Ablauf durch einseitiges Verfahren eines der Contrahenten, d. h. des bauerlichen Pächters oder des neuen Gutsherrn, welcher in die Rechte des Verpächters getreten, aufzuheben. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob das verpachtete Grundstück zum Gehorchslande oder zum schatzfreien Lande gehört.

Reg.-Pat. 18. Juli 1866 № 56 (Antrag des General-Gouverneurs) «.... dass Se. hohe Excellenz der Herr Minister des Innern die von der Commission in Livländischen Bauer-Sachen in Vorschlag gebrachte Interpretation des Ausdrucks «Grundstück» im § 208 der Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860, dahingehend, dass unter den in dem citirten § genannten Grundstücken lediglich «Gesindesstellen» zu verstehen sind, genehmigt hat».

## § 209.

Der Verpächter darf den Pächter nicht in der kontraktmässigen Benutzung der verpachteten Stelle stören, sondern muss ihn vielmehr gegen Beeinträchtigungen, die der Pächter nicht selbst abzuwehren vermag, beschützen.

## § 210.

Das Pachtstück oder einzelne Theile desselben und die Pachtrechte und Verpflichtungen dürfen nur mit Bewilligung des Gutsbesitzers auf eine andere Person übertragen werden. Hierüber muss eine schriftliche Bescheinigung bei dem Gemeindegerichte producirt werden, widrigenfalls der Contrakt vom Verpächter aufgehoben werden kann \*).

## § 211.

Jede Klage aus einem Pachtvertrag, der vom Gegenpart nicht widersprochen wird, ist als liquid anzusehen und die Erfüllung des Vortrages auf des klagenden Theils Verlangen durch die Behörde exekutivisch zu bewirken.

## § 212.

Hat der Pächter bei Uebernahme der Pacht keine Caution gestellt, so kann selbst bei solchen Forderungen des Verpächters, die vom Pächter noch nicht ausdrücklich oder stillschweigend als liquid anerkannt sind, auf des Verpächters Verlangen und Gefahr, der Pächter durch exekutive Maassregeln zur Erfüllung angehalten werden. Erweist sich aber bei fernerer Verhandlung der Sache die Unrechtfertigkeit besagter Forderungen, so hat der Verpächter nicht nur dem Pächter allen erlittenen Schaden zu ersetzen, sondern auch, auf Erkenntniss der

---

\*) Vergl. Artt. 144 und 195.

competenten Behörde, eine von dieser zu bestimmende Strafe in die Gebietslade\*) der Gemeinde, zu welcher Pächter gehört, zu erlegen.

## § 213.

Wenn der Pächter unter irgend einem Vorwand sich verweigert übernommene Dienstleistungen zu erfüllen, so kann er, um ein plötzliches Stocken in den ökonomischen Angelegenheiten zu verhüten, durch exekutivische Zwangsmittel zur Erfüllung jener Leistungen vom Gericht angehalten werden; dem Pächter bleibt hierbei der Regress gegen den Verpächter, falls derselbe seinerseits den Vertrag nicht erfüllt, offen.

## § 214.

Deteriorirt der Pächter das Pachtgut, oder lässt seine unordentliche Wirthschaft die Nichterfüllung der von ihm übernommenen Verbindlichkeiten mit Bestimmtheit besorgen, so ist, wenn der Pächter Caution geleistet hat, der Verpächter befugt, eine gerichtliche Untersuchung zu verlangen, damit das Gericht nach Befinden der Umstände auf Erfüllung des Vertrages und Entschädigung des Verpächters für die an dem Grund und Boden oder den Gebäuden verschuldeter Deterioration, gleichwie auch, falls die geleistete Caution zur Vergütung der Deterioration und zur Sicherheit für künftige Leistungen des Pächters nicht mehr hinreicht, oder falls von ihm gar keine Caution bestellt, auf die unverzügliche Aufhebung des Pacht-Vertrages erkenne\*\*).

---

\*) d. h. «Gemeindekasse» nach dem Sprachgebrauch der Wohlf.-Reg. v. 11. Juni 1866. D. Hrsg.

\*\*) Für die Thätigkeit der Polizei vornehmlich bei Exmissionen stellt das Cirk.-Verf. des Gouverneurs an die Kreis-Chefs v. 19. April 1889 № 3102 (Schenschin 37) nachstehende Normen auf: 1) Die Kreis-Polizei-Verwaltungen, wie auch die Gemeinde- und Gutspolizei dürfen zur Aussetzung eines Pächters nicht anders schreiten, als auf Anverlangen der kompetenten Justizbehörde oder der ihnen vorgesetzten Autorität, und in keinem Falle auf Anverlangen des Eigenthümers der betreffenden Pachtstelle oder einer anderen Privatperson, selbst wenn auch die Aussetzung für Gefahr und Rechnung des Eigenthümers beantragt würde. Diese Regel findet jedoch keine Anwendung auf die Pächter von Krons-Pachtstellen oder Landstücken, da die Aussetzung derselben auf Grund einer im Verwaltungswege ergangenen Verfügung der Domänen-Verwaltung bewerkstelligt wird.

2) Sollte der private Eigenthümer eigenmächtig und mit Umgehung des Richters den Versuch zur Aussetzung des Pächters oder Abnahme eines Theils seines Landes, machen, so ist die Polizei auf die Anzeige des Betroffenen verpflichtet, unabhängig von der Feststellung des Thatbestandes für die strafrechtliche Behandlung des Schuldigen, unverzüglich Massregeln zum Schutz des faktischen Pachtbesitzes zu ergreifen, ohne auf eine Beprüfung der Frage über den Ablauf des Pachtvertrages oder das Recht des Eigenthümers, die Aussetzung zu verlangen, sich einzulassen. In gleicher Weise ist die Polizei, in Grundlage des Art. 1323 § III Pkt. 1 Th. II Cod. d. Reichsges. (Ausg. d. J. 1876) verpflichtet, überhaupt jeden faktischen Besitz gegen Eigenmacht zu schützen, ohne die Recht- oder Gesetzmässigkeit dieses Besitzes zu untersuchen, da Streitigkeiten über die Recht- oder Gesetzmässigkeit des Besitzes einzig und allein vom kompetenten Gericht (oder der Krons-Verwaltung) entschieden werden.

3) Zu den von der Polizei zu treffenden Massregeln wider die eigenmächtige Aussetzung des Pächters gehört auch die unverzügliche Wiederherstellung des gestörten Besitzes in allen den Fällen, wenn der Betroffene sofort und auf frischer That an die Polizei mit der Bitte um Schutz sich wendet.

Nur in dem Fall, wenn die Aussetzung ohne Eigenmacht oder Gewalt geschah oder wenn



## § 215.

Wird der Pacht-Contrakt keinerseits zu der im Contrakt ausbedungenen Kündigungsfrist gekündigt, so wird angenommen, dass der Contrakt stillschweigend auf 3 Jahre unter den seitherigen Bedingungen verlängert sei. Klagen über unrechtfertige Gesindes-Kündigungen sind innerhalb einer vierwöchentlichen Präklusivfrist, vom Kündigungstage gerechnet, bei der Obrigkeit anzubringen.

Reg.-Pat. 9. December 1863 № 121 (Erläuterung d. Comm. f. B.-S.): «.... Wenn ein nach § 215 der Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860 auf drei Jahre stillschweigend prolongirter Pachtcontract nicht vor Ablauf dieser drei Jahre in dem contractlich ausbedungenen Kündigungstermine oder in Ermangelung eines solchen am Jakobitage des letzten Jahres rechtsförmlich gekündigt worden ist, so wird angenommen, dass derselbe abermals auf drei Jahre prolongirt sei, und wird diese Prolongation von drei zu drei Jahren so lange fortgesetzt, bis eine rechtsförmliche Kündigung in einem der vorbezeichneten Termine im letzten Jahre des Triennii erfolgt».

## § 216.

Der Verpächter ist berechtigt dem Pächter den Abzug und das Wegführen oder Wegbringen seiner Effekten, bis zur definitiven Erfüllung aller seiner Obliegenheiten, zu verweigern.

## § 217.

Die verbliebenen Rückstände ist der Pächter auch nach Ablauf der Pacht mit den gesetzlichen Renten zu bezahlen schuldig und kann so lange und in der Weise zu solcher Zahlung adstringirt werden, als die Gesetze hinsichtlich der Coercirung eines insolventen Schuldners zur Bezahlung seiner Schulden überhaupt gestatten.

## § 218.

Hat dagegen der Pächter an den Verpächter aus dem Contrakte entstandene und vom Verpächter nicht angestrittene oder durch das.....Gericht provisorisch zuerkannte Forderungen, so ist er befugt, bis zur erfolgten Befriedigung, die Abgabe der Pachtstelle zu verweigern, es wäre denn, dass der Verpächter hinsichtlich dieser Forderungen eine vom.....Gerichte zu bestimmende Bürgschaft leistete \*).

Publication d. Commission f. B.-S. v. J. 1886 s. zu Art. 116.

---

der Entsetzte die Hülfe der Polizei nicht auf frischer That erbat, sondern erst nach Ablauf einer beträchtlichen Zeit, so unterliegt die Sache wegen Wiederherstellung des Besitzes einzig der Beprüfung des Civilgerichts».

Vergl. auch Art. 69 d. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Justizwesens d. Balt. Gouv. 9. Juli 1889 (Art. 1806 R.-Civ.-Pr.-O., Ausg. v. J. 1892) und Art. 7 d. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. d. Balt. Gouv. 9. Juli 1889 A. Gem.-Ger.-Ordn. II Reg. f. d. Civilprocess. D. Hrsg.

\*) Nach der Aufhebung der Kirchspiels-Gerichte seit der Justizreform v. J. 1889 die

## Zweites Capitel.

## Bestimmungen über das bauerliche Grundeigenthum.

## § 219.

Gehorchsland kann jeder Zeit von dem Gutsherrn an Mitglieder der Bauergemeinde oder an solche Individuen verkauft werden, die bei Acquisition des Landes in den Verband der resp. Bauergemeinde eingetreten. . . . .  
S. zu Art. 240.

Ueber das Verbot der Veräusserung an ausländische Unterthanen s. zu Art. 97.

## § 220.

Bäuerlichen Grundstücken können in keinem Falle Rechte, die nach örtlichen Gesetzen ausschliesslich dem Rittergute inhäriren, wie namentlich das Recht auf Landtagen, Kreisversammlungen, Kirchspiels- und Postirungs-Conventen zu stimmen, das Recht des Branntweinsbrandes, der Bierbrauerei und der Schenkerei zugeeignet werden.

Anmerkung. Bis zur Bestätigung und Publikation der im Werk begriffenen Jagdordnung für die Ostseegouvernements geht bei dem Verkauf eines bauerlichen Grundstücks die Jagdberechtigung nicht auf den Käufer über, es sei denn, dass das verkaufte Grundstück mit einem andern Rittergute vereinigt wird.

1. Reg.-Pat. 2. December 1868 (Antrag des General-Gouverneurs): «.... dass die den Rittergütern vorbehaltenen Rechte des Branntweinbrandes und der Bierbrauerei, ferner des Verkaufs von Branntwein und Bier, sowie das Recht, Krüge und Schenken anzulegen und zu unterhalten, ausschliesslich an dem Hofeslande resp. der Quote haften und mithin auf dem Gehorchslande nicht ausgeübt werden können».

2. Entscheidung d. Plenar-Versammlung d. 1., 2. und der Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats v. 7. Februar 1894 № 1: «.... Gemäss dem Art. 72 d. Grundgesetze, bleibt jedes Gesetz so lange in Geltung, als es nicht durch ein neues Gesetz auf-

---

kompetente Civiljustizbehörde. — Die das Interesse des Gutsherrn im Konkurse des Pächters schützenden Bestimmungen d. B.-V., Art. 890 u. Art. 904 Cl. I Pkt. 4, sind auch in die zeitweil. Regeln f. d. Konkursverfahren v. 9. Juli 1889 (R.-Civ.-Pr.-O. Art. 1889 Beil. Ausg. v. J. 1892) aufgenommen worden und lautet die Anmerkung zum Art. 15 dieser Regeln: «Im Konkurse von Personen bauerlichen Standes wird sofort nach Eröffnung des Konkurses die vom Gemeinschuldner gepachtete Bauerlandstelle oder das Gesinde nebst allem Zubehör dem Gutsherrn zurückgegeben»; — und Art. 36 derselben Regeln: «Zu den Forderungen der ersten Classe werden gerechnet und aus den ersten, zur Verfügung der Konkurs-Verwaltung gelangenden Summen in folgender Rangordnung befriedigt: — — — — — 7) Forderungen des Gutsherrn wegen der vom Gemeinschuldner bauerlichen Standes nicht erfüllten Pachtverträge über Bauerlandstellen und Gesinde und hinsichtlich nicht ersetzter Deteriorationen, für das letzte Jahr vor der Konkurseröffnung».

Der konstanten Praxis der durch die Justizreform v. J. 1889 aufgehobenen Gerichte, wonach der Stand des in Vermögensverfall gerathenen Pächters von keiner rechtlichen Bedeutung war, ist freilich durch den Wortlaut der angeführten Bestimmungen der jetzt gültigen Konkurs-Regeln Abbruch geschehen, wie andererseits die in der Sache liegende und durch die Ausbreitung des bauerlichen Grundeigenthums gebotene Gleichstellung des Kleingrundbesitzers mit dem Grossgrundbesitzer im Konkurse ihres Pächters, bei der berührten Reform nicht in Betracht gezogen worden ist.

D. Hrsq.

gehoben wird, und gemäss dem Art. 79 d. Grundgesetze, werden Gesetze, welche besonders für irgend ein Gouvernement erlassen sind, durch ein neues allgemeines Gesetz nicht aufgehoben, wenn in demselben nicht namentlich die Aufhebung angeordnet ist. Wenn nun im Art. 153 Bd. XII Th. 2, Ausg. v. J. 1893 (Art. 1 d. Ges. v. 3. Februar 1892)\*), bei der Aufzählung der Gegenden, für die das neue Gesetz Geltung hat, auch das Gouvernement Livland genannt wird, so ist doch in diesem Art. nur ganz im Allgemeinen gesagt, dass die Ausübung der Jagd in den genannten Gegenden der Wirksamkeit der unten dargelegten Regeln unterworfen wird, aber es findet sich kein Hinweis auf die Aufhebung aller bisher gültigen provincialrechtlichen Bestimmungen über das Recht zur Ausübung der Jagd. Ferner, in dem gleichzeitig mit den Jagd-Regeln Allerh. bestät. R.-R.-G. v. 3. Februar 1892 wurden die Gesetzesartikel aufgeführt, welche der Abänderung und Aufhebung durch die neuen Bestimmungen unterliegen, aber hierbei wurden keinerlei Hinweise auf die Aufhebung oder Abänderung der Bestimmungen der Provincialrechte der Balt. Gouv. gemacht. In Anbetracht dessen und in genauer Grundlage des Art. 72 d. Grundgesetze müssen aus der Zahl der früheren gesetzlichen Bestimmungen über die Jagd in den Gouv. Livland und Estland nur diejenigen Bestimmungen als aufgehoben angesehen werden, welche, ihrem Inhalte nach, dem neuen Gesetz widersprechen. Wendet man sich demzufolge zu einer Gegenüberstellung des Art. 15 d. Ges. vom 3. Februar 1892 (Art. 167 Bd. XII Th. 2) mit den Anmerkungen zu den Art. 220 B.-V. v. J. 1860 und Art. 883 Th. III Prov.-R., so ergibt sich, dass der Art. 15 lediglich Bestimmungen über künftige Beschränkungen des Rechts zur Ausübung der Jagd der die Dorfgemeinde bildenden Bauern, auf den ihnen gehörigen Ländereien, enthält, und dieses Recht der Dorfgemeinde vorbehalten wird, von deren in festgesetzter Ordnung ergangenen Beschlüssen die Verleihung desselben an einzelne Bauern oder an fremde Personen ausschliesslich abhängt. Diese Ordnung kann zweifellos auch im Gouv. Livland zur Anwendung kommen,..... aber nur hinsichtlich der auf Kronsländereien wohnhaften Bauern, da bei der agraren Organisation dieser Bauern denselben die Kronsländereien zum Loskauf, auf Grund von Regulirungsakten, überlassen wurden, ohne jede Beschränkung des Jagdrechts auf diesen Ländereien. Desshalb kann das Jagdrecht auf diesen Ländereien, welches vor dem Gesetz vom 3. Februar 1892 jedem besitzlichen Bauern zustand, nunmehr lediglich mit Genehmigung der ganzen Gemeinde ausgeübt werden, wobei, wie Solches in den Jagd-Regeln für das Gouv. Kurland (Art. 4) hervorgehoben ist, der in den provinciellen Verordnungen gebrauchte Ausdruck «Landgemeinde», in dieser Hinsicht, gleichbedeutend zu sein hat mit dem im Art. 15 d. Ges. v. 3. Februar 1892 gebrauchten Ausdruck «Dorfgemeinde». Dieser letztere Art. (Art. 167 Bd. XII Th. 2) enthält keinerlei Hinweis auf die Aufhebung oder Beschränkung der gutsherrlichen Rechte auf die Jagd in den Grenzen der von ihm an Bauern zu deren Eigenthum verkauften Landstellen, welches ihnen bisher nicht zustand, und die Geltung dieser Bestimmung auf derartige Landstellen auszudehnen würde gleichbedeutend sein mit der Gewährung solcher Rechte an die Landgemeinden, welche ihnen, den bestehenden Gesetzen nach, nicht zustehen. In Anbetracht dieser Erwägungen muss anerkannt werden, dass die Anmerkungen zu Art. 220 Livl. B.-V. v. J. 1860 und zu Art. 883 Th. III Prov.-R. d. Ostseegebiets ihre Geltung durch die Herausgabe des Gesetzes v. 3. Februar 1892 nicht eingebüsst haben.....\*\*).

---

\*) d. i. die Regeln über die Jagd v. 3. Februar 1892, welche mit dem 1. März 1892 in Kraft traten und für Livland mittels Reg.-Pat. v. 17. April 1892 № 26 publicirt wurden. D. Hrsgr.  
 \*\*) Noch vor dem Erlass dieser Senats-Entscheidung traf die Verwaltung die das Jagdrecht des Gutsherrn schützende Anordnung: Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Kreis-Chefs u. Commissare f. B.-S. v. 25. Juli 1892 № 6851 (publ. Gouv.-Zeit. v. 29. Juli 1892 № 78):.....  
 «Nunmehr erklärt der Herr Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Herrn Minister der

## § 221.

Das bauerliche Grundeigenthum eines Einzelnen innerhalb einer Bauer-gemeinde darf in keiner Weise die Grösse von 1 Haken überschreiten; solches Maximum ist selbst in dem Falle herzustellen, wo dem Besitzer eines bauerlichen Grundstücks durch Erbschaft in derselben Gemeinde noch anderweitiger Besitz zufällt und dadurch die Gesamtmasse seines Grundeigenthums über die bezeichnete Ausdehnung anwächst. In solchem Falle ist der Eigenthümer gehalten, den Ueberschuss über das gesetzliche Maximum binnen 2 Jahren, von dem Tage der Erwerbung an gerechnet, zu verkaufen, wobei ihm die Bestimmung über den Theil, welchen er behalten will, vollkommen freigestellt bleibt.

Anmerkung. Als ein Gemeindeglied gilt in dieser Hinsicht: der Mann mit seiner Frau und seinen unmündigen Kindern, gleichwie eine verwitwete Person mit ihren unmündigen Kindern.

Erläuterung d. Commission f. B.-S. v. J. 1889 (publ. Gouv.-Zeitg. v. 27. November 1889 № 135): «.....dass die Beschränkung des Grundeigenthums eines Gemeindegliedes innerhalb der Grenzen einer Gemeinde sich nur auf die Fälle des räumlichen Zuwachses des Grundstücks bezieht, nicht jedoch auf die Erhöhung des Werthes der von einem Gemeindegliede in der gesetzlich festgestellten Grösse erworbenen Gesindestelle; in Folge dessen ist der Eigenthümer, wenn die Thaleranzahl durch Bodenmelioration gestiegen ist, und bei einer Neueinschätzung sich ein Ueberschuss über das gesetzliche Maximum erweist, nicht verpflichtet, diesen Ueberschuss zu verkaufen,—dass somit die Bestimmung des Art. 221 B.-V. auf solche Fälle sich nicht bezieht».

## § 222.

Es ist unverwehrt, dass derjenige, welcher 1 Haken innerhalb einer Gemeinde als Eigenthum besitzt, gleichzeitig noch anderweitiges Grundeigenthum in einer anderen Gemeinde acquiriren und besitze.

---

Reichs-Domänen («und in Berücksichtigung des über diese Frage eingeholten Gutachtens des Oberpräsidenten der Codifikations-Abtheilung des Reichsraths», d. Hrsg.) in seinem Erlasse v. 7. Juli 1892 № 6676, dass das Allerh. am 3. Februar 1892 bestätigte Jagdgesetz auf die besonderen Rechte des Gutsbesitzers in Livland, welche in den Artt. 883—891 Th. III Prov.-R. d. Ostseegouv. festgesetzt sind, keinerlei Bezug hat, wesshalb diese Rechte in bisheriger Weise in Kraft verbleiben und die Bauern, welche auf Grund von Kaufkontrakten mit den Gutsbesitzern Ländereien besitzen, da ihnen persönlich das Jagdrecht auf diesen Ländereien nicht zusteht, über dasselbe auch nicht verfügen können.

Anders stellt sich die Sache in Bezug auf die Kronsgüter dar. Auf Grund der Verordnung über die Regulirung dieser Güter und des Allerh. Bef. v. 10. März 1869 sind den Bauern solcher Güter die Kronsländereien ohne jede Beschränkung ihrer Rechte zur Ausübung der Jagd auf diesen Ländereien zum Loskauf überlassen worden. Aus diesem Grunde muss das Jagdrecht, welches vor Emanirung des Gesetzes v. 3. Februar 1892 jedem einzelnen Bauer auf dem von ihm erworbenen Lande zustand, in Folge dieses Gesetzes auf die ganze Gemeinde übergehen, welche auch jetzt allein die Ausübung der Jagd auf den Bauerländereien in Gemässheit ihrer Beschlüsse gestatten kann . . . . .; wobei die Gemeinde-Ausschüsse der Privatgüter . . . . . das Recht, auf Grund des Art. 15 des obenerwähnten Gesetzes Beschlüsse über die Ausreichung von Jagdscheinen für Ländereien, welche den Gliedern dieser Gemeinden gehören, zu fassen, nicht besitzen. Die Befugniss, solche Beschlüsse zu fassen, haben nur die Gemeinde-Ausschüsse der Kronsgüter, und in Gemässheit solcher Beschlüsse können die H. Kreis-Chefs in genauer Anleitung der Artt. 6 u. 15 d. Jagdgesetzes Jagdscheine ausreichen, wobei auch die Artt. 6, 7 u. a. des erwähnten Gesetzes zu beobachten sind».

D. Hrsg.

## § 223.

Dem Eigenthümer eines Bauergrundstücks steht die freie Disposition über dasselbe zu und kann er es nach Belieben ganz oder theilweise verkaufen oder verpachten, insofern nur der alienirte Theil nicht kleiner als das für ein Bauergrundstück überhaupt vorgeschriebene Minimum von  $\frac{1}{8}$  Haken ist \*). Der Käufer eines Bauergrundstücks darf übrigens (durch eine Erklärung in dem über den Kauf abgeschlossenen Contract) für sich, seine Erben und Rechtsnehmer auf die ihm als Eigenthümer zustehende Befugniss der Zerstückelung des Gesindes ausdrücklich verzichten und sich verpflichten, das gekaufte Grundstück für immerwährende Zeiten in gegenwärtiger Grösse unalterirt zu erhalten.

## § 224.

Ist das Bauergrundstück hypothekarisch belastet, d. h. ist ein Theil des Kaufschillings unbezahlt geblieben, oder haftet sonst eine ingrossirte Schuld auf dem Grundstück, so kann ein theilweiser Verkauf oder eine sonstige Parcelirung des Grundstücks nur mit Bewilligung des jedesmaligen Creditors bewerkstelligt werden.

## § 225.

Bei jeder eigenthümlichen Erwerbung eines Grundstücks des Gehorchslandes ohne Ausnahme muss ein eisernes Inventarium für selbiges constituirt werden. Käufer ist verpflichtet, entweder sofort bei gerichtlicher Producirung des Kaufcontractes solches Inventarium nachzuweisen, oder doch eine Caution seitens des verkaufenden Grundherrn beizubringen, dass selbiges binnen Jahresfrist nach Perficirung des Kaufs beschafft sein werde. Wird jener oder dieser Vorschrift nicht genügt, so kann der Kaufcontract keine gesetzliche Giltigkeit erlangen und die Behörde verweigert die Corroboration desselben \*\*).

---

\*) Das Princip der bedingten Theilbarkeit gilt auch für die freigekauften Landstellen der Kronsgüter; s. Namentl. Allerh. Bef. v. 10. März 1869 § 17 (Reg.-Pat. v. 14. Februar 1869 № 32 bei Pkt. II d. Eidl.) und Pkt. VII resp. IV der durch Reg.-Patent v. 26. September 1875 № 127 sowie Pkt. VII resp. VI der durch Reg.-Pat. v. 10. Juli 1889 № 68 publicirten Formulare für Kaufcontracte (bei Pkt. II d. Eidl.). Es ist nicht überflüssig, zu betonen, dass der Eigenthümer eines Bauergrundstücks berechtigt ist, sein Grundstück an Jedermann ohne Unterschied des Standes zu verkaufen, weil Jeder ein Gehorchslandgesinde zu Eigenthum besitzen kann; vergl. die zu Art. 101 mitgetheilte Senats-Entscheidung v. 14. Februar 1896 № 13; die in einem Urtheil einer Friedensrichter-Versammlung aus dem J. 1894 zum Ausdruck gekommene Rechtsauffassung, «das Bauer- oder Gehorchsland einen Landfond zur Sicherstellung der früher leibeigenen Bauern im Gouv. Livland bilde und der Betrag dieses Fonds weder direkt, noch indirekt vermindert werden dürfen», — findet weder im historischen noch im geltenden Recht eine Stütze.

D. Hrsg.

\*\*) Die administrative Competenz des Kreisgerichts ist durch die Justizreform v. J. 1889 vollständig in Wegfall gekommen; vergl. § 70 d. zeitw. Regeln für d. Verfahren in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889 (R.-Not.-O. Art. 371, Ausg. v. J. 1892). Ueber den ungeschmälernten Bestand der eisernen Gesindesinventarien hat der Gemeinde-Aelteste gemäss Art. 20 Pkt. f. der Baltischen L.-G.-O. v. 19. Febr. 1866 zu wachen; s. zu Artt. 129 B.-V.

D. Hrsg.

## § 226.

Fällt weg, s. zeitw. Regeln f. d. Verfahren in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889 §§ 69—76 (R.-Not.-O. Artt. 370—77, Ausg. v. J. 1892).

## § 227.

Kaufcontracte, welche über Grundstücke des Gehorchslandes mit Bauer-gemeindegliedern abgeschlossen werden, unterliegen nicht den Bestimmungen über Stempelpapier. Es genügt, dass selbige auf ordinaires Papier geschrieben und bei der *Grundbuchabtheilung* corroborirt werden.

Zeitw. Regeln f. d. Verfahren in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889 §§ 69—76 (R.-Not.-O. Artt. 370—77, Ausg. v. J. 1892). S. zu Art. 238.

## § 228.

Auf simulirte Kaufcontracte finden die Bestimmungen, welche in den §§ 204—206 über simulirte Pachtcontracte enthalten sind, in gleichem Maasse Anwendung.

---

Reg.-Pat. 28. Februar 1875 № 26 (R.-R.-G. 11. November 1874): «.....1) In Abänderung und Ergänzung der betreffenden Artikel des Provinzialrechts der Ostseegouvernements und der für diese Gouvernements herausgegebenen Bauer-Verordnungen zu verordnen: Das Erblösungsrecht (Provinzialrecht der Ostseegouv. Th. III, Art. 1654 und 1656) erstreckt sich nicht auf Grundstücke des steuerpflichtigen Bauerlandes (in Livland) und des Bauerpachtlandes (in Estland), welche von Erbgütern verkauft werden.  
2) Diese Regel findet auf alle Landstücke der gedachten Art Anwendung, welche bereits in das Eigenthum von Gliedern der örtlichen Bauergemeinde übergegangen sind».

---

## Zweites Buch.

### Bauer - Verordnung.

#### Abschnitt I.

##### Verfassung des Bauerstandes.

###### Capitel I.

###### Von dem Livländischen Bauerstande und dessen Eintheilung in Bauergemeinden.

###### § 229.

Die ganze in Livland ansässige, in Landgemeinden abgetheilte Bevölkerung bildet in ihrer Gesamtheit, auf Grundlage ihrer gemeinschaftlichen realen Rechte und Beziehungen, den freien livländischen Bauerstand im weitesten Sinne.

###### § 230.

Die Landgemeinden, in welche die livländische Bauerschaft nach § 229 sich gliedert, bestehen aus einer ackerbauenden Population, welche bestimmte Rechte genießt, bestimmte Pflichten hat und innerhalb der Grenzen eines oder mehrerer Rittergüter abgeschlossene Gemeinden bildet, in welche ausserdem noch anderen Ständen angehörige Personen, die sich zur Klasse der Ackerbau-treibenden verzeichnen lassen, aufgenommen werden können.

###### § 231.

Jedes Mitglied des Bauerstandes ohne Ausnahme muss zu irgend einer Bauergemeinde verzeichnet sein, und umgekehrt gehört jede Person, welche zu irgend einer Bauergemeinde verzeichnet ist, zum Bauerstande im weitesten Sinne, gleichviel ob sie sich persönlich mit dem Ackerbau beschäftigt oder nicht, und ob sie ihr Domicil innerhalb der Gemeinde hat oder ausserhalb derselben.

###### § 232.

Wer zu einer Bauergemeinde verzeichnet ist, nimmt Theil an sämtlichen der Bauergemeinde zustehenden Rechten und unterliegt andererseits allen den Verpflichtungen, welche die Gemeindeordnung den Bauergemeindegliedern, je nach ihrer Stellung und Beschäftigung innerhalb oder ausserhalb der Gemeinde, auferlegt.

## § 233.

Die persönlichen Berechtigungen und Obliegenheiten, welche die Staatsregierung den zum Bauerstande gehörigen Personen auferlegt, oder denselben einräumt, sind durch das Gesetz besonders bestimmt. Jedem Bauergemeindegliede aber steht es überdies frei, sich durch Erfüllung der desfalls gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen die persönlichen Rechte und Vorzüge anderer Stände zu erwerben, ohne desshalb aus dem Bauergemeinde-Verbande auszutreten.

## § 234.

Ebenso steht es Mitgliedern anders berechtigter Stände frei, in den Bauergemeinde-Verband einzutreten und damit als Bauergemeindeglieder in den Bauerstand im weitesten Sinne überzugehen, ohne desshalb ihre persönlichen Standesrechte einzubüssen. Sie unterliegen in solchem Falle nur allen sowol berechtigenden als verpflichtenden Bestimmungen der Gemeindeordnung.

## § 235.

Es ist mithin gesetzlich zu unterscheiden zwischen den eigentlichen Ackerbauern im engeren Sinne, d. h. denjenigen Individuen, die sowol hinsichtlich des auf der realen Grundlage bestehenden Gemeindeverbandes, als hinsichtlich ihrer persönlichen Standesrechte zum Bauerstande gehören, und solchen Bauergemeindegliedern, welche zwar in ersterer Beziehung den Ackerbauern vollkommen gleichstehen, hinsichtlich ihrer persönlichen Rechte aber zu einem anderen Stande gehören. Solchemnach gilt die Bezeichnung Bauergemeindeglied für alle zu irgend einer Bauergemeinde verzeichneten Personen. Die Ausdrücke Ackerbauer, Arbeiter, Zunftgenosse u. s. w. dagegen bezeichnen nur den persönlichen Stand der einzelnen Gemeindeglieder.

## § 236.

Alle Bauergemeindeglieder stehen in erster Instanz unter Gerichtsbehörden, deren Glieder von den Bauergemeinden aus dem Bauerstande gewählt werden, in zweiter . . . . Instanz aber unter Gerichtsbehörden, in welchen sich Beisitzer befinden, die ebenfalls von der Bauergemeinde aus ihrem Stande gewählt sind. Ausnahmen hiervon finden nur statt, wo zufolge besonderer Bestimmungen Bauergemeindeglieder, weil sie im Besitz der persönlichen Rechte anderer Stände sind, vor ein besonderes Forum gehören. Es gehören jedoch alle Sachen, die sich auf die von ihnen besessenen Grundstücke beziehen, nichtsdestoweniger vor die Bauerbehörden \*).

---

\*) Durch die Justizreform v. J. 1889 ist die persönliche und sachliche Competenz anders gestaltet worden und gehören fortan nur bestimmte Besitzklagen vor die Bauergerichte; Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in den Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889; s. unten Cap. V. D. Hrsg.



## § 237:

Das livländische Bauergemeindeglied muss alle öffentlichen Abgaben und Leistungen erfüllen, die seiner Person, je nach seinen persönlichen Rechten und dem Lande, welches er besitzt, obliegen . . . .

Der Schluss des Art. fällt weg, s. zu Art. 396—406.

## § 238.

Der livländische Ackerbauer soll keine höheren Kronsabgaben zahlen, als der gutsherrliche in den anderen Gouvernements des Reichs. Bei allen Gerichtsbehörden sind bei der Verhandlung von Bauersachen *die Bauern zur Entrichtung der Stempelsteuer, der Gerichts- und Canzellei-Gebühren, sowie der Prozess- und Gerichtskosten in allgemeiner Grundlage nach den Regeln der Prozess-Ordnungen verpflichtet*. Bei Contrakten, durch welche ein Bauer von *einem Gutsbesitzer die Pacht eines Grundstücks des Gehorchslandes oder des Hofeslandes, mit Ausnahme von Hoflagen*, erwirbt, sind die Stempelpapiergelder von keinem der Theilnehmer, auch wenn selbige ihrem Stande nach sonst diesen Abgaben unterworfen sind, zu erheben. *Die Corroborations-Steuer wird von den Bauern in allgemeiner Grundlage erhoben mit Ausnahme der im Art. 202 der Steuer-Ges., Ausg. v. J. 1893, gedachten Verträge mit dem Gutsbesitzer über den erstmaligen Kauf eines Gehorchsland-Grundstücks, sowie einer Hofeslandparcelle bis zur Grösse von 20 Dessätinen; diese Verträge sind auch von der Stempelsteuer befreit. Endlich finden die Regeln über die Steuer vom Vermögen bei einem unentgeltlichen Uebergange desselben auf die livländischen Bauern volle Anwendung.*

Anmerkung. Das den Bauern durch diesen § verliehene Privilegium der Befreiung von der Erlegung der Krepost-, Stempelpapier- oder anderer Poschlinen, erstreckt sich auch auf die dem Bauerstande entnommenen, auf unbestimmte Zeit beurlaubten, oder vom Dienst verabschiedeten, in ihre früheren Gemeinden zurückgekehrten Untermilitairs, sowie auf deren Frauen, Wittwen und auf die nach Abgabe der Väter zu Rekruten geborenen Kinder. — Vergl. zu Balt. B.-G.-O. Art. 1.

1. Reg.-Pat. 17. Juni 1866 № 46 (Antrag des General-Gouverneurs): «Da die im § 238 der Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860 erwähnte Befreiung von Krepost- und anderen Poschlinen, sowie vom Gebrauche des Stempelpapiers ein ausschliessliches Standes-Privilegium des Livländischen Bauern ist, so kommt dieselbe auch nur solchen Bauergemeindegliedern zu, die dem Bauerstande im engeren Sinne angehören, . . . .».

2. Reg.-Pat. 12. August 1874 № 135 (R.-R.-G. 17. April 1874 betr. den Entwurf der Verordnung über die Stempelsteuer): «. . . . III. Mit der Einführung dieser Verordnung: 1) die Artikel 1—207 und 230—362 des Steuer-Reglements (Cod. d. Reichsges., Bd. V) nebst allen zu denselben gehörenden Ergänzungen, sowie auch alle diejenigen, sowol in dem Codex der Reichsgesetze, als auch in den besonderen Verordnungen enthaltenen Ausnahmen von der Stempelsteuer, welche in die neue Verordnung nicht aufgenommen sind, und dergleichen alle mit den Regeln dieser Verordnung nicht übereinstimmenden Bestimmungen überhaupt aufzuheben».

3. Reg.-Pat. 30. Mai 1875 № 78 (Vorstellung des Finanzministers an den Senat v. 28. März 1875 № 1165): «....Nachdem gegenwärtig die Anordnungen zur Anfertigung und Versendung des neu festgesetzten Stempelpapiers und der Marken in die Gouvernements beendet seien, erachte er, der Finanzminister, es für möglich, die am 17. April Allerhöchst bestätigte Verordnung über die Stempelsteuer mit dem 1. Juli des gegenwärtigen Jahres 1875 im Kaiserreiche, auch die Ostseegouvernements nicht ausgenommen, in Wirksamkeit treten zu lassen, und stelle Solches Einem Dirigirenden Senate zur allörtlichen Publikation vor....».

4. Verordnung über die Stempelsteuer v. 17. April 1874, Ausg. v. J. 1893, Cod. d. Reichsges. Bd. V, Steuer-Gesetze, Artt. 2—151 \*).

«Art. 8. Der einfachen Stempelsteuer zu 80 Cop. per Bogen unterliegen:

1) Bittschriften, Erklärungen, Klagen und Beschwerden, Antworten, Repliken, Widerlegungen und Erklärungen, welche von Privatpersonen, sowie von Gesellschaften, Vereinen und Compagnien in ihren Privatangelegenheiten bei amtlichen Personen und Regierungs-Institutionen, sowol gerichtlichen als auch administrativen, eingereicht werden, sowie die bei den gedachten Papieren auf Wunsch der Supplicanten, oder weil das Gesetz es verlangt, vorgestellten Abschriften a) dieser Papiere selbst und b) der denselben beizufügenden Dokumente und überhaupt der Beilagen.

Anmerkung. Die Original-Dokumente und -Beilagen unterliegen bei ihrer Vorstellung an Behörden und amtliche Personen keiner Stempelsteuer.

Art. 58. Von der Stempelsteuer werden befreit Gesuche und die anderen im Art. 8 Pkt. 1 angegebenen Papiere, sowie die resolvirenden Papiere:

5) In Sachen betreffend die Organisation der bauerlichen Verhältnisse sowol von Bauergemeinden und Bauersiedelungen, als auch einzelner Bauern und in Sachen der bauerlichen Gemeindeverwaltungen, welche sowol bei den Friedensvermittlern, in deren Versammlungen, in den Gouvernements- und Kreis-Behörden für Bauer-Sachen, bei den ständigen Gliedern dieser Kreis-Behörden, bei den Beamten für Bauer-Sachen, als auch in den Ministerien des Kaiserlichen Hofes, der Apanagen, des Innern, der Reichsdomainen, der Finanzen und des Krieges und den ihnen untergeordneten

---

\*) Die hier angeführten Artt. 8, 58, 62, 79 u. 81 Stempelst.-Ges., Ausg. v. J. 1893, entsprechen den Artt. 6, 45, 48, 64 u. 66 Stempelst.-Ges. in der ersten Ausgabe v. J. 1874 (für Livland publicirt durch das unter № 2 angeführte Reg.-Pat. 12. August 1874 № 135), ferner der Ausgabe v. J. 1886, sowie den Fortsetzungen d. J. 1887 u. 1889. Diese Notiz ist beim Lesen der weiter unten mitgetheilten Gesetze und Senatsentscheidungen im Auge zu behalten. In der Ausgabe v. J. 1893 fehlen übrigens das R.-R.-G. v. 17. April 1874 (Reg.-Pat. 1874 № 135), sowie die Einführungs-Verordnung v. 28. März 1875 (Reg.-Pat. 1875 № 78). — Wie im Allgemeinen Steuern nicht verjähren, so wird auch «auf die Erhebung der Stempelsteuer die Verjährung nicht erstreckt»; Art. 6 Stempelst.-Ges., Ausg. v. J. 1893 (früher Art. 4); es sei denn, dass «die von Privatpersonen, mit Uebertretung der Regeln über die Stempelsteuer, vollzogenen Verträge und Verpflichtungen, in Folge von Verjährung ihre Gültigkeit verloren haben; Art. 133 l.c. (früher Art. 111 d. Forts. v. J. 1887: durch Reg.-Pat. 2. September 1887 publicirtes R.-R.-G. v. 15. Juni 1887); desshalb ist es von praktischem Werth, anzuführen, wann Erhöhungen der ursprünglichen Stempelsteuer stattgefunden haben. Die durch Gesetz v. 17. April 1874 festgesetzte Stempelsteuer galt bis zum 1. Januar 1879; durch R.-R.-G. v. 26. December 1878 (Reg.-Pat. 12. Januar 1879 № 2) wurde bei gleichzeitiger Publication eines neuen Verzeichnisses der Sorten des Stempelpapiers die Erhöhung der Stempelsteuer vom 1. Januar 1879 ab angeordnet; sodann wurde durch R.-R.-G. v. 19. Mai 1887 (Reg.-Pat. 15. Juni 1887 № 31) eine neue Erhöhung der Stempelsteuer, — jedoch mit Ausnahme des Wechselstempels —, bei gleichzeitiger Publicirung eines neuen Verzeichnisses der Sorten des Stempelpapiers, angeordnet und dieselbe mit dem 1. Juli 1887 in Kraft gesetzt (Reg.-Pat. 15. Juni 1887 № 32).

Institutionen, in der Oberbehörde für den Loskauf und im zweiten Departement des Dirigirenden Senats verhandelt werden.

Anmerkung. Den in diesem Pkt. (5) aufgezählten Regierungs-Institutionen, welchen die Sachen betreffend die Organisation der bauerlichen Verhältnisse der Bauer-  
gemeinden und -Ansiedelungen und die Angelegenheiten ihrer Gemeindever-  
waltung unterstehen, entsprechen.....in den Baltischen Gouvernements die  
Commissare für Bauer-Sachen, die Commissionen für Bauer-Sachen und die  
Gouverneure.

Ueber die Stempelfreiheit der Gesuche und Papiere bei der Berechnung der Cor-  
roborationsteuer von Privaturkunden s. unten № 12 das Gesetz v. 8. Juni  
1893, — sowie in Sachen der Darlehen für landwirthschaftliche Melio-  
rationen das zu Artt. 136 ff. mitgetheilte Gesetz v. 6. Mai 1896. D. Hrsq.

Art. 62. Von der Stempelsteuer werden Gesuche und die anderen im Art. 8  
Pkt. 1 angegebenen Papiere, sowie die resolvirenden Papiere befreit in Sachen, die  
verhandelt werden:

---

4) bei den örtlichen Bauerbehörden (Gebiets- und Dorfbehörden).

Art. 79. Von der Stempelsteuer werden befreit:

1) Bescheinigungen und Atteste von der Dienstobrigkeit oder der Gemeindever-  
waltung über die Unzulänglichkeit der Mittel einer Person zur Führung einer Sache,  
welche von Personen, die das Armenrecht geniessen wollen, bei Gericht vorgestellt  
werden, und überhaupt Armuthszeugnisse, sowie auch die Gesuche um Ertheilung  
dieser Bescheinigungen und Zeugnisse.

Art. 81. Von der Stempelsteuer werden befreit:

---

2) Loskaufs- und Schenkungsverträge zwischen den zeitweilig verpflichteten Bauern  
und den Gutsbesitzern, auf deren Ländereien sie angesiedelt sind \*), sowie auch Verträge  
über die Einzahlung von nachträglichen Loskaufszahlungen;

4) Verträge über Landparzellen, welche Bauern, sowol einzelne als auch in ganzen  
Gemeinden, von den Gutsbesitzern, auf deren Ländereien sie angesiedelt sind, pachten;

5) Abmachungen, die in das Buch der Gemeindeverwaltungen\*\*) eingetragen wer-  
den, über eine Summe von nicht mehr als 300 Rbln. bei Miethverträgen über Land-  
arbeiterdienste oder Dienststellen in der Landwirthschaft;

7) Abmachungen, die in das Buch der Gemeindeverwaltungen \*) eingetragen wer-  
den, über eine Summe von nicht mehr als 300 Rbln. bei Vereinbarungen, welche von  
Fabrikanten mit Bauern über die Abgabe von Materialien an Letztere zur Bearbeitung  
abgeschlossen werden».

---

\*) Bei der Zusammenstellung der Ausgabe des Stempelsteuer-Gesetzes v. J. 1893 hat die  
— weiter unten bei № 9 wiedergegebene, — Senats-Entscheidung v. 18. Mai 1892 № 23 nicht  
vorgelegen, sodass in den Punkten 2 u. 4 Art. 81 noch der Satz von den auf gutherrlichen  
Ländereien angesiedelten Bauern sich findet. Die angeführte Senats-Entscheidung bezeichnet  
den Begriff der «Ansiedelung» für die inneren Gouvernements als antiquirt und für die Balti-  
schen Provinzen als niemals gültig. Diese Rechtsauffassung des Senats ist absolut massgebend,  
denn nach Art. 52 Reichsgrundgesetze, Cod. d. Reichsges., Bd. I Th. 1, Ausg. v. J. 1892, und  
Art. 176 Pkt. 6 Verfassung d. Ministerien, Cod. d. Reichsges., Bd. I Th. 2, Ausg. v. J. 1892, ist  
der Senat berechtigt, eine authentische Auslegung des Gesetzes zur Beseitigung aller Zweifel,  
Unklarheiten und Lücken desselben zu geben. D. Hrsq.

\*\*) In den baltischen Provinzen «der Gemeinde-Gerichte» gemäss Art. 278 Verordn. üb.  
d. Reorganisat. b. Bauerbeh. v. 9. Juli 1889 A. Gem.-Ger.-Ordn. II. Regeln f. d. Civilprocess.  
D. Hrsq.

5. Reg.-Pat. 11. März 1877 № 35 (Verfügung v. 3. Januar 1877 der zur Prüfung der bei der Anwendung der Verordn. üb. d. Stempelsteuer v. 17. April 1874 entstehenden Fragen niedergesetzten besondern Commission): «.... dass in Anleitung der Punkte 2 und 4 des Art. 66 (jetzt Art. 81. D. Hrsg.) d. Stempelst.-Verordn. von der Stempelsteuer befreit sind die Kauf- und Arrendekontrakte über Grundstücke des Bauer-Gehorchslandes, welche zwischen den Gutsbesitzern der Baltischen Gouvernements und den auf ihren Ländereien angesiedelten Bauern abgeschlossen werden». — Vergl. weiter unten № 8 u. 9.

6. Reg.-Pat. 29. Juli 1877 № 76 (Verfügung des 1. Depart. d. Dirig. Senats v. 21. September 1876): «.... dass die Obligationen, welche von Bauern der Ostseegouvernements, wenn sie Grundstücke des Arrendelandes zum Eigenthum erwerben, den Verkäufern als Sicherheit für den bei dem Abschluss des Kaufkontrakts nicht bezahlten Theil der Kaufsumme ausgestellt werden, in Anleitung des Punkt 2 des Art. 66 (jetzt Art. 81. D. Hrsg.) d. Stempelst.-Verordn. v. J. 1874 nicht der Stempelsteuer unterliegen\*).

7. Reg.-Pat. 27. Mai 1888 № 42 (R.-R.-G. 4. April 1888): «.... I. Bezieht sich auf Kurland.

II. Fällt weg; s. unten № 12 das Gesetz v. 8. Juni 1893.

III. Den Art. 393 des Steuer-Reglements (jetzt Art. 202 der Ausg. v. 1893. D. Hrsg.) folgendermaassen zu fassen: «In den Ostseegouvernements werden die Corroborations-Steuern in allgemeiner Grundlage erhoben, nur mit denjenigen Abweichungen, welche in den folgenden Sätzen dieses Abschnitts angegeben sind. Die Bauern der erwähnten Gouvernements, welche keine Grundstücke über zwanzig Dessätinen mit dem Eigenthumsrechte besitzen, werden von der Zahlung der Corroborations-Steuer befreit: a) beim Loskauf oder erstmaligen Kauf eines Gesinde-Grundstücks des zu einem Privat- oder Kronsgute gehörigen Gehorchs-Pachtlandes, und b) beim Kauf oder Zukauf von Hofesland bis zur Proportion von zwanzig Dessätinen. Bauern, welche die im Pkt. a angegebene Vergünstigung einmal genossen haben, werden von der Zahlung der Corroborations-Steuer in den im Pkte. b vorgeschriebenen Fällen und umgekehrt nicht befreit» \*\*).

\*) 1. Diese Obligationen entsprechen eben den Verträgen über die Einzahlung von nachträglichen Loskaufszahlungen, von denen im Art. 81 Pkt. 2 Stempelst.-Ges., Ausg. v. J. 1893, (früher Art. 66), die Rede geht; nach der Emanation des Gesetzes v. 4. April 1888 (s. № 7) und den klaren Ausführungen der Senats-Entscheidung v. 4. Februar 1891 (s. № 8) sind zweifellos von der Stempelsteuer und der Canzellei-Dokumentengebühr auch die Obligationen befreit, welche beim erstmaligen Ankauf einer Hofeslandparcelle bis zu zwanzig Dessät. Ausdehnung durch einen Bauern dem Gutsbesitzer ausgestellt werden.

2. In der Praxis werden mitunter die bezahlten Kaufschillingsobligationen dem Bauern mit der Blancocession versehen zurückgegeben. Das ist durchaus verwerflich. Die Stempelfreiheit dieser Obligationen hat den Charakter eines Privilegs; wenn somit die Kaufschillingschuld getilgt ist, so muss auch die über dieselbe ausgestellte Schuldurkunde im Grundbuch gelöscht werden und darf nicht zum Gegenstande des Verkehrs gemacht werden; Pkt. XIX Einl. Prov.-R. Th. III. D. Hrsg.

\*\*) 1. Die noch immer angestrittene rechtliche Natur der Quote ist Gegenstand einer Senats-Entscheidung gewesen, derzufolge beim erstmaligen Kauf eines Quotengesindes von mehr denn zwanzig Dessätinen die Corroborations-Steuer in gleicher Weise zu zahlen ist, wie bei schatzfreiem Hofeslande. Entscheidung d. Civil-Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats v. 2. November 1893 № 6109 in Sachen des Bauern K. P., vertreten durch den Rechtsanwalt W., über das Urth. d. Riga-Wolmarschen Friedensrichter-Vers. in pecto Zahlung der Corroborations-Steuer beim Ankauf des unter dem Gute A.-O. belegenen, über zwanzig Dessätinen umfassenden Quotengesindes «M.»: . . . . . In Erwägung 1) dass die unterrichtliche Interpretation des Ausdrucks «Gehorchs-Pachtland» (Ausdrucksweise des Gesetzes, s. oben. D. Hrsg.) im Sinne des Bauerlandes und nicht des Hofeslandes sich als richtig erweist, denn obgleich, wie der Kläger

## IV. Bezieht sich auf Kurland.

8. Entscheidung der Plenar-Versammlung des 1., 2. und der Cassations-Departements des Dirig. Senats v. 4. Februar 1891 № 4 «in Betreff der Anwendung der Punkte 2 und 4 d. Art. 66 d. Stempelst.-Verordn. auf den Ankauf, Verkauf und die Pachtung von Hofesland durch Bauern im Gouvernement Livland\*): «.... Im Pkt. 4 des angeführten Art. 66 ist gesagt: von der Stempelsteuer sind befreit Verträge über Landparcellen, welche Bauern, sowol einzelne als auch in ganzen Gemeinden, «von den Gutsbesitzern, auf deren Ländereien sie angesiedelt sind», pachten. Aus dem buchstäblichen Sinne dieses Punktes erhellt, dass er auf alle Ländereien dieser Gutsbesitzer Bezug nimmt, und keineswegs ausschliesslich auf das Gehorchsland. Wie aus dem Art. 97 Livl. B.-V. v. J. 1860, dem Art. 600 des Provinzialrechts d. Ostseegouv. und der Anmerk. 2 zu diesem Art. nach d. Forts. v. J. 1890 ersichtlich, kann das Hofesland im Gouvernement Livland dem Lande gleichgestellt werden, welches den Gutsbesitzern verblieben ist nach Abtheilung der Bauern in denjenigen Gouvernements, auf welche sich die Wirksamkeit der Verordnung für die Bauern v. 19. Februar 1861 erstreckt. In diesen Gouvernements bezieht sich der Pkt. 4 des Art. 66 namentlich auf das erwähnte nach der Abtheilung nachgebliebene Land. Der angeführte Pkt. 4 des Art. 66 gründet sich auf das Gesetz über die Abgabe der gutherrlichen Ländereien in Pacht (v. 19. Februar 1861) Vollständ. Gesetzsaml. № 36674), dessen Pkt. 1 die Bestimmung enthält, dass den Gutsbesitzern anheimgestellt ist, Personen aller Stände sämtliche Ländereien, Nutzungen und Pachttheile zu verpachten, welche den Bestand ihres Gutes bilden, mit Ausnahme der Ländereien und Nutzungen, welche zur beständigen Nutzniessung der Bauern angewiesen sind, und dessen Pkt. 8 festsetzt: schriftliche Verträge über Landparcellen, welche Bauern, sowol einzelne als auch in ganzen Gemeinden, von den Gutsbesitzern, auf deren Ländereien sie angesiedelt sind, auf eine Zeitdauer bis zu 12 Jahren pachten, können auf einfachem Papier niedergeschrieben werden. Bei der Zusammenstellung des Entwurfs der gegenwärtig geltenden Stempelsteuer-Verordnung wurde die Frage wegen Aufhebung dieser Vergünstigung beim Abschluss von Pachtverträgen mit Bauern angeregt, aber der Reichsrath hielt die Aufrechthaltung derselben für nothwendig und wurde sie demzufolge in den Pkt. 5 d. Art. 66 d. Stempelst.-Verordn. v. J. 1874 (Pkt. 4 dess. Art. der Ausg. v. J. 1886) aufgenommen. Derart zeigt die Entstehung dieses Pktes des Art. 66, dass in denjenigen

zutreffend bemerkt, zum Gehorchslande auch der dem Gutsherrn zurückerstattete Theil des früheren Bauerlandes (die Quote) gehört, aber da der Gutsherr die vollständig freie Disposition auch über dieses Land hat (Artt. 97 ff. B.-V.), so wird dasselbe auch nirgends Pachtland genannt, welche Bezeichnung ausschliesslich dem Bauerlande zukommt, dessen Nutzung von Seiten des Gutsherrn auf die Verpachtung desselben an Bauern (Art. 101 B.-V.) beschränkt ist, 2) dass in Anbetracht dessen von der Friedensrichter-Versammlung richtig anerkannt ist, dass in Gemässh. Art. 393 Steuer-Regl., Forts. v. J. 1889 (jetzt Art. 202 l. c., Ausg. v. J. 1893. d. Hrsg.) die Bauern von der Zahlung der Steuern beim Kauf von Land in unbegrenzter Ausdehnung nur in Bezug auf die Bauerländereien befreit sind, nicht aber hinsichtlich der gutherrlichen, auch wenn dieselben Gehorchs-(Quoten-)Land sind, — verfügt der Dirig. Senat: die Cassationsklage des Rechtsanwalts W. . . . . ohne Verfolg zu lassen».

2. Mag man den Zweck des Gesetzes darin sehen, dem Bauern den ersten Schritt zur wirtschaftlichen Selbständigkeit zu erleichtern, oder darin, die Schaffung eines verhältnissmässig kleinen bäuerlichen Landbesitzes zu begünstigen, mit zwingender Nothwendigkeit ergibt sich, dass auch der Verkauf eines Gesindestheils — beim Hofeslande bis zum Maximum von zwanzig Dessätinen, — vom Kleingrundbesitzer an den erstmalig erwerbenden bäuerlichen Käufer steuerfrei sein muss. Ob der Anspruch bereits in der Praxis erhoben, habe ich freilich nicht in Erfahrung bringen können.

3. Für die Feststellung des Steuerwerthes s. das bei № 19 wiedergegebene Gesetz v. 10. April 1895 und vorhergehend die Senats-Entscheidung v. 7. Febr. 1894 № 4. D. Hrsg.

\*) Mittels Reg.-Pat. 16. September 1891 № 105 irrthümlich publicirt als Senats-Entscheidung v. 11. Mai 1891 № 4528. D. Hrsg.

Gouvernements, auf welche die Wirksamkeit der Verordnung für die Bauern v. 19. Februar 1861 sich erstreckt, die in demselben erwähnte Vergünstigung sich bezieht auf Verträge über solche nach der Abtheilung der Bauern den Gutsbesitzern verbliebene Landparcellen, welche Bauern von den Gutsbesitzern, auf deren Ländereien sie angesiedelt sind, pachten, und dass demzufolge im Gouvernement Livland diese Vergünstigung bei den Pachtverträgen über Hofeslandparcellen zur Geltung kommen muss, die in der freien und unumschränkten Disposition des Gutsbesitzers sich befinden (Art. 97 Livl. B.-V. v. J. 1860), wenn diese Parcellen von Bauern gepachtet werden, die auf den Ländereien des betreffenden Gutsbesitzers angesiedelt sind. Es versteht sich von selbst, dass der angeführte Pkt. 4 im Gouvernement Livland sich in gleicher Weise bezieht auf Pachtverträge über Gehorchsland, welches der Gutsbesitzer nicht anders nutzen darf, als durch Verpachtung oder Verkauf an Bauergemeinde-Glieder (Art. 101 Livl. B.-V. v. J. 1860). Anlangend endlich den Pkt. 2 d. Art. 66 d. Stempelst.-Verordn., in dem festgesetzt wird: von der Stempelsteuer befreit werden Loskaufs- und Schenkungsverträge zwischen den aus der Leibeigenschaft entlassenen Bauern und den Gutsbesitzern, auf deren Ländereien sie angesiedelt sind, sowie auch Verträge über die Einzahlung von nachträglichen Loskaufszahlungen, — so findet der Dirig. Senat, dass dieser Pkt. auf den Art. 78 der Verordnung üb. d. Loskauf v. 19. Februar 1861 sich gründet, in Gemässheit welcher die Loskaufverträge und die Verträge über die Einzahlung von nachträglichen Loskaufszahlungen auf einfachem Papier abgefasst wurden. Auf das Gouvernement Livland findet die Verordnung über den Loskauf keine Anwendung; den im Pkt. 2 d. Art. 66 bezeichneten Verträgen entsprechen in diesem Gouvernement mehr die Verträge, welche die Bauern über den Ankauf von Gehorchs- oder Hofeslandparcellen abschliessen, deren im Allerh. am 4. April 1888 bestätigten R.-R.-G., enthalten im Art. 393 d. Steuer-Reglements Bd. V, nach d. Forts. v. J. 1889, Erwähnung geschieht und welche durch dieses Gesetz von der Zahlung der Corroborationssteuer befreit werden. Der Ankauf dieser Parcellen erfolgt — im Interesse der Sicherstellung der Existenz der bauerlichen Familie, gleichwie auch der Abschluss des Loskaufvertrages, und werden deshalb die bei solchem Ankauf geschlossenen Verträge sowol von der Corroborations-Steuer wie auch von der Stempelsteuer befreit.....».

9. Entscheidung d. Plenar-Versammlung d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 18. Mai 1892 № 23: «.....In der Entscheidung der Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 4. Februar 1891 war erläutert worden, dass.....in Betreff der livländischen Bauern die im Art. 66 d. Stempelst.-Ges. v. J. 1874 enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen von Zahlung der Stempelsteuer zur Anwendung zu kommen haben, und dass, bei solcher Anwendung, unter die im Pkt. 4 des erwähnten Gesetzesartikels gedachte Befreiung von der Stempelsteuer auch die von den Bauern mit den Gutsbesitzern über Grundstücke sowol des Gehorchslandes wie des Hofeslandes abgeschlossenen Pachtkontrakte zu bringen sind. Gegenwärtig ist die Frage zu entscheiden, ob eine solche Befreiung von der Stempelsteuer auch in denjenigen Fällen Statt hat, wenn der Pachtkontrakt von solchen Bauern abgeschlossen wird, welche von den Ländereien eines andern Gutsbesitzers oder überhaupt von anderen Stellen herüberkommen und auf der Pachtstelle sich ansiedeln wollen? Im Pkt. 4 Art. 66 Stempelst.-Ges. ist die Rede von den Befreiungen von der Stempelsteuer für Verträge über Landparcellen, welche Bauern, sowol einzelne als in ganzen Gemeinden, von den Gutsbesitzern, auf deren Ländereien sie angesiedelt sind, pachten. Hält man diesen Punkt zusammen mit dem Pkt. 2 desselben Art. 66, der eine Vergünstigung für die Loskaufs- und Schenkungsverträge, sowie für die Verträge über die Einzahlung von nachträglichen Loskaufszahlungen zwischen den Bauern und den Gutsbesitzern, auf deren Ländereien sie angesiedelt sind, statuirt, und erwägt man die Bedeutung des im Gesetz gebrauchten Ausdrucks «Ansiedelung» unter Berücksichtigung

der Artt. 7 u. 40 der Allgem. B.-V. v. 19. Februar 1861, so kommt man zu dem Schluss, dass die gedachten Befreiungen von der Stempelsteuer, ihrem Wortlaute nach, eigentlich die Bauern im Auge haben, welche, Kraft der Verordn. v. 19. Februar 1861, mit Landantheilen ausgestattet sind, wesshalb eine buchstäbliche Anwendung dieser Befreiungen auf die Bauern des Gouv. Livland, wo die Ansiedelung, im Sinne einer Landzuthellung, nicht existirt, sich nicht als möglich erweist. Es muss bemerkt werden, dass auch hinsichtlich der Bauern derjenigen Gegenden des Reichs, in welchen die agraren Beziehungen der in Leibeigenschaft stehenden Bauern zu ihren früheren Gutsbesitzern durch die Verordn. v. 19. Februar 1861 geregelt wurden, der Text des Pkt. 4 Art. 66 Stempelst.-Ges., soweit er die Ländereien, bei denen die hierüber abgeschlossenen Pachtverträge unter die Exemption dieses Gesetzartikels fallen, als Ländereien desjenigen Gutsbesitzers qualifizirt, auf denen die Bauern angesiedelt sind, gegenwärtig lediglich eine historische Bedeutung hat: mit der Beseitigung der allenthalben vorkommenden Verpflichtungsverhältnisse der der Leibeigenschaft entlassenen Bauern, bilden die Ländereien, auf denen sie angesiedelt sind, bereits ihr Eigenthum und führt, folglich, der Sinn der erwähnten Exemption zu dem Schluss, dass von der Stempelsteuer befreit sind Verträge, welche mit den Gutsbesitzern über den Landantheil geschlossen werden, der den Bauern zum Loskauf zufällt. In dem in Gemässheit des Art. 5 Stempelst.-Ges. zusammengestellten Verzeichniss der Dokumente und Akte, welche der Stempelsteuer unterliegen und welche von derselben befreit sind (Beil. zu № 101 d. Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. f. 1890 Stück 1017)\*), wird diese Vergünstigung sub № 80 in der Weise ausgedrückt: befreit von der Stempelsteuer sind Pachtverträge von Bauern (ohne Unterschied, ob dieselben die Ländereien zu Eigenthum erwerben durch Loskauf, oder durch Schenkung, oder durch andere gesetzliche Erwerbsarten), sowol von Einzelnen, als auch ganzen Gemeinden, über diejenigen Landstellen, welche sich, bis zur Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft, im Besitz ihrer früheren Gutsbesitzer befanden, unabhängig davon, ob gegenwärtig diese Landstellen derselben Person gehören, oder in den Besitz anderer Personen übergegangen sind. Hiebei ist in den Anmerkungen zu dieser № hinzugefügt, dass diese Befreiung auch auf die Pachtkontrakte über Landstellen der früheren Kronsbauern mit der Krone und der früheren Apanagenbauern mit dem Apanagen-Ressort sich erstreckt, sowie, dass von der Stempelsteuer befreit sind auch die in das Buch der Gemeindeverwaltungen eingetragenen mündlichen Vereinbarungen über die Pachtung von Ländereien zwischen Bauern und Gutsbesitzern, unter einander und mit anderen Personen, auf eine Zeitdauer nicht über 3 Jahre, auf jede Summe (Art. 1700 Bd. X Th. 1 Cod. d. Reichsges., Ausg. v. J. 1887). Die Leibeigenschaft der Livländischen Bauern wurde bereits im J. 1819 aufgehoben; hiebei wurden die Bauern nicht mit Land ausgestattet. Nach der Verordn. v. J. 1860 bilden sie Landgemeinden, die Zugehörigkeit zu welchen durch den Wohnsitz in den mit Bewilligung und Zustimmung der Staatsregierung für die Gemeinde festgesetzten Grenzen bedingt ist (Artt. 252 u. 253); obgleich hiebei, nach der allgemeinen Regel, die Landgemeinde die innerhalb der Grenzen eines Gutes wohnhaften Bauern bilden, so ist diese Vorschrift nicht unbedingt, und die Landgemeinde kann auch aus mehreren Gütern gebildet werden (Art. 253); der zur Landgemeinde gehörige Bauer aber kann an mehreren Orten unbewegliches Eigenthum besitzen und Pachtverträge schliessen (Art. 257). Derart lässt sich der Begriff «Ansiedelung» in dem Sinn, wie er hinsichtlich der der Leibeigenschaft entlassenen Bauern gilt, auf die Livländischen Bauern nicht anwenden. Der Livländische Bauer ist nicht irgendwo angesiedelt auf dem Lande eines Gutsbesitzers, sondern nur angeschrieben zu der Landgemeinde, in deren Grenzen er lebt, sich mit Landwirthschaft beschäftigt und das Recht genießt, an mehreren Orten Pachtverträge

\*) publicirt zu № 62 d. Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. f. 1891.

zu schliessen. Unter solchen Bedingungen und in Anbetracht des Vorerörterten muss anerkannt werden, dass die Vergünstigung des Pkt. 4 Art. 66 Stempelst.-Ges. in Betreff der Livländischen Bauern nur durch die Anwendung derselben bei jedem Abschluss eines Pachtkontrakts mit dem Gutsbesitzer oder einem andern Gutseigenthümer zum Ausdruck kommen kann..... Nach dem Sinn der Artt. 882, 883 u. 889 Prov.-R. d. Ostseegouv. Th. III unterliegen die Pastorate, — d. h. Grundstücke, welche zum Unterhalt der Ortsprediger während ihrer Amtsdauer bestimmt sind (Art. 608), — hinsichtlich ihres Besitzes, im Wesentlichen, denselben gesetzlichen Bedingungen, wie die Ländereien der Gutsbesitzer im Baltischen Gebiet. Nach d. Art. 609 l. c. können die Pastorate entweder bloss aus Hofesland, oder aus Hofes- und Bauerland bestehen. — In Anbetracht solcher Hinweise des Gesetzes liegt gar kein Grund vor, zwischen den Pachtverträgen von Bauern mit einem Gutsbesitzer und den Pachtverträgen derselben mit dem Besitzer des Pastorates irgend einen Unterschied zu machen, wesshalb kein Anlass ist, auf die letzteren Fälle nicht auch die allgemeine Vergünstigung anzuwenden, welche beim Abschluss von Pachtverträgen zwischen den Livländischen Bauern und den Gutsbesitzern den Ersteren gewährt ist.....

10. Entscheidung d. Plenar-Versammlung d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 23. November 1892 № 39: «.... Der Dirig. Senat findet, dass durch die Entscheidung d. Plenar-Vers. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. v. 4. Februar 1891 № 4 bereits erläutert worden ist, dass mit Einführung des Stempelsteuer-Gesetzes v. J. 1874 in den Balt. Gouvernements der Art. 238 Livl. B.-V. v. J. 1860 und Art. 89 (Pkt. 1) sowie Art. 176 Steuer-Regl. Bd. V, Ausg. v. J. 1857, — welche bestimmen, dass die von Bauern des bezeichneten Gouvernements sowol unter sich, als auch mit Personen anderer Stände abgeschlossenen Kauf- und Pachtverträge von der Zahlung der Stempelsteuer für beide kontrahirende Theile befreit sind, — als aufgehoben angesehen werden müssen und dass, hiernach, auf die von diesen Bauern abzuschliessenden Verträge gegenwärtig nur die im Art. 66 Stempelst.-Ges. (Ausg. v. J. 1886) angegebenen Exemtionen von der Stempelsteuer anwendbar sind..... Der Dirig. Senat kann jedoch nicht umhin, seine Aufmerksamkeit auf den Umstand zu richten, dass im Art. 41 d. Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. f. 1877, Stück 508, eine Entscheidung des 1. Depart. d. Dirig. Senats v. 21. September 1876, — bezüglich Erläuterung des Pkt. 2 Art. 66 Stempelst.-Ges., — publicirt worden ist, durch welche, unter Anderem, in Uebereinstimmung mit dem Gutachten des Finanzministers, anerkannt ist, dass da über die Aufhebung der im Art. 238 Livl. B.-V. v. J. 1860 gedachten Vergünstigung bei Erhebung der Stempelsteuer im Stempelst.-Ges. v. J. 1874 eine ausdrückliche Bestimmung nicht enthalten ist, die bezeichnete Vergünstigung ihre Gültigkeit auch ferner behalten muss. Wenngleich eine solche, durch das 1. Depart. d. Dirig. Senats erfolgte Erläuterung der wechselseitigen Beziehung zwischen dem angeführten Art. der Verordn. v. J. 1860 und den Vorschriften des neuen Stempelst.-Ges. nun bereits, — im Hinblick auf die Lösung derselben Frage in anderem Sinne durch die spätere Entscheidung der Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart., — ihre verbindliche Bedeutung verloren hat, aber da, nach dem Abdruck dieser Erläuterung, im J. 1877, in der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. «zur allgemeinen Kenntniss und schuldigen Erfüllung derer, die es angeht», die Bauern im Gouv. Livland, gleichwie die mit ihnen Kauf- und Pachtverträge abschliessenden Personen anderer Stände, einen vollständig genügenden und berücksichtigungswerthen Grund hatten, sich, selbst nach Einführung des neuen Stempelsteuer-Gesetzes in diesem Gouvernement, wie früher für befreit von der Zahlung der Stempelsteuer, Kraft des Art. 238 B.-V. v. J. 1860, zu halten, — so möchte es gerechtfertigt erscheinen, die Contrahenten bei derartigen Verträgen, welche vor der Emanirung der obenangeführten Erläuterung der Plenar-Versamml. des Senats v. 4. Februar 1891 abgeschlossen wurden, einer Strafe für die Niederschrift derselben auf einfachem Papier



nicht zu unterziehen, in Gemässh. des Art. 107 Stempelst.-Ges., welcher offenbar absichtliche, nicht aber einzig und allein durch Unklarheit des Gesetzes hervorgerufene Verletzungen der Vorschriften über diese Steuer bei Vollziehung von Privaturkunden und Privatbindungsschriften im Auge hat....».

11. Entscheidung des Civil-Cassat-Depart. d. Dirig. Senats v. 16. Februar 1894 № 25: «....Der Dirig. Senat findet: in der Entscheidung der Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat-Depart. d. Dirig. Senats v. 4. Februar 1891 № 4 ist erläutert, dass der Art. 238 Livl. B.-V. v. J. 1860 für aufgehoben angesehen werden muss. Diese Schlussfolgerung des Dirig. Senats wurde durch die Entscheidung derselben Plenar-Versamml. v. 23. November 1892 № 39 bestätigt. Indem jedoch der Dirig. Senat eine solche Erläuterung bestätigte, hielt er, bei Fällung der vorgedachten Entscheidung v. 23. November 1892, für nöthig, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass durch die in der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. für 1877 № 41, Stück 508, publicirte Entscheidung des 1. Depart. d. Dirig. Senats v. 21. September 1876 die, im oben-erwähnten Art. 238 B.-V. v. J. 1860 enthaltene, Vergünstigung als ihre Gültigkeit bewährend anerkannt worden ist. Infolge dessen hielt der Dirig. Senat, in der erwähnten Entscheidung der Plenar-Versamml. v. 23. November 1892, es für gerechtfertigt, diejenigen Contrahenten der Stempelstrafe nicht zu unterziehen, welche, gestützt auf den Art. 238 Livl. B.-V. v. J. 1860, vor der am 4. Februar 1891 erfolgten Erläuterung der Plenar-Versamml. d. Senats darüber, dass der Art. 238 als aufgehoben zu betrachten sei, einen Vertrag auf einfachem Papier abgeschlossen hatten. Im Hinblick hierauf und in Erwägung dessen, dass der Vertrag, dessentwegen das Plenum den v. S. der Stempelstrafe zu unterziehen urtheilte, in den Jahren 1880 und 1881 abgeschlossen worden ist, wie vom Plenum festgestellt worden, verfügt der Dirig. Senat: die angegriffene Entscheidung des Pernau-Fellinschen Friedensrichter-Plenums hinsichtlich der Belegung des Edelmanns F. v. S. mit einer Stempelstrafe, wegen Verletzung der Anmerk. 1 zu Pkt. 1 u. des Pkt. 6 Art. 19 Senats-Verfassung, aufzuheben und die Sache zur erneuten Beprüfung im angeführten Theile, dem Wenden-Walkschen Plenum zu übergeben».

12. Reg.-Pat. 29. September 1893 № 160 (R.-R.-G. 8. Juni 1893 betr. d. Abänderung d. Fristen zur Erhebung d. Corroborations- u. Dokumenten-Steuer in d. Gouv. d. Königr. Polen u. d. Balt. Gouv.): «....1. An Stelle der Anmerk. 1 (nach d. Forts. v. J. 1886) und der Anmerkung 2 (nach d. Forts. v. J. 1889) zum Art. 417, des Art. 426 mit den Anmerkungen 1 u. 2 (nach d. Forts. v. J. 1889), des Art. 430 und der Anmerkung zum Art. 446 (nach d. Forts. v. J. 1886) des Steuer-Regl. (Cod. d. Reichsges. Bd. V, Ausg. v. J. 1887)\*) festzusetzen:

1) In den Gouvernements des Königreichs Polen und in den Baltischen Gouvernements wird die Corroborations-Steuer unmittelbar bei der Vollziehung der Urkunden

---

\*) Bei der Abfassung dieses Gesetzes hat die Ausgabe der Steuer-Ges. v. J. 1893 nicht vorgelegen; die angeführten Gesetzesstellen entsprechen den nachstehenden, durch das Gesetz v. 8. Juni 1893 gleichfalls aufgehobenen Artt. der Steuer-Ges., Ausg. v. J. 1893: Anmerkung 1 (nach d. Forts. v. J. 1886) und Anmerkung 2 (nach d. Forts. v. J. 1889) zum Art. 417 entsprechen Art. 218 Pkt. 3, Ausg. v. J. 1893; Art. 426 mit den Anmerkungen 1 u. 2 (nach d. Forts. v. J. 1889) entspricht dem Art. 223 mit Anmerkung 1, Ausg. v. J. 1893; Art. 430 entspricht dem Art. 225, Ausg. v. J. 1893; die Anmerkung zum Art. 446 (nach d. Forts. v. J. 1886) entspricht dem Pkt. 2 Art. 239, Ausg. v. J. 1893. — In die kürzlich erschienene Fortsetzung des Cod. d. Reichsges. v. J. 1895 ist d. Ges. v. 8. Juni 1893 in den Bd. V, Steuer-Ges., nachstehend hineingebracht worden: Abschnitt I Pkt. 1 entspricht Art. 218 Pkt. 2; Pkt. 2 mit Anmerkung entspricht Art. 223 mit Anmerkung; Pkt. 3 mit den Anmerkungen 1 u. 2 entspricht Art. 225 mit den Anmerkungen 1 u. 2; Pkt. 4 entspricht Art. 239 Pkt. 2. Diese Investitionen sind richtig und vollständig bewerkstelligt worden. Unvollständig ist jedoch der Art. 285<sup>1</sup> (Abschn. V d. Ges. v. 8. Juni 1893) in der Forts. d. Notr.-Ordn. v. J. 1895 abgedruckt worden.

über den Uebergang des Eigenthumsrechts an Immobilien (Art. 241 u. 279 Notr.-Ordn., nach d. Forts. v. J. 1890) bezahlt. Urkunden, für welche die Corroborations-Steuer nicht entrichtet wurde, werden zum Verfahren in den Hypotheken- und Grundbuch-Abtheilungen nicht entgegengenommen, und können gleichfalls von den Präsidenten der Bezirksgerichte oder den Friedensrichtern nicht bestätigt werden (Art. 256 Notr.-Ordn.). In den Baltischen Gouvernements ist es, im Fall der privaten Errichtung von Urkunden, den Parteien anheimgestellt, wegen Zusammenstellung einer Berechnung der zu entrichtenden Steuer an den, nach der Belegenheit des zu verkaufenden Vermögens, kompetenten Kameralhof sich zu wenden.

• 2) Die nichtberichtigte Corroborations-Steuer wird mit Hinzurechnung einer Pön von einem Prozent monatlich von der nichtberichtigten Summe beigetrieben. Diese Pön wird berechnet: a) bei Privaturkunden — vom Tage der Vollziehung der Urkunde, und b) bei Grundbuch- und notariellen Urkunden — vom Tage der an den Zahlungspflichtigen erfolgten Eröffnung des Kameralhofes über die an die Kronskasse zu bewerkstelligende Einzahlung der nichtberichtigten Steuer. Die Berechnung der Pön wird in Grundlage des Art. 9 der Regel über die Reichs-Grundsteuer (Bes. Beil. zum Abgaben-Regl., Cod. d. Reichsges., Bd. V, Ausg. v. J. 1886) bewerkstelligt \*).

Anmerkung. Die Wirksamkeit dieses Art. erstreckt sich auch auf die Gouv. des Königreichs Polen.

3) Die beigetriebenen Corroborationssteuern werden im Fall der unrechtfertigen oder grundlosen Beitreibung zurückgezahlt, in den Gouvernements des Königreichs Polen und den Baltischen Gouvernements ausserdem noch: 1) wenn die Hypotheken- oder Grundbuch-Abtheilung die Bestätigung der Urkunde oder die Corroboration derselben verweigert, falls hiebei der entsprechende Vermerk über den Uebergang des Vermögens, wenn ein solcher in den Büchern sich findet, in denselben gelöscht wird, und 2) wenn zufolge Uebereinkunft der Parteien der zwischen ihnen abgeschlossene Vertrag aufgehoben wird, falls diese Aufhebung vor der Bestätigung desselben oder vor der Corroboration erfolgte, jedoch nicht später als ein Jahr nach der Vollziehung der Urkunde und unter Beobachtung der im Pkt. 1 dieses Art. hinsichtlich der Löschung des Vermerks angeführten Regel.

Anmerkung 1. Die Beanstandung der Bestätigung der Urkunde giebt nicht das Recht die Steuer zurückzufordern.

Anmerkung 2. Die Rückzahlung der Steuer in jedem Betrage wird in den in diesem Art. gedachten Fällen durch die Kameralhöfe nach Einvernehmen mit den Controlhöfen bewerkstelligt.

4) In den Gouvernements des Königreichs Polen und den Baltischen Gouvernements wird die Canzellei-Dokumenten-Steuer bei der Vollziehung der Urkunde durch den Notaren erhoben. Wenn jedoch in den Baltischen Gouvernements die Urkunde auf privatem Wege errichtet wurde, so wird die bezeichnete Steuer bei der Beglaubigung der Privaturkunde durch den Notaren, oder aber, wenn eine solche Beglaubigung nicht erfolgte, bei der Vorstellung der Urkunde in der Grundbuch-Abtheilung erhoben (Pkt. 1 Art. 340 Notr.-Ordn., nach der Forts. v. J. 1890).

II. In der Anmerkung 4 zum Art. 442 derselben Verordn. (nach der Forts. v. J.

---

\*) Dieser Art. 9 ist jetzt im Bd. V, Ausg. v. J. 1893, I. Verordn. üb. d. direkten Abgaben, § 15 und lautet: «Der Rückstand wird mit Auferlegung einer Pön von 1% monatlich beigetrieben. Die Pön wird nicht nach der Zahl der versäumten Tage, sondern für volle Monate beigetrieben, und namentlich: nach Eintritt des 15. jedes Monats wird 1% Pön für den laufenden Monat, vom ganzen Betrage des geschuldeten Rückstandes gerechnet».

1886) nach den Worten: «in den Gouvernements des Königreichs Polen» hinzuzufügen die Worte «und in den Baltischen Gouvernements» \*).

III. Den Art. 45 der Verordn. üb. d. Stempelsteuer (Cod. d. Reichsges., Bd. V, Ausg. v. J. 1886) \*) zu ergänzen durch einen Punkt folgenden Inhalts:

Befreit sind von der Stempelsteuer Gesuche und andere im Pkt. 1 Art. 6 bezeichneten Papiere, sowie gleichfalls die resolvirenden Papiere in Sachen betreffend das Verfahren der Kameralhöfe bei der Ausrechnung der Corroborationssteuer von Privaturkunden in den Baltischen Gouvernements.

IV. Pkt. 1 Art. 262 Notr.-Ordn. in nachstehender Form zu fassen:

1) Corroborations-, Stempel- und die dreirublige Canzelleisteuer bei der Errichtung von Urkunden. (NB. Die Anmerkung zu diesem Pkt., nach der Forts. v. J. 1890, bleibt in Kraft).

V. Den Titel VI derselben Verordnung (nach der Forts. v. J. 1890) durch nachstehenden Art. (285<sup>1</sup>) zu ergänzen:

Art. 285<sup>1</sup>. Die Corroborations-, Stempel- und Canzellei-Dokumentensteuer werden vom Notaren erhoben auf Grund der Vorschriften des Steuer-Regl. und des Stemp.-Steuer-Ges.

VI. Den Art. 340 derselben Verordnung \*\*) durch nachstehende Anmerkung zu ergänzen:

Anmerkung. Die Corroborations- und die dreirublige Canzellei-Dokumentensteuer werden erhoben bei der Errichtung der Urkunden über den Uebergang des Eigenthumsrechts an unbeweglichem Vermögen nach den Vorschriften des Steuer-Regl.

VII. Denjenigen Personen, welche die Corroborations- oder Dokumenten-Steuer von Privat- und notariellen Urkunden, die vor der Herausgabe des gegenwärtigen Gesetzes vollzogen sind, nicht entrichtet haben, die Frist eines Jahres, vom Tage der Promulgation desselben, zur Bezahlung der bezeichneten Abgaben zu gewähren, mit der Maassgabe, dass nach Ablauf dieser Frist die benannten Abgaben mit Hinzurechnung der Pön in dem im Art. 2 Abschnitt I festgesetzten Betrage beigetrieben werden».

13. Entscheidung d. Civil-Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 5. Februar 1897 № 46 \*\*\*): «.... In der Cassationsklage wird die Frage aufgeworfen: *ist in den Balt. Gouv. bei der, Zwecks Vornahme einer Corroboration, erfolgten Vorstellung einer Obligations-Aufschrift dess Inhalts, dass der Gläubiger, nach Empfang voller Zahlung, in die Löschung der Obligation im Grundbuch willigt, die Dokumentensteuer zu erheben?* Wie auch die Fr.-R.-Vers. annimmt, ist bis zur Emanation des in die Forts. d. Cod. d. Reichsges. v. J. 1895 aufgenommenen Gesetzes v. 8. Juni 1893 über die Abänderung der Fristen zur Erhebung der Corroborations- und Dokumentensteuer in d. Gouv. d. Königreich Polen und den Balt. Gouv., hinsichtlich der Erhebung der Dokumentensteuer in den Balt. Gouv. keinerlei Zweifel entstanden und konnte auch nicht entstehen. Nach dem genauen Sinn des Art. 234 Steuer-Regl., Ausg. v. J. 1893, unter-

\*) Die Anmerkung 4 zum Art. 442 (nach d. Forts. v. J. 1886) entspricht dem Art. 237, Ausg. v. J. 1893. Art. 45 Verordn. üb. d. Stempelsteuer, Ausg. v. J. 1886, entspricht dem Art. 58, Ausg. v. J. 1893.

\*\*) Art. 39 Zeitw. Grundb.-Reg. v. 9. Juli 1889.

\*\*\*) Eine andere, durch die Redaktion des Ges. v. 8. Juni 1893 nothwendig gewordene, Erläuterung des Dirig. Senats ist bereits oben nach Art. 76 Zeitw. Grundb.-Reg. sub № 6 auf Seite 63 wiedergegeben worden.

D. Hrsg.

D. Hrsg.

D. Hrsg.

lagen dieser Steuer in allen Gegenden, in denen die Notariats-Ordnung eingeführt worden, somit also auch seit 1889 in den Balt. Gouv., nur *Grundbuch-Urkunden*. Grundbuch-Urkunde jedoch wird in den Balt. Gouv., nach dem klaren Hinweis der Artt. 360—363 Not.-O., die von der Grundbuch-Abtheilung ausgegebene Urkunde über die Bewerkstelligung einer solchen Corroboration genannt, durch welche *ein neues, in den Grundbüchern nicht angegebenes, Recht* begründet worden ist. Desshalb konnte auch von der Erhebung der Dokumentensteuer in anderen Fällen, z. B. bei der Vornahme einer Corroboration, durch die ein früher korroborirtes Recht abgeändert oder ganz oder theilweise aufgehoben wird, — keine Rede sein, mit Ausnahme der in den Pkten 1 u. 3 Art. 235 Steuer-Regl., Ausg. v. J. 1893, namentlich aufgeführten Fälle, in denen die Dokumentensteuer auch bei Stundungen laut Pfand- und Pfandbesitzverschreibungen erhoben wird, die sowol auf diesen Verschreibungen selbst vermerkt, als auch in besonderen Urkunden verschrieben wurden, sowie von Cessionsurkunden, laut welchen die Pfandbesitzer das ihnen gehörige Pfandbesitzrecht übertragen. Dies sind die Vorschriften, die hinsichtlich der Erhebung der Dokumentensteuer in den Balt. Gouv. bis zur Emanirung des Gesetzes v. 8. Juni 1893 Geltung hatten. Im Wesentlichen blieben dieselben unverändert auch nach Emanirung dieses Gesetzes. Unter Anderem wurde durch dasselbe angeordnet, in die Anmerk. 4 zu Art. 442 Steuer-Regl. (Forts. v. J. 1886), der jetzt nach der Ausgabe v. J. 1893 Art. 237 ist, nach den Worten: «in d. Gouv. d. Königr. Polen» einzuschalten die Worte «und in den Balt. Gouv.». Nach dieser Einschaltung lautet Art. 237 Steuer-Regl., Ausg. v. J. 1893, nach der Forts. v. J. 1895 folgendermaassen: «In d. Gouv. d. Königreich Polen und den Balt. Gouv. wird die Dokumentensteuer im Betrage von 3 Rbln. erhoben: 1) von Urkunden betreffs des Ueberganges des Eigenthumsrechts an Immobilien, betreffs einer Beschränkung dieses Rechts, Belastung desselben und Befreiung von einer Belastung, gleichwie betreffs durch eine Hypothek besicherter Rechte .....». Die hier gemachte Aufzählung, in einer Reihe mit den Urkunden betreffs des Ueberganges des Eigenthumsrechts an Immobilien, betreffs einer Beschränkung und betreffs einer Belastung desselben, auch der Urkunden betreffs der Befreiung von einer solchen Belastung, giebt, ersichtlich, einigen Grund zur Schlussfolgerung, — zu der auch die Dorpat-Werrosche Fr.-R.-Vers. gelangte — dass durch diese Gesetzesbestimmung auf die Balt. Gouv. vollständig die in d. Gouv. d. Königr. Polen geltenden Vorschriften über die Erhebung der Dokumentensteuer erstreckt worden seien. Bei näherer Prüfung erweist diese Schlussfolgerung sich jedoch als irrthümlich. Allem vorgängig kann man nicht umhin zu bemerken, dass das Gesetz v. 8. Juni 1893 als ein Gesetz speciell *für die Abänderung der Fristen zur Erhebung der Dokumentensteuer*, in sich, in offenem Widerspruch zu dieser seiner Benennung, nicht Bestimmungen enthalten kann, kraft deren gerade die Grenzen der Erhebung dieser Steuer erweitert würden. Und in jedem Fall kann man aus einem Gesetz, dessen Gegenstand die Abänderung *der Frist* zur Erhebung einer Steuer ist, auf dem Wege der Interpretation unmöglich solche Bestimmungen folgern, welche den Zweck, um desswillen das Gesetz erging, überschreiten. In Wirklichkeit enthält auch der Art. 237 Steuer-Regl., Forts. v. J. 1895, gar keine Abänderung der die Fälle festsetzenden Bestimmungen, in denen die Dokumentensteuer zur Erhebung zu gelangen hat. Seinem Inhalte nach auf zwei Gegenden sich beziehend, in denen nicht die gleichen Vorschriften über die Erhebung der Dokumentensteuer Geltung haben, erwähnt dieses Gesetz ganz natürlich die Fälle der Erhebung der Steuer in der einen und der anderen Gegend ohne Unterschied, indem es die nähere Erklärung dessen, welche von beiden Fällen auf beide Gegenden bezogen werden können, und welche auf eine von ihnen — der Zusammenstellung seiner Bestimmungen mit den Bestimmungen anderer denselben Gegenstand betreffender Gesetzesbestimmungen überlässt. Wie bereits oben angeführt, belegt das Grundgesetz über die Dokumentensteuer — Art. 234 Steuer-Regl., Ausg. v. J. 1893 — mit dieser Steuer nur *Grundbuch-Urkunden*, und diesem Ausdruck giebt die Not.-O. (Artt. 360—363) in Beziehung auf die Balt.

Gouv. eine ganz bestimmte Bedeutung. Es lag somit auch für den Gesetzgeber gar keine Veranlassung vor, im Art. 237 speziell zu erläutern, dass von den Bestimmungen desselben in den Balt. Gouv. nur diejenigen zur Anwendung gelangen, in welchen von denjenigen Urkunden gehandelt wird, welche in diesen Gouv. als Grundbuch-Urkunden anerkannt sind,—denn dieses erhellt so schon aus dem Art. 234. Was die Gouv. d. Königr. Polen anlangt, so müssen nach den daselbst geltenden Vorschriften (Artt. 1, 2, 8, 9, 14 u. 15 Hypoth.-Regl. v. J. 1818) Abmachungen jeder Art unter Lebenden, die den Uebergang des Eigenthumsrechts an Immobilien, die Beschränkung dieses Rechts, die Belastung desselben und die Befreiung von Belastungen zur Folge haben sollen, gleichwie auch Abmachungen derselben Art, betreffs durch eine Hypothek besicherter Rechte, in der örtlichen Hypotheken-Canzellei vollzogen werden, unter Eintragung der Abmachungen in das Hypotheken-Contraktbuch, werden jedoch solche Abmachungen ausserhalb der bezeichneten Canzellei vollzogen, so müssen die Anträge hinsichtlich derselben gleichfalls in dieses selbe Buch eingetragen werden. Derart unterliegt in d. Gouv. d. Königr. Polen *jedwede* ein Immobil betreffende, der Corroboration unterliegende Abmachung der obligatorischen Eintragung in das Hypotheken-Contraktbuch, und stellt hiernach eine Urkunde dar, die vollkommen dem Begriff entspricht, der in den übrigen Gegenden des Kaiserreichs mit dem Ausdruck «Grundbuch-Urkunde», «grundbuchmässig vollzogene Urkunde» oder «Urkunde in Grundbuch-Akten» verbunden wird. Dahingegen kann in den Balt. Gouv., wo solche Urkunden nur diejenigen sind, durch welche ein neues, in den Grundbüchern bisher nicht angegebenes Recht begründet wird, eine Abmachung, z. B. über die Befreiung eines Immobils und der durch eine Hypothek besicherten Rechte von den auf denselben ruhenden Beschränkungen — nicht als eine Grundbuch-Urkunde angesehen werden, welche auch allein im Art. 237 verstanden wird, der lediglich eine weitere Ausdehnung des grundlegenden Art. 234 darstellt. Endlich wird auch nach dem, in Allem mit dem Art. 234 übereinstimmenden Texte des Art. 237 die Dokumentensteuer speciell erhoben von *der Urkunde*; aber durchaus nicht ist mit derselben *die Vornahme der Corroboration selbst* belegt, wie die Fr.-R.-Vers. irthümlich annimmt. Indem auf Grund dieser Erwägungen die oben gestellte Frage in verneinendem Sinne entschieden wird, verfügt der Dirig. Senat: die angefochtene Entscheidung der Dorpat-Werro'schen Fr.-R.-Vers., wegen Verletzung des Art. 237 Steuer-Regl., Forts. v. J. 1895, aufzuheben .....

14. Reg.-Pat. 1. Mai 1895 № 25 (Beschluss d. Minister-Comité v. 4. Juli 1894): «.... Der Finanzminister stellte dem geneigten Ermessen des Minister-Comité anheim, ihm, dem Finanzminister, die Befugniss zu ertheilen, in den von ihm für berücksichtigungswerth erkannten Fällen eine Stundung oder ratenweise Entrichtung der Corroborationsteuer auf nicht länger als fünf Jahre zu gewähren, unter der Bedingung der nöthigen Sicherstellung der zu stundenden oder ratenweise zu entrichtenden Steuer und bei der Maassgabe, dass die Einzahlung derselben mit der Entrichtung eines halben Prozent monatlich für die schuldig verbliebene Summe, sowie auch mit der Beitreibung einer Pön (Art. 233 Steuer-Regl., Ausg. v. J. 1893) für die verzögerte Entrichtung der terminlichen Zahlungen erfolge.

Der Minister-Comité..... beschloss: den Antrag des Finanzministers zu bestätigen und zur versuchsweisen Anwendung der..... projektirten Maassregel eine dreijährige Frist, gerechnet vom Tage der Bestätigung des vorliegenden Comité-Beschlusses durch Se. Kaiserliche Majestät, zu bestimmen.

Der Herr und Kaiser hat den Beschluss des Comité's am 4. Juli 1894 Allerhöchst genehmigt \*).

\*) 1. In abgekürzter Form ist dieses Gesetz in die Forts. d. Cod. d. Reichsges. v. J. 1895, Bd. V, Steuer-Ges., als Anmerkung 3 zu Art. 223 hineingebracht worden.

2. Das massgebende Wort bei der Zuerkennung der Zahlungsvergünstigung hat der Ka-

15. Entscheidung d. Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 7. October 1896 № 32: „..... Nach Anhörung des Gutachtens des stellvertr. Gehülfen des Oberprokureurs, findet der Dirig. Senat....., dass kraft Art. 3012 Th. III Prov.-R. d. Ostseegouv., Art. 369 Not.-O., Ausg. v. J. 1892, Art. 285<sup>1</sup> Not.-O., Forts. v. J. 1895, u. Art. 287 Steuer-Regl., Forts. v. J. 1895, in den Balt. Gouv. die Dokumentensteuer im Betrage von 3 Rbln. von den im Art. 237 aufgezählten Urkunden erhoben wird. Dieser Art. gründet sich in dem die Balt. Gouv. betreffenden Theile auf das Allerh. am 8. Juni 1893 bestät. R.-R.-G. über die Abänderung der Fristen zur Erhebung der Corroborations- und Dokumentensteuer im Königr. Polen und den Balt. Gouv.\*). In diesem Gesetz wird der von den Bauern dieses Gebiets abgeschlossenen Verträge überhaupt keine Erwähnung gethan. Indessen, die Geltung der Vorschriften des Steuer-Regl. unterlag in den Balt. Gouv. einiger Beschränkung, in Anbetracht der Specialbestimmungen der daselbst geltenden Bauer-Verordnungen, die für die Bauern Vergünstigungen nicht nur hinsichtlich der Zahlung der Canzellei-Dokumentensteuer, sondern auch anderer, mit derselben gleichartiger Steuern, deren im Steuer-Regl. Erwähnung geschieht, statuirten. In Beziehung auf die *Corroborationssteuer und die Stempelsteuer* sind die früheren Vergünstigungen der Bauer-Verordnungen durch neuere Gesetze und Anordnungen der Staatsregierung abgeändert und ersetzt worden. So werden durch das in den Art. 202 Steuer-Regl., Ausg. v. J. 1893, übergegangene, Allerh. am 4. April 1888 bestät. R.-R.-G.\*\*\*) die Bauern der Balt. Gouv., in den in diesem Art. angegebenen Fällen, von der Zahlung der Corroborationssteuer befreit beim Ankauf von Gehorchs-Pacht- und Hofesland. In der Frage der Erläuterung des Pkt. 2 Art. 66 Stempelsteuer-Ges. wurde durch die Verfügung des 1. Depart. d. Dirig. Senats v. 21. September 1876 (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. J. 1877 № 41 Stück 508\*\*\*) erklärt, dass die Obligationen, welche von Bauern der Ostseegouv., wenn sie Grundstücke des Arrendelandes zum Eigenthum erwerben, den Verkäufern als Sicherheit für den beim Abschluss des Kaufkontrakts nicht bezahlten Theil der Kaufsumme ausgestellt werden, *der Stempelsteuer nicht unterliegen*. Hiernächst wurde von der Plenar-Versamml. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats (Entscheidungen v. J. 1891

meralhof. Cirkular d. Depart. d. direkten Steuern an die Kameralhöfe v. 20. August 1894 № 7624 (in № 38 d. Anzeigers f. Finanzen, Industrie u. Handel v. J. 1894): . . . . .  
 «Das Departement giebt dem Kameralhof zu wissen: 1) Die Gesuche um Stundung oder ratenweise Zahlung können Seitens der Kameralhöfe unmittelbar von den interessirten Personen entgegengenommen werden. — 2) Nach Empfang derartiger Gesuche von den Bittstellern, sowie gleichfalls nach Uebersendung aus dem Ministerium derartiger Gesuche, ist der Kameralhof verpflichtet sorgfältig festzustellen: a) inwieweit die Gesuche berücksichtigungswürth sind und ob sie der Befriedigung im vollen Umfange oder nur zum Theil unterliegen, b) den Werth des Vermögens, welches zur Sicherstellung der pünktlichen Zahlung im Fall eines ratenweisen Entrichtung der Steuer angeboten wird, und zu bestimmen, ob dasselbe ausreichend die Entrichtung der Steuer sicherstellt, wobei zur Sicherstellung der Zahlung der ratenweise zu entrichtenden Corroborationssteuer nicht nur das Vermögen angenommen werden kann, hinsichtlich dessen der Kaufkontrakt vollzogen wird, sondern auch das anderweitige Vermögen des Käufers. — 3) Nach Sammlung und Feststellung der oben angegebenen Daten und Auskünfte, haben die Kameralhöfe die bezeichneten Gesuche mit ihrem Gutachten dem Depart. d. direkten Steuern zur dessfalsigen Entscheidung Seitens desselben vorzustellen».

3. Ueber das Verhältniss der im Ges v. 4. Juli 1894 festgestellten Frist zu der im Abschn. VII d. Ges. v. 8. Juni 1893 (oben № 12) normirten, hat das Finanzministerium nachstehende Entscheidung getroffen. Reskript d. Depart. d. direkten Steuern an d. Livländ. Kameralhof v. 20. Mai 1895 № 4557: «. . . . . dass das Gesuch des Coll.-Secret. P. H. . . . . um Gestattung einer ratenweisen Entrichtung der Corroborationssteuer im Betrage von 262 Rbln., welche gemäss der Urkunde vom 6. September 1890 zu zahlen ist, ohne Verfolg gelassen ist, da nach dem Pkt. VII d. R.-R.-G. v. 8. Juni 1893 . . . . . bereits eine Jahresfrist, gerechnet vom Tage der Publication desselben, zur Entrichtung dieser Steuer gewährt war, nach deren Ablauf keinerlei Vergünstigung auf eine längere Zeitdauer gewährt werden kann».

D. Hrsg.

\*) S. oben № 12. D. Hrsg.

\*\*) S. oben № 7. D. Hrsg.

\*\*\*) S. oben № 6. D. Hrsg.

№ 4\*) u. 1892 № 23\*\*) anerkannt, dass von *der Stempelsteuer* im Gouv. Livland die Verträge befreit werden, welche von den Bauern *zum Ankauf* von Grundstücken des Gehorchs- oder Hofeslandes abgeschlossen werden, — deren im Art. 393 Bd. V Steuer-Regl., Forts. v. J. 1889 (Art. 202 I. c., Ausg. v. J. 1893) Erwähnung geschieht, — und welche durch dieses Gesetz von *der Corroborationssteuer* befreit sind, sowie gleichfalls Pachtverträge der Bauern mit den Gutsbesitzern oder anderen gutsherrlichen Eigenthümern über Gehorchs- oder Hofesland. Was sodann die Canzellei-Dokumentensteuer anlangt, so ist über die Erstreckung derselben auf die durch die provinziellen Bauer-Verordnungen von Steuern befreiten Verträge der Bauern der Balt. Gouv. keine gesetzgeberische Festsetzung erfolgt, wesshalb und kraft Art. 79 Reichsgrundgesetze Bd. I, Ausg. v. J. 1892, diese Verträge auch gegenwärtig als befreit von der Entrichtung der Dokumentensteuer in den in diesen Verordnungen angegebenen Grenzen erachtet werden müssen. Wendet man sich, demzufolge, behufs Entscheidung der Frage über die Erhebung der Dokumentensteuer von den von den Bauern *des Gouv. Estland* geschlossenen Contrakten, zu den Bestimmungen der Verordn. f. d. Bauern dieses Gouv. v. 5. Juli 1856 (Vollständ. Gesetzsaml. № 30693), so findet der Dirig. Senat, dass, kraft Art. 212 dieser Verordn., „Kaufkontrakte, die mit Bauergemeindegliedern abgeschlossen werden, nicht der Steuer- und Stempelzahlung unterliegen“. Nach der Stellung, den dieser Art. in der II. Abth. des II. Hauptst., betitelt: „Bestimmungen über das bauerliche Grundeigenthum“, einnimmt, muss man sagen, dass die B.-V. dortselbst nicht sämtliche von Bauern überhaupt abgeschlossene Kaufkontrakte im Auge hat, — sondern nur diejenigen von ihnen, welche zum Ankauf bauerlicher Grundstücke abgeschlossen werden. Da diese Grundstücke sowol aus Bauerpachtland, wie auch aus Hofesland bestehen können, so erstreckt sich im *Gouv. Estland* die Befreiung von *der Canzellei-Dokumentensteuer* auf alle Kaufkontrakte, die von Bauergemeindegliedern über die Erwerbung von Bauergrundstücken abgeschlossen werden, d. i. solcher Grundstücke, bei deren Ankauf die Bauern, kraft Art. 202 Steuer-Regl., Ausg. v. J. 1893, von der Entrichtung der Corroborationssteuer befreit sind. — Im Art. 238 *Livländ. B.-V.* v. J. 1860 (Vollständ. Gesetzsaml. № 36312) ist gesagt: „bei Contrakten, durch welche ein Bauer-gemeindeglied Pacht oder Eigenthum, gleichviel von wem erwirbt oder gleichviel auf wen überträgt, sind die Corroborations- oder andere Steuern . . . . . von keinem der Theilnehmer, auch wenn selbige ihrem Stande nach sonst diesen Abgaben unterworfen sind, zu erheben. Ausgenommen hievon sind nur die Fälle, wo Bauern städtische Immobilien erwerben“. In Anbetracht dieses erstreckt sich im Gouv. Livland (mit Ausnahme der Insel Oesel) die Bestimmung von der Entrichtung *der Dokumentensteuer* auf überhaupt sämtliche Verträge der Bauergemeindeglieder behufs Erwerbung oder Uebertragung von Pacht oder Eigenthum, mit alleiniger Ausnahme der Verträge beim Erwerbe von städtischen Immobilien durch Bauern. In der auf der *Insel Oesel* geltenden (cf. Anmerk. 1 zu Art. III Einl. Prov.-R. d. Ostseegouv., Ausg. v. J. 1864) *Livländ. B.-V.* v. 26. März 1819 (Vollständ. Gesetzsaml. № 27735) ist im Art. 52 eine Bestimmung enthalten, gleich jener im allegirten Art. 238 *B.-V.* v. J. 1860, nur mit der Abweichung, dass in ihr eine Ausnahme hinsichtlich der städtischen Immobilien nicht gemacht wird. Es erstreckt sich demnach die obenerwähnte, für das Festland des Gouv. Livland angeordnete Befreiung auf die Insel Oesel mit dem Unterschiede nur, dass auch Abmachungen, welche städtische Immobilien auf dieser Insel betreffen, von der Dokumentensteuer befreit sind. Unabhängig hievon darf man nicht ausser Acht lassen, dass nach der Erläuterung des 1. Depart. d. Dirig. Senats (Verfügung v. 21. September 1876, publ. in № 41 der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. J. 1877 Stück 508), hin-

\*) S. oben № 8.

\*\*) S. oben № 9.

sichtlich der Befreiung von der Entrichtung *der Stempelsteuer*, des gleichen Rechts mit den Kaufkontrakten — auch *die Pfandverschreibungen (Obligationen)* genießen, welche von Bauern der Balt. Gouv., wenn sie Grundstücke des Arrendelandes zum Eigenthum erwerben, als Sicherheit für den Kaufschillingrückstand, ausgestellt werden. Wie aus dieser Verfügung zu ersehen, so würde jegliche Belastung dieser Obligationen mit Steuern den Bauern den Erwerb der von ihnen gepachteten Grundstücke zu Eigenthum unzweifelhaft erschweren und darum mit den Absichten der Gesetzgebung nicht im Einklang stehen. Hiernach muss, in Anpassung an die in jener Verfügung dargelegten Erwägungen, anerkannt werden, dass die gedachten, von Bauern ausgestellten Obligationen, der Dokumentensteuer nicht unterliegen. Was endlich *das Gouv. Kurland* anlangt, so ist im Art. 198 der kurländ. B.-V. v. 25. August 1817 (Vollständ. Gesetzsamml. № 27024) gesagt: «Da Se. Kaiserl. Majestät die grossmüthige Absicht ausgesprochen haben, das Glück und den Wohlstand der Bauerklasse zu heben, so wird festgestellt, dass in allen Rechtssachen, sowie bey *allen Verträgen und überhaupt allen Handlungen der willkürlichen und sonstigen Gerichtsbarkeit*, bey welchen ein Glied der Bauergemeinde kontrahirender oder interessirender Theil ist, Alles auf gewöhnliches Papier geschrieben und verhandelt werden könne und solle, auch dass *keine Steuern irgend einer Art in dergleichen Sachen erhoben werden mögen* . . . .». In Anbetracht einer so bestimmten Festsetzung dieses Art., der hinsichtlich der Dokumentensteuer durch kein Specialgesetz abgeändert worden ist, müssen von dieser Steuer im Gouv. Kurland Abmachungen jeglicher Art befreit sein, an denen Bauern theilhaft sind. Auf Grund aller dieser Erwägungen, verfügt der Dirig. Senat, in der Plenar-Vers. d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart., anzuerkennen, dass von der Canzellei-Dokumentensteuer befreit sind: 1) im Gouv. Kurland Abmachungen jeglicher Art, an denen Bauern theilhaft sind; 2) im Gouv. Estland, — sämtliche Kaufkontrakte, die von Bauern zum Ankauf von Bauergrundstücken abgeschlossen werden; 3) auf der Insel Oesel, alle Verträge der Bauern über den Erwerb oder die Uebertragung von Pacht und Eigenthum; 4) im übrigen Theil des Gouv. Livland, — dieselben Verträge, — mit Ausnahme der Kontrakte über den Erwerb städtischer Immobilien; endlich 5) in den Gouv. Estland und Livland, Obligationen, welche von Bauern, wenn sie Grundstücke des Arrendelandes zum Eigenthum erwerben, als Sicherheit für den Kaufschillingrückstand ausgestellt werden».

16. Verordnung über die Steuer vom Vermögen bei einem unentgeltlichen Uebergange desselben, v. 15. Juni 1882, Ausg. v. J. 1893, Cod. d. Reichsges., Bd. V, Steuer-Gesetze, Artt. 152—181 \*).

«Art. 152. Das Vermögen, das von einer Person auf eine andere übergeht, sowohl durch Erbschaft (kraft des Gesetzes, eines Testamentes oder des Rechts auf erbloses Vermögen) als auch durch Allergnädigste Verleihung, durch Schenkungsurkunden, Ehe- und Abfindungsverträge und andere unentgeltliche Akte, unterliegt einer Steuer, auf Grundlage der nachfolgenden Bestimmungen.

Art. 153. Von der Steuerzahlung sind befreit: — — — — —

2) Ländereien, welche Personen des Bauerstandes als Antheil angewiesen worden sind \*\*), nebst den auf denselben befindlichen Bauerhäusern, Wirthschaftsgebäuden und

\*) Das R.-R.-G. v. 15. Juni 1882 nebst der Verordnung und deren Annexen: den Abschätzungs-Regeln und den Steuerberechnungs-Regeln sind für Livland mittels Reg.-Pat. 1. September 1882 № 110 publicirt worden. Die angeführten Artt. 152 u. 153, Ausg. v. J. 1893, entsprechen den Artt. 1 u. 2 der ursprünglichen Ausgabe. D. Hrsg.

\*\*) In Livland Grundstücke des Gehorschlandes. — In der Praxis wird freilich, soweit mir bekannt, das zum bauerlichen Nachlass gehörige Gehorschlandgrundstück zur Zahlung der Erbschaftssteuer stets herangezogen und in einem gegebenen Fall begründete das Wenden-



dem Zubehör der häuslichen Wirthschaft der Bauern, falls diese Vermögensobjekte auf Personen desselben Standes übergehen».

---

17. Reg.-Pat. 25. Februar 1883 № 8 (R.-R.-G. 23. December 1882): «...I. Die am 15. Juni 1882 bestätigten Gesetze: a) die Verordnung über die Steuer vom Vermögen bei einem unentgeltlichen Uebergange desselben; b) die Regeln für die Abschätzung des Vermögens behufs Erhebung der Steuer bei einem unentgeltlichen Uebergange desselben und c) die temporären Regeln für die Berechnung und Erhebung der Steuer vom Nachlassvermögen, — mit dem 1. Januar 1883 in Wirksamkeit zu setzen....».

18. Entscheidung der Plenar-Versammlung d. 1. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 7. Februar 1894 № 4: «...die Plenar-Versammlung....findet, dass hinsichtlich der Abschätzung des Vermögens behufs Erhebung der Steuer bei einem unentgeltlichen Uebergange, im Art. 177 Bd. V, Steuer-Regl. (Ausg. v. J. 1893) festgesetzt ist, dass als gesetzliche Abschätzung der Ländereien, welche unentgeltlich übergehen, anerkannt werden: die bei der Verpfändung derselben bei den Agrarbanken bewerkstelligte Abschätzung, oder die in einer besondern, diesem Art. beigefügten, Tabelle angegebenen Werthe, je nach dem, welche von diesen beiden Abschätzungen die höhere ist\*). In der gedachten Tabelle ist «die Abschätzung der Dessätine» in den verschiedenen Gouvernements und Kreisen angegeben, wobei die höchste Abschätzung der Dessätine laut Tabelle 80, 100, 120, 130 u. 150 Rbl. pro Dessätine erreicht (die Gouv. Moskau, Kiew, Kursk, Orel u. andere). In dieser Tabelle ist in der That nicht gesagt, ob die in ihr bewerkstelligte gesetzliche Abschätzung lediglich auf Culturländereien, welche eine Revenüe tragen, sich bezieht, oder auch auf Oedländereien, welche keine Revenüe tragen; doch schon aus der Grösse der in dieser Tabelle enthaltenen Abschätzungsziffern muss man zum Schluss gelangen, dass die Tabelle Dessätinen, welche Revenüen bringen und einen Werth haben, im Auge hat, und Ländereien, welche keine Revenüen tragen können, Oedländereien, nicht berücksichtigt, zu denen gehören, nach Art. 718 Bd. X Th. 2 Messgesetze, «Ländereien, untauglich zur Weide und Heumaht, wie: Flussläufe, Schluchten, Sümpfe, stehende Gewässer und andere unbrauchbare Stellen». Auf solche Oedländereien können, ohne eine harte Ungerechtigkeit, die in der

---

Walksche Friedensrichter-Plenum die Abweisung des Anspruchs auf Befreiung von der Steuerzahlung ausdrücklich mit dem Hinweis auf die Verschiedenheit des bäuerlichen Antheils in den inneren Gouvernements von einem livländischen Gesinde. Wol sehr mit Unrecht. Ob das Bauerland in kleine Stücke zerlegt wird und möglichst jeder Bauer ein Stück erhält, oder ob auf dem Bauerlande grössere, aber vielen Personen auskömmlichen Unterhalt gewährende Wirthschaften begründet werden, ändert nichts an dem rechtlichen Charakter des Landes. Die in den Reg.-Patt. v. J. 1877 № 35 u. № 76 publicirten Erlasse, sowie die Senats-Entscheidungen v. 4. Febr. 1891 № 4 u. v. 18. Mai 1892 № 23 betreffs der Interpretation der Punkte 2 u. 4 d. Art. 81 Stempelst.-Ges. (früher Artt. 66), und deren Anpassung auf Livland weisen den Weg, wie auch die Verordnung üb. die Steuer vom Vermögen beim unentgeltlichen Uebergange desselben, in Bezug auf den livländischen Ackerbauer interpretirt werden muss, denn die Bestimmung des Art. 238 B.-V., dass der livländische Ackerbauer keine höheren Kronsabgaben zahlen soll als der gutsherrliche in den anderen Gouvernements des Reichs, besteht noch zu Kraft.

D. Hrsq.  
\*) Die in Rede stehende «Tabelle, welche die gesetzliche Abschätzung der bei Creditanstalten nicht verpfändeten Ländereien, behufs Berechnung der Steuer bei einem unentgeltlichen Uebergang dieser Immobilien bestimmt» ist nebst dem R.-R.-G. vom selben Tage, dem 19. Mai 1883, für Livland mittels Reg.-Pat. 18. August 1883 № 76 publicirt worden und giebt «die Abschätzung der Dessätine» an: für die Kreise Dorpat, Werro, Wolmar, Fellin — 70 Rbl.; Wenden, Walk, Riga — 50 Rbl.; Pernau — 40 Rbl.; Oesel — 25 Rbl. — Statt des in der Praxis üblichen Ausdrucks «Impediment» habe ich den in der Literatur gebrauchten Ausdruck «Oedländereien» gewählt.

D. Hrsq.

Tabelle angegebenen Preise, welche bis zu 80, 100, 120, 130 u. 150 Rbl. pro Dessätine steigen, ersichtlich, nicht angewandt werden. Aber auch abgesehen von den in der Tabelle enthaltenen ziffermässigen Schätzungen, erhellt die Unanwendbarkeit der Tabelle auf Oedländereien, die keine Revenüe tragen, aus dem allgemeinen Sinn der gesetzlichen Bestimmungen über die verschiedenen vom Lande zu entrichtenden Abgaben, aus dem Vergleich der in der Tabelle angegebenen Preise mit anderen Landabschätzungen, — aus jenen leitenden Principien, welche bei der Feststellung der Preise in der Tabelle für jede Gegend zu Grunde gelegt wurden, und aus der Interpretation der in der Tabelle enthaltenen Abschätzungen des Finanzministerium, dem die Ausarbeitung, Zusammenstellung und Vorstellung der Tabelle.....zur Bestätigung auf legislativem Wege aufgetragen worden war, und welches, als mit dem Einfließen sämmtlicher Abgaben und Steuern zum Besten des Staats betrautes Ressort, an der richtigen Auffassung der gedachten Tabelle direkt interessirt ist.....Der Dirig. Senat zieht vor Allem in Betracht den Pkt. VII des Allerh. am 15. Juni 1882 bestät. R.-R.-G. (betreffend den Entwurf von Gesetzesbestimmungen über eine Steuer vom Vermögen bei einem unentgeltlichen Uebergange desselben», publ. durch Reg.-Pat. 1. September 1882 № 110. D. Hrs.), in dem ausgesprochen ist: «dem Finanzminister ist anheimzugeben, eine Tabelle zu entwerfen und auf legislativem Wege zur Bestätigung einzubringen, durch welche die gesetzliche Abschätzung der Ländereien in den verschiedenen Gegenden des Kaiserreichs, behufs der Berechnung der Steuer vom unentgeltlich übergehenden Vermögen dieser Art bestimmt wird, wobei darauf zu achten ist, dass diese Abschätzung dem wirklichen Werthe solchen Vermögens möglichst genau entsprechen muss». Danach stellte das Finanzministerium.....bei der Ausarbeitung des Projekts der Tabelle über die gesetzliche Abschätzung der Ländereien für jede einzelne Gegend eine Schätzungsnorm für Culturländereien auf und bei Anpassung der Tabelle ausschliesslich an die Abschätzung der Culturländereien, hatte es nicht im Mindesten die Absicht, dieselbe auf Oedländereien anzuwenden. Die in dieser Richtung vom Finanzministerium ausgearbeitete Tabelle wurde im Reichsrath eingebracht und am 19. Mai 1883 der eigenhändigen Bestätigung Sr. Kaiserl. Majestät gewürdigt.....Die Theilnahme des Finanzministeriums an der legislativen Bearbeitung der Daten, welche in der Tabelle über die Abschätzung der Ländereien für die Berechnung der Steuern aufgenommen sind, und überhaupt die Unterstellung der Verwaltung der Reichs-Einkünfte und -Ausgaben unter das Finanzministerium verleihen eine besondere Autorität der Interpretation dieses Ressorts der anlässlich der Anwendung der Tabelle entstehenden Zweifel.....Aus der Sache des Civil-Cassations-Depart., in welcher der Zweifel über die Anwendbarkeit der Schätzungstabelle auf Oedländereien entstanden, ist ersichtlich, dass das Finanzministerium bereits am 12. September 1885 sub № 2257 dem Livländischen Hofgericht, in Anlass der Berechnung der Corroborationssteuer, erläuterte, dass die Tabelle vom 19. Mai 1883 auf Ländereien, die nach den Messgesetzen als Oedländereien anzuerkennen sind, nicht auszudehnen sei, wenn diese Ländereien thatsächlich keine Revenüe bringen, und im Bericht des Finanzministers an das 1. Depart. des Dirig. Senats v. 3. Juli 1893 sub № 1911, ist auseinandergesetzt, dass das Finanzministerium fortdauernd die Ansicht vertreten hat, dass die Tabelle vom 19. Mai 1883 auf revenüenlose, nach den Messgesetzen Oedländereien, sich nicht erstreckt, und vielfältig Erläuterungen in diesem Sinne gegeben hat, sowol in Anlass der Erhebung der Corroborationssteuer, wie auch der Steuer vom Vermögen bei einem unentgeltlichen Uebergange desselben.....In Anbetracht der vorangeführten Daten und Erwägungen findet der Dirig. Senat, dass bei der Berechnung der Steuer, die bei dem unentgeltlichen Uebergange eines Gutes zu erheben ist, gemäss der gesetzlichen Abschätzung, ausschliesslich nur das Culturland in Berücksichtigung zu ziehen ist, und das Oedland nur als Ausnahme, wenn erwiesen ist, dass dasselbe den Besitzern eine thatsächliche Revenüe bringt, und dass, somit, im Fall der Anwendung der Schädigungstabelle auf Ländereien, unter denen Cultur- und

Oedländereien, in dem in den Messgesetzen angegebenen Sinne, sich befinden, die letzteren Ländereien mit Steuern nicht belegt werden können....».

19. Reg.-Pat. 31. Juli 1895 № 62 (R.-R.-G. 10. April 1895): «....In Abänderung und Ergänzung der betreffenden Artt. der Steuergesetze (Cod. d. Reichsges., Bd. V, Ausg. v. J. 1893) festzusetzen:

1) Die im Kreise belegenen Ländereien, welche unentgeltlich auf die im Pkt. 1 Art. 154 benannten Personen übergehen, werden von der Entrichtung der Steuer beim unentgeltlichen Uebergange des Vermögens befreit\*).

2) Bei der Berechnung der Steuer von dem durch Erbschaft übergehenden Vermögen werden die Schulden, welche gemäss den Statuten der Creditanstalten, sowie auch durch Hypothek oder Pfand sichergestellt sind, ausschliesslich vom Werthe des Vermögens, durch welches sie sichergestellt sind, in Abzug gebracht.

3) Beim freihändigen Verkauf der in Creditanstalten verpfändeten im Kreise belegenen Ländereien wird die Corroborationssteuer vom Werthe des Vermögens berechnet, der auf Grund der Artt. 204—208 festzustellen ist,.... nach Abzug der auf den Käufer zu übertragenden Schuld an die Creditanstalt von diesem Werthe.

4) Die im vorhergehenden Art. (3) angeführte Regel findet keine Anwendung: a) bei Ländereien, welche vor Ablauf dreier Jahre von der Zeit des erfolgten unentgeltlichen Ueberganges derselben verkauft werden, und b) bei Ländereien, welche mittels öffentlichen Meistbots verkauft werden, oder welche, infolge Nichtzustandekommens desselben, einem der Gläubiger oder der Creditanstalt verbleiben, sowie gleichfalls bei den Ländereien, welche danach durch die Creditanstalt an Privatpersonen verkauft werden\*\*).

20. Entscheid. d. Plenar-Versammlung\*\*\*) d. Dirig. Senats v. 15. April 1896 № 17: «Nach Anhörung des Gutachtens des stellvertr. Gehülfen des Oberprokureurs, findet der Dirig. Senat, hinsichtlich des Inhalts der seiner Entscheidung unterbreiteten Frage (*kann das Gesetz vom 10. April 1895 auf die vor seiner Emanation eröffneten Erbschaften zur Anwendung gelangen, für die die Erbschaftssteuer während der Geltung dieses Gesetzes festgesetzt wird?*), — dass laut Pkt. 5 Art. 153 Steuer-Regl. (Bd. V Cod. d. Reichsges., Forts. v. J. 1895) «von der Zahlung der Steuer bei einem unentgeltlichen Uebergange des Vermögens befreit sind die im Kreise belegenen Ländereien (Art. 177 l. c.), welche unentgeltlich (Art. 152 l. c.) auf die im «Pkt. 1 Art. 154 l. c. benannten Personen übergehen», und zwar: Ländereien, welche übergehen von einem Ehegatten auf den andern, auf Descendenten oder Ascendenten, Adoptivkinder und auf die Schwiegertochter oder den Schwiegersohn. Der allegirte Pkt. 5 Art. 153 gründet sich auf das Allerh. am 10. April 1895 bestät. R.-R.-G. «betreffend die Festsetzung einiger Vergünstigungen bei der Erhebung der Corroborationssteuer und der Steuer vom Vermögen bei einem unentgeltlichen Uebergange desselben» (Samml. d. G. u. Anordn. d. Staatsreg. v. J. 1895 № 63 Stück 424). Zum Anlass der Emanation dieses Gesetzes diente die Vorstellung des Finanzministers an den Reichsrath v. 29. December 1894 sub № 4083. Aus der Vorstellung sub № 4083 und dem

\*) Der Art. 154 Cod. d. Reichsges., Bd. V, Steuer-Ges., Ausg. v. J. 1893, entspricht dem Art. 3 Verordn. üb. d. Steuer v. Verm. b. unentgeltl. Uebergang dess., v. 15. Juni 1882; steuerfrei ist hiernach das «Vermögen, welches von einem Ehegatten auf den andern, auf Verwandte in gerader absteigender oder aufsteigender Linie, auf Adoptivkinder und auf die Ehegatten der Kinder übergeht».

D. Hrsgr.

\*\*) In d. Forts. d. Cod. d. Reichsges. v. J. 1895, Bd. V, Steuer-Ges., entspricht Pkt. 1 d. Ges. v. 10. Apr. 1895 — dem Pkt. 5 d. Art. 153 (Art. 2 Verordn. üb. d. Steuer v. Verm. b. unentgeltl. Uebergang dess. v. 15. Juni 1882); Pkt. 2 — der Anmerkung zu Art. 162 (Art. 11 ibid.); Pkte 3 u. 4 — der Anmerkung zu Art. 204.

D. Hrsgr.

\*\*\*) Welche Departements zur Plenar-Versammlung zusammengetreten sind, habe ich nicht feststellen können.

D. Hrsgr.

Journal des Reichsraths v. 9. März 1895 sub № 88 ist, unter Anderem, zu ersehen, dass die der Allerh. Bestätigung am 10. April 1895 gewürdigten Vergünstigungen hinsichtlich der Erhebung der Steuer von nachgelassenen ländlichen Immobilien, vom Minister im Interesse einer Erleichterung der Lage der Landwirthe erbeten waren, welche in Folge des Fallens der Preise für Getreideprodukte und der Verminderung der Erträge des Landes in eine schwierige Lage versetzt waren, und die auch vom Reichsrath als eine Verbesserung unserer Steuer-Gesetzgebung anerkannt wurden, welche Verbesserung einen neuen Schritt zur Durchführung des Princips der Anpassung der Steuern an die Mittel der Zahler bildet; zugleich fand der Reichsrath, dass, nach der vollkommen richtigen Bemerkung des Finanzministers, der durch den Tod des Familienhauptes erfolgende Uebergang des Vermögens an die Glieder dieser Familie gewöhnlich keine Bereicherung der Letzteren bewirkt, sondern eher eine Verwirrung und Unordnung in ihren Angelegenheiten; im Hinblick hierauf erscheint die Befreiung der, im Pkt. 1 Art. 154 Steuer-Regl. aufgeführten, nächsten Angehörigen von der Steuerzahlung vollkommen gerechtfertigt. Nach Art. 72 Reichsgrundgesetze (Bd. I Th. 1 Cod. d. Reichsges. Ausg. v. J. 1892) bewahrt ein Gesetz seine Gültigkeit, solange als es nicht kraft eines neuen Gesetzes aufgehoben wird, und nach Art. 63 l. c. ist das neue, in gehöriger Ordnung promulgirte, Gesetz von Jedermann heilig und unverbrüchlich zu erfüllen. Mit der Publikation des Gesetzes v. 10. April 1895 kann desshalb die durch dieses Gesetz abgeschaffte Erbschaftssteuer von den im Kreise belegenen Ländereien, die auf die im Pkt. 1 Art. 154 Steuer-Regl. genannten Personen übergehen, nicht auf's Neue berechnet werden. Eine während der Geltung des neuen Gesetzes bewerkstelligte Berechnung oder Festsetzung der aufgehobenen Steuer von Erbschaften, die sowol *vor*, wie auch *nach* dem 10. April 1895 eröffnet sind, wird nicht nur eine Verletzung der Reichsgrundgesetze sein, sondern der Absicht der gesetzgebenden Gewalt widersprechen, welche die Erhebung dieser Steuer für unrechtfertig und der Verbesserung der Lage der Landwirthschaft hinderlich anerkannt hat. Die Richtigkeit dieser Schlussfolgerung erschüttert nicht der Art. 1254 Civilgesetze (Bd. X Th. 1 Cod. d. Reichsges., Ausg. v. J. 1887), laut welchem das Recht auf die eröffnete Erbschaft den Erben vom Tode des Besitzers gebührt, denn der Art. betrifft lediglich Privatrechte, während bei der Entscheidung einer Frage über Reichs-Abgaben, -Steuern und -Gebühren man die für diesen Gegenstand emanirten Gesetze zur Richtschnur zu nehmen hat, die im Bd. V, aber nicht im Bd. X Cod. d. Reichsges., enthalten sind. In Erwägung des Dargelegten, verfügt der Dirig. Senat: anzuerkennen, dass die der Plenar-Versammlung zur Beprüfung übergebene Frage in bejahendem Sinne zu entscheiden ist. \*) †).

\*) Das Gesetz v. 10. April 1895 enthält nicht die Angabe des Termins, von wann ab es in Kraft tritt. Nach der Anmerk. 1 zu Pkt. 1 Art. 19 Bd. I Th. 2 Cod. d. Reichsges., Verfassung d. Senats, Ausg. v. J. 1892, gilt das Gesetz vom Tage seiner Publication in der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg., im vorliegenden Fall also vom 15. April 1895. Zu Gunsten der nothleidenden Landwirthe hat der Senat dem gewährten Privileg eine zeitlich grössere Dauer gegeben. Die bezogene Anmerk. 1 lautet: «Mittels Entscheidung Eines Dirig. Senats ist verfügt: «die auf Verfügung des Senats bewerkstelligte Publication eines Gesetzes in der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. hat die Bedeutung einer officiellen Publication desselben und in den «Behörden gewinnt jedes Gesetz seine Kraft . . . von dem Tage, an welchem in denselben «diejenigen Blätter der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg., in denen es abgedruckt worden, «empfangen werden».

D. Hrag.

†) Schlussbemerkung. 1 Der Vollständigkeit wegen ist anzuführen, dass in den mehr denn zehn Jahren seit Emanation des Gesetzes v. 4. April 1888 (s. oben auf S. 129 № 7) eine einheitliche Praxis bei der Anwendung des III. Abschnitts dieses Gesetzes sich nicht herausgebildet hat. Die unklare Fassung dieses Abschnitts, sowie die Unkenntniss der Motive, welche den Gesetzgeber zur Beschränkung des seit Bestehen eines bauerlichen Grundeigentums in Livland den Bauern gewährten Steuerprivilegs; vergl. Art. 52 v. J. 1819, Art. 276 v.

## § 239.

Der Bauer hat mit dieser Verordnung das Recht, mit einem Jeden Dienst-, Pacht- und sonstige Verträge einzugehen, welche den seinem Stande zugetheilten Rechten nicht zuwiderlaufen.

## § 240.

Abgeändert.

1. Reg.-Pat. 30. December 1870 № 146 (Bekanntmachung d. Commission in Livl. B.-S.): «Nachdem mittelst Allerh. bestätigten Ostsee-Comité-Beschlusses v. 5. November 1866 Personen aller Stände das Recht eingeräumt worden ist, in Livland Rittergüter zu erwerben, so werden desmittelst alle diesem Allerhöchsten Befehl widersprechenden Bestimmungen der Bauergesetzgebung, als namentlich das Patent d. Livl. Gouv.-Verw. v. 14. Mai 1865 № 55 und die in dem Schlusssatz des § 240 der B.-V. von 1860 enthaltene Bestimmung aufgehoben, und hat demnach der § 240 l. c. zu lauten: «Der Livländische Bauer hat das Recht, einzelne Theile des Hofes und Gehorchslandes, sowie überhaupt Immobilien aller Art als erbliches Eigenthum zu erwerben».

J. 1849, Art. 238 v. J. 1860; bewogen, veranlassten wohl alle unserer früheren Livländischen Gerichte, die Erwerbung eines Gehorchslandgrundstücks auch aus zweiter, dritter Hand für steuerfrei zu erklären, wenn nur der Erwerber noch kein anderes Grundstück besass. Die mit der Justizreform v. J. 1889 neugeschaffenen Behörden hingegen interpretirten das Gesetz stets nur zu Gunsten des Fiscus, bis mit dem Bekanntwerden der unten mitgetheilten, einen speciellen, kurländischen, Rechtsfall ordnenden, jedoch von einem ganz anderen Gesichtspunkt ausgehenden Senatsentscheidung die Praxis mancher Grundbuch-Abtheilungen eine mildere geworden und ganz derjenigen der beseitigten Livländischen Gerichte sich angeschlossen hat. Hoffentlich nimmt die Plenar-Versammlung des Dirig. Senats Veranlassung, durch eine authentische Interpretation des Gesetzes alle Zweifel und Unklarheiten zu heben. Im Text des Art. 238 ist der Abschnitt III des allegirten Gesetzes (Art. 393 Steuer-Regl. = Art. 202 *ibid.*, Ausg. v. J. 1893) wegen Unkenntniss der Motive desselben nach der grammaticalischen Interpretation wiedergegeben worden. — Entscheid. des Civil-Cassat.-Dep. d. Dirig. Senats v. 21. Februar 1892 № 1301: «. . . . . In Erwägung: 1., dass die Interpretation des Art. 393 Steuer-Regl. durch das Plenum weder mit dem Buchstaben, noch mit dem genauen Sinn des allegirten Gesetzes übereinstimmt, denn erstlich kann der grammaticalische Sinn des Satzes «die Bauern . . . . . werden von der Zahlung der Corroborationsteuer befreit beim Loskauf oder erstmaligen Kauf eines Gesinde-Grundstücks des Gehorchs-Pachtlandes. . . . .», nicht anders verstanden werden, als im Sinne der Steuerbefreiung des Bauern, welcher (der Bauer) zum ersten Mal Land kauft, ohne Unterschied, ob die gekaufte Landstelle früher irgend Jemandem verkauft war, und aufs Neue an den Gutsbesitzer zurückgelangte, und 2., dass auch dieselbe Schlussfolgerung erreicht wird bei der Darlegung des Sinnes des zu interpretirenden Art. des Gesetzes nach dem Zweck, für den derselbe erlassen wurde. indem dieser Zweck, ersichtlich, darin besteht, dem Bauern den Eigenthumserwerb einer Landstelle von bestimmter Ausdehnung zu erleichtern und deshalb die Steuerbefreiung des zum ersten Mal eine solche Landstelle kaufenden Bauern vollkommen logisch erscheint, wobei der Fall, dass eben dieselbe Landstelle vorher an eine andere Person verkauft worden war und von dieser Letzteren, aus dem oder jenem Grunde, aufs Neue an den Gutsbesitzer zurückgelangte, als ein seltener Ausnahmefall, ersichtlich, vom Gesetzgeber nicht im Auge gehabt haben konnte, und in jedem Fall ein derartiger vorhergehender Verkauf der Landstelle nicht als ein Umstand angesehen werden kann, der den neuen Erwerber derselben der Vergünstigung beraubt, auf welcher er nach dem Gesetz ein Anrecht hat, — verfügt der Dirig. Senat: das Urtheil der Mitau-Bauskeschen Fr.-R.-Vers. wegen Verletzung des Art. 393 Steuer-Regl., Bd. V Cod. d. Reichsges., nach der Forts. v. J. 1889, aufzuheben . . . . .».

2. Die nach den obigen 20 Erläuterungen und Ergänzungen zum Art. 238 in den letzten Jahren in reichem Maasse widergesetzlich erhobenen Steuern und Gebühren werden auf Verfügen des Livländischen Kameralhofes (1. Abth.) zurückgezahlt, wenn dessfalls an denselben ein stempelpflichtiges Gesuch bei gleichzeitiger Vorstellung der Grundbuchurkunde oder eines Attestes der Grundbuch-Abtheilung gerichtet wird.

D. Hrsgr.

2. Reg.-Pat. 18. Januar 1867 № 15 (Beschluss d. Ostsee-Comité v. 5. November 1866): „.... Im März 1866 habe der Livländische Adel beschlossen, die Allerhöchste Genehmigung dazu zu erbitten, dass in Zukunft Personen jeden Standes christlicher Confession das Recht zugestanden werde, unbewegliches Vermögen jeder Art im Gouvernement Livland zu vollem Eigenthum zu erwerben. Dieser dem Ministerium des Innern durch den ehemaligen General-Gouverneur von Liv-, Est- und Kurland, General-Adjutanten Grafen Schuwalow mitgetheilte Beschluss sei dem Ostsee-Comité vorgelegt worden, welcher, in Uebereinstimmung mit dem Sentiment des Grafen Schuwalow und des Ministers des Innern, beschlossen habe, bis zur Beprüfung und allendlichen Entscheidung der Frage über die Aufhebung des Art. 876 Th. II des Provinzialrechts der Ostsee-Gouvernements für das Gouvernement Livland in der für Gesetzgebungs-Angelegenheiten festgesetzten Ordnung, — die Allerhöchste Genehmigung Sr. Kaiserlichen Majestät dazu zu erbitten, dass unverzüglich Personen jeden Standes christlicher Confession im Gouvernement Livland das Recht zugestanden werde, unbewegliches Vermögen jeder Art zu vollem Eigenthum zu erwerben, nur mit den Beschränkungen, welche durch die bestehenden Gesetze bezüglich des Gehorchslandes festgestellt sind, und mit Unterdrückung auch der Wirksamkeit des bezeichneten Artikels des Provinzial-Rechts hinsichtlich des Einlösungsrechts der livländischen indigenen Edelleute. Der Herr und Kaiser habe auf das Journal des Comités am 5. November Eigenhändig zu schreiben geruht: „Zu erfüllen“.

## § 241.

Dem livländischen Bauer ist es jederzeit erlaubt, sich bei Städten zu einer Gilde verzeichnen zu lassen \*).

## § 242.

Dem livländischen Bauer steht das Recht, sich in alle Gouvernements des russischen Reichs überzusiedeln zufolge Allerhöchster Verleihung unbeschränkt zu, sobald derselbe seine desfallsigen gesetzlichen Obliegenheiten erfüllt hat. (S. die Beilage sub litt. D).

## § 243.

Will ein livländischer Bauer von solchem Rechte Gebrauch machen und in ein anderes Gouvernement auswandern, so muss er sich zuvor aller auf seiner Person ruhenden Verbindlichkeiten gegen seine bisherige Gemeinde in derselben Weise erledigt haben, wie solches die §§ 270—272 für den Uebertritt aus einer Gemeinde in eine andere vorschreiben.

## § 244.

Der Austritt aus der Gemeinde behufs der Auswanderung in ein anderes Gouvernement kann am Georgentage eines jeden Jahres stattfinden, sobald die

---

\*) Dieser Art. ist bedeutungslos geworden, seitdem durch den Allerh. Befehl v. 26. März 1877 über die Einführung der russischen Städteordnung v. 16./28. Juni 1870 in den Baltischen Provinzen die Gilden des politischen Charakters entkleidet wurden und nur ihre ursprüngliche Natur als wirthschaftliche Verbände behalten haben.

desfallsige Anzeige *bis zum 25. März* vor dem *Gemeinde-Aeltesten* ausdrücklich erklärt und zu Protocoll geschrieben worden ist.

1. Reg.-Pat. 5. März 1865 № 20 u. 25. Juli 1866 № 61 (durch R.-R.-G. v. 10. Mai 1866 festgestellte Emendation des § 11 der Balt. Pass- und Umschreibungsregeln v. 9. Juli 1863).

2. Reg.-Pat. 30. August 1867 № 115 (Antrag d. General-Gouverneurs \*).

### § 245.

Im Uebrigen unterliegen solche auswandernde Bauerngemeindeglieder den allgemeinen, hinsichtlich der Uebersiedelung freier Leute von einem Orte zum anderen überhaupt geltenden Reichsgesetzen.

### § 246.

Freie Bauern aus anderen Gouvernements des Reichs, welche in Livland Ländereien gepachtet haben, sind den livländischen Bauern und Bürgern sowohl in ihren Berechtigungen als ihren Verpflichtungen gegen den Grundherrn und gegen die Gemeinde vollkommen gleich gestellt.

### § 247.

In derselben Ausdehnung wie livländische Bauern und Bürger sind auch freie Bauern und Bürger aus den anderen Gouvernements des Reichs zum Ankauf von Bauergrundstücken in Livland berechtigt und geniessen dabei dieselben Vortheile, wie alle sonst zu solchem Ankauf berechnigte Personen.

### § 248.

Fällt weg in Folge der Aufhebung der Leibeigenschaft im Reich.

### § 249.

Da der livländische Bauer berechnigt ist, gesetzliche Stipulationen und Verträge jeder Art abzuschliessen und gleich anderen Unterthanen des Staates über seine Person und sein Eigenthum in gesetzlicher Weise zu verfügen, so werden die von ihm eingegangenen Verträge sowol über persönliche Leistungen, als über Real-Verbindlichkeiten in streitigen Fällen sowol nach den allgemeinen, als auch den besonderen Gesetzen dieser Verordnung beurtheilt. Jedoch darf ein livländischer Bauer über seine Person keinen Vertrag schliessen, welcher seine persönliche Freiheit aufhebt und ihn der früheren Leibeigenschaft unterwirft.

---

\*) Die durch die angeführten drei Reg.-Patente angeordneten Emendationen des Art. 244 sind im Text durch den Druck hervorgehoben worden, wesshalb von einer besonderen Wiedergabe derselben abgesehen wurde.

## § 250.

Hiernach hat ein livländischer Bauer die Befugniss, in der gesetzlich vorgeschriebenen Ordnung Dienst- und Mieth-Contrakte zu schliessen, Vollmachten auszustellen und zu übernehmen, Bürgschaft zu leisten und für sich leisten zu lassen, zu kaufen und zu verkaufen, zu tauschen, zu pfänden und zu verpfänden, sowie auch mit anderen sich zu jeder erlaubten Unternehmung zu vereinigen und überhaupt jede Art von Verbindlichkeit zu übernehmen, oder einen anderen gegen sich übernehmen zu lassen. Die Ausstellung von Wechseln ist dem livländischen Bauer jedoch nicht gestattet.

## § 251.

Der livländische Bauer ertheilt seine persönlichen Rechte seinem Weibe \*) und seinen Kindern, den weiblichen jedoch nur bis zu ihrer Verheirathung; verheirathete Bauertöchter folgen dem Stande ihrer Ehemänner.

---

## Capitel II.

### Gemeinde - Ordnung.

#### Erste Abtheilung.

#### Organisation der Bauergemeinde. Eintritt und Austritt. Umschreibung von einer Gemeinde zu einer anderen.

#### Constituierung der Gemeinde.

## § 252.

Der ganze livländische Bauernstand zerfällt nach seinem örtlichen Wohnsitze in Gemeinden. Eine *Landgemeinde* ist die *Gesamtheit der in einem bestimmten Landbezirke* wohnhaften, unter Bestätigung der Staatsregierung zu einem Ganzen vereinigten Personen mit gegenseitigen, vom Gesetze festgestellten Rechten und Pflichten. (L.-G.-O. § 1.)

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

---

\*) Die Ehefrau höheren Standes «behält jedoch selbst, sowol während der Ehe, als nach deren Aufhebung, vollständig die Rechte des höheren Standes, welche sie vor ihrer Verehelichung durch die Geburt oder durch eine frühere Ehe erworben hatte»: Art. 6 Th. III Prov.-R. D. Hrsq.



## § 253.

Die *Landgemeinde* wird gebildet aus den zu demselben Landgute, Pastorate oder zu derselben Widme gehörigen, daselbst in die Revisionslisten und Umschreibungslisten verzeichneten, sowie ferner aus denjenigen Personen, die mit Beibehaltung ihrer bisherigen persönlichen und Standesrechte in den Landgemeinde-Verband aufgenommen sind (L.-G.-O. § 1); doch werden die persönlich nicht zum Bauernstande gehörenden Mitglieder der *Landgemeinde* nicht in die Revisionslisten der livländischen Bauern eingetragen, sondern nur *als Mitglieder der Landgemeinden bei der Aufsichtsbehörde verzeichnet und in die Gemeinde-rolle eingetragen*. L.-G.-O. § 1 und Anmerk., § 20 Pkt. k.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 254.

Personen, die zur Bauerngemeinde angeschrieben sind, treten nur dadurch aus selbiger, dass sie in gesetzlicher Weise aus dem Verbande entlassen und aus der Gemeinde aus- oder zu einer anderen umgeschrieben werden. Bis solches geschehen, sind sie zur Bauerngemeinde zu rechnen, auch wenn sie zeitweilig nicht innerhalb der Gemeinde domiciliren oder keinen Ackerbau treiben.

## § 255.

Kleine Landgemeinden können *in Grundlage des § 2 der L.-G.-O.* mit anderen Gemeinden vereinigt werden. Desgleichen steht es auch grossen *Landgemeinden* frei, sich in mehrere Gemeinden abzutheilen.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 256.

Fällt weg. L.-G.-O. § 1 u. § 2.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## §§ 257.

Ein Bauerngemeindeglied kann an mehreren Orten unbewegliches Eigenthum besitzen und Pachtverträge schliessen. In Ansehung der ihm obliegenden Abgaben und Leistungen gehört ein solcher Bauer zu derjenigen Gerichtsbarkeit, unter welcher der Gegenstand des Pachtvertrages und das unbewegliche Eigenthum belegen ist, in Betreff seiner persönlichen Abgaben aber zu der, unter welcher angeschrieben ist, und in Ansehung seiner persönlichen Rechtsverhältnisse zu derjenigen, unter welcher er wohnt.

Die Constituirung der Gemeinde behandelt auch der durch Reg.-Pat. v. 25. Mai 1866 № 37 publicirte und am 1. October 1866 für's Erste auf eine Zeit von sechs Jahren in Wirksamkeit gesetzte, am 19. Februar 1866 Allerhöchst bestätigte

## Entwurf einer Landgemeinde-Ordnung für die Ostsee-Gouvernements.

Erstes Hauptstück \*).

### Von der Organisation der Landgemeinden.

#### § 1.

Die Landgemeinde ist die Gesamtheit der in einem bestimmten Landbezirk wohnhaften, unter Bestätigung der Staats-Regierung zu einem Ganzen vereinigten Personen, mit gegenseitigen, vom Gesetze festgestellten Rechten und Pflichten.

Die Landgemeinde wird gebildet aus den zu demselben Landgute, Pastorate oder zu derselben Widme gehörigen, daselbst in die Revisions- und Umschreibungs-Listen verzeichneten, sowie ferner aus denjenigen Personen, die mit Beibehaltung ihrer bisherigen persönlichen Standesrechte in den Landgemeinde-Verband aufgenommen sind.

Anmerkung. Personen, die zur Gemeinde nicht verzeichnet sind, treten, wenn sie abgetheilte bäuerliche Grundstücke eigenthümlich erwerben oder in Pacht nehmen, damit zugleich in den örtlichen Landgemeinde-Verband, erwerben alle Rechte und übernehmen alle Pflichten, welche durch gegenwärtige Verordnung festgestellt sind.

Gesetz üb. d. allgem. Wehrpflicht v. 1. Januar 1874 (Cod. d. Reichsges. Bd. IV, Ausg. v. J. 1897) Art. 28: «Die im aktiven Militärdienst stehenden Personen behalten während ihrer Dienstzeit alle persönlichen und sachlichen Rechte ihres Standes. . . .». Art. 29: Dorfbewohner verschiedener Benennungen, Bürger, Handwerker und Arbeiter fahren fort, sich zum Bestande der Gemeinden zu zählen, zu welchen sie bei ihrem Eintritt in den Dienst gehört haben. . . .» \*\*).

\*) Die Hauptstücke II u. ff. sind nach dem Art. 309 B.-V. abgedruckt worden. D. Hrsg.

\*\*) Glieder der Landgemeinde sind auch, alle Rechte derselben genießend und alle auf ihnen ruhenden Verpflichtungen, «gleich den übrigen Bauern», erfüllend, — die auf Grund des Balt. Rekrutenloosungs-Reglements v. 18. April 1861 (Reg.-Pat. 21. Juni 1861 № 55) in den Dienst des Landheeres und der Flotte getretenen, nachher verabschiedeten und auf unbestimmte Zeit beurlaubten Untermilitärs. Namentl. Allerh. Befehl an d. Dirig. Senat v. 25. Juni 1867 (Reg.-Pat. 15. September 1867 № 137): . . . . . «In der Erwägung, dass mit der gegenwärtigen Organisation der gesammten Landbevölkerung auf den Principien der Rechtsgleichheit und mit der allmählichen Verkürzung der Zeit des aktiven Dienstes in den Reihen des Heeres die Hindernisse zur Rückkehr der entlassenen Untermilitärs in ihren früheren bürgerlichen Stand beseitigt sind, und anerkennend, dass ihr Wiedereintritt in die Land- und Stadtgemeinden mit den Rechten der Glieder derselben das sicherste Mittel zur Sicherstellung ihrer Existenz abgeben wird, haben Wir befohlen: für die Organisation der entlassenen Untermilitärs als Grundlage anzunehmen, dass der Soldat mit seinem Eintritt in den Dienst nicht seine früheren bürgerlichen Rechte in der Gemeinde verlieren soll, und dass er nach seiner

## § 2.

Diejenigen Landgemeinden, welche aus nicht mehr als 200 Angehörigen (§ 1) bestehen \*), werden, falls in denselben die Bildung des Gemeinde-Ausschusses und die Besetzung der Gemeinde-Aemter sich wegen unzureichender Anzahl stimmberechtigter oder wählbarer Glieder oder wegen ungenügender Mittel zur Unterhaltung der Gemeinde-Verwaltung als unthunlich herausstellt, auf Anordnung der betreffenden Aufsichtsbehörden (§ 32) mit anderen Landgemeinden vereinigt. Ueber die stattgehabte Vereinigung berichtet die Aufsichtsbehörde *der Gouvernements-Behörde für Bauer-Sachen* und dem Kameralhof zur erforderlichen Anordnung. Jeder der solchergestalt vereinigten Landgemeinden steht indessen das Recht zu, wenn sie sich durch die Verschmelzung in ihren Interessen gefährdet glaubt, hierüber innerhalb eines Jahres bei *der Gouvernements-Behörde für Bauer-Sachen* Beschwerde zu erheben . . . . .

Reg.-Pat. 19. Juli 1893 № 100 (R.-R.-G. 17. April 1893 betr. d. Errichtung d. Gouv.-Beh. f. B.-S. in d. Balt. Gouv.); s. zu Artt. 1104 ff. B.-V.

Anmerkung 1. Die Verschmelzung von Landgemeinden jeglichen Umfangs in Folge wechselseitiger freier Uebereinkunft und unter Genehmigung der Aufsichtsbehörde (§ 32) *und Bestätigung der Gouvernements-Behörde für Bauer-Sachen* bleibt nach wie vor gestattet.

Reg.-Pat. 19. Juli 1893 № 100 (R.-R.-G. 17. April 1893 betr. d. Errichtung d. Gouv.-Beh. f. B.-S. in d. Balt. Gouv.); s. zu Artt. 1104 ff. B.-V.

Anmerkung 2. Unabhängig von der in diesem Paragraph erwähnten Verschmelzung der Landgemeinden kann für mehrere benachbarte Gemeinden, ohne sie zu verschmelzen, mit deren Zustimmung und unter *Genehmigung* der Aufsichtsbehörde (§ 32) *und der Friedensrichter-Versammlung, sowie mit Bestätigung des Gouverneurs* ein gemeinschaftliches Gemeindegerecht constituirt — — — werden. In solchen Fällen wird die Zahl der Richter, die die einzelnen Gemeinden für das gemeinschaftliche Gericht zu wählen haben, von der *vereinigten Sitzung der Gemeinde-Ausschüsse* bestimmt.

Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in den Balt. Gouv. v. 9. Juli 1899 A. Gemeindegerechts-Ordnung I Artt. 2, 5—7.

Anmerkung 3. Wenn in Folge vollzogener Verschmelzung mehrerer Gemeinden oder Vereinigung mehrerer Gemeindegerechtsbezirke die Administration oder Rechtshandhabung durch die Gemeindeorgane schwierig oder gar unmöglich wird, so sind die Aufsichtsbehörden berechtigt und verpflichtet, auf Ansuchen der betreffenden Gemeinden oder von sich aus die Spaltung der verschmolzenen

---

Entlassung aus dem Heer, indem er in seine ursprüngliche Lage zurückkehrt, aufs Neue in den Genuss der gedachten Rechte tritt, mit denjenigen Vorzügen ausserdem, auf welche er durch Ausdienung der festgesetzten Zeit ein Recht erworben hat . . . . . ». Gleichzeitig wurde die «Verordnung üb. d. Organisation d. verabschiedeten u. auf unbestimmte Zeit beurlaubten Untermilitairs» publicirt, zu der mittels Reg.-Patt. v. 27. September u. 15. December 1871 № 122 u. 137, sowie v. 26. Juni 1886 № 27 ergänzende und abändernde Bestimmungen ergingen. — Auch die Kinder solcher Untermilitairs gehören ipso jure zur Gemeinde des Vaters und bedürfen keiner besonderen Anschreibung: Cirk.-Erlaß d. Collegen d. Finanzministers, im Depart. d. direkten Steuern, an die Kameralhöfe v. 23. December 1881 № 6588. D. Hrsg.

\*) Unter den hier erwähnten Gemeinde-Angehörigen sind «nur Personen männlichen Geschlechts ohne Rücksicht auf das Lebensalter zu verstehen». Reg.-Pat. 14. December 1866 № 120 (Antrag des General-Gouverneurs). D. Hrsg.

resp. Trennung der vereinigten Gemeinden bei der *Gouvernements-Behörde für Bauer-Sachen* zu beantragen, die nach Befund der Umstände die Spaltung und Trennung — — — decretirt oder verweigert \*).

1. Reg.-Pat. 19. Juli 1893 № 100 (R.-R.-G. 17. April 1893 betr. die Errichtung d. Gouv.-Beh. f. B.-S. in d. Balt. Gouv.); s. zu Artt. 1104 ff. B.-V.

2. Reg.-Pat. 19. Juni 1868 № 72 (Antrag des General-Gouverneurs): «Die den Aufsichtsbehörden gemäss § 2 Anmerkung 1 der L.-G.-O. v. 19. Februar 1866 vorgeschriebene Genehmigung seitens der Gemeinden freiwillig beschlossener Verschmelzungen zu gemeinsamen Gerichtsbezirken ist in jedem einzelnen Fall zu versagen, — wenn durch die nachgesuchte Verschmelzung oder Vereinigung zu einem Gemeindegerichtsbezirk eine so grosse Gemeinde resp. ein so grosser Gemeindegerichtsbezirk geschaffen wird, dass dadurch die Administration resp. Rechtshandhabung schwierig oder unmöglich würde. Auch in diesem Falle steht der Recurs dem mit der Entscheidung unzufriedenen Theile binnen Jahresfrist an den Gouverneur frei, welcher die Sache der Commission für Bauersachen zur Prüfung und gesetzlichen Verfügung zu übergeben hat \*\*).

### § 3.

Fällt weg.

Reg.-Pat. 20. Juli 1888 № 51 (R.-R.-G. 9. Juni 1888 betr. d. Reorganisat. d. Polizei in d. Balt. Gouv.).

## Aufnahme neuer Glieder in die Gemeinde.

### § 258.

Jede Bauergemeinde hat das Recht neue Mitglieder aufzunehmen.

Reg.-Pat. 1. December 1869 № 130 (Antrag d. General-Gouverneurs) bestimmt die obige Fassung des Art. in Folge der Allerh. bestätigten Landgemeinde-Ordnung v. 19. Febr. 1866.

### § 259.

Ohne Einwilligung der Gemeinde können neue Mitglieder in den Gemeinde-Verband nur dann eintreten, wenn freie, bisher nicht zur Gemeinde gehört habende Leute Grundstücke auf dem Gehorchslande des Gutes, wo sich die Gemeinde befindet, eigenthümlich acquiriren. In diesem Falle treten die neuen Mitglieder ohne weitere Einwilligung der Gemeinde in den Gemeinde-Verband und alle solidarischen Verpflichtungen desselben ein.

Reg.-Pat. 1. December 1869 № 130 (Antrag d. General-Gouverneurs) bestimmt die obige Fassung des Art. in Folge der Allerh. bestätigten Landgemeinde-Ordnung v. 19. Februar 1866.

\*) Die hier enthaltene Bestimmung ist der Inhalt einer Vorschrift des General-Gouverneurs und als Anmerkung 3 zu § 2 L.-G.-O. von der Commission in Livländ. B.-S. und auf deren Requisition mittels Reg.-Pat. 16. September 1868 № 98 publicirt worden. D. Hrsg.

\*\*) Nach dem mehrfach citirten R.-R.-G. 17. April 1893 (Reg.-Pat. 19. Juli 1893 № 100) wird die Beschwerde nunmehr direkt an die Gouv.-Behörde für B.-S. gerichtet. D. Hrsg.

## § 260.

Der Eintritt in die Bauergemeinde ist allen freien Leuten zu jeder Zeit und ohne Rücksicht auf Anfang und Ende der allgemeinen Seelen-Revision gestattet, insofern selbige sich wirklich mit dem Landbau beschäftigen.

## § 261.

Bei jedem solchen Eintritt in eine Bauergemeinde muss der Eintretende ausdrücklich erklären, ob er nur hinsichtlich des Bauergemeinde-Verbandes, oder zugleich auch hinsichtlich seiner persönlichen Rechte in den Bauerstand übertritt.

## § 262.

Will der in die Bauergemeinde Eintretende auch hinsichtlich seiner persönlichen Rechte in den Bauerstand übergehen, so muss derselbe sich bei dem örtlichen *Commissaren für Bauersachen* melden und sich legitimiren:

- a) über die vollständige Berichtigung der Abgaben seines früheren Standes, mit Einschluss des letzters halbjährlichen Termins der Abgaben-Zahlung, durch Producirung einer Bescheinigung von derjenigen Gemeinde, wo er bisher angeschrieben gewesen, so wie über deren Einwilligung in seinen Uebertritt in eine andere Gemeinde;
- b) über die erfolgte Einwilligung der Gemeinde, zu welcher er übertritt;
- c) darüber, dass er sich wirklich mit dem Landbau beschäftigt, durch genügende Nachweisung eines abgeschlossenen Kauf- oder Pachtkontraktes über irgend eine Landstelle, oder eines mit einem Landeigenthümer oder Pächter abgeschlossenen Dienstkontraktes.

1. Reg.-Pat. 1. December 1869 № 130 (Antrag d. General-Gouverneurs) bestimmt in Folge der Allerh. bestätigten Landgemeinde-Ordnung v. 19. Februar 1866 im Pkte b des Art. die Streichung der Einwilligung der örtlichen Guts herrschaft.

2. Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

## § 263.

*Der Commissar für Bauersachen* beprüft die beigebrachten Beweise genau, bewilligt den Uebertritt in die betreffende Gemeinde und stellt, wenn er das Umschreibungsansuchen begründet befunden, halbjährlich und zwar zum 1. Juni und 1. December jeden Jahres dem Kameralhofe desfalls vor. Der Kameralhof unterlegt die Sache weiter durch die Civil-Oberverwaltung an den Dirigirenden Senat und bewerkstelligt, sobald die Bestätigung des Senats erfolgt ist, die Umschreibung.

1. Reg.-Pat. 4. Juni 1873 № 49 (R.-R.-G. 20. März 1873): „In Abänderung des Art. 263 der Livländischen Bauer-Verordnung und des Art. 311 der Estländischen Bauer-Verordnung, sowie mit Aufhebung des Allerh. am 19. Juni 1821 bestätigten Minister-Comité-Beschlusses, betreffend die bei Anschreibung freier Leute zu Bauer-gemeinden der Ostseegouvernements zu beobachtende Ordnang, zu verordnen, dass die

Umschreibung von Meschtschanins zu Bauerngemeinden der besagten Gouvernements allendlich von dem Kameralhofe genehmigt wird».

2. Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

### § 264.

Die solchergestalt ohne Vorbehalt der persönlichen Berechtigungen eines anderen Standes zum Bauerstande übergetretenen freien Leute tragen, sobald die Umschreibung vorschriftmässig bestätigt worden, nur die Abgaben ihres neuen Standes, ohne weitere Zahlung der Abgaben ihres früheren Standes.

### § 265.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. § 8.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag d. General-Gouverneurs).

### § 266.

Jedes Bauerngemeindeglied kann aus der Gemeinde, zu welcher es gehört, in eine andere treten, sobald es beweist, dass es in diese aufgenommen worden und alle seine persönlichen Berechtigungen gegen seine seitherige Gemeinde erfüllt, oder diese desfalls sichergestellt hat.

## Umschreibung \*).

### § 267.

Ein jeder solcher Uebertritt von Gemeindegliedern wird mittelst einer amtlichen Umschreibung, d. h. des Abschreibens aus der einen Gemeinde und des Anschreibens bei der anderen vollzogen. Die Umschreibungen geschehen jedes Jahr für alle in Livland im Laufe des Jahres aus einer Gemeinde in andere übergetretenen Individuen, behufs zeitgemäss richtiger Vertheilung der öffentlichen Lasten und Abgaben.

### § 268.

In der allgemeinen jährlichen Umschreibung sind alle Bauerngemeindeglieder, welche in eine andere Gemeinde übergehen, nicht aber Gemeindeglieder, die zu den Städten, oder auch Stadtgemeindeglieder, die zu Bauerngemeinden übergehen, begriffen.

---

\*) Zu den in den Artt. 267 ff. enthaltenen specifisch livländischen Bestimmungen über die Umschreibung vergl. die in Beilage D wiedergegebenen, in gleicher gesetzlicher Geltung stehenden Balt. Pass- und Umschreibungs-Regeln v. 9. Juli 1863 (Reg.-Pat. 6. September 1863 № 79).  
D. Hrsq.

## § 269.

Bauergemeindeglieder, welche mit Einwilligung ihrer Gemeinde und ohne die Absicht, aus derselben zu treten, sich in einer fremden Gemeinde aufhalten, kommen bei der Umschreibung nicht in Betracht, sobald ihre Gemeinde darin willigt, dass sie bei derselben angeschrieben verbleiben. Hat ein Bauergemeindeglied ausserhalb seiner Gemeinde in einer anderen Landgemeinde einen Jahresdienst, und setzt es sein Engagement in derselben Gemeinde über das erste Jahr hinaus fort, so ist die Gemeinde, zu welcher es gehört, berechtigt, mit Ausnahme der im § 285 gedachten Fälle, selbst gegen den Willen dieses Gemeindegliedes dessen Umschreibung zu der Gemeinde, in welcher es im Dienst steht, zu verlangen, letztere aber ist verpflichtet, solchem Verlangen unweigerlich Erfüllung zu geben. Will aber die Gemeinde, in welcher das fremde Gemeindeglied Dienst hat, den Dienstthuenden für das folgende Jahr nicht im Dienst behalten, so ist sie verpflichtet, solches der Hingehörigkeitsgemeinde jenes Bauern spätestens bis zum 23. März des laufenden ökonomischen Jahres zu notificiren, oder im Uebertretungsfall sich die Umschreibung unbedingt gefallen zu lassen. Wenn endlich der Dienstthuende der geschehenen Ankündigung zuwider dennoch in derselben Gemeinde auch nach dem 23. April noch im Dienstverhältnisse bleibt, so muss auf Verlangen der Hingehörigkeitsgemeinde des Dienstthuenden dessen zwangsweise Umschreibung gleichfalls unverzüglich bewerkstelligt werden.

Reg.-Pat. 1. December 1869 № 130 (Antrag d. General-Gouverneurs) bestimmt die obige Fassung des Art. in Folge der Allerh. bestätigten Landgemeinde-Ordnung v. 19. Februar 1866.

## § 270.

Wird ersetzt durch Balt. Pass- und Umschreibungs-Regeln 9. Juli 1863 § 11.

Anmerkung zu § 270. Fällt weg. Passgesetz 3. Juni 1894 §§ 3 u. 4. — s. Beilage D.

## § 271.

Wird ersetzt durch Balt. Pass- und Umschreibungs-Regeln 9. Juli 1863 § 10 Pkt. 2 u. Anmerk. 1.

## § 272.

Wird ersetzt durch Balt. Pass- und Umschreibungs-Regeln 9. Juli 1863 Anmerk. 1 zu § 9.

## § 273.

Das übertretende Gemeindeglied muss bei seinem Uebertritt aus einer Gemeinde in eine andere dem örtlichen Kirchspiels-Geistlichen oder Prediger derjenigen Confession, zu welcher es gehört, darüber unter Beibringung eines desfallsigen Attestates Anzeige machen. Sollte mit dem Austritt aus der Landgemeinde gleichzeitig ein Austritt aus der Kirchengemeinde verbunden sein, so hat es von seinem seitherigen Geistlichen oder Prediger einen Parochialschein auszunehmen und denselben dem Geistlichen oder Prediger derjenigen Gemeinde, in welche es übertritt, vorzuweisen.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag d. General-Gouverneurs).

## § 274.

Ueber alle, solchergestalt gesetzlich übertretende Gemeindeglieder hat *der Gemeindeälteste* genaue Umschreibungslisten zu führen, welche alljährlich am 15. Mai nebst den beizufügenden Aufnahme- und Austritts-, sowie den im § 273 erwähnten Parochialscheinen für jedes betreffende Gemeindeglied dem *örtlichen Commissaren für Bauersachen* vorgestellt werden müssen.

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag d. General-Gouverneurs).

2. Reg.-Pat. 17. Februar 1869 № 16 (R.-R.-G. 9. December 1868 betreffend die Ergänzung und Abänderung einiger Artikel der Bauer-Verordnung der Ostsee-Gouvernements und der am 9. Juli 1863 Allerhöchst bestätigten Regeln): «in Ergänzung der betreffenden Gesetzes-Bestimmungen festzusetzen, dass in den Entlassungszeugnissen und Umschreibungslisten der Glieder der Bauer Gemeinden in den Gouvernements: Est-, Liv- und Kurland der Tag der Geburt und die Confession der in ihnen bezeichneten Personen angegeben sein müssen».

3. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

## § 275.

*Die Commissare für Bauersachen* haben sorgfältigst darüber zu wachen, dass die *Gemeindeältesten* zeitig und fehlerfrei die Anfertigung der Umschreibungslisten besorgen. Zur Erleichterung des Geschäfts und zur Vermeidung aller Verspätung ist den *Commissaren für Bauersachen* gestattet, den *Gemeindeältesten* für verzögerte Vorstellung der Umschreibungslisten Pönen bis zum Betrage von 10 R. S. zum Besten der Gemeindearmen aufzuerlegen \*).

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag d. General-Gouverneurs).

2. Reg.-Pat. 14. Juni 1878 № 39 (Bekanntmachung d. Commission f. B.-S.).

3. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

## § 276.

*Die Commissare für Bauersachen* haben die ihnen vorgestellten Umschreibungslisten genau durchzusehen und mit einander zu vergleichen, die Ergänzung etwaiger Mängel unaufhörtlich zu besorgen, die etwa fehlenden Bescheinigungen nach den vorgeschriebenen Formularen nachholen zu lassen, die vorfallenden Streitigkeiten zu schlichten, und endlich aus den Umschreibungslisten der *Gemeindeältesten* das Gesamtverzeichnis für *ihren ganzen Bezirk* anzufertigen. Das Verzeichnis für jeden Bezirk ist in duplo nach gegebener Form und unter Verantwortlichkeit des *Commissars für Bauersachen* für die Richtigkeit und Vollständigkeit desselben anzufertigen und sodann bis spätestens

---

\*) Wenngleich der Art. 34 Balt. L.-G.-O. nur ein Höchstmass der Geldbusse von 5 Rbln. kennt, so spricht für die Geltung des hier angegebenen Strafmaasses doch das Moment, dass die Reg.-Patt. der Jahre 1867 u. 1878 №№ 115 u. 39, welche umständlich alle durch die Balt. L.-G.-O. und die Balt. Wohlf. Reg. hervorgerufenen Aenderungen der Livländ. B.-V. registriren und zwei Aenderungen im Art. 275 anordnen, des Strafmaasses nicht Erwähnung thun.



zum 15. Juni eines jeden Jahres dem Landraths-Collegio zur Revision eingehend zu machen.

1. Reg.-Pat. 10. Juni 1866 № 41 (R.-R.-G. 20. December 1865).
2. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag d. General-Gouverneurs).
3. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. B, v. 9. Juli 1889.

### § 277.

Das Landraths-Collegium revidirt die von den *Commissaren für Bauersachen* vorgestellten Umschreibungs-Verzeichnisse, achtet darauf, dass selbige pünktlich bis zum 15. Juni eines jeden Jahres eingehen, ..... und sendet endlich seinerseits die Verzeichnisse des ganzen Gouvernements nach bewerkstelligter Revision dem Kameralhofe bis zum 1. August zu, welcher die Umschreibung selbst nach der Zugehörigkeit bewerkstelligt.

1. Reg.-Pat. 10. Juni 1866 № 41 (R.-R.-G. 20. December 1865).
2. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. B, v. 9. Juli 1889.
3. Zeitweil. Regeln f. d. Gouv.-Behörden in B.-S. v. 17. April 1897 (Reg.-Pat. 19. Juli) § 6.

### § 278.

Ergeben sich dem Landraths-Collegium bei Revision der Umschreibungslisten Widersprüche und Nichtübereinstimmungen, so dass Bauergemeindeglieder, die in einer Gemeinde als ausgetreten bezeichnet sind, in der anderen nicht als eingetreten sich verschrieben finden, oder umgekehrt, so hat es die beiliegenden Austritts- oder Annahmescheine als massgebend zu betrachten und darnach die Verzeichnisse zu reguliren.

### § 279.

Der Kameralhof revidirt die Umschreibungslisten spätestens bis zum 29. September, so dass von diesem, dem Michaelis-Tage, ab die Umschreibungen als perficirt zu betrachten sind. ....

Der Schluss des Art. ist durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hinfällig geworden.

### § 280.

Fällt wegen Aufhebung der Reichs-Kopfsteuer weg. — Reg.-Pat. 25. Juli 1885 № 41 s. bei Pkt. II Einleitung.

### § 281.

Kinder, welche einem Bauer in obgedachter Zwischenzeit vom 10. November \*) bis zum 29. September geboren werden, sind immer als Glieder derjenigen Gemeinde anzusehen, bei welcher ihr Vater zur Zeit ihrer Geburt angeschrieben war, wenn derselbe sich auch zu der Zeit zeitweilig in einer anderen Gemeinde aufhielt. Starb dagegen der Ehemann und Vater noch vor erfolgter definitiver Umschreibung, so verbleiben seine Wittve und seine Kinder bei der-

---

\*) In Gemässheit des § 244 B.-V. und § 11 d. Balt. Pass- und Umschreibungsregeln v. 9. Juli 1863 der 25. März. D. Hrsz.

jenigen Gemeinde, bei welcher er zur Zeit seines Todes angeschrieben war, falls sie nicht selbst zu der Gemeinde, in welcher er während eines zeitweiligen Aufenthalts starb, übergeschrieben werden wollen und von derselben aufgenommen werden.

### § 282.

Erst die definitive Ab- und Zuschreibung eines Bauer-Gemeindegliedes zu einer anderen Gemeinde hebt die Mitverhaftung der Gemeinde, der es seither zugeschrieben war, auf. Bis die wirkliche Umschreibung erfolgt ist, also bis zum 29. September, wird der Uebertretende nur als provisorisch entlassen angesehen und hat daher auch bis dahin die Gemeinde wegen der Abgaben zufrieden zu stellen.

S. Erläuterung zum folg. Art.

### § 283.

Die Abgaben für die zweite Hälfte des Jahres, welche im December zahlbar sind, müssen von dem Umgeschriebenen bei derjenigen Gemeinde eingezahlt werden, bei welcher er seither angeschrieben war, weil er allererst vom nächstfolgenden Jahre ab der neuen Gemeinde definitiv zugezählt wird, und von dieser Gemeinde auch erst von da ab für ihn die Abgaben zur Kronskasse zu zahlen sind.

Reg.-Pat. 15. Juli 1864 № 91 (Erläuterung d. Commission in Livl. B.-S.): „die in dem § 282 der Livl. B.-V. v. J. 1860 über den Zeitpunkt des Aufhörens der Mitverhaftung einer Gemeinde für das aus ihrer Mitte austretende Gemeindeglied, sowie über des Letztern Verpflichtung zu seiner Gemeinde enthaltenen Vorschriften beziehen sich nur auf die Ableistung der Rekrutenpflicht des übertretenden Gemeindegliedes \*), wogegen in Betreff der Abgabenzahlung der § 283 d. Livl. B.-V. v. J. 1860 und der § 10 Pkt. 2, sowie der § 16 und 17 des durch Patent d. Livländ. Gouv.-Verw. v. 6. September 1863 № sp. 79 publicirten, Allerh. bestätigten Pass- und Umschreibungs-Reglements für die Ostseegouvernements, allein maassgebend sind. Es hat demnach das übertretende Gemeindeglied die auf dasselbe fallenden persönlichen Abgaben bis zum 1. Januar des nächstfolgenden Jahres in seiner seitherigen Gemeinde zu entrichten und dieselbe für ihn die Bürgschaft bis zu diesem Termine fortzusetzen“.

### § 284.

Ist die Umschreibung eines aus dem Gouvernement ausgewanderten Bauer-gemeindegliedes definitiv vollzogen worden, so hat es den etwaigen Ueberschuss aus seiner, der Gemeinde geleisteten Geldcaution zurück zu erhalten, oder für den Fall, dass die Gemeinde mehr für den Ausgetretenen verausgabt hätte, als die Caution betrug, die Auslage zurück zu erstatten.

---

\*) Nach dieser Erläuterung ist seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht der § 282 hinfällig geworden. D. Hrsq.

## § 285.

Durch Dienstverdingung bei einem Küster, Glockenläuter, Organisten, Kirchspielsschulmeister und durch Engagement als Postknecht verändert kein Bauer-Gemeindeglied seine Gemeinde. Hat der Bauer bei Eingehung dieser Dienstverhältnisse nicht eine andere Gemeinde zu seiner Aufnahme willig gemacht, so muss ihn die seitherige Gemeinde, die ihn nach § 355 zum Dienste abgelassen hatte, als Mitglied behalten.

---

 Zweite Abtheilung.

## Verfassung der Gemeinde.

## Classen.

## § 286.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. § 6 und Anmerk. 2 zu § 8.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 287.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. § 20 Pkt. k.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 288.

Fällt weg. L.-G.-O. § 20 Pkt. k.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 289.

In der *Gemeinderolle* ist bei einem jeden der eingetragenen *Landgemeindeglieder* anzugeben, zu welcher Confession es gehört, und am Schlusse des Jahres zu bemerken, eine wie grosse Anzahl Individuen von jeder der vorkommenden Confessionen in der Gemeinde vorhanden ist.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 290.

*Die Gemeinde-Aeltesten sind verpflichtet, Verzeichnisse der eisernen Inventarien* der zur Gemeinde gehörigen Grundeigenthümer und Pächter zu führen. L.-G.-O. § 20 Pkt. f.

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

2. Reg.-Pat. 14. Juni 1878 № 39 (Bekanntmachung d. Commission f. B.-S.).

## § 291.

Alle Mitglieder der Bauergemeinden unterliegen zwar je nach der Classe, zu welcher sie gehören, den besonderen Vorschriften, die in Betreff dieser Classe festgesetzt sind, hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten gegenüber der Bauergemeinde aber sind sie völlig gleichgestellt ohne Unterschied, ob sie auf dem Gehorchslande ansässig sind oder nicht.

## Versammlungen.

## § 292.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. §§ 6 und 8.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 293.

Fällt weg. L.-G.-O. §§ 8 und 10.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 294.

*Wer mit Umgehung des Gemeinde-Aeltesten oder der Aufsichtsbehörde eine Versammlung der Gemeinde oder des Gemeinde-Ausschusses veranstaltet, wird als Ruhestörer angesehen und als solcher zu weiterem gesetzlichen Verfahren an die Kreispolizei abgesandt.* L. G. O. §§ 8 und 10.

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

2. Reg.-Pat. 14. Juni 1878 № 39 (Bekanntmachung d. Commission f. B.-S.).

3. Reg.-Pat. 20. Juli 1888 № 51 (R.-R.-G. 9. Juni 1888).

## § 295.

Bei den Gemeinde-Versammlungen und dem Gemeindeausschusse, welche der Gemeinde-Aelteste oder in den bezüglichen Fällen (L.-G.-O. § 21) der älteste Vorsteher oder das hiezu bestimmte Ausschuss-Mitglied leiten, gelten keine Vollmachten zur Abgabe von Stimmen. Wittwen, welche als Wirthinnen den Gesinden vorstehen, erscheinen jedoch nicht persönlich in den Gemeindeversammlungen, sondern nehmen ihre Gerechtsame daselbst durch ihre Curatoren oder von ihnen bestimmte Stellvertreter wahr. Diese Curatoren haben indess als solche keine besondere Stimme bei Abfassung eines Versammlungsbeschlusses. L.-G.-O. §§ 6 und 8.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 296.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. § 12.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 297.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. § 12 und Anmerk. 2 zum § 8.

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

2. Reg.-Pat. 14. Juni 1878 № 39 (Bekanntmachung d. Commission f. B.-S.).

## § 298.

In Angelegenheiten, welche blos das Interesse der zur Bauergemeinde gehörenden selbstständigen Grundeigenthümer betreffen, ist es diesen gestattet, in derselben Ordnung, welche für die Versammlungen der ganzen Gemeinde festgesetzt ist, für sich gesonderte Versammlungen zu halten, in welchen sie allein zu stimmen, und nach Stimmenmehrheit zu entscheiden haben.

## § 299.

Fällt weg. L.-G.-O. § 12.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 300.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. № § 12.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 301.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. § 12.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 302.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. § 14.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 303.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. §§ 11 und 12.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 304.

Wird ersetzt durch L.-G.-O. § 11 Punkte d, e, i.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## Beschwerdeführung Seitens der Gemeinde\*).

## § 305.

Ausserdem ist es der Gemeinde gestattet, in dringenden Fällen durch zwei aus ihrer Mitte erwählte Deputirte bei dem örtlichen *Gouverneur* Beschwerde zu führen. Die Vorsteher sind vorzugsweise zur Delegation zu wählen; jedoch können auch die Gemeinderichter, insofern es ihnen die Geschäfte erlauben...., delegirt werden..... Die Deputirten sind in allgemeiner Grundlage mit den erforderlichen Reiselegitimationen zu versehen.

## § 306.

Zur Anbringung von Bitten und Beschwerden dürfen aus einer Gemeinde sich keinesfalls mehr als zwei Delegirte an den *Gouverneur* wenden. Mit den Uebertretern solcher Vorschrift soll nach aller Strenge der Gesetze verfahren werden.

## § 307.

Es ist den livländischen Bauern nach dem allgemeinen Recht gestattet, in ihrer Angelegenheit auch schriftliche Klagen und Suppliken dem *Gouverneur* zu überreichen, jedoch mit der Beschränkung, dass diese Bittschriften in der *Reichssprache* abgefasst sein müssen, widrigenfalls sie unberücksichtigt gelassen werden.

## § 308.

Mit Beobachtung vorstehender Bestimmung sind in allen Fällen die Ge-

---

\*) Die Beschwerdeführung der Gemeinde an den *Gouverneur* als den obersten Wächter des Bauerrechts, als welchen ihn das Gesetz über die Balt. Gouv.-Behörden f. B.-S. bezeichnet, ist ein ausserordentliches Rechtsmittel, wie solches, analog der Revision bei Privatrechtsstreitigkeiten, im Verwaltungsrecht nicht entbehrt werden kann, um neben und ausser dem gewöhnlichen Instanzenzuge gegen unheilbare Zerwürfnisse in der Gemeinde, anscheinend auf dem Wege Rechts erfolgte Benachtheiligungen bei der Umlegung von Kirchspiels-, Landes- und Kronsteuern, -Leistungen und -Abgaben, und sonstige, die ökonomischen Angelegenheiten und Interessen der Gemeinde berührende Dinge, zu deren dem Wesen der Sache in Wahrheit entsprechenden Schlichtung der gewöhnliche Instanzenzug nicht ausreicht, Abhilfe zu schaffen. Nur erfordern die bezüglichen Artt. 305—309 im Hinblick auf die neuere Gesetzgebung einige Aenderungen: An die Stelle des General-Gouverneurs tritt der *Gouverneur*; Artt. 305, 306 u. 307. Ferner kommen jetzt nach der Justizreform v. J. 1889 die Gemeinderichter als Delegirte nicht mehr in Betracht und zwar um so weniger, als wol nur in seltenen Fällen der Gemeindeverwaltungs-Bezirk mit dem Gemeindegerichts-Bezirk sich decken; Art. 305. Die obligatorische Anzeige an die Gutsverwaltung fällt gleichfalls fort, weil die Stellung des Gutsbesitzers als Inhabers der Gutspolizei nach der Reorganisation der Polizei in den Baltischen Provinzen eine wesentlich andere ist; Art. 305. Endlich ist im Verkehr mit dem *Gouverneur* der Gebrauch der örtlichen Mundarten, des Estischen und Lettischen, unthunlich und nur die Reichssprache zulässig; Art. 307; wengleich hiedurch die Unmittelbarkeit des Verkehrs aufgehoben wird, die gerade ein wesentliches Moment der Beschwerdeführung bildet, und um derentwillen dieses Rechtsmittel im J. 1819 dem Bauerrecht eingefügt ist; Art. 84 v. J. 1819 u. Art. 349 v. J. 1849. Entsprechend dem neueren Sprachgebrauch ist im Art. 308 statt «Gebietslade» zu lesen «Gemeindekasse» (Wohlf.-Reg. Art. 10) und bei der Wahl von Vertretern dem Ermessen des Gemeinde-Ausschusses; L.-G.-O. Art. 11 Pkte e u. i; Rechnung zu tragen. Der Art. 309 wäre ganz zu streichen, weil das Gemeindegericht nach der Justizreform v. J. 1889 nicht mehr Organ der Gemeinde-Verwaltung ist und für Beschwerden über das Gemeindegericht jetzt ausschliesslich die Normen der Civilprocess-Ordnung massgebend sind.

meinevorsteher sowol in gerichtlichen, als anderen Angelegenheiten die Vertreter ihrer Gemeinde, die selbst die Entschädigung zu bestimmen hat, welche ihnen während besagter Vertretung der Gemeinde aus der *Gemeindekasse* zukommen soll.

### § 309.

Hat die Gemeinde über das Gemeindegericht Beschwerde zu führen, so thut sie es durch ihre Vorsteher . . . . .

1. Reg.-Pat. 14. Juni 1868 № 63 (Antrag des General-Gouverneurs): «Wenn es in letzter Zeit vielfach vorgekommen, dass die Vertretung von Gemeinden vor Gericht von Personen ausgeübt worden, die hierzu gesetzlich nicht bevollmächtigt waren, und ferner die Gemeindegerichte sich als Administrativorgane der Gemeinden gerirt, wie namentlich für dieselben Klagen und Bittschriften bei Behörden und Autoritäten eingereicht, sowie endlich die Organe der Gemeinde-Verwaltung sich zu Vertretern reiner Privat-Interessen einzelner Gemeindeglieder aufgeworfen haben, indem sie z. B. über den angeblich zu hohen Pachtzins der Pächter Beschwerde geführt, so wird von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung auf Requisition der Commission in Livländischen Bauer-Sachen, zur Erfüllung eines der Letzteren zugegangenen Antrags Sr. Excellenz des Herrn General-Gouverneurs desmittelst zur Nachachtung aller, die es angeht, bekannt gemacht:

- 1) dass den Vertretern der Gemeinde in ihren Angelegenheiten vor Gericht, die zu diesem Zweck von dem Gemeinde-Ausschuss bevollmächtigt worden (L. G.-O. § 11 Pkt. a), eine Abschrift des über diesen Beschluss aufgenommenen Protokolls (L. G.-O. § 13) zu ihrer Legitimation einzuhändigen ist, welche den von ihnen anzubringenden Gesuchen und Beschwerden beigelegt werden muss;
- 2) dass alle Diejenigen, welche als Vertreter ihrer Gemeinden auftreten, ohne die im Punkt 1 angegebene Legitimation vorweisen zu können, mit ihren Gesuchen resp. Beschwerden abzuweisen sein werden;
- 3) dass die Gemeindegerichte, da sie auf Grundlage des § 25 L. G.-O. reine Justizbehörden sind, sich in Zukunft, im Gegensatz zum früheren gesetzlichen Verfahren, nicht mehr in die administrativen Angelegenheiten der Gemeinden zu mischen haben, widrigenfalls die betreffenden Gemeinderichter für Amtsüberschreitung zur Verantwortung zu ziehen sein werden;
- 4) dass den Organen der Gemeinde-Verwaltung zur Vermeidung der Strafe für Kompetenzüberschreitung verboten wird, sich zu Vertretern reiner Privat-Interessen einzelner Gemeindeglieder aufzuwerfen».

2. Reg.-Pat. 3. März 1884 № 7 (Bericht d. Ministers d. Innern an d. Senat v. 27. December 1883 № 3499): «Der Herr und Kaiser haben Allerhöchst zu befehlen geruht, dass Deputationen von Communal-Institutionen, gelehrten und anderen Gesellschaften, sowie auch von Privatversammlungen und Unternehmungen hinkünftig nur mit Genehmigung der höchsten Vertreter der administrativen Gewalt erwählt und ausgerüstet werden dürfen, wobei in den Territorien, welche General-Gouverneuren unterstellt sind, um solche Genehmigung bei dem General-Gouverneur, an den übrigen Orten aber — bei dem Minister des Innern durch die örtliche Obrigkeit nachzusuchen ist\*).

\*) Der Cirk.-Erlass d. Ministers d. Innern an d. Gouverneure v. 12. August 1894 № 2757 (Schenachin 323) schärft die unabweichliche Erfüllung dieses Allerh. Befehls ein. D. Hrsg.

## Von den Gemeinde-Vorstehern und Zehntnern.

### §§ 310—323.

Werden ersetzt durch L.-G.-O. §§ 15—24 und §§ 26—34.

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).
2. Reg.-Pat. 14. Juni 1878 № 39 (Bekanntmachung d. Commission f. B.-S.).

## Gemeindegericht.

### §§ 324—347.

Werden auch in ihrer durch die L.-G.-O. wesentlich modificirten Fassung aufgehoben durch die Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauer-Behörden in den Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889.

## Gutsverwaltung.

### § 348.

Fällt weg.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

Die die Organisation der Gemeinde-Verwaltung und die Bethätigung der Gemeinde-Beamten, sowie die Gutspolizei behandelnden Hauptstücke 2—4 der L.-G.-O. (Hauptst. 1 war nach Art. 257 B.-V. wiedergegeben worden) sind in thunlichster Anpassung an das System der B.-V. hier aufgenommen worden.

# Entwurf einer Landgemeinde-Ordnung für die Ostsee-Gouvernements.

## Zweites Hauptstück.

## Von der Gemeinde-Verwaltung.

### § 4.

Die Gemeinde-Verwaltung bilden:

- 1) Die Gemeinde-Versammlung und der Gemeinde-Ausschuss;
- 2) der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher; endlich
- 3) das Gemeinde-Gericht \*).

Anmerkung. Den Gemeinde-Aeltesten und den Vorstehern bleibt es überlassen, nach Maassgabe des Bedürfnisses und unter Bestätigung des Gemeinde-Ausschusses Aufsichts-Beamte für verschiedene Theile der Gemeinde-Administration zu ernennen, wie Feldwächter, Aufseher für Hospitäler und andere Gemeinde-Anstalten, Polizeidiener und dergl.

Reg.-Pat. 29. September 1869 № 113 (Antrag d. General-Gouverneurs): «In jeder Landgemeinde ist durch den Gemeinde-Ausschuss ein Magazin-Aufseher zu erwählen».

\*) Mit Einführung der Justizreform v. J. 1889 hat das Gemeindegericht aufgehört ein Organ der Gemeinde-Verwaltung zu sein.



## § 5.

Die Gemeinde-Versammlungen, die Ausschuss-Versammlungen und die Gemeindegerechts-Sitzungen werden im Gemeindehause abgehalten, welches die Landgemeinde dort, wo keine geeignete Räumlichkeit vorhanden ist oder vom Gutsherrn förmlich und definitiv abgetreten wird, aus eigenen Mitteln errichtet und unterhält. In Fällen, wo das zur Errichtung des Gemeindehauses erforderliche Land von den Gutsherrn nicht hergegeben wird, geniessen die Landgemeinden in Liv- und Estland und auf der Insel Oesel derselben Expropriations-Befugniß von Gehorchs-(Bauernpacht-)Land, welche den Gemeinden in Livland durch den Allerhöchst bestätigten Beschluss des Ostsee-Comités vom 4. Juni 1865 \*) in Fällen der Erwerbung von Grundstücken zum Bau von Schulen eingeräumt ist. ....

Der Schluss des Art. bezieht sich auf Kurland.

## Erster Abschnitt.

## Von den Versammlungen der Gemeinde. Die volle Gemeinde-Versammlung und der Gemeinde-Ausschuss.

## § 6.

Die Gemeinde-Versammlung besteht aus sämmtlichen zur Gemeinde gehörigen volljährigen und selbständigen Immobilien-Besitzern und den Pächtern solcher Gesinde, auf welchen Real-Lasten ruhen und die Privatpersonen, der Krone, den Städten oder verschiedenen Anstalten gehören, endlich aus Delegirten der zur Gemeinde gehörigen Hofs- und Wirths-Knechte und der selbständigen unansässigen Mitglieder, (d. h. solcher, die in der Gemeinde kein Immobil im Eigenthumsbesitz oder Pachtbesitz haben), zu einem auf die Dauer einer Wahlperiode zu wählenden Delegirten auf je zehn dergleichen volljähriger Personen \*\*).

Anmerkung. Wer in Folge von Verbrechen oder Vergehen, die den Verlust aller besonderen persönlich und dem Stande zugeeigneten Rechte und Vorzüge nach sich ziehen in Untersuchung oder unter Gericht steht, oder durch richterliches

\*) Publ. mittels Reg.-Pat. 29. October 1865 № 118; s. zu Art. 589 B.-V.

D. Hrsq.

\*\*) Entsprechend jener Bestimmung des Livl. Agrarrechts (Artt. 5 u. 112 v. J. 1860, Artt. 6 u. 137 v. J. 1849), dass neben dem Eigenthumsbesitz der Pachtbesitz die normale und mit der definitiven Ordnung der ländlichen Verhältnisse vereinbare Nutzung des Gehorchslandes ist, sind auch politisch die Gesindespächter den Gesindesbesitzern völlig gleichgestellt. Nach dem Wortlaut des Art. 6 L.-G.-O. und der zu Art. 119 B.-V. gegebenen Erläuterung der Commission in Livl. B.-S. ist des gleichen Rechts auch der Pächter des im Eigenthum eines Kleingrundbesitzers stehenden Gesindes theilhaftig. Die Erben eines verstorbenen Kleingrundbesitzers gehören in die Klasse der selbständigen unansässigen Gemeinde-Mitglieder, solange bis der Besitztitel am Gesinde festgestellt worden ist. Dieses hängt zum Schaden einer geregelten Verwaltung ganz vom Willen der Erben selbst ab, weil leider eine gesetzliche Bestimmung darüber fehlt, dass nach dem Tode eines Grundbesitzers in kurzer Frist der Besitztitel am Gesinde festgestellt sein muss.

D. Hrsq.

Urtheil unter die Aufsicht der Gemeinde gestellt ist, oder endlich von der Gemeinde Armen-Unterstützung empfängt, wird zur Theilnahme an den Gemeinde-Versammlungen nicht zugelassen. Gleichermaassen kann ein Mitglied, das ein Jahr lang seinen Gemeinde-Pflichten nicht nachgekommen ist, . . . . . einstweilig des Rechtes der Theilnahme an den Gemeinde-Versammlungen für verlustig erklärt werden.

1. Reg.-Pat. 3. November 1867 № 160 (Antrag d. General-Gouverneurs): «Ergänzung des § 6 der Landgemeinde-Ordnung:

Den Eigenthümern und Pächtern von Gesinden, auf denen Real-Lasten ruhen, werden die auf Hofesland situirten Gesindes-Eigenthümer und Pächter unter folgenden Voraussetzungen als ansässige Gemeindeglieder gleichgestellt:

- 1) Wenn die Pächter langjährige und zwar mindestens 6 jährige Contrakte besitzen;
- 2) Wenn darüber, dass solche Gleichstellung statthaben soll, eine freiwillige Vereinbarung zwischen der Guts- und Gemeinde-Verwaltung erzielt worden ist.

Als Repräsentant der Gemeinde bei solchen Vereinbarungen ist gemäss § 11 Punkt a und k d. L.-G.-O. der Gemeinde-Ausschuss anzusehen, und ist demnach der gefasste Beschluss nach § 13 der L.-G.-O. in das Protokoll-Schnurbuch einzutragen.

Der Gemeinde-Aelteste ist verpflichtet, der Aufsichtsbehörde, sowie der Landpolizei über die durch die Vereinbarung bewirkte Veränderung des Gemeindebezirks zu berichten».

2. Cirkulair-Erlass d. Ministers d. Innern an die Gouverneure der Balt. Gouv. v. 15. Februar 1893 № 10 (Gouv.-Zeitg. v. 1. März 1893 № 22): «... Im Einvernehmen mit dem Justizminister halte ich es in Grundlage des Art. 43 der Allerh. am 19. Febr. 1866 bestät. L.-G.-O. der Balt. Gouv. für nothwendig zu verordnen, dass das Recht des zeitweiligen Ausschlusses von Gemeinde-Gliedern, im Fall dieselben ein Jahr lang ihren Gemeindepflichten nicht nachgekommen sind (Anmerk. z. Art. 6 L.-G.-O. v. 19. Febr. 1866), den betreffenden Gemeinde-Versammlungen zusteht».

## § 7.

Der Vorsitz in der Gemeinde-Versammlung und die Handhabung der Ordnung in derselben gebührt dem Gemeinde-Aeltesten (§ 21). Die Sachen werden daselbst von den anwesenden Gliedern entweder mit Einhelligkeit oder nach Stimmenmehrheit entschieden; jedoch haben die Beschlüsse dieser Versammlung nur Giltigkeit, sofern der Gemeinde-Aelteste und wenigstens die Hälfte aller Mitglieder in derselben anwesend waren.

## § 8.

Die Gemeinde-Versammlung wird vom Gemeinde-Aeltesten einmal jährlich zur Wahl der Gemeinde-Beamten, d. h. des Aeltesten, der Vorsteher und der Richter, ingleichen zur Wahl der Ausschuss-Personen, zusammenberufen (§ 9). Wird die Berufung einer Gemeinde-Wahlversammlung im Laufe der erwähnten Frist nothwendig, so ist hierzu jedesmal vom Gemeinde-Aeltesten die specielle Erlaubniss der Aufsichtsbehörde (§ 32) einzuholen. Endlich wird die Gemeinde-Versammlung auf Grund des Allerh. bestät. R.-R.-G. vom 1. Juni 1865 zu-

sammenberufen, wenn darüber Beschluss gefasst werden soll, ob ein lasterhaftes Gemeindeglied der Regierung zur Disposition zu stellen ist \*).

Gemeinde-Mitglieder, welche auf ergangene Aufforderung des Gemeinde-Aeltesten sich zur Gemeinde-Versammlung ohne triftigen Entschuldigungsgrund nicht einfinden, haben eine Geldstrafe von 1 Rbl. zum Besten der Gemeinde-Armen verwirkt.

Anmerkung 1. Beschlüsse der Gemeinde-Versammlung, welche die Abgabe eines lasterhaften Mitgliedes zur Disposition der Regierung betreffen, werden von dem Gemeinde-Aeltesten der Gutspolizei zur Kenntniss mitgetheilt \*\*).

\*) Ueber die Art der Abstimmung in allen im Art. 8 berührten Fällen — Wahl der Gemeinde-Beamten und der Ausschuss-Personen, sowie Beschlussfassung über die Entfernung lasterhafter Gemeindeglieder, — bestimmt das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. v. 31. August 1893 № 8145 (Schenschin 276): . . . . . «Wenngleich hierüber im Gesetz kein direkter Hinweis enthalten ist, so beauftrage ich doch die Herren Commissare, in der Erwägung, dass in Grundlage des Art. 8 der Allerh. am 9. Juli 1889 bestätigten Gemeindegerichts-Ordnung die Vorsitz und Glieder der Gemeindegerichte durch verdecktes Ballotement zu wählen sind, — von nun ab in allen Gemeinden in den obenberührten Fällen ein verdecktes Ballotement einzuführen, zu welchem Zweck die Herren Commissare die Gemeinde-Verwaltungen in entsprechender Weise zu unterrichten haben, mit der Massgabe, dass ohne die Abstimmung in überflüssiger Weise zu reglementiren, ebensowohl die ordnungsmässige Abgabe der Stimmen gesichert, wie die nothwendige Kontrolle gewahrt werde». D. Hrsg.

\*\*) Ueber den Modus, wie lasterhafte Mitglieder aus der Gemeinde zu entfernen sind, bestimmt das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. v. 30. November 1894 № 4208 (Schenschin 335): . . . . . «Ist der Gemeinde-Aelteste von verschiedenen Mitgliedern der Gemeinde angegangen worden, die oder jene Persönlichkeit unbedingt aus der Gemeinde auszuschliessen, oder hat er bereits selbst die Nothwendigkeit hiezu erwogen, so ist er verpflichtet, bevor er die Sache der Gemeinde-Versammlung zur Beschlussfassung vorlegt, möglichst vollständige Auskünfte über die sittliche und rechtliche Lebensführung des betreffenden Gemeindegliedes zu sammeln. Hat er sein Material alles zusammen, so muss er persönlich dem Commissaren alle vorhandenen Nachrichten vorlegen. Der Commissar seinerseits ist verpflichtet, dem Gemeinde-Aeltesten alle mögliche Beihülfe zur Sammlung solcher Nachrichten angedeihen zu lassen, welche der Gemeinde-Aelteste selbst nicht erlangen kann, und wendet sich erforderlichen Falls entweder an mich oder an die Gouvernements-Behörde für Bauer-Sachen.

In den Fällen, wo die Lasterhaftigkeit der betreffenden Persönlichkeit nicht durch Copien einiger gerichtlicher Urtheile dargethan werden kann, ausweislich welcher diese Persönlichkeit der Begehung von Verbrechen für schuldig befunden worden, kann das Gesamtbild ihrer Lasterhaftigkeit vervollständigt werden durch Mittheilungen Seitens der Polizei, mündliche Angaben von Gemeindegliedern, welche dem Commissaren gemacht und von ihm verprotokollirt werden. Alle diese vorbereitenden Handlungen müssen nach Möglichkeit geheim gehalten werden. Findet hierauf der Commissar das gesammelte Material hinlänglich vollständig, so beauftragt er den Gemeinde-Aeltesten mit der Zusammenberufung einer Gemeinde-Versammlung zum Zweck der Fällung eines Erkenntnisses. Auf einer und derselben Gemeinde-Versammlung kann über verschiedene Personen erkannt werden, aber über jede einzelne Person muss ein besonderes Protokoll abgefasst werden, in welches alle gesammelten und von der Gemeinde-Versammlung in Betracht gezogenen Nachrichten und die dieselben unterstützenden Daten, sowie genaue Angaben über das Alter des auszuschliessenden Gemeindegliedes am Tage des Erkenntnisses, aufzunehmen sind. Das Protokoll wird dem Commissaren gleichzeitig mit der Angabe über den Aufenthaltsort des Auszuschliessenden vorgestellt. Der Commissar durchschnürt und besiegelt das Erkenntniss zusammen mit der russischen Uebersetzung und versieht es mit einer Aufschrift des Inhalts, dass das Erkenntniss von ihm geprüft und sowol formell wie materiell für richtig befunden worden sei. Hierauf, falls erforderlich, fügt der Commissar dem Erkenntniss noch sein Protokoll mit den Aussagen der von ihm befragten Personen, sowie die von ihm beschafften Auskünfte über die Lasterhaftigkeit des Auszuschliessenden bei, und in dieser Gestalt stellt er das Erkenntniss mit möglichster Beschleunigung der Gouvernements-Behörde für Bauer-Sachen vor.

Bis zur Entscheidung der Frage über die Bestätigung des Erkenntnisses der Gemeinde-Versammlung durch letztgedachte Behörde und bis Seitens der Gouvernements-Obrigkeit eine

Anmerkung 2. Die Vorschrift, Gemeinde-Versammlungen nicht zu andern Zwecken als zur Vornahme der Wahl der Gemeinde-Beamten und der Ausschuss-Personen, sowie zur Beschlussfassung über die Entfernung lasterhafter Mitglieder zusammen zu berufen, bezieht sich nicht auf die Versammlungen der einzelnen Klassen, nämlich a) der Grundeigenthümer, b) der Pächter, c) der Hofs-Knechte, d) der Wirths-Knechte, und e) der unansässigen selbständigen Personen. Diese Klassen-Versammlungen können, mit Genehmigung des Gemeinde-Aeltesten, ausschliesslich zur Berathung über die speziellen Bedürfnisse und Interessen der betreffenden Klasse convocirt werden; jedoch ist die gleichzeitige Zusammenberufung derselben verboten.

Reg.-Pat. 3. November 1867 № 160 (Antrag d. General-Gouvereurs): «Ergänzung des § 8 der Landgemeinde-Ordnung, Anmerkung 2:

«Die auf Hofesland situirten Gesindes-Eigenthümer und Pächter bilden, sofern sie als ansässige Gemeindeglieder den Gesindeeigenthümern und Pächtern auf Gehorschland gleichgestellt worden sind, eine eigene Klasse, und sind dieselben demnach in der Gemeinderolle unter den ansässigen Mitgliedern und unter der Ueberschrift: «Eigenthümer und Pächter von Hofesland-Gesinden» zu verzeichnen».

## § 9.

Der Gemeinde-Ausschuss wird aus dem Gemeinde-Aeltesten und den von der Gemeinde-Versammlung gewählten Ausschuss-Personen (§ 8) gebildet. Die Vorsteher nehmen an den Verhandlungen des Ausschusses Theil, haben jedoch nur eine beratende Stimme. Die Zahl der Gemeinde-Ausschuss-Personen wird entsprechend der Mitgliederzahl der Gemeinde bestimmt. Sie beträgt in Gemeinden mit 200 bis 500 Angehörigen (§ 1) nach Bestimmung der Aufsichtsbehörde (§ 32) entweder 8 oder 10 oder 12; in Gemeinden mit 501 bis 1000 Angehörigen 14; in Gemeinden mit 1001 bis 2000 Angehörigen 16; in Gemeinden mit 2001 bis 3000 Angehörigen 20; endlich in Gemeinden mit mehr als 3000 Angehörigen 24.

Die eine Hälfte der Ausschuss-Personen muss den Klassen der Grundeigenthümer und Pächter, die andere den Klassen der Knechte und der selbständigen unansässigen Mitglieder angehören. Die Amtsdauer der Ausschuss-Personen ist eine dreijährige, mit der Festsetzung, dass jährlich ein Drittheil derselben der Reihe nach ausscheidet und durch neue Wahl aus derselben Klasse,

---

besondere Verfügung über den Auszuschliessenden erfolgt, muss er unter sorgfältigster Aufsicht der Gemeinde verbleiben und können zur Verhütung von irgendwelchen Racheakten seinerseits, die betreffenden Massregeln in genauer Grundlage der Anmerk. 4 zu Pkt. 18 d. Art. 51 d. Reichs-Bauer-Verordn. (Cod. d. Reichsges. Bd. IX, Bes. Beilage) ergriffen werden».

Die angeführte Anmerk. 4 zu Pkt. 18 d. Art. 51 d. R.-B.-V. (Ausgabe v. J. 1876) lautet: «Schädliche und lasterhafte Bauergemeindeglieder, welche durch Gemeinde-Urtheil zur Entfernung aus ihrer Gemeinde designirt werden, müssen bis zur Bestätigung dieser Erkenntnisse in festgesetzter Ordnung, unter sorgfältigster Aufsicht der Gemeinde verbleiben und können zur Verhütung des Schadens, den dieselben ihren Gemeindegossen aus Rache zufügen könnten, wenn hiezu die Nothwendigkeit vorliegen sollte, unter Wache bei den Dorf- oder Wolost-Verwaltungen gehalten werden, im Falle des Fluchtversuchs jedoch können sie, nach Entscheidung des Friedensvermittlers, in das nächstbelegene städtische Gefängniss abgefertigt werden». D. Hrsq.

zu welcher die Ausscheidenden gehörten, ersetzt wird. Ueber den ersten Austritt entscheidet das Loos; die Ausscheidenden können wieder gewählt werden.

Anmerkung 1. In Gemeinden, welche bis 200 Angehörige zählen, kann, wenn dieselben eine besondere Gemeinde-Verwaltung zu haben wünschen und genügende Mittel zu deren Unterhaltung nachweisen, der Ausschuss aus 4 oder 6 Mitgliedern bestehen.

Anmerkung 2. Für diejenigen Fälle, wo die Gesamtzahl der Ausschuss-Personen nicht in drei gleiche Theile theilbar ist, wird den Commissionen für Bauersachen anheimgestellt, die Zahl der Ausschuss-Mitglieder festzustellen, welche in jedem Jahr neu besetzt werden soll.

1. Reg.-Pat. 14. December 1866 № 120 (Antrag d. General-Gouverneurs): «..... dass unter den..... im § 9, Anmerkung 1 zu § 9..... der Landgemeinde-Ordnung..... erwänten Gemeinde-Angehörigen nur Personen männlichen Geschlechts ohne Rücksicht auf das Lebensalter zu verstehen sind,.....».

2. Cirkulair-Vorschrift d. Gouv.-Behörde f. B.-S. an die Commissare f. B.-S. v. 31. December 1894 № 4996 (Schenschin 337): «In Anlass der von einigen Commissaren angeregten Frage, wieviel Ausschuss-Personen jährlich, in Gemässh. d. Art. 9 L.-G.-O., in denjenigen Fällen zu ersetzen sind, wo die Gesamtzahl derselben nicht in drei gleiche Theile theilbar ist, — giebt die Livl. Gouv.-Beh. f. B.-S. Ihnen zu wissen, dass in solchen Fällen zuerst die kleinere, den beiden übrigen nicht gleiche Anzahl zu ersetzen ist (z. B. von 20 Personen zuerst 6, und darauf je 7), oder, im andern Falle, zuerst die beiden kleineren, unter sich gleichen (aus 10 zuerst je 3, und darauf 4), und später, im ersten Falle, die beiden grösseren, unter sich gleichen Theile, oder, im zweiten Falle, die grössere, den beiden anderen nicht gleiche Anzahl. Derart haben die Ausschuss-Personen in folgender Ordnung auszuschneiden: bei einer Anzahl von 14 — 4, 5, 5, bei einer Anzahl von 16 — 5, 5, 6 u. s. w.».

## § 10.

Der Gemeinde-Ausschuss wird je nach Bedürfniss und mindestens ein Mal jährlich zusammenberufen. Die Einberufung erfolgt entweder durch den Gemeinde-Aeltesten oder die Aufsichtsbehörde (§ 32) und wird den Ausschuss-Personen wenigstens drei Tage vor dem Termine des Zusammentritts angezeigt.

## § 11.

Der Wirkungskreis des Gemeinde-Ausschusses umfasst:

- a) Beschlüsse in Betreff aller Gegenstände überhaupt, welche sich auf die ökonomischen Angelegenheiten und Interessen der ganzen Gemeinde beziehen;
- b) Beschlüsse über Grundstücke, die in Gemeinde-Eigenthum oder Gemeinde-Nutzung stehen;

Allerh. Befehl 11. März 1889 (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 9. Mai 1889 № 43 Stück 352): «..... 1) Das ausschliessliche Recht zur Ausführung und Genehmigung von Ausgrabungen zu archäologischen Zwecken im Reich, auf Ländereien der Krone, verschiedenen Institutionen gehörenden und Gemeinde-Ländereien gebührt der Kaiserlichen Archäologischen Commission. Alle Institutionen und Personen, welche

derartige Ausgrabungen planen, sind verpflichtet, unabhängig vom Verkehr mit der Autorität, unter deren Verwaltung sich die bezeichneten Ländereien befinden, sich vorher mit der Kaiserl. Archäologischen Commission in's Einvernehmen zu setzen. Die bei den Ausgrabungen zu Tage geförderten Gegenstände von Werth und von hervorragender wissenschaftlicher Bedeutung müssen der Kaiserl. Archäologischen Commission übersandt werden, welche dieselben der Allerhöchsten Einsichtnahme unterbreitet.

2) Die Restaurirung hervorragender Denkmäler aus alter Zeit\*) erfolgt nach vorherigem Einvernehmen mit der Kaiserl. Archäologischen Commission, welche sich dieserhalb mit der Kaiserlichen Akademie der Künste in Verbindung setzt».

- c) Beschlüsse über Gemeinde-Capitalien und sonstiges Gemeinde-Eigenthum, ferner über alle aus Gemeindemitteln gegründeten und unterhaltenen Anstalten, einschliesslich der Schulen. Bei seinen Beschlüssen in Betreff dieser Anstalten richtet sich der Ausschuss nach den hinsichtlich derselben bestehenden Vorschriften und befolgt in Fällen, wo Stiftungsurkunden vorhanden sind, die in letzteren enthaltenen Regeln;
- d) Berathungen und Beschlüsse betreffend Wünsche und Bedürfnisse der Gemeinde;
- e) Erhebung von Beschwerden und Einreichung von Gesuchen in Gemeindeangelegenheiten durch besondere Delegirte;

Vergl. zu Pkt. d u. e die oben nach Art. 309 B.-V. wiedergegebenen Reg.-Patt.

- f) Festsetzung von Beiträgen zur Deckung von Gemeinde-Ausgaben und Bestimmung des Erhebungs-Modus, welcher bei einer Repartition nach Seelen alle Gemeinde-Angehörigen (§ 1) umfassen muss\*\*);

\*) Eine zeitliche Begrenzung der «alten Zeit» ist weder hier gegeben, noch im Art. 980 Prov.-R. Th. III, wol aber könnte sie in dem Allerh. Befehl v. 29. Juli 1865 (Reg.-Pat. 29. October 1865 № 110) gefunden werden, in dem als «alterthümliche Kirchen» solche bezeichnet werden, «welche nicht später als zu Anfang des XVIII. Jahrhunderts erbaut worden sind». D.Hrsg.

\*\*) 1. In Veranlassung dessen, «dass» Gemeindegerechts-Vorsitzer, unter dem Druck der Friedensrichter-Versammlungen, von den Gemeinden übermässige Ausgaben zur Ausstattung der Gemeindegerechte und insbesondere mit eisernen Geldschränken und Kästen beanspruchen», erläutert das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. v. 27. September 1891 № 7982 (Schenschin 159), . . . . . «dass auf Grundlage d. Art. 11 L.-G.-O. v. J. 1866 die Gemeinde-Ausschüsse über alle ökonomischen Angelegenheiten der Gemeinde zu beschliessen haben. Auf dieser Grundlage . . . . . hat Niemand das Recht, die Gemeinden zum Ankauf dieser Schränke zu nöthigen. Falls aus bestimmten Gründen ein solcher Schrank nicht angeschafft ist, so können die Summen des Gemeindegerechts auch in den Behältnissen aufbewahrt werden, welche für die Gemeinde-Summen bestimmt sind, wobei es den Commissaren anheimgestellt bleibt, eine derartige Ordnung der Aufbewahrung der Schlüssel und überhaupt der Summen festzusetzen, bei welcher ebensowol der nothwendige Gewahrsam der Letzteren wie die Aufsicht über dieselben durch die Personen, deren Pflicht dem Gesetz nach diese Aufsicht ist, gesichert wird.

Im Fall jedoch die vereinigten Gemeinde-Ausschüsse dem Ankauf der Schränke und der anderen Gegenstände zustimmen, und diese Zustimmung keine abgönthigte ist, sollen die Commissare die Anschaffung dieser Gegenstände nicht hindern . . . . .».

2. Hinsichtlich der Ausgaben bei der Einberufung der Wehrpflichtigen erläutert das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. v. 28. April 1892 № 3815 (Schenschin 199), . . . . . «dass Ausgaben für die Bewirthung der Wehrpflichtigen und dem ähnliche, durch die Nothwendigkeit nicht gerechtfertigte Ausgaben in die Gemeinde-Budgets nicht aufgenommen werden dürfen. Hingegen Ausgaben zur Anmuthung von Quartieren und zu anderen Zwecken, geeignet den Erfolg der Einberufung zu sichern, in die Budgets aufzunehmen wird gestattet».

3. Ueber die ordnungsmässige Anlage der Gemeinde-Arrest-Lokale bestimmt das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Kreis-Chefs v. 31. August 1894 № 6503 (Schenschin 317) . . . . .

1. Reg.-Pat. 14. December 1866 № 120 (Antrag d. General-Gouverneurs): „.... dass unter den .... im § 11 Pkt. f der Landgemeinde-Ordnung .... erwähnten Gemeinde-Angehörigen nur Pesonen männlichen Geschlechts ohne Rücksicht auf das Lebensalter zu verstehen sind, ....“.

2. Gesetz üb. d. allgemeine Wehrpflicht v. 1. Januar 1874 (Cod. d. Reichsges. Bd. IV, Ausg. v. J. 1897) Art. 29: «Dorfbewohner verschiedener Benennungen, Bürger, Handwerker und Arbeiter . . . . . sind, während sie im aktiven Dienst stehen, von allen Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern befreit, welche nach der Seelenzahl erhoben werden; desgleichen sind sie auch persönlich von allen Naturalleistungen befreit. In Beziehung auf ihnen gehörende Liegenschaften sind die bezeichneten Personen verpflichtet, die Abgaben und anderweitige Steuern zu entrichten und die auf jenen Liegenschaften ruhenden Prästanden in allgemeiner Grundlage zu tragen». — Anmerkung 1: «Die Zahlung der in diesem Art. 29 u. Art. 34 erwähnten Steuern für die im aktiven Dienst stehenden Personen, sowie für die Dauer eines Jahres von der Zeit ihrer Zutheilung zur Reserve, bleibt Obliegenheit der betreffenden Gemeinden». — Art. 34: «Die Reservisten genießen die im Art. 29 erwähnte Befreiung von den nach der Seelenzahl erhobenen Abgaben und sonstigen Steuern, sowie von den Naturalleistungen, welche sie persönlich zu tragen haben würden, während eines Jahres von der Zeit ihrer Zutheilung zur Reserve ab (Art. 29, Anmerk. 1). Im Falle ihrer Einberufung aus der Reserve in die Reihen der Truppen genießen sie die erwähnte Vergünstigung ebenfalls während der Dauer eines Jahres nach ihrer Entlassung aus dem Dienst».

- g) Beschlussfassung über die Besoldung der Gemeinde-Beamten (§ 26);
- h) Rechnungsabnahme von dem Gemeinde-Aeltesten und den Vorstehern, sowie Prüfung der gegen dieselben angebrachten nicht die Polizei betreffenden Beschwerden, ferner die Uebermittlung derselben an die Aufsichtsbehörde (§ 32), wenn sie sich als begründet herausstellen;
- i) Ernennung von Bevollmächtigten zur Vertretung von Gemeindesachen vor Gericht, falls dieselbe von dem Ausschuss nicht dem Gemeinde-Aeltesten oder den Vorstehern zugewiesen wird;

Vergl. das oben nach Art. 309 B.-V. wiedergegebene Reg.-Pat. 14. Juni 1868 № 63.

- k) Die Entscheidung in allen den Fällen, wo nach dem allgemeinen Gesetz oder nach den Bauer-Verordnungen oder zufolge besonderer Anordnung der Staatsregierung die Zustimmung oder Beschlussfassung der ganzen Gemeinde erfordert wird.

## § 12.

In den Versammlungen des Gemeinde-Ausschusses entscheidet im Allgemeinen die absolute Majorität der anwesenden Glieder und giebt bei Stimmen-

---

«dass die bei den Gemeinde-Verwaltungen errichteten Arrestanten-Zellen dauerhafte mit einem Schloss versehene Thüren haben und dass die Thüren derart in den Angeln hängen müssen, dass die Möglichkeit ausgeschloffen ist, bei nur geringer Kraftanwendung dieselben aus den Haken zu reissen; in den Fenstern müssen dauerhafte Gitter sein, und die Dielen- und Lagerbretter müssen mit Nägeln verfestigt sein. — Anlangend sodann die Begleitung und Bewachung der Arrestanten, so ist den Gemeinde-Aeltesten einzuschärfen, dass hiezu zuverlässige und volljährige Personen bestimmt werden, nicht aber alte und gebrechliche, und um so weniger können hiezu Frauenzimmer designirt werden».

D. Hrsq.

gleichheit die Meinung des Vorsitzenden den Ausschlag; in denjenigen Fällen jedoch, welche oben in den Punkten b und e des § 11 sich angegeben finden, sind zu einem gültigen Beschluss mindestens zwei Drittheile der Stimmen erforderlich. Die erste Stelle im Gemeinde-Ausschuss gebührt dem Gemeinde-Aeltesten (§ 21). Die Ausschussbeschlüsse haben überhaupt nur dann gesetzliche Gültigkeit, wenn in der Versammlung der Gemeinde-Aelteste oder in den im § 21 bezeichneten Fällen der älteste Vorsteher oder *das hiezu bestimmte Ausschuss-Mitglied* und nicht weniger als zwei Drittheile der Ausschuss-Personen anwesend waren, und wenn diese Beschlüsse Gegenstände betreffen, die der Beurtheilung des Ausschusses zuständig sind. Die mit Beobachtung der obenerwähnten Regeln zu Stande gekommenen Beschlüsse des Gemeinde-Ausschusses treten in Rechtskraft und werden in Ausführung gebracht. ....

Der Schluss des Art., die Gutspolizei betreffend, fällt weg: Reg.-Pat. 20. Juli 1888 № 51 betr. d. Reorganisat. d. Polizei in d. Balt. Gouv. (zu Artt. 35 ff. L.-G.-O.).

Reg.-Pat. 14. December 1866 № 120 (Antrag d. General-Gouverneurs): «Dass die im § 12 der Landgemeinde-Ordnung in Bezug auf die mit Beobachtung der vorgeschriebenen Regeln zu Stande gekommenen Beschlüsse des Gemeinde-Ausschusses gebrauchten Worte: «treten in Rechtskraft» dahin zu interpretiren sind, dass die Ausschuss-Beschlüsse in jedem Falle unaufhältlich in Ausführung zu bringen sind, mithin die dagegen in gesetzlicher Frist etwa erhobenen Beschwerden keinen Suspensiveffekt haben».

### § 13.

Alle Beschlüsse der Gemeinde-Versammlung und des Gemeinde-Ausschusses sind in ein besonderes Protokoll-Schnurbuch einzutragen.

Entscheid. d. Civil-Cassat-Depart. d. Dirig. Senats v. 25. November 1897 № 85: «Im Klagegesuch führt F. an, dass er am 1. August 1895 mit dem Garrosenschen Gemeinde-Ausschuss einen mündlichen Verdingungsvertrag abgeschlossen habe, laut welchem er für 175 Rbl. das Gemeindehaus mit Brettern zu verkleiden sich verpflichtete. Einige Tage nach Beginn der Arbeit verbot der Gemeinde-Aelteste, auf Weisung des Commissars f. B.-S., die Fortsetzung der Arbeit. Da die Behinderung an der Beendigung nicht von seiner Seite erfolgt sei, sondern allein von Seiten der Gemeinde, so sei die Letztere, Kraft Art. 4247 Prov.-R. Th. III, verpflichtet, die ganze vereinbarte Summe von 175 Rbln., sowie gleichfalls 30 Rbl., die für die Besichtigung der Arbeiten durch einen Baumeister verausgabt worden, ihm zu zahlen. Der Friedensrichter befand die Klage für begründet. .... Die Fr.-R.-Vers. .... wies F. mit der Klage ab. .... Nach Anhörung des Gutachtens des stellvertr. Gehülfen des Oberprokureurs und indem der Senat zum Ausgangspunkt seiner Erwägungen die in der Cassat.-Klage F.'s aufgeworfene Frage nimmt, ob für die Wirksamkeit eines vom Gemeinde-Ausschuss innerhalb der Grenzen seiner Competenz abgeschlossenen Vertrages, die vorgängige Bestätigung oder Genehmigung durch den Commissaren f. B.-S. gefordert wird, findet er, dass in Grundl. des Art. 8 d. Allerh. am 9. Juli 1889 bestät. zeitw. Regeln üb. d. Abänderung d. Best. u. d. Competenz d. Bauerbeh., welcher Art. den Pflichtenkreis der Commissare f. B.-S. bestimmt, — diesen Letzteren alle die Pflichten hinsichtlich der Aufsicht über die bürgerliche Communalverwaltung und hinsichtlich der Controle über die Anwendung der Bestimmungen für die agrare Organisation auferlegt



sind, welche in Grundlage des Provinzialrechts in den Gouv. Estland und Livland den Kirchspielsgerichten und im Gouv. Kurland den Kreisgerichten oblagen, woraus somit folgt, dass die Entscheidung der oben erwähnten Frage davon abhängig ist, ob von den vor der Emanation des Ges. v. 9. Juli 1889 im Gouv. Kurland geltenden gesetzlichen Bestimmungen die kreisgerichtliche Bestätigung oder Genehmigung der vom Gemeinde-Ausschuss Namens der Gemeinde-Verwaltung geschlossenen Verträge gefordert wurde. In dieser Hinsicht ersieht der Dirig. Senat, dass in Grundl. d. Art. 12 d. Allerh. am 19. Februar 1866 bestät. L.-G.-O. f. d. Ostseegouv., die Beschlüsse des Gemeinde-Ausschusses, dessen Wirkungskreis die ökonomischen Angelegenheiten der Gemeinde und die Verfügung über das Gemeinde-Vermögen umfasst (Art. 11), wenn dieselben mit Beobachtung der in diesem Art. erwähnten Regeln zu Stande gekommen sind, in Rechtskraft treten und in Ausführung gebracht werden. Weder in diesem noch in anderen Artt. verlangt das Gesetz zur Gültigkeit solcher Beschlüsse ihre Bestätigung durch die vorgesetzte Behörde; im Art. 12 wird lediglich verordnet, dass die Ausschuss-Beschlüsse sofort der Gutspolizei zur Kenntniss gebracht werden, welche, wenn sie dieselben den bestehenden Gesetzen zuwider oder dem Gemeindewohl nachtheilig oder aber das Recht des Gutsherrn verletzend findet, darüber der Aufsichtsbehörde (Art. 32) Vorstellung macht; bei derselben Behörde werden, in Grundl. des Art. 14 L.-G.-O., Beschwerden gegen die Beschlüsse der Gemeinde-Versammlung und des Gemeinde-Ausschusses angebracht. Doch wurde späterhin, als durch das Allerh. am 9. Juni 1888 bestät. R.-R.-G. betr. die Reorganis. der Polizei in den Ostseegouv. (Samml. d. Ges. etc. № 64 Stück 621 Pkt. VII) die Wirksamkeit der Artt. 35—42 d. Allerh. am 19. Februar 1866 bestät. L.-G.-O. f. d. Ostseegouv. aufgehoben wurde, auch der letzte in den Artt. 12 u. 37 L.-G.-O. v. J. 1866 enthaltene Rest der Theilnahme der Gutspolizei an den Angelegenheiten der inneren Verwaltung der Gemeinde aufgehoben. Seitdem werden die Ausschuss-Beschlüsse schon nicht mehr zur Kenntniss der Gutspolizei gebracht, wodurch auch das Recht derselben, sie zu kontroliren und dem Kreisgericht zur Beprüfung vorzustellen, erloschen ist. Aus dem oben Dargelegten erhellt, dass bis zur Emanation des Ges. v. 9. Juli 1889 die Ausschuss-Beschlüsse im Gouv. Kurland dem Kreisgericht zur Beprüfung nur im Fall einer Beschwerde seitens der interessirten Personen vorgestellt wurden und muss desshalb anerkannt werden, dass mit Aufhebung der Kreisgerichte die Beschlüsse der Gemeindevertretungen über den Abschluss von Verträgen namens der Gemeinden der Vorstellung an den Commissaren f. B.-S. zur Beprüfung nicht unterliegen mit Ausnahme der Fälle einer Beschwerde seitens der interessirten Personen. Aus diesen Gründen kommt der Dirig. Senat zum Schluss, dass die Erwägung des Plenums, zur Gültigkeit eines vom Gemeinde-Ausschuss namens der Gemeinde geschlossenen Vertrages sei die Genehmigung des Commissars f. B.-S. unerlässlich, für gerechtfertigt nicht anerkannt werden kann, weil dieselbe im Gesetz nicht begründet ist und mit dem Art. 8 d. Allerh. am 9. Juli 1889 bestät. zeitw. Regeln üb. d. Abänd. d. Best. u. d. Competenz der Bauerbch. in d. Balt. Gouv. nicht übereinstimmt. Indem der Senat hierauf zur Beprüfung der andern Erwägung übergeht, auf die das Plenum seine Abweisung der Klage des F. gründet, dass jeder Vertrag der Gemeinde in eine schriftliche Form gekleidet sein müsse, ohne welche er für gültig nicht anerkannt werden kann, findet er, dass wenngleich, in Grundl. des Art. 13 d. Allerh. am 19. Februar 1866 bestät. L.-G.-O., alle Ausschussbeschlüsse in ein besonderes Protokoll-Schnurbuch einzutragen sind und, derart, die Beschlüsse des Ausschusses, in seiner Eigenschaft eines gesetzlich bevollmächtigten Vertreters der Gemeinde, über den Abschluss von Verträgen namens der Letztern in eine schriftliche Form gekleidet werden müssen, so fordert das Gesetz doch nirgends, dass die Verträge selbst, welche auf Grund solcher schriftlicher Ausschussbeschlüsse geschlossen werden, bei Vermeidung ihrer Ungültigkeit in eine schriftliche Form gekleidet werden, und muss desshalb anerkannt werden, dass solche Verträge hinsichtlich der Form ihrer Errich-

tung den durch das Prov.-R. festgesetzten allgemeinen Vorschriften unterliegen, auf Grund deren (Artt. 2993 u. 2994 Prov.-R. Th. III) die Abschlüssung eines Rechtsgeschäfts in schriftlicher Form oder mündlich der Willkür der dabei betheiligten Personen anheimgestellt ist, ausgenommen nur die Fälle, in denen vom Gesetz eine bestimmte Form der Errichtung des Rechtsgeschäfts gefordert wird. Indessen hat das Plenum, bei der Feststellung, dass am 1. August 1895 ein Ausschussbeschluss über die Abschlüssung eines Verdingungsvertrages hinsichtlich des Umbaues des Gemeindehauses erfolgt ist, den F. mit seiner Klage nur deshalb abgewiesen, weil der Ausschussbeschluss in sich über die vertragsmässigen Beziehungen zum Kläger F. nichts enthält, der mit F. mündlich geschlossene Verdingungsvertrag aber ein Klagerecht wider die Gemeinde ihm nicht gewähren kann. Diese Erwägung des Plenums schliesst in sich eine Verletzung der Artt. 2993 u. 2994 Prov.-R. Th. III, denn das Gesetz (Artt. 4226 ff.) verlangt für den Verdingungsvertrag keine besondere Form, und konnte darum der mit F. namens der Gemeinde auf die im schriftlichen Ausschussbeschluss enthaltenen Stipulationen hin vereinbarte Vertrag auch mündlich abgeschlossen werden. In Folge dessen kann wegen Verletzung der oben angeführten Gesetze das Urtheil der Fr.-R.-Vers. nicht in Kraft belassen werden.....

### § 14.

Beschwerden gegen Beschlüsse der Gemeinde-Versammlung und des Gemeinde-Ausschusses werden in zweiwöchentlicher Frist bei der Aufsichtsbehörde (§ 32) angebracht.

## Zweiter Abschnitt.

### Von dem Gemeinde-Aeltesten und den Vorstehern.

### § 15.

Jedes Landgut, desgleichen jedes Pastorat und jede Widme, wo in Gemässheit des § 1 eine Landgemeinde besteht, muss einen nach der im § 8 angegebenen Ordnung erwählten Gemeinde-Aeltesten haben. Zu seiner Unterstützung wählt die Gemeinde-Versammlung nach Massgabe des Bedürfnisses und nach Bestimmung der Aufsichtsbehörde (§ 32) bis vier Gemeinde-Vorsteher.

Reg.-Pat. 23. December 1868 № 156 (Bekanntmachung d. Commission in Livl. B.-S. zur Ergänzung der §§ 15 und 19 der L.-G.-O.): «Auf Antrag der Gutspolizei oder der Gemeinde-Verwaltung kann die Aufsichtsbehörde, mit Berücksichtigung der obwaltenden Umstände und nach Anhörung der im gegebenen Falle dem Gesetze nach kompetenten ortspolizeilichen Autorität, dahin Anordnung zu treffen, dass die im Gemeinde-Bezirk streu belegenden Theile des Hofeslandes der Gemeindepolizei, und umgekehrt, die im Hofeslande streu belegenden Theile des Gehorchslandes der Gutspolizei unterstellt werden».

## § 16.

Die Amtsgewalt des Gemeinde-Aeltesten in Gemeinde-Angelegenheiten (§ 20) erstreckt sich innerhalb der Grenzen des Gemeinde-Bezirks, d. h. in Livland innerhalb des Gehorchslandes, in Estland und auf der Insel Oesel innerhalb des Bauer-Pachtlandes, in Kurland im Bereich der Gesinde, auf alle Personen, welche zu der Gemeinde gehören, die ihn erwählt hat. In Beziehung auf die Handhabung polizeilicher Ordnung unterliegen seiner Amtsgewalt alle innerhalb des Gemeinde-Bezirks wohnhaften Personen abgabepflichtigen Standes, ferner die daselbst wohnhaften verabschiedeten oder unbestimmt beurlaubten Untermilitairs und deren Familien.

Anmerkung 1. Fällt weg, weil das Gemeindegericht betreffend: Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 A. Gemeindegerichts-Ordnung.

Anmerkung 2. Hinsichtlich der zur Landgemeinde gehörigen, in den Grenzen des Landgutes, aber ausserhalb des Gemeinde-Bezirks wohnhaften Personen wird die Polizei-Competenz des Gemeinde-Aeltesten durch die obigen Vorschriften nicht ausgeschlossen, doch hat er dieselbe an den erwähnten Orten und in Beziehung auf die obengedachten Personen nur bei offenkundiger Gefahr im Verzuge oder zufolge Aufforderung des Gutsherrn direkt auszuüben.

Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. v. J. 1889 № 4062 (Gouv.-Zeitg. 26. Juni 1889 № 70): „..... dass mit Emanirung des Gesetzes v. 9. Juni 1888 üb. d. Reorganis. der Polizei in d. Balt. Gouv., die vom früheren General-Gouverneur bestätigten Instruktionen für den Aeltesten des Hakelwerks Oberpahlen vom 29. November 1863 № 1468 und den Aeltesten des Hakelwerks Rujen-Torney vom 25. August 1859 № 765 keine Gültigkeit mehr haben, und dass den bezeichneten Aeltesten zeitweilig ausschliesslich die Polizeigewalt übertragen ist, welche in Grundlage der L.-G.-O. v. J. 1866 den Gemeinde-Aeltesten überhaupt zusteht.“

## § 17.

Die Gemeinde-Polizei ist dem Gemeinde-Aeltesten übertragen; die Vorsteher haben seinen Anordnungen Folge zu leisten. Der Kreis-Polizeibehörde wird indessen anheimgestellt, wo Lage, Ausdehnung oder Bevölkerung des Gemeinde-Bezirks es erfordern, denselben in Beziehung auf die Handhabung der Polizei, entweder in besondere Polizeiviertel abzutheilen und die letzteren dem Aeltesten und den einzelnen Vorstehern speciell unterzuordnen, oder unter ihnen eine Dejour einzurichten. In beiden Fällen geht auf die Vorsteher innerhalb des ihnen zugewiesenen Polizei-Bezirks die volle Competenz des Gemeinde-Aeltesten über. Der Letztere behält jedoch auch in diesen Fällen das Recht und die Pflicht wenn mangelhafte oder unrechtfertige Anordnungen der Vorsteher zu seiner Kenntniss gelangen, die erforderlichen abhelflichen Massregeln zu ergreifen.

## § 18.

Dem Gemeinde-Aeltesten in Gemeinschaft mit den Vorstehern wird auf Gütern, wo solches sich als erforderlich erweist, anheimgestellt, unter Anzeige an die Guts- und Kreis-Polizei, auf je 8—15 bäuerliche Grundeigenthümer oder Pächter einen als Zehntner zu bestellen, welcher über die übrigen Grund-

eigenthümer oder Pächter, deren Familien, Dienstvolk und Grundstücke in Bezug auf Ruhe und Ordnung die Aufsicht zu führen, die amtlichen Relationen des Gemeinde-Aeltesten und der Vorsteher mit der Obrigkeit zu vermitteln und überhaupt die Aufträge der erstern zu erfüllen verpflichtet ist. Die Amtsdauer dieser Zehntner wird der Bestimmung des Gemeinde-Aeltesten in Gemeinschaft mit den Vorstehern überlassen, mit der Massgabe jedoch, dass die Zehntner nicht verpflichtet sein sollen, ihr Amt länger als ein halbes Jahr lang auszuüben.

## § 19.

In Sachen der Ortspolizei sind der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher verpflichtet:

- a) Die Gesetze und Vorschriften der Staatsregierung innerhalb des Gemeinde-Bezirks bekannt zu machen, die Anordnungen der Kreis-Polizeibehörde und der Aufsichtsbehörde (§ 32) in Ausführung zu bringen und darüber zu wachen, dass in der Gemeinde nicht gefälschte obrigkeitliche Befehle oder ruhestörende falsche Gerüchte verbreitet werden.

Ueber eine eventuelle territoriale Erweiterung des Gemeinde-Polizeibezirks in diesem und den folg. Pkten s. das oben zu Art. 15 wiedergegebene Reg.-Pat. 23. December 1868 № 156.

- b) innerhalb des Gemeinde-Bezirks die erforderlichen Massregeln zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, zur Sicherung der Personen und des Eigenthums, ferner zur Verhütung von Waldbrand, Waldfreveln, Beschädigungen der Felder und Wiesen, zu treffen, und wenn dergleichen vorkommt, in jedem solchen Falle sofort den angestifteten Schaden zu konstatiren.
- c) bei Brandschäden, Ueberschwemmungen, Epidemien, Viehseuchen und anderen öffentlichen Calamitäten innerhalb des Gemeinde-Bezirks Hilfsleistungen anzuordnen und der *Kreis*-Polizei hierüber, sowie über alle sonstigen aussergewöhnlichen Ereignisse Anzeige zu machen.

Reg.-Pat. 20. Juli 1888 № 51 (R.-R.-G. 9. Juni 1888) betreff. die Reorganisat. der Polizei in den Balt. Gouv. Abschn. III.

- d) bei vorfallenden Verbrechen innerhalb des Gemeinde-Bezirks vorläufige Ermittlung anzustellen, die Schuldigen zu verhaften und für Erhaltung der Spuren des Verbrechens zu sorgen bis zum Eintreffen der Untersuchungs-Behörde;
- e) auf Personen verdächtiger Führung ein Augenmerk zu haben, Vagabunden und Militair-Deserteure zu ergreifen und der *Kreis-Polizei* abzuliefern.

Reg.-Pat. 20. Juli 1888 № 51 (R.-G.-O. 9. Juni 1888) betreff. d. Reorganisation der Polizei in den Balt. Gouv. Abschnitt II: «Die Organisation, sowie die Rechte und Verpflichtungen der Gemeinde-Polizei auf der gegenwärtigen Grundlage zu belassen, nur mit der Aenderung, dass der Gemeinde-Aelteste und sein Gehülfe verpflichtet sind, ergriffene Vagabunden und Militair-Deserteure nicht der Gutspolizei sondern der Kreis-Polizei zur weiteren Verfügung abzuliefern».

- f) innerhalb des Gemeinde-Bezirks auf Märkten, in Krügen, Herbergen und Schänken, sowie in Buden und Kaufläden die Aufsicht über richtiges Mass und Gewicht zu führen und Ruhe und Ordnung zu handhaben;
- g) über die Schutzblattern-Impfung innerhalb der Gemeinde Aufsicht zu üben und die von der Aufsichtsbehörde (§ 32) zu besiegelnden Schnurbücher über die geimpften Kinder zu führen;
- h) über die Erhaltung der guten Ordnung in den Schulen, Krankenhäusern und sonstigen Gemeinde-Anstalten, sofern diese aus Gemeinde-Mitteln unterhalten werden, zu wachen;
- i) den guten Zustand der von der Gemeinde zu unterhaltenden Wege, Brücken, Dämme, Ueberfahrten und anderen öffentlichen Einrichtungen zu beaufsichtigen;
- k) die Unversehrtheit der Grenzen und Grenzmäler der Grundstücke und Bauerpachtgesinde zu überwachen;
- l) für die rechtzeitige Anfertigung und Ablieferung der Revisionslisten Sorge zu tragen; endlich
- m) der Gutspolizei in den unten im IV Hauptstück angegebenen Fällen Hilfe und Beistand zu leisten \*).

In Folge der Justizreform v. J. 1889 sind der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher weiter verpflichtet worden:

1) In Gemässh. der §§ 68 u. 75 d. Reg. üb. d. Kauf u. Verkauf von Gesindestellen mit Hülfe d. Livl. adel. Güter-Cred.-Societät (publ. d. Reg.-Pat. 5. September 1866 № 80) im Fall der Nichtleistung oder nicht vollständiger Leistung der Terminzahlungen an die Societät auf Antrag derselben die bauerlichen Gesindestellen zu sequestiren, da es «für unmöglich befunden ist, den Gemeinde-Gerichten nach ihrer Reorganisation die Obliegenheiten hinsichtlich der Sequestration von bei der Credit-Societät verpfändeten Gesinden zu belassen»; Verfügung d. Ministers d. Innern, publ. durch d. Gouv.-Reg. in der Gouv.-Zeitung v. 1. Mai 1892 № 45.

2) Bei der Erfüllung von Criminalurtheilen im Fall eines drossfallsigen Auftrages der Kreispolizei «polizeiliche Maassregeln einfachen Charakters zu ergreifen, wie die Verurtheilten an den Haftort abzufertigen und dieselben unter Aufsicht zu nehmen (Art. 980 Crim.-Pr.-Ordn.)»; wohingegen bei der Erfüllung von Civilurtheilen «es nicht zweckentsprechend wäre, der Kreispolizei das Recht zu geben, von sich die unmittelbare Theilnahme bei der Urtheilsfällung abzuwälzen und dieselbe nach ihrem Ermessen der Gemeinde-Polizei zu übertragen, da von diesen Personen wegen ihrer geringen Gesetzeskenntniss die gehörige Wahrnehmung alles Erforderlichen bei den verwickelten Vollstreckungshandlungen unmöglich gefordert werden kann; übrigens unabhängig davon würde die Gewährung eines solchen Rechtes an die Kreispolizei dem Art. 158 Civ.-Pr.-Ordn. widersprechen, welcher einen dreifachen Modus der Erfüllung von Civilurtheilen der Friedensrichter-Institutionen festsetzt: durch die Polizei, durch die Wolost- oder Dorfborgkeit und, endlich, durch die Gerichtsvollzieher, und ersichtlich, die Wahl eines dieser Mittel dem Friedens-Richter überlässt»; Befehl d. Gouv.-Reg. v. 23. October 1892 № 2388 an die Kreispolizeien zur Nachachtung und an die Commissare f. B.-S. zur Kenntnissnahme (Schenschin 239).

\*) Dieser Pkt ist im direkten Widerspruch zu dem Abschnitt II d. R.-R.-G. v. 9. Juni 1888 in den Art. 849 Cod. d. Reichsges. Bd. II, Allg. Gouv.-Verf., Ausg. v. J. 1892, der den Art. 19 L.-G.-O. enthält, nicht aufgenommen worden; vergl. auch unten S. 196 Pkt g d. den 1 (Pkt 7 d. Art. 851 Cod. d. Reichsges. I. c.).

3) «Die Behändigung der Anzeigen der bei den Friedensrichter-Versammlungen angestellten Gerichtsvollzieher an ausserhalb der Städte wohnhafte Personen bäuerlichen Standes über die Bezahlung der Schuld, über die Beitreibung aus dem unbeweglichen Vermögen und dergl. zu bewerkstelligen, soweit gleichzeitig mit der Behändigung der Anzeige keine anderweitigen Vollstreckungshandlungen vorzunehmen sind, als: Inventur oder Verkauf von Vermögen»; Erlass d. Gouv.-Reg. an die Kreis-Chefs v. 9. September 1895 № 3000 (Schenschin 363)\*).

Der Charakter fiskalischer Beamten ist dem Gemeinde-Aeltesten und den Gemeinde-Vorstehern, bei gleichzeitiger territorialer Erweiterung ihrer Competenz auf den gesammten Hofbezirk, beigelegt worden durch die von der Gouvernements-Obrigkeit approbirte Instruktion des Livländischen Kameralhofs für die Livländischen Gemeinde-Aeltesten über die General-Revision von Handel und Gewerbe. Reg.-Pat. 20. März 1898 № 7: «In Gemässheit des Art. 319 Pkt 3 Verordn. üb. d. direkten Steuern, Bd. V Cod. d. Reichsges., Ausg. v. J. 1893, ist die Aufsicht über die genaue Erfüllung der Regeln, welche für den Handels- und Gewerbebetrieb in Ansiedelungen, sowie auch in denjenigen ausseretatmässigen Städten, Flecken und Ortschaften, in denen eine Stadtverwaltung nicht existirt, erlassen sind, Obliegenheit der Gemeinde-Verwaltung und der ihr entsprechenden Dorfverwaltung. Hierauf gestützt hat der Livländische Kameralhof eine von der Gouvernements-Obrigkeit gebilligte Instruktion für die Gemeinde-Aeltesten des Gouv. Livland zusammengestellt, welche ausführliche Angaben enthält, nach denen die Gemeinde-Aeltesten bei der Ausübung dieser Aufsicht sich zu richten verpflichtet sind. In Anbetracht dessen, dass die Gemeinde-Aeltesten bei Erfüllung dieser Obliegenheiten, nicht in der Eigenschaft von Vertretern der Gemeinde-Polizei erscheinen, sondern als speziell vom Gesetz verordnete Aufsichtsorgane über den Handels- und Gewerbebetrieb, und dass desshalb keine Hinderungsgründe einer Ausdehnung ihrer Thätigkeit hinsichtlich der Aufsicht über den Handels- und Gewerbebetrieb wie auf den Gemeinde, so auch auf den Hofbezirk entgegenstehen, so eröffnet die Livländ. Gouv.-Reg. Solches zur erforderlichen Nachachtung und fordert die Gemeinde-Aeltesten auf, nach Empfang der gedachten Instruktion aus dem Kameralhof, dieselbe zur genauen Richtschnur sowol innerhalb der Grenzen ihrer Gemeinden, wie auch der Höfe der betreffenden Güter zu nehmen»\*\*).

## § 20.

In Gemeindesachen liegt dem Gemeinde-Aeltesten innerhalb seines Competenzkreises ob:

- a) die volle Gemeinde-Versammlung, die Klassen-Versammlungen (Anmerkung 2 zu § 8) und den Gemeinde-Ausschuss zusammen zu berufen und zu schliessen und in denselben über die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Gesetzlichkeit der Berathungen zu wachen\*\*\*);

\*) Dieser Erlass ist auf Initiative der Wenden-Walkschen Friedensrichter-Versammlung ergangen, welche hiebei in einer der Bauer-Verordnung strikt widersprechenden Weise nur für einen Theil der ihrer Gerichtsbarkeit unterworfenen ländlichen Bevölkerung die Befreiung von den höchst beträchtlichen Zustellungsgebühren, Fahr- und Diätengeldern der Gerichtsvollzieher statuiert hat.

\*\*) Die Instruktion des Kameralhofs ist in Beil. E wiedergegeben worden. D. Hrgs.

\*\*\* In Veranlassung mehrfacher Uebergriffe und ungesetzlicher Beschlüsse der Gemeinde-Ausschüsse erläutert das Cirk.-Verf. des Gouverneurs an die Commissare für B.-S. v. 23. März 1892 № 2724 (Gouv.-Zeit. 8. April 1892 № 35): . . . . «dass die Gemeinde-Ausschüsse durchaus nicht den Gemeinde-Aeltesten vorgesetzte Behörden sind, dass, im Gegentheil, die Letzteren, als Vorsitz der Gemeinde-Ausschüsse, nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sind, die Gemeinde-Ausschüsse zu leiten, indem sie denselben die Berathung über Angelegenheiten,

- b) dem Gemeinde-Ausschuss die das Gemeindewohl und den Gemeindennutzen betreffenden Angelegenheiten zur Berathung vorzulegen;
- c) die Beschlüsse des Gemeinde-Ausschusses in Ausführung zu bringen...  
..... (§ 12); ferner
- d) für die Gemeinde als Bittsteller oder Vertreter in allen den Fällen zu wirken, wo es keines Beschlusses des Gemeinde-Ausschusses bedarf;
- e) die Gemeinde-Magazine, Gemeinde-Cassen und das sonstige Gemeinde-Eigenthum auf Grund der gegebenen Instruktion zu verwalten;
- f) in Livland, Estland und auf der Insel Oesel über den unverkürzten Bestand des Gehorchslandes (Bauerpachtlandes) zu wachen, sowie in Livland und Oesel über den Bestand der eisernen Gesindesinventarien;  
a. zu Art. 129 B.-V.
- g) die Verpflegung der von der Gemeinde unterstützten Armen und Kranken zu verwalten;
- h) nach genauer Anleitung der gegebenen Instruktionen Anordnung zu treffen, um die ihren Gemeindepflichten nicht nachkommenden arbeitsscheuen Mitglieder zur Arbeit anzuhalten;
- i) die Ableistung sämtlicher der Gemeinde obliegenden Lasten, wie beispielsweise der Wege- und Quartierlast, sowie der Schiessstellung zu überwachen;
- k) über alle Gemeinde-Angehörigen (§ 1) ein vollständiges und genaues Verzeichniss (die Gemeinderolle) zu führen, welches bei den Wahlen und bei der Erhebung der Gemeinde-Beiträge zum Grunde zu legen ist und den Gemeinde-Angehörigen jederzeit offen stehen muss \*);

welche im Art. 11 L.-G.-O. v. J. 1866 nicht aufgeführt sind, verbieten und nicht zulassen, dass die Gemeinde-Ausschüsse hiebei ungesetzliche Beschlüsse fassen. Keinenfalls kann der Gemeinde-Aelteste bei der Ausführung eines solchen Beschlusses sich damit entschuldigen, dass der Gemeinde-Ausschuss ihn gefällt habe.

Der einen derartigen Beschluss ausführende Gemeinde-Aelteste erscheint in doppelter Hinsicht schuldig: erstens, indem er als Vorsitzender des Ausschusses die Berathung über ungehörige Angelegenheiten zugelassen hat, und zweitens, indem er als Organ der vollziehenden Gewalt, sich eine Kompetenzüberschreitung erlaubte durch Ausführung eines ungesetzlichen und somit gänzlich unwirksamen Beschlusses.....  
D. Hrsg.

\*) 1. Das Cirk.-Verf. des Gouverneurs v. 3. Mai 1894 № 3470 (Schenschin 308) übermittelt den Commissaren f. B.-S. zur unaufhältlichen Erfüllung die Bitte des griechisch-orthodoxen Erzbischofs von Riga und Mitau, «dass den Gemeinde-Verwaltungen eingeschärft werde, den griechisch-orthodoxen Kirchendienern Auskünfte über die Gemeinde verlassende und in die Gemeinde hinziehende griechisch-orthodoxe Pfarrkinder zu geben, da es den Kirchendienern unmöglich ist, jährlich die Prüfung ihrer Pfarrkinder festzustellen».

2. Den Gebrauch nichtkirchlicher Taufnamen durch die griech.-orth. Gemeinde-Mitglieder verbietet das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. v. 7. Mai 1898 № 2222 (Gouv.-Zeit. 15. Mai 1898 № 49): «Bei der Verhandlung von Sachen in verschiedenen Behörden ist sehr häufig bemerkt worden, dass die Livländ. Bauern griech.-orth. Bekenntnisses in den ihnen von den Gemeinde-Verwaltungen ertheilten Dokumenten, wie gleichfalls auch in der Gemeinderolle, mit Namen genannt werden, die in der griech.-orth. Kirche überhaupt nicht vorkommen. Es erweist sich, dass der bei der Taufe oder dem Uebertritt zur griech.-orth. Kirche gegebene Name in der Gemeinderolle häufig unter Anlehnung an die bei den örtlichen lutherischen Bauern üblichen Namen geändert wird. So wird Alexander unter dem Namen

Reg.-Pat. 14. December 1866 № 120 (Antrag d. General-Gouverneurs: «... dass der § 20 Pkt. k der Landgemeinde-Ordnung alle Glieder der Gemeinde, sowol männlichen wie weiblichen Geschlechts, umfasst.....».

- l) Pässe, Legitimationen, Aufnahme- und Austrittsscheine in Gemässheit der Pass- und Umschreibungs-Regeln v. 9. Juli 1863 *und des Passgesetzes vom 3. Juni 1894 zu ertheilen\*)* und die Umschreibungslisten wohin gehörig einzusenden;

Reg.-Pat. 1. October 1873 № 93 (Bekanntmachung d. Gouv.-Verwaltung): «..... dass der Pkt. 7 der mittelst Patents v. J. 1855 № 175 publicirten Taxe für die Erhebung der Chaussee-Steuer auf der Chaussee-Strecke von Riga nach Engelhardtshof und Riga nach Olai durch § 20 Pkt. l und § 37 L.-G.-O. v. J. 1866 dahin abgeändert worden, dass Bauern, welche Fuhren mit Landesprodukten und Geräthschaften vom Lande zum Verkauf in der Umgegend führen, behufs Befreiung von der Erlegung der Chaussee-Steuer sich durch ein von dem örtlichen Gemeinde-Aeltesten auszustellendes Attestat zu legitimiren haben, welches Attestat sie auf der ersten Chaussee-Steuer-Erhebungs-Stelle vorzuzeigen und gegen Empfang eines freien Passirzettels abzugeben haben».

«Ado» eingetragen, statt Gawril schreibt man «Karl», statt Georgij — «Jurri» u. s. w. In Folge dessen entstehen verschiedene Missverständnisse und ernstliche Schwierigkeiten sowol für die Träger der verderbten Namen selbst, wie auch für die Obrigkeit.— Indem ich die Aufmerksamkeit der Herren Commissare f. B.-S. auf den dargelegten Umstand lenke, fordere ich dieselben auf, Maassregeln zur Abstellung einer solchen Unordnung zu ergreifen und bei der Revision der Gemeinde-Verwaltungen jedes Mal die Aufmerksamkeit unter Anderm auch darauf zu richten, ob die Namen der griech.-orth. Gemeinde-Mitglieder richtig in die Gemeinderolle eingetragen worden sind».

3. Die Cirkulair-Vorschrift des Gouverneurs an die Commissare f. B.-S. v. 8. December 1896 № 8516 (Gouv.-Zeit. 18. December 1896 № 139) bringt unter Anführung des Cirkulairs der Commission in L. B.-S. an die Kirchspielsgerichte v. 2. Februar 1877 № 19—47 und unter Bezugnahme auf einen Cirk.-Erlass des Ministeriums d. Innern v. 16. Januar 1885 № 1, nachdrücklich in Erinnerung, «dass die Gemeinde-Verwaltungen mit den betreffenden Predigern hinsichtlich der Jahr für Jahr zu beobachtenden Frist sich in's Einvernehmen zu setzen haben, wann die Gemeinde-Beamten mit der Gemeinde-Rolle bei ihnen erscheinen sollen, um unter ihrer Aufsicht die Vervollständigung und Vergleichung der Gemeinde-Rolle mit den Kirchenbüchern zu bewerkstelligen. . . . Diese Vorschrift bezieht sich nicht: 1) auf Auszüge aus den Kirchenbüchern über die Personen, welche der Ableistung der Wehrpflicht unterliegen, und auf die Verzeichnisse über die der Schutzpockenimpfung unterliegenden Kinder, welche den Gemeinde-Verwaltungen auf Grund der entsprechenden Bestimmungen des Ges. üb. d. allg. Wehrpflicht und der Medicinal-Ordnung zuzustellen sind, und 2) auf die Fälle, in denen die Gemeinde-Verwaltungen Auskünfte aus den Kirchenbüchern einer fremden Kirche brauchen, d. i. einer solchen, zu deren Pfarrbezirk die betreffende Gemeinde nicht gehört, in welchen Fällen die Gemeinde-Verwaltungen, in Gemässheit der durch Cirkulair d. Herrn Ministers d. Innern v. 8. November 1889 № 19 kundgegebenen Erläuterung, mit schriftlichen Requisitionen an die betreffenden Kirchendiener (Prediger) sich zu wenden haben».

D. Hrsq.

\*) Schon vor Erlass des Passgesetzes v. 3. Juni 1894 hatte der Gouverneur durch die Cirk.-Verf. v. 6. März und 10. April 1892 № 1996 und № 3181 (Schenschin 182 und 192) den Commissaren f. B.-S. aufgetragen, «den Gemeinde-Verwaltungen die Ertheilung unentgeltlicher Pässe an solche arme und arbeitsunfähige Gemeindeglieder zu verbieten, welche, mit denselben versehen, sich in die grossen Städte, vornehmlich nach Riga, begeben, um daselbst ihren Lebensunterhalt durch Betteln zu erwerben», wobei «einzelne Gemeinde-Verwaltungen von dem Wunsch geleitet werden, die Gemeinde von der Pflicht, für ihre völlig unvermögenden und arbeitsunfähigen Mitglieder Sorge zu tragen, zu befreien». — Das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs v. 20. November 1895 № 4811 (Schenschin 371) weist sodann die Commissare f. B.-S. darauf hin, «dass nach dem Pkt. 3 Art. 42 Passges. v. 3. Juni 1894 die Ertheilung von Pässen an mittellose und arbeitsunfähige Gemeindeglieder überhaupt verboten ist».....

D. Hrsq.



- m) alle bisher gesetzlich der Gemeinde-Polizei zugewiesenen Geschäfte in Sachen der Krons-Abgabenerhebung und Rekruten-Prästation\*) zu besorgen.

### § 21.

In der vollen Gemeinde-Versammlung, den Klassen-Versammlungen und dem Ausschuss gebührt dem Gemeinde-Aeltesten der Vorsitz. Von dieser allgemeinen Regel machen nur die folgenden Fälle eine Ausnahme:

- 1) wenn der Gemeinde-Aelteste krankheitshalber oder aus anderer gesetzlicher Veranlassung der Versammlung oder dem Ausschuss beizuwohnen verhindert ist;
- 2) wenn der Gemeinde-Ausschuss behufs Entgegennahme der Rechnungsablegung von Seiten des Aeltesten und der Vorsteher zusammentritt; endlich
- 3) wenn der Ausschuss Beschwerden wider den Aeltesten und die Vorsteher zu prüfen hat.

Im ersten Fall geht der Vorsitz auf den ältesten Gemeinde-Vorsteher, in den beiden letzten Fällen auf den Vorsitz des Gemeindegerichts über.

Cirkulair-Erlass d. Ministers d. Innern an d. Gouverneure d. Balt. Gouvernements v. 15. Februar 1893 № 9 (Gouv.-Zeitg 1. März 1893 № 22): „.... Im Einvernehmen mit dem Justizminister halte ich auf Grundlage des Art. 43 der Allerh. am 19. Februar 1866 bestät. L.-G.-O. der Balt. Gouv. für nothwendig zu verordnen, dass der Vorsitz im Gemeinde-Ausschuss, wenn derselbe behufs Entgegennahme der Rechnungsablegung von Seiten des Aeltesten und der Vorsteher oder zur Beprüfung der wider diese Beamten angebrachten Beschwerden zusammentritt (Pkte. 2 u. 3 Art. 21 L.-G.-O. v. 19. Febr. 1866), einem der Mitglieder des Ausschusses, nach unter ihnen getroffener Uebereinkunft, gebührt, im Fall der Nichteinhelligkeit jedoch dem den Jahren nach ältesten Mitglieder.“

### § 22.

Der Gemeinde-Aelteste hat das Recht, von allen im Gemeinde-Bezirk wohnhaften, der Gemeinde nicht angehörigen Personen die Vorweisung ihrer Aufenthalts-Legitimationen zu fordern und jeden Einwohner der Gemeinde persönlich vor sich zu bescheiden. Die innerhalb des Hofbezirks wohnhaften Gemeinde-Mitglieder darf er jedoch nicht anders, als durch Vermittelung der Guts-polizei (Anmerk. 2 zu § 16) vorladen.

---

\*) Nunmehr auf Grund des Ges. üb. d. allgem. Wehrpflicht v. 1. Januar 1894, Cod. d. Reichsges. Bd. IV, Ausg. v. J. 1897, in welche die früher publicirten Ergänzungen über die der Reserve zugezählten Mannschaften, Offiziere und Beamten, und über die verschiedenen Aufgebote der Landwehr aufgenommen worden sind.

## § 23.

Die Gemeinde-Vorsteher sind dem Gemeinde-Aeltesten zur Unterstützung und Hilfe beigegeben. Derselbe kann ihnen auch einen Theil Gemeinde-Administration, wie beispielsweise das Magazin, die Armen-Anstalt oder die Gemeinde-Kasse zu selbständiger Führung übertragen, ohne jedoch dadurch der eigenen Verantwortlichkeit enthoben zu sein. Der Gemeinde-Aelteste hat ferner alle Anordnungen, die mit Verausgabung von Gemeindegeldern oder Veräusserung von Gemeinde-Eigenthum verbunden sind, wie auch solche, die die Repartition von Gemeinde-Lasten zum Gegenstande haben, nicht anders als in Gemeinschaft mit den Vorstehern und unter Zustimmung der Mehrheit derselben oder, wo nicht mehr als zwei angestellt sind, mit Zustimmung mindestens eines derselben zu treffen, sofern hierzu nicht ausserdem noch die Genehmigung höherer Obrigkeit erforderlich ist.

## § 24.

Für Ungehorsam oder Widersetzlichkeit gegen gesetzliche Anordnungen der Polizei ist der Gemeinde-Aelteste berechtigt, die seiner Jurisdiktion unterworfenen Personen von sich aus dem Arreste bis auf 2 Tage oder einer Geldpön bis zu einem Rubel zu unterziehen. Personen, die die erwähnte Geldpön zu bezahlen nicht im Stande sind, kann er auf eine Zeit bis zu 2 Tagen zur Gemeinde-Arbeit verwenden, ohne jedoch die letztere Massregel auf diejenigen auszudehnen, welche gesetzlich von Beahndungen dieser Art eximirt sind. Wer sich für unrechtfertig der Strafe unterzogen erachtet, kann die bezügliche Beschwerde in zweiwöchentlicher Frist bei den im § 32 genannten Behörden anbringen\*).

## Dritter Abschnitt.

### Von dem Gemeinde-Gericht.

## § 25.

Fällt weg.—Verordn. üb. d. Reorganisat. der Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 A. Gemeindegerichts-Ordnung.

---

\*) Das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Commissare für B.-S. v. 8. October 1894 № 3551 (Schenschin 329) beauftragt «die Letzteren, die Gemeinde-Aeltesten auf den Art. 24 L. G.-O. hinzuweisen behufs Anwendung in den Fällen, wenn Personen, die auf Requisition der Accise-Beamten durch die Gemeinde-Polizei vorbeschrieben sind, ohne berücksichtigungswerthe Gründe nicht erscheinen».

## Drittes Hauptstück.

Von der Ordnung der Einsetzung und Entlassung der Gemeinde-Beamten,  
von ihren Rechten und ihrer Verantwortlichkeit.

## Erster Abschnitt.

## Von der Einsetzung und Entlassung der Gemeinde-Beamten.

## § 26.

Der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher werden von der vollen Gemeinde-Versammlung gewählt (§ 8); die Anzahl der letzteren bestimmt die Aufsichtsbehörde (§ 32). Den Magazin-Aufseher wählt der Gemeinde-Ausschuss. Zur Besorgung der schriftlichen Geschäfte der Gemeinde-Beamten, sowie zur Führung der Protokolle der Gemeinde-Versammlung, des Gemeinde-Ausschusses.... wird von dem Ausschuss ein Gemeinde-Schreiber erwählt oder miethweise angestellt.....

Der Gemeinde-Aelteste, die Vorsteher und der Schreiber sind von der Gemeinde zu besolden.

Für den Fall, dass der Gemeinde-Ausschuss innerhalb eines Monats es unterlässt, den Gemeindeschreiber anzustellen, wird derselbe von der Aufsichtsbehörde ernannt, und gleichzeitig von dieser der Betrag der ihm zukommenden Besoldung festgesetzt. Alle Gemeinde-Beamten, . . . . werden auf drei Jahre gewählt \*).

Die das Gemeindegericht betreffenden Festsetzungen des Art. fallen weg; Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 A. Gemeindegerichts-Ordnung.

1. Cirkulair-Vorschrift d. Livländ. Commission für B.-S. an die Kirchspielsgerichte v. 31. März 1867: «Mittels Antrags v. 24. März 1867 № 281 hat der Herr General-Gouverneur in Abänderung des Pkt. 7 der Cirkulair-Vorschrift der Livl. Comm. f. B.-S. v. 8. October 1866 bestimmt, dass die Magazin-Aufseher in Gemässheit der §§ 26 u. 30 L.-G.-O. als Gemeinde-Beamte anzusehen sind, und dass als solche auch die Gemeindeschreiber zu rechnen sind. In Folge dessen wird dem Kirchspielsgericht zur Richtschnur eröffnet:

- a) dass der Magazin-Aufseher und der Gemeindeschreiber hinsichtlich der Einsetzung, der Beerdigung, der Bedingungen über die Zulassung oder Nichtzulassung zum Amt, der Entfernung vom Amt, der Gerichtsübergabe und Absetzung vom Amt vollständig den übrigen Gemeinde-Beamten gleichgestellt sind.

---

\*) Das — ein verdecktes Ballotement bei den Wahlen anordnende, — Cirk.-Verf. des Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. v. 31. August 1893 № 8145 (Schenschin 276) ist in Anmerk.\*) zu Art. 8 L.-G.-O. wiedergegeben worden. Ueber diesen Erlass des Gouverneurs s. die Vorbemerkung.  
D. Hrsq.

Was jedoch das Tragen eines besonderen Amtszeichens . . . . \*) (§ 31 L. G.-O.) anlangt, so geniessen in dieser Hinsicht nur der Gemeinde-Aelteste und seine Gehülfen ein Vorrecht . . . . \*).

b) dass die Aufsichtsbehörde, bei der Bestätigung des Gemeindeschreibers im Amt, die Aufmerksamkeit besonders darauf zu richten hat:

1. dass die Landgemeinden nur ganz ausnahmsweise, im Fall dringender Nothwendigkeit, von dem ihnen durch den § 26 L.-G.-O. gewährten Rechte der miethweisen Anstellung des Gemeindeschreibers Gebrauch machen;
2. dass die zur Bestätigung vorgestellten Gemeindeschreiber wenigstens 25 Jahre alt (§ 28) und von tadelloser Führung sind;
3. dass sie, wenn möglich, wenigstens den Cursus der Parochialschule absolvirt haben;
4. dass bei zwei gleich guten Bewerbern demjenigen der Vorzug zu geben ist, der eine bessere Bildung genossen hat, z. B. in einer Kreisschule. \*\*)

2. Reg.-Pat. 2. December 1868 № 138 (auf Grundlage des § 43 L.-G.-O. vom General-Gouverneur erlassene Vorschrift in Betreff der Fixirung des Minimalbetrages der Gemeindebeamten-Gagen): «Im Fall nicht erzielter Einigung zwischen der Gemeinde

\*) Die den Gemeinde-Beamten auf Grund früherer gesetzlicher Bestimmungen zustehenden Wehrpflichts-Privilegien sind mit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hinfällig geworden. D. Hrsg.

\*\*) Die amtliche Stellung des Gemeinde-Schreibers ist mehrfach Gegenstand der Cirkulair-Verfügen des Gouverneurs an die Commissare f. B.-S. gewesen:

1. Das Cirk.-Verf. v. 28. August 1890 № 7287 (Schenschin 94) bestimmt, . . . . «dass . . . . im Fall der Entfernung eines Gemeinde-Schreibers vom Amt wegen Unfähigkeit, . . . da hiebei grösstentheils ein beträchtliches Wirrniss in den Sachen vorhanden sein wird, welches unverzügliche Ordnungsarbeit erheischt, . . . «andererseits der Gemeinde-Ausschuss nur ausnahmsweise in der Lage sein wird, in der kurzen Frist eines Monats einen geeigneten Candidaten zu finden, . . . in genauer Grundlage des Art. 26 L.-G.-Q. nichts dem im Wege steht, dass der Commissar, wenn er bei Entfernung des Schreibers eine geeignete Persönlichkeit als Nachfolger im Auge hat, dieselbe zeitweilig zum Schreiber ernannt, bis zur Wahl und Bestätigung in festgesetzter Ordnung eines neuen Schreibers, wobei jedoch dem Gemeinde-Ausschuss volle Freiheit bleibt, bei gehöriger Beprüfung der Angelegenheit diese selbe Persönlichkeit zu wählen oder eine andere hiezu geeigneten».

2. Das Cirk.-Verf. v. 7. August 1892 № 7259 (Schenschin 224) erläutert, . . . . dass . . . . «in Erwägung, dass die Gegenzeichnung eines officiellen Papiers durch eine Persönlichkeit, welche nicht in der festgesetzten Ordnung dienstlich angestellt ist, unwirksam ist, . . . die Gemeinde-Aeltesten durchaus nicht zur Unterzeichnung von Papieren der Gemeinde-Verwaltung an Stelle des Schreibers Privatpersonen oder Gehülfen des Schreibers zulassen sollen. Alle ausgehenden Papiere, Protokolle, Bücher, Quittungen und dergl. können ausschliesslich nur durch den Gemeinde-Schreiber gegengezeichnet werden».

3. Das Cirk.-Verf. v. 12. November 1892 № 10484 (Schenschin 243) bestimmt, . . . . dass . . . «in Anbetracht, dass Gemeinde-Schreiber häufig sich erlauben officiële Papiere der Gemeinde-Verwaltung mit dem Namen des Gemeinde-Aeltesten zu unterzeichnen, auf Grund einer von Letzterem erteilten Vollmacht, . . . die Gemeinde-Aeltesten derartige Vollmachten den Schreibern nicht erteilen, und diese Letzteren solche Vollmachten nicht annehmen sollen, bei der Verwarnung, dass, wenn hinkünftig derartige Abweichungen von der gesetzlichen Ordnung bemerkt werden sollten, die Schuldigen der Beahndung nach der ganzen Strenge des Gesetzes werden unterzogen werden».

4. Das Cirk.-Verf. v. 23. December 1895 № 5349 (Schenschin 373) lautet: «In Anlass einer Mittheilung des Herrn Curators des Rigaschen Lehrbezirks über die Unzukömmlichkeiten, welche für den Unterricht in den Gemeindeschulen aus der Vereinigung der Aemter des Schullehrers und des Gemeinde-Schreibers entstehen, beauftrage ich Sie in allen den Fällen, wo die Gemeinde-Schreiber in Gemässh. des Art. 26 L.-G.-O., von Ihnen ernannt werden, zu diesem Amt nicht Personen zu ernennen, die Lehrer der Gemeindeschulen sind». D. Hrsg.

und den von ihr erwählten, zu besoldenden Beamten über das Maass der Gagirung der letzteren, können diese verlangen, dass

1. bei einer Anzahl von 200 oder weniger Gemeinde-Angehörigen (worunter alle volljährigen zur Gemeinde angeschriebenen Personen, ohne Unterschied des Geschlechts und Standes, zu verstehen sind) das Minimum des Gehalts des Gemeindeältesten 10 Kop., ..... und das des Gemeindevorstehers  $2\frac{1}{2}$  Kop. für jeden Gemeindeangehörigen betrage, und dass
2. a) bei grösseren Gemeinden bis zu 500 Angehörigen für jeden die Zahl 200 übersteigenden Gemeindeangehörigen zu den ad 1 fixirten Gagen des Gemeindeältesten noch 5 Kop., ..... des Gemeinde-Vorstehers  $1\frac{1}{4}$  Kop.,  
 b) bei Gemeinden von 500—1000 Angehörigen für jeden die Zahl 500 übersteigenden Gemeindeangehörigen zu den ad 1 und 2 a fixirten Gagen des Gemeindeältesten, ..... Gemeinde-Vorstehers ..... noch 3 und  $\frac{3}{4}$  Kop., und endlich  
 c) bei Gemeinden über 1000 Angehörige für jeden die Zahl 1000 übersteigenden Gemeindeangehörigen zu den ad 1, 2 a und b fixirten Gagen des Gemeindeältesten ..... und Gemeinde-Vorstehers ..... überdies 2 und  $\frac{1}{2}$  Kop. hinzugeschlagen werde».

3. Reg.-Pat. 29. September 1869 № 113 (Antrag des General-Gouverneurs): «In jeder Landgemeinde ist durch den Gemeinde-Ausschuss ein Magazinaufseher zu erwählen».

4. Reg.-Pat. 21. August 1873 № 76: «Mit Genehmigung des Herrn General-Gouverneurs der Ostsee-Gouvernements wird von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung als Ergänzung zum Art. 26 der L.-G.-O. v. J. 1866 hierdurch bekannt gemacht, dass der Repräsentant der Gutsverwaltung oder der Gutspolizei nicht zum Gemeindegemeinschreiber erwählt und in solchem Amte bestätigt werden kann».

## § 27.

Jede Neuwahl ist von dem Gemeinde-Aeltesten ..... der Aufsichtsbehörde (§ 32) zur Bestätigung einzuberichten. Die bestätigten Gemeinde-Beamten sind demnächst zu vereidigen\*).

Diese Bestätigung kann nur bei Verletzung der vorgeschriebenen Wahlordnung oder bei Präsentation gesetzlich zu Gemeinde-Aemtern nicht zuzulassender Persönlichkeiten (§ 28) versagt werden.

Reg.-Pat. 20. Juli 1888 № 51 (R.-R.-G. 9. Juni 1888) betreff. d. Reorganis. d. Polizei in d. Balt. Gouv.

## § 28.

Wahlunfähig zu Gemeindeämtern sind alle Personen, die zufolge gerichtlichen Urtheils bestraft . . . . ., ferner solche, die in Untersuchung oder unter Gericht sich befinden, oder mehrfach wegen lasterhafter Führung Polizei-

---

\*) Ueber die Beerdigung der Ausschuss-Personen fehlt es an einer besonderen Bestimmung. Nach Einführung der L.-G.-O. fand eine solche Beerdigung stets Statt, und spricht für dieselbe auch jetzt noch, abgesehen von den ethischen Gründen, die Analogie der Beerdigung der neuwählten Stadtverordneten.  
 D. Hrsg.

strafen erduldet haben. Demnächst sind alle übrigen zur Gemeinde gehörigen Personen, die das 25. Lebensjahr erreicht haben und christlichen Glaubens sind, zu Gemeinde-Aemtern wählbar. Der Gemeinde-Aelteste, die Gemeinde-Vorsteher . . . . . sollen indessen immer nur aus der Classe der Grundeigenthümer oder Pächter gewählt werden.

Mit dem Amte des Gemeinde-Aeltesten . . . . . dürfen keinesfalls andere Aemter in einer Person vereinigt werden. Die Vereinigung sonstiger Aemter in einer und derselben Person ist dem Ermessen der Gemeinde anheimgestellt.

Anmerkung. Fällt weg, weil das Gemeindegericht betreffend, ebenso wie die den Gemeindegerichts-Vorsitzer betreffenden Bestimmungen im Text des Art.; Verordn. ü. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889, A. Gemeindegerichts-Ordnung.

1. Reg.-Pat. 26. April 1868 № 31 (Antrag d. General-Gouverneurs betreffs Ergänzung des § 28 der L.-G.-O. vom 19. Februar 1866): «In Anbetracht der durch den § 19 Pkt. f den Gemeindeältesten resp. Vorstehern vorgeschriebenen Beaufsichtigung der Krüge und Schänken zum Zweck der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowohl, als der Controle von Maass und Gewicht, sind die Krüger von der Wahlfähigkeit zu den Aemtern eines Gemeindeältesten resp. Vorstehers ausgeschlossen».

2. Reg.-Pat. 21. Juli 1869 № 92 (Antrag d. General-Gouverneurs betreffs Interpretation des § 28 der L.-G.-O. vom 19. Februar 1866): «Wahlunfähig zu Gemeindeämtern sind alle diejenigen Personen, welche eine vom Criminalgericht verhängte Strafe erlitten, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das vor das Criminalgericht gehört, in Untersuchung und unter Gericht stehen, . . . . . desgleichen diejenigen, die wegen lasterhaften Lebens, d. i. für von den Polizeibehörden abzuurtheilende Vergehen und Uebertretungen mehrmalige Bestrafung erduldet haben».

3. Reg.-Pat. 30. December 1870 № 147 (Bekanntmachung d. Commission in Livl. B.-S. betreffs Ergänzung zum § 28 der L.-G.-O. v. 19. Februar 1866): «dass zwei Brüder in ein und derselben Gemeinde nicht zugleich Gemeindeältester und Gemeindegemeinschreiber sein dürfen».

4. Cirkulair-Erlass d. Gouv.-Beh. f. B.-S. an die Commissare f. B.-S. v. 12. October 1893 № 269 (Schenschin 281): «. . . . dass bei der Beprüfung der Wahlfähigkeit zu Gemeinde-Aemtern, nach dem genauen Sinn des Art. 28 L.-G.-O. u. des Reg.-Pat. v. 21. Juli 1869, vom Gemeinde-Gericht verhängte Strafen nur in solchen Fällen in Betracht gezogen werden können, wenn die mehrmalige Bestrafung den thatsächlich lasterhaften Lebenswandel der betreffenden Persönlichkeit klar darthut».

## § 29.

Ein von der vollen Gemeinde-Versammlung in den Gemeinde-Ausschuss oder zu einem Gemeinde-Amt Erwählter kann das letztere, sowie beziehungsweise seinen Eintritt in den Ausschuss ablehnen, wenn er über 60 Jahre alt ist, wenn er bereits eine volle Dienstfrist absolvirt hat, wenn er mit schwerer Krankheit behaftet ist, wenn er eine mit einer Gesindes-Verwaltung für Unmündige verbundene Vormundschaft zu führen hat und zugleich selbst Gesindes-pächter oder Eigenthümer ist, endlich, wenn er zufolge der Art seines Berufes

und wirthschaftlichen Gewerbes keinen beständigen Aufenthalt in der Gemeinde haben kann.

Anmerkung. Wird ein Gemeinde-Mitglied, das einen vollen Termin in einem Gemeindeamt absolvirt hat, nachdem seit seinem Austritt drei Jahre verfloßen; wiederum zu einem Gemeinde-Amt gewählt, so darf es diese Wahl nicht ablehnen.

### § 30.

Alle Gemeinde-Beamten, imgleichen die Gemeinde-Ausschuss-Personen können, wenn sie sich Missbräuche oder Verletzung ihrer Pflichten zu Schulden kommen lassen oder Verbrechen oder Uebertretungen begehen, in deren Folge sie in Untersuchung verfallen, von der Aufsichtsbehörde (§ 32) suspendirt und dem Gerichte zur Bestrafung oder förmlichen Absetzung übergeben werden. Ferner kann der Gemeinde-Schreiber, wenn er zur Erfüllung seiner Amtspflichten sich offenbar unfähig erweist, durch die erwähnte Behörde im Disciplinarwege vom Amte entfernt werden.

Reg-Pat. 30. August 1867 № 113 (Bekanntmachung d. Commission in Livl. B.-S.): «dass bei eintretender Amtssuspension des Gemeinde-Aeltesten die Aufsichtsbehörde berechtigt ist, den stellvertretenden Gemeinde-Aeltesten aus der Zahl der Gemeinde-Vorsteher zu designiren».

S. zu Art. 34.

## Zweiter Abschnitt.

### Von den Rechten und Vorzügen der Gemeinde-Beamten.

### § 31.

Der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher . . . . . haben ferner das Recht, ein besonderes vom General-Gouverneur der Ostseegouvernements zu bestätigendes Amtszeichen zu tragen\*). Endlich können sie sowohl als auch die Mitglieder des Gemeinde-Ausschusses für eifrige Amtsführung während zweier Diensttermine zur Belohnung mit Medaillen präsentirt werden. Nach zwölfjähriger eifriger Verwaltung seines Amtes kann auch der Gemeindeschreiber derselben Auszeichnung gewürdigt werden.

Gesetz üb. d. allgemeine Wehrpflicht v. 1. Januar 1874, Cod. d. Reichsges. Bd. IV, Ausg. v. J. 1897.

\*) Am 13. Juli 1891 hat der Minister des Innern ein neues Amtszeichen für die Gemeinde-Aeltesten und die Vorsteher bestätigt und hierüber den Baltischen Gouverneuren — nach Livland am 7. August 1891 № 8856, — Eröffnung gemacht. Die Amtszeichen sind aus heller Bronze, für die Gemeinde-Aeltesten oval, die Vorsteher kreisrund, mit herübertagenden Schnörkeln, haben auf der Vorderseite den Livländischen Greif, und auf der Rückseite den Namenszug Kaiser Alexander II; die Aufschriften sind in der Reichssprache. Die Gemeinde-Aeltesten haben diese Amtszeichen an einer Bronzekette um den Hals, die Vorsteher auf der Brust zu tragen. — Die in der Beil. 4 zu der von der Landschafts-Abth. des Ministerii des Innern im J. 1898 veranstalteten Ausgabe der L.-G.-O. wiedergegebene Zeichnung der Amtszeichen ist nicht ganz richtig.

### Dritter Abschnitt.

#### Von der Aufsicht über die Gemeinde-Beamten und von deren Verantwortlichkeit.

##### § 32.

Die Gemeinde-Aeltesten und die Vorsteher sind . . . . . in Sachen der Gemeinde-Administration . . . . . dem *Commissaren für Bauersachen* direct untergeordnet. Beschwerden wider Anordnungen der Gemeinde-Beamten werden in zweiwöchentlicher Frist an die erwähnten *Beamten* gerichtet, Beschwerden aber wider Verfügungen dieser *Beamten* in derselben Frist beim Gouverneur angebracht. Die Frist ist von dem Tage zu rechnen, an welchem die Beschwerde veranlassende Verfügung der Person, welche sie betrifft, bekannt wurde. \*)

Anmerkung 1. In Polizeisachen sind der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher den Kreispolizeibehörden untergeordnet.

Anmerkung 2. Fällt weg. — Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889.

##### § 33.

*Die Commissare für Bauersachen* bewerkstelligen jährlich eine Revision der Gemeinde-Verwaltung in sämtlichen Gemeinden ihres Bezirks.

Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. B, v. 9. Juli 1889.

##### § 34.

Der Gemeinde-Aelteste, die Vorsteher und die übrigen Gemeinde-Beamten können für unbedeutende Amtsvergehen auf Verfügung der Aufsichtsbehörden (§ 32) Bemerkungen, Verweisen, Geldpönen bis 5 Rubel und persönlichem Arrest bis zu 7 Tagen unterzogen werden\*\*). Für wichtige Vergehen und Verbrechen

---

\*) Das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. v. 1. Juli 1893 № 1424 (Schenschin 271) erläutert, . . . . . «dass die Gemeinde-Verwaltungen das Recht des unmittelbaren Verkehrs mit den Gouvernements- und höheren Behörden nur in den Fällen haben, wenn es nothwendig ist, auf unmittelbar von diesen Behörden empfangene Anfragen zu antworten, in allen übrigen Fällen jedoch müssen die Gemeinde-Verwaltungen ihre der Entscheidung der Gouvernements- und höheren Behörden unterliegenden Vorstellungen und Gesuche an die ihnen vorgesetzten Commissare richten». D. Hrsg.

\*\*) Selbstverständlich erstreckt sich diese Strafbestimmung nicht auf die Mitglieder des Gemeinde-Ausschusses. — Bemerkenswerth ist, dass in der 1. Auflage (1889) des Handbuchs für die livl. Bauer-Commissare pag. 79 Anmerk.\*) zu Art. 34 L.-G.-O. ausdrücklich angeführt wird, dass die Ausschuss-Personen nicht Beamte der Gemeinde sind, wie Solches ja auch wirklich in der Natur der Sache liegt, in den Reichs-Bauer-Verordnungen gleichfalls ausgesprochen und nicht minder in Livland stets anerkannt worden ist; in der 2. Auflage (1897) desselben Handbuchs dagegen werden pag. 90 Anmerk.\*\*\*) zu Art. 34 L.-G.-O. die Ausschuss-Personen als Gemeinde-Beamte bezeichnet! Die äussere Rechtfertigung hiezu giebt eine vom Ministerium des Innern gebilligte Instruktion der Estländischen Gouvernements-Commission in B.-S. für die



werden sie vom Amte suspendirt und auf gesetzlicher Grundlage dem Gerichte übergeben (§ 30). \*)

1. Entscheidung d. Plenar-Versammlung d. 1., 2. u. der Cassat.-Depart. d. Dirig. Senats v. 26. November 1890 № 29: . . . . . «Die Plenar-Versammlung des 1., 2. u. der Cassat.-Depart. findet, dass entsprechend mehrfachen Erläuterungen des Dirig. Senats, . . . . . die Beamten der Gemeinde- und Dorfverwaltung, gemäss Art. 1088 Crim.-Pr.-Ordn., der Gerichtsübergabe von Seiten der Gouvernements-Regierung nicht unterliegen können, weil: 1) diese Beamten vollkommen abgesondert von den allgemeinen Administrativorganen hingestellt worden sind, und 2) nach dem Sinne des angeführten Art. der Gerichtsübergabe von Seiten der Gouvernements-Regierung nur die von der Gouv.-Regierung selbst oder einer derselben gleichgestellten Autorität angestellten Beamten unterliegen. In Anbetracht dessen lässt sich die der Entscheidung unterliegende Frage im Wesentlichen dahin zusammenfassen: ist der Commissar für Bauer-Sachen oder die Gouvernements-Commission für Bauer-Sachen \*\*) kompetent, die Beamten der bauerlichen Gemeinde-Verwaltung in den Balt. Gouv. dem Gericht zu übergeben? Die zeitw. Reg. üb. d. Veränd. d. Bestandes u. d. Competenz d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 enthalten über diesen Gegenstand keinen direkten Hinweis, wesshalb die berührte Frage nur nach dem allgemeinen Geist unserer Gesetzgebung entschieden werden kann, deren möglichste Einheitlichkeit, in allen Theilen des Russi-

Commissare aus dem Jahre 1890! So haben wir es denn erleben müssen, dass in Livland, auf dessen Boden die Gemeindefreiheit von Alters her tiefgewurzelt ist und weit sich ausgebildet hatte, dem Commissaren durch ihre Abstimmung in den Ausschuss-Sitzungen missliebig gewordene Ausschuss-Personen, einzeln oder in corpore, auf eine einfache administrative Verfügung hin, mehr oder minder längeren Freiheitsstrafen unterworfen wurden. Gegen diese nur durch den Strafrichter zu sühnende schwere Schädigung der politischen Freiheit lässt sich, ganz abgesehen von sittlichen Gründen und von der im Livländischen Verwaltungsrechte festgebildeten Traditionen, diesem wichtigen rechtsbildenden Faktor, — nur kurz anführen, dass auch reichsgesetzlich die Ausschuss-Mitglieder, gleichwie die Stadtverordneten, Landschaftsdeputirten, Reichsraths-Mitglieder, nicht ein Amt versehen, sondern eine Würde bekleiden; dass Art. 30 L.-G.-O. in einer keine Missdeutung zulassenden Fassung die Verantwortlichkeit von Ausschuss-Personen bestimmt; dass Instruktionen, Leitfäden, Handbücher nicht die Geltung des Gesetzes haben, sondern nur den Beamten die Kenntnissnahme und Anwendung des Gesetzes erleichtern sollen, ohne sie der ersten Pflicht eigener Prüfung und selbständiger Entscheidung zu entbinden; dass es der elementarsten juristischen Erziehung widerspricht, die auch schon im Worte «Gesetz» liegende territoriale Begrenzung eines Rechtssatzes zu vergessen. D. Hrsg.

\*) Ueber die näheren Modalitäten bestimmt das Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an die Commissare f. B.-S. v. 23. Jan. 1891 № 616 (Schenschin 116): . . . «dass bei Begehung irgend eines Amtsvergehens durch bauerliche Gemeinde-Beamte die Commissare auf Grund des Art. 1086 Crim.-Pr.-O. von den Angeschuldigten die betreffenden Erklärungen einfordern und die vorläufige Untersuchung bewerkstelligen sollen, und darauf, nach den Resultaten derselben, die Sache entweder in administrativer Ordnung entscheiden oder zur Fällung einer Entscheidung über die Gerichtsübergabe des Angeschuldigten, direkt der Commission in Bauer-Sachen vorstellen, wenn die Sache nicht unter den Art. 1089 Crim.-Pr.-O. gehört. Im entgegen gesetzten Falle, d. h. wenn zur Gerichtsübergabe des Angeschuldigten eine Voruntersuchung erforderlich ist, theilt der Commissar seine Akte dem Untersuchungsrichter mit und benachrichtigt hievon den Prokureur (Art. 1090), und unterlegt die Sache erst dann der Commission, wenn dieselbe ihm gemäss Art. 1091 mit dem Gutachten des Prokureurs über die weitere Verfolgung derselben zurückgesandt ist und wenn nach diesem Gutachten die Gerichtsübergabe des Angeschuldigten verlangt wird. Es ist selbstverständlich, dass die Commissare, gleichzeitig mit der Einleitung der Sache gegen den Angeschuldigten, berechtigt sind, in Grundl. d. Art. 30 L.-G.-O. v. 19. Febr. 1866, denselben zeitweilig vom Amt zu entfernen, und dass bei der Entscheidung der Sache in administrativer Ordnung die Hinweise der Art. 34 L.-G.-O. v. J. 1866 u. Art. 11 d. zeitweil. Reg. üb. d. Veränd. d. Bestandes u. d. Competenz d. Bauerbeh. v. 9. Juli 1889 beachtet werden müssen». D. Hrsg.

\*\*) Seit Inkrafttreten der Regeln üb. d. Gouv.-Beh. f. B.-S. v. 17. April 1893 (s. zu Artt. 1104 ff. B.-V.) die Gouvernements-Behörde für Bauer-Sachen. D. Hrsg.

schen Kaiserreichs, ersichtlich, bei der Zusammenstellung der angeführten zeitw. Regeln im Auge behalten worden ist, näher jedoch — nach dem Geiste der Gerichtsordnungen Kaiser Alexander II, da die Reorganisation der Bauerbehörden in den Balt. Gouv., in der Gestalt, wie sie in den Regeln v. 9. Juli 1889 sich darstellt, durch die Einführung der Gerichtsordnungen in diesen Gouv. bedingt wurde, mit denen die Bestimmungen über die lokalen Bauerbehörden in Uebereinstimmung gebracht werden müssen. — Nach der allgemeinen Regel der Gerichtsordnungen Kaiser Alexander II, hinsichtlich der Ordnung des Verfahrens in Sachen wegen Amtsvergehen, kann die gerichtliche Verfolgung eines Beamten nicht anders erfolgen, als nach der Uebergabe des Angeschuldigten dem Gerichte gemäss der besonderen, in der Crim.-Pr.-Ordn. für beamtete Personen des Gerichts- sowol, wie des Verwaltungsressorts festgesetzten Ordnung. Hierbei werden, in den betreff. Artt. d. Crim.-Pr.-Ordn., Buch 3, Titel III, über das Gerichtsverfahren bei Amtsvergehen der Beamten des Verwaltungsressorts, sehr wesentlich die Autoritäten, welche die Criminaluntersuchung beantragen, und diejenigen, von denen die Gerichtsübergabe abhängt, geschieden. Die Beantragung der Criminaluntersuchung, die Einforderung der Erklärung des Angeschuldigten, die erste Untersuchung des begangenen Vergehens und sogar die Verfügung der Untersuchung durch den Untersuchungsrichter hängt, mit Ausnahme des Verfahrens bei Vergehen von Personen, die durch die Allerhöchste Gewalt ernannt, und der Adelsmarschälle, von derjenigen Obrigkeit ab, von welcher der Angeschuldigte im Dienst angestellt worden ist (Artt. 1085—87 Crim.-Pr.-Ordn.); die Gerichtsübergabe hingegen, als die Vollziehung einer Form gerichtlichen Charakters, deren Wesen in der Abschätzung der gegen den Angeschuldigten zusammengebrachten Indicien und Beweismittel besteht, kann, nach dem Grundprinzip der Crim.-Pr.-Ordn., nicht anders erfolgen, als auf Verfügung einer Collegial-Behörde, und namentlich: der Gouvernements-Regierung, des Conseils des Ressortministers, mit Bestätigung durch Letzteren, des Departements des Senats (Art. 1088 l. c.). Diese Grundregel muss, ihrer grossen Wichtigkeit wegen, in Uebereinstimmung mit den bereits früher erfolgten Erläuterungen des Dirig. Senats, . . . . ., volle Geltung an allen den Orten haben, in denen die Gerichtsordnungen v. J. 1864 eingeführt sind, um so mehr schon desshalb, weil mit ihr auch die weitere im obenangeführten Titel Buch III Crim.-Pr.-Ordn. festgesetzte Ordnung der Entscheidung von Meinungsdivergenzen zwischen der vorgesetzten Behörde des Angeschuldigten und der Prokuratur in Betreff der ausreichenden Gründe zur Gerichtsübergabe des Angeschuldigten übereinstimmt. Was die Beamten der Gemeinde- und Dorfverwaltung in den centralrussischen Gouvernements anlangt, so hat, wenngleich, wie oben gezeigt, die Bestimmung des Art. 1088 auf sie nicht ausgedehnt werden konnte, und die B.-V. v. 19. Februar 1861 vor der Emanierung der Gerichtsordnungen Geltung hatte, aber in dieser Verordnung hat die Abweichung von der Regel der kollegialen Zusammensetzung der Behörden, welche Beamte dem Gericht übergeben, nur statt hinsichtlich der Personen der Dorfverwaltung, welche dem Gericht durch die Einzelgewalt des Friedensvermittlers übergeben werden, wogegen die Gerichtsübergabe der Personen der Gemeinde-Verwaltung auch nach dieser Verordnung von einer Collegialbehörde abhängt — der Versammlung der Friedensvermittler; durch später erlassene Gesetze: v. 27. Juni 1874 — über die Kreis-Bauerbehörden, v. 12. Juli 1889 — über die Landhauptleute, und andere, die nach der Einführung der Justizreform emanirt worden, ist das Recht zur Gerichtsübergabe der Beamten der Gemeinde- und Dorfverwaltung nicht dem den Friedensvermittler vertretenden beständigen Mitglieder der Kreisbehörde, und sodann dem Landhauptmann übertragen worden, ungeachtet der sehr beträchtlichen Bekleidung des Letzteren mit einer Amtsgewalt in anderen Dingen, sondern wurde anfänglich in der Kreis- und Gouvernements-Bauerbehörde, und darauf in der Versammlung der Friedensvermittler und der Gouvernements-Behörde konzentriert (Bes. Beil. zu Bd. IX, Cod. d. Reichsges., Verordn. üb. d. Kreis- u. Gouv.-Bauerbeh. Art. 143; Verordn. üb. d. Landhauptleute Artt. 62, 98 u. 115). In den

Balt. Gouv. war, vor der Einführung der Gerichtsordnungen Kaiser Alexander II selbst, die Aufsicht über die Gemeinde-Beamten, die Beahndung derselben und Entfernung vom Amte, mit Uebergabe dem Gerichte, wie es in den provinziellen Verordnungen ausgedrückt ist, — in den Gouv. Est- und Livland Obliegenheit des Kirchspielsgerichts, und im Gouv. Kurland des Kreisgerichts (Art. 30 u. 34 L.-G.-O. v. 19. Februar 1866), d. h. von Collegialbehörden. Bei der Aufhebung der bezeichneten Kreis- und Kirchspiels-Gerichte durch das Gesetz v. 9. Juli 1889 wurden nicht sämtliche diesen Gerichten zustehenden Obliegenheiten hinsichtlich der Aufsicht über die Gemeinde- und Dorfverwaltungen und der agraren Organisation der Bauern dem Commissaren f. B.-S. übertragen, sondern namentlich: die Sache wegen unrechtfertiger Vereinigung von Gehorchts- und Hofesland — den Commissionen für Bauer-Sachen, sowie die Sachen wegen Entlassung der Gemeinde-Beamten — den Gouverneuren (Allerh. am 9. Juli 1889 bestät. Regeln üb. d. Einführung d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. Artt. 153 u. 156); wenngleich unter der Zahl der Sachen, welche nicht der Uebergabe an die Commissare unterliegen, die Sachen betreffs der Gerichtsübergabe der Gemeinde-Beamten nicht direkt erwähnt sind, so kann dennoch diese Lücke im Gesetz, bei Abwesenheit eines direkten Hinweises über die Ueberlassung dieser Sachen an die Commissare zur Entscheidung, nicht in dem Sinne interpretirt werden, dass diese Sachen unter den allgemeinen Begriff der Sachen betreffs der Aufsicht über die Gemeinde-Verwaltung zu subsumiren seien, umsoweniger als die zur selben Kategorie gehörigen Sachen wegen Entfernung der Gemeinde-Beamten vom Amt, d. h. die durch weniger schwere, gegen diese Personen erhobenen Anschuldigungen bedingt sind, von den Kirchspiels- und Kreisgerichten den Gouverneuren übergeben sind, und nicht den Commissaren. Ferner, die Interpretation des Gesetzes v. 9. Juli 1889 in dem Sinne, als wenn, in Aufhebung der früher bestehenden Ordnung der Gerichtsübergabe der Beamten der Gemeinde-Verwaltung, diese Competenz dem Commissaren f. B.-S. übertragen worden sei, würde in klarem Widerspruch zu dem obenangeführten Grundprincip der Gerichtsordnungen stehen, dass die formelle Gerichtsübergabe unabänderlich einer Collegialbehörde kompetirt, da im Titel III Hauptsück III Crim.-Pr.-Ordn., in welchem dieser Grundsatz vorgetragen ist, bei Anwendung der Letzteren auf die Balt. Gouv., keinerlei Ausnahmen in dieser Beziehung statuirt worden sind, gleichwie zu den Gesetzesbestimmungen über die Bauerbehörden der centralen Gouv. — Unabhängig hievon würde eine solche Schlussfolgerung nicht in Uebereinstimmung mit den Erwägungen stehen, welche von den Verfassern der gedachten zeitw. Regeln zur Grundlage für die Aufhebung der Kirchspiels- und Kreisgerichte in den Balt. Gouv. und Ersetzung derselben durch die Einzelgewalt der Commissare genommen wurden. Nach diesen Erwägungen wurde die Beibehaltung des kollegialischen Charakters der mit den Bauersachen betrauten Institutionen namentlich aus dem Grunde für überflüssig gehalten, weil, mit Einführung der Justizreform in den Balt. Gouv., die Sachen gerichtlichen Charakters aus der Competenz der Kirchspiels- und Kreisgerichte ausgeschieden wurden; indessen, die Thätigkeit selbst auch einer Verwaltungsbehörde bei Anregung der Frage über die ausreichenden Gründe, Indicien und Beweismittel zur Gerichtsübergabe eines Beamten, welche, nach den Gerichtsordnungen, eines der Stadien des Criminal-Processes bildet, muss als gerichtlichen Charakters anerkannt werden. In Anbetracht dessen kann dem Art. 8 d. zeitw. Reg. v. 9. Juli 1889 die obenangeführte Auslegung nicht gegeben werden, und da in den Balt. Gouv. Behörden, welche den Versammlungen der Friedensvermittler oder der Landhauptleute, oder den Kreis-Bauerbehörden entsprechen, nicht existiren, vielmehr als einzige Instanz kollegialen Charakters, der die Aufsicht über die bäuerliche Gemeinde-Verwaltung gebührt, in diesen Gouv. die Commissionen f. B.-S. sich darstellen, — so kann auch nur ihnen die Competenz zur Gerichtsübergabe der Beamten der erwähnten Verwaltung in den Balt. Gouv. gebühren, wogegen die Commissare f. B.-S. verpflichtet sind, nachdem sie in der in den Artt. 1086 u. 1087 Crim.-Pr.-Ordn. angegebenen

Ordnung die Handlungen der ihnen unterstellten und von ihnen im Amte bestätigten \*) Beamten der bauerlichen Gemeinde-Verwaltung beprüft haben, ihr Gutachten hierüber, in Grundlage des Art. 11 der zeitw. Regeln v. J. 1889, dem Gouverneuren vorzustellen, dem nach den früher geltenden Gesetzesbestimmungen (Art. 32 L.-G.-O. d. Ostseegouv. v. 19. Februar 1866) und nach der Verordn. v. 9. Juli 1899 (Art. 11) die oberste Aufsicht über die Beamten der bauerlichen Gemeinde-Verwaltung gebührt. Die Gouverneure sodann, deren Einzelgewalt nach dem Gesetz lediglich auf die Entscheidung über die definitive Entfernung der Beamten der Gemeinde-Verwaltung vom Amte, nicht aber auf die Gerichtsübergabe derselben sich erstreckt, sind verpflichtet die Sachen wegen Gerichtsübergabe der Beamten der Gemeinde-Verwaltung den Gouv.-Commissionen f. B.-S. vorzulegen behufs Fällung der allendlichen Entscheidung hinsichtlich der Gerichtsübergabe des Angeschuldigten. Einer derartigen Behandlung der gedachten Sachen kann auch der Umstand nicht hindernd im Wege stehen, dass die Gouv.-Commissionen f. B.-S., bei ihrer anfänglichen Begründung, gemäss den B.-V. der betreffenden Balt. Gouv., nur die allgemeine Aufsicht über die richtige Einführung der bauerlichen Reform zur Aufgabe hatten und in dieser Eigenschaft temporäre Institutionen genannt wurden, da 1) eine derartige Aufsicht einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Aufsicht über die Beamten hat, die der bauerlichen Sache dienen; 2) in späteren Gesetzesbestimmungen, und namentlich in den zeitw. Reg. v. 9. Juli 1889 selbst, sowol der Bestand der Gouv.-Commissionen, als auch die Gegenstände ihrer Competenz wesentlich geändert worden sind, wobei sie auch, im Hinblick auf die stete Fortdauer ihrer Existenz, in die allgemeine Ordnung der Gouv.-Institutionen übergingen und sich nach ihrer Bedeutung den Gouv.-Behörden f. B.-S. in den centralrussischen Gouv. näherten; und 3) die Regeln v. 9. Juli 1889 selbst für eine zeitweilige Geltung bestimmt sind — bis zu einer endgültigen Veränderung der Organisation der Kreis- und Gouv.-Institutionen f. B.-S. In Folge des Obenangeführten, verfügt der Dirig. Senat,.....: anzuerkennen, dass die Beamten der bauerlichen Gemeinde-Verwaltung in den Balt. Gouv. der Gerichtsübergabe auf Verfügungen der Gouv.-Commissionen f. B.-S. unterliegen».

2. Erlass d. Gouv.-Reg. an d. Kreis-Chefs u. Commissare f. B.-S. v. 10. April 1891 № 893 (Schenschin 131): «.....In Erwägung, dass, wenngleich nach dem Art. 8 Abth. B der Allerh. am 9. Juli 1889 bestätigten Regeln, den Commissaren f. B.-S. die Obliegenheiten hinsichtlich der Beaufsichtigung der Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten auferlegt sind, und als dahin gehörig auch die Befugniss, die Gemeinde-Beamten für Amts-Vergehen und -Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen, da aber in dem im Art. 4 der Allerh. am 19. Februar 1866 bestät. L.-G.-O. aufgeführten Bestand der Gemeinde-Verwaltung die Gemeindeboten nicht aufgeführt werden, so unterliegen dieselben auch nicht der Competenz der Commissare, und ihre Heranziehung zur Verantwortung in solchen Fällen, in denen sie die Obliegenheiten der Polizeiwache erfüllen, kompetirt, in Anwendung der Pkte. 2 u. 8 Art. 1 d. Allerh. am 9. Juni 1888 bestät. Regeln, der Gouvernements-Regierung, und desshalb gehört die Feststellung des Thatbestandes in derartigen Sachen zu den Obliegenheiten der Kreispolizei\*\*).

3. Befehl der Gouv.-Reg. an d. Kreis-Chefs u. Commissare f. B.-S. v. 7. October 1893 № 2032 (Schenschin 278): «Die Livländ. Gouv.-Regierung hat bei

\*) Art. 27 Allerh. am 19. Februar 1866 bestät. L.-G.-O. des Ostseegebiets.

\*\*) Ein Arrestant hatte aus dem Gemeindehause das Weite gesucht. — Die im Erlass angeführten Regeln v. 9. Juli 1889 sind die als Abth. B der Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. publicirten zeitw. Reg. üb. d. Veränd. d. Bestandes u. d. Competenz d. Bauerbeh. — und die angeführten Regeln v. 9. Juni 1888 sind das Gesetz üb. d. Reorganisation der Polizei in d. Balt. Gouv. (Reg.-Pat. 20. Juli 1888 № 51).

D. Hrsq.

Bepfückung der zwischen einem Kreis-Chef und dem Commissaren f. B.-S. entstandenen Meinungsverschiedenheit darüber, in wessen Pflichtenkreis die administrative Untersuchung bei der Anklage gegen Gemeinde-Beamte wegen Verletzung ihrer polizeilichen Obliegenheiten gehört, — befunden: 1) dass die Ordnung der Heranziehung von Beamten zur kriminellen Verantwortung wegen im Dienst begangener Vergehen, gleichwie die Ordnung der vorläufigen Feststellung der den Beamten zur Last gelegten unrechtfertigten Amtshandlungen durch die im Buch II Abschn. III Crim.-Pr.-O. enthaltenen Regeln genau festgestellt ist, nach welchen Regeln man sich auch Allem zuvor bei der Entscheidung hierher gehöriger Fragen zu richten hat; 2) dass nach dem genauen Sinn der Artt. 1085 u. 1086 l. c. Mittheilungen und Beschwerden über unrechtfertigte Handlungen der Beamten an die Obrigkeit der Angeschuldigten gerichtet werden, von welcher die Anstellung derselben abhängt, worauf diese Obrigkeit gehalten ist, von den Angeschuldigten die verantwortliche Erklärung einzufordern, und nöthigenfalls eine vorläufige Untersuchung anzustellen; 3) dass gemäss Pkt. a Art. 8 Abth. B Verordn. üb. d. Reorganis. d. Bauerbeh. in den Balt. Gouv., sowie Artt. 27—32 L.-G.-O., die Gemeinde-Beamten von den Commissaren f. B.-S. im Amt bestätigt werden; 4) dass aus dem Vor-erörterten folgt, dass zum Pflichtenkreis der Commissare auch die Einleitung einer administrativen Untersuchung wider die bezeichneten Beamten bei Amtsvergehen gehört, welche jedoch nicht zu vermengen sind mit den Unregelmässigkeiten der Gemeinde-Beamten speciell bei der Eintreibung von Abgaben und Steuerrückständen und bei der Beaufsichtigung der Wege, denn für derartige Vernachlässigungen werden die Schuldigen in administrativer Ordnung unmittelbar vom Kreis-Chef bestraft, wie Solches im Cirkulair-Verfügen des Herrn Gouverneurs an die Commissare v. 7. September 1894 № 5724 erläutert worden ist\*).

---

\*) In dem bezeichneten, an die Kreis-Chefs und Commissare f. B.-S. gerichteten Cirk.-Verf. (Schenschin 156) wird den Kreis-Chefs aufgetragen: «1) in Gemässh. der Anmerk. 1 zu Art. 32 u. Art. 34 L.-G.-O. v. J. 1866 die Gemeinde-Beamten einer Strafe zu unterziehen nur in Sachen a) der Beitreibung von Kronsabgaben und Steuerrückständen, b) der Instandhaltung der Wege; in allen übrigen Sachen hingegen über die unrechtfertigten Handlungen oder Amtsvernachlässigungen der Gemeinde-Beamten den Commissaren f. B.-S. Mittheilung zu machen, damit die Letzteren als die vorgesetzte Behörde die Schuldigen zur gesetzlichen Verantwortung ziehen;

2) alle den Gemeinde-Beamten in den sub a und b bezeichneten Sachen auferlegten Strafen gleichzeitig mit der Verhängung der Strafe den Commissaren zur Kenntnissnahme mitzutheilen».

Den Commissaren wird aufgetragen, «alle Mittheilungen der Kreispolizei-Beamten über unrechtfertigte Handlungen oder Amtsvernachlässigungen der Gemeinde-Beamten mit besonderer Sorgfalt und Aufmerksamkeit zu behandeln».

D. Hrsg.

---

Schlussbemerkung. 1. Die Gemeinde, sowohl Land- wie Stadtgemeinde, ist im Verhältniss zum Staat die erste Stufe für die Eintheilung des Staates rücksichtlich seines Gebietes, wie hinsichtlich seiner Einwohner, und benutzt die Staatsgewalt desshalb die Gemeinden und deren Vertreter vielfach zur Beförderung ihrer Zwecke und Besorgung ihrer Geschäfte, und ertheilt denselben zu dem Behufe Vorschriften und Instruktionen. Andererseits hat jedoch die Gemeinde ihre ursprüngliche und eigenthümliche Rechtssphäre und hiedurch den Anspruch auf Selbstständigkeit und Selbstthätigkeit in Bezug auf ihre örtlichen Angelegenheiten. Diese ist in erspriesslicher Weise nur denkbar, wenn — unter Mitwirkung der Aufsichtsbehörden, — den Gemeinden die Ausübung autonomischer Befugnisse zugestanden wird. Diese Autonomie ist um so nothwendiger, als in den letzten Jahren die meisten Gemeindebezirke eine recht beträchtliche räumliche Ausdehnung erhalten haben und die Bevölkerung derselben disparat ist und sich fremder gegenüber steht, als es bei den früheren Gutsgemeinden der Fall war. Gegenstand der Autonomie ist die Regelung der Geschäftsverhandlung in den Gemeinde- und Ausschuss-Versammlungen, die Festsetzung der Geschäftsordnung für die Vollzugsorgane der Gemeindever-

## Viertes Hauptstück.

## Von der Gutspolizei.

## §§ 35—42.

Werden ersetzt durch den Abschnitt III des R.-R.-G. v. 9. Juni 1888 betreffend die Reorganisation der Polizei in den Baltischen Gouvernements (publ. mittels Reg.-Pat. 20. Juli 1888 № 51):\*)

«Abschnitt III. Die Rechte und Verpflichtungen der Gutsherren in Betreff der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit innerhalb der Grenzen der ihnen gehörigen Hofesländereien \*\*) auf nachstehenden Grundlagen festzusetzen:

1) Die oben bezeichneten Rechte und Verpflichtungen des Gutsherrn, und auf dem Kronsgute der von der Domänen-Verwaltung damit betrauten Person oder Behörde, bestehen in der Ausübung folgender Thätigkeiten: a) die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten und wiederherzustellen; b) auf Jahrmärkten und Märkten, in Krügen und anderen Trinkanstalten die Ordnung zu überwachen; c) bei Feuersbrünsten,

waltung, der Erlass von Vorschriften für die Verwaltung der Gemeindebesitzlichkeiten und -Nutzungen, sowie der Wohlthätigkeits- und anderen gemeinnützigen Anstalten, ferner der Erlass von Verordnungen auf dem ganzen grossen Gebiete der Wohlfahrtspflege: über Anlage und Instandhaltung von Wegen, Brücken und Dämmen, über Reinhaltung von Canälen, Gräben und natürlichen Wasserläufen, über Sicherungsmaassregeln gegen Feuersgefahr, über Armen- und Armenkrankenwesen, über Sanitätswesen u. s. f.; vergl. Städte-Ordn. v. 11. Juni 1892 Art. 108. Die L.-G.-O. enthält über die autonomen Befugnisse der Gemeinde im Art. 11 nur unklare und kurze Bestimmungen, doch kann, namentlich in Anbetracht der den Landgemeinden im Vergleich zu den Städten trotz der alten und hohen Cultur der Letzteren, gewährten grösseren Selbständigkeit, nur das Maass der Autonomie Gegenstand der Erörterung sein, nicht das Bestehen einer solchen.

Schlussbemerkung: 2. Ueber das Siegel, welches die Gemeinde-Verwaltung zu führen berechtigt ist, fehlt es an einer gesetzlichen Bestimmung. Der — aufgehobene — Art. 347 B.-V. berechtigt das Gemeinde-Gericht, damals Justiz-, Polizei- und Verwaltungsbehörde, zum Gebrauch «eines mit dem Russischen Reichswappen versehenen Siegels, in welchem als Umschrift der Name des Gutes, für welches das Gemeinde-Gericht bestellt worden, aufgenommen steht». Es dürfte nicht unangebracht sein, die Gemeinde-Verwaltungen nach Analogie der Gemeinde- und Oberbauerngerichte, zur Führung des Livländischen Greifs auf ihren Siegeln zu berechtigen. D.Hrsg.

\*) Abweichend von früher, werden in der neuesten Ausgabe — die v. J. 1892, — der Allg. Gouv.-Verf., Cod. d. Reichsges. Bd. II, ohne den ersichtlichen äusseren Grund eines besonderen gesetzgeberischen Aktes, die Ostseeprovinzen nicht mehr unter der Zahl der nach besonderer Ordnung verwalteten Gouvernements aufgeführt, sondern sind vielmehr einzeln in die grosse Zahl der in allgemeiner Ordnung verwalteten Gouvernements alphabetisch hineingestellt worden. Dementsprechend sind auch das R.-R.-G. v. 9. Juni 1888 sowie die auf die Gemeinde-Polizei Bezug habenden Artt. der L.-G.-O., wengleich die Letztere doch nur ein Gesetz temporären Charakters ist, — in die Allg. Gouv.-Verf. aufgenommen worden, und entsprechen namentlich Abschnitt III und die Artt. 1—10 des R.-R.-G. v. 9. Juni 1888 den Artt. 850—860 der Allg. Gouv.-Verf. Doch ist im Allgemeinen das angeführte R.-R.-G. unvollständig kodificirt worden. D. Hrsg.

\*\*) So die wortgetreue Uebersetzung; nach dem Inhalt des Gesetzes jedoch, sowie den Massnahmen bei seiner Einführung unterliegen der gutsherrlichen Polizeigewalt auch die verkauften Hofesländereien, also der ganze «Hofbezirk» nach dem Sprachgebrauch der L.-G.-O. D. Hrsg.

Ueberschwemmungen und sonstigen öffentlichen Calamitäten, gleichwie bei Schiffbrüchen und Bergung von Schiffsgütern (Anmerk. zum Art. 488 Handels-Ordnung, Cod. d. Reichsgesetze Bd. XI, Th. 2, Ausg. v. J. 1887) die nöthigen Anordnungen zu treffen; d) Vagabunden und Verbrecher handfest zu machen behufs deren unverzüglichen Ablieferung an die Gemeinde- oder Kreispolizei, wobei über jede Ergreifung ein besonderes Protokoll aufzunehmen ist; e) bei geringfügigen Vergehen über die Schuldigen entweder der Gemeinde- oder Kreispolizei, je nach der Hingehörigkeit, Mittheilung zu machen\*); f) alle, Gegenstände der Polizei betreffenden gesetzlichen Requisitionen der allgemeinen (Kreis- oder Stadt-) Polizei in Ausführung zu bringen, mit Ausnahme derjenigen, die Vermögens- oder andere Interessen des Gutsherrn selbst oder seiner Familienglieder berühren; g) die Mitwirkung der Gemeinde-Polizei bei innerhalb des Hofbezirks begangenen Verbrechen, zur Abwehr jeglicher Gewalt und Unordnung, gleichwie bei Feuersbrünsten, Ueberschwemmungen und anderen öffentlichen Calamitäten\*\*) zu fordern.

Anmerkung. Im Fall die allgemeine (Kreis- oder Stadt-) Polizei an den Gutsherrn eine derartige, Gegenstände der Polizei betreffende gesetzliche Requisition erlässt, welche die Vermögens- oder andere Interessen des Gutsherrn selbst oder seiner Familienglieder berührt, ist der Letztere verpflichtet, sich aller Ausführungshandlungen hinsichtlich dieser Requisition zu enthalten. In solchen Fällen werden seine Obliegenheiten, je nach der Hingehörigkeit, unmittelbar von der Kreis- oder Stadt-Polizei wahrgenommen.

1. Befehl d. Gouv.-Reg. an die Kreis-Chefs v. 28. October 1894 № 2656 (Schenschin 332): «..... Die Gouvernements-Regierung hat befunden, dass durch die geltenden Gesetze über die Organisation der Gutspolizeien (Artt. 850 ff. Bd. II Cod. d. Reichsges., Ausg. v. J. 1892, Allg. Gouv.-Verf.) diesen Polizeien die Verpflichtung zur Bewerkstelligung von Kronsbeitreibungen nicht direkt auferlegt ist; ferner, wenigleich im Pkt. 6 Art. 851 l. c. der Gutspolizei die Verpflichtung auferlegt wird, alle, Gegenstände der Polizei betreffenden gesetzlichen Requisitionen der allgemeinen Polizei in Ausführung zu bringen, so folgt daraus nicht, dass alle die Polizei betreffenden Sachen, die im Gesetz vorgesehen sind, auch Gegenstand der Obliegenheiten der Gutspolizeien, in gleicher Weise wie der allgemeinen Polizei, sind. Diese Schlussfolgerung wird, erstens, dadurch unterstützt, dass das Gesetz, indem es die allen Polizei-Beamten obliegenden gemeinsamen Verpflichtungen aufführt (Artt. 722, 725 Allg. Gouv.-Verf.), gleichzeitig hiemit die Gegenstände polizeilicher Thätigkeit noch besonders unter den verschiedenen Organen der Polizei je nach der Wichtigkeit der Gegenstände und der hiedurch bedingten schwierigeren Behandlung derselben (Art. 758—828) vertheilt, und, zweitens, dadurch, dass die Gesammtheit der im Art. 851 Bd. II direkt aufgeführten Gegenstände der Competenz speciell der Gutspolizeien zeigt, dass das Gesetz diesen Polizeien nur die Erfüllung nicht complicirter Obliegenheiten auferlegen wollte, die keine Anwendung speciell festgesetzter Formen und Ceremonien erfordert, wie

---

\*) Im Art. 39 L.-G.-O. war gesagt: «bei geringfügigen Vergehen übergiebt die Gutspolizei die Schuldigen, nach der Hingehörigkeit, entweder dem Gemeinde-Aeltesten zur Beahndung in den Grenzen der ihm eingeräumten Competenz, der Kreispolizei behufs der Bestrafung. Falls ihren rechtmässigen Anträgen von Seiten des Gemeinde-Aeltesten nicht Folge geleistet wird, wendet die Gutspolizei sich mit der bezüglichen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde (§ 32)», — jetzt die Kreispolizeiverwaltung.

\*\*) Art. 40 L.-G.-O. führte beispielsweise an: Waldbrände, Epidemien und Viehseuchen.

Solches auch selbstverständlich ist, wenn man erwägt, dass von den Vertretern der Gutspolizei, als von Personen, die durch Zufall zu diesem Amt gekommen sind, und nicht durch Wahl oder Einsetzung durch die Obrigkeit, die Kenntniss der verschiedenen Specialvorschriften nicht verlangt werden kann. Desshalb muss der den Gutspolizeien ertheilte Auftrag der zwangsweisen Ausführung von Beitreibungen, welche Inventur, Beschlagnahme und Verkauf von Vermögen voraussetzt, und durch eine ganze Reihe von Vorschriften, enthalten im Gesetz üb. d. Beitreibung in Civilsachen Bd. XVI Th. 2 Cod. d. Reichsges., Ausg. v. J. 1892, bestimmt wird, als den Kreis der Competenz der Gutspolizeien überschreitend angesehen werden....».

2. Erlass d. Gouv.-Reg. an die Kreis-Chefs v. 9. September 1895 № 3000 (Schenschin 363) verpflichtet die Gutspolizeien, «die Behändigung der Anzeigen der bei den Friedensrichter-Versammlungen angestellten Gerichtsvollzieher an ausserhalb der Städte wohnhafte Personen bäuerlichen Standes über die Bezahlung der Schuld, über die Beitreibung aus dem unbeweglichen Vermögen u. dergl. zu bewerkstelligen, soweit gleichzeitig mit der Behändigung der Anzeige keine anderweitigen Vollstreckungshandlungen vorzunehmen sind, als: Inventur oder Verkauf von Vermögen;.....»).
3. Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an die Kreis-Chefs v. 7. April 1897 № 1334: «In Anbetracht der Schwierigkeiten, welche die Accisebeamten bei der Aufbewahrung der materiellen Beweismittel oder der der Confiscation unterliegenden Waaren in Sachen der Uebertretung der Getränkesteuer-Verordnung in Krügen und anderen Verkaufsstellen gestiger Getränke ausserhalb der städtischen Ansiedelungen haben, hat der Dirigirende der Accise im Gouv. Livland mich um eine Verfügung darüber ersucht, dass die Gutspolizeien von den Accisebeamten zur Aufbewahrung diejenigen gedachten Gegenstände entgegennehmen möchten, welche als Beweismittel dienen oder der Confiscation unterliegen. In Erwägung: 1) dass in Gemässh. Artt. 1144 u. 1147 Crim.-Pr.-O. Gegenstände, welche bei der Entdeckung von Uebertretungen der Verordnungen der Kronsverwaltungen saisirt worden sind, bis zur Entscheidung der Sache unter Aufsicht der örtlichen Polizei, bei deren eigener Verantwortlichkeit, verbleiben, und 2) dass im Gouv. Livland die polizeilichen Obliegenheiten auf den Gütern von den Gutsbesitzern oder deren Stellvertretern wahrgenommen werden, welche, unter Anderem, in Krügen und anderen Trinkanstalten innerhalb ihres Bezirks die Ordnung zu überwachen haben, halte ich es dem Gesetz entsprechend, die Gutspotizeien zu verpflichten, auf Requisition der Accisebeamten diejenigen Gegenstände, welche bei der Entdeckung von Uebertretungen der Getränkesteuer-Verordnung innerhalb der Grenzen der Gutsländereien saisirt werden, aufzubewahren, und ersuche desshalb Ew. Hochwohlgeboren, an die betreffenden Gutspolizeien dahin Anordnung ergehen zu lassen, dass die Personen, welche die gutspolizeilichen Obliegenheiten wahrnehmen, die obenbezeichneten Gegenstände am Ort der Entdeckung im Bezirk der Gutspolizei zur Aufbewahrung entgegennehmen».

2) Zur Wahrnehmung der im Pkt. 1 aufgeführten Obliegenheiten werden nicht zugelassen: a) weder persönlich noch durch Stellvertreter: Bankerotteure\*\*) und Personen,

\*) S. Anmerk.\*) auf S. 179.

\*\*) d. h. bis zur urtheilsmässigen Feststellung des Charakters des Bankerotts.

D. Hrsg.

D. Hrsg.



welche durch richterliches Urtheil zur Gefängnisshaft oder einer härteren Strafe verurtheilt worden sind, und ausländische Unterthanen, und b) persönlich Frauenzimmer, Unmündige, Nichtchristen, Personen, die in Untersuchung oder unter Gericht wegen eines Vergehens sich befinden, das mit Gefängnisshaft oder einer härteren Strafe bedroht ist, und diejenigen, welche, eines solchen Vergehens wegen unter Gericht stehend, durch richterliches Urtheil nicht freigesprochen worden sind.

3) Der Gutsherr, und auf den Kronsgütern die von der Domänen-Verwaltung damit betraute Person, kann mit Genehmigung des Kreischefs seine polizeilichen Rechte und Obliegenheiten auf eine Person seiner Wahl übertragen \*), welche des Rechts der Ausübung derselben nicht beraubt ist (Pkt. 2). Die erwählte Persönlichkeit wird in der Eigenschaft eines Stellvertreters des Gutsherrn vom Kreischef bestätigt, falls dem keine gesetzlichen Hinderungsgründe entgegenstehen (Pkt. 2).

Anmerkung. Der unter Vormundschaft oder Curatel befindliche Gutsbesitzer wird von seinen gesetzlichen Stellvertretern vertreten.

4) Für die mit seinem Wissen erfolgten Handlungen seines Stellvertreters bleibt der Gutsherr verantwortlich. Doch wird seine Verantwortlichkeit, wenn die unrechtfertigen Handlungen seines Stellvertreters ohne sein Wissen erfolgt sind, nicht auf die Erstattung alles durch die Handlungen des Stellvertreters dritten Personen zugefügten Schadens ausgedehnt, sondern auf die Verpflichtung beschränkt, die dem Stellvertreter auferlegten Strafgeelder in allen den Fällen einzuzahlen, wo der Stellvertreter sie zu bezahlen nicht im Stande ist, wobei dem Gutsherrn das Recht des Regresses gegen den Schuldigen offen bleibt.

5) Die Wahrnehmung der polizeilichen Obliegenheiten des Gutsherrn geht auf den Gemeinde-Aeltesten in folgenden Fällen über: a) wenn ihm nach dem Gesetz weder persönlich noch durch Stellvertreter das Recht zur Wahrnehmung der bezeichneten Obliegenheiten zusteht (Pkt. 2); b) wenn er von der Wahrnehmung der polizeilichen Obliegenheiten entfernt, oder ihm dieselben gänzlich entzogen worden; c) wenn der von ihm erwählte Stellvertreter vom Kreischef nicht bestätigt wird, und er an seine Stelle keinen anderen, den gestellten Anforderungen entsprechenden Stellvertreter erwählt; und d) wenn er abwesend ist, ohne durch eine in vorgeschriebener Ordnung als Stellvertreter bestätigte Persönlichkeit sich vertreten zu lassen.

6) Die Wahrnehmung der polizeilichen Obliegenheiten auf Pastoraten und gemischten Gütern, die zum Theil aus Krons-, zum Theil aus Privatländereien bestehen, gebührt dem Gemeinde-Aeltesten.

7) Die polizeilichen Obliegenheiten werden vom Gutsherrn nur in Abwesenheit des Kreischefs oder seines Gehilfen wahrgenommen.

---

\*) Zu dem die gleiche Bestimmung enthaltenden Art. 36 L.-G.-O. publicirte die Commission in Livl. B.-S. zur Erfüllung eines derselben zugegangenen Antrags des General-Gouverneurs mittels Reg.-Pat. 23. Juni 1867 № 96 folgende, auch jetzt noch anwendbare Ergänzung: «dass unter dem im § 36 d. L.-G.-O. v. 19. Febr. 1866 vorkommenden Ausdruck «Gutsherr» nicht nur die Gutseigenthümer, sondern auch die Arrende- und Pfandbesitzer zu verstehen sind, und dass somit auch diesen Letzteren eo ipso das Recht, die Ausübung der Gutspolizei auf andere Personen zu übertragen zusteht, es sei denn, dass der Eigenthümer in seinem bezüglichen Arrende- oder Pfand-Contrakt eine andere Bestimmung getroffen hat».

1. Bekanntmachung d. Gouverneurs an die Kreis-Chefs v. 13. November 1893 № 10078 (publ. Gouv.-Zeitg. 15. November 1893 № 125): «Mittels Telegramms vom 12. November hat der Herr Chef der Oberverwaltung der Posten und Telegraphen mir mitgetheilt, dass er die Verfügung getroffen habe, zeitweilig im Gouvernement Livland die offizielle Correspondenz der Gutspolizeien in früherer Weise durch die Post portofrei befördern zu lassen....».
2. Cirk.-Verf. d. Gouverneurs an die Kreis-Chefs v. 8. December 1893 № 8312 (publ. Gouv.-Zeitg. 13. December 1893 № 136): «....dass portofrei von den Gutspolizeien nur nachstehende Schriftstücke befördert werden können:
  - a) die von Regierungs-Institutionen einverlangten offiziellen statistischen und andere Nachrichten;
  - b) Anzeigen und Eröffnungen, die auf die Güter von Justizbehörden und anderen Regierungs-Institutionen zur Behändigung an die im Gutspolizei-Bezirk wohnhaften Personen gesandt sind;
  - c) Berichte über Vorfälle und Vergehen, die den Polizei- und Justizbehörden einzusenden sind, sowie die durch derartige Vorfälle mit den Regierungs-Institutionen hervorgerufenen Correspondenzen.

Ausser den vorbezeichneten Ausnahmen, unterliegt die sonstige Correspondenz der Gutspolizei der Zahlung des Postporto, und werden die Zuwiderhandelnden mit einer Geldstrafe in Grundlage des Art. 1125 Strafgesetzb. und ausserdem einer Beahndung nach dem Ermessen der Gouvernements-Regierung belegt.....».

3. Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. v. 5. September 1897 № 2926 (Gouv.-Zeitg. 5. September 1897 № 94): «Die Oberverwaltung der Posten und Telegraphen hat mittels Antrags v. 9. April a. c. № 12715 dem Chef des Rigaschen Post- und Telegraphen-Bezirks zu wissen gegeben, dass der Dirig. Senat in der Entscheidung v. 29. Februar a. c. № 2368 erläutert hat, dass das Recht der Behörden und Amtspersonen, ein eignes Siegel zu führen und die offizielle Correspondenz portofrei zu befördern, auch auf die Gutspolizei in den Balt. Gouv. sich erstreckt».

8) Für Nichterfüllung der gesetzlichen Requisitionen und Anordnungen der allgemeinen Kreis- oder Stadt-Polizei und überhaupt für geringfügige Unterlassungen bei Wahrnehmung der polizeilichen Obliegenheiten, kann der Gutsherr oder sein Stellvertreter von der Gouvernements-Regierung einer Geldstrafe bis zu 25 Rbl. unterzogen werden.

9) Beschwerden über Handlungen des Gutsherrn oder seines Stellvertreters, in polizeilichen Angelegenheiten, werden innerhalb zweiwöchentlicher Frist, gerechnet vom Tage der Eröffnung der Verfügung oder der Vollstreckung derselben, wenn sie nicht eröffnet wurde, beim Kreischef angebracht, welcher sie der Gouvernements-Regierung zur Durchsicht vorstellt, indem er gleichzeitig die beklagte Verfügung aufhebt, wenn er sie für unrechtfertig hält.

- 10) Die Gouvernements-Regierung hat das Recht, den Gutsherrn oder seinen

Stellvertreter von der Wahrnehmung der polizeilichen Obliegenheiten zeitweilig zu entfernen;

Der Schluss des Pkt. 10 fällt weg, weil das über die gänzliche Entziehung der gutherrlichen Polizeigewalt entscheidende Livländische Hofgerichts-Departement für Bauer-Sachen bei der allgemeinen Justizreform d. J. 1889 aufgehoben wurde.

Regeln für d. Einführung der Verordn. üb. d. Reorganisation d. Gerichtswesens u. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889 Art. 3 Beilage § 13: «Die Beprüfung der Sachen wegen gänzlicher Entziehung der gutherrlichen Polizeigewalt wird der Gouvernements-Regierung übertragen.»

---

Abschnitt VII. . . . . Die von der Gutspolizei handelnden Artt. 35—42 d. Allerh. am 19. Febr. 1866 best. L. G.-O. für die Ostseegouv. ausser Kraft zu setzen. \*)

## Fünftes Hauptstück.

### Von der Einführung der gegenwärtigen Verordnung.

#### § 43.

Fällt weg.

Reg.-Pat. 19. Juli 1893 № 100 (R.-R.-G. 17. April 1893 betr. d. Errichtung d. Gouv.-Beh. f. B.-S. in d. Balt. Gouv.); s. zu Artt. 1104 ff. B.-V.\*\*)

---

\*) Schlussbemerkung: Die Alinea 1 des — aufgehobenen — Art. 41 L.-G.-O. lautete: «Die Gutspolizei gebraucht ein eigenes von der Kreispolizei zu bestätigendes Siegel und ist in ihrem amtlichen Schriftwechsel zum Gebrauch des Stempelpapiers nicht verpflichtet». Letzteres besteht auf Grund der Stempelsteuergesetze auch jetzt noch in Kraft, während das Siegel der Gutspolizei keiner obrigkeitlicher Bestätigung mehr bedarf.  
D. Hrsq.

\*\*) 1. Der Art. 43 lautete: «Die Entwicklung der gegenwärtigen Regeln, die Abfassung entsprechender Instruktionen und die allörtliche Einführung der neuen Ordnung, ferner die Ausgleichung der örtlichen Gesetze der Ostsee-Gouvernements mit der vorliegenden Verordnung wird den Commissionen für Bauer-Sachen unter Leitung des General-Gouverneurs auferlegt». — Durch den Namentlichen Allerhöchsten Befehl vom 25. Januar 1876 wurde die Aufhebung des Amtes eines General-Gouverneurs von Liv-, Est- und Kurland verfügt. Nach diesem durch Reg.-Pat. v. 1. März 1876 № 19 publicirten Allerh. Befehl sollte «die Verwaltung in den Gouv. Livland, Estland und Kurland nach den Regeln der allgemeinen Gouvernements-Verfassung und den besonderen, für diese Gouvernements erlassenen örtlichen gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften eingerichtet werden», (Pkt. 1), und wurde «die Vertheilung der nach den allgemeinen und örtlichen Gesetzesbestimmungen dem General-Gouverneur zugeeigneten Rechte unter die Gouverneure und die betreffenden Ministerien den Ministern, je nach der Hingehörigkeit, anheimgegeben» (Pkt. 3). Der der Kaiserlichen Approbation gewürdigte Entwurf des Ministers des Innern über diese Vertheilung, publ. mittels Reg.-Pat. v. 12. Mai 1876 № 49, — die Vertheilung im Ressort des Justizministeriums wurde mittels Reg.-Pat. v. 29. Juli 1877 № 79 bekannt gegeben, — besagt im Pkt. 8: «Die Leitung der Gouvernements-Commissionen für Bauer-

### Dritte Abtheilung.

#### Verhältniss der Dienstleute in der Bauergemeinde.

##### Dienstordnung. — Dienstvertrag.

###### § 349.

Die Livländischen Bauergemeindeglieder sind befugt, sich einem Jeden, wess Standes er auch sei, in Dienst zu verdingen und mit ihm darüber einen Vertrag einzugehen, und sind sie verpflichtet, ihre im Vertrage übernommenen Verbindlichkeiten mit möglichstem Eifer und Pünktlichkeit zu erfüllen.

###### § 350.

Als Dienstvertrag ist jede Vereinbarung anzusehen, in welcher persönliche Arbeiten oder Verpflichtungen ausbedungen werden, ohne Unterschied, ob der Lohn für diese Leistungen in Geld, Naturalien oder in zur Nutzung eingeräumtem Lande besteht. In letzterem Falle müssen jedoch die gesetzlichen Vorschriften beobachtet werden und namentlich darf das eingeräumte Land hinsichtlich seiner Ausdehnung das im § 151 festgesetzte Maximum nicht überschreiten.

###### § 351.

Die in einem Dienstvertrage ausbedungenen persönlichen Leistungen können sein solche:

- a) welche das ganze Jahr hindurch entweder ununterbrochen fortlaufend oder in bestimmten, regelmässig sich folgenden Zeitabschnitten geleistet werden;
- b) welche nur zu gewissen Zeiten oder

---

Sachen, nach § 43 der Landgemeinde-Ordnung, bei Erfüllung der ihnen auferlegten Verpflichtung bezüglich der Entwicklung der Regeln dieser Verordnung, der Abfassung von Instruktionen, der Einführung der erwähnten Regeln und der Ausgleichung der betreffenden örtlichen Gesetze mit der Landgemeinde-Ordnung, geht in Anbetracht dessen, dass die genannten Commissionen unter dem Präsidium der Gouverneure stehen, auf den Minister des Innern über». Die auf Grund des Art. 43 L.-G.-O. ergangenen ministeriellen Erlasse sind in diesem Buch an den geeigneten Stellen mitgetheilt worden. Seit dem Inkrafttreten der Regeln üb. d. Gouv.-Behörden f. B.-S. v. 17. April 1893 (Reg.-Pat. 19. Juli 1893 № 100) gehört «die Aufstellung von geeigneten Regeln, um den gesetzmässigen Gang der bauerlichen Angelegenheiten zu sichern und die Ergreifung aller zu diesem Zweck nothwendigen Massregeln auf dem Verordnungswege», — zum Macht-kreis der neuen Gouvernements-Behörde, aber freilich fortan getrennt für jede Provinz.

2. Die Vollzugs-Instruktion zur L.-G.-O. ist mit ihren Ergänzungen in Beil. F wieder-gegeben worden. D. Hrsg.

- c) jeder Zeit, nach Verlangen des Dienstherrn oder aber des Dienenden, gegen jedesmaligen zum vorausbestimmten Lohn zu prästiren sind;
- d) solche, welche zu gewissen Zeiten, auf Verlangen des Dienstherrn, gegen einen, dem Dienenden zu überlassenden bestimmten Antheil an dem verarbeiteten Gegenstände oder dem Ernteertrage zu leisten sind, und
- e) welche in gewissen festgesetzten Arbeiten zu leisten sind.

### § 352.

Dienstlöhnung durch zur Nutzung eingeräumtes Land kann Hofesknechten Seitens des Gutsherrn nur auf dem Hofes-, nicht aber auf dem Gehorchslande angewiesen werden.

### § 353.

Pächter und bauerliche Grundeigenthümer dürfen nur diejenigen ihrer Knechte mit Land lohnen, welche ihnen das ganze Jahr hindurch ununterbrochen oder in bestimmten, regelmässig sich folgenden Zeitabschnitten Dienste zu leisten haben. Für alle sonstigen Leistungen aber ist die Anweisung von Land als Dienstland verboten. Findet die Landanweisung auf dem Buschlande statt, so darf die Nutzung desselben Seitens der Arbeiter nur in der Weise und Ausdehnung geschehen, welche dem Dienstherrn selbst für die Nutzung des Buschlandes gestattet ist.

### § 354.

Bei den Dienstverträgen sind zu unterscheiden:

- 1) Verträge innerhalb des Gutes, d. h. Dienstcontracte, nach welchen der Dienstbote seinen Wohnort innerhalb der Grenzen des Gutes behält.
- 2) Dienstverträge ausserhalb des Gutes, auf Grund deren der Dienstbote seinen Wohnort ausserhalb der Grenzen des Gutes, zu welchem er gehört, zu nehmen verpflichtet ist.

## Dienstverträge ausserhalb der Gemeinde.

### §§ 355 u. 356.

Fallen weg.

Reg.-Pat. 27. Juli 1894 № 99 (Passgesetz 3. Juni 1894) — s. in Beilage D.\*)

### § 357.

Alle Dienstverträge, welche innerhalb des Gutes abgeschlossen werden, haben für die Dienstboten, wie für die Dienstherrn gleichartige Rechte und Ver-

---

\*) In der bezeichneten Beilage sind die Bestimmungen des R.-R.-G. v. 3. Juni 1894 und des Passgesetzes vom selben Datum, soweit dieselben auf livländische Bauern Bezug haben, im Zusammenhange wiedergegeben worden.  
D. Hrsg.

pflichtungen. In Grundlage dessen hat der Hof für seine Dienstleute, ganz ebenso wie die auf Hofesland ansässigen Wirthe oder andere Dienstherren für ihre Knechte, dieselbe Beisteuer zu der Armen-Unterstützung, . . . . *den Unterhalt der Gemeinde-Beamten* u. s. w. nach der Zahl der Dienstboten zu zahlen, welche die auf dem Gehorchslande ansässigen Pächter für ihre Knechte zu entrichten haben.

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag d. General-Gouverneurs).

2. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv., v. 9. Juli 1889.

## §§ 358—366.

Fallen weg.

Reg.-Pat. 27. Juli 1894 № 99 (Passgesetz 3. Juni 1894) — s. in Beilage D.

## § 367.

Nur solche Personen können sich als Dienstboten verdingen, welche frei über sich zu verfügen berechtigt sind; also Kinder, die unter väterlicher Gewalt stehen, nicht ohne Einwilligung des Vaters, Minderjährige, nicht ohne Genehmigung ihrer Vormünder, verheirathete Frauen, nicht ohne Zustimmung ihrer Männer und Personen, die in Diensten stehen und sich anderwärts verdingen wollen, nicht ohne vorgängigen Beweis darüber, dass ihre Dienstzeit abgelaufen ist, oder dass sie von ihren Dienstherren entlassen worden sind.

## § 368.

Wer Dienstsuchende ohne den im vorigen § vorgeschriebenen Beweis über ihre Befugniss, sich zu verdingen, annimmt, wird mit einer Polizeistrafe oder mit einer Geldstrafe von 2 Rbl. S. zum Besten der Gemeinde-Armencasse belegt.

## § 369.

Dienstverträge werden entweder schriftlich verfasst, oder durch Verabredung vor zwei Zeugen, oder endlich durch Auszahlung und Entgegennahme eines Handgeldes vollzogen. Das eigene Geständniss vor Gericht ist hinlänglich, dem Vertrage seine Kraft zu geben.

## § 370.

Bei solchen Verträgen müssen der verabredete Lohn, die Dauer des Dienstes und die Art der dem Dienstboten auferlegten Arbeiten oder Beschäftigungen genau bestimmt sein.

## § 371.

Das Handgeld, dessen Betrag von freier Uebereinkunft abhängt, wird in der Regel von dem Lohn abgerechnet; es kann aber keiner beider Theile sich durch Entsagung oder Zurückgabe des Handgeldes von dem Dienstvertrage entbinden.

## Dienstverträge innerhalb der Gemeinde und des Gutes.

### § 372.

Fällt weg.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag d. General-Gouverneurs).

### § 373.

Der Termin für den Dienstantritt hängt von der gegenseitigen Uebereinkunft ab, es sind beide Theile verpflichtet, diesen Termin genau zu beobachten. Wird daher der Dienstherr genöthigt, den angenommenen Dienstboten aufzusuchen, weil derselbe an dem Tage, an welchem er seinen Dienst antreten sollte, ausgeblieben ist, so hat ein solcher die dadurch verursachten Schäden und die Kosten für das Nachschicken zu vergüten, oder er muss, falls der Dienstherr ihn nicht mehr behalten will, ausser der Zurückerstattung des empfangenen Handgeldes und ausser dem Schadenersatze einen Rubel S. M. in die *Gemeindekasse* zahlen; sobald er nicht zu zahlen vermag, muss er den Betrag abarbeiten. Beweiset er indess, dass er ohne seine Schuld, den Dienst anzutreten verhindert worden, so muss der Dienstherr mit der Zurückgabe des Handgeldes sich begnügen. Meldet aber der Dienstbote sich zu gehöriger Zeit und der Dienstherr weigert sich ihn anzunehmen, so muss er den Dienstboten so schadlos halten, als wenn derselbe vor der Zeit ohne rechtlichen Grund entlassen wäre.

Wohlfahrts-Reg. für d. Balt. Landgemeinden v. 11. Juni 1866 (Reg.-Pat. 29. August 1866 № 77) Art. 10.

### § 374.

Gleiche Strafe mit dem ausbleibenden leidet derjenige Dienstbote, welcher bei mehreren Hausherren zugleich sich verdingt. In diesem Falle behält ihn der, von welchem er das erste Handgeld genommen.

### § 375.

Der Dienstherr kann jedoch von dem Vertrage vor Antritt des Dienstes aus eben den Gründen abgehen, aus welchen er berechtigt sein würde, den Dienstboten vor Ablauf der Dienstzeit zu entlassen (s. § 386), welchenfalls er das gegebene Handgeld auch zurückfordern kann.

### § 376.

Wer eines andern Dienstboten zu sich lockt, wird auf erhobene Klage je nach den Umständen mit Polizei- oder Geldstrafe belegt.

## § 377.

Der Dienstbote muss treu, friedfertig, aufmerksam, bescheiden und gehorsam sich betragen, den Schaden des Dienstherrn überall, auch ausser dem Dienst, zu verhüten suchen, ohne desselben Erlaubniss sich nicht entfernen, allen häuslichen Anordnungen sich unterwerfen und auch andere Dienste ausser denen, zu welchen er sich besonders verpflichtet hat, verrichten, insofern solches nicht ausdrücklich anders verabredet worden.

## § 378.

Fügt der Dienstbote seinem Herrn vorsätzlich oder aus grobem Versehen oder auch durch Uebertretung ausdrücklicher Befehle Schaden zu, so muss er denselben entschädigen. Diese Entschädigung findet statt durch Abzug vom Lohne, sobald aber die Dienstzeit bereits abgelaufen ist, durch verhältnissmässige unentgeltliche Dienstleistung.

## § 379.

Lohn und Beköstigung des Dienstboten hängen von freier Uebereinkunft bei der Vermiethung ab. Erkrankt der Dienstbote während der Dienstzeit, so kann der Dienstherr, falls er genöthigt ist, einen anderen an seine Stelle zu mietzen, ihm den Lohn für die Dauer der Krankheit abziehen, muss aber gleichwol an nöthiger Kost und Pflege es ihm nicht fehlen lassen.

## § 380.

Die Dienstherrschaft darf den Dienstboten in keiner Weise an Abhaltung seines häuslichen oder öffentlichen Gottesdienstes behindern.

## § 381.

Fällt weg.

Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

## § 382.

Ist weder vom Dienstherrn noch vom Dienstboten der Vertrag gekündigt, so wird er auch nach Ablauf der verabredeten Dienstzeit als stillschweigend auf eben so lange erneuert angesehen, als die abgelaufene Dienstzeit bestimmt war: jedoch kann in dem Falle, dass der Dienstcontract auf mehrere Jahre abgeschlossen gewesen wäre, derselbe als nur noch auf ein Jahr fortdauernd angesehen werden. Uebrigens soll jede Aufkündigung gegenseitig, bei jähriger Dienstzeit zwei Monate vor Ablauf des Dienstjahres und bei monatlicher Dienstzeit vierzehn Tage vor Ablauf des Dienstmonats erfolgen, es wäre denn, dass die Contrahenten desfalls anderweitige Verabredung getroffen hätten.



## § 383.

Kein Dienender hat das Recht, vor Ablauf der verabredeten Dienstzeit den Herrn ohne dessen Bewilligung zu verlassen, und auch dann, wenn er zum Aufgeben des Dienstes etwa Ursache hat, muss er die Ursache vor Gericht antragen und desfallsige Entscheidung abwarten, widrigenfalls er nicht nur das empfangene Handgeld zurückzahlt, sondern auch noch so viel dazu, als ihm an Lohn versprochen worden, sobald der Dienstherr ihn nicht wieder nehmen will.

## § 384.

Der Dienstherr darf dem Dienenden den verdienten Lohn nicht vorenthalten, muss ihn, falls er die Beköstigung übernommen, mit gesunder Kost versehen und soll seine vertragsmässige Gewalt über den Dienenden überhaupt nicht missbrauchen; ein entgegengesetztes Benehmen wird als Bruch des Vertrages von Seiten des Dienstherrn angesehen, und giebt dem Dienstboten das Recht, auf Vernichtung des Dienstvertrages bei Gericht anzutragen, oder auf Abstellung der Beschwerde zu klagen.

## § 385.

Giltige Ursachen, derentwegen ein Dienstbote auch ohne Aufkündigung und vor Ablauf der verabredeten Dienstzeit seine Herrschaft verlassen kann, sind: Misshandlung und übermässige Härte, böse Zumuthung von Seiten der Herrschaft oder Hausgenossen, verweigerter Unterhalt, Reise der Herrschaft in ferne fremde Länder und eigene schwere Krankheit. Nur muss solchenfalls der abgehende Dienstbote sogleich dem Gemeindegerichte die Ursache, die ihn zum Fortgehen veranlasse, anzeigen und erweisen. Der Dienstbote kann in eben der Art vor verabredetem Termin, sobald er (je nachdem die Miethzeit verabredet war) zwei Monate oder 14 Tage vorher aufgesagt hat, seine Herrschaft verlassen, wegen unordentlicher Bezahlung des Lohnes, wegen öffentlicher Beschimpfung durch die Schuld der Herrschaft, oder wenn sich ihm Gelegenheit zur Uebernahme einer eigenen Wirthschaft eröffnet. Weiblichen Dienstboten ist solches überdies gestattet, wenn sie zu heirathen gedenken.

## § 386.

Giltige Ursachen, aus welchen der Dienstherr das Recht hat einen Dienstboten vor der stipulirten Zeit mit Zurückbehaltung des demselben für die ganze noch übrige Zeit zustehenden Lohnes zu entlassen, sind: beharrlicher Ungehorsam und Widerspenstigkeit bei Erfüllung der Befehle des Dienstherrn, vorsätzliche Versäumung des Dienstes, bösllich dem Herrn zugefügter Schaden, ansteckende durch ausschweifendes Leben entstandene Krankheit, Störung der häuslichen Ruhe des Dienstherrn, durch anstössigen und liederlichen Lebenswandel oder Trunkenheit, gänzliche Unfähigkeit zum übernommenen Dienst, den

Dienstherrn oder seine Familie beleidigende Reden und Handlungen, Borgen auf der Dienstherrschaft Namen, wiederholte Unvorsichtigkeit mit Feuer, unzuchtiges Leben unverheiratheter Frauenzimmer. Der Dienstherr kann gleichfalls vor der stipulirten Zeit entlassen werden, wenn eine Veränderung in den häuslichen Umständen der Dienstherrschaft seine Entlassung nothwendig macht; jedoch wird in diesem Falle demselben der volle Lohn, wiewol ohne Berechnung der etwa verabredeten Kost ausgezahlt.

## § 387.

Verstösst der Dienstherr ohne genügende Ursache den Dienstherrn, so ist er zur Auszahlung des vollen Lohnes und zur Ertheilung des Abschiedspasses verpflichtet, der Dienstherr aber berechtigt, sich anderweitig zu verdingen.

## § 388.

Der abziehende Dienstherr ist schuldig, alles was ihm zum Gebrauch in seinen Geschäften oder sonst seiner Aufbewahrung anvertraut worden, dem Dienstherrn richtig wieder abzuliefern und das Fehlende durch Abzug von seinem Lohne oder unentgeltliche Dienstleistung zu ersetzen.

## § 389.

Hat der Gutsherr auf seine Kosten einen minderjährigen Dienstherrn mit dessen Eltern oder Vormünder Einwilligung ein Handwerk, Buchhalterei oder sonst etwas Nützliches erlernen lassen, so muss ein solcher Dienstherr die darauf gewandten Kosten vor seinem Abgange erstatten oder abdienen.

## § 390.

Bei dem Abzuge ist der Dienstherr, falls er kein Bauer ist, dem Dienstherrn einen schriftlichen Abschied und ein der Wahrheit gemässes Zeugniß über sein Verhalten während des Dienstes zu ertheilen schuldig.

## § 391.

Verweigert der Dienstherr unrechtfertiger Weise diesen schriftlichen Abschied und das Zeugniß, oder legt er in ihnen dem Dienstherrn ungegründete Anschuldigungen zur Last, die ihm in seinem dienstlichen Fortkommen hinderlich sind und welche er auf erhobene Klage nicht wahr zu machen vermag, so fertigt *der Commissar für Bauersachen* das Attestat aus.

Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv., B, v. 9. Juli 1889.

## § 392.

Hat hingegen der Dienstherr einem Dienstboten, welcher sich grober Laster und Veruntreuungen schuldig gemacht, das Gegentheil gegen besseres Wissen bezeugt, so muss er für allen, einem Dritten daraus entstehenden Schaden aufkommen. Dieser Schadenersatz darf jedoch nicht über 100 Rubel S. M. betragen.

## § 393.

Dienstboten der Bauer-Wirthe oder Pächter erhalten, wenn sie die Gemeinde verlassen, vom Gemeinde-*Aeltesten* ein Attestat über ihre Führung und ihren Lebenswandel.

1. Reg.-Pat. 30. Aug. 1867 № 115 (Antrag des General-Gouverneurs).

2. Reg.-Pat. 14. Juni 1878 № 39 (Bekanntmachung d. Commission f. B.-S.).

## § 394.

Wenn ein Dienstherr mit Tode abgeht, so steht es den Erben frei den von ihrem Erblasser mit dem Dienstboten eingegangenen Vertrag fortdauern zu lassen oder aufzuheben, im letzteren Falle sind die Erben bei Entlassung des Dienstboten gehalten, diesem seinen Lohn bis zum Ende des laufenden Miethjahres oder der monatlichen Miethzeit zu bezahlen, jedoch ohne Berechnung einer Entschädigung für die kontraktlich dem Dienstboten zugestandene Kost.

---

## **Beilage Lit. A.**

(zu § 2).

### **Instruction zur Anfertigung neuer Wackenbücher.**

Wird ersetzt durch die mittels Reg.-Pat. 3. Juni 1870 № 13 publicirte, vom General-Gouverneuren bestätigte, abgeänderte Instruction zur Anfertigung neuer Wackenbücher nebst Schema für die Anfertigung solcher Wackenbücher.

### **„Instruction zur Anfertigung neuer Wackenbücher.**

Die Wackenbücher sind in allen ihren wesentlichen Theilen nach der, durch das Patent der Livländischen Gouvernements-Verwaltung vom 10. März 1854 № 28 für dieselben verordneten Form anzufertigen, jedoch mit Weglassung derjenigen Bestimmungen, die entweder durch die Gesetzgebung Derogation erhalten haben, oder durch Gewohnheit antiquirt sind. Hinsichtlich der Form der Wackenbücher ist demgemäss Folgendes zu beobachten.

#### **§ 1.**

Das Wackenbuch besteht aus der Angabe des taxationsmässigen Werths der Ländereien, sowie aus der, derselben anzuhängenden Bestimmung über die Leistung der onera publica (Litt. A, C und D der allgemeinen Bestimmungen der früheren Wackenbücher).

Anmerkung. Die Angabe des „Debet der Leistungen“ sowie „der Vergütung für die Station, Rossdienst, Schiess- und Balkengelder“ und die „Reglements hinsichtlich der Frohnerhebung“ wie sie in den bisherigen Wackenbüchern sich vorfinden, haben in Zukunft wegzufallen.

#### **§ 2.**

Die Gutsbeschreibung, welche in den bisherigen Wackenbüchern vorausgeschickt wurde, ist an derselben Stelle und in derselben Weise auch bei den in Zukunft anzufertigenden Wackenbüchern anzubringen.

## § 3.

Die Angabe des taxationsmässigen Werths der abzuschätzenden Ländereien, mögen dieselben nun zum Gehorchslande oder steuerpflichtigen Hofeslande gehören, ist genau nach den Grundsätzen und in derselben Form anzufertigen, wie sie in den bisherigen Wackenbüchern beobachtet worden. Nur die Rubrik zur Angabe des gesetzlichen und gegenwärtigen Inventariums, sowie über die Zahl der arbeitsfähigen Menschen sind bei Anfertigung der Wackenbücher in Zukunft ganz wegzulassen, weil es nach den gegenwärtigen Gesetzen keine vorgeschriebene Zahl der arbeitsfähigen Menschen und keinen bestimmten Massstab für ihren Vermögenszustand giebt.

## § 4.

Hierauf muss das Wackenbuch folgende Bestimmung erhalten:

die öffentlichen und Gemeinde-Abgaben, soweit dieselben auf dem Lande ruhen, sind von dem Inhaber des Gesindes, nach Massgabe der Thalergrösse des letzteren und in Grundlage der bestehenden Gesetze und Verordnungen zu leisten.

## § 5.

Es müssen die Wackenbücher gleichzeitig in wenigstens zwei Exemplaren angefertigt werden, von welchen eines in deutscher Sprache dem örtlichen Kirchspielsgerichte zu übergeben, und ein zweites in der örtlichen Volkssprache zum Gebrauch des Gutsbesitzers und der betreffenden Gemeinde-Verwaltung bestimmt ist. Hierbei ist es dem Belieben des Gutsherrn anheim gestellt, zu seinem bequemen Gebrauch auf seine Kosten sich noch ein drittes Exemplar in deutscher Sprache anfertigen zu lassen.“

1. Verfügen d. Commission in Livl. B.-S. 7. October 1887\*) „..... Nachdem *der Commissar f. B.-S.* sich darüber vergewissert hat, dass das neue, nach der von der Commission in Livl. B.-S. festgesetzten Form angefertigte, Wackenbuch von einem vereidigten Landmesser beglaubigt worden ist und dass die dem Wackenbuch beigefügte, von einem vereidigten Landmesser angefertigte und beglaubigte Charte mit dem Wackenbuch übereinstimmt, citirt er zur Verhandlung der Sache den Gutsbesitzer oder dessen Bevollmächtigten, den Gemeinde-Aeltesten, diejenigen Wirthe, von deren Gesinden im vorgestellten Wackenbuche die Rede ist, sowie den Landmesser, der das Wackenbuch angefertigt hat. Im Fall, dass Seitens der Betheiligten die Richtigkeit der Grenzen zwischen dem Hofes-, Quoten- und Bauerlande angestritten wird, *verfährt der Commissar in der im Art. 8 Pkt. d Zeitw. Reg. v. J. 1889 angegebenen Weise und stellt das Resultat seiner Untersuchung, zusammen mit seinem Gutachten, der Gouv.-Beh. f. B.-S. vor.*

Wenn Seitens der Betheiligten die Richtigkeit der Messung oder der Taxation der

---

\*) Dieses Verfügen habe ich dem im J. 1889 von der Commission in Livl. B.-S. herausgegebenen «Kurzen Leitfaden für die Commissare f. B.-S.» entnommen, weil eine Original-Ausfertigung des Verfügens nicht zu erlangen war und mir von autoritativer Seite gesagt wurde, dass dasselbe materiell nicht verändert worden sei.

Ländereien angestritten wird, so trifft *der Commissar*, nach Entgegennahme der Erklärung des die Messung ausführenden Landmessers, auf Antrag der Betheiligten, Veranstellung wegen Ausführung einer Verifikation der Messung und Taxation der Ländereien durch den Gouvernements-Landmesser oder einen auf dessen Verfügung abkommandirten Kreis-Landmesser.

Die Ausgaben dieser Abkommandirung müssen im Voraus von der unzufriedenen Partei entrichtet werden, welche, falls die Sache zu ihren Gunsten entschieden wird, die Erstattung derselben in festgesetzter Ordnung beanspruchen kann.

Erfolgten Seitens der Betheiligten keine wesentlichen Einwendungen wider das Wackenbuch und die Messung, so nimmt *der Commissar* ein Protokoll auf, welches von allen Betheiligten unterzeichnet wird. Im Fall Letztere das Protokoll zu unterzeichnen nicht Willens sind, muss dieser Umstand unter Darlegung der Gründe, im Protokoll vermerkt werden. Dieses Protokoll, gleichwie auch das neue Wackenbuch, stellt *der Commissar* hierauf dem Landraths-Collegium zur Verifikation vor. *Der Commissar* kann erst dann das Wackenbuch bestätigen, wenn das Landraths-Collegium ihm das Wackenbuch zurücksendet mit dem Vermerk, dass der Bestätigung desselben keine Hinderungsgründe entgegenstehen, sowie mit der Bescheinigung darüber, dass die im Wackenbuch enthaltenen Angaben über die Ausdehnung und Taxation der Ländereien in das Grundsteuerbuch eingetragen worden sind. Erfolgt im Laufe eines Monats vom Landraths-Collegium keine Antwort, so kann *der Commissar* zur Bestätigung des Wackenbuchs schreiten ohne die oben erwähnten Vermerke und Bescheinigungen.

2. Bekanntmachung d. Commission in B.-S. v. J. 1888 № 74 (Gouv.-Zeit. 13. Januar 1888 № 4): «..... dass das Recht der Neuvermessung und Neukatastrirung eines Landstücks, in Grundlage der Livl. B.-V. v. J. 1860, dem Eigenthümer des Gutes ebenso wohl zusteht, wie dem Gutsherrn, und dass keinerlei Hinderungsgründe dem im Wege stehen, dass die Kirchspiels- und Kreisgerichte\*) auf Bitte des bürgerlichen Eigenthümers eine solche Neukatastrirung bestätigen und den ergänzenden Vermerk im betreffenden Wackenbuche beglaubigen.»

3. Erlass d. Gouverneurs 9. Februar 1890 № 1320 (Gouv.-Zeit. 9. Februar 1890 № 17)\*\*): «Zur Vermeidung von Verzögerungen und mancherlei Missverständnissen bei der Bestätigung von Wackenbüchern, sowie Beglaubigung und Corroboration von Kauf- und Pachtkontrakten über Landstellen, halte ich es für nothwendig, zur allgemeinen Wissenschaft zu bringen, dass in Grundlage der Gesetze v. 14. September 1885 und 9. Juli 1889 sämtliche neuangefertigten Wackenbücher oder wenigstens ein Exemplar derselben und zwar namentlich dasjenige, welches dem örtlichen Commissaren vorgestellt wird, in russischer Sprache abgefasst sein muss. Das andere für die Gemeinde-Verwaltung oder den Gutsbesitzer bestimmte Exemplar kann in einer der örtlichen Sprachen abgefasst sein. Endlich ist es dem Belieben des Gutsbesitzers noch anheimgestellt, zu seinem bequemen Gebrauch und auf seine eignen Kosten noch ein Exemplar in deutscher oder einer sonstigen Sprache abfassen zu lassen. Gleichfalls in russischer Sprache müssen die Contrakte abgefasst sein, welche dem Gesetz nach den Commissaren zur Corroboration oder Beglaubigung vorzustellen sind, sowie die den Contrakten und Wackenbüchern beigefügten Pläne und Charten\*\*\*) wobei es nicht verwehrt ist, diesen Contrakten eine Uebersetzung in den örtlichen Sprachen beizufügen.»

\*) Jetzt der Commissar f. B.-S.

\*\*) Ueber diesen Erlass s. die Vorbemerkung.

\*\*\*) Cirk.-Erlass d. Gouverneurs an d. Commissare f. B.-S. 31. October 1890 № 217 (Schen-schin 102): «... In Erläuterung meines obenangeführten Erlasses (d. i. vom 3. Februar 1890 № 1320) theile ich den Herren Commissaren mit, dass bis zum 20. November 1889 in deutscher Sprache oder

D. Hrsg.

D. Hrsg.

4. Reg.-Pat. 10. April 1895 № 18 (Journal-Verfügen d. Gouv.-Reg. v. 28. März 1895 № 373): «..... dass in den Plänen und Messdokumenten, welche bei der Ausführung von Messungsarbeiten jeder Art im Gouv. Livland von den Landmessern anfertigt werden, die Flächenausdehnung des Landes, in Grundlage der Anmerk. 2 zu Pkt. 10 Beil. zu Art. 492 Messgesetze, Ausg. v. J. 1893, in Russischen Maassen angegeben sein muss und danach auch in den örtlichen Maassen, wobei zur Richtschnur zu nehmen ist: dass eine Dessätine gleich ist 2,<sup>94</sup> Lofstellen oder 2 Lofstellen 23<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Kappen; eine Lofstelle gleich 0,<sup>34</sup> Dessätinen oder 816,<sup>32653</sup> Quadratfaden oder 816 Quadratfaden 16 Quadratfuss; eine Kappe gleich 0,<sup>0136</sup> Dessätinen oder 32,<sup>653</sup> Quadratfaden oder 32 Quadratfaden 32 Quadratfuss; eine schwedische Elle gleich 2 russischen Fuss und eine schwedische Quadratelle gleich 4 russischen Quadratfuss.»

---



---

in einer der örtlichen Mundarten angefertigten Charten und Pläne sowol bei der Bestätigung der Wackenbücher, als auch bei der Bestätigung und Beglaubigung sonstiger Verträge entgegengenommen werden können, unter der Bedingung jedoch, dass auf diesen Charten und Plänen, ausser den in den örtlichen Sprachen gemachten Eintragungen, alle dieselben Eintragungen durchaus auch in russischer Sprache gemacht werden.....»

D. Hrsq.

# Wackenbuch

für das

**im NN Kreise und NN Kirchspiele belegene private Gut NN.**

1870.



## Beschreibung des Gutes.

### I.

Der gegenwärtige Besitzer des Gutes ist der dimittirte Herr Kreisdeputirte NN, der dasselbe aus dem Concourse des weiland Herrn Staatsraths und Ritters NN im Jahre Tausend achthundert drei und vierzig für die Summe von X Rubel Silber erstanden.

### II.

Die Seelenzahl nach der letzten Reichsseelen-Revision vom Jahre 18.. besteht in X männlichen Seelen. Die Haakengrösse nach der letzten Haaken-Revision in X Haaken. Der Werth der gesammten in Thalerwerth veranschlagten Ländereien nach specieller Messung und Taxation beträgt sechs und neunzig Thaler sechs und sechszig siebzehn einhundert zwölftel Groschen, wovon — Thaler — Groschen zum Gehorchslande — Thaler — Groschen zum steuerpflichtigen, und — Thaler — Groschen zum steuerfreien Hofeslande gehören.

### III.

Die Hofesfelder im Betrage von X Lofstellen sind von mittlerer Beschaffenheit, die der Hoflage N im Betrage von X Lofstellen gut.

### IV.

Die Heuschläge im Betrage von — Lofstellen sind künstlich bewässert und sehr ergiebig, — die Viehweide ist trocken und gut.

### V.

An Brennholz hat das Gut seinen Bedarf, — an Bauwald leidet es wohl Mangel.

### VI.

Ausser der Hofesschenke und einer kleinen Sägemühle hat das Gut keinerlei Appertinentien.

# **Taxation**

**der gesammten in Thalerwerth veranschlagten Ländereien.**

### Gesetzliche Taxe,

nach welcher in Folge der im Jahre 1809 Allerhöchst bestätigten Taxations-  
Tabellen die Bauerländereien in Geld-Anschlag gebracht werden \*).

	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.	
	Tonnstellen.		Tonnstellen.		Tonnstellen.		Tonnstellen.	
	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.
Garten. . . . .	1	—	—	75	—	60	—	45
Ackerland . . . . .	1	—	—	75	—	60	—	45
Buschland . . . . .	—	30	—	25	—	20	—	15
Heuschlag . . . . .	—	16 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	—	11 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	—	8 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	—	5 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>

\*) Die angeführten Taxations-Tabellen sind weiter unten sub I wiedergegeben. D. Hrsg.

Nummer.	Namen der Gesinde*)	Livländisches Maass.										Russisches Maass.			Thalerwerth der Ländereien.		
		Grade.	Garten.		Brustacker.		Buschland.		Heuschlag.		Impedimente und sonstige nicht veranschlagte Ländereien.	Dessätinen.	Q.-Faden.	Q.-Fuss.	Thaler.	Groschen.	
			Lofst.	Kap.	Lofst.	Kap.	Lofst.	Kap.	Lofst.	Kap.							Lofst.
1.	<b>Gehorchsland.</b>																
	<b>Leyes-Rentze.</b>																
	Garten . . . . .	2	—	12	—	—	—	—	—	—	—	1240	40	—	70 <sup>30</sup> / <sub>112</sub>		
		3	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Brustacker . . . . .	2	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
		3	—	—	16	—	—	—	—	—	11	1355	5	15	85 <sup>80</sup> / <sub>112</sub>		
		4	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Buschland . . . . .	3	—	—	—	15	—	—	—	—	26	2122	2	10	— <sup>48</sup> / <sub>112</sub>		
		4	—	—	—	64	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Heuschlag . . . . .	2	—	—	—	—	—	28	10	—	—	—	—	—	—	—	
	3	—	—	—	—	—	10	3	—	13	277	27	3	19 <sup>41</sup> / <sub>112</sub>			
	4	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—		
	Weideland . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	2	914	14	—		
	Koppel . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	816	16	—		
	Wald . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	10	—	3	963	13	—		
	Hofraum . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	—	751	1	—		
	Antheil am Salle-See	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	1	48	48	—		
	Impedimente . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	—	1730	30	—		
	Summa	—	1	13	34	—	79	1	38	14	24	1	60	620	20	29	85 <sup>89</sup> / <sub>112</sub>
I.	<b>Steuerpflichtiges Hofesland (Quote). Stinke.</b>																
	Garten . . . . .	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	816	16	—	53 <sup>64</sup> / <sub>112</sub>		
		3	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Brustacker . . . . .	2	—	—	17	—	—	—	—	—	10	555	5	13	86 <sup>16</sup> / <sub>112</sub>		
		3	—	—	8	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Buschland . . . . .	3	—	—	—	10	2	—	—	—	12	2285	35	4	84		
		4	—	—	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Heuschlag . . . . .	2	—	—	—	—	—	21	—	—	—	—	—	—	—	—	
		3	—	—	—	—	—	7	12	—	9	1648	48	2	33 <sup>93</sup> / <sub>112</sub>		
	Weideland . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	8	3	2	1828	28	—	—	
	Koppel . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	1	23	—	1567	17	—	—		
	Wald . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	8	—	2	1730	30	—	—		
	Hofraum . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	816	16	—	—		
	Impedimente . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	2	6	—	1828	28	—	—		
	Summa	—	1	—	30	2	38	2	28	12	21	7	40	1077	27	21	77 <sup>61</sup> / <sub>112</sub>
A.	<b>Schatzfreies Hofesland.</b>																
	Hofeskrug Woiwako.																
	Garten . . . . .	3	—	11	—	—	—	—	—	—	—	359	9	—	18 <sup>96</sup> / <sub>112</sub>		
		3	—	—	7	23	—	—	—	—	3	48	48	4	10 <sup>32</sup> / <sub>112</sub>		
		4	—	—	—	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Brustacker . . . . .	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
		4	—	—	—	13	16	—	—	—	4	1534	34	1	56 <sup>16</sup> / <sub>112</sub>		
	Buschland . . . . .	3	—	—	—	—	—	6	5	—	—	—	—	—	—	—	
		4	—	—	—	—	—	7	—	—	4	1175	25	—	65 <sup>55</sup> / <sub>112</sub>		
	Heuschlag . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Koppel . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	1	18	—	1404	4	—	—		
	Krugsplatz . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	163	13	—	—		
	Weideland . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	848	48	—	—		
	Impedimente . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	1	7	—	1044	44	—	—		
	Summa	—	—	11	8	22	13	16	13	5	4	6	13	1779	29	6	60 <sup>87</sup> / <sub>112</sub>

\*) Die mittels Reg.-Pat. 3. Juni 1870 № 43 publicirte Form ist zu Gunsten der gegen-

## Allgemeine Bestimmungen.

### A.

Die öffentlichen und Gemeinde-Abgaben, soweit dieselben auf dem Lande ruhen, sind von dem *Inhaber* des Gesindes nach Maassgabe der Thalergrösse des letzteren und in Grundlage der bestehenden Gesetze und Verordnungen zu leisten.

Reg.-Pat. 14. Juni 1878 № 39 (Bekanntmachung der Comm. f. B.-S.).

### B.

Hinsichtlich der Entrichtung der Natural-Abgaben entscheidet der örtliche Gebrauch oder die mit den Gesindeswirthen desfalls besonders getroffenen Abmachungen.

### C.

Alle anderweitigen von dem Gutsherrn und dem Gesindeswirthen zu observirenden Bestimmungen sind in den einzelnen Pacht-, sowie Kauf- und anderen das Eigenthum übertragenden Contracten speciell zu verzeichnen.

---

wärtigen, hier zum Abdruck gebrachten, «behufs Eintragung aller zu einem bestimmten Gesinde gehörigen nicht abgeschätzten Ländereien und Impedimente in die in Zukunft neu anzufertigenden oder in die zu erneuernden vorhandenen Wackenbücher», — abgeändert und diese Abänderung durch Reg.-Pat. 20. Juni 1888 № 46 von der Livl. Commission f. B.-S. auf Antrag der Livländischen Ritterschaft publicirt worden.

D. Hrsg.

Um die vorhandenen Karten lesen und die Anfertigung neuer sowie Emendationen alter selbst kontroliren zu können, werden weiter unten sub I—VI diejenigen auf die Messung und Schätzung des Landes Bezug habenden Regeln und Vorschriften, Taxations- und Ausrechnungstabellen wiedergegeben, welche bis hiezu den Behörden und Landmessern zur Richtschnur gedient haben. Denn da dieselben mit Ausnahme der Tabellen v. J. 1809 im Buchhandel nicht erschienen sind, so würde mit einem blossen Hinweis auf dieselben Keinem gedient sein. Zum besseren Verständniss werden einige geschichtliche Bemerkungen vorausgeschickt.

In Veranlassung mehrfacher Beschlüsse des Livländischen Landtags, welche eine tiefgehende Reform der bäuerlichen Verhältnisse bezweckten, indem eine politische Existenz der Bauern anerkannt und ihre wirthschaftliche Entwicklung durch absolute Feststellung ihrer Leistungen gesichert werden sollte\*), erging am 11. Mai 1803 der Namentl. Allerh. Befehl zur Errichtung eines Comité in St. Petersburg, dem, unter der eigenen Aufsicht des Kaisers und dem Vorsitz des Ministers d. Innern, unter Anderem die Festsetzung «der Regeln, auf welchen alle Leistungen der Landleute gegründet sein müssen», oblag, sowie zur Organisirung besonderer Commissionen in der Provinz, «um die Leistungen, Gerechtigkeits-Abgaben und Arbeiten der Landleute in jedem Distrikte festzusetzen und um ..... die sog. Wackenbücher für jedes Guth zu verfassen»\*\*). Die Aufmessung der Ländereien, wo eine solche erforderlich war, sowie die Abschätzung derselben, d. h. «die Bestimmung der Grade der Güte des Landes», hatte «nach der in der Allerh. verordneten Komitât untersuchten und bestätigten Schwedischen Methode, welche nach den langen Erfahrungen als gerecht, und dem Nutzen beyder Theile, sowohl des Gutsherrn als der Bauern, entsprechend, anerkannt ist, und zwar dergestalt zu geschehen, wie selbige bey Messung von Kronsländereyen bisher üblich gewesen ist\*\*\*). Die Regeln über die Messung und Schätzung des Bauerlandes erstrecken sich ferner «auf alle Güter und besetzte Ländereyen, ohne Ausnahme irgend Jemandes, dem sie zugehören, der Krone, den Privatleuten, den Gemeinheiten, oder der Geistlichkeit»\*\*\*\*). Doch wurde die Ausführung der Messung und Schätzung des Bauerlandes nicht obligatorisch\*\*\*\*), vielmehr blieb es nicht nur «dem Gutsherrn und dem Bauern erlaubt, nach freywilliger Uebereinkunft mit einander beliebige Verabredungen zu treffen», die «gleich allen anderen bürgerlichen Verbindlichkeiten und Kontrakten» vom Kirchspielsgerichte bestätigt werden mussten, sondern der Gutsherr konnte auch mit allen Bauerwirthen seines Gutes dahin Verabredung treffen, dass nur einige Gesinde des ganzen Gutes vermessen und geschätzt werden und dass diese Messung dann zur Norm der Messung und Schätzung aller übrigen dienen sollte (sog. partielle Messung). Eine derartige Vereinbarung musste gleichfalls «von dem Kirchspielsgerichte in der Bauersprache niedergeschrieben und von dem Gutsherrn sowohl, als von den einwilligenden Wirthen unterzeichnet und vom Kirchspielsgerichte korroborirt werden». Nach vollzogener partieller Messung und Anerkennung derselben von beiden kontrahirenden Theilen «werden alsdann perpetuelle Wackenbücher nach allen Gattungen der Gesinde desselben Gutes ange-

---

\*) Unterlegung d. zur Beprüfung d. Livl. Angelegenh. niedergesetzten Comité an den Kaiser v. 3. Februar 1804.

\*\*) Reg.-Patt. 22. Mai 1803 № — und 21. September 1803 № 3323.

\*\*\*) B.-V. v. 20. Februar 1804 Art. 54; Instruktion f. d. Revisionskommissionen zur Anfertigung u. Einführung bes. Wackenbücher auf d. Gütern d. Gouv. Livland v. 20. Februar 1804 §§ 22 u. 26; Ergänzungsparagraphen zur Erläuterung der B.-V. v. 28. Februar 1809 Art. 17; Instruktion f. d. Messungs-Revisions-Commission in Livland v. 28. Februar 1809 § 41.

\*\*\*\*) B.-V. Art. 1; Instr. f. d. Revis.-Comm. § 15.

\*\*\*\*\*) B.-V. Art. 71; Instr. f. d. Revis.-Commiss. §§ 25—27; Ergänz.-Paragr. Artt. 1—3, 6, 7 u. 16; Instr. f. d. Mess-Revis.-Commission §§ 34 u. 50.

fertigt, und ein solches Gut ist alsdann als speciell vermessen anzusehen\*). Fragt man, nach welchen detaillirten Vorschriften und Instruktionen die Landmesser ihre Arbeit verrichteten, so lässt sich darauf nur antworten, dass wie überhaupt das Livländische Recht in allen seinen Theilen damals nicht kodificirt war, so auch nicht die Bestimmungen über die Ausführung der Messungs- und Schätzungsarbeiten; die lebendige Tradition und vereinzelte Königl. schwedische Verordnungen gaben die Richtschnur.\*\*\*) Das Längenmaass blieb nach wie vor die schwedische oder livländische Elle, während das Flächenmaass auf einigen Gütern die Lofstelle, auf anderen die Tonnstelle war.\*\*\*) Die Lofstelle hat 100 Ellen in der Breite und 100 Ellen in der Länge, der Flächeninhalt beträgt 10.000 Ellen; während die Tonnstelle 100 Ellen in der Breite, 140 Ellen in der Länge und einen Flächeninhalt von 14.000 □Ellen hat. Die Theile der Lofstelle und Tonnstelle waren jedoch auf den einzelnen Gütern auch verschieden: es gab und blieben in Geltung Lofstellen zu 25 Kappen à 400 □Ellen und Lofstellen zu 24 Kappen à 416<sup>2</sup>/<sub>3</sub> □Ellen; ferner Tonnstellen zu 40 Kappen à 350 □Ellen, zu 35 Kappen à 400 □Ellen, zu 20 Kappen à 700 □Ellen und zu 16 Kappen à 875 □Ellen. — Zur Schätzung der Bauerländereien entwarf das zur Beprüfung der Livländischen Angelegenheiten niedergesetzte Comité unter Zugrundelegung der «zur Zeit der schwedischen Regierung gebräuchlich gewesenenen Tabellen» eigne Tabellen, «welche übrigens ganz die nämlichen Berechnungen und Data enthalten», unterbreitete dieselben der Kaiserlichen Bestätigung, worauf sie mittels Reg.-Pat. 4. December 1809 № 9298 in deutscher, estischer und lettischer Sprache publicirt und, gemäss § 44 Instr. f. d. Livl. Mess-Revis.-Commission v. 28. Februar 1809, von derselben nach allen Gütern versandt wurden. Dieselben sind, nach Zurechtstellung der in ihnen enthaltenen zahlreichen Druckfehler, über die das Reg.-Pat. 23. Februar 1810 № 1314 erging, — weiter unten sub I unverkürzt abgedruckt worden.

In vierzehnjähriger Arbeit — vom 15. April 1809 bis zum Januar 1823, — war, mit Ausnahme sämtlicher Kronsgüter, die ganze Provinz gemessen und eingeschätzt\*\*\*\*).

Indem das Gesetz die Beziehungen zwischen dem Gutsherrn und den Bauern staatsrechtlich regelte, gestattete es zugleich, im Hinblick auf das Anwachsen der Bevölkerung und die steigende Kultur des Landes, Neuvermessungen von 25 zu 25 Jahren, auf allen Gütern der Provinz, «ohne Ausnahme, ob sie Krons-, herrschaftliche oder Gemeinheitsgüter sind. Wenn aber ein Gutsherr Bauerländereyen durch freywillig abgeschlossene Kontrakte an Bauern abgegeben hat, so muss nach den im Kontrakte getroffenen Verabredungen verfahren werden»\*\*\*\*\*).

Hinsichtlich der Messungskosten bestimmte im J. 1804 der ritterschaftliche Convent, «dass bei Messung der Güter für jede zu messende Quadratwerst, nebst der Eintheilung der Ländereyen und Anfertigung der dazu erforderlichen Charten, nicht mehr als nach Beschaffenheit des Terrains, 20 bis 25 Rbl. B. A., worin die Defrayirung des Revisors mitbegriffen ist, zu zahlen seyn würden»\*\*\*\*\*). Durch die Instr. f. d. Mess-Revis.-Commission v. 28. Februar 1809 wurde die Zahlung erhöht, indem gleichzeitig Nachstehendes festgesetzt ward:

\*) Ergänzungs-Paragr. Anmerk.\*) zu Art. 1: «Eine speciale Messung ist eine solche, wenn alle Ländereyen des ganzen Gutes, sowohl Hofes- als Bauernländereyen, gemessen werden».

\*\*) Reg.-Pat. 22. October 1809 № 8328.

\*\*\*). Nach metrischem System wäre 1 Lofstelle = 0,371 Hektar, 1 Elle = 0,610 Meter.

\*\*\*\*). Unterlegung d. Präsidenten d. Mess-Revis.-Commission an d. Gehülfn d. Ministers des Innern v. 14. December 1810 № 140; Reg.-Patt. 18. u. 25. October 1823 № 62 u. 64.

\*\*\*\*\*). B.-V. Artt. 37 u. 39; Ergänz.-Paragr. Art. 64. — Es gab eben bereits damals schon Privatgüter, auf denen die Gesinde in Geldpacht vergeben waren.

\*\*\*\*\*). Reg.-Pat. 1. Juni 1804 № 2644.

- § 38. Jeder Landmesser oder Landmessergehülfe muss jährlich wenigstens 35 Quadratwerst aufmessen.
- § 39. Zwey zwar aufgemessene, aber nicht zu graduirende, noch einzutheilende Werst, z. B. Moräste, Wälder u. dergl., werden für eine aufgemessene, graduirte und angeschlagene Quadratwerst in der Bezahlung gerechnet.
- § 40. Für jede nach obiger Bestimmung aufgemessene Quadratwerst erhält der Landmesser 25 Rbl. Geld und freye Beköstigung so lange die Messung dauert\*). Die Eintheilung der Güter, die Bezeichnung der Gränzen und die Karten der aufgemessenen Güter sind gleichfalls hierunter verstanden, so dass die Landmesser für diese Arbeiten keine besondere Bezahlung verlangen können. Diejenigen Landmesser, die eine grössere Bezahlung verlangen, verlieren das Recht, ferner Messungen zu unternehmen.
- § 45. Bey Messungen von Gütern trägt der Gutsherr alle Kosten zur Unterhaltung des Feldmessers und zur Anfertigung der Karten, sowohl für seine Hofesländereyen, als auch für die Ländereyen seiner Bauern. Dagegen ist der Bauer verpflichtet, die zur Messung nöthige Anzahl von Arbeitern unentgeltlich herzugeben.
- § 46. Alle vorstehende Regeln gelten für die Landmesser gleichfalls bey speciellen Messungen ganzer Güter.

Das Reg.-Pat. 2. Januar 1811 № 74 bestimmte sodann, dass «im Fall einer Klage über die Messung oder über die Eintheilung der Ländereyen ..... für jede Quadratwerst, welche bey einer solchen Untersuchung umgemessen werden wird, 25 Rbl. eingetrieben werden sollen».

Wie bereits angeführt, galt selbstverständlich die B.-V. v. J. 1804 auch für die Livländischen Kronsgüter. Der Ausführung der Messung und Schätzung dieser Güter setzte jedoch das Domainen-Ressort einen vollkommenen passiven Widerstand entgegen. Der Widerstand dieses mächtigen — damals als Departement der Reichsdomainen dem Finanzminister unterstellten, — Ressorts gegen die vom Livländischen Landtage beschlossene und von der Staatsregierung gutgeheissene Bauernbefreiung richtete sich, wie aus dem vom Finanzminister Gurjew am 22. November 1813 № 447 (II. Abth. 2. Tisch) dem Livländischen Comité übermittelten, sehr umfangreichen Memorial betreffs der Regulirung der Kronsgüter, entnommen werden kann, sogar gegen die Gültigkeit des Gesetzes selbst, weiter befand das Departement die Erledigung von Streitigkeiten durch Schiedsgericht für unzulässig, den Abschluss von Verträgen zwischen der Krone und den Bauern der Würde der selbtherrschenden Gewalt nicht angemessen, weil Livland durch die Gewalt der russischen Waffen erobert sei\*\*), auch die Ausführung der Messung durch aus dem Reich herangezogene Landmesser für ausreichend. In der sämtlichen Aufstellungen des Departements zurückweisenden Relation des Livländischen Comité an den Kaiser wird unter Anderem darauf hingewiesen, dass die B.-V. wie den übrigen Ministern, so dem Finanzminister durch Kaiserlichen Befehl zur Erfüllung zugesandt

---

\*) Das Geld war dem Landraths-Collegium einzusenden: Reg.-Pat. 29. Juli 1810 № 4121 (Schreiben d. Collegen d. Ministers d. Innern an d. Livl. Civilgouverneur vom 6. Juli 1810 № 95).

\*\*) Diese selbtherrliche Verfügungsgewalt des Domainen-Ressorts ist tief eingewurzelt, so dass durch die Verhältnisse geboten war jene zu Pkt. II Einleitung sub № 19 wiedergegebene Entscheidung des Senats: es hätten die Gerichte und nicht die Domainen-Verwaltung über den immobiliären Nachlass der Kronsbauern zu befinden. Hierher gehört auch das auf S. 117 Anmerk.\*\*) mitgetheilte Cirk.-Verf. des Gouverneurs, in dem angeführt wird, dass die Domainen-Verwaltung ihre Pächter auf Grund einer im Verwaltungswege ergangenen Verfügung aussetzen kann.



worden sei; dass ferner dem Departement der Reichsdomainen der Unterschied zwischen der schwedischen Methode der Messung und der russischen offenbar unbekannt sei, sowie dass die innerrussischen Landmesser weder estisch noch lettisch verstanden, von 10 Landmessern, die hergekommen seien, wären 9 im Laufe eines Jahres wieder fortgegangen und der eine nachgebliebene sei wegen mangelnder Kenntniss der Bauersprache der Messungs-Revisions-Commission zukommandirt worden; dass endlich eine schiedsgerichtliche Erledigung von Grenzstreitigkeiten \*) sowie Verträge zwischen der Krone und den Bauern ausdrücklich in der B.-V. vorgesehen seien. Dementsprechend erging dann an den Minister d. Innern am 24. Februar 1814 ein Kaiserlicher Befehl \*\*), der für einige Decennien die Thätigkeit des Domainen-Ressorts bestimmte. In demselben wurde die sofortige Messung aller Livländischen Krongüter, «und zwar in gleichem Verhältniss mit den Privatgütern» angeordnet; ferner wurde der Livländische Kameralhof für «unfehlbar verantwortlich für die Herbeischaffung der zur Messung der Krongüter erforderlichen Revisoren» erklärt \*\*\*), «die Entscheidung der sich zwischen den Privatbesitzern und der Krone entspinrenden Länderstreitigkeiten ist in Anleitung der Instruction v. J. 1809 zu bewerkstelligen»; findet der Finanzminister, als Ober-Schiedsrichter, das Urtheil ungerecht, so «wird die Sache inquisitorisch verhandelt». Endlich: «Die Abschliessung freiwilliger Verträge zwischen der Krone und der Bauerschaft, welche vom Nutzen beider Theile und zum Fortgange des Revisions-Geschäfts in der Verordnung v. J. 1804 Artt. 6, 39, 71 u. 75, und in den Ergänz.-Paragr. v. J. 1809 Artt. 3, 6, 12, 26 u. 37 bewilligt worden, wird ebenfalls dem Livländischen Kameralhofe zur Pflicht gemacht.» In Verfolg dieses vom Minister d. Innern dem Finanzminister eröffneten Allerhöchsten Befehls arbeitete das Finanzministerium aus die sodann den 6. Mai 1822 vom stellv. General-Gouverneur bestätigte, unter II vollständig wiedergegebene Instruction für die Kreis-Revisoren in Livland bei schiedsrichterlicher Erledigung von Streitigkeiten, der die am 11. April 1825 vom General-Gouverneur bestätigte «Instruction für Landmesser zur Vermessung der Krongüter in Livland» folgte, die unter sub III gleichfalls unverkürzt wiedergegeben ist. Am 9. April 1823 war ferner in Folge einer Unterlegung \*\*\*\*) des Rigaschen Kriegs-Gouverneurs \*\*\*\*\*) ein Namentl. Allerh. Befehl \*\*\*\*\*) an denselben ergangen mit der Weisung, an Stelle der gemäss Art. 40 der neuen B.-V. v. 26. März 1819 aufzuhebenden bisherigen Livl. Messungs-Revisions-Commission «in Walk zur Vermessung und vollständigen Regulirung der Krongüter in Livland ..... eine Messungs-Commission zu errichten; ,..... wegen Zusammenstellung der für dieselbe erforderlichen Instruction mit dem Finanzminister sich ins Einvernehmen zu setzen; ..... die Arbeiten dieser Commission in 8 Jahren zu Ende zu führen». Im October 1823 trat die neue Commission in Thätigkeit \*\*\*\*\*) , die sie nach Verlauf der vorgeschriebenen 8 Jahre noch durch manches spätere Decennium fortsetzte, denn in der auf Requisition des Landraths-Collegii durch Reg.-Pat. 21. October 1832 № 105 — also nach Ablauf jener 8 Jahre, —

---

\*) Bereits im J. 1792 war hierüber ein Landtagsschluss erfolgt, auf den § 51 Instr. f. d. Mess-Revis.-Commission v. J. 1809 Bezug nimmt und dessen Einhaltung durch Reg.-Pat. 18. November 1809 № 8851 eingeschärft wurde; s. auch Reg.-Patt. 4. u. 30. April 1821 №№ 18 u. 25 (Grenzstreitigkeiten über Kirchenländereien).

\*\*) Reg.-Pat. 13. April 1814 № 2849. Unverkennbar ist der Zusammenhang des zu Pkt. II Einleitung sub № 2 wiedergegebenen Namentl. Allerh. Befehls v. 10. März 1869 mit dem Befehl v. 24. Februar 1814.

\*\*\* Reg.-Pat. 9. Juni 1814 № 3906.

\*\*\*\*) Vollst. Gesetzssamml. v. J. 1830 № 3536 (Beschl. d. Minister-Comité 18. März 1830).

\*\*\*\*\* Im selben Jahr wurde er zum General-Gouverneur ernannt.

\*\*\*\*\* Vollst. Gesetzssamml. v. J. 1823 № 29407.

\*\*\*\*\* Reg.-Pat. 18. October 1823 № 62. Ihr officieller Titel war: «Kaiserliche Livländische Messungs-Revisions-Commission»; gewöhnlich wurde sie jedoch Regulirungs-Commission genannt.

publicirten Hakenrolle erwiesen sich als regulirt nur 26 Kronsgüter und -Pastorate. Aus der in Erfüllung des Namentl. Allerh. Befehls v. 9. April 1823 für diese Messungs-Revisions-Commission entworfenen und dem Finanzminister mitgetheilten Instruktion sah der General-Gouverneur sich veranlasst, mittels Reg-Pat. 6. Mai 1825 № 38 diejenigen Festsetzungen publiciren zu lassen, «welche die Existenz der Messungs-Regulirungs-Commission, deren Geschäft und äusseres Verhältniss angehen». Hier ist nur von Wichtigkeit § 27, der Instruktion: «Bei dem der Commission obliegenden Geschäft hat dieselbe insbesondere Nachstehendes zu beobachten:

- a) eine einleitende Vorschrift für die Landmesser zur genauen Vollziehung der hinsichtlich des Messungsgeschäfts in der Allerh. bestät. B.-V. v. 1804 und den Ergänzungs-Paragraphen sowie der Instruktion v. 28. Februar 1809 enthaltenen Bestimmungen zu entwerfen, damit die Messung aller, sowohl in der Messung begriffener, als noch nicht gemessener Kronsgüter vollkommen und gleichmässig geschehe, .....
- f) die nöthigen Veranstaltungen zu treffen, dass alle Kronsgüter nach dem schon eingeführten Maasse übereinstimmend gemessen, ingleichen alle Charten nach einem Massstabe gezeichnet und angefertigt werden; bei den Grenzstreit-Sachen aber die von der Gouvernements-Obrigkeit für die Revisores unterm 6. Mai 1822 gegebene und selbigen zugefertigte besondere Instruktion genau beobachtet werde».

Die Messung und Schätzung sämtlicher Ländereien der Provinz ist somit eine durchaus einheitliche geworden \*).

Die Livländischen Messungs- und Schätzungs-Regeln wurden in vollem Umfange auf Kurland ausgedehnt, als das R.-R.-G. v. 16. October 1831 \*\*), nach dem Muster der Livländ. Organisation, die Errichtung einer Messungs-Commission, mit dem Sitz in Mitau, zur Aufmessung und Regulirung aller Kronsgüter und -Nutzungen in Kurland anordnete. Art. 13 dieses Gesetzes verordnete die Anfertigung von Wackenbüchern und die Trennung von Hofes- und Bauerland, «zum Zweck einer den ökonomischen Regeln entsprechenden inneren Organisation der Kronsgüter»; und Art. 14 l. c. setzte fest: «Die Commission richtet sich bei der Aufmessung der Kronsgüter nach einer besonderen Instruktion, welche ihr, nach Einvernehmen des Finanzministers mit dem Kurländischen General-Gouverneur, ertheilt werden und jene Grundsätze enthalten wird, welche für die der Livländischen Messungs-Commission ertheilte Instruktion angenommen wurden.» Diese Instruktion wurde nun nicht ertheilt, sondern die Livländ. Landmesser-Instruktion v. 11. April 1825 auch für Kurland verbindlich erklärt. Dagegen wurden ausführliche Bonitirungs-Regeln zusammengestellt, die Livländische Praxis gleichsam kodificirt. Diese Bonitirungs-Instruktion nebst den angehängten Taxations- und Berechnungstabellen ist unten sub IV unverkürzt wiedergegeben worden.

Zu Ende der 50er Jahre \*\*\*)) wurde eine vom Minister bestätigte «Instruktion über die Ordnung der Ausführung der Messarbeiten bei Regulirung der Domainen in den Ostseegouvernements» erlassen (russisch und deutsch). Diese, hauptsächlich auf den früheren

---

\*) Wenn auch das zur Anwendung gebrachte Ellenmaass kleine Ungleichheiten aufwies, indem die von einzelnen Landmessern benutzte Elle um 1,06 Pariser Linien, mitunter sogar um 2,12 Pariser Linien vom Normalmaass abwich («Das Inland», Jahrg. 1855 № 34), so sind diese Differenzen bei den in Betracht kommenden Arealgrössen von gar keinem Belang.

\*\*) Vollst. Gesetzssaml. v. J. 1831 № 4867.

\*\*\*)) Die Zeit lässt sich nur nach der Art des gebrauchten Druckpapiers annähernd bestimmen.

Regeln und Instruktionen beruhend, ist vorzüglich ausgearbeitet, enthält in musterhafter Anordnung alle einschlägigen Regeln und giebt mit ihren 14 Beilagen dem Landmesser eine nie versagende Richtschnur. Die seither geübte Praxis wird durch sie nur insoweit geändert, dass bei der Regulirung der Domainen die russischen Masseinheiten: Faden und Dessätine, in erster Stelle und nur nebenbei die Livländischen Maasse angewendet werden sollen. Aus dieser Instruktion werden weiter unten sub V die §§ 9, 10, 11, 55 und 127 sowie die erste Beilage, die Tabelle über die Reduktion der □Faden auf Hunderttheile der Dessätine, mitgetheilt. Endlich bestätigte am 4. December 1872 der Minister eine neue Redaktion dieser Instruktion (nur russisch), in welcher letztere unwesentlich geändert, aber erheblich gekürzt worden ist; so enthält sie statt der 14 Beilagen deren nur 3; die Aenderungen beziehen sich hauptsächlich auf den bureaukratischen Theil: die Kontrolle der Messoperationen \*).

Als im J. 1872 der Landtag «im Interesse einer gleichmässigeren Vertheilung der von dem Grund und Boden der Livländischen Privat-, Ritterschafts- und Stiftsgüter, sowie der Pastorate bisher erhobenen Abgaben das bisher nicht eingeschätzte Hofesland der bezeichneten Güter, genau in derselben Weise, wie solches bei dem Bauerlande üblich, nach Haken, Thalern und Groschen einzuschätzen beschloss, sollte die Messung und Schätzung durchaus «in landesüblicher Weise» vor sich gehen \*\*). Zur Erleichterung der Messarbeiten wurden damals, im J. 1873, vom stellvertretenden Livländischen Gouvernements-Landmesser J. Wolgin ausführliche Taxations-Tabellen zur Berechnung der Ländereien nach Thalern, und Verwandlung der Lof- und Tonnstellen in Dessätinen, □Faden und □Fuss zusammengestellt. In gekürzter Form werden weiter unten sub VI diese Tabellen mitgetheilt, aus denen durch Zusammenzählen oder Vervielfältigen die leicht die höheren Werthe sich berechnen lassen.

Einheitlicher sind die Messarbeiten geworden, seitdem das Landraths-Collegium als Flächenmaass die Lofstelle zu 25 Kappen à 400 □Ellen verlangt, wie ja auch das

---

\*) Wohl gleichzeitig mit der Messungs-Instruktion der 50er Jahre ist das «Projekt der Verordnung f. d. Regulirung d. Reichsbesitzlichkeiten in d. Ostsee-Gouv.» verfasst worden (russisch und deutsch), sowie das «Projekt der Instruktion zur Bewerkstelligung d. Regulirung der in d. Gouv. Kurland und Estland und auf der Insel Oesel belegenen Kronsbesitzlichkeiten» (gleichfalls russisch u. deutsch). Als Hauptgegenstände der Regulirung werden bezeichnet: «Die verhältnissmässige Vertheilung der Ländereien und der zu den Kronsgütern gehörigen Appertinentien, die ordnungsmässige Festsetzung der Bauerleistungen (Wackenbuch), die Herbeiführung entschiedener Massregeln zur schnellsten Ueberführung der Bauern aus dem Gehorchs- in das Grundzinsverhältniss, die Zusammenstellung der Inventarien (Gutsbeschreibungen)». § 3 d. Verordn. bestimmt: «Das Inventarium (Wackenbuch und Gutsbeschreibung) dient als Grundlage für die Bauerleistungen und die ökonomische Einrichtung des Gutes im Laufe von 12 Jahren vom Tage gerechnet, an welchem sie in Anwendung gebracht wurde. Nach Ablauf dieser Frist wird eine neue Schätzung der Ländereien und eine Berichtigung aller Theile der Regulirung nach den Regeln der gegenwärtigen Verordnung gemacht zugleich mit Hinzufügung derjenigen Bemerkungen und Ergänzungen, denen gemäss nach den gewonnenen Erfahrungen für die Zukunft die erforderlichen Anordnungen zu treffen wären». Die Instruktion enthält sehr ausführliche und treffliche Bestimmungen über die Gehorchsleistungen, — die auf den Kronsgütern erheblich länger gefordert wurden, wie im übrigen Lande, — die revisorische und statistische Aufnahme der Güter, Taxation und Bonitirung der Ländereien. In letzterer Hinsicht bestimmt § 29: «In Anleitung dieser Regeln und der hierneben sub Litt. A. u. B. angeschlossenen Tabellen werden die Acker- und Gartenländereien in 6 Klassen, die Wiesen in 4 Hauptklassen, d. h. in trocken gelegene Wiesen, in Wiesen, die überschwemmt zu werden pflegen, in Wald- und Morastwiesen; die Viehtriften und Weiden aber in 3 Gattungen, d. h. gute, mittelmässige und schlechte eingetheilt. Jedes Stück Land wird derjenigen Klasse zugezählt, in welche dasselbe nach den Hauptmerkmalen und Erfordernissen vorzugsweise hingehört, Ländereien, die keine deutlich unterscheidende Kennzeichen zwischen irgend welchen 2 Klassen haben, werden der niedrigsten Klasse zugezählt». Für Livland eine besondere Instruktion zu erlassen, lag keine Veranlassung vor.

\*\*) Reg.-Pat. 4. December 1872 № 101.

Wackenbuchsschema v. J. 1888 die Tonnstelle nicht mehr kennt. Daneben ist wegen Berechnung und Erhebung der Reichssteuern die Angabe der Dessätine und ihrer Bruchtheile erforderlich \*). Im Uebrigen finden die Messgesetze des Reichs auf die Ostseeprovinzen keine Anwendung; Art. 162 Verordn. üb. d. Reorganis. d. Gerichtswesens in d. Balt. Gouv. A. V. d. Ausdehnung d. Gerichtsordn. Kaiser Alexander II, v. 9. Juli 1889 (Art. 1899 R.-Civ.-Pr.-O., Ausgabe v. J. 1892) und die Motive des Justizministeriums zu dem Entwurf der Bestimmungen über die Ausdehnung der Civilprocess-Ordn. auf d. Balt. Gouv. pag. 90—92, in denen betont wird; «Dass die Messgesetze des Reichs (Cod. d. Reichsges. Bd. X, Th. 3) auf die Baltischen Gouvernements sich nicht erstrecken und dass in diesen Gouvernements aus Gründen ihrer historischen Entwicklung jedes Grundstück und jeder einzelne Theil desselben bestimmte und feststehende Grenzen hat.»

## I.

**Allerhöchst im J. 1809 bestätigte Taxations-Tabellen, nach welchen die Taxation der Bauerländereien bei Aufmessung der Güter im Gouvernement Livland geschehen soll.**

### 1. Cap.

### Erd-Taxe,

nach welcher die verschiedenen Grade der Güte von Brustäckern und Gärten, wie auch von Buschländern, und endlich von Heuschlägen zu erkennen sind.

#### A. Brustäcker und Gärten \*\*).

#### § 1.

Die Kennzeichen der Fruchtbarkeit dieser beiden Gattungen vom Land-Anbau werden von der Oberfläche der Erdart und von dessen Boden, auf welchem die Erdart liegt, hergenommen, und derart werden folgende Grade ausgemittelt:

\*) Durch die Justizreform v. J. 1889 ist es Brauch geworden, in den zur Corroboration an die Grundbuch-Abtheilungen der Friedensrichter-Versammlungen vorgestellten Urkunden oder dem begleitenden Antrage die räumliche Ausdehnung eines Grundstücks auch nach russischem Maasse (Dessätine etc.) anzugeben. Eine gesetzliche Vorschrift hiefür existirt nicht; zeitw. Regeln f. d. Verfahren in Grundbuchsachen v. 9. Juli 1889 Art. 19 (R.-Not.-O. Art. 320); Motive d. Justizministeriums zu dem Entwurfe dieser zeitw. Regeln pag. 21—26 («Eine Angabe der Resultate der General- und Specialvermessung konnte hinsichtlich der in den Balt. Gouv. belegenen Grundstücke nicht Statt haben, da in denselben hierüber besondere Bestimmungen gelten»); Instr. f. d. Grundb.-Abth. bei Handhabung der zeitw. Regeln, v. 15. November 1889 (Reg.-Pat. 29. December 1889 № 137).

\*\*) «Brustäcker heissen die Hofes- oder Bauer-Aecker, welche zwei Jahre lang mit Winter- und Sommerkorn besät werden und das dritte Jahr brach liegen, oder ruhen, auch in der Regel durch Dünger alsdann kultivirt werden. — Gärten haben kein Brach-Jahr und stehen in jährlicher Kultur».

Erster Grad, so nennet man denjenigen Boden, dessen Oberfläche mehrentheils schwarze Erde eine oder  $\frac{3}{4}$  Elle tief hat, und auf einem festen Lehmgrunde, oder auf einem feinen festen weissen oder rothen Sand- oder auch auf Steingrund und Felsen ruhet.

Zweiter Grad, so nennet man denjenigen Boden, dessen Oberfläche schwarzbraune oder schwarze Erde eine halbe Elle oder etwas weniger tief hat, und auf einem festen Lehmgrunde oder auf einem festen gelben oder weissen Sandgrunde ruhet.

Dritter Grad, so nennet man denjenigen Boden, dessen Oberfläche hellbraune Erde 5, 6 bis 7 Zoll tief hat und auf einem losen gelben Sandgrunde ruhet.

Vierter Grad, so nennet man denjenigen Boden, dessen Oberfläche hellbraune oder graue Erde 3, 4 bis 5 Zoll tief hat, und auf einem hellen oder dunkelgelb gefärbten, auch weissen wässrigen Sande, oder auch auf einem weissen Lehmgrunde ruhet.

## B. Buschländer\*).

### § 2.

Die Fruchtbarkeit derselben wird an eben den Kennzeichen erkannt, welche bei Brustäckern und Gärten erwähnt worden; nur kommt noch hinzu, dass man für die Grade noch Kennzeichen von den Holz- und Grasarten, welche darauf wachsen, hernimmt. Diese sind folgende:

Auf dem ersten Grade wächst insgemein viel Eichen, Espern, Lähnen, Aepfelbäume durcheinander, reichlich Klee, wilde Chamillen, kleine violette und gelbe Blumen, Schellkraut, Ochsenzunge und Erdrauch.

Auf dem zweiten Grade insgemein Birken, Fichten, Gränen und Linden durcheinander, Neumannskraft, Millefolien, Habichtskraut, Rohden und reichlich dunkelgrünes Gras.

Auf dem dritten Grade insgemein Ellern, Espen, Linden und Weiden durcheinander, Johanniskraut, Taublätter, Taurosen, Taugras und Pfennigkraut.

Auf dem vierten Grade insgemein Wachholdersträucher, Heidegras, Pfarrenkraut und dürres Moos.

## C. Heuschläge.

### § 5.

Für die Fruchtbarkeit derselben sind vier Grade angenommen, und deren Kennzeichen bestimmt worden.

Erster Grad, langes dichtgewachsenes Bächengras, wo von einer Tonnstelle Landes ein und halb Fuder Heu geärndtet wird.

Zweiter Grad, Luxten oder etwas undicht gewachsenes Bächengras-Heuschläge, wo von einer Tonnstelle Landes ein Fuder Heu geärndtet wird.

Dritter Grad, Morast-Heuschläge, welche kein Mooss halten, wo von einer Tonnstelle drei viertel Fuder Heu geärndtet wird.

---

\*) «Buschländer nennt man diejenigen Ackerländereien, welche mit Strauchwerk oder auch nur mit Grasarten bewachsen sind, und für den Kornbau eine Nutzung von einigen wenigen Jahren, nach der Verschiedenheit des Grades, verstatten, und alsdann eine lange Reihe von Ruhe-Jahren fordern, falls man diese nicht durch Bedüngung abkürzt und sie wohl gar zu Brustäckern und Gärten bildet».

Vierter Grad, Morast-Heuschläge, welche eine Moossdecke haben, oder trockne und dürre Land-Heuschläge. Der Ertrag von diesem Grade wird auf eine Tonnstelle ein halb Fuder Heu gerechnet.

## § 4.

## Anhang.

Buschländereien, in welchen sich Viehweiden und beträchtliche waldigte Gegenden befinden, werden in Livland in keine weitere besondere Erdtaxe wegen dieser Nutzungen gezogen. Ebenso wenig kommen die sogenannten Impedimenta in Betrachtung, unter welchen man versteht: Wasserlöcher oder Sümpfe, stehende Seen, Wege, Zäune, Flüsse, Kanäle, Steinrisse, Pönarten und unfruchtbare Mooss-Moräste, untaugliche kahle Heiden, Sandflächen u. s. w., wenn gleich alle diese Impedimenta aufgemessen und in Charten gebracht werden müssen.

## 2. Cap.

**Ausrechnungs-Tabellen,**

nach welchen die Bauerländereien, Brustäcker und Gärten und Buschländer, wie auch Heuschläge, nach ihren verschiedenen Graden der Güte (Erdtaxe) auf Geld reducirt werden.

**I. Vorerinnerungen.**

- 1) Eine Tonnstelle ist 140 schwedische Ellen lang und 100 solcher Ellen breit, der Flächen-Inhalt beträgt also 14000 solcher Quadrat-Ellen. Der genaueren Ausrechnung wegen wird eine solche Tonnstelle in 40 Theile oder Kappen getheilt, deren jeder  $17\frac{1}{2}$  Ellen lang und 20 Ellen breit ist, und deren jeder Flächen-Inhalt 350 Quadrat-Ellen beträgt.
- 2) Auf eine Tonnstelle werden  $1\frac{2}{5}$  Lofstellen, eine Lofstelle zu 10,000 Quadrat-Ellen gerechnet.
- 3) Auf einen Thaler werden 90 Groschen gerechnet, und jeder Groschen ist für die genauere Ausrechnung in 40 Theile getheilt.
- 4) Aus gleichem Grunde ist ein Fuder Heu in 40 Theile getheilt.
- 5) Eine viertel Elle in 1000 Theile getheilt, ist der verjüngteste Maassstab, der wiederum in den grössern und kleinern eingetheilt wird. Special-Charten müssen wenigstens nach dem grössern Maassstab angefertigt werden.
- 6) Die Mess-Instrumente sind: eine Mensul, ein Compass, ein Diopterlineal, Zirkel und eine Messkette von 25 schwedischen Ellen.
- 7) Alle Messungen geschehen in parallelaufenden Linien von einer Werst breit.

## II. Bauer-Brustacker und Gartenland

nach den verschiedenen Graden der Güte auf Geld reducirt.

Die Tonnst. in 40 Th. ein jed. Th. zu 350 Q.- Ellen schwedisch.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.		Tonnstellen zu 14000 Q.-Ellen schwedisch.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.	
	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.		Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.
Kappen.									Tonnst.								
1	—	210/40	—	135/40	—	120/40	—	15/40	1	1	—	—	75	—	60	—	45
2	—	420	—	330	—	3	—	210	2	2	—	1	60	—	1	30	1
3	—	630	—	525	—	420	—	315	3	3	—	2	45	—	2	—	1 45
4	—	9	—	720	—	6	—	420	4	4	—	3	30	—	2	60	2
5	—	1110	—	915	—	720	—	525	5	5	—	4	15	—	3	30	2 45
6	—	1320	—	1110	—	9	—	630	6	6	—	5	—	—	4	—	3
7	—	1530	—	135	—	1020	—	735	7	7	—	5	75	—	4	60	3 45
8	—	18	—	15	—	12	—	9	8	8	—	6	60	—	5	30	4
9	—	2010	—	1635	—	1320	—	105	9	9	—	7	45	—	6	—	4 45
10	—	2220	—	1830	—	15	—	1110	10	10	—	8	30	—	6	60	5
11	—	2430	—	2025	—	1620	—	1215	20	20	—	16	60	—	13	30	10
12	—	27	—	2220	—	18	—	1320	30	30	—	25	—	—	20	—	15
13	—	2910	—	2415	—	1920	—	1425	40	40	—	33	30	—	26	60	20
14	—	3120	—	2610	—	21	—	1530	50	50	—	41	60	—	33	30	25
15	—	3330	—	285	—	2220	—	1635	60	60	—	50	—	—	40	—	30
16	—	36	—	30	—	24	—	18	70	70	—	58	30	—	46	60	35
17	—	3810	—	3135	—	2520	—	195	80	80	—	66	60	—	53	30	40
18	—	4020	—	3330	—	27	—	2010	90	90	—	75	—	—	60	—	45
19	—	4230	—	3525	—	2820	—	2115	100	100	—	83	30	—	66	60	50
20	—	45	—	3720	—	30	—	2220	200	200	—	166	60	—	133	30	100
21	—	4710	—	3915	—	3120	—	2325	300	300	—	250	—	—	200	—	150
22	—	4920	—	4110	—	33	—	2430	400	400	—	333	30	—	266	60	200
23	—	5130	—	435	—	3420	—	2535	500	500	—	416	60	—	333	30	250
24	—	54	—	45	—	36	—	27	600	600	—	500	—	—	400	—	300
25	—	5610	—	4635	—	3720	—	285	700	700	—	583	30	—	466	60	350
26	—	5820	—	4830	—	39	—	2910	800	800	—	666	60	—	533	30	400
27	—	6030	—	5025	—	4020	—	3015	900	900	—	750	—	—	600	—	450
28	—	63	—	5220	—	42	—	3120	1000	1000	—	833	30	—	666	60	500
29	—	6510	—	5415	—	4320	—	3225	2000	2000	—	1666	60	—	1333	30	1000
30	—	6720	—	5610	—	45	—	3330	3000	3000	—	2500	—	—	2000	—	1500
31	—	6930	—	585	—	4620	—	3435	4000	4000	—	3333	30	—	2666	60	2000
32	—	72	—	60	—	48	—	36	5000	5000	—	4166	60	—	3330	30	2500
33	—	7410	—	6135	—	4920	—	375									
34	—	7620	—	6330	—	51	—	3810									
35	—	7830	—	6525	—	5220	—	3915									
36	—	81	—	6720	—	54	—	4020									
37	—	8310	—	6915	—	5520	—	4125									
38	—	8520	—	7110	—	57	—	4230									
39	—	8730/40	—	735/40	—	5820/40	—	4335/40									
40*)	—		—		—												

\*) Diese Groschen sind bei den ganzen Tonnen aufgenommen worden.

## III. Bauer-Buschland.

Land, das nicht allezeit gebraucht, und welches entweder mit Strauchwerk bewachsen ist oder nicht, auf Geld reducirt.

Die Tonnst. in 40 Th. ein jed. Th. zu 350 Q.- Ellen schwedisch.	1ster Grad.				Tonnstellen zu 14000 Q.-Ellen schwedisch.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.	
	Groschen.	Groschen.	Groschen.	Groschen.		Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.
<b>Kappen.</b>					<b>Tonnst.</b>								
1	30 <sup>40</sup>	25 <sup>40</sup>	20 <sup>40</sup>	15 <sup>40</sup>	1	—	30	—	25	—	20	—	15
2	120	110	1	30	2	—	60	—	50	—	40	—	30
3	210	135	120	15	3	1	—	—	75	—	60	—	45
4	3	220	2	120	4	1	30	1	10	—	80	—	60
5	330	35	220	135	5	1	60	1	35	1	10	—	75
6	420	330	3	210	6	2	—	1	60	1	30	1	—
7	510	415	320	225	7	2	30	1	85	1	50	1	15
8	6	5	4	3	8	2	60	2	20	1	70	1	30
9	630	525	420	315	9	3	—	2	45	2	—	1	45
10	720	610	5	330	10	3	30	2	70	2	20	1	60
11	810	635	520	45	20	6	60	5	50	4	40	3	30
12	9	720	6	420	30	10	—	8	30	6	60	5	—
13	930	85	620	435	40	13	30	11	10	8	80	6	60
14	1020	830	7	510	50	16	60	13	80	11	10	8	30
15	1110	915	720	525	60	20	—	16	60	13	30	10	—
16	12	10	8	6	70	23	30	19	40	15	50	11	60
17	1230	1025	820	615	80	26	60	22	20	17	70	13	30
18	1320	1110	9	630	90	30	—	25	—	20	—	15	—
19	1410	1135	920	75	100	33	30	27	70	22	20	16	60
20	15	1220	10	720	200	66	60	55	50	44	40	33	30
21	1530	135	1020	735	300	100	—	83	30	66	60	50	—
22	1620	1330	11	810	400	133	30	111	10	88	80	66	60
23	1710	1415	1120	825	500	166	60	138	80	111	10	83	30
24	18	15	12	9	600	200	—	166	60	133	30	100	—
25	1830	1525	1220	915	700	233	30	194	40	155	50	116	60
26	1920	1610	13	930	800	266	60	222	20	177	70	133	30
27	2010	1635	1320	105	900	300	—	250	—	200	—	150	—
28	21	1720	14	1020	1000	333	30	277	70	222	20	166	60
29	2130	185	1420	1035	2000	666	60	555	50	444	40	333	30
30	2220	1830	15	1110	3000	1000	—	833	30	666	60	500	—
31	2310	1915	1520	1125	4000	1333	30	1111	10	888	80	666	60
32	24	20	16	12	5000	1666	60	1388	80	1111	10	833	30
33	2430	2025	1620	1215	6000	2000	—	1666	60	1333	30	1000	—
34	2520	2110	17	1230	7000	2333	30	1944	40	1555	50	1166	60
35	2610	2135	1720	135	8000	2666	60	2222	20	1777	70	1333	30
36	27	2220	18	1320	9000	3000	—	2500	—	2000	—	1500	—
37	2730	235	1820	1335	10000	3333	30	2777	70	2222	20	1666	60
38	2820	2330	19	1410									
39	2910 <sup>40</sup>	2415 <sup>40</sup>	1920 <sup>40</sup>	1425 <sup>40</sup>									
40*)													

\*) Diese Groschen sind bei den ganzen Tonnen aufgenommen worden.



## IV. Bauer

nach ihren verschiedenen Graden der Gü

Die Tonnst. in 40 Theile ein jeder Th. zu 350 Q.-El- len schwed.	1. Grad.		2. Grad.		3. Grad.		4. Grad.	
	Heu.	Geld.	Heu.	Geld.	Heu.	Geld.	Heu.	Geld.
	Fuder.	Groschen.	Fuder.	Groschen.	Fuder.	Groschen.	Fuder.	Groschen.
Kappen.	$1\frac{1}{2}$	$167\frac{7}{8}$	$\frac{1}{40}$	$111\frac{1}{4}$	$\frac{3}{40}$	$87\frac{1}{16}$	$\frac{1}{2}$	$55\frac{5}{8}$
1	$\frac{40}{40}$	$\frac{40}{33\frac{3}{4}}$	$\frac{40}{2}$	$\frac{40}{22\frac{1}{2}}$	$\frac{40}{1\frac{1}{2}}$	$\frac{40}{167\frac{7}{8}}$	$\frac{40}{1}$	$\frac{40}{111\frac{1}{4}}$
2	$\frac{40}{40}$	$\frac{40}{1105\frac{7}{8}}$	$\frac{40}{3}$	$\frac{40}{33\frac{3}{4}}$	$\frac{40}{2\frac{1}{4}}$	$\frac{40}{255\frac{5}{16}}$	$\frac{40}{11\frac{1}{2}}$	$\frac{40}{167\frac{7}{8}}$
3	$4\frac{1}{2}$	$127\frac{1}{2}$	4	1 5	3	$33\frac{3}{4}$	2	$22\frac{1}{2}$
4	6	$2\ 43\frac{3}{8}$	5	$116\frac{1}{4}$	$3\frac{3}{4}$	$1\ 28\frac{1}{16}$	$2\frac{1}{2}$	$28\frac{1}{8}$
5	$7\frac{1}{2}$	$221\frac{1}{4}$	6	$127\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$	$1105\frac{7}{8}$	3	$33\frac{3}{4}$
6	9	$238\frac{1}{8}$	7	$138\frac{3}{4}$	$5\frac{1}{4}$	$119\frac{1}{16}$	$3\frac{1}{2}$	$393\frac{3}{8}$
7	$10\frac{1}{2}$	315	8	210	6	$127\frac{1}{2}$	4	1 5
8	12	$3317\frac{7}{8}$	9	$221\frac{1}{4}$	$6\frac{3}{4}$	$135\frac{15}{16}$	$4\frac{1}{2}$	$1105\frac{7}{8}$
9	$13\frac{1}{2}$	$4\ 84\frac{1}{4}$	10	$232\frac{1}{2}$	$7\frac{1}{2}$	$2\ 42\frac{3}{8}$	5	$116\frac{1}{4}$
10	15	$4255\frac{5}{8}$	11	$3\ 33\frac{3}{4}$	$8\frac{1}{4}$	$212\frac{3}{16}$	$5\frac{1}{2}$	$1217\frac{1}{8}$
11	$16\frac{1}{2}$	$5\ 21\frac{1}{2}$	12	315	9	$221\frac{1}{4}$	6	$127\frac{1}{2}$
12	18	$5193\frac{7}{8}$	13	$326\frac{1}{4}$	$9\frac{3}{4}$	$229\frac{11}{16}$	$6\frac{1}{2}$	$133\frac{1}{8}$
13	$19\frac{1}{2}$	$536\frac{1}{4}$	14	$337\frac{1}{2}$	$10\frac{1}{2}$	$238\frac{1}{8}$	7	$138\frac{3}{4}$
14	21	$613\frac{1}{8}$	15	$4\ 83\frac{1}{4}$	$11\frac{1}{4}$	$3\ 69\frac{9}{16}$	$7\frac{1}{2}$	$2\ 43\frac{3}{8}$
15	$22\frac{1}{2}$	630	16	420	12	315	8	210
16	24	$7\ 67\frac{7}{8}$	17	$431\frac{1}{4}$	$12\frac{3}{4}$	$3237\frac{7}{8}$	$8\frac{1}{2}$	$2155\frac{5}{8}$
17	$25\frac{1}{2}$	$723\frac{3}{4}$	18	$5\ 21\frac{1}{2}$	$13\frac{1}{2}$	$3317\frac{7}{8}$	9	$221\frac{1}{4}$
18	27	8 $\frac{5}{8}$	19	$513\frac{3}{4}$	$14\frac{1}{4}$	$4\ 5\frac{5}{16}$	$9\frac{1}{2}$	$2267\frac{7}{8}$
19	$28\frac{1}{2}$	$817\frac{1}{2}$	20	525	15	$4\ 83\frac{1}{4}$	10	$232\frac{1}{2}$
20	30	$834\frac{3}{8}$	21	$536\frac{1}{4}$	$15\frac{3}{4}$	$417\frac{9}{16}$	$10\frac{1}{2}$	$238\frac{1}{8}$
21	$31\frac{1}{2}$	$911\frac{1}{4}$	22	$6\ 7\frac{1}{2}$	$16\frac{1}{2}$	$4255\frac{5}{8}$	11	$3\ 33\frac{3}{4}$
22	33	$928\frac{1}{8}$	23	$618\frac{3}{4}$	$17\frac{1}{4}$	$434\frac{1}{16}$	$11\frac{1}{2}$	$3\ 93\frac{3}{8}$
23	$34\frac{1}{2}$	10 5	24	630	18	$5\ 21\frac{1}{2}$	12	315
24	36	$10217\frac{7}{8}$	25	$7\ 11\frac{1}{4}$	$18\frac{3}{4}$	$510\frac{15}{16}$	$12\frac{1}{2}$	$3205\frac{5}{8}$
25	$37\frac{1}{2}$	$10383\frac{1}{4}$	26	$712\frac{1}{2}$	$19\frac{1}{2}$	$5193\frac{7}{8}$	13	$326\frac{1}{4}$
26	39	$11153\frac{3}{4}$	27	$723\frac{3}{4}$	$20\frac{1}{4}$	$527\frac{13}{16}$	$13\frac{1}{2}$	$3317\frac{7}{8}$
27	$1\ \frac{1}{2}$	$1132\frac{1}{2}$	28	735	21	$536\frac{1}{4}$	14	$337\frac{1}{2}$
28	1 2	$12\ 93\frac{3}{8}$	29	$8\ 61\frac{1}{4}$	$21\frac{3}{4}$	$6\ 41\frac{1}{16}$	$14\frac{1}{2}$	$4\ 31\frac{3}{8}$
29	$1\ 3\frac{1}{2}$	$1226\frac{1}{4}$	30	$817\frac{1}{2}$	$22\frac{1}{2}$	$613\frac{3}{8}$	15	$4\ 83\frac{1}{4}$
30	1 5	$13\ 31\frac{3}{8}$	31	$828\frac{3}{4}$	$23\frac{1}{4}$	$6219\frac{1}{16}$	$15\frac{1}{2}$	$4143\frac{3}{8}$
31	$1\ 6\frac{1}{2}$	1320	32	9	24	630	16	420
32	1 8	$13367\frac{7}{8}$	33	$911\frac{1}{4}$	$24\frac{3}{4}$	$6387\frac{7}{8}$	$16\frac{1}{2}$	$4255\frac{5}{8}$
33	$1\ 9\frac{1}{2}$	$1413\frac{1}{4}$	34	$922\frac{1}{2}$	$25\frac{1}{2}$	$7\ 67\frac{7}{8}$	17	$431\frac{1}{4}$
34	111	$14305\frac{5}{8}$	35	$933\frac{3}{4}$	$26\frac{1}{4}$	$7155\frac{5}{16}$	$17\frac{1}{2}$	$4367\frac{7}{8}$
35	$112\frac{1}{2}$	$15\ 7\frac{1}{2}$	36	10 5	27	$723\frac{3}{4}$	18	$5\ 21\frac{1}{2}$
36	114	$1524\frac{3}{8}$	37	$1016\frac{1}{4}$	$27\frac{3}{4}$	$7323\frac{3}{16}$	$18\frac{1}{2}$	$5\ 81\frac{3}{8}$
37	$115\frac{1}{2}$	$16\ 11\frac{1}{4}$	38	$1027\frac{1}{2}$	$28\frac{1}{2}$	8 $\frac{5}{8}$	19	$513\frac{3}{4}$
38	117	$1618\frac{1}{8}$	39	$10383\frac{1}{4}$	$29\frac{1}{4}$	$8\ 9\frac{1}{16}$	$19\frac{1}{2}$	$5193\frac{3}{8}$
39	$1\ 18\frac{1}{2}$	$\frac{40}{40}$	$\frac{40}{40}$	$\frac{40}{40}$	$\frac{40}{40}$	$\frac{40}{40}$	$\frac{40}{40}$	$\frac{40}{40}$
40*)								

\*) Diese Fuder und Groschen sind bei den ganzen Tonnen aufgenommen worden.

## Heuschläge

und nach Heu-Fudern auf Geld reducirt.

Tonnstellen zu 14000 Q.-Ellen schwedisch.	1. Grad.			2. Grad.			3. Grad.			4. Grad.		
	Heu.		Geld.	Heu.		Geld.	Heu.		Geld.	Heu.		Geld.
	Fuder.	Thlr.	Grsch.	Fuder.	Thlr.	Grsch.	Fuder.	Thlr.	Grsch.	Fuder.	Thlr.	Grsch.
Tonnst.												
1	1 <sup>20</sup> / <sub>40</sub>	—	16 <sup>35</sup> / <sub>40</sub>	1	—	11 <sup>10</sup> / <sub>40</sub>	3 <sup>0</sup> / <sub>40</sub>	—	8 <sup>17 1/2</sup> / <sub>40</sub>	2 <sup>0</sup> / <sub>40</sub>	—	5 <sup>25</sup> / <sub>40</sub>
2	3	—	33 <sup>30</sup>	2	—	22 <sup>20</sup>	1 <sup>20</sup>	—	16 <sup>35</sup>	1	—	11 <sup>10</sup>
3	4 <sup>20</sup> / <sub>40</sub>	—	50 <sup>25</sup>	3	—	33 <sup>30</sup>	2 <sup>10</sup>	—	25 <sup>12 1/2</sup>	1 <sup>20</sup>	—	16 <sup>35</sup>
4	6	—	67 <sup>20</sup>	4	—	45	3	—	33 <sup>30</sup>	2	—	22 <sup>20</sup>
5	7 <sup>20</sup>	—	84 <sup>15</sup>	5	—	56 <sup>10</sup>	3 <sup>30</sup>	—	42 <sup>7 1/2</sup>	2 <sup>20</sup>	—	28 <sup>5</sup>
6	9	1	11 <sup>10</sup>	6	—	67 <sup>20</sup>	4 <sup>20</sup>	—	50 <sup>25</sup>	3	—	33 <sup>30</sup>
7	10 <sup>20</sup>	1	28 <sup>5</sup>	7	—	78 <sup>30</sup>	5 <sup>10</sup>	—	59 <sup>2 1/2</sup>	3 <sup>20</sup>	—	39 <sup>45</sup>
8	12	1	45	8	1	—	6	—	67 <sup>20</sup>	4	—	45
9	13 <sup>20</sup>	1	61 <sup>35</sup>	9	1	11 <sup>10</sup>	6 <sup>30</sup>	—	75 <sup>37 1/2</sup>	4 <sup>20</sup>	—	50 <sup>25</sup>
10	15	1	78 <sup>30</sup>	10	1	22 <sup>20</sup>	7 <sup>20</sup>	—	84 <sup>15</sup>	5	—	56 <sup>10</sup>
20	30	3	67 <sup>20</sup>	20	2	45	15	1	78 <sup>30</sup>	10	1	22 <sup>20</sup>
30	45	5	56 <sup>10</sup>	30	3	67 <sup>20</sup>	22 <sup>20</sup>	2	73 <sup>5</sup>	15	1	78 <sup>30</sup>
40	60	7	45	40	5	—	30	3	67 <sup>20</sup>	20	2	45
50	75	9	33 <sup>30</sup>	50	6	22 <sup>20</sup>	37 <sup>20</sup>	4	61 <sup>35</sup>	25	3	11 <sup>10</sup>
60	90	11	22 <sup>20</sup>	60	7	45	45	5	56 <sup>10</sup>	30	3	67 <sup>20</sup>
70	105	13	11 <sup>10</sup>	70	8	67 <sup>20</sup>	52 <sup>20</sup>	6	50 <sup>25</sup>	35	4	33 <sup>30</sup>
80	120	15	—	80	10	—	60	7	45	40	5	—
90	135	16	78 <sup>30</sup>	90	11	22 <sup>20</sup>	67 <sup>20</sup>	8	39 <sup>15</sup>	45	5	56 <sup>10</sup>
100	150	18	67 <sup>20</sup>	100	12	45	75	9	33 <sup>30</sup>	50	6	22 <sup>20</sup>
200	300	37	45	200	25	—	150	18	67 <sup>20</sup>	100	12	45
300	450	56	22 <sup>20</sup>	300	37	45	225	28	11 <sup>10</sup>	150	18	67 <sup>20</sup>
400	600	75	—	400	50	—	300	37	45	200	25	—
500	750	93	67 <sup>20</sup>	500	62	45	375	46	78 <sup>30</sup>	250	31	22 <sup>20</sup>
600	900	112	45	600	75	—	450	56	22 <sup>20</sup>	300	37	45
700	1050	131	22 <sup>20</sup>	700	87	45	525	65	56 <sup>10</sup>	350	43	67 <sup>20</sup>
800	1200	150	—	800	100	—	600	75	—	400	50	—
900	1350	168	67 <sup>20</sup>	900	112	45	675	84	33 <sup>30</sup>	450	56	22 <sup>20</sup>
1000	1500	187	45	1000	125	—	750	93	67 <sup>20</sup>	500	62	45
2000	3000	375	—	2000	250	—	1500	187	45	1000	125	—
3000	4500	562	45	3000	375	—	2250	281	22 <sup>20</sup>	1500	187	45
4000	6000	750	—	4000	500	—	3000	375	—	2000	250	—
5000	7500	937	45	5000	625	—	3750	468	67 <sup>20</sup> / <sub>40</sub>	2500	312	45

**Ausrechnung**  
für die Krons-Arrende-Hofes-Länder zum Geld  
**Krons-Arrende-Hofes**  
a. Theile von

Die Tonnen in 40 Th., ein jeder Th. zu 360 Q.-Ellen schwed.	Brustacker.								Brauchbar			
	1. Grad.		2. Grad.		3. Grad.		4. Grad.		1. Grad.		2. Grad.	
	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.
1	—	5 <sup>10</sup> / <sub>40</sub>	—	4 <sup>15</sup> / <sub>40</sub>	—	3 <sup>20</sup> / <sub>40</sub>	—	2 <sup>25</sup> / <sub>40</sub>	—	6 <sup>30</sup> / <sub>40</sub>	—	5 <sup>25</sup> / <sub>40</sub>
2	—	10 <sup>20</sup>	—	8 <sup>30</sup>	—	7	—	5 <sup>10</sup>	—	13 <sup>20</sup>	—	11 <sup>10</sup>
3	—	15 <sup>30</sup>	—	13 5	—	10 <sup>20</sup>	—	7 <sup>35</sup>	—	20 <sup>10</sup>	—	16 <sup>35</sup>
4	—	21	—	17 <sup>20</sup>	—	14	—	10 <sup>20</sup>	—	27	—	22 <sup>20</sup>
5	—	26 <sup>10</sup>	—	21 <sup>35</sup>	—	17 <sup>20</sup>	—	13 5	—	33 <sup>30</sup>	—	28 5
6	—	31 <sup>20</sup>	—	26 <sup>10</sup>	—	21	—	15 <sup>30</sup>	—	40 <sup>20</sup>	—	33 <sup>30</sup>
7	—	36 <sup>30</sup>	—	30 <sup>25</sup>	—	24 <sup>20</sup>	—	18 <sup>15</sup>	—	47 <sup>10</sup>	—	39 <sup>15</sup>
8	—	42	—	35	—	28	—	21	—	54	—	45
9	—	47 <sup>10</sup>	—	39 <sup>15</sup>	—	31 <sup>20</sup>	—	23 <sup>25</sup>	—	60 <sup>30</sup>	—	50 <sup>25</sup>
10	—	52 <sup>20</sup>	—	43 <sup>30</sup>	—	35	—	26 <sup>10</sup>	—	67 <sup>20</sup>	—	56 <sup>10</sup>
11	—	57 <sup>30</sup>	—	48 5	—	38 <sup>20</sup>	—	28 <sup>35</sup>	—	74 <sup>10</sup>	—	61 <sup>35</sup>
12	—	63	—	52 <sup>20</sup>	—	42	—	31 <sup>20</sup>	—	81	—	67 <sup>20</sup>
13	—	68 <sup>10</sup>	—	56 <sup>35</sup>	—	45 <sup>20</sup>	—	34 5	—	87 <sup>30</sup>	—	73 5
14	—	73 <sup>20</sup>	—	61 <sup>10</sup>	—	49	—	36 <sup>30</sup>	1	4 <sup>20</sup>	—	78 <sup>30</sup>
15	—	78 <sup>30</sup>	—	65 <sup>25</sup>	—	52 <sup>20</sup>	—	39 <sup>15</sup>	1	11 <sup>10</sup>	—	84 <sup>15</sup>
16	—	84	—	70	—	56	—	42	1	18	1	—
17	—	89 <sup>10</sup>	—	74 <sup>15</sup>	—	59 <sup>20</sup>	—	44 <sup>25</sup>	1	24 <sup>30</sup>	1	5 <sup>25</sup>
18	1	4 <sup>20</sup>	—	78 <sup>30</sup>	—	63	—	47 <sup>10</sup>	1	31 <sup>20</sup>	1	11 <sup>10</sup>
19	1	9 <sup>30</sup>	—	83 5	—	66 <sup>20</sup>	—	49 <sup>35</sup>	1	38 <sup>10</sup>	1	16 <sup>35</sup>
20	1	15	—	87 <sup>20</sup>	—	70	—	52 <sup>20</sup>	1	45	1	22 <sup>20</sup>
21	1	20 <sup>10</sup>	1	1 <sup>35</sup>	—	73 <sup>20</sup>	—	55 5	1	51 <sup>30</sup>	1	28 5
22	1	25 <sup>20</sup>	1	6 <sup>10</sup>	—	77	—	57 <sup>30</sup>	1	58 <sup>20</sup>	1	33 <sup>30</sup>
23	1	30 <sup>30</sup>	1	10 <sup>25</sup>	—	80 <sup>20</sup>	—	60 <sup>15</sup>	1	65 <sup>10</sup>	1	39 <sup>15</sup>
24	1	36	1	15	—	84	—	63	1	72	1	45
25	1	41 <sup>10</sup>	1	19 <sup>15</sup>	—	87 <sup>20</sup>	—	65 <sup>25</sup>	1	78 <sup>30</sup>	1	50 <sup>25</sup>
26	1	46 <sup>20</sup>	1	23 <sup>30</sup>	1	1	—	68 <sup>10</sup>	1	85 <sup>20</sup>	1	56 <sup>10</sup>
27	1	51 <sup>30</sup>	1	28 5	1	4 <sup>20</sup>	—	70 <sup>35</sup>	2	2 <sup>10</sup>	1	61 <sup>35</sup>
28	1	57	1	32 <sup>20</sup>	1	8	—	73 <sup>20</sup>	2	9	1	67 <sup>20</sup>
29	1	62 <sup>10</sup>	1	36 <sup>35</sup>	1	11 <sup>20</sup>	—	76 5	2	15 <sup>30</sup>	1	73 5
30	1	67 <sup>20</sup>	1	41 <sup>10</sup>	1	15	—	78 <sup>30</sup>	2	22 <sup>20</sup>	1	78 <sup>30</sup>
31	1	72 <sup>30</sup>	1	45 <sup>25</sup>	1	18 <sup>20</sup>	—	81 <sup>15</sup>	2	29 <sup>10</sup>	1	84 <sup>15</sup>
32	1	78	1	50	1	22	—	84	2	36	2	—
33	1	83 <sup>10</sup>	1	54 <sup>15</sup>	1	25 <sup>20</sup>	—	86 <sup>25</sup>	2	42 <sup>30</sup>	2	5 <sup>25</sup>
34	1	88 <sup>20</sup>	1	58 <sup>30</sup>	1	29	—	89 <sup>10</sup>	2	49 <sup>20</sup>	2	11 <sup>10</sup>
35	2	3 <sup>30</sup>	1	63 5	1	32 <sup>20</sup>	1	1 <sup>35</sup>	2	56 <sup>10</sup>	2	16 <sup>35</sup>
36	2	9	1	67 <sup>20</sup>	1	36	1	4 <sup>20</sup>	2	63	2	22 <sup>20</sup>
37	2	14 <sup>10</sup>	1	71 <sup>35</sup>	1	39 <sup>20</sup>	1	7 5	2	69 <sup>30</sup>	2	28 5
38	2	19 <sup>20</sup>	1	76 <sup>10</sup>	1	43	1	9 <sup>30</sup>	2	76 <sup>20</sup>	2	33 <sup>30</sup>
39	2	24 <sup>30</sup> / <sub>40</sub>	1	80 <sup>25</sup> / <sub>40</sub>	1	46 <sup>20</sup> / <sub>40</sub>	1	12 <sup>15</sup> / <sub>40</sub>	2	83 <sup>10</sup> / <sub>40</sub>	2	39 <sup>15</sup> / <sub>40</sub>
40*)												

\*) Diese Thaler und Groschen sind bei den ganzen Tonnen aufgenommen worden.

Cap.

**Tabelle.**

Anschlage bei Ausrechnung der Arrende.

**Länder auf Geld reducirt.**

Tonnstellen.

Röhdungsland.				Wüstes Ackerland.							
3. Grad.		4. Grad.		1. Grad.		2. Grad.		3. Grad.		4. Grad.	
Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.
—	420/40	—	315/40	—	225/40	—	2 <sup>71/2</sup> <sub>40</sub>	—	130/40	—	121 <sup>1/2</sup> <sub>40</sub>
—	9	—	630	—	510	—	415	—	320	—	225
—	1320	—	10 5	—	735	—	622 <sup>1/2</sup>	—	510	—	337 <sup>1/2</sup>
—	18	—	1320	—	1020	—	880	—	7	—	510
—	2220	—	1635	—	13 5	—	1037 <sup>1/2</sup>	—	830	—	622 <sup>1/2</sup>
—	27	—	2010	—	1530	—	13 5	—	1020	—	735
—	3120	—	2325	—	1815	—	1512 <sup>1/2</sup>	—	1210	—	9 7 <sup>1/2</sup>
—	36	—	27	—	21	—	1720	—	14	—	1020
—	4030	—	3015	—	2325	—	1927 <sup>1/2</sup>	—	1530	—	1132 <sup>1/2</sup>
—	45	—	3330	—	2610	—	2135	—	1720	—	13 5
—	4920	—	37 5	—	2835	—	24 2 <sup>1/2</sup>	—	1910	—	1417 <sup>1/2</sup>
—	54	—	4020	—	3120	—	2610	—	21	—	1530
—	5820	—	4335	—	34 5	—	2817 <sup>1/2</sup>	—	2230	—	1712 <sup>1/2</sup>
—	63	—	4710	—	3630	—	3025	—	2420	—	1815
—	6720	—	5025	—	3915	—	3232 <sup>1/2</sup>	—	2610	—	1927 <sup>1/2</sup>
—	72	—	54	—	42	—	35	—	28	—	21
—	7620	—	5715	—	4425	—	37 7 <sup>1/2</sup>	—	2930	—	2212 <sup>1/2</sup>
—	81	—	6030	—	4710	—	3915	—	3120	—	2325
—	8520	—	64 5	—	4935	—	4122 <sup>1/2</sup>	—	3310	—	2437 <sup>1/2</sup>
1	—	—	6720	—	5220	—	4330	—	35	—	2610
1	420	—	7035	—	55 5	—	4537 <sup>1/2</sup>	—	3630	—	2722 <sup>1/2</sup>
1	9	—	7410	—	5730	—	48 5	—	3820	—	2835
1	1320	—	7725	—	6015	—	5012 <sup>1/2</sup>	—	4010	—	30 7 <sup>1/2</sup>
1	18	—	81	—	63	—	5220	—	42	—	3120
1	2220	—	8415	—	6525	—	5427 <sup>1/2</sup>	—	4330	—	3232 <sup>1/2</sup>
1	27	—	8730	—	6810	—	5635	—	4520	—	34 5
1	3120	1	1 5	—	7035	—	59 2 <sup>1/2</sup>	—	4710	—	3517 <sup>1/2</sup>
1	36	1	420	—	7320	—	6110	—	49	—	3630
1	4020	1	735	—	76 5	—	6317 <sup>1/2</sup>	—	5030	—	38 2 <sup>1/2</sup>
1	45	1	1110	—	7830	—	6525	—	5220	—	3915
1	4920	1	1425	—	8115	—	6732 <sup>1/2</sup>	—	5410	—	4027 <sup>1/2</sup>
1	54	1	18	—	84	—	70	—	56	—	42
1	5820	1	2115	—	8625	—	72 7 <sup>1/2</sup>	—	5730	—	4312 <sup>1/2</sup>
1	63	1	2430	—	8910	—	7415	—	5920	—	4425
1	6720	1	28 5	1	135	—	7622 <sup>1/2</sup>	—	6110	—	4537 <sup>1/2</sup>
1	72	1	3120	1	420	—	7830	—	63	—	4710
1	7620	1	3435	1	7 5	—	8037 <sup>1/2</sup>	—	6430	—	4822 <sup>1/2</sup>
1	81	1	3810	1	930	—	83 5	—	6620	—	4935
1	8520/40	1	4125/40	1	1215/40	—	8512 <sup>1/2</sup> <sub>40</sub>	—	6810/40	—	51 7 <sup>1/2</sup> <sub>40</sub>

Krons - Arrende - Hofes

b. Tonn

Tonnstellen zu 14000 Q.-Ellen schwed.	Brustacker.								Brauchbare			
	1. Grad.		2. Grad.		3. Grad.		4. Grad.		1. Grad.		2. Grad.	
	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.
1	2	30	1	85	1	50	1	15	3	—	2	45
2	4	60	3	80	3	10	2	30	6	—	5	—
3	7	—	5	75	4	60	3	45	9	—	7	45
4	9	30	7	70	6	20	4	60	12	—	10	—
5	11	60	9	65	7	70	5	75	15	—	12	45
6	14	—	11	60	9	30	7	—	18	—	15	—
7	16	30	13	55	10	80	8	15	21	—	17	45
8	18	60	15	50	12	40	9	30	24	—	20	—
9	21	—	17	45	14	—	10	45	27	—	22	45
10	23	30	19	40	15	50	11	60	30	—	25	—
20	46	60	38	80	31	10	23	30	60	—	50	—
30	70	—	58	30	46	60	35	—	90	—	75	—
40	93	30	77	70	62	20	46	60	120	—	100	—
50	116	60	97	20	77	70	58	30	150	—	125	—
60	140	—	116	60	93	30	70	—	180	—	150	—
70	163	30	136	10	108	10	81	60	210	—	175	—
80	186	60	155	50	124	40	93	30	240	—	200	—
90	210	—	175	—	140	—	105	60	270	—	225	—
100	233	30	194	40	155	50	116	60	300	—	250	—
200	466	60	388	80	311	10	233	30	600	—	500	—
300	700	—	583	30	466	60	350	—	900	—	750	—
400	933	30	777	70	622	20	466	60	1200	—	1000	—
500	1166	60	972	20	777	70	583	30	1500	—	1250	—
600	1400	—	1166	60	933	30	700	—	1800	—	1500	—
700	1633	30	1361	10	1088	80	816	60	2100	—	1750	—
800	1866	60	1555	50	1244	20	933	30	2400	—	2000	—
900	2100	—	1750	—	1400	—	1050	—	2700	—	2250	—
1000	2333	30	1944	40	1555	50	1166	60	3000	—	2500	—
2000	4666	60	3888	80	3111	10	2333	30	6000	—	5000	—
3000	7000	—	5833	30	4666	60	3500	—	9000	—	7500	—
4000	9333	30	7777	70	6222	20	4666	60	12000	—	10000	—
5000	11666	60	9722	20	7777	70	5833	30	15000	—	12500	—
6000	14000	—	11666	60	9333	30	7000	—	18000	—	15000	—

## Länder auf Geld reducirt.

stellen.

Röhdungsland.				Wüstes Ackerland.							
3. Grad.		4. Grad.		1. Grad.		2. Grad.		3. Grad.		4. Grad.	
Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.	Thlr.	Grsch.
2	—	1	45	1	15	—	87 <sup>20</sup> / <sub>40</sub>	—	70	—	52 <sup>20</sup> / <sub>40</sub>
4	—	3	—	2	30	1	85	1	50	1	15
6	—	4	45	3	45	2	82 <sup>20</sup>	2	30	1	67 <sup>20</sup>
8	—	6	—	4	60	3	80	3	10	2	30
10	—	7	45	5	75	4	77 <sup>20</sup>	3	80	2	82 <sup>20</sup>
12	—	9	—	7	—	5	75	4	60	3	45
14	—	10	45	8	15	6	72 <sup>20</sup>	5	40	4	7 <sup>20</sup>
16	—	12	—	9	30	7	70	6	20	4	60
18	—	13	45	10	45	8	67 <sup>20</sup>	7	—	5	22 <sup>20</sup>
20	—	15	—	11	60	9	65	7	70	5	75
40	—	30	—	23	30	19	40	15	50	11	60
60	—	45	—	35	—	29	15	23	20	17	45
80	—	60	—	46	60	38	80	31	10	23	30
100	—	75	—	58	30	48	55	38	80	29	15
120	—	90	—	70	—	58	30	46	60	35	—
140	—	105	—	81	60	68	5	54	40	40	75
160	—	120	—	93	30	77	70	62	20	46	60
180	—	135	—	105	—	87	45	70	—	52	45
200	—	150	—	116	60	97	20	77	70	58	30
400	—	300	—	233	30	194	40	155	50	116	60
600	—	450	—	350	—	291	60	233	30	175	—
800	—	600	—	466	60	388	80	311	10	233	30
1000	—	750	—	583	30	486	10	388	80	291	60
1200	—	900	—	700	—	583	30	466	60	350	—
1400	—	1050	—	816	60	680	50	544	40	408	30
1600	—	1200	—	933	30	777	70	622	20	466	60
1800	—	1350	—	1050	—	875	—	700	—	525	—
2000	—	1500	—	1166	60	972	20	777	70	583	30
4000	—	3000	—	2333	30	1944	40	1555	50	1166	60
6000	—	4500	—	3500	—	2916	60	2333	30	1750	—
8000	—	6000	—	4666	60	3888	80	3111	10	2333	30
10000	—	7500	—	5833	30	4861	10	3888	80	2916	60
12000	—	9000	—	7000	—	5833	30	4666	60	3500	—

## II.

**Instruktion für die Kreis-Revisionen in Livland, welche bei schiedsrichterlicher Regulirung zwischen Kron- und Privatgütern, so wie zwischen diesen und Kirchen-Ländereyen, streitiger Grenzen die dabei vorfallenden Messgeschäfte zu besorgen und die Grenz-Charten anzufertigen haben.**

## I.

Im Allgemeinen haben sich die Kreis-Revisionen nach den Aufträgen des zur Grenz-Regulirung autorisirten Schiedsgerichts, welchem sie untergeordnet sind, bei ihren Messarbeiten aber nach folgenden Vorschriften zu richten:

1) Sich der Mensel, und bei Messung der Entfernungen in der Natur der in Livländischen Landmesser-Ellen getheilten Kette zu bedienen.

2) Die Zeichnung auf der Mensel nach dem, den Landmessern in Livland gegebenen verjüngten Maassstabe in doppelter Grösse aufzutragen, und auch zu mehrerer Deutlichkeit die zum Dokument bestimmte Grenz-Charte in doppeltem Maassstabe zu zeichnen.

3) Beim Gebrauch der Mensel hat der Revisor dieselbe jedesmal so zu stellen, dass die Seitenrahmen genau nach Norden gerichtet sind, auch die Grenz-Charten selbst in einer solchen Lage zu zeichnen, dass die Randlinien auf beiden Seiten jeder Charte mit dem Nordstrich \*) parallel laufen.

\*) Anmerkung. Dieser mit einer Pfeilspitze am Nordende gezeichnete Strich ist mit einer sogenannten Windrose zu verzieren, in Form eines Sterns mit 16 Spitzen regelmässig nach allen Richtungen, jedoch von ungleicher Länge, gezeichnet, und zwar die gegen Norden, Osten, Süden, Westen gerichteten Spitzen am längsten, die Nordwest, Südwest, Südost und Nordosten bezeichnenden Spitzen etwas kürzer, und die dazwischen nach Nord-Nordost, Nord-Nordwest, Ost-Ostnord etc. liegenden Spitzen aber am kürzesten.

4) Bei Messung und Zeichnung des Ducts und Reducts der streitigen Grenze muss sich der Revisor genau nach Aussage der vom Schiedsgerichte dazu berufenen Personen richten, und nicht allein die von denselben angegebenen Grenzen aufnehmen, sondern auch alle vorkommenden Gegenstände, als: Seen, Flüsse, Bäche, Wege, Brücken, Gebäude etc., die verschiedenen Landgattungen besonders bezeichnen, genau aufmessen und zur Charte bringen, auch auf derselben die abweichenden Grenzlinien des Ducts und Reducts zum Unterschiede, erstere mit dunkelgelber, letztere mit blassgelber, die vom Schiedsgerichte bestimmte Grenzlinie aber mit dunkelrother Farbe schattiren.

5) Der eigenthümliche Name irgend eines auf der Charte gezeichneten Gegenstandes muss nicht allein in der Description enthalten, sondern auch der Zeichnung selbst beigeschrieben sein. Bei Flüssen und Bächen ist ausserdem die Richtung des Abflusses durch gezeichnete Pfeile anzudeuten; bei Landstrassen und jedem Kirchen- und Communicationswege ist auf der Zeichnung beizuschreiben, von wo sie kommen und wohin sie führen.

6) Die gemessenen Entfernungen von einem Grenzpunkte zum andern müssen nicht allein in der Charten-Description angegeben, sondern auch längs den Grenzlinien mit Zahlen geschrieben seyn. Dieses muss besonders an der vom Schiedsgericht bestimmten Grenzlinie geschehen, welche schon mit allen den Grenzmarken, welche erst nach erfolgter Bestätigung in der Natur zu errichten sind, auf der Charte zu zeichnen und gehörig zu litteriren und zu numeriren ist.

7) Von den Grenz-Charten, welche die Kreis-Revisoren dem Schiedsgerichte nach beendigtem Geschäfte zu übergeben haben, ist noch Folgendes zur Nachachtung zu bemerken:

- a) Diese Charten müssen auf starkem Royal-Papier reinlich und deutlich gezeichnet und beschrieben, auch die Flächen aller brauchbaren Landgattungen, die Seen, Flüsse, Wege, Berge, Steinriffe, Gruben etc., so wie andere unbrauchbare Stücke, z. B. Moräste, auf die seit Schwedischer Regierungszeit bei den Livländischen Landmessern gebräuchliche Art bezeichnet und mit den den Gegenständen angemessenen Farben illuminirt und schattirt sein.
- b) Die Grösse des Formats des zu einer Grenz-Charte bestimmten Blattes muss sich zwar im Allgemeinen nach der Länge der regulirten Grenze und der Flächengrösse der aufgenommenen Grundstücke richten, aber noch so viel übrigen Raum enthalten, dass ausser der eigentlichen Chartenzeichnung und dem Nordstrich, in einer der oberen Ecken oder über der Mitte des Blattes der Titel der Grenz-Charte, auf einer anderen Stelle die Description, auf einer dritten die revisorische Beschreibung und Berechnung aller bei der Grenz-Regulirung in Betracht gekommener Grundstücke geschrieben, und auf einer vierten Stelle der verjüngte Maassstab, nach welchem die Charte angefertigt worden, ausführlich und genau, mit Transversal-Linien, nach Art der zum Gebrauch der Landmesser auf Messing gravirten Transversal-Maassstäbe, gezeichnet werden kann, auch noch Platz für die Unterschriften derjenigen Autoritäten, welchen die Entscheidung und allendliche Bestätigung zusteht, und für das beizudrückende Siegel übrig bleibe.
- c) Der Titel der Charte muss enthalten: die Namen des Gouvernements, des Kreises und des Kirchspiels, worin die Güter, deren Grenzen regulirt werden, belegen; die Namen dieser Güter, mit Bezeichnung, ob publ. oder priv., und des Kreis-Revisors Namen, welcher die Charte angefertigt hat, nebst Datum und Jahrzahl.
- d) In der Description der Charte müssen, nach Anleitung des vom Schiedsgerichte geführten Grenzprotocolles und getroffenen Bestimmung, eine genaue Beschreibung der bestimmten Grenze, so wie des Ducts und Reducts des streitigen oder unstreitigen Besitzes, der Natur des Bodens und aller in Beziehung gestandener Gegenstände enthalten, und die Entfernungen von einer Grenzmarke zur andern, die verschiedenen Richtungen der Grenzlinien mit Bemerkung der Grade der Winkel, so wie der natürlichen Grenzen angegeben seyn.
- e) Die zum Behuf des Schiedsgerichts vorzunehmende Schätzung aller Landgattungen der zwischen dem Duct und Reduct gelegenen Grundstücke geschieht nach Vorschrift der Allerhöchsten Verordnungen, und sind daher die Flächen der verschiedenen Landgattungen entweder nach Tonnstellen zu 14,000 Quadrat-Ellen oder Lofstellen zu 10,000 Quadrat-Ellen, die Tonnstelle in 35, die Lofstelle in 25 Kappen à 400 Quadrat-Ellen getheilt, so wie der Geld-Anschlag, nach den verschiedenen Graden der Landgattungen, in Thalern à 90 Groschen und den Bruch eines Groschens mit 112 Theilen in Berechnung gebracht, in der revisorischen Beschreibung aufzunehmen.

## II.

Nach höhern Ortes erfolgter Bestätigung einer Grenz-Charte ist derjenige Kreis-Revisor, welcher sie gezeichnet hat, verbunden:

1) Die allendlich bestimmte Grenze im Beiseyn der von den resp. Gutsverwaltungen delegirten Personen, mit Hülfe der von beiderseitiger Bauerschaft zu stellenden Leute, in loco zu vermerken; sich dabei aber genau nach der Charte und der getroffenen Grenzbestimmung zu richten und dafür zu sorgen, dass die Grenzmähler dauerhaft er-



richtet und die Durchhaue in Wäldern und Gebüsch, in deren Mitte die Grenzlinie geht, 7 Ellen oder 2 Faden (Saschen) breit sey, auf unbewachsenem festen Boden aber mit einem Pfluge auf beiden Seiten der Grenzlinie tiefe Furchen gezogen werden, von denen die aufgeflogte Erde und Rasen auf die Grenzlinie zusammen fallen muss.

In Ansehung der Grenzmähler selbst ist noch Folgendes zur Nachachtung zu bemerken:

- a) Bei Errichtung einer Kupitze muss auf dem Grenzpunkte ein ungebrannter Pfahl, von verhältnissmässiger Länge und Stärke, eingeschlagen, mit zerschlagenen Dachpfannen, Mauerziegeln oder Glasstücken und Kohlen, an den Haupt-Grenzpunkten mit 5 bis 6 Feldsteinen, an den dazwischen liegenden mit wenigstens 3 Feldsteinen, von solchem Umfange und Schwere, das sie von einem starken Manne nur mit äusserster Anstrengung gehoben werden können, in Form eines Kegels belegt und mit kleinen Steinen, Rasen und der aus dem um die Kupitze zu ziehenden Graben aufgeworfenen Erde vermauert und gefüllt werden.
- b) Auf sumpfigem Boden müssen die Kupitzen einen Rost von Balken zur Unterlage erhalten, und mit einem von Strauch geflochtenen Zaun umgeben werden.
- c) Wenn sich auf der Grenzlinie grosse über der Erdoberfläche hervorragende Steine befinden, oder auch aus der Nähe auf einen Grenzpunkt geschafft und eingelagert werden können, so sind sie als Grenzmahle zu gebrauchen und mit einem eingehauenen Kreuze und der Jahreszahl der Grenzführung zu bezeichnen.

2) Die Kreis-Revisoren sind ferner verbunden, zum Behuf des Finanzministeriums, die Flächengrössen aller bei der Grenzregulirung in Betracht gekommenen Grundstücke nach russischem Maasse auszurechnen, und diese Berechnung der revisorischen Beschreibung auf der Grenz-Charte beizufügen.

Anmerkung. Das in der Anmerkung des 55-sten § der Allerhöchsten Verordnung vom Jahre 1804 \*) angegebene Verhältniss — dessen Unrichtigkeit sich aus der von der Allerhöchst verordneten Comität zu St. Petersburg mitgetheilten Berechnung einer Quadrat-Werst nach Lof- und Tonnstellen ergeben — kann dabei als fehlerhaft nicht zur Norm dienen, daher sich die Messungs-Revisions-Commission veranlasst gesehen, eine genaue Untersuchung und direkte Vergleichung der Russischen Arschine mit der Livländischen Landmesser-Elle vorzunehmen, da die bisherigen Berechnungen, wegen des in Vergleich gebrachten englischen Fussmaasses, zu sehr von einander abweichen, als dass sie richtig seyn könnten, woraus sich ergeben hat, dass eine Arschin  $1\frac{1}{6}$  Livländische Landmesser-Elle, mithin ein Russischer Faden (Saschen) von 3 Arschin  $3\frac{1}{2}$  Livländische Landmesser-Ellen lang sey, daher eine Russische Dessätine, welche nach der Landmesser-Instruction vom Jahre 1765 im 1-sten Punkt des 5-ten Hauptstücks 80 Saschen lang und 30 Saschen breit 2400 Quadrat-Saschen enthält, 29,400 Livländische Quadrat-Ellen gross ist, und eine Werst von 500 Saschen Länge 1750 Livländische Landmesser-Ellen betrage.

Vorstehende Instruction wird desmittelst bestätigt.

Riga Schloss, den 6-sten May 1822.

Stellvertretender Civil-Oberbefehlshaber in den Ostsee-Provinzen und Livländischer Civil-Gouverneur  
J. Du Hamel.

---

\*) Gemeint ist die Livl. B.-V. v. 20. Februar 1804.

## III.

**Instruction für Landmesser zur Vermessung der Krons-Güter in Livland.****Capitel I.****Von der speciellen Messung eines Gutes, und Einrichtung desselben.**

1) Der Landmesser, der die Verpflichtung übernimmt, ein Krongut speciell zu messen, muss sich erstlich mit dem Locale desselben, so viel wie möglich, bekannt machen, und sodann seine Directionslinie in der Mitte des Gutes anlegen, um sie in gerader Richtung nach der Magnetnadel nach Norden und Süden, oder nach Osten und Westen bis zur äussern Grenze des Gutes durchführen zu können. Diese Linie muss als die Basis der ganzen Messung ununterbrochen von einer Grenze bis zur andern durch das ganze Gut abgesteckt und mit der Kette gemessen werden. Wenn sie durch Wald geht, so muss sie vier Ellen livländisch breit durchgehauen, von Strauch etc. gereinigt, und in flachen Gegenden, etwa in der Entfernung einer halben Werst, eine lange gerade Stange, auf der Linie senkrecht, in die Erde geschlagen werden, deren Spitze oben mit einem kleinen zusammengebundenen Strohwisch versehen ist, und der als Signal zur Examining der Linien zum fernern Nutzen sorgfältig conservirt werden muss. Die zur Messung erforderlichen Instrumente, als: Mensel, Zirkel, Maassstab, Diopterlineal, Astrolabium oder Quartant, Kompass, Transporteur, Messschnüre und Messkette, müssen alle jederzeit richtig und im besten Zustande sein. Die Kette ist 25 Ellen lang, und der verjüngte Maassstab, wonach die geometrische Aufnahme geschieht, muss der in Livland sogenannte doppelte seyn, auf den 1300 Ellen eine viertel Elle Kettenmaass ausmachen. \*)  $1\frac{1}{6}$  Elle Kettenmaass ist gleich einer russischen Arschin, und folglich sind  $3\frac{1}{2}$  Ellen gleich 3 Arschin oder 1 Faden (Saschen) russisch, jeder Faden zu 7 Fuss englisch gerechnet. Sowohl Kette als Elle und verjüngter Maassstab müssen bei der Messungs- und Regulirungs-Commission in Walck producirt und daselbst justirt werden.

2) Mit dieser justirten Kette wird obige Linie in der Horizontal-Ebene gemessen. Auf jeder Entfernung von 250 Ellen muss ein ansehnlich starker Kettenpfahl in die Erde geschlagen werden, der  $\frac{3}{4}$  Ellen über die Oberfläche der Erde hervorsteht. Mit der grössten Sorgfalt muss dieses jedesmal geschehen, auch auf dem Kettenpfahl mit rother Kreide oder mit Einschnitten die Zahl desselben bemerkt und im Manual aufgenommen werden.

3) Auf dieser Linie wird von demselben Mittelpunkte, wo die erstgenannte ihren Anfang in der Mitte des Gutes nahm, eine zweite Linie im rechten Winkel, ganz wie die frühere, abgesteckt und gemessen, und ihre Länge im Manual bemerkt.

4) Werden auf der längsten, als Direktionslinie angenommenen Linie im rechten Winkel, in der Entfernung von 500 Ellen vom Mittelpunkte aus, Parallellinien abgesteckt, und, wie vorher gesagt, bis zur äussern Grenze des Gutes gemessen. Diese müssen in der Entfernung von 3000 Ellen oder von 12 Kettenpfählen vom Mittelpunkte aus durch eine mit der Direktionslinie parallelaufende Linie, als die Schlusslinie zu einer Mensel, durchschnitten, und auf denselben die Abweichungen der Parallellinien notirt und angenommen werden.

---

\*) 1300 Ellen nach diesem verjüngten Maassstab sind gleich 6 Zoll englisch. Es giebt ausserdem noch einen sog. verjüngtesten Maassstab: s. Beil. A. S. 19. D. Hrsq.

Solche Verbindungslinien müssen jedesmal bei Parallellinien, die zur Messung nöthig sind, durchgeführt, gemessen und die Abweichungen bemerkt werden. In allen Stücken aber ist bei dieser Operation die genaueste geometrische Accuratesse zu beobachten.

5) Die Aufmessung wird dergestalt vollzogen, dass eine jede Mensel 3000 Ellen lang und ebenso breit ist. Diese Eintheilung wird auf der Mensel nach dem verjüngten Maassstabe, — die bemerkten Abweichungen berücksichtigend, — geometrisch ähnlich gemacht, und die Linien mit den Kettenpfählen nebst deren Nummern müssen, so wie sie in der Natur vorhanden sind, bemerkt werden. Die Zeichnung, als auch Schrift geschieht auf der Mensel dergestalt, dass man die Charte, mit der Nordseite nach oben und mit der Südseite nach unten gekehrt, vor sich liegen hat.

6) Ein jeder Landmesser bekommt während der Messung zum Tragen der Kette, Anfertigung der Linienstäbe, zum Durchhauen der Linien in Waldgegenden etc., 12, in Flächen aber 8 bis 10 und bei der Messung mit der Mensel 5 tüchtige Arbeiter. Bei Antritt der Messung hat die Gutsverwaltung oder Gemeinde dem Landmesser einen guten Jungen nach seiner eignen Auswahl abzuliefern, welcher unabgewechselt bis zur gänzlichen Beendigung des ganzen Messungsgeschäfts bei dem Landmesser bleibt, und ihm beim Abstecken der Linien, Messung mit der Kette etc. behülflich ist, und dazu abgerichtet werden kann, nach vollendeter Messung aber sofort dem Gebiete zurückgegeben werden muss. Der Hof muss für seine Kleidung und seinen Unterhalt sorgen. Die Arbeiter aber wechseln sich nur wöchentlich ab, und werden von den Gemeinderichtern oder Dorfältesten\*) Montags früh dem Landmesser da, wo er sie hinbestellt hat, übergeben. Unordnungen aller Art, wodurch der Fortgang behindert wird, die in diesem Betreff vorfallen könnten, werden beim Gemeindegerichte\*) angezeigt, und der Schuldige wird bestraft.

7) Zum Aufriss der Messung muss gutes Royalpapier genommen, und der an jedem Tage aufgemessene und im Felde mit Bley gezeichnete Theil sogleich mit Tusch aufgerissen werden.

8) Bei Aufmessung der Hofesländereien kann stets Jemand von der Gutsverwaltung zugegen seyn, jedesmal aber, wenn der Landmesser sich mit der Messung der Länder eines Gesindes beschäftigt, ist der Wirth desselben verpflichtet, gegenwärtig zu seyn, und wenn die Messung bis zur äussern Grenze des Gesindes gekommen, wird der Wirth des angrenzenden Gesindes aufgefordert, seine Grenzen mit jenem gemeinschaftlich anzuzeigen. Dieses ist auch hauptsächlich mit den Guts Grenzen angrenzender Güter zu beobachten, und ist demnach der Landmesser verpflichtet, sobald er zur äussern Grenze kommt, der Verwaltung des angrenzenden Gutes davon Nachricht zu geben, und sie zur Stellung der Grenzanzeiger aufzufordern, welcher Aufforderung sie in der mittelst obrigkeitlicher Verordnung festgesetzten Frist — zur Vermeidung der festgestellten Commination — Folge zu leisten hat; sodann nimmt der Landmesser die vorstellig gemachten Grenzkundigen oder Grenzanzeiger von beiden Gütern namentlich in seinen Manual\*\*) auf. — Wenn ein Grenzstreit stattfindet, so wird solcher sofort der Commission berichtet; hiernächst aber die Arbeit selbst fortgesetzt, nämlich der Duct aufgemessen, der

---

\*) Gegenwärtig in Grundlage der L. G.-O. der Gemeinde-Aelteste.

D. Hrsgr.

\*\*) D. h. Tagebuch. — Ehe der Landmesser seine Arbeit beginnt, hat derselbe ein Manuale (Journal) anzulegen, in welches er Tag für Tag seine Notizen einschreibt. Das Manuale ist ein unentbehrliches Hülfsmittel bei Anfertigung der Charte sowohl, als der revisorischen Beschreibung, und ist vom Landmesser nach beendigter Arbeit dem Grundeigenthümer gleichzeitig mit der mundirten Charte zu übergeben; Landmesser-Instr. f. d. Vermessung d. priv. Güter im Gouv. Ebstland (Beil. lit. Q. zur ehstländ. B.-V. v. J. 1856), die durchaus mit den Livländischen Mess- und Bonitirungs-Regeln übereinstimmt.

D. Hrsgr.

Reduct aber von der Charte des privaten Gutes copirt; alle streubelegenen Länder, ingleichen alle in der streitigen Gegend vorkommenden Gegenstände, als: Seen, Flüsse etc., die verschiedenen Land- und Waldgattungen, nach Anzeige der grenzkundigen Leute, werden auf's Specieellste aufgenommen. Sobald die streitige Grenze dergestalt aufgemessen ist: so copirt der Landmesser ohne Aufenthalt diese auf die streitige Grenze Bezug habenden Gegenstände, und fertigt darüber eine Grenz-Delineations-Charte sammt Description an. In der Description dieser Charte müssen die Landgattungen namentlich nach der Qualität und Quantität, und zwar von jedem Stücke besonders, angegeben werden, ingleichen, wer der gegenwärtige Besitzer ist (wie Schema Litt. E. zeigt), so wie denn überhaupt der Landmesser sich nach der von Sr. Excellenz, dem stellvertretenden Herrn Civil-Ober-Befehlshaber, am 6-ten Mai 1822 bestätigten Instruktion für die Landmesser, bei schiedsrichterlichen Grenzregulirungen, genau zu richten hat. Die Grenz-Delineations-Charte nebst Description übersendet der Landmesser mit einem Berichte zum weitem Verfahren der Schiedsrichter etc. an die Commission nach Walck, und fährt sodann mit der Aufmessung des übrigen Theils des Gutes fort; sobald aber von den Schiedsrichtern der Localtermin bestimmt, und er zur Beiwohnung aufgefordert worden, ist er, allen andern Geschäften vorgehend, diesem Termin beizuwohnen verpflichtet.

9) Der Revisor nimmt den Wald und alle andern Landgattungen nach der Natur, so wie sie in ihren Grenzen sind, sorgfältig separirt, — wobei er sich in Rücksicht des Waldes nach den Regeln der Vorschrift V besonders zu richten hat, — geometrisch auf, und bemerkt a. die Litter und Nummer des Gesindes, wo jedes hingehört, — b. die Namen von Morästen, Heiden, Bächen, Bergen etc., c. wo Streubesitzungen mit benachbarten melirt durch einander liegen, sind sie genau aufzumessen und mit ihren Grenzmahlen, als: Steinen, Hügeln, Gräben, Kreuzbäumen, Pfählen etc. anzugeben; ingleichen, wie die Besitzer derselben heissen, zu welchem Gute gehörig; d. bei gemeinschaftlichen Weiden, Heuschlägen etc. muss notirt werden, ob alle Inhaber einen gleichen Antheil daran haben, wie gross die Antheile nach Verhältniss eines jeden participirenden Gesindes oder Gutes sind, wie sie heissen, und nach den Nummern der Gesinder aufgenommen werden. — e. Wenn über Heuschläge, Buschländer etc. Viehtriften führen, so müssen diese speciell aufgemessen und in der Breite von 3 Faden als Weg oder unbrauchbar bezeichnet werden. Auch sind bei den Mühlen, Glashütten, Zieglbrennereien, die Stapelplätze bei Flüssen etc. die erforderlichen Flächen gehörig aufzumessen und einzuweisen, welche nicht in Anschlag gebracht und von Keinem genutzt werden dürfen. — f. Bei wüsten Gesindesstellen oder Gegenden, die von den Dorfleuten bearbeitet werden, und weit entfernt sind, ist zu erfragen und im Manual zu bemerken; wie weit die Entfernung von ihren Gesindern ist, — ob noch ferner die Bauern sie behalten wollen, — ob sie zweckmässig zum Forste abzutheilen, oder ob sie den Bauern als Weiden einzuweisen wären, — ob eine Viehtrift dorthin führt, ob diese ihre Richtung über fremde Länder nimmt, ob ein Streit deswegen statt findet, — oder ob diese Länder zur Anlegung neuer Bauergesinder sich eignen. — g. Wenn Gesinder an grossen fischreichen Gewässern belegen sind, so ist zu erfragen und zu bemerken, worin die Fischerei bestehe, wie gross der Betrag sey, wem die Fischerei zusteht. Alles dieses muss im Manual notirt werden, um das Erforderliche in der Description des Gesindes anzumerken, so wie in dem Eintheilungsplane aufnehmen zu können. Wenn aber ein See oder Fluss die Grenze eines zu vermessenden Kronsgutes macht, so ist, Behufs der Gewissheit über die Fischereigerechtigkeit, durch ein solches Gewässer die Grenze auf der Charte zu punktiren; es wäre denn, dass das ganze Gewässer von den angrenzenden Gütern gemeinschaftlich zur Fischerei benutzt würde, auf welchen Fall die desfallsige Berechtigung auf das genaueste in der Beschreibung anzumerken ist\*). — h. In den Feldern, Heu-

\*) Zur Berichtigung einer fehlerhaften Praxis der Landmesser bei Anfertigung von Karten

schlägen etc. sind die Impedimenta, als: Wege, Penarten, Steinhaufen etc. vom Urbaren zu separiren, und wenn sie so unbedeutend klein sind, dass der Raum nicht auf der Charte bestimmt werden kann, so ist im Manual dieses anzumerken, damit sie nach ihrem Flächeninhalt bestmöglichst taxirt, und von dem in Anschlag zu bringenden Lande in der Berechnung abgezogen, und in der dazu bestimmten Rubrike aufgenommen werden können. — i. Die Gärten und Koppeln müssen vom Gehöfte separirt werden, die Koppeln, die jährlich als Heuschlag genutzt werden, bekommen eine Nummer und Litter, und sind zu taxiren und in Anschlag zu bringen. Pferde-, Kälber- und andere Koppeln aber, wenn sie zu Weiden dienen, sind als solche auch zu betrachten, zu berechnen und nicht in Anschlag zu bringen. — k. Von der Gutsverwaltung muss sich der Landmesser beim Anfange der Messung ein Verzeichniss von allen Bauer-, Gesinder- und Lostreiber-Ansiedelungen, Dorf- oder Pagastenweise, ingleichen der Forsteien, Buschwächter-, Müller- und Krugsländereien, so wie auch der Hoflagsländereien geben lassen und solches in seinem Manuale aufnehmen, um darnach einem jeden Gesinde seine Nummer, die, so lange die Messung währt, zur Vorbeugung einer Irrung in diesem Betreff, unveränderlich bleiben muss, geben zu können.

---

## Capitel II.

### Von der Zeichnung, Illumination und Litteratur, sowohl der Concept- als mundirten Charten- und Grenz-Delineation.

Die Zeichnung und Illumination sowohl der mundirten Guts- und Grenz-Charten, als auch Concept- und Brouillon-Charten, — muss, — zu mehrerer Deutlichkeit und Uebereinstimmung, durchgängig in einerlei Art geschehen, so dass die verschiedenen Landgattungen mit einer dauerhaften, deutlichen und unveränderlichen Farbe, jede nach der Vorschrift gezeichnet werden, nämlich:

- a) Brustacker, mit einem feinen Strich aufgerissen und mit aschgrauer Farbe belegt,
- b) Gärten ebenfalls mit einem Strich umzogen und mit obiger Ackerfarbe gestreift.
- c) Buschländer: werden mit feinen, jedoch deutlich punktirten Linien verzeichnet,

---

über Grundstücke, welche an öffentliche oder Privatgewässer angrenzen und durch Anschwemmung (Alluvion) eine Vergrößerung erfahren haben, was z. B. bei der Treider Aa wohl jährlich geschieht, ist darauf hinzuweisen, dass nicht etwa die Grenzlinien der Grundstücke in der Richtung zum Gewässer hin über das angeschwemmte Land in gerader Richtung verlängert werden dürfen, wie es häufig geschieht und wodurch mancher Wasseranwohner seine Wassergrenze einbüsst, sondern dass vielmehr die Theilung des Schwemmlandes in folgender Weise stattzufinden hat: das Flussbett wird mittels einer Linie, die sich von beiden entgegengesetzten Ufern überall in gleicher Entfernung hält, seiner Breite nach halbirt, sodann werden von den bisherigen Grenzpunkten des jedem einzelnen Anwohner gehörigen Ufers nach dieser Halbirlungslinie (der Mittellinie des Flusses) hin senkrechte Linien gezogen, und was hier vor dem bisherigen Ufer eines jeden Anwohners innerhalb der senkrechten Linie und der Mittellinie des Flusses liegt, ist Eigenthum des betreffenden Grundbesitzers; denn, soweit nicht Privatdisposition eine Aenderung bewirkt hat, reicht die Wassergrenze immer bis zur Mittellinie des Flusses; Prov.-R. Th. III, Artt. 761, 763, 764, 767 u. 768. Zu den beiden letztangeführten Artt. sind die Quellencitate zu ergänzen durch die Urk. d. Ordensmeisters Otto v. Lutterberg d. d. Treiden, 16. Januar 1268. D. Hrsz.

mit blasser karminrother Farbe belegt, und zwar so, dass die darin geschriebene Nummer oder Litter etc. nicht undeutlich wird, — mit kleinen Bäumchen, wo in der Natur sich welche finden, versehen, und diese müssen mit grauer Farbe schattirt seyn.

Anmerkung. Jede verschiedene Landgattung muss zu mehrerer Verzierung und Deutlichkeit auf der Charte längs dem Rande mit blasser, grauer Farbe belegt oder schattirt werden, und zwar Aecker und Gärten auf der Seite einer jeden angrenzenden Landgattung, Buschländer auf der Seite der Heuschläge, Weiden, Moräste, Heiden u. s. w., die Heiden endlich auf der Seite der Moräste.

- d) Heuschläge werden mit dem dazu gewöhnlich gebrauchten aufgelösten Grünspan, oder sogenannten Grünspan-Solution belegt, zu welcher ein wenig gummi gutta gemengt werden kann.
- e) Die Gehöfte werden mit mittelmässig starker gelber Farbe belegt.
- f) Kirchen, Höfe, Pastorate etc. werden auf der Charte nach der Grundlage und nach ihrer perspectivischen Ansicht gezeichnet, Bauerhäuser, Krüge mit ihren Benennungen, Ueberfahrten, Prahmstellen, alte Krugs- und Mühlenstellen u. d. gl. nach ihrer gefundenen Grundlage wie gewöhnlich in der Figur eines Parallelogramms mit Tusch verzeichnet und dunkelroth belegt.
- g) Heiden werden mit mittelmässig starker brauner Farbe belegt, und wenn sie bewachsen sind, mit Bäumen versehen.
- h) Moossmoräste mit einer ganz blassen gelben Farbe belegt, mit feinen schwarzen Pünktchen längs dem Rande verzeichnet, so dass diese Punktirung sich weiter vom Rande mehr und mehr verliert.
- i) Viehweiden, mit ganz blasser gelber Farbe, welche mit Heuschlaggrün sehr wenig melirt seyn kann, dünn und blass belegt, und mit kleinem feinen Gesträuch hin und wieder, oder womit sie sonst bewachsen sind, bezeichnet.
- k) Grosse Heerstrassen werden mit feinen Gräben auf beiden Seiten, oder mit zwey parallelgezogenen Linien, — Communications-Wege aber mit punktirten parallellaufenden Linien, und kleine Bauer-, Wald- und Holzwege mit gebrochenen parallelgezogenen Strichen verzeichnet\*); alle aber ohne Unterschied mit einer deutlichen braunen Farbe belegt, und neben erstgenannte mit einer feinen Schrift angezeigt, von wo und wohin sie führen. — Die Morastbrücken werden auf beiden Seiten mit punktirten Linien in der Breite des Weges bezeichnet; die Streckbalken- und Kastenbrücken mit ziemlich deutlichen Tuschstrichen aufgerissen, und sowohl diese als jene mit feinen, von einer bis zur andern Seite in senkrechter Richtung mit den Seitenlinien der Brücke parallel neben einander gezogenen Linien bezeichnet und der Name derselben, wenn sie einen hat, beygeschrieben; ebenso ist es bei Krügen zu observiren, die nach ihrer Grundlage, wie gewöhnlich, in Form eines Parallelogramms gezeichnet und dunkelroth belegt werden müssen. Die Werstposten müssen aufgenommen, die Zeichnung nach der perspectivischen Ansicht gemacht, und die Zahl abrevirt fein beigeschrieben werden. (Siehe angehängte Figurentafel Fig. 1).
- l) Seen werden mit einem Strich umzogen, die einwendige Seite derselben mit blauer Farbe schattirt, und der Name hineingeschrieben.
- m) Flüsse oder Bäche werden nach ihrer gefundenen Breite mit parallellaufenden Strichen; bei grossen Flüssen oder Strömen, die 40 oder mehr Ellen breit sind, müssen die Ufer auf beiden Seiten aufgenommen, ganz blassblau belegt

\*) S. unter № V § 127.

und die einwendige Seite derselben mit blauer Farbe schattirt werden, und zwar die Schattenseite stärker und in die Augen fallender, als die andern. — Kleine Bäche oder Rinseln können, ihrer unbedeutenden Breite wegen, auch nur mit einem Strich bezeichnet, und die eine Seite derselben mit blauer Farbe schattirt seyn, bei einem jeden aber muss der Name in paralleler Richtung mit demselben beygeschrieben, so wie auch durch einen Pfeil angedeutet werden, nach welcher Seite das Wasser hinströmt. Die Gräben und Kanäle werden in ihrer wahren Breite mit parallelgezogenen Tuschlinien verzeichnet, und mit blauer Farbe belegt. — Mahlmühlen werden mit Zeichen eines Rades — (Siehe Fig. 2), — und Sägemühlen mit Zeichen einer Säge — (Siehe Fig. 3) — versehen, und der Name beygeschrieben.

- n) Grenzen, sie mögen aus geraden Linien, Flüssen, Wegen etc. bestehen, müssen jedesmal, die auf den Concept-Charten verzeichneten alten, mit starker gelber, die neuen aber mit rother; dagegen auf der mundirten Charte alle Grenzen, ohne Ausnahme, mit rother Carminfarbe stark schattirt werden; die Grenzmähler durch, so klein wie möglich, mit Tusch gezogene, runde, mit Carminfarbe stark belegte Zeichen bemerkt, und wenn es ein Kreuzstein ist, so muss ein kleines Kreuz — (Siehe Fig. 1) — neben demselben gezeichnet und die Litter und Nummer desselben, nebst Bemerkung, was es ist, beygeschrieben, und zwar in senkrechter Richtung mit dem Nordstrich, so wie es mit allen übrigen, auf der Charte vorkommenden Gegenständen, als Kirchen etc. geschehen muss. Jedoch ist ein Verhältniss in Ansehung der Grösse der Schrift zu berücksichtigen, nämlich: dass Hauptgegenstände, als; Kirchen, Schlösser, Güter, mit grösseren; dagegen aber Bauer-Riegen, Krüge, Grenzmarken, kleine Flüsse und Seen, Berge u. d. gl. wiederum mit kleinern Buchstaben anzumerken sind. Eben dieses wird auch bei der Begrenzung der Güter, wobei ingleichen angegeben sein muss, welches Gut publ. oder priv. — im Titel der Charte und beim Maassstabe beobachtet. — Gouvernements- und Kreisgrenzen werden mit gebrochenen stark gezogenen Tuschlinien, dann ebenso starken Punkten, und so in gerader Richtung wieder mit einer Linie und einem Punkt bis zur nächstfolgenden Grenzmarke continuirt. — (Siehe Fig. 5). Die Gutsgrenze wird mit einer deutlich aufgerissenen Tuschlinie bemerkt. Jedesmal muss die Entfernung von einer Marke bis zur andern auf der Grenze des Gutes mit Zahlen angegeben und diese längs der Linie in paralleler Richtung mit derselben beygeschrieben seyn.

**Anmerkung.** Die Grösse des Formats des zu einer Grenz-Delineations-Charte bestimmten Blattes muss sich nach der Figur und der Flächengrösse der aufgenommenen Grundstücke richten, und noch so viel Raum übrig enthalten, dass alles darauf Hinzubringende, z. B. der Nordstrich, der Titel, der verjüngte Maassstab; und noch überdem Platz für die Unterschriften derjenigen Autoritäten, welchen die Entscheidung und allendliche Bestätigung zustehet, und für das beizudrückende Siegel übrig bleibe. Die Description oder revisorische Beschreibung und Berechnung aller bei der Grenzregulirung in Betracht gekommenen Grundstücke müssen, wenn sie bedeutenden Raum erfordern, und daher nicht auf der Charte selbst angebracht werden können, in einem separaten Heft der Charte beigefügt werden, wie Schema E.

- o) Berge werden, wenn sie eine ansehnliche Höhe haben, auf der Charte verzeichnet und namentlich benannt, mit nebeneinander von oben herabgezeichneten feinen Strichen in der Art, dass dieselben nach dem Abhange des Berges zu an ihrer Stärke mehr und mehr abnehmen, und zuletzt als ein Schatten gänzlich verschwinden. — Eine bergigte Gegend wird mit zerstreutliegenden,

mit Tusch verzeichneten Bergen, wie gewöhnlich, bemerkt, und diese mit brauner Farbe blass belegt oder schattirt. — Ebenso Torfstich, Kalksteinbruch, Lehm-, Grand-, Sand- etc. Gruben, mit einem Strich umzogen, und die inwendige Seite grau, ziemlich breit schattirt.

- p) Strand-Ufer oder kahle Sandflächen werden mit der blassen Weidefarbe schwach belegt, und mit kleinen feinen, dunkelgelben und rothen Pünktchen undicht ausgefüllt. Die Steinhäufen in den Aeckern, oder wo sie sich sonst befinden, wenn sie wegen ihrer Grösse auf der Charte verzeichnet werden müssen, sind wie die Sandflächen, jedoch zum Unterschiede mit einigen ansehnlich grösseren schwarzen und rothen Punkten und kleinen feinen Rändelchen anzudeuten.
- g) Die Illumination der Forsten ist genau nach dem beigefügten Schema der Forst-Charten zu bewerkstelligen.
- r) Die Namen der Gesinde müssen rein und deutlich beygeschrieben und die Nummern derselben dabei stehen. Diese Nummern werden in allen Landgattungen, die Verschiedenheit derselben aber mit danebengeschriebenen Littern bemerkt; z. B. № 3. a. Garten, 3. b. Acker, 3. c. Buschland, 3. d. Heuschlag, 3 d. 1. Streuheuschlag auf Folio II, 3. d. 2. Streuheuschlag ebendasselbst, 3. c. 2. Streustück-Buschland auf Folio IV. etc. Bei der Numeration der Gesinde, so wie der Grenzmarken, wird so viel wie möglich im Norden angefangen, und so nach dem Laufe der Sonne durch das ganze Gebiet bis wieder dahin fortgefahren und beendigt. — Die Wohnungen der Förster, Lostreiber, Buschwächter, Krüger etc. bekommen zum Unterschiede von jenen eine römische Zahl.
- s) Die Hofsländer werden mit grossen Buchstaben, z. B. A. I. die erste Lotte, A. II. die zweite Lotte etc., A. c. Buschland, A. d. Heuschlag, B. die Felder der Hoflage N. N. etc., C. die der Hoflage B. B. etc. bezeichnet.
- t) Der Nordstrich muss nach der Magnetnadel parallel mit dem Seitenrahmen der Charte aufgenommen und am Ende der Nordseite in der Form eines Pfeils und mit dazu anpassender Verzierung verzeichnet seyn; unterhalb dieses Zeichens, in der Entfernung von zwei Zoll englisch, wird eine im rechten Winkel diese Nordlinie durchschneidende zweite Linie gezogen, welche von dem Durchschnittspunkt in vier als Radii eines Zirkels von gleicher Länge für die vier Hauptgegenden, nämlich: Norden, Osten, Süden und Westen zu betrachten sind; diese Winkel wiederum in Hälften für Nordwesten, Nordosten etc., und diese endlich wiederum durch Linien für Nord-Nordwesten, Nord-Nordosten, Ost-Süd-osten etc. halbt, und so die Nordlinie in der Figur eines Sternes gezeichnet, dass die 4 Hauptlinien, jede  $1\frac{1}{2}$  vom Mittelpunkt an gerechnet, die 4 darauf folgenden ein wenig kürzer, und die acht zuletztgenannten noch kürzer wie jene werden.
- u) Der verjüngte Maassstab muss auf der Charte mit Transversallinien richtig eingetheilt werden, wonach sie angefertigt, und der bei der Aufmessung des Gutes gebraucht worden ist, unter welchem die Länge, in Livländischen Ellen Feldmaass, bemerkt sein muss.
- v) Im Titel muss das Gut namentlich genannt werden, in welchem Gouvernement, Kreise und Kirchspiele dasselbe belegen ist, von welchem Landmesser, — mit Bemerkung seines etwaigen Charakters, — die Aufmessung und Anfertigung der Charte vollzogen, und in welchem Jahre die Messung geschehen, angeführt werden; auch falls die Charte aus mehreren Blättern bestände, deren Zahl genau zu bemerken ist.
- w) Da auf jeder Charte ein Namensverzeichniss der Gesinde mit deren Nummern angebracht seyn muss, weil die Namen der in Dörfern nahe bei einander liegenden Gesinde nicht immer beygeschrieben werden können, so muss dasselbe sowol auf der Concept-Charte, als auch auf der mundirten Charte ausserhalb



der Figur in einer dazu passenden Stelle, so viel wie möglich unterhalb der darauf verzeichneten Länder angebracht, der Titel aber oberhalb derselben, mit deutlichen grossen Buchstaben geschrieben seyn. Ausserdem muss auf der mundirten Charte eine anpassende Stelle zur Namensunterschrift der Gutsbesitzer angrenzender Güter leer gelassen werden.

- x) Die Beschreibung der auf den Seiten der Grenze belegenen Güter oder deren Begrenzung muss parallel mit der Grenze auf der Charte gemacht seyn, und zwar so, dass man dieselbe ohne Wenden der Charte von jeder Seite lesen kann.
  - y) Eine Charte vom ganzen Gute darf nicht grösser seyn als 7 Fuss englisch lang und 5 Fuss breit. Sollte der Flächenraum mehr Papier erfordern, so kann die Charte nach Erforderniss entweder in 2 oder mehrere Theile — in Form eines Parallelogramms, — getheilt seyn. Jeder dieser Theile muss separat numerirt werden, und neben der Connectionslinie eines jeden ist zu bemerken: welches Folium mit einem andern connectirt, und zwar so, dass, wenn die einzelnen Theile alle zusammengesetzt sind, sie eine Charte mit dem Titel, Maassstab, der Nordlinie etc. bilden. Die zu den auf diesen Charten befindlichen Gesinden gehörigen Streustücke, wenn sie nicht in fremden Grenzen belegen sind, werden nicht separat auf diese Bogen copirt, sondern da, wo sie sich in andern Gegenden, Dörfern und Folien befinden, aufgenommen, in der Beschreibung aber muss von diesen Ländern gesagt werden: wo und auf welchem Folio sie belegen sind. Ist es aber der Fall, dass sie einzeln in fremden Guts Grenzen belegen sind, so können sie auf denselben Bogen, wo das Gesinde mit dessen Ländern aufgenommen ist, in einer sich dazu eignenden Stelle separat copirt werden, und zwar muss die Nordlinie und Begrenzung, so wie der Name des Stücks als auch des Eigenthümers angegeben seyn, und besonders durch eine starke Randlinie umschlossen werden: sind mehrere angrenzende beysammen, so können sie auch so verzeichnet werden.
- NB. Auf der Charte oder Delineation über die streitige Grenze werden die abweichenden Grenzlinien des Ducts und Reducts zum Unterschiede, erstere mit dunkelgelber, letztere mit blassgelber, die von den Schiedsrichtern bestimmte und höhern Orts bestätigte Grenzlinie aber, mit dunkelrother Farbe schattirt. Uebrigens wird in Betreff der Zeichnung auch bei dieser Charte obige Vorschrift beobachtet, und gleichfalls ein Raum zur Unterschrift gewählt.
- z) Die Concept-Charten werden in Parallelen zu 2 Mensel-Breiten zusammengeklebt und bei der Commission eingereicht, damit sie bei der Taxation, Eintheilung etc. nicht leiden, und zum fernern Gebrauch bei der Commission als auch Mundirung der Charten nicht undeutlich werden, und connectirt werden können, woher denn auch der Rand der Mensel-Blätter,  $\frac{3}{4}$  Zoll englisch breit, weiss bleibt, damit die Auconnectirung der Parallelen, die numerirt oder literirt seyn müssen, entnommen werden kann.
  - tz) Auf der Charte ist das verordnete Schema zur Bezeichnung der Holzarten, des Bodens etc., so wie aller anzudeutenden bemerkenswerthen Gegenstände, in einer besonderen einfachen Umfassung, als Erklärung der Illumination, zu zeichnen.
-

## Capitel III.

# Von Berechnung des Flächeninhalts der Landgattungen und Taxation derselben, so wie auch Description zu Concept-, mundirten und Grenz-Delineations-Charten.

1) Der Flächeninhalt wird auf der Charte nach Tonnstellen zu 14,000 Q.-Ellen wie gewöhnlich, der irregulären Figuren wegen, mit dem Pallet berechnet, auf dem jede Tonnstelle 140 Ellen lang und 100 Ellen breit, und diese in 35 Kappen, jede derselben 20 Ellen lang und breit, gleich 400 Q.-Ellen, getheilt seyn muss. Zu grossen Flächenberechnungen wird die Triangel-Berechnung angewandt. — Die russische Werst von 500 Faden, jeder zu 3 Arschin oder zu 7 Fuss englisch, beträgt 1750 Ellen livländisch Feldmaass. Die Dessätine ist 80 Faden lang und 30 Faden breit, gleich 2400 Q.-Faden \*). Demnach hat die russische Quadrat-Werst  $104\frac{1}{6}$  Dessätinen, oder  $306\frac{1}{4}$  Lofstellen, jede derselben zu 10,000 Q.-Ellen gerechnet, oder  $218\frac{3}{4}$  Tonnstellen, und jede derselben zu 14,000 Q.-Ellen.

2) Die Graduation der Hofsländer ist mit Zuziehung des Gutsverwalters, eines Gemeinderichters und eines Gemeindevorstehers \*\*) zu bewerkstelligen, und geschieht nach den Vorschriften der Verordnung von 1804, und nach den Ergänzungs-Paragraphen von 1809. Die Taxation derselben aber wird nach der für die Hofesfelder und Buschländer existirenden schwedischen Erdtaxe, zum Behuf der Arrende-Ausrechnung, auf Geld reducirt.

3) Die Taxation und Graduation der Bauerländer geschieht nach den Vorschriften der Verordnung von 1804 und nach den Ergänzungsparagraphen von 1809, und zwar mit Zuziehung des Gutsverwalters, eines Gemeinderichters, eines Gemeindevorstehers und des Wirthen des zu graduirenden Gesindes \*\*\*). Bei dieser Graduation und Taxation ist hauptsächlich auf die Lage des Landes, In Betreff der Nässe und Trockenheit, als auch auf die Mischung der Erdarten, Rücksicht zu nehmen. Wobei nach genauer Befruchtung das Land proportionirlich in mehrere Graden oder gerade in einem der vier Grade anzunehmen oder zu bestimmen ist; z. B., wenn ein Stück Land von 12 Tonnstellen nicht ganz zu einem Grade taxirt werden kann, sondern ein Theil davon im 2-ten, 3-ten und 4-ten Grade ist; nämlich 4 Tonnstellen im 2-ten, 6 Tonnstellen im 3-ten und 2 Tonnstellen im 4-ten Grade, oder die Hälfte davon, 6 Tonnstellen im 3-ten und 6 Tonnstellen im 4-ten Grade. — Wenn extraordinäre Landarten und Mischungen, als: grauer, weisser Lehm oder Plehn, weisser, grober, grandiger Sand, niedriger, sumpfiger Boden, sehr moosige sinkende Heuschläge etc. vorkommen, die zwar geackert, als auch Heuschläge, die ihrer schlechten Beschaffenheit wegen nicht in jedem Jahre durchgängig gemäht werden können, beides aber, sowohl Ackerland als auch Heuschlag, weder als unbrauchbar, noch alles als brauchbar in Anschlag gebracht werden kann; so muss

\*) Oder 280 Ellen lang und 105 Faden breit, gleich 29,400 □ Ellen.

D. Hrsq.

\*\*) Gemeinderichter und Gemeindevorsteher kommen jetzt zweifellos in Wegfall. D. Hrsq.

\*\*\*) Wie aus dem Folgenden hervorgeht, ist auch hier die Anwendung der am 4. December 1809 publicirten Taxations-Tabellen unerlässlich. — Der Gutsverwalter und Gemeinderichter kommen in Wegfall.

D. Hrsq.

genau erwogen und untersucht werden: wie gross der in Anschlag zu bringende Theil davon seyn kann; z. B. «14. d. 6. ein schlechter moosiger Heuschlag, ist sinkend, und wird nicht in jedem Jahre gemäht; der 3-te Theil ist davon als Heuschlag und  $\frac{2}{3}$  als unbrauchbar taxirt». Dann wird der ganze Flächeninhalt hingesetzt, und zwar davon  $\frac{1}{3}$  in die Rubrik der Heuschläge im 4-ten Grad und  $\frac{2}{3}$  in die des Unbrauchbaren. — Ist es aber ganz als unbrauchbar, Heide oder Morast zu betrachten, welches weder geackert noch gemäht worden ist, noch als solches genutzt werden kann; so muss auf der Charte demgemäss dieses Unbrauchbare vom Brauchbaren separirt, und so auch in der Berechnung aufgenommen werden.

1) Der Thaler ist in 90 Groschen, und jeder Groschen in 112 Theile getheilt, angenommen, und muss durchgängig in allen Berechnungen über Landwerth so angewandt werden.

5) Die Description zu der mundirten Charte über die berechneten und taxirten Hofes- und Bauerländer muss wie Schema B rubricirt und in einem Heft gemacht werden; der Flächeninhalt der Hofes-Brustäcker und Buschländer aber wird nach den taxirten Graden, nach Maassgabe der beim Regierungs-Patente vom 4-ten December 1809, sub № 9298, bekannt gemachten Taxations-Tabellen auf Geld reducirt, wie im 2-ten Punkt dieser Vorschrift schon Erwähnung geschehen ist.

6) Die Berechnung oder Description zu der Concept-Charte, über die in den alten Grenzen der Bauern belegenen Länder, die laut Vorschrift IV im 1-sten Punkt dieser Instruktion bei der Commission eingereicht wird, kann ganz so wie obenerwähntes Schema B, jedoch mit Weglassung der Rubrike für Dessätinen, eingerichtet seyn. Die Berechnung über die durch die neu projectirten Grenzlinien von den Bauergesinden abgegangenen und dagegen wieder zugetheilt bekommenen Länder, die in einem separaten Hefte, der obigen Berechnung B zur Concept-Charte beygelegt werden muss, wird wie C rubricirt und eingerichtet. Diese Descriptionen müssen auf gutem Papier geschrieben und auf dem Titelblatte derselben jedesmal angemerkt werden, dass sie zur Concept- oder mundirten Charte, oder zum Projekt der neuen Bauergrenzen, zu dem publ. Gute N. oder zu der Delineation zwischen dem publ. Gute und priv. Gute N. N., zu welchem Gouvernement, Kreise und Kirchspiele es gehört, von welchem Landmesser die Länder berechnet und taxirt worden sind und in welchen Jahren solches geschehen ist.

7) Die Description zur Grenz-Delineations-Charte, die der Landmesser laut Vorschrift I Punkt 8 an die Commission zum weitem Verfahren der Schiedsrichter übersendet, muss nicht allein den eigenthümlichen Namen eines gezeichneten Gegenstandes, sondern auch eine Berechnung nach Qualität und Quantität der streitigen Landstücke numerirt und litterirt, wie Schema E zeigt, enthalten. — Nach erfolgter Entscheidung der Schiedsrichter hat der Landmesser sich bei Illumination und Beschreibung der Delineations-Charte nach der für die Landmesser deshalb erlassenen und von Sr. Excellenz, dem stellvertretenden Herrn Civil-Ober-Befehlshaber, am 6-ten May 1822 bestätigten Vorschrift genau zu richten.

## Capitel IV.

**Ueber das weitere Verfahren der Landmesser nach beendigter Aufmessung, Berechnung des Flächeninhalts aller Landgattungen und Taxation derselben, so wie auch Anfertigung eines Projects zur Eintheilung derselben, als auch den Austausch der Streuländereien sowohl der einzelnen Gesinde, als auch des ganzen Gutes.**

1) Wenn das ganze Gut aufgemessen und die Brouillon-Charte mit Titel und Maassstab etc., so auch die Beschreibung oder Berechnung wie Schema B rein, deutlich und vorschriftmässig angefertigt ist, so schreitet der Landmesser, mit Zuziehung des Gutsverwalters, Gemeinderichters, Dorfältesten etc. \*), zum Entwurf eines Planes, in wiefern die Streustücke, sowohl einzelner Gesinde, als des ganzen Gutes, vertauscht und convenablere mehr geradlinie Grenzen gemacht werden können, wobei hauptsächlich die Entfernung der Streustücke, die Quantität und Qualität der Länder, damit der eine Wirth nicht allein die nahegelegenen oder guten, und der andere die entfernten oder schlechten Länder bekommt, zu berücksichtigen ist. — Ingleichen, dass die Heuschläge und Buschländer möglichst nach Verhältniss des Landwerths eines Gesindes und dessen Aecker zugetheilt werden. Wenn Gräben oder Niedrigungen als Grenzen zweier Besitzungen angenommen werden können, so ist die Mitte derselben als die Grenzlinie festzusetzen; Viehtriften, welche nach gemeinschaftlichen Weiden hinführen, werden so angewiesen, dass den benachbarten Gesinden dadurch kein Schaden zugefügt wird. Dieses Project wird bei Einreichung der Concept-Charte, — auf der die projectirte Grenzlinie mit Blei aufgerissen seyn muss, — der Messungs-Regulirungs-Commission zur Beprüfung unterlegt, zu welchem eine Beschreibung der Länder eines jeden Gesindes Schema C, aus der man ersieht, welche Länder dem einen Gesinde abzunehmen, und wem sie zuzutheilen sind, beizulegen ist; so wie auch eine Balance-Berechnung über den Vertausch der mit einem benachbarten Gute streubelegenen Ländereyen, nach dem Schema D.

NB. Das von dem benachbarten abzutheilende Aequivalent muss ebenfalls aufgemessen, auf der Charte verzeichnet und berechnet seyn.

2) Nachdem die Richtigkeit der Charten und die Berechnung von dem Commissions-Landmesser attestirt; auch die Repräsentanten die ganze Messung als richtig anerkannt haben, und die projectirte Eintheilung von der Commission beprüft, verbessert und bestätigt worden ist, so empfängt der Landmesser die Charten zur Vermarkung und Festsetzung der Grenzen zurück, fertigt nach Vollendung dessen, neue mundirte Charten und specielle Beschreibungen und Berechnungen, nach den dazu gegebenen Vorschriften und zwar, sowohl Charten und Description, in zwei gleichlautenden Exemplaren an, und diese sowohl, als die Brouillon-Charte, überreicht der Landmesser abermals der Commission zur allendlichen Revision und Bestätigung. Der bei der Commission als Revident angestellte Landmesser vergleicht und attestirt die richtige Berechnung und Uebereinstimmung der mundirten und Concept-Charten mit einander, und fertigt die vorschriftmässige Credit-Berechnung von den sämmtlichen Bauerländern des Gutes an.

---

\*) Statt Gemeinderichter und Dorfältester gegenwärtig der Gemeinde-Aelteste. D. Hrsg.

3) Wenn die Repräsentanten über zu hohe Graduation der Länder und unzweckmässige Eintheilung Klage führen, oder die Richtigkeit der Messung bezweifeln, so giebt die Commission dem bei ihr angestellten Landmesser das Commissum, diese Beschwerde in loco zu untersuchen. Dieser Commissions-Landmesser untersucht nicht nur die Graduationen der Ländereien, so wie die Eintheilung derselben aufs Genaueste, sondern führt auch erforderlichen Falls eine Probelinie in der Gegend, die von den Repräsentanten als unrichtig angegeben worden, nimmt nicht allein Gegenstände, die die Linie berühren, sondern auch in einer Entfernung von 250 Ellen auf beiden Seiten derselben, feste Punkte, als: Grenzmarken, Brücken, Bauerhäuser u. d. gl. auf, und approbirt die Messung darnach. Fehler, deren Berichtigungen keine bedeutende Zeit erfordern, werden sogleich emendirt; wenn aber zu dieser Emendation Monate und mehrere Wochen erforderlich sind, so zeigt er der Commission speciell an, worin sie bestehen, und überreicht derselben diese Anzeige in einem Bericht, als Resultat über die Untersuchung. Wonächst die Commission dem Landmesser, der das Gut gemessen hat, den Befehl ertheilt, die Berichtigung seiner begangenen Fehler, nach dem Verzeichniss, zu bewerkstelligen. Sobald dieses geschehen und durch eine beizubringende Bescheinigung von der Gutsverwaltung und des Gemeindegerichts\*) die Berichtigung der Messungsfehler erwiesen worden ist, so werden die Charten nebst revisorischer Beschreibung und Berechnung, wiederum bei der Commission eingereicht, damit diese Berichtigung von dem Commissions-Landmesser geprüft und approbirt werden kann, in wiefern das Fehlerhafte nach dem Verzeichniss verbessert worden ist.

---

## Capitel V.

### Von der Taxation und Eintheilung der Wälder.

1) Um die Forsten gehörig taxiren und gleichmässig bewirthschaften zu können, muss der Landmesser jede beträchtliche Waldfläche in mehrere Distrikte, wovon jeder 150 bis 200 Lofstellen enthalten kann, vertheilen, oder in solche Abtheilungen bringen, dass jede davon ein gewöhnliches Klopffagen (Treiben. Mast.) giebt\*\*). Diese Distrikte oder Jagen müssen, wenn kein Weg, Bach, Feld oder Wiese den Abschnitt und eine stets kenntliche scharf abschneidende Grenze macht, mit, womöglich, geraden Linien von 3 bis 4 Faden Breite begrenzt werden. Diese Linien müssen aber so angelegt werden, dass sie zur Holzabfuhr, zu Gestellen bei Jagden und zur Köhlerei benutzt, folglich viele Waldwege durch sie entbehrlich gemacht werden können. Ausserdem gewähren sie bei entstandenen Waldbränden, bei Raupenfrass und in manchen andern Fällen grosse Vortheile und verschaffen eine deutliche Uebersicht und Kenntniss des Locals, als wenn der ganze Waldbestand in einer Masse zusammenhängt. Auch wird es nur bei einer solchen Abtheilung in Distrikte oder Jagen möglich, die aus jedem derselben nach und nach erfolgende Holzmasse bestimmt aufzuzeichnen; die taxirte Masse damit zu vergleichen oder dagegen zu controlliren, den ganzen Wirthschaftsplan immer in gehöriger Uebersicht zu behalten, und bei unvorhergesehenen Fällen, die eine Abänderung im ganzen Plan bewirken, das Nöthige zu verändern.

---

\*) Gegenwärtig der Gemeinde-Aelteste.

\*\*) S. am Schluss der Instruktion die Modifikation v. 25. April 1830 Pkt. 1.

D. Hrsq.

D. Hrsq.

Eine solche Eintheilung, wenn sie allen diesen Bestimmungen entsprechen soll, kann nicht willkürlich, folglich nicht so gemacht werden, dass ein Distrikt so gross werde, als der andere; ebenso wenig können die Districte immer symmetrische Figuren bilden. Es kommt auch darauf ganz und gar nicht an. Es ist vortheilhafter, die Nutzbarkeit der Symmetrie vorzuziehen, und bei den Distrikt-Abtheilungen weder auf gleiche Fläche, noch auf Symmetrie der Linien besonders ängstliche Rücksicht zu nehmen. Der Landmesser muss die Districte so abtheilen, dass durch die Linien alle oder doch die meisten der vorhin genannten Vortheile erlangt werden. Kann aber Gleichheit der Flächen und Parallelität der Linien mit den angeführten Vortheilen verbunden werden, so ist es freilich um so viel besser. Daher hat der Landmesser nach Möglichkeit gleichen Holzbestand in einen willkürlich zu begrenzenden Distrikt zu ziehen, jeden in der Mitte des Waldes gelegenen Distrikt durch vier gerade Linien einzuschliessen, und diese Linien von Süden nach Norden und von Osten nach Westen zu ziehen, weil hierdurch die Parallelität der künftigen Holzschläge bewirkt wird, die man in der Regel nach Westen hin abtritt.

2) In jedem Districte soll der Landmesser durch die im Charten-Schema vorgeschriebenen Farben die Holzarten bemerken, womit jeder Theil des Distrikts bestanden ist. Der Landmesser muss daher die Holzarten, die gewöhnlich nicht scharf absetzen, sondern mehr oder weniger tief in einander geflossen dastehen, mit wenigen geraden Linien zu trennen suchen. Diese Linien sollen aber nur so breit, dass man visiren und messen kann, gehauen, und auf den End- und Winkelpunkten mit zwei Fuss langen nummerirten Pfählen hezeichnet werden.\*) Auf der Charte aber soll jede Abtheilung mit zarten Tuschlinien ausgedrückt, und die mit einer besondern Holzart bestandene Fläche, mit der zu ihrer Bezeichnung bestimmten Farbe, gedeckt werden. Durch eben solche Linien soll der Landmesser, so genau als möglich, die in Rücksicht des Alters auffallend verschiedenen Bestände von einander abtheilen.

3) Der Flächenraum eines jeden Distrikts, sowohl im Ganzen, als der etwanigen Abtheilungen desselben, in Rücksicht der Holzarten und der in Ansehung des Alters auffallend verschiedenen Bestände, muss der Beschreibung der Charte beigelegt werden.

4) Jeden mit verschiedenen Holzarten vermischt bestandenen Distrikt, oder Theil des Distrikts, muss der Landmesser mit der Farbe der dominirenden Holzart anlegen, und ein Stämmchen darauf zeichnen, das, der Vorschrift gemäss, die untergemischte Holzart anzeigt.

- 5) a. Jede völlige Blösse im Walde muss auf der Charte einen weissen Grund behalten, wo sie, falls diese Stelle zum Waldanbau durch den Taxator bestimmt wird, — nachher mit derjenigen Farbe bezeichnet wird, welche die anzubauende Holzart bezeichnet.
- b. Jede Blösse und alle leere Plätze in den bestandenen Orten des Waldes, soll der Landmesser aufmessen und zur Charte bringen, wenn sie eine Lofstelle gross sind. Die kleinen Plätze sind von keinem Belang.
- c. Wenn Flächen vorkommen, die sehr einzeln mit Bäumen, Büschen oder Gesträuch bewachsen sind, so ist eine solche Fläche von dem bessern Bestande zu trennen. Sie muss aber vor der Hand auf der Charte weiss bleiben, und nur ein Stämmchen darauf gezeichnet werden, das die einzeln darauf stehende Holzart formularmässig anzeigt.

---

\*) S. am Schluss der Instruktion die Modifikation v. 25. April 1830 Pkt. 2. D. Hrsrg.

6) In jedem District auf der Charte muss der Name desselben geschrieben werden; sollte aber eine grosse Strecke Waldes bisher nur einen Namen gehabt haben, und nun durch die Eintheilung in mehrere Distrikte zerfallen, so müssen dem General-Namen die Worte Ober-, Mittel- und Unter- etc. beigesetzt werden.

7) Die Beschaffenheit und Verschiedenheit des Bodens in jedem Distrikte, oder Theil des Distriktes, muss auf der Charte selbst, — so tief als es nöthig ist, um den Holzwuchs beurtheilen zu können, — durch die im Charten-Schema bestimmten Zeichen, sichtbar sein, und zwar so, dass jede Reihe solcher Charaktere, die Beschreibung des Bodens, 6 Zoll tief, enthalten soll. Zum Exempel, es wäre ein Boden zu beschreiben, der in der ersten 6 Zoll tiefen Schichte zweidrittheil Dammerde und eindrittheil Kies enthält, dagegen in der Schichte der folgenden 6 Zölle, zweidrittheil Lehm und eindrittheil Grand oder kleinere Steine zeigte, so müsste mit einer Rabenfeder in die erste Reihe das Zeichen der Dammerde zweimal und das Zeichen des Kieses einmal gesetzt werden, — hingegen in der zweiten Reihe das Zeichen des Lehms zweimal, und das Zeichen des Grandes einmal angebracht werden. — (Siehe Fig. 6 u. s. w.).

8) In Beziehung auf die Güte des Bestandes der Distrikte und Abtheilungen derselben, sollen selbige bei der Beschreibung der Charte durch: gut, mittelmässig oder schlecht bezeichnet werden.

---

## Capitel VI.

### **Regel für die Landmesser, die sie bei Legung und Festsetzung der äussern Guts-Grenze, als auch bei Führung der Bauer-Grenzen, zu beobachten haben.**

Nach höheren Orts erfolgter Bestätigung der Grenz-Charte, ist der Landmesser verbunden:

4) Die allendliche bestimmte Grenze, im Beiseyn der von beiden Gütern dazu erwählten Verwalter oder Aufseher etc., mit Hülfe der von der Bauerschaft zu stellenden Leute, in loco zu vermerken, sich aber dabei genau nach der Charte und der getroffenen Grenzbestimmung zu richten, und dafür zu sorgen, dass die Grenzmähler vorschriftsmässig errichtet, und die Durchhaue in Wäldern und Gebüsch, in deren Mitte die Grenzlinie geht, 7 Ellen oder 2 Faden (Saschen) breit sey; auf unbewachsenem festen Boden aber mit einem Pfluge, auf beiden Seiten der Grenzlinie, tiefe Furchen gezogen werden, von denen die aufgeflogte Erde und Rasen auf die Grenzlinie zusammen fallen muss. — Eine streitig gewesene Grenze ist vorzugsweise gleich nach erfolgter und bestätigter schiedsrichterlicher Entscheidung, dieser zufolge in der Natur zu ziehen und zu vermerken:

- a. Bei Errichtung einer Kupitze muss auf dem Grenzpunkte ein angebrannter Pfahl, von ansehnlicher Länge und Stärke eingeschlagen, mit zerschlagenen Dachpfannen, Mauerziegeln oder Glasstücken und Kohlen, an den Haupt-Grenzpunkten mit 5, an den dazwischen liegenden mit 3 Feldsteinen von solcher Schwere, dass sie von einem starken Manne, mit äusserster Anstrengung, nicht

gehoben werden können, in Form eines Kegels belegt, und mit kleinen Steinen, Rasen und der aus dem um die Kupitzen zu ziehenden Graben aufgeworfenen Erde, vermauert und gefüllt werden.

Die Kupitzen müssen auf den Winkel oder Hauptpunkten 5, und die dazwischen liegenden, 4 Ellen im Diameter, und erstere  $2\frac{1}{2}$  und letztere 2 Ellen hoch und mit einem Graben, längs dem Rande desselben, von einer Elle breit umgeben sein.

b. Auf sumpfigem Boden müssen die Kupitzen einen Rost von Balken zur Unterlage erhalten, mit einem von Strauch geflochtenen Zaun,  $\frac{3}{4}$  Ellen über der Erde, versehen werden, und dürfen, mit Inbegriff des Grabens, im Durchschnitt nicht kleiner wie die obigen seyn.

c) Wenn sich auf der Grenzlinie grosse, über die Erdoberfläche hervorragende Steine befinden, oder auch aus der Nähe auf einen Grenzpunkt geschafft und eingelagert werden können, so sind sie als Grenzmahle zu gebrauchen und mit einem eingehauenen Kreuze und der Jahreszahl der Grenzführung zu bezeichnen; und zwar muss dieses Kreuz in dem Punkt des Grenzwinkels dergestalt gemacht werden, dass die Striche in der Richtung der Grenzlinie kommen; diejenigen Linien aber, die diese durchkreuzen und auf keiner Direktion der Grenzlinie sind, werden an den Enden mit kleinen Querstrichen versehen. — (Siehe Fig. 7 a. b. c.)

NB. Die Figur c. dient als Beispiel zu dreier Herren Mark, wenn alle drei Güter sich über den Punkt vereinigt haben, und daselbst ein Kreuzstein gelegt werden soll.

2) Wenn einem Dorfe oder einzelнем Gesinde die Grenzen angewiesen werden, so müssen die Wirthe des Dorfes, die Gemeinderichter oder die Dorfältesten \*) und die angrenzenden Nachbarn gegenwärtig seyn, und dieses ist bei jedem Streustück, welches zu einem Gesinde oder Dorfe vermarktet wird, zu beobachten. Diese müssen so viel wie möglich aus Bächen, Strassen oder geraden Linien bestehen. Bei letzterer, wenn sie über flaches Ackerland geht, ist die Furchen-Zeichnung, wie bei Punkt 1. dieser Vorschrift gesagt worden, zu beobachten; wenn sie durch Gebüsch führt, so muss die Linie  $3\frac{1}{2}$  Ellen breit ausgehauen, und die auf den Winkeln aufzuwerfenden Kupitzen  $3\frac{1}{2}$  Ellen im Diameter und 2 Ellen hoch, in Form eines Kegels, von Rasen und Steinen aufgeworfen, und mit einem kleinen Graben umgeben werden.

3) Die Legung sämtlicher Grenzmahle ist in persönlicher Gegenwart des Landmessers zu bewerkstelligen, und darf er dieses Geschäft keinem andern, weder seinem Gehülfen oder Discipeln, noch seinem Messjungen oder sonst Jemanden, übertragen.

---

\*) Statt Gemeinderichter oder Dorfältester gegenwärtig der Gemeinde-Aelteste. D. Hrsg.



## Capitel VII.

**Von Eintheilung der Hofesfelder und Heuschläge in Reeschen und Buschländer in Schlägen, Anfertigung der Charten als auch Description derselben, so wie mehrere Regeln zur Nachachtung für den Landmesser.**

1) Bei der Messung der Hofesfelder, wenn sie bergigt und in Heuschlägen coupirt sind, wird zur geometrischen Zeichnung der verjüngte Maassstab noch einmal so gross als er zur speciellen Messung des Gutes gebraucht worden ist, angenommen. Die Tagstücke müssen 100 Ellen lang und 100 Ellen breit seyn, und folglich 10,000 Quadrat-Ellen, oder eine Lofstelle Flächeninhalt, enthalten. Wenn grössere Stücke oder sogenannte Reeschen oder Wallacken von mehreren Lofstellen gemacht werden sollen, so ist die Grösse derselben nach Lofstellen zu bestimmen, und in der Description die Grösse darnach anzugeben, und derselbe verjüngte Maassstab kann im letzten Falle alsdann beibehalten werden, der zur speciellen Messung des Gutes angenommen worden ist. Die Stücke müssen so viel wie möglich in Quadrate oder in Parallelogramme, letztere aber nicht unter 50 Ellen breit, abgetheilt seyn. Triangel oder Figuren, die aus vielen Seiten oder kleinen Stücken bestehen, müssen vermieden werden; es sey denn, dass die Lage der Natur es anders zu machen nicht gestattet. Alsdann ist jedoch hauptsächlich darauf zu sehen, dass die zu einem Stücke gehörigen Theile möglichst nahe beisammen sind. Die zur Bezeichnung auf dem Felde nöthigen Pfosten müssen stark und viereckig behauen, in Aeckern eine Elle tief in der Erde und eine halbe Elle über der Erde, in Heuschlägen  $1\frac{1}{4}$  Elle über der Erde eingegraben, bezeichnet und numerirt seyn.

2) Die Hofes-Buschländer werden in 24 gleiche Schläge getheilt, und können auch so auf den General-Charten selbst verzeichnet seyn.

3) Die Zeichnung der Hofesfelder und Heuschläge wird auf der Charte nach der Vorschrift II dieser Instruction, die Description von den eingetheilten Feldern und Heuschlägen aber separat, wie Schema A. gemacht.

4) Der Landmesser hat tertialiter der Commission anzuzeigen: wie weit die Messung vorgeschritten, und wie viel er an Quadrat-Wersten Wald oder urbares Land aufgemessen hat, ob er mit der Berechnung, Anfertigung der Charten oder womit er beschäftigt ist.

5) In Fällen, wo in dieser Instruction keine genügende Aufklärung sich findet, ist bei der Commission um Aufschluss und Vorschrift zu suchen.

8) In allen Klagesachen zwischen Landmesser oder Landmesser-Gehülfen und Gemeinden, hat die Commission, wenn sie die Messung betreffen, zu untersuchen und zu verfügen.

7) Der Landmesser, welcher alljährlich mindestens zwanzig Quadrat-Werst vollständig zu messen, zu graduiren, einzutheilen, zur Charte zu bringen etc. verpflichtet ist, hat auf dem Gute, wo gemessen wird, eine anständige Wohnung mit Heizung un-

entgeltlich zu erhalten; die Zahlung wird ihm nach den in der Instruction für die Messungs-Regulirungs-Commission enthaltenen Bestimmungen geleistet.

8) Die Gutsverwalter u. s. w. haben den Landmessern, in allem, was die Messung betrifft und den Verordnungen nicht zuwider ist, eine unwidersetzliche Folgsamkeit zu leisten, und ihnen alle Höflichkeit und bestmögliche Hülfe zum Erfolg dieses Geschäfts zu zeigen, hauptsächlich aber darauf zu sehen, dass die Linien-Stäbe und Ketten-Pfähle in Flächen und wo sonst Messungszeichen gemacht sind, unbeschädigt bleiben; die Landmesser dagegen, sowohl selbst, als ihre Untergebenen, sind verpflichtet, mit allen Guts-Verwaltern, Gemeinden und Einwohnern, wohlانständig, sanft und in allen Fällen mit Mässigkeit zu verfahren, und werden hienächst insbesondere angewiesen, sobald Linien-Stäbe, Ketten-Pfähle in Flächen, und sonst Messungs-Zeichen gemacht worden, beschädigt oder gar verrückt werden sollten, hierüber sofort der Commission zu berichten, damit diejenigen, die sich eine Uebertretung dieser Bestimmungen sollten haben zu Schulden kommen lassen, der strengsten gesetzlichen Beahndung unterzogen werden können.

---

Vorstehende Instruction für die Landmesser, zur Vermessung der Kronsbesitzlichkeiten in Livland, wird desmittelst bestätigt.

Kriegs- und General-Gouverneur Marquis Paulucci.

Riga, den 11. April 1825.

№ 547.

Diese Instruction ist zufolge höherer Anordnung auch für das Kurländische Gouvernement gültig.

Ad mandatum:

C. L. Villaret, Secretair.

## Modifikationen

der unter dem 11. April 1825 bestätigten Messungs-Instruktion für die Krons-Besitzlichkeiten nach den von Sr. Excellenz, dem Rigaschen Herrn General-Gouverneur etc. Baron von der Pahlen geschehenen Eröffnungen, d. d. Riga, 25. April 1830 № 399 \*).

### 1) zu dem ersten Punkt des Capitels V.

«dass die grossen Forsten die hier bemerkten Abtheilungen zu 500 und 600 Lofstellen enthalten können; und dass es die Obliegenheit der Forstbeamten ist, mit dem in dem Durchhaue gefällten Holze den Forstverordnungen gemäss zu verfahren, und solches gleich wie das Lagerholz und den Windbruch nach seiner Qualität vorzugsweise für den örtlichen Bedarf zu assigniren», und

### 2) zu dem zweiten Punkt des Capitels V.

«dass die hier vorgeschriebenen Linien nur auf der Charte zu verzeichnen, in der Natur aber nicht ausgehauen, sondern längs der äusseren Waldlinie mit 2 Fuss langen nummerirten Pfählen zu bezeichnen sind».

---

\*) Diese Modifikationen sind nicht mittels Reg.-Pat. publicirt worden, sondern direkt an den Livl. Cameralhof gelangt und finden sich der Landmesser-Instruktion beigelegt. D. Hrsg.

# Vorschrift

## zur Zeichnung der Forst-Charthen.

### Bezeichnung der Holzarten:

#### I. Durch Farben.

Kiefern.	Tannen.	Birken.	Ellern.	Blösse.	Sandfläche.

#### II. Durch Figuren.

Eiche. Esche. Lehne. Rüster. Birke. Eller. Espe. Weide.  
 Linde. Kiefer. Tanne. Wachholder.

### Zeichen, um den Boden zu beschreiben:

— Dammerde. □ Lehm. xxx Thon. Moorgrund. Sumpf. Sand. .... Kies. ooo Steine. □ Fels.

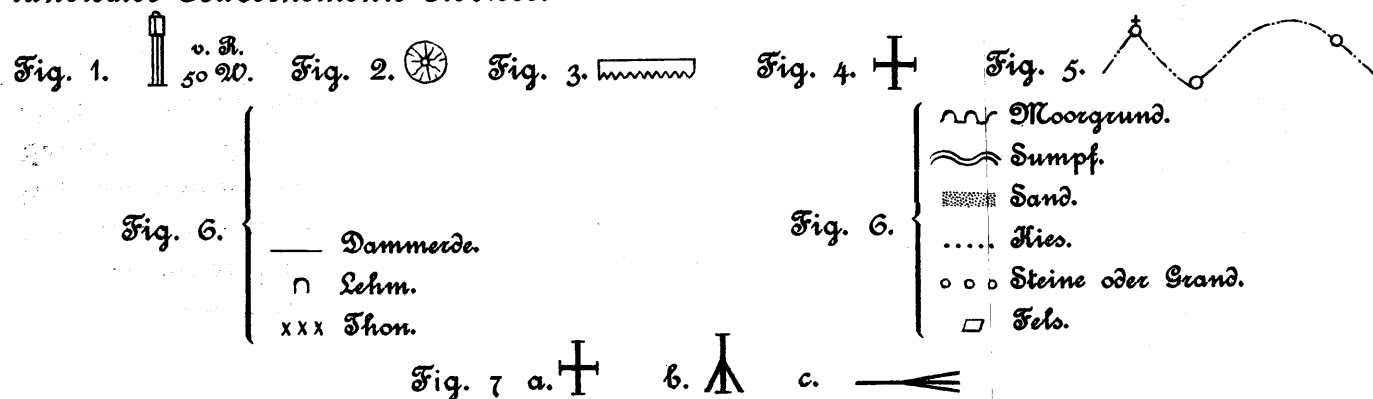
### Einfassung der Wirthschafts-Theile.

I. Periode.	II. Periode.	III. Periode.	IV. Periode.
-------------	--------------	---------------	--------------

### Anmerkung.

Wenn verschiedene Holzarten vermischt vorkommen, so muss die ganze Fläche mit der Farbe der dominirenden Holzart überdeckt werden und nur ein Stämmchen von jeder untermischten Holzart bezeichnet werden, auch der Boden muss 3 Fuss tief untersucht und von 6 zu 6 Zoll die Erdschichten durch die obenstehenden Zeichen angedeutet werden; die übrigen Bezeichnungen, als Wege und Flüsse etc., bleiben wie gewöhnlich.

Obiges Schema ist zur Bezeichnung der Forst-Charthen für das Livländische Gouvernement im Jahre 1824 angefertigt worden von Friedrich Ebenstern, Livländischer Gouvernements-Revisor.



**Schema A.;** zu der Description von den in Reeschen eingetheilten Hofes-Feldern und Heuschlägen; sowie auch in Schlägen eingetheilten Buschländern.

Charten- Numer.	Signatur.	Namen der Felder, Heuschläge und Buschländer.	Acker.			Buschland.			Heuschlag.		
			Anzahl d. Reeschen.	Grad.	Flächen- Inhalt.	Anzahl d. Schläge.	Grad.	Flächen- Inhalt.	Anzahl d. Reeschen.	Grad.	Flächen- Inhalt.
I.	A.	Der Hof Zarnick und die dazu gehörigen in Reeschen zu 2 (3 oder 4) Lofstellen eingetheilten Felder.	Stücke.		Lofst.	Schlag.		Lofst.	Stücke.		Lofst.
	A. 1.	Die 1ste Lotte Leelaistirums enthält von № 1 bis 60	60	{2 3 4	20 20 20						
	A. 1. a.	dito Purratirums enthält von № 61 bis 80	20	{3 4	20 20						
	A. 1. b.	dito Grantekaln enthält von № 81 bis 86	6	8	12						
	A. 1. c.	dito ein Ueberschuss enthält . . . . .	1/2	3	1						
		Summa	86 1/2	—	173						
I.	A. 11.	Die 2te Lotte Meschatirum enthält von № 1 bis 20	20	{2 3	10 30						
	A. 11. a.	dito Kalnetirum etc. . . . .	—	etc.							
		Summa	—	etc.							
I.	A. 111.	Die 3te Lotte etc. etc. etc. . . . .	—	etc.							
		Summa	—	etc.	—						
		Hofes-Heuschläge in Reeschen getheilt, jede zu 8 (5 oder 10) Lofstellen.									
I.	A. d. 1.	Palte-Plau enthält von № 1 bis 6 . . . . .	—	—	—	—	—	—	6	{1 2 3 4	20 28 40 46
	A. d. 2.	Putnumalla-Plau enthält von № 7 bis 18 . . .	—	—	—	—	—	—	12	{3 4	46 10
	A. d. 3.	etc. etc. etc. . . . .	—	—	—	—	—	—	—	etc.	
	A. d. 4.	Pumpe-Plau streu am Bache Pumpe-Uppe enthält	—	—	—	—	—	—	—	etc.	
		Summa	—	—	—	—	—	—	etc.		
		Hofes-Buschländer in Schlägen eingetheilt, jeder Schlag zu 15 Lofstellen.									
I.	A. c. 1.	Pumpemesch Buschland enthält von № 1 bis 4 .	—	—	—	4	4	60			
		Summa	—	etc.							
II.	B.	Die Hoflage Ohsolhof, in Reeschen zu 2 Lofstellen eingetheilte Aecker.									
	B. 1.	Die 1ste Lotte etc. — enthält . . . . .	—	etc.							
	B. 1. a.	etc. etc. etc. . . . .	—	etc.							
		Summa	—	etc.							
	B. 11.	Die 2te Lotte etc. . . . .	—	etc.					etc.		
	B. d. 1.	Heuschlag in Reeschen eingetheilt zu 8 Lofst.	—	etc.	—	—	—	—	etc.	—	—
		Hofes-Buschländer in Schlägen getheilt, jeder Schlag zu 15 Lofstellen.									
	B. c. 1.	Buschland, Natali semme genannt, von № 5 bis 16	—	—	—	12	{3 4	90 90			
	B. c. 2.	dito Essarakaln genannt, an der Waimel-schen Grenze in 6 Stücken belegen, enthält von № 17 bis 24 . . . . .	—	—	—	8	4	120			
		Summa	—	etc.	—	—	etc.	—	—	etc.	—

Gehörig zu der am 11ten April 1825, № 547, von Sr. Erlaucht, dem Herrn General-Gouverneur etc. Marquis Paulucci, bestätigten Landmesser-Instruction.

Collegien-Assessor Tidebühl.

Nummer der Charte.	Signatur der Länder.	Namen der Gesinder und Länder, als auch Beschreibung derselben.
I.	A.	Der Hof Zarnick mit dessen Beihöfen oder Hoflagen.
	A.	Hofes-Garten mit Inbegriff des Obstgartens beträgt . . . . .
	A. 1.	Die 1ste Lotte besteht in 3 Stücken . . . . .
	A. 11.	Die 2te Lotte etc.      etc.      etc. . . . .
	A. d. 12. } 3. }	Hofes-Heuschläge in geschlossener Hofes-Grenze in 3 Stücken, sind von gutem trocknen Boden, an den Feldern von gutem reichlichen Graswuchs . . . . .
	A. d. 4.	dito an Pumpe-Bach streubelegen . . . . .
	A. b. 1.	Buschland in der geschlossenen Hofes-Grenze . . . . .
		Summa
II.	B.	Die Hoflage Ohsolhoff, deren Garten . . . . .
	B. 1.	Die Brustäcker etc.      etc.      etc. . . . .
I.		Dorf Penter.
	1.	Gesinde Packul.
	1. a.	Garten beim Gesinde . . . . .
	1. a. 1.	dito unter dem Gesinde Pilot . . . . .
	1. b.	Acker in geschlossener Grenze, 6 bis 8 Zoll tiefe braune Erde; der Grund theils fester, mit Lehm melirter, theils loser Sand . . . . .
	1. c.	Buschland unter den Hofesfeldern in 6 Stücken etc. . . . .
	1. c. 1.	dito unweit obigem auf der südlichen Seite des Gesindes . . . . .
	1. d.	Heuschlag in der geschlossenen Grenze, von theils gutem trockenem, theils sinken- den moosigten Boden . . . . .
	1. u. 3. d. 1.	dito im gemeinschaftlichen Besitz mit dem Gesinde Klopstock, enthält 6 Tonnstellen
	1. u. 3. e.	Morast in obigem Heuschlag befindlich, 12 Tonnstellen gross mit Weidenstrauch bewachsen . . . . .
III.	1. c. 2.	Buschland am Rone-Bach auf Folio III . . . . .
I.	1. f.	Niedriges Land in geschlossener Grenze mit wenig kleinen Ellern bewachsen, wird als Weide genutzt . . . . .
	1. g.	Ein Stück niedriger Wald, mit starken Espen bewachsen . . . . .
	1.	Gehöft und Koppeln nebst Wegen, Seen und Steinhäufen in der Grenze . . . . .
		Summa
I.	2.	Gesinde Gallen.
	2. a.	Garten etc. . . . .
		Summa
II.	3.	Gesinde Klopstock.
		etc.      etc.      etc. . . . .

Anmerkung 1. Die Berechnung von den Bauerländern, die nach der Concept-Charte in den alten Bauer-Grenzen aufgenommen worden, und die mit der Berechnung nach Schema C. über die projectirten Grenzen, zugleich bei der Commission eingereicht werden muss, kann, mit Weglassung der Rubrik zu Dessätinen, ganz nach obiger Art angefertigt seyn.

Gehörig zu der am 11ten April 1825, № 547, von Sr. Erlaucht, dem Herrn General-Gouverneur

Grad.	Garten.		Brustacker.		Buschland.		Heuschlag.		Alle in der Grenze be- gebenen nicht angeschlagene Flächen.		Russische Dessätinen.			Geld- anschlag.	
	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.			Dessätinen.	□-Faden (Saschen).	□-Fuss englisch.		
2	4	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—	—
{ 2	—	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	etc.	—
{ 3	—	—	53	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—	—
{ 4	—	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—	—
—	—	—	etc.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
{ 1	—	—	—	—	—	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—
{ 2	—	—	—	—	—	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—
{ 3	—	—	—	—	—	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—
{ 4	—	—	—	—	—	—	30	—	—	etc.	—	—	—	—	—
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—	—
{ 3	—	—	—	—	—	30	—	—	—	—	—	etc.	—	etc.	—
{ 4	—	—	—	—	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	etc.	—	—	etc.	—	—	—	etc.	—	—	—	etc.	—	—
3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—	—
—	—	etc.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	etc.
3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—
{ 1	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—
{ 2	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—
{ 2	—	—	6	7	—	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—
{ 3	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
{ 3	—	—	—	—	17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
{ 3	—	—	—	—	20	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—	—
{ 4	—	—	—	—	40	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—
{ 2	—	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—
{ 3	—	—	—	—	—	—	15	—	—	—	—	etc.	—	—	—
{ 4	—	—	—	—	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—
3	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	etc.	—	—	—
4	—	—	—	—	16	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	12	—	etc.	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	etc.	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	15	—	etc.	—	—	—
—	1	15	9	7	—	—	etc.	—	—	—	—	etc.	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	etc.	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	etc.	—	—	—	etc.	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	etc.	—	—	—	—	etc.	—	—	—	—	—

Anmerkung 2. Zu Berechnung der Hofes- oder Gutswälder, können für die verschiedenen Waldgattungen zu den eingetheilten Distrikten, nach Numeration und Litteration, sowie auch für die Impedimenta, als Wege, Steinhaufen, Seen, Flüsse etc., separate Rubriken über den ganzen Bogen gemacht werden, wobei auch die Regeln der V. Vorschrift dieser Instruction zu berücksichtigen sind.

etc. Marquis Paulucci, bestätigten Landmesser-Instruction.

Collegien-Assessor Tidebühl.

## Schema C.; zur Berechnung der abzugebenden und dagegen

Charten-Nummer.	Signatur.	Giebt ab.	Grad.	Garten.		Brustacker.		Buschland.		Heuschlag.		Geldanschlag.
				Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Th.
I.	1.	Dorf Penter.										
		Gesinde Packul.										
	1. a. 1.	Garten im Gesinde Pilot . . . . .	{ 2	—	5	}	—	etc.				
	1. c.	Buschland an den Hof in 6 Stücken . . . . .	1	—	10		—	17				
	1. c. 2.	Buschland am Rone-Bach an Gesinde Mammen	3	—	—		—	etc.				
III.	1. c. 2.	Buschland am Rone-Bach an Gesinde Mammen	4	—	—		—					
I.	1. u. 3.	Den gemeinschaftlichen Antheil des Heuschla-										
	d. 1.	ges an Gesinde Klopstock . . . . .	3	—	—		—			3	—	etc.
		Summa	—	etc.	—	—	—	—	—	—	etc.	etc.
I.	2.	Gesinde Gallen.										
	2. a.	Ein Theil des Gartens an Gesinde Packul . . .	2	—	15	—	—	etc.				
II.	2. d. 5.	Heuschlag an Gesinde Packul . . . . .	2	—	—	—	—	—		2	25	etc.
I.	2. d. 6.	dito in 7 Stücken an Gesinde Packul . . . . .	{ 2	—	—	—	—	—		5	—	etc.
			3	—	—	—	—	—		10	6	
III.	2. b. 5.	Brustacker an Gesinde Klopstock . . . . .	{ 3	—	—	3	—	}				
			4	—	—	1	10					
		Summa	—	etc.	—	—	—	—	—	—	etc.	—
II.	3.	Gesinde Klopstock.										
		etc.      etc.      etc.										



empfangenden Länder nach den neuprojectirten Gesindes-Grenzen.

Charten-Nummer.	Signatur.	E m p f ä n g t.	Grad.	Garten.		Brustacker.		Buschland.		Heuschlag.		Geldanschlag.	
				Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Th.	Gr.
I.	1.	Gesinde Packul.											
II.	2.d.5.	Heuschlag vom Gesinde Gallen . . . . .	2	—	—	—	—	—	—	2	25	}	etc.
I.	2.d.6.	dito in 7 Stücken vom Gesinde Gallen . . . . .	{ 2 3	—	—	—	—	—	—	5 10	— 6		
I.	3.c.4.	Buschland vom Gesinde Klopstock . . . . .	{ 3 4	—	—	—	—	5 5	—	} etc.			
I.	2.a.	Ein Theil des Gartens vom Gesinde Gallen . . . . .	2	—	15	—	—	—	—	—	—	etc.	
II.	10.c.3.	Buschland vom Gesinde Berendi . . . . .	4	—	—	—	—	17	6	—	—	etc.	
Summa			—	etc.	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—
I.	2.	Gesinde Gallen.											
I.	6.b.3.	Brustacker vom Gesinde Titto . . . . .	{ 3 4	—	—	2 2	10 10	} etc.					
I.	4.b.2.	dito vom Gesinde Melder . . . . .	3	—	—	—	15	} etc.					
II.	14.d.5.	Heuschlag vom Gesinde Leimann . . . . .	{ 2 3	—	—	—	—	—	—	6 6	15 15	}	etc.
I.	B.7.	Buschland vom Hofe . . . . .	{ 3 4	—	—	—	—	3 6	10 20	} etc.			
Summa			—	etc.	—	—	—	—	—	—	—	etc.	—
II.	3.	Gesinde Klopstock.											
		etc.      etc.      etc.											

etc. Marquis Paulucci, bestätigten Landmesser-Instruction.

Collegien-Assessor Tideböhl.

**Schema D.;** zur Berechnung der Balancen der zu vertauschenden Streuländer, die, mit benachbarten Gutsländern melirt, durch einander belegen sind.

Charten-Nr.	Signatur.	Zum publ. Gute N. N. gehörige, in den Grenzen des benachbarten Gutes N. N. belegene und demselben abzutretende Streustücke.	Grad.	Garten.		Brustacker.		Buschland.		Heuschlag.		Wald u. unbrauchbare Flächen.		Geldanschlag.	
				Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Thl.	Gr.
II.	5. c.	Ein Stück Buschland, gehörig zum Hofe publ. N. N. . . . .	3	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	20
	2. c.	Ein Stück Buschland, Tino Maa genannt, von sandigem Boden, gehört zum Gesinde Tattra im Dorfe Mento . . . .	4	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	1	60
	2. d.	Ein Heuschlag, Linno Heinamaa, am Bache Lelle unterhalb des Dorfes Mento, von gutem ergiebigen Boden, gehört zum Gesinde Leimon im Dorfe Mento . . .	{1 2}	—	—	—	—	—	—	4 6	—	—	—	—	etc
	2. c. 1.	Zwei kleine Buschlandstücke in obigem Heuschlage von niedrigem schlechten Boden . . . . .	4	—	—	—	—	2	10	—	—	—	—	—	etc
	3. b.	Brustacker in der Dorfs-Grenze am See-Ufer, Kullamaa genannt, liegt hoch und ist eben, die Obererde ist meistens schwarz und dunkelgrau und kräftig, 6, 8—10 Zoll tief; der Grund ist guter rother Lehm, auch fester Sand, gehört dem Gesinde Petro . . . . .	{2 3}	—	—	2 3	— 14	—	—	—	—	—	—	—	etc
	3. d.	Ein Heuschlag in obigem Felde von gutem trocknen Boden . . . . .	2	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	22 <sup>64</sup> / <sub>112</sub>
	1. y.	Ein Stück Weideland . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
	4. g.	Moosmorast mit kleinen Tannen bewachsen, genannt Tanto-Soo . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	6	—	—
	♂	Durch die gerade Grenzlinie abgeschnittene Heide . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	—	—	—
		Summa	—	—	etc	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

NB. In derselben Art wird die Berechnung des dagegen zu erhaltenden Aequivalents gemacht, z. B. zum priv. Gute N. N. gehörige, in den Grenzen des publ. Gutes N. N. belegene und demselben abzugebende Länder und Streustücke.

Gehörig zu der am 11ten April 1825, № 547, von Sr. Erlaucht, dem Herrn General-Gouverneur etc. Marquis Paulucci, bestätigten Landmesser-Instruction.

Collegien-Assessor Tidebühl.

**Schema E.;** zur Description der Grenz-Delineations-Charte von den im Streite stehenden Ländern.

Signatur.	Description zur Grenz-Delineation über die mit dem publ. Gute N. N. und dem priv. Gute N. N. im Streite stehenden Länder und Waldungen.	Grad.	Garten.		Brustacker.		Buschland.		Heuschlag.		Waldung.		Geldanschlag.	
			Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Kp.	Tl.	Gr.
1. b.	Brustacker wird von dem zum priv. Gute N. gehörigen Gesinde Raman gegenwärtig possedirt und vom publ. Gute N. N. angestritten . . . . .	2	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	etc.	
1. c.	Ein Stück Buschland, Tinomaa genannt, wird von dem im Dorfe Mento belegenen zum publ. Gute N. N. gehörigen Gesinde Tatträ, genutzt und vom priv. Gute N. angestritten . . . . .	4	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	etc.	
3. b.	Ein Heuschlag, Linno Heinama, am Bache Lelle gelegen, wird von einem Buschwächter des priv. Gutes N. genutzt, und von dem publ. Gesinde Leimann im Dorfe Mento angestritten . . . . .	2	—	—	—	—	—	—	10	—	—	—	etc.	
3. c.	Zwei Stücke Buschland im obigen Heuschlage . . . . .	3	—	—	—	—	2	10	—	—	—	—	etc.	
3. b.	Brustacker in der Dorfesgrenze am Seeufer, Kullamaa genannt, wird von dem publ. Gesinde Petro genutzt und von dem Gesinde des priv. Gutes N. prä-tendirt . . . . .	3	—	—	5	14	—	—	—	—	—	—	etc.	
3. d. 1.	Ein Heuschlag im obigen Felde, gleichfalls streitig, ist vor etwa 15 Jahren vom Morast gereinigt worden . . . . .	4	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	etc.	
A.	Moosmorast, genannt Tantoso, wird vom publ. Gute N. prä-tendirt . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	—	—	
1. c. 1.	Buschland im streitigen Moraste, ist von dem zum priv. Gute gehörigen Gesinde Raman seit 6 Jahren genutzt und vom Walde gerödet, steht seit Maimonat c. unter gerichtlichem Sequester . . . . .	3	—	—	—	—	26	—	—	—	—	—	etc.	
B.	Heide im streitigen Stücke, Must-Pallo genannt, woselbst im Jahre 00 von publ. N. N. seit Balken gefällt, vom priv. Gute N. N. aber abgeführt worden sind	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	

Gehörig zu der am 11ten April 1825, № 547, von Sr. Erlaucht, dem Herrn General-Gouverneur etc. Marquis Paulucci, bestätigten Landmesser-Instruction.

Collegien-Assessor Tidebühl.

## IV.

## Erläuternde, auf die vorhandenen gesetzlichen Vorschriften basirte Instruction zur Bonitirung des Bodens für die Revisoren der Kurländischen Mess- und Regulirungskommission.

### I. Brustacker, Garten- und Buschland.

#### Erster Grad.

So nennt man denjenigen Boden, dessen Oberfläche mehrentheils schwarze Erde, 1 oder  $\frac{3}{4}$  Ellen tief, hat, und auf einem festen Lehmgrunde, oder auf einem feinen festen weissen oder rothen Sand- oder auch auf Steingrund und Felsen ruht.

Bey Berücksichtigung der Erdmischung zerfällt der Boden ersten Grades nothwendig in zwey Arten, die in Hinsicht ihrer Zusammensetzung und bindender Eigenschaft von einander zwar sehr verschieden, in Hinsicht ihrer Ertragsfähigkeit einander aber ganz gleich sind, nämlich:

a) Weizenboden, d. h. Boden, der 60 bis höchstens 85 Prozent Thon <sup>\*)</sup>, nicht unter 6 Procent Humus <sup>\*\*)</sup> und das Uebrige an Sand hat. Er sieht im feuchten Zu-

---

<sup>\*)</sup> Unter Thon ist der von der Ackerkrume durch mechanische Manipulation, also durch Abschwemmen oder sogenanntes Abschlemmen zu trennende, und nicht der, mit dem Sande chemisch oder wenigstens mechanisch fester verbundene Thon zu verstehen.

<sup>\*\*)</sup> Der Humus ist das Produkt der Verwesung, sowohl vegetabilischer als animalischer, also aller organischen Substanzen, und ist die eigentliche Pflanzennahrung. Man hat diesen Humus auch wohl Dammerde, Moorerde, Ulmin und Modererde genannt, welche Benennungen aber sehr vage sind, weil unter Dammerde, Moorerde etc. oft auch Dünger und Ackerkrume verstanden wurde und wird. — Aber nicht jedes Produkt der Verwesung organischer Substanzen, d. h. nicht jeder Humus findet sich in der Natur in einem sich zur Pflanzennahrung eignenden Zustande vor. Gewöhnlich ist er in Bodengattungen, die äusserst wenig oder gar keine Thonerde haben, in einem für die Vegetation als Nahrung unwirksamen Zustande vorhanden; z. B. in einem leichten Sand- und trocken gewordenen Morastboden erscheint er als ein schwarzes und unlösliches Pulver; ist der Morastboden noch zum Ackerbau zu nass, so äussert der Humus neben der Unauflöslichkeit auch noch saure und adstringirende oder gerbende Eigenschaften, welche für alle Vegetabilien nachtheilig sind. Durch Alkalien im Allgemeinen und durch Entwässerung des nassen Bodens werden Boden, die solchen Humus haben, verbessert. Nur der auflösliche Humus ist die Hauptpflanzennahrung und seine Quantität nur bestimmt die grössere oder mindere Fruchtbarkeit eines Bodens. In chemischer Hinsicht wird dieser auflösliche Humus als ein Gemeng von Humussäuren und andern leichtlöslichen Salzen betrachtet, deren es eine grosse Menge giebt, z. B. humussaures Kali, Natron und Ammoniak, neutrale und saure humussaure Kalk- und Thonerde, kohlensaures Kali und Ammoniak, neutraler kohlensaurer Kalk etc.), deren quantitative Ermittlung ohne chemische Kenntnisse nicht möglich, für den praktischen Boniteur aber auch überflüssig ist. Die Ermittlung der ganzen Quantität des auflöslichen Humus ist ihm dagegen aber unerlässlich. Ohne chemische Kenntnisse kann man am Einfachsten durchs Brennen einer abgewogenen Portion wirklicher, nicht feuchtliegender, jedoch lehm- oder thonhaltiger Ackerkrume ziemlich genau die Quantität desselben erfahren; der durchs Brennen entstandene Gewichtsverlust drückt die Quantität des Humus aus. Es versteht sich, dass man vor dem Brennen die sonstigen brennbaren, also unzersetzten organischen Stoffe, davon trennt. Sicherer und genauer, aber etwas weitläufiger, ist die Ermittlung auf nassem Wege. Man übergiesst nämlich eine bestimmte Portion ganz trockener Erde mit heissem destillirten Wasser (von etwa 70° R.) und filtrirt sie so lange durch Fliesspapier, bis das immer von Neuem hinzugegossene Wasser klar abläuft. Entweder wird nun die Flüssigkeit bis zur Trockenheit abgedampft und der Rückstand drückt die Quantität des in der Erde befindlichen auflöslichen Humus

stande schwarz oder dunkelschwarzbraun, im trockenen dunkelgrau oder dunkelbraun aus, und muss wenigstens die obenangeführte Tiefe von  $\frac{3}{4}$  Ellen haben. Nur bei einer abschüssigen Lage kann der Untergrund bey diesem Boden undurchlassend seyn, wobey aber die Abdachung durchaus so beschaffen seyn muss, dass jede überflüssige Feuchtigkeit freyen Ablauf hat und die fruchtbare Ackerkrume durch das entweichende Wasser nicht in die Niederung oder ganz abgeführt wird; bey einer ebenen Lage dagegen, wo das Wasser nicht freyen Abfluss hat, ist es ein Haupterforderniss, dass der Untergrund durchlassend ist. Das Feld muss ferner eine solche Lage haben, dass die Sonne den grössten Theil des Tages darauf scheinen kann, also, wenn es ein Abhang eines Berges oder die Seite einer bedeutenden Anhöhe ist, eine Neigung nach Südost, Süden und Südwest haben.

Diese Bodenart erkennt man nach blossem Anblick und durchs Anfühlen an einem besondern gebundenen kompakten Zustand, und sie erscheint darum gewöhnlich in Klössen, die um so weniger bindende Kraft zeigen, je humusreicher der Boden ist; in feuchtem Zustande äussert sich diese Lockerheit in einem noch grössern Grade. Man erkennt diesen Boden aber auch an einem eigenthümlichen Thongeruch und einem gewissen, sich in einem bestimmten Grade äussernden, fettigen Anfühlen, welches Letztere ihn sehr scharf von einem mageren Thon unterscheidet. Auf diesem Boden wachsen aber auch folgende Pflanzen: *Cichorium intibus* (gem. Cichorie, Wegwarte), *Lolium perenne* (Lolch), *Prunus spinosa* (Schlehdorn), *Phleum pratense* (Wiesenlischgras, Timothigras), *Lactuca scariola* (wilder Lattich), *Serratula arvensis* (Ackerdistel), *Galium aparine* (Labkraut, Klebrich), *Artiplex patula* (wilde Melde), *Sonchus arvensis* (Ackergänsedistel), *Arctium lappa* (gem. Klette), *Dactylis glomerata* (gem. Knaulgras) und zwar diese vorzugsweise, ausserdem aber auch nicht selten: *Artemisia vulgaris* (Beyfuss), *Bromus arvensis* (Trespe), *Triticum repens* (Quake), *Plantago major* (gr. Wegerich), *Leontodon taraxacum* (Löwenzahn), *Achillea millefolium* (Schafgarbe); *Ranunculus repens* (kriechender Hahnenfuss), mehrere Arten *Polygonum* (Knöterich) etc.

b) Starker Gersten- und Roggenboden. Dieser Boden hat 40 bis 60 Prozent Thon, oder 40 bis 60 Prozent Sand, und nicht unter 6 Prozent auflöslichen Humus. Ist der Thongehalt prädominirend, so muss der Untergrund durchlassend, oder das Feld abschüssig seyn. Wenn dagegen der Sandgehalt vorwaltend ist, kann der Untergrund schon etwas undurchlassender, aber nie ganz undurchlassend seyn, und bey undurchlassendem Untergrund mehr als der Thonboden eine ebene, aber nie eine ganz unaberschüssige Lage haben. Er sieht im feuchten Zustande dunkel- oder schwarzbraun, und im trockenen bräunlichgrau oder braun aus. Das besondere Fettige des Humus ist ebenfalls sehr zu fühlen, und zwar um so stärker, je weniger Thon er enthält. Dieser Boden muss ebenfalls eine Tiefe der Ackerkrume von wenigstens  $\frac{3}{4}$  Ellen haben. Fast alle bey vorhergehender Bodenart angeführten Pflanzen wachsen auch auf dieser, und ausserdem noch: *Geranium* (Storchschnabel), *Veronica arvensis* (Ackerehrenpreis), *Myosotis arvense* (Ackervergissmeinnicht oder Mäuseöhrchen), *Lamium* (taube Nessel), *Thlaspi bursa pastoris* (Hirtentasche), *Sinapis arvensis* (Ackersenf), *Vicia angustifolia* (Vogelwicke), *Equisetum arvense* (Ackerschachtelhalm), *Centaurea cyanus* (blaue Kornblume) etc.

Die nach Norden zu abschüssige Lage des Feldes, wo nämlich die Sonne demselben entzogen ist, setzt den Boden a) in der Regel in den dritten Grad, oft aber auch, wenn die Anhöhe nicht steil ist, nur in den zweyten; der Boden b) fällt durch diese

---

aus; oder die ausfiltrirte Erde wird vorsichtig getrocknet und gewogen, der Gewichtsverlust drückt ebenfalls die Quantität des Humus aus. Bey öfterer Uebung im Bonitiren kann man aber nach blossem Augenmaass und Anfühlen die Quantität, wenn auch nicht auf Prozente genau bestimmen, doch bestimmt angeben, zu welcher Bodenklasse ein vorliegender Boden in Hinsicht seines Humusgehalts zu stellen ist.

nordseitige Abdachung selten unter den zweyten Grad. — Ein undurchlassender Untergrund setzt den Boden a) in den vierten Grad oder macht ihn zum Ackerbau ganz unbrauchbar; der Boden b) dagegen fällt wegen eines undurchlassenden Untergrundes um so weniger, je mehr er Sand enthält, also in den zweyten, dritten, und auch wohl in den vierten Grad. Alle diese Abweichungen lassen sich nicht beschreiben, sondern müssen durch Anschauung gekannt seyn.

### Zweyter Grad.

Boden, dessen Oberfläche schwarzbraune oder schwarze Erde, eine halbe Elle oder etwas weniger tief, hat, und auf einem festen Lehmgrunde, oder auf einem festen gelben oder weissen Sandgrunde ruhet.

In Hinsicht des Mischungsverhältnisses und der Tiefe der Ackerkrume zerfällt dieser Grad in folgende Arten, die ebenfalls in Hinsicht des Werthes einander ganz gleich sind:

a) Die beyden in dem ersten Grade angeführten Bodenarten, in allen ihren Mischungsverhältnissen, nur mit einer Tiefe von exclusive  $\frac{3}{4}$  Ellen bis inclusive  $\frac{1}{2}$  Elle: sie gehören bey dieser Tiefe  $\frac{2}{3}$  zum ersten und  $\frac{1}{3}$  zum zweyten Grade. Dieselben Bodenarten von excl.  $\frac{1}{2}$  Elle bis incl. 9 Zoll Tiefe, gehören  $\frac{1}{2}$  zum ersten und  $\frac{1}{2}$  zum zweyten Grade. Ist die Tiefe bey diesen Bodenarten von excl. 9 Zoll bis incl. 7 Zoll, so wird  $\frac{1}{3}$  zum ersten und  $\frac{2}{3}$  zum zweyten Grade gerechnet.

b) Mittlerer Gersten- und Roggenboden. Boden mit 40 bis 60 Prozent Thon, oder auch 40 bis 60 Prozent Sand, und bis excl. 5 Prozent auflöschlichen Humus, die Tiefe kann verschieden seyn, nur nicht viel unter einer halben Elle. Sind bey einer halben Elle Tiefe 5 Prozent Humus, so gehört  $\frac{1}{3}$  davon zum ersten und  $\frac{2}{3}$  zum zweyten Grade; sind  $5\frac{1}{2}$  Prozent und darüber Humus, so ist  $\frac{1}{2}$  zum ersten und  $\frac{1}{2}$  zum zweyten Grade zu zählen. Ist dagegen die Tiefe nicht voll eine halbe Elle, der Humusgehalt aber 5 Prozent und darüber, so ist für jede fehlenden 2 Zoll Tiefe  $\frac{1}{2}$  Prozent Humus als Aequivalent anzunehmen.  $4\frac{1}{2}$  Prozent Humus und  $\frac{1}{2}$  Elle Tiefe, und 5 Prozent Humus und 10 Zoll Tiefe, sind normale Eigenschaften des zweyten Grades. Hinsichtlich des Untergrundes im Allgemeinen, und der übrigen Eigenschaften dieses Bodens, gilt alles dasjenige, was bey dem Boden b) des ersten Grades gesagt ist, nur im Anföhlen äussert er sich nicht in demselben Grade fettig und auch die darauf stehenden Pflanzen sind weit magerer.

c) Kleiner Weizenboden. Er hat 60 bis 80 Prozent Thon und 5 Prozent leichtlöschlichen Humus. Seine Farbe ist im feuchten Zustande dunkelbraun, im trockenen aber hellbraun. Er ist bedeutend bindender als der Boden a) des ersten Grades und zeigt auch die eigenthümliche Fettigkeit jenes Bodens in einem so bedeutenden Grade nicht. Der Thongeruch ist stärker als bey dem ersten Grade. Hat dieser Boden  $4\frac{1}{2}$  Prozent Humus, so gehört er zur Hälfte, und hat er nur 4 Prozent Humus, so gehört er ganz zum dritten Grade; im letzteren Zustande zeigt er sich auch bedeutend bindender und magerer.

Was die abschüssige Lage des Feldes nach Norden zu und den undurchlassenden Untergrund betrifft, so gilt das in dieser Hinsicht bey dem ersten Grade Gesagte auch von diesem Grade, d. h. was dort in den zweyten Grad fällt, das fällt hier in den dritten Grad etc.

## Dritter Grad.

So nennt man denjenigen Boden, dessen Oberfläche hellbraune Erde, 5, 6 bis 7 Zoll tief, hat, und auf einem losen gelben Sandgrunde ruhet.

Auch dieser Grad zerfällt in folgende, gleichen Werth habende, Bodenarten:

a) Strenger Thon- oder magerer Weizenboden. Der unter c) des zweyten Grades beschriebene Boden, wenn derselbe nur  $3\frac{1}{2}$  bis 4 Procent Humus hat.

b) Der sogenannte sandige Lehm Boden. Er sieht im trockenen Zustande graubraun, auch lichtbraungrau, im feuchten dunkelbraungrau aus. Er bildet gar keine Klösse. Sein Sandgehalt ist 60 bis 75 Prozent und der Humusgehalt 4 Prozent. Die Tiefe der Ackerkrume ist selten über 7 Zoll; nicht aber eine grössere Tiefe, wohl aber ein etwas undurchlassender Untergrund, heben ihn im Werthe. Im normalen Zustande muss der Untergrund etwas undurchlassend seyn, und zwar um so undurchlassender, je sandreicher die Erdmischung ist. Freylich darf die Lage bey einem so undurchlassenden Untergrunde nicht ganz eben seyn, sondern muss immer eine geringe Abdachung oder Neigung haben, damit das Wasser nicht in zu grosser Quantität darauf stehen bleibe und Versumpfungen veranlasse. Ist der Untergrund aber ein durchlassender Sand oder Grand (gewöhnlich mit Eisenoxyd vermischt), oder auch kalkhaltig, so sinkt der Boden, je nachdem es der Fall bey dem minimum oder maximum des Humusgehalts ist, um die Hälfte oder um  $\frac{1}{3}$  in den vierten Grad. Folgende Pflanzen wachsen vorzugsweise auf diesem Boden: *Equisetum arvense* (Ackerschachtelhalm), *Raphanus raphanistrum* (Hederich), *Spergula arvensis* (Spergel), *Agrostis vulgaris* (Windhalm), *Thlapsi bursa pastoris* (Hirtentasche), mehrere Arten *Rumex* (Ampfer) und ausserdem eine Menge der für vorhergehende Bodenarten angeführten Pflanzen.

c) Der im ersten und zweyten Grade unter b) und b) beschriebene Boden nur mit einem Humusgehalte von  $3\frac{1}{2}$  bis 4 Prozent.  $3\frac{1}{2}$  Prozent kann als Normalzustand betrachtet werden, jedes halbe Prozent weniger setzt ihn zur Hälfte in den vierten, und jedes halbe Prozent Humus mehr setzt ihn zu  $\frac{1}{3}$  in den zweyten Grad. Seine Tiefe der Krume ist gewöhnlich nicht über 7 Zoll, wo sie aber auch tiefer ist, da wird der Boden dadurch doch nicht gehoben. Dieser Boden ist schon sehr mager anzufühlen und der magere Zustand der darauf stehenden Pflanzen unterscheidet ihn sehr von den vorhergehenden Graden.

d) Guter Moorboden. Dieser Boden hat einen sehr grossen Humusgehalt, oft bis 30 Prozent, welcher aber entweder Säure enthält oder mehrentheils unauflöslich ist und also für die Vegetation sich nicht ganz wirksam zeigt. Der Thongehalt ist mehrentheils sehr gering, und in diesem Falle ist der Boden so leicht, dass das Pulver davon auf dem Wasser schwimmt. Normal für diesen Grad sind aber 20 bis 30 Prozent Thon. Dieser Boden erscheint im feuchten Zustande als eine schwarze und im trocknen als eine dunkelbraune, lockere, leichte Erde, welche mehrentheils begierig Wasser einsaugt und es aber nicht wie der Sand hindurch lässt, sondern es gleichsam schwammartig in sich gebunden hält. Dieser Boden ist der sogenannte angeschwemmte Niederungsboden, der gewöhnlich zum Kohlanbau etc. benutzt wird. Mit 40 Prozent Thon gehört dieser Boden schon, wenn jedoch seine Trockenheit den Anbau von Getreide schon gestattet, in den zweyten, und bey gehöriger Tiefe und Trockenheit auch wohl in den ersten Grad. — Ist dieser Boden aber trocken und hat wenig Thon, so wird er sehr pulvrig und leicht; in diesem Zustande kann er auch nicht mehr zum Kohlanbau, sondern zu Buchweizen, Kartoffeln, Hafer etc. benutzt werden. Sinkt der Thongehalt auf 15 Prozent und darunter, so gehört der Boden zum vierten Grade. Auf die Tiefe ist bey diesem Boden durchaus keine Rücksicht zu nehmen, weil er oft Faden tief ist, nur muss sie freylich nicht unter 7 bis 8 Zoll seyn.

Folgende Pflanzen wachsen wild auf diesem Boden: *Sinapis arvensis* (Ackersenf), *Artiplex patula* (Melde), *Serratula* und *Sonchus* (zwey Distelarten), *Plantago major* (gr. Wegerich), mehrere Arten *Polygonum* (Knöterich), *Chrysanthemum* (Wucherblume), *Potentilla* (Fingerkraut), *Viola tricolor* (Stiefmütterchen) *Sisymbrium amphibium* (Wasser-ranke) etc.

#### Vierter Grad.

So nennt man denjenigen Boden, dessen Oberfläche hellbraune oder graue Erde, 3, 4 bis 5 Zoll tief, hat, und auf einem hellen oder dunkelgelb gefärbten, auch weissen wässrigen Sande, oder auch auf einem weissen Lehmgrunde ruhet.

Dieser Grad zerfällt in folgende Arten, welche ebenfalls unter sich einen gleichen Werth haben:

a) Moorboden. Der im dritten Grade unter d) beschriebene Boden, wenn er 15 Prozent, und darunter, Thon hat.

b) Der magere Gersten- und Roggenboden, Boden, der entweder 40 bis 60 Prozent Sand oder 40 bis 60 Prozent Thon und im Normalzustande nicht unter 3 Prozent auflöslichen Humus haben darf. Die Tiefe der Krume ist gewöhnlich 5 Zoll, selten etwas darüber, was ihn jedoch nicht im Werthe hebt; mehrentheils aber, wenn die Tiefe von 5 Zoll abweicht, ist sie geringer, und mit jedem Zoll Tiefe weniger als 5 Zoll, sinkt er um  $\frac{1}{3}$  Grad niedriger; d. h. für jeden fehlenden Zoll wird  $\frac{1}{3}$  von der ganzen Fläche als Impediment veranschlagt. Der Untergrund bey dieser Bodenart ist gewöhnlich gelber, loser und nasser, mit Eisenoxyd stark vermischter Sand, oder der weisse, taube Thon, beyde sind an und für sich nicht nur ganz unfruchtbar, sondern sie entziehen auch, wenn sie bey etwas tieferem Pflügen mit der Ackerkrume vermischt werden, der übrigen Krume eine Menge Pflanzennahrung, ohne jedoch selbst fruchtbar zu werden. Durch wiederholte thierische Düngung und mehrjährige Bearbeitung, also erst mit sehr grossen Opfern, können sie freylich wohl endlich in Ackerkrume verwandelt werden.

Wild wachsen auf dieser Bodenart alle bey dem Boden b) des ersten Grades angeführten Pflanzen, nur weit magerer und kleiner als dort.

c) Der Sandboden. Dieser Boden hat 60 bis 80 Prozent Sand, sehr wenig Thon, eine Menge unauflöslichen oder sogenannten verkohlten Humus mit wenigstens 3 Prozent auflöslichen Humus. Im feuchten Zustande sieht er schwarz und im trockenen grau aus, und neben den Sandkörnern unterscheidet man deutlich die schwarzen Körnchen des unauflöslichen Humus. Dieser Boden ist sehr hitzig und das Wasser verdunstet aus ihm sehr schnell, daher ist für diesen normalen Zustand ein etwas undurchlassender Untergrund erforderlich; gewöhnlich ist aber der Untergrund auch Sand, und dieser setzt ihn, je nachdem der Boden mehr oder minder von dem für die Vegetation erforderlichen Feuchtigkeitsgrade abweicht, um  $\frac{1}{3}$  oder um die Hälfte in die Impedimente. Eine grössere Tiefe der Krume, als die vorangeführte ist, kommt bey diesem Boden in keinen Betracht, nur darf sie nicht unter 5 Zoll sinken. — Folgende Pflanzen wachsen auf ihm: *Aira canescens* (Schmele), *Festuca ovina* (Schafschwingel), *Rumex acetosa* und *crispus* (saurer und krauser Ampfer), *Plantago* (Wegerich), *Equisetum arvense* (Acker-schachtelhalm), *Spergula arvensis* (Spergel) etc.

d) Der magere Thonboden. Er sieht weiss oder bläulich, oder auch hellgrau aus, und heisst so Schluff (in der Landmesser-Instruction Plehn genannt). Dieser Boden ist gewöhnlich so mager und hart zu bearbeiten, dass seine Bestellung als Acker sich



beynahe gar nicht lohnt; sein Humusgehalt ist circa 2 Prozent, welche in einem so strengen Thon (von 60 bis 80 Prozent) fast verschwinden. Um die schwierige Bearbeitung mit zu berücksichtigen, so kann derselbe nur mit  $\frac{1}{4}$  als vierter Grad und mit  $\frac{3}{4}$  als Impediment veranschlagt werden. Der strenge rothe Thon dagegen ist schon weit besser, seine Härte wird zwar durch das beygemengte Eisenoxyd (wovon die rothe Farbe herrührt) vermehrt, aber im Ganzen bilden sich bey diesem Boden nicht so grosse Klösse, als bey dem weissen. Sein Thongehalt ist ebenfalls 60 bis 80 Prozent und der Humusgehalt besteht aus 3 bis excl.  $3\frac{1}{2}$  Prozent. Von den bey dem Boden a) des ersten Grades angeführten Pflanzen wachsen auch die meisten hier, nur weit magerer.

## II. Heuschläge oder Wiesen.

Der Werth der Wiesen hängt sowohl von der Quantität, als auch von der Qualität des Heues, das von ihnen gewonnen wird, ab. Die Qualität lässt sich, sobald der Boniteur die darauf wachsenden Pflanzen kennt, sehr leicht bestimmen; die Quantität des Heues einer Wiese nach dem blossen Anblick zu bestimmen, ist dagegen die schwierigste Aufgabe, die ein Boniteur zu lösen hat. Durch eine Beschreibung eines Maassstab hierzu anzugeben, ist ganz unmöglich; nur durch eine praktische Erfahrung geleitet, kann man den Ertrag einer Wiese ziemlich genau, ganz genau aber wohl niemals, ermitteln. Es ist daher gut, dass man die Heuschläge nur dann bonitirt, wenn sie eben gemäht werden sollen, also etwa von Johanni herum bis zum Petritage (vom 24. Juny bis zum 1. July). Freylich ist nicht zu leugnen, dass auch hier sich Schwierigkeiten entgegenstellen: denn der mehr oder minder bewachsene Zustand in einer bestimmten Zeit des Jahres hängt wiederum von einem frühen oder späten, von einem warmen oder kalten, von einem trockenen oder nassen Frühling ab, ja sogar der vergangene Winter hat Einfluss auf diesen Zustand zu einer bestimmten Zeit, indem in Jahren, wo viel Schnee liegt, der Boden nicht so tief friert, folglich im Frühling schon zeitiger aufthaut und Pflanzen treibt, während in den Jahren, wo wenig Schnee liegt, die Erde, und ganz besonders die feuchten Heuschläge tief einfrieren, so dass sie erst spät aufthauen. Der Boniteur muss also auch auf diese Umstände Rücksicht nehmen, wenn er nicht grossen Fehlgriffen ausgesetzt seyn will.

Die Wiesen zerfallen nach der Veranschlagungsvorschrift in vier Grade, deren Beschreibung folgende ist:

### Erster Grad.

Langes, dichtgewachsenes Bächengras, wo von einer Tonnstelle Landes ein und ein halbes Fuder (das Fuder zu 30 Liespfund schwedisch) Heu geärndet wird.

a) Vorzügliche Niederungs-, Strom-, Auen-, Thal- oder Fluss-Wiesen. Sie haben einen humusreichen Thon- oder Leimboden, werden im Frühling ziemlich spät, also wenn es schon warm ist, überrieselt. Sie liegen zwar in der Regel an Flüssen und Seen, oder sind mit Bächen durchschnitten, sind aber frey von Sommerüberschwemmungen und stockender Nässe.

Folgende Pflanzen wachsen auf ihnen: *Alopecurus pratensis* (Wiesenfuchsschwanz), *Festuca elatior* und *pratensis* (Wiesenschwingel), *Phleum pratense* (Wiesenlischgras, Timothigras), verschiedene Arten *Poa* (Rispen- oder Knotengras), *Holcus avenaceus* (Wiesenhafer), *Aira* (Schmele) und mehrere andere Gräser, deren Blätter sämmtlich viel

Aehnliches mit einander, also auch — um etwas sehr Praktisches als Beispiel anzugeben —, mit den Blättern der Getreidearten haben. Ausserdem mehrere Arten *Trifolium* (Klee), *Vicia* (Vogelwicke), auch *Achillea millefolium* (Schafgarbe), *Carum carvi* (Kümmel) etc.

Aber nicht allein diese Kennzeichen stellen die Wiese in den ersten Grad, sondern es muss auch der Graswuchs so beschaffen sein, dass die obangeführte Quantität Heu von ihr geärndtet wird.

b) Gewöhnliche gute Wiesen. Sie sind um ein Geringes humusärmer als die vorhergehenden; sie sind nicht regelmässigen Ueberrieselungen ausgesetzt, obgleich sie auch zum Theil an Flüssen liegen; zum Theil aber liegen sie auch zwischen fruchtbaren Feldern, von denen sie Nahrung erhalten.

Ausser den bei a) angeführten Pflanzen — welche hier etwas seltener und magerer sind — wachsen auf ihnen noch *Lolium* (Lolch), *Bromus* (Trespe), beyde sind Grasarten. Ferner: *Origanum vulgare* (Dosten, wilder Majoran), *Daucus carotta* (wilder Burkan), *Pastinaca* (wilder Pastinak), *Veronica* (Ehrenpreis), *Leontodon taraxacum* (Löwenzahn), *Plantago* (Wegerich), *Primula* (Schlüsselblume), *Scabiosa* (Skabiosen) etc.

Der geringeren Ertragsfähigkeit wegen ist die Hälfte von diesen Wiesen zum ersten und die Hälfte zum zweyten Grade zu veranschlagen.

### Zweyter Grad.

Luxten oder etwas undicht gewachsene Bächengras-Heuschläge, wo von einer Tonnstelle Landes ein Fuder Heu geärndtet wird.

Hierher gehören magere Flusswiesen, ferner Waldwiesen und auch ein Theil der zwischen Aecker liegenden Wiesen. Die bey dem ersten Grade angeführten Pflanzen wachsen mehrentheils auch auf diesem Grade, aber nur magerer als dort. Ausserdem kommen aber noch vor: auf den Fluss- und Waldheuschlägen mehrere Arten *Orchis* (Knabenkraut) und *Equisetum fluviale* und *palustre* (Flussschachtelhalm); auf den zwischen Aeckern liegenden Wiesen *Hieraceum* (Habichtskraut) und *Equisetum arvense* (Acker-schachtelhalm). Der Boden bey diesem Grade ist ein reicher humoser Thonboden, dessen Humus aber mehrentheils unauflöslich ist.

### Dritter Grad.

Morastheuschläge, welche kein Moos halten, wo von einer Tonnstelle drey Viertel Fuder Heu geärndtet wird.

a) Die guten Morastheuschläge. Sie haben entweder eine zu ebene Lage oder einen undurchdringlichen Untergrund, dass das Wasser nicht entweichen kann. Die Erdschicht ist sonst den beyden ersten Graden ziemlich gleich, nur, dass der saure Humus hier in noch grösserer Quantität vorhanden ist. Obgleich diese Wiesen nach der Vorschrift kein Moos enthalten sollen, so ist dieses doch äusserst selten der Fall; sie haben immer eine, wenn auch nur sehr kleine, fast unmerkliche Moosdecke.

Auf ihnen wachsen folgende Pflanzen: *Carex acuta* und *flava* (die bessern Schnittgräser), *Alopecurus pratensis* (Wiesenfuchsschwanz), *Poa pratensis* und *trivialis* (grosstes und gem. Rispengras), *Festuca fluitans* (Schwaden), *Dactylis glomerata* (Knautgras), *Phleum pratense* (Timothigras), *Cynosurus cristatus* (gem. Kannengras), *Trifolium hybridum* (Bastardklee) etc. Die Schnittgräser oder *Carex*-Arten dürfen nur äusserst wenig vorhanden seyn; machen sie indessen den dritten Theil aller Pflanzen aus, so sinkt die Wiese in den vierten Grad.

b) Trockene Flusswiesen, deren Boden einen grösseren Sand als Thongehalt und wenig Humus hat. Auf ihnen wachsen fast alle in dem ersten und zweiten Grade angeführten Pflanzen, nur weit magerer als dort.

#### Vierter Grad.

Morastheuschläge, welche eine Moosdecke haben, oder trockene und dürre Landheuschläge. Der Ertrag von diesem Grade wird auf eine Tonnstelle ein halbes Fuder Heu gerechnet.

a) Morastheuschläge. Sie haben einen moorigen Thon- oder Leimboden, welcher vielen sauren aber wenig auflösliehen Humus enthält, eine nasse Lage vom undurchlassenden Untergrund herrührend und eine ziemlich bemerkbare Moosdecke. Auf ihnen wachsen ausser den bey a) des dritten Grades genannten Pflanzen noch: *Mentha trifoliata* (Bitterklee), *Caltha palustris* (Drachenwurz), mehrere Arten *Polygonum* (Knöterich) etc. Von den besseren Schnittgräsern kann höchstens  $\frac{1}{3}$  darunter seyn; sind ihrer aber mehr, oder von den schlechteren Arten derselben auch bloss  $\frac{1}{3}$  darunter, so sinkt die Wiese nach Verhältniss, und zwar trotz eines, bisweilen die obenangeführte Quantität übersteigenden, Ertrages, um  $\frac{1}{3}$ , um  $\frac{1}{2}$ , um  $\frac{2}{3}$ , um  $\frac{3}{4}$ , ja oft auch um  $\frac{7}{8}$  und  $\frac{9}{10}$  in die Impedimente. Denn dieses Heu hat bisweilen nicht den halben Werth des Roggenstrohes, und die Arbeitskosten übersteigen denselben mehrfach.

b) Hochgelegene, trockene Feldwiesen. Diese Wiesen haben in der Regel einen zum Ackerbau sehr gut tauglichen Boden und sie sind in manchen Fällen auch mit weit grösserem Vortheil dazu zu benutzen. Auf ihnen wachsen gewöhnlich: Holcus (Honiggras), *Plantago major* (gr. Wegerich), *Leontodon taraxacum* (Löwenzahn), mehrere Arten *Aira* (Schmele), *Rumex acetosa*, *acetosella* und *crispus* (Ampfer, sowohl saurer als krauser), *Viola* (Veilchen), *Fragaria* (Erdbeeren), *Scabiosa* (Skabiosen), *Artemisia arvensis* und *tinctoria* (Ackerchamille oder Raney) etc.

#### Ackerteiche.

Bey Abschätzung der Ackerteiche giebt ebenfalls die Produktivkraft des Bodens, also die Zusammensetzung der zum Getreidebau zu benutzenden Erdkrumen den Maassstab. Es kann also die Bonitirungsvorschrift der Aecker auch hier angewendet werden, nur ist hier die Beschaffenheit des Untergrundes nicht so sehr in Betracht zu ziehen. Da aber die Teiche nicht wie der Acker durch das Auffahren von Dünger mit neuer Pflanzennahrung versehen werden, sondern selbige sich aus dem herzuströmenden Wasser absetzen müss, so ist auf die Umgebung der Teiche und besonders auf die Gegend des Wasserzuflusses sehr Rücksicht zu nehmen. Nach der Verschiedenheit der Zusammensetzung der Erdkrume und des Zuflusses von nährenden Theilen zerfallen diese Teiche demnach ebenfalls in vier Grade.

#### Erster Grad.

Wegen der Beschaffenheit der Erdkrume dieses Grades sehe man die Bonitirungsvorschriften vom Acker des ersten Grades. Die Umgebung der Teiche dieses Grades ist gewöhnlich Boden ersten und zweyten Grades und der Wasserzufluss kommt von Feldern und Hoflagen.

### Zweyter Grad.

Wegen der Beschaffenheit der Erdkrume sehe man die Bonitirungsvorschriften vom Acker zweyten Grades. Die Umgebung dieser Teiche ist Boden zweyten und dritten Grades, oder der Wasserzufluss kommt aus solchen Bodenarten.

### Dritter Grad.

Die Erdkrume ist gleich der des Ackers vom dritten Grade. Die Umgebung dieser Teiche ist Boden dritten und vierten Grades, oder der Wasserzufluss kommt aus solchen Bodenarten.

### Vierter Grad.

Die Erdkrume ist gleich der des Ackers vom vierten Grade. Die Umgebung von diesen Teichen ist ebenfalls Boden vom vierten Grade, oder der Wasserzufluss kommt aus solchem Boden nur.

Es wird als Regel angenommen, dass die Saatteiche eben so viele Jahre unter dem Wasser als unter dem Pfluge stehen.

---

## Taxations- und Ausrechnungstabellen,

nach welchen die Bauerländereyen, Brustäcker, Gärten, Buschländer, Saat- oder Acker-  
teiche und Heuschläge nach ihren verschiedenen Graden der Güte (Erdtaxe) den Vor-  
schriften gemäss bey specieller Gütermessung geschätzt und auf Geld reducirt werden.

### Vorerinnerung.

1) Eine Tonnstelle heisst in Livland eine Fläche von 14,000 livländischen revisori-  
schen Quadratellen, die 140 Ellen in der Länge und 100 Ellen in der Breite hat.

Dieses Flächenmaass sowohl, als auch die schwedische oder livländische revi-  
sorische Elle, ist auch für Kurland, gemäss des Allerhöchst bestätigten Gutachtens  
des Reichsraths vom 16-ten October 1831, und der von Sr. Excellenz, dem Herrn  
Generalgouverneur der Ostseeprovinzen etc. Baron von der Pahlen, an die Kur-  
ländische Mess- und Regulirungskommission erlassenen Vorschrift vom 20-ten  
May 1832 sub № 561, bey Vermessung der Kronsbesitzlichkeiten zu gebrauchen  
bestimmt worden.

2) Eine Lofstelle hat 100 Ellen in der Länge und 100 Ellen in der Breite, der  
Flächeninhalt beträgt demnach 10,000 Quadratellen.

3) Die Tonnstelle verhält sich zu der Lofstelle wie 5:7 ( $1\frac{2}{5}$  Lofstellen = 1 Tonn-  
stelle), demnach ist die Tonnstelle in 35 und die Lofstelle in 25 Kappen getheilt, jede  
derselben enthält 400 Quadratellen und ist 20 Ellen lang und 20 Ellen breit; folglich  
hat die Tonnstelle 7 solcher Kappen in der Länge und 5 in der Breite, und die Lof-  
stelle 5 Kappen in der Länge und 5 in der Breite.

4) Eine Dessätine beträgt 2 Tonnstellen  $3\frac{1}{2}$  Kappen, oder zwey Lofstellen  $23\frac{1}{2}$   
Kappen, oder  $73\frac{1}{2}$  Kappen.

Die Dessätine hat 80 Faden (Saschen), gleich 280 Ellen livländisches Feld-  
maass, in der Länge, und 30 Faden, gleich 105 Ellen, in der Breite; folglich 2400  
Quadratfaden, gleich 29,400 Quadratellen.  $1\frac{1}{5}$  Elle livländisches Feld- oder Ketten-  
maass ist gleich einer russischen Arschine, und folglich sind  $3\frac{1}{2}$  Ellen gleich  
3 Arschinen oder 1 Faden russisch, den Faden zu 7 Fuss englisch gerechnet. Diesem-  
nach beträgt eine schwedische revisorische Elle 2 Fuss englisch, und  $216\frac{2}{3}$  Ellen  
nach dem verjüngten Maassstabe gehen auf 1 Zoll englisch.

5) Die Quadratwerst russisch, gleich  $104\frac{1}{6}$  Dessätinen, beträgt  $218\frac{3}{4}$  Tonnstellen  
oder  $306\frac{1}{4}$  Lofstellen, oder  $7656\frac{1}{4}$  Kappen, und die Werst ist 500 Faden, gleich  
1750 Ellen, lang.

6) Die Messkette ist 25 Ellen lang, und  $\frac{1}{4}$  Elle livländisches Feld- oder Ketten-  
maass ist der verjüngte Maassstab von 1300 Ellen, wornach die geometrische Aufnahme  
geschieht, d. h. die Viertel-ellen Kettenmaass muss 1300 Ellen nach dem verjüngten  
Maassstabe ausmachen, oder 1300 Ellen nach diesem verjüngten Maassstabe sind gleich  
6 Zoll englisch.

7) Auf einen Thaler werden 90 Groschen gerechnet, und jeder Groschen ist, der  
genauen Berechnung wegen, wiederum in 112 Theile getheilt.

NB. Der Thaler ist keine Münze, sondern eine, von schwedischen Zeiten her gesetzlich  
bestimmte, zur verhältnissmässigen Ausgleichung der taxirten und graduirten oder  
klassificirten Landgattungen, mit denen dagegen zu leistenden Präständen und  
Abgaben angenommene, Benennung.

## Bauer - Brustack

nach den verschiedenen Graden die

Kappen, jede zu 400 Quadrat- ellen.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.		Lofstellen, jede zu 10000 Quadratellen.	1ster Grad.	
	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.		Thaler.	Groschen.
1	—	264/112	—	216/112	—	180/112	—	132/112	1	—	6432/1
2	—	516	—	432	—	348	—	264	2	1	3864
3	—	780	—	648	—	516	—	396	3	2	1296
4	—	1032	—	864	—	696	—	516	4	2	7716
5	—	1296	—	1080	—	864	—	648	5	3	5148
6	—	1548	—	1296	—	1032	—	780	6	4	2580
7	—	18	—	15	—	12	—	9	7	5	—
8	—	2064	—	1716	—	1380	—	1032	8	5	6432
9	—	2316	—	1932	—	1548	—	1164	9	6	3864
10	—	2580	—	2148	—	1716	—	1296	10	7	1296
11	—	2832	—	2364	—	1896	—	1416	11	7	7716
12	—	3096	—	2580	—	2064	—	1548	12	8	5148
13	—	3348	—	2796	—	2232	—	1680	13	9	2580
14	—	36	—	30	—	24	—	18	14	10	—
15	—	3864	—	3216	—	2580	—	1932	15	10	6432
16	—	4116	—	3432	—	2748	—	2064	16	11	3864
17	—	4380	—	3648	—	2916	—	2196	17	12	1296
18	—	4632	—	3864	—	3096	—	2316	18	12	7716
19	—	4896	—	4080	—	3264	—	2448	19	13	5148
20	—	5148	—	4296	—	3432	—	2580	20	14	2580
21	—	54	—	45	—	36	—	27	21	15	—
22	—	5664	—	4716	—	3780	—	2832	22	15	6432
23	—	5916	—	4932	—	3948	—	2964	23	16	3864
24	—	6180	—	5148	—	4116	—	3096	24	17	1296
25	—	6432	—	5364	—	4296	—	3216	25	17	7716
26	—	6696	—	5580	—	4464	—	3348	26	18	5148
27	—	6948	—	5796	—	4632	—	3480	27	19	2580
28	—	72	—	60	—	48	—	36	28	20	—
29	—	7464	—	6216	—	4980	—	3732	29	20	6432
30	—	7716	—	6432	—	5148	—	3864	30	21	3864
31	—	7980	—	6648	—	5316	—	3996	31	22	1296
32	—	8232	—	6864	—	5496	—	4116	32	22	7716
33	—	8496	—	7080	—	5664	—	4248	33	23	5148
34	—	8748	—	7296	—	5832	—	4380	34	24	2580
35	1	—	—	75	—	60	—	45	35	25	—

und Gartenland,

Erdreichs auf Geld reducirt.

2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.		Tonnstellen, jede zu 14000 Quadratellen.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.	
Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.		Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.
—	53 <sup>64</sup> / <sub>112</sub>	—	42 <sup>96</sup> / <sub>112</sub>	—	32 <sup>16</sup> / <sub>112</sub>	1	1	—	—	75	—	60	—	45
1	17 <sup>16</sup>	—	85 <sup>80</sup>	—	64 <sup>32</sup>	2	2	—	1	60	1	30	1	—
1	70 <sup>80</sup>	1	38 <sup>64</sup>	1	6 <sup>48</sup>	3	3	—	2	45	2	—	1	45
2	34 <sup>32</sup>	1	81 <sup>48</sup>	1	38 <sup>64</sup>	4	4	—	3	30	2	60	2	—
2	87 <sup>96</sup>	2	34 <sup>32</sup>	1	70 <sup>80</sup>	5	5	—	4	15	3	30	2	45
3	51 <sup>48</sup>	2	77 <sup>16</sup>	2	12 <sup>96</sup>	6	6	—	5	—	4	—	3	—
3	15	3	30	2	45	7	7	—	5	75	4	60	3	45
4	68 <sup>64</sup>	3	72 <sup>96</sup>	2	77 <sup>16</sup>	8	8	—	6	60	5	30	4	—
5	32 <sup>16</sup>	4	25 <sup>80</sup>	3	19 <sup>32</sup>	9	9	—	7	45	6	—	4	45
5	85 <sup>80</sup>	4	68 <sup>64</sup>	3	51 <sup>48</sup>	10	10	—	8	30	6	60	5	—
6	49 <sup>32</sup>	5	21 <sup>48</sup>	3	83 <sup>64</sup>	11	11	—	9	15	7	30	5	45
7	12 <sup>96</sup>	5	64 <sup>32</sup>	4	25 <sup>80</sup>	12	12	—	10	—	8	—	6	—
7	66 <sup>48</sup>	6	17 <sup>16</sup>	4	57 <sup>96</sup>	13	13	—	10	75	8	60	6	45
8	30	6	60	5	—	14	14	—	11	60	9	30	7	—
8	83 <sup>64</sup>	7	12 <sup>96</sup>	5	32 <sup>16</sup>	15	15	—	12	45	10	—	7	45
9	47 <sup>16</sup>	7	55 <sup>80</sup>	5	64 <sup>32</sup>	16	16	—	13	30	10	60	8	—
10	10 <sup>80</sup>	8	8 <sup>64</sup>	6	6 <sup>48</sup>	17	17	—	14	15	11	30	8	45
10	64 <sup>32</sup>	8	51 <sup>48</sup>	6	38 <sup>64</sup>	18	18	—	15	—	12	—	9	—
11	27 <sup>96</sup>	9	4 <sup>32</sup>	6	70 <sup>80</sup>	19	19	—	15	75	12	60	9	45
11	81 <sup>48</sup>	9	47 <sup>16</sup>	7	12 <sup>96</sup>	20	20	—	16	60	13	30	10	—
12	45	10	—	7	45	21	21	—	17	45	14	—	10	45
13	8 <sup>64</sup>	10	42 <sup>96</sup>	7	77 <sup>16</sup>	22	22	—	18	30	14	60	11	—
13	62 <sup>16</sup>	10	85 <sup>80</sup>	8	19 <sup>32</sup>	23	23	—	19	15	15	30	11	45
14	25 <sup>80</sup>	11	38 <sup>64</sup>	8	51 <sup>48</sup>	24	24	—	20	—	16	—	12	—
14	79 <sup>32</sup>	11	81 <sup>48</sup>	8	83 <sup>64</sup>	25	25	—	20	75	16	60	12	45
15	42 <sup>96</sup>	12	34 <sup>32</sup>	9	25 <sup>80</sup>	26	26	—	21	60	17	30	13	—
16	6 <sup>48</sup>	12	77 <sup>16</sup>	9	57 <sup>96</sup>	27	27	—	22	45	18	—	13	45
16	60	13	30	10	—	28	28	—	23	30	18	60	14	—
17	23 <sup>64</sup>	13	72 <sup>96</sup>	10	32 <sup>16</sup>	29	29	—	24	15	19	30	14	45
17	77 <sup>16</sup>	14	25 <sup>80</sup>	10	64 <sup>32</sup>	30	30	—	25	—	20	—	15	—
18	40 <sup>80</sup>	14	68 <sup>64</sup>	11	6 <sup>48</sup>	31	31	—	25	75	20	60	15	45
19	4 <sup>32</sup>	15	21 <sup>48</sup>	11	38 <sup>64</sup>	32	32	—	26	60	21	30	16	—
19	57 <sup>96</sup>	15	64 <sup>32</sup>	11	70 <sup>80</sup>	33	33	—	27	45	22	—	16	45
20	21 <sup>48</sup>	16	17 <sup>16</sup>	12	12 <sup>96</sup>	34	34	—	28	30	22	60	17	—
20	75	16	60	12	45	35	35	—	29	15	23	30	17	45

## Bauer-, Busch-, Re

Land, das nicht allezeit gebraucht wird, und welches entw

Kappen, jede zu 400 Quadrat- ellen.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.		Lofstellen, jede zu 10000 Quadratellen.	1ster Grad.	
	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.		Thaler.	Groschen.
1	—	96/112	—	80/112	—	64/112	—	48/112	1	—	2148
2	—	180	—	148	—	116	—	96	2	—	4296
3	—	264	—	216	—	180	—	132	3	—	6432
4	—	348	—	296	—	232	—	180	4	—	8580
5	—	432	—	364	—	296	—	216	5	1	1716
6	—	516	—	432	—	348	—	264	6	1	3864
7	—	6	—	5	—	4	—	3	7	1	60
8	—	696	—	580	—	464	—	348	8	1	8148
9	—	780	—	648	—	516	—	396	9	2	1296
10	—	864	—	716	—	580	—	432	10	2	3432
11	—	948	—	796	—	632	—	480	11	2	5580
12	—	1032	—	864	—	696	—	516	12	2	7716
13	—	1116	—	932	—	748	—	564	13	3	864
14	—	12	—	10	—	8	—	6	14	3	30
15	—	1296	—	1080	—	864	—	648	15	3	5148
16	—	1380	—	1148	—	916	—	696	16	3	7296
17	—	1464	—	1216	—	980	—	732	17	4	432
18	—	1548	—	1296	—	1032	—	780	18	4	2580
19	—	1632	—	1364	—	1096	—	816	19	4	4716
20	—	1716	—	1432	—	1148	—	864	20	4	6864
21	—	18	—	15	—	12	—	9	21	5	—
22	—	1896	—	1580	—	1264	—	948	22	5	2148
23	—	1980	—	1648	—	1316	—	996	23	5	4296
24	—	2064	—	1716	—	1380	—	1032	24	5	6432
25	—	2148	—	1796	—	1432	—	1080	25	5	8580
26	—	2232	—	1864	—	1496	—	1116	26	6	1716
27	—	2316	—	1932	—	1548	—	1164	27	6	3864
28	—	24	—	20	—	16	—	12	28	6	60
29	—	2496	—	2080	—	1664	—	1248	29	6	8148
30	—	2580	—	2148	—	1716	—	1296	30	7	1296
31	—	2664	—	2216	—	1780	—	1332	31	7	3432
32	—	2748	—	2296	—	1832	—	1380	32	7	5580
33	—	2832	—	2364	—	1896	—	1416	33	7	7716
34	—	2916	—	2432	—	1948	—	1464	34	8	864
35	—	30	—	25	—	20	—	15	35	8	30



## oder wüstes Ackerland.

mit Holz bewachsen ist oder nicht, auf Geld reducirt.

2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.		Tonnstellen, jede zu 14000 Quadratellen.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.	
Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.		Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.
—	17 <sup>96</sup> / <sub>112</sub>	—	14 <sup>32</sup> / <sub>112</sub>	—	10 <sup>80</sup> / <sub>112</sub>	1	—	30	—	25	—	20	—	15
—	35 <sup>80</sup>	—	28 <sup>64</sup>	—	21 <sup>48</sup>	2	—	60	—	50	—	40	—	30
—	53 <sup>64</sup>	—	42 <sup>96</sup>	—	32 <sup>16</sup>	3	1	—	—	75	—	60	—	45
—	71 <sup>48</sup>	—	57 <sup>16</sup>	—	42 <sup>96</sup>	4	1	30	1	10	—	80	—	60
—	89 <sup>32</sup>	—	71 <sup>48</sup>	—	53 <sup>64</sup>	5	1	60	1	35	1	10	—	75
1	17 <sup>16</sup>	—	85 <sup>80</sup>	—	64 <sup>32</sup>	6	2	—	1	60	1	30	1	—
1	35	1	10	—	75	7	2	30	1	85	1	50	1	15
1	52 <sup>96</sup>	1	24 <sup>32</sup>	—	85 <sup>80</sup>	8	2	60	2	20	1	70	1	30
1	70 <sup>80</sup>	1	38 <sup>64</sup>	1	6 <sup>48</sup>	9	3	—	2	45	2	—	1	45
1	88 <sup>64</sup>	1	52 <sup>96</sup>	1	17 <sup>16</sup>	10	3	30	2	70	2	20	1	60
2	16 <sup>48</sup>	1	67 <sup>16</sup>	1	27 <sup>96</sup>	11	3	60	3	5	2	40	1	75
2	34 <sup>32</sup>	1	81 <sup>48</sup>	1	38 <sup>64</sup>	12	4	—	3	30	2	60	2	—
2	52 <sup>16</sup>	2	5 <sup>80</sup>	1	49 <sup>32</sup>	13	4	30	3	55	2	80	2	15
2	70	2	20	1	60	14	4	60	3	80	3	10	2	30
2	87 <sup>96</sup>	2	34 <sup>32</sup>	1	70 <sup>80</sup>	15	5	—	4	15	3	30	2	45
3	15 <sup>80</sup>	2	48 <sup>64</sup>	1	81 <sup>48</sup>	16	5	30	4	40	3	50	2	60
3	33 <sup>64</sup>	2	62 <sup>96</sup>	2	2 <sup>16</sup>	17	5	60	4	65	3	70	2	75
3	51 <sup>48</sup>	2	77 <sup>16</sup>	2	12 <sup>96</sup>	18	6	—	5	—	4	—	3	—
3	69 <sup>32</sup>	3	1 <sup>48</sup>	2	23 <sup>64</sup>	19	6	30	5	25	4	20	3	15
3	87 <sup>16</sup>	3	15 <sup>80</sup>	2	34 <sup>32</sup>	20	6	60	5	50	4	40	3	30
4	15	3	30	2	45	21	7	—	5	75	4	60	3	45
4	32 <sup>96</sup>	3	44 <sup>32</sup>	2	55 <sup>80</sup>	22	7	30	6	10	4	80	3	60
4	50 <sup>80</sup>	3	58 <sup>64</sup>	2	66 <sup>48</sup>	23	7	60	6	35	5	10	3	75
4	68 <sup>64</sup>	3	72 <sup>96</sup>	2	77 <sup>16</sup>	24	8	—	6	60	5	30	4	—
4	86 <sup>48</sup>	3	87 <sup>16</sup>	2	87 <sup>96</sup>	25	8	30	6	85	5	50	4	15
5	14 <sup>32</sup>	4	11 <sup>48</sup>	3	8 <sup>64</sup>	26	8	60	7	20	5	70	4	30
5	32 <sup>16</sup>	4	25 <sup>80</sup>	3	19 <sup>32</sup>	27	9	—	7	45	6	—	4	45
5	50	4	40	3	30	28	9	30	7	70	6	20	4	60
5	67 <sup>96</sup>	4	54 <sup>32</sup>	3	40 <sup>80</sup>	29	9	60	8	5	6	40	4	75
5	85 <sup>80</sup>	4	68 <sup>64</sup>	3	51 <sup>48</sup>	30	10	—	8	30	6	60	5	—
6	13 <sup>64</sup>	4	82 <sup>96</sup>	3	62 <sup>16</sup>	31	10	30	8	55	6	80	5	15
6	31 <sup>48</sup>	5	7 <sup>16</sup>	3	72 <sup>96</sup>	32	10	60	8	80	7	10	5	30
6	49 <sup>32</sup>	5	21 <sup>48</sup>	3	83 <sup>64</sup>	33	11	—	9	15	7	30	5	45
6	67 <sup>16</sup>	5	35 <sup>80</sup>	4	4 <sup>32</sup>	34	11	30	9	40	7	50	5	60
6	85	5	50	4	15	35	11	60	9	65	7	70	5	75

Acker- o

welche eben so viele Jahre unter Wasser als unter dem Pfl

Kappen, jede zu 400 Quadrat- ellen.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.		Lofstellen, jede zu 10000 Quadratellen.	1ster Grad.	
	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.		Thaler.	Groschen.
1	—	132 <sup>112</sup>	—	1 8 <sup>112</sup>	—	96 <sup>112</sup>	—	72 <sup>112</sup>	1	—	3216 <sup>112</sup>
2	—	264	—	216	—	180	—	132	2	—	6432
3	—	396	—	324	—	264	—	1104	3	1	648
4	—	516	—	432	—	348	—	264	4	1	3864
5	—	648	—	540	—	432	—	324	5	1	7080
6	—	780	—	648	—	516	—	396	6	2	1296
7	—	9	—	756	—	6	—	456	7	2	45
8	—	1032	—	864	—	696	—	516	8	2	7716
9	—	1164	—	972	—	780	—	588	9	3	1932
10	—	1296	—	1080	—	864	—	648	10	3	5148
11	—	1416	—	1188	—	948	—	7 8	11	3	8364
12	—	1548	—	1296	—	1032	—	780	12	4	2580
13	—	1680	—	13104	—	1116	—	840	13	4	5796
14	—	18	—	15	—	12	—	9	14	5	—
15	—	1932	—	16 8	—	1296	—	972	15	5	3216
16	—	2064	—	1716	—	1380	—	1032	16	5	6432
17	—	2196	—	1824	—	1464	—	10104	17	6	648
18	—	2316	—	1932	—	1548	—	1164	18	6	3864
19	—	2448	—	2040	—	1632	—	1224	19	6	7080
20	—	2580	—	2148	—	1716	—	1296	20	7	1296
21	—	27	—	2256	—	18	—	1356	21	7	45
22	—	2832	—	2364	—	1896	—	1416	22	7	7716
23	—	2964	—	2472	—	1980	—	1488	23	8	1932
24	—	3096	—	2580	—	2064	—	1548	24	8	5148
25	—	3216	—	2688	—	2148	—	16 8	25	8	8364
26	—	3348	—	2796	—	2232	—	1680	26	9	2580
27	—	3480	—	28104	—	2316	—	1740	27	9	5796
28	—	36	—	30	—	24	—	18	28	10	—
29	—	3732	—	31 8	—	2496	—	1872	29	10	3216
30	—	3864	—	3216	—	2580	—	1932	30	10	6432
31	—	3996	—	3324	—	2664	—	19104	31	11	648
32	—	4116	—	3432	—	2748	—	2064	32	11	3864
33	—	4248	—	3540	—	2832	—	2124	33	11	7080
34	—	4380	—	3648	—	2916	—	2196	34	12	1296
35	—	45	—	3756	—	30	—	2256	35	12	45

## Saatteiche,

stehen, halb so hoch im Werth als Brustacker, auf Geld reducirt.

2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.		Tonnstellen, jede zu 14000 Quadratellen.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.	
Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.		Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.
—	26 <sup>88</sup> / <sub>112</sub>	—	21 <sup>48</sup> / <sub>112</sub>	—	16 <sup>8</sup> / <sub>112</sub>	1	—	45	—	37 <sup>56</sup> / <sub>112</sub>	—	30	—	22 <sup>56</sup> / <sub>112</sub>
—	53 <sup>64</sup>	—	42 <sup>96</sup>	—	32 <sup>16</sup>	2	1	—	—	75	—	60	—	45
—	80 <sup>40</sup>	—	64 <sup>32</sup>	—	48 <sup>24</sup>	3	1	45	1	22 <sup>56</sup>	1	—	—	67 <sup>56</sup>
1	17 <sup>16</sup>	—	85 <sup>80</sup>	—	64 <sup>32</sup>	4	2	—	1	60	1	30	1	—
1	43 <sup>104</sup>	1	17 <sup>16</sup>	—	80 <sup>40</sup>	5	2	45	2	7 <sup>56</sup>	1	60	1	22 <sup>56</sup>
1	70 <sup>80</sup>	1	38 <sup>64</sup>	1	6 <sup>48</sup>	6	3	—	2	45	2	—	1	45
2	7 <sup>56</sup>	1	60	1	22 <sup>56</sup>	7	3	45	2	82 <sup>56</sup>	2	30	1	67 <sup>56</sup>
2	34 <sup>32</sup>	1	81 <sup>48</sup>	1	38 <sup>64</sup>	8	4	—	3	30	2	60	2	—
2	61 <sup>8</sup>	2	12 <sup>96</sup>	1	54 <sup>72</sup>	9	4	45	3	67 <sup>56</sup>	3	—	2	22 <sup>56</sup>
2	87 <sup>96</sup>	2	34 <sup>32</sup>	1	70 <sup>80</sup>	10	5	—	4	15	3	30	2	45
3	24 <sup>72</sup>	2	55 <sup>80</sup>	1	86 <sup>88</sup>	11	5	45	4	52 <sup>56</sup>	3	60	2	67 <sup>56</sup>
3	51 <sup>48</sup>	2	77 <sup>16</sup>	2	12 <sup>96</sup>	12	6	—	5	—	4	—	3	—
3	78 <sup>24</sup>	3	8 <sup>64</sup>	2	28 <sup>104</sup>	13	6	45	5	37 <sup>56</sup>	4	30	3	22 <sup>56</sup>
4	15	3	30	2	45	14	7	—	5	75	4	60	3	45
4	41 <sup>88</sup>	3	51 <sup>48</sup>	2	61 <sup>8</sup>	15	7	45	6	22 <sup>56</sup>	5	—	3	67 <sup>56</sup>
4	68 <sup>64</sup>	3	72 <sup>96</sup>	2	77 <sup>16</sup>	16	8	—	6	60	5	30	4	—
5	5 <sup>40</sup>	4	4 <sup>32</sup>	3	3 <sup>24</sup>	17	8	45	7	7 <sup>56</sup>	5	60	4	22 <sup>56</sup>
5	32 <sup>16</sup>	4	25 <sup>80</sup>	3	19 <sup>32</sup>	18	9	—	7	45	6	—	4	45
5	58 <sup>104</sup>	4	47 <sup>16</sup>	3	35 <sup>40</sup>	19	9	45	7	82 <sup>56</sup>	6	30	4	67 <sup>56</sup>
5	85 <sup>80</sup>	4	68 <sup>64</sup>	3	51 <sup>48</sup>	20	10	—	8	30	6	60	5	—
6	22 <sup>56</sup>	5	—	3	67 <sup>56</sup>	21	10	45	8	67 <sup>56</sup>	7	—	5	22 <sup>56</sup>
6	49 <sup>32</sup>	5	21 <sup>48</sup>	3	83 <sup>64</sup>	22	11	—	9	15	7	30	5	45
6	76 <sup>8</sup>	5	42 <sup>96</sup>	4	9 <sup>72</sup>	23	11	45	9	52 <sup>56</sup>	7	60	5	67 <sup>56</sup>
7	12 <sup>96</sup>	5	64 <sup>32</sup>	4	25 <sup>80</sup>	24	12	—	10	—	8	—	6	—
7	39 <sup>72</sup>	5	85 <sup>80</sup>	4	41 <sup>88</sup>	25	12	45	10	37 <sup>56</sup>	8	30	6	22 <sup>56</sup>
7	66 <sup>48</sup>	6	17 <sup>16</sup>	4	57 <sup>96</sup>	26	13	—	10	75	8	60	6	45
8	3 <sup>24</sup>	6	38 <sup>64</sup>	4	73 <sup>104</sup>	27	13	45	11	22 <sup>56</sup>	9	—	6	67 <sup>56</sup>
8	30	6	60	5	—	28	14	—	11	60	9	30	7	—
8	56 <sup>88</sup>	6	81 <sup>48</sup>	5	16 <sup>8</sup>	29	14	45	12	7 <sup>56</sup>	9	60	7	22 <sup>56</sup>
8	83 <sup>64</sup>	7	12 <sup>96</sup>	5	32 <sup>16</sup>	30	15	—	12	45	10	—	7	45
9	20 <sup>40</sup>	7	34 <sup>32</sup>	5	48 <sup>24</sup>	31	15	45	12	82 <sup>56</sup>	10	30	7	67 <sup>56</sup>
9	47 <sup>16</sup>	7	55 <sup>80</sup>	5	64 <sup>32</sup>	32	16	—	13	30	10	60	8	—
9	73 <sup>104</sup>	7	77 <sup>16</sup>	5	80 <sup>40</sup>	33	16	45	13	67 <sup>56</sup>	11	—	8	22 <sup>56</sup>
10	10 <sup>80</sup>	8	8 <sup>64</sup>	6	6 <sup>48</sup>	34	17	—	14	15	11	30	8	45
10	37 <sup>56</sup>	8	30	6	22 <sup>56</sup>	35	17	45	14	52 <sup>56</sup>	11	60	8	67 <sup>56</sup>

Bau

nach den verschiedenen Gra

Kappen, jede zu 400 Quadrat- ellen.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.		Lofstellen, jede zu 10000 Quadratellen.	1ster Grad.		2ter Grad.	
	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.		Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.
1	—	54/112	—	36/112	—	27/112	—	18/112	1	—	12 6/112	—	8 4
2	—	108	—	72	—	54	—	36	2	—	24 12	—	16
3	—	1 50	—	108	—	81	—	54	3	—	36 18	—	24 1
4	—	1104	—	1 32	—	108	—	72	4	—	48 24	—	32 1
5	—	2 46	—	1 68	—	1 23	—	90	5	—	60 30	—	40 2
6	—	2100	—	1104	—	1 50	—	108	6	—	72 36	—	48 2
7	—	3 42	—	2 28	—	1 77	—	1 14	7	—	84 42	—	56 2
8	—	3 96	—	2 64	—	1104	—	1 32	8	1	6 48	—	64 3
9	—	4 38	—	2100	—	2 19	—	1 50	9	1	18 54	—	72 3
10	—	4 92	—	3 24	—	2 46	—	1 68	10	1	30 60	—	80 4
11	—	5 34	—	3 60	—	2 73	—	1 86	11	1	42 66	—	88 4
12	—	5 88	—	3 96	—	2100	—	1104	12	1	54 72	1	6 4
13	—	6 30	—	4 20	—	3 15	—	2 10	13	1	66 78	1	14 5
14	—	6 84	—	4 56	—	3 42	—	2 28	14	1	78 84	1	22 5
15	—	7 26	—	4 92	—	3 69	—	2 46	15	2	90	1	30 6
16	—	7 80	—	5 16	—	3 96	—	2 64	16	2	12 96	1	38 6
17	—	8 22	—	5 52	—	4 11	—	2 82	17	2	24104	1	46 6
18	—	8 76	—	5 88	—	4 38	—	2100	18	2	36108	1	54 7
19	—	9 18	—	6 12	—	4 65	—	3 6	19	2	49 2	1	62 7
20	—	9 72	—	6 48	—	4 92	—	3 24	20	2	61 8	1	70 8
21	—	10 14	—	6 84	—	5 7	—	3 42	21	2	73 14	1	78 8
22	—	10 68	—	7 8	—	5 34	—	3 60	22	2	85 20	1	86 8
23	—	11 10	—	7 44	—	5 61	—	3 78	23	3	7 26	2	4 9
24	—	11 64	—	7 80	—	5 88	—	3 96	24	3	19 32	2	12 9
25	—	12 6	—	8 4	—	6 3	—	4 2	25	3	31 38	2	2010
26	—	12 60	—	8 40	—	6 30	—	4 20	26	3	43 44	2	2810
27	—	13 2	—	8 76	—	6 57	—	4 38	27	3	55 50	2	3610
28	—	13 56	—	9	—	6 84	—	4 56	28	3	67 56	2	45
29	—	13110	—	9 36	—	6111	—	4 74	29	3	79 62	2	53
30	—	14 52	—	9 72	—	7 26	—	4 92	30	4	1 68	2	61
31	—	14106	—	9108	—	7 53	—	4110	31	4	13 74	2	69 1
32	—	15 48	—	10 32	—	7 80	—	5 16	32	4	25 80	2	77 1
33	—	15102	—	10 68	—	7107	—	5 34	33	4	37 86	2	85 2
34	—	16 44	—	10104	—	8 22	—	4 52	34	4	49 92	3	3 2
35	—	16 98	—	11 28	—	8 49	—	5 70	35	4	61 98	3	11 2

## Heuschläge,

der Güte auf Geld reducirt.

3ter Grad.		4ter Grad.		Tonnstellen, jede zu 14000 Quadratellen.	1ster Grad.		2ter Grad.		3ter Grad.		4ter Grad.	
Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.		Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.	Thaler.	Groschen.
—	6 <sup>3</sup> / <sub>112</sub>	—	4 <sup>2</sup> / <sub>112</sub>	1	—	16 <sup>98</sup> / <sub>112</sub>	—	11 <sup>28</sup> / <sub>112</sub>	—	8 <sup>49</sup> / <sub>112</sub>	—	5 <sup>70</sup> / <sub>112</sub>
—	12 6	—	8 4	2	—	33 <sup>84</sup>	—	22 <sup>56</sup>	—	16 98	—	11 <sup>28</sup>
—	18 9	—	12 6	3	—	50 <sup>70</sup>	—	33 <sup>84</sup>	—	25 35	—	16 <sup>98</sup>
—	24 12	—	16 8	4	—	67 <sup>56</sup>	—	45	—	33 84	—	22 <sup>56</sup>
—	30 15	—	20 10	5	—	84 <sup>42</sup>	—	56 <sup>28</sup>	—	42 21	—	28 <sup>14</sup>
—	36 18	—	24 12	6	1	11 <sup>28</sup>	—	67 <sup>56</sup>	—	50 70	—	33 <sup>84</sup>
—	42 21	—	28 14	7	1	28 <sup>14</sup>	—	78 <sup>84</sup>	—	59 7	—	39 <sup>42</sup>
—	48 24	—	32 16	8	1	45	1	—	—	67 56	—	45
—	54 27	—	36 18	9	1	61 <sup>98</sup>	1	11 <sup>28</sup>	—	75 <sup>105</sup>	—	50 <sup>70</sup>
—	60 30	—	40 20	10	1	78 <sup>84</sup>	1	22 <sup>56</sup>	—	84 42	—	56 <sup>28</sup>
—	66 33	—	44 22	11	2	570	1	33 <sup>84</sup>	1	2 91	—	61 <sup>98</sup>
—	72 36	—	48 24	12	2	22 <sup>56</sup>	1	45	1	11 28	—	67 <sup>56</sup>
—	78 39	—	52 26	13	2	39 <sup>42</sup>	1	56 <sup>28</sup>	1	19 77	—	73 <sup>14</sup>
—	84 42	—	56 28	14	2	56 <sup>28</sup>	1	67 <sup>56</sup>	1	28 14	—	78 <sup>84</sup>
1	45	—	60 30	15	2	73 <sup>14</sup>	1	78 <sup>84</sup>	1	36 63	—	84 <sup>42</sup>
1	6 48	—	64 32	16	3	—	2	—	1	45	1	—
1	12 51	—	68 34	17	3	16 <sup>98</sup>	2	11 <sup>28</sup>	1	53 40	1	570
1	18 54	—	72 36	18	3	33 <sup>84</sup>	2	22 <sup>56</sup>	1	61 98	1	11 <sup>28</sup>
1	24 57	—	76 38	19	3	50 <sup>70</sup>	2	33 <sup>84</sup>	1	70 38	1	16 <sup>98</sup>
1	30 60	—	80 40	20	3	67 <sup>56</sup>	2	45	1	78 84	1	22 <sup>56</sup>
1	36 63	—	84 42	21	3	84 <sup>42</sup>	2	56 <sup>28</sup>	1	87 21	1	28 <sup>14</sup>
1	42 66	—	88 44	22	4	11 <sup>28</sup>	2	67 <sup>56</sup>	2	5 70	1	33 <sup>84</sup>
1	48 69	1	246	23	4	28 <sup>14</sup>	2	78 <sup>84</sup>	2	14 7	1	39 <sup>42</sup>
1	54 72	1	648	24	4	45	3	—	2	22 56	1	45
1	60 75	1	1050	25	4	61 <sup>98</sup>	3	11 <sup>28</sup>	2	30 <sup>105</sup>	1	50 <sup>70</sup>
1	66 78	1	1452	26	4	78 <sup>84</sup>	3	22 <sup>56</sup>	2	39 42	1	56 <sup>28</sup>
1	72 81	1	1854	27	5	570	3	33 <sup>84</sup>	2	47 91	1	61 <sup>98</sup>
1	78 84	1	2256	28	5	22 <sup>56</sup>	3	45	2	56 28	1	67 <sup>56</sup>
1	84 87	1	2658	29	5	39 <sup>42</sup>	3	56 <sup>28</sup>	2	64 77	1	73 <sup>14</sup>
2	90	1	3060	30	5	56 <sup>28</sup>	3	67 <sup>56</sup>	2	73 14	1	78 <sup>84</sup>
2	6 93	1	3462	31	5	73 <sup>14</sup>	3	78 <sup>84</sup>	2	81 63	1	84 <sup>42</sup>
2	12 96	1	3864	32	6	—	4	—	3	—	2	—
2	18 99	1	4266	33	6	16 <sup>98</sup>	4	11 <sup>28</sup>	3	8 49	2	570
2	24 102	1	4668	34	6	33 <sup>84</sup>	4	22 <sup>56</sup>	3	16 98	2	11 <sup>28</sup>
2	30 105	1	5070	35	6	50 <sup>70</sup>	4	33 <sup>84</sup>	3	25 35	2	16 <sup>98</sup>

Baue

nach ihren verschiedenen Grad

Ein Fuder Heu zu  $1\frac{1}{2}$  Schiffpfund und zu  $11\frac{1}{4}$  Grosch

Kappen, jede zu 400 Quadrat- ellen.	1ster Grad.	2ter Grad.	3ter Grad.	4ter Grad.	Lofstellen, jede zu 10000 Quadratellen.	1ster Grad.	2ter Grad.
	Heu-Fuder.	Heu-Fuder.	Heu-Fuder.	Heu-Fuder.		Heu-Fuder.	Heu-Fuder.
1	$\frac{6}{140}$	$\frac{4}{140}$	$\frac{3}{140}$	$\frac{2}{140}$	1	$1\frac{10}{140}$	$100\frac{1}{140}$
2	12	8	6	4	2	2 20	1 60
3	18	12	9	6	3	3 30	2 20
4	24	16	12	8	4	4 40	2 20
5	30	20	15	10	5	5 50	3 80
6	36	24	18	12	6	6 60	4 40
7	42	28	21	14	7	7 70	5
8	48	32	24	16	8	8 80	5 100
9	54	36	27	18	9	9 90	6 60
10	60	40	30	20	10	10 100	7 20
11	66	44	33	22	11	11 110	7 120
12	72	48	36	24	12	12 120	8 80
13	78	52	39	26	13	13 130	9 40
14	84	56	42	28	14	15	10
15	90	60	45	30	15	16 10	10 100
16	96	64	48	32	16	17 20	11 60
17	102	68	51	34	17	18 30	12 20
18	108	72	54	36	18	19 40	12 120
19	114	76	57	38	19	20 50	13 80
20	120	80	60	40	20	21 60	14 40
21	126	84	63	42	21	22 70	15
22	132	88	66	44	22	23 80	15 100
23	138	92	69	46	23	24 90	16 60
24	1 4	96	72	48	24	25 100	17 20
25	1 10	100	75	50	25	26 110	17 120
26	1 16	104	78	52	26	27 120	18 80
27	1 22	108	81	54	27	28 130	19 40
28	1 28	112	84	56	28	30	20
29	1 34	116	87	58	29	31 10	20 100
30	1 40	120	90	60	30	32 20	21 60
31	1 46	124	93	62	31	33 30	22 20
32	1 52	128	96	64	32	34 40	22 120
33	1 58	132	99	66	33	35 50	23 80
34	1 64	136	102	68	34	36 60	24 40
35	1 70	1	105	70	35	37 70	25

**Heuschläge,**

der Güte auf Heu-Fuder reducirt.

gerechnet; demnach  $\frac{1}{140}$  Fuder zu  $\frac{9}{112}$  Groschen.

3ter Grad.	4ter Grad.	Tonnstellen, jede zu 14000 Quadratellen.	1ster Grad.	2ter Grad.	3ter Grad.	4ter Grad.
Heu-Fuder.	Heu-Fuder.		Heu-Fuder.	Heu-Fuder.	Heu-Fuder.	Heu-Fuder.
$\frac{75}{140}$	$\frac{50}{140}$	1	$\frac{170}{140}$	1	$\frac{105}{140}$	$\frac{70}{140}$
1 10	100	2	3	2	1 70	1
1 85	1 10	3	470	3	2 35	170
2 20	1 60	4	6	4	3	2
2 95	1110	5	770	5	3105	270
3 30	2 20	6	9	6	4 70	3
3105	2 70	7	1070	7	5 35	370
4 40	2120	8	12	8	6	4
4115	3 30	9	1370	9	6105	470
5 50	3 80	10	15	10	7 70	5
5125	3130	11	1670	11	8 35	570
6 60	4 40	12	18	12	9	6
6135	4 90	13	1970	13	9105	670
7 70	5	14	21	14	10 70	7
8 5	5 50	15	2270	15	11 35	770
8 80	5100	16	24	16	12	8
9 15	6 10	17	2570	17	12105	870
9 90	6 60	18	27	18	13 70	9
10 25	6110	19	2870	19	14 35	970
10100	7 20	20	30	20	15	10
11 35	7 70	21	3170	21	15105	1070
11110	7120	22	33	22	16 70	11
12 45	8 30	23	3470	23	17 35	1170
12120	8 80	24	36	24	18	12
13 55	8130	25	3770	25	18105	1270
13130	9 40	26	39	26	19 70	13
14 56	9 90	27	4070	27	20 35	1370
15	10	28	42	28	21	14
15 75	10 50	29	4370	29	21105	1470
16 10	10100	30	45	30	22 70	15
16 85	11 10	31	4670	31	23 35	1570
17 20	11 60	32	48	32	24	16
17 95	11110	33	4970	33	24105	1670
18 30	12 20	34	51	34	25 70	17
18105	12 70	35	5270	35	26 35	1770

## V.

**Instruktion**

über die Ordnung der Ausführung der Messarbeiten bei Regulirung der Domainen in den Ostseegouvernements.

Auf das Original hat Se. Erlaucht der Herr Minister eigenhändig geschrieben: «ich bestätige».

**Theil 1.**

Ueber die Messarbeiten.

**Kapitel I.**

Allgemeine Regeln.

9) Als Längenmaass wird der Faden angenommen, welcher 7 englische Fuss oder 84 Zoll enthält.

Anmerkung. Der russische Faden enthält  $3\frac{1}{2}$  livländische Ellen, die livländische Elle ist gleich 0,286 russ. Faden.

10) Als Einheit der Vermessung der Erdoberfläche nimmt man die Dessätine an, welche 2400 □Faden enthält.

Anmerkung I. In den Ostseegouvernements werden bei Vermessung der Erdoberfläche auch bis jetzt die früheren Maasse als Einheit angenommen, bekannt unter den Benennungen: a) Lofstelle, enthaltend 10,000 livländische □Ellen; b) Tonnstelle, enthaltend 14,000 livländische □Ellen.

Anmerkung II. Das Verhältniss der besagten Maasse zu der Dessätine ist folgendes:

1 Lofstelle = 0,34 Dessät., d. i.  $816\frac{16}{49}$  □Faden oder in runder Zahl  $\frac{1}{3}$  Dessät.

1 Tonnstelle = 0,48 Dessät., d. i.  $1142\frac{6}{49}$  □Faden oder  $\frac{1}{2}$  Dessät.

11) Die Zahl der □Faden, unter einer Dessätine, wird der leichteren Rechnung wegen durch Hunderttheile der Dessätine ausgedrückt, indem man 24 □Faden für Ein Hunderttheil annimmt, wobei man zur Vermeidung kleiner Brüche die Zahl der □Faden von 1 bis 11 Faden incl. gar nicht in Anschlag bringt, von 12 bis 35 Faden für  $\frac{1}{100}$  rechnet und 0,01 Dessät. schreibt, von 36 bis 59 Faden für  $\frac{2}{100}$  rechnet und 0,02 Dessät. schreibt u. s. w., z. B. 15 Dessät. und 1523 Faden wird ausgedrückt durch 15,63 Dessät. oder statt 4 Dessät. und 2172 Faden schreibt man 4,91 Dessät., d. h. im ersteren Falle werden 11 Faden weggelassen, im letzteren dagegen 12 Faden zugezählt. Um den Landmessern die Reduktion der □Fadenzahl auf Hunderttheile der Dessätine zu erleichtern, ist hier eine besondere Tabelle sub № 1 angeschlossen.

**Kapitel II.**

Ueber die Feldarbeiten.

**Abtheilung II.**

Ueber die zum Plane anzunehmenden Einzelheiten.

55) Nach den Regeln über die Klassifikation der Krongüter werden die Acker-, Heuschlags- und Weide-Ländereien nach dem Grade der Güte des Erdreichs in Ordnun-



## Ueber die Stuben-Messarbeiten.

## Ueber die Linien-Zeichnung.

№ 1.

über die Reduktion der Quadratfaden auf Hunderttheile der Dessätine.

[illegible]

## Taxation

für Landmesser in Livland, zur Berechnung der Ländereien nach Thalern, als auch V

durchgesehen und vervollständigt im J. 1873 v

1. T

zu Lofstellen, jede

Kappen, jede zu 400 □-Ellen.	Brustacker.				Busch	
	1. Grad.	2. Grad.	3. Grad.	4. Grad.	1. Grad.	2. Grad.
	G r o s c h e n .					
1	264/112	216/112	180/112	132/112	—96/112	—80/112
2	516	432	348	264	180	148
3	780	648	516	396	264	216
4	1032	864	696	516	348	296
5	1296	1080	864	648	432	364
6	1548	1296	1032	780	516	432
7	18—	15—	12—	9—	6—	5—
8	2064	1716	1380	1032	696	580
9	2316	1932	1548	1164	780	648
10	2580	2148	1716	1296	864	716
11	2832	2364	1896	1416	948	796
12	3096	2580	2064	1548	1032	864
13	3348	2796	2232	1680	1116	932
14	36—	30—	24—	18—	12—	10—
15	3864	3216	2580	1932	1296	1080
16	4116	3432	2748	2064	1380	1148
17	4380	3648	2916	2196	1464	1216
18	4632	3864	3096	2316	1548	1296
19	4896	4080	3264	2448	1632	1364
20	5148	4296	3432	2580	1716	1432
21	54—	45—	36—	27—	18—	15—
22	5664	4716	3780	2832	1896	1580
23	5960	4932	3948	2964	1980	1648
24	6180	5148	4116	3096	2064	1716
25	6432	5364	4296	3216	2148	1796
2 Lfst.	1,3864	1,1716	8580	6432	4296	3580
5 »	3,5148	2,8796	2,3432	1,7080	1,1716	8932
20 »	14,2580	11,8148	9,4716	7,1296	4,6864	3,8716
50 »	35,6432	29,6864	23,7296	17,7716	11,8148	9,8296
100 »	71,3864	59,4716	47,5580	35,6432	23,7296	19,7580

## Tabellen

wandlung der Lofstellen und Tonnstellen in Dessätinen, Quadratfaden und Quadratfuss,  
stellv. Livl. Gouvernements-Landmesser J. Wolgin.

belle

25 Kappen getheilt.

land.		Heuschlag.			
3. Grad.	4. Grad.	1. Grad.	2. Grad.	3. Grad.	4. Grad.
G r o s c h e n .					
— 64/112	— 48/112	— 54/112	— 36/112	— 27/112	— 18/112
116	96	108	72	54	36
180	132	150	108	81	54
232	180	1104	132	108	72
296	216	246	168	123	90
348	264	2100	1104	150	108
4—	3—	342	228	177	114
464	348	396	264	1104	132
516	396	438	2100	219	150
580	432	492	324	246	168
632	480	534	360	273	186
696	516	588	396	2100	1104
748	564	630	420	315	210
8—	6—	684	456	342	228
864	648	726	492	369	246
916	696	780	516	396	264
980	732	822	552	411	282
1032	780	876	588	438	2100
1096	816	918	612	465	36
1148	864	972	648	492	324
12—	9—	1014	684	57	342
1264	948	1068	78	534	360
1316	996	1110	744	561	378
1380	1032	1164	780	588	396
1432	1080	126	84	63	42
2864	2148	2412	168	126	84
7148	5364	6030	4020	3015	2010
3,1580	2,3432	2,618	1,7080	1,3060	8040
7,8432	5,8580	6,6276	4,4188	3,3188	2,20100
15,7864	11,8148	13,3540	8,8364	6,6276	4,4188

2. 1

zu Tonnstellen, jede

Kappen, jede zu 400 □-Ellen.	Brustacker.				Bu	
	1. Grad.	2. Grad.	3. Grad.	4. Grad.	1. Grad.	2. Grad.
	Groschen.					
1	264/112	216/112	180/112	132/112	—96/112	—80/112
2	516	432	348	264	180	148
3	780	648	516	396	264	216
4	1032	864	696	516	348	296
5	1296	1080	864	648	432	364
6	1548	1296	1032	780	516	432
7	18—	15—	12—	9—	6—	5—
8	2064	1716	1380	1032	696	580
9	2316	1932	1548	1164	780	648
10	2580	2148	1716	1296	864	716
11	2832	2364	1896	1416	948	796
12	3096	2580	2064	1548	1032	864
13	3348	2796	2232	1680	1116	932
14	36—	30—	24—	18—	12—	10—
15	3864	3216	2580	1932	1296	1080
16	4116	3432	2748	2064	1380	1148
17	4380	3648	2916	2196	1464	1216
18	4632	3864	3096	2316	1548	1296
19	4896	4080	3264	2448	1632	1364
20	5148	4296	3432	2580	1716	1432
21	54—	45—	36—	27—	18—	15—
22	5664	4716	3780	2832	1896	1580
23	5916	4932	3948	2964	1980	1648
24	6180	5148	4116	3096	2064	1716
25	6432	5364	4296	3216	2148	1796
26	6696	5580	4464	3348	2232	1864
27	6948	5796	4632	3480	2316	1932
28	72—	60—	48—	36—	24—	20—
29	7464	6216	4980	3732	2496	2080
30	7716	6432	5148	3864	2580	2148
31	7980	6648	5316	3996	2664	2216
32	8232	6864	5496	4116	2748	2296
33	8496	7080	5664	4248	2832	2364
34	8748	7296	5832	4380	2916	2432
35	1 Thaler	75—	60—	45—	30—	25—
2 Tonnst.	2 „	1,60	1,30	1,—	60—	50—
5 „	5 „	4,15	3,30	2,45	1,60	1,35
20 „	20 „	16,60	13,30	10,—	6,60	5,50
50 „	50 „	41,60	33,30	25,—	16,60	13,80
100 „	100 „	83,30	66,60	50,—	33,30	27,70

belle

35 Kappen getheilt.

land.		Heuschlag.			
3. Grad.	4. Grad.	1. Grad.	2. Grad.	3. Grad.	4. Grad.
Groschen.					
— 64/112	— 48/112	— 54/112	— 36/112	— 27/112	— 18/112
116	— 96	— 108	— 72	— 54	— 36
180	132	1 50	— 108	— 81	— 54
232	180	1104	1 32	— 108	— 72
296	216	2 46	1 68	1 23	— 90
348	264	2100	1104	1 50	— 108
4—	3—	3 42	2 28	1 77	1 14
464	348	3 96	2 64	1104	1 32
516	396	4 38	2100	2 19	1 50
580	432	4 92	3 24	2 46	1 68
632	480	5 34	3 60	2 73	1 86
696	516	5 88	3 96	2100	1104
748	564	6 30	4 20	3 15	2 10
8—	6—	6 84	4 56	3 42	2 28
864	648	7 26	4 92	3 69	2 46
916	696	7 80	5 16	3 96	2 64
980	732	8 22	5 52	4 11	2 82
1032	780	8 76	5 88	4 38	2100
1096	816	9 18	6 12	4 65	3 6
1148	864	9 72	6 48	4 92	3 24
12—	9—	10 14	6 84	5 7	3 42
1264	948	10 68	7 8	5 34	3 60
1316	996	11 10	7 44	5 61	3 78
1380	1032	11 64	7 80	5 88	3 96
1432	1080	12 6	8 4	6 3	4 2
1496	1116	12 60	8 40	6 30	4 20
1548	1164	13 2	8 76	6 57	4 38
16—	12—	13 56	9 —	6 84	4 56
1664	1248	13110	9 36	6111	4 74
1716	1296	14 52	9 72	7 26	4 92
1780	1332	14106	9108	7 53	4110
1832	1380	15 48	10 32	7 80	5 16
1896	1416	15102	10 68	7107	5 34
1948	1464	16 44	10104	8 22	5 52
20—	15—	16 98	11 28	8 49	5 70
40—	30—	33 84	22 56	16 98	11 28
1,10	75—	84 42	56 28	42 21	28 14
4,40	3,30	3,67 56	2,45 —	1,78 84	1,22 56
11,10	8,30	9,33 84	6,22 56	4,61 98	3,11 28
22,20	16,60	18,67 56	12,45 —	9,33 84	6,32 56



## 4. Tabelle

zur Verwandlung der Tonnstellen in russische Dessätinen.

Kappen, 40 auf eine Tonnstelle.			Kappen, 35 auf eine Tonnstelle.			Kappen, 20 auf eine Tonnstelle.			Kappen, 16 auf eine Tonnstelle.		
Kappen, jede zu 350 □ Ellen.	□ Faden zu 49 □ Fuss.	□ Fuss engl. (russ.).	Kappen, jede zu 400 □ Ellen.	□ Faden zu 49 □ Fuss.	□ Fuss engl. (russ.).	Kappen, jede zu 700 □ Ellen.	□ Faden zu 49 □ Fuss.	□ Fuss engl. (russ.).	Kappen, jede zu 875 □ Ellen.	□ Faden zu 49 □ Fuss.	□ Fuss engl. (russ.).
1	28	28	1	32	32	1	57	7	1	71	21
2	57	7	2	65	15	2	114	14	2	142	42
3	85	35	3	97	47	3	171	21	3	214	14
4	114	14	4	130	30	4	228	28	4	285	35
5	142	42	5	163	13	5	285	35	5	357	7
6	171	21	6	195	45	6	342	42	6	428	28
7	200	—	7	228	28	7	400	—	7	500	—
8	228	28	8	261	11	8	457	7	8	571	21
9	257	7	9	293	43	9	514	14	9	642	42
10	285	35	10	326	26	10	571	21	10	714	14
11	314	14	11	359	9	11	628	28	11	785	35
12	342	42	12	391	41	12	685	35	12	857	7
13	371	21	13	424	24	13	742	42	13	928	28
14	400	—	14	457	7	14	800	—	14	1000	—
15	428	28	15	489	39	15	857	7	15	1071	21
16	457	7	16	522	22	16	914	14	16	1142	42
17	485	35	17	555	5	17	971	21			
18	514	14	18	587	37	18	1028	28			
19	542	42	19	620	20	19	1085	35			
20	571	21	20	653	3	20	1142	42			
21	600	—	21	685	35						
22	628	28	22	718	18	Tonnstellen jede zu 14000 □ Ellen.					
23	657	7	23	751	1	Dessätinen jede zu 2400 □ Faden.		□ Faden zu 49 □ Fuss.		□ Fuss englisch (russ.).	
24	685	35	24	783	33	1	—	1142	42		
25	714	14	25	816	16	2	—	2285	35		
26	742	42	26	848	48	3	1	1028	28		
27	771	21	27	881	31	4	1	2171	21		
28	800	—	28	914	14	5	2	914	14		
29	828	28	29	946	46	6	2	2057	7		
30	857	7	30	979	29	7	3	800	—		
31	885	35	31	1012	12	8	3	1942	42		
32	914	14	32	1044	44	9	4	685	35		
33	942	42	33	1077	27	10	4	1828	28		
34	971	21	34	1110	10	11	5	571	21		
35	1000	—	35	1142	42	12	5	1714	14		
36	1028	28				13	6	457	7		
37	1057	7				14	6	1600	—		
38	1085	35				15	7	342	42		
39	1114	14				25	11	2171	21		
40	1142	42				50	23	1942	42		
						70	33	800	—		
						100	47	1485	35		
						300	142	2057	7		
						500	238	228	28		
						800	380	2285	35		
						1000	476	457	7		

## 5. Tabelle

zur Verwandlung der russischen Dessätinen — jede zu 29400 Quadrat-Ellen oder  $73\frac{1}{2}$  Kappen, jede Kappe zu 400 Quadrat-Ellen, — in Tonn- und Lofstellen.

Dessätinen.	Tonnstellen.		Lofstellen.		Dessätinen.	Tonnstellen.		Lofstellen.	
	Tonnstellen zu 35 Kappen.	Kappen zu 400 □ Ellen.	Lofstellen zu 25 Kappen.	Kappen zu 400 □ Ellen.		Tonnstellen zu 35 Kappen.	Kappen zu 400 □ Ellen.	Lofstellen zu 25 Kappen.	Kappen zu 400 □ Ellen.
1	2	$3\frac{1}{2}$	2	$23\frac{1}{2}$	26	54	21	76	11
2	4	7	5	22	27	56	$24\frac{1}{2}$	79	$9\frac{1}{2}$
3	6	$10\frac{1}{2}$	8	$20\frac{1}{2}$	28	58	28	82	8
4	8	14	11	19	29	60	$31\frac{1}{2}$	85	$6\frac{1}{2}$
5	10	$17\frac{1}{2}$	14	$17\frac{1}{2}$	30	63	—	88	5
6	12	21	17	16	31	65	$3\frac{1}{2}$	91	$3\frac{1}{2}$
7	14	$24\frac{1}{2}$	20	$14\frac{1}{2}$	32	67	7	94	2
8	16	28	23	13	33	69	$10\frac{1}{2}$	97	$1\frac{1}{2}$
9	18	$31\frac{1}{2}$	26	$11\frac{1}{2}$	34	71	14	99	24
10	21	—	29	10	35	73	$17\frac{1}{2}$	102	$22\frac{1}{2}$
11	23	$3\frac{1}{2}$	32	$8\frac{1}{2}$	36	75	21	105	21
12	25	7	35	7	37	77	$24\frac{1}{2}$	108	$19\frac{1}{2}$
13	27	$10\frac{1}{2}$	38	$5\frac{1}{2}$	38	79	28	111	18
14	29	14	41	4	39	81	$31\frac{1}{2}$	114	$16\frac{1}{2}$
15	31	$17\frac{1}{2}$	44	$2\frac{1}{2}$	40	84	—	117	15
16	33	21	47	1	50	105	—	147	—
17	35	$24\frac{1}{2}$	49	$24\frac{1}{2}$	60	126	—	176	10
18	37	28	52	23	70	147	—	205	20
19	39	$31\frac{1}{2}$	55	$21\frac{1}{2}$	80	168	—	235	5
20	42	—	58	20	90	189	—	264	15
21	44	$3\frac{1}{2}$	61	$18\frac{1}{2}$	100	210	—	294	—
22	46	7	64	17	$104\frac{1}{6}$	$218\frac{3}{4}$	—	$306\frac{1}{4}$	—
23	48	$10\frac{1}{2}$	67	$15\frac{1}{2}$	oder eine russische □ Werst.				
24	50	14	70	14					
25	52	$17\frac{1}{2}$	73	$12\frac{1}{2}$					



6. Tabelle

7. Tabelle

zur Umrechnung der Kappen und Tonnstellen in Dessätinen (mit Decimalbrüchen).

zur Umrechnung der Kappen und Lofstellen in Dessätinen (mit Decimalbrüchen).

Kappen zu 400 □ Ellen.	Dessätinen.	Tonnstellen zu 14000 □ Ellen.	Dessätinen.	Tonnstellen zu 14000 □ Ellen.	Dessätinen.	Kappen zu 400 □ Ellen.	Dessätinen.	Lofstellen zu 10000 □ Ellen.	Dessätinen.	Lofstellen zu 10000 □ Ellen.	Dessätinen.
1	0,0136	2	0,952	117	55,692	1	0,0136	33	11,22	400	136,
2	0,0272	3	1,428	134	63,784	bis 25 Kappen		34	11,56	425	144,50
3	0,0408	4	1,904	151	71,876	wie in Tab. 6.		35	11,90	450	153,
4	0,0544	5	2,380	168	79,968	25 Lof	0,34	36	12,24	475	161,50
5	0,0680	6	2,856	195	92,820	3 »	0,68	37	12,58	500	170,
6	0,0816	7	3,332	230	109,480	4 »	1,02	38	12,92	525	178,50
7	0,0952	8	3,808	250	119,	5 »	1,36	39	13,26	550	187,
8	0,1088	9	4,284	300	142,800	6 »	1,70	40	13,60	575	195,50
9	0,1224	10	4,760	350	166,600	7 »	2,04	45	15,30	600	204,
10	0,1360	11	5,236	400	190,400	8 »	2,38	50	17,	650	221,
11	0,1496	12	5,712	450	214,200	9 »	2,72	55	18,70	700	238,
12	0,1632	13	6,188	500	238,	10 »	3,06	60	20,40	750	255,
13	0,1768	14	6,664	550	261,8	11 »	3,40	65	22,10	800	272,
14	0,1904	15	7,140	600	285,6	12 »	3,74	70	23,80	850	289,
15	0,2040	16	7,616	650	309,4	13 »	4,08	75	25,50	900	306,
16	0,2176	17	8,092	700	333,2	14 »	4,42	80	27,20	950	323,
17	0,2312	18	8,568	750	357,	15 »	4,76	85	28,90	1000	340,
18	0,2448	19	9,044	800	380,8	16 »	5,10	90	30,60	2000	680,
19	0,2584	20	9,520	850	404,6	17 »	5,44	95	32,30	3000	1020,
20	0,2720	25	11,900	900	428,4	18 »	5,78	100	34,	4000	1360,
21	0,2856	30	14,280	950	452,2	19 »	6,12	113	38,42	5000	1700,
22	0,2992	35	16,660	1000	476,	20 »	6,46	126	42,84	6000	2040,
23	0,3128	40	19,040	2000	952,	21 »	6,80	139	47,26	7000	2380,
24	0,3264	45	21,420	3000	1428,	22 »	7,14	152	51,68	8000	2720,
25	0,3400	50	23,800	4000	1904,	23 »	7,48	165	56,10	9000	3060,
26	0,3536	55	26,180	5000	2380,	24 »	7,82	178	60,52	10,000	3400,
27	0,3672	60	28,560	6000	2856,	25 »	8,16	191	64,94	20,000	6800,
28	0,3808	65	30,940	7000	3332,	26 »	8,50	200	68,	30,000	10200,
29	0,3944	70	33,320	8000	3808,	27 »	8,84	225	76,50	40,000	13600,
30	0,4080	75	35,700	9000	4284,	28 »	9,18	250	85,	50,000	17000,
31	0,4216	80	38,080	10,000	4760,	29 »	9,52	275	93,50		
32	0,4352	85	40,406	20,000	9520,	30 »	9,86	300	102,		
33	0,4488	90	42,840	30,000	14280,	31 »	10,20	325	110,50		
34	0,4624	95	45,220	40,000	19040,	32 »	10,54	350	119,		
35	0,4760	100	47,600	50,000	23800,		10,88	375	127,50		

## 8. Tabelle

zur Verwandlung der Lofstellen, Tonnstellen und Dessätinen in Quadratwerst.

Lofstellen.	□ Werst.	Tonnstellen.	□ Werst.	Dessätinen.	□ Werst.	Lofstellen.	□ Werst.	Tonnstellen.	□ Werst.	Dessätinen.	□ Werst.
1	0,003265	1	0,004571	1	0,0096	35	0,114275	35	0,159985	35	0,3360
2	0,006530	2	0,009142	2	0,0192	40	0,130600	40	0,182840	40	0,3840
3	0,009795	3	0,013713	3	0,0288	45	0,146925	45	0,205695	45	0,4320
4	0,013060	4	0,018284	4	0,0384	50	0,163250	50	0,228550	50	0,48
5	0,016325	5	0,022855	5	0,0480	55	0,179575	55	0,251405	55	0,5280
6	0,019590	6	0,027426	6	0,0576	60	0,195900	60	0,274260	60	0,5760
7	0,022855	7	0,031997	7	0,0672	65	0,212225	65	0,297115	65	0,6240
8	0,026120	8	0,036568	8	0,0768	70	0,228550	70	0,319970	70	0,6720
9	0,029385	9	0,041139	9	0,0864	75	0,244875	75	0,342825	75	0,72
10	0,032650	10	0,045710	10	0,0960	80	0,261200	80	0,365680	80	0,7680
11	0,035915	11	0,050281	11	0,1056	85	0,277525	85	0,388535	85	0,8160
12	0,039180	12	0,054852	12	0,1152	90	0,293850	90	0,411390	90	0,8640
13	0,042445	13	0,059423	13	0,1248	95	0,310175	95	0,434245	95	0,9120
14	0,045710	14	0,063994	14	0,1344	100	0,326500	100	0,457100	100	0,96
15	0,048975	15	0,068565	15	0,1440	200	0,6530	200	0,9142	200	1,92
16	0,052240	16	0,073136	16	0,1536	300	0,9795	300	1,3713	300	2,88
17	0,055505	17	0,077707	17	0,1632	400	1,3060	400	1,8284	400	3,84
18	0,058770	18	0,082278	18	0,1728	500	1,6325	500	2,2855	500	4,80
19	0,062035	19	0,086849	19	0,1824	600	1,9590	600	2,7426	600	5,76
20	0,065300	20	0,091420	20	0,1920	700	2,2855	700	3,1997	700	6,72
21	0,068565	21	0,095991	21	0,2016	800	2,6120	800	3,6568	800	7,68
22	0,071830	22	0,100562	22	0,2112	900	2,9385	900	4,1139	900	8,64
23	0,075095	23	0,105133	23	0,2208	1000	3,265	1000	4,571	1000	9,6
24	0,078360	24	0,109704	24	0,2304	2000	6,530	2000	9,142	2000	19,2
25	0,081625	25	0,114275	25	0,24	3000	9,795	3000	13,713	3000	28,8
26	0,084890	26	0,118846	26	0,2496	4000	13,060	4000	18,284	4000	38,4
27	0,088155	27	0,123417	27	0,2592	5000	16,325	5000	22,855	5000	48,
28	0,091420	28	0,127988	28	0,2688	7000	22,855	7000	31,997	7000	67,2
29	0,094685	29	0,132559	29	0,2784	9000	29,385	9000	41,139	9000	86,4
30	0,097950	30	0,137130	30	0,2880	10,000	32,65	10,000	45,71	10,000	96,

## Beilage Lit. B.

(zu § 4).

### Reglement der Bauer-Renten-Bank.

Dieses Reglement ist hier fortgelassen worden, weil die Bauer-Rentenbank, eine der wichtigsten Schöpfungen der Agr.- u. B.-V. v. J. 1849, gegenwärtig von zu geringer Bedeutung für die wirthschaftliche Cultur des Landes ist. Gestützt auf die materielle Garantie der Livl. Ritterschaft, trat dieses Credit-Institut i. J. 1850 in's Leben; Reg.-Pat. 19. April 1850 № 14; doch wurde durch R.-R.-G. 1. Juni 1864 (Reg.-Pat. 9. November 1864 № 120) der Verkehr der Rentenbriefe erheblich beschränkt durch das Verbot der Einlösung derselben an den Kassen der Reichsbank, welches Verbot auch jetzt noch zu Kraft besteht. Sinngemäss könnten nun an dieser Stelle die die Thätigkeit der Livländ. adeligen Güter-Credit-Societät regelnden Bestimmungen wiedergegeben werden, umsomehr, als die Gouvernements-Regierung, in Abweichung von ihrer früher geübten Praxis, weder das R.-R.-G. 28. Mai 1886, — betr. die Abänderung d. Ordnung f. d. Ertheilung langbefristeter Darlehen d. Livl. adel. Credit-Societät (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 15. Juli 1886 № 68 Stück 634), — welches die direkte Beileihung der abgetheilten Hofes- und Bauerlandgrundstücke gestattete, noch das R.-R.-G. 23. Mai 1896, — betr. Emanirung eines neuen Reglements d. Livl. adel. Güter-Credit-Societät (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 9. August 1896 № 96 Stück 1064), — in den Patenten publicirt hat. Doch sind diese Gesetze nebst den später erlassenen Instruktionen und Cirkularen der Ober-Direktion der Credit-Societät Jedem, den es angeht, leicht zugänglich, so dass der freigewordene Raum für andere, nothwendigere Beilagen verwandt werden kann.

---

(zu § 6).

### Livländische Agrar- und Bauer-Verordnung v. 9. Juli 1849 Artt. 7—19.

#### § 7.

Bei Ermittlung und Feststellung des nur durch Verpachtung oder Verkauf an Bauer-Gemeindeglieder zu nutzenden Gehorchslandes ist für jedes Gut dessen nach der Verordnung von 1804, durch die Mess-Revisions-Commission bewerkstelligte Regulirung zu Grunde zu legen, gleichviel ob dasselbe gemessen oder ungemessen ist.

## § 8.

Von dem gesammten durch jene Regulirung als Bauerland bezeichneten und noch gegenwärtig im Besitze der Bauern befindlichen Grund und Boden fällt ein bestimmter Theil, nämlich 36 Lofstellen Brustacker nebst Wiesen und Weiden auf jeden Haken des betreffenden Gutes, dem Hofeslande zu; alles übrige wird Gehorchsland und unterliegt den für dieses geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

## § 9.

Auf Gütern, wo seit Regulirung der Mess-Revisions-Commission bereits Bauerland zu Hofesland eingezogen worden ist, wird der Betrag des schon eingezogenen Bauerlandes bei dem gegenwärtig, nach dem Maassstabe von 36 Lofstellen per Haken zum Hofeslande vorzubehaltenden Landtheile, jedes Mal mit in Anschlag gebracht.

## § 10.

Es ist dem Gutsbesitzer freigestellt, nach Bedarf und Belieben die 36 Lofstellen per Haken entweder in lauter Brustacker oder aber zum Theil oder ganz in Buschland zu nehmen, wobei das Buschland in dem gesetzlich der Taxation zu Grunde gelegten Verhältniss dergestalt genommen werden kann, dass immer 3 Lofstellen Buschland auf eine Lofstelle Brustacker zu rechnen sind.

## § 11.

Gartenland darf nur in dem Falle zu Hofesländereien gezogen werden, wenn das Bauergesinde überhaupt ganz eingeht; in diesem Falle aber ist dasselbe gleich Brustacker zu berechnen.

## § 12.

Das ganze, solchergestalt dem Hofeslande zufallende Areal ist nicht etwa von jedem einzelnen Pachtstücke parcellenweise auszuschneiden, oder ausschliesslich in ganzen vollständigen Pachtstellen zu nehmen, sondern bleibt die Bestimmung darüber, wie und in welcher Gränze dasselbe vom Gehorchslande abzuschneiden ist, dem Grundbesitzer vorbehalten, wobei nur darauf zu achten ist, dass das ganze Areal möglichst in grösseren zusammenhängenden Flächen begränzt werde; das etwaige Durchschneiden und Parcelliren bestehender Pachtstellen ist hier kein gesetzliches Hinderniss, wobei jedoch die Besitzer durch einen verhältnissmässigen Erlass ihrer Leistungen jeder Art schadlos zu halten sind.

## § 13.

Wenn ganze Bauer-Pachtstellen in die Begränzung des Hofeslandes fallen, oder auch nur einzelne Theile derselben, so gehen Wiesen und Weiden mit ihnen nur in dem Verhältnisse über, in welchem Wiesen und Weiden zu dem Ackerlande gehörten, dergestalt, dass bei einer Abtheilung von z. B. 12 Dessätinen Ackerlandes vom Haken das Verhältniss des dem Bauern zur Benutzung nachbleibenden derartigen Landes zu dem für den Gutsbesitzer abgetheilten Lande in Berücksichtigung gezogen und letzterem in demselben Verhältnisse Wiesen und Weiden zugetheilt werden müssen.

## § 14.

Im Wackenbuche nicht angeschlagene, innerhalb der Grenzen des Gehorchslandes belegene Ländereien, werden nicht mit zum Gehorchslande gerechnet, falls sie nicht auf der Grundcharte ausdrücklich als Weideland bezeichnet sind.

## § 15.

Hat der Gutsherr nach der auf Grundlage der Verordnung von 1804 stattgefundenen Regulirung auf dem Hofeslande Bauern angesiedelt, so ist es ihm unbenommen, diese Ansiedelungen dem Gehorchslande einzuverleiben, gleichwohl wird er dadurch nicht berechtigt, eine grössere Quote Gehorchsland einzuziehen, als ihm der § 8 nach seiner ursprünglichen Hakenzahl gestattet. Will der Gutsherr dagegen vorgedachte Ansiedelungen gegen bestehendes Gehorchsland austauschen, so kann solches nach § 128 dieser Verordnung mit freiwilliger Zustimmung der örtlichen Bauer-Gemeinde geschehen.

## § 16.

Um nun die Abtheilung des Gehorchslandes auf Grundlage solcher Bestimmungen zu bewerkstelligen, ist zuvörderst ein jedes Gut verpflichtet, sich mit einem vom örtlichen Kirchspielsrichter ausgestellten Attestate darüber zu versehen:

- a) Wie viel Haken Bauerland das betreffende Gut nach der Regulirung von 1804 besitzt?
- b) Ein wie grosser Theil mithin zufolge des im § 8 bestimmten Verhältnisses an noch dem Hofeslande zufällt, und wie viel Gehorchsland überhaupt gesetzlich einzurichten ist?
- c) Ob und wie viel Lofstellen Bauerland auf dem betreffenden Gute etwa seit der Regulirung von 1804 bereits zum Hofesland eingezogen worden sind?
- d) Ob und wie viel Areal demnach noch von dem Bauerland zum Hofesland, nach Abzug des bereits eingezogenen, zuzuthemen ist?

Ist nun durch solches Attest festgestellt, wie viel auf einem jeden Gute von Bauerland an noch dem Hofesland zuzuthemen ist, so hat sich eine jede Gutsverwaltung innerhalb eines Jahres, von der Promulgation dieser Verordnung ab\*), darüber zu entscheiden, wo und in welcher Gränze sie das dem Hofeslande zufallende Areal zu nehmen gesonnen ist.

## § 17.

Sofort und auch innerhalb des eingeräumten ersten Jahres müssen diejenigen Pachtstellen, welche in die Kategorie des Gehorchslandes kommen, sowohl der Bauer-Gemeinde amtlich namhaft gemacht, als auch auf der Gutscharte als Gehorchsland verzeichnet werden.

Einzelne Parcellirungen von Pachtstellen allein, insofern solche durch die neu zu ziehende Gränzlinie zwischen Hofes- und Gehorchsland nothwendig werden, bleiben späterer Bestimmung, bei der allendlichen Demarkation solcher Gränze in der Natur, vorbehalten.

## § 18.

Solche Demarkation der Gränze zwischen Hofes- und Gehorchsland in der Natur ist auf allen Gütern binnen 5 Jahren, von Ablauf des ersten zur Feststellung der Gränze auf der Charte eingeräumten Jahres an gerechnet, vollständig zu bewerkstelligen, widrigenfalls das rückständige Gut gerichtlich dazu zu adstringiren ist.

---

\*) Durch Reg.-Pat. 9. October 1850 № 79 wurde angeordnet, «dass die Wirksamkeit der Agr.- u. B.-V. v. J. 1849 im ganzen Gouvernement, — ausgenommen die Insel Oesel, rücksichtlich deren fernere Bestimmung seinerzeit erfolgen wird, — mit dem 20. November d. J., .... zu beginnen hat....» Nach der in der 2. Aufl. d. Handb. f. d. Livl. Bauer-Commissare (1897) pag. 187 Anmerk.\* in kürzester Regeste angeführten, in einem speciellen Fall ergangenen Entscheidung des Dirig. Senats v. 7. März 1890 № 393 «nimmt die Nichteinhaltung der in den Artt. 16 u. 17 festgesetzten Frist dem Gutsbesitzer nicht das Recht auf Ausscheidung der Quote». D. Hrsgr.

## § 19.

Eine schnellere Bewerkstelligung der ganzen Abtheilung, sowohl auf der Charte als in der Natur, bleibt jedem Gute unbenommen, sowie desgleichen keines derselben gezwungen ist, von seinem Rechte zur Erweiterung seines Hofeslandes überhaupt oder in seiner ganzen Ausdehnung Gebrauch zu machen. Jedenfalls muss aber die Grenze des Gehorchslandes innerhalb der vorgeschriebenen Fristen festgestellt sein, und ist in dieser Beziehung die Bekanntmachung an die örtlichen Bauer-Gemeinden, und die Bezeichnung auf der Charte in der Art verbindend, dass, nachdem solches geschehen, die Grenze nicht mehr willkürlich von der Gutsverwaltung abgeändert werden darf.

---

(zu § 36).

### Ebendasselbst Artt. 49—52.

## § 49.

Ueberall, wo bereits Servitute illimitirt vorhanden und noch nicht vollständig in Grundlage des Allerhöchsten Ukases von 1819 schiedsrichterlich abgethan sind, müssen, damit selbige der Frohn-Abolition nicht hinderlich sind, oder sonst Veranlassung zu processualischen Weiterungen werden, die Eigenthümer sowohl des dienenden, als des berechtigten Gutes oder Grundstückes unter einander auch hinsichtlich der im § 48 bezeichneten Punkte\*), innerhalb einer Frist von drei Jahren von Publikation dieser Verordnung an gerechnet, genaue Bestimmung treffen, sowie, falls die bestehenden Servituten ablösbarer Natur sind, sich über deren Ablösung in gleicher Frist vereinbaren.

## § 50.

Bei solcher Ablösung ist jedoch der Eigenthümer des berechtigten Grundstückes nicht gezwungen, statt des Servitutrechtes ein stellvertretendes Aequivalent in Geld oder sonst etwas Nutzhaftem sich wider Willen aufdringen zu lassen, sondern ist blos gehalten, sich zur allendlichen Auseinandersetzung einen Austausch des Objectes der Servitut der nämlichen Gattung in der Art und dem Betrage gefallen zu lassen, dass er dadurch nicht beschädigt wird.

## § 51.

Wo die Natur der Servitut eine Theilung des dienenden Gegenstandes gestattet, ohne einen der Betheiligten zu schädigen, da kann sich der Servitut-Berechtigte dem Antrage des Verpflichteten auf solche Theilung nicht entziehen; jedoch muss bei derselben der wirthschaftliche Bedarf und die gleiche Bequemlichkeit beider Theile berücksichtigt und eines jeden Antheil nach dem Verhältniss des dienenden Objectes zu diesem Bedarf festgestellt werden.

## § 52.

In allen Fällen, wo die Betheiligten bei der allendlichen Auseinandersetzung hinsichtlich der bestehenden Servitut sich nicht in der Güte vereinbaren können, trifft ein schiedsrichterliches, auf dem Wege des in Livland üblichen Prozessganges herbeizuführendes Erkenntniss definitive Entscheidung.

---

\*) Art. 48 Agr.- u. B.-V. v. J. 1849 entspricht dem Art. 35 B.-V. v. J. 1860. D. Hrsg.

**Beilage Lit. C.**

(zu § 124).

**Ueber eisernes Inventarium.**

Das gesetzlich eiserne Inventarium eines Bauergrundstücks von  $\frac{1}{12}$  Haken soll in allen Fällen mindestens bestehen aus 1 Pferde, 3 Stück Rindvieh und 6 Lof Sommerkorn zur Saat. Sobald die Grösse des Grundstücks von  $\frac{1}{12}$  Haken bis zu  $\frac{10}{12}$  Haken steigt, muss auch die gesetzliche Zahl an Pferden und Vieh und das gesetzliche Quantum an Sommerkorn verhältnissmässig steigen, indem bei je  $\frac{2}{24}$  Haken je 1 Pferd, 3 Stück Rindvieh und 6 Lof Sommerkorn hinzuzufügen sind. Für alle Bauergrundstücke über  $\frac{10}{24}$  Haken soll dieselbe Steigerung um die Normalzahl von 1 Pferd, 3 Stück Vieh und 6 Lof Korn, jedoch erst bei je  $\frac{4}{24}$  Haken eintreten. Damit jedoch auch für die zwischenliegenden Stufen der Grösse eines Grundstücks eine entsprechende Vermehrung des Inventariums stattfinde, so soll für die Grösse von  $\frac{2}{24}$  bis  $\frac{10}{24}$  Haken für je  $\frac{1}{24}$  Haken, bei der Grösse von  $\frac{10}{24}$  bis  $1\frac{12}{24}$  Haken aber für  $\frac{2}{24}$  Haken, um welche ein Grundstück grösser ist oder steigt, die Anzahl Rindvieh um ein Stück, der Vorrath Saatkorn aber um 3 Lof vermehrt werden, während die Anzahl Pferde dieselbe wie bei der vorhergehenden Stufe der Landgrösse bleibt. Demgemäss stellt sich der Betrag des Inventariums folgendermaassen:

Für die Grösse von		Pferde.	Rindvieh, Stück.	Sommersaat, Lof.
bis	$\frac{2}{24}$ Haken = 6 Thlr. 60 Gr.*)	1	3	6
»	$\frac{3}{24}$ » = 10 » — »	1	4	9
»	$\frac{4}{24}$ » = 13 » 30 »	2	6	12
»	$\frac{5}{24}$ » = 16 » 60 »	2	7	15
»	$\frac{6}{24}$ » = 20 » — »	3	9	18
»	$\frac{8}{24}$ » = 26 » 60 »	3	10	21
»	$\frac{10}{24}$ » = 33 » 30 »	4	12	24
»	$\frac{12}{24}$ » = 40 » — »	4	13	27
»	$\frac{14}{24}$ » = 46 » 60 »	5	15	30
»	$\frac{16}{24}$ » = 53 » 30 »	5	16	33
»	$\frac{18}{24}$ » = 60 » — »	6	18	36
»	$\frac{20}{24}$ » = 66 » 60 »	6	19	39
»	$\frac{22}{24}$ » = 73 » 30 »	7	21	42
»	$\frac{24}{24}$ » = 80 » — »	7	22	45
»	$1\frac{2}{24}$ » = 86 » 60 »	8	24	48
»	$1\frac{4}{24}$ » = 93 » 30 »	8	25	51
»	$1\frac{6}{24}$ » = 100 » — »	9	27	54
»	$1\frac{8}{24}$ » = 106 » 60 »	9	28	57
»	$1\frac{10}{24}$ » = 113 » 30 »	10	30	60
»	$1\frac{12}{24}$ » = 120 » — »	10	31	63

\*) Die Hakenzahlen sind in Thaler und Groschen aufgelöst worden, weil in der Praxis die Angabe der Letzteren gebräuchlicher ist, als die der Hakenbruchtheile. D. Hrsg.

## Beilage Lit. D.

(zu § 242).

### Bestimmungen hinsichtlich der Uebersiedelung Livländischer Bauern nach anderen Gouvernements.

Fallen weg.

Pass- und Umschreibungs-Regeln v. 9. Juli 1863 § 9 (Reg.-Pat. 6. September 1863 № 79); s. unten.

An Stelle dieser Bestimmungen werden in Beil. D. wiedergegeben: I. die Pass- und Umschreibungs-Regeln v. 9. Juli 1863, welche für den ganzen Bereich der Ostseeprovinzen Geltung haben; II. das Gesetz üb. d. Aufenthaltsscheine v. 3. Juni 1894 (gewöhnlich Passgesetz genannt), und endlich das Gesetz v. 18. December 1861, welches für die Landwirthschaft und die innere Colonisation in Livland von Bedeutung ist. Die reichsrechtlichen Bestimmungen bezüglich der Uebersiedelung — richtiger der Auswanderung — der Bauern in den Osten des Reichs haben keine Statt gefunden, weil weder die religiösen, rechtlichen noch wirthschaftlichen Verhältnisse der Provinz die Aufnahme derselben geboten erscheinen lassen. Sie sind und werden übrigens in aller Vollständigkeit von der Gouvernements-Regierung in der Gouvernements-Zeitung publicirt.

#### I.

1. Reg.-Pat. 6. September 1863 № 79: „..... Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät liess Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Bericht des Ministers des Innern v. 16. Juli 1863 № 1917 nachstehenden Inhalts: zur möglichsten Beseitigung der überflüssigen Formalitäten und Beschränkungen, welche gegenwärtig die freie Uebersiedelung der Landbevölkerung der Baltischen Provinzen behindern, war von dem Kriegs-Gouverneur von Riga und General-Gouverneur von Liv-, Est- und Kurland im Einvernehmen mit den Repräsentanten des Adels der Gouv. Liv-, Est- und Kurland und der Insel Oesel ein Entwurf zu neuen Regeln betreffend die Ordnung für die Entlassung der Bauer-gemeindglieder in den Ostseegouvernements zu zeitweiliger Entfernung und betreffend die Ordnung für die Umschreibung derselben zu anderen Gemeinden angefertigt worden. Dieser Entwurf, nachdem er zuvörderst im Ostseecomité und darauf im Reichsrath beprüft und emendirt worden, sei am 9. Juli c. der Allerh. Bestätigung Sr. Kaiserl. Majestät gewürdigt..... 2) die Allerh. bestätigten Regeln selbst.....“



## Regeln

**betreffend die Ordnung für die Entlassung der Bauergemeindeglieder in den Ostseegouvernements zu zeitweiliger Entfernung und die Ordnung für die Umschreibung derselben zu andern Gemeinden.**

**I. Von der Entlassung der Bauern, welche aus ihrem Gemeindeverbande nicht austreten, zu zeitweiliger Entfernung.**

### §§ 1—8.

Fallen weg.

R.-R.-G. 3. Juni 1894 betr. den Entwurf eines Ges. üb. Aufenthaltsscheine, Abschn. VI (Reg.-Pat. 27. Juli 1894 № 99).

**II. Von der definitiven Entlassung der Bauern aus ihrem Gemeindeverbande behufs Umschreibung zu andern Gemeinden.**

### § 9.

Die Glieder der Bauergemeinden in den Ostseegouvernements haben nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre überhaupt das freie Recht, sich zu allen abgabepflichtigen Stadt- und Landgemeinden des Kaiserreichs umschreiben zu lassen. Die in dieser Beziehung geltenden Beschränkungen (Art. 70 Livl. B.-V. v. J. 1819 auf der Insel Oesel, Beilage zum Art. 242 Livl. B.-V. v. J. 1860 in Livland, Art. 337 Estländ. B.-V. v. J. 1856 in Estland u. Allerh. bestät. Beschl. d. Minister-Comité v. 15. Juli 1856 in Kurland) werden für die Zukunft aufgehoben.

**Anmerk. 1.** Jeder Bauer, der seine Gemeinde verlässt, ist berechtigt und verpflichtet in eine neue Gemeinde nicht anders überzugehen, als zugleich mit seinen von ihm erzogenen Kindern unter 17 Jahren, wenn hinsichtlich derselben mit der Gemeinde nicht eine andere Uebereinkunft getroffen wird. Die im Estländ. und Kurländ. Gouv. geltenden Gesetze in Bezug auf die Umschreibung nicht grossjähriger Bauern verbleiben auch in Zukunft in voller Kraft.

**Anmerk. 2.** Im Livländ. Gouv. können Minderjährige von 17 bis 21 Jahren gleichfalls entweder einzeln, mit Genehmigung ihrer Eltern und Vormünder, oder zugleich mit den Eltern und Vormündern, in eine andere Gemeinde, wenn sie es wünschen, übergehen.

### § 10.

Jedes Bauergemeindeglied, das in eine andere Gemeinde überzugehen wünscht, ist verpflichtet:

1). Fällt weg.

1. Reg.-Pat. 9. December 1868 № 154 (R.-R.-G. 28. October 1868).

2. Reg.-Pat. 6. Juni 1869 № 60 (Antrag des General-Gouverneurs).

- 2) mit dem Gutsbesitzer, der Gemeinde und seinen Privatereditoren hinsichtlich aller auf ihm ruhenden Verpflichtungen, Abgaben, Rückstände und Schulden zu liquidiren und die auf ihn fallenden persönlichen Abgaben bis zum 1. Januar des nächsten Jahres zu entrichten;
- 3) seiner bisherigen Gemeindeobrigkeit den Aufnahmeschein von Seiten der neuen Gemeinde vorzustellen. Dieser Aufnahmeschein muss bei der Umschreibung eines Bauern zu einer Landgemeinde desselben Ostseegouvernements von *dem Gemeinde-Aeltesten* unterschrieben sein....

1. L.-G.-O. 19. Februar 1866 (Reg.-Pat. 25. Mai 1866 № 37) § 20 Pkt. 1.

2. R.-R.-G. 9. Juni 1888 betr. d. Reorganisat. d. Polizei in d. Balt. Gouv. (Reg.-Pat. 20. Juli 1888 № 51) Abschn. III.

Anmerk. 1. Die im 2. Punkt dieses § aufgeführten Bedingungen können keinenfalls einen Vorwand abgeben, einen Bauer länger als 2 Jahre in der bisherigen Gemeinde zurückzuhalten.

Anmerk. 2. Geschieht die Umschreibung nach dem 1. October, so muss der Umzuschreibende die Abgaben auch für das nächste Halbjahr zum Voraus entrichten.

### § 11.

Ein Bauergemeindeglied, das keinen Gemeinde- oder Placatpass besitzt, und zu einer andern Gemeinde umgeschrieben zu werden wünscht, muss ausserdem:

- 1) zum 25. März der bisherigen Gemeinde die Kündigung anzeigen und ein Zeugniß über die Zustimmung zu seiner Aufnahme von der Gemeinde vorstellen, zu welcher er überzugehen wünscht; darüber, dass er dieses erfüllt hat, wird ihm von der Gemeindeobrigkeit unverzüglich eine Bescheinigung ertheilt;

1. Reg.-Pat. 5. März 1865 № 20 (Bekanntmachung d. Commission f. Livl. B.-S.).

2. Reg.-Pat. 25. Juli 1866 № 61 (R.-R.-G. 10. Mai 1866).

- 2) zeitig seine Dienst- und Arrendeverträge kündigen, falls er solche abgeschlossen hatte;
- 3) vor Beginn desjenigen ökonomischen Jahres (23. April), mit welchem seine Verpflichtungen in der bisherigen Gemeinde aufhören, von der Gemeindeobrigkeit einen Entlassungsschein verlangen \*).

### § 12.

Jedes Bauergemeindeglied, das mit einem Gemeinde- oder Placatpass versehen ist und sich zu einer andern Gemeinde umschreiben zu lassen wünscht, erhält, — sobald es den Aufnahmeschein von Seiten dieser letztern Gemeinde

---

\*) Die Form derselben s. unten nach Art. 17.

vorgewiesen, die im Pkt. 1 und 2 des § 10 angegebenen Bedingungen erfüllt und seinen Pass der Gemeindeobrigkeit zurückgeliefert hat, — von dieser Obrigkeit den Entlassungsschein unverzüglich, zu welcher Jahreszeit es auch sei, und ohne Unterschied, ob der Aufnahmeschein von einer Stadt- oder von einer Landgemeinde desselben oder eines andern Gouvernements erteilt worden ist.

### § 13.

Beschwerden über Nichtertheilung oder unrichtige Anfertigung der Bescheinigung über die der Gemeinde angezeigte Kündigung oder des Entlassungsscheins (§ 11 Pkt. 1 u. 3) werden geprüft und entschieden . . . . *von dem Commissaren für Bauer-Sachen*. . . . Falls die Beschwerden sich als begründet erweisen, erteilt *der Commissar für Bauer-Sachen* direkt von sich aus die verlangte Bescheinigung oder den Entlassungsschein mit *seiner* Unterschrift.

1. Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889, B.

### § 14.

Der Uebergang der Bauergemeindeglieder, die in eine andere Landgemeinde desselben Gouvernements in dem Zeitraum vom 1. Januar bis zum 23. April incl. übertreten, geschieht durch die allgemeine jährliche Umschreibung gemäss Art. 467—469 Cod. d. Reichsges. Bd. V Abgabenreglement\*). Zu diesem Zweck behält die einen Bauern entlassende Gemeindeobrigkeit den Aufnahmeschein zurück und übersendet den Entlassungsschein der betreffenden Obrigkeit derjenigen Gemeinde, zu welcher der Umgeschriebene übertritt.

### § 15.

Bauergemeindeglieder, welche sich zu einer andern Zeit des Jahres umschreiben lassen, oder in eine Bauergemeinde eines andern Gouvernements oder in eine Stadtgemeinde übertreten, erhalten die Aufnahmescheine zurück und sind verpflichtet, dieselben zugleich mit den Entlassungsscheinen in Person oder durch den örtlichen *Commissaren für Bauer-Sachen* dem örtlichen Kameralhof bei einem Gesuch um Bewerksstelligung der Umschreibung vorzustellen. Dem umschreibenden Bauern erteilt der Kameralhof: bei dem Uebergange in ein anderes Gouvernement ein Reisebillet, um sich an den Ort der Niederlassung zu begeben; bei der Umschreibung zu einer Gemeinde desselben Gouvernements aber — eine Quittung über den Empfang der ihm abgenommenen Scheine.

Verordn. üb. d. Reorganisat. d. Bauerbeh. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889, B.

---

\*) In Livland gemäss Artt. 274—279 B.-V., welche auf Grund der kurzen reichsgesetzlichen Bestimmungen detaillirter ausgearbeitet worden sind. Die angeführten Artt. 467—469 entsprechen nunmehr den Artt. 7—9 Beil. zu Art. 464 Abgaben-Regl., Forts. v. J. 1886. Diese Beilage hat weder in die Ausgabe des Regl. d. direkten Steuern v. J. 1893, noch in die Fortsetzung zu demselben v. J. 1895 Aufnahme gefunden.

Anmerk. Die Formulare zu den Reisebilleten, Gesuchen und Quittungen werden von den Bauer-Commissionen angefertigt und von dem General-Gouverneur bestätigt. Nach diesen Formularen werden die Blankete auf Anordnung derselben Bauer-Commissionen auf gewöhnlichem Papier gedruckt \*).

### § 16.

Der Kameralhof, sobald er das Gesuch des Umzuschreibenden nebst den zwei Scheinen (§ 15) empfangen hat, trifft, wenn der Uebergang in den Grenzen desselben Gouvernements geschieht, sofort Anordnung wegen Uebertragung der Abgabebeträge (Okład) des übertretenden Bauern auf die neue Gemeinde von der Zeit ab, bis zu welcher seine Abgaben laut des Entlassungsscheines in der Gemeinde, aus welcher er entlassen worden ist, bezahlt sind. Bei dem Uebertritt aus einem Gouvernement in ein anderes aber werden der Entlassungs- und der Aufnahmeschein dem Kameralhof desjenigen Gouvernements übersandt, in welches der Bauer übertritt. Auf Grund dieser Dokumente trifft der Kameralhof unverzüglich Anordnung wegen Zuschreibung des übertretenden Bauern zum Okład von der Zeit ab, bis zu welcher die Abgaben für ihn in der Gemeinde, aus welcher er entlassen ist, bezahlt sind, und benachrichtigt hierüber den Kameralhof des Gouvernements, in welchem sich diese Gemeinde befindet, behufs Ausschliessung des übertretenden Bauern aus dem Okład jener Gemeinde von derselben Zeit ab.

Anmerk. Das Gesuch des übertretenden Bauern muss von ihm zugleich mit dem Aufnahme- und dem Entlassungsschein dem Kameralhof innerhalb 30 Tagen, gerechnet von dem Tage, an welchem ihm der Entlassungsschein von der Gemeinde ertheilt worden, vorgestellt werden bei Strafe von 5 Kop. für jeden versäumten Tag.

### § 17.

Die Bürgschaft der bisherigen Gemeinde für die persönlichen Abgaben und die andern Verpflichtungen des Uebertretenden hört auf, und beginnt die Verantwortlichkeit der neuen Gemeinde für ihn von dem Tage, bis zu welchem die Abgaben laut des Entlassungsscheins bezahlt sind.

1. Reg.-Pat. 17. Februar 1869 № 16 (R.-R.-G. 9. December 1868 betr. die Ergänzung und Abänderung einiger Artt. der B.-V. der Ostseegouv. und der am 9. Juli 1863 Allerhöchst bestät. Regeln): «in Ergänzung der betreffenden Gesetzes-Bestimmungen festzusetzen, dass in den Entlassungszeugnissen und Umschreibungslisten der Glieder der Bauergemeinden in den Gouv. Est-, Liv- und Kurland der Tag der Geburt und die Confession der in ihnen bezeichneten Personen angegeben sein müssen».

2. Reg.-Pat. 21. Juli 1869 № 93 (Bekanntmachung d. Commission in Livl. B.-S.): «.....dass Kündigungs-, Entlassungs- und Aufnahmescheine für die Landgemeindeglieder Livlands hinfort nachstehende, vom Hrn. General-Gouverneur der Ostsee-Gouvernements genehmigte Form haben müssen:

---

\*) Seit Errichtung der Gouv.-Beh. f. B.-S. ist die Festsetzung der Form der hier gedachten Dokumente Obliegenheit dieser Behörden; s. zu Artt. 1104 ff. B.-V. D. Hrsg.

## 1. Kündigungsschein.

Ertheilt von der Gemeindeverwaltung des (der) im N'schen Kirchspiele des N'schen Kreises belegenen Gutes (Widme) NN. nachstehend genanntem Bauergemeindegliede NN. nebst Familie zum Nachweis darüber, dass von ihm der hiesige Gemeindeverband gekündigt worden ist.

Nach der Revision von 18 . . . Familien № . . .	Durch Umschrei- bung hinzuge- kommen.	Namen und Zunamen.	Wann geboren	Confession.	Bemerkungen.

Gemeindeverwaltung, den ..... 18...

Gemeinde-Aeltester.

(L. S.)

Gemeindeschreiber.

## 2. Entlassungsschein.

S. unten sub № 3 Reg.-Pat. 14. Juni 1874 № 58.

## 3. Aufnahmeschein.

Ertheilt von der Gemeindeverwaltung des (der) im N'schen Kirchspiele des N'schen Kreises belegenen Gutes (Widme) NN. verzeichneten Gliede NN. nebst Familie auf Grund des ihm von der N'schen Gemeindeverwaltung ertheilten, hierselbst deponirten Kündigungsscheines vom ..... 18..

Nachdem der Inhaber (die Inhaberin) das gesetzliche Entlassungszeugniss von seiner (ihrer) bisherigen Gemeinde wird beigebracht haben, wird er (sie) in Grundlage des Pass- und Umschreibungsreglements v. 9. Juli 1863 zur N'schen Gemeinde umgeschrieben werden.

Nach der Revision von 18 . . . Familien № . . .	Durch Umschrei- bung hinzuge- kommen.	Namen und Zunamen.	Wann geboren.	Confession.	Bemerkungen.

Gemeindeverwaltung, den ..... 18...

Gemeinde-Aeltester.

(L. S.)

Gemeindeschreiber.

3. Reg.-Pat. 14. Juni 1874 № 58 (Bekanntmachung d. Commission in Livl. B.-S.):  
 „.... dass in Zukunft von den Gemeindeverwaltungen der Landgemeinden Livlands Entlassungsscheine an Bauergemeindeglieder behufs Umschreibung zu anderen Gemeinden in nachstehender Form auszustellen sind:

A.

## I. Schema

zu Entlassungsscheinen für Bauergemeindeglieder, die sich zu einer Gemeinde in den Ostseeprovinzen umschreiben lassen wollen.

## Entlassungsschein.

Von der Verwaltung der im Livländischen Gouvernement und N. N.'schen Kreise belegenen Gemeinde zu N. N. wird dem Bauergemeindegliede N. N. bescheinigt, dass der(die)selbe in Grundlage des Pass- und Umschreibungs-Reglements v. 9. Juli 1863 die Krons- und Gemeinde-Abgaben pro .. Hälfte 18.. entrichtet hat und seiner (ihrer) Ueberführung in eine andere Gemeinde oder einen anderen Stand diessesits kein Hinderniss entgegensteht.

Nach der Revision vom Jahre 18..		Wann hinzu- gekommen.	Vor- und Familien-Namen.	Wann geboren.	Confession.	Revisions- Alter.
Gesinde №	Familien №					

Am -ten 18..

Gemeinde-Aeltester

(L. S.)

Gemeindeschreiber.

Anmerkung 1. Wenn der Entlassungsschein zwischen dem 1. Januar und 1. October ausgestellt wird, so hat der Entlassene die Abgaben für's ganze laufende Jahr zu zahlen.

Anmerkung 2. Geschieht die Ausstellung des Scheins zwischen dem 1. October und 31. December, so sind die Abgaben bis zum 1. Juli des folgenden Jahres zu zahlen.

## B.

## II. Schema

zu Entlassungsscheinen für Bauergemeindeglieder, die sich zu einer Gemeinde im Innern des Reichs umschreiben lassen wollen.

Ist völlig gleichlautend mit Schema I, erhält nur noch eine Uebersetzung ins Russische.

4. Erlass d. Livländ. Gouv.-Behörde f. B.-S. an die Commissare f. B.-S. v. 31. Mai 1894 № 1909 (Schenschin 312): «In Veranlassung wiederholt an die Gouv.-Behörde gelangter Beschwerden über angeblich unrechtfertige Steuerforderungen der Gemeindeverwaltungen von Personen, welche zu anderen Gemeinden sich umschreiben lassen, übersendet die Livländ. Gouv.-Behörde f. B.-S. Ihnen hiebei, gemäss Verfügung des Livländ. Herrn Gouverneurs, zur Wissenschaft und Nachachtung, eine Abschrift vom Rescript Sr. Excellenz v. 18. Februar 1893 sub № 1443, welches in einem ähnlichen Fall an den Commissaren f. B.-S. d. 1. Rig. Bezirks ergangen ist.

(Rescr. d. Gouverneurs v. 18. Febr. 1893 № 1443).

Auf die Vorstellung v. 21. December a. pr. sub № 4264 eröffne ich Ihnen Nachstehendes: In Grundlage der Anmerk. zu Art. 270 B.-V. v. J. 1860 und des Reg.-Pat. v. 1. December 1869 bedürfen umzuschreibende Gemeindeglieder, sofern sie in der Gemeinde sich aufhalten, die in ihre Aufnahme gewilligt hat, keiner weiteren schriftlichen Legitimation; wenn sie aber von dort an einen andern Ort sich begeben, so sind sie mit Pässen seitens der aufnehmenden Gemeinde zu versehen.

Gemäss den Regeln v. 9. Juli 1863 ist das Bauergemeindeglied, das in eine andere Gemeinde überzugehen wünscht, verpflichtet, seiner Gemeinde den Aufnahmeschein der Gemeinde vorzustellen, in welche er überzugehen wünscht, und um die Ertheilung des Entlassungsscheins zu bitten, welcher Schein entweder der dasselbe aufnehmenden Gemeinde (§ 14) behufs Vorstellung an den Commissaren f. B.-S. übersandt oder aber direkt dem örtlichen Kameralhof vorgestellt wird (§ 15). Im ersteren Falle werden die Umzuschreibenden in die allgemeinen Umschreibungslisten eingetragen, die durch das Landraths-Collegium dem Kameralhof mitgetheilt werden, welcher hierauf die Verfügung über ihre definitive Umschreibung trifft. Im zweiten Fall erfolgen diese Verfügungen vom Kameralhof entweder direkt oder auf Vorstellung des Commissar's. Hieraus ist klar ersichtlich, dass als Umzuschreibende nur solche Personen zu betrachten sind, hinsichtlich deren Umschreibung bereits denjenigen Autoritäten vorgestellt worden ist, von denen die Umschreibung abhängt. Und deshalb befinde ich, dass die aufnehmende Gemeinde nicht das geringste Recht hat, derartigen Personen Pässe früher zu ertheilen, als nachdem sie den Entlassungsschein der bisherigen Gemeinde erhalten und denselben entweder dem Commissaren f. B.-S., oder aber, in den im § 15 d. Regeln vom 9. Juli 1863 erwähnten Fällen, dem Kameralhof vorgestellt hat.

Was jedoch die im § 10 der obgedachten Regeln festgesetzte Bedingung anlangt, der Umschreibende habe die Abgaben bis zum 1. Januar oder aber bis zum 1. Juli des nächsten Jahres zu entrichten, so bezieht sich diese Regel, wie von mir bereits im Rescript sub № 7949 \*) erläutert worden ist, nur auf die frühere Reichs-Kopfsteuer, für deren rechtzeitige Einzahlung die Gemeinde solidarisch haftete, und ist dieselbe deshalb festgesetzt worden, weil der Umzuschreibende in die Steuerlisten der bisherigen

\*) Nirgends publicirt.

Gemeinde eingetragen war, welche für seine Kopfsteuer haftete bis zur Uebertragung seiner Abgabebeträge auf die neue Gemeinde. Hierbei versteht es sich von selbst, dass die Aufnahmegemeinde nicht das geringste Recht hatte zur Beitreibung der Kronssteuer vom Umzuschreibenden für die Zeit, für welche er dieselbe der ihn entlassenden Gemeinde entrichtet hat.

Alles dieses kann sich nicht beziehen auf die Gemeindeabgaben, die von allen zur Gemeinde gehörigen Personen erhoben werden. Die neue Gemeinde hat das Recht vom Umgeschriebenen die Entrichtung der Abgaben zu fordern vom Tage seines Eintritts in die Gemeinde, wenn jedoch auf den Umgeschriebenen die im § 10 betreffs der Reichs-Kopfsteuer festgesetzte Vorschrift angewandt würde, so hätte er die Gemeindeabgaben doppelt zu entrichten: das eine Mal der bisherigen, das andere Mal der neuen Gemeinde. Ihre Hinweisung auf den § 17 der obgedachten Regeln kann gleichfalls diese Frage nicht berühren, da von einer Bürgerschaft der bisherigen Gemeinde für die Entrichtung der Gemeindeabgaben keine Rede sein kann.

Zur Herbeiführung einer Einheitlichkeit in diesem Punkt würde ich es für zweckentsprechend halten, wenn die Umzuschreibenden beim Empfange des Entlassungsscheines hinsichtlich der Gemeindeabgaben mit der bisherigen Gemeinde für das laufende Halbjahr sich berechnen.

Es besteht desshalb gar kein Anlass zu einer Abänderung der von der Bauern-Commission, gemäss Reg.-Pat. 14. Juni 1874 № 58, angefertigten Entlassungsscheine, da die in den Anmerkungen desselben festgesetzte Frist zur Entrichtung der Abgaben lediglich auf die in früherer Zeit zur Erhebung gelangte Kronssteuer sich bezieht und die Gemeindeabgaben nicht berührt.

## II.

R.-R.-G. 3. Juni 1894 betr. den Entwurf eines Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine (Reg.-Pat. 27. Juli 1894 № 99): «Der Reichsrath hat....für gut erachtet:

I. Den Entwurf des Gesetzes üb. d. Aufenthaltsscheine der Allerh. Bestätigung Sr. Kaiserl. Majestät zu unterbreiten.

II. Das bezeichnete Gesetz (Abschn. I) mit dem 1. Januar 1895 im ganzen Reich, mit Ausnahme der Gouv. des Königreichs Polen, in Wirksamkeit zu setzen.

III. In Kraft zu belassen die Bestimmungen über die Pässe: 1) der im aktiven Militair- und Seedienst stehenden Personen, gleichwie der dem Kriegerstande der Kosakenheere angehörigen Personen; 2) der im Reich lebenden ausländischen Unterthanen; 3) der in's Ausland reisenden und von dort zurückkehrenden Personen; 4) der Bewohner Finnlands; 5) der römisch-katholischen Geistlichkeit; 6) der Fremdvölker; 7) der Personen, die als Arbeiter zur Gold- und Platina-Gewinnung bei Privatpersonen sich verdingen haben †); 8) der Skopzen; 9) der Personen, die auf Verfügen der Administrativbehörden unter Polizeiaufsicht stehen, und 10) derjenigen zur Ansiedelung Verschiedenen, die in Sibirien und anderen entfernten Gegenden sich niedergelassen haben.

†) R.-R.-G. 20. Februar 1895 betr. die Anmietung d. Arbeiter durch Privatpersonen zur Gold- und Platina-Gewinnung (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. 14. April 1895 № 61 Stück 415) Abschn. I, B, Artt. 15, 16, 17, 20, 26, 31, 32 u. 37\*).

\*) In der Ausgabe des Passgesetzes v. J. 1895 (Cod. d. Reichsges. Bd. XIV, Forts. v. J. 1895) ist im Citat zur Anmerk. des Art. 1 dieses Gesetz nachstehend angeführt: 1895. Febr. 20, Samml. d. Ges., 415, I. B., Artt. 15—31.



IV. In Abänderung, Ergänzung und Aufhebung der bezüglichlichen Gesetzesbestimmungen festzusetzen:

1) Die Wahl zu Gemeindeämtern solcher Bauern, welche auf Passbüchlein auswärts sind, wird, ohne ihre Zustimmung, nicht früher gestattet, als nach Ablauf eines Jahres vom Zeitpunkt der Ausreichung des Passbüchleins und dabei nur in dem Fall, wenn die Besetzung der gedachten Ämter durch andere Personen nicht möglich ist.

2) Den Schülern der Kronslehranstalten, sowie derjenigen Privatlehranstalten, welche die Rechte der Ersteren genießen, werden von den Vorständen dieser Anstalten besondere zahlungsfreie Zeugnisse ausgestellt, die ihnen die Aufenthaltsscheine ersetzen. Die Regeln über diese Zeugnisse werden von den Ministern und Oberdirigirenden der einzelnen Ressorts, denen die Lehranstalten unterstellt sind, nach Einvernehmen mit den Ministern des Innern und der Finanzen erlassen.

3) Den Zigeunern wird unbedingt verboten das Nomadisieren an den Orten ihrer Anschreibung sowohl, wie auch in anderen Gegenden des Reichs, und gleichfalls wird ihnen nicht gestattet, sich irgendwo in Lagern niederzulassen und temporäre Wohnungen in Gestalt von Zelten und Schuppen zu errichten. Zigeuner, die der Nichtbefolgung dieser Vorschrift überwiesen sind, werden, auf Anordnung der Polizei, an den Ort ihrer Anschreibung gesandt, mit dem Verbot, im Laufe von 2 Jahren diesen zu verlassen, und alle von ihnen errichteten temporären Wohnungen sowie die hiezu verwandten Materialien werden auf Anordnung der Polizei zerstört\*).

4) Wer beim Empfang eines Aufenthaltsscheines der denselben ertheilenden Behörde wissentlich eine falsche Angabe des Inhalts macht, dass er einen solchen nicht habe, unterliegt der im 1. Th. d. Art. 943 Strafgesetzb. (Ausg. v. J. 1885) festgesetzten Strafe.

5) Die in Gemässh. d. Art. 29 Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine zur Verantwortung gezogenen Personen kompetiren vor den Friedensrichter oder Stadtrichter oder Landhauptmann oder das Gemeindegerecht, in Sibirien vor das Bezirksgericht oder die Polizeiverwaltung, je nach der Hingehörigkeit, in deren Distrikt oder Bezirk diese Personen ihren ständigen Wohnort haben.

\*) Es ist keineswegs notwendig, dass die Zigeuner an den Orten ihrer Anschreibung dauernd sesshaft werden. Der Schwerpunkt der Bestimmung liegt vielmehr in dem der Polizei gewährten Recht, unmittelbar von sich aus die Zelte, Schuppen und andere temporäre Wohnungen der Zigeuner zu zerstören, um rücksichtslos das Nomadisieren derselben zu verhindern. «Der Nutzen hievon wird der sein, dass die Zigeuner, im äussersten Fall, genöthigt werden, in Häusern zu leben und, somit, unter Aufsicht der Besitzer derselben sich befinden werden, wobei sie der Möglichkeit beraubt sind, plötzlich und heimlich vom Ort ihres zeitweiligen Aufenthalts zu entweichen»; Vorstellung der Minister d. Innern u. d. Finanzen pag. 58; Journal d. Passkommission pag. 43 u. 44. Im Zusammenhang mit dieser Bestimmung (IV, 3) ist durch VI, 3 l. c. die Aufhebung des Art. 980 Strafgesetzb. angeordnet worden und werden fortan die Behörden und Personen, welche der unrechtfertigen Ertheilung von Pässen oder sonstigen Aufenthaltsscheinen an Zigeuner schuldig sind, der Verantwortung in Grundl. des strengeren Art. 979 Strafgesetzb. unterzogen; Journal d. Passkommission pag. 53. «Der Versuch eines Jahrhunderts hat bewiesen, dass die zur festen Ansiedelung der Zigeuner an den Orten ihres beständigen Domizils ergriffenen Maassregeln zu den gewünschten Resultaten nicht geführt haben, obgleich die Regierung diesen Nomaden Land zutheilte und ihnen alle möglichen Vergünstigungen gewährte»; l. c. — Die Bestimmungen über die Zigeuner wurden hier aufgenommen, da dieselben, wenngleich zu den städtischen Steuergemeinden verzeichnet, doch nur auf dem Lande leben und in Südlivland einen charakteristischen, wenn auch werthlosen Bestandtheil der ländlichen Bevölkerung bilden.

D. Hrsq.

VI. Aufzuheben: ..... 3) den Art. 980 Strafgesetzb. (Ausg. v. J. 1885), und 4) §§ 1—8 der Allerh. am 9. Juli 1863 bestät. Regeln betr. d. Ordnung f. d. Entlassung der Bauergemeindeglieder in d. Ostseegouv. zu zeitweiliger Entfernung u. d. Ordnung f. d. Umschreibung derselben zu anderen Gemeinden (II. Vollst. Gesetzsaml. Bd. XXXVIII № 39849).

X. Den Personen, welche vor Emanirung des gegenwärtigen Gesetzes unbefristete Aufenthaltsscheine erhalten haben, die Benutzung derselben bis zum 1. Januar 1897 zu gestatten †), sowie denjenigen, welche befristete erhalten haben — bis zum Ablauf der in denselben angegebenen Fristen.

†) R.-R.-G. 18. November 1896 (Reg.-Pat. 28. April 1897 № 9): «Der Reichsrath hat .... nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers des Inhalts, es mögen als Aufenthaltsscheine für Personen höherer Stände, ausser dem Passbüchlein, auch andere unbefristete Dokumente, welche die Identität ihrer Inhaber darthun, anerkannt werden, für gut erachtet: In Abänderung, Ergänzung und Aufhebung der bezüglichlichen Gesetzesbestimmungen festzusetzen:

1) Personen, welche auf Grund der Pass-Ordn. unbefristete Aufenthaltsscheine erhalten haben, bleibt es anheimgestellt, von denselben so lange Gebrauch zu machen, bis sie das durch das Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine angeordnete Passbüchlein erhalten.

## Gesetz über die Aufenthaltsscheine \*).

### I. Hauptstück.

#### Allgemeine Bestimmungen.

##### § 1.

Der Aufenthaltsschein dient zur Legitimation der Persönlichkeit, sowie zur Bescheinigung des Rechts auf Entfernung vom ständigen Wohnort in den Fällen, wo dieses Recht nachgewiesen werden muss \*\*).

\*) Das Gesetz ist kodificirt worden im Cod. d. Reichsges. Bd. XIV, Forts. v. J. 1895, wobei zugleich einzelne Bestimmungen des R.-R.-G. 3. Juni 1894, theils im Text, theils in Anmerkungen, Aufnahme gefunden haben. Die Paragraphirung ist die gleiche wie im ursprünglichen Gesetz, mit nachstehenden Abweichungen: Art. 17 ist zum Schlusssatz des Art. 16 geworden, und als Art. 17 figurirt Abschn. VIII R.-R.-G., der eine künftige Verordnung betrifft und desshalb richtiger in eine Anmerkung zu Art. 16 gehört; Art. 74 ist neuzugefügt, betrifft aber gleichfalls nur künftige Verordnungen (Abschn. IX R.-R.-G.), welche richtiger in Anmerkungen zu Artt. 67, 72 u. 73 zu erwähnen waren. Diese noch im J. 1894 erlassenen Verordnungen sind dann nicht einmal als Beilagen zum Passgesetz wiedergegeben worden; endlich ist neu hinzugefügt Hauptstück V: «von den Aufenthaltsscheinen für Hebräer» Artt. 75—83, die ganz entsprechen dem Abschn. V R.-R.-G. — Für Livland ist das Passgesetz publicirt worden mittels des oben angeführten Reg.-Pat. 27. Juli 1894 № 99. —

Der Pass ist von Peter d. Gr. im J. 1719 eingeführt worden zur Controle der militairpflichtigen Bevölkerung (Befehl 30. October 1719 Vollst. Gesetzsaml. № 3445), und erhielt sodann 1724 (Plakat 26. Juni 1724 l. c. № 4533) seine — zum Theil auch jetzt gewährte — Bedeutung als Sicherungsmittel für die Erhebung der Abgaben und zwar zunächst der Kopfsteuer. Die Finanznöthe des Reichs liessen die Regierung, seit 1763 (Manifest 15. December 1763 l. c. № 11988), im Pass ein selbständiges Steuerobjekt erblicken, welches dann immer stärker in Anspruch genommen wurde; so kostete schliesslich der Jahrespass für Kleinbürger und Bauern — 6 Rbl., der Dreijahrespas — 30 Rbl., und der Fünfjahrespas gar 70 Rbl. Erst seit 1825 u. 1826 wurde diese Steuer erheblich herabgesetzt. An sich aber brachte die Passsteuer dem Reichsschatz denn doch nur etwa 3½ Millionen Rbl. jährlich ein. Die an sich rechtliche Freiheit der

## § 2.

Als ständiger Wohnort gilt: 1) für Edelleute, Beamte, Ehrenbürger, Kaufleute und Exempte — der Ort, an dem Jemand seines Dienstes oder seiner Beschäftigungen, oder

Bewegung war so gut wie aufgehoben, jede Abwesenheit, bei Strafe, von der obrigkeitlichen Erlaubniss abhängig. Es genügt, zwei charakteristische Bestimmungen der Pass- u. Läufi.-Ordn., Cod. d. Reichsges. Bd. XIV, Ausg. v. J. 1890, anzuführen. Art. 1 l. c. setzt fest, dass «Niemand von seinem ständigen Wohnort ohne einen gesetzlichen Pass sich entfernen darfo, und nach Art. 194 ibid. «müssen alle mit den vorgeschriebenen Billets und Pässen Versesehen beim Uebergang aus einem Gouvernement in ein anderes dieselben vorweisen: während der Reise bei den in den Städten errichteten Anhaltstellen und Schlagbäumen, und bei der Ankunft am vorherbestimmten Ziel der Reise, in den Städten — der Stadtpolizei, in den Kreisen — der Kreis-, Gemeinde- oder Dorfpolizei». Das wesentlichste Moment, das der Legitimation, d. h. dass der Pass ohne jede Zeitbeschränkung nur zur Feststellung der Identität der Persönlichkeit und zum Nachweis der Gemeindeangehörigkeit zu dienen habe, trat völlig zurück hinter seinem fiskalischen Charakter und der schärfsten polizeilichen Ueberwachung des Passinhabers. Im J. 1859, also lange vor Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und Aufhebung der Kopfsteuer, ordnete Kaiser Alexander II. eine principielle, den neuzeitlichen Erfordernissen entsprechende Reform des Passwesens an. Doch hat es immerhin 35 Jahre gedauert, bis als Elaborat zahlreicher Commissionen das Gesetz v. 3. Juni 1894 erschien, dem in rascher Aufeinanderfolge die Gesetze der Jahre 1896, 97 u. 98 folgten, so dass erst jetzt gesagt werden kann, den Weisungen des grossen Kaisers ist Genüge geschehen. Für die baltischen Bauern waren bereits 1863 auf Veranlassung der Ritterschaften und des General-Gouverneurs zum Zweck der «möglichsten Beseitigung der überflüssigen Formalitäten und Beschränkungen» die Pass- und Umschreibungsregeln erlassen worden. Der Pass hat gegenwärtig nur den Charakter einer individuellen Legitimation, nebenbei dient er bei Kleinbürgern und Bauern als Sicherungsmittel für die Entrichtung von Abgaben, eine fiskalische Bedeutung kommt ihm nicht mehr zu, und gleicherweise ist die Meldungspflicht und polizeiliche Controle der Bewegung der Bevölkerung beseitigt. Vergl. Einleit. zu der im J. 1894 von der Reichskanzlei veranstalteten Ausgabe des Passges. mit den Motiven. Für die Umarbeitung der mit dem Passwesen in nahem Zusammenhange stehenden Bestimmungen über die Läufer und Vagabunden hat der Reichsrath bereits im J. 1894 sich ausgesprochen; s. Motive zu Art. 30 Passges.; es wäre nur zu wünschen, dass schon früher mit den in Livland nur für Riga bestehenden, im Cod. d. Reichsges. nicht erwähnten, Vorschriften über die Hausbücher und den Adressstisch radikal aufgeräumt würde, da dieselben keinem thatsächlichen Bedürfniss entsprechen und den Principien des neugeordneten Passwesens direkt widerstreiten. Eine Registrierung der Bevölkerung durch Hausbücher — eingeführt durch die vom General-Gouverneur bestätigte, von der Livl. Gouv.-Reg. «zur allgemeinen Wissenschaft, insbesondere aber zur Befolgung der Rigaschen Polizeibehörden, sämmtlicher nach Riga kommander Fremden und sämmtlicher Einwohner der Gouv.-Stadt Riga» erlassene «Verordnung üb. d. Aufenthalts-Legitimationen im Polizei-Bezirk der Stadt Riga» (Reg.-Pat. 24. Sept. 1827 № 85), — mochte im 2. und 3. Jahrzehnt dieses Jahrh. möglich und auch im Hinblick auf die kürzlich erfolgte gänzliche Aufhebung der Leibeigenschaft der Livl. Bauern nöthig erschienen sein, doch hat die Volkswirtschaft jetzt hiefür die zweckentsprechenden verschiedenartigen Zählungen der Bevölkerung, und die bezweckte polizeiliche Ueberwachung der Bevölkerung ist eine unmittelbare Verletzung des Passgesetzes. Für die Errichtung eines Adressstisches in Riga ist dem damaligen General-Gouverneur allein das Vorbild Petersburg's und Moskau's maassgebend gewesen; Reg.-Pat. 23. Juni 1867 № 94; doch, ganz abgesehen davon, dass diese Institution vielleicht in den ersten Jahren ihres Bestehens regelrecht funktionirt hat, so ist die Meldungspflicht ja durch das Passgesetz beseitigt und — ebenso wie die Hausbücher, — ausdrücklich nur für Petersburg und Moskau; Pass-u. Läufi.-Ordn. Artt. 206 u. 207; in Kraft belassen worden, so dass dem «Reglement für den Adressstisch in der Stadt Riga» die innere rechtliche Begründung zur Zeit fehlt. Dem thut auch keinen Abtrag, dass das R.-R.-G. v. 20. December 1883, welches nunmehr den nicht aufgehobenen Art. 199 Pass- u. Läufi.-Ordn., Cod. d. Reichsges. Bd. XIV, Ausg. v. J. 1890, bildet, den Minister d. Innern zu der Anordnung berechtigt, «die Hausbesitzer und Hausverwalter zu verpflichten, über die in's Haus einkehrenden und dasselbe verlassenden «Personen der Polizei Meldung zu machen, und zwar in sämmtlichen Gouvernements-, Gebiets-, «Kreis- und Bezirksstädten, sowie in den ausseretadmässigen Städten, Flecken und Ortschaften, «in welchen ein Polizeibeamter sich befindet». So hat am 19. April 1884 der Minister d. Innern die Anordnung getroffen, dass in sämmtlichen Badeorten des Rigaschen Strandes von Neu-Bullen an bis Kaugern die «in der Zeit vom 1. Mai bis zum 15. September in die Häuser Einziehenden und aus denselben Ausziehenden bei der Polizei gemeldet werden sollen (Reg.-Pat. 7. Mai 1884 № 34). Aber die von dem Minister in der angegebenen gesetzlichen Grundlage getroffene Anordnung stellt sich nach Geist und Charakter des neuen Passgesetzes nur als eine Ausnahme-maassregel dar, welche aus besonderen Rücksichten und Erwägungen die rechtliche Freiheit

seines Gewerbes, oder seines Immobilienbesitzes halber ansässig ist oder ein eigenes Hauswesen hat; 2) für Kleinbürger und Handwerker — die Stadt, das Hakelwerk oder der Flecken, zu dessen Kleinbürger- oder Handwerkerschaft sie verzeichnet sind; 3) für Bauern — das Dorf oder die Gemeinde, zu denen sie verzeichnet sind.

der Bewegung der Bevölkerung beschränkt und Letztere innerhalb eines bestimmten Gebietes polizeilicher Controle unterstellt. Als Ausnahmemaassregel muss sie ferner auch zeitlich begrenzt sein. Denn auch für sie gelten die Worte im denkwürdigen Namentlichen Allerhöchsten Befehl an den Senat v. 4. September 1881, mit welchem die «Verordnung über die Maassregeln zum Schutze der staatlichen Ordnung und der öffentlichen Ruhe» v. 14. August 1881 erlassen wurden (Reg.-Pat. 9. October 1881 № 81), — «dass die zeitweiligen Ausnahmemaassregeln dem wirklichen Bedürfniss der Aufrechterhaltung der Ordnung entsprechen sollen und die gesetzlichen Interessen der dem Throne ergebenden Bevölkerung, welche unzweifelhaft aufrichtig zur Bewahrung der Ruhe und der Ordnung beizutragen wünscht, nicht einer unnötigen Belästigung aussetzen». Als eine weitere Ausnahme von der durch das Passgesetz anerkannten Freiheit der Bewegung der Bevölkerung charakterisirt sich die im Art. 15 der eben angeführten Verordnung v. 14. August 1881 (gegenwärtig investirt in den Cod. d. Reichsges. Bd. XIV, Ausg. v. J. 1890, als Beilage I zur Anmerk. 2 d. Art. 1 d. Verordn. üb. d. Verhüt. u. Unterdrück. v. Verbrechen; vergl. auch Reg.-Patt. 21. October 1881 № 83 und 30. December 1881 № 109) enthaltene Bestimmung, wonach innerhalb der Grenzen der Ortschaften, welche in den Zustand verstärkten Schutzes erklärt worden sind, der General-Gouverneur beziehungsweise die Gouverneure und Stadtbefehlshaber berechtigt sind, «obligatorische Verordnungen in Bezug auf Gegenstände zu erlassen, welche sich auf Verhütung der Verletzung der öffentlichen Ordnung und der staatlichen Sicherheit beziehen, wie z. B. bezüglich der Verpflichtung der Immobilienbesitzer und ihrer «Verwalter hinsichtlich der Aufsicht innerhalb der Grenzen ihres Besitzthums, bezüglich der «Art und Weise dieser Aufsicht, der Ordnung der Anstellung und Absetzung der Personen, «welchen die gedachten Verpflichtungen von den Immobilienbesitzern übertragen werden u. s. w.» Hiernach können die Hausbesitzer und Hausverwalter zur Führung von Hausbüchern, zur polizeilichen An- und Abmeldung ihrer Einwohner u. dergl. verpflichtet werden. Die Bestimmungen hinsichtlich des Zustandes des verstärkten Schutzes werden jedoch nur auf Beschluss des Minister-Comité und stets auf nicht länger als ein Jahr in Wirksamkeit gesetzt, um eben, — nach den Worten des angeführten Kaiserlichen Befehls, — «die Bevölkerung nicht einer unnötigen Belästigung auszusetzen». Der Einwand, dass die Gesetze v. 20. December 1883 und v. 14. August 1881 älter sind als das Passgesetz, erledigt sich damit, dass alle drei als Gesetze die gleiche Bedeutung haben, bei der Interpretation aber darauf zu achten ist, dass das Gesetz üb. d. Aufenthaltsscheine allgemeine, auch für andere Theile der Verwaltung grundlegende Normen aufstellt, denen gegenüber die beiden anderen Gesetze nur als Einzelbestimmungen angesehen werden können. — In letzter Zeit ist über das Städtchen Schlock der Zustand schärfster polizeilicher Ueberwachung verhängt worden, und zwar, bisher, ohne zeitliche Begrenzung. Die Gouv.-Zeit. v. 2. August 1899 № 83 publicirte die Anordnung des stellv. Gehülfen d. Ministers d. Innern, «in Grundlage des Art. 199 Pass-Ord., Cod. d. Reichsges. Bd. XIV, Ausg. v. J. 1890, in der Stadt Schlock die Hausbesitzer und Hausverwalter zu verpflichten, über die in's Haus einkehrenden und dasselbe verlassenden Personen der Polizei Meldung zu machen». Daran schliesst sich die, ebenda publicirte, Verfügung des Gouverneurs v. 23. Juli 1899 № 426: «..... zur genauen Erfüllung der obangeführten Anordnung beauftrage ich sämtliche Hausbesitzer und Hausverwalter der Stadt Schlock, zum 15. August a. c. Hausbücher einzurichten, sowie An- und Abmeldungszettel nach dem in der Kanzlei des Schlock'schen Polizei-Aufsehers befindlichen Schema». Nach dem Geist dieser, nach dem Vorerörterten über den Art. 199 l. c. und das Passgesetz hinausgehenden, Verfügung hat jeder auch nach Schlock Reisende sich mit einer Legitimation zu versehen. — Es ist aber immer wieder nachdrücklichst zu betonen, dass sociale Schäden und die eignen Gebrechen der Polizei durch eine erhöhte Schreibethätigkeit der Hausbesitzer und Hausverwalter und vermehrte Registrationsarbeit der polizeilichen Kanzelleien sich nicht beiseitigen lassen.

D. Hrsg.

\*\*) Im Widerspruch zu den Grundprincipien des Passges. hat in Riga auf Grund des formell zu Recht bestehenden «Regl. f. d. Adressstisch in Riga» (Reg.-Pat. 23. Juni 1867 № 94) eine sofort zu bewerkstelligende polizeiliche An- bzw. Abmeldung zu erfolgen, wobei bei der Anmeldung der «Pass» vorzuweisen ist. — Auf Verfügung des Ministers d. Innern muss in den Riga'schen Strandbadeorten Neu-Bullen, Alt- und Neu-Bilderlingshof, Edinburg, Majorenhof, Alt- und Neu-Dubbeln, Karlsbad, Assern, Reeksting und Kaugern in der Zeit vom 1. Mai bis zum 15. September eine polizeiliche An- beziehungsweise Abmeldung geschehen; Reg.-Pat. 7. Mai 1884 № 34. Und ebenso ist eine polizeiliche An- beziehungsweise Abmeldung für das Städtchen Schlock auf Verf. d. stellv. Gehülfen d. Minist. d. Innern angeordnet worden; Gouv.-Zeit. 2. August 1899 № 83.

D. Hrsg.

## § 3.

Niemand ist verpflichtet, an seinem ständigen Wohnort einen Aufenthaltsschein zu besitzen. .... Auf Fabriken, Anlagen und Manufakturen, auf welche die Wirksamkeit der Regeln über Beaufsichtigung der Fabrikanlagen (Gewerbe-Ordn. Art. 47) sich erstreckt, müssen die Arbeiter, auf Verlangen der Fabrik-Inspektion oder der Ortspolizei, Aufenthaltsscheine besitzen, selbst wenn diese Fabriken, Anlagen und Manufakturen am ständigen Wohnort der Arbeiter sich befinden \*).

1. Bekanntmachung d. Gouverneurs v. 17. April 1895 № 2516 (Gouv.-Zeitg. 17. April 1895 № 41): «In Grundlage des Art. 3 d. v. Minister d. Innern am 12. December 1894 bestät. Regeln für d. Anwend. d. Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine\*\*) und im Hinblick auf die Allerh. am 13. Januar 1867 bestät. Verordn. f. d. Adressstisch in Riga, bringe ich zur allgemeinen Kenntniss, dass sämtliche Fabrikarbeiter in der Stadt Riga und Umgegend unbedingt Pässe oder Aufenthaltsscheine ihrer Gemeinden haben müssen, die sie in den Kanzelleien der Polizeibezirke in vorgeschriebener Ordnung zu produciren verpflichtet sind. ....».

2. Bekanntmachung d. Gouv.-Reg. v. 30. Juni 1897. № 5087 (Gouv.-Zeitg. 30. Juni 1897 № 68): «Durch die in № 41 d. Gouv.-Zeitg. v. J. 1895 abgedruckte Publikation des früheren Gouverneurs von Livland sub № 2516 sind die Bestimmungen des letzten Theiles des Art. 3 Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine .... auf die Stadt Riga und deren Umgegend ausgedehnt worden.—Auf Vorstellung der Fabrik-Inspektion und in Gemässh. Art. 133 Gewerbe-Ordn. (Cod. d. Reichsges. Bd. XI Th. 2, Ausg. v. J. 1893) .... hat nunmehr Se. Exc. der Herr Gouverneur von Livland für nothwendig befunden, kraft der vom Minister d. Innern am 12. December 1894 bestät. Regeln f. d. Anwend. d. Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine, die Wirksamkeit der obgedachten Bestimmungen. ...., auch auf die Kreise: Riga, Wolmar, Dorpat, Werro, Pernau, Fellin und Oesel mit ihren Kreis- und ausseretatmässigen Städten, d. i. auf das ganze Gouv. Livland, mit Ausnahme der Kreise Wenden und Walk, zu erstrecken. ....».

## § 4.

Zur Entfernung vom ständigen Wohnort sind keine Aufenthaltsscheine erforderlich: 1) in den Grenzen des Kreises, wo der ständige Wohnort des Fortreisenden sich befindet, sowie gleichfalls ausserhalb der Grenzen dieses Kreises bis zu 50 Werst vom ständigen Wohnort, wenn die Abwesenheit nicht länger als 6 Monate dauert, und 2) für Personen, die zu ländlichen Arbeiten sich verdingen haben (Gesetz üb. d. Anmiejung zu ländl. Arbeiten Art. 2), und zwar sowohl in dem vorher (Pkt. 1) erwähnten Umkreise, als auch in den dem Kreise, in welchem der ständige Wohnort dieser Personen sich befindet, angrenzenden Gemeinden, selbst wenn die Abwesenheit vom ständigen Wohnort länger als 6 Monate dauert. Diese Regel findet Anwendung mit den im vorhergehenden Art. 3 angegebenen Beschränkungen \*\*\*).

\*) Dieser Passzwang für die Arbeiter erstreckt sich «nur auf Gegenden, welche durch eine bedeutende Entwicklung der Fabrikthätigkeit sich auszeichnen»; Journal d. vereinigten Departt. d. Gesetze, d. Staatsökonomie u. d. Civil- u. geistl. Angelegenheiten v. J. 1894 № 50 pag. 28—30; «wobei die bezügliche Anordnung für jede einzelne Gegend dem Gouverneur, auf Vorstellung des örtlichen Polizeichefs oder des kompetenten Fabrik-Inspektors, zustehen muss»; Ministeriell bestät. Regeln f. d. Anwend. d. Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine v. 12. Dec. 1894. D. Hrg.

\*\*) Diese vom Minister d. Innern im Einvernehmen mit den Ministern des Krieges, der Finanzen, der Justiz und Marine erlassenen Regeln sind leider in der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. und somit auch in der Livl. Gouv.-Zeit. nicht publicirt worden; sie können nachgelesen werden in der Schenschin'schen Sammlung sub № 338. D. Hrg.

\*\*\*) «Es versteht sich von selbst, dass die zuständige Autorität zur Forderung berechtigt ist, dass Jedermann, im Fall der Nothwendigkeit, seine Identität nachweise, selbst im angegebenen Rayon und sogar am ständigen Wohnort»; Vorstellung d. Minister d. Innern u. d. Finanzen pag. 30—32; Erläuterung d. Minister d. Innern u. d. Finanzen auf die Bemerkungen der Ressorts pag. 11; Journal d. Passkommission pag. 16. D. Hrg.

## § 5.

Die Ertheilung des Aufenthaltsscheines erfolgt nur am ständigen Wohnort des Empfängers, mit Ausnahme des in der Anmerk. zu Art. 10 angegebenen Falles \*).

## § 6.

Der den Aufenthaltsschein ertheilenden Behörde ist es anheimgestellt, bei der Ausreichung desselben sowohl über die Identität des Empfängers sich zu vergewissern, wie über die Richtigkeit der in diesen Aufenthaltsschein eingetragenen Daten. Sind vom Empfänger Dokumente vorgestellt worden, so wird, bei der Rückgabe derselben an ihn, auf denselben ein Vermerk über das Datum der Ertheilung des Aufenthaltsscheines gemacht. Dokumente zur Feststellung des Alters des Empfängers des Aufenthaltsscheines dürfen nicht verlangt werden, mit Ausnahme der Fälle, wenn das Alter, in Grundlage dieses Gesetzes, eine besondere Bedeutung für die Ertheilung des Aufenthaltsscheines hat \*\*).

## § 7.

Zur Ertheilung eines Aufenthaltsscheines wird, ausser anderen, vom Gesetz festgestellten Bedingungen, gefordert, dass die den Aufenthaltsschein empfangende Person der denselben ertheilenden Behörde erklärt, dass sie keinen anderen Aufenthaltsschein besitzt \*\*\*),

## § 8.

Jeder Person wird ein besonderer Aufenthaltsschein ertheilt, mit Ausnahme der unten in den Art. 9 u. 10 angeführten Fälle.

## § 9.

In den Aufenthaltsschein des Empfängers wird seine Frau eingetragen, falls sie bei ihm wohnt.

## § 10.

In die Aufenthaltsscheine der Empfänger beiderlei Geschlechts können, auf deren Ansuchen, nachstehende, bei ihnen lebende Personen eingetragen werden: 1) die Söhne und die männlichen Verwandten, Pflegesöhne und Mündel, sämtliche bis zu ihrem 18. Lebensjahr; 2) die unverheiratheten Töchter, weiblichen Verwandten, Pflegetöchter und Mündel, sämtliche bis zu ihrem 24. Lebensjahr; 3) die Personen, welche

\*) «Was speciell Personen der früher abgabepflichtigen Stände anlangt, so ist die Ertheilung von Aufenthaltsscheinen an dieselben nur zulässig am Ort ihrer Anschreibung, wegen des steuerpflichtigen Charakters der Passdokumente dieser Personen»; Journal d. vereinigten Departt. d. Gesetze, d. Staatsökonomie u. d. Civil- u. geistl. Angelegenheiten v. J. 1894 № 50 pag. 41 u. 42; Vorstell. d. Minister d. Innern u. d. Finanzen pag. 42 ff. Diese Ertheilung bedingt aber «keinenfalls die Verpflichtung des Bittstellers zum persönlichen Erscheinen, sondern der verlangte Schein kann, nach Vorstellung des alten oder der das Recht zum Empfang desselben bescheinigenden Dokumente, an den zeitweiligen Aufenthaltsort des Bittstellers zur Ausreichung an ihn durch die kompetente Ortspolizei gesandt werden, welche die entsprechende Rubrik des Scheines durch die Unterschrift des Empfängers ausfüllt, — bei Schreibensunkunde des Letzteren durch die Angabe seiner Merkmale, — ihm den Schein gegen Quittung ausreicht, und diese der den Schein ertheilenden Behörde übersendet»; Minist. bestät. Reg. f. d. Anwend. d. Ges. üb. d. Aufenthaltsschein v. 12. December 1894. D. Hrsg.

\*\*) «Es ist kein Anlass in kategorischer Form eine Vorschrift für die obligatorische Vorstellung von Dokumenten zum Nachweis der Identität zu erlassen, . . . wenn der Empfänger des Aufenthaltsscheines persönlich der Behörde bekannt ist. . . . Es liegt kein Grund vor, den Empfang des Aufenthaltsscheines auch durch Vermittelung von Bevollmächtigten zu verbieten. . . .»; Journal d. vereinigten Departt. d. Gesetze, d. Staatsökonomie u. d. Civil- u. geistl. Angelegenh. v. J. 1894 № 50 pag. 21 u. 43. D. Hrsg.

\*\*\*) S. R.-R.-G. Abschn. IV Art. 4. D. Hrsg.

ihres hohen Alters oder ihres Gesundheitszustandes wegen fremde Hülfe und Pflege nicht entbehren können.

Die im Pkt. 3 genannten Personen, sowie auch alle übrigen gedachten Personen männlichen Geschlechts, welche das 17. Lebensjahr erreicht haben, und die unverheiratheten Töchter, weiblichen Verwandten und Pflegetöchter, welche das 21. Lebensjahr erreicht haben, werden in den Aufenthaltsschein des Empfängers nicht anders eingetragen, als mit ihrer Zustimmung.

Anmerkung. Die Ertheilung besonderer Aufenthaltsscheine an Personen, welche in einen gemeinsamen eingetragen sind, kann, bei Vorzeigung dieses Letzteren, am zeitweiligen Aufenthaltsorte der in den gemeinsamen Aufenthaltsschein eingetragenen Personen erfolgen.

1. Erläuterung d. b. Depart. d. dir. Steuern niedergesetzten zeitweil. Pass-Commission (Gouv.-Zeitg. 9. August 1895 № 89): «Die Ertheilung besonderer Aufenthaltsscheine an Personen, welche in den gemeinsamen Schein des Familienhauptes eingetragen sind, ist, am zeitweiligen Aufenthaltsorte derselben (Artt. 9 u. 10 u. Anmerk. zu dems.), Obliegenheit der Polizeiverwaltung (in den Residenzen der Bezirksprästaws), unabhängig davon, ob die betreffenden Personen zu den privilegierten Ständen gehören oder zu den Kleinbürgern und Bauern. Die Frist, auf welche die Polizei die gedachten Scheine ertheilt, ist abhängig einerseits von der Zustimmung des Familienhauptes (des Besitzers des gemeinsamen Scheines) und andererseits—insbesondere für Bauern und Kleinbürger—von der Geltungsdauer des gemeinsamen Scheines, wobei Personen männlichen Geschlechts in jedem Fall, welches auch die Frist des gemeinsamen Scheines ist, der besondere Schein auf nicht länger als bis zur Vollendung des 17. Lebensjahres ertheilt wird».

2. Erläuterung d. b. Depart. d. dir. Steuern niedergesetzten zeitweil. Pass-Commission (Gouv.-Zeitg. 21. Februar 1896 № 20): «Wenn in den gemeinsamen Schein des Familienhauptes eingetragene Familienglieder sich fortbegeben, so müssen sie, in den in den Artt. 1 und 3 bestimmten Fällen, besondere Aufenthaltsscheine haben, welche auf die in Gemässh. Art. 11 vom Familienhaupt festgesetzte Frist ertheilt sind».

#### § 11.

Von den im vorhergehenden Art. 10 genannten Personen können die Personen männlichen Geschlechts, welche das 17. Lebensjahr nicht erreicht haben, falls sie nicht im Staatsdienst sich befinden, und Personen weiblichen Geschlechts, welche das 21. Lebensjahr nicht erreicht haben und nicht verheirathet sind, besondere Aufenthaltsscheine nicht anders erhalten, als auf Ansuchen der Eltern oder Vormünder, oder mit Erlaubniss der Curatore, und verheirathete Frauen, ohne Rücksicht auf ihr Alter, — nicht anders, als mit Zustimmung ihrer Männer.

#### § 12.

Militairpflichtigen Personen werden Aufenthaltsscheine, nach Erreichung des 18. Lebensjahres, auf farbigem Papier ertheilt. In diesen Scheinen werden mit Buchstaben angegeben: das Jahr, in welchem der Besitzer des Scheines der Losung unterliegt, und der Name des Einberufungskantons, falls er zu einem solchen angeschrieben ist. In den Aufenthaltsscheinen derjenigen von diesen Personen, welche die Vergünstigung der ersten Kategorie nach ihren Familienverhältnissen erhalten haben, wird ausserdem hierüber ein Vermerk von der den Schein ertheilenden oder der örtlichen Polizeibehörde gemacht, nach Vorstellung der betreffenden Bescheinigung darüber, dass der Besitzer des Aufenthaltsscheines die angegebene Vergünstigung geniesst.

## § 13.

Die den militairpflichtigen Personen ertheilten Aufenthaltsscheine, in welchen von der kompetenten Behörde eine Aufschrift über die Befristung der Militairpflicht nicht gemacht worden ist, behalten ihre Gültigkeit nur bis zum 15. October des Jahres, in welchem diese Personen der Einberufung unterliegen, selbst wenn die Frist ihrer Scheine bis zu diesem Termine nicht abgelaufen ist.

## § 14.

Personen, welche zu einem Einberufungskanton angeschrieben sein müssen, werden Aufenthaltsscheine, nach Eintritt des für diese Anschreibung im Art. 97 Wehrpfl.-Ges. festgesetzten Endtermins\*), nicht anders ertheilt, als nach ihrerseitiger Vorstellung des Zeugnisses über die Anschreibung zum Einberufungskanton.

## § 15.

Im Fall der Umschreibung einer Person, die einen Aufenthaltsschein besitzt, von einem Einberufungskanton zu einem anderen, muss im Aufenthaltsschein ein Vermerk über eine solche Umschreibung von der Behörde gemacht werden, zu deren Einberufungskanton die Person umgeschrieben wird.

## § 16.

Aufenthaltsscheine werden Reservisten und Landwehrleuten I. Kategorie auf farbigem Papier ertheilt und nicht anders, als nach ihrerseitiger Vorstellung der Urlaubs- oder Entlassungsbillete. Auf den den Untermilitairs der Reserve und den Landwehrleuten I. Kategorie ertheilten Scheinen wird mit dicken Buchstaben die entsprechende Aufschrift gemacht: «Untermilitair der Reserve» oder «Landwehrmann erster Kategorie», und in den den Offizieren und Beamten der Reserve ertheilten Scheinen — der Vermerk über ihre Zugehörigkeit zur Reserve, sowie darüber, mit welchem Range sie derselben zugezählt worden sind.

## § 17.

Die Aufenthaltsscheine der Untermilitairs der Reserve unterliegen bei jedem Wohnungswechsel der Letzteren der unverzüglichen Abmerkung bei der Polizei\*\*).

---

\*) Nach der Ausg. d. Ges. üb. d. allg. Wehrpfl. v. J. 1897: Art. 115. Der Endtermin ist der 31. December des Jahres, in welchem sie das 20. Jahr vollenden. D. Hrsg.

\*\*) Für die Meldung der Reserve-Untermilitairs enthält das Gesetz üb. d. allgem. Wehrpflicht die näheren Bestimmungen; nunmehr ändert d. R.-R.-G. 8. Juni 1898 (Reg.-Pat. 29. März 1899 № 10) die Artt. 250, 282, 397 Pkt. 2 u. 398 Wehrpfl.-Ges., Ausg. v. J. 1897, sowie den Art. 518 Strafgesetzb. in einer dem Passgesetz entsprechenden Weise ab. Es lautet hiernach Art. 250: «Bei zeitweiliger Entfernung in den Grenzen des Kreises, in welchen der Reserve-Untermilitair als solcher verzeichnet ist, sowie gleichfalls ausserhalb der Grenzen dieses Kreises: a) auf eine Entfernung bis zu 50 Werst von seinem ständigen Wohnort und b) auf eine grössere Entfernung in den Grenzen des Reichs, jedoch nur auf eine Frist bis zu 14 Tagen, — wird eine Meldung von Seiten des Abwesenden nicht verlangt, doch ist er verpflichtet, im Fall der Einberufung zum aktiven Dienst, zu dem im Billet angegebenen Termin auf dem Sammelplatz zu erscheinen, zur Lehrübung jedoch — rechtzeitig. Bei einer Entfernung ausserhalb der Grenzen des Kreises, in welchem der Reserve-Untermilitair als solcher verzeichnet ist, über die angegebene Entfernung hinaus, oder auf eine Frist über 14 Tage, sowie gleichfalls bei jeder Entfernung über die Grenze des Reichs, gleichwie bei jeder Rückkehr von solchen Reisen, wird die in den Artt. 247 u. 249 hinsichtlich der Aenderung des ständigen Wohnorts angegebene Ordnung beobachtet». Art. 282: «Reserve-Untermilitairs, welche derart zeitweilig abwesend sind, dass sie hierüber, gemäss Art. 250, eine Meldung erstatten müssen, sind verpflichtet, nach Bekanntmachung der Einberufung, auf dem Sammelplatz des Kreises zu erscheinen, in dessen Rayon sie zeitweilig sich aufhalten». — Die weiteren Bestimmungen gehören nicht hierher. D. Hrsg.



## § 18.

Personen, welche einen bestimmten Lebensberuf zu erwählen verpflichtet sind, erhalten von der Polizei für die Zeit, als die Verhandlung über ihre Zuschreibung zum Stande der Stadt- oder Landbewohner dauert, Zeugnisse auf eine Frist bis zu einem Jahr.

## § 19.

Bezieht sich auf innerrussische Bauerverhältnisse.

## § 20.

Personen, die wegen Bettelns zur Sesshaftmachung fortgeschickt worden sind, werden Aufenthaltsscheine nicht vor Ablauf von 2 Jahren vom Zeitpunkt ihrer Aussendung ertheilt. Im Laufe dieser Frist können ihnen von der Ortspolizei, jedoch nur aus besonders berücksichtigenswerthen Gründen, zahlungsfreie Zeugnisse zur Entfernung auf eine Zeit bis zu 2 Wochen ertheilt werden. In diesen Zeugnissen muss der Ort, wohin sie sich begeben, genau angegeben werden.

## § 21.

Personen, die auf Grund gerichtlicher Urtheile, gemäss Artt. 48, 49 u. 51 Strafgesetzb., unter Aufsicht der Polizei oder der Gemeinden stehen, werden Aufenthaltsscheine nicht anders ertheilt, als mit Genehmigung der Polizei oder Gemeinde, unter deren Aufsicht sie sich befinden. In den diesen Personen ertheilten Scheinen wird ein Vermerk über ihre Verurtheilung gemacht, unter Angabe des hauptsächlichsten Inhalts des gerichtlichen Urtheils, sowie der Instanz, welche dasselbe gefällt hat, und, ausserdem, folgende Aufschrift: «Der Inhaber dieses Scheines ist, in Grundl. der Anmerk. zu Art. 51 Strafgesetzb., nicht berechtigt zu wohnen oder sich aufzuhalten: 1) in den Residenzen und den Residenz-Gouvernements; 2) in den Gouvernementsstädten, ihren Kreisen und allen Ortschaften, die von den Gouvernementsstädten näher als 25 Werst sind; diese Beschränkung findet jedoch keine Anwendung auf Personen, welche zu den Gemeinden in diesen Kreisen und Ortschaften (mit Ausnahme der Gouvernementsstadt) verzeichnet sind; 3) in allen Festungen und Ortschaften, welche von den Festungen näher als 25 Werst sind, und 4) in den Städten und Ortschaften, in welchen zufolge besonderer Allerhöchster Befehle den unter Aufsicht Stehenden die Niederlassung nicht gestattet ist».

## § 22.

Die im Art. 21 erwähnten Aufschriften verbleiben auf den Aufenthaltsscheinen für die Zeit, als ihre Besitzer unter der Aufsicht der Polizei oder der Gemeinden stehen. Nach Endigung der Aufsicht werden diese Scheine durch neue ohne den Vermerk über die Verurtheilung ersetzt, falls über das Fortlassen solcher Vermerke eine Entscheidung der Gouvernements-Obrigkeit erfolgt \*).

---

\*) Auf Grund der durch gegenwärtiges Gesetz theilweise ersetzten Artt. 103, 119 u. 143 Pass- u. Läuflings-Ordn. (Ausg. v. J. 1890) erhielten die mit Ehrenverlust Bestraften einen Pass, welcher ein besonderes Zeichen aus rother Farbe trug (vulgär «Wolfspass» genannt); dieses Zeichen konnte nur durch Monarchische Gnade vom Pass entfernt werden. Nunmehr «steht nichts dem im Wege, dass nach Endigung der Aufsicht den Betreffenden die Möglichkeit gegeben wird, Aufenthaltsscheine ohne den Vermerk über die Verurtheilung zu erhalten, wenn sie nach ihrer Führung dieser Vergünstigung sich würdig erwiesen haben»; Journal d. vereinigten Departt. d. Gesetze, d. Staatsökonomie u. d. Civil- u. geistl. Angelegenh. v. J. 1894 № 50 pag. 45—47.  
D. Hrsg.

## § 23.

Abgenutzte, korrigirte, mit Streichungen versehene oder sonst beschädigte Aufenthaltsscheine können, auf Wunsch der Besitzer sowie auf Verlangen der Polizei, durch neue ersetzt werden.

## § 24.

Falls der Aufenthaltsschein verloren oder vernichtet ist, steht es dem Besitzer desselben frei, hierüber der Ortspolizei Anzeige zu machen, welche ihm ausreicht: 1) eine Bescheinigung über die erstattete Anzeige, um von der Behörde, welche den verlorenen Schein erteilt hat, einen neuen zu erhalten, und 2) ein Zeugniß auf eine Frist bis zu 6 Monaten, welches, für den Lauf dieser Frist, den verlorenen Aufenthaltsschein ersetzt \*).

Erläuterung d. b. Depart. d. dir. Steuern niedergesetzten zeitweil. Pass-Commission (Gouv.-Zeitg. 9. August 1895 № 89): «Durch den Art. 24, welcher den Art. 29 Pass-Ordn. ersetzt, ist eine obligatorische Publikation über den Verlust eines Aufenthaltscheines nicht angeordnet worden».

## § 25.

Der Aufenthaltsschein eines Verstorbenen wird der Ortspolizei vorgestellt. Diese macht auf dem Schein einen Vermerk über den Tod des Besitzers und übersendet ihn der Behörde, welche ihn erteilte, falls der Schein nicht zum Nachweis irgend welcher Rechte erforderlich ist. In diesem Fall wird der Schein der Person ausgereicht, welche um seine Rückgabe nachsuchte, und die Behörde, welche den Schein erteilt hat, wird vom Tode des Besitzers benachrichtigt. Personen, welche in die Scheine anderer Personen eingetragen sind (Artt. 9 u. 10), werden, im Fall des Todes der Letzteren, von der Polizei Zeugnisse auf eine Frist bis zu 6 Monaten erteilt, behufs Empfanges eines Aufenthaltsscheines \*\*).

## § 26.

Stellt es sich heraus, dass eine Person ohne den vorgeschriebenen Aufenthaltsschein sich entfernt hat, oder dort, wo ein solcher verlangt wird, lebt, oder aber mit einem abgelaufenen oder ungültigen lebt, so erteilt ihr die Polizei, falls diese Person ihre Identität nachweist, ein Zeugniß auf eine so lange Frist, als zum Empfang eines Aufenthaltsscheines ausreichend ist, und in jedem Fall auf nicht länger, als auf 6 Monate \*\*\*).

## § 27.

Ist die Frist des in Grundlage Art. 26 erteilten Zeugnisses abgelaufen, so wird der Besitzer des Zeugnisses von der Polizei mit einer besonderen Bescheinigung versehen, mit welcher er binnen 7 Tagen an seinen ständigen Wohnort sich begeben muss.

## § 28.

Die Person, welche in der im Art. 27 angegebenen Frist an ihren ständigen Wohnort sich nicht begeben hat, wird auf polizeilichem Wege an denselben befördert. Diese

\*) Diese Zeugnisse, ebenso wie die in den ff. Artt. 25 u. 26 erwähnten, sind stempelfrei gemäss R.-R.-G. 7. April 1897 Abschn. I (s. unten zu Artt. 66—71). D. Hrsg.

\*\*) S. Anmerk. \* zu Art. 24. D. Hrsg.

\*\*\*) «Selbstverständlich bleiben Art. 61 Fr.-R.-Strafgesetzb. und Art. 1220 Crim.-Pr.-O. auch in diesem Fall in Kraft»; Erklärung d. früheren Justizministers № 24427 pag. 15. — S. Anmerk. \* zu Art. 24. D. Hrsg.

Beförderung geschieht, entsprechend dem Beruf oder Stande des zu Befördernden, in Grundlage einer besonderen, vom Minister des Innern bestätigten Instruktion.

Anmerkung. Bezieht sich auf St. Petersburg.

### § 29.

Die im Art. 26 aufgestellte Regel erstreckt sich nicht auf Personen, welche, in Kraft eines über sie gefällten gerichtlichen Urtheils, unter Aufsicht der Polizei und Gemeinden sich befinden, sowie auf die wegen Bettelns zur Sesshaftmachung Fortgeschickten. Sowohl wenn diese Personen keinen Aufenthaltsschein haben, falls ein solcher gefordert wird, als auch in dem Fall, wenn dieselben mit einem Aufenthaltsschein, aber in Gegenden, wo sie kein Recht zu leben haben, betroffen werden, — so werden sie auf polizeilichem Wege an ihren ständigen Wohnort befördert, an dem sie auch in Grundlage Artt. 61 oder 63 Fr.-R.-Strafgesetzb. zur Verantwortung gezogen werden \*).

### § 30.

Auf Personen, die keine Aufenthaltsscheine haben, gelangen, falls diese ihre Identität nicht darthun, in den entsprechenden Fällen die in dieser Hinsicht geltenden Vorschriften zur Anwendung \*\*).

### § 31.

Beschwerden über Handlungen und Verfügungen in Sachen der Aufenthaltsscheine werden angebracht: 1) über die Polizeibehörden, sowie über die Kleinbürger- und Handwerker-Verwaltungen und die dieselben ersetzenden Institutionen, — bei den Gouverneuren und Stadthauptleuten, je nach der Hingehörigkeit, und werden von denselben persönlich entschieden; 2) über die Gemeinde- und Dorfältesten — bei den Landhauptleuten, Friedensvermittlern, Kreisbehörden f. B.-S., Beamten oder Commissaren f. B.-S. oder den diese ersetzenden Beamten, je nach der Zuständigkeit.

### § 32.

Gesuche, Beschwerden und andere Papiere in Sachen der Aufenthaltsscheine sind von der Stempelsteuer befreit.

R.-R.-G. 2. Januar 1897 betr. Abänderung d. Gesetzesbestimmungen üb. d. Aufenthaltsscheine (Reg.-Pat. 3. December 1897 № 65): «... II. In Abänderung und Ergänzung der bezüglichen Artt. d. Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine festzusetzen:

- 1) Der Frau eines Verschollenen oder eines Geisteskranken kann der Aufenthaltsschein ertheilt werden auf Verfügen des nach ihrem beständigen Wohnort kompetenten Gouverneurs, Stadthauptmanns oder Oberpolizeimeisters, nach Bescheinigung des thatsächlichen Sachverhalts. Diese Scheine werden von den hiezu vom Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine autorisirten Institutionen ertheilt und auf die durch dieses Gesetz angeordneten Fristen. Fallen die

---

\*) S. R.-R.-G. Abschn. IV Art. 5.

D. Hrsg.

\*\*) «Es ist wünschenswerth, dass die Gesetze über die Verfolgung der Läufer und Vagabunden einer Durchsicht unterzogen werden zum Zweck ihrer vollkommensten Anpassung an das thatsächliche Bedürfniss und an die Principien der neuen Bestimmungen über das Recht der Freizügigkeit. . . . Bis zur Durchsicht der bezüglichen Gesetzesbestimmungen jedoch müssen dieselben auch hinkünftig auf die passlosen Personen mit denjenigen Erleichterungen angewendet werden, welche das Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine in dieser Hinsicht statuirt»; Journal d. vereinigten Departt. d. Gesetze, d. Staatsökonomie u. d. Civil- u. geistl. Angelegenh. v. J. 1894 № 50 pag. 63. — «Auf die obenerwähnten Personen sind genau anzuwenden die Art. 950 Strafgesetzb., Artt. 16 nebst Anmerk., 202 u. 209 Crim.-Pr.-Ordn»; Minist. bestät. Regeln f. d. Anwend. d. Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine v. 12. December 1894.

D. Hrsg.

Voraussetzungen fort, welche zur Ertheilung des Scheines auf den in diesem Art. angegebenen Grundlagen führten, so verliert die hierüber ergangene Verfügung des Gouverneurs, Stadthauptmanns oder Oberpolizeimeisters, je nach der Zuständigkeit, ihre Gültigkeit.

- 3) In Ansiedelungen, die nicht zu einer Gemeinde gehören und besondere ländliche Gemeinwesen bilden, werden den Landbewohnern Aufenthalts-scheine von dem Aeltesten ertheilt, falls jedoch eine Gemeindeverwaltung nicht vorhanden ist, — von der Ortpolizei \*).

## II. Hauptstück.

Von den Aufenthaltsscheinen für Edelleute, Beamte, Geistliche, Ehrenbürger, Kaufleute und Exempte.

### § 33.

Als Aufenthaltsscheine für nicht im Dienst befindliche Edelleute, aus dem Staatsdienst entlassene Personen, Offiziere und Beamte der Reserve, Ehrenbürger, Kaufleute und Exempte, dienen unbefristete Passbüchlein, ertheilt nach hier beigefügten Form \*\*).

### § 34.

Passbüchlein werden ertheilt: 1) den nicht im Dienst befindlichen Edelleuten: a) den nicht in die Geschlechtsbücher eingetragen — von den Polizeiverwaltungen, und in den Residenzen — von den betreffenden Bezirkspristaw's; b) den in die Geschlechtsbücher eingetragenen, — auf Wunsch dieser Personen, entweder von den betreffenden Deputirten-Versammlungen, oder von den erwähnten Polizei-Institutionen; 2) den aus dem Staatsdienst entlassenen Personen, — auf ihren Wunsch, von ihrer letzten Dienstbehörde oder von den genannten Polizei-Institutionen, und 3) den Ehrenbürgern, Kaufleuten und Exempten — von den gedachten Polizei-Institutionen.

Anmerkung. In Ortschaften, an denen keine Polizeiverwaltungen sich befinden, werden die in diesem Art. 34 gedachten Obliegenheiten derselben von den betreffenden Beamten der Ortpolizei wahrgenommen, gemäss Anweisung der Minister des Innern und des Krieges, je nach der Zuständigkeit \*\*\*).

\*) In Livland erstreckt sich diese Bestimmung auf die deutsche Colonie Hirschenhof im Wendenschen Kreise.

D. Hrsg.

\*\*) Die Herausnahme eines Passbüchleins ist nicht unbedingt obligatorisch. S. das oben zu Abschn. X d. R.-R.-G. 3. Juni 1894 wiedergegebene R.-R.-G. 18. November 1896 Art. 1. — Die Form der im Art. 33 erwähnten Passbüchlein ist abgeändert worden durch R.-R.-G. 20. April 1898 ü. d. Abänderung d. Form d. Passdokumente (Reg.-Pat. 30. October 1898 № 39) Abschn. I. — «Die im Art. 33 erwähnten unbefristeten Passbüchlein werden beim Vorhandensein der in den Artt. 11, 12 u. 16 gedachten Bedingungen im Fall des Erfordernisses in befristete umgewandelt»; Minist. bestät. Regeln f. d. Anwendung d. Ges. ü. d. Aufenthaltsscheine v. 12. December 1894.

D. Hrsg.

\*\*\*). «... In den ausseretatmässigen Städten, Flecken, Ortschaften, Fabriken und Ansiedelungen liegt die Verpflichtung zur Ertheilung von Aufenthaltsscheinen ob. .... den daselbst befindlichen Polizeipristaws und Polizeiaufsehern»; Minist. bestät. Regeln f. d. Anwendung d.

R.-R.G. 18. November 1896 (Reg.-Pat. 28. April 1897 № 9): «Der Reichsrath hat.....für gut erachtet:

---

2) Passbüchlein werden den Kaufleuten von den Polizeiverwaltungen oder den Kaufmannsämtern, oder den dieselben ersetzenden Institutionen, ertheilt\*).

### § 35.

Im Civildienst befindliche Personen, Civilbeamte des Kriegs- und Marine-Ressorts, gleichwie die Geistlichkeit aller Bekenntnisse, mit Ausnahme des römisch-katholischen, erhalten, zur Legitimation der Persönlichkeit, unbefristete Passbüchlein nach der festgesetzten Form (Art. 33) von der Dienstbehörde, oder von den kompetenten geistlichen Autoritäten, je nach der Zuständigkeit. Hinsichtlich der Entfernung aller dieser Personen werden die Vorschriften beobachtet, welche in der Staatsdienst-Ordnung, den Reglements der geistlichen Consistorien und der geistlichen Angelegenheiten der fremden Confessionen, sowie in anderen Gesetzesbestimmungen, je nach der Hingehörigkeit, enthalten sind.

Erläuterung d. b. Depart. d. dir. Steuern niedergesetzten zeitweil. Pass-Commission (Gouv.-Zeitg. 9. August 1895 № 89): «Die Frage, ob der Art. 35 auch auf Personen sich erstreckt, die im städtischen und landschaftlichen Wahldienst sich befinden, wurde von der Commission im verneinenden Sinne entschieden».

### § 36.

Die Frauen der in den Artt. 33 u. 35 gedachten Personen, sowie der im aktiven Kriegs- und Seedienst stehenden Offiziere, und nachstehende Familienglieder dieser und der anderen Personen: 1) die das 21. Lebensjahr nicht erreicht habenden — unverheiratheten Töchter, weiblichen Verwandten, Pflögetöchter und Mündel; 2) die das 17. Lebensjahr nicht erreicht habenden — Söhne, männlichen Verwandten, Pflegesöhne und Mündel, — erhalten Passbüchlein, nach der festgesetzten Form, auf eine vom Haupt der Familie bestimmte Zeitdauer. Die Wittwen der in den Artt. 33 und 35 erwähnten Personen, sowie der im aktiven Kriegs- und Seedienst stehenden Offiziere, und die volljährigen unverheiratheten Töchter, weiblichen Verwandten und Pflögetöchter erhalten unbefristete Passbüchlein. Ertheilt werden befristete und unbefristete Passbüchlein, je nach der Hingehörigkeit: a) den Familiengliedern der Offiziere — von der Dienstbehörde der Letzteren, und b) den Familiengliedern aller übrigen Personen — von den Institutionen, welche diese Büchlein dem Haupt der Familie ertheilten.

### § 37.

Personen des Kaufmannstandes haben, sowohl beim erstmaligen Empfange der Aufenthaltsscheine, wie auch jährlich nicht später als am 15. Februar, der Polizei\*\*), behufs Eintragung in das Passbüchlein, die Daten über ihre Zugehörigkeit zum kaufmännischen Stande vorzustellen: 1) Kaufleute 1. und 2. Gilde, sowie die in ihre Zeugnisse aufgenommenen weiblichen Personen und die das 17. Lebensjahr nicht erreicht habenden männlichen Personen, — die kaufmännischen Zeugnisse oder in gehöriger Ordnung

---

Ges. üb. d. Aufenthaltsscheine v. 12. December 1894. — Sinnemäss, im Interesse der freien Bewegung der Bevölkerung, — gilt diese Erläuterung auch für den Art. 2 R.-R.-G. 18. November 1896, so dass also Kaufleute an Orten ohne eine Polizeiverwaltung ihre Aufenthaltsscheine vom örtlichen Polizeipräsidenten oder -Aufseher erhalten können.

\*) S. Anmerk.\*\*\* zu Art. 34.

\*\*) S. die Ergänzung zu Art. 34.

D. Hrsg.

D. Hrsg.

D. Hrsg.

beglaubigte Copien derselben, und 2) männliche Personen, die im kaufmännischen Zeugnis des Familienhauptes eingetragen sind und das 17. Lebensjahr erreicht haben, — besondere Zeugnisse über die Zugehörigkeit zur Kaufmannsfamilie. Wittwen und Töchter von Kaufleuten, welche in der Familie geblieben sind ohne männliche Personen und, in Grundl. Art. 302 Regl. d. direkten Steuern, den kaufmännischen Stand beibehalten haben, sind zur Vorstellung der Bescheinigung über die Zugehörigkeit zum Kaufmannsstande nur beim erstmaligen Empfange des Passbüchleins verpflichtet.

Erläuterung d. b. Depart. d. dir. Steuern niedergesetzten zeitweil. Pass-Commission (Gouv.-Zeitg. 5. Mai 1899 № 47): «..... Mit dem Beginn dieses Jahres ist das Ges. üb. d. Reichsgewerbsteuer in Wirksamkeit getreten, auf Grund dessen die kaufmännischen Gildenzeugnisse durch die kaufmännischen Standeszeugnisse ersetzt worden sind; von besonderen Zeugnissen über die Zugehörigkeit zum kaufmännischen Beruf, .... ist jedoch im angeführten Gesetz überhaupt keine Rede \*). ... In Erwägung, dass .... die besonderen Zeugnisse über die Zugehörigkeit zum kaufmännischen Beruf .... durch das Inkrafttreten des Ges. üb. d. Reichsgewerbsteuer als aufgehoben erachtet werden müssen, — verfügte die Commission ihrerseits, zu erläutern, dass gegenwärtig Personen des Kaufmannstandes, wess Geschlechts und Alters sie auch sein mögen, verpflichtet sind, sowohl beim erstmaligen Empfange eines unbefristeten Passbüchleins, wie auch bei der jährlichen Vorweisung dieser Büchlein zur Abmerkung über die Zugehörigkeit zur Corporation der Kaufleute, der Polizei oder den Kaufmannsämlern die im Pkt. 2 Abschn. IV d. Allerh. am 8. Juni 1898 bestät. R.-R.-G. angeordneten kaufmännischen Standeszeugnisse, in welche die bezeichneten Personen eingetragen sind, oder in gehöriger Ordnung beglaubigte Copien derselben, oder endlich, Bescheinigungen der Kaufmannsämler darüber, dass sie in festgesetzter Ordnung zur Kaufmannschaft bezeichnet sind und fortgesetzt zu derselben gehören, vorzuweisen».

### § 38.

Aenderungen, die in dem dienstlichen, gesellschaftlichen oder Familienverhältnisse des Besitzers des Passbüchleins, sowie derjenigen Personen, welche in dem demselben erteilten Büchlein eingetragen sich finden, vorgekommen sind, können im Büchlein, auf Ansuchen des Besitzers desselben, von der Behörde abgemerkt werden, welche das Büchlein erteilte, oder von der Ortspolizei, nach Vorstellung der die vorgefallene Aenderung nachweisenden Dokumente.

## III. Hauptstück.

Von den Aufenthaltsscheinen für Kleinbürger, Handwerker und Bauern.

### § 39.

Als Aufenthaltsscheine für Kleinbürger, Handwerker und Bauern gelten: 1) Passbüchlein; 2) Pässe; .....

Anmerkung. Bezieht sich auf den Osten und Südosten des Reichs.

R.-R.-G. 7. April 1897 betr. d. Aufhebung d. zum Besten der Krone v. d. Aufenthaltsscheinen zu erhebenden Steuern (Reg.-Pat. 4. Juni 1897 № 23) Abschn. II. «Die

---

\*) Im Art. 37 Passges. ist die Rede von Zeugnissen über die Zugehörigkeit zur Kaufmannsfamilie. Das Departement d. dir. Steuern nimmt im gegebenen Falle Beruf als identisch mit Familie.

durch das Gesetz üb. d. Aufenthaltsscheine angeordneten Viertel- und Halbjahrspässe und die zahlungsfreien Billets, sowie die in Grundl. der Beil. zu Art. 39 (Anmerk.) des angeführten Ges. auszureichenden monatlichen und zweimonatlichen stempelpflichtigen Billets und die halbjährlichen Plakatpässe — abzuschaffen».

#### § 40.

Die erwähnten Scheine werden ertheilt: 1) Kleinbürgern und Handwerkern — von den Kleinbürger- und Handwerker-Aemtern, wo solche jedoch nicht bestehen, — von den Institutionen, welche die Obliegenheiten derselben wahrnehmen, und 2) den Bauern — von den Gemeinde-Aeltesten.

### 1. Abtheilung. Von den Passbüchlein.

#### § 41.

Passbüchlein werden nach der hier beigelegten Form auf 5 Jahre ertheilt \*). Aenderungen, welche in den Familienverhältnissen des Besitzers des Passbüchleins sowie derjenigen Personen, welche in dem demselben ertheilten Büchlein eingetragen sich finden, vorgekommen sind, werden im Büchlein von der Behörde abgemerkt, welche dasselbe ertheilte, oder von der Ortpolizei, nach, wenn nöthig, erfolgter Vorstellung der die vorgefallene Aenderung nachweisenden Dokumente. Bei der Umschreibung des Besitzers des Passbüchleins von einer Gemeinde zu einer anderen, wird das Büchlein durch ein neues ersetzt.

#### § 42.

Passbüchlein werden nicht ertheilt: 1) Personen, welchen von Gerichtswegen alle besonderen, persönlich und dem Stande nach zugeeigneten Rechte und Vorzüge, oder einige besondere Rechte und Vorzüge entzogen worden sind; 2) den, kraft gerichtlichen Urtheils, unter besonderer Aufsicht der Polizei oder Gemeinde Stehenden; 3) den keine Mittel zum Leben besitzenden Krüppeln und anderen Personen, welche durch Arbeit ihren Unterhalt sich nicht erwerben können, und 4) denjenigen Zigeunern, welche keinen Wohnort haben.

#### § 43.

Kleinbürgern und Handwerkern, welche Gemeinde-Abgaben schuldig sind, werden Passbüchlein nicht anders ertheilt, als mit Einwilligung ihrer Gemeinden \*\*).

#### § 44.

Bauern, welche diejenigen Reichs-, Landes- und Gemeinde-Abgaben schuldig sind, deren Einfließen durch die solidarische Haft der betreffenden Landgemeinde sichergestellt ist, können Passbüchlein nur mit Einwilligung der Gemeinde, zu welcher sie angeschrieben sind, erhalten \*\*\*).

\*) Die Form dieser Passbüchlein ist abgeändert worden durch R.-R.-G. 20. April 1898 üb. d. Abänderung der Form d. Passdokumente (Reg.-Pat. 30. October 1898 № 39) Abschn. I.

\*\*) S. Anmerk. \*\*\* zu Art. 44.

D. Hrsg.

\*\*\*) «In der anfänglichen Redaktion der in den Art. 44 aufgenommenen Bestimmung war ausgesprochen, dass die Passbüchlein nicht anders als mit Einwilligung der Gemeinde denjenigen Kleinbürgern, Handwerkern und Bauern ertheilt werden, welche Reichs-, Landes- und Gemeinde-Abgaben schuldig sind. Diese Vorschrift konnte in dem Sinne verstanden werden, dass ausnahmslos Rückstände hinsichtlich aller gedachten Steuern die Ausreichung des Passbüchleins ohne Einwilligung der Gemeinde hindern müssen. Indessen hat die Regierung, indem sie im vorliegenden Fall für den Schutz der Steuerinteressen speciell der Gemeinde Sorge trägt, im Auge,

## § 45.

Bei der Ausreichung des Passbüchleins vermerkt die dasselbe ertheilende Behörde (Art. 40) im Büchlein den Jahresbetrag der in den Artt. 43 u. 44 angegebenen Abgaben, welche nach der letzten Repartition von der das Büchlein empfangenden Person zu entrichten sind. Wenn die Summe der vom Abwesenden für die Zeit der Benutzung des Büchleins entrichteten Steuern als nicht entsprechend der Summe der thatsächlich von ihm laut Repartition für die angegebene Zeit zu entrichtenden Zahlungen sich erweist, so werden, nach Ablauf der Zeit, für welche das Büchlein ertheilt wurde, sowie im Fall der Besitzer desselben zu seiner Benutzung nicht mehr berechtigt ist, — die nicht entrichteten Summen von ihm an die Gemeinde gezahlt, und die mehr bezahlten Beträge auf die von ihm, laut Repartition der Gemeinde, in Zukunft zu entrichtenden Zahlungen in Anrechnung gebracht.

Anmerkung. Die Ordnung für die Vermerkung der von den Besitzern der Passbüchlein zu entrichtenden Steuern in diesen Büchlein, sowie für die Eintragung der Vermerke über die Entrichtung dieser Steuern in dieselben (Artt. 49, 50 u. 53)

---

die pünktliche Entrichtung nur derjenigen Steuern seitens der Abwesenden zu sichern, hinsichtlich deren die Gemeinde solidarisch haftet. Es dürfen deshalb Rückstände hinsichtlich aller übrigen, auf den Personen der früher abgabepflichtigen Stände ruhenden Steuern auch fernerhin nicht zum Anlass dienen, denselben die Entfernung auf Passdokumente zu verbieten. Ausserdem wurde in Betracht gezogen, dass in Grundlage des bestehenden Gesetzes (Allg. B.-V. Art. 187) nur für die Landgemeinden die solidarische Haft hinsichtlich der Reichs-, Landes- und Gemeinde-Abgaben besteht. In den Kleinbürger- und Handwerkergemeinden hingegen werden durch eine derartige Verhaftung nur die zur Befriedigung der speciellen Bedürfnisse dieser Gemeinden verwandten Gemeindeabgaben sichergestellt (Stände-R. Art. 672 Anmerk. 2, Forts. v. J. 1890), während die Reichs- und Landes-Prästanzen nicht auf der ganzen Gemeinde, sondern dem Vermögen ihrer einzelnen Glieder ruhen. In Anbetracht dieses dürfen die Rückstände hinsichtlich der angegebenen Prästanzen nicht als Hinderungsgrund dafür dienen, dass Kleinbürger und Handwerker mit Einwilligung der Gemeinde Passbüchlein erhalten. Im Zusammenhang hiemit wurde dem Gedanken Ausdruck gegeben — ob es nicht möglich wäre, die gleiche Schlussfolgerung auch hinsichtlich der Rückstände der erwähnten Personen an Gemeindeabgaben gelten zu lassen oder, mit anderen Worten, die Entfernung der Kleinbürger und Handwerker auf Passdokumente vollständig unabhängig von der Gemeinde zu gestatten. In dieser Beziehung wurde bemerkt, dass die pünktliche Entrichtung der Gemeindeabgaben von sehr grosser Bedeutung für die Kleinbürger- und Handwerkergemeinden ist. Von diesen Abgaben wird, beispielsweise, das Armenwesen der Gemeinde bestritten, die Kurkosten für die erkrankten Gemeindeglieder in den am Orte ihres zeitweiligen Aufenthalts befindlichen Hospitälern u. dergl. Stände somit den Gemeindegliedern frei, ohne Rücksicht auf die sie belastenden Rückstände an den erwähnten Steuern auf Passbüchlein sich zu entfernen, so wäre den Gemeinden nicht selten die Befriedigung ihrer zahlreichen Gemeindebedürfnisse erschwert, und das um so mehr, als gegenwärtig diese Bedürfnisse nicht wie früher (bis zur Einführung der Städte-Ordn.), aus den allgemeinen städtischen Mitteln gedeckt werden. In Erwägung des Angeführten wurde bestimmt, dass Passbüchlein an Kleinbürger und Handwerker, welche Gemeindeabgaben schuldig sind, nicht anders ertheilt werden, als mit Einwilligung der betreffenden Gemeinde; Journal d. vereinigten Departt. d. Gesetze, d. Staatsökonomie u. d. Civil- u. geistl. Angelegenh. v. J. 1894 № 50 pag. 48 u. 49; vergl. auch l. c. pag. 23 u. 24.—Derart sind die Bauern gegenüber den Kleinbürgern und Handwerkern bevorzugt bei der Ertheilung eines Passbüchleins. Die Minister des Innern und der Finanzen, sowie die Passkommission hatten — mit Recht — den Grundsatz aufgestellt, «dass die Ertheilung von Passbüchlein an Personen der früher abgabepflichtigen Stände nicht anders erfolge, als wenn dieselben die auf sie entfallenden Steuern mit grosser Pünktlichkeit entrichtet haben, oder aber, im anderen Falle, mit Einwilligung der betreffenden Gemeinde; Vorstellung d. Minister d. Innern u. d. Finanzen pag. 45. «Bei Gestattung einer ungehinderten Abwesenheit auf eine längere Zeit würden die Gemeinden, zweifellos, nicht selten in eine schwierige Lage gerathen bei der Beitreibung der von den Abwesenden zu entrichtenden Rückstände und Steuern und, jedenfalls, wären ihre Befugnisse in dieser Hinsicht eingeengt, was mit den Bestimmungen über die solidarische Haft nicht im Einklang steht»; l. c. pag. 53 u. 54; Journal d. Passkommission pag. 30 u. 31.

D. Hrsgr.



werden vom Finanzminister, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, bestimmt \*).

#### § 46.

Der Besitzer eines Passbüchleins ist verpflichtet, jährlich, nicht später als am 31. December, den im Büchlein vermerkten Betrag der jährlichen Steuern zu entrichten.

#### § 47.

Kleinbürger und Handwerker entrichten den auf sie fallenden Steuerbetrag (Art. 43) ausschliesslich bei den nach dem Orte ihrer Anschreibung kompetenten Gemeinde-Behörden \*\*).

#### § 48.

Bauern entrichten die auf sie entfallenden Steuern (Art. 44), nach ihrem Belieben, entweder bei der nach dem Orte ihrer Anschreibung kompetenten Behörde oder bei der Rentei, welche am zeitweiligen Aufenthaltsorte des Besitzers des Passbüchleins sich befindet \*\*\*).

---

\*) Die vom Finanzminister am 10. December 1894 bestätigten «Regeln üb. d. Ordnung des Empfanges, der Verrechnung und wohin gehörigen Uebersendung der v. d. Bauern, Kleinbürgern u. Handwerkern zur Tilgung der von ihnen laut Passbüchlein zu entrichtenden Steuern, gemachten Zahlungen», — weder in der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg., noch in der Gouv.-Zeit. publicirt, — sind am 31. December 1894 sub № 9516 vom Gouverneur den Commisarsen f. B.-S. zur weiteren Bekanntgebung an die Gemeindeverwaltungen zugefertigt worden (Schenschin 338). Aus diesen auch für die Canzelleiordnung der betreffenden Behörden wichtigen Regeln seien hier nur nachstehende Artt. angeführt: **1.** Bauern, Kleinbürger und Handwerker, welche die auf sie repartirten Steuern durch die Post an ihren Anschreibungsort senden, haben, bei Beobachtung der unten im Art. 2 angeführten Bedingungen, das Recht auf die Bescheinigung über die Entrichtung dieser Steuern im Passbüchlein. **2.** Der Absender des Geldbriefes, welcher in seinem Passbüchlein die im Art. 1 gedachte Bescheinigung zu haben wünscht, ist verpflichtet: a) in den auf den Namen der betreffenden Gemeindebehörde (Gemeindeverwaltung, Kleinbürger- und Handwerkeramt u. dergl.) adressirten Brief eine Summe hineinzulegen, welche zur Deckung der auf ihn repartirten Steuern für mindestens ein halbes Jahr hinreicht; b) aus seinem Passbüchlein sovielle Zahlblättchen (Seiten 11—30 d. Passbüchl.) herauszureissen und in den Brief hineinzulegen, für wieviele Halbjahre er die Steuern übersendet, und c) bei der Abgabe des gedachten Briefes dem die Geldkorrespondenz empfangenden Beamten sein Passbüchlein vorweisen. **3.** Nach Empfangnahme des im Art. 2 erwähnten Geldbriefes vergewissert der die Geldkorrespondenz empfangende Beamte sich darüber, dass die übersandte Summe nicht geringer als die auf den in den Brief hineingelegten Zahlblättchen angegebene ist, und versieht, zur Bescheinigung des Empfanges der Steuern, die betreffende Stelle des Passbüchleins (S. 9 u. 10 dess.) mit soviel Stempeln, als Blättchen in den Brief gelegt sind, worauf er das Passbüchlein zugleich mit der Postquittung dem Absender zurückgibt. **4.** Den auf Passbüchlein lebenden Bauern ist es gestattet, die in diesem Büchlein angegebenen Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern in die an ihrem zeitweiligen Aufenthaltsorte befindliche Rentei oder Ausgabe- und Einnahme-Kasse des Finanzministeriums einzuzahlen. **5.** Die Steuern nach den Passbüchlein werden von den Renteien bei besonderen Anzeigen entgegengenommen, . . . . Anmerkung. Die Blaqueette für die Anzeigen werden von den Renteien nach der beigefügten Form hergestellt. **7.** Den Empfang der Steuern nach dem Passbüchlein bescheinigt die Rentei, ausser durch die Ausreichung einer Quittung, dadurch: a) dass sie dieses Büchlein an der betreffenden Stelle (S. 9 u. 10 dess.) mit soviel Stempeln versieht, für wieviele Halbjahre die Steuern entrichtet sind, und b) durch die Unterschrift des Empfängers und Beifügung des Stempels auf den entsprechenden Zahlblättchen (S. 11—30) dieses Büchleins, nach der Anzahl der Halbjahre, für welche die Zahlung geleistet wurde. **8.** Die im vorhergehenden Art. 7 erwähnten Zahlblättchen, auf welchen der Empfang der Steuern vermerkt wurde, werden aus dem Passbüchlein herausgerissen und verbleiben in der Rentei zur Absendung wohin gehörig. Das Büchlein dagegen wird dem Vorzeiger zurückgegeben zugleich mit der Quittung, auf welcher die Generalsumme der Zahlung, die Anzahl der Halbjahre, für welche die Zahlung geleistet wurde, und die № des Passbüchleins angegeben wird.

D. Hrsgr.

\*\*) S. Anmerk. \*\*\* zu Art. 48.

D. Hrsgr.

\*\*\* Ueber das den Bauern gegenüber den Kleinbürgern und Handwerkern gewährte Privileg der Einzahlung ihrer Steuern in die örtliche Rentei ist den Motiven zum Passgesetz Nach-

## § 49.

Nach Empfang der auf den Besitzer des Passbüchleins entfallenden Steuern, ist die nach dem Anschreibungsorte kompetente Behörde verpflichtet, auf Bitte des Steuerzahlers, ihm eine Bescheinigung über die Entrichtung der Steuern zu ertheilen, und falls bei der Zahlung zugleich das Büchlein vorgestellt wird, in dasselbe, ausserdem, einen Vermerk über die gedachte Zahlung zu machen.

## § 50.

Bei der Entrichtung der Steuern in der Rentei wird das Passbüchlein vorgewiesen. Die Rentei macht, unabhängig von der Ertheilung der vorgeschriebenen Quittung, auf dem Büchlein einen Vermerk über die Entrichtung der Steuern und benachrichtigt über den Empfang derselben die kompetente Gemeinde-Behörde.

## § 51.

In allen den Fällen, wo das Passbüchlein der Polizei vorgewiesen wird, verge-

---

stehendes zu entnehmen. «Die Renteien führen gegenwärtig gar keine Rechnungen mit den Kassen der Kleinbürger- und Handwerkergemeinden. Würde den Kleinbürgern und Handwerkern gestattet, die Gemeindeabgaben in den Renteien zu entrichten,—und von diesem Privileg würden ohne Zweifel sehr viele Steuerzahler Gebrauch machen,—so hätten die Renteien zu den gedachten Kassen sich in Beziehung zu setzen und mit denselben wegen jeder, manchesmal sehr unbedeutenden, Einzahlung eine Correspondenz zu führen. Diese neue Obliegenheit würde die ohnedem schon mit Arbeit überhäuften Renteien sehr belästigen, und zudem noch das Einfließen der Steuern bei den betreffenden Gemeinde-Behörden verzögern; Journal d. vereinigten Departt. d. Gesetze, d. Staatsökonomie u. d. Civil- u. geistl. Angelegenh. v. J. 1894 № 50 pag. 53 u. 54. «Der Versuch hat gezeigt, dass die Uebersendung von Geldern durch die Post zur Bezahlung der Abgaben am Orte der Anschreibung die abwesenden Bauern nicht immer vor sehr ernstlichen Belästigungen bewahrt hat, welche für sie aus der thatsächlich pünktlichen Entrichtung der Zahlungen entstanden, denn faktisch nicht selten ereigneten sich, zur Kenntniss des Ministeriums d. Innern gelangte, Fälle, in welchen die Gemeinde von dem auf einen Pass Abwesenden die Berichtigung des Rückstandes verlangte, während er auf die erfolgte Absendung der Gelder sich stützte und zum Nachweis dessen die Quittung des Postamts vorstellte. . . . Zur Beseitigung dieser Unzuträglichkeiten wurde es für nützlich befunden, die Entrichtung der Steuern mittels Einzahlung derselben in die dem zeitweiligen Aufenthaltsorte nächstbelegene Rentei zu gestatten. Bei Anwendung dieses Grundsatzes wird der von seinem Wohnort abwesende Bauer im Stande sein, genau die auf ihm ruhenden Verbindlichkeiten zu erfüllen, ohne in dieser Hinsicht überhaupt in eine unmittelbare Beziehung zu den für ihn nach seinem Anschreibungsorte kompetenten Obrigkeiten zu treten. Wenn hiernach Jemand an seinem zeitweiligen Aufenthaltsorte, gleichzeitig mit den ihm obliegenden Kronszahlungen, auch die Gemeindeabgaben entrichtet, so wird die Rentei solche Steuern nicht anders entgegennehmen als unter der Bezeichnung derselben als Reichs- oder Landesabgaben—für Rechnung der Gemeinde, zu welcher der Betreffende gehört, bei Ertheilung einer Quittung an den Einzahlenden über die ganze Summe der gezahlten Gelder, ohne Angabe des Betrages der von ihm entrichteten Gemeindeabgaben. Praktische Unzuträglichkeiten können bei Einhaltung dieser Ordnung weder für die Krone, noch für die Gemeinde, zu welcher der Einzahlende gehört, entstehen, da bei der Abrechnung zwischen der Gemeinde und der nach dem Orte der Belegenheit derselben kompetenten Rentei über die in der Quittung des Einzahlenden aufgeführten Summen, der Betrag der von Letzterem entrichteten Gemeindeabgaben aus der Generalsumme der Einzahlung von selbst sich herausstellt». Vorstellung d. Minister d. Innern u. d. Finanzen pag. 46 u. 48.—Wie aus dem eben Angeführten hervorgeht, so muss «die Rentei am zeitweiligen Aufenthaltsorte des Besitzers des Passbüchleins nach Einzahlung der diesem obliegenden Zahlungen, hievon die Rentei am Anschreibungsorte des Besitzers des Passbüchleins benachrichtigen, welche, da sie mit der örtlichen Gemeinde in Berechnung steht, derselben von diesen Einzahlungen die entsprechenden Summen auf die von ihr zu leistenden Zahlungen in Rechnung stellt. Jedoch erfordert die Operation der Verrechnung der gedachten Steuern einige Zeit . . . . wesshalb die Rentei am zeitweiligen Aufenthaltsorte des Besitzers des Passbüchleins verpflichtet ist, vom Empfange der Steuern unverzüglich die betreffende Gemeinde-Verwaltung zu benachrichtigen; Journal d. vereinigten Departt. d. Gesetze, d. Staatsökonomie u. d. Civil- u. geistl. Angelegenh. v. J. 1894 № 50 pag. 53—55. — S. Anmerk.\* zu Art. 45 Anmerk.

D. Hrsq.

wissert dieselbe sich von der Entrichtung der jährlichen, im vorgewiesenen Büchlein vermerkten Steuern.

### § 52.

Als Beweis für die Entrichtung der auf den Besitzer des Passbüchleins entfallenden Steuern dienen der Polizei: 1) die von der nach dem Anschreibungsorte kompetenten Behörde ertheilte Bescheinigung über die Entrichtung der angegebenen Steuern, sowie die Quittung der Rentei über die Entrichtung derselben; 2) die von diesen Behörden auf dem Büchlein gemachten Vermerke über die Entrichtung der gedachten Steuern (Artt. 49 u. 50), und 3) die Postquittung über die Absendung der vom Besitzer des Büchleins zu entrichtenden Steuern an die nach seinem Anschreibungsorte kompetente Behörde.

### § 53.

Nachdem die Polizei von der Entrichtung der im Passbüchlein angegebenen Steuern durch den Besitzer desselben sich vergewissert hat, macht sie hierüber einen Vermerk im Büchlein, falls in demselben noch kein bezüglichlicher Vermerk ist (Artt. 49 u. 50).

### § 54.

Erweist es sich bei der Vorstellung des Passbüchleins in der Polizei, dass vom Besitzer desselben die daselbst angegebenen Steuern in der im Art. 46 festgesetzten Frist nicht entrichtet worden sind, so nimmt die Polizei ihm das Büchlein fort.

### § 55.

Ausser dem im vorhergehenden Art. (54) angegebenen Fall können die Passbüchlein durch die Polizei von Kleinbürgern, Handwerkern und Bauern fortgenommen werden (Art. 56), wenn der Fortgezogene seine Familienglieder oder Erzieher ohne alle Existenzmittel gelassen hat und dieselben der Mittel zum Leben entbehren und durch ihre Arbeit den Unterhalt sich nicht suchen können. Ferner ist die Wegnahme der Passbüchlein durch die Polizei von den Bauern gestattet: 1) bezieht sich auf innerrussische Verhältnisse; und 2) im Fall der Wahl des Fortgezogenen zu einem der im Art. 112 Allg. B.-V. genannten Aemter\*).

### § 56.

Zur Wegnahme des Passbüchleins in den im vorhergehenden Art. (55) angegebenen Fällen ist ein Urtheil der betreffenden Gemeinde erforderlich. Das Urtheil über die Wegnahme des Passbüchleins von Kleinbürgern und Handwerkern wird von der Gouvernements-Regierung bestätigt, . . . . Das Urtheil über die Wegnahme des Passbüchleins von Bauern wird . . . . dem Commissaren f. B.-S. vorgestellt. Nach Beprüfung des Urtheils seinem Inhalt nach machen die Beamten, nachdem sie von seiner Richtigkeit sich überzeugt haben, auf demselben einen Vermerk darüber, dass seiner Erfüllung keine Hindernisse im Wege stehen. Im anderen Fall wird das Urtheil, zusammen mit dem Gutachten der erwähnten Beamten, . . . . in den Balt. Gouv. der Gouvernements-Behörde f. B.-S. vorgestellt. Diese Behörden beprüfen die Sache ihrem Inhalt nach und bestätigen

---

\*) Allg. B.-V. (Bes. Beil. zum Ständerecht, Cod. d. Reichsges. Bd. IX, Ausg. v. J. 1876) Art. 112: «Durch Wahl werden nachstehende Aemter besetzt: 1) Gemeinde-Aelteste; 2) Dorf-Vorsteher; 3) Gehülfen des Gemeinde-Aeltesten; 4) Steuer-Einnehmer und Beisitzer der Gemeinde-Verwaltungen in den Gemeinden, welche es für nothwendig befinden, besondere Einnehmer und Beisitzer zu haben; 5) Gemeinde-Richter». — Nach Art. 4 Balt. L.-G.-O. kommen nur in Betracht die Aemter des Gemeinde-Aeltesten, der Gemeinde-Vorsteher und der Gemeinde-Richter. — S. R.-R.-G. Abschn. IV Art. 1.

das Urtheil der Gemeinde oder heben dasselbe auf. Von der Vollziehung des Urtheils über die Wegnahme des Passbüchleins machen die genannten Beamten und Behörden der nach dem Aufenthaltsorte des Fortgezogenen kompetenten Polizeibehörde Mittheilung, unter Beifügung einer Copie des Urtheils.

### § 57.

Im Fall der Wegnahme der Passbüchlein (Artt. 54 u. 55) verfährt die Polizei mit den Besitzern derselben in Grundlage der Artt. 27 und 28 des gegenwärtigen Gesetzes.

### § 58.

Fallen die Gründe fort, welche Anlass zur Wegnahme des Passbüchleins boten (Artt. 54 u. 55), so wird das fortgenommene Büchlein, falls dessen Frist noch nicht abgelaufen ist, seinem Besitzer zurückgegeben.

## 2. Abtheilung. Von den Pässen.

### § 59.

*Pässe werden nach der hier beigelegten Form auf nicht länger als ein Jahr ertheilt.*

1. R.-R.-G. 7. April 1897 betr. d. Aufhebung d. zum Besten d. Krone von d. Aufenthaltsscheinen zu erhebenden Steuern (Reg.-Pat. 4. Juni 1897 № 23) Abschn. II; s. zu Art. 39.
2. R.-R.-G. 20. April 1898 betr. d. Abänderung d. Form d. Passdokumente (Reg.-Pat. 30. October 1898 № 39) Abschn. II.

### § 60.

Kleinbürger, Handwerker und Bauern können Pässe erhalten, unabhängig von den auf ihnen ruhenden Rückständen an den in den Artt. 43 u. 44 angegebenen Steuern. Diese Personen können jedoch die Pässe ohne Einwilligung der Gemeinde nicht erneuern, wenn sie nicht alle Rückstände der angeführten Steuern berichtigen, die bis zum 1. Januar des Jahres auf sie entfallen, in welchem von ihnen das Gesuch um Erneuerung der Pässe verlaublich wird.

### § 61.

*Pässe, deren Frist abgelaufen ist, werden auf Wunsch der Besitzer, von der Polizei an den Orten ihres zeitweiligen Aufenthalts auf drei Monate befristet.*

- R.-R.-G. 20. April 1898 betr. d. Abänderung d. Form d. Passdokumente (Reg.-Pat. 30. October 1898 № 39) Abschn. II.

## 3. Abtheilung. Von den unbefristeten Passbüchlein \*).

### § 62.

In Betreff der Ertheilung *unbefristeter Passbüchlein* werden die in den Artt. 59—61 d. gegenw. Ges. für Pässe festgestellten Vorschriften beobachtet.

---

\*) Die zahlungsfreien Passbilletts sind abgeschafft durch R.-R.-G. 7. April 1897 betr. d. Aufhebung d. zum Besten d. Krone v. d. Aufenthaltsscheinen zu erhebenden Steuern (Reg.-Pat. 4. Juni 1897 № 23) Abschn. II; s. zu Art. 39. Abschn. III: «Von den Passbüchlein zum Besten der Krone den Herstellungspreis derselben im Betrage von 15 Kop. für jedes Büchlein

## § 63.

*Unbefristete Passbüchlein* werden ertheilt: 1) den durch Misswachs, Feuerschaden, Ueberschwemmung und dem ähnliche Unglücksfälle zu Schaden Gekommenen — mit Genehmigung des Gouverneurs oder des Stadthauptmanns; 2) den auf Kronsländereien Uebersiedelnden, mit der Genehmigung gehörigen Orts; 3) den unter 18 Jahren alten Personen; 4) den Frauen der im aktiven Land- und Seeedienst befindlichen Unter-militairs; 5—7) beziehen sich auf den Osten des Reichs.

S. Anmerk.\* zur 3. Abtheil.

## § 64.

Bezieht sich auf die Arbeiter in Bergwerken.

## § 65.

*Unbefristete Passbüchlein* werden ertheilt: 1) den in Armenhäusern und dergl. Anstalten der allgemeinen Fürsorge Verpflegten; 2) den verabschiedeten Unter-militairs, welche in Grundlage des bis zum J. 1874 gültigen Rekruten-Reglements in den Dienst getreten sind, sowie auch den Unter-militairs, welche von der Krone ihrer Arbeitsunfähigkeit wegen eine Geldunterstützung erhalten; 3) den Frauen und Wittwen dieser Unter-militairs (Pkt. 2); und 4) bezieht sich auf die Arbeiter in Bergwerken.

S. Anmerk.\* zur 3. Abtheil.

## IV. Hauptstück.

Ueber die Abgaben von den Passbüchlein und Pässen und von der Ordnung der Herstellung der Blanquette für die Aufenthaltsscheine.

## §§ 66—71.

Fallen weg.

1. R.-R.-G. 7. April 1897 betr. d. Aufhebung d. zum Besten d. Krone von d. Aufenthaltsscheinen zu erhebenden Steuern (Reg.-Pat. 4. Juni 1897 № 23) Abschn. I: «Alle innerhalb der Grenzen des Kaiserreichs, mit Ausnahme der Gouv. des Königr. Polen, an russische Unterthanen zur Ausgabe gelangenden Passdokumente und Scheine, wie namentlich: Passbüchlein, Pässe, Plakatpässe, schriftliche Legitimationen, Billets, temporäre Personalzeugnisse, gleichwie die Prolongationen der aufgeführten Dokumente von der Erhebung der Krons-Passsteuer, sowie auch der Stempelsteuer zu befreien. ....». Abschn. III: «Von den Passbüchlein zum Besten der Krone den Herstellungspreis derselben im Betrage von 15 Kop. für jedes Büchlein zu erheben ....».

2. Bekanntmachung d. Gouverneurs 4. Juni 1897 (Gouv.-Zeitg. № 57): «.... 1) dass von den an Bauern, Kleinbürger und Handwerker ertheilten Passbüchlein nur der Herstellungspreis derselben im Betrage von 15 Kop. für jedes Büchlein erhoben wird; 2) dass alle übrigen Passdokumente, sowie auch die unbefristeten Passbüchlein, welche an die Personen zur Ausgabe gelangen, die ein Recht zum Empfang der gegenwärtig aufgehobenen unbefristeten zahlungsfreien Billets haben,—unentgeltlich ertheilt

---

zu erheben. Personen, welche ein Recht zum Empfange unbefristeter zahlungsfreier Billets haben, unbefristete Passbüchlein zu ertheilen, ohne Belastung derselben mit dem zum Besten der Krone zu erhebenden Herstellungspreise».

D.Hrsg.

werden; 3) dass die Personen, welche bei Ertheilung von Passdokumente nirgend welche Gebühren fordern sollten, hierfür zur gesetzlichen Verantwortung werden gezogen werden».

### §§ 72 und 73.

Betreffen die Herstellung der Blanquette zu den Aufenthaltsscheinen und der Passmarken in der Expedition zur Anfertigung der Staatspapiere, sowie den Verkauf derselben\*).

## III.

R.-R.-G. 18. December 1861 betreffend die Regeln für das Anmieten ausländischer Arbeiter von Seiten der Grundbesitzer und deren Ansiedlung in Russland (Reg.-Pat. 19. Februar 1862 № 28)\*\*):  
«Der Reichsrath hat.....für gut erachtet, zu verordnen:

\*) Vom Finanzminister sind am 10. December 1894 bestätigt worden «die Regeln üb. d. Ordnung, in welcher die Aufenthaltsscheine ertheilenden Institutionen mit den Blanquetten zu denselben und mit Passmarken zu versehen sind, sowie üb. d. Ordnung der Rechnungslegung dieser Institutionen hinsichtlich der Verausgabe der erwähnten Blanquette u. Marken». Diese Regeln,—weder in der Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. noch in der Gouv.-Zeit. publicirt,—sind am 31. December 1894 sub № 9516 vom Gouverneur den Commissaren f. B.-S. zur weiteren Bekanntgebung an die Gemeinde-Verwaltungen zugefertigt worden (Schenschin 338). Zum grossen Theil veraltet, infolge der Aufhebung der Passsteuer, sind sie mehr nur für die Canzelleiordnung der betreffenden Institutionen von Wichtigkeit und deshalb hier fortgelassen worden. Gleichfalls keine Aufnahme gefunden haben die vom Finanzminister am 23. December 1894 bestätigte «Beschreibung der Passmarken und die Regeln für die Ordnung der Vernichtung derselben» (Samml. d. Ges. u. Anordn. d. Staatsreg. v. 3. Januar 1895 № 2 Stück 4). D. Hrsg.

\*\*) Der Art. 510 Verordn. f. d. Kolonien d. Ausländer im Reich, Cod. d. Reichsges. Bd. XII Th. 2, Ausg. v. J. 1857, gestattet «Kolonisten anzusiedeln überhaupt allen Personen ohne Unterschied des Standes, welche Ländereien zu erwerben und zu besitzen berechtigt sind». In der Forts. v. J. 1863 zu dieser Verordnung ist dem Art. hinzugefügt als Anmerk. 3 der Hinweis: «Für das Anmieten ausländischer Arbeiter von Seiten der Grundbesitzer und deren Ansiedlung in Russland sind besondere Regeln erlassen worden» (R.-R.-G. 18. December 1861). Diese Regeln sind nicht enthalten in den Forts. der Jahre 1863, 1864 u. 1868, den einzigen, welche zur angeführten Verordnung ergangen sind, auch eine neue Ausgabe der Letzteren existirt nicht, der russische Text derselben muss also der Vollständ. Gesetzsamml. d. J. 1861 № 49537 entnommen werden.

In Betreff der auf Kronsländereien angesiedelten Kolonisten in den Gouv. Petersburg, Nowgorod, Samara, Saratow, Woronesh, Tschernigow, Poltawa, Jekaterinoslaw, Cherson, Taurien u. Bessarabien erging das am 31. Mai 1871 Allerh. bestät. R.-R.-G. nebst den am 4./16. Juni 1871 Allerh. bestät. Regeln über die Organisation dieser Kolonien (R.-R.-G. u. Regeln publ. in Vollständ. Gesetzsamml. d. d. 4./16 Juni 1871 № 49705), wonach dieselben nach dem Muster der russischen Bauerwirtschaft gestaltet wurden. Im Art. 2 d. Abschnitt II d. R.-R.-G. wird dem Minister der Reichsdomänen anheimgestellt, «im Einvernehmen mit dem Oberdirigirenden d. 2. Abth. Sr. Kaiserl. Maj. Eigenen Kanzellei und dem Minister d. Innern die Verordnung üb. d. Kolonien der Ausländer (Cod. d. Reichsges. Bd. XII) einer Durchsicht zu unterwerfen und falls in dieser Verordnung solche Bestimmungen sich finden, welche auch Angesichts der neuen Regeln für die ehemaligen Kolonisten ihre Geltung behalten, so die Möglichkeit zu erwägen, unter Aufhebung der besonderen Verordn. üb. d. Kolonien diese Bestimmungen in die betreffenden Theile des Cod. d. Reichsges. zu rubriciren». Bisher ist diese Arbeit nicht zur Vollendung gediehen und bestehen somit noch in Kraft die Regeln für die Livländische Kolonie (d. i. die deutsche Kolonie in Hirschenhof und Helfreichshof), sowie die im Hauptst. IX d. Verordn. üb. d. Kolonien d. Ausländer im Reich, enthaltenen Bestimmungen über die Kolonisten auf Privatländereien. Diese letztgedachten Bestimmungen beruhen im Wesentlichen auf der Allerh. am 12. April 1804 bestät. Unterlegung des Ministers d. Innern (publ. Reg.-Pat. 28. Mai 1804 № 2581). Eine ausführliche Wiedergabe derselben geht über den Rahmen dieses Buches hinaus, es mag

I. Den Grundbesitzern aller Gouvernements des Reichs wird gestattet, ausländische Arbeiter in Grundlage der allgemeinen in Russland geltenden Verordnungen zu miethen und diesen Ausländern Pässe auf die ganze Dauer der Anmietung, jedoch nicht länger als auf 12 Jahre zu ertheilen.

II. Die Ansiedelung von Ausländern auf gutsherrlichen Ländereien, wenn diese Ausländer nach freiwilliger Uebereinkunft mit den Gutsherren sich in Russland fest niederzulassen und in die russische Unterthänigkeit zu treten wünschen, erfolgt in Grundlage der allen Grundbesitzern nach Art. 510, Verordn. f. d. Kolonien d. Ausländer (Cod. d. Reichsges. Bd. XII Th. 2) in Russland gewährten Berechtigung; jedoch wird zur Erleichterung dieser Angelegenheit in Ergänzung und Abänderung der bestehenden Regeln Folgendes verordnet:

#### § 1.

Den Grundbesitzern wird es überlassen, ohne jegliche Vermittelung der Staatsregierung mit denjenigen Ausländern vorläufige Vereinbarungen zu treffen, welche eine Bescheinigung der bezüglichen Kaiserl. Russischen Gesandtschaft darüber vorweisen, dass ihrer Niederlassung in Russland keine Hindernisse entgegenstehen.

#### § 2.

Die von den Grundbesitzern angenommenen ausländischen Auswanderer können entweder in Ansiedelungen und Dörfern, oder auf Farmen und Hoflagen angesiedelt werden, stehen aber jedenfalls nicht unter einer besonderen, sondern unter der den übrigen Ständen gemeinsamen localen Administration und Verwaltung.

#### § 3.

Alle ausländischen Auswanderer, welche sich auf gutsherrlichen Ländereien fest niederlassen und in die russische Unterthänigkeit treten, genießen die freie Ausübung ihres Glaubens und werden mit ihren bei ihrer Niederlassung in Russland vorhandenen Söhnen auf Lebenszeit von der Rekrutenpflicht befreit; wenn sich aber unter ihnen Menonisten befinden, so wird ihnen nach Ablauf von 20 Freijahren, statt der persönlichen Militairpflichtigkeit, eine permanente Geldsteuer, unter dem Namen einer Rekrutensteuer, nach dem Beispiel der im Samaraschen Gouvernement angesiedelten Menonisten, auferlegt.

#### § 4.

In den von den Grundbesitzern mit ausländischen Auswanderern abzuschliessenden Verträgen müssen mit der erforderlichen Klarheit und Präcision auseinandergesetzt sein: erstens, alle nach gegenseitiger Uebereinkunft übernommenen Verpflichtungen; von Seiten der Grundbesitzer in Bezug auf Ländereien, Wälder und andere Nutzungen, welche den Ausländern zur Nutzniessung überlassen werden; von Seiten dieser letzteren aber, hinsichtlich der von ihnen zu Gunsten des Grundbesitzers zu erfüllenden verschiedenen Leistungen. Hiebei muss genau bestimmt sein: auf wessen Rechnung die Uebersiede-

---

an dieser Stelle nur darauf hingewiesen werden, dass die Grundbesitzer, welche Kolonisten ansiedeln wollen, hierüber, unter Vermittelung des Gouverneurs, dem Minister d. Reichsdomänen zu berichten haben bei genauer Angabe des zur Ansiedelung bestimmten Landareals, der wesentlichsten Vertragsbestimmungen über die Nutzung dieses Landes und des Betrages der Reise- und Uebersiedelungsgelder (Art. 512); die mit den Kolonisten definitiv abgeschlossenen Kontrakte müssen dem Minister der Reichsdomänen zur Bestätigung vorgestellt werden (Art. 514); die Kontraktdauer ist auf 20 Jahr begrenzt (Art. 515); das Ministerium der Reichsdomänen hat über die Erfüllung der wechselseitigen Verbindlichkeiten zu wachen (Art. 529). D.Hrsg.

lungen und Reisekosten fallen, ob auf die des Grundbesitzers oder auf die der Auswanderer selbst; im ersteren Falle muss auch die Summe angegeben sein, welche dazu festgesetzt werden soll, und zweitens, die gegenseitigen Berechnungen zwischen den Grundbesitzern und den Auswanderern, im Fall letztere nach Ablauf der kontraktlichen Zeit den Kontrakt nicht erneuern wollen. Hierbei werden folgende Regeln beobachtet:

a) Die Leistungen der Auswanderer zu Gunsten des Besitzers des Landes können dreierlei Art sein: 1) Geldzahlungen oder eine Grundsteuer, 2) dingliche oder Entschädigung des Besitzers durch Erzeugnisse des Landes und 3) persönliche oder Arbeiten zu Gunsten des Besitzers.

b) Der Betrag der Geldzahlung für die Nutzung des Landes, ebenso die Entschädigung des Besitzers durch Erzeugnisse des Bodens hängt von den gegenseitigen Abmachungen der kontrahirenden Theile ab und wird im Vertrage selbst bestimmt.

c) Wenn die Auswanderer die Leistung persönlicher ökonomischer Arbeiten zum Besten des Besitzers des Landes übernehmen, so müssen diese Arbeiten im Vertrage genau bestimmt werden.

d) Die Verträge dürfen, in Anleitung des Art. 515 Verordn. f. d. Kolonien d. Ausländer (Cod. d. Reichsges. Bd. XII Th. 2), auf nicht länger als 20 Jahre abgeschlossen werden; dieselben werden auf Stempelpapier der niedrigsten Gattung abgefasst und von den Kontrahenten und zweien gesetzlichen Zeugen unterschrieben.

e) Der von dem Grundbesitzer mit den ausländischen Auswanderern abzuschliessende Vertrag muss entweder von einem Makler, oder vom Kreisgericht oder vom Friedensrichter beglaubigt werden. .... \*).

f) Der Vertrag bleibt in Kraft, wenn auch das von den Auswanderern eingenommene Land durch irgend eine Veranlassung auf einen andern Besitzer übergegangen ist, und können die Erben oder neuen Besitzer die Bedingungen des Vertrages nicht anders als mit Zustimmung der Auswanderer abändern. Den Auswanderern aber ist es gestattet, ihre vertragsmässigen Rechte und Verpflichtungen auf eine dritte Person zu übertragen, jedoch nicht anders, als mit Zustimmung des Grundbesitzers, und

g) Streitigkeiten aus den Verträgen zwischen Grundbesitzern und ausländischen Auswanderern werden nach den allgemeinen Gesetzen von den kompetenten Behörden entschieden .... \*\*).

## § 5.

Ausländische Auswanderer, welche nach den mit den Gutsbesitzern abgeschlossenen Abmachungen eine feste Niederlassung erhalten und in die russische Unterthänigkeit treten, müssen sich zu einem freien, abgabenpflichtigen Stande anschreiben lassen; ihre Anschreibung als Kolonisten, mit den diesen nach den früheren Gesetzesbestimmungen gewährten Rechten und Vergünstigungen, wird jedoch nicht gestattet\*\*\*).

## § 6.

Die Anschreibung dieser Auswanderer geschieht in der allgemein bestimmten Ordnung auf Verfügung des Kameralhofs, welchem zur seinerseitigen Wahrnehmung des Erforderlichen der Gutsbesitzer sofort nach Abschluss des Vertrages sowohl über die

\*) S. unten Ergänzung in Reg.-Pat. 1862<sup>42</sup>.

\*\*) S. unten Ergänzung in Reg.-Pat. 1862<sup>42</sup>.

\*\*\*). Zu diesem und § 6 s. unten Ergänzung in Reg.-Pat. 1862<sup>42</sup>. — Das § 5 in fine ausgesprochene Verbot ist kein unbedingtes; der Nachdruck ist zu legen auf das Versagen einer privilegierten Stellung; cf. § 2; denn jeder Grundbesitzer kann eine Kolonie auf seinem Besitzthum begründen; s. Anmerk. \*\* auf S. 122.

D. Hrsg.

D. Hrsg.

D. Hrsg.



Zahl der auf seinen Ländereien aufgenommenen Ansiedler, als auch über die Zeit ihrer Ansiedelung Mittheilung machen muss.

### § 7.

Für diejenigen ausländischen Auswanderer, welche bei ihrem Eintritt in den freien Landbewohnerstand zu Bauergemeinden ohne Antheil an der Nutzung des Gemeindelandes angeschrieben zu werden wünschen, bedarf es gar keiner Gemeindebeschlüsse über ihre Aufnahme; nach Ablauf der Freijahre sind sie jedoch persönlich für die richtige Einzahlung der Abgaben und Prästanden verantwortlich, ohne dass die Gemeinden, zu welchen sie in dieser Grundlage angeschrieben, oder die Grundbesitzer, auf deren Ländereien sie angesiedelt sind, an dieser Verantwortlichkeit Theil zu nehmen haben. Dieses muss auch unausbleiblich in den mit den Grundbesitzern abzuschliessenden Verträgen ausgesprochen sein. Uebrigens ist es den gedachten Auswanderern, welche in die russische Unterthänigkeit getreten sind, auch gestattet, wenn sie es wünschen, zu den Gemeinden der aus der Leibeigenschaft getretenen Bauern in allgemeiner Grundlage und in Anleitung der Ordnung sich anschreiben zu lassen, welche in der Verordnung über die Bauern angegeben ist (Artt. 141—146 d. allgem. Verordn. und Art. 106 Pkt. 8 d. Specialverordn. üb. d. Organisation d. Agrarverhältnisse d. Bauern in d. Gouv. Wilna, Grodno, Kowno, Minsk u. einem Th. d. Gouv. Witebsk).

### § 8.

Den Ausländern, welche in Grundlage der vorstehenden Regeln mit Gutsbesitzern Verträge abschliessen, sich auf deren Ländereien fest niederlassen, in die russische Unterthänigkeit treten und sich dann einen Stand erwählen, wird Freiheit gewährt von Zahlung der Krons-Abgaben und Geldprästanden und von Leistung der allgemeinen Naturalprästanden und zwar denen, welche sich in den Jahren 1862, 1863, 1864 und 1865 niederlassen — für die Dauer von 10 Jahren, denen, welche später übersiedeln — für die Dauer von 5 Jahren, gerechnet von der Zeit der Anschreibung dieser Leute zu dem von ihnen erwählten Stande \*).

### § 9.

Die ausländischen Auswanderer gehen des Rechtes auf den Genuss dieser Freijahre auch in dem Fall nicht verlustig, wenn sie vor Ablauf der Freijahre auf anderes Land übergehen, oder, russische Unterthanen verbleibend, den anfänglich von ihnen erwählten Stand verändern.

### § 10.

Nach Ablauf der Freijahre unterliegen diese Leute den Reichsabgaben und Geldprästanden und sind verpflichtet, die allgemeinen Naturalprästanden zu leisten, gleich dem Stande, dem sie dann angehören\*.

Reg.-Pat. 26. März 1862 № 42: «....werden von der Livländ. Gouv.-Regierung in Folge Antrages Sr. Hohen Excellenz des Herrn Kriegs-Gouverneurs von Riga, General-Gouverneurs von Liv-, Est- und Kurland nachstehende von Hochdemselben auf Grund der Vorschläge der Gouvernements-Obrigkeiten und Ritterschaften der Ostsee-Gouvernements proponirte und von dem Herrn Minister des Innern genehmigte Zusätze zu den mittelst diesseitigen Patents a. c. № 28 publicirten ....., Allerhöchst bestätigten Regeln für das Anmieten ausländischer Arbeiter von Seiten der Grundbesitzer und deren Ansiedelung in Russland — zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung hierdurch bekannt gemacht:

\*) S. unten Ergänzung in Reg.-Pat. 1862<sup>42</sup>.

1) zu § 4 Pkt. e.....: Die Beglaubigung der erwähnten Verträge ist in Liv- und Estland den Kirchspielsgerichten, in Kurland den Kreisgerichten übertragen \*).

2) zu § 4 Pkt. g ibid.: Streitigkeiten, die aus Verträgen zwischen Grundbesitzern und ausländischen Auswanderern hervorgehen, werden in den Ostseegouvernements von den Bauer-Justizbehörden entschieden \*\*).

3) zu §§ 5 und 6 ibid.: Die Anschreibung in die russische Unterthänigkeit tretender ausländischer Auswanderer zu den Bauergemeinden findet in Grundlage der örtlichen Bauer-Verordnungen statt; ausserdem ist es denselben gestattet, sich zu den abgabepflichtigen Ständen der Städte verzeichnen zu lassen.

4) zu § 8 ibid.: Zu den Naturalabgaben, von deren Leistung die ausländischen Auswanderer zeitweilig befreit sind, können indess in den Ostsee-Gouvernements nicht die auf dem Grund und Boden haftenden Reallasten gerechnet werden. Die Uebnahme dieser Letzteren Lasten bleibt der desfallsigen Uebereinkunft der in Grundlage des § 4.....kontrahirenden Theile, des Gutsbesitzers und des ausländischen Auswanderers, anheimgestellt.

5) Diejenigen ausländischen Auswanderer, welche Dienstverträge mit den örtlichen Gutsbesitzern abgeschlossen haben, geniessen dieselben Rechte, welche den auf gutsherrlichen Ländereien angesiedelten Bauern in Grundlage der örtlichen Gesetze aus dergleichen Verträgen zustehen.

6) Der mittelst Senats-Ukases v. 20. Juni 1860 und sodann mittelst Patents v. J. 1860 № 89, publicirte Namentliche Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät v. 7. Juni 1860 über die Rechte der Ausländer hat gleichzeitig volle Anwendbarkeit auf die sich im Reiche ansiedelnden ausländischen Ackerbauern».

2. Namentl. Allerh. Befehl an d. Dirig. Senat v. 7. Juni 1860 (publ. durch Reg.-Pat. 5. Juli 1860 № 89): «Durch das Manifest v. 1. Januar 1807 waren einige Beschränkungen in den Handelsrechten der beständig oder zeitweilig in Russland sich aufhaltenden Ausländer festgesetzt worden. Diese Beschränkungen entsprechen gegenwärtig, bei der allmählichen Vervollkommung der Kommunikationsmittel und bei der raschen Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen, nicht mehr den Bedürfnissen der Zeit. Andererseits wird in den Hauptstaaten Europa's Unseren Unterthanen wie überhaupt allen Ausländern erlaubt, Handelsgeschäfte unter gleichen Rechten, wie die Einheimischen zu betreiben.

In Erwägung des heilsamen Einflusses, den die Gewährung einer leichtern Möglichkeit, auch ausländische Kapitalien bei Unternehmungen aller Art zu benutzen, auf alle Zweige des Nationalreichthums ausüben kann, und da Wir ein neues Zeichen Unserer besondern Fürsorge für das Gedeihen des Handels, des Ackerbaues und überhaupt der Industrie im Reiche zu geben, sowie auch den auswärtigen Mächten eine gerechte Gegenseitigkeit zu erweisen wünschen, haben Wir für gut gefunden, den in Russland sich aufhaltenden Ausländern dieselben Rechte in dieser Beziehung zu gewähren, welche Unsere Unterthanen in den vornehmsten Staaten Europa's bereits geniessen.

Daher befehlen Wir, mit der Meinung des Reichsraths einverstanden:

1) Es ist den Ausländern gestattet, in alle Kaufmannsgilden zu treten, gleich

---

\* ) Seit der Justizreform v. J. 1889 in den 3 Ostseeprovinzen Obliegenheit des Commissars f.B.-S. Dem Verfasser des «Entwurfs d. zeitweil. Regeln bezügl. d. Zusammensetzung u. Competenz d. Bauerbeh. in d. Gouv. Livl., Estl. u. Kurl.» sind das Gesetz v. 18. December 1861 und das Reg.-Pat. 1862<sup>42</sup> unbekannt geblieben.

\*\* ) Dieser Pkt ist durch die Justizreform v. 1889 hinfällig geworden.

D. Hrsg.  
D. Hrsg.

den geborenen Unterthanen des Reichs und demnächst, je nach den Gilden, alle Handelsrechte zu geniessen, welche der russischen Kaufmannschaft zugestanden sind.

Anmerkung 1. Bezieht sich auf die Handelsrechte ausländischer Grosskaufleute jüdischer Nationalität.

Anmerkung 2. Bezieht sich auf die den Asiaten eingeräumten Handelsrechte.

2) Die Wohnungen und Magazine der Ausländer, sowie alle dazu gehörigen Ländereien stehen unter dem Schutze der allgemeinen Gesetze. Eine Durchsuchung ihrer Häuser und Durchsicht ihrer Handelsbücher darf nicht anders vorgenommen werden, als in Grundlage derselben Bestimmungen, welche für die russischen Unterthanen gleichen Standes mit ihnen vorgeschrieben sind.

3) Ausländer können Mobilien und Immobilien jeder Art, sowohl durch Kauf, als auch durch Erbschaft, Vermächtniss, Schenkung, Einweisung von Seiten der Krone und dergl. erwerben, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, welche nach den bestehenden Gesetzen nur die zum russischen Erbadel Gehörigen, sowie Ausländer, welche die Rechte desselben erlangt haben, besitzen dürfen \*). Und

4) Ausländer, mit Ausnahme von Hebräern, kommen Landgüter mit Bauern, in Vollmacht der Eigenthümer solcher Güter, mit den Rechten der Commissionaire (Prikastschiks) verwalten. Sie können ebenso auch unbewegliche Besitzthümer mit und ohne Bauern pachten und zur Arrende oder in Possession, und überhaupt in Grundlage jeglicher Art von gesetzlich nicht verbotenen Abmachungen besitzen unter Beobachtung und derjenigen Bedingungen und Beschränkungen, welche für die geborenen Unterthanen des Reichs festgesetzt sind. .... \*)

---

\*) Den einer viel späteren Zeit angehörenden, die Rechtsgleichheit beseitigenden, Kaiserl. Befehl v. 14. März 1887 s. bei B.-V. Art. 97 № 2.

## Beilage Lit. E.

(zu § 649).

### Vertheilung der Kirchspiele in Kirchspielsgerichts-Bezirke.

Fällt weg, da in Folge der Justizreform d. J. 1889 die Kirchspielsgerichte aufgehoben worden sind. — Es werden an dieser Stelle als Beilage zu Art. 19 L.-G.-O. die vom Livl. Kameralhof am 14. Juni 1899 erlassene Anweisung für die Livländischen Gemeinde-Aeltesten zur Aufsicht über den ordnungsmässigen Handels- und Gewerbebetrieb und zur Revision der Handelsdokumente, sowie das dazu gehörige Cirkulair des Kameralhofs an die Livländischen Gutspolizeien vom August 1899 gegeben \*).

---

\*) Nach der Anmerkung \*\*) auf Seite 179 wäre als Beilage E die von der Gouvernements-Obrigkeit approbirte Instruktion des Livl. Kameralhofs für die Livl. Gemeinde-Aeltesten über die General-Revision von Handel und Gewerbe vom März 1898 zu geben gewesen. Doch hat diese Instruktion, ebenso wie das dieselbe einführende Reg.-Pat. v. 20. März 1898 № 7—abgedruckt zu Art. 19 L.-G.-O., S. 179,—durch das mit dem 1. Januar 1899 in Geltung getretene Gesetz üb. d. Reichs-Gew.-Steuer v. 8. Juni 1898 (Reg.-Pat. 2. October 1898 № 37) jede Bedeutung verloren; sie stützen sich auf Gesetze, die keine Gesetze mehr sind. Denn der von der Gouv.-Reg. zum Ausgangspunkt ihrer Anordnung bezüglich der Unterstellung des Hofbezirks unter den örtlichen Gemeinde-Aeltesten genommene Art. 319 Verordn. üb. d. direkten Steuern, Bd. V Cod. d. Reichsges., Ausg. v. J. 1893, ist ebenso wie die zu den §§ 2, 3, 4, 5, 8, 9, 10, 15, 17, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29 u. 32 dieser Instruktion angeführten Art. 320, 322, 323, 324, 325, 326, 330, 332, 333, 349, 334, 336, 351, 360, 353, 355 u. 267 derselben Verordnung durch Abschn. VII d. R.-R.-G. v. 8. Juni 1898, durch welches das Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer vom selben Tage eingeführt wurde, aufgehoben worden. Massgebend für die Controle und Revision sind jetzt Artt. 33, 38, 71—90 d. Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer sowie die vom Finanzminister am 5. Februar 1899 bestätigte Instruktion für die Anwendung dieses Gesetzes (Reg.-Pat. 3. Mai 1899 № 17). Auf Grund dieses ist von der neucreirten Handels-Abtheilung des Livl. Kameralhofs (Abth. IV) die nunmehr als Beilage zu Art. 19 L.-G.-O. wiedergegebene Anweisung für die Livl. Gemeinde-Aeltesten etc. v. 14. Juni 1899 erlassen worden, welche die Instruktion v. März. 1898 ersetzt. Nur haben sowohl Gouverneur wie Gouvernements-Regierung es bisher unterlassen, über den Charakter und den Umfang der Thätigkeit des Gemeinde-Aeltesten und der Gutspolizei bei der nach den Vorschriften des neuen Gesetzes stattfindenden Controle des Handels und Gewerbebetriebes und der Revision der Handelsdokumente eine verbindliche Verordnung zu erlassen.—Nach der im Reg.-Pat. v. 20. März 1898 gegebenen—übrigens angreifbaren—Interpretation des Art. 319 l. c. sollte bei der General-Revision von Handel und Gewerbe der Gemeinde-Aelteste nicht als Gemeinde-Aeltester fungiren, sondern als fiskalischer Beamter,—was für seine Verantwortlichkeit von Wichtigkeit ist,—und mochte in diesem Sinne die Ausdehnung seiner Thätigkeit auf den Hofbezirk für zulässig befunden werden. Der Art. 38 das jetzt geltenden Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer jedoch überträgt die Controle über den ordnungsmässigen Handels- und Gewerbebetrieb, die Revision der Handelsdokumente und die Feststellung der offenkundigen und groben Verletzungen der gesetzlichen Vorschriften auf dem flachen Lande, ausserhalb der städtischen Ansiedlungen, den daselbst amtirenden unter-

## I.

Cirk. d. Livl. Kameralhofs (Abth. IV) an die Gutspolizeien v. August 1899: «In Grundlage des Art. 38 d. Allerh. am 8. Juni 1898 bestät. Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer sind die Obliegenheiten der Handelsdeputirten im Kreise den örtlichen Gemeinde-Aeltesten auferlegt. Diese Obliegenheiten bestehen in der Controle über den ordnungsmässigen Handels- und Gewerbebetrieb, und zu diesem Behufe müssen die Gemeinde-Aeltesten darüber sich vergewissern, ob von den Handels- und Gewerbeanstalten Gewerbescheine gelöst worden sind und ob diese Scheine der Art des

sten Selbstverwaltungsorganen: den Gemeinde-Aeltesten, den Gminnen-woiten (im Königreich Polen) und «anderen ihnen entsprechenden Amtspersonen der ländlichen Verwaltung». Das sind in Livland die Vertreter der Gutspolizei, weil jeder Beamte nur innerhalb seines Bezirkes als solcher thätig sein kann und in Livland Gemeindebezirk und Hofbezirk gesonderte Verwaltungsgebiete sind. Das Gesetz betraut die vorhandenen städtischen und ländlichen Beamten mit der Erfüllung gewisser Obliegenheiten bezüglich der Handelsaufsicht innerhalb ihres Bezirks, verleiht ihnen aber durchaus nicht den Charakter fiskalischer Beamter. Auch wenn man an der Hand der Anweisung v. 14. Juni 1899 die dem Gemeinde-Aeltesten übertragene Thätigkeit beprüft, so ergiebt sich, dass dieselbe durchaus im Rahmen der der Gutspolizei auch nach ihrer sog. Reorganisation belassenen Competenz sich hält. Das Gesetz üb. d. Reorganisation d. Polizei in d. Balt. Gouv. v. 9. Juni 1888 nämlich entbindet nur die Gutspolizei von der Controle über die Gemeinde-Beamten, lässt ihr jedoch ungeschmälert alle Rechte und Pflichten hinsichtlich der Friedensbewahrung innerhalb des Hofbezirks. Logisch fällt darunter neben der Verhinderung von derbem Hader und Streit auch die Beseitigung der unauffälligen Verletzungen staatlicher Steuervorschriften. Die Formen, in welchen diese Contraventionen festzustellen sind, zu beobachten, hat keine Schwierigkeit, da die Gutspolizei auch sonst Schreibereien zu bewältigen hat, und die Aufbewahrung gefälschter Waaren (§ 26 Anweisung v. 14. Juni 1899) ihr Analogon findet in der Aufbewahrung der von den Accisebeamten saisirten Waaren (Cirk. d. Gouverneurs v. 7. April 1897 № 1334 zu § 1 d. Abschn. III R.-R.-G. 9. Juni 1888; S. 197). Auch muss gegenüber der von der Gouvernements-Regierung im materiell richtigen Befehl ders. v. 28. October 1894 № 2656 (zu § 1 d. Abschn. III R.-R.-G. 9. Juni 1888; S. 196), — denn nach neuerem Recht sind die Geschäfte der gerichtlichen Polizei nicht von der Sicherheitspolizei zu besorgen, — aufgestellten Ansicht von der Kenntnisslosigkeit der Vertreter der Gutspolizei an die genugsam bekannte Thatsache erinnert werden, dass der allergrösste Theil der Gutspolizei-Vertreter die volle Qualifikation zur Bekleidung höherer Staatsämter besitzt und der dem Landvolk entnommene Theil der Stellvertreter darin doch mindestens dem Gemeinde-Aeltesten gleicht. Hiebei mag, zur Interpretation des Art. 38 Ges. üb. d. Reichs.-Gew.-Steuer, noch der vom Livländischen Standpunkt aus unwesentliche, im Gesichtskreis des russischen Beamten jedoch sehr erhebliche Umstand hervorgehoben werden, dass der allegirte Art. 38 nur deshalb nicht ausdrücklich der Gutspolizei Erwähnung thut, sondern von «Amtspersonen der ländlichen Verwaltung» spricht, weil das mehrangeführte Balt. Polizeigesetz v. 9. Juni 1888 selbst den Ausdruck «Gutspolizei» nicht braucht. Wenn nun auch nach der Einführung dieses Gesetzes eine beträchtliche Anzahl der russischen Beamten die Gutspolizei flugs vergass und nur vom «Besitzer der Hofesländereien» oder der «Verwaltung des Besitzers der Hofesländereien» sprach und schrieb, bis späterhin der feste Begriff der Gutspolizei ihrem Gedächtniss sich wieder einprägte, so kann aus dem Nichtgebrauch eines uns Livländern seit Jahrhunderten gang und gäben Ausdrucks im Gesetz nicht geschlossen werden auf die beabsichtigte Ausserdienststellung mehrerer Hunderte polizeilicher Verwaltungsorgane. Das würde auch jeder Rechtsentwicklung widersprechen, die in allen Staaten das Bild einer stets wachsenden Ausdehnung des Instituts der Polizei, sowohl hinsichtlich der ihr zugewiesenen Gegenstände, als auch hinsichtlich ihrer äusseren Organisation darbietet. Aus speziell Livländischen Verhältnissen mag noch das Argument angeführt werden, dass Handel, Gewerbe und Industrie beinahe ausschliesslich auf dem Hofeslande sich finden, während im Gemeindebezirk eine ackerbaubetriebende Population; Art. 230 B.-V.; domicilirt, so dass Geschick und Erfahrung zweifellos nur auf Seiten der kontrollirenden und revidirenden Gutspolizei zu finden sind. Da jedenfalls die Beseitigung der Gutspolizei von der Handelsaufsicht durch das Gesetz üb. d. Reichs.-Gew.-Steuer nicht vorgesehen ist und dem Gesetz üb. d. Reorganisation der Balt. Polizei widerspricht, so liegt nicht die mindeste Nöthigung durch Politik und — von ihr abhängige, — Gesetzesinterpretation vor, diese Gutspolizei von der Handels- und Gewerbevision principiell auszuschliessen, ihre Mitwirkung aber, — innerhalb ihres eigenen Territorii! — bei den vom Gemeinde-Aeltesten ins Werk gesetzten Revisionen zu erbitten.

D. Hrsgr.

thatsächlich betriebenen Handels und Gewerbes entsprechen. Ueber die Resultate der Revision wird von ihnen ein Journal zusammengestellt, in welches alle nöthigen Angaben aufgenommen werden. Um die Gemeinde-Aeltesten mit den Obliegenheiten von Handels-deputirten bekannt zu machen, ist, nach Einvernehmen mit dem Herrn Gouverneur von Livland, eine ausführliche Instruktion in der Form einer Anweisung erlassen worden.

Die Gemeinde-Aeltesten, welche derart als Vertreter der Handelsaufsicht erscheinen, haben das Recht zum unbehinderten Eintritt in alle Handels- und Gewerbeanstalten, ohne Rücksicht darauf, ob diese Anstalten auf Gehorchs- oder Hofesland belegen sind.

Zur Vermeidung jeglicher Missverständnisse bringt der Kameralhof Solches zu Ihrer Kenntniss, in der Ueberzeugung, dass Seitens der Gutpolizei dem Gemeinde-Aeltesten eine gewissenhafte Beihülfe in allen den Fällen erwiesen werden wird, wo Solches zur ordnungsmässigen Controle über Handel und Gewerbe auf dem Hofesterritorium als erforderlich sich erweist.

## II.

Nach Einvernehmen mit dem Herrn  
Gouverneur von Livland bestätigt vom  
Herrn Dirigirenden des Livl. Kameralhofs  
am 14. Juni 1899.

## Anweisung

**für die Gemeinde-Aeltesten im Gouvernement Livland zur Aufsicht über den ordnungsmässigen Handels- und Gewerbebetrieb und zur Revision der Handelsdokumente.**

1) Innerhalb des Gemeinde- und Hofbezirks ist die unmittelbare Controle über die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften für die Lösung der gehörigen Dokumente zum Handels- und Gewerbebetrieb Obliegenheit des Gemeinde-Aeltesten, sowie in dessen Auftrage, eines Gemeinde-Vorstehers. In allen ihren Handlungen bei Revision von Handel und Gewerbe verfahren der Gemeinde-Aelteste oder der ihn vertretende Gemeinde-Vorsteher nach Anleitung des Steuer-Inspektors und sind dessen Aufträge zu erfüllen verpflichtet (Art. 33 Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer).

2) Die Handels- und Gewerbe-Revision besteht in der Besichtigung sämtlicher Handels- und Gewerbeanstalten innerhalb des Gemeinde- und Hofbezirks, darunter auch auf Jahrmärkten, sowie in der Vergewisserung darüber, ob in den Anstalten Handelsdokumente sind und ob dieselben der Art des Handels- und Gewerbebetriebes entsprechen.

3) Bei Revision der Handels- und Gewerbeanstalten treten der Gemeinde-Aelteste und der Gemeinde-Vorsteher ausschliesslich als Organe der Handelsaufsicht auf, welche von dem ordnungsmässigen Handelsbetrieb sich überzeugen, und sind desshalb nicht berechtigt, bei der Gelegenheit polizeiliche Anordnungen zu treffen.

4) Der Gemeinde-Aelteste in seiner Eigenschaft als Organ der Handelsaufsicht hat im Gemeinde- und Hofbezirk das Recht des Eintritts in sämtliche Handels- und Gewerbeanstalten und Räumlichkeiten, in welchen Handel oder Gewerbe betrieben werden, zu welchem Behufe der Kameralhof ihn mit einem offenen Billet versieht, welches nöthigenfalls beim Besuch der Anstalten vorgewiesen wird.

5) Bei dem zum Zweck der Revision der Gewerbedokumente erfolgenden Besuch der Handels- und Gewerbeanstalten dürfen die Revidenten keine Grobheit, und noch weniger Eigenmacht sich erlauben, sowie den Betrieb von Handel und Gewerbe nicht stören.

6) Die Handels- und Gewerberevision wird vom Gemeinde-Aeltesten oder Gemeinde-Vorsteher nur in Gegenwart zweier Zeugen, und, falls möglich, in Gegenwart des Leiters der Anstalt oder eines Mitgliedes seiner Familie oder seines Commis bewerkstelligt.

7) Der Gemeinde-Aelteste oder der Gemeinde-Vorsteher haben bei der Handels- und Gewerberevision darüber sich zu vergewissern: 1) ob die Handels- oder Gewerbeanstalt oder der Lagerraum das entsprechende Schild haben; 2) ob in der Anstalt Gewerbescheine sind; 3) ob mit solchen Waaren gehandelt wird, deren Verkauf nach dem vom Besitzer gelösten Gewerbeschein gestattet ist; 4) ob diese Dokumente an einer sichtbaren Stelle angebracht sind; 5) ob von denjenigen Personen, auf deren Namen die Dokumente ertheilt sind, die Anstalten gehalten werden; 6) ob, falls die Anstalt auf eine andere Person übergegangen ist, auf dem Gewerbeschein der Vermerk des Steuer-Inspektors bezüglich eines solchen Ueberganges sich findet; 7) ob an dem Orte, welcher im Gewerbeschein angegeben ist, die Anstalt sich befindet, und wenn nicht, ob auf dem Schein der Vermerk des Steuer-Inspektors bezüglich der Ueberführung der Anstalt ist; 8) ob der Leiter selbst der Anstalt vorsteht, oder ein erwachsenes Familienglied desselben (Vater, Mutter, Mann, Frau, Kinder, Enkel), oder in einer Kaufmannsfamilie alle Mitglieder derselben, welche mit dem Leiter in ein Zeugniß eingetragen sind, oder aber ein besonderer Commis 1. Klasse; ob dieser Commis mit dem Commisschein versehen ist; 9) ob im Fall der Abwesenheit des Leiters oder des denselben vertretenden Familiengliedes der Handel nicht von einem Commis 1. Klasse betrieben wird, der keinen Commisschein hat; 10) ob, falls in der Anstalt Commis 2. Klasse sind, dieselben mit Commisscheinen versehen sind.

Anmerkung. Zu den Commis 1. Klasse gehören diejenigen, welche der Anstalt vorstehen; ihre Gehülfen sowie die des Leiters der Anstalt gehören zu den Commis 2. Klasse.

8) Auf Gewerbescheine für Handelsanstalten 3. Kategorie ist der Kleinhandel gestattet ausschliesslich an die Consumenten und aus einer Anstalt, welche nur aus einem Gemach besteht, in welchem, ausser dem Leiter, nur ein erwachsener in Lohn stehender Commis sein darf. Es muss desshalb bei der Revision von Anstalten, welche auf Gewerbescheine dritter Kategorie gehalten werden, der Gemeinde-Aelteste oder der Gemeinde-Vorsteher darüber sich vergewissern: a) ob die Anstalt aus einem Gemach besteht; b) ob in derselben nicht der Handel mit Waaren betrieben wird, deren Verkauf in Anstalten 3. Kategorie nicht gestattet ist; und c) ob in derselben nicht mehr als ein Commis ist. Anderenfalls ist der Besitzer zur Lösung eines Gewerbescheines höherer Kategorie verpflichtet (§ 47 Pkt. 5 d. Instr. f. d. Anwend. d. Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer).

9) Auf Gewerbescheine 4. Kategorie ist der Kleinhandel mit Waaren gestattet, die in dem zu Pkt. 30 des Art. 6 Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer beigefügten Verzeichniss aufgeführt sind, und aus einer ständigen nicht grossen Räumlichkeit; Lagerräume und in Lohn stehende Commis sind dabei nicht gestattet. Bei der Revision von Anstalten, welche auf Gewerbescheine vierter Kategorie gehalten werden, ist desshalb besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten: a) ob kein Handel mit Waaren betrieben wird, welche in dem Verzeichniss über die auf Gewerbescheine 4. Kategorie zum Handel gestatteten Waaren nicht aufgeführt sind; b) ob die Räumlichkeit nicht das Aussehen und die Bedeutung eines Zimmers hat; und c) ob kein Lagerraum und kein in Lohn stehender Commis daselbst sind.

10) Bei der Revision des Handels im Herumfahren und Herumtragen ist Acht zu geben, das nicht Waaren verkauft werden, welche in dem hier beigefügten Verzeichniss

von Waaren, deren Verkauf im Herumtragen und Herumfahren gestattet ist, nicht aufgeführt sind \*).

11) Auf den vorgewiesenen Handelsdokumenten sind Jahr, Monat und Tag, an welchem die Anstalt revidirt wurde, unter Unterschrift der Revidenten zu vermerken.

13) Ueber Alles, was bei der Revision sich ergeben hat und wie sie bewerkstelligt worden, ist der Gemeinde-Aelteste ein Journal \*\*) zusammenzustellen verpflichtet, welches von den Revidenten unterzeichnet und zu dem vom Dirigirenden des Kameralhofs festgesetzten Termin durch den Steuer-Inspektor dem Kameralhof vorgestellt wird.

13) Im Journal werden namentlich angeführt die Besitzer der Anstalten oder ihre Stellvertreter, wogegen die Commis nur der Zahl nach eingetragen werden, unter Theilung derselben in Klassen und unter Angabe des Datums und der №№ der von ihnen gelösten Gewerbescheine.

14) Bei der Eintragung der Handelsanstalten werden die Rubriken 11, 12, 14, 15, 17 und 18 des Journals nicht ausgefüllt.

15) Jede Handels- oder Gewerbeanstalt wird unter einem besondern Punkt eingetragen.

16) Die Commis in den Anstalten werden nicht besonders eingetragen, sondern in dem Abschnitt oder Punkt, unter welchem die Anstalt eingetragen ist, in welcher sie angestellt sind.

17) Der Handel zum Herumfahren und Herumtragen wird, wenngleich er der Revision unterliegt, im Journal nicht eingetragen, und ebenso nicht die von der Gewerbesteuer befreiten Unternehmungen.

18) Alle Correkturen und Streichungen im Journal müssen besonders vermerkt werden.

19) Ueber die von ihm wahrgenommenen offenkundigen und groben Verletzungen der Vorschriften des Reichs-Gewerbesteuer-Gesetzes nimmt der Gemeinde-Aelteste ein besonderes Protokoll auf (Art. 82 Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer).

20) Zu diesen Verletzungen sind zu rechnen: a) gänzlich Fehlen eines Gewerbescheines für die Anstalt oder den Commis; b) Handels- oder Gewerbebetrieb auf Grund eines Dokumentes, welches auf den Namen einer anderen Person ertheilt worden oder für eine anderswo belegene Austalt, ohne dass auf dem Dokument der Vermerk des Steuer-Inspektors bezüglich der Ueberführung sich befindet; c) Betrieb des Handels mit Waaren, mit welchen auf Grund des vom Leiter der Anstalt gelösten Gewerbescheines nicht gehandelt werden darf; d) Fehlen eines Schildes; e) Fehlen eines die Anstalt verwaltenden Commis, falls dieselbe nicht vom Leiter oder dessen Familienglieder verwaltet wird.

---

\*) Die Verzeichnisse der Waaren und Erzeugnisse, mit welchen der Handel gestattet und nicht gestattet ist, hier aufzunehmen, war keine Veranlassung. Des Näheren informieren wird sich Jeder aus dem Gesetz und den zu demselben erlassenen Instruktionen: Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer 8. Juni 1898 (Reg.-Pat. 2. October 1898 № 37); Instruktion f. d. Ausgabe v. Gewerbescheinen (Reg.-Pat. 12. April 1899 № 16); und Instruktion f. d. Anwend. d. Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer 5. Februar 1899 (Reg.-Pat. 3. Mai 1899 № 17), die sämmtlich in einer guten, vom Handels-Deputirten der Stadt Riga A. v. Sticinsky bewerkstelligten Uebersetzung zu finden sind. D. Hrsg.

\*\*) Das Formular zum Journal sowie die im § 4 gedachten offenen Billets sind mittels Cirk. d. Kameralhofs an die Handelsdeputirten und Gemeinde-Aeltesten v. 30 März 1899 sub. № 2450 versandt worden. D. Hrsg.



21) Hinsichtlich aller sonstigen Fälle von Verletzung der Vorschriften für die Lösung der Gewerbescheine, wo Zweifel entstehen können, berichtet der Gemeinde-Aelteste, ohne ein Protokoll aufzunehmen, dem Steuer-Inspektor zu dessen Erwägung.

22) Das Protokoll über die wahrgenommene Verletzung der Vorschriften für die Lösung der Handelsdokumente muss während der Revision selbst und wenn möglich in der Anstalt, in welcher die Verletzung wahrgenommen, aufgenommen werden. Bei der Protokoll-Aufnahme müssen anwesend sein der Leiter der Anstalt, oder ein Mitglied seiner Familie, oder ein Commis, und unbedingt zwei unbetheiligte Zeugen (Art. 82 Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer).

23) Falls mehrfache Verletzungen in einer und derselben Anstalt wahrgenommen sind, so wird hierüber ein Protokoll aufgenommen, jedoch in solcher Vollständigkeit, dass über jede einzelne Verletzung gesondert geurtheilt werden kann, Zwecks Verhängung einer Geldstrafe für jede Verletzung (§ 48 Instr. f. d. Anwend. d. Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer).

24) Im Protokoll ist zu verzeichnen: 1) Zeit und Ort seiner Aufnahme; 2) von wem, wann und wo die Verletzung wahrgenommen; 3) worin dieselbe besteht und welche Umstände sie erhärten; 4) Vor-, Vaters- und Familiennamen, Stand und Wohnort des Schuldigen; 5) Vor- und Familiennamen und Stand der bei Aufnahme des Protokolles anwesenden Zeugen; 6) alle vom Schuldigen gemachten Bemerkungen und Aussagen, und 7) Umstände, welche auf die Strafmessung von Einfluss sein können, wie: a) Grösse des Umsatzes, b) ob der Schuldige das erste Jahr den Handel betreibt oder denselben auch früher betrieben hat, c) ob er sogleich den vorgeschriebenen Gewerbeschein zu lösen bereit ist, d) ob die Nichtlösung des Handelsdokuments nicht durch andauernde Krankheit oder durch Abwesenheit geursacht worden ist, e) ob der Leiter der Anstalt bei der Revision nicht irgendwelche Grobheit oder Widersetzlichkeit gegen die die Revision bewerkstelligenden Personen sich erlaubte.

25) Falls es bei der Revision sich erweist, dass in der Anstalt überhaupt kein Handelsdokument vorhanden ist, so ist der Gemeinde-Aelteste verpflichtet, dem Leiter der Anstalt zu erklären, dass wenn im Laufe zweier Wochen der vorgeschriebene Gewerbeschein von ihm nicht gelöst sein wird, die Anstalt werde geschlossen werden; diese Eröffnung wird gleichfalls in das Protokoll eingetragen. Jedoch kann die Schliessung der Anstalt nur auf Verfügungen des Steuer-Inspektors erfolgen.

26) Bei der Aufnahme des Protokolles wegen Handelsbetriebs ohne den erforderlichen Gewerbeschein von beweglichen Vorrichtungen (Buden, Kästen, Läden, Schränken, Tischen), sowie mittels Herumtragens und Herumfahrens, ist der Gemeinde-Aelteste verpflichtet, vom Schuldigen zur Sicherstellung der Strafzahlung eine Caution im doppelten Werthe des nicht gelösten Gewerbescheins zu verlangen. Ist Geld zur Cautionsbestellung nicht vorhanden, so muss der Gemeinde-Aelteste die beim Schuldigen vorfindlichen Waaren mit Beschlag belegen, und hiebei ein ausführliches Verzeichniss derselben aufnehmen unter seiner und der Unterschrift der bei der Revision Anwesenden. Die Waaren sind der Ortspolizei\*) zur Aufbewahrung zu übergeben bis zu dem auf Verfügung des Kameralhofs erfolgenden öffentlichen meistbietlichen Verkauf derselben (Art. 85 Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer, § 48 Pkt. 4 Instr. f. d. Anwend. d. Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer).

Anmerkung. Bei der Verzeichnung der Waaren im Protokoll wird angegeben: a) Gattung und Anzahl der Waaren, b) Anzahl der Stellen oder Räumlichkeiten, wohin sie gebracht, c) Anzahl der Siegel, mit welchen jede dieser Räumlichkeiten versehen worden.

\*) D. i. der Guts- bzw. der Gemeindepolizei.

27) Die zur Sicherstellung der Strafe eingezahlte Caution wird zeitweilig, bis auf zwei Wochen, in der Kasse der Gemeinde-Verwaltung aufbewahrt, wonächst die Gemeinde-Verwaltung diese Caution in die Rentei zu den Depositen des Livl. Kameralhofs einzahlt und die Quittung der Rentei per Post an die Handels-Abtheilung des Letztern übersendet.

28) Das Protokoll wird allen bei dessen Aufnahme anwesenden Personen vorgelesen und von ihnen unterzeichnet. Für die Schreibensunkundigen unterzeichnen auf ihre Bitte diejenigen, welche sie damit betrauen. Falls der Schuldige die Unterzeichnung verweigert, so ist Solches im Protokoll anzuführen und durch die Unterschrift der Zeugen zu bescheinigen. Die Protokolle werden in russischer Sprache abgefasst.

Anmerkung. Die Betheiligten können ihre Erklärungen in der örtlichen Sprache abgeben.

29) Die Protokolle werden unaufhältlich dem örtlichen Steuer-Inspektor vorgestellt, wobei der Gemeinde-Aelteste verpflichtet ist, auf Verlangen desselben, ergänzende Auskünfte beziehentlich der von ihm aufgenommenen Protokolle zu geben.

Anmerkung. Gemäss Art. 89 Ges. üb. d. Reichs-Gew.-Steuer sind die Gemeinde-Aeltesten verpflichtet, die erwähnten Auskünfte und Angaben in protokollarischer Form zu geben.

30) In denjenigen Ortschaften und Ansiedelungen, in welchen besondere Deputirte zur Handelsrevision gewählt sind, bewerkstelligt der Gemeinde-Aelteste nicht die Revision. Zu diesen Ansiedelungen gehören: im Rigaschen Kreise — der Rigasche Strand; im Wolmarschen Kreise — der Flecken Rujen; im Werroschen Kreise — Wöbs; im Dörptschen Kreise — die Flecken Tschorna und Nustago; im Pernauschen Kreise — die Gemeinden Torgel und Alt-Fennern; und im Walkschen Kreise — die Ortschaft Marienburg».

---

## **Beilage Lit. F.**

(zu § 741).

### **Etat des Kreisgerichts.**

Fällt weg, da in Folge der Justizreform d. J. 1889 die Kreisgerichte aufgehoben worden sind.— Es wird an dieser Stelle als Beilage zur L.-G.-O. v. 19. Februar 1866 die Vollzugs-Instruction zu derselben gegeben.

Reg.-Pat. 29. August 1866 № 76; „Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird auf Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen, zur Erfüllung eines derselben zugegangenen desfallsigen Antrags Sr. Erlaucht des Herrn General-Gouverneurs, die von Hochdemselben entworfene und bestätigte Vollzugs-Instruction zur Landgemeinde-Ordnung für die Ostsee-Gouvernements vom 19. Februar 1866 desmittelst zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht.

## **Vollzugs-Instruction**

zur

Allerhöchst bestätigten Landgemeinde-Ordnung für die Ostsee-Gouvernements vom 19. Februar 1866.

I.

### **Von der Verschmelzung der Landgemeinden.**

§ 1.

Die Aufsichts-Behörden (in Liv- und Estland die Kirchspiels-Gerichte, in Kurland die Kreisgerichte) haben sofort nach dem 1. October d. J. in denjenigen Gemeinden, welche weniger als 200 Angehörige zählen, der Gutspolizei aufzugeben, dass sie das Gemeinde-Gericht und die Vorsteher (in Estland den Gemeinde-Aeltesten, die Gehilfen und Vorsteher) versammeln und denselben die Frage vorlegen soll, ob in ihren resp. Gemeinden zur Bildung des Gemeinde-Ausschus-

ses (L.-G.-O. § 9) und zur Besetzung der Gemeinde-Aemter (L.-G.-O. §§ 15, 25, 26) die zureichende Anzahl stimmberechtigter und wählbarer Glieder und die genügenden Mittel zur Unterhaltung der Gemeinde-Verwaltung vorhanden sind. Wird diese Frage bejahend beantwortet, so berichtet darüber die Guts-Polizei der Aufsichts-Behörde.

Reg.-Pat. 14. December 1866 № 120 (Antrag d. General-Gouverneurs): „.... dass unter den ..... im § 1 .... der Vollz.-Instr. erwähnten Gemeinde-Angehörigen nur Personen männlichen Geschlechts ohne Rücksicht auf den Lebensalter zu verstehen sind,.....“

## § 2.

Wird die Frage (§ 1) verneint, so hat die Guts-Polizei eine Versammlung der ganzen Gemeinde zusammenzuberufen (Livl. B.-V. § 297, ..... ) und diese ist verpflichtet darüber sich auszusprechen, mit welcher Nachbargemeinde namentlich sie sich zu verschmelzen wünscht. Diesen Ausspruch hat die Guts-Polizei der Aufsichts-Behörde unter umständlicher Angabe der geltend gemachten Gründe einzuberichten.

## § 3.

Demnächst versucht die Aufsichts-Behörde eine freiwillige Vereinigung der betreffenden Gemeinden (§ 2), indem sie unter eigener Leitung die beiderseitigen Guts-Polizeien und Gemeinde-Beamten zur Berathung versammelt. Wenn zwischen ihnen eine Verständigung zu Wege gebracht und das darüber aufzunehmende Protokoll von beiden theiligten Gemeinde-Versammlungen genehmigt wird, so hat die Aufsichts-Behörde die freiwillige Verschmelzung mittelst förmlichen Decrets zu beschliessen, gegen welches weitere Rechtsmittel nicht zulässig sind.

## § 4.

Gelingt der Verständigungsversuch (§ 3) nicht, wird auf Grund des § 2 der Allerh. bestät. L.-G.-O. von der Aufsichts-Behörde mittelst Decrets die obligatorische Verschmelzung ausgesprochen und werden darin alle näheren Festsetzungen von obrigkeitwegen getroffen und in Ausführung gebracht.

Anmerkung 1. Im Falle der obligatorischen Verschmelzung ist die Aufsichts-Behörde nicht an die Wünsche der zu verschmelzenden Gemeinden (§ 2) gebunden, sondern hat von sich aus diejenige Gemeinde zu bestimmen, mit welcher die zu verschmelzende Gemeinde vereinigt werden soll.

## § 5.

Nachdem die obligatorische oder freiwillige Verschmelzung (§ 3 und 4) förmlich decretirt worden, hat die Aufsichts-Behörde auf Grund des § 2 L.-G.-O. die bezügliche Vorstellung dem Gouverneur und dem Cameralhof zu machen und zur Constituirung der neuen Gemeindegewalten in den vereinigten Gemeindebezirken (vgl. unten § 9—20) und der Guts-Polizei nach Maassgabe des § 3

L.-G.-O. nicht eher zu schreiben, als bis in Betreff der Verschmelzung vom Gouverneur und Caneralhof die erforderliche Anordnung getroffen und dieselbe demnächst thatsächlich durchgeführt ist.

Anmerkung 1. Zur Leitung der ersten Aufstellung der Gemeinderolle (§ 6—8) und der ersten Wahl-Versammlungen (§ 9—17) hat die Aufsichts-Behörde in Liv- und Kurland einen der Gemeinde-Gerichts-Vorsitzer, in Estland einen der Gemeinde-Aeltesten der verschmolzenen Gemeinden zu bestimmen.

## II.

### Von der ersten Aufstellung der Gemeinderolle.

#### § 6.

In den der Verschmelzung nicht unterliegenden Gemeinden, sowie in allen überhaupt, die über 200 Angehörige zählen, ist sofort nach dem 1. October d. J. mit der Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung vorzugehen und zwar hat dieselbe überall mit der Aufstellung der Gemeinderolle (L.-G.-O. § 20, Pkt. k) durch das Gemeinde-Gericht und die Vorsteher (in Estland . . . .) zu beginnen, wobei das angeschlossene Schema zu genauer Richtschnur zu nehmen ist \*).

Nach Maassgabe der Constituirung verschmolzener Gemeinden (§ 5) wird in denselben in gleicher Weise unverzüglich zur Anfertigung der Gemeinderolle geschritten.

1. Reg.-Pat. 14. December 1866 № 120 (Antrag d. General-Gouverneurs): «..... dass unter den ..... im § 6 .... der Vollz.-Instr. erwähnten Gemeinde-Angehörigen nur Personen männlichen Geschlechts ohne Rücksicht auf das Lebensalter zu verstehen sind,.....»

2. Reg.-Pat. 3. November 1867 № 160 (Antrag d. General-Gouverneurs): «Ergänzung des § 6 der Vollzugs-Instruction: die auf Hofesland situirten Gesindes-Eigenthümer und Pächter bilden, sofern sie als ansässige Gemeindeglieder den Gesindes-Eigenthümern und Pächtern auf Gehorchsland gleichgestellt worden sind, eine eigene Klasse, und sind dieselben demnach in der Gemeinderolle unter den ansässigen Mitgliedern und unter der Ueberschrift: «Eigenthümer und Pächter von Hofesland-Gesinden» zu verzeichnen».

#### § 7.

Bei der ersten Aufstellung der Gemeinderolle und bei allen auf die Constituirung der neuen Gemeinde-Verwaltung bezüglichen Wahrnehmungen hat der Inhaber der Guts-Polizei persönlich oder durch einen Repräsentanten (Livl. B.V. § 616, . . . .) mitzuwirken, indem er die genaue Befolgung der Regeln der Landgemeinde-Ordnung und dieser Vollzugs-Instruction beaufsichtigt und alle bezüglichen Beschlüsse, Urkunden und Berichte mit unterzeichnet.

\*) S. am Schluss das Reg.-Pat. v. J. 1873 № 27.

## § 8.

Ist die Gemeinderolle angefertigt, so haben das Gemeinde-Gericht, die Vorsteher (in Estland.....) und die Guts-Polizei dieselbe als richtig zu bescheinigen und der Aufsichts-Behörde einzusenden, welche sie, nach stattgehabter Revision und eventueller Zurechtstellung, der Gemeinde-Verwaltung ohne Aufschub behufs Vornahme der Wahlen retradirt. Demnächst ist die Gemeinderolle vor jeder künftigen Neuwahl der Gemeinde-Beamten, Gemeinde-Ausschuss-Personen und der Delegirten der unansässigen Klassen von dem Gemeinde-Ältesten mit dem jeweiligen Bestande und den Verhältnissen der Gemeindeglieder zu vergleichen, eventuell abzuändern und zu ergänzen, und hat die Aufsichts-Behörde bei jeder Jahres-Revision (L.-G.-O. § 33) darauf, dass dies geschehen, ihr besonderes Augenmerk zu richten.

Reg.-Pat. 3. November 1867 № 161 (Antrag. d. General-Gouverneurs): «..... dass in Abänderung des § 8 der .... Vollz.-Instr. .... die Revision der Gemeinderolle nach dem jeweiligen Bestande und den Verhältnissen der Gemeindeglieder unmittelbar nach St. Georgi jeden Jahres vorzunehmen ist.»

## III.

### Von der Wahl der Delegirten der unansässigen Klassen, der Ausschuss-Personen und der Gemeinde-Beamten.

## § 9.

Die Aufsichts-Behörde bestimmt sodann in Gemeinden bis 200 Angehörigen und von 200 bis 500 Angehörigen die Zahl der zu wählenden Ausschuss-Personen (L.-G.-O. § 9 und Anmerk. zu diesem §), und ordnet in sämtlichen Gemeinden zunächst die Wahl der Delegirten von Seiten der unansässigen Klassen an (L.-G.-O. § 6).

Reg.-Pat. 14. December 1866 № 120 (Antrag. d. General-Gouverneurs): «..... dass unter den ..... im § 9 der Vollz.-Instr. erwähnten Gemeinde-Angehörigen nur Personen männlichen Geschlechts ohne Rücksicht auf das Lebensalter zu verstehen sind, .....»

## § 10.

Die erste Wahl dieser Delegirten geschieht in der Weise, dass die unansässigen Klassen und zwar in der im § 6 und in der Anmerkung zum § 8 L.-G.-O. bezeichneten Theilung, d. h. abgesondert die Hofesknechte, die Wirthsknechte und die unansässigen selbständigen Personen mit Einschluss der Lostreiber, nach Bestimmung der Guts-Polizei und unter Leitung des Gemeinde-Gerichts-Vorsitzers (in Estland.....), successiv versammelt werden und von ihnen je ein Delegirter auf 10 volljährige Mitglieder der betreffenden Klasse gewählt wird.

Reg.-Pat. 14. December 1866 № 120 (Antrag d. General-Gouverneurs): «Dass sämtliche unansässige Gemeindeglieder, also auch diejenigen, welche mit Pässen versehen ihr zeitweiliges Domizil ausserhalb des Gemeindebezirks haben, in die Gemeinderolle aufzunehmen und bei Feststellung der Zahl der Delegirten der zur Gemeinde gehörigen unansässigen Mitglieder mitzuzählen sind.»

### § 11.

Da keine dieser Klassen, sofern sie in der Gemeinde vorhanden, in der Wahl-Versammlung unvertreten bleiben darf, so soll, wenn eine derselben die gesetzliche Zahl von 10 volljährigen Mitgliedern nicht erreicht, aus ihr gleichwohl ein Delegirter erwählt werden, wogegen eine die Zahl 10 oder deren Mehrheiten etwa übersteigende Mitgliederzahl dieser Klasse gar nicht in Betracht zu ziehen ist. Die erwählten Delegirten sind auf Anordnung des Gemeinde-Gerichtsvorsitzers (in Estland . . . .) in die Gemeinderolle einzutragen.

### § 12

Die nach Ablauf der ersten dreijährigen Functionsperiode der Delegirten der unansässigen Klassen erforderliche Neuwahl, sowie alle ferneren Wahlen derselben sind in der obenerwähnten Ordnung und mit genauer Beachtung der Anmerkung 2 zum § 8 L.-G.-O. vom Gemeinde-Aeltesten selbständig zu veranlassen und zu leiten.

### § 13.

Nachdem die Neuwahl der Delegirten der unansässigen Klassen geschehen, soll sofort die erste ordentliche Wahl-Versammlung abgehalten werden.

### § 14.

Diese wird auf Grund der Gemeinderolle in der durch § 6 L.-G.-O. bestimmten Zusammensetzung von der Guts-Polizei zusammenberufen und unter ihrer Aufsicht vom Gemeinde-Gerichtsvorsitzer (in Estland . . . .) geleitet. Die Bestimmung über den Ort und den Zeitpunkt des Zusammentritts gebührt der Guts-Polizei, die Festsetzung der Wahlprocedur der Aufsichts-Behörde. Die Guts-Polizei hat indessen hierbei darauf zu achten, dass für den Fall späteren Einspruchs die Stimmberechtigung der Mitglieder, die Wahlfähigkeit der Candidaten und sonstige gesetzliche Bedingungen gehörig bescheinigt seien.

### § 15.

Ueber den Wahlakt ist ein besonderes Protokoll aufzunehmen, das die namentliche Aufzählung sämtlicher gewählt habenden und gewählten Personen enthalten muss und der Aufsichts-Behörde bei Erbitung der Bestätigung der erwählten Personen durch Vermittelung der Guts-Polizei abschriftlich einzusenden ist.

## § 16.

Die ersten Gemeindewahlen haben in Estland sämtliche Gemeinde-Beamten (mit Einschluss der Richter), in Liv- und Kurland die Aeltesten und die Vorsteher, ferner in allen drei Provinzen den Gemeinde-Ausschuss zu umfassen. Dagegen branches die Wahlen der Mitglieder der Gemeinde-Gerichte in Liv- und Kurland nicht eher vorgenommen zu werden, als bis deren laufende Dienst-Termine absolvirt sind, es sei denn, dass in diesen Provinzen ein Mitglied des Gemeinde-Gerichts zum Gemeinde-Aeltesten gewählt wird, in welchen Fällen eine Neuwahl des betreffenden Gemeinde-Gerichts-Gliedes stattzufinden hat *«oder dass eine Verschmelzung zweier oder mehrerer Gemeinden mit gesonderten Gemeindegerichten stattfindet \*)»*.

## § 17.

Die durch Loos zu bestimmende Reihenfolge im Austritt der zuerst erwählten Ausschuss-Personen ist beim ersten theilweisen Wechsel derselben (L.-G.-O. § 9) unter Leitung des Gemeinde-Aeltesten festzustellen und darüber das Erforderliche in einem besonderen Protokoll zu vermerken.

Dagegen hat auf Grund der von der Commission für Bauern-Sachen in Gemässheit der Anmerkung 2 zu § 9 L.-G.-O. unverweilt zu treffenden und vom General-Gouverner zu bestätigenden Entscheidung die Aufsichts-Behörde dem Gemeinde-Aeltesten derjenigen Gemeinden, wo der festgesetzte oder gesetzliche Ausschuss-Bestand nicht in drei gleiche Theile theilbar ist, zur Richtschnur zu eröffnen, welche Zahl der Ausschuss-Personen in jedem Jahr neu besetzt werden soll.

## § 18.

Die fernerer regelmässigen oder beim Eintritt von Vacanzen nothwendig werdenden Wahlen der Ausschuss-Personen (L.-G.-O. § 9), der Gemeinde-Beamten (das. § 8) und der Delegirten der unansässigen Klassen (das. § 6) haben im October oder November desjenigen Jahres, in welchem die betreffenden Dienst-Termine ablaufen, oder der Wechsel der Ausschuss-Personen erfolgen muss oder die Vacanz eintrat, unter selbstständiger Leitung des Gemeinde-Aeltesten L.-G.-O. § 8, § 20 Pkt. a) stattzufinden. Die erwählten Personen treten indessen nach ihrer Bestätigung, resp. Vereidigung, immer erst mit Beginn des bürgerlichen Jahres in Function.

Dem entsprechend sollen alle Gemeinde-Rechnungen künftig mit dem 31. December jeden Jahres geschlossen werden und hat sodann die vorschriftmässige Rechenschafts-Ablegung (L.-G.-O. § 11, Pkt. h) innerhalb der ersten sechs Wochen des nächstfolgenden Jahres stattzufinden, worüber ein besonderes Protokoll abzufassen und in das Protokoll-Schnurbuch der Gemeinde einzutragen ist.

---

\*) Dieser Zusatz ist lt. Reg.-Pat. 14. December 1866 № 120 vom General-Gouverneur verfügt worden. D. Hrsg.



## IV.

## Von der Einführung und dem Amtsantritt der neuen Gemeindegewalten, sowie vom Gemeindehause.

## § 19.

Nachdem der Ausschuss erwählt und der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher von der Aufsichts-Behörde bestätigt sind, werden die Ausschuss-Personen und Gemeinde-Beamten nach stattgehabter Vereidigung der Letzteren (L.-G.-O. § 27) von dieser Behörde installiert und die Letzteren mit dem Amtszeichen (L.-G.-O. § 31) versehen und soll demnächst vom Ausschuss sofort der Gemeindegemeinschreiber angestellt und hierbei der § 26 Abschn. 3 L.-G.-O. genau befolgt werden \*).

\*) Cirk.-Vorschr. d. Gouverneurs an d. Kirchspielsgerichte 1. Februar 1888 № 785 (Gouv.-Zeit. 15. Februar 1888 № 18): «Mehrfach habe ich bei der Entscheidung von Beschwerden über Verfügungen der Aufsichts-Behörden bemerkt, dass die Kirchspielsgerichte die Ausschuss-Personen als Gemeinde-Beamte ansehen und auf dieselben die Artt 28 und 34 L.-G.-O. v. J. 1866 zur Anwendung bringen. — Eine derartige Ansicht der Kirchspielsgerichte ist vollkommen unbegründet, da die Ausschuss-Personen nicht als Gemeinde-Beamte angesehen werden können. Die Artt. 8 und 30 L.-G.-O. unterscheiden ausdrücklich zwischen Ausschuss-Personen und Gemeinde-Beamten; dieser Unterschied tritt noch deutlicher im Art. 29 hervor, in welchem gesagt ist: «Ein von der vollen Gemeinde-Versammlung in den Gemeinde-Ausschuss oder zu einem Gemeinde-Amt Erwählter», — die Ordnung für die Wahl der Ausschuss-Personen ist im Art. 9 geregelt, und nicht im 1. Abschn. d. III Hauptst., wo die Ordnung für die Einsetzung und Entlassung der Gemeinde-Beamten angegeben ist; im Art. 26 werden sämtliche Gemeinde-Beamte aufgeführt, jedoch der Ausschuss-Personen geschieht keine Erwähnung; endlich beseitigt Art. 19 Vollz.-Instr. jeglichen Zweifel in dieser Hinsicht, indem er unter Anderem anführt, dass «die Aufsichts-Behörde die Ausschuss-Personen und Gemeinde-Beamten nach stattgehabter Vereidigung der Letzteren installiert». — Hieraus erhellt, 1) dass die Ausschuss-Personen den im Art. 34 L.-G.-O. vorgesehenen Disciplinarstrafen, welche für die Gemeinde-Beamten für unbedeutende Amtsvergehen angeordnet sind, nicht unterzogen werden können, und 2) dass Art. 28 l. c., laut welchem wahlunfähig zu Gemeinde-Aemtern alle Personen sind, die zufolge gerichtlichen Urtheils bestraft oder urtheilmässig in Verdacht belassen worden, oder welche in Untersuchung oder unter Gericht sich befinden, oder mehrfach Polizeistrafen erduldet haben, auf die Ausschuss-Personen keine Anwendung finden kann, und können Solche in den Ausschuss gelangen, falls sie nur in gesetzlicher Ordnung gewählt worden sind. — Solches eröffne ich allen Kirchspielsgerichten zur Wissenschaft und Nachachtung.» Hinzugefügt mag werden die Bestimmung der Reichsgesetzgebung, auf welche bereits in der Anmerk. \*\*) zu Art. 34 L.-G.-O. (S. 189) Bezug genommen wurde. Anmerk. 1 zu Art. 112 Allgem. B.-V. (Bes. Beil. zum Ständerecht, Cod. der Reichsges. Bd. IX, Ausg. v. J. 1876) lautet: «Die Gemeinde-Ausschuss-Personen gelten nicht als Beamte».

Das Pathos des—bemerkenwerther Weise in die unter den Auspicien des Gouverneurs zusammengestellte Schenschin'sche Sammlung nicht aufgenommenen,—Circulars v. 1. Februar 1888 ist leider ein falsches, denn die Livländischen Kirchspielsrichter waren eben nur durch die Justizreform d. J. 1889 beseitigt worden, als der strafbare Unverstand eines jungen Kirchspielsrichters legalisirt und die Verhängung von Disciplinarstrafen über die Ausschuss-Personen den Commissaren f. B.-S. freigegeben wurde, — zum Zweck der Unterdrückung der Gemeindefreiheit, wie aus anderen Maassnahmen dieser Beamten geschlossen werden muss. Denn welchen anderen Sinn soll es sonst haben, wenn in letzter Zeit diese Beamten auch den Anspruch erheben, den Gemeinde-Aeltesten zu bestätigen und der Gemeinde-Versammlung nur das Recht belassen, Candidaten aufzustellen, sowie Anstalten treffen, dem Gemeinde-Ausschuss das Recht zur Wahl der Gemeindegemeinschreiber und Lehrer zu entziehen! Nach Art. 72 Reichs-Grundgesetze, Cod. der Reichsges. Bd. I Th. 1, bleibt jedes Gesetz solange in Geltung, als es nicht durch ein neues Gesetz aufgehoben ist. Ferner steht keinem der in Livland amtirenden Staatsbeamten das Recht der Gesetzesinitiative zu, Art. 49 Reichs-Grundges.; und auch im Ministerium wird eine Aenderung

## § 20.

Das Amtszeichen (L.-G.-O. § 31) wird der Aufsichts-Behörde auf deren Vorstellung in der erforderlichen Anzahl von Exemplaren vom General-Gouverneur unter Aufgabe der von den betreffenden Gemeinden zu erstattenden Kosten zugefertigt.

## § 21.

Demnächst hat in Liv- und Kurland die Uebergabe der von dem Gemeinde-Gericht bisher verwalteten Gemeindegelder, des Magazins, der sonstigen Effekten und sämmtlicher auf die bisherige administrative und ortspolizeiliche Thätigkeit dieser Gerichte bezüglichen Schriften an den neuen Gemeinde-Vorstand unter Aufsicht der Guts-Polizei stattzufinden, worüber ein besonderes Protokoll anzufertigen und der Aufsichts-Behörde abschriftlich einzusenden ist. In Estland.....

## § 22.

Die Aufsichts-Behörde hat auf Kosten der betreffenden Gemeinden für Anschaffung des Gemeinde-Siegels, wo ein solches noch nicht vorhanden, sowie des Protokoll-Schnurbuchs (L.-G.-O. § 13) Sorge zu tragen. Das Siegel muss

---

der L.-G.-O. nicht erwogen. Endlich darf eine Abänderung der L.-G.-O. für Livland allein nicht erfolgen, weil dieses Gesetz für alle drei Provinzen zusammen erlassen worden ist. Bereits Kaiser Nikolaus I fand es für nothwendig, eine Verschmelzung der Bauer-Verordnungen der drei Provinzen in die Wege zu leiten und bestätigte am 2. August 1829 ein R.-R.-G., welches hierüber erfolgt war; s. die (officielle) geschichtl. Uebersicht der Grundlagen und der Entwicklung des Prov.-R. in d. Ostseegouv. Th. II S. 182 fg. Dieses R.-R.-G. gelangte zwar nicht zur Ausführung, doch wurden 1863, 1866 und späterhin 1889 wesentliche Theile der Bauer-Verordnungen verschmolzen und in gleichartiger Weise geändert, zum Zeugniß der Einheit der drei Provinzen in Recht und Sprache, Glaube und Sitte, und der Anerkennung der Gemeinsamkeit ihrer gesammten Cultur. Eine nur lokale Abänderung des Gesetzes verletzt somit seine hauptsächlichste Grundlage. Das Ges. üb. d. Balt. Gouv.-Beh. f. B.-S. bezeichnet den Gouverneur als den obersten Wächter des Bauerrechts, doch hat derselbe über die—nur mit den schwersten Disciplinarstrafen zu ahndende,—zerstörende Thätigkeit der Commissare f. B.-S. bisher sich nicht geäußert. Wichtig dagegen ist die andere im Cirk. v. 1. Februar 1888 berührte Frage, betreffs der Qualifikation der Ausschuss-Personen. Weder L.-G.-O. noch Vollz.-Instr. enthalten hierüber eine Bestimmung, doch war in der Praxis wohl kaum ein Bedürfniss danach, weil die Gewöhnung zweier Menschenalter unsere Gemeinden zu ihren Vertretern nur unbescholtene Männer wählen liess, ohne dass es einer Specialisirung dieses Begriffes bedurft hätte; B.-V. v. J. 1819 Artt. 89 u. 99; Agr.- u. B.-V. v. J. 1849 Artt. 353 u. 369. Erst die L.-G.-O. unternahm im Art. 28 eine solche in unmittelbarer Beziehung auf die Gemeinde-Beamten. Da jedoch der Gemeinde-Ausschuss eine rein repräsentative Körperschaft ist mit allen Funktionen einer solchen hinsichtlich der Vertretung der Gesamtheit gegen den Ortsvorstand, Ueberwachung desselben, Bewilligung und Zustimmung in den gesetzlich bestimmten Fällen, so ist die sinngemässe Anwendung der für andere Vertretungskörperschaften und hierin namentlich der in den Stadtgemeinden für die Stadtverordneten-Versammlung geltenden Bestimmungen zwingende Nothwendigkeit. Hiernach dürften Personen, die nicht im Vollbesitz der bürgerlichen Rechte sind, Bankerotteure, Schenk-wirthe, säumige Steuerzahler, und von den in den weiteren Verband der Gemeinde Aufgenommenen die aus Gemeinden und Corporationen Ausgeschlossenen, nicht in den Gemeinde-Ausschuss gewählt werden können; vergl. St.-V. v. 11. Juni 1892 Art. 33. Im Hinblick auf die in grossem Stil betriebene Verschmelzung von Landgemeinden ist jetzt freilich der Erlass einer Bestimmung über die Qualifikation der Ausschuss-Personen durch das Ministerium erforderlich.

D. Hrgg.

mit der Auf- oder Umschrift «Landgemeinde zu N. N.» in der Volkssprache versehen sein.

### § 23.

In solchen Gemeinden, die ein eignes Gemeindehaus noch nicht besitzen, ist der Gemeinde-Aelteste verpflichtet, unter Zustimmung des Ausschusses, für die Gemeinde-Verwaltung (L.-G.-O. § 4) entweder innerhalb des Gemeinde-Bezirks eine geeignete Lokalität anzumiethen oder hinsichtlich der Placirung der Gemeinde-Verwaltung auf dem Hofe mit dem Gustherrs Vereinbarung zu treffen. In Kurland . . . . \*).

### § 24.

Die Unterbringung der Gemeinde-Verwaltung auf dem Hofe darf indessen unter allen Umständen nicht länger als zwei Jahre währen, in welchem Zeitraum entweder das Gemeindehaus erbaut oder die Gemeinde-Verwaltung innerhalb des Gemeinde-Bezirks in einer geeigneten Räumlichkeit dauernd placirt sein muss \*).

## V.

### Von den Beziehungen der neuen Gemeindegewalten zu den Aufsichts- und Polizei-Behörden.

### § 25.

Der amtliche Schriftwechsel der Gemeinde-Aeltesten mit den Aufsichts-Behörden findet direkt und in den Volkssprachen statt. In Betreff desselben und bezüglich der Ordnung des Schriftwechsels mit den Kreis-Polizei-Behörden werden, nachdem die vorbereitenden Maassregeln getroffen worden, die betreffenden speciellen Bestimmungen ergehen.

1. Reg.-Pat. 26. October 1866 № 91 (Antrag d. General-Gouverneurs): « . . . , dass von Sr. Erlaucht dem Herrn General-Gouverneur in theilweiser Ergänzung und Erläuterung des § 25 der Vollz.-Instr. zur Allerh. bestät. L.-G.-O. für die Ostseegouv. v. 19. Februar 1866 und auf Grundlage des § 43 der Allerh. bestät. L.-G.-O. v. 19. Februar 1866 Nachstehendes festgesetzt worden:

- 1) Für den in den Volkssprachen zu führenden amtlichen Schriftwechsel der Kirchspielsgerichte, als Aufsichts-Behörden, mit den Gemeinde-Aeltesten, haben die Notaire dieser Gerichte die Translate in die betreffende Nationalsprache zu besor-

---

\*) Der auf Kurland bezügliche Theil des § 23 sowie § 24 fallen weg. Antrag d. General-Gouverneurs an d. Commission in Livl. B.-S. 30. Mai 1870 № 427: «Indem ich mit den von der Commission in Livl. B.-S. in der Vorstellung v. 8. Mai a. c. № 24 angeführten Gründen zur Aufhebung des § 24 d. Vollz.-Instr. zur L.-G.-O. v. 19. Februar 1866 übereinstimme, verfüge ich hiemit sowohl die Aufhebung des § 24, wie auch des zweiten Theils des § 23 der gedachten Instruction und ersuche die Commission, in der Gouv.-Zeitung eine Bekanntmachung darüber zu erlassen, dass diese zwei Punkte der von meinem Vorgänger entworfenen und bestätigten Instruction aufgehoben worden sind, . . . . »

gen und die zu diesem Zweck etwa erforderliche Anmietung von Translateuren für eigene Rechnung zu bestreiten;

- 2) Der amtliche Schriftwechsel der Kreispolizeibehörden mit den Gemeinde-Aeltesten soll, bis auf weitere Anordnung, durch Vermittelung der Gutspolizeien in der Weise stattfinden, dass die letzteren die Aufträge der Kreispolizeibehörden den Gemeinde-Aeltesten zu übergeben und zu verdolmetschen haben.»

2. Reg.-Pat. 29. März 1883 № 25 (R.-R.-G. 11. Januar 1883): «.... In Ergänzung und Erläuterung der betreffenden Artikel\*) des ersten Theils d. Prov.-R. d. Ostseegouv. zu verordnen: Die Justiz- und anderen Behörden der Ostseegouvernements, auch diejenigen nicht ausgeschlossen, welche die Geschäfte in deutscher Sprache führen, sind verpflichtet, Gesuche und andere Papiere, welche in russischer Sprache oder in einer der örtlichen Mundarten (der estnischen oder lettischen) geschrieben sind, entgegenzunehmen. Von den in der gedachten Sprache oder Mundarten abgefassten Gesuchen und anderen Papieren wird nöthigenfalls, auf Anordnung der Behörde, eine genaue Uebersetzung in die deutsche Sprache behufs der weiteren Verhandlung angefertigt.»

3. Reg.-Pat. 18. Juni 1885 № 31 (Entscheid. d. Dirig. Senats\*\*): «.... Der wörtliche Inhalt des angeführten R.-R.-G. weist darauf hin, 1) dass alle Behörden der Ostseegouv., ohne Ausnahme, verpflichtet sind, Gesuche und andere Papiere, ohne Unterschied, ob sie in russischer oder deutscher Sprache oder in einer der örtlichen Mundarten (der estnischen oder lettischen) abgefasst worden sind, entgegenzunehmen, und 2) dass eine genaue Uebersetzung dieser Gesuche und Papiere in die deutsche Sprache nicht obligatorisch ist, sondern nur nöthigenfalls und dabei auf unmittelbare Anordnung der Behörde, behufs weiterer Verhandlung, angefertigt wird. Der angegebene Sinn dieses Gesetzes wird auch durch den Zweck vollkommen bestätigt, zu welchem das am 11. Januar 1883 Allerh. bestätigte R.-R.-G. über die Verpflichtung der Behörden in den Ostseegouv., Gesuche, welche in russischer Sprache oder in den örtlichen Mundarten geschrieben sind, entgegenzunehmen, emanirt worden ist. Der Zweck des Erlasses dieses Gesetzes bestand in der Festsetzung und Anerkennung der Gleichberechtigung nicht nur der allgemeinen russischen Reichssprache, sondern auch der örtlichen Mundarten der Stammbevölkerung der Ostseegouv. mit der deutschen Sprache; es würde daher weder mit dem wahren Sinn, noch mit dem Geiste des Allerhöchsten Befehls v. 11. Januar 1883 übereinstimmen, wenn irgend eine Zahlung für die Uebersetzung in die deutsche Sprache solcher Gesuche und anderer Papiere, welche in einer Mundart geschrieben sind, die mit der deutschen gleiche Rechte geniessen soll, erhoben werden würde. Indem der Dirig. Senat in Folge dessen anerkennt, dass die Erhebung einer Zahlung für Uebersetzungen, die auf Anordnung der Behörde angefertigt worden sind, schon desshalb nicht zulässig ist, weil dieselbe einen den Ansichten der Staatsregierung nicht entsprechenden Vorzug der deutschen Sprache nicht nur vor den im Territorium gebräuchlichen örtlichen Mundarten, sondern auch vor der allgemeinen Reichssprache verleihen würde,..... verfügt. Ein Dirig. Senat: zu erklären, behufs hinkünftiger Richtschnur, dass die Justiz- und anderen Behörden der Ostseegouv. keinerlei Zahlung für die Uebersetzung von in russischer Sprache oder estnischer und lettischer Mundart geschriebenen Gesuchen und anderen Papieren in die deutsche Sprache erheben sollen.....»

4. Namentl. Allerh. Befehl. an d. Dirig. Senat v. 14. September 1885 (publ. durch Reg.-Pat. 15 October 1885 № 57): «Nachdem Wir an der Zeit befunden, be-

\*) Artt. 121 u. 122 Prov.-R. Th. I.

\*\*) Auf Antrag des Justizministers ergangen.

stimmte Regeln hinsichtlich der Geschäftsführung und des Schriftwechsels in russischer Sprache in den Behörden und seitens der amtlichen Personen der Gouvernements Liv-, Est- und Kurland zu erlassen, haben Wir den vom Ministerkomité, auf Vorstellung des Verwesers des Ministeriums des Innern, ausgearbeiteten und Unseren Intentionen entsprechenden Entwurf solcher Regeln nunmehr gebilligt.

Indem Wir die erwähnten Regeln dem Dirigirenden Senat übersenden, befehlen Wir: dieselben in den Gouvernements Liv-, Est- und Kurland in der festgesetzten Ordnung in Wirksamkeit zu setzen, in Abänderung und Ergänzung der Gesetzesbestimmungen aus den Jahren 1850, 1852 und 1867 und mit Aufhebung der Bestimmung vom 4. November 1869, sowie auch der entsprechenden Artikel der örtlichen Bauer-Verordnungen \*).

\*) Am 3. Januar 1850 erfolgte der Minister-Comité-Beschluss (Reg.-Pat. 10. April 1850 № 12), welcher auch in die erste Fortsetzung, v. J. 1853, des Prov.-R. Th. I, Behördenverfassung, als Anmerkung 2 zu Art. 121 aufgenommen ist, des wesentlichen Inhalts: «1) die Gouvernements-Regierungen und alle Kronsbeförden der drei Ostseegouvernements müssen ihren Schriftwechsel in Russischer Sprache führen, nicht nur mit den obersten und allgemeinen Reichsbeförden und Verwaltungen, und den Beförden ausserhalb der Ostseegouvernements (s. Anmerk. 1 zu Art. 121), sondern auch mit allen in den Ostseegouvernements befindlichen Beförden und Personen, die ihre Geschäfte selbst nicht in Deutscher, sondern in Russischer Sprache verhandeln, desgleichen auch mit allen in den Ostseegouvernements befindlichen Militair-Beförden und -Personen. — 2) Vom 1. Januar 1858 ab, d. h. also nachdem die jetzt ihre höhere Bildung in den Gymnasien und der Universität des Dorpat'schen Lehrbezirks Beginnenden den vollen Lehrkursus durchgemacht, sollen zu allen Aemtern, sowohl als Mitglieder als auch als Kanzelleibeamte der Kronsbeförden des Ostseegebiets, nur solche Personen angestellt werden, die gründliche Kenntnisse der Russischen Sprache besitzen und im Stande sind, in derselben die Geschäfte zu führen». — Am 28. Januar 1852 erfolgte des R.-R.-G. «betreffend die Verkürzung des Geschäftsganges und der Correspondenz im Civil-Ressort», welches nebst den beigefügten umfangreichen Vorschriften und Formularen mittels Reg.-Pat. 26. März 1852 № 30 von der Gouv.-Reg. bekannt gemacht wurde, «mit dem Bemerken jedoch, wie es sich von selbst versteht, dass die betreffenden in Livland auf Grund specieller Anordnung des Allerh. bestätigten Provincialrechts bestehenden abweichenden Bestimmungen hinsichtlich der Correspondenz und des Geschäftsganges, als durch die gegenwärtige Verordnung nicht ausdrücklich aufgehoben, in Anleitung des Cod. d. Reichsgrundgesetze Bd. I Art. 79 unverändert in Kraft und Wirksamkeit verbleiben . . . » Am 1./13. Juni 1867 endlich erfolgte der Minister-Comité-Beschluss «über die Massregeln zur Verstärkung des Unterrichts in der Russischen Sprache im Dorpat'schen Lehrbezirk» (Vollst. Gesetzsamml. № 44651); zum angegebenen, zur Erfüllung «des Monarchischen Willens vom 3. Januar 1850» gereichenden Zweck wurde, unter Billigung des Antrags der General-Adjutanten Schuwalow und Albedinsky, — unserer früheren General-Gouverneure, — namentlich zur Heranziehung der Letten und Esten, beschlossen, in Riga ein russisches Gymnasium unter der Benennung «Alexander-Gymnasium» zu begründen (Pkt. 1); «alle sonstigen in der Meinungsäusserung des Ministers der Volksaufklärung beantragten Massregeln zur Verstärkung der Erlernung der Russischen Sprache in den Lehranstalten des Dorpat'schen Lehrbezirks zu bestätigen, sowie den Hofmeister Grafen Tolstoi zu beauftragen, noch andere Mittel, welche zur erfolgreichsten und schnellsten Erreichung des angegebenen Zweckes führen, ausfindig zu machen, und seine diesbezüglichen Anträge im Minister-Comité einzubringen» (Pkt. 2); und endlich: «Die besondere Aufmerksamkeit der Minister und Oberverwaltenden der einzelnen Zweige auf die dringende Nothwendigkeit zu lenken, mit vereinten Anstrengungen aller Ressorts zur unaufhältlichsten Erfüllung des im Allerh. am 3. Januar 1850 bestät. Min.-Com.-Besch. ausgesprochenen Monarchischen Willens über die Einführung der Geschäftsführung in Russischer Sprache in den Kronsbeförden des Baltischen Gebiets zu schreiten» (Pkt. 3). Zu Pkt. 2 dieses Min.-Com.-Beschlusses vergl. auch den Min.-Com.-Beschl. v. 31. October 1869 (Vollst. Gesetzsamml. № 47597) über die obligatorische Führung des äusseren Schriftwechsels der Lehranstalten des Dorpater Bezirks in russischer Sprache, sowie den Allerh. Befehl v. 28. Februar 1885 (Reg.-Pat. 18. Juni 1885 № 32), «dass der Unterricht in der russischen Sprache in den Lehranstalten des Dorpater Lehrbezirks, sowohl in den männlichen, als auch in den weiblichen, für alle russischen Unterthanen obligatorisch ist. . . . » Der Allerh. Befehl v. 4. November 1869 ist nicht publicirt worden, sondern nur mittels Cirk.-Schreibens d. General-Gouverneurs v. 18. November 1869 zur Kenntniss der Civil-Gouverneure gebracht worden. Mir ist eine Ausfertigung dieses Cirk.-Schreibens nicht zugänglich geworden. Aus der Livl. B.-V. unterlagen keine Artt. der Aufhebung, sondern waren einige gemäss dem neuen Sprachengesetz nur zu ergänzen.

Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, zur Erfüllung dessen die gehörige Anordnung zu treffen.

## Regeln

betreffend die Geschäftsführung und den Schriftwechsel in russischer Sprache in den Behörden und seitens der amtlichen Personen der Gouvernements Liv-, Est- und Kurland.

1) Die Gouverneure und alle Regierungs-Institutionen und Autoritäten der Gouvernements Liv-, Est- und Kurland, ausgenommen die unten im Pkt. 3 genannten, verhandeln die Sachen und führen die Correspondenz ausschliesslich in russischer Sprache. Von dieser Regel sind auch diejenigen Fälle nicht ausgenommen, wo in den genannten Institutionen Amtspersonen aus dem örtlichen Wahldienste theilnehmen.

2) Der im vorhergehenden Punkte angegebenen Regel über die Verhandlung der Sachen und die Führung der Correspondenz in russischer Sprache unterliegen auch die in jedem der genannten Gouvernements eingesetzten Commissionen für Bauersachen, sowie die auf Grund besonderer örtlicher Gesetze gebildeten Regierungs-Institutionen der Baltischen Gouvernements, welche aus Personen bestehen, die theils durch Wahl bestimmt, theils von der Regierung ernannt werden.

3) Die im Art. 9 des I Theils des Provinzialrechts der Ostseegouvernements genannten Behörden und Autoritäten, desgleichen die auf Grundlage der im II Theil des Provinzialrechts enthaltenen Gesetzesbestimmungen gebildeten, sowie auch die durch die örtlichen Bauer- und andere Verordnungen eingesetzten Institutionen und Autoritäten (ausser den im Pkt. 2 der gegenwärtigen Regeln erwähnten Institutionen), welche die Sachverhandlung und ihre innere Geschäftsführung in deutscher Sprache, oder in lettischer oder estnischer Mundart, auf den jetzt bestehenden Grundlagen führen,—müssen ihre Correspondenz sowohl mit den höchsten Institutionen des Reichs, oder überhaupt mit den ausserhalb der Grenzen der Baltischen Gouvernements befindlichen Institutionen und Autoritäten, als auch mit denjenigen innerhalb der Grenzen dieser Gouvernements befindlichen Behörden und Personen, welche in den Punkten 1 und 2 der gegenwärtigen Regeln angegeben sind, in russischer Sprache führen und desgleichen alle an sie eingehenden, in russischer Sprache abgefassten Papiere entgegennehmen; sie können aber

---

Die Gesetze v. 3. Januar 1850 und 1./13. Juni 1867 erkannten ein Recht und eine Thatsache an: das Recht der Landeskinder auf den Dienst in der Heimath, und die Thatsache der höheren Kulturstufe der Provinzen, indem zu Mitgliedern und Kanzelleibeamten der Kronsbeförden nur Personen mit Gymnasial- d. h. höherer Bildung angestellt werden sollten, wie ja auch die städtischen und Landesbehörden stets über ein treffliches, in der Gesellschaft hochangesehenes Beamtenpersonal verfügt haben. Der unkontrollirten Willkühr der Administration ist es zuzuschreiben, dass, namentlich in den letzten 15 Jahren, alle Ressorts ohne Ausnahme mit einsprachigen Beamten aus den geringkultivirten Gegenden des Reichs überfluthet worden sind, welche mit der äusserlichen Bildung einer sog. Mittelschule, häufig auch ohne eine solche, hierzulande die Staffeln dienstlicher Ehren, bei vollkommster Geringschätzung Seitens der Gesellschaft, erklimmen. Die einzelnen Beamten aus dem Innern des Reichs in früherer Zeit, suchten unter Ausfüllung der nothwendigen Lücken ihrer dort gewonnenen Bildung eine Individualität herauszubilden und bestreben sich, die Weltanschauung und Sitte der Bewohner dieses Landes zu verstehen und sich damit auseinanderzusetzen, aber die Masse ist an sich träge, ohne Intellekt, die erkennende und schaffende geistige Kraft, «bald wirft sie mit ihren hunderttausend Armen Alles über den Haufen, bald geht sie mit ihren hunderttausend Füßen wie die Schnecken» (Montesquieu, Geist d. Ges. II, 2).

D. Hrsg.

bei ihren Correspondenzen mit den in den Punkten 1 u. 2 der gegenwärtigen Regeln angegebenen Behörden und Personen den an diese Behörden und Personen abzufertigenden, in russischer Sprache geschriebenen Originalpapieren eine Uebersetzung in deutscher Sprache, oder in lettischer oder estnischer Mundart beilegen.

Anmerkung. In allen den Fällen, wo es für die im gegenwärtigen Punkt 3 erwähnten Behörden, Institutionen und Personen sich nothwendig erweist, den allgemeinen Regierungs-Institutionen und -Behörden irgend welche Papiere der inneren Geschäftsführung der örtlichen Institutionen, oder ihre Correspondenzen unter einander, die in deutscher Sprache, oder in estnischer oder lettischer Mundart verfasst sind, im Original oder in Abschrift, zu übersenden, müssen alle dergleichen Beilagen (mit Ausnahme von Büchern und Rechenschaftsverschlügen) von einer genauen und gehörig beglaubigten russischen Uebersetzung begleitet sein.

4) In allen Sitzungen der Behörden der Baltischen Gouvernements finden die Discussionen in derjenigen Sprache statt, in welcher die Geschäftsverhandlung geführt wird.\*).

---

\*) Als nicht in eine blosse Anmerkung gehörend, wird die staatsrechtliche Erörterung des Verhältnisses der verschiedenen Sprachenerlasse zu den Staats- und Völkerverträgen der Jahre 1710, 1721 und 1743 sowie zu anderweitigen Enunciationen Russischer Herrscher an einer anderen Stelle gegeben werden, denn das Livländische Recht ist die hervorragendste Grundformation des neueren, des europäischen, Rechts Russlands und zur Europäisirung desselben ganz besonders geeignet. Auch die Erörterung über die Klassificirung der Behörden in Krons- und andere Behörden gehört nicht hierher. Es ist nur daran festzuhalten, dass seit 1850 das Sprachengesetz v. 14. September 1855 in den Pkten 1 und 2 den Begriff der Kronsbehörde definitiv festgestellt hat und zwar derart, dass Kronsbehörde jede Institution ist, in welcher selbst auch nur ein Vertreter von der Regierung ernannt ist. Ferner bestimmt das allegirte Gesetz als äussere und innere Geschäftssprache der Kronsbehörden die russische Sprache. Nicht mehr und nicht minder. Der Verkehrssprache zwischen den deutschen Behörden und Beamten mit den estischen und lettischen geschieht keine Erwähnung, denn das neue Gesetz schliesst sich ja nur, abändernd und ergänzend, an die besonders namhaft gemachten Gesetze früherer Jahre an; vergl. vorhergehende Anmerkung. Wohl ist aber hier einer Aktion zu gedenken, welche die deutschen, estischen und lettischen Behörden und Beamten vollkommen isolirte und das Deutsche als Verkehrssprache beseitigte. Nicht vom Minister d. Innern, dem maassgebenden Ressortminister, welcher kurze Zeit nach Einführung der russischen Städteordnung v. 16./28. Juni 1870 im schriftlichen Verkehr der Livländischen Städte dem Russischen eine Stätte bereitete, ging die Aktion aus, sondern in Anleitung einer Verfügung des Justizministers v. 30. October 1886 wurden kurzer Hand auf dem Verwaltungswege der Art. 121 Prov.-R. Th. I, sowie die einschlägigen Bestimmungen der B.-V. beseitigt. Auf vier an das erste Departement des Senats gerichtete Beschwerden hat Letzterer das Gesetz v. 14. September 1855 derart interpretirt, dass der allegirte Art. 121 durch das neue Sprachengesetz aufgehoben sei, welches die russische Sprache als die herrschende hinstelle, sowie dass der deutschen Sprache kein Vorrang vor den lokalen Mundarten des Lettischen und Estischen zukäme. Auf Grund dieser Erwägungen befindet der Senat — Entscheidung v. J. 1887, dem Gouverneur zugefertigt am 29. April 1887 sub № 4926, publ. Gouv.-Zeit. 1. Juni 1887 № 58, — die vom Rath der Stadt Riga angegriffene Verfügung des Gouverneurs von Livland für vollkommen gerechtfertigt, wonach der Inspektor der Polizei-Abtheilung der Rigaschen Landvogtei und die Livländischen Ordnungsrichter im Verkehr mit den Gemeinde-Verwaltungen und -Gerichten keinesfalls die deutsche Sprache gebrauchen sollen, sondern entweder die lokalen Mundarten oder aber die russische Sprache. In der wörtlich gleichlautenden — von geringen stilistischen Aenderungen abgesehen, — Entscheidung v. J. 1888, dem Gouverneur zugefertigt am 19. Februar 1888 sub № 1931, publ. Gouv.-Zeit. 14. März 1888 № 28, — welche durch eine Beschwerde des Livländischen Landraths-Collegii veranlasst wurde, bestätigt der Senat die Verfügung des Gouverneurs von Livland, dass in den Gemeinde-Verwaltungen und -Gerichten keinerlei eingehende oder ausgehende, in deutscher Sprache abgefasste Schriftstücke sein dürfen. Die in der Gouv.-Zeit. vom 29. April 1888 № 45 veröffentlichte Entscheidung des Senats hebt das Verfügen des Livländ. Hofgerichts v. 27. November 1887 hinsichtlich der Verkehrssprache der Livländischen Gerichte mit den bauerlichen Gemeinde-Behörden auf und schärft die Beobachtung der Senatsentscheidung v. 29. April 1887 ein. In der Motivirung theilweise, im Tenor sehr wesentlich abweichend, gestattet die in der Gouv.-

5. Reg.-Pat. 30. December 1885 № 65 (Bekanntmachung d. Gouv.-Reg.): « .... In Berücksichtigung dessen, dass auf Grund der Allerhöchst am 14. September c. bestätigten Regeln, .... die Livländische Gouvernements-Regierung die Geschäftsverhand-

Zeit. v. 27. Juli 1890 № 83 publicirte, — der Gouvernements-Regierung zugefertigt am 13. Juli 1890 sub № 9723, — die Beschwerde des Wendenschen Ober-Kirchenvorsteher-Amtes abweisende, Entscheidung des Senats des schriftlichen Verkehr zwischen den deutschen Behörden einer- und den lettischen und estischen andererseits nur in russischer Sprache unter Beilegung eines Translates in deutscher beziehungsweise lettischer oder estischer Sprache. Diese, von den russischen Beamten als Norm anerkannte, Entscheidung lautet: « . . . . Der Dirig. Senat findet, dass im Gesetz v. 14. September 1885 keine speciellen Hinweise darauf enthalten sind, in welcher Sprache in den Baltischen Gouvernements der Verkehr zwischen den Behörden mit der inneren Geschäftsführung in deutscher Sprache und den Behörden mit der inneren Geschäftsführung in lettischer oder estischer Sprache stattzufinden habe. In Erwägung, dass 1) kein Grund vorliegt, einer dieser Sprachen den Vorrang einzuräumen, denn die lettische und estische Sprache haben auch früher die Bedeutung einer herrschenden Sprache nicht gehabt und die deutsche Sprache verlor diese Bedeutung mit Emanation des Gesetzes v. 14. September 1885, dass 2) auf Grundlage und in Kraft dieses Gesetzes als herrschende Sprache in den Baltischen Gouvernements die russische Sprache anerkannt ist, und dass 3) der Gebrauch der örtlichen Sprachen, des Deutschen, Lettischen und Estischen, durch dieses Gesetz nur in der inneren Geschäftsführung der im Art. 9 Prov.-R. Th. I und im Pkt 3 d. Ges. v. 14. September 1885 genau benannten Behörden gestattet wird und keinesfalls zugelassen wird im Verkehr zwischen den gedachten Behörden und anderen in und ausserhalb der Baltischen Gouvernements, — spricht nach den dargelegten Gründen der Senat dahin sich aus, dass im Verkehr zwischen den Behörden mit der inneren Geschäftsführung in deutscher Sprache und den Behörden mit innerer Geschäftsführung in lettischer oder estischer Sprache, Schriftstücke nicht anders gewechselt werden können als in russischer Sprache, wobei es in Kraft des Pkt 3 d. Ges. v. 14. September 1885 gestattet ist, dem russisch geschriebenen Dokument eine Uebersetzung in einer der drei genannten Sprachen beizufügen». In dem an die Commissare f. B.-S. gerichteten Cirkulair-Verf. v. 1. Juni 1890 № 4833 (Schenschin 82) beauftragt sodann der Gouverneur diese Beamten, nach dem Ausdruck der Befriedigung darüber, der Livländischen Kirchspielsrichter ledig geworden zu sein, mit der Verfolgung deutscher Schriftstücke in den Gemeinde-Verwaltungen. Der Gouverneur erweiterte derart die Competenz der Commissare f. B.-S., indem er ihnen die Sprachenpolizei übertrug, welche sie auch jetzt noch ausüben, denn wenn auch die Geschäftsordnung jeder Behörde eine Bestimmung über die Behandlung unzulässiger Schriftstücke enthält, so liegt doch die Möglichkeit vor, dass eine Gemeindebehörde deutsche Schreiben nicht für gesetzlich verboten hält! Ob übrigens in der weiteren Entwicklung der Dinge die Sprachenpolizei nicht auch den Gebrauch der estischen und lettischen Sprache in der inneren Geschäftsführung allmählich einschränken wird?

Bei der Zusammenstellung der neuesten Ausgabe des Cod. d. Reichsgesetze hat keine der angeführten vier Senatsentscheidungen eine Berücksichtigung gefunden. Es sind nämlich die Regeln etc. v. 14. September 1885 zusammen mit zwei Bestimmungen für die Rumänen in Bessarabien, — denen rumänische Translate gestattet, — und die Lappen im Archangelschen, — welche nach Belieben Finnisch oder Norwegisch brauchen können, — als Beilage zum Art. 87 Allgem. Gouv.-Verf., Cod. der Reichsges. Bd. II, Ausg. v. J. 1892, unter dem Titel: «Besondere Regeln über die Geschäftsführung und die Correspondenz in den Balt. Gouv., den Gouv. Bessarabien und Archangel» kodificirt worden. Das Sprachengesetz ist derart an eine ganz unmögliche, nur durch Zufall zu treffende Stelle gebracht worden, denn Art. 87 l. c. besagt weiter nichts, als dass jeder Bittsteller in seinem ersten, einer Behörde verabreichten Gesuch den Wohnort angeben soll, an welchem ihm die Entscheidung eröffnet werden soll. Das Sprachengesetz gehört überhaupt nicht in eine Fortsetzung oder neue Ausgabe des Cod. d. Reichsgesetze, sondern in eine Fortsetzung des ersten Theils des Prov.-Rechts als Anmerkung 3 zu Art. 121. Aus jener Beilage zu Art. 87 l. c. entsprechen die §§ 1—4 den Pkten 1—4 der Regeln v. 14. September 1885. Als Quellen zu den §§ 1—3 der Beilage sind ferner angeführt worden die Gesetze üb. d. Reorganisation der Polizei (v. 9. Juni 1888) und des Justizwesens in den Balt. Gouv. (v. 9. Juli 1889), welche doch jüngeren Datums sind als das Sprachengesetz! Zur Vervollständigung ist sodann, zur Regelung des schriftlichen Verkehrs des Publikums mit den Behörden, als § 5 der Tenor des R.-R.-G. v. 11. Januar 1883 aufgenommen worden (s. № 2 zu Art. 25 d. Vollz.-Instr.); auch diesem § 5 sind als Quellenbelege die Gesetze v. 9. Juni 1888 u. v. 9. Juli 1889 beigefügt worden. Hiebei ist der — bei der rein schematischen Investirung der einzelnen Gesetzeserlasse in den Cod. d. Reichsgesetze freilich unvermeidliche, — Wirrwar entstanden, dass, nach dem buchstäblichen Sinne des § 5 der erwähnten Beilage, nunmehr sogar auch die Einreichung deutscher Eingaben von



lung und den Schriftwechsel ausschliesslich nur in russischer Sprache führt, und demnach in der Gouvernements-Zeitung, dem officiellen Organ dieser Gouvernements-Regierung sämtliche Bekanntmachungen in russischer Sprache gedruckt werden müssen, — macht die Livländische Gouvernements-Regierung hiedurch bekannt, dass die zum Abdruck in dem officiellen Theil der Livländischen Gouvernements-Zeitung bestimmten Publicationsartikel aller Behörden und amtlichen Personen der Gouvernements-Regierung unbedingt in russischer Sprache vorgestellt werden müssen und dass Bekanntmachungen, die in deutscher, lettischer und estnischer Sprache allein abgefasst sind, den betreffenden Behörden werden retradirt werden. Hierbei erachtet es die Gouvernements-Regierung für nothwendig, noch hinzuzufügen, dass, unabhängig von dem Druck der Bekanntmachungen in russischer Sprache, es nicht verboten ist, zur Publikation in der Gouvernements-Zeitung auch Uebersetzungen dieser Bekanntmachungen in deutscher, lettischer und estnischer Sprache einzusenden, dass aber dann für den Abdruck derselben, in allgemeiner Grundlage, gleichzeitig mit den Publicationsartikeln der Typographie drei Rubel pro Artikel in jeder Sprache an Insertionsgebühren zu übersenden sind.

---

Deutschen an deutsche Behörden nicht gestattet ist! Das derart durch die Kanzelleikräfte der Codifikations-Abtheilung des Reichsraths verbesserte Sprachengesetz kennt auf diese Weise allerdings nur eine herrschende Sprache und selbst die bescheidene Gleichstellung der deutschen Sprache mit den Mundarten des Estischen und Lettischen, mit welcher das 1. Depart. des Senats sich beschäftigte, ist beseitigt worden. In der That ist jedoch der § 5 l. c. in der gebotenen Fassung ein grosser Irrthum. Nicht nur nehmen — auf Grund des Gesetzes, — die neuen Justizbehörden nur russische Eingaben entgegen, sondern der Reichsrath hatte im J. 1883 die Frage zu begutachten, ob die Justiz- und anderen Behörden der Ostseegouv. in russischer Sprache oder estischer und lettischer Mundart abgefasste Schriftstücke entgegenzunehmen verpflichtet wären, da die Artt. 121 u. 122 Prov.-R. Th. I, Behördenverfassung, nur eine deutsche Geschäftsführung kennen und die Entgegennahme der in russischer oder einer anderen Sprache abgefassten Schriftstücke nur wenn sie aus anderen Gouvernements kommen, fordern. Der über die Bedeutung und Geltung der Art. 121 u. 122 l. c. zu Rathe gezogene Oberverwaltende der Codif.-Abth. des Reichsraths erklärte auch nur, dass es gegenwärtig äusserst schwierig wäre, die Fassung dieser Artt. genau zu präcisiren, worauf der Reichsrath auf den Erlass einer Bestimmung sich beschränkte, durch welche die allegirten Artt. des Prov.-Rechts der Ostseegouv. in dem oben (s. № 2 zu Art. 25) angegebenen Sinne ergänzt und erläutert werden. Brauchbar ist aber die Aufnahme des Sprachengesetzes v. 14. September 1885 in die mehrerwähnte Beilage für die Interpretation desselben, welche dahin führt, die oben geschilderte Beilage für die Interpretation, historisch und dogmatisch unhaltbare zu kennzeichnen.

Was den mündlichen Verkehr des Publikums mit den Behörden anlangt, so kann derselbe, in Grundlage der Art. 121 und 122 l. c., sowie des R.-R.-G. v. 11. Januar 1883 und der Anmerk. zu Art. 2 Verord. üb. d. Reorganis. d. Gerichtsw. in d. Balt. Gouv. v. 9. Juli 1889, in russischer, deutscher, estischer und lettischer Sprache stattfinden; für die Processverhandlung vor dem Bezirksgericht ist, nach einer vom Justizminister im November 1897 mündlich getroffenen Verfügung, jedoch neben der russischen nur die deutsche Sprache zulässig, wenn die Partei persönlich vor Gericht erscheint.

Um zum Art. 25 Vollz.-Instr. zurückzukehren, so ist es ein Gebot der Selbstachtung, dass die bauerlichen Gemeindebehörden den von ihnen in russischer Sprache abzufassenden Schriftstücken Uebersetzungen in estischer oder lettischer Mundart beilegen, denn die Vermittelung des Schriftwechsels mit den Kreispolizeibehörden durch die Gutspolizei (Pkt. 2 Reg.-Pat. 1866 № 91) hat seit der Reorganisation der Letzteren durch das Gesetz v. 9. Juni 1888 formell aufgehört, und die Kirchspielsgerichte (Pkt. 1 l. c.) sind durch die Justizreform des Jahres 1889 in Wegfall gekommen.

D. Hrsq.

## VI.

**Von der Guts-Polizei.**

## § 26.

Sämmtliche Inhaber der Guts-Polizei haben ihre gegenwärtige volle gesetzliche Competenz so lange auszuüben, bis die neuen Gemeinde-Gewalten erwählt, bestätigt, eingeführt und in Amtswirksamkeit getreten sind (vergl. oben §§ 9—22), worüber den Guts-Polizeien von den Aufsichts-Behörden amtliche Anzeige zu machen ist.

## § 27.

Will demnächst ein Gutsherr auf die Ausübung der Guts-Polizei in den Grenzen des neuen Gemeinde-Gesetzes ganz verzichten, ohne dieselbe auf eine andere Person zu übertragen, und gehen in Folge dessen die im § 37 L.-G.-O. Pkt. a, b, c und d erwähnten polizeilichen Verpflichtungen innerhalb des Hofbezirks auf den Gemeinde-Aeltesten über, so ist ein solcher Gutsherr gehalten, dem Gemeinde-Aeltesten und dem Gemeindeschreiber, nach Verhältniss des zu dem bisherigen Gemeinde-Polizei-Bezirk hinzutretenden Areals, eine von der Aufsichts-Behörde definitiv festzusetzende Gehaltszulage zu zahlen, und wird vor erfolgter Bestimmung hierüber seiner Funktionen als Inhaber der Guts-Polizei nicht entbunden.

## VII.

**Von der Controle des Vollzugs der Landgemeinde-Ordnung.**

## § 28.

Ueber den Fortgang des Vollzugs der neuen Landgemeinde-Ordnung haben die Aufsichts-Behörden der Commission für Bauer-Sachen monatlich zu berichten, welche ihrerseits in den gleichen Terminen dem General-Gouverneur einen Gesamt-Bericht für das ganze Gouvernement einzusenden hat.

## § 29.

Innerhalb dreier Monate, d. h. bis zum 1. Januar 1867, muss indessen die neue Ordnung überall vollständig eingeführt sein, wofür die Aufsichts-Behörden von den genannten Commissionen auf gesetzlicher Grundlage (Livl.-B.-V. § 1120, ..... ) speziell verantwortlich zu machen sind.

Namentl. Allerh. Befehl. an d. Dirig. Senat. v. 24. Februar 1867. (Vollst. Gesetzsamm., № 44282): „Der Herr und Kaiser hat, auf den allerunterthänigsten Bericht des Ministers d. Innern über den Antrag des Liv-, Est- und Kurländischen General-Gouverneurs betreffs der Bestätigung eines besondern Ehrenzeichens für diejenigen Personen, welche an der Abfassung und Einführung der Allerh. am 19. Februar 1866 (43034) bestät. L.-G.-O. f. d. Ostseegouv. Theil genommen haben, nach dem Muster des anlässlich der Einführung der Verordn. v. 19. Februar 1861 (39511) bestätigten Abzeichens, Allergnädigst Solches genehmigt, mit der Mäassgabe, dass das bestätigte Abzeichen von dunkler Bronze sei.

Hiebei geruhete Se. Majestät die vorgestellte Zeichnung des gedachten Abzeichens zu bestätigen\*).

---

Reg.-Pat. 12. März 1873 № 27: „Mit Genehmigung Sr. Erlaucht des Herrn General-Gouverneurs wird von der Commission in Livl. Bauersachen, unter Aufhebung des bisher gebräuchlich gewesenem Schemas, ein neues Schema zu Gemeinderollen, nebst dazu gehöriger Gebrauchs-Instruktion für sämtliche Gemeinde-Verwaltungen desmittels in Wirksamkeit gesetzt und zwar in der Weise, dass dasselbe vom 1. Januar 1873 ab in Kraft zu treten hat:

- 1) Auf der Vorderseite der Gemeinderolle ist ein Verzeichniss der Wohnstellen unter laufenden Nummern, in der auf dem beifolgenden Muster-Schema angegebenen Weise, anzufertigen.
- 2) In die erste Rubrik des Schemas selbst werden die Gesindes- und Familien-Nummern der Revisionsliste, den in der unmittelbar folgenden Namen-Rubrik genannten Personen entsprechend, eingetragen, bei Eingewanderten die Jahreszahl der Umschreibung und woher sie eingewandert, kurz angeführt, was zum Verständniss erforderlich ist. Bei den in den weiteren Verband der Gemeinde Aufgenommenen kommt diese Aufnahme und das Jahr derselben auch in diese Rubrik.
- 3) Aus der Zugehörigkeit zu einer Wohnstelle ist durchaus noch nicht auf die Ansässigkeit des betreffenden Gemeindegliedes zu schliessen. Die ausserhalb der Gemeinde wohnenden Gemeindeglieder sind durch ein „0“ zu bezeichnen und der Name ihres auswärtigen Wohnortes ist, soweit bekannt, unter der Rubrik Bemerkungen anzugeben.
- 4) Die für die politische Berechtigung innerhalb der Gemeinde maassgebende Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Klasse ergibt sich aus der Registrirung der Wohnstellennummer in eine der mit den Litt. A—E bezeichneten Jahres-Columnen, wobei zu bemerken ist, dass
  - a. in die Columnne Litt. A die Grundeigenthümer, mit Unterscheidung der Hofesland- (A a) von den Gehorchsland-Eigenthümern (A b);

---

\*) Das Ehrenzeichen besteht hiernach aus einem Malteserkreuz, dessen Arme das Datum: 1. Januar 1867 tragen; auf dem Schnittpunkt der Kreuzesarme liegt auf, ein rundes Schild mit dem mit der Kaiserlichen Krone geschmückten Namenszuge Kaiser Alexander II; rückseitig sind die Kreuzesarme durch einen rundgebogenen flachen Stab gehalten, der die Aufschrift trägt: für die Einführung der Verordnung v. 19. Februar 1866. Sämmtliche Schriftzeichen sind altslawisch.  
D. Hrsg.

- b. in die Columnne Litt. B die Gesindespächter, mit Unterscheidung der Hofesland- (B a) von den Gehorchslandpächtern (B b);  
wobei sowohl die Eigenthümer als auch die Pächter des zum Hofesland einziehbaren resp. eingezogenen Bauerlandes den Gehorchsland-Eigenthümern und Pächtern gleichzustellen sind;
- c. in die Columnne Litt. C. die Hofesknechte, in die Columnne Litt. D die Gesindesknechte, in die Columnne Litt. E endlich alle selbstständigen unansässigen Gemeindeglieder, zu welchen letzteren auch die Pächter und sonstigen Nutzniesser derjenigen Grundstücke gerechnet werden müssen, welche sich nicht als Gesinde qualificiren.
- 5) Da jede Liste für die nächsten 3 Jahre angefertigt wird, so ist sie in jedem der der Anfertigung derselben nachfolgenden Jahre einer Revision zu unterziehen dergestalt, dass etwaige Veränderungen der Wohnstelle, sowie Uebergänge aus einer Klasse in eine andere und endlich alle sonstigen rechtlich bedeutsamen Veränderungen zu notiren sind. Der Zuwachs einer Familie ist in die für jede Familie leer zu lassenden Zeilen einzutragen. Die neu Angezogenen sind am Schluss der Liste, die Abgegangen in der Rubrik Bemerkungen aufzuführen.
- 6) Der leichtern Uebersicht wegen ist womöglich die Gemeindecollie am Schlusse mit einem alphabetischer Verzeichnisse sämtlicher Gemeindeglieder unter Angabe des Foliums der Eintragung, zu versehen.

### Nummer und Namen der Wohnstellen.

№	Namen.	№	Namen.
1	Hof.	8	Gehorchsland-Gesinde Jaunsemm.
2	Gehorchsland-Gesinde Tenting.	9	do. Juzzen.
3	Knechtsetablisement Kihle.	10	do. Ohsoling.
4	Hofesland-Gesinde Leijas-Mahken.	11	do. Seede.
5	Buschwächtereie Degle.	12	do. Purgail.
6	Gemeindehaus.	13	do. Rohse.
7	Torferei Podneek.	14	do. Kidron.

# Gemeinderolle

des im Rigaschen Kreise, Sissigalschen Kirchspiele des livländischen Gouvernements belegenenen Gutes Saldsen.

1.		2.	3.	4.	5.			6.			7.	8.
Nach der Revision v. 1868.		Name und Zuname.	Wann geboren.	Confession.	1873.			1874.			1875.	Bemerkungen.
Gesinde- Nummer.	Familien- Nummer.				Classe und Nummer der Wohnstelle.			Classe und Nummer der Wohnstelle.				
Wo und wann umgeschrie- ben oder in den weiteren Gemeindeverband aufge- nommen.					A.	B.	C. D. E.	A.	B.	C. D. E.		
					a.	b.	a. b.	a.	b.	a. b.		
Im Jahre 1862 in den weite- ren Verband aufgenommen.		Carl Finkenstein. Frau Mathilde. Tochter Anna.	1816 d. 21. Jan. 1829 d. 7. März. 1859 d. 24. Dec.	Lutherisch. do. do.	9	—	—	9	—	—	[Mitglied. seit 1874 Ausschluss-	
					9	—	—	9	—	—		
					9	—	—	9	—	—		
VII	23	Mikkel Majohr. Frau Anna. Sohn Jahus.	1833 d. 26. Juni. 1835 d. 17. Aug. 1860 d. 14. Sept.	Lutherisch. do. do.	—	—	13	—	—	14	[strafe verbüsst. hat eine Criminal- hält sich bei einem Schuhmachermeister als Lehrling in der Stadt Riga auf.	
					—	—	13	—	—	14		14
					—	—	0	—	—	0		0
XVI	1	Jahn Markowsky Frau Martha. Sohn Jacob. Tochter Lihse.	1814 d. 16. Oct. 1817 d. 5. Jan. 1848 d. 6. April. 1850 d. 3. Mai.	Gr.-orthod. do. do. do.	—	—	2	—	—	1	[abgegeben. 1873 zum Rekruten 1874 verheirathet nach Fehren.	
					—	—	2	—	—	1		1
					—	—	—	8	—	—		—
1868 von	Fehren.	Lotte Ahring. Sohn Jahus.	1840 d. 9. Juli. 1862 d. 17. Febr.	Lutherisch. do.	—	—	—	10	—	—	[nach Laubern. 1872 umgeschrieben 1874 empfangte Armen- unterstützung.	
					—	—	—	10	—	—		10
					—	—	—	—	—	—		—



# Alphabetisches Sach- und Wort-Register zu der Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860.

(nur deutsch erschienen im J. 1862).

## I. Hälfte.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

### A.

**Abarbeiten** einer Schuld *findet Statt durch den säumigen Dienstboten.* 373.

— *als Ungehorsamsstrafe.* 24 L.-G.-O.

**Abgabe des Gesindes** geschieht nach den Pachtbestimmungen oder in deren Ermangelung nach den Vorschriften der B.-V. IX.

**Abgaben der Bauern**, von der Verantwortlichkeit für selbige ist der Gutsherr befreit. IV.

— von solchen sind Hofesländereien befreit. V.

**Abgaben, publike**, können nicht abgelöst werden. 15.

— können für ein Grundstück von der Gemeinde übernommen werden. 16.

— müssen beim Verkauf eines bäuerlichen Grundstücks auf das Grundstück übertragen werden. 48. 134<sup>3</sup> (*Nachtr. S. XXXIX*).

— was als solche anzusehen ist. 49.

— die der Grundherr zu prästiren hat, dürfen beim Verkauf eines Grundstücks nicht übertragen werden, namentlich nicht die Getränkesteuer. 50.

**Abgaben**, die der Person des Bauern und dem Grunde, welchen er besitzt, obliegen, muss derselbe erfüllen. 207. 237. — 46. 48. 60 *Passges. (Beil. D II)*.

— der Livländische Bauer zahlt der Krone keine höheren als der gutsherrliche in den anderen Gouvernements des Reichs. 238.

— *zur Deckung von Gemeinde-Ausgaben werden vom Gemeinde-Ausschuss festgesetzt.* 11 *pct f L.-G.-O.*

— der umgeschriebenen Individuen werden für die laufende Jahreshälfte bei der früheren Gemeinde *gezahlt.* *Umschr.-Reg. 4 (Beil. D I S. 100).*

**Ablösung** zum Besten des Gemeindewesens oder Staates. 15.

— der Servitude. 36.—*Beil. B (S. 90).*

**Abmachungen** ausser dem Contrakt sind ungültig. 196.

**Abtheilung von Gütern.** VI. VII. des Gehorchslandes s. Gehorchsland.

**Adelige Rechte**, die gegenwärtigen Güter behalten alle adeligen Rechte. VI.

**Amtszeichen tragen nur der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher.** 261, 31 L.-G.-O.

**Anschreibung** s. Bauergemeinde und Umschreibung.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Antrittszeit** des Dienstes hängt von der Uebereinkunft ab und muss genau gehalten werden. 373.

**Ansteckende Krankheiten**, bei solchen *hat die Ortspolizei Hilfeleistungen anzuordnen und die Gemeindepolizei der Gutspolizei Beistand zu leisten.* 19 pte c u. m L.-G.-O. S. 196 pct g.

**Anzeiger** erscheint nicht mehr, wird theilweise ersetzt durch *Gouvernements-Zeitung.* 375 R.-Notr.-O. (S. 53).

**Aequivalent** für ausbedungene oder vorbehaltene Rechte beim Verkauf eines Grundstücks. 53. 54.

**Armenwesen** wird vom Gemeinde-Ausschuss geleitet. 11 pct c L.-G.-O.

**Arme**, die Verwaltung der Verpflegung der Gemeinde-Armen liegt dem Gemeinde-Aeltesten ob. 20 pct g L.-G.-O.

— nehmen an den Gemeinde-Versammlungen nicht Theil. 6 Anmerk. L.-G.-O.

— erhalten keine Passbüchlein. 20 pct l\* L.-G.-O. — 42 Passges. (Beil. D II).

**Armen-Anstalt** kann vom Gemeinde-Aeltesten einem Gemeinde-Vorsteher zu selbstständiger Führung übertragen werden. 23 L.-G.-O.

**Arrendebesitz** der Rittergüter kann der Bauer . . . haben. 240.

**Arrendatoren** können für die Dauer der Arrendezeit — *stempelfrei* — Pachtkontrakte abschliessen, auch wenn sie dazu keine Ermächtigung des Gutsbesitzers haben. 199 Anmerk. 238<sup>9a</sup> (Nachtr. S. XLVII).

**Arrendegüter**, auf denselben kann der Arrendator dem Gutsherrn den Verkauf einzelner Grundstücke nicht verwehren. 82.

— auf selbigen ist beim Grundstückverkauf der Grundherr zum Empfange des Kaufschillings berechtigt. 83.

**Arrest**, *Verbrecher, Vagabunden und Deserteure*, sowie mitunter lasterhafte Gemeindeglieder sind zu arretiren. 19 pte d, e und 8\*\* L.-G.-O.

— bis auf 2 Tage kann der Gemeinde-Aelteste verhängen. 24 L.-G.-O.

— bis zu 7 Tagen kann für unbedeutende Amtsvergehen über den Gemeinde-Aeltesten, die Vorsteher und die übrigen Gemeinde-Beamten verhängt werden. 34 L.-G.-O.

— demselben dürfen Mitglieder des Gemeinde-Ausschusses nicht unterzogen werden. 34\*\* L.-G.-O. — 19\* Vollz.-Instr. (Beil. F.).

**Arrest-Localle** der Gemeinde, Einrichtung derselben. 11 pct f\*\* L.-G.-O.

**Aufenthaltsscheine** (Pässe im weiteren Sinne) sind nur ausnahmsweise erforderlich. 1 Passges. (Beil. D II).

— für Fabrikarbeiter obligatorisch in ganz Livland mit Ausnahme der Kreise und Städte Wenden und Walk. 3 1,2 Passges. (Beil. D II).

— werden für Schüler einzelner Anstalten ersetzt durch Zeugnisse des Schulvorstandes. Beil. D II S. 101 2.

— früher ertheilte unbefristete bleiben in Kraft. Beil. D S. 102<sup>+</sup>.

—, **gemeinsamer**, für mehrere beim Empfänger lebende Personen. 10 Passges. (Beil. D II).

— wird der Frau nur mit Zustimmung des Mannes ertheilt. 9. 11 Passges. (Beil. D II); der Frau eines Geisteskranken oder Verschollenen mit Genehmigung des Gouverneurs. Beil. D II S. 110 1.

— **militärpflichtiger** Personen. 12—17 Passges. (Beil. D II).

—, **zeitweilige**, bis zur Anschreibung zu einer Gemeinde. 18 Passges. (Beil. D II); der Bettler. 20 *ibid.*; im Fall des Verlustes des Aufenthaltsscheines. 24 *ibid.*; beim Tode des Empfängers eines gemeinsamen A. 25 *ibid.*; im Fall fehlender Legitimation oder unbefugten Aufenthalts. 26. 27 *ibid.*



Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

- kann schriftlich erbeten werden. 5 Passges. (Beil. D II); sowie durch einen Bevollmächtigten. 6\*\* *ibid*.
- aller Art sind stempel- und steuerfrei; für die Passbüchlein, ausgenommen der in §§ 62 ff erwähnten, wird nur der Herstellungspreis von 15 Kop. entrichtet. 66—71 1. 2 Passges. (Beil. D II).
- , Publikation über den Verlust eines A. ist nicht obligatorisch. 24 1 Passges. (Beil. D II).
- , unbefristete Passbüchlein, für Edelleute, Beamte, Geistliche, Ehrenbürger, Kaufleute und Exempte. 33 ff. Passges. (Beil. D II).
- dieselben werden unter Umständen in befristete umgewandelt. 33\*\* Passges. (Beil. D II).
- unbefristete Passbüchlein für Uebersiedler, durch Feuerschaden etc. zu Schaden Gekommene, Minderjährige, Soldaten u. s. w. 62 ff. Passges. (Beil. D II).
- , Passbüchlein, werden Kleinbürgern, Handwerkern und Bauern auf 5 Jahre ertheilt. 41 Passges. (Beil. D II).
- an Reichs-, Landes- und Gemeindeabgaben schuldende Bauern jedoch nur mit Einwilligung ihrer Gemeinde. 44 Passges. (Beil. D II).
- dieselben können wegen restirender Steuern und aus anderen Gründen den Inhabern durch die Polizei abgenommen werden. 54 ff. Passges. (Beil. D II).
- , Pässe (im engeren Sinne), werden Kleinbürgern, Handwerkern und Bauern auf nur 1 Jahr ertheilt. 59 Passges. (Beil. D II).
- eine Erneuerung derselben kann erst nach Berichtigung der Steuerrückstände erfolgen. 60 Passges. (Beil. D II).
- Beschwerden in Sachen der A. werden beim Gouverneur angebracht, über den Gemeinde-Aeltesten dagegen beim Commissaren f. B.-S. 31 Passges. Beil. D II).
- s. Polizei und Meldung.

**Aufhebung** des Pachtkontrakts in Folge von Deterioration des Pachtgutes. 214.

**Aufnahme** neuer Glieder in die Gemeinde. 258. — 1 L.-G.-O. — 9 ff. Umschr.-Reg. (Beil. D I).

**Aufnahme-Atteste** sind bei beabsichtigter Umschreibung beizubringen. 11 Umschr.-Reg. (Beil. D I).

- werden vom Gemeinde-Aeltesten ertheilt. 20 pct 1 L.-G.-O. — 10 3 Umschr.-Reg. (Beil. D I). — deren Form. Umschr.-Reg. 2 (Beil. D I S. 99).

**Ausbleiben** des Dienstboten. 386.

**Ausländische Unterthanen** können nicht Eigenthümer, Miether und Pächter von Immobilien ausserhalb der Hafenplätze und anderer städtischer Ansiedelungen werden. 97 2.

- , dieselben sind den russischen Unterthanen gleichgestellt. Beil. D III 2 (S. 126).
- Arbeiter können von den Grundbesitzern angemietet und angesiedelt werden. Beil. D III\*.
- Kolonisten können von den Grundbesitzern angesiedelt werden. Beil. D III\*.
- Auswanderer, welche in die russische Unterthänigkeit treten, können zu den Bauergemeinden und den abgabepflichtigen Ständen der Städte sich verzeichnen lassen. Beil. D III 1 (S. 126).

**Aussetzung** aus dem Geldpachtvertrag in Folge wiederholten Ausbleibens der Pacht. 189.

- des Erben des exmittirten Pächters kann durch Erlegung des einjährigen Rückstandes vermieden werden. 190. 191.
- s. Exmission.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Ausscheidung** bäuerlicher Grundstücke aus dem Hypothekenverbände des Hauptgutes. 61 3. 4. 72 Grundb.-Reg. (S. 51). 78.

**Ausschliessung**, zeitweilige, nachlässiger Gemeindeglieder steht der Gemeinde-Versammlung zu. 6<sup>2</sup> L.-G.-O.

**Austausch**. s. Gehorchtsland. s. Schnurländereien.

— der Quote gegen schatzfreies Hofesland. 104\*.

**Austritt** aus der Gemeinde, Bedingungen dazu. 266. — 9 ff. Umschr.-Reg. (Beil. D I).

**Auswanderung** Livländischer Bauern. 242, Beil. D I. 243. 244. — 15, 16 Umschr.-Reg. (Beil. D I).

## B.

**Bauern** publiker Güter, die Gestaltung der agraren Organisation derselben. Nachtr. S. LII ff.

—, Regeln für die administrative und agrare Organisation derselben. II 2.

— sind in Bezug auf den Besitz und die Disposition ihrer Landstellen den örtlichen Gesetzesbestimmungen unterworfen. S. 5 17, S. 11 V, S. 12 VIII, S. 15 VII. VIII, S. 16 IV. V, S. 22 VII. VIII, S. 23 VI.

— Verordnung über den Loskauf v. 19. Febr. 1861 findet auf Livland keine Anwendung. 238 8 (S. 131). 238 9 (S. 132).

— erhalten Regulirungsakten über die in beständiger Nutzniessung jedes einzelnen Bauern, gegen Zahlung eines Grundzinses, befindliche Landstelle. II 3. 6.

—, zu deren Vermögen gehört, auch vor Ausreichung der Regulirungsakte, das Nutzungsrecht an der Landstelle. II 19.

— müssen eine Gemeindesteuer nach Verhältniss des Grundzinses entrichten. II 4. S. 33\*.

— sind seit 1. Januar 1887 kopfsteuernfrei. II 9; entrichten die Landespräsidenten nach Verhältniss des Grundzinses. II 10.

— können ihre Landstellen seit 1866 kaufen. II 2. II 7. 8.

— müssen ihre Landstellen seit 1. Januar 1887 kaufen. II 12. 13.

—, die Loskaufverträge und die Verträge über die Einzahlung nachträglicher Loskaufszahlungen sind stempelfrei. 238 4 (81 pct 2 Stemp.-St.-Ges.). 238 8.

—, deren Rückstände an Loskaufszahlungen können gestundet und ratenweise getilgt werden. II 14. 15. 18. II 18a (Nachtr. S. XXXIII).

**Bauern**, landlose, dürfen Quotengrundstücke bis zum Minimum von 10 Thalern acquiriren. 97 3.

—, landlose sind solche, die weder Eigenthümer noch Pächter bäuerlicher Grundstücke sind. 97 3. 112.

—, Gesellschaften von Bauern können Kronsgüter und -Nutzungen, ohne Meistbot, auf 12 Jahre pachten. II 17. Nachtr. S. XXXIII †.

— der Ritterschaftsgüter dürfen, bis auf Weiteres, ihre Grundstücke nicht kaufen. II 11.

— können bei dem Kaufe eines Grundstücks keine dem Rittergut adhärende Rechte erwerben. 220.

—, des Einzelnen erworbenes Grundeigenthum darf nicht grösser als 1 Haken sein. 224.

—, wer von ihnen 1 Haken Land in einer Gemeinde erworben hat, kann noch Grundeigenthum in einer anderen Gemeinde acquiriren. 222.

— können als Eigenthümer eines Bauergrundstücks frei darüber disponiren. 223.

— bilden in Gemeinden getheilt den Bauerstand im weiteren Sinne. 228.

— theilen sich in Bauergemeinden. 230.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

- Bauern** müssen zu einer Bauergemeinde angeschrieben sein und gehören ohne Unterschied zum Bauerstande. 231.
- nehmen Theil an allen der Bauergemeinde zustehenden Rechten und unterliegen den Verpflichtungen derselben. 232.
  - können die persönlichen Rechte und Vorrechte anderer Stände erwerben, ohne aus dem Bauer-Gemeindeverband auszutreten. 233.
  - sind entweder Ackerbauern oder einem anderen Stande angehörende Bauer-Gemeindeglieder. 235.
  - werden in erster Instanz von nur aus dem Bauerstande erwählten Richtern, in der 2ten Instanz aber von Behörden, in denen Beisitzer ihres Standes sind, gerichtet; sind sie andern Standes, so haben sie ein besonderes Forum. 236.
  - müssen ihre Abgaben zahlen und Leistungen erfüllen. 237.
  - sollen keine höhern Kronsabgaben zahlen als die gutsherrlichen *in den anderen Gouvernements des Reichs*. 238.
  - , *auf Passbüchlein abwesende können ihre Abgaben bis zum 31. December in der nächstbelegenen Rentei einzahlen. 46. 48. 50 Passges. (Beil. D II).*
  - , *dieselben müssen ihre zurückgebliebenen bedürftigen Familienglieder und Erzieher unterstützen bei Vermeidung der Wegnahme des Passbüchleins. 55 Passges. (Beil. D II).*
  - können Verträge eingehen. 239.
  - können Grundeigenthum, *auch* adelige Güter erwerben oder arrendiren. 240.
  - können in Gilden sich anschreiben lassen. 241.
  - können sich nach andern Gouvernements übersiedeln, sobald sie die desfallsigen Bedingungen erfüllen. 142. Beil. D I.
  - müssen, wenn sie auswandern wollen, alle Verbindlichkeiten gegen ihre Gemeinde erfüllen. 243.
  - ihr Austritt nach andern Gouvernements kann zu George stattfinden, wenn sie davon *bis zum 25. März* beim Gemeinde-Aeltesten Anzeige gemacht haben. 244.
  - , **auswandernde** unterliegen den allgemeinen Gesetzen hinsichtlich der Uebersiedelung freier Leute. 245.
  - aus andern Gouvernements sind, wenn sie in Livland Ländereien pachten, den Livländischen Bauern und Bürgern gleichgestellt. 246.
  - aus andern Gouvernements dürfen auch Bauer-Grundstücke kaufen. 247.
  - dürfen keinen Vertrag schliessen, welcher ihre persönliche Freiheit aufhebt. 249.
  - können nicht Wechsel ausstellen. 250.
  - ertheilen ihren Weibern, *wenn diese nicht höheren Standes sind*, und Kindern ihre persönlichen Rechte. 251.
  - gehören, falls sie an mehreren Orten Grund- oder Pachtbesitz haben, für ihre persönlichen Abgaben unter die Gerichtsbarkeit des Anschreibungsortes; für ihre persönlichen Rechtsverhältnisse entscheidet das Domicil und für die Abgaben und Leistungen des Immobils die Belegenheit des Letzteren. 257.
  - können aus einer Gemeinde in eine andere treten. 266.
  - **übertretende**, müssen dem Prediger ihrer Confession von ihrem Uebertritt Anzeige machen. 273.
  - verändern durch Dienstverdingung bei einem Küster etc. etc. oder als Postknechte nicht ihre Gemeinde. 285.
  - unterliegen nach den verschiedenen Klassen besonderen Vorschriften, haben aber gleiche Rechte und Pflichten. 291.
  - dürfen auch schriftliche Klagen, jedoch nur in der *Reichssprache* dem .....-Gouverneur überreichen. 307.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Bauer-Behörden** sind vom Gebrauch des Stempelpapiers befreit. 238 4.

**Baugemeinde** kann auch bäuerliche Grundstücke kaufen. 56.

- kann ein besonderes Grundstück als ungetheiltes Eigenthum conserviren, welches aber das Maximum eines bäuerlichen Grundstücks nicht überschreiten darf. 57.
- ist berechtigt, ihre Zustimmung zum Austausch von Gehorchsland — *ausgenommen die Quote*, — gegen Hofesland zu geben. 103. 104. 105.
- innerhalb derselben darf ein Einzelnr nicht mehr als 1 Haken Gehorchsland *als erworbenes* eigenthümlich besitzen. 221.
- zu selbiger gehören alle Mitglieder des Bauerstandes. 231.
- in selbige dürfen Personen anderer Stände treten, ohne ihre persönlichen Rechte einzubüssen. 234.
- die dazu angeschriebenen Personen treten nur durch Umschreibung aus derselben. 254.
- hat das Recht, neue Mitglieder aufzunehmen. 258.
- Fälle, wo ohne deren Einwilligung neue Mitglieder in dieselbe treten können. 259.
- in selbige können alle freien Leute eintreten, wenn sie sich mit dem Landbau beschäftigen. 260.
- in selbige kann Jemand nur hinsichtlich des Gemeindeverbandes oder auch hinsichtlich der persönlichen Rechte treten. 261.
- kann eine Umschreibung erzwingen, wenn ein Glied derselben länger als ein Jahr ausserhalb dient. 269.
- kann durch Deputirte beim . . . . Gouverneur klagen. 305.
- solches darf dureh nicht mehr als 2 Delegirte geschehen. 306.
- *kann mit Erlaubniss des Ministers des Innern eine Deputation an Se. Kaiserliche Majestät senden. S. 164 2.*
- *s. Gemeinde. s. Landgemeinde.*

**Baugemeindeglieder** können Gehorchs- und Hofesland kaufen. 219. 240 1.

- können sich bei Jedem in Dienst verdingen und darüber einen Vertrag abschliessen. 349.

**Baugut** *s. Bauern. s. Gehorchsland.*

**Bauerngrundstücken** können nicht Rittergutsrechte zugeeignet werden. 220.

- können nicht in Theile von weniger als  $\frac{1}{8}$  Haken zerstückelt werden. 223.
- , welche hypothekarisch belastet sind, können nrr mit Zustimmung des Creditors verkauft oder zerstückelt werden. 224.

**Bauerland** bleibt steuerpflichtig, der Besitzer mag sein, wer er wolle, auch wenn es zum Hofesland zugezogen worden, bis der Landtag eiuem Modus zur Ablösung der Steuerpflichtigkeit ins Werk gesetzt hat. V. 9.

- kann Jeder, der in den Gemeindeverband tritt, kaufen. 55. 101 1.
- kann auch die Baugemeinde kaufen. 56. 57. Dessen Einziehen. 99.

**Bäuerliches Grundeigenthum** *s. Grundeigenthum.* 219 ff.

**Bauerpächter**, deren Exmission nach Ablauf des Pachtcontractes, *s. Exmission.*

**Bauerstand**, was derjenige, wer in denselben treten, zu beobachten hat. 262.

- zu solchem Angeschriebene tragen nur die Abgaben des neuen Standes. 264.

**Bauerverordnung**, die gegenwärtige enthält alle frühern die Livländischen Bauern betreffenden Gesetze und erlassenen gesetzlichen Verordnungen. I.

- findet auf die Bauern publiker Güter in ökonomischer Hinsicht keine Anwendung, wol aber in so weit, als sie die Gerichts- und Polizeiordnung und die Bestimmungen über die Rechte des Bauerstandes enthält. II.

—, *die polizeilichen Vorschriften derselben hat das Hirschenhofsche Colonie-Schulzen-Amte zur Richtschnur zu nehmen. S. 33 2.*

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Bauholz**, hinsichtlich des Erhalts desselben muss sich der Inhaber eines Bauergrundstücks der auf dem Gute eingeführten Forstordnung fügen. 47.

**Behörden der Bauern.** 236.

**Beispiele**, böse, berechtigen zu des Dienstboten früherer Entlassung. 386.

**Beschluss der Gemeindeversammlung.** s. *Gemeindeversammlung*.

**Beschwerden gegen Beschlüsse der Gemeinde-Versammlung und des Ausschusses** sind in 14 Tagen beim Commissaren f. B.-S. anzubringen. 14 L.-G.-O., dessgl. wider Strafverfügen des Gemeinde-Aeltesten. 24 *ibid.*; dessen Handlungen und Verfügungen in Sachen der Aufenthaltsscheine. 31 Passges. (Beil. D II) und Anordnungen der Gemeinde-Beamten. 32 L.-G.-O.

— wider Beschlüsse des Gemeinde-Ausschusses haben keinen Suspensiveffekt. 12<sup>1</sup> L.-G.-O.

— wider Verfügungen des Commissars f. B.-S. sind in 14 Tagen bei der Gouvernements-Behörde f. B.-S. anzubringen. 32 L.-G.-O.

— über die Gutspolizei werden in 14 Tagen beim Kreischef angebracht. S. 199. Art. 9.

— der Gemeinde durch Delegirte beim . . . . . Gouverneur. 305. 306.

**Besitzwechsel-Steuer** hat der Bauer beim erstmaligen Erwerb von Gehorchsland, sowie einer Hofesland- oder Quotenparcelle bis zu 20 Dessätinen nicht zu entrichten. 238. 238 7. 15. S. 145 f.

— muss vor der Vorstellung der Urkunde an die Grundbuch-Abtheilung entrichtet werden. 238 12. S. 63 6.

— wird bei freihändigem Verkauf nach Abzug der Pfandbriefschuld vom Kaufpreis berechnet. 238 19.

—, deren Zahlung kann gestundet oder ratenweise bewerkstelligt werden. 238 14.

— Rückzahlung derselben. 238 12. S. 146 2. Nachtr. S. L.

**Bittschriften** s. Klage. s. *Beschwerden*.

**Bodentaxation und Messung.** s. Wackenbuch. s. *Messung*. Geschichtliches. Beil. A S. 11 ff., Nachtr. S. LII ff.

**Brenn- und Nutzholz**, wo der Inhaber eines Grundstückes solches erhält, hat er sich der Forstwirthschafts-Ordnung zu fügen. 47.

**Buschbländer** dürfen Pächter nur in zusammenhängenden Flächen nutzen. 141.

— bei grösseren Flächen derselben, 3 Lofstellen. 142 und Anmerkung.

— nach dreijähriger Nutzung ist darüber dem Gemeinde-Aeltesten Anzeige zu machen. 143.

— dürfen vom Pächter nicht anderen Personen zur zeitweiligen Benutzung überlassen werden. 144.

— darf Pächter in Brustacker verwandeln. 145.

— s. *Wald*.

## C.

**Canon** s. Naturalpacht. 181.

**Canzellei-Dokumenten-Steuer** wird von jeder Grundbuch-Urkunde erhoben. 238 13.

— von derselben sind befreit alle Verträge der Bauern über den Erwerb oder die Uebertragung von Pacht und Eigenthum ausserhalb der Städte, sowie die Obligationen über die Kaufschillingsreste des Gehorchslandes. 238 15.

— deren Einzahlung. 238 12; deren Rückzahlung. S. 146 2. Nachtr. S. L.

**Canzellei- und Gerichtsgebühren** tragen Bauern in allgemeiner Grundlage. 238.

**Caution**, wenn vom Pächter keine bestellt ist, s. Exekution 212, s. Pachtcontract 214.

— den Ueberschuss derselben erhält der Umgeschriebene zurück. 284.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Central-Steuer-Commission s. Landraths-Collegium.**

**Chausseegeld** ist von den Landesprodukte und Geräthschaften zum Verkauf in der Umgegend verführenden Bauern auf einzelnen Strecken nicht zu erlegen. 20 pct l 1 L.-G.-O.

**Classen der Gemeindeglieder.** 291. — 6, 6 1, 8 Anmerk. 2 L.-G.-O. — 10 Vollz.-Instr. (Beil. F).

— **-Versammlungen.** 298. — 8 Anmerk. 2 L.-G.-O. — 9 ff., 18 Vollz.-Instr. (Beil. F). Der Gemeinde-Aelteste hat die Leitung. 20 pct a, 21 L.-G.-O. — 12, 18 Vollz.-Instr. (Beil. F).

— gleichzeitige Zusammenberufung derselben ist verboten. 8 Anmerk. 2. L.-G.-O.

**Colonisten**, die deutsche Colonie zu Hirschenhof und Helfreichshof. S. 29 ff.

— unterliegen den polizeilichen Vorschriften der B.-V. und hinsichtlich der Civil-Justizpflege dem Livl. Landrecht. S. 33 2.

— der Colonie-Schulze ertheilt Aufenthaltsscheine. Beil. D II S. 111 3.

— Oberinstanz des Schulzenamts das Wenden-Walksche Friedensrichter-Plenum. S. 33 3.

— erhielten Regulirungsakten über das in ihrer beständigen Nutzniessung befindliche Land. II 6.

— müssen ihre Landstellen seit 1. Januar 1887 kaufen. II 12. 13.

— deren Rückstände an Loskaufszahlungen können gestundet und ratenweise getilgt werden. II 14. 15. 18. II 18a (Nachtr. S. XXXIII).

—, ausländische, können von den Grundbesitzern angesiedelt werden. Beil. D III\*.

**Commissar für Bauer-Sachen** attestirt die Unterschriften unter Charten und Contracten über Verkauf bäuerlicher Grundstücke. 60. 61 2. 3. 70 Grundb.-Reg. (S. 51).

— beprüft die Pachtcontracte, ob sie alle Requisite haben, ehe er sie ins Corroborationenbuch einträgt. 199. 199 3. 116 1 (S. 82).

— beglaubigt den Vertrag des Gutsbesitzers mit den ausländischen Auswanderern über deren Ansiedelung. Beil. D III § 4 pct e, Beil. D III 1 (S. 126).

— führt den Austausch des Hofeslandes gegen das Gehorchsland und der Quote gegen Hofesland aus und nimmt darüber einen Akt auf. 104. 104\*. 118 2.

— prüft mit Hinzuziehung der Delegirten die neuen Wackenbücher und bestätigt dieselben. 118. — Beil. A S. 2 1.

— empfängt Anzeigen und Beschwerden über Schmälerung des Gehorchslandes und gesetzwidrige Benutzung desselben. 111. 101\*.

— führt ein Verzeichniss der persönlich nicht zum Bauerstande gehörenden Landgemeindeglieder. 253.

— hat Meldungen solcher anzunehmen, welche persönlich in den Bauerstand treten wollen. 262.

— die beigebrachten Beweise zu prüfen. 263.

— hat auf zeitige und fehlerfreie Anfertigung der Umschreibungslisten zu sehen. 275.

— hat nach Zurechtstellung derselben ein Gesamtverzeichnis anzufertigen und dieses zum 15. Juni dem Landraths-Collegio einzusenden. 276.

—, dessen Thätigkeit bei der ausserordentlichen Umschreibung. 15 Umschr.-Reg. (Beil. D I).

— ertheilt unter Umständen von sich aus dem Umzuschreibenden den Entlassungsschein. 13 Umschr.-Reg. (Beil. D I).

— ertheilt das Dienstattestat, wenn der Dienstherr sich dessen weigert. 391.

— beprüft den Beschluss des Gemeinde-Ausschusses über Wegnahme des Passbüchleins von einem abwesenden Gemeindegliede. 56 Passges. (Beil. D II).

— beprüft den Beschluss über Entfernung lasterhafter Gemeindeglieder. 8\*\* L.-G.-O.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Commissar für Bauer-Sachen** erhält Bericht über die Veränderung des Gemeindebezirks durch Zutritt der Eigenthümer und Pächter von Hofeslandgesinden. 6 1 L.-G.-O.

- kann auf betreffenden Antrag mit Einwilligung der Kreispolizei den Guts- und Gemeindepolizei-Bezirk hinsichtlich der Streuländereien ändern. 15 1 L.-G.-O.
- wirkt mit bei der Vereinigung und Verschmelzung, Trennung und Spaltung von Gemeinden. 2 L.-G.-O. — 4. 5 Vollz.-Instr. (Beil. F).
- kann eine Sitzung des Gemeinde-Ausschusses zusammenberufen. 10 L.-G.-O.
- genehmigt die Zusammenberufung einer ausserordentlichen Gemeinde-Wahlversammlung. 8 L.-G.-O.
- bestimmt die Anzahl der Gemeinde-Vorsteher. 15, 26 L.-G.-O.
- kann unter Umständen den Gemeinde-Schreiber ernennen. 26, 26 1\* L.-G.-O.; sowie vom Amt entfernen. 30 *ibid.*
- bestätigt die Gemeinde-Beamten. 27 L.-G.-O.; kann dieselben, wie auch die Gemeinde-Ausschuss-Personen, suspendiren und deren Gerichtsübergabe einleiten. 30, 34 *ibid.*
- , bei selbigem sind Beschwerden über Beschlüsse der Gemeinde-Versammlung und des Ausschusses anzubringen. 14, 32 L.-G.-O., dessgl. über Strafverfügen des Gemeinde-Aeltesten. 24 *ibid.*; dessen Handlungen und Verfügungen in Sachen der Aufenthaltsscheine. 31 Passges. (Beil. D II) und Anordnungen der Gemeinde-Beamten. 32 L.-G.-O.
- revidirt jährlich die Gemeinde-Verwaltung. 33 L.-G.-O. — 8 Vollz.-Instr. (Beil. F).
- , dessen Strafgewalt über die Gemeinde-Beamten. 34 L.-G.-O.
- erhält von der Kreispolizei Mittheilungen über unrechtfertige Handlungen und Amtsvernachlässigungen der Gemeinde-Beamten. 34 3\* L.-G.-O.
- hat die Sprachenpolizei gegen deutsche Schriftstücke in den Gemeinde-Verwaltungen. Beil. F S. 148.

**Confession** jedes Landgemeindegliedes ist in der Gemeinderolle anzugeben. 289.

- ist in den Entlassungszeugnissen und Umschreibungslisten der Bauern anzugeben. 274 1.
- , Bauern griech.-russ. C. dürfen nur die kirchlichen Taufnamen führen. 20 pct k\*2 L.-G.-O.
- stehen unter besonderer Controle der Gemeinde-Verwaltung. 20 pct k\*1 L.-G.-O.

**Constituierung** der Gemeinde. 252. — 1 L.-G.-O.

**Contrakte**, die bei der Emanation dieses Gesetzes bestehen, bleiben bis zu ihrem Ablauf in Kraft; etwaige Streitigkeiten aus solchen werden nach den zur Zeit der Abschliessung geltenden Gesetzen entschieden. III.

- müssen bei jeder Verpachtung von Seiten des Gutsherrn schriftlich abgeschlossen werden. 148. 197. 198.
- **simulirte** sind ungiltig; die dabei Betheiligten unterliegen der Strafe des Betruges. 205.
- wer dessen überführt ist, verliert das Recht ferner zu contrahiren. 206.
- zwischen Bauern und anderen Personen können vom Gemeindegerecht beglaubigt werden. 238 9a. (Nachtr. S. XLVII).
- durch welche ein Bauer Pacht oder Eigenthum erwirbt . . . . ., sind von Poschlin und Krepost, sowie von Stempelpapier frei. 203. 227. 238. 238 4 (81 pte 2. 4 Stemp.-St.-Ges.) 238 5. 8. 9. 238 9a (Nachtr. S. XLVI). 238 15.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Contrakte** über Kauf und Verkauf bäuerlicher Grundstücke; was denselben beizufügen ist. 61. 70 *Grundb.-Reg.* (S. 51).

— sind in russischer Sprache abzufassen mit facultativer Uebersetzung in den örtlichen Sprachen. Beil. A S. 3<sup>3</sup>.

— sind der Oberdirektion des Creditvereins vorzustellen, wenn die Corroboration vor Berichtigung oder Sicherstellung der resp. Pfandbriefsschuld geschehen soll. 72 *Grundb.-Reg.* (S. 52).

— in solchen, die einen Eigenthumsübergang enthalten, ist die Qualität des Landes und der Werth desselben in Thalern und Groschen anzugeben. V 1.

— der Landgemeinde können in allgemeiner Grundlage mündlich abgeschlossen werden. 13 1 L.-G.-O.

**Contractbogen** für Pachtcontracte setzt die *Gouvernements-Behörde* für Bauersachen fest. 203.

**Conventionalpön** bei Abschluss eines Pachtvertrages darf die gesetzlichen Jahreszinsen nicht übersteigen. 202.

**Corroboration** eines Contracts über den Verkauf eines bäuerlichen Grundstücks bei stattfindenden Schuldkündigungen. 75 *Grundb.-Reg.* (S. 53).

— erfolgt sofort, wenn Verkäufer die gekündigte Summe deponirt. 75 *Grundb.-Reg.* (S. 53).

— eines Contracts über den Verkauf eines bäuerlichen Grundstücks steht der *Grundbuch-Abtheilung* zu; der Contract wird in 1 Exemplar angefertigt und die Unterschrift vom Commissaren f. B.-S. attestirt. 60.

—, Einwilligung zu derselben kann durch gerichtliche Klage erzwungen werden. S. 56<sup>2</sup>.

— ist auf Grund einer beglaubigten Copie des Vollstreckungsbefehls zulässig. S. 58<sup>3</sup>.

—, im Verfahren können deutsche Urkunden aus früherer Zeit beigebracht werden. S. 60<sup>4</sup>.

— kann wegen offener Gesetzwidrigkeit des Rechtsgeschäfts verweigert werden. S. 61<sup>5</sup>.

— darf wegen unrichtiger Bezahlung der Besitzwechsel-Steuer nicht verweigert werden. S. 63<sup>6</sup>.

— -Steuer s. Besitzwechsel-Steuer.

**Corroborationsbuch** des Commissars f. B.-S. 197 ff.

— in selbiges müssen alle Pachtcontracte eingetragen werden, welche zwischen Gutsheeren und Bauergemeindegliedern zu Stande kommen. 197.

**Corroborationswesen** 60 ff.

**Creditverein**, dessen Betheiligung beim Verkauf eines bäuerlichen Grundstücks. 61. 61<sup>2-4</sup>, 70, 71, 76 *Grundb.-Reg.* (S. 51 ff.).

— der Vorbehalt der Rechte desselben ist im *Grundbuch-Register* zu notiren, wenn das Grundstück nicht von der Mitverhaftung für die Pfandbriefsschuld des Hauptgutes befreit ist. 72 *Grundb.-Reg.* (S. 51).

— die Befriedigung desselben aus der deponirten Kaufsumme kann nicht verweigert werden. 79.

**Curatoren** schliessen für solche, welche einen simulirten Contract abgeschlossen, Contracte. 206.

— von Frauenzimmern haben keine massgebende Stimme. 199\*\*.

— von verwitweten Gesindeswirthinnen vertreten Letztere auf der Gemeinde- und Classen-Versammlung. 295. 298.



Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

## D.

**Delegirte** der selbständigen unansässigen Gemeindeglieder. 6. L.-G.-O. — 9ff, 18 Vollz.-Instr. (Beil. F).

**Demarcationslinie**, welche durch verpachtete Grundstücke führt, darf nicht contractliche Stipulationen und Privatrechte verletzen. 10.

— *Controle über dieselbe durch Landraths-Collegium.* 118 2. und Gemeinde-Aeltesten. 8.

**Deputirte** der Gemeinde zur Beschwerdeführung beim . . . . . Gouverneur sind mit Reiselegitimationen zu versehen; nicht mehr als 2 können sich an den . . . . . Gouverneur wenden. 305. 306.

**Depositatschein** über den bei der resp. Creditanstalt eingezahlten Theil des Kaufschillings. 60. 70 Grundb.-Reg. (S. 51).

**Dessätinensteuer** s. Reichsgrundsteuer.

**Deterioration** eines Pachtgutes Seitens des Pächters hat gerichtliche Untersuchung zur Folge, auf Grund welcher entweder auf Entschädigung oder Aussetzung erkannt wird. 214.

**Dienst**, Termin zum Antritt desselben. 373.

**Dienstattestat** ist dem weggehenden Dienstboten zu ertheilen. 390.

— wird im Verweigerungsfalle vom *Commissaren f. B.-S.* ertheilt. 391.

— bei fälschlich ausgestellttem haftet der Aussteller für Schaden. 392.

— Dienstboten der Bauerwirthe erhalten solche vom Gemeinde-Aeltesten. 393.

**Dienstbote** darf nur dann mit Land gelohnt werden, wenn er das ganze Jahr hindurch oder in sich folgenden Zeitabschnitten Dienste leistet. 353.

— als solcher kann sich nur der verdingen, der über sich zu verfügen berechtigt ist. 367.

— wer Jemand ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Bedingungen annimmt, ist mit 2 Rbl. S. zu bestrafen. 368.

— der nicht zeitig den Dienst antritt. 373.

— der bei Mehreren zugleich sich verdingt. 374.

— wer eines Anderen Dienstboten zu sich lockt, wird bestraft. 376.

— dessen Pflichten. 377.

— muss zugefügten Schaden ersetzen. 378.

— dessen Lohn und Beköstigung hängt vom Vertrage ab; während einer Krankheit darf ihm nicht Kost und Pflege entzogen werden. 379.

— darf nicht am Gottesdienst behindert werden. 380.

— hat seinen Dienst in gesetzlicher Frist zu kündigen. 382.

— darf nicht vor Ablauf der Dienstzeit den Dienstherrn verlassen. 383.

— kann aus gesetzlichen Gründen den Herrn ohne Aufkündigung verlassen, aber mit Anzeige an das Gemeindegerecht. 385.

— kann wegen verschiedener Vergehen mit Zurückbehaltung des Lohnes ausser der Zeit entlassen werden. 386.

— muss bei widerrechtlicher Verstossung vollen Lohn und einen Abschiedspass erhalten. 387.

— ersetzt, was an dem ihm anvertrauten Gute fehlt. 388.

— muss die zur Erlernung eines Gewerbes verwandten Kosten abdienen oder ersetzen. 389.

— kann beim Tode des Dienstherrn mit Auszahlung des Lohnes entlassen werden. 394.

— s. Dienstattestat. 390—393.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Dienstherr**, welcher Dienstboten ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Bedingungen annimmt, ist mit 2 Rbl. S. zu bestrafen. 368.

- entschädigt den Dienstboten, wenn er ihn nicht zeitig in Dienst nimmt. 373.
- in welchem Falle er vom Dienstvertrag abgehen darf. 375.
- darf den Dienstlohn nicht vorenthalten und nicht seine Gewalt missbrauchen. 384.
- kann aus gesetzlichen Gründen den Dienstboten entlassen. 386.
- bei eigenbeliebiger Entlassung hat er den vollen Lohn auszuzahlen. 387.
- muss dem Dienstboten ein Zeugniss über sein Verhalten (Dienstattestat) geben. 390.
- welcher ein unrichtiges Dienstattestat ausstellt, haftet für den Dritten entstandenen Schaden. 392.

**Dienstlohn** kann bestehen in Geld, Naturalien oder Landnutzung. 350.

- durch Landnutzung, kann nur auf Hofesland stattfinden. 352.
- welche Pächter und bäuerliche Grundeigenthümer einräumen dürfen. 353.

**Dienstverdingung** beim Küster, Organisten, auf Poststationen etc. etc. bedingt nicht eine Veränderung der Gemeinde. 285.

**Dienstvertrag** kann der Bauer mit Jedem eingehen. 349.

- die dabei ausbedungenen persönlichen Leistungen können verschiedener Art sein. 351.
- bei solchen sind Verträge innerhalb und Verträge ausserhalb des Gutes zu unterscheiden. 354.
- innerhalb des Gutes haben gleiche Rechte und Pflichten für Dienstboten und Dienstherrn; der Hof hat für seine Knechte dasselbe zu zahlen, was der Pächter auf Gehorsland für seine. 357.
- wird schriftlich, mündlich oder vor Zeugen vollzogen. 369.
- dabei müssen Lohn, Dauer und Art des Dienstes bestimmt sein. 370.
- wird durch Rückgabe des Handgeldes oder Verzichtleistung auf dasselbe nicht gehoben. 371.
- soll bei jährlichem 2 Monate, bei monatlichem 14 Tage vor Ablauf der Dienstzeit gekündigt werden; ein nichtgekündigter gilt als stillschweigend erneuert. 382
- rechtliche Gründe zur Aufkündigung und Aufhebung desselben für den Dienstboten 385, — für den Herrn 386.

**Dokumentensteuer** s. *Canzellei-Dokumentensteuer*.

**Domainenhof** (*Domainen-Verwaltung*), derselben competiren auf Kronsgütern die grundherrlichen Rechte und ist ihm anheimgestellt, wem er die Ausübung dieser Rechte übertragen will. II.

**Dorf** wird gebildet aus wenigstens drei bei einander liegenden Gesinden mit zusammenhängenden Ländereien. 116 3.

## E.

**Ehe** hebt den Dienstvertrag nicht auf, ausgenommen bei weiblichen Dienstboten. 385.

**Ehrenzeichen** für die an der Abfassung und Einführung der L.-G.-O. betheiligten Personen. 29 1 Vollz.-Instr. (Beil. F).

**Eigenthümer** eines Bauergrundstücks können über dasselbe beliebig disponiren; alienirte Theile davon dürfen aber nicht kleiner sein als  $\frac{1}{8}$  Haken; sie können auch auf immer auf eine Zerstückelung verzichten. 223.

**Eintheilung** des Landes in schatzfreies und steuerpflichtiges. 93 ff.

**Eintritt** in die Bauergemeinde findet statt entweder blos hinsichtlich des Verbandes oder auch hinsichtlich der persönlichen Rechte. 261, 262.

**Einweisung** von Ländereien s. Expropriation.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Entlassungsscheine** bei der Umschreibung werden vom Gemeinde-Aeltesten ertheilt. 20 pct 1 L.-G.-O. — 11 3 Umschr.-Reg. (Beil. D I). — deren Form. Umschr.-Reg. 3 (Beil. D I S. 98 fg).

**Entschädigung** des Pächters bei Verkauf des Pachtstücks. 140. 116. 1 §§ 10 u. 11. 116 5.

— des Pächters bei Kündigung der Pachtstelle, wenn keine neue Vereinbarung stattfand. 116 1 §§ 1 u. 2. 199 3.

— des Pächters bei einer neuen Vertheilung der Ländereien. 116 1 § 4. 116 3.

— des Verpächters in Folge von Deterioration des Pachtgutes. 214.

**Epidemie** s. ansteckende Krankheiten.

**Erben** eines exmittirten Geldpächters können nicht zur Uebernahme des Contracts gezwungen werden. 189, 192.

— eines verstorbenen Geldpächters müssen den auf Erben abgeschlossenen Contract fortsetzen, wenn sie nicht auf den Nachlass verzichten. 193.

— im letzteren Falle bleibt das Inventar ohne Vergütung auf dem Pachtstücke. 194.

**Erbfall** bei Pachten, was hinsichtlich des Inventariums zu beobachten ist. 131.

— bei Kronslandstellen wird nicht nach Ermessen der Domainenverwaltung, sondern durch gerichtliche Entscheidung geregelt. II 19.

**Erbschaftssteuer** s. Steuer vom Vermögen beim unentgeltlichen Uebergange desselben.

**Exekution** wird auf Verpächters Gefahr verhängt, wenn keine Caution bestellt ist. 212.

— findet statt, wenn Pächter übernommene Dienstleistungen nicht erfüllt. 213.

— erstreckt sich nicht auf zur Führung der Landwirthschaft unentbehrliche Habe der Gesindeswirthe, Knechte und Lostreiber. 129\*. 129 1.

**Exmission** der Bauerpächter nach Ablauf der Pachtcontracte; die Pächter erhalten nach besonderen Bestimmungen Vergütung. 116 1.

— wegen schlechter Wirthschaft; bei solcher findet keine Entschädigung des Pächters Statt. 116 1 § 12.

—, Eingreifen der Polizei bei derselben auf Privatbesitzlichkeiten. 214\*\*.

— der Pächter von Krons-Pachtstellen erfolgt auf blosse Verfügung der Dom.-Verwaltung. 214\*\*.

**Expropriation** zu Ent- oder Bewässerungen, sowie Wege- und Wasserkommunikationen steht dem Gutsherrn zu auf allen verkauften oder verpachteten Grundstücken seines Gutes. 42.

— der Ersatz für selbige ist in Ermangelung einer Vereinbarung gerichtlich festzusetzen. 44.

— von solcher kann der Gutsbesitzer, wenn sie erfolgt ist, nicht zurücktreten, oder sie zu anderen Zwecken benutzen. 45.

— darf sich nicht erstrecken auf die Haupt- oder nothwendigsten Theile des Bauerlandes. 43.

— von Gehorchsland zum Bau des Gemeindehauses. 5 L.-G.-O.

## F.

**Familien-Dienstverträge**, welche als solche gelten. 151.

— dürfen vom Gutsherrn nur auf Hofesland abgeschlossen werden. 152.

**Feuersbrunst**, hiebei hat die Ortspolizei Hilfsleistungen anzuordnen und die Gemeindepolizei der Gutspolizei Beistand zu leisten. 19 pct c u. m L.-G.-O. — S. 196 pct g.

**Fischereirecht** steht dem Gutsherrn zu; dessen Ausübung kann nur auf Grund

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

*contractlicher Vereinbarung dem Pächter oder Eigenthümer eines bäuerlichen Grundstücks gewährt werden. 220 Anmerk. \* (Nachr. S. XLI ff).*

**Forderungen aus dem Pachtkontrakt. 211.**

—, welche nicht liquid sind, können auf Gefahr des Verpächters executivisch beigetrieben werden. 212.

— der Pächter, wegen solcher kann, wenn sie liquid sind, die Abgabe des Pachtstücks verweigert werden. 217.

— von Privatgläubigern, wegen solcher kann der Abzug des Schuldners aus der Gemeinde nur *zwei* Jahr lang behindert werden. 10 *Umschr. Regl. (Beil. D I).*

—, welche im Laufe der für die zu corroborirenden Kaufkontrakte festgesetzten Publicationsfrist verlaublich worden. 73 ff *Grundb.-Reg. (S. 52 fg).*

**Freie Leute, deren Eintritt in eine Bauer-Gemeinde. 260—264.**

— übergetretene, tragen nur die Abgaben ihres neuen Standes. 264.

**Friedensrichter-Versammlung, Wenden-Walksche, ist Oberinstanz des Hirschenhofschen Colonie-Schulzenamts. S. 33 3.**

**Frohne und Natural-Leistungen, zu welchen der Pächter dem Gemeindegewesen oder Staate verpflichtet ist, können nicht abgelöst werden. 15.**

— und Natural-Leistungen, publike, können jedoch der Gemeinde gegenüber in eine jährliche Geldzahlung convertirt werden; eine solche Abfindung kann auf nicht länger als 3 Jahre getroffen werden. 16.

— wenn über deren Ablösung oder Conversion ein Vertrag abgeschlossen wird, so muss dabei hinsichtlich der Servitute Bestimmung getroffen werden. 32.

— bei Ablösung mittelst Kaufs müssen die vom Gutsherrn getragenen öffentlichen Abgaben auf das Grundstück übertragen werden. 48. 134 3 (*Nachtr. S. XXXIX*).

**Frohn-pacht, von solcher sind Knechts- oder Familien-Dienstverträge zu unterscheiden. 151.**

**Frohn-pacht-Verträge sind seit 23. April 1868 auf den Privatgütern verboten. 97 1. 149 1.**

— auf den Kronsgütern. II 2 u. II 6.

## G.

**Gebietslade s. Gemeindekasse.**

**Gehorchsland, zum Hofesland gezogenes bleibt steuerpflichtig. V. 9. s. Bauerland.**

— dazu werden im Wackenbuche nicht angeschlagene Ländereien nicht gerechnet, wenn sie nicht als Wiesenland bezeichnet sind. 7.

— die Abtheilung desselben vom Hofesland geschieht nach § 7—19 Agr.- u. B.-V. v. 1849. 6. — *Beil. B S. 87 ff.*

— die Aufsicht über dessen Unverletzlichkeit ist Obliegenheit . . . . des Gemeinde-Aeltesten. 8. 101\*. — 20 pct f L.-G.-O.

— ein bestimmter Theil desselben ist nur durch Verpachtung oder Verkauf an Bauern zu nutzen. 3, 101 ff.

— kann unter besonderen Bestimmungen vom Gutsherrn beliebig eingetheilt, umgestaltet oder ausgetauscht werden. 102. 116 1 § 4. 116 3.

— dessen Austausch gegen äquivalentes Hofesland kann nur mit Zustimmung der Bauer-gemeinde geschehen. 103.

— bei dessen Austausch muss das äquivalirende Hofesland durch Vermessung und Taxation als genügend nachgewiesen sein. 104. V 1.

— dessen unverpachtet gebliebenen Theil kann der Gutsherr nur die ersten 6 Jahre von sich aus bewirthschaften. 106, 107.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

- Gehorchsland**, zu dessen Austausch ist die Bewilligung der Gemeinde vor dem *Commissaren f. B.-S.* zu Protokoll zu nehmen und kann selbige auch verweigert werden. 105.
- für das unverpachtete hat der Grundherr die öffentlichen Abgaben und Leistungen zu tragen. 108.
  - wo ein Theil desselben schon vor Promulgation der Agr.- u. B.-V. v. 1849 unverpachtet ist, kann der Gutsherr dasselbe längere Zeit selbst bewirtschaften. 109.
  - ist dasselbe nach Ablauf von 6, 9 und 12jähriger Frist verpachtet, so muss es ebenso lange verpachtet bleiben, bevor der Gutsherr es wieder in eigne Nutzung nehmen darf. 110.
  - dass dasselbe nicht geschmälert und der Gutsherr nicht dessen Theile gesetzwidrig benutze, hat der *Gemeinde-Ausschuss* zu beaufsichtigen; desfallsige Anzeigen und Beschwerden gehen an den *Commissaren f. B.-S.* 111.
  - ist in der Art zu nutzen, dass es Bauern oder in den Gemeindeverband getretene Personen in Geldpacht haben oder zu *Eigenthum* erwerben. 112.
  - kann . . . . . in . . . . . Natural- oder in gemischte Pacht vergeben werden, . . . . . 113.
  - und Hofesland. 96 ff.
  - welches zum Hofesland gezogen worden, kann der Gutsbesitzer in directe Nutzung nehmen, jedoch nur im Laufe von 3 Jahren. 99.
  - bleibt Gutsareal, kann aber nur durch Verkauf oder Verpachtung an *Bauergemeinde-Glieder* genutzt werden. 101.
  - darf nicht in Grundstücke parcellirt werden, die kleiner als  $\frac{1}{8}$  Haken sind, ausgenommen zum Zweck der Errichtung städtischer Wohnhäuser. 114. Ausnahmen hiervon. 114 Anmerk.
  - die Bestimmung der Pachtleistung für selbiges bleibt der freien Vereinbarung der Contrahenten überlassen. 1. 115. 187.
  - darf nicht auf kürzere Zeit als 6 Jahre verpachtet werden. 119.
  - darf nicht auf immerwährende Zeiten verpachtet werden. 120.
  - bereits auf immerwährende Zeiten verpachtetes bleibt in diesem Verhältniss. 121.
  - darf nicht auf länger als 50 Jahre verpachtet werden. 122.
  - ist auf zwei Vererbungen zu verpachten gestattet. 123.
  - bei derartiger Verpachtung hat Pächter zu einem eisernen Inventarium sich zu verpflichten, welches auch nach Ablauf der Pacht dem Grundstücke verbleibt. 124.
  - Rechte des Pächters bei derartiger Verpachtung. 126. s. Inventarium.
  - bei dessen Verpachtung dürfen dem Pächter nicht dem Hofe obliegende Leistungen auferlegt und Gutsberechtigungen verpachtet werden. 134. 134<sup>3</sup> (*Nachtr. S. XXXIX*). s. Servitude.
  - bei dessen Verpachtung muss genau bestimmt werden, wie es bei Abgabe des Pachtstückes mit der Verpflichtung der Bodenmelioration zu halten. 136. 116<sup>1</sup> §§ 5 u. 10. s. Melioration.
  - bei dessen Verpachtung ist zu bestimmen, ob und in welchem Betrage Pächter im Falle des Verkaufs des Pachtstücks zu entschädigen ist. 140. 116<sup>1</sup> §§ 10 u. 11.
  - kann ohne Verpächters Einwilligung vom Pächter weder ganz, noch theilweise in Subarrende vergeben werden. 195.
  - kann jederzeit an Bauergemeindeglieder oder an solche, die in den Bauergemeindeverband getreten sind, verkauft werden. 219. 101<sup>1</sup>.
  - mit solchem kann der Bauer keine, dem Rittergute adhärende Rechte acquiriren. 220.
  - darf nicht über einen Haken acquirirt werden. 221.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Gehorchsland**, welches eigenthümlich erworben wird, muss eisernes Inventarium konstituiren, . . . 225.

— darf nicht Hofesknechten als Löhnung angewiesen werden. 352.

— s. *Expropriation*.

**Geldpacht** kann der Arrendator nur für die Dauer seiner Arrende abschliessen. 84.

— und bauerliches Grundeigenthum soll den allein definitiv statthaften Modus der ländlichen Organisation bilden. 5, 112.

**Geldpachtcontracte** können bis auf 50 Jahre abgeschlossen werden. 122.

**Geldpächter**, dessen Entschädigung bei Exmission. 116 1—5.

**Geldpachtvertrag** kann vom Arrendator nur für die Dauer der Arrende abgeschlossen werden. 84.

— kann der Pfandhalter nur auf den vor 1802 verpfändeten Gütern unbedingt, sonst aber auf nicht länger als die Dauer der Pfandjahre abschliessen. 90.

— dabei ist eine theilweise Uebertragung der Landesprästande nicht gestattet. 92, 134.

— unterliegt den für alle Pachten vorgeschriebenen Regeln, im Uebrigen freier Ueberkunft. 1. 115. 187.

— bei demselben kann, wenn er auf Erben und Erbnehmer abgeschlossen worden, Pächter nicht bei einmaligem Ausbleiben der Pacht des Contracts verlustig gehen, sondern hat Verpächter durch Execution sich bezahlt zu machen. 188.

— bleibt die Zahlung auch im 2ten Termin aus, so hat Verpächter das Recht, den Pächter mit gerichtlicher Hilfe zu exmittiren. 189.

— ist in solchem Fall ein natürlicher oder designirter Erbe des Pächters da, so kann er die Uebertragung des Contracts auf ihn verlangen, falls er den Rückstand bezahlt. 190.

— übersteigt dieser Rückstand den Betrag der Pacht eines Jahres, so kann der Erbe desshalb nicht in Anspruch genommen werden. 191.

— in solchem Falle ist der Erbe zur Uebernahme nicht verpflichtet. 192.

— ist der Erbe zur Uebernahme verpflichtet, wenn der Pächter mit Tode abgeht. 193.

— entsagt aber der Erbe der Erbschaft, so erreicht dadurch der Pachtvertrag seine Endschaft und bleibt dann das Inventarium als eisernes auf dem Pachtstücke. 194.

— kann ohne Verpächters Einwilligung vom Pächter weder ganz, noch theilweise in Subarrende vergeben werden. 195.

**Geldzahlung** tritt bei langjährigen Naturalpachten ein. 181.

**Gemeinde** besorgt die Frohn- und Naturalleistungen zum Besten des Gemeindewesens oder Staates, hinsichtlich welcher eine Ablösung stattgefunden. 16.

— prästirt für ihre im Militärdienst befindlichen Mitglieder während der Dienstzeit und ein Jahr nachher alle dieselben persönlich belastenden Geld- und Naturalleistungen. 11 pct f 2 L.-G.-O.

— Constituirung derselben. 252 fg. — 1. L.-G.-O.

— in solche zerfällt der Livländische Bauerstand; was unter . . . . . Gemeinde zu verstehen ist. 252.

— wird nicht verändert durch Verdingung eines Gemeindegliedes beim Küster, Organisten, auf Poststationen etc. 285.

— s. Bauergemeinde. s. *Landgemeinde*.

**Gemeinde-Abgaben** s. Abgaben.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Gemeinde-Aelteste** führen Aufsicht über Unverletzlichkeit des Gehorschlandes. 8. 101\*. — 20 pct f L.-G.-O.

— führt genaue Umschreibungslisten. 274.

— kann für verzögerte Vorstellung bis zu 10 Rbl. bestraft werden. 275.

— hat die Erklärung des in ein anderes Gouvernement Auswandernden zu Protokoll zu nehmen. 244.

— erteilt Dienstattestate an Stelle der Bauerwirthe. 393.

— dessen sonstige Competenz in administrativer Hinsicht. 290. 294. 295. — 4 Anmerk., 6 1, 7, 8, 9, 10, 12, 16, 20, 21, 23 L.-G.-O. — 12, 18, 23 Vollz.-Instr. (Beil. F).

— als Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei. 15 1, 16, 17, 18, 19, 32 Anmerk. 1, 34 3\* L.-G.-O.

— hat der Gutspolizei Hilfe und Beistand zu leisten. 19 pct m L.-G.-O. — S. 196 pct g.

— als gerichtliche Polizei. 19 1–3 L.-G.-O.

— als Handels- und Gewerbepolizei, und zwar auch im Hofbezirk. 19 L.-G.-O. (S. 179). — Beil. E.

— kann jeden Einwohner der Gemeinde vor sich bescheiden, die im Hofbezirk wohnhaften Gemeinde-Mitglieder aber nur durch die Gutspolizei. 22 L.-G.-O.

— dessen Strafgewalt. 24 L.-G.-O.

— dessen Wahl. 26, 28 L.-G.-O. — Bestätigung und Beeidigung. 27 ibid. — Gehaltsminimum. 26 2 ibid.

— Ablehnung der Wahl. 29 ibid. — Amtszeichen. 26 1, 31 ibid. — Belohnung mit Medaillen. 31 ibid.

— Suspension und Gerichtsübergabe. 30, 34 ibid.

**Gemeinde-Aemter**, zu solchen Erwählte können die Wahl nur aus gesetzlichen Gründen zurückweisen. 29 L.-G.-O.

**Gemeindearme** s. Arme.

**Gemeinde-Ausschuss**, — Zusammensetzung. 9 L.-G.-O. — Ablehnung des Eintritts in denselben. 29 ibid. — Zusammenberufung. 10 ibid. — Versammlungs-ort. 5 ibid. — Competenz. 105. 111. — 4 Anmerk., 11, 20 pct a\*\*\* L.-G.-O. — 56. 60. 62. 63. 65 Passges. (Beil. D II). — 23 Vollz.-Instr. (Beil. F). — Beschlussfassung. 105. — 12, 13 L.-G.-O.

— der Gemeinde-Aelteste hat die Leitung. 20 pct a, 21 L.-G.-O.

— Belohnung der Mitglieder mit Medaillen. 31 L.-G.-O. — Suspension und Gerichtsübergabe derselben. 30, 34 L.-G.-O.

— Beschlüsse desselben werden in ein Protokoll-Schmurbuch eingetragen. 13 L.-G.-O.

**Gemeinde-Autonomie**. 11 L.-G.-O. — 194 fg. Schlussbemerkung 1.

**Gemeinde-Beamte** sind der Gemeinde-Aelteste, die Vorsteher, der Schreiber und der Magazin-Aufseher. 26, 26 1 L.-G.-O. — s. diese und Wahl.

— treten mit Beginn des bürgerlichen Jahres in Function. 18 Vollz.-Instr. (Beil. F).

— dürfen nicht Vertreter reiner Privatinteressen einzelner Gemeindeglieder sein. S. 164 1.

**Gemeinde-Beschluss** s. Gemeinde-Versammlung.

**Gemeinde-Bote** ist der Gemeinde-Verwaltung unterstellt, als Polizeiwächter unterliegt er der Strafgewalt der Kreispolizei. 34 2 L.-G.-O.

**Gemeinde-Gericht** ist nicht Organ der Gemeinde-Verwaltung. S. 164 1.

— bestraft diejenigen, welche unbefugt Heu und Stroh verkaufen. 147.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Gemeinde-Gericht**, vor selbigem können Pachtcontracte zwischen Bauergemeindegliedern mündlich abgeschlossen werden. 198.

— hat bei der Beglaubigung schriftlicher Verträge die Vorschriften der Stemp.-St.-Verordn. im Auge zu haben. 238 <sup>9a</sup> (Nachtr. S. XLVI).

— bei demselben ist eine Bescheinigung zu produciren über die Einwilligung des Gutsbesitzers zur Uebertragung des Pachtstückes. 210.

**Gemeindeglied** wird für unentschuldigtes Ausbleiben zur Gemeinde-Versammlung mit 1 Rbl. bestraft. 8 L.-G.-O.

— Wahlfähigkeit zu Gemeinde-Aemtern. 28 L.-G.-O. — Ablehnung der Wahl. 29 *ibid.*

—, zu unterscheiden: Grundeigenthümer, Pächter, Knechte, Hofesknechte, unansässige selbständige Personen. 6, 6 <sup>1</sup>, 8 Anmerk. 2 L.-G.-O.

— auf Passbüchlein abwesendes, welches zum Gemeinde-Aeltesten oder Vorsteher oder Richter gewählt ist, darf, bei Vermeidung der Wegnahme des Passbüchleins, nur 1 Jahr lang abwesend sein. 55 ff Passges. (Beil. D II). S. 101 <sup>1</sup> *ibid.*

**Gemeindegrund** darf das Maximum eines bäuerlichen Grundstückes nicht überschreiten. 57.

—, archäologische Ausgrabungen daselbst bedürfen der Erlaubniss der Kaiserl. Archäologischen Commission in St. Petersburg. 11 pct b <sup>1</sup> L.-G.-O.

**Gemeindehaus** ist da, wo nöthig, von der Gemeinde zu bauen. 5 L.-G.-O. — 23, 24 Vollz.-Instr. (Beil. F).

**Gemeindekasse**, was an dieselbe fällt, zum Besten der Gemeindearmen. 275. 373. — 8, 24 L.-G.-O.

— wird vom Gemeinde-Aeltesten verwaltet. 20 pct e L.-G.-O.

— kann vom Gemeinde-Aeltesten einem Vorsteher zu selbständiger Führung übertragen werden. 23 L.-G.-O.

**Gemeinde-Rechnungen** sind mit dem 31. December zu schliessen. 18 Vollz.-Instr. (Beil. F).

**Gemeinderolle** hat der Gemeinde-Aelteste zu führen. 20 pct k L.-G.-O. — 8 Vollz.-Instr. (Beil. F). — Schema derselben. Beil. F S. 151 ff.

— wird stets für 3 Jahre angefertigt, aber jährlich nach St. Georgi revidirt. Beil. F, S. 152 <sup>5</sup>. — 8 <sup>1</sup> Vollz.-Instr. (Beil. F).

— muss Angabe der Confession jedes Landgemeindegliedes enthalten. 289.

—, in dieselbe werden auch die persönlich nicht zum Bauerstande gehörenden Mitglieder der Landgemeinde eingetragen. 253. — 1 Anmerk., 20 pct k L.-G.-O.

—, in dieselbe werden unter Umständen auch die Hofesland-Pächter und -Eigenthümer eingetragen. 8 Anmerk. 2 L.-G.-O. — 6 <sup>2</sup> Vollz.-Instr. (Beil. F).

— wird hinsichtlich der zum selben Pfarrbezirk gehörigen Personen durch unmittelbaren Verkehr der Gemeinde-Verwaltung mit dem Prediger verificirt, hinsichtlich der auswärts Eingepfarrten auf dem Wege schriftlichen Verkehrs. 20 pct k<sup>3</sup> L.-G.-O.

**Gemeindeschreiber**, dessen Wahl. 26, 28 L.-G.-O. — Bestätigung und Beeidigung.

26 <sup>1</sup>, 27 *ibid.* — Ablehnung der Wahl. 29 *ibid.* — Belohnung mit Medaillen. 31 *ibid.* — Entfernung vom Amt, Suspension und Gerichtsübergabe. 30, 34 *ibid.*

— darf nicht zugleich Schullehrer sein. 26 <sup>1\*\*</sup> L.-G.-O.

— dessen Bruder darf nicht Gemeinde-Aeltester sein. 28 <sup>3</sup> L.-G.-O.

— darf nicht Vertreter der Gutsverwaltung oder der Gutspolizei sein. 26 <sup>4</sup> L.-G.-O.



Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Gemeindeschreiber** darf nicht officiële Schriftstücke mit dem Namen des Gemeinde-Aeltesten unterzeichnen. 26 1\*\* L.-G.-O.

—, Gehülfen desselben dürfen nicht officiële Schriftstücke unterzeichnen. 26 1\*\* L.-G.-O.

**Gemeindeschulen**, über deren Unterhaltung beschliesst der Gemeinde-Ausschuss. 11 pct c L.-G.-O.

— werden vom Gemeinde-Aeltesten verwaltet. 20 pct e L.-G.-O.; die Verwaltung kann vom Gemeinde-Aeltesten einem Vorsteher zu selbständiger Führung übertragen werden. 23 *ibid.*

—, Lehrer an denselben dürfen nicht zugleich Gemeindeschreiber sein. 26 1\*\* L.-G.-O.

**Gemeindevermögen** wird vom Gemeinde-Aeltesten verwaltet. 20 pct e. L.-G.-O.

**Gemeindeversammlung**, Zusammensetzung. 6 L.-G.-O. — Versammlungsort. 5 *ibid.* — Competenz. 8 *ibid.*

— der Gemeindeälteste dirigirt; Vollmachten gelten nicht; Wirthinnen werden durch Curatoren vertreten. 295. — 20 pct a, 21 L.-G.-O.

— Stimmmehrheit entscheidet. 7, 8\* L.-G.-O.

—, Beschluss derselben ist nur gültig bei Anwesenheit des Gemeinde-Aeltesten und der Hälfte aller Mitglieder. 7 L.-G.-O.

— kommt durch Einhelligkeit oder verdecktes Ballotement zu Stande. 7, 8\* L.-G.-O.

— über Entfernung eines lasterhaften Mitgliedes wird der Gutspolizei mitgetheilt. 8 Anmerk. 1 L.-G.-O.

— wird in ein Protokoll-Schnurbuch eingetragen. 13 L.-G.-O.

**Gemeindeverwaltung**, dieselbe bilden die Gemeinde-Versammlung, der Ausschuss, der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher. 4 L.-G.-O.

— hat nur ausnahmsweise das Recht des unmittelbaren Verkehrs mit den Gouvernements- und höheren Behörden. 32\* L.-G.-O.

— wird einmal jährlich vom Commissaren f. B.-S. revidirt. 33 L.-G.-O.

**Gemeindevorsteher** sind die Gehülfen des Gemeinde-Aeltesten. 4 Anmerk., 15, 17, 18, 19, 21, 23, 32 Anmerk. 1, 23 3\* L.-G.-O. — Beil. E II. — deren Wahl. 8, 26, 28 L.-G.-O. — Ablehnung der Wahl. 29 *ibid.* — Bestätigung und Beeidigung. 27 *ibid.* — Gehaltsminimum. 26 2 *ibid.* — Amtszeichen 26 1, 31 *ibid.* — Belohnung mit Medaillen 31 *ibid.* — Suspension und Gerichts-übergabe. 30, 34 *ibid.*

— haben eine beratende Stimme im Gemeinde-Ausschuss. 9 L.-G.-O.

—, denselben kann ein Theil der Gemeinde-Administration vom Gemeinde-Aeltesten zu selbständiger Führung übertragen werden. 23 L.-G.-O.

— s. Gemeindekasse. s. Gemeindeschulen. s. Magazin.

**Gemüsegarten-Landstelle** auf den Domainen s. Häuser.

**Gerichts- und Processkosten** tragen Bauern in allgemeiner Grundlage. 238.

**Gesellschaften** oder Gemeinschaften können bäuerliche Grundstücke kaufen. 56; sowie Kronsgüter und -Nutzungen, ohne Meistbot, auf 12 Jahre pachten. II 17. Nachtr. S. XXXIII f.

— können nie Grundstücke zu besonderen Zwecken als ungetheiltes Eigenthum conserviren. 57.

**Gesinde**, Theile derselben können nur mit Bewilligung des Gutsbesizers weiter vergeben werden. 144. 195. 210.

— s. Bauern. s. Gehorchsland. s. Grundstück.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Gesinde-Kündigung**, über selbige kann innerhalb 4 Wochen geklagt werden. 215.

**Geständniss**, eigenes vor Gericht giebt dem Vertrage Kraft. 369.

**Getränkesteuer** darf nicht als Reallast auf ein Grundstück übertragen oder als persönliche Last übernommen werden. 50.

**Gewerbebetrieb auf dem flachen Lande** unterliegt der Aufsicht des Gemeinde-Aeltesten. 19 L.G.-O. (S. 179). — Beil. E.

**Gilde**, in selbige kann der Bauer sich einschreiben lassen. 241.

**Gouvernements-Behörde für Bauer-Sachen** beprüft den Austausch der Quote gegen Hofesland. 104\*.

— entscheidet über Vereinigung, Verschmelzung, Trennung und Spaltung von Gemeinden. 2 L.G.-O. — 4. 5 Vollz.-Instr. (Beil. F).

— entscheidet unter Umständen über die Wegnahme des Passbüchleins von einem abwesenden Bauergemeindegliede. 56 Passges. (Beil. D II).

— entwirft Formulare der Contracte für die einzelnen Pachtarten. 203; sowie der Reisebilletts, Gesuche und Quittungen in Umschreibungs-Sachen. 15 Anmerk. Umschr.-Reg. (Beil. D I).

— verfügt die Gerichtsübergabe der Gemeinde-Beamten. 34 1.

— erlässt Verordnungen zur Sicherung des gesetzmässigen Ganges der bäuerlichen Angelegenheiten. S. 200\*\*1.

**Gouvernements-Regierung** bestraft den Inhaber der Gutspolizei bis zu 25 Rbl. S. 199 Art. 8.; suspendirt denselben Art. 10 *ibid.*; entzieht ihm die Polizeigewalt. S. 200 Art. 10 1.

— entscheidet über Beschwerden wider die Gutspolizei. S. 199. Art. 9.

— bestätigt das Gemeindeurtheil über Wegnahme des Passbüchleins von einem abwesenden Kleinbürger oder Handwerker. 56 Passges. (Beil. D II).

**Gouvernementszeitung** ersetzt theilweise den Volksanzeiger. 375. R.-Not.-O. (S. 53).

— ist von der Gutspolizei nicht zu halten. Vorbemerkung\*.

— bringt deutsche, estische und lettische Bekanntmachungen nur gegen Zahlung von Insertionsgebühren. 25 5 Vollz.-Instr. (Beil. F).

**Gouverneur** ist der oberste Wächter des Bauerrechts 305—9\*. — 19\* Vollz.-Instr. (Beil. F, S. 142).

—, demselben dürfen auch schriftliche Klagen in der Reichssprache überreicht werden. 307.

— genehmigt die Streichung des Vermerks über die gerichtliche Verurtheilung im Aufenthaltsschein. 22 Passges. (Beil. D II).

— genehmigt die Ertheilung des Aufenthaltsscheines an die Frau eines Verschollenen oder Geisteskranken. Beil. D II S. 110 1.

— dessgl. eines unbefristeten Passbüchleins an die durch Misswachs, Feuer-schaden, Ueberschwemmung und dem ähnliche Unglücksfälle zu Schaden gekommenen. 63 Passges. (Beil. D II).

— an denselben sind Beschwerden über die Kreis- und Stadtpolizei, den Hirschhofschon Colonie-Schulzen und die Kleinbürger- und Handwerker-Verwaltungen in Sachen der Aufenthaltsscheine zu richten. 31 Passges. (Beil. D II).

**Grenze** zwischen Hofes- und Gehorchsland kann auch einzelne Theile von verpachteten Grundstücken durchschneiden, ohne Verletzung contractlicher Abmachungen oder Privatrechtigungen. 10.

**Grund und Boden**, am selbigen bleiben haften die Frohnen zum Besten des Gemeindegewesens und Staates. 15.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

- Grundbuch-Abtheilung** hat die Führung der gerichtlichen oder öffentlichen Bücher der früheren Gerichtsbehörden fortzusetzen. 1 Grundb.-Reg. (S. 50). S. 60 4. 78.
- an dieselbe sind die Gesuche um Corroboration der Contracte über Verkauf von bauerlichen Grundstücken zu richten. 61. — 70 Grundb.-Reg. (S. 51).
  - Chef derselben proclamirt auf Antrag eines der Contrahenten den Contract über verkaufte bauerliche Grundstücke. 73, 74 Grundb.-Reg. (S. 52 fg).
  - er korroborirt den Contract und scheidet das Grundstück aus der hypothekarischen Verhaftung des Hauptgutes aus. 72 Grundb.-Reg. (S. 51).
  - er muss im Corroborationsvermerk auf dem Contract die vorgestellte Chartre besonders anführen. Nachtr. S. XLVI\*.
  - er übersendet eine Copie der Grundbuchurkunde der resp. Creditanstalt und theilt die Corroboration dem Landraths-Collegium mit. 76 Grundb.-Reg. (S. 53).
  - er hat nur zu prüfen, dass die vorgestellten Urkunden nichts offenbar Rechts- oder Gesetzwidriges enthalten. S. 61 5.
  - er kann die Corroboration auf privatem Wege errichteter Urkunden verweigern wegen Nichtentrichtung der Besitzwechsel-Steuer. S. 63 6.
  - s. Corroboration.

**Grundeigenthum**, bauerliches und Geldpacht soll den definitiv allein statthaften Modus der ländlichen Organisation bilden. 5. 112.

- bauerliches. 219 ff.
- Minimalgrösse desselben nach Promulgation der B.-V. ist  $\frac{1}{8}$  Haken. 114. 223. auf den Domainen für die Häusler-, Lostreiber- und Soldaten-Landstellen 1 Dessätine. Nachtr. S. LIV u. LVI.
- bauerliches, eines Einzelnen innerhalb der Bauergemeinde darf nicht einen Haken übersteigen, auch wenn einem durch Erbschaft mehr zugefallen ist. 221.
- wohl aber zu gleicher Zeit in einer anderen Gemeinde. 222.
- Eigenthümer kann für alle Folgezeit die Untheilbarkeit des Gesindes statuiren. 223.

**Grundeigenthümer** bilden eine besondere Classe der Gemeindeglieder. 6, 6 1, 8 Anmerk. 2 L.-G.-O.

- aus denselben oder den Pächtern sind der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher zu wählen. 28 L.-G.-O.
- hat das Recht der Neuvermessung und Neukatastrirung seines Landstücks. Beil. A, S. 3 2.

**Grundherr** s. Gutsbesitzer.

**Grundstück**, bauerliches, zu dessen Ankauf ist jeder Bauer und jedes in den Gemeindeverband getretene Individuum berechtigt. 55.

- kann auch von Gesellschaften oder Gemeinschaften gekauft werden. 56, 57.
- das Mass der Pachtleistung für dasselbe. s. Pachtleistung.
- verpachtetes, durch selbiges führende Demarcationslinie. 10.
- bauerliches, was bei Producirung der Kaufcontracte zur Corroboration zu beobachten ist. s. Contract.
- muss beim Verkauf aus dem Hypothekenverbande des Hauptgutes ausscheiden. 78. 72 Grundb.-Reg. (S. 51).
- , bauerliches, die Verhaftung desselben für die Pfandbriefsschuld kann einstweilen bestehen bleiben. 72 Grundb.-Regl. (S. 51).
- kann auch ohne Verkauf aus dem Hypothekenverbande ausscheiden; die einmal geschehene Ausscheidung ist nicht rückgängig zu machen. 78.
- welches verkauft wird oder aus dem Hypothekenverbande ausscheidet, erhält im Grundbuch-Register ein besonderes Folium. 78.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Grundstück** darf auf Pfandgütern nur mit Genehmigung des Erbbesitzers verkauft werden. 80.

- der Arrondator kann solches nicht verwehren, erhält aber Entschädigung. 82.
- den Kaufschilling erhält nicht der Arrondator, sondern der Grundherr. 83.
- darf nicht auf immerwährende Zeiten verpachtet werden. 120.
- auf Hofesland fundirtes und Nutzung der Buschländer. 142.
- des Gehorchslandes, eigenthümlicher Erwerb oder *Pachtung* solcher bedingt den Eintritt in die Bauergemeinde. 259. — 1 *Anmerk. L.-G.-O.*
- bäuerliches, kann nicht Rittergutsrechte zugeeignet erhalten. 220.
- eines Bauern, das hypothekarisch belastet ist, kann nur mit Bewilligung des Creditors theilweise verkauft oder parcellirt werden. 224.
- , dessen *Zerstückelung kann vom Eigenthümer für alle Folgezeit untersagt werden.* 225.
- bei dessen Erwerbung muss immer ein eisernes Inventarium constituirt sein. 225.
- s. Abgaben. 48, 50. s. Rechte und Verpflichtungen. 52, 53, 223. s. Pfandgüter. 80. s. Arrendegüter. 82—84.

**Guter**, gegenwärtige, behalten alle adligen Rechte. VI.

- künftig abgetheilte geben dem Besitzer keine Stimme auf dem Landtage, wenn die Abtheilung nicht als neues Rittergut constituirt und bestätigt worden. VI.
- künftig abgetheilte, müssen zur Berechtigung als Rittergut 900 Lofstellen und davon 300 Brustacker haben. VII. 98.
- künftig abgetheilte, dabei muss bestimmt sein, welcher Theil der Bauergemeinde verbleibt. VII.
- dürfen nicht soweit parcellirt werden, dass sie kleiner als das festgesetzte Minimum werden. VIII.
- dürfen . . . . . an Bauern verarrendirt werden. 240.
- können von Personen jeden Standes christlicher Confession zu vollem Eigenthum erworben werden. 240 2.
- s. Geldpachtvertrag. s. Schnurländereien. s. Pfandgüter und Arrendegüter.

**Gutsbesitzer** oder Gutsherr s. Abgaben IV. s. Abgaben, öffentliche. 50. s. Landesbeiträge. 51.

- ist nicht zu Vorschüssen verpflichtet. IV.
- der zum Livl. Adel gehört, stimmt auf dem Landtage über alle Vorschläge, der nicht dazu gehörige mit Ausnahme der korporativen und Verfassungsangelegenheiten, sowie bei einzelnen Wahlen. VI 4.
- ist verpflichtet, einen bestimmten Theil seines steuerpflichtigen Gutslandes ausschliesslich nur durch Verpachtung oder Verkauf an Bauergemeindeglieder zu nutzen. 3. 101.
- darf den nach Begrenzung des Hofeslandes solchem zugefallenen Theil des Bauerlandes, der seither in Pacht gegeben war, in directe Nutzung nehmen und den Pächtern den Besitz kündigen; auf Gütern aber, die grösser als 5 Haken sind, darf jährlich nur  $\frac{1}{3}$  solchen Landes eingezogen werden. 99.
- s. Expropriation. 42.
- kann unverpachtet gebliebenes Gehorchsland 6 Jahre nutzen. 106, 107.
- die öffentlichen Leistungen trägt in solchem Falle derselbe. 108.
- kann vor Emanirung der Agr.-u. B.-V. v. 1849 unverpachtet gebliebenes Gehorchsland 9 und 12 Jahre nutzen. 109.
- muss dann dasselbe aber ebenso viele Jahre verpachten. 110.
- ist verpflichtet, am Kündigungstermine oder Jacobi-Tage sich mit dem Pächter wegen Erneuerung der Pacht zu einigen. 116 1 § 1.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

- Gutsbesitzer** ist verpflichtet, den abziehenden Pächter zu entschädigen. 116 1. 5.  
 — hat demselben ausserdem eine Meliorationsentschädigung zu leisten. 116 1 §§ 5. 10.  
 — ist verpflichtet, bei einer neuen Vertheilung der Ländereien den Pächter zu entschädigen. 116 1 § 4. 116 3.  
 — hat für künstliche Anzucht von Wald die Pächter voll zu entschädigen. 116 4 § 11.  
 — hat für das verpachtete Gehorchsland die Reichsgrundsteuer zu entrichten. 134 1. 2. 134 3 (Nachtr. S. XXXVIIff).  
 — oder Gutsherr kann die Gutspolizei mit Genehmigung des Kreischefs einem andern übertragen. S. 198 Art. 3.  
 — kann sich der Polizei begeben. S. 198 Art. 5 pte c u. d.  
 — ist für den Missbrauch polizeilicher Gewalt seines Stellvertreters insofern verantwortlich, dass er, falls derselbe nicht zahlungsfähig ist, für Erlegung der Pön aufkommen muss. S. 198 Art. 4.

- Gutspolizei**, deren Rechte und Verpflichtungen als Sicherheits- und Wohlfahrts-polizei. S. 195 fg.  
 — als gerichtliche Polizei. S. 197 2.  
 — hat nicht die zwangsweise Ausführung von Beitreibungen. S. 196 1.  
 — hat in Accise-Contraventionssachen die saisirten Gegenstände in Verwahr zu nehmen. S. 197 3.  
 — ist von der Bewerkstelligung der Handels- und Gewerbe-Revision im Hofbezirk ausgeschlossen, muss aber bei solcher dem Gemeinde-Aeltesten Beihülfe leisten. 19 L.-G.-O. (S. 179). — Beil. E.  
 — kann die Gemeindepolizei requiriren wider die im Hofbezirk wohnhaften Gemeinde-Mitglieder. 16 Anmerk. 2 L.-G.-O.  
 — wer dieselbe nicht ausüben kann. S. 197 fg. Art. 2.  
 — gebührt unter Umständen dem Gemeinde-Aeltesten. S. 198 Artt. 5 u. 6.  
 — in Anwesenheit des Kreischefs oder seines Gehülfen übt der Gutsherr die Polizei nicht aus. S. 198. Art. 7.  
 — Vertreter derselben darf nicht Gemeindeschreiber sein. 26 4 L.-G.-O.  
 — ihr ist der Gemeindebeschluss über Entfernung eines lasterhaften Mitgliedes mitzutheilen. 8 Anmerk. 1 L.-G.-O.  
 — erhält Anzeige vom Gemeinde-Aeltesten über die Bestellung von Zehntnern. 18 L.-G.-O.  
 — kann Aenderung des Guts- und Gemeinde-Bezirks hinsichtlich der Streuländereien beantragen. 15 1 L.-G.-O.  
 — ist berechtigt ein eigenes Siegel zu führen. S. 199 3. Nachtr. S. LI. S. 200\*.  
 — ist berechtigt, die officielle Correspondenz portofrei zu befördern. S. 199 1. 3. Nachtr. S. LI.  
 —, was zur officiellen Correspondenz gehört. S. 199 2.  
 — ist zum Gebrauch des Stempelpapiers nicht verpflichtet. S. 200\*.  
 — ist nicht verpflichtet, die Gouvernements-Zeitung zu halten. Vorbemerkung\*.  
 —, Oberbehörde derselben ist die Gouvernements-Regierung. S. 199 fg. Art. 8 — 10. 10 1.  
**Gutsverwaltung** kann mit der Gemeinde-Verwaltung eine Aenderung des Gemeindebezirks durch Zutritt der Eigenthümer und Pächter von Hofeslandgesinden vereinbaren. 6 1 L.-G.-O.  
 —, Vertreter derselben darf nicht Gemeindeschreiber sein. 26 4 L.-G.-O.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

## H.

**Hakelwerk**, die Aeltesten der H. Oberpahlen und Rujen-Torney haben zeitweilig die polizeiliche Competenz eines Gemeinde-Aeltesten. 16 <sup>1</sup> L.-G.-O.

—, Aufenthaltsscheine werden von der Kreispolizei ertheilt. 34 Anmerk. \*\*\* Passges. (Beil. D II).

**Hakengelder** s. Landesbeiträge.

**Handel** ausserhalb der Städte wird vom Gemeinde-Aeltesten überwacht. 19 L.-G.-O. (S. 179). — Beil. E.

**Handgeld** beim Kauf eines bürgerlichen Grundstücks ist mit dem Contract der Grundbuch-Abtheilung vorzustellen oder bei der resp. Creditanstalt einzuzahlen. 61 <sup>2</sup>, 70 Anmerk. 1 Grundb.-Reg. (S. 51).

— s. Dienstvertrag. 371. s. Dienstbote. 373, 374. s. Dienstherr. 375.

**Häusler** auf den Domainen s. Bauern publicher Güter.

—, Formular der Regulirungsakte über die von demselben genutzte Landstelle. II <sup>3</sup>; dessgl. des Kaufcontracts. II <sup>7</sup>, 13.

**Heu** und Stroh darf ohne Verpächters Erlaubniss nicht verkauft werden. 146.

— jeder Bauer, der dawider handelt, wird vom Gemeindegericht bestraft, und hat im Wiederholungsfall Aufhebung des Pachtcontracts zur Folge. 147.

**Hofesknechte** s. Lohnland. 352.

— für selbige hat der Hof die bezüglichlichen Zahlungen zu machen. 357.

— bilden eine besondere Classe der Gemeindeglieder. 6, 8 Anmerk. 2 L.-G.-O.

**Hofesländereien** s. Abgaben. V.

**Hofesland** und Gehorchsland. 96 ff.

— sowohl das bisherige als auch das vom Bauerland abgetheilte, ist der freien Disposition des Gutsherrn anheimgegeben. . . . 97.

— ist das innerhalb des Gehorchslandes belegene und nicht im Wackenbuche veranschlagte Gebiet. 7. 220 Anmerk. \* Nachtr. S. XLIV ff).

— welches vom Bauerland gebildet worden, kann in direkte Nutzung genommen werden. 99.

— welches der Gemeinde als Austausch-Aequivalent übergeben wird, muss durch Vermessung und Taxation als genügend nachgewiesen sein. 104. V <sup>1</sup>.

— darf nicht durch Verkauf und Abtheilen einzelner Stücke so vermindert werden, dass das Rittergut kleiner als das festgesetzte Minimum werde. VIII. VIII <sup>1</sup>, 98.

— jede zu Gehorchsland hinzuverkaufte Parcellen ist auf der Karte zu bezeichnen und in der Natur zu vermarken. 61 <sup>5</sup>.

— Einziehen zu solchem von Bauerland s. Gutsbesitzer. 99, 100.

— kann von Bauern eigenthümlich erworben und besessen werden. 219.

— darf nicht seine steuerfreie Qualität verlieren. 6 <sup>1</sup>.

**Holz**, hinsichtlich des Erhalts desselben muss sich der Inhaber eines Bauergrundstücks der auf dem Gute eingeführten Forstordnung fügen. 47.

— Angabe der Anzahl und Quantität desselben im Pachtcontract ist nicht erforderlich. 203\*.

**Hypothekarien**, stillschweigende und Inhaber nichtingrossirter Schulden. 73 Grundb.-Reg. (S. 52).

**Hypothekenverband**, Ausscheidung bürgerlicher Grundstücke aus demselben. 61 <sup>3</sup>, 4. 72 Grundb.-Reg. (S. 51). 78.

— für Bauergrundstücke hindert den freien Verkauf oder Zerstückelung derselben. 224.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

## J.

**Jagdberechtigung** geht nicht auf das verkaufte bäuerliche Grundstück über. 220  
Anmerk.

— auf den Bauerländereien der Kronsgüter unterliegt der Verfügung des Gemeinde-Ausschusses. 220 2. 220\*.

**Instruction** für die Anfertigung neuer Wackenbücher. Beilage A.

**Inventarium, eisernes**, s. Gehorchsland. 124. Beilage C.

— muss der Erbe dessen, der es hergegeben, sich anrechnen lassen; ist es aber grösser als seine Erbportion, so darf er für den Mehrbetrag nicht in Anspruch genommen werden. 125.

— bei Verpachtungen auf 2 Vererbungen. 124, 125.

— über selbiges ist bei Verpachtungen zu stipuliren. 127.

— bildet, wo es konstituiert worden, eine untrennbare Pertinenz des Grundstücks. 128, 129.

— wird nicht zur Konkursmasse gezogen und ist nicht Gegenstand der Beibehaltung. 129\*. 129 1.

— wird bei Theilung eines Grundstücks oder bei Erbschaften mitgetheilt. 130.

— bei Errichtung eines solchen muss zugleich das Aequivalent bezeichnet werden, für welches Pächter die Verpflichtung zur Errichtung des Inventars übernimmt; was bei Pachten auf Erben und Erbnehmer zu beobachten ist. 131,

— welches incomplet geworden, muss unter Controle des Verpächters completirt werden. 132.

— kann auch über den gesetzlichen Betrag vergrössert werden. 133.

— verbleibt dem Grundstücke, wenn der Erbe der Erbschaft entsagt und der Pachtcontract dadurch erlischt. 194.

— ist jedesmal bei Erwerbung eines Grundstücks zu constituiren. 225.

— der Gemeinde-Alteste beaufsichtigt dasselbe. 20 pct f L.-G.-O.; und hat über dasselbe Verzeichnisse zu führen. 290.

**Juden** können Kronsgüter und -Ländereien erwerben. Nachtr. S. XXXVII.

## K.

**Kameralhof** genehmigt allendlich die Umschreibung von Kleinbürgern zur Bauer-gemeinde. 263 1.

— revidirt die Umschreibungslisten bis zum 29. September. 279.

—, dessen Thätigkeit bei der ausserordentlichen Umschreibung. 15, 16 Umschr.-Reg. (Beil. D I).

—, demselben ist über jede Verschmelzung oder Spaltung von Gemeinden Mittheilung zu machen. 2 L.-G.-O. — 4. 5 Vollz.-Instr. (Beil. F).

**Karte** über das zu verkaufende bäuerliche Grundstück, welche dem Contract beizufügen ist, ist mit der revisorischen Beschreibung und Unterschrift der Contrahenten zu versehen. 70 Grundb.-Reg. (S. 51). Nachtr. S. XLVI\*.

— ist in russischer Sprache abzufassen. Beil. A, S. 3 3.

**Kauf** bäuerlicher Grundstücke steht Jedem zu, der in den Gemeindeverband tritt. 55. 101 1.

— steht frei auch dem Besitzer des Rittergutes, ohne in diesen Verband zu treten, wenn er das Grundstück mit dem Rittergut vereinigt und an Bauern verpachtet. 55.

— auch zulässig Seitens der Bauergemeinde. 56.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Kaufcontract**, in demselben müssen alle beim Verkauf eines Grundstücks Seitens des Verkäufers vorbehaltenen oder ausbedungenen Rechte bezeichnet sein, gleichwie das Aequivalent für solche Rechte. 53.

— s. eisernes Inventarium. 225.

— kann, wenn ein Bauer der Käufer ist, auf ordinärem Papier geschrieben werden. 227. 238. 238 4 (81 pct 2 Stemp.-St.-Ges.). 238 5. 238 8. 238 15.

— simulirter, für selbigen gelten die Vorschriften für simulirte Pachtcontracte. 228.

—, *Formular desselben über Bauerländereien auf Domainen. II 7. 13.*

—, *Gebühren für die Anfertigung der Kaufcontracte über bäuerliche und Sol-datengrundstücke. II 8.*

— s. auch Contracte.

**Kaufschilling** für bäuerliche Grundstücke, der sofort zu entrichtende Theil desselben oder dessen Betrag in Creditpapieren, ist gleichzeitig mit dem Contract bei der Grundbuch-Abtheilung zu deponiren oder bei der resp. Creditanstalt einzuzahlen. 61. 61 2. 3. — 70 Grundb.-Reg. (S. 51).

—, *der deponirte Theil desselben ist bis zur Corroboration Eigenthum des Käufers. 70 Anmerk. 2 Grundb.-Reg. (S. 51).*

—, der ad depositum gegebene, kann nach dem Wunsche des Verkäufers zur Tilgung der Creditsystemsschuld oder darüber hinaus verwandt werden; der Rest dient zur Befriedigung der Creditoren. 79.

— für bäuerliche Grundstücke muss unter Umständen bis zur Tilgung in der Grundbuch-Abtheilung oder dem Creditverein eingezahlt werden. 61 3. — 70 Anmerk. 3 Grundb.-Reg. (S. 51).

— für Grundstücke auf Arrendegütern erhält der Gutsbesitzer. 83.

**Kinder** geniessen die Rechte ihres Vaters, die weiblichen bis zu ihrer Verhehlung. 251.

— sind als Glieder derjenigen Gemeinde anzusehen, bei welcher der Vater zur Zeit ihrer Geburt angeschrieben war; starb er vor der Umschreibung, so bleiben sie mit der Mutter bei der Gemeinde, wo er zur Zeit des Todes angeschrieben war. 281.

**Kirchengüter**, der griech.-russ. Kirche und deren Kirchendienern überlassene Landstücke sind steuerfrei. 94 1.

**Klage** aus einem Pachtcontracte, der nicht widersprochen wird, ist als liquid anzusehen. 211.

— über Gesindeskündigung ist in 4 Wochen anzubringen. 215.

**Klagerecht** aus Pachtcontracten, 201.

**Knechte** s. Dienstbote.

—, *Hofes- und Wirthsknechte bilden besondere Classen der Gemeindeglieder. 8 Anmerk. 2 L.-G.-O., — 9 ff, 18 Vollz.-Instr. (Beil. F).*

**Knechts- oder Familien-Dienstverträge**, welche als solche gelten. 151.

— dürfen vom Grundherrschaft nur auf Hofesland abgeschlossen werden. 152.

**Knechtsland** s. Bauerland und Demarcation.

**Kopfsteuer** ist für die Kronsbauern vom 1. Januar 1887, für alle übrigen vom 1. Januar 1886 aufgehoben. II 9.

**Krankheiten** ansteckende, bei solchen hat die Ortspolizei Hilfeleistungen anzuordnen und die Gemeindepolizei der Gutspolizei Beistand zu leisten. 19 pte c u. m L.-G.-O. — S. 196 pct g.

**Kreispolizei** erhält Bericht über die Veränderung des Gemeindebezirks durch Zutritt der Eigenthümer und Pächter von Hofeslandgesinden, 6 1 L.-G.-O.

— genehmigt die Änderung des Guts- und Gemeindepolizei-Bezirks hinsichtlich der Streuländereien. 15 1 L.-G.-O.



Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Kreispolizei erhält Anzeige über die Bestellung von Zehntnern.** 18 L.-G.-O.

— kann den Gemeindepolizei-Bezirk in Polizeiviertel abtheilen. 17 L.-G.-O.

— ist Oberinstanz des Gemeinde-Aeltesten und der Vorsteher in Polizeisachen. 32 Anmerk. 1 L.-G.-O.; dessgl. in Steuereintreibungs- und Wegesachen. 34<sup>3</sup> *ibid.*

— hat über unrechtfertige Handlungen und Amtsvernachlässigungen der Gemeinde-Beamten dem Commissaren für B.-S. Mittheilung zu machen. 34<sup>3</sup> L.-G.-O.

— stellt Beschwerden wider die Gutspolizei der Gouvernements-Regierung vor. S. 199 Art. 9.

—, Stellung derselben in Exmissionssachen. 214<sup>\*\*</sup>.

**Kreistag, Stimmrecht auf demselben.** VI 3. 4.

**Krepostposchlin, s. Besitzwechsel-Steuer.**

**Kronsbauern s. Bauern publicher Güter.**

**Kronsbesitzlichkeiten, Aenderung des Pachtantritts- und Pachtzahlungs termines für Kronsländereien.** II 16.

—, Erleichterung der wirthschaftlichen Nutzung der Kronsländereien. II 16. 17.

— Kronsgüter und -Nutzungen können Gesellschaften aus den örtlichen Bauern, ohne Meistbot, auf 12 Jahre in Pacht vergeben werden. II 17. Nachtr. S. XXXIII<sup>†</sup>.

— kleine Land- und Waldstücke und Nutzungen können zwecks Arrondirung veräussert werden. VIII 2. Nachtr. S. XXXVI<sup>fg</sup>.

— Kronsgüter und -Ländereien können an Jedermann veräussert werden. Nachtr. S. XXXVII.

— Kronsnutzungen (Obrokstücke). II 16<sup>\*</sup>.

— bäuerliche Landstellen werden wegen Schulden auch vor der Corroboration gerichtlich verkauft. S. 22<sup>\*</sup>.

— Pächter von Krons-Pachtstellen werden auf blosse Verfügung der Domainen-Verwaltung ausgesetzt. 214<sup>\*\*</sup>.

— Bauerlandstellen aller Kategorien sind den örtlichen Gesetzesbestimmungen unterworfen. S. 5 17, S. 11 V, S. 12 VIII, S. 15 VII. VIII, S. 16 IV. V, S. 22 VII. VIII, S. 23 VI.

**Kündigung von Capitalien, erfolgt dieselbe nicht, so corroborirt die Grundbuch-Abtheilung den Kaufcontract sogleich nach abgelaufener Publicationsfrist.** 72 Grundb.-Reg. (S. 51).

— s. Pachtcontract. 215.

— im Termin oder am Jacobi-Tage muss Einigung über Erneuerung der Pacht zur Folge haben, widrigenfalls eine besondere Entschädigung des bisherigen Pächters eintritt. 116 1 §§ 1. 5.

— **der Pachtstelle.** s. Exmission.

— über selbige kann in 4 Wochen geklagt werden. 215.

— zum Uebertritt in eine andere Gemeinde findet *zum 25. März* statt. 11 Umschr.-Reg. (Beil. D I).

— des Dienstvertrages vor Ablauf desselben. 381, 382.

**Kündigungsscheine bei der Umschreibung, deren Form.** Umschr.-Reg. 2 (Beil. D I, S. 97).

## L.

**La dengelder dürfen dem Pächter nicht auferlegt werden.** 134.

**Land eines jeden Gutes zerfällt in schatzfreies und schatzpflichtiges.** 93.

- Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.
- Land**, schatzfreies, ist von allen öffentlichen Leistungen befreit, steuerpflichtiges nicht; Letzteres giebt den Massstab zur Besteuerung eines Gutes ab. 94.
- *der griech.-russ. Kirchen und Kirchendiener ist steuerfrei.* 94 1.
- das Verhältniss des schatzfreien und steuerpflichtigen bleibt unverändert, wie die B.-V. von 1804 solches feststellt. 95.
- ist in Hofesland und Gehorchsland gesondert. 96. s. Hofesland und Gehorchsland.
- Landesbeiträge und Hakengelder**, für deren richtige Einzahlung haftet das Rittergut. 51.
- s. Geldpachtvertrag. 92, 134.
- Landesprästand** können bei der Geldpacht nicht auf bäuerliche Grundstücke übertragen werden. 92.
- *was als solche bei der Veräusserung von Gehorchsland zu verstehen sind.* 48 1.
- s. Ladengelder. 134.
- Landgemeinde**, *wer dieselbe bildet.* 252. 253. — 1 L.-G.-O.
- , kleine können zusammentreten oder sich einer grössern anschliessen; grössere können in mehrere sich abtheilen. 255. — 2 L.-G.-O.
- *verschmolzene können wieder gespalten werden.* 2 Anmerk. 3 L.-G.-O.
- muss erforderlichen Falles ein Gemeindehaus bauen. 5 L.-G.-O. — 23, 24 Vollz.-Instr. (Beil. F); kann hiezu Gehorchsland expropriiren. 5 L.-G.-O.
- *deren Vertreter vor Gericht und Behörde müssen eine Abschrift des Gemeinde-Ausschuss-Beschlusses vorweisen.* S. 164 1.
- *muss den Gemeinde-Ältesten, die Vorsteher und den Schreiber besolden.* 26 L.-G.-O.
- s. Bauern und Bauergemeinde. s. Gemeinde.
- Landmesser.** s. Messung und Bodentaxation.
- *dessen Remuneration.* Beil. A, S. 13.
- Landnutzung** als Dienstlöhnung kann nur auf Hofesland stattfinden. 352.
- hinsichtlich der Pächter und bäuerlichen Grundeigenthümer. 353.
- Landraths-Collegium** empfängt vom Chef der Grundbuch-Abtheilung Mittheilung über Corroboration des Verkaufs von Gehorchslandgrundstücken. 76 Grundb.-Reg. (S. 53).
- *bescheinigt den Austausch von Hofesland gegen Gehorchsland und Quote gegen Hofesland.* 118 2. 104\*.
- *bescheinigt die neue Vermessung und Bodentaxation.* 118 2. — Beil. A, S. 3 1.
- , an dasselbe sind die Umschreibungslisten einzusenden. 276.
- revidirt die Umschreibungslisten und sendet die Verzeichnisse bis zum 1. August an den Kameralhof. 277.
- regulirt die unrichtigen Umschreibungslisten. 278.
- Landrecht, Livländisches**, ist Subsidiarrecht für alle privatrechtlichen Verhältnisse der unter Jurisdiction der Bauergerichte stehenden Personen. I 1.
- demselben unterliegen die Hirschenhofschen Colonisten. S. 33 2.
- Landtag** kann Massregeln ergreifen zum Zweck der Aufhebung der auf den mit Hofesland vereinigten Bauerländereien ruhenden Reallasten. 9.
- , *Stimmrecht auf demselben.* VI 1. 4.
- Lasterhafte Gemeindeglieder**, *deren Beseitigung aus der Gemeinde.* 8, 8\*, 8\*\* L.-G.-O.
- Leistungen**, persönliche, welche im Dienstvertrage ausbedungen werden können. 351.
- Leute, freie**, s. Bauergemeinde. 259. 260.
- müssen beim Eintritt in die Bauergemeinde erklären, ob sie auch in Betreff der persönlichen Rechte in den Bauerstand treten. 261.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Leute, freie**, haben im letzteren Falle sich beim *Commissaren f. B.-S.* zu legitimiren. 262.  
 — tragen, wenn sie zum Bauerstand übergetreten sind, nur die Abgaben des neuen Standes. 264.

**Lohn** s. Dienstbote. 384. 385.

**Lohnland** kann Hofesknechten nur auf Hofesland angewiesen werden. 352.

**Loskauf** s. *Bauern publiker Güter und Colonisten.*

**Lostreiber** auf den *Domainen* s. *Bauern publiker Güter.*

—, *Formular der Regulirungsakte über die von denselben genutzte Landstelle. II 3.* dessgl. des *Kaufcontracts. II 7. 13.*

— gehören in die *Classe der unansässigen selbständigen Personen. 10 Vollz.-Instr. (Beil. F).*

## M.

**Magazin** steht unter der Verwaltung des *Gemeinde-Aeltesten. 20 pct e L.-G.-O.*; kann von ihm einem *Gmeinde-Vorsteher* zu selbständiger Führung übertragen werden. 23 *ibid.*

— **Aufseher** muss in jeder *Landgemeinde* sein. 4 1, 26 3 *L.-G.-O.*; dessen *Wahl. 26, 28 ibid.* — *Bestätigung und Beeidigung. 26 1, 27 ibid.* — *Ablehnung der Wahl. 29 ibid.* — *Suspension und Gerichtsübergabe. 30, 34 ibid.*

**Markt**, auf *Jahrmärkten und Märkten* innerhalb des *Hofbezirks* überwacht die *Gutspolizei* die *Ordnung. S. 195 pct b.*

**Mass und Gewicht**, *Gemeinde-Aeltester* wacht über die *Richtigkeit* desselben innerhalb des *Gemeindebezirks* auf *Märkten*, in *Krügen*, *Herbergen* und *Schenken*, sowie in *Buden* und *Kaufläden. 19 pct f L.-G.-O.*

**Meldung, polizeiliche**, der *Reisenden* besteht in *Riga* und *Schlock* während des ganzen *Jahres*, an den *Rigaschen Strandbadeorten* für die *Zeit vom 1. Mai bis 15. September. Beil. D II, S. 104\*.*

— der *Fabrikarbeiter* in ganz *Livland* mit Ausnahme der *Städte und Kreise Wenden und Walk. 3 1. 2 Passges. (Beil. D II).*

**Melioration**, wie es mit denselben zu halten ist. 116 1 §§ 5, 10.

— ist im *Pachtcontract* festzusetzen. 136. was dafür gilt. 139. 116 4 §§ 3, 11.

— *Art und Maass* der Vergütung ist der freien Vereinbarung der *Contrahenten* überlassen. 137, 138.

— *Instruction zur Abschätzung der Gesindes-Meliorationen. 116 4.*

— *staatlicher Credit* zur *Vornahme von Meliorationen. 136 f. Nachtr. S. XXXIX.*

— *Credit der Livl. adel. Güter-Credit-Societät für landwirthschaftliche Meliorationen. Nachtr. S. XLI.*

**Messung und Bodentaxation.** s. *Wackenbuch. 118. — Beil. A, S. 1ff.*

— *Geschichtliches Beil. A, S. 11ff. Nachtr. S. LIIff. Instructionen und Tabellen. Beil. A, S. 1ff., S. 17ff. Nachtr. LIXff.*

— *Taxation der Kronsgüter* principiell verschieden von der der *Privatgüter. Nachtr. S. LVIIIffg.*

— das *Recht der Neuvermessung und Neukatastrirung* hat auch der *Kleingrundbesitzer. Beil. A, S. 3 2.*

— *Wackenbücher, Pläne und Karten* sind in *russischer Sprache* abzufassen unter *facultativer Beifügung einer Uebersetzung* in den *örtlichen Sprachen. Beil. A, S. 3 3.*

— in den *Plänen und Messdocumenten* sind unbedingt die *russischen Maasse* anzugeben. *Beil. A, S. 4 4. — Verhältniss derselben zu den Livländischen. ibid.*

— *Messgesetze des Reichs* finden in *Livland* keine Anwendung. *Beil. A, S. 17.*

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Mortuarium**, der Vorbehalt eines solchen beim Verkauf eines Grundstücks ist verboten. 54.

**Mühlen aller Art kann jeder Grundbesitzer anlegen.** VI 2.

## N.

**Nachlasssteuer** s. *Steuer vom Vermögen beim unentgeltlichen Uebergange desselben.*  
**Näherrecht**, durch Ausübung desselben können nicht Gehorchslandgrundstücke in den Besitz des Gutsherrn zurückgelangen. S. 123.

**Naturalpacht**, Entschädigung bei Exmission des Pächters. 116 1.

— ist eine solche, wo Pächter für das Pachtstück ein bestimmtes Quantum an Bodenerzeugnissen zu entrichten hat. 179 ff.

— über solche ist Verträge abzuschliessen gestattet, doch ist dabei immer der Preis für die Naturalleistung festzusetzen. 180.

— kann bis auf 50 Jahre abgeschlossen werden. 182.

— dabei ist, wenn die Pacht auf länger als 12 Jahre abgeschlossen ist, ein bestimmter Canon festzustellen, nach welchem nach 12 Jahren die Naturalleistung in Geldzahlung zu verwandeln ist. 181.

— für selbige gelten die für alle Pachten festgestellten Bedingungen. 182.

**Nutzniesser** kann auf den in Nutzung gegebenen Grund nicht Servitute erwerben oder einräumen. 38.

**Nutzholz**, hinsichtlich des Erhalts desselben muss sich der Inhaber eines Bauergrundstücks der auf dem Gute eingeführten Forstordnung fügen. 47.

## O.

**Obligationen über Kaufschillingsreste des Gehorchslandes** sind bei der Grundbuch-Abtheilung oder dem Creditverein zu deponiren. 61 4.

— dieselben unterliegen nicht der Stempelsteuer. 238 6; und nicht der Canzleii-Dokumentensteuer. 238 15.

**Oeffentliche Leistungen** dürfen nicht im Pachtcontract auferlegt werden. 134.

## P.

**Pacht**, das Maass derselben bleibt der Vereinbarung des Verpächters und Pächters überlassen. 1. 115. 187.

— gemischte, kann bis auf 50 Jahre abgeschlossen werden. 122.

— auf zwei Vererbungen. 123—126.

— auf Erben und Erbnehmer, was in Betreff des Inventariums zu beobachten ist. 131.

**Pachtcontract** auf immerwährende Zeiten unzulässig. 120.

— erbliche, die bereits bestehenden verbleiben in Kraft. 121.

— erlischt, wenn ein Inventarium nicht innerhalb gewisser Zeit completirt worden. 132.

— in selbigem dürfen nicht öffentliche Leistungen auferlegt und Rittergutsrechte eingeräumt werden. 134.

— in Betreff der Meliorationen. 138.

— wird nach freiem Uebereinkommen der Contrahenten abgeschlossen. 1, 187. 115.

— muss bei Verpachtung jeder Art abgeschlossen werden; Abmachungen ausser dem Contract sind ungültig. 196.

— muss zwischen Gutsherr und Bauer schriftlich abgefasst werden. 148. 197; und ist stempelfrei. 203. 238. 81 pct 4 Stemp.-St.-Ges. (238 4). 238 5. 238 8 u. 9. 238 9a (Nachtr. S. XLVI). 238 15.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

- Pachtcontract**, wenn er zwischen Gutsherrn und Bauergemeindegliedern zu Stande kommt, muss er in's Corroborationsbuch eingetragen werden. 197.
- zwischen Bauern kann mündlich vor dem Gemeindegerichte abgeschlossen werden. 198. 198\*; *wird er schriftlich abgeschlossen, so unterliegt er der Stempelsteuer. 238 9a (Nachtr. S. XLVII); muss besondere Bestimmungen über Entschädigung des Pächters enthalten. 116 1 § 13.*
  - ist vor Eintragung ins Corroborationsbuch von der Behörde zu beprüfen und auf das Vorhandensein der Requisite desselben zu sehen. 199.
  - welcher von Gutsarrendatoren abgeschlossen wird. 199 Anmerk.
  - was derselbe enthalten muss. 200. 203\*.
  - welcher nicht alle Bestimmungen enthält, begründet kein Klagerecht. 201.
  - in selbigem darf die Conventionalpön für ausbleibende Zahlung oder Leistung nicht die Jahreszinsen der Pacht übersteigen. 202.
  - muss auf gedruckte, von der *Gouvernements-Behörde* für Bauersachen festgesetzte Contractbogen geschrieben sein. 203.
  - **simulirter**, was als solcher anzusehen ist. 205.
  - bei solchem tritt die Strafe des Betruges ein. 205.
  - dessen Schuldige verlieren das Recht zu contrahiren. 206.
  - bei solchem hat Pächter auch ohne besondere Festsetzung alle öffentlichen Abgaben und Leistungen zu tragen. 207.
  - wird nicht durch Besitzveränderung des Gutes einseitig aufgehoben. 208.
  - Verpächter hat den Pächter gegen Beeinträchtigung zu schützen. 209.
  - kann nur mit Bewilligung des Verpächters ganz oder theilweise einem andern übertragen werden. 210.
  - Klagerecht daraus. 211.
  - wenn Nichterfüllung desselben zu besorgen oder Pächter das Pachtgut deteriorirt und er keine Caution gestellt hat, so ist auf dessen Aufhebung zu erkennen; hat er Caution geleistet, so ist nach gerichtlicher Untersuchung auf Erfüllung des Contracts und Entschädigung zu erkennen. 214.
  - wird derselbe nicht gekündigt, so wird er als stillschweigend verlängert angenommen; Klagen über Kündigung sind in 4 Wochen bei Gericht anzubringen. 215.
- Pachten, gemischte**, was als solche anzusehen ist. 183 ff.
- deren Abschliessen ist so lange und soweit, wie das Abschliessen von .... Naturalpachten gestattet. 184.
  - unterliegen den gesetzlichen Bestimmungen für . . . . ., Natural- oder Geldpacht. 185.
  - dabei ist die Gesamtleistung nach Geldwerth zu bezeichnen und festzustellen . . . . 186.
- Pächter** kann für sein Pachtstück weder eine Servitute gewinnen, noch Jemandem einräumen. 38.
- *muss in der festgesetzten Frist über die Annahme der neuen Pachtbedingungen sich ausdrücklich erklären. 116 1 (S. 82).*
  - s. Inventarium, eisernes, 132; s. Buschländer, 141—146.
  - dessen Verpflichtungen und Berechtigungen ohne Rücksicht auf Contractbestimmungen. 207 ff.
  - muss für sich, seine Familie und seine Dienstboten die öffentlichen Abgaben zahlen. 207.
  - kann die Pacht nicht ohne Bewilligung des Verpächters einem Andern übertragen. 195, 210.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Pächter** wird durch Exekution zur Erfüllung übernommener Leistungen angehalten, wogegen ihm der Regress wider den Verpächter offen steht, wenn dieser den Vertrag nicht erfüllt. 213.

- darf seine Effekten nicht vor Erfüllung aller Obliegenheiten wegbringen. 216.
- muss seine Rückstände auch nach Ablauf des Pachtcontracts mit Renten bezahlen, wozu er coercirt werden kann. 217.
- kann die Abgabe der Pachtstelle verweigern, wenn er unangestrittene oder gerichtlich anerkannte Forderungen an Verpächter hat. 218.
- hat ein Vorzugsrecht bei einer neuen Verpachtung und beim Verkauf seiner Pachtstelle. 116 1.
- erhält vom Gutsheerrn im Fall des Verkaufs oder der anderweitigen Verpachtung seiner Pachtstelle eine Entschädigung. 116 1 §§ 1, 5, 10, 11. 199 3.
- erhält ausserdem eine Meliorationsentschädigung. 116 1 §§ 5, 10.
- erhält bei einer neuen Vertheilung der Ländereien eine Entschädigung. 116 1 § 4. 116 3.
- erhält volle Entschädigung für künstliche Anzucht von Wald. 116 4 § 11.
- von Gesinden bilden eine besondere Classe der Gemeindeglieder. 6 1, 8 Anmerk. 2 L.-G.-O.
- aus denselben oder den Grundeigenthümern sind der Gemeinde-Aelteste und die Vorsteher zu wählen. 28 L.-G.-O.
- und sonstige Nutzniesser von Grundstücken, welche sich nicht als Gesinde qualificiren, gehören zur Classe der selbständigen unansässigen Gemeindeglieder. Beil. F, S. 152 c.

**Pachtleistung**, das Maass derselben ist dem freien Uebereinkommen der Contrahenten überlassen. 1. 115. 187.

**Pachtstellen**, Theile derselben können nur mit Bewilligung des Gutsbesitzers weiter vergeben werden. 144. 195. 210.

**Pachtzins**, rückständiger, darf den Jahresbetrag nicht übersteigen; der Mehrbetrag gilt als ein dem Pächter und nicht dem Pachtgut gewährter Credit. 191.

**Parzellen** innerhalb des Gehorchslandes, welche nicht im Wackenbuch veranschlagt worden, bleiben Hofesland. 7. 220 Anmerk. \* (Nachtr. S. XLIV ff).

**Parcelliren** eines Rittergutes kann nur bis auf bestimmtes Minimum geschehen. VIII.

- eines Grundstücks, sei es zur Veräusserung oder Verpachtung, darf nicht unter  $\frac{1}{8}$  Haken stattfinden, ausgenommen zur Errichtung städtischer Wohnhäuser. 114. s. Zertückelung.

**Parochialschein** ist auszunehmen, wenn mit dem Uebertritt in eine andere Gemeinde ein Wechsel der Kirchengemeinde verbunden ist. 273.

**Pässe**, s. Aufenthaltsscheine.

**Pastoratsland** darf nur mit Zustimmung der Kirchspiels-Eingepfarrten verpachtet werden. 199.

- Pachtverträge über dasselbe mit Bauern sind stempelfrei. 203. 238. 238 4 (81 pct 4 Stemp.-St.-Ges.). 238 5. 8 u. 9. 238 9a (Nachtr. S. XLVII). 238 15.

**Pfandbesitz** der Rittergüter kann der Bauer haben. 240.

**Pfandbriefschuld**, ein verkaufte bäuerliches Grundstück kann für dieselbe einstweilen verhaftet bleiben. 72 Grundb.-Req. (S. 51).

- soll vor Berichtigung oder Sicherstellung derselben der Kauf eines bäuerlichen Grundstücks corroborirt werden, so muss der Contract bei der Oberdirektion des Creditvereins vorgestellt werden 72 Grundb.-Req. (S. 51).
- , Conversion derselben berührt nicht die Rechte dritter Personen. S. 54 1.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Pfandgut**, auf solchem kann der Pfandhalter einzelne Grundstücke nur mit Einwilligung des Eigenthümers verkaufen. 80.

**Pferdeseuche**, hiebei hat die Ortspolizei Hülfeleistungen anzuordnen und die Gemeindepolizei der Gutspolizei Beistand zu leisten. 19 pte c u. m L.-G.-O. — S. 196 pct g.

**Polizei** hat die Bewegung der Bevölkerung zu überwachen in Riga und Schlock während des ganzen Jahres, an den Rigaschen Strandbadeorten für die Zeit vom 1 Mai bis 15. September. Beil. D II, S. 104\*.

— muss, bei Gelegenheit der Einsichtnahme in die Passbüchlein der Kleinbürger, Handwerker oder Bauern, von der Entrichtung der Steuern sich überzeugen. 51 Passges. (Beil. D II).

— ist, unter Umständen, befugt zur Fortnahme dieser Passbüchlein. 54 ff. Passges. (Beil. D II).

— kann abgelaufene Pässe bis zu 3 Monaten prolongiren. 61 Passges. (Beil. D II).

**Postknecht** bleibt Mitglied seiner Gemeinde. 285.

**Process- und Gerichtskosten** tragen Bauern in allgemeiner Grundlage. 238.

**Proclam** der Kaufcontracte über bäuerliche Grundstücke mit sechsmonatlicher peremptorischer Frist. 375 R.-Not.-O. (S. 53).

**Publike Güter**, auf selbigen hat die Domainenverwaltung dieselben Rechte, wie der Gutsbesitzer auf seinem Privatgute; die Ausübung dieser Rechte kann sie beliebig übertragen. II. S. 195 1.

## Q.

**Quote** ist zum Hofe gehöriges Gehorchsland. V. 95.

— ist der unumschränkt freien Disposition des Gutsherrn anheimgegeben. 97. 99.

— die auf derselben ruhenden Reallasten sind zum Zweck der Gleichstellung mit dem Hofeslande aufzuheben. 9.

— Ausscheidung derselben ist an keine Frist gebunden. Beil. B. S. 89\*.

— an ihr haften die Rechte des Branntweinbrandes, der Bierbrauerei, des Verkaufs von Branntwein und Bier, der Krügerei und Schenkerei. 220 1.

—, Austausch derselben gegen schatzfreies Hofesland. 104\*.

—, Grundstücke derselben dürfen nur an landlose Bauern und kleiner als 10 Thaler verkauft werden. 97 3.

— beim erstmaligen Ankauf derselben durch Bauern bis zu 20 Dessätinen wird die Besitzwechselsteuer nicht erhoben. 238 7\*\*.

—, Eigenthümer und Pächter von Quotengesinden gehören zur Landgemeinde in der Klasse der Grundeigenthümer resp. der Pächter. 291. — 6. 8 Anmerk. 2 L.-G.-O. — Beil. F, S. 152 b.

## R.

**Reallasten**, die auf dem mit Hofesland vereinigten Bauerlande ruhen, sind aufzuheben. 9.

**Rechte und Verpflichtungen**, die einem Rittergute adhären, dürfen beim Verkauf eines einzelnen Grundstücks nicht übertragen werden, wenn dieses nicht als Rittergut constituirt wird. 52, 220.

— vorbehaltene beim Verkauf eines Grundstücks müssen im Kaufcontract bezeichnet und das Aequivalent dafür namhaft gemacht sein. 53.

— deren Vorbehalt ist ungültig, wenn das Aequivalent nicht namhaft gemacht worden. 54.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

- Regulirung** (*Gütertaxation, Revision, Hakenrevision*) der *Kronsgüter*. Beil. A, S. 13 ff., 16\*, Nachtr. S. LII ff.  
 — *Abschluss derselben im J. 1874. II 6.*  
 — *vorbehaltene Bewerksstellung derselben auf den Ritterschaftsgütern. II 11.*
- Reichsgrundsteuer** für das *verpachtete Gehorchsland* ist vom *Gutsherrn* zu entrichten. 134 1. 2, 134 3 (Nachtr. S. XXXVII ff).  
 — *wird beim Verkauf auf das veräusserte Grundstück übertragen. 48. 134 3. (Nachtr. S. XXXIX).*
- Repartition** der *Gemeindebeiträge* erfolgt durch den *Gemeinde-Ausschuss*. 11 pct f L.-G.-O.
- Revision** s. *Commissar f. B.-S. 33 L.-G.-O.* — 8 *Vollz.-Instr. (Beil. F).*  
 — *der Gemeinderechnungen durch den Ausschuss muss innerhalb der ersten 6 Wochen nach Neujahr erfolgen. 18 Vollz.-Instr. (Beil. F).*
- Rittergut** s. *Gehorchsland*, s. *Rechte und Verpflichtungen. 52. s. Güter. VII. VIII.*  
 — *kann bauerliches Eigenthum werden. 240.*  
 — *haftet für die Prästation der Landesprästanden und Hakengelder. 51.*
- Rittergutsrechte** und -*Verpflichtungen* dürfen nicht auf einzelne Grundstücke übertragen werden. 52.  
 — *dürfen nicht zugleich mit dem Gehorchslande verpachtet werden. 134.*  
 — *dürfen nicht bauerlichen Grundstücken zugeeignet werden, auch nicht die Jagd-berechtigung. 220.*
- Rückstände** hat der *Pächter* auch nach Ablauf der *Pacht* zu bezahlen und kann dazu *adstringirt* werden. 217.
- Rural-Servitude** s. *Servitude.*

## S.

- Schatzfreies Land** ist von allen öffentlichen Leistungen befreit. 94.
- Schatzfreiheit** s. *Abgaben. Bauerland. V.*
- Schenkerei-Berechtigung** kann nicht einem bauerlichen Grundstücke zugeeignet werden. 220.
- Schiedsrichter** s. *Schnurländereien. 41.*
- Schnurbuch** der *Gemeindeverwaltung* zum *Eintragen der Beschlüsse der Gemeindeversammlung und des Ausschusses. 13 L.-G.-O.* — 18 *Vollz.-Instr. (Beil. F).*
- Schnurländereien**, deren *Austausch* und *Forderung* kann, wenn mehrere Güter Eigenthum in einem Dorfe haben, von dem *betheiligten Gute* gefordert werden. 40.  
 — *deren Austausch unterliegt der Entscheidung eines Schiedsgerichts. 41.*
- Schulden**, wegen solcher kann der *Abzug* aus der *Gemeinde* nur 2 Jahre lang behindert werden. . . . 10 pct 2 u. *Anmerk. 1 Umschr.-Reg. (Beil. D I).*
- Sequestration** eines in der *Rentenzahlung* säumigen Grundstücks wird vom örtlichen *Gemeinde-Aeltesten* auf *Verlangen* . . . . der *Livl. adel. Güter-Cred.-Societät* vollzogen. 19 1 L.-G.-O.
- Servitude**, über selbige ist im . . . Vertrag *Bestimmung* zu treffen. 32.  
 — **temporaire**, dürfen nicht auf länger als 12 Jahre einem *Andern* eingeräumt oder *vorbehalten* werden; nach Ablauf der *Frist* ist es gestattet, eine *neue Abmachung* auf 12 Jahre zu treffen. 34.  
 — **permanente** sind an keine *Frist* gebunden, doch muss bei ihnen jedes Mal *genau bestimmt* werden, wo, wann und wie sie ausgeübt werden können. 35.  
 — *Verfahren* bei deren *Ablösung. 36. — Beil. B, S. 90.*  
 — **Rural-**, können durch *Verjährung* weder *erworben* noch *verloren* werden. 37.



Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Servitude** können nicht vom Nutzniesser auf den in Nutzung gegebenen Grund erworben oder eingeräumt werden. 38.

— können vom Eigenthümer bäuerlicher Grundstücke für diese erworben werden, einräumen dürfen sie aber solche nur innerhalb der Gemeinde. 39.

— können bei Verpachtung des Gehorchslandes eingeräumt werden; deshalb ist aber im Contract genaue Bestimmung zu treffen. 135.

**Seuchen** von Vieh und Pferden, *hiebei hat die Ortspolizei Hilfeleistungen anzuordnen und die Gemeindepolizei der Gutspolizei Beistand zu leisten.* 19 pte c u. m L.-G.-O. — S. 196 pct g.

**Siegel** der Gemeindeverwaltung. 22 Vollz.-Instr. (Beil. F). — S. 195 2.

— der Gutspolizei. S. 199 3. Nachtr. S. LI; dasselbe bedarf keiner Bestätigung. S. 200\*.

**Simulirte Pacht- und Kaufcontracte.** s. Pacht- und Kaufcontract.

**Soldaten und Soldatenkinder als Angehörige der Landgemeinde.** 1\*\* L.-G.-O.

— sind während des Dienstes und ein Jahr nach ihrer Entlassung aus dem Dienst von allen persönlichen Geld- und Naturalleistungen frei, nicht aber hinsichtlich ihrer Grundstücke. 11 pct f 2 L.-G.-O.

**Soldatengrundstücke auf Kronsgütern.** s. Bauern publiker Güter.

— Formular der Regulirungsakte über dieselben. II 3. dessgl. des Kaufcontracts. II 7. 13.

**Sprache, Verdrängung der Deutschen.** 25 1—5 Vollz.-Instr. (Beil. F), Beil. F, S. 145\*, Nachtr. S. CIV, Beil. F. S. 147\*; der Estischen und Lettischen. 25 4. 5 Vollz.-Instr. (Beil. F).

—, vorherrschende Macht der Reichssprache. 25 4 Vollz.-Instr. (Beil. F). Beil. F S. 147\*.

—, Estische und Lettische anerkannt im innern Geschäftsgang der Gemeindebehörden. 22. 25 Vollz.-Instr. (Beil. F), Beil. F, S. 146 3, S. 148 (Anmerk.).

**Städte,** zu solchen und aus solchen finden Umschreibungen jederzeit statt. 268. — 15 fg. Umsch.-Reg. (Beil. D I).

—, zu den Gülden in den Städten kann der Bauer sich verzeichnen lassen. 241.

—, zu den abgabepflichtigen Ständen der Städte können ausländische Auswanderer, welche in die russische Unterthänigkeit treten, sich verzeichnen lassen. Beil. D III 1 (S. 126).

**Städtische Ansiedelung** ist das auf dem Plan als Stadtbezirk bezeichnete Territorium. 97 2\*.

**Städtische Immobilien,** deren Erwerb befreit den Bauern nicht von Poschlin und Stempelpapier. 238. 238 15.

**Stempelpapier,** wer davon befreit ist. 203. 227. 238. 238 1. 4. 238 5. 6. 238 8. 9. 238 9a (Nachtr. S. XLVI). 238 15. VIII 2 (S. 39). 136 † (S. 102) 238 12 (S. 136). S. 200\*.

— resp. Stempelsteuer in Bauersachen. 238 4.

—, Nichtgebrauch desselben bei Verträgen, welche vor Emanirung der Senatsentscheidung v. 4. Februar 1891 (s. zu 238 8) geschlossen sind, ist straf-frei. 238 10. 11.

**Steuer vom Vermögen beim unentgeltlichen Uebergange desselben wird nicht erhoben von Kronsländstellen und von Gehorchslandgrundstücken, welche auf Bauern übergehen.** 238 16. 19. 238 21 (Nachtr. S. XLVIII).

— derselben unterliegen nicht revenuenlose Theile eines Grundstücks. 238 18.

— kommt bei vor dem 15. April 1895 eröffneten Erbschaften nicht zur Erhebung. 238 20.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Steuern, Rückzahlung widerrechtlich erhobener.** S. 146 2. Nachtr. S. L.

**Steuerpflichtigkeit.** s. Abgaben Bauerland. V. 94.

**Steuerpflichtiges Land** giebt den Maassstab zu den öffentlichen Leistungen des Gutes. 94, 95.

**Stimmenmehrheit** s. Gemeindeversammlung. 7. 8\* L.-G.-O. s. *Classenversammlungen*. 298.

**Stimmrecht.** s. Güter VI. VII.

**Strafgewalt des Gemeinde-Ältesten.** 24 L.-G.-O.

— des *Commissars* f. B.-S. 34 L.-G.-O.

**Streitigkeiten.** s. *Contracte*. III.

**Stroh** darf ohne Verpächters Erlaubniss nicht vom Pächter verkauft werden. 146.

**Subarrende** der Geldpachtstücke ist ohne Einwilligung des Verpächters unzulässig. 195.

**Suppliken** an den . . . Gouverneur sind in der Reichssprache abzufassen. 307.

**Suspension der Gemeinde-Beamten und Ausschuss-Personen** steht dem *Commissar* f. B.-S. zu. 30 L.-G.-O.

## T.

**Theilung** s. *Zerstückelung*.

**Termin** zum Dienstantritt. 373.

**Tilgungsfond** der *Pfandbriefschuld* kann unbeschadet der Rechte dritter Personen ausgezahlt werden. S. 54 1.

## U.

**Ueberschwemmung**, hiebei hat die *Ortspolizei* *Hilfeleistungen* anzuordnen und die *Gemeindepolizei* *Beistand* zu leisten. 19 pte c u. m L.-G.-O.  
— S. 196 pct g.

**Uebersiedelung** *Livländischer Bauern*. 242. Beil. D I.

**Uebertritt** in eine andere Gemeinde ist dem *Beichtvater* anzuzeigen, resp. dazu ein *Parochialschein* auszunehmen. 273.

— in den *Bauerstand* und was dabei zu beobachten ist. 262.

— aus einer Gemeinde in eine andere, Bedingungen hiezu. 11 *Umschr.-Reg.* (Beil. D I).

**Umgeschriebene** zahlen die Abgaben für die laufende Jahreshälfte bei der früheren Gemeinde. *Umschr.-Reg.* 4 (Beil. D I, S. 100).

**Umschreibung** findet einmal jährlich statt. 267.

— in der jährlichen sind nicht diejenigen inbegriffen, welche zu Städten übergehen, und aus Städten sich zur Bauergemeinde umschreiben; 268; sowie welche in eine Bauergemeinde eines anderen Gouv. oder zu einer anderen Zeit des Jahres übertreten. 15 *Umschr.-Reg.* (Beil. D I).

— ehe solche erfolgt, bleibt der Bauer im Verbande der früheren Gemeinde. 254.

— zur Bauergemeinde und die dabei zu beobachtende Ordnung Seitens des *Commissaren* f. B.-S. und *Kameralhofes*. 263.

— zum *Bauerstande*; der Umgeschriebene trägt nur die Abgaben des neuen Standes. 264.

— kann obligatorisch werden, wenn Jemand länger als ein Jahr ausserhalb der Gemeinde auf dem Lande seinen Dienst fortsetzt und die Gemeinde nicht darin willigt. 269.

— bei derselben kommen die mit Bewilligung der Gemeinde in einer andern sich aufhaltenden Glieder derselben nicht in Betracht. 269.

— welche Bedingungen der Uebertrende zu erfüllen hat (*Kündigung*, *Aufnahmeattestat*, *Liquidation* der Abgaben und Leistungen). 11 *Umschr.-Reg.* (Beil. D I).

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

- dieselbe kann wegen Privatforderungen *nicht länger als zwei Jahre* behindert werden. 10 pct 2 u. Anmerk. 1 Umschr.-Reg. (Beil. D I).
- mit den arbeitsfähigen Gliedern einer Familie sind die *arbeitsunfähigen derselben* auch mit umzuschreiben. 9 Anmerk. 1 Umschr.-Reg. (Beil. D I).
- bei derselben muss das übertretende Gemeindeglied ein Attestat über seine Confession beibringen. 273.
- bei derselben wird das Passbüchlein durch ein neues ersetzt. 41 Passges. (Beil. D II).
- die vom Gemeindeältesten zu führenden Listen sind am 15. Mai beim Commissaren f. B.-S. beizubringen. 274.
- ist mit dem 29. September als perficirt zu betrachten. 279.
- in der Zeit vom 25. März bis 29. September geborene Kinder gehören zur Gemeinde der Väter. 281. 244. — 11 Umschr.-Reg. (Beil. D I).
- sobald selbige vollzogen worden, erhält das austretende Individuum den Ueberschuss sowie Caution zurück oder erstattet die mehr betragende Auslage. 284.
- s. Gemeinde-Aeltester, Commissar f. B.-S., Landraths-Collegium, Kameralhof.
- Untermilitairs**, verabschiedete und beurlaubte, deren Frauen, Wittwen und Kinder sind im selben Maasse wie die Bauern von Stempelpapier und Poschlin befreit. 238 Anmerk.

## V.

- Vererbungen**, zwei, Pachtcontracte auf solche und Inventarium. 124—126, 200.
- Verheirathung**, s. Ehe. 385.
- Verkauf** eines bäuerlichen Grundstücks. s. Abgaben, öffentliche. 48—50. s. Rechte und Verpflichtungen. 52, 53.
- dabei verbotene Bestimmungen. 54.
- s. Grundbuch-Abtheilung. Corroboration. Kaufschilling. Contract.
- der Verkäufer kann von der deponirten Kaufsumme auch mehr als den resp. Betrag für das Creditsystem verwenden. 79.
- s. Pfandgüter, Arrendegüter. 80—83.
- Vermögen**, dazu gehört hinsichtlich der Kronsbauern, auch vor Ausreichnung der Regulirungs-Akte, das Nutzungsrecht an der Landstelle. II 19.
- Verpächter** muss den Pächter gegen Beeinträchtigungen schützen. 209.
- kann dem Pächter den Abzug bis zur definitiven Erfüllung der Obliegenheiten verweigern. 216.
- dessen Verpflichtungen und Berechtigungen ohne Rücksicht auf die Contractbestimmungen. 207 ff.
- Verpachtung**. s. Gehorchsland. 119—124, 134—140. s. Pachtleistung. 1. 115. 187.
- bei selbiger, zwischen Gutsherrn und Bauern, ist immer ein geschriebener Contract abzuschliessen, in welchem alle Stipulationen enthalten sein müssen. 148. 197.
- des Gehorchslandes findet mindestens auf 6 Jahre statt. 119.
- Vertrag**. s. Contract, Dienst- und Pachtvertrag.
- durch einen solchen darf ein Bauer seine persönliche Freiheit nicht beschränken. 249.
- Vieh-** und Pferdesuchen, hiebei hat die Ortspolizei Hilfeleistungen anzuordnen und die Gemeindepolizei der Gutspolizei Beistand zu leisten. 19 pte c u. m L.-G.-O. — S. 196 pct g.
- Vierprocent-Poschlin** s. Besitzwechsel-Steuer.
- Volksanzeiger** erscheint nicht mehr, wird theilweise ersetzt durch Gouvernements-Zeitung. 375 R.-Oot.-Ord. (S. 53).

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Vollmachten** kann ein Bauer ausstellen und annehmen. 250.

— *gelten nicht zur Abgabe von Stimmen auf den Gemeinde- und Classen-Versammlungen.* 295. 298. — 8 Anmerk. 2 L.-G.-O.

**Vollstreckungsbefehl**, beglaubigte Copie desselben zur Corroboration ausreichend. S. 58 3.

**Vorschüsse**, Gutsbesitzer ist nicht zu Vorschüssen verpflichtet. IV.

**Vorsteher** der Gemeinde. s. Gemeindevorsteher.

## W.

**Wackenbücher**, Instruction für die Anfertigung neuer. Beil. A.

— neue, hat der Commissar f. B.-S. mit Hinzuziehung von Delegirten zu prüfen und . . . zu confirmiren. 118. — Beil. A, S. 2 1.

— in denselben muss die Qualität der einzelnen Grundstücke hinsichtlich ihrer Steuerfreiheit bezeichnet werden. V 1.

— dieselben sind in russischer Sprache abzufassen unter facultativer Beifügung einer Uebersetzung in den örtlichen Sprachen. Beil. A, S. 3 3.

**Wahl** der Gemeinde-Beamten, der Ausschus-Personen und der Delegirten der unanässigen Klassen erfolgt im October oder November des betreffenden Jahres. 18 Vollz.-Instr. (Beil. F).

— über den Wahlakt ist ein besonderes Protocoll aufzunehmen. 15 Vollz.-Instr. (Beil. F).

**Wahlfähigkeit** zu Gemeindeämtern. 28 L.-G.-O. — Ablehnung der Wahl. 29 ibid.

**Wald** auf dem verpachteten Gehorchslande gehört dem Gutsherrn. 141\*.

— Frevel ist nicht jedes Niederfüllen eines Baumes. 114\*3.

— künstliche Anzucht desselben muss dem Pächter voll entschädigt werden. 116 4 § 11.

**Waldbrand**, hiebei hat die Ortspolizei Hilfeleistungen anzuordnen und die Gemeindepolizei der Gutspolizei Beistand zu leisten. 19 pte c u. m L.-G.-O. — S. 196 pte g.

**Wasserflächen**, welche nicht im Wackenbuche veranschlagt worden sind, gehören zum Hofe. 220 Anmerk. \* (Nachtr. S. XLIV).

**Wechsel** darf der Bauer nicht ausstellen. 250.

**Weiber** treten in die Rechte ihrer Männer. 251; wenn sie nicht höheren Standes sind. 251\*.

**Weideland**, welches innerhalb des Gehorchslandes belegen ist und nicht im Wackenbuche veranschlagt worden. 7.

**Wiederanfallsrecht**, der Vorbehalt eines solchen beim Verkauf eines Grundstücks ist verboten. 54.

**Willigungen** sind von jedem Eigenthümer eines Hofeslandgrundstücks zu leisten. V 2\*\*.

**Wittve** des verstorbenen Gesindeswirthens wird durch einen Curator auf der Gemeinde- und Classen-Versammlung vertreten. 295. 298.

## Z.

**Zehntner** werden zur Unterstützung des Gemeinde-Aeltesten und der Vorsteher aus den Wirthen erwählt. 18 L.-G.-O.

— können die Annahme des Amtes nicht verweigern; die Gemeinde darf sich der Einrichtung der Zehntner nicht entziehen. 18 L.-G.-O.

— sind verpflichtet, dem Gemeinde-Aeltesten und den Vorstehern an die Hand zu gehen. 18 L.-G.-O.

Die grossen Zahlen bedeuten die §§, wenn nichts Anderes angegeben ist, die kleinen Zahlen die Ergänzungen oder die einzelnen Punkte derselben.

**Zerstückelung** bäuerlichen Grundeigenthums zu Theilen von weniger als  $\frac{1}{8}$  Haken ist unzulässig. 223.

— der auf dem Bauerlande der Kronsgüter fundirten Wirths-Landstellen zu Theilen unter  $\frac{1}{8}$  Haken, sowie der auf den Kronsgütern etablirten Gemüsegarten-, Lostreiber- und Soldaten-Landstellen zu Theilen unter 1 Dessätine ist unzulässig. S. 5 17, S. 8 5, S. 11 VII, S. 12 VIII, S. 15 VII, S. 16 IV, S. 22 VII, S. 23 VI, Nachtr. S. LIV u. LVI.

— der Quote ist unbeschränkt. 97. 97 3. 99.

— dieselbe kann der Grundeigenthümer für alle Folgezeit untersagen. 223.

— solcher Grundstücke, welche hypothekarisch belastet sind. 224.

**Zigeuner** müssen durchaus sesshaft werden. Beil. D II, S. 101 3 u. \*.

—, die keinen Wohnort haben, erhalten keine Passbüchlein. 42 Passges. (Beil. D II).

**Zinsen** der Livl. adel. Güter-Cred.-Societät, wegen Zahlungsver säum niss wird das Grundstück sequestrirt. 19 1 L.-G.-O.

**Zustand** des Grundstücks und Inventariums ist im Pachtcontract zu bezeichnen. 200.

